Friedrich Keinemann

Das Kölner Ereignis, sein Widerhall in der Rheinprovinz und in Westfalen

Veröffentlichungen der Historischen Kommission Westfalens
XXII

GESCHICHTLICHE ARBEITEN ZUR WESTFÄLISCHEN LANDESFORSCHUNG

Band 14

DAS KÖLNER EREIGNIS, SEIN WIDERHALL IN DER RHEINPROVINZ UND IN WESTFALEN

1. Teil
Darstellung

ASCHENDORFFSCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNSTER IN WESTFALEN 1974

Geschichtliche Arbeiten zur westfälischen Landesforschung
Band 14

DAS KÖLNER EREIGNIS, SEIN WIDERHALL IN DER RHEINPROVINZ UND IN WESTFALEN

Von
FRIEDRICH KEINEMANN

1. Teil
Darstellung

ASCHENDORFFSCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNSTER IN WESTFALEN 1974

Der 2. Teil: Quellen
erscheint in der Reihe
Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde
als Band LIX

© Historische Kommission Westfalens, 1974 · Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des Nachdrucks, der tontechnischen Wiedergabe und der Übersetzung. Ohne schriftliche Zustimmung der Historischen Kommission Westfalens ist es auch nicht gestattet, dieses urheberrechtlich geschützte Werk oder Teile daraus in einem photomechanischen oder sonstigen Reproduktionsverfahren oder unter Verwendung anderer, wie z. B. elektronischer, hydraulischer, mechanischer usw. Systeme zu verarbeiten, zu vervielfältigen und zu verbreiten.

Druck: Druckhaus Ph. C. W. Schmidt, Neustadt/Aisch

ISBN 3-402-05222-9

Vorwort

Die vorliegende Arbeit versucht, an bereits vorhandene Veröffentlichungen, insbesondere die von Heinrich Schrörs und Rudolf Lill, anzuknüpfen und dabei Problemen nachzugehen, die sich aus der Erschließung weiteren Materials sowie aus neuen Fragestellungen ergeben.

Durch den Dokumentenband (Qu.) soll die Darstellung nicht nur belegt, sondern darüber hinaus vor allem ergänzt werden. Den von mir benutzten Archiven und Bibliotheken möchte ich für das mir gezeigte Entgegenkommen bei meinen jahrelangen mühsamen Recherchen, die leider, vor allem in Stadtarchiven, in zahllosen Fällen ergebnislos blieben, an dieser Stelle meinen Dank aussprechen.

Ebenso danke ich allen Herren recht herzlich, die durch Hinweise und liebenswürdige Förderung das Zustandekommen dieser Arbeit unterstützten, vor allem den als Gutachtern dieser als Habilitationsschrift von der Pädagogischen Hochschule Ruhr angenommenen Arbeit beteiligten Herren Professoren Hauser (Aachen), der mich auf die Kulturkampfthematik hingewiesen hatte, Hegel (Bonn), Kohl (Münster), Bodensieck, Kirchhoff und Schridde (PH Ruhr). Den Anregungen und der Kritik bin ich gern nachgekommen, soweit sich die modernen Fragestellungen mit den Quellen einer in vieler Hinsicht andersgearteten Zeit vereinbaren lassen.

Gegenüber dem der Habilitationskommission vorgelegten Manuskript weist die vorliegende Fassung erhebliche Kürzungen auf.

Für die Aufnahme in ihre Veröffentlichungsprogramme sage ich der Historischen Kommission Westfalens und der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde recht herzlichen Dank; ebenso danke ich dem Kölner Generalvikariat für einen beträchtlichen Druckkostenzuschuß.

F. K.

INHALT

Seite

Vorwort I

Quellen und Schrifttum X

Zur Problematik 1

A. Die Rheinprovinz

1. Kapitel

Die Lage bis zur Verhaftung Droste-Vischerings

1. Zur Krisensituation im Jahre 1837 12
2. Rückblick auf die politischen und religiösen Verhältnisse Anfang und Mitte der dreißiger Jahre
   a) Politisches Bewußtsein und öffentliche Stimmung der rheinpreußischen Bevölkerung zur Zeit der Julirevolution und in den folgenden Jahren 14
   b) Zur Haltung der Geistlichkeit; konfessionelles Zusammenleben Anfang der dreißiger Jahre 26
   c) Der Kronprinzenbesuch im Jahre 1833 und seine Auswirkungen 29
   d) Zum Problem der Integration der Rheinprovinz durch die preußischen Beamten 33
   e) Die strengkirchliche Bewegung 37
   f) Die „Wahl" Droste-Vischerings zum Nachfolger Spiegels und ihre Auswirkungen 58

2. Kapitel

Die Abführung des Erzbischofs

1. Ursachen und Motive 71
2. Beurteilung der Entscheidung 78
3. Der Ablauf der Aktion 80
4. Berlin und Rom nach dem „Attentat" von Köln 85

3. Kapitel

Das Verhalten der Bevölkerung in der Rheinprovinz am Ausgang des Jahres 1837 und in den ersten Monaten des folgenden Jahres

1. Die Stimmung in der Provinz nach den Berichten der preußischen Verwaltung und der zeitgenössischen Presse
   a) Meldungen und Berichte allgemeiner Art 88
   b) Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln 89
   c) Regierungsbezirk Trier 95

d) Regierungsbezirk Koblenz 97
e) Regierungsbezirk Aachen 99
2. Unruhen und Zwischenfälle 103
3. Die Entwicklung der Volksstimmung in den ersten Monaten des Jahres 1838
a) Stadt und Regierungsbezirk Köln 109
b) Regierungsbezirk Aachen 110
c) Die übrigen Regierungsbezirke 113
d) Resümee 116
e) Gerüchte und Dementis 116
f) Eindrücke auswärtiger Beobachter 118

4. Kapitel
Die Situation der preußischen Staatsführung im Frühjahr 1838 . 120

5. Kapitel
Die Inspektionsreise des Prinzen Wilhelm durch die Rheinprovinz im Sommer 1838 129

6. Kapitel
Zur Entwicklung der Volksstimmung im Sommer 1838 136

7. Kapitel
Der weitere Verlauf des Jahres 1838
1. Die Rheinprovinz und der Westen 141
2. Erneutes Aufflackern religiöser Unruhen, die Ereignisse des Kölner Ursulafestes und deren Auswirkungen 153
3. Die weitere Entwicklung der öffentlichen Stimmung in Köln und anderen Teilen der Provinz bis zum Ende des Jahres 1838 156
4. Zur derzeitigen Haltung der Staatsregierung in der Kölner Frage: Eindrücke und Kritik zeitgenössischer Beobachter . . 170
5. Die Ablösung des Ministers von Kamptz und die Ernennung Ruppenthals zum Leiter der rheinischen Justizverwaltung im preußischen Justizministerium 173

8. Kapitel
Der Beginn des Jahres 1839
1. Die Entwicklung in Belgien und Frankreich und die Haltung der Rheinpreußen 175
2. Begleitumstände der belgischen Krise
a) Psychosen, Gerüchte und Verdächtigungen 186
b) Die Tumulte in Kleve 192
3. Das Ende der belgischen Krise; das Abebben der Unruhen im Regierungsbezirk Düsseldorf; Rückblick auf das Verhalten der Bevölkerung 198

9. Kapitel
Exkurs: Das Verhalten einzelner Gruppen
1. Der Klerus
a) Das Kölner Metropolitankapitel 201
b) Die katholische Pfarrgeistlichkeit 206
I. Allgemeine Tendenzen 206
II. Hervortreten einzelner Geistlicher 214
2. Der rheinische ritterbürtige Adel 224
3. Die übrigen Bevölkerungsgruppen 244

10. Kapitel
Zur Haltung der preußischen Staatsführung im Frühjahr 1839 . 250

11. Kapitel
Der Kronprinzenbesuch im Frühsommer 1839 253

12. Kapitel
Die öffentliche Stimmung nach dem Kronprinzenbesuch; Zunahme des Wallfahrtswesens 267

13. Kapitel
Der Ausgang des Jahres 1839 268

14. Kapitel
Die kirchenpolitische Situation in den ersten Monaten des Jahres 1840
1. Die Ausweisung Laurents 273
2. Die weitere Entwicklung der Volksstimmung 275
3. Der Thronwechsel in Preußen 277

15. Kapitel
Die französischen Ansprüche auf das linke Rheinufer, die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit und die Haltung der Rheinländer 281

16. Kapitel
Zur Aktivität der ultrakatholischen Partei im Herbst 1840 . . 292

17. Kapitel
Die kirchliche Versöhnungspolitik Friedrich Wilhelms IV. und ihr Echo
1. Die Konzessionen des Königs und die Entwicklung der Volksstimmung bis zum 6. Provinziallandtag 295
2. Der Verlauf des 6. Rheinischen Provinziallandtags und seine Auswirkungen 301
3. Die endgültige Beilegung der kirchlichen Wirren, die weitere Gestaltung der Volksstimmung und das Kölner Dombaufest . 306

18. Kapitel
Konfessionelles Zusammenleben, Rückschau und Ausblick . . . 311

B. Westfalen

1. Kapitel
Die Situation vor dem Kölner Ereignis
1. Zur politischen Haltung der Bevölkerung 316
2. Zum Verhältnis von Staat und Kirche in der Provinz . . . 359

2. Kapitel
Die unmittelbare Wirkung des „Ereignisses" und die Dezemberunruhen in Münster 368

3. Kapitel
Der Verlauf des Jahres 1838
1. Volksstimmung und Ereignisse in Münster bis zum Besuch des Prinzen Wilhelm 388
2. Der Besuch des Prinzen Wilhelm in Münster 396
3. Die Zwischenfälle im Juli und August 400
4. Der Widerhall des Kölner Ereignisses in der Provinz . . . 404

4. Kapitel
Der Verlauf des Jahres 1839 425

5. Kapitel
Der Thronwechsel und die Anfänge der Versöhnungspolitik Friedrich Wilhelms IV. 440

6. Kapitel
Die Affäre Westphalen 448

7. Kapitel
Ausklang
1. Der weitere Verlauf des Jahres 1841 449
2. Der Besuch des Königspaares in Münster im August 1842 . . 453
3. Konfessionelles Zusammenleben 455
Zusammenfassung und Ausblick
1. Zum Problem des Zusammenwirkens ultramontaner und liberaler Opposition 456
2. Unterschiedliches oppositionelles Verhalten in der Bevölkerung. Erregungs- und Beruhigungsphasen 470
3. Auswirkungen des Verhaltens der Bevölkerung auf die Maßnahmen der preußischen Staatsführung? 473
4. Stärkung der strengkirchlichen Bewegung durch den Kirchenkampf 478
5. Versuch einer Wertung der staatlichen Haltung in den kirchlichen Fragen 484

Quellen und Schrifttum

A. Benutzte Archive

I. Staatliche Archive
Deutsches Zentralarchiv (DZA) Merseburg
Staatsarchiv Detmold (St. A. Detmold)
Staatsarchiv Düsseldorf (St. A. Düsseldorf)
Staatsarchiv Koblenz (St. A. Koblenz)
Staatsarchiv Münster (St. A. Münster)
Generallandesarchiv Karlsruhe
Hess. Staatsarchiv Darmstadt
Hess. Staatsarchiv Marburg
Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel
Geh. Staatsarchiv München
Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris
Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (H. H. St. Wien)
Public Record Office London

II. Städtische Archive
Stadtarchiv Arnsberg
Stadtarchiv Bonn
Stadtarchiv Dorsten
Historisches Archiv der Stadt Köln
Stadtarchiv Krefeld
Stadtarchiv Lüdinghausen
Stadtarchiv Menden
Stadtarchiv Meschede
Stadtarchiv Münster
Stadtarchiv Neuß
Stadtarchiv Olpe
Stadtarchiv Paderborn
Stadtarchiv Recklinghausen
Stadtarchiv Warendorf
Stadtarchiv Wiedenbrück
Stadtarchiv Werl

III. Gemeindearchive
Neuenkirchen (Kr. Steinfurt)

IV. Kreisarchive
Archiv des Landkreises Münster (Landratsamt)

V. Amtsarchive
Altenberge
Buer
Fredeburg
Liedern
Rüthen

VI. Pfarrarchive
Winterberg

VII. Privatarchive
Archiv des Erbdrosten Graf von Droste-Vischering zu Vorhelm, Nachlaß Clemens August v. Droste zu Vischering (Dep. im Diözesanarchiv Münster)
Archiv des Grafen von Galen zu Assen (Archiv Galen-Assen)
Archiv des Grafen von Mirbach zu Harff (Archiv Harff)
Archiv des Grafen von Westphalen (Laer)

B. Zeitungen

I. Fortlaufende Jahrgänge:
Allgemeine Zeitung (Augsburg) 1832—1842
Kölnische Zeitung 1837—1842
Leipziger Allgemeine Zeitung 1838—1841
Münchener Politische Zeitung 1838—1839
Staats und Gelehrte Zeitung des Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten (zitiert: Hamb. unpart. Corr.)
Westfälischer Merkur 1833—1841

II. Einzelexemplare
Augsburger Postzeitung; Rhein- und Moselzeitung;
Elberfelder Zeitung; Rheinisch-Westfälischer Anzeiger;
Neue Würzburger Zeitung; Koblenzer Anzeiger.

C. Zeitgenössische Veröffentlichungen,
Quellenpublikationen und Memoiren

Alberto, Freiherr von: Wünsche in kirchlicher und politischer Beziehung für den preuß. Staat, veranlaßt durch die Kölner Ereignisse, von Freiherr v. Alberto, einem Katholiken. Breslau 1839.

Die Allokution des Papstes Gregor XVI. vom 10. December 1837. Mit einem Nachtrag über Görres' Athanasius. Hannover 1838.

Ernst Moritz Arndt, Ein Lebensbild in Briefen, hrsg. von Heinrich Meisner und Robert Geerds. Berlin 1898.

Aschbach, Joseph [Hrsg.]: Allgemeines Kirchenlexikon oder alphabetisch geordnete Darstellung des Wissenswürdigsten aus der gesamten Theologie und ihren Hilfswissenschaften. Bearbeitet von einer Anzahl katholischer Gelehrten. Bd. I—IV. Frankfurt und Mainz 1846—1850.

Baltzer, J. B.: Preßfreiheit und Zensur mit Rücksicht auf die Trierer Wallfahrt und den doppelten Anklagezustand der schlesischen Tagespresse. Ein Wort für unsere Zeit. 2. Aufl. Breslau 1845.

Bärsch, Georg: Erinnerungen aus meinem vielbewegten Leben. Aachen 1856.

Beck, Friedrich Adolf: Lebensbilder aus dem Preußischen Rheinlande. Neuwied 1831.

Ein Bedenken gegen den Inhalt der Flugschrift: Der Frevel der Revolution, von einem antirevolutionären Katholiken in Rheinpreußen, gegründet auf Schriften der preußischen Staatsbeamten Bunsen und Rehfues. Frankfurt/M. 1838.

Beleuchtung der Broschüre: „die Wahrheit in der Hermesschen Sache etc." [Darmstadt bei C. W. Leske 1837] von einem Priester der Erzdiözese Köln. Augsburg 1837.

Beleuchtung der Justizverwaltung vor und unter dem v. Kamptz'schen Ministerium. Eine Entgegnung auf die „Materialien" (Rheinpreußisches, das ist: Beiträge zur Würdigung des politischen Zustandes der preußischen Rheinprovinz 1). [Würzburg] Ende März 1839.

Beleuchtungen der Rheinischen Landtags-Verhandlungen in der erzbischöflichen Angelegenheit. Barmen 1841.

Beleuchtung der Schrift: Über den Frieden unter der Kirche und den Staaten, von dem Erzbischof von Cöln, Clemens August Freiherrn Droste zu Vischering. Elberfeld 1843.

Bemerkungen und Briefe über die kirchlichen Angelegenheiten von Cöln. 2 Hefte. Bamberg 1838.

Einige Bemerkungen über den deutschen Adel. Quedlinburg u. Leipzig 1836.

Benzenberg, J. F.: Der Erzbischof in Cöln. 1838.

Bericht des Grafen von Bocholtz an die Ritterschaft des Herzogtums Westphalen über die Beschwerden und Wünsche des Landmanns und den Standpunkt der Landwirthschaft. 1830.

Bessel: Die Rechtsgrundsätze in der erzbischöflichen Streitsache. Vom Landgerichtspräsidenten Bessel zu Saarbrücken. Frankfurt 1838.

Beurtheilung der Thatsachen, durch welche die Maßnahmen der preußischen Regierung gegen den Erzbischof von Cöln, Clemens August, Freiherrn Droste zu Vischering, herbeigeführt worden sind. Von einem Freunde der Wahrheit und Anhänger der katholischen Kirche. 2. Aufl. Frankfurt/M. 1838.

Boisserée, Mathilde [Hrsg.]: Sulpiz Boisserée. Bd. 1. Stuttgart 1862.

Brandenburg, Erich: Briefe Kaiser Wilhelms des Ersten. Leipzig 1911.

Bremen, Walter von [Hrsg.]: Denkwürdigkeiten des preußischen Generals der Infanterie, Eduard von Fransecky. Bielefeld u. Leipzig 1901. (s. auch Fransecky).

Brentano, Clemens: Gesammelte Briefe von 1793 bis 1842. Frankfurt/M. 1855.

Bretschneider, K. G.: Der Freiherr v. Landau oder die gemischten Ehen. Eine Geschichte unserer Tage. 1839.

Bruno, Karl: Kern und Schale oder drei politische Blicke auf die Kölnische Angelegenheit. Jena 1838.

Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart, Leipzig, Bd. 1 (1838), Bd. 2 (1839), Bd. 3 (1840), Bd. 4, 1. Teil (1840), Bd. 4, 2. Teil (1841).

Canitz und Dallwitz, Carl Ernst Wilhelm von: Des Freiherrn Carl Ernst Wilhelm von Canitz und Dallwitz Denkschriften. 2 Bde. Berlin 1888.

Cardauns, Hermann [Hrsg.]: Die Briefe der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff (Forschungen und Funde Bd. II Heft 1—4). Münster 1909.

Carové, [Friedrich Wilhelm]: Preußen und der Katholizismus. 1. Lieferung des Heftes von Papismus und Humanität, von Dr. Carové. Leipzig 1838.

— Worte des Friedens. Mit Bezug auf die Kölnischen Irrungen. Leipzig 1838.

Clemens August, der große Bekenner und Märtyrer unserer Zeit. Ein Wort des Trostes, gegründet auf die Geschichte wie auf die Verheißungen Christi und gerichtet an alle durch die Ereignisse in Köln bekümmerten Seelen. Augsburg 1838.

Clemens August, Erzbischof von Köln, den 20. November 1837 nach nicht ganz zweijähriger Amtsverwaltung verhaftet und abgeführt auf die Festung Minden. Darstellung des Ereignisses und Prüfung der Beschuldigungen. Augsburg 1837 (s. auch Müller, Hermann).

Clemens August, Erzbischof von Köln, gegen die Anklagen der Königl. preuß. Regierung vertheidigt von einem Protestanten. Regensburg 1838 (s. auch Rintel).

Clemens August, Erzbischof von Köln: Ueber den Frieden unter der Kirche und den Staaten, nebst Bemerkungen über die bekannte Berliner Darlegung. Münster 1843.

— Über die Religionsfreiheit der Katholiken. 2. Aufl. Münster 1838.

Clementina. Beiträge zur Beleuchtung der Kölnischen Kirchenangelegenheit. 1. Heft: Ein Bedenken gegen den Inhalt der Flugschrift „Die Frevel der Revolution" von einem antirevolutionären Katholiken in der Rheinprovinz. Frankfurt 1838.

Die Cölner Frage, geprüft nach rheinischen Gesetzen von einem Rheinländer. Glossen zu der Schrift eines „praktischen Juristen". Frankfurt 1838.

Chroust, Anton: Gesandtschaftsberichte aus München 1814—1848. 2. Abteilung: Die Berichte der österreichischen Gesandten Bd. III, München 1942; 3. Abteilung: Die Berichte der preußischen Gesandten Bd. II. München 1950.

Corvinus, Wilhelm [Hrsg.]: Radowitz' ausgewählte Schriften. Bd. 1. Regensburg o. J.

Darlegung des Verfahrens der preußischen Regierung gegen den Erzbischof von Köln. Vom 25. November 1837. Berlin 1838.

Die Darlegung des Verfahrens der preußischen Regierung gegen den Erzbischof von Köln, beleuchtet aus dem Standpunkte der Geschichte, des Rechtes und der Politik. Augsburg 1838.

Darlegung des Rechts- und Thatbestandes mit authentischen Documenten (in genauer Übersetzung) als Antwort auf die Erklärung der königl. preußischen Regierung in der Staatszeitung vom 31. Dezember 1838. Wortgetreue Übersetzung des zu Rom in der Druckerei des Staats-Secretariats im April 1839 erschienenen italienischen Originals. Augsburg 1839.

Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs, Generals der Infanterie und Generaladjutanten König Friedrich Wilhelms IV. Nach seinen Aufzeichnungen herausgegeben von seiner Tochter. Bd. 1. Berlin 1891.

Deutscher Liberalismus im Vormärz, Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815 bis 1848. Göttingen 1959.

Döllinger, Johann Josef Ignaz [Hrsg.]: Dr. J. A. Möhler's gesammelte Schriften und Aufsätze. Bd. 2. Regensburg 1840.

Drei Aufsätze die kölnische Frage betreffend. Frankfurt a. M. 1838.

Drinhaus, J. F.: Zeitfragen, 1. Heft. Darmstadt 1840.

Egloffstein, Hermann Freiherr von [Hrsg.]: Alt-Weimars Abend, Briefe und Aufsätze aus dem Nachlasse der Gräfinnen Egloffstein. München 1923.

(Eilers, Gerd): Zur Beurteilung des Ministeriums Eichhorn, von einem Mitgliede desselben. Berlin 1849.

Eilers, Gerd: Meine Wanderung durchs Leben. Ein Beitrag zur inneren Geschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Teil 1—6. Leipzig 1856—61.

Ellendorf, J.: Beurtheilung der römischen Staatsschrift und der Allocution. Leipzig 1838.

— Die Broschüre: Gefangennehmung des Erzbischofs von Köln und ihre Motive . . ., beleuchtet von J. Ellendorf, Verfasser der katholischen Kirche Preußens. Minden 1838.

— Die Katholische Kirche Preußens als Antwort auf die Beiträge zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. Von einem Katholiken. Rudolstadt 1837.

— Kritik der Flugschrift: Beleuchtung der Broschüre: Die Wahrheit in der Hermesschen Sache. Von einem Priester der Erzdiözese Köln. Augsburg bei Kollmann, von einem Katholiken. Rudolstadt 1838.

— Welchen Sinn hat das Breve vom 25. März 1838 in Betreff der gemischten Ehen . . .? Berlin 1838.

— Worte eines Westfalen an die Westfalen und Rheinländer. Berlin 1839.

Entweder — Oder. Wem ist zu trauen, der Krone oder der Bischofs Mütze? Stuttgart 1838.

Der Erzbischof von Köln und die preußische Staatsregierung. Von einem Katholiken (Salus Publica suprema lex est). Rudolstadt 1838.

Erwägungen eines Rheinischen Juristen über die Gesetzlichkeit der Verhaftung und Wegführung des Erzbischofs von Köln. Mit Berücksichtigung der geschichtlich-kirchenrechtlichen Abhandlung des P. Goßler. Frankfurt/M. 1838.

Der Erzbischof von Köln und seine Angelegenheit. Von einem Rheinpreußen. Nordhausen 1838.

Ewald, H.: Drei deutsche Worte für Freunde und Verständige. Basel 1838.

(de Failly) „de la Prusse et de sa domination sous les rapports politiques et religieux spécialement dans les nouvelles Provinces par un inconnu". Paris 1842.

Ein auffallendes Faktum zur gerechten Beurteilung der Verfahrensweise des Herrn Erzbischofs Clemens August gegen die Geistlichen der Kölnischen Diözese. Nach den vollständigen Akten mitgeteilt von einem wahrheitliebenden Katholiken. Bonn 1838.

Das auffallende Faktum, erläutert von einem Verehrer des Erzbischofs von Köln zur Entlarvung seiner Verläumder. Geschrieben in der Erzdiözese Köln Ende März 1838. Frankfurt 1838.

Falkson, Ferdinand: Die liberale Bewegung in Königsberg (1840—1848). Memoirenblätter. Breslau 1888.

Die fortwährende Gefangenschaft des Erzbischofs von Cöln, beleuchtet von einem Protestanten. Straßburg 1838.

Förster, Ernst: Aus der Jugendzeit, Berlin u. Stuttgart 1887.

Foerster, Wilhelm: Lebenserinnerungen und Lebenshoffnungen. Berlin 1911.

Fransecky, Eduard von: Denkwürdigkeiten des preußischen Generals der Infanterie, Eduard von Fransecky, hrsg. von Walter von Bremen. Bielefeld u. Leipzig 1901 (s. auch Bremen).

Die Frevel der Revolution. Eine Flugschrift, herausgegeben bei Gelegenheit der Ereignisse in Köln. Berlin 1838.

Funke, Georg Ludwig Wilhelm: Geschichtliche Entwicklung der geistigen Richtungen in Staat, Kirche, Kunst und Wissenschaft seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Oder: der in der gegenwärtigen Zeit fortdauernde Kampf der alten und neuen Welt, der romanischen und germanischen Bildungselemente und deren Versöhnung durch Kunst und Wissenschaft. Osnabrück 1835.

Gagern, Hans von: Ansprache an die deutsche Nation über den Vorgang zu Köln. Zur Besänftigung und Verständigung. 1838.

Die Gefangennehmung des Erzbischofs von Köln und ihre Motive, rechtlich erörtert von einem praktischen Juristen. Frankfurt 1837.

Geisler, F. W. D. v.: Über den Adel als einen zur Vermittelung zwischen Monarchie und Demokratie notwendigen Volksbestandteil und über die Landtagsritterschaft der Provinzialstände in der preußischen Monarchie und der Rheinprovinz insbesondere. Minden 1835.

Genesis der Julirevolution oder die Staatsidee in Frankreich in ihrer notwendigen Entwicklung von Ludwig XIV. bis auf Ludwig Philipp, mit einem Rückblick auf Deutschland. Siegen und Wiesbaden 1841.

Gerlach, Jakob von [Hrsg.]: Ernst Ludwig von Gerlach. Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken 1795—1877. 1. Bd. 1795—1848. Schwerin 1903.

Gildemeister, J. u. Sybel, H. von: Der Heilige Rock zu Trier und die zwanzig andern Heiligen Ungenähten Röcke. 2. Aufl. Düsseldorf 1844.

Glossen zu den Erwägungen eines rheinischen Juristen und den Rechtsgrundsätzen eines rheinischen Landgerichtspräsidenten in der Erzbischöflichen Sache. Von einem Rheinländer. Augsburg 1838.

Görres, Joseph von: Athanasius. 4. Aufl. Regensburg 1838.

— Gesammelte Schriften. 3. Bd., hrsg. von Franz Binder. München 1874.

— Kirche und Staat nach Ablauf der Kölner Irrung. Weißenburg a. S. 1842.

Götz, G. J.: Das Ereigniß von Köln in seinen nächsten Folgen betrachtet. Regensburg 1839.

Goßler, Pater: Pro Memoria oder Theologisches Gutachten über den Rechtszustand des erzbischöflichen Stuhles zu Köln. Eine bescheidene und parteilose Darlegung der kanonischen Verteidigungsgründe des Erzbischofs von Köln. Augsburg 1838.

Der Graf von Westphalen und der sechste westfälische Provinziallandtag, in: Bilder und Skizzen aus der Zeit, hrsg. v. Friedrich Arnold Steinmann, 1. Teil, Münster 1846, S. 49—100.

Grashof, Karl Friedrich August: Aus meinem Leben und Wirken, zugleich als Beitrag zur Geschichte der Rheinprovinz unter preußischer Landeshoheit in Hinsicht auf Kirche und Schule. Bd. 1. Essen 1839.

Gutzkow, Karl: Die rote Mütze und die Kapuze. Zum Verständnis des Görres'schen Athanasius. Hamburg 1838.

Hansen, Joseph [Hrsg.]: Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830—1850 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde XXXVI). Bd. I. Essen 1919; Bd. II. Bonn 1942.

Hase, Karl (von): Die beiden Erzbischöfe. Leipzig 1839.

— Theologische Reden und Denkschriften (Gesammelte Werke Bd. 10). Leipzig 1892.

Hasenclever, Adolf [Hrsg.]: Josua Hasenclever aus Remscheid-Ehringhausen. Erinnerungen und Briefe. Halle (Saale) 1922.

Haxthausen, Werner von: Über die Grundlagen unserer Verfassung. [Nachdruck] Paderborn 1881.

Hense, Karl Conrad: Friedrich Wilhelm III. und die berühmtesten Männer des preußischen Staats unter seiner Regierung. Sangerhausen 1840.

Hermens, F. P.: Handbuch der gesamten Staatsgesetzgebung über den christlichen Kultus ... in den Kgl. Preuß. Provinzen am linken Rheinufer. 4 Bde. Aachen u. Leipzig 1833—52.

Hüffer, Hermann: Lebenserinnerungen, hrsg. von Ernst Sieper. Berlin 1914.

Hüffer, Johann Hermann: Lebenserinnerungen, Briefe und Aktenstücke, unter Mitwirkung von E. Hövel bearbeitet und hrsg. von W. Steffens (Veröffentlichungen der Historischen Kommission Westfalens XIX). Münster 1952.

Immermann, K.: Das Fest der Freiwilligen zu Köln a. R., den 3. Februar 1838. Im Auftrage des festordnenden Comités beschr. von K. Immermann. Köln 1838.

Irenäus [Johann Karl Ludwig Gieseler]: Über die cölnische Angelegenheit. Darstellungen, Betrachtungen und Vorschläge. Leipzig 1838.

Jacoby, J.: Stimme aus Berlin an die Rheinländer und Westphalen. Berlin 1838.

Janssen, Johannes: Zeit- und Lebensbilder. Freiburg Br. 1875.

(Jarcke, Karl Ernst): Die französische Revolution von 1830, historisch und staatsrechtlich beleuchtet in ihren Ursachen, ihrem Verlaufe und ihren wahrscheinlichen Folgen. Berlin 1831.

Joel-Jacoby, F. K.: Kampf und Sieg. Regensburg 1840.

Kahldorf: Berlin und Rom. Unpartheiische Betrachtungen über den Konflict der preußischen Staatsregierung mit dem römischen Stuhl angest. von Kahldorf. Leipzig 1838.

Zwei Kapitel aus einem Manuscripte über deutsche Angelegenheiten. Leipzig 1841.

(Kappen, Hermann Josef): Erinnerungen aus alter und neuer Zeit von einem alten Münsteraner. Münster 1880.

— Clemens August, Erzbischof von Köln. Ein Lebensbild. Münster 1897.

Die Katholische Kirche Preußens. Als Antwort auf die Beiträge zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. Von einem Katholiken. Rudolstadt 1837 (s. auch Ellendorf).

Die katholische Kirche in der preußischen Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln. Ein Beitrag zur Cultur- und Sittengeschichte des 19. Jahrhunderts. Frankfurt 1838.

Die katholische Kirche Preußens. Eine Bestätigung der Beiträge. Neuburg a. D. 1838.

Katholische Rufe aus den Rheinlanden an alle Kristen, von einem rheinpreußischen Katholiken. Altenburg 1838.

Kaufmann, Peter: Rheinpreußen und seine staatswirtschaftlichen Interessen. Berlin 1831.

Kelchner, Ernst u. Mendelssohn-Bartholdy, Karl [Hrsg.]: Briefe des Königlich Preußischen Generals und Gesandten Theodor Heinrich Rochus von Rochow an einen Staatsbeamten. Frankfurt/M. 1873.

Kelchner, Ernst u. Mendelssohn-Bartholdy, Karl [Hrsg.]: Briefe des Königl. Preuß. Staatsministers, Generalpostmeisters und ehemaligen Bundestagsgesandten Karl Ferdinand Friedrich von Nagler an einen Staatsbeamten. 2 Teile. Leipzig 1869.

Kelchner, Ernst u. Mendelssohn-Bartholdy, Karl [Hrsg.]: Preußen und Frankreich zur Zeit der Julirevolution, Vertraute Briefe des Preußischen Generals von Rochow an den Preußischen Generalpostmeister von Nagler. Leipzig 1871.

(Keßler, Georg Wilhelm): Leben des königlich preußischen Wirklichen Geheimen Rates Georg Wilhelm Keßler, Biographen Ernst Ludwig Heim's. Aus seinen hinterlassenen Papieren. Leipzig 1853.

Der Kölner Dom und Deutschlands Einheit. Magdeburg 1842.

Die Kölner Frage, geprüft nach rheinischen Gesetzen. Von einem Rheinländer. Frankfurt 1838.

Kretzschmer: Friedrich Wilhelm III., Sein Leben, Sein Wirken und seine Zeit. Danzig 1840.

Kritik der Flugschrift: Beleuchtung der Broschüre: Die Wahrheit in der Hermesschen Sache. Von einem Priester der Erzdiözese Köln. Augsburg bei Kollmann, von einem Katholiken. Rudolstadt 1838 (s. auch Ellendorf).

Krone und Tiara. Friedensstimme aus Münster von einem Katholiken. In Bezug auf die Kölner und Posener Angelegenheit. Münster 1838 (s. auch Schücking, Christoph Bernhard).

Krug: Konflikt zwischen geistlicher und weltlicher Macht in Sachen des Erzbischofs von Köln. Versuch einer Entscheidung aus dem Standpunkte des Kirchen- und Staatsrechts, allen deutschen Rechtscollegien gewidmet. Leipzig 1838.

— Die römische Kurie im Kampf um ihren Einfluß in Deutschland. Leipzig 1838.

Küster, Albert: Erinnerungen aus den ersten zwanzig Jahren meines Lebens. Düsseldorf 1906.

Landgespräche über den Erzbischof von Köln und seine Sachen, von einem Freunde des Rechts und der Wahrheit. Köln 1838.

Lasaulx, Ernst von [Hrsg.]: Kritische Bemerkungen über die Kölner Sache. Ein offener Brief an Niemand den Kundbaren und das urtheilsfähige Publikum von Peter Einsiedler. Würzburg 1838.

Laspeyre, E. A. Th.: Geschichte und heutige Verfassung der Kirche Preußens. Halle 1840.

(Lentzen, Johann Heinrich): Das Priesterseminar zu Köln unter den Erzbischöfen Ferdinand August Grafen Spiegel zum Desenberg und Canstein und Clemens August Freiherrn von Droste-Vischering. Köln 1838.

(Loebell, Johann Wilhelm): Historische Briefe über die seit dem Ende des 16. Jahrhunderts fortgehenden Verluste und Gefahren des Protestantismus. Frankfurt/M. u. Erlangen 1861.

— Reisebriefe aus Belgien. Berlin 1837.

Lorinser, Franz: Aus meinem Leben. Wahrheit und keine Dichtung. Bd. 1 (1821 bis 1841). Regensburg 1891.

Mand, H. J. E. [Müller, Hermann]: Die Kölnische Kirche im Mai 1841. 2. Aufl. Würzburg 1841 (Untertitel: Der neue Rock, ein Mittel gegen Erstickung).

Marheineke, Ph.: Der Erzbischof Clemens August Frhr. Droste zu Vischering als Friedensstifter zwischen Staat und Kirche. Berlin 1843.

Martin, Konrad: Zeitbilder oder Erinnerungen an meine verewigten Wohlthäter. Mainz 1879.

Marwitz v. d., Luise: Vom Leben am preußischen Hofe 1815—1852. Aufzeichnungen von Caroline v. Rochow geb. v. d. Marwitz und Marie de la Motte-Fouqué. Berlin 1908.

Matzerath, C.: Meditationen eines rheinischen Katholiken über die sociale und nationale Seite der Kölner Frage. Köln 1838.

Aus Metternich's nachgelassenen Papieren, hrsg. von Fürst Richard Metternich-Winneburg. 6. Bd. Zweiter Teil. Friedensära 4. Bd. Wien 1883.

Michelis, Eduard: Erklärung in Betreff der Broschüre „Personen und Zustände aus den kirchlich-politischen Wirren in Preußen", in: Leipziger Allgemeine Zeitung vom 16. Juli 1840.

Moeller, K.: Leben und Briefe von J. Th. Laurent. Bd. 1 u. 2. Trier 1887/88.

Möhler, Johann Adam: Gesammelte Schriften und Aufsätze, hrsg. von Joh. Jos. Ign. Döllinger. 2. Bd. Regensburg 1840 (s. auch Döllinger).

Möller, Karl: Leben und Briefe von Johannes Theodor Laurent, 1. Teil 1804 bis 1840, Trier 1887.

Montalembert, Graf K. v., Pair von Frankreich: Über die katholische Angelegenheit des Erzbischofs von Köln. Aus dem Französischen übersetzt. Hanau 1838.

Müller, A.: Der Erzbischof von Köln in Opposition mit dem Preußischen Staatsoberhaupte, oder neuestes Beispiel der offenen Auflehnung und starren Reaction wider die Kirchenhoheit der Staatsregierung. Von dem Herausgeber des Canonischen Wächters. Karlsruhe 1838.

Müller, Hermann: Clemens August, Erzbischof von Köln, den 20. November 1837 nach nicht ganz zweijähriger Amtsverwaltung verhaftet und abgeführt auf die Festung Minden. Darstellung des Ereignisses und Prüfung der Beschuldigungen. Augsburg 1837.

Münch, Ernst: Römische Zustände und katholische Kirchenfragen der neuesten Zeit, beleuchtet von Dr. Ernst Münch. Stuttgart 1838.

— Erinnerungen, Reisebilder, Phantasiegemälde und Fastenpredigten aus den Jahren 1828—1840. Bd. 1 u. 2. Stuttgart 1841 u. 42.
— Historische Parallelen und Zeitstimmen, Belgien und die Belgier betreffend, in: Biographisch-Historische Studien, 2. Bd. Stuttgart 1836, S. 7—44.
(München, N.): Das Metropolitan-Domkapitel zu Köln in seinem Rechte, oder Verhalten desselben und seine Verhandlungen mit dem Apostolischen Stuhle in der Erzbischöflichen Sache. Eine kanonistische Abhandlung m. authentischen Aktenstücken. Köln 1838.

Natzmer, Gneomar Ernst von [Hrsg.]: Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Oldwig v. Natzmer. 4 Bde. Gotha 1887 bis 1888.

Pagenstecher, Alexander [Hrsg.]: Aus gärender Zeit. Lebenserinnerungen 1816 bis 1850 von Dr. med. C. H. Alexander Pagenstecher. Bd. 3 (Bd. 59 von Voigtländers Quellenbüchern). Leipzig o. J.
Paulus, H. E. G.: Der wieder laut gewordene Principienkampf zwischen römischer Hierarchie und teutscher Staatsrechtlichkeit. Heidelberg u. Leipzig 1838.
Personen und Zustände aus den kirchlich-politischen Wirren in Preußen, Michelis, Binterim, von Droste. Leipzig 1840.
Perthes, Clemens Theodor: Friedrich Perthes' Leben nach dessen schriftlichen und mündlichen Mitteilungen. Bd. 3. Gotha 1872.
Pfizer, P.: Gedanken über Recht, Staat und Kirche. 2 Bde. Stuttgart 1842.
Pflanz, B. A.: Der römische Stuhl und die kölner Angelegenheit. Stuttgart 1838.
Der Phönix und die kirchlichen Wirren. Traumgesicht von C. v. der Fulda. Cassel 1838.
Pontius Pilatus: Zur Beleuchtung der Cölner Angelegenheiten. Regensburg 1838.
Pontius Pilatus II. Ein Nachtrag zu seinem Vorgänger. Gleichfalls zur Beleuchtung der Cölner Angelegenheiten. Regensburg 1838.

Raabe, Ferdinand: Königsberger Jubeltage während der Huldigungsfeier im Jahre 1840. Königsberg 1840.
Radowitz, Joseph Maria von: Gesammelte Schriften. 5 Bde. Berlin 1852—53.
Raich, J. M.: Briefe von und an Wilhelm Emmanuel Freiherrn von Ketteler, Bischof von Mainz. Mainz 1879.
Das Recht in der Angelegenheit des Erzbischofs von Cöln mit Bezug auf den dem Rheinischen Landtage vorgelegten Antrag. Barmen 1841.
(Rehfues, Phil. Jos.): Die katholische Kirche in der Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln. Ein Beitrag zur Cultur- und Sittengeschichte des 19. Jahrhunderts. Frankfurt/M. 1838.
(Rehfues, Phil. Jos.): La Frontière du Rhin. Lettre d'un Prussien-Rhénan à Monsieur Mauguin, Membre de la Chambre des Deputés. Liège 1840.
Reiche, Wilhelm: Chronik des Preußischen Volkes seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. Danzig 1842.

Reinhardt, Rudolf [Hrsg.]: Der Briefwechsel zwischen Johann Friedrich Heinrich Schlosser und Johann Adam Möhler im Jahre 1837. Aus dem Nachlaß Stefan Lösch, in: Festschrift Ludwig Petri Teil 2, Wiesbaden 1969, S. 268—286.

Religious Persecution in Germany, in: British and Foreign Review, Jg. 1838, Nr. 7, S. 457—501.

Reumont, Alfred: Jugenderinnerungen, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein. 7. Heft, Köln 1904, S. 17—123.

Reusch, Franz Heinrich [Hrsg.]: Briefe an Bunsen von römischen Kardinälen und Prälaten, deutschen Bischöfen und anderen Katholiken 1818—37. Leipzig 1897.

Rhapsodische Bemerkungen über die Begebenheiten mit dem Erzbischof von Köln. Altona 1838.

Rheinwald, Georg Friedrich Heinrich: Acta Historico-Ecclesiastica Seculi XIX. Jahrgang 1837. Hamburg 1840.

— Allgemeines Repertorium für die theologische Literatur und kirchliche Statistik. Bd. 21—38. Berlin 1838.

Die richtige Auffassung des jüngsten Ereignisses mit dem Erzbischof zu Köln vom kirchenhistorischen Standpunkte zur versöhnenden Beherzigung für alle deutsche Patrioten beider Konfessionen. Hildburghausen 1838.

Riedel, Karl: Staat und Kirche. Manuskript aus Norddeutschland, als Antwort an Rom und seine Freunde. Berlin 1840.

Rintel, C. G. N.: Clemens August, Erzbischof von Cöln, gegen die Anklagen der preußischen Regierung verteidigt von einem Protestanten. Regensburg 1838.

— Rechtfertigung der persönlichen Handlungsweise Sr. Maj. des Königs v. Preußen in der Angelegenheit des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs Clemens August von Cöln durch C. G. N. Rintel. Würzburg 1840.

Ritter, Jos. Ig.: Irenikon oder Briefe zur Förderung des Friedens und der Eintracht zwischen Kirche und Staat. Leipzig 1840.

Der römische Stuhl und die Kölner Angelegenheit. Erörterungen von Katholiken. Stuttgart 1838.

Die Römische Curie im Kampf um ihren Einfluß in Deutschland, veranlaßt durch die Opposition des Erzbischofs von Köln gegen Preußen unter Mitwissenschaft Roms und das Verdammungsbreve des Hermes'schen Lehrsystems. Vom Verfasser der Schrift: Der Erzbischof von Köln, seine Principien und Opposition. Leipzig 1838.

Die römisch-hierarchische Propaganda, ihre Partei, Umtriebe und Fortschritte in Deutschland. Mit Rückblicken auf die Opposition des Erzbischofs von Köln nach unumstößlichen Tatsachen geschildert. Vom Verfasser der Schrift: Der Erzbischof von Köln, seine Principien und Opposition. Leipzig 1838.

Rotteck, Carl von: Die Cölnische Sache betrachtet vom Standpunkt des allgemeinen Rechts. Speyer, Landau und Grünstadt 1838.

Ruge, Arnold: Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825—1880, hrsg. v. Paul Nerrlich. Bd. 1. Berlin 1886.

Rühl, Franz [Hrsg.]: Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III. vorzugsweise aus dem Nachlaß von F. A. von Stägemann. Bd. 3, Leipzig 1902.

(Sachs, Ludwig Wilhelm): Der Staat, die Kirche und die Kölner Angelegenheit, oder: Zu welchem Ausgange wird die Kölner Angelegenheit führen? Von Philadelphus. Braunschweig 1838.

Sack: Die katholische Kirche innerhalb des Protestantismus und ihr Recht vorzüglich in den gemischten Ehen, von Dr. Sack, Köln 1838.

Seitz, Eduard: Der Erzbischof von Cöln, Clemens August Droste zu Vischerung, in seinem Verhältnis zur römischen Kurie und zum Kabinett von Berlin. Friedberg i. d. Wetterau 1838.

Schlemmer: Görres in seinem Athanasius, unbedingter Verteidiger des Erzbischofs, beleuchtet von Dr. Schlemmer. Nürnberg 1838.

Schlüter, C.: Briefe der Dichterin Luise Hensel. Paderborn 1878.

Schnütgen, Alex: Briefe von Andreas Räß an Franz Georg Benkert, in: Historisches Jahrbuch, 40. Bd., 1920, S. 137—179.

Schorn, Karl: Lebenserinnerungen. Bd. 1. Bonn 1898.

Schücking, Levin: Lebenserinnerungen. Breslau 1886.

(Schücking, Christoph Bernhard Paul Modestus): Krone und Tiara. Friedensstimme aus Münster von einem Katholiken. Münster 1838.

Schulte, Johann Friedrich von: Lebenserinnerungen. 3. Bd. Gießen 1909.

Schulte-Kemminghausen, Karl: Die Briefe der Annette von Droste-Hülshoff. Gesamtausgabe. Bd. 1 u. 2. Jena 1944.

Schultze, Johannes [Bearb.]: Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner. Bd. 1. Berlin 1930.

Schurz, Carl: Lebenserinnerungen bis zum Jahre 1852. Berlin 1906.

Schuster, Georg u. Bailleu, Paul: Aus dem Literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta Bd. I. 1. Teil. Berlin 1912.

Schütz, Wilhelm v.: Ueber Kirchen-Staatsrecht in der preußischen Rheinprovinz. Betrachtungen zum Geiste der Gesetzgebungen und zum jetzigen Weltzustande. Würzburg 1841.

Simons, C.: Reise Sr. Kgl. Hoheit d. Kronprinzen v. Preußen durch Rheinland-Westphalen im Herbst 1833. Iserlohn 1834.

Über den neuesten Stand der Kölner Wirren, von einem pensionierten Hauptmann der päpstlichen Schweizergarde. Zürich 1839.

Stein, Freiherr vom: Briefe und amtliche Schriften Bd. VI, bearb. von Alfred Hartlieb von Wallthor. Stuttgart 1965 (Neue Steinausgabe VI).

— Bd. VII, bearb. von Alfred Hartlieb von Wallthor. Stuttgart 1969 (Neue Steinausgabe VII).

Steinmann, Friedrich Arnold: Bilder und Skizzen aus der Zeit. 1. Teil. Münster 1846.

— Fliegende Blätter aus Rheinpreußen und Westfalen (hrsg. u. d. Pseudonym Dr. Sander). Erste Sammlung. Münster u. Hamm 1833.

— Materialien zur Biographie und Charakteristik des Erzbischofs von Köln, in: Polemische Blätter, 1. Sammlung, Leipzig 1838, S. 1—32.

— Münster und Münstertum, in: Polemische Blätter, 2. Sammlung, 1838, S. 73 bis 94.

— Westfalen's Oberpräsident Ludwig Freiherr v. Vincke, sein Leben und seine Zeit. 1774—1844. Lemgo u. Detmold 1858.

Die Stellung katholischer Regierungen in Bezug auf die neuesten Vorfälle in Rheinpreußen und Westfalen. Von einem Süddeutschen. Regensburg 1838.

Eine Stimme aus Belgien über den päpstlichen Stuhl und seine Diener hinsichtlich der Hermesianischen Lehre, der Kölner Angelegenheit und der Freimaurerei. Aus dem Französischen. 1838.

Stimme aus Bayern an die Berliner Protestanten. Die neuesten Vorfälle bezüglich der Behandlung an dem hochw. Herrn Erzbischof von Köln, Frhrn. v. Droste z. Vischering, aus dem Standpunkte des Kirchen- und Staatsrechts betrachtet von einem Zuhörer des verstorbenen Hermes, aber keinem Anhänger seiner Lehre. 2. Aufl. Regensburg 1838.

Stimme der Wahrheit in der Streitsache zwischen der Königlichen Regierung und dem Erzbischofe Clemens August von Köln, ausgesprochen von einem römisch-katholischen Pfarrer. Potsdam 1838.

Der Sturm auf dem Rhein. Vier Unterhaltungen mit Schiffern über die Frage: Welches sind die wahren Freunde und Feinde der katholischen Kirche? 1838.

Sybel, Heinrich von: Die politischen Parteien in der Rheinprovinz in ihrem Verhältnis zur preußischen Verfassung. Düsseldorf 1847.

Temme, J. D. H.: Erinnerungen, hrsg. von Stephan Born. Leipzig 1883.

Tennesberg, Th.: Der preußische Staat, sein Land, Volk und Organismus. Ein Compendium. Magdeburg 1842.

Trollope, Frances: Belgium and Western Germany in 1833. Vol. 1. Brüssel 1834.

Die Unduldsamkeit der christlichen Confessionen vor dem Richterstuhl des 19. Jahrhunderts gest. von einem protestantischen Bayern, veranlaßt durch die Kölner Angelegenheit. Nürnberg 1838.

Varnhagen von Ense, K. A.: Tagebücher. Bd. 1 u. 2. Leipzig 1861.

Venedey, J.: Preußen und Preußentum. Mannheim 1839.

— Vierzehn Tage Heimathluft. Leipzig 1847.

Zur Verständigung der Deutschen und Franzosen. Zürich 1843.

Die Wahrheit in der Hermes'schen Sache zwischen der katholisch-theologischen Fakultät zu Bonn und dem Herrn Erzbischof von Köln. Darmstadt 1837.

Walter, Ferdinand: Aus meinem Leben. Bonn 1865.

Weitzel, J.: Briefe vom Rhein. 1834.

Wilhelmi, J. F.: Panorama von Düsseldorf und seinen Umgebungen, Düsseldorf 1828.

Wilhelms I. Briefe an seinen Vater König Friedrich Wilhelm III. (1827—1839), hrsg. von Paul Alfred Merbach. Berlin 1922.

(Willemsen, O.) Die Rheinprovinz unter Preußen. Elberfeld 1841.

Winterabendunterhaltungen einiger Landleute am warmen Ofen, im Jahre 1836. Sittard 1836.

Ein Wort über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Keine Streitschrift. Von einem evangelischen Laien. Erfurt 1838.

Ein unparteiisches, friedliches Wort über die neuesten religiösen Wirren ... von C. F. L. in Magdeburg. Leipzig 1840.

Die Wünsche vieler Katholiken in Deutschland über Verbesserung des Kirchenwesens und ein zunächst zu veranlassendes Nationalconcilium. Leipzig 1840.
Zander, Josef [Hrsg.]: Wahrheit ohne Dichtung. Lebenserinnerungen von Friedrich von Ammon. In Auswahl herausgegeben. Köln 1937.

D. Schrifttum

Ahrens, Liselotte: Lamennais und Deutschland. Studien zur Geschichte der französischen Restauration (Universitas-Archiv, Historische Abteilung Bd. 3). Münster 1930.
Amelunxen, Rudolf: Das Kölner Ereignis. Essen 1908.
Anrich, Gustav: Der moderne Ultramontanismus in seiner Entstehung und Entwicklung (Religionsgeschichtliche Volksbücher, 4. Reihe, H 10). Tübingen 1909.
Arnold, Robert: Aufzeichnungen des Grafen Carl v. Voß-Buch über das Berliner Politische Wochenblatt, in: HZ 106, 1911, S. 325—340.

Bach, Trudel: Johann Otto Ellendorf, Ein westfälischer Publizist zur Zeit der Kölner Wirren [Diss. Münster 1934]. Bottrop 1935.
Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. 1. Bd. Köln 1927.
— Josef Bachem. Bd. 1. Köln 1912.
Bastgen, H. (B.): Die Besetzung der Bischofssitze in Preußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. 2 Bde. Paderborn 1941.
— Forschungen und Quellen zur Kirchenpolitik Gregors XVI., im Anschluß an die Berichte des Prälaten Capaccini 1837 (Veröffentlichungen zur Kirchen- und Papstgeschichte der Neuzeit 1). Paderborn 1929.
— Die Verhandlungen zwischen dem Berliner Hof und dem Hl. Stuhl über die konfessionell gemischten Ehen (Veröffentlichungen zur Kirchen- und Papstgeschichte der Neuzeit 2). Paderborn 1936.
Baudri, M.: Johann Cardinal von Geissel und seine Zeit. Köln 1881.
Bauer, Wilhelm: Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen. Tübingen 1914.
Beelert, Friedrich: Dr. Bernard Georg Kellermann. Münster 1935.
Below, Georg von: Der Kirchenstreit in Preußen in den Jahren 1838 und 1839, in: Deutsche Revue 28. Jahrgang, 1903.
Bellot, Josef: Hundert Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft — 1815—1918 — (Rheinisches Archiv 45). Bonn 1954.
Bender, Franz: Illustrierte Geschichte der Stadt Köln. Köln 1924.
Bergengrün, Alexander: David Hansemann. Berlin 1901.
Berger, Louis: Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild. 3. Aufl. Leipzig 1895.
Berger, Martin: Görres als politischer Publizist. Bonn und Leipzig 1921.
Bergmann, Günther: Die Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Aachen in den Jahren 1834—1922, in: 150 Jahre Regierung und Regierungsbezirk Aachen. Aachen 1967.

Bergsträsser, Ludwig: Der politische Katholizismus. Dokumente seiner Entwicklung. I. (1815—1870). München 1921.

— Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei (Beiträge zur Parteigeschichte, hrsg. von Adalbert Wahl 1). Tübingen 1910.

Berner, Ernst: Geschichte des Preußischen Staates. München und Berlin 1891.

Bezold, Friedrich von: Geschichte der rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität. Bonn 1920.

Bibl, Viktor: Metternich in neuer Beleuchtung. Sein Geheimer Briefwechsel mit dem bayerischen Staatsminister Wrede. Wien 1928.

— Die Zillertaler Emigration, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 45, Berlin-Dahlem 1933, S. 66—98.

Bickhoff, Max: Friedrich Steinmann. Ein westfälischer Publizist und Politiker (1801—1875) [Diss. Münster 1914]. Dortmund 1915.

Biermann, Wilhelm: Franz Leo Benedikt Waldeck, Ein Streiter für Freiheit und Recht. Paderborn 1928.

Binder, Franz: Luise Hensel, Ein Lebensbild. 2. Aufl. Freiburg Br. 1904.

Das Bistum Aachen. Aachen 1933.

Boogman, J. C.: The Dutch Crisis in the forties, in: Britain and the Netherlands. Groningen 1963.

Borodajkewycz, Taras von: Deutscher Geist und Katholizismus im 19. Jahrhundert. Dargestellt am Entwicklungsgang Constantins von Höfler. Salzburg, Leipzig 1935.

Brasse, Ernst: Geschichte der Stadt und Abtei Gladbach. II. Neuzeit. M. Gladbach 1922.

Brecher, August: Oberpfarrer L. A. Nellessen (1783—1859) und der Aachener Priesterkreis, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins Bd. 76, 1964. S. 45 bis 205.

Brieger, Theodor: Der erste Waffengang des römischen Kirchentums mit dem preußischen Staate, in: Preußische Jahrbücher 29. Bd., Berlin 1872, S. 669 bis 690.

Bringmann, Karl: Die konfessionell politische Tagespresse am Niederrhein im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der rheinischen Presse mit Aktenstücken. Düsseldorf 1938.

Brinkman, Josef: Sieben Jahrhunderte Borkener Stadtgeschichte, in: Borkener Stadtgeschichte, hrsg. anläßlich der Siebenhundertjahrfeier der Stadt Borken am 12. Sept. 1926. Borken 1926.

Brück, H.: Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert. Bd. 2. 2. Aufl. Münster 1903.

Brückmann, O. H.: Altes und Neues aus dem Münsterland und seinen Grenzbezirken. Ein Beitrag zur Kunde Westfalens. Paderborn 1863.

Brüll, Wilhelm: Chronik der Stadt Düren. Düren 1895.

Buchheim, Karl: Der Deutsche Verbandskatholizismus, in: Bernhard Hanssler, Die Kirche in der Gesellschaft, Paderborn 1961, S. 30—83.

— Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland. München 1953.

— Geschichte der Kölnischen Zeitung. Bd. II. Köln 1930.

— Grundlagen und Anfänge des politischen Katholizismus, in: Frankfurter Hefte 2 (1947), S. 1224—1236.
— Die Stellung der Kölnischen Zeitung im vormärzlichen rheinischen Liberalismus (Beiträge zur Kultur- und Universalgeschichte, H. 27). Leipzig 1914.
— Ultramontanismus und Demokratie. München 1963.
Bußmann, Walter: Eine historische Würdigung Friedrich Wilhelms IV., in: Spiegel der Geschichte, Festgabe für Max Braubach, hrsg. von K. Repgen u. St. Skalweit, Münster 1964, S. 711—726.

Caspary, Anna: Ludolf Camphausens Leben. Stuttgart u. Berlin 1902.
Cramer, Valmar: Bücherkunde zur Geschichte der katholischen Bewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert (Apologetische Tagesfragen Heft 16). Mönchen-Gladbach 1914.
Cronenberg, Franz Peter Eduard: Geschichte der Erzdiöcese Köln während der letzten 120 Jahre (1761—1881). Aachen 1882.
Croon, Gustav: Der Rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874. Düsseldorf 1918.

Deetjen, W.: Sie sollen ihn nicht haben! Tatsachen und Stimmen aus dem Jahre 1840. Weimar 1920.
Derré Jean-René: Metternich et Lamennais. Paris 1963.
Diel, Johannes Baptista: Clemens Brentano, Ein Lebensbild, ergänzt und herausgegeben von Wilhelm Kreiten. Bd. 2. Freiburg/Br. 1878.
Dorider, Adolf: Geschichte der Stadt Recklinghausen in den neueren Jahrhunderten (1577—1933). Recklinghausen 1955.
Droz, Jacques: Le Libéralisme Rhénan 1815—1848. Contribution à l'histoire du libéralisme allemand. Paris 1940.
Dumont, Karl Theodor: Diplomatische Korrespondenz über die Berufung des Bischofs Johannes von Geissel von Speyer zum Coadjutor des Erzbischofs Clemens August Freiherrn von Droste zu Vischering. Freiburg 1880.
Dumont-Schauberg, H.: Geschichte der Kölnischen Zeitung und ihrer Druckerei. Köln 1880.
von der Dunk, Hermann: Der deutsche Vormärz und Belgien 1830/48 (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz Bd. 41). Wiesbaden 1966.
Dyroff, Adolf: Carl Jos. Windischmann (1775—1839) und sein Kreis. Köln 1916.

Ennen Edith u. Höroldt Dietrich: Kleine Geschichte der Stadt Bonn. Bonn 1966.
Ewald, Ruprecht: Geschichte der Stadt Brakel. Brakel 1925.

Faber, Karl-Georg: Das politische Leben im Regierungsbezirk Köln von 1816 bis zur Gegenwart, in: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln. Berlin 1966, S. 14—44.
— Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution. Probleme der rheinischen Geschichte von 1814—1848 im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik. Wiesbaden 1966.
— Was ist eine Geschichtslandschaft? in: Festschrift Ludwig Petry Teil 1. Wiesbaden 1968, S. 1—28.

Féaux de Lacroix, Karl: Geschichte Arnsbergs. Arnsberg 1895.
Fiebig, Paul: Chronik der Freiheit Sundern. Sundern 1954.
Filbry, Gerd: Die Einführung der Revidierten Preußischen Städteordnung von 1831 in der Stadt Münster, in: Westfälische Zeitschrift 107. 1957, S. 169—235.
Fischer, E. L.: Kardinal Consalvi. Mainz 1899.
Fischer, Max: Friedrich Wilhelm IV. und die großen Entscheidungen der deutschen Politik, in: Hochland 15. Jgg. Bd. 1, Kempten und München 1917/18, S. 400 bis 421, 553—573.
Flathe, Theodor: Das Zeitalter der Restauration und Revolution 1815—1851 (Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen, hrsg. v. Wilhelm Oncken, 4. Hauptabt. 2. Teil). Berlin 1883.
Florschütz, Albert: Die politischen und sozialen Zustände der Provinz Westfalen während der Jahre 1848 bis 1858. Elberfeld 1861.
Foesser, O.: Johannes Theodor Laurent und seine Verdienste um die katholische Kirche, in: Frankfurter zeitgemäße Broschüren, Neue Folge, Bd. XI. Frankfurt/M. 1890.
Först, W. [Hrsg.]: Das Rheinland in preußischer Zeit. Köln 1965.
Förster, Otto Helmut: Kölner Kunstsammler vom Mittelalter bis zum Ende des bürgerlichen Zeitalters. Berlin 1931.
Franqué, Wolfgang von: Luxemburg, die belgische Revolution und die Mächte (Rheinisches Archiv 24). Bonn 1933.
Freisen, Joseph: Verfassungsgeschichte der katholischen Kirche Deutschlands in der Neuzeit. Leipzig und Berlin 1916.
Friedberg, Emil: Der Staat und die Bischofswahlen in Deutschland. Das 19. Jahrhundert [Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1874]. Aalen 1965.
— Die Grundlagen der preußischen Kirchenpolitik unter König Friedrich Wilhelm IV. Leipzig 1882.
— Die Geschichte der Civilehe. Berlin 1870.
Führer, Anton: Geschichte der Stadt Rheine. Rheine 1927.

Gaspers, Josef: Die Fastenpredigten des Oberpfarrers und Dechanten Johann Hendrichs von Heinsberg im Jahre 1836, ihre Veranlassung und ihr Nachspiel, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 160, 1958.
Gatz, Erwin: Rheinische Volksmission im 19. Jahrhundert, dargestellt am Beispiel des Erzbistums Köln. Ein Beitrag zur Geschichte der Seelsorge im Zeitalter der katholischen Bewegung (Studien zur Kölner Kirchengeschichte Bd. 7). Düsseldorf 1963.
Geisberg, H.: Kurze Chronik der Stadt Münster. Münster 1889.
Die Genossenschaft des Rheinischen Ritterbürtigen Adels 1837—1937. Festschrift zur Erinnerung an den 100. Jahrestag ihrer Gründung, hrsg. vom Ritterrat. Schloß Gemünden 1937.
Giesen, Adolf: Eberhard von Groote. Ein Beitrag zur Geschichte der Romantik am Rhein. Diss. Köln 1928, Gladbach-Rheydt 1929.
Gollwitzer, Heinz: Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts, Eine Skizze zum deutschen Regionalismus, in: Land und Volk, Herrschaft und Staat in der Geschichte und Geschichtsforschung Bayerns,

Karl Alexander von Müller zum 80. Geburtstag (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 27, 1964), München 1964, S. 523—552.

Gothein, Eberhard: Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Cöln vom Untergange der Reichsfreiheit bis zur Errichtung des Deutschen Reiches (Die Stadt Cöln unter preußischer Herrschaft 1815—1915, 1. Bd., 1. Teil). Köln 1916.

Goyau Georges: L'Allemagne réligieuse. Le catholicisme (1800—1848). 2 Bde. Paris 1910.

Grisar, Josef: Bayern und Preußen zur Zeit der Kölner Wirren 1837—1838. Diss. [Masch.] München 1923.

— Das Kölner Ereignis und die katholische Presse, in: Das Werden der katholischen Presse. Sonderausgabe der „Germania", Zeitung für das deutsche Volk, zur katholischen Ausstellung der Pressa, Berlin 1928.

— Aus Sturmtagen der katholischen Publizistik, in: Stimmen der Zeit 106/107. Bd., Freiburg 1924, S. 112—124.

— Das Kölner Ereignis nach Berichten italienischer Diplomaten, in: Historisches Jahrbuch 74, 1955, S. 727—739.

— Die Allokution Gregors XVI. vom 10. Dezember 1837, in: Miscellanea Historiae Pontificae Vol. XIV, Gregorio XVI Vol. II, Roma 1948, S. 441—560.

Gronemann, Werner: Die Haltung Preußens in der belgischen Frage 1830—32. Diss. Berlin 1928.

Gurian, Waldemar: Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus 1789—1914. Mönchen-Gladbach 1929.

Gust, Max: J. D. H. Temme, Ein münsterländischer Schriftsteller und Politiker. Münster 1914.

Haagen, Friedrich: Geschichte Achens von seinen Anfängen bis zur neuesten Zeit. II. Aachen 1874.

Haas-Tenckhoff, Bruno: Münster und die Münsteraner in Darstellungen aus der Zeit von 1800 bis zur Gegenwart. Münster 1924.

Hankamer, W.: Preußen und die Rheinlande. Essen o. J.

Hansen, Joseph: Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild. Bd. 1. Berlin 1906.

— Preußen und Rheinlande von 1815 bis 1915. Hundert Jahre politischen Lebens am Rhein, Bonn 1918.

Hanus, Franciscus: Die preußische Vatikangesandtschaft 1747—1920. München 1954.

Hartlieb v. Wallthor, Alfred: Die landschaftliche Selbstverwaltung Westfalens in ihrer Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert. 1. Teil. Münster 1965.

Hasenklever, A.: Eine österreichische Denkschrift über Friedrich Wilhelm IV. und seine Kirchenpolitik, Juni 1840, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte Bd. 34. 1913.

Hashagen, Justus: Zur Vorgeschichte und zur Geschichte des Zentrums: 2. Vormärzliche Anfänge, in: Die Hilfe des 18. Jahrg. 1912, S. 775—777.

— Das Rheinland und die preußische Herrschaft. Essen 1924.

— Entwicklungsstufen der rheinischen Presse bis 1848. Essen 1925.

Hassel, Paul: Joseph Maria von Radowitz. 1. Bd. (1797—1848). Berlin 1905.

D'Haussonville, O.: Histoire de la politique extérieure du gouvernement francais. Bd. I. Paris 1850.

Haxthausen, Franz Ludwig August Maria Freiherr von: Ein photographischer Versuch von Freundeshand. Als Manuskript gedruckt. Hannover 1868.

Hecker, Hermann Joseph: Chronik der Regenten, Dozenten und Ökonomen im Priesterseminar des Erzbistums Köln 1615—1950 (Studien zur Kölner Kirchengeschichte Bd. 1). Düsseldorf 1952.

Heckel, Johannes: Bischof Hommer von Trier und die Mischehenfrage, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kan. Abt. XVII, 1928, S. 559—566.

Hegel, Eduard: Geschichte der Katholisch-Theologischen Fakultät Münster (1773 bis 1964). Bd. 1. Münster 1966.

— Clemens August Freiherr Droste zu Vischering, in: Westfälische Lebensbilder Bd. X, Münster 1970. S. 76—103.

— Die kirchenpolitischen Beziehungen Hannovers, Sachsens und der norddeutschen Kleinstaaten zur römischen Kurie 1800—1846. Paderborn 1934.

Herrmann, Alfred: Regierung und Presse am Rhein im Vormärz, in: Historische Aufsätze, Aloys Schulte gewidmet. Düsseldorf 1927.

— Die Stimmung der Rheinländer gegenüber Preußen 1814/16, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, Heft 115, 1929, S. 366—394.

Heyck, Ed.: Die Allgemeine Zeitung 1798—1898. Beiträge zur Geschichte der deutschen Presse. München 1898.

Heyderhoff, Julius: Johann Friedrich Benzenberg, der erste Rheinische Liberale. Vereinsgabe des Düsseldorfer Geschichtsvereins 1909. Düsseldorf 1909.

Heilig, Ilse-Eva: Philipp Joseph von Rehfues (Sprache und Kultur der germanischen und romanischen Völker B. Germanistische Reihe Bd. XXXIV). Breslau 1941.

Hillebrand, Karl: Geschichte Frankreichs von der Thronbesteigung Louis Philippe's bis zum Falle Napoleon's III. 2. Teil. Gotha 1879.

Hohmann, Friedrich Gerhard: Paderborn in den Kölner Wirren, in: Westfalen 48, 1970, S. 48—55.

Holthöfer, Robert: Die Stadt-Aachener Zeitung 1815—1848, ein Beitrag zur rheinischen Presse- und Parteigeschichte, Phil. Diss. [Masch.] Bonn 1921.

Höfele, Karl Heinrich: Die Stadt Trier und der preußische Staat im Vormärz, in: Trier und das Reich, Trierer Jahrbuch Bd. 2, Köln 1939, S. 3—76.

Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. II. Stuttgart 1960.

Jäger, Oskar: Geschichte der neuesten Zeit 1789—1889 (Weltgeschichte in vier Bänden, IV. Bd.). 2. Aufl. Bielefeld u. Leipzig 1894.

Jahn, Robert: Essener Geschichte. Essen 1952.

Jedin, Hubert: Freiheit und Aufstieg des deutschen Katholizismus zwischen 1848 und 1870, in: Die Kirche in der Gesellschaft, Der deutsche Katholizismus und

seine Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Bernhard Hanssler, Paderborn 1961, S. 9—29.

Jürgensen, Kurt: Lamennais und die Gestaltung des belgischen Staates. Der liberale Katholizismus in der Verfassungsbewegung des 19. Jahrhunderts (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz). Wiesbaden 1963.

Kaltenbrunner, Gerd-Klaus: Franz von Baader (1765—1841) als Theologe der Gegenrevolution, in: Wissenschaft und Weltbild 19, München 1966.

Kaufmann, Franz: Leopold Kaufmann, Oberbürgermeister von Bonn (1821 bis 1898). Ein Zeit- und Lebensbild. Köln 1903.

Kaufmann, Georg: Politische Geschichte Deutschlands im Neunzehnten Jahrhundert. Berlin 1900.

Kaufmann, Karl Leopold: Der Grenzkreis Malmedy in den ersten 5 Jahrzehnten preußischer Verwaltung. Bonn 1941.

Keinemann, Friedrich: Die Affäre Westphalen, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 123, 1973.

— Die Ausweisung des Titularbischofs Johannes Laurent aus Aachen 1840, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 82, 1972, S. 69—75.

— Clemens August von Droste in Minden, in: Auf Roter Erde 26. Jg. Febr. 1970.

— Die Ernennung Ruppenthals zum Leiter der rheinischen Justizverwaltung im preußischen Justizministerium und ihr Echo in der rheinischen Bevölkerung (1838), in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 1973.

— Leben und Wirken Ferdinands von Galen zur Zeit der Kölner Wirren, in: F. Keinemann, Ancien Regime, Kulturkampf, Nachkriegszeit, Neue Beiträge zur westfälischen Landesgeschichte, Hamm 1974.

— Militärgottesdienst und Parität. Bemühungen der Westfälischen und Rheinischen Provinziallandtage um eine verbesserte Fürsorge für den katholischen Militärgottesdienst in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch des Vereins für westfälische Kirchengeschichte 1970, S. 10—125.

— Preußische Erkundigungen über den Speyrer Bischof Johannes von Geissel im Hinblick auf eine Berufung zum Koadjutor der Erzdiözese Köln (1841), in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte Bd. 22, 1970, S. 158—164.

— Zur politischen Tätigkeit Theodor Lutterbecks, in: Westfalen 1970.

— Schülertumulte im Kölner Kirchenstreit, Vorwürfe gegen Gymnasiasten wegen angeblicher Beteiligung an den Unruhen in Münster und Paderborn im Dezember 1837 und Januar 1838, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 122, 1972, S. 51—60.

— Die Unruhen bei der Feier des Ursulafestes 1838 in Köln, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 1972, S. 138—147.

— Die Trierer Bischofswahl (1836—1842), Vorgänge und Problematik, in: Kurtrierisches Jahrbuch 1972, S. 103—117.

— Westfälischer Adel und preußische Staatsverwaltung, Aus unveröffentlichten Briefen Werner von Haxthausens, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 120, 1970, S. 458—464.

Kempkes, K.: Bischof Hommer von Trier während der Reformbewegung und im Mischehenstreit, in: Pastor bonus Jg. 35, 1922/23, S. 1—14.

Kentenich, Gottfried: Geschichte der Stadt Trier von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. Denkschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Zugehörigkeit der Stadt zum preußischen Staat. Trier 1915.

Kipper, H.: Clemens August Droste zu Vischering. Ein Lebensbild. Hamm 1907.

Kirchhoff, Hans Georg: Heimatchronik des Kreises Grevenbroich. Köln 1971.

Keyser, Erich [Hrsg.]: Deutsches Städtebuch Bd. III. Nordwest-Deutschland. II. Westfälisches Städtebuch; III. Rheinisches Städtebuch. Stuttgart 1954/56.

Klein, August: Die Personalpolitik der Hohenzollernmonarchie bei der Kölner Regierung (Veröffentlichungen des Historischen Vereins für den Niederrhein 10). Düsseldorf 1967.

— Die Kölner Regierungspräsidenten 1816—1966, Ihr Leben und Wirken, in: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln. Berlin 1966.

Klersch, Joseph: Volkstum und Volksleben in Köln. Ein Beitrag zur historischen Soziologie der Stadt. 2 Bde. Köln 1965—67.

Kliewer, Eberhard: Die Julirevolution und das Rheinland. Diss. Köln 1963.

Klutentreter, Wilhelm: Die Rheinische Zeitung von 1842/43 in der politischen und geistigen Bewegung des Vormärz (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 10. Bd. 1. u. 2. Teil). Dortmund 1966/67.

Kneschke, Ernst Heinrich: Neues allgemeines Deutsches Adels-Lexicon. Bd. I. Leipzig 1929.

Kochendörffer, Heinrich: Die Affaire Vahlkampf-Duvignau, in: Westfalen XVII, 1932, S. 8—13.

Koselleck, Reinhart: Preußen zwischen Reform und Revolution (Industrielle Welt Bd. 7). Stuttgart 1967.

— Staat und Gesellschaft in Preußen 1815—1848, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 10). Köln, Berlin 1966.

Köllmann, Wolfgang: Friedrich Harkort. Bd. I. Düsseldorf 1964.

Die Kölner Wirren vor vierzig Jahren und der heutige „Culturkampf", in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland Bd. 85, 1880.

Kolvenbach, J.: Bonn 1814—1848. Verwaltung, Verfassung und Verhältnis zum preußischen Staat, in: Bonner Geschichtsblätter Bd. 8, Bonn 1954, S. 5—91.

König, Hermann: Die Rheinische Zeitung von 1842—1843 in ihrer Einstellung zur Kulturpolitik des preußischen Staates. Münster 1927.

Kraft, J.: Wilhelm Arnoldi, Bischof von Trier. Ein Lebensbild. Trier 1865.

Kraus, Johannes: Caspar Riffel und das Erstarken des katholischen Lebens in Mainz in den Jahren 1840—1848, in: Idee, Gestalt und Gestalter des ersten deutschen Katholikentages in Mainz 1848, hrsg. von L. Lenhart, Mainz 1948, S. 152—184.

Kroos, Franz: Die Zeitungen im Vest Recklinghausen. Von den Anfängen bis 1870. Diss. Münster 1931. Fulda o. J.

Krudewig, Franz: Philipp Josef v. Rehfues als Publizist. Diss. Bonn 1921 (Auszug). Siegburg 1921.

Kruchen, Carl: Die Zensur und deren praktische Anwendung bei rheinischen Zeitungen in der vormärzlichen Zeit (1814—1848). Diss. Köln 1922.

— Zensur und Zensoren an rheinischen Zeitungen in der vormärzlichen Zeit 1814—1848 (Düsseldorfer Jahrbuch 34. Bd.). 1928.
Krüger, Hildegard: Preußens innenpolitische Zustände von 1840 bis 1846 im Urteil des österreichischen Botschafters in Berlin, Grafen Trauttmannsdorff. Leipzig 1936.
Kruse, Hans: Das Siegerland unter preußischer Herrschaft 1815—1915. Siegen 1915.
Kuntze, Eugen: Der erste Konflikt des Generalvikars Klemens August von Droste zu Vischering mit der Regierungsbehörde in Münster, in: Auf Roter Erde, Münster, Jgg. 1933, Nr. 7.

Landau, Axel: Der Sturz Schoens. Diss. Königsberg 1933. [Teildruck] Königsberg 1933.
Landsberg, Ernst: Das rheinische Recht und die rheinische Gerichtsverfassung, in: Die Rheinprovinz 1815—1915, hrsg. von Joseph Hansen. Bd. I. Bonn 1917.
Lange, Joseph: Neuss in Mittelalter und Neuzeit, in: Neuss im Wandel der Zeiten, Neuss 1969, S. 51—355.
Langhäuser, Julius: Das Militärkirchenwesen im kurbrandenburgischen und königlich preußischen Heere. Metz 1912.
Lauenroth, P. Chrysostomus: Andreas Fey. Paderborn 1938.
Ley, Konr. Albr.: Die Kölnische Kirchengeschichte im Anschlusse an die Geschichte der kölnischen Bischöfe und Erzbischöfe. Köln 1883.
Liese, Wilhelm: Necrologium Paderbornense. Totenbuch Paderborner Priester (1822—1930). Paderborn 1934.
Lill, Rudolf: Die Beilegung der Kölner Wirren (Studien zur Kölner Kirchengeschichte 6. Bd.). Düsseldorf 1962.
Lipgens, Walter: Ferdinand August Graf Spiegel und das Verhältnis von Kirche und Staat 1789—1835. Bd. I. Münster 1965.
Lüdicke, Reinhard: Die Preußischen Kultusminister und ihre Beamten im ersten Jahrhundert des Ministeriums 1817—1917. Stuttgart u. Berlin 1918.
— Der Straßenauflauf in Münster am 11. Dez. 1837 und Generalmajor Freiherr von Wrangel, in: Westfalen, 13. Jgg. 1927, Heft 1/2.

Maaßen, German Hubert Christian: Geschichte der Pfarreien des Dekanates Bonn (Geschichte der Pfarreien der Erzdiöcese Köln V. Dekanat Bonn. 1. Teil: Stadt Bonn). Köln 1894.
Martin, Hortense: Soziale Bestrebungen im Koblenzer Katholizismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Geschichte und Kunst des Mittelrheins und seiner Nachbargebiete 4./5. Jahrgang 1952, Neuwied 1954.
Massenkeil, Joseph: Der Westfälische Merkur. Ein Beitrag zur Geschichte des westfälischen Zeitungswesens. Münster 1914.
Maurenbrecher, Wilhelm: Die preußische Kirchenpolitik und der Kölner Kirchenstreit. Stuttgart 1881.
Mehler, F. J.: Geschichte der Stadt Werl. Werl 1891.
Meinecke, Friedrich: Radowitz und die deutsche Revolution. Berlin 1913.
Menzel, W.: Geschichte der letzten 40 Jahre (1816—56). 2 Bde. Stuttgart 1850.

Metzler, Johannes: Die Apostolischen Vikariate des Nordens. Paderborn 1919.
Möller, Karl: Leben und Briefe von Johannes Laurent. 1. Teil. Trier 1887.
Mönckmeier, Friedrich: Die Rhein- und Moselzeitung. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der katholischen Presse und des politischen Katholizismus in den Rheinlanden (Studien zur Rheinischen Geschichte IV). Bonn 1912.
Morsey, Rudolf: Clemens August Freiherr von Droste zu Vischering, in: Rheinisch-westfälische Rückblende, Köln 1967, S. 80—85.
Most, Otto: Geschichte der Stadt Düsseldorf. Bd. II. Düsseldorf 1921.
Mucke, Richard: Die politischen Bewegungen in Deutschland 1830—35. 2 Bde. Leipzig 1875.
Müller, Franz August: Das philosophisch-theologische Studium in Aachen 1774—1824 (1837). Zugleich ein Beitrag zur Vorgeschichte der Kölner Wirren. Diss. theol. [Masch.] Bonn 1952.
Müller, Max: Die Geschichte der Stadt St. Wendel von ihren Anfängen bis zum Weltkriege. St. Wendel 1927.
Münster, Hans A.: Die öffentliche Meinung in Johann Josef Görres' politischer Publizistik. Berlin 1926.

Neefe, Fritz: Geschichte der Leipziger Allgemeinen Zeitung 1837—1843. Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens aus der Zeit des Kampfes um die Pressefreiheit (Beiträge zur Kultur- und Universalgeschichte 32. Heft). Leipzig 1914.
Nettesheim, Josefine: Luise Hensel und Christoph Bernhard Schlüter. Briefe aus dem deutschen Biedermeier 1832—1876. Münster 1962.
— Wilhelm Junkmann, Dichter, Lehrer, Politiker, Historiker (1811—1886). Münster 1969.
Nippold, F.: Die verschiedenen Stadien des sogenannten preußischen Kirchenstreites. Nach Bunsens Papieren, in: Preußische Jahrbücher, hrsg. von H. v. Treitschke u. W. Wehrenpfennig, 23 Bd., Berlin 1869, S. 325—355; 423—447; Bd. 24, Berlin 1869, S. 381—422.
Norrenberg, P.: Chronik der Stadt Dülken. Viersen u. Dülken 1874.

Pastor, Ludwig von: August Reichensperger. Bd. 1. Freiburg/Br. 1899.
— Leben des Freiherrn Max von Gagern. München 1913.
Perthes, Cl. Th.: Friedrich Perthes' Leben. 3. Bd. Gotha 1872.
Pertz, G. H.: Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein. 6 Bd. 2. Hälfte. Berlin 1855.
Pesch, Rudolf: Die kirchlich-politische Presse der Katholiken in der Rheinprovinz vor 1848. Mainz 1966.
Peters, Frieda: Carl Ernst Jarckes Staatsanschauung und ihre geistigen Quellen. Diss. Köln 1924.
Pfülf, Otto: Cardinal von Geissel. Bd. 1. Freiburg Br. 1895.
— Bischof v. Ketteler (1811—77). Bd. 1. Mainz 1899.
— Hermann v. Mallinckrodt. Freiburg 1892.
— Josef Graf zu Stolberg-Westheim 1805—1859. Seine Verdienste um die katholische Kirche Deutschlands. Ein Lebensbild. Freiburg 1913.

Philippi, F.: Hundert Jahre preußischer Herrschaft im Münsterlande. Münster 1904.
Plaßmann, J. O.: Geschichte der Stadt Münster in Westfalen. Münster 1925.
Podlech, E.: Geschichte der Erzdiözese Köln. Mainz 1879.
Pohl, Heinrich: Die katholische Militärseelsorge Preußens 1797—1888. Stuttgart 1926 [Unveränderter Nachdruck Amsterdam 1926].
Poll, Bernhard: Preußen und die Rheinlande, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins Bd. 76, 1964, S. 5—44.
— Das Hineinwachsen der Rheinländer in den preußischen Staatsverband, in: 150 Jahre Regierung und Regierungsbezirk Aachen. Aachen 1967, S. 15—28.
Preradovich, Nikolaus von: Die Führungsschichten in Österreich und Preußen (1804—1918). Mit einem Ausblick bis zum Jahre 1945 (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte. Mainz Bd. 11). Wiesbaden 1955.
Prinz, Joseph: Greven an der Ems. Greven 1950.
— Das Rathaus zu Münster. Münster 1958.

Ranke, Leopold von: Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelm IV. mit Bunsen. Leipzig 1873.
— Friedrich Wilhelm IV. König von Preußen, in: Sämtliche Werke Bd. 51 u. 52, Leipzig 1888, S. 405—474.
Rebbert, Josef: Clemens August, Erzbischof von Köln, Paderborn 1873.
Reigers, Friedrich: Die Stadt Bocholt während des neunzehnten Jahrhunderts. [Neudruck] Bocholt 1966.
Reinhard, E.: Aus dem Werdegang des „Bekennerbischofs" Clemens August Frhr. Droste zu Vischering, in: Liudger und sein Erbe, Münster 1950, S. 291 ff.
Remling, Franz Xaver: Cardinal von Geissel, Bischof zu Speyer und Erzbischof zu Köln, im Leben und Wirken. Speyer 1873.
Rensing, Theodor: Clemens Brentano über das Münsterland, in: Der Landkreis Coesfeld 1816/1966, Coesfeld 1966, S. 144—146.
Repgen, Konrad: Märzbewegungen und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland (Bonner Historische Forschungen 4). Bonn 1955.
— Klerus und Politik (1848), in: Aus Geschichte und Landeskunde, Festschrift F. Steinbach, Bonn 1960, S. 133—165.
Reumont, Alfred: Aus König Friedrich Wilhelms gesunden und kranken Tagen. Leipzig 1885.
Rhein, Franz: Zehn Jahre historisch-politische Blätter 1838—1848. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zentrums. Diss. phil. Bonn 1916.
Richter, Martin: Die Entwicklung und die gegenwärtige Gestaltung der Militärseelsorge in Preußen. Historisch-kritische Denkschrift, im amtlichen Auftrage verfaßt. Berlin 1899.
Richter, W.: Beiträge zur Geschichte des Paderborner Volksschulwesens im 19. Jahrhundert, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 70, 1912, II. S. 347—429.
Richtering, H.: Giesbert von Romberg, in: Westfälische Lebensbilder Bd. IX. Münster 1962.
Ridder, A. de: La Belgique et la Prusse en conflit 1834—1838. Bruxelles u. Paris 1919.

Rodens, Franz: Die religiöse Lage im Rheinland in den Tagen des Vormärz, in: Rheinische Heimatblätter 5. Jg., Juni 1928, Heft 6, S. 233—238.
Rohden, Peter Richard u. Sieburg, Heinz-Otto: Politische Geschichte Frankreichs. 2. Aufl. Mannheim 1959.
Rosenthal, David August: Konvertitenbilder aus dem neunzehnten Jahrhundert, Bd. 1, Abt. 1 (Deutschland I). 3. Aufl. Regensburg 1889.
Rothfels, Hans: Theodor v. Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848 (Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft, Geisteswissenschaftliche Klasse, 13. Jahr Heft 27). Halle (Saale).
Roskovány, A. de: De matrimoniis mixtis inter Catholicos et Protestantes. 7 Bde. Fünfkirchen 1842—1882.
Rudolphi, W.: Zur Kirchenpolitik Preußens. Paderborn 1897.
Rüther, Josef: Geschichtliche Heimatkunde des Kreises Brilon. Bigge i. W. 1920.

Salomon, Ludwig: Geschichte des deutschen Zeitungswesens. Bd. III. Oldenburg und Leipzig 1906.
Schaper, Ewald: Die geistespolitischen Voraussetzungen der Kirchenpolitik Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Stuttgart 1938.
Schäfer, Karl Th.: Verfassungsgeschichte der Universität Bonn 1818 bis 1960. Mit Anhang Bonner Kuratoren 1818—1933 von Gottfried Stein von Kamienski. Bonn 1968.
Schell, Otto: Elberfeld im ersten Vierteljahrhundert der Hohenzollernherrschaft 1815—1840. Elberfeld 1918.
Schieder, Theodor: Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift Bd. 170, 1950.
Schiffers, Heinrich: Das katholische Aachen im Wandel der Jahrhunderte. Aachen 1934.
— Peter Kaatzer (1808—1870) und das geistige Aachen seiner Zeit. Ein Beitrag zur Geschichte der Presse, des Buchhandels und des Parteiwesens. Aachen 1924.
Schindlmayr, Norbert: Zur preußischen Personalpolitik in der Rheinprovinz. Eine Untersuchung über die Anstellung der höheren Regierungsbeamten und der Landräte in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier zwischen 1815 und 1848. Diss. Köln 1969.
Schlömann, Herbert: Johannes Weitzel, Herold der öffentlichen Meinung in den Rheinlanden. Diss. [Masch.] München 1950.
Schnabel, Franz: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. IV. 2. Aufl. Freiburg i. Br. 1951.
Schnütgen, Alexander: Beiträge zur Ära des Kölner Erzbischofs Graf Spiegel. II. Das religiös-kirchliche Leben im Rheinland unter den Bischöfen Graf Spiegel und von Hommer, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein Heft 19, 1931, S. 121—163.
— Briefe von Andreas Räß an Franz Georg Benkert, in: Historisches Jahrbuch Bd. 40, 1920.
— Das Elsaß und die Erneuerung des katholischen Lebens in Deutschland von 1814—1848. Straßburg 1908.
— Der junge Räß, in: Elsässisch-Lothringisches Jahrbuch Bd. 3. 1924.

— Vom preußischen Königshaus und dem Rheinland unter Friedrich Wilhelm III., in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein Heft 140, 1942, S. 60—111.
— „Vogel, Beiträge", in: Historisches Jahrbuch Bd. 15, 1915.
Schoeller, Gisela: Die Anfänge der konservativen Publizistik in Deutschland. Phil. Diss. [Masch.] Berlin 1945.
Schönig, Cornel: Anton Josef Binterim (1779—1855) als Kirchenpolitiker und Gelehrter. Würzburg 1933.
Schoeps, Hans Joachim: Neue Briefe zur Gründung des Berliner Politischen Wochenblattes, in: Studien zur unbekannten Religions- und Geistesgeschichte. Göttingen 1963.
— Neue Quellen zur Geschichte Preußens im 19. Jahrhundert. Berlin 1968.
— Preußen, Geschichte eines Staates. 6. Aufl. Berlin 1967.
Schrörs, Heinrich: Ein vergessener Führer aus der rheinischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts, Johann Wilhelm Josef Braun (1801—1863). Bonn 1925.
— Die Geheimpolizei am Rhein zur Zeit der Kölner Wirren (1837—1838) mit besonderer Rücksicht auf Aachen, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins Bd. 48/49. 1926/27.
— Hermesianische Pfarrer, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein Heft 103, 1919.
— Die Kölner Wirren (1837), Studien zu ihrer Geschichte. Berlin und Bonn 1927.
— Neue Quellen zur Kölnischen Kirchengeschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein Heft 104, 1920.
— Rheinische Katholiken und belgische Parteien zur Zeit der Kölner Wirren, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein Heft 107, 1923, S. 1—91 und Heft 108, 1926, S. 1—66.
— „Vogel, Beiträge", in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, Heft 95, 1913.
Schuth, Johannes: Der Koblenzer katholische Kreis und der Koblenzer Klerus in ihrem gegenseitigen Verhältnis, in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte 2. Jahrgang, 1950, S. 318—325.
— Vorbildliche katholische Laienarbeit in einer rheinischen Mittelstadt vor dem Jahre 1838, in: Trierer Theologische Zeitschrift 59, 1950, S. 179—182.
Schulte, Aloys: Tausend Jahre deutscher Geschichte und deutscher Kultur am Rhein. 2. Aufl. Düsseldorf 1925.
Schulte, Wilhelm: Volk und Staat. Münster 1954.
Schulze, Rudolf: Das Kirchspiel Beelen. Warendorf 1920.
Schütter, Heinrich: Freckenhorst Einst und Jetzt. Warendorf 1929.
Schwahn, Lukas: Die Beziehungen der katholischen Rheinlande und Belgiens in den Jahren 1830—1840 (Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte XI. Bd.) Straßburg 1914.
Spahn, Martin: Zur Vorgeschichte der Zentrumspartei, in: Hochland, 8. Jahrg., 1911, Bd. 2.
Splett, Oskar: Die großen deutschen Mächte und das Kölner Ereignis (1838—1842). Diss. München 1933.

Stadtmüller, Alois: Die Geschichte der Würzburger Presse bis zum Jahre 1900. Würzburg 1939.
Stehkämper, Hugo: Nachlässe und Sammlungen, Verbands- und Vereins-, Familien- und Firmenarchive im Stadtarchiv Köln. Köln 1963.
Stelzmann, Arnold u. Frohn, Robert: Illustrierte Geschichte der Stadt Köln. 3. Aufl. Köln 1968.
Stolberg-Wernigerode, Otto Graf zu: Anton Graf zu Stolberg-Wernigerode, Ein Freund und Ratgeber König Friedrich Wilhelms IV. (Historische Zeitschrift Beiheft 8). München u. Berlin 1926.
Stölzle, Remigius: Erich von Lasaulx (1805—61). Ein Lebensbild. Münster 1904.
Stöveken, Hermann: Clemens August Freiherr Droste zu Vischering in seinem Leben, Wirken und Tode dem deutschen Volk geschildert. Mainz 1846.
Strauß, Wilhelm: Geschichte der Herrschaft und Stadt Rheydt. Zweiter Band: Geschichte der Stadt Rheydt. Rheydt 1897.
Strodl: Der Kölner Kirchenstreit und die preußische Kirchenpolitik in der Beleuchtung eines modernen Historikers. Augsburg 1881.
Sybel, Heinrich von: Klerikale Politik im 19. Jahrhundert. Bonn 1874.

Thesaurus librorum rei catholicae. Handbuch der Bücherkunde der gesamten Literatur des Katholizismus und zunächst der katholischen Theologie. 2 Bde. Würzburg 1848—50.
Thoelen, Heinrich: Die vier letzten Jesuiten Düsseldorfs. Düsseldorf 1891.
Thomas, Alois: Wilhelm Arnold Günther (1763—1843), Staatsarchivar in Koblenz, Generalvikar und Weihbischof in Trier. Trier 1957.
Thun, Alphons: Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. Leipzig 1879.
Treitschke, Heinrich von: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert Teil 4 u. 5. Leipzig 1890. 1894.
Trippen, Norbert: Das Domkapitel und die Erzbischofswahlen in Köln 1821—1929 (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 1). Köln u. Wien 1972.

Varrentrapp, C.: Rankes Historisch-politische Zeitschrift und das Berliner Politische Wochenblatt, in: HZ 99, 1907, S. 35—119.
Verhandlungen der XXXIV. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Trier vom 28. August bis 1. September 1887, hrsg. von dem Lokalkomitee zu Trier. Trier 1887.
Vierhaus, Rudolf: Preußen und die Rheinlande 1815—1915, in: Rheinische Vierteljahrsblätter Jahrgang 30, 1965, S. 152—176.
Vigener, Fritz: Ketteler, Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts. München und Berlin 1924.
Vogel, Paul: Beiträge zur Geschichte des Kölner Kirchenstreites (Studien zur rheinischen Geschichte V). Bonn 1913.

Waeles, L.: Nikolaus Becker, Der Dichter des Rheinliedes. Bonn 1896.
Wagner, J.: Joseph von Hommer, Bischof von Trier. Trier 1917.
Wandersleb, Hermann: Kronprinzenreise im Aachener Grenzbezirk vor 100 Jahren, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins Bd. 58, 1937, S. 135—148.

Webster, C. .K: Palmerston, Metternich, and the European System 1830—1841, in: Proceedings of the Brithish Academy 1934, S. 125—158.

Wegner, Arthur: Carl Ernst Jarcke, in: Rosenfeld-Festschrift, Berlin 1949, S. 65—117.

Wegener, August: Die vorparlamentarische Zeit Peter Reichenspergers 1810—1847. Köln 1930.

Wegmann, Dietrich: die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815—1918 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission Westfalens XXII a, Geschichtliche Arbeiten zur Westfälischen Landesforschung, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Gruppe Bd. 1). Münster 1969.

Wendland, Walter: Die Religiosität und die kirchenpolitischen Grundsätze Friedrich Wilhelms III. in ihrer Bedeutung für die Geschichte der kirchlichen Restauration. Gießen 1909.

Wenker, Hermann: Der Weg bis zum preußischen Landtag, in: Auf Roter Erde Nr. 134, Juli 1970, S. 26—27.

Werthern, Freiherr von: Fürstliche Besuche in Wesel. Ein Rückblick auf fünf Jahrhunderte. Drittes Heft. Wesel 1899.

Wiltberger, Otto: Andreas Raess, Domherr des Bistums Straßburg, und die Politik des Kabinetts Thiers im Jahre 1839, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Neue Folge, Bd. XXVIII, Heft 1 [Der ganzen Reihe 67. Band], Heidelberg 1913, S. 25—71.

Wolffram, Josef u. Klein, Adolf: Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden. Festschrift zum 150jährigen Bestehen des Oberlandesgerichts Köln. Köln 1969.

Wolter, Gustav: Friedrich Harkort als Politiker, in: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark. 39 Jg. Witten 1926.

Zuhorn, Wilhelm: Die Gesellschaft Harmonie zu Warendorf. Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Gesellschaft am 6. Januar 1910. Warendorf 1910.

— Kirchengeschichte der Stadt Warendorf. Bd. 1. Warendorf 1918.

Zurbonsen: General von Wrangel und die Münsterschen Dezember-Unruhen 1837, in: Westfälische Zeitschrift 63, 1905, I S. 257—268.

Zur Problematik

Die vom preußischen Staat zur Beilegung der „Kölner Wirren" der katholischen Kirche gemachten Zugeständnisse bedeuten eine geradezu revolutionäre Wende der preußischen in der Tradition des Staatskirchentums stehenden Kirchenpolitik im Zeitalter der Restauration bzw. des Vormärz. Hatte man sich Anfang der dreißiger Jahre, gewissermaßen auf dem Gipfelpunkt staatlichen Machtbewußtseins, in Berlin nicht einmal mit dem päpstlichen Breve „litteris altero abhinc" vom 25. März 1830 zufriedengegeben [1], das in der Mischehenfrage vom katholischen Standpunkt aus zweifellos weitgehende Konzessionen an die Staatsregierung enthielt [2], sondern versucht, durch zähe, fortgesetzte Verhandlungen mit der Kurie und dem Kölner Erzbischof Ferdinand August von Spiegel weitergehende Zugeständnisse zu erlangen, wozu sich letzterer nach längerem Schwanken schließlich bereit fand (Berliner Konvention vom 19. Juni 1834) [3], so gewährte der Nachfolger König Friedrich Wilhelms III., der zunächst recht populäre Friedrich Wilhelm IV., in den Jahren 1840 und 1841 der katholischen Kirche eine Reihe von Konzessionen, die in ihrem Ausmaß und ihrer Tragweite je nach dem Aspekt des Betrachters als eine Kapitulation des Staates angesehen werden konnten [4]. Nicht nur wich man nunmehr in der Mischehenfrage auf den Stand der Verhandlungen vor 1830 zurück und ließ endgültig die Hermesianer fallen [5], sondern gab auch mit dem Verzicht auf die bisher so zäh verteidigte Kontrolle des Schriftverkehrs der Bischöfe mit dem Papst [6] eine der wichtigsten Prärogativen des bisherigen einen nicht unwesentlichen Pfeiler des monarchisch-bürokratisch-absoluten Staatsgefüges darstellenden Staatskirchentums preis. Darüber hinaus dokumentierte die Einrichtung einer katholischen Abteilung im Kultusministerium, in welche, wohl um den Beweis einer gewissen Autonomie zu liefern, von der Regierung nur glaubensstrenge Katholiken berufen wurden [7], in augenfälliger Weise die in

[1] Vgl. Lill S. 32 f.
[2] Vgl. Huber Bd. II S. 196 f.
[3] Vgl. Lipgens S. 507 ff.
[4] So gibt z. B. der Bruder des preußischen Innenministers, der preußische Gesandte in Württemberg und in der Schweiz, Theodor Heinrich Rochus von Rochow, in einem Brief vom 3. März 1841 der Besorgnis über die Fortschritte der Ultramontanen Ausdruck und fährt fort: „Wenn man der Angelegenheit drei Jahre lang mit ganzer Seele und Hingebung zugeschaut hat und nun diese Wendung erlebt, die sie zu machen *scheint*, so möchte man sich manchmal fragen, ob man träume oder wache" (Briefe des ... Theodor Heinrich Rochus von Rochow, hrsg. von E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 230 f.).
[5] Buchheim, Ultramontanismus und Demokratie S. 27.
[6] Welch tiefen Eindruck das Ministerialzirkular vom 1. Jan. 1841 in Kreisen gebildeter Katholiken hinterließ, geht z. B. aus den Erinnerungen Ferdinand *Walters* hervor: „Derjenige, welcher noch selbst erlebt hat, mit welchen großen Buchstaben diese Beschränkungen als Glaubensartikel in das Register der Majestätsrechte des Staates gegen die Kirche eingetragen waren und in Frankreich, Spanien, Portugal, Sardinien, bis zur Stunde noch sind, wie der um das ‚Staatswohl' geängstete Staatsbeamte ohne dieselben keine ruhige Nacht haben zu können meinte oder vorgab, und wie das Bekenntnis auf jene Artikel den Maßstab bildete, wonach man die zum ‚Staatsdienst' erforderliche Aufgeklärtheit und augendienerische Qualifikation beurteilte: der allein vermag die Bedeutung um das Verdienst dieses Schrittes, den der geistvolle König aus dem eigensten Antrieb tat, in hinreichendem Maße zu würdigen" (Aus meinem Leben S. 135).
[7] Vgl. Huber Bd. II S. 262 f. — Daß derartige Neuerungen angesichts der bisherigen Tradition nicht leicht in die Wege zu leiten waren, hat man auch in der katholischen

hohem Maße errungene Freiheit der katholischen Kirche. Wenn man berücksichtigt, daß Anfang der zwanziger Jahre preußische Staatsmänner noch geglaubt hatten, durch die „großzügige Liberalität" eines Donativs von 700 000 Tlr. jährlich an die katholische Kirche — die evangelische erhielt kaum die Hälfte — eine concordia sacerdotii Borussici zu erreichen [8], so dürfte dies deutlich zeigen, wie weit sich Friedrich Wilhelm IV. von dem bisherigen auf Wahrung staatlicher Oberhoheit bedachten Staatskirchentum entfernt hatte. Nun dürfte der König selbst sein Entgegenkommen wohl kaum als Unterwerfung, als Demontage staatlicher Macht, was es in der Tat in gewisser Weise gewesen sein dürfte, aufgefaßt haben; schließlich bedeutete der Friedensschluß mit der katholischen Kirche keineswegs eine Erweiterung demokratischer Rechte für das Volk. Daher handelt es sich nach seiner Auffassung bei diesem Akt wohl nur um eine Art Umorganisation mit der Zielsetzung eines zwar äußerlich gelockerten, innerlich jedoch aufgrund einer neuen Vertrauensbasis gefestigten Bundes. Bei Friedrich Wilhelms IV. Staatskonzeption, seiner Auffassung eines in gegenseitigem Vertrauen begründeten Bündnisses zwischen Staat und Kirche [9] wäre über eine Neuregelung des Verhältnisses zur katholischen Kirche wahrscheinlich ohnehin gesprochen worden. Ob der von der Idee eines christlichen Staates durchdrungene Monarch allerdings ohne die in den Auseinandersetzungen des Kölner Kirchenstreites gemachten Erfahrungen, ohne die in dem ausgetragenen Konflikt zutagegetretenen Rückwirkungen sich so rasch zu Reformen auf diesem Sektor, also zur Herstellung einer stärkeren äußeren Autonomie der katholischen Kirche, entschlossen haben würde — wenn diese auch auf die Dauer wohl kaum zu vermeiden gewesen wären —, dürfte wohl zweifelhaft sein, von dem weitreichenden und einschneidenden Umfang seiner Konzessionen ganz abgesehen. Vor allem hätte es dann seiner Umgebung bei Hofe, seiner Ministerialbürokratie und der protestantischen Öffentlichkeit gegenüber an hinreichenden Motivations- und Rechtfertigungsgründen für eine derart grundsätzliche Wende in der Kirchenpolitik gefehlt.

So aber stellt sich die Frage, ob nicht unter den vorwaltenden Umständen ein weitgehendes Einlenken in der Kölner Streitfrage unumgänglich war. Es heißt, wenn das Kölner Ereignis auch keine Revolution im Sinne des äußeren Umsturzes eingeleitet habe, so sei es dennoch in seinen Folgen einer Umwälzung gleichgekommen, indem sich nämlich mit ihm die öffentliche Meinung als eine von der Regierung wie der Opposition gleichmäßig umworbene Macht konstituiert

---

Publizistik durchaus anerkannt. So heißt es in den Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland (Bd. 6, 1840, S. 92 f.) in einem Artikel über die Neubesetzung des Kultusministeriums in Preußen: „Seit mehrern Decennien hat derselbe Mann [Altenstein] der weltlichen Leitung der Kirchen- und Schulangelegenheiten in Preußen vorgestanden. Seine Tendenz ist dadurch so tief in der Gewohnheit eingewurzelt, daß es dem Nachfolger gewiß schwierig sein muß, einen andern Weg als den bisher verfolgten einzuschlagen und, der herrschenden protestantischen Beamtenpraxis und den Traditionen der Bureaukratie trotzend, konsequent fortzuschreiten ... es bedarf der Lossagung von jenen herrschenden Ansichten der Beamtenwelt ... es ist notwendig, jenes Vermischungssystem aufzugeben, nach welchem man den Unterschied der Konfessionen auch in kirchlicher Beziehung möglichst zu neutralisieren suchte ..."

[8] (Eilers) Zur Beurteilung des Ministeriums Eichhorn, von einem Mitgliede desselben, Berlin 1849, S. 90.

[9] Huber Bd. II S. 256 f., 263; Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates S. 187 ff.

habe[10]. Daß die streitenden Parteien in einer Auseinandersetzung, die so viel Staub aufgewirbelt und den Frieden und das Vertrauen in Teilen Preußens zu zerstören gedroht hatte[11], in zunehmenden Maße bemüht sein mußten, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen[12], überrascht nicht. Auch in den vielbeschriebenen erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Papst und Kaisertum im hohen Mittelalter, insbesondere in der Stauferzeit, hat die Publizistik eine zunehmende Bedeutung erhalten[13]. Ähnlich hat auch während des sog. Kulturkampfes, der in mancher Hinsicht ähnliche Züge wie die Konfrontation zwischen Staat und Kirche zur Zeit der Kölner Wirren trägt, die katholische Presse einen ungeahnten Aufschwung genommen[14]. Daß die publizistische Auseinandersetzung ein derartiges Ausmaß[15] annehmen konnte, dürfte nicht zuletzt darin mit begründet liegen, daß hierbei nicht in erster Linie ein demokratisch-revolutionäres dem Volk ein höheres Maß von Mitbestimmung sicherndes Prinzip zur Debatte stand, das die Regierungen der deutschen Bundesstaaten in der Anwendung der Zensur in stärkerem Maße zu einer das Schrifttum unterdrückenden Einheitsfront geführt, insbesondere Metternich zu unerbittlichem Kampf auf den Plan gerufen haben würde, sondern konfessionelle Fragen, zu denen die Regierungen selbst die unterschiedlichsten Standpunkte einnahmen[16]; vor allem konnte das katholische Österreich hier kaum repressive Maßnahmen nachdrücklich unterstützen!

Die Frage ist allerdings, ob die Einbeziehung der öffentlichen Meinung auf einen literarischen Kampf beschränkt blieb, wenn auch von einem Umfang und einer Schärfe, wie man sie bis dahin kaum gekannt hatte, oder aber, ob auch das Verhalten der Bevölkerung eine bedeutsame, wenn nicht gar ausschlaggebende Rolle gespielt hat[17] und zu einem ernst zu nehmenden Faktor in der Auseinander-

[10] Huber Bd. II S. 252.

[11] Die Kölner Wirren vor vierzig Jahren und der heutige „Culturkampf", in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland Bd. 85, 1880, S. 376.

[12] So schreibt z. B. im Zusammenhang mit der Allokution des Papstes vom 10. Dez. 1837 K. Hase in seinem 1839 erschienenen Buch ‚Die beiden Erzbischöfe': „Der Zweck des Papstes ist offenkundig derselbe gewesen, den die preußische Regierung gehabt hat, als sie die Darlegung ihres Verfahrens in die Druckerei schickte, nämlich die Überzeugung der Völker für das Recht seiner Sache, die öffentliche Meinung zu gewinnen und zur Entscheidung zu bringen ... Nachdem der Papst gesprochen hatte, kam es darauf an, wie das katholische Volk am Rheine und in Westfalen die Machthandlung gegen seinen Erzbischof betrachten würde" (S. 116, 124).

[13] Gerd Tellenbach, Kaisertum, Papsttum und Europa im hohen Mittelalter, in: Historia Mundi Bd. 6, Bern 1958, S. 58. — Hierauf verweist auch Hase in seinen (Anm. 12) zitierten Ausführungen weiter: „Lange bevor man das Wort kannte und bevor sich der neuere Staat um die Sache bekümmerte, ist die öffentliche Meinung die wahrhafte Macht und Grundlage des Papsttums gewesen, bis es dieselbe seit dem 14. Jahrhundert teilweise verlor" (S. 116).

[14] Die Kölner Wirren vor 40 Jahren und der heutige „Culturkampf" aaO S. 366, 389.

[15] Allein Rheinwald, Allgemeines Repertorium für die theologische Literatur und kirchliche Statistik, Bd. 21—38, Berlin, 1838, verzeichnet 190 Schriften, während in einem vom preußischen Kultusministerium zusammengestellten Verzeichnis 282 Nummern aufgeführt werden (Schrörs, Kölner Wirren S. 1). — Weitere Angaben hierzu auch bei A. de Roskovány, De matrimoniis mixtis Bd. 3.

[16] v. Rotteck S. 1.

[17] Diese Auffassung vertritt in prononcierter Weise etwa *de Ridder:* „... le peuple catholique du Rhin s'élevait contre les persécuteurs de l'archevêque ... Ces troubles et ces protestations étaient tels qu'ils amenaient, en 1841, le cabinet, de Berlin à capituler et assuraient le triomphe complet de l'Eglise romaine sur l'Etat prussien" (S. 144).

setzung zwischen preußischem Staat und katholischer Kirche geworden ist. Insbesondere stellt sich hier die Frage nach der Haltung der im preußischen Staate damals lebenden 5 Millionen[18] Katholiken. Sprachen in- und ausländische Stimmen davon, daß der König sich in einen gefährlichen Kampf mit 5 Millionen seiner Untertanen eingelassen habe, die in der Verhaftung des Erzbischofs einen Angriff auf ihren Glauben sähen[19], so hat man in der der Regierungszensur unterworfenen Presse die aktive Teilnahme der Mehrzahl katholischer Untertanen an den Auseinandersetzungen[20] allerdings bestritten[21]. Auch in der neueren Literatur ist die Stimmung der Bevölkerung in den preußischen Provinzen vielfach als unbedeutend für den Verlauf und den Ausgang des Streits bezeichnet worden. Der Gedanke einer Gegenaktion habe in einer Zeit der völligen politischen Unfreiheit und des Mangels an jeglicher Organisation nicht aufkommen können: „Man mußte das Geschehene duldend hinnehmen“[22].

[18] Nach einer Angabe der Allgemeinen Zeitung vom 12. Jan. 1838 befanden sich nach einer Zählung aus dem Jahre 1831 unter den 13 100 000 Einwohnern 8 Millionen evangelische und nahe an 5 Millionen katholische Christen. Unter den einzelnen Regierungsbezirken besaß Aachen die meisten Katholiken und die wenigsten Evangelischen (12 000 evangelische gegenüber 345 000 katholischen Einwohnern), es folgte Münster (300 000 Katholiken und etwa 40 000 Protestanten). Ein ähnliches Verhältnis wie in Münster bestand auch im Regierungsbezirk Trier. Dagegen gehörte in den Bezirken Düsseldorf und Koblenz nur „die größere Hälfte“ der Einwohner der katholischen Kirche an. — Insgesamt stellten in der Rheinprovinz (1837/38) die Katholiken etwa $^2/_3$ der Einwohner (1 842 824 von 2 473 723; Evangelische: 564 058; vgl. Willemsen S. 20 f.).

[19] So der Artikel „Religious Persecution in Germany“, in: British and Foreign Review Jg. 1838 Nr. 7 S. 460; ferner: Die fortwährende Gefangenschaft des Erzbischofs von Cöln, beleuchtet von einem Protestanten, Straßburg 1838, S. 19 f. — Eine ähnliche Ansicht vertrat, allerdings nicht in der Öffentlichkeit, selbst ein preußischer Beamter, nämlich der Landrat des Kreises Warburg (vgl. Qu. Nr. 181).

[20] Zum Beispiel war in einer weitverbreiteten Broschüre (Beurtheilung der Thatsachen, durch welche die Maßnahmen der preußischen Regierung ... herbeigeführt worden sind S. III) behauptet worden: „im gesellschaftlichen Leben bildet das Ereignis den Gegenstand des Tagesgesprächs, selbst auch in den untern Klassen der Gesellschaft, und man würde sich sehr irren, wenn man glauben wollte, der größte Teil des Publikums in Rheinpreußen sei auf der Seite der Staatsregierung“.

[21] So heißt es im Westfälischen Merkur vom 14. Febr. 1838: „Berlin, 2. Februar. — Man täuschte sich im Ausland ganz ungemein, wenn man etwa nach den Berichten über die kölnischen Ereignisse aus zwei oder drei bekannten katholischen Städten des Inlandes die Stimmung der fünf Millionen preußischer Katholiken überhaupt beurteilen will. Man vergißt, daß die katholischen Distrikte Preußens zum Teil zu den gebildetsten Gegenden des deutschen Vaterlandes gehören, daß Wissenschaft, Kunstfleiß und Bürgersinn schon seit Jahrhunderten dort verbreitet sind und daß, wie namentlich in Schlesien und in den Rheinlanden, die höhere katholische Geistlichkeit Männer zählt, die jedem Lande und jedem Stande zur Zierde gereichen würden. Wie wäre wohl von solchen Männern, die tiefer zu schauen vermögen, die ein besonneneres Urteil haben als der oder jener eben von Aufregung übersprudelnder Journalist, wie wäre es wohl von ihnen zu erwarten oder zu fürchten, daß sie die Gemüter des Volkes mit Mißtrauen gegen einen Herrscher erfüllen werden, dessen königliches Wort in der ganzen zivilisierten Welt geehrt, besonders aber in seinem Lande als die sicherste Gewähr stets angesehen worden ist? Das kölnische Ereignis mußte allerdings die Aufmerksamkeit der Katholiken ebenso gut in Glatz wie in Aachen, in Gnesen wie in Erfurt erregen, aber von einer Spaltung zwischen Katholiken und Evangelischen, wie man sie sich im Auslande denkt oder vielleicht auch wohl gern sehen möchte, ist ebensowenig die Rede als von der durch einige Blätter verkündigten Protestation der Bischöfe des östlichen Teils der Monarchie, die weder bei dem bekannten Breve des Papstes Pius VIII. noch bei den daraus entstandenen Weiterungen irgend beteiligt sind.“

[22] Schrörs, Kölner Wirren S. 601. — Ähnlich Huber Bd. II S. 252: „Von einigen be-

Nach den Worten eines Mitgliedes des Ministeriums Eichhorn, des Geh. Regierungsrats Gerd Eilers [23], geriet indes ganz Deutschland durch den Kirchenstreit in erhebliche Aufregung, und der „Schaden, welchen die einheitliche Kraft des preußischen Staates und in gleicher Weise das politische Gewicht desselben im Staatssysteme von Europa erlitt", sei „unermeßlich" gewesen [24]; überhaupt müsse man diese Ausschließung eines katholischen Erzbischofs von der Ausübung seines ihm rechtmäßig übertragenen Amtes zu den merkwürdigsten und wichtigsten Erscheinungen des 19. Jahrhunderts rechnen [25]. Ähnlich äußerte sich auch Metternich: Er halte das Kölner Ereignis für „die unglücklichste und schwierigste Verwicklung, die seit Jahrhunderten dagewesen" sei [26]. Über die nicht zu verkennenden weitreichenden Folgen des Kölner Ereignisses berichtet ferner der württembergische Geschäftsträger in Berlin, Legationsrat von Linden [27]. Auch von einem namhaften Vertreter des an der Auseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und dem erstarkenden Katholizismus nicht direkt beteiligten Liberalismus wurden dem Ereignis Konsequenzen von epochaler Bedeutung beigemessen. So schreibt Heinrich von Gagern unter dem 15. März 1838 an Max von Gagern: „Ich erachte ... die erzbischöfliche Angelegenheit fortwährend als das seit dem Wiener Kongreß für die deutsche Entwicklung folgenreichste Ereignis ... Diese preußische Bürokratie zu Berlin, ohne andere Fühlhörner als abermals die protestantische Bürokratie in Münster, Koblenz und Aachen — und von Katholiken vielleicht einige gereizte und dadurch in ihrem Urteil befangene Hermesianer —, ließ sich nicht träumen, welcher Elastizität der Katholizismus fähig sei, den sie seiner Wesenheit nach in ihrer Weisheit schon begraben glaubte" [28]. Ähnlich gab Carl von Rotteck 1838 der Ansicht Ausdruck, unter den Ereignissen der neuesten Zeit sei, wenigstens in Deutschland, keines nach Prinzipien und Folgen bedeutsamer und keines beklagenswerter gewesen als der in der preußischen Rheinprovinz zum offenen Ausbruch gekommene Streit zwischen Thron und Altar [29].

Stammten diese Urteile weitgehend aus der damaligen besonderen Situation, so hat indes noch 1865 der lange Jahre als Diplomat in preußischen Diensten ge-

---

deutungslosen Tumulten abgesehen, kam es nicht zu tätigem Widerstand." — Dagegen findet sich in der in hoher Auflage verbreiteten Darstellung Buchheims „Ultramontanismus und Demokratie" eine stärkere Anerkennung der katholischen Volksbewegung als politischer Faktor, wenngleich die ursächlichen Verbindungen nur angedeutet werden (S. 37). — Daß das Hauptgewicht des großen Werkes von Schrörs eher auf der negativen Seite, in der Nachprüfung und Zerstörung mancher Legenden liege und daß die Arbeit an diesem wichtigen Geschehnis der neueren deutschen Kirchengeschichte keineswegs abgeschlossen sei, betont auch Joseph Grisar, ein durch seine vielfachen Arbeiten über die Kölner Wirren ausgewiesener Kenner dieser Zeit (Das Kölner Ereignis nach Berichten italienischer Diplomaten, in: Historisches Jahrbuch 74, 1955, S. 739).

[23] Vgl. über ihn Lüdicke S. 56.

[24] Eilers, Zur Beurteilung des Ministeriums Eichhorn S. 92.

[25] Eilers, Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 185

[26] Zitiert bei Schoeps, Neue Quellen zur Geschichte Preußens im 19. Jahrhundert S. 200.

[27] Hauptstaatsarchiv Stuttgart Bestand E 70 Verz. 31 Bü 5 Bl. 304—303, Berlin, 23. Juni 1838.

[28] Deutscher Liberalismus im Vormärz, Heinrich von Gagern, Briefe und Reden 1815 bis 1848, Göttingen 1959, S. 193 f.

[29] Die Cölnische Sache, betrachter vom Standpunkt des allgemeinen Rechts S. 1.

standene Ferdinand von Galen das Kölner Ereignis „in welthistorischer Bedeutung" als das wichtigste des Jahrhunderts bezeichnen zu können geglaubt [30].

Daß die protestantisch-kirchliche Polemik in der publizistischen Auseinandersetzung mehr Schwächen auf dem Kampfplatz verriet, als man erwartet hatte [31], mußte man auch in Regierungskreisen zugeben, und daß die preußische Staatsregierung die Wirkung der unablässigen Attacken der kämpferisch gesinnten katholischen Presse [32] und Flugschriftenliteratur [33] nicht unterschätzte, zeigt zum Beispiel die Tatsache, daß sie dem den staatlichen Standpunkt verfechtenden Publizisten Johann Otto Ellendorf für seine Gegenschrift gegen die berühmtberüchtigten „Beiträge zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts" (Rotes Buch) zunächst keine Druckerlaubnis erteilte, weil sie nicht durch eine Entgegnung die in Preußen verbotenen „Beiträge" publik machen wollte [34]. Wenn man die Wirkung propagandistischer Schriften in einem solchen Maße fürchtete, so deutet dies das Eingeständnis an, daß man die Masse der Bevölkerung keineswegs lediglich als teilnahmslose Betrachter eines mit literarischen Mitteln ausgefochtenen kirchenpolitischen Streits ansah, sondern vielmehr zu befürchten schien, daß intensive kirchliche und politische Agitation in den Herzen der Bevölkerung durchaus ein Echo finden würde. Es ist daher zu untersuchen, ob sich die Haltung der katholischen Untertanen im Verlaufe des Ringens um die Lösung der Kölner Frage zu einem im Kalkül der preußischen Staatsregierung bedeutenden Faktor entwickelt und ob sie mit dazu beigetragen haben kann, daß die Staatsführung weitgehende Konzessionen gegenüber der katholischen Kirche als unumgänglich ansehen mußte. Hatte der Zeitgenosse Johann Josef Görres keine Bedenken gehabt, die „öffentliche Stimmung" in der Rheinprovinz, „den Unwillen des Volkes" oder die „allgemeine Mißstimmung" darzustellen und zu beurteilen [35], so ist jedoch später gegen ein derartiges, und zwar mehr auf historischer Überlieferung basierendes Unterfangen eingewandt worden, daß die Quellenlage kein gesichertes Urteil über die während der Jahre des Kirchenkampfes in den verschiedenen Schichten der rheinischen Bevölkerung herrschende Stimmung erlaube [36], was sinngemäß eben-

---

[30] Archiv Galen-Assen F 527, Ferdinand Karl Hubert: Mein Leben in der Religion.

[31] Eilers S. 92. — Auf die wenig überzeugende publizistische Gegenkampagne der preußischen Regierung weist auch ein englischer Zeitgenosse hin (Religious Persecution in Germany, in: British and Foreign Review Jg. 1838 Nr. 7 S. 486). — In diesem Sinne bemerkte auch Varnhagen von Ense: „Unsre Schriftstellerei in der kölnisch-römischen Sache ist ganz kreditlos, das kann man deutlich wahrnehmen" (Tagebücher Bd. 1 S. 112, Eintragung vom 11. Nov. 1838).

[32] Vgl. Rudolf Pesch, Die kirchlich-politische Presse der Katholiken in der Rheinprovinz vor 1848, Mainz 1966.

[33] Verzeichnet z. T. bei Rheinwald, Allgemeines Repertorium.

[34] Bach S. 5.

[35] Münster S. 64.

[36] Vor allem Schrörs, Kölner Wirren S. 601. — Sicherlich gehört das hierüber erhaltene Material ähnlich wie die Äußerungen zu Zeitereignissen in Reden, Tageszeitungen, Zeitschriften, Flugschriften und Bücher mit der Absicht der Beeinflussung der öffentlichen Meinung methodisch zu den sprödesten Quellengattungen. Dies betont noch jüngst Franz Joseph Heyen (in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte 20. Jg., 1968, S. 391). Wenn andererseits ein Versuch auf letzterem Gebiet (Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution) als recht gelungen bezeichnet wird (Heyen S. 391), so ermutigt dies dazu, auch die Volksstimmung nachzuzeichnen und zu analysieren.

falls für Westfalen gelten würde. Gewiß ist das Quellenmaterial nicht in dem Maße quantifizierbar, wie es bei der Arbeit eines Soziologen der Gegenwart etwa für eine Meinungsanalyse unumgänglich ist, und man kann nicht einmal so weit gehen, zu behaupten, daß die „Masse des Volkes" während des Kölner Kirchenstreits in die heftigste Bewegung geraten sei [37]. Dennoch, sind einer quantitativen, d. h. insbesondere einer prozentualen Analyse auch Grenzen gesetzt — ein Dilemma, das sich noch etwa in den Geheimberichten des nationalsozialistischen Regimes über die Volksstimmung zeigte [38] —, so dürfte es jedoch nicht unmöglich sein, gewisse schichtenspezifische Verhaltensweisen, zumindest im Ansatz, sowie sich abzeichnende Trends in der Entwicklung der Volksstimmung zu erkennen.

Darüber hinaus wäre die Frage aufzuwerfen, ob eine statistisch erschöpfende Erfassung der Volksmeinung für den Versuch einer Beleuchtung des Zusammenhangs zwischen Volksstimmung und deren Rückwirkung auf die Maßnahmen der Staatsführung als unabdingbar notwendig anzusehen ist. Sind noch in der Gegenwart die Ergebnisse der Meinungsumfragen für Legislative und Exekutive vielfach ein umstrittener Maßstab zur Berücksichtigung der Volksmeinung, so entfiel dieser „Pulsmesser" für den König und die Regierung, die sich dazu nicht einmal an den Ergebnissen allgemeiner Wahlen orientieren konnten, im Zeitalter zwischen „Restauration und Revolution" gänzlich.

Um auf die Gegenwart zurückzukommen: Gewinnt man nicht gerade aus jüngsten Ereignissen den Eindruck, daß nicht so sehr die unartikulierte Meinung der großen Masse, der sogenannten „schweigenden Mehrheit", den Ausschlag für politische Entscheidungen in Regierung und Parlament gibt — sofern nicht gerade Wahlen vor der Tür stehen —, sondern ist es nicht vielmehr so, daß vor allem das spektakuläre Handeln, öffentliche Demonstrationen, Streikdrohungen, Streiks, Versammlungen und sonstige Pressionen bestimmter Gruppen wesentlichen Einfluß ausüben? Sind in der Tat nicht derartige Auftritte, besonders im Hochschulbereich, um so eindrucksvoller und zum Teil erfolgreicher gewesen, je ungewöhnlicher, je dramatischer und für die im Besitze der Macht Befindlichen bedrohlicher derartige Manifestationen zur Durchsetzung bestimmter ideologischer Programme bzw. konkreter pragmatischer gesellschafts-, bildungs- und wirtschaftspolitischer Fragen ausfielen?

Geschichtliche Phänomene pflegen sich, wenn auch modifiziert und oft unter andersartigen Vorzeichen, zu wiederholen. Es ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, daß für die preußische Regierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die wahrnehmbaren, auffälligen Bekundungen der Volksstimmung bzw. gewisser Kreise zu einem bedeutsamen Indikator wurden [39], nahezu der einzige, der ihr überhaupt zur Verfügung stand. Hierauf basieren auch die Dossiers, die in der Zentrale zusammenliefen: die Berichte der Landräte, der Polizeikommissare und Polizeidirektoren, der Regierungs- und Oberpräsidenten. Auch diese Organe konnten die Volksstimmung in erster Linie nur danach beurteilen bzw. messen, ob

[37] So z. B. Hansen, Mevissen S. 228; ähnlich Brieden, in: Preußische Jahrbücher 29. Bd., 1872, S. 684 f.

[38] Vgl. Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen, Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf u. Wien 1970, S. 23.

[39] Vgl. hierzu auch die Ansicht Rochows (Qu. Nr. 138).

in ihrem Bereich Vorfälle aufreizender bzw. beunruhigender Art zu verzeichnen waren, oder ob sich die Bevölkerung schweigend und ruhig verhielt, d. h. ob die Volksstimmung „befriedigend" oder „erwünscht" war, ggfs. auch, ob sich Manifestationen besonders erfreulicher Art zeigten, was sich im allgemeinen auf offizielle Anlässe, Geburtstags- und Jubiläumsfeiern des Monarchen und des Staates beschränkte. Als ein bedeutsames Stimmungsbarometer mußte auch das Maß an Enthusiasmus bei Reisen hochgestellter Persönlichkeiten, insbesondere Angehöriger des Königlichen Hauses, durch die Provinzen gelten. Auf dieselben Beobachtungen waren auch die Korrespondenten der verschiedenen öffentlichen Blätter angewiesen, die zwar in ihrem Erscheinungsland nicht selten strenger Zensur unterlagen und aus diesem Grunde über unerwünschte Bekundungen des Volkswillens im eigenen Staate zu berichten allerdings nicht in der Lage waren, dafür aber nicht selten um so mehr in bezug auf Vorfälle im Bereich anderer Bundesstaaten. Wie unangenehm dies der jeweiligen Regierung sein konnte, dokumentieren in eklatanter Weise die Spannungen zwischen Preußen und Bayern über die Berichterstattung bayerischer Blätter in der Kölner Frage [40].

Blieb z. B. das massive Auftreten Preußens in dieser Frage nicht ohne einen gewissen Erfolg — der Chefredakteur der Neuen Würzburger Zeitung, Zander, wurde entlassen, wenn er auch insgeheim weiterhin für das Blatt arbeitete [41] —, so waren derartige Versuche jedoch kaum in großem Stil zu verwirklichen. Das gleiche gilt für die vielfach anonym erscheinenden, in ihrem Ausmaß nur schwer noch zu überblickenden Broschüren und Flugschriften.

Bezeichnenderweise ist in den Dossiers der Behörden und in den Presseberichten nicht von öffentlicher „Meinung" die Rede — lediglich in der Flugschriftenliteratur tritt dieser Begriff stärker hervor [42] —, sondern von öffentlicher „Stimmung", teilweise auch von der „Haltung" der Bevölkerung; es handelt sich um Begriffe, die noch jüngst bei der Untersuchung des Zeitraums von 1933—1945 Anwendung fanden [43]. „Stimmung und Haltung" schließen sowohl die emotionale, spontane, oft nur kurzfristige Meinung wie die dauerhaftere, durch Charakter, Erziehung und Erfahrung geprägte Gemütsverfassung ein [44], wobei das Stimmungsmäßige überwiegt; dies dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß von den Polen „Stimmungsurteil" und „Sachlichkeit", zwischen denen sich die öffentliche Meinung immer wieder bewegt [45], der erste offensichtlich auf Grund der markanteren Manifestationen für den Beobachter der öffentlichen Meinung leichter zu erkennen ist, wie auch in den breiten Massen die Emotionalität, zumindest in einer Gesellschaft, der ein auf Hervorrufung kritischer Rationalität ausgerichtetes dichtes Kommunikationsgefüge fehlt [46], überwogen haben dürfte. In diesem Zusammen-

[40] Vgl. hierzu J. Grisar, Bayern und Preußen zur Zeit der Kölner Wirren 1837—1838, Diss. [Masch.] München 1923.
[41] Ebd.
[42] Vgl. oben S. 3 Anm. 12; allerdings auch Qu. 30; 70.
[43] Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen S. 23.
[44] Ebd.
[45] Vgl. Robert Schnyder von Wartensee, Die öffentliche Meinung als Element der staatlichen Willensbildung in der Demokratie, Diss. Bern 1946, S. 13.
[46] Auf diese Voraussetzung für eine qualifizierte öffentliche Meinung wurde schon z. B. 1869 in Meyers Konversationslexikon (Bd. 12 S. 173) hingewiesen: „Da die öffentliche Meinung nicht sowohl auf einem Wissen als auf einem Meinen beruht und bei

hang ist auf die Ausführungen Hansemanns in seiner berühmten Denkschrift vom 31. Dez. 1830 zu verweisen; bedauerlicherweise, so führte er aus, verhindere die preußische Staatsregierung die Artikulation einer öffentlichen „Meinung" — also ungehemmte Presse- und Publikationstätigkeit — durch die Institution der Zensur, wodurch der Thron Gefahr laufe, die öffentliche Meinung nicht zu erkennen und sich gegenüber den neuen Kräften zu isolieren [47]. Dieses Risiko einzugehen, waren Monarch und Staatsregierung jedoch noch nicht bereit, sie beschränkten sich auf den Versuch, die öffentliche „Stimmung" zu erfassen.

Nicht in dem Maße wie die Bekundungen der „Volksstimmung" konnten die der Öffentlichkeit, d. h. zeitgenössischen nicht in staatlichen Diensten stehenden Beobachtern, Schriftstellern, Mitarbeitern von Zeitungen und Zeitschriften, die außerhalb Preußens erschienen, weithin verborgen gebliebenen Ansichten und Reaktionen des Monarchen, seiner Berater und der Ministerialbürokratie ihren Niederschlag in der zeitgenössischen Publizistik finden. Um uns hierüber entsprechende Informationen zu verschaffen, sind wir auf andere Quellen wie später veröffentlichte Memoiren, insbesondere aber auf Archivalien angewiesen. Hier dürften neben Sitzungsprotokollen die bisher kaum benutzten Berichte der in Berlin damals akkreditierten Diplomaten eine nicht unwichtige Fundgrube darstellen, wußten sich doch die Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger, je nach gesellschaftlicher Stellung und Beziehungen, manche der der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Informationen zu verschaffen.

Im folgenden soll es nun das Ziel sein, den in der Bevölkerung wahrzunehmenden Reaktionen, Meinungsäußerungen, Demonstrationen, Stimmungstrends, Tumulten, Umtrieben, Gerüchten, Bekundungen des Mißtrauens und der Kritik wie auch der Zustimmung nachzugehen und zu versuchen, die Rückwirkungen auf die Entscheidungen der Staatsführung aufzuzeigen. Hierbei handelt es sich freilich um ein sehr komplexes Gebiet mit regional zum Teil recht differenzierten Erscheinungen, die bei allem unseren Bemühen um Systematisierung summarische Verallgemeinerungen nicht immer gestatten, vielmehr nicht selten eine nuancierte Darstellung und Analyse erforderlich machen [48]. Nach Möglichkeit sollen aber über dieses Detailbild hinaus typische, d. h. weitverbreitete Stimmungen, Ansichten und Haltungen, solche, die „von einer Mehrzahl der die Öffentlichkeit ausmachenden Menschen" geteilt werden [49], aufgezeigt, daneben soll auch, wenn dies auch viel-

---

ihrer Bildung auch Vorurteile, Neigungen, allgemeine Sympathien und Antipathien einwirken, so ist allerdings die Möglichkeit vorhanden, daß sie auch eine falsche Richtung nehmen kann; indes wird diese Befürchtung um so weniger sich rechtfertigen, je mehr ihr in der Freiheit der Presse, Freiheit der Rede in Versammlungen und Assoziationen, Gemeinden und landständischen Versammlungen, in der Öffentlichkeit aller das Volk berührenden Angelegenheiten die Organe geboten sind, durch welche sie sich zugleich bilden und aussprechen kann."

[47] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 21 f.

[48] So weist z. B. auch R. Vierhaus in seiner Rezension des 7. Bd. der Neuen Steinausgabe darauf hin, diese groß angelegte Quellensammlung mache erst recht offenbar, wieviel noch zu tun sei, um die politische, Sozial- und Kulturgeschichte, die Verfassungs-, Wirtschafts- und Bewußtseinsgeschichte der letzten Jahrzehnte des 18. und der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts auf hinreichend gesicherter Basis schreiben zu können (HZ Bd. 212, 1971, S. 447).

[49] Robert Schnyder v. Wartensee, Die öffentliche Meinung als Element der staatlichen Willensbildung in der Demokratie, Diss. Bern 1946, S. 30.

leicht nur begrenzt durchführbar ist, versucht werden, Aufschluß darüber zu geben, ob spezifische Verhaltensformen von und in bestimmten Gruppen festzustellen sind, oder ob die öffentliche Meinung vielmehr „nicht die Meinung einer Partei, sondern die harmonische Vereinigung der Meinungen und Überzeugungen der Gesamtheit eines Volkes“ [50] darstellt. Da das politische Bewußtsein mancher Bevölkerungskreise noch wenig artikuliert gewesen zu sein scheint, wie sich das Leben überhaupt noch vielfach in einem sehr schlichten Rahmen abspielte, ist es zum Teil allerdings unumgänglich, auch auf das Verhalten bei den verschiedensten Vorfällen im alltäglichen Leben einzugehen.

Steht in der grundlegenden Arbeit von Heinrich Schrörs über die Kölner Wirren weithin eine Persönlichkeit im Vordergrunde, wie es in der damaligen von der Tradition des deutschen Historismus stark geprägten Geschichtsschreibung vielfach der Fall war [51], und zwar die des in seiner geistigen Ausstrahlungskraft durchaus nicht überragenden Clemens August von Droste zu Vischering, so soll in der folgenden Untersuchung ein Ansatz dazu unternommen werden, die allgemeineren Tendenzen, die Zeitumstände und die Entwicklung des politischen Bewußtseins weiterer Kreise in stärkerem Maße zu verfolgen.

Dabei wurde, nicht zuletzt wegen der Materialfülle, die Untersuchung auf den Kölner Kirchenstreit im engeren Sinne beschränkt und Posen und die Posener Frage weitgehend ausgeklammert. Zur Rechtfertigung dieser Begrenzung auf den rheinisch-westfälischen Raum und die im Zusammenhang hiermit zu schildernde Haltung und Reaktion der preußischen Staatsführung dürfte ferner folgendes anzuführen sein: In erster Linie hat die Wegführung des Kölner Erzbischofs wohl die Emotionen der Katholiken in der Rheinprovinz und Westfalen aufgerührt, wenngleich sich auch die Aufregung bis nach Schlesien [52] und Posen [53] übertragen und zu einer kirchlichen Bundesgenossenschaft mit dem „Stamm an der Warthe“ [54] geführt haben soll. Fehlte es auch in Posen nicht an Sympathiekundgebungen für den Kölner Erzbischof, vor allem seitens des polnischen Adels [55], so hat sich allerdings infolge der räumlichen Entfernung, der Unkenntnis der rheinisch-westfälischen Verhältnisse und der sprachlichen Verschiedenheit keine gemeinsame Volksbewegung ergeben. Auf die Haltung des Erzbischofs von Gnesen und Posen, Martin von Dunin, der es wagte, das Breve Pius VIII. zur Grundlage eines Rundschreibens an seinen Klerus zu machen [56], dürfte indes die Reaktion der Katholiken in den preußischen Westprovinzen nicht ohne Folgen geblieben sein [57], und als gegen Dunin daraufhin ebenfalls vorgegangen wurde — aller-

[50] Meyers Konversationslexikon 12. Bd., 1869, S. 173.

[51] Vgl. Fritz Fischer, Aufgaben und Methoden der Geschichtswissenschaft, in: Geschichtsschreibung, Epochen — Methoden — Gestalten, hrsg. von Jürgen Scheschkewitz, Düsseldorf 1968, S. 19.

[52] Vgl. hierzu die Erinnerungen Lorinsers S. 154—159.

[53] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 6. Febr. 1838.

[54] Görres, Staat und Kirche nach Ablauf der Cölner Irrung S. 23.

[55] Die fortwährende Gefangenschaft des Erzbischofs von Cöln, beleuchtet von einem Protestanten, Straßburg 1838, S. 20.

[56] Lill S. 56.

[57] v. d. Marwitz S. 265; ähnlich die Ansicht des seit 1831 als Professor der Geschichte an der Universität Bonn fungierenden Johann Wilhelm Löbell: „Drostes Lorbeeren ließen den Erzbischof Dunin von Gnesen nicht schlafen; er ruhte nicht, bis ihm ein ähnliches gelindes Märtyrertum wie seinem Vorbilde zuteil ward“ (Historische Briefe S. 385).

dings im Unterschied zum Fall Droste-Vischering auf Grund eines Urteils des Posener Oberlandesgerichts —, hatte auch der Osten Preußens seinen Kirchenstreit, der noch eine Verschärfung erfuhr, als Dunin entgegen dem über ihn verhängten Verbot, Berlin zu verlassen, nach Posen zurückkehrte [58]. Indes war nach der Auffassung eines hervorragenden Kenners der damaligen politischen Verhältnisse in Preußen, des österreichischen Gesandten Graf Trauttmannsdorff, der Streit mit dem Erzbischof von Posen im Vergleich mit den Kölner Wirren „sowohl der Sache als der Person nach stets ein weit untergeordneter" [59], ein Urteil, das nicht zuletzt darin seine Bestätigung finden dürfte, daß sich schließlich mit Dunin wesentlich leichter zu einem Übereinkommen gelangen ließ [60]. Überhaupt nahm die deutsche Öffentlichkeit an den Streitigkeiten in der abgelegenen östlichen Provinz viel geringeren Anteil als an den Wirren im Rheinland [61].

Wenn im folgenden der Verlauf der Kirchenkämpfe in der Rheinprovinz und in Westfalen in gesonderten Teilen geschildert wird, so findet dies seine Begründung einmal darin, daß diesen beiden geschichtlichen Räumen eine unterschiedliche Tradition vorgegeben war, so daß man im 19. Jahrhundert durchaus von einer rheinischen und einer westfälischen Geschichtslandschaft sprechen kann [62], zum andern in der Tatsache, daß die Vorgeschichte des Kölner Konflikts vornehmlich im Rahmen der kirchenpolitischen Entwicklung der Rheinprovinz zu suchen ist, wie auch darin, daß sich auch später, mögen sich auch in einigen Fällen, wie z. B. bei den Prinzenbesuchen, Parallelerscheinungen zeigen, die politischen Ereignisse und Entwicklungen jenseits der Westgrenze in der Rheinprovinz ungleich stärker auswirkten als in Westfalen. Überhaupt dürfte sich, von den familiären und standespolitischen Verbindungen des rheinischen und westfälischen Adels abgesehen, das durch den Ausbau der Verkehrswege und die entstehenden industriellen Verflechtungen in die Wege geleitete stärkere Zusammenwachsen der beiden Provinzen noch im Anfangsstadium befunden haben.

---

[58] Lill S. 56.

[59] H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 89, Ber. an Metternich vom 23. Juni 1840; ähnlich auch das Urteil des Großherzogl. hess. Ministerresidenten in Berlin (Qu. Nr. 200). — Auch haben die Posener Wirren eine nennenswerte Rückwirkung auf den Westen allem Anschein nach zunächst nicht zur Folge gehabt. Es finden sich nur vereinzelte Hinweise über ein Echo auf die Posener Vorgänge. So berichtet ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung in der Ausgabe vom 13. April 1838, daß man am Niederrhein die Meinung vernehme, „ganz Posen sei bereits im Aufstand, und die Rheinprovinz könne nichts Besseres tun, als diesem Beispiele nachzuahmen".

[60] Vgl. Lill S. 91—99.

[61] Ebd. S. 91.

[62] Vgl. hierzu Gollwitzer S. 530.

A. Die Rheinprovinz

1. Kapitel. Die Lage bis zur Verhaftung Droste-Vischerings

1. Zur Krisensituation im Jahre 1837

Schon vor der am 20. Nov. 1837 erfolgten gewaltsamen Wegführung des Erzbischofs Clemens August von Droste zu Vischering aus Köln [1] hatte sich nach einem Bericht des preußischen Innen- und Polizeiministers von Rochow [2] die Situation in der Rheinprovinz zu einer Krise entwickelt, deren Überwindung er als „wichtiger und auf die Stimmung der Rheinprovinz einflußreicher als die Entscheidung irgendeiner anderen gesetzlichen oder administrativen Frage, welche die Rheinprovinz seit ihrer Vereinigung mit Preußen betroffen" habe, bezeichnete [3]. In der Tat war das Verhältnis zwischen der preußischen Regierung und der katholischen Kirche in der Rheinprovinz im Jahre 1837 in einem Maße gespannt wie noch nie zuvor. Wenn in Berlin ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs am 14. Nov. 1837 die zwangsweise Entfernung des Kölner Erzbischofs aus seinem Amte beschloß [4], so dürfte dieser Schritt das Eingeständnis dokumentieren, daß man auf dem Wege der Verhandlung mit dem Hirten der Kölner Erzdiözese auch nicht einen Schritt weiter gelangen würde.

Unter der Voraussetzung, daß für den König und die preußische Staatsregierung ein Verzicht auf wesentliche, aus der Tradition des Staatskirchentums erwachsene Vorrechte noch nicht in den Bereich des Möglichen gerückt war, dürfte diese Einschätzung der Lage durchaus nicht unzutreffend gewesen sein [5]. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die römische Kurie, welche die Rücksichten von sich warf,

---

[1] Vgl. Schrörs, Kölner Wirren S. 505 ff.

[2] Gustav Adolf Rochus von Rochow, seit 1834 Minister des Innern und der Polizei (vgl. ADB Bd. 28 S. 734 f.).

[3] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den preußischen König, 24. Mai 1837. — Dieses Urteil scheint maßgeblich von einem Gutachten des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Graf Stolberg beeinflußt zu sein (vgl. Qu. Nr. 22).

[4] Lill S. 50.

[5] Das erkannte z. B. auch der damals in Bonn als Privatdozent wirkende Max von Gagern: „Diese Kirche fühlt sich nun einmal als ein vom Staat nicht zu verdauender Körper; sie glaubt, besonders mit dem protestantischen Staat nur in ein Vertragsverhältnis treten zu können. Ein Erzbischof von Köln, der unter den Befehlen des Ministers für Unterricht-, Kultus- und Medizinalangelegenheiten stehen soll, wenn auch hundert Mal nur in weltlichen Dingen, das wollte den alten Katholiken nicht in den Kopf, da man die Frage so auf die Spitze stellte." Blieb der Regierung also in dieser Situation im Grunde kein anderes Mittel übrig als Zwangsanwendung, so hätte sie allerdings nach der Ansicht Gagerns wenigstens einen offenen Versuch machen sollen, das Vertragsverhältnis zu verbessern und zu vervollständigen; dann wäre die Schuld auf den Papst gefallen (Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern S. 84).

die ihr die Erinnerung an die Epoche der Restauration auflegen konnte [6], sowie der Erzbischof und die von dem Rechte ihrer Forderungen zutiefst überzeugte [7] und an Stärke und Dynamik zunehmende katholische Erneuerungsbewegung in Deutschland, insbesondere im Rheinland [8], entschlossen waren, den Kampf mit dem Staatskirchentum, vor allem in der Mischehenfrage, kompromißlos und mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen aufzunehmen: „In der Erkenntnis, daß dieser Knoten nur mit dem Kampfschwert durchgehauen werden könnte . . ., beschloß man, den Bruch mit Preußen herbeizuführen, um in die dumpfe staatskirchliche Luft, in der die Kirche Preußens zu ersticken drohte, den reinigenden Wetterstrahl fahren zu lassen" [9]. Es handelte sich also keineswegs lediglich um eine Auseinandersetzung des preußischen Staates mit einem störrischen Erzbischof, vielmehr hing dessen Verhalten, wie es auch Zeitgenossen richtig erkannten, „mit Vorgängen und Richtungen" zusammen, welche über ihn hinausgingen und „denen er folgen konnte, ohne zu sehr bloß von eigner Leidenschaft oder von blinder Widersetzungswut hingerissen zu sein" [10], nach unserer heutigen Diktion also mit „Strukturen" bzw. strukturellen Entwicklungen. Nachdem Belgien ein so hervorragendes Beispiel katholischer Machtentfaltung gegeben hatte, war offenbar der Siegeszug der ultramontanen Faktion in der Kirche nicht aufzuhalten, von der Zeitgenossen, wie z. B. ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 23. Jan. 1839), annahmen, daß es ihr um nichts weniger als den Versuch der Wiederherstellung der im Mittelalter innegehabten Machtposition der Kirche ging; damit ließ sie eine Auffassung zutage treten, die sich mit dem derzeitigen politischen Zustand in weiten Teilen Europas unvereinbar zeigte.

Daß sich unter diesen Umständen — zumal man auch unklugerweise die im linksrheinischen Gebiet noch übliche und in Kreisen des gemäßigten liberalen Bürgertums offenbar durchaus geschätzte Institution der Zivilehe zugunsten einer obligatorischen kirchlichen Einsegnung der Ehen abzuschaffen gedachte [11] — der vom

---

[6] Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen S. 30 f.

[7] So heißt es in einer zeitgenössischen Broschüre: „Die Kirche weiß, daß sie ein Recht, von Gott ihr gegeben, besitzt, und muß dieses Recht behaupten: will der Staat dieses Recht nicht anerkennen, will er die Kirche als rechtlos behandeln und unter seine Gewalt beugen — nun so ist ein Kampf unvermeidlich: dann steht Auktorität gegen Auktorität . . ." (Beleuchtung der Broschüre: „die Wahrheit in der Hermes'schen Sache etc.", von einem Priester der Erzdiözese Cöln, Augsburg 1837, S. 9); ähnlich Götz S. 32 ff., der im Protestantismus nur eine Negation des Katholizismus sieht (S. 33). Kaum weniger vom Recht der katholischen Sache überzeugt zeigt sich ein hinter dem Pseudonym „Pontius Pilatus" (Zur Beleuchtung der Cölner Angelegenheiten) sich verbergender Verfasser, der die protestantische Kirche als eine „Schmarotzerpflanze" bezeichnet, die ihre Position lediglich nach den Prinzipien des Faustrechts auf Unkosten des guten Rechtes der katholischen Kirche erlangt habe, aber gleich allen übrigen Sekten und „Afterreligionen" in ein Nichts zurücksinken werde (S. 11). — Vgl. ferner ähnliche Ausführungen im Kapitel „Das Metropolitankapitel zu Köln in seinem Unrecht", in: H. J. E. Mand, Die Kölnische Kirche im Mai 1841, Untertitel: Der neue Rock, ein Mittel gegen Erstickung, Würzburg 1841, S. 65 ff.

[8] Lill S. 39.

[9] Schrörs, Kölner Wirren S. 469 f.

[10] H. Ewald S. 51.

[11] Vgl. Qu. Nr. 173; 188 1; ferner: Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 214. — Nach Friedberg (Geschichte der Civilehe S. 32) hatte man Rom die Aufhebung der Zivilehe in der Rheinprovinz im Falle von Zugeständnissen der Kurie in der Mischehenfrage angeboten.

Staate gewählte Weg des Machtkampfes genauso wie der der Verhandlungen als Sackgasse erweisen konnte, hat man in Berlin wohl nicht eingesehen oder doch nicht auszusprechen gewagt, wie auch der von Zeitgenossen gegen die preußische Kirchenpolitik erhobene Vorwurf, die Mischehenfrage durch das Beharren auf einer prinzipiellen Lösung erst zu einem Problem gemacht zu haben [12], nicht einer gewissen Berechtigung entbehrt.

2. Rückblick auf die politischen und religiösen Verhältnisse Anfang und Mitte der dreißiger Jahre

a) Politisches Bewußtsein und öffentliche Stimmung der rheinpreußischen Bevölkerung zur Zeit der Julirevolution und in den folgenden Jahren

Dieses Hineingleiten in eine derartige Krisensituation deutet allerdings einen bemerkenswerten Wandel gegenüber den Verhältnissen in den frühen dreißiger Jahren an. Immerhin hatte die Rheinprovinz zu Beginn des vierten Dezenniums, selbst für einen in bezug auf die Stabilität der bestehenden Ordnung störende politische Bewegungen so mißtrauischen Politiker wie Metternich, im großen und ganzen als ruhig und zuverlässig gegolten [13], nachdem sich die neuen Herren hier zunächst nicht unerheblichen Schwierigkeiten gegenübergesehen hatten; denn die französische Administration war zum Teil sehr geschätzt worden [14]. Auch hatte man die ungewohnte Herrschaft eines protestantischen Landesherrn offenbar mit gemischten Gefühlen aufgenommen [15]. Die dann Anfang der dreißiger Jahre für

[12] So schreibt z. B. der württembergische Gesandte am k. k. Hofe unter dem 12. Jan. 1838 aus Wien an seinen Bruder in Berlin: „. . . Diese Geschichte wird der preußischen Regierung eine heilsame Lehre geben, künftig in der Auswahl der Bischöfe vorsichtiger zu sein; auch hätte sie den Gegenstand der gemischten Ehen nie mit dem römischen Hofe traktieren sollen, der darüber nie nachgeben wird; weshalb denn auch das mühsam herausnegotiierte Breve die Frage mehr kompliziert hat, als wenn man sie gar nicht berührt hätte; es ist aber eine der Schwachheiten der preußischen Regierung, alles schwarz auf weiß haben zu wollen, und das geht bei vielen delikaten Dingen nicht an. Die Praxis in Schlesien ist eingeführt worden, ohne daß Rom dazu seine Einwilligung gegeben hatte, warum nicht auch am Rhein? Die Convention mit dem Erzbischofe Spiegel war wie ein Traktat de puissance à puissance, und vergab der Würde der Regierung" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87).

[13] So spricht dieser in einem Brief an den preußischen Minister Wittgenstein (um November/Dezember 1837) davon, daß die Rheinprovinz früher, nicht zuletzt wegen der Geschicklichkeit, welche die preußische Regierung in der Wahl ihrer administrativen Mittel und Wege auf eine bewundernswürdige Weise an den Tag zu legen gewußt habe, zu den ruhigsten zu zählen gewesen sei (Splett S. 54).

[14] Jedenfalls schreibt der Kölner Stadtrat von Herwegh noch 1838, der linksrheinische Teil der Provinz sei in einem Zustande vorgefunden worden, „der in rein staatlicher Beziehung die höchste Vollkommenheit" dargestellt habe (vgl. Qu. Nr. 173).

[15] Vgl. Qu. Nr. 93; ferner die Ausführungen von Carl Schurz (unten S. 26). — So hatte auch der Freiherr vom Stein noch am 24. Jan. 1828 an Schuckmann geschrieben: „Es ist unleugbar, daß besonders in den Rheinischen Provinzen die Fremdherrschaft verderblich eingewirkt hat, daß hier eine Beweglichkeit in den Meinungen, ein Hang zur Intrige vorherrschend ist, daß die jetzige Generation nur mit sehr losen Banden an das neue Vaterland geknüpft ist. Daher werden hier die Ausbrüche des Parteigeistes häufiger erscheinen, als man es in dem Innern von Deutschland zu befürchten Ursache hat. Die Verschiedenheit der Religion des Rheinlands und Westfalens von der Mehrheit der Bewohner der Preußischen Monarchie mindert auch die Anhänglichkeit der ersteren; und so bestehen manche Anlässe zu Reibungen und zu Unmut, die in den östlichen Provinzen weniger, zum Teil gar nicht, vorhanden sind" (Neue Steinausgabe VII S. 279).

das preußische Gouvernement im allgemeinen zufriedenstellend gewordene öffentliche Stimmung hatte man nicht zuletzt der geregelten Verwaltung zugeschrieben, die Handel und Gewerbe einen nicht zu verkennenden Vorschub leistete [16]. Die Julirevolution des Jahres 1830 war zwar in weiten Kreisen des Rheinlandes mit größtem Interesse verfolgt worden und hatte nicht verfehlt, einen nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen [17]; noch mehr als die Umwälzungen in Frankreich erregten, jedenfalls im Regierungsbezirk Koblenz, die Unruhen in Brabant und „die tumultuarischen Bewegungen, welche in so vielen deutschen Städten fieberartig stattfanden", die Aufmerksamkeit der Bevölkerung [18], und waren auch vereinzelte Unruhen zu verzeichnen gewesen — am meisten Aufsehen hatte der durch soziale Not bedingte und sich insbesondere gegen die Haltung gewisser Fabrikanten richtende sog. „Pöbelauflauf" [19] Ende 1830 in Aachen hervorgerufen [20] —,

[16] So gab der damalige Speyrer Bischof von Geissel in einem Schreiben vom 22. Juli 1841 an König Ludwig I. von Bayern der Ansicht Ausdruck: „Bis zum Ausbruche der Kölner Wirren priesen sich die katholischen Rheinländer glücklich, Preußen anzugehören, denn das Land blühte unter dem preußischen Szepter ungemein empor in allen seinen Interessen" (Dumont S. 9); ähnlich Gutzkow, Die rote Mütze und die Kapuze S. 115. — Daß der wirtschaftliche Aufschwung unter der preußischen Herrschaft zu einer zunehmenden Staatstreue der rheinischen Bevölkerung beigetragen habe, glaubt auch der damals als Regierungsbeamter in der Rheinprovinz wirkende Gerd Eilers feststellen zu können (Meine Wanderung durchs Leben 2. Teil S. 126 f.; ferner ebd. S. 133—137). — Die großen Leistungen der preußischen Verwaltung auf dem Gebiete der Wirtschaftsförderung und des Bildungswesens betont auch Poll (Das Hineinwachsen der Rheinländer in den preußischen Staatsverband, in: 150 Jahre Regierung und Regierungsbezirk Aachen S. 16).

[17] Qu. Nr. 1 u. 3; Kliewer S. 18 f. — Sehr anschaulich und zutreffend für die damalige Situation erscheint auch ein Vergleich, den wir bei Eilers finden (Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 55): „Das Feuer züngelte zwar, hier und da ziemlich tief, in die eigenen Grenzen hinein, fand aber teils so wenig Zündstoff, teils so energische und so gut bediente Löschanstalten, daß es nirgends einen Brand entzünden konnte. Aber die Aufregung war groß, ähnlich derjenigen, die unter den Bewohnern eines Hauses besteht, wenn es in einem benachbarten Hause brennt." Vgl. auch Qu. Nr. 70. — Nach den Erinnerungen Karl Schorns fand allerdings der polnische Aufstand viel Sympathien im Rheinland, die sich z. B. in Essen in öffentlichen Versammlungen und in den Polenliedern kundgegeben hätten, die von Alt und Jung in Gesellschaften und auch auf den Straßen georgelt und gesungen worden seien (Lebenserinnerungen Bd. 1 S. 33 f).

[18] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 950, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz, 30. Sept. 1830.

[19] E. Gatz, Kaplan Josef Istas . . ., in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1972 S. 209; vgl. hierzu auch Qu. Nr. 1.

[20] Dieser war durch entschlossenes Einschreiten Aachener „Bürger" unterdrückt worden (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 43, Zeitungsbericht für August 1830; Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 14; Kliewer S. 20—27; vgl. hierzu auch Haagen S. 539; vgl. ferner J. Venedey, Darstellung der Verhandlungen vor den Assisen zu Köln über die Teilnehmer des am 30. August in Aachen stattgehabten Aufruhrs. Köln 1831. — Auch in Elberfeld war es zu einem unbedeutenden Auflauf gekommen, von dem der Arzt C. H. A. Pagenstecher berichtet, daß es sich um ein „Revolutiönchen, unblutig und zahm, von einem halben Hundert trunkener Handwerksburschen und zerlumpter Farikarbeiter gebildet", gehandelt habe (Pagenstecher S. 13). Nach dem Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten war diese Zusammenrottung allerdings auf dem Hintergrund des derzeitigen „schlechten Geschäftsgangs" zu sehen (vgl. hierzu im einzelnen St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 399, Zeitungsbericht für September 1830). Dagegen ließ etwa im Kreise Lennep die öffentliche Ordnung nach den Ausführungen des dortigen Landrats nichts zu wünschen übrig, was bei den bewegten Zeitverhältnissen und der großen Zahl der Fabrikarbeiter in der Tat erstaunlich sei (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 399, Zeitungsbericht für November 1830). — Auch die Haltung der Krefelder Arbeiter hatte zu keiner

so war es jedoch in der Rheinprovinz ebensowenig wie im übrigen preußischen Staatsverband [21] zu einer umfassenden revolutionären Bewegung gekommen [22], obwohl es, wie Gerd Eilers so anschaulich schildert, an „Aufreizungen" aus *Frankreich* nicht gefehlt haben soll [23]. So wurde z. B. nach der Darstellung der

---

Besorgnis Anlaß gegeben: „Es ist mir eine angenehme Pflicht, hier anzuführen, daß wenngleich die zahlreiche Klasse der hiesigen Fabrikarbeiter durch den gegenwärtigen schlechten Gang der Fabriken und durch die beginnende Teuerung sich zum großen Teil in drückenden Verhältnissen befindet, sich solche doch bisher stets ordentlich und ruhig betragen und gleich den übrigen Bewohnern vom besten Geiste beseelt ist . . ." (Stadtarchiv Krefeld, Bestand 3 Nr. 44 b, Verwaltungsbericht des Bürgermeisters vom 16. August bis 15. September 1830; bezüglich der damaligen schlechten Konjunktur in der Krefelder Industrie vgl. auch St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 399, Zeitungsbericht für September 1830). — Obwohl also in Krefeld Unruhen seitens der unteren Schichten nicht zu befürchten waren, kam man hier seitens gehobener bürgerlicher Kreise bereitwillig der Aufforderung des Oberpräsidenten nach, einen „Sicherheitsverein" zu organisieren; keiner der hierzu aufgeforderten „angesehenen Einwohner" versagte seine Mitwirkung (ebd., Verwaltungsbericht des Bürgermeisters vom 16. September bis 15. Oktober 1830). — Mit welcher Abscheu z. B. der Bürgermeister einer rheinischen Mittelstadt die Vorgänge in Aachen betrachtete, dokumentieren die Annalen der Stadt Neuß für 1830: „Der aufgeregte Zustand der Städte Belgiens veranlaßte auch in unserer Nähe, namentlich in Aachen, am 30. August eine Volksbewegung, welche jedoch keine politische Farbe hatte, von einer aus den untersten Klassen der Bewohner bestehenden, auf Raub, Plünderung und Mord ausgehenden Rotte von Meuterern versucht wurde, aber durch die kräftige Gegenwehr der gutgesinnten Bürgerschaft fast im Entstehen gedämpft wurde" (Stadtarchiv Neuß).

[21] Dies hebt z. B. Hansemann in seiner berühmten Denkschrift vom 31. Dezember 1830 hervor: „ . . . während selbst in deutschen Staaten die Tugend der Unterwürfigkeit hie und da schwankt und sogar ein deutscher Fürst mit seinem Volke ein Gegenstück zur Pariser Revolution liefert, blickt der Preuße mit Stolz auf seinen König und dessen Volk, welche im Bande der Liebe und Treue geeinigt, durch politische Unruhen in so bewegter Zeit bis jetzt noch nicht betrübt wurden" (Rheinische Briefe und Akten I S. 12).

[22] Kliewer S. 18. — So berichtet auch 1830 ein Berliner Polizeibeamter über seine auf einer Reise durch die Rheinprovinz gewonnenen Eindrücke, daß die Stimmung der Bevölkerung im allgemeinen erfreulich gewesen sei. Lediglich in der Gegend um Düsseldorf und Wesel habe die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit über das „schonungslose" Heranziehen von landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu den Landwehrübungen bekundet, wodurch die Einbringung der Ernte erschwert werde. Daher werde von manchen der Betroffenen offen die Ansicht vertreten, wenn in dieser Hinsicht keine Änderung erfolge, so würde nichts übrig bleiben, „als die Grundsätze der französischen Untertanen anzunehmen und sich selbst Abhilfe zu verschaffen" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 39, Schr. aus Berlin an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, 7. September 1830). — Selbst in dem den unruhigen Nachbargebieten Frankreich und Pfalz benachbarten Saarland fanden die stürmischen Ereignisse von 1830/31 keinen Widerhall (Bellot S. 17), ebensowenig in dem an das hessische angrenzenden Kreise Wetzlar (St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 950, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz, 31. Oktober 1830). — Andere Erfahrungen will jedoch der Kölner Chirurg Eichmann in Koblenz gemacht haben (vgl. Qu. Nr. 131).

[23] „Man muß in jener Zeit am Rhein gelebt haben, um sich vorstellen zu können, welch einen aufregenden Eindruck das Ereignis der Julirevolution auf die Gemüter der Menschen vom Geringsten bis zum Vornehmsten, vom Ärmsten bis zum Reichsten machte. Die Franzosen schrien herüber: ‚Das Ende der Schmach ist gekommen, gelöst ist der Band, der die europäische Menschheit gefesselt hat, der Gerichtstag über die Frevel der Aristokratie und Theokratie ist erschienen, vereinigt Euch mit uns, Ihr deutschen Brüder am Rhein!' Der Gedanke, von der Rheingrenze aus die Staaten des Pariser Friedens zu demütigen, zu vernichten, und alle unter der Fahne populärer Throne mit republikanischen Institutionen zu vereinigen, erfüllte das aufjauchzende

Koblenzer Regierung das Geburtstagsfest des Königs am 3. August „im ganzen Umfange" des Regierungsbezirks „als ein wahres Volksfest gefeiert" [24]. Ähnlich lauten Nachrichten aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf [25]. So sehr auch die Ereignisse in Frankreich die Gemüter beschäftigt hätten, so trügen diese doch nicht wenig dazu bei — darauf verweisen übereinstimmend die Regierungen in Düsseldorf, Koblenz und Köln — sich in Anerkennung der Leistungen des preußischen Staates [26] demonstrativ für diesen zu bekennen [27]. Allgemein erkenne man das Glück — so die Formulierung der Kölner Regierung — einem Staate anzugehören, „welcher bei den Verheerungen in benachbarten Ländern einer fast ganz ungetrübten Ruhe und Sicherheit" sich erfreue und „dessen weise Regierung nur das Wohl des Volkes" bezwecke [28]. Nicht nur die zahlenmäßig weit überwiegende Landbevölkerung, die man vielfach für ein recht konservatives Element ansieht, verhielt sich in dieser Situation, wie die Koblenzer Regierung am 30. September 1830 berichtet [29], vollkommen ruhig [30], auch in den Städten, wo infolge eines höheren Bildungsstandes der „Anteil an den nahen und fernen durch die öffentlichen Blätter verbreiteten Vorfällen" zweifellos stärker ausgeprägt war, manifestierte sich im allgemeinen keine Tendenz zu revolutionären Umwälzungen. Wie die Koblenzer Regierung betont, habe das Beispiel der in manchen deutschen Städten vorgefallenen Unordnungen und „deren traurigen Folgen" unter den Bürgerschaften den Vorsatz befestigt, „sich jeden Augenblick den vorgesetzten Behörden anzureihen, wenn einige Haufen eines plünderungssüchtigen Pöbels es wagen würden, auch nur einen Versuch zu Unordnungen zu machen" [31]. Diese Beispiele vor Augen, die Furcht, in ein ähnliches Chaos wie in Frankreich und Belgien gestürzt zu werden, sowie die materiellen Interessen [32] wirkten offen-

---

Frankreich, und mit solchen Vorspiegelungen durchstreiften die Emissare die deutschen Provinzen am Rhein und über den Rhein hinaus. Eine besondere, wahrscheinlich instruktionsmäßige Angelegenheit dieser Emissare war es, den Rheinländern die Überzeugung einzuflößen, daß ein Krieg gegen Frankreich nicht anderes als ein Kreuzzug für Hierarchie und Aristokratie gegen die liberalen Ideen und gegen die Wünsche aller so schmählich getäuschten Deutschen für politische Freiheit und gleiches öffentliches Recht sein werde" (Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 59 f).

[24] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 950, 31. Aug. 1830.

[25] Vgl. Qu. Nr. 3.

[26] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 950, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz, 31. Aug. 1830; Qu. Nr. 4.

[27] Ebd; Qu. Nr. 3; DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16291, Zeitungsbericht der Regierung Köln für September 1830. — Bemerkenswerterweise zeigte sich der Koblenzer Regierungsrat Gerd Eilers 1830 von der Treue der rheinischen Bevölkerung so fest überzeugt, daß er, wie er hervorhebt, allen aufregenden Gerüchten zum Trotz mit dem Bau seines Hauses in Kreuznach, welches er zum dauernden Aufenthalt vorgesehen hatte, ruhig fortfuhr (Meine Wanderung durchs Leben 2. Teil S. 127).

[28] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16291, Sept. 1830.

[29] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 950.

[30] „Der Landmann nimmt überhaupt an allen diesen Vorfällen nur insofern Anteil, als er die Besorgnis eines möglichen Krieges darin findet; er begehrt nichts, als in Ruhe die Frucht seiner Mühen und seiner Industrie zu genießen und nicht durch Kriegslasten und Prästationen darin gestört zu werden. Der Hang zu Aufruhr und Revolutionen ist ihm durchaus fremd" (ebd.). — Ähnlich die Situation in ländlichen Gebieten des Regierungsbezirks Köln; vgl. z. B. die bei H. G. Kirchhoff (S. 193) zitierte Analyse der ökonomisch-gesellschaftlichen Verhältnisse.

[31] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 950.

[32] „Niemand konnte leugnen, daß die materiellen Interessen des Landes nicht übersehen werden, vielmehr die Provinz unter der preußischen Herrschaft zu einem

sichtlich disziplinierend, ganz abgesehen davon, daß in den „untersten Klassen" wenig „politischer Sinn" und im Mittelstand mehr „gewerblicher als politischer Geist" vorherrschte [33], insgesamt also kaum Voraussetzungen für ein revolutionäres Bewußtsein bestanden. Lediglich die Klagen über die vermeintlich zu hohe Besteuerung verstärkten sich, insbesondere seitens der ärmeren Schichten, wobei auch Forderungen nach einer gerechteren Verteilung der Lasten zwischen Arm und Reich, Stadt und Land laut wurden [34]. Im großen und ganzen legte „der Bürgersinn" in dieser Krisensituation, wie auch der damalige Prinz (und spätere Kaiser) Wilhelm (I.) z. B. lobend anerkannte [35], eine vorzügliche Bewährungsprobe im Sinne des überkommenen politischen Systems ab. Nicht nur gegen unruhige Fabrikarbeiter in Aachen und Handwerksgesellen in Elberfeld fand sich das Bürgertum spontan zusammen, auch gegen ein Eindringen revolutionärer Kräfte von außen bezog man unmißverständlich Front, so z. B. in Wetzlar, wo Zivil- und Militärbehörden einen Einfall hessischer Aufständischer befürchteten und Militär und

---

Wohlstande aufgeblüht, den sie in frühern Zeiten nie gekannt. Daran knüpfte sich denn von selbst die Betrachtung, was aus diesem Wohlstande werden würde, wenn die hungerigen und nackten und im Nehmen frechen Franzosen ins Land einbrächen" (Eilers, Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 68). — Ebd. S. 64 f. — Ähnlich Zeitungsbericht der Regierung Koblenz für November 1830 (St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 950). — War auch die wirtschaftliche Lage des im Zunehmen begriffenen Proletariats nicht immer rosig und sahen sich manche Handwerker durch die Umstrukturierung des Produktionsprozesses nicht selten ins Elend gestoßen (Kentenich S. 773), so scheint doch insgesamt, wie auch der preußische Staatsrat Kunth in einem Bericht über seine Reise durch die Rheinprovinz im Jahre 1829 vermerkt (Hansen, Die Rheinprovinz I S. 211), der Wohlstand gestiegen zu sein. Offensichtlich handelte es sich um eine langfristige Entwicklung. So hebt auch Bärsch in seinen 1857 erschienenen Erinnerungen hervor: „Überhaupt haben sich die Städte in der preußischen Rheinprovinz, vor allen anderen aber Köln, seit der preußischen Besitznahme gehoben und verschönert" (S. 87). — Auf die Furcht vor einer Beeinträchtigung des Gewerbslebens durch eine weitere Ausdehnung der Julirevolution weist auch der schon genannte Elberfelder Arzt Pagenstecher, ein Augenzeuge der damaligen Vorgänge, hin: „Man gönnte den Bourbonen ihre Vertreibung, aber man war doch nicht ohne Sorge um Handel und Verkehr und freute sich überaus, als durch die Ernennung Louis Philippes zum Generalleutnant des Königreichs und bald zum Könige selbst der Pariser Schwindel zum Abschluß gebracht schien" (Pagenstecher S. 11). — In diesem Zusammenhang schrieb auch der Freiherr vom Stein am 9. Febr. 1831: „Unterdessen schrecken sie die zerrüttenden Folgen der französischen und belgischen Unruhen, der Anblick der flüchtenden Familien, die Nachrichten von den Stockungen des Handels, des Gewerbes und die Rückwirkung von allem diesem auf ihren eigenen Zustand" (Neue Steinausgabe VII S. 1063). — Vgl. auch unten Anm. 38. — Ähnlich kennzeichnet der Neusser Bürgermeister Loerick die nach seiner Auffassung in der Rheinprovinz vorherrschende Reaktion auf das Hambacher Fest: „... Der bessere Teil des Volkes erkannte bald die Gefahr, worin dieses Streben die Staatenruhe, die Sicherheit des Eigentums, ja selbst der Zivilisation führen werde und trat mit Angst vor dem geöffneten Abgrunde zurück" (Stadtarchiv Neuß, Annalen 1832).

[33] Vgl. Qu. Nr. 1.

[34] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16291, Zeitungsbericht der Regierung Köln für September 1830. Ähnlich Ber. der Regierung Aachen (Qu. Nr. 1).

[35] So in einem Brief an seinen Vater vom 3. Sept. 1830 (Wilhelms I. Briefe S. 94). — Ob der Prinz dagegen die Ursachen der Unruhen richtig erkannt hat, ist fraglich, führte er sie doch in erster Linie auf das Fortbestehen der französischen Gesetzgebung in der Rheinprovinz zurück, woraus er die Folgerung zog, daß es dringend zu wünschen sei, „die preußischen Gesetze lieber heute wie morgen einzuführen" (ebd., 1. Sept. 1830).

Bürger gemeinsam die Tore besetzten [36]. Allerdings fehlte es auch nicht an Anzeichen dafür, daß insbesondere in der „höheren Gesellschaft" — etwa in Aachen oder Trier — eine Veränderung der politischen Verfassung nach französischem oder belgischem Vorbild gewünscht wurde. Die Zahl derjenigen, die zu dieser Richtung tendierten, blieb jedoch offenbar gering [37]. Auch waren die meisten von ihnen wohl nicht bereit, ihre Ziele mit revolutionären Mitteln durchzusetzen, ebensowenig, sich mit dem „Pöbel" zu verbünden; im Gegenteil. Ihr Veränderungswille erschöpfte sich offenbar in evolutionären Zielvorstellungen. So überwog insgesamt das Bild der Bejahung der bestehenden Verhältnisse in Staat und Gesellschaft, dominierte die Furcht vor revolutionärem Chaos.

Dankbar begrüßte auch eine Reihe rheinischer Städte die im Zusammenhang mit dem Bestreben, negativen Einflüssen der Julirevolution entgegenzuwirken, erfolgte Ernennung des Prinzen Wilhelm, eines Bruders Friedrich Wilhelms III. (also Onkels des oben erwähnten Prinzen Wilhelm), zum Generalgouverneur der Rheinlande [38]. Ein aus Neuß erhaltenes Bewillkommnungsschreiben dokumentiert in anschaulicher Weise, in welchem Maße sich diese Stadt bereits mit dem preußischen Staat und dessen Einrichtungen verbunden fühlte:

„Während die größeren Schwesternstädte am Rheine sich beeilen, Ew. Königl. Hoheit bei Höchstihrer Ankunft ein herzliches Willkommen entgegenzubringen, empfindet auch die Stadt Neuß, eine der ältesten und in der Geschichte nicht unrühmlich bekannten Städte des Landes, lebhaft das Bedürfnis, den Ausdruck gleicher Gefühle vernehmen zu lassen. Der unterzeichnete Bürgermeister und Stadtrat ist stolz auf die Ehre, bei so feierlicher Veranlassung das treue Organ einer Stadt zu sein, die im aufrichtigsten Einverständnisse mit der gesamten Provinz das Glück zu schätzen weiß, einem Staate anzugehören, welcher Beförde-

---

[36] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 950, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz, 31. Oktober 1830.

[37] Vgl. Qu. Nr. 2. — Dies scheint auch aus den Ausführungen Georg Bärschs aus dem Jahre 1831 hervorzugehen, der insbesondere das gegenteilige Bild des Trierer Oberbürgermeisters v. Haw als unzutreffend hinstellt: „Die Stimmung ist im allgemeinen gut, sie würde aber noch besser sein, wenn nicht Herr Haw und seinesgleichen sie absichtlich zu verderben bemüht wären ... Für eine solche Verfassung ist das Volk noch nicht reif. Sie in jetziger bewegter Zeit dem wohlwollenden Monarchen abdringen zu wollen, wäre unverzeihlich. Es läßt sich daher gar nicht rechtfertigen, daß Herr Haw bei dem Stadtrat von Trier vortrug, man möge den jetzigen Zeitpunkt benutzen, um eine Konstitution zu erhalten. Einige besonnenere Männer sprachen dagegen, und der Antrag ging nicht durch" (St. A. Koblenz Abt. 701 Nr. 649). Allerdings schränkt Bärsch selbst, bedingt offensichlich durch seine Aufgebrachtheit gegen Haw und die sich daraus ergebende Polemik, seine Aussage ein: „Die Einwohner der Rheinprovinzen überhaupt zu beschuldigen, daß sie französisch gesinnt und dem Gouvernement abgeneigt, wäre unrecht, aber daß viele dieser Vorwurf mit Recht trifft, daß zu diesen Herr Haw gehört, ist leider nur zu wahr" (ebd.).

[38] Stadtarchiv Neuß, Annalen der Stadt Neuß 1830. — Daß der Aufenthalt des Prinzen offensichtlich günstig auf die Stimmung der rheinischen Bevölkerung einwirkte, glaubte z. B. auch der Freiherr vom Stein in einem Schreiben vom 7. Febr. 1831 festzustellen: „Die Gegenwart des Prinzen Wilhelm und seiner Gemahlin hat einen sehr guten Einfluß auf die Gesinnungen der Rheinprovinzen ... Daher haben sie durchaus vorteilhaft auf die Gemüter gewirkt, die durch mancherlei Dinge mehr oder weniger ungünstig gestimmt waren. Der zerrüttete Zustand Belgiens und Frankreichs schreckte zwar, man fand sich im Genuß der Ruhe, der Sicherheit, des Wohlstandes glücklich, aber manche Dinge mißfielen, reizten" (Neue Steinausgabe VII S. 1055 f.).

rung des Unterrichtes, Aufmunterung der Künste, Belebung des Handels und der Gewerbe und eine immer allgemeinere Verbreitung des öffentlichen Wohlstandes zum höchsten Ziele seines Strebens macht und diese schwierige Aufgabe mit jedem Tage glücklicher zu lösen sucht . . ." [39].

Des Generalgouverneurs Ankunft in seiner Residenz Köln war unter „unendlichem Jubel des Volkes, welches die Pferde ausspannte und den Wagen selbst zog", erfolgt [40]. Seine Mission entbehrte offensichtlich nicht eines gewissen Erfolges, trugen doch nach dem Urteil Reumonts der Prinz und seine Gemahlin viel dazu bei, „eine noch neue Provinz, deren Volkseigentümlichkeiten, Traditionen, Konfession sie von dem größern Teile der alten Monarchie schieden, dieser zu nähern und ihre Bewohner sich als Preußen fühlen zu lassen" [41].

Auch in der Folgezeit legten die — noch heute in Deutschland weithin als mit einem lebhaften Temperament ausgestattet angesehenen — Rheinländer eine disziplinierte Haltung an den Tag [42]. So hielt z. B. auch David Hansemann in einer Denkschrift vom 31. Dez. 1831 [43] einen Aufstand in der Rheinprovinz nicht für wahrscheinlich, wenn er auch eine solche Möglichkeit nicht ganz von der Hand wies, zumal die Aachener Ereignisse zeigten, daß es nicht an Intriganten und Leuten fehle, „die durch den Umsturz der gesetzlichen Ordnung auf schnelles Emporkommen" hofften. Ohne pessimistischen Vorbehalt äußerte sich in diesem Zusammenhang der Koblenzer Oberprokurator Lombard auf einer öffentlichen Versammlung; er wies darauf hin, daß im Koblenzer Regierungsbezirk seit 1½ Jahren eine deutliche Abnahme in der Zahl der begangenen Verbrechen wahrzunehmen sei: „Niemand zittert für sein Leben, nie waren die Straßen freier, nie das Eigentum sicherer" [44]. Die „Niederrheiner" seien aufgeklärt genug, die wahre Freiheit in der Herrschaft der Gesetze, in der Achtung gegenseitiger Rechte zu finden; sie hätten begriffen, daß man in Zeiten der Gefahr zusammenhalten und kleinliche Rücksichten beseitigen müsse.

In diesem Sinne äußerte sich auch der Koblenzer Assisenpräsident Appellationsgerichtsrat Lenzen, der außerdem den Einfluß des preußischen Militärdienstes auf

---

[39] Stadtarchiv Neuß, Annalen der Stadt Neuß 1830. — Das Aufkeimen preußisch-patriotischer Gefühle manifestierte sich in Neuß auch anläßlich des Geburtstagsfestes des Königs am 3. August. So heißt es in den Annalen der Stadt Neuß für 1831: „War der Königl. Geburtstag von jeher für die hiesigen Einwohner ein Tag der Freude, so war es vor allen andern in diesem Jahre, wo die Verdienste des allgeliebten Landesvaters um die Erhaltung des Weltfriedens in frischem Andenken lebten und in allen Ständen die dankbarste Würdigung fanden" (Stadtarchiv Neuß).

[40] So nach einem Brief der Gemahlin des Prinzen (vgl. Wilhelm Baur, Prinzeß Wilhelm v. Preußen, 1889, S. 241). — Ausführliche Schilderung auch bei Beck S. 270—272.

[41] Reumont, Aus König Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen S. 439. — Vgl. auch Schnütgen, Vom preußischen Königshaus S. 69.

[42] Vgl. z. B. Zeitungsberichte der Regierung Köln Nov. 1830 bis Sept. 1837 (DAZ Merseburg 2.2.1. Nr. 16291 ff.); Zeitungsberichte der Regierung Düsseldorf (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 403 ff.). Besonders bemerkenswert: die patriotischen Manifestationen auf dem Krönungs- und Ordensfest an der Universität Bonn im Januar 1831 sowie das Verhalten der Bevölkerung in Euskirchen, wo man anläßlich der Feier des königlichen Geburtstags am 3. Aug. 1833 einen Wohltätigkeitsverein gründete, der den Namen Friedrich Wilhelm erhielt (DAZ Merseburg 2.2.1. Nr. 16291 ff.).

[43] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 11—18.

[44] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 951, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz, 30. April 1831.

den „sittlichen Charakter des Volkes" hervorhob [45]. So führte auch die Koblenzer Regierung an, daß, während man aus benachbarten Ländern, z. B. an den Grenzen des Kreises Wetzlar, „das Geschrei der Tumultuanten im eigentlichen Sinne hören könnte", die Jugend mit der größten Bereitwilligkeit zu ihrer Militärpflicht stehe [46].

In der Tat scheinen bereits zu dieser Zeit rheinischer Sinn für Ordnung und Recht und preußische Disziplin zu einer gewissen Einheit zusammengefunden zu haben, was vielleicht den Rheinländern selbst gar nicht in diesem Maße bewußt geworden ist und was auf keinen Fall die westlichen Nachbarvölker erkannt haben.

Auch die Geistlichkeit, so hebt jedenfalls die Koblenzer Regierung lobend hervor, zeigte sich offenbar bemüht, „den guten Geist der Untertanen gegen das böse Beispiel in der Nähe und Ferne aufrecht zu halten" [47], erwies sich also als ein konservatives, wenn nicht gar staatskonformes Element.

Nicht ohne Auswirkungen dürfte auch eine gewisse patriotische Erziehungsarbeit in manchen Schulen gewesen sein, wie sie z. B. in einer Reihe von eindrucksvollen Schulfeierlichkeiten am 3. August jeweils am sichtbarsten zum Ausdruck kam [48].

So erscheint es durchaus erklärlich, daß auch im folgenden Jahr das ganz in der Nachbarschaft stattgefundene Hambacher Fest vom 27. Mai und die mit ihm verbundene Erregung sowie die Ausschreitungen in anderen deutschen Staaten keine nennenswerten Unruhen in der preußischen Rheinprovinz hervorriefen [49].

Wie sich die Stimmung z. B. im Regierungsbezirk Koblenz weithin bekundete, schildert der Zeitungsbericht für August 1832 [50]:

„Die dabei gehaltenen Reden stellten das schöne Bild einer väterlichen Regierung auf und schilderten den glücklichen Kontrast, welchen die Ruhe und der Wohlstand dieser Provinz gegen die angrenzenden, durch die Zügellosigkeit einer revolutionären Partei in fortwährende Zuckungen versetzten Länder bilden . . ."

Die Koblenzer Regierung glaubte sogar genügend Anhaltspunkte dafür zu besitzen, behaupten zu können:

„Die Einwohner an der Grenze hatten, von einem stolzen, aber richtigen Takt geleitet, den Glanz ihrer Feste erhöht und ihre benachbarten Freunde dazu eingeladen, welche zwischen diesem Bilde eines frohen und einhelligen Volksfamilienfestes und den noch vor kurzem im Vaterlande stattgefundenen revolutionären Orgien einen Vergleich anstellen konnten" [51].

Die loyale Haltung der Rheinpreußen war um so höher anzuschlagen, als gerade in dieser Zeit (1832/33) Preußen durch außenpolitische Spannungen belastet war.

---

[45] Ebd.
[46] Ebd., Nr. 950, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz, 31. Okt. 1830.
[47] Ebd., Nr. 951, 30. April 1831.
[48] Ebd., Nr. 952, 31. Aug. 1832.
[49] So bemerkte der Neusser Bürgermeister Carl Conrad Loerick in den Annalen für 1832: „Unter diesen stürmischen Auftritten wurde die Ruhe in unserm lieben Vaterlande keinen Augenblick erschüttert, indem eine in Köln entdeckte Verbindung mehrerer unruhiger junger Leute mit den Wortführern im Süden nur als das Produkt jugendlicher Schwärmerei erschien, welches dem anerkannt guten Geiste der hiesigen Provinz keinen Makel anheften konnte" (Stadtarchiv Neuß).
[50] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 952, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz, 31. Aug. 1832.
[51] Ebd.

Nicht nur drohten die Divergenzen in der belgischen Frage [52] Preußen in einen Krieg zu verwickeln, sondern darüber hinaus wurde von Frankreich, das die Stimmung in der Rheinprovinz völlig falsch einschätzte, eine Annexion des linken Rheinufers unter leidenschaftlicher Anteilnahme der Öffentlichkeit verfolgt [53]. Die rheinpreußische Bevölkerung, selbst in Grenzbezirken [54], bekundete in dieser Situation, was sie 1840 erneut unter Beweis stellen sollte, eindeutig ihre Verbundenheit mit dem deutschen Kulturraum. So wird von den Behörden die Bereitwilligkeit gelobt, „mit welcher die einberufen gewesenen Kriegsreservisten ... ungedacht mancher schwieriger häuslicher Verhältnisse zu den Fahnen geeilt" seien [55], wie sich überhaupt ein bemerkenswerter patriotischer Geist, und zwar nicht nur in den Erwiderungen von Görres und Arndt an die Franzosen [56] bemerkbar gemacht zu haben scheint [57].

Maßgebliche Vertreter in Provinzial- und Stadtverwaltungen zeigten sich also von der loyalen Haltung der Rheinpreußen zutiefst überzeugt, und im Kern dürfte an dem Bilde in der Tat nicht zu zweifeln sein, so sehr es auch unsere heutigen skeptischen, kritischen Vorstellungen uns schwer machen, uns in den Geist jener Welt zu versetzen; selbst Befürworter eines konstitutionellen Systems wie Hansemann distanzierten sich von ultraliberalen Bestrebungen [58]. Dennoch blieben gewisse Kreise in der preußischen Staatsregierung, die, offenbar wie manche Zeitgenossen seit der Krise von 1830/31 vom Revolutionspessimismus [59] ergriffen, sogar hinter dem Karnevalstreiben in den rheinischen Städten dema-

[52] Vgl. hierzu unten S. 141 ff.

[53] Aloys Schulte, Tausend Jahre deutscher Geschichte und deutscher Kultur am Rhein S. 370. — Auch in der Folgezeit hielten Gerüchte von einer bevorstehenden Invasion der Rheinlande durch die französische Armee an (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 39, Meldung an den Oberpräsidenten, 9. Aug. 1834).

[54] So heißt es z. B. in einem Bericht des Aachener Regierungsrats Reinicke vom 9. Sept. 1832 über den Kreis Malmedy: „Ich komme zum Schlusse auf die öffentliche Stimmung im Kreise und glaube aus voller Überzeugung sie als sehr befriedigend angeben zu können ... Nirgendwo habe ich eine Spur darüber gefunden, daß ein Einverständnis mit den Belgiern oder Franzosen bestehe" (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Nr. 4792).

[55] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2471, Bericht des Regierungspräsidenten in Trier vom 18. Jan. 1833. — Bemerkenswert für die damalige Stimmung erscheint auch die Haltung des aus Koblenz stammenden engagierten Katholiken Ernst v. Lasaulx, der alles andere als ein überzeugter Preuße war: „... als ich mich bei der ersten Nachricht von einem mir sehr erwünschten Kriege gegen Frankreich unverzüglich und mit frohem Herzen bei der nächsten preußischen Armee als Volontär melden würde" (Stölzle S. 28, 35). Ähnlich Ber. der Regierung Köln für Nov. 1832; allerdings ist hier von patriotisch-chauvinistischen Manifestationen nicht die Rede, vielmehr von dem unverkennbaren Wunsch der Bevölkerung nach Erhaltung des Friedens (DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 19293 f.; Nov. 1832—Jan. 1833).

[56] Aloys Schulte, Tausend Jahre deutscher Geschichte und deutscher Kultur am Rhein S. 370.

[57] So berichtet z. B. Eilers, daß die eindeutige Erklärung der preußischen Regierung in der Staatszeitung und der Aufmarsch eines preußischen Observationskorps an der Maas die Moral der Truppen sichtlich gehoben habe: „Die Offiziere in Koblenz, die schon längst die Fäuste geballt und zum Losschlagen gefordert hatten, jauchzten auf; die Soldaten liefen noch einmal so munter zu ihren Exerzierplätzen ... Eine Bekanntmachung des Kommandierenden Generals von Borstell steigerte den kriegerischen Mut bis zu einer Art von Preußenbegeisterung" (Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil, S. 87).

[58] Eilers, Meine Wanderung durchs Leben, 2. Teil, S. 137—141.

[59] Vgl. hierzu Schieder, Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert, S. 236—238.

gogische Umtriebe argwöhnten [60], weiterhin mißtrauisch [61]. Sie waren allerdings im Hinblick auf die Mentalität der Rheinländer nicht gut beraten, als sie im September 1834 durch den Justizminister von Kamptz unter Übergehung der örtlichen Polizeibehörde in Köln einen Hochverratsprozeß gegen drei Söhne angesehener Bürger und einen Schulamtskandidaten anstrengten, von denen die ersteren freigesprochen werden mußten [62]. Offenbar wurde auch die Aufspürung von politischen Umtrieben seitens der rheinischen Gerichte nicht im Sinne der Berliner Ministerien betrieben. So wurde ihnen in einem Ministerialreskript vom 26. Jan. 1833 eröffnet, man habe mit Bedauern „die große Leichtigkeit" zur Kenntnis genommen, mit welcher „sowohl die Bewachung der zur Untersuchung gezogenen Individuen als die Untersuchung selbst behandelt und geführt" werde. Die Vernehmungen seien oberflächlich und schlecht und die Ergebnisprotokolle zum Teil ganz unbrauchbar. Es sei ein ebenso grundloser als schädlicher Wahn, wenn hin und wieder geglaubt werde, Verbrechen gegen den Staat seien minder gefährlich und strafbar als Privatverbrechen [63]. Inwieweit diese Vorwürfe zutreffen, dürfte schwer zu erweisen sein. Daß bei dem in den rheinischen Gerichten vorwaltenden liberalen Geist, wie es dessen Tendenz zu eigen ist, politische Vergehen mit besonderer Nachsicht behandelt wurden, liegt allerdings nahe.

Auch mit einem Reskript vom 12. April 1833, in welchem die Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft als mit dem späteren Eintritt in den Staatsdienst unvereinbar bezeichnet wurde, zog sich Kamptz, wie Eilers berichtet, im Rheinland große Unpopularität zu [64].

Den Gerüchten über eine in der Rheinprovinz existierende geheime politische Verschwörung gab allerdings eine Reihe von Berichten, die von dem Mitredakteur des Welt- und Staatsboten, Dr. August Traxel, an den aus Münster stammenden und in Paris lebenden Schriftsteller und Historiker Georg Bernhard Depping gesandt und von diesem in der Zeitung „Temps" veröffentlicht worden waren, neue Nahrung. Vergeblich bemühten sich Traxel und sein Verteidiger in dem daraufhin angestrengten Prozeß, das Gericht davon zu überzeugen, daß die Briefe an Depping lediglich Details über eine „chimärische Konspiration" enthielten, die allein in mißtrauischer Einbildung oder höchstens in „Schwindelköpfen junger Leute" existiert habe [65]. Traxel wurde wegen „Verleumdung des Justizministers, Anreizung zum Aufruhr und Hochverrat" zu fünfjährigem Festungsarrest verurteilt, doch gelang es ihm zu entfliehen [66].

---

[60] Klersch I, S. 122 f.
[61] Kliewer, S. 38.
[62] Ebd., S. 40.
[63] Beleuchtung der Justizverwaltung vor und unter dem v. Kamptz'schen Ministerium, Eine Entgegnung auf die „Materialien" (Rheinpreußisches, das ist: Beiträge zur Würdigung des politischen Zustandes der preußischen Rheinprovinz, 1), [Würzburg] 1839, S. 19.
[64] Eilers, Meine Wanderung durchs Leben, 3. Teil, S. 91 f.
[65] Außerordentliche Beilage zur Allgemeinen Zeitung Nr. 16 u. 17 (13. Jan. 1833); Beilage zur Allgemeinen Zeitung Nr. 36 vom 5. Febr. 1833.
[66] Ebd. — Vgl. auch Eilers, Meine Wanderung durchs Leben, 3. Teil, S. 85. — Ein Korrespondent der Münchener Allgemeinen Zeitung schreibt in der Ausgabe vom 19. Dez. 1832, daß „seit Julius Cäsars Zeiten in den Rheinprovinzen nicht so arge Verleumdungen vernommen worden, als aus der Feder des Traxel geflossen" seien. —

Ebenso entdeckte der Landrat des Kreises Mülheim [67], Schnabel, mit Hilfe eines Stabes bezahlter Agenten fortwährend geheime Verbindungen zwischen der revolutionären Propaganda in Paris, London und Brüssel und den Rheinlanden; er sah hier überall Emissäre ausländischer revolutionärer Kreise. Bei näherer Untersuchung seiner Verdächtigungen ergab sich jedoch niemals ein positiver Anhaltspunkt [68].

Über Traxels weiteres bewegtes Leben und zum Teil exzentrisches Verhalten vgl. auch Allgemeine Zeitung vom 18. April 1838.

[67] Reg.-Bez. Köln.

[68] Hansen, Mevissen S. 220 f. — Es ist fraglich, ob damals schon deutsche Arbeiter, die in großer Zahl in Paris Beschäftigung gefunden hatten, von dort zurückgekehrt waren und den Aufbau geheimer Gesellschaften in Angriff genommen hatten. Wie Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha in seinen Memoiren berichtet, habe man seinerzeit — es handelt sich offenbar um den Beginn der vierziger Jahre — vielfach versichert, daß manche dieser Arbeiter mit der Gloriole eines Freiheitskämpfers der Julirevolution in ihren Heimatorten aufgetreten seien und daß insbesondere am Rhein und in Sachsen die geheimen Gesellschaften in den Industriedistrikten eine große Rolle gespielt hätten (Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, von Ernst II. ... Bd. 1, 5. Aufl. Berlin 1888, S. 130).

[69] St. A. Koblenz, Abt. 403, Nr. 2471, Ber. des Regierungspräsidenten in Trier vom 18. Jan. 1833; ähnlich Ber. des Referendars Dr. Mathieu vom 20. Aug. 1833 über den Kreis Jülich; Ber. des Aachener Regierungsrats Reincke vom 30. Mai 1834 über den Kreis Düren (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 4792). Auch die saarländischen Landräte melden in den dreißiger Jahren übereinstimmend eine gute Stimmung der Bevölkerung; Saarbrücken wird dabei besonders hervorgehoben und wegen der staatsfreundlichen Gesinnung seiner Bevölkerung gerühmt (Bellot S. 17). — In einem gewissen Gegensatz zu diesem in den meisten Regionen vorherrschenden Bild finden wir in einer bei Kentenich (S. 809 f.) angeführten Denkschrift des Trierer Oberbürgermeisters Georg Wilhelm v. Haw eine weniger positive Darstellung über die vorherrschende Stimmung in Trier (vgl. hierzu auch Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution, S. 171 f.; 256; 330 f.). Kentenich scheint der Widerspruch mit einem von ihm an anderer Stelle (S. 778; vgl. unten S. 36, Anm. 136) angeführten günstigeren Bild nicht bewußt geworden zu sein. Bärsch hat sich im übrigen nachdrücklich gegen die Ausführungen Haws gewandt und diese weitgehend als unzutreffend und subjektiv hingestellt (St. A. Koblenz, Abt. 701, Nr. 649). — Daß in Trier und an der Mosel überhaupt in den dreißiger Jahren wegen der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung die Stimmung der Bevölkerung teilweise gedrückt war, dürfte nicht zu bezweifeln sein. Andererseits liegen kaum Anzeichen dafür vor, daß sich, abgesehen von einer kleineren im Jahre 1832 von dem Trierer Regierungsrat Georg Bärsch bemerkten Gesellschaft, die ihn an „die Jakobinerklubs berüchtigten Andenkens erinnerte" (Kentenich S. 809), diese Stimmung bereits in weiteren Kreisen in politischer Opposition umgesetzt hatte. Jedenfalls herrschte nach dem Bericht des Trierer Regierungspräsidenten vom 18. Jan. 1834 ein „ungestörter Zustand der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung", der „ein untrügliches und wahrhaft erfreuliches Zeichen der Präponderanz des Guten" sei. Auch würden die Abgaben ohne Murren entrichtet. — In einem gewissen Zwielicht erschienen allerdings ein Subskriptionsessen am 12. Januar und eine merkwürdige Abendtafel am 25. Januar 1834 im Trierer Casino (Höfele S. 37—41). Ein gewisses Kokettieren eines kleinen Kreises von Trierer Bürgern mit dem Verhalten und den Methoden süddeutscher revolutionärer Zirkel erscheint nicht ausgeschlossen, von einer fanatisch entschlossenen „systematischen Verbindung" kann jedoch nicht die Rede sein (vgl. auch ebd. S. 41). — Eine Sonderstellung nimmt das ehemals unter Sachsen-Coburg-Gothaer Regiment stehende Fürstentum Lichtenberg ein, wo es ähnlich wie 1832 auch im Jahre 1834 wieder zu Unruhen kam (Ber. im Westfälischen Merkur vom 24. Juni 1834). Nach dem darauf erfolgten Übergang dieses Ländchens an Preußen (Besitzergreifungspatent vom 15. Aug. 1834) wurde es allerdings äußerlich schlagartig ruhig (Max Müller, Geschichte der Stadt St. Wendel, S. 230 f.; Mucke, Bd. 1, S. 156—162; Proklamation des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha abgedruckt in: Münchener Politische Zeitung vom 16. Aug. 1832). Allerdings soll die Bevölkerung dem reaktionären

Auch haben diese angeblichen Umtriebe, wenn sie tatsächlich stattgefunden haben sollten, unter der Bevölkerung der Rheinprovinz keinen Anklang gefunden. So bezeichnen preußische Verwaltungsbeamte im Rheinland in ihren Polizei- und Verwaltungsberichten den Geist der Untertanen weiterhin als „vorherrschend gut". Die von revolutionären Gruppen aus den Nachbarländern unternommenen Versuche, in der Rheinprovinz „Zwietracht und Widerstand gegen die bestehende Ordnung zu erzeugen", seien in der Bevölkerung auf wenig Gegenliebe gestoßen [69]. Auch wurde in einem Tagesbefehl, in welchem General von Müffling Anfang des Jahres 1833 den Abzug des an der belgischen Grenze aufgestellt gewesenen Observationskorps ankündigte, der Achtung der Rheinländer für Gesetz und Ordnung hohes Lob zuteil [70]. Ebenso verzeichnete der Trierer Regierungspräsident in einem Bericht vom 18. Jan. 1834 einen ungestörten „Zustand der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung", was er als „ein untrügliches und wahrhaft erfreuliches Zeichen der Präponderanz des Guten" wertete [71], wobei auch die Tatsache eine gewisse Rolle gespielt haben dürfte, daß der Wohlstand — wie es die Regierung Köln formulierte [72] — „im Regierungsbezirk und mit diesem die Zufriedenheit der Einwohner" im Zunehmen begriffen war. Auch die zu damaliger Zeit recht bekannte englische Schriftstellerin Frances Trollope [73] stellte selbst in Aachen nach eingehendem Recherchieren unter allen Klassen der Bevölkerung eine ausgesprochene Loyalität gegenüber dem preußischen König, dem „father of his people" fest. Von der revolutionären liberalen Bewegung in Deutschland, über die man vor allem in der englischen Presse so viel lese, könne sie keine Spur feststellen, und sollte jemals der angekündigte Umsturz stattfinden, so sei die Ursache dafür sicherlich nicht in Deutschland zu suchen [74]. Bemerkenswert erscheint auch die damals offensichtlich in weiten Bevölkerungskreisen der Rheinprovinz anzutreffende Verurteilung des Versuchs revolutionärer Kräfte, die Frankfurter Wachen zu stürmen und in Deutschland die Revolution herbeizuführen [75].

Auch in zeitgenössischen Memoiren, z. B. Ernst Försters, oder etwa in der Biographie Leopold Kaufmanns ist von erregter politischer Diskussion in dieser Zeit keine Rede; materielle Interessen, Kunst und Literatur sowie die so sehr

---

Preußen zunächst voll Haß gegenübergestanden haben, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil die neuen Herren die Unruhestifter zur Rechenschaft gezogen hatten. Auch wanderten in der Folgezeit viele Wehrpflichtige aus, um der angeblich scharfen preußischen Zucht zu entgehen (Max Müller, S. 230 f.).

[70] Eilers, Meine Wanderung durchs Leben, 3. Teil, S. 89 f.

[71] Zitiert bei Höfele S. 37. — Freilich gab es in Trier Ansätze zu einem oppositionellen Zirkel, die jedoch nicht weiter gediehen zu sein scheinen (vgl. oben S. 24).

[72] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16294, Zeitungsbericht für Juli 1833. — Allerdings dürfte dieses Bild nicht auf eine Region wie die Moselgegend im Regierungsbezirk Trier zutreffen (vgl. oben S. 24 Anm. 69).

[73] Vgl. über ihre Bedeutung und Fähigkeiten Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart, 4. Teil, 2. Abt. (1841), S. 79.

[74] Belgium and Western Germany in 1833, vol. 1, S. 103—105. — Diese Beobachtungen dürften die im Zeitungsbericht des Aachener Oberbürgermeisters vom 30. April 1833 getroffenen Aussagen in etwa bestätigen. Die Aachener Bürgerschaft, so führt er aus, zeige in ihren Äußerungen über die Vorfälle in Frankfurt (Sturm auf die Hauptwache), daß sie „dieselbe Liebe zur gesetzlichen Ordnung", welche sie 1830 an den Tag gelegt habe, „noch fortwährend belebe" (Stadtarchiv Aachen, Caps. 10, Nr. 1, I).

[75] Vgl. Qu. Nr. 8 u. 9.

gelobten Freuden rheinischer Geselligkeit [76] standen offenbar im Mittelpunkt des Denkens und Handelns weiter Kreise.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die rheinischen Regierungspräsidenten, von dem loyalen Sinn der Bevölkerung überzeugt, das von den Berliner Ministerien in die Wege geleitete, aber der Situation unangemessene, übertriebene Recherchieren nach angeblichen Verschwörern nicht mitmachten [77].

Diese Feststellungen bedeuten jedoch nicht, daß in gewissen Kreisen der Bevölkerung latente Sympathien für Verfassungsverhältnisse wie etwa in Frankreich bestanden. Allerdings wurden sie wohl — abgesehen von einzelnen Vertretern wie Hansemann mit seinem 1834 erschienenen Buch „Preußen und Frankreich" — nicht öffentlich artikuliert [78].

b) Zur Haltung der Geistlichkeit; konfessionelles Zusammenleben Anfang der dreißiger Jahre

Auch „das Wirken und der Wandel der Geistlichkeit sowie der Sinn des Volkes in kirchlicher Beziehung" wurde, jedenfalls für den Bereich des Regierungsbezirks Aachen, eines religiöser Laxheit zweifellos ganz und gar unverdächtigen Raumes, bis in die dreißiger Jahre hinein als löblich bezeichnet. Fanatismus oder krasse Intoleranz seien nirgends zu bemerken [79]. Auch der Nachwuchs unter der Geist-

---

[76] So stellte etwa Josefine Kaufmann in Bonn fest: „Ich glaube, nirgend kann man sich das Leben so angenehm machen wie hier; die schöne Gegend trägt doch sehr dazu bei; auch bleiben die Rheinländer bis ins Alter lustig . . ." (Stadtarchiv Bonn, Nachlaß Kaufmann 115, o. D.).

[77] Kliewer S. 62 f. — Ebenso protestierte der 4. Rheinische Provinziallandtag (1833) mit 56 zu 17 Stimmen scharf gegen die noch weitergehenden Absichten der Staatsregierung, die Rheinländer einer Geheimpolizei zu unterstellen (Klein, Die Kölner Regierungspräsidenten, S. 75).

[78] Auf diese Schicht wird vor allem in einem Artikel des Hamb. unpart. Corr. vom 5. April 1834 hingewiesen: „Jene Klasse nun, die sich mit ihrer seichten Halbbildung so patzig brüstet, ist überall im Verhältnisse zur Masse des Volks nicht zahlreich, allein sie ist allerdings am Rhein zahlreicher als in den übrigen preußischen Provinzen. Sie ist hier recht eigentlich aus der Schule und den Interessen der französischen Revolution hervorgegangen; Mitglieder der alten bande noire, Spekulanten im Grundeigentum und in Papieren, Bankiers und Kapitalisten, einige Advokaten, Notare, Huissiers, denen der Code Napoléon die höchste Weisheit und vor allem das leichteste Brot gewährt, bilden die Basis, und wenn man auch nicht gerade notwendig anzunehmen braucht, daß politische Verbindungen und Vereine unter ihnen bestehen, so herrscht doch eine merkwürdige Übereinstimmung der Gesinnungen, Äußerungen und Handlungen unter ihnen, sobald die politischen Theorien des Tages berührt werden. Diese Klasse von Leuten geben sich denn besonders seit der letzten Zeit, wie die Frösche nach warmen Regen, auch viel mit Politik ab und stehen immer auf der hauteur du temps, d. h. der neuesten Pariser Zeitungen. Von dort aus erhalten sie ihre luminösen Gedanken, und da bis jetzt sich noch keine Gelegenheit finden will, auf einem größern Schauplatze des politischen Treibens aufzutreten, so beschäftigen sie sich denn vorläufig mit der innern Politik und suchen ihren Prinzipien bei den Verhältnissen der innern Organisation des Landes eine Anwendung zu verschaffen und sie zu verwirklichen. Es gelingt ihnen wohl nicht . . ." — Ein vereinzeltes Beispiel für ein gewisses organisiertes Auftreten findet sich 1834 in Trier (vgl. oben S. 24 Anm. 69).

[79] St. A. Koblenz, Abt. 403, Nr. 165, I, Verwaltungsbericht des Aachener Regierungspräsidenten für das Jahr 1834. — Über eine für die staatlichen Organe weniger erfreuliche Haltung einiger meist an der belgischen und französischen Grenze beheimateter Priester berichtet allerdings das Generalkommando des 8. Armeekorps am

lichkeit, so heißt es im Verwaltungsbericht des Aachener Konsistorialrats Claessen vom 20. Febr. 1832 [80], sei „vom besten Geist für das Wohl des Staates, für das Königliche Haus und für die Verwaltung beseelt". Insbesondere zeige sich die Geistlichkeit in zahlreichen Reden bemüht, Liebe und Vertrauen gegenüber König und Regierung zu befestigen. Offensichtlich war ihr Wirken von einer gewissen, vielleicht auf die Zeit der französischen Herrschaft oder auch auf hermesischen Einfluß zurückzuführenden, vielleicht auch im „Zeitgeist" liegenden rationalistischen Haltung getragen, die auch konfessionellen Hader so gut wie ausschloß [81]. Auch die Kölner Regierung stellte die „bescheidene und achtenswerte Haltung" und die „treue Dienstführung" der dortigen Geistlichkeit heraus; ebenso habe diese zu Beschwerden über Unduldsamkeit keinerlei Veranlassung gegeben [82].

In diesem Zusammenhang berichtet ebenfalls ein Zeitgenosse aus Düsseldorf von der „wahrhaft christlichen Toleranz, die trotz eines rühmlichen kirchlichen Sinnes" zwischen den verschiedenen Konfessionen herrsche; eine schönere Eintracht unter den Geistlichen und den Gliedern aller Bekenntnisse könne es nicht geben [83]. In ähnlichem Sinne wird aus Essen berichtet, daß hier damals konfessionelle Duldung eine allgemein anerkannte Forderung gewesen sei. „Selbst die Geistlichen der verschiedenen Confessionen standen sich freundlich und zuvorkommend zur Seite", schreibt ein zeitgenössischer Beobachter, „und die Vereinigung der beiden confessionell geschiedenen Gymnasien zu einer Simultananstalt bürgt für das gute Vernehmen, worin man stand und noch mehr zu treten wünschte" [84]. Auch von Trier

---

29. Juni 1832. Insbesondere wurde dabei Klage gegen den Kaplan Ost in Bitburg geführt. Das Oberpräsidium wandte sich daraufhin an den Bischof von Trier, der sich unter dem 15. Sept. 1832 bereit erklärte, Ost „aus dem Gebiete unseres Staates zu entfernen" (ebd.).

[80] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen, Präs., Nr. 481.

[81] So führt z. B. der Aachener Konsistorialrat Claessen im Verwaltungsbericht für 1831 aus: Durch ihre fortschreitende und wissenschaftliche Bildung führe die Geistlichkeit „das Volk in dem Grade zu einem vernünftigen Glauben und religiösen Leben", als sie sich bemüht zeige, „durch fleißigen, ihr von dem ... Erzbischof noch besonders empfohlenen Schulbesuch, durch häufigeren katechetischen Unterricht und durch wohl vorbereitete Kanzelreden das Volk in gutem Sinne aufzuklären". Claessen fährt fort: „Hat dieses gleichwohl die Folge, daß eine mindere Teilnahme des Volkes an dem äußern Kultus bemerkbar wird, so schadet das letztere doch nicht, wenn, was nicht ausbleiben kann, das Volk gründlicher unterrichtet, nur an innerer Gottesfurcht, Frömmigkeit ... gewinnt ... Auch muß ich der Toleranz der katholischen Geistlichkeit oder des gänzlichen Mangels an Gelegenheit und Veranlassung zur Unduldsamkeit mich freuen ..." (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen, Präs., Nr. 481).

[82] DZA Merseburg, Rep. 76, II, Sekt. 24, Spez. a, Verwaltungsbericht für 1835; ähnlich Ber. des folgenden Jahres.

[83] J. F. Wilhelmi, S. 132. — Auch der 1824 in Düsseldorf weilende Ernst Förster, ein Schüler des Malers Cornelius, bestätigt diese Aussage: „So wenig unter den Schülern von Cornelius die Frage nach der Konfession zur Sprache oder auch nur ins Bewußtsein kam, so wenig machte sich im geselligen Leben, im gewöhnlichen Umgang bei der überwiegend katholischen Bevölkerung im Rheinland ein Übergewicht oder gar eine Feindseligkeit gegen die protestantischen Fremdlinge bemerklich" (Aus der Jugendzeit S. 281). — Ob mit der Toleranz auch Indifferenz gegenüber dem eigenen Glauben einherging, dürfte jedoch nicht sicher sein. Gewiß mag sich in den folgenden Jahren das religiöse Bewußtsein verstärkt haben, aber es ist dennoch bemerkenswert, daß Pater Schulten im Jahre 1836 bei Gelegenheit des 200jährigen Bestehens seiner Junggesellensodalität wahre Triumphe feierte. Auch wurden während der Festwoche 30 000 Kommunikanten in der Andreaskirche gezählt (Thoelen S. 29).

[84] Jahn S. 407.

wird gerühmt, daß hier die ersten Dezennien unter preußischem Szepter eine Zeit der Eintracht und des Friedens gewesen seien [85], während aus dem Hunsrückdorf Sohren (Rez.-Bez. Koblenz) berichtet wird, daß anläßlich des königlichen Geburtstages, eines Festes, das offensichtlich „religiösen Charakter" angenommen hatte, am 3. August 1832 der evangelische und der katholische Pfarrer einen gemeinschaftlichen Gottesdienst hielten; dabei soll die Kirche von Angehörigen beider Konfessionen gedrängt voll gewesen sein [86]. Bedeutenden Anteil daran, daß der „Geist der Verträglichkeit in den Ortschaften gemischter Religionen und allgemeine Duldung" erhebliche Fortschritte machten, hatte nach der Ansicht des damals als Professor der Staatswissenschaften an der Universität Bonn lehrenden Peter Kaufmann die Einwirkung der geistlichen Oberbehörden [87]. Rückschauend schreibt ein Korrespondent „vom Rhein" am 14. Sept. 1838 in der Leiziger Allgemeinen Zeitung über die Verhältnisse im Rheinland: „Man war in der Tat tolerant geworden. Evangelische galten nicht weniger als Katholiken, Hermesianer nicht weniger als Ultramontane" [88].

Rechnete der Konsistorialrat Grashof den Amtsantritt Ferdinand Augusts von Spiegel zum Kölner Erzbischof zu den „wohltätigsten Ereignissen während der Wirksamkeit des Konsistoriums zu Köln" und lebte das Werk Spiegels nach den Worten Grashofs vor allem in den Herzen derer fort, die erkannt hätten, in welchem Maße das Wohl der Gemeinden und der Familie auf der „Einheit der Kirche mit dem Staate" beruhe [89], so erhoben sich allerdings im katholischen Lager seitens einer aktiven Minderheit Stimmen gegen die angebliche Nachgiebigkeit Spiegels gegenüber der preußischen Staatsregierung [90]. Der religiöse Enthusiasmus dürfte indes in der Masse der Bevölkerung nur gering verbreitet gewesen sein. So wird z. B. von der Regierung Aachen für das Jahr 1834 der Kirchenbesuch nur als „genügend" angegeben [91], und das in einem Raum, dessen Bevölkerung im Rufe besonderer Frömmigkeit stand [92]. Vor allem klage die katholische Geistlichkeit, so heißt es im Bericht der Aachener Regierung weiter, über eine „bei vornehmen Städtern wahrzunehmende Kultusscheu, welche mehr im Ton und Zeitgeist als in dem Gefühle begründet zu sein" scheine [93]. Daß man in zunehmenden Maße in den Bann der in raschem sichtbaren Fortschritt befindlichen

[85] Kentenich S. 804.

[86] St. A. Koblenz, Abt. 403, Nr. 165, I, S. 227. — Wie sich dies in der Praxis auswirkte, 1832.

[87] Rheinpreußen und seine staatswirtschaftlichen Interessen, S. 39.

[88] Vgl. für die Jahre von 1810—1820 auch die Erinnerungen Ferdinand Walters, S. 120 f.

[89] Grashof S. 122.

[90] Vgl. Lipgens S. 509 ff.; Lill S. 39.

[91] St. A., Koblenz, Abt. 403, Nr. 165, I, S. 227.

[92] Vgl. Schönig S. 102.

[93] St. A., Koblenz, Abt. 403, Nr. 165, I, S. 227. — Wie sich dies in der Praxis auswirkte, berichtet der zeitweise als Landrat in Lechenich fungierende (evangelische) Georg Bärsch: „Der Kilianstag wurde in Lechenich besonders gefeiert . . . Der Pfarrer wünschte, daß auch die Beamten und Wohlhabenden an der Prozession teilnehmen möchten, was sie während der französischen Verwaltung unterlassen hatten. Unbedenklich stellte ich mich an die Spitze der Prozession, um den Kreiseinsassen zu beweisen, daß ich ihre Konfession als eine christliche achte . . . Da ich an der Prozession Anteil nahm, so durften die Beamten und Optimaten nicht zurückbleiben, und das konnten sie mir nicht vergeben" (S. 116).

Welt des Handels und der Wirtschaft gezogen wurde, gegenüber welcher die Ausstrahlungskraft der Kirche zu verlieren schien, dürfte wahrscheinlich mit eine Rolle gespielt haben. Eine eindeutige Folge dieses Wandels war z. B. der spürbare Mangel an jungen Priestern. So stellt der Aachener Regierungspräsident 1834 fest, daß sich immer weniger junge Männer zu dem Opfer bereit fänden, auf Familienglück zu verzichten und den auch finanziell nicht mehr attraktiven geistlichen Stand zu erwählen [94]. Diese Entwicklung beklagte auch Droste-Vischering noch in einem Schreiben an Altenstein vom 22. Dez. 1836 [95]. Hinzu kam offensichtlich, wie die Regierung Koblenz, in deren Bereich sich der Personalmangel schon seit Jahren stark bemerkbar gemacht hatte [96], im Verwaltungsbericht für 1840 [97] herausstellt, neben den gestiegenen Anforderungen in Bezug auf „gründliche philologische, philosophische und theologische Studien" die immer noch spürbaren geistigen Auswirkungen der französischen Revolution, die zu einer starken Abwertung des geistlichen Standes geführt hätten [98].
Bis 1834 zeichnete sich die Geistlichkeit auch in Aachen durch bemerkenswerte Toleranz aus [99]. 1835 scheint zum Wendepunkt geworden zu sein, mußte man doch 1836 die zunehmende Intoleranz beklagen, zu der ein Teil des Klerus jetzt mehr als früher neige [100]. Diese Tendenz hängt mit einer Entwicklung zusammen, über die im Zusammenhang mit der strengkirchlichen Bewegung noch ausführlich die Rede sein wird.

c) Der Kronprinzenbesuch im Jahre 1833 und seine Auswirkungen

Unter diesen Voraussetzungen wirken die Berichte über den herzlichen Empfang des Kronprinzen anläßlich seines Besuchs im Herbst 1833 durch die rheinische Bevölkerung durchaus glaubhaft, selbst wenn wir berücksichtigen, daß damals die Presse in den preußischen Westprovinzen im großen und ganzen noch als regierungskonform zu bezeichnen ist [101]. Die Reise war als „ein Ausfluß der Politik"

---

[94] St. A., Koblenz, Abt. 403, Nr. 165, I, S. 227.

[95] „Eine allgemeine Ursache ist wohl die zu viel auf das Materielle gerichtete Tendenz der Zeit. Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, Fabriken, schneller Handelsverkehr, gewinnen, schnell reich werden, das nimmt die Gemüter einseitig ein. Auch zieht die schon seit so langer Zeit dauernde fürchterliche Beweglichkeit im Politischen zu sehr die Gemüter, insbesondere der jungen Leute, an. Ehren vor Menschen, ein gemütliches Leben, reichliches Einkommen ist auch im geistlichen Stande nicht zu erwarten. Dadurch erklärt sich nun zum Teil, weshalb die Lust zum geistlichen Stande seltener wird" (zitiert bei Rodens, S. 234).

[96] DZA Merseburg, Rep. 76, II, Sekt. 23, Spez. a, Verwaltungsbericht der Regierung Koblenz für 1834, 1835.

[97] DZA Merseburg, Rep. 76, II, Sekt. 23, Spez. a.

[98] „Die französische Revolution bedeckte den geistlichen Stand mit Schmach und Verachtung und unterdrückte den religiösen Sinn, so daß der Anreiz zum Studium der Theologie und die Neigung der Eltern, ihre Söhne dem geistlichen Stande zu widmen, verschwand, weshalb die meisten jungen Geistlichen nicht den höheren Ständen . . . angehören, sondern aus den unteren Ständen hervorgegangen sind" (ebd.).

[99] St. A., Düsseldorf, Regierung Aachen, Präs., Nr. 483, Verwaltungsbericht Claessens für 1834.

[100] Ebd., Nr. 494, Aachen, 31. März 1836.

[101] Das gilt insbesondere für den Westfälischen Merkur, über den eine unverhältnismäßig scharfe Kontrolle ausgeübt wurde (Massenkeil S. 42; vgl. ferner Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 55), die Rhein- und Moselzeitung (vgl. Mönckmeier S. 40 f.) und mit Abstrichen auch für die Kölnische Zeitung (vgl. Vogel S. 68). —

gleich nach der Zusammenkunft von Münchengrätz zwischen Kaiser Franz, Zar Nikolaus und dem Kronprinzen erfolgt. Hatte es sich auch gezeigt, daß Preußen in der Rheinprovinz eine Revolution nicht ernsthaft zu fürchten hatte, so erschien es doch zweckmäßig, der Ausstrahlung der im Westen vollzogenen Revolution entgegenzuwirken [102].

Es ist wohl schwerlich eine reine Erfindung, wenn der Westfälische Merkur am 23. Okt. 1833 berichtet, daß sich in Düsseldorf Tausende von Einwohnern zum Empfang des Kronprinzen an der Stadtgrenze versammelt hätten [103]. Das Bemühen um wahrheitsgetreue Darstellung spricht auch aus dem Bericht des Westfälischen Merkurs vom 1. Nov. 1833 über die Aufnahme des Kronprinzen in Kleve:

„Kleve gehört durchaus nicht zu den nur wohlhabenden Orten und blutet noch aus den Wunden, die ihm die plötzliche Versetzung der Regierung und des Oberlandesgerichts schlug. Zu verwundern wäre es daher nicht, wenn mancher einzelne, der viel durch die Veränderung verlor, bei dieser Gelegenheit gesucht hätte, seinen erlittenen Verlust bemerklich zu machen. Keine Spur davon aber — das Gefühl, zum alten Stamme der preußischen Monarchie zu gehören, die Nationalität, die allen, besonders den Urpreußen, einwohnende Liebe zum Königshaus überwog und riß unwillkürlich jeden so hin, daß mancher nicht bloß mehr tat, als er wollte, sondern selbst als er wohl konnte! — Daß in Preußen alle Freudenbezeugungen bei solchen Gelegenheiten durchaus freiwillig sind, weißt Du. Niemand wird deswegen verfolgt oder gekränkt, er tue etwas oder gar nichts."

Ferner hob der Kronprinz selbst die „treue und enthusiastische, vortreffliche und blühende Stadt Krefeld" hervor, wo „die Erleuchtung und das Spektakel" bei seiner Ankunft enorm gewesen seien [104]. Sogar in Aachen gebärdete sich, wie der

---

Unabhängig von den Pressestimmen finden sich auch in Akten Angaben, die auf einen freundlichen Empfang durch die Bevölkerung in der Rheinprovinz schließen lassen. So schreibt der Landrat des Kreises Kreuznach unter dem 16. Nov. 1833: „Nach dem Eintreffen der erfreulichen Nachricht, daß Se. Kgl. Hoheit auch den Kreis Kreuznach mit einem Besuche zu beglücken beabsichtigen, gab ich den Herren Bürgermeistern Nachricht ... Es folgte sofort eine so freudige Aufregung im ganzen Kreise, daß irgendeine Aufmunterung oder Anregung höchst unnötig gewesen wäre. Im Gegenteil mußten die angelegentlichsten Bitten angewendet werden, um einige Mäßigung eintreten zu lassen" (St. A., Koblenz, Abt. 441, Nr. 12514). Über die begeisterte Begrüßung des hohen Gastes in Kreuznach und Monzingen berichtet ein den Akten beigefügter und vom Landrat bestätigter Bericht der Kreuznacher Zeitung vom 15. Nov. 1833 (St. A., Koblenz, Abt. 441, Nr. 12514).

[102] Vgl. hierzu auch Schnütgen, Vom preußischen Königshaus, S. 72.

[103] Ähnlich Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 13. Okt. 1833.

[104] Schnütgen, Vom preußischen Königshaus, S. 85. — Diesen Eindruck bestätigt auch der Bericht des Bürgermeisters, der mit der Feststellung schließt: „Die bekannte große Liebe und Anhänglichkeit an ihren König und das ganze Königliche Haus, wodurch sich die Bewohner Krefelds von jeher ausgezeichnet haben, machen jede umständliche Beschreibung des unaussprechlichen Jubels und Enthusiasmus überflüssig, womit sie auch jetzt den allverehrten Sohn ihres Königs ... empfangen haben (Stadtarchiv Krefeld, Bestand 3, Nr. 45a, Verwaltungsbericht vom 16. Juli bis 15. August 1833). — Die preußenfreundliche Haltung der Stadt Krefeld ist in der Tat auffällig. War die Freude über die Rückkehr der preußischen Herrschaft 1815 groß gewesen (Herrmann, Die Stimmung der Rheinländer gegenüber Preußen 1814/16, S. 377), so hatte sie sich auch in der Folgezeit bei verschiedenen Anlässen bekundet; z. B. wurde Prinz Albrecht bei einem Aufenthalt im Sommer 1830 von der Krefelder Bevölkerung mit großer Begeisterung empfangen (Stadtarchiv Krefeld, Bestand 3, Nr. 44b,

Kronprinz in einem Brief darlegt, die „ungeheure Masse Volks ... wie toll", woraus er den Schluß zieht: „Es ist ein leicht bewegliches Völkchen hier, welches doch so deutsch ist zu fühlen, daß es unserer Regierung seinen ungeheuren Flor verdankt" [105].

Der wohl nicht abzustreitende Erfolg der in einem imposanten Rahmen [106] abrollenden Besuchsreise dürfte indes nicht zuletzt auf die Ausstrahlungskraft des Kronprinzen, von dem Ernst Moritz Arndt schon 1823 berichtete, daß man von ihm im Rheinland „fast mit allgemeiner Achtung und selbst mit einer Art Liebe" spreche [107], die Art seines die Massen beeindruckenden Verhaltens [108] und seine „oft genaue Bekanntschaft mit den Zuständen und Bedürfnissen der verschiedenen Stände und Lebensverhältnisse" [109] zurückzuführen sein. So heißt es hierüber auch in einem Artikel des Westfälischen Merkurs vom 20. Nov. 1833: „Er hört jeden,

---

Verwaltungsbericht des Bürgermeisters vom 16. Aug. bis 15. Sept. 1830). Noch eindrucksvoller verlief die Aufnahme des Prinzen Albrecht und seiner Gemahlin, der niederländischen Prinzessin Marianne, am 4. Okt. 1830. Als besonders bemerkenswert verdient aus dem Bericht des Bürgermeisters (ebd., 15. Okt. 1830) hervorgehoben zu werden: „Mehrere Ehrenbogen mit Inschriften herzlicher Bewillkommnung und mit Preußens und Oraniens Farben geziert, waren von den Bewohnern errichtet worden. Auf dem Friedrichsplatz brannte der preußische Adler mit Fahnen auf zwei Pyramiden." Ähnliche Ehrungen erfuhr Prinz Wilhelm mit seiner Familie am 2. Nov. 1831 (ebd., Verwaltungsbericht vom 16. Okt. bis 15. Nov. 1831). Zu einem wahren Volksfest aller Schichten, bei dem sich ein bemerkenswerter Enthusiasmus bekundete, gestaltete sich jeweils auch das Geburtstagsfest des Königs am 3. August (ebd., Bestand 3, Nr. 45a, Verwaltungsbericht vom 16. Juli bis 15. Aug. 1832; Verwaltungsbericht vom 16. Juli bis 15. Aug. 1833). — Offenbar war die Erinnerung an die frühere Zugehörigkeit zu Preußen recht lebendig geblieben. Nicht ohne Einfluß scheint auch die besonders preußenfreundliche Haltung der vorwiegend mennonitisch-reformierten Oberschicht (Unternehmer) gewesen zu sein, von der manche Initiativen zur festlichen Ausgestaltung der erwähnten Anlässe ausgegangen sein dürften (freundliche Auskunft von Herrn Oberarchivrat Dr. Rotthoff, Krefeld; Helmuth Croon, Die Stadtvertretungen in Krefeld und Bochum im 19. Jahrhundert, in: Forschungen zu Staat und Verfassung, Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958, S. 291).

105 Zitiert bei Schnütgen, Vom preußischen Königshaus, S. 95 f. — Ähnlich der Empfang in Wesel (vgl. Werthern S. 198—202).

106 So heißt es in einem Brief Josefine Kaufmanns aus Bonn: „... er [der Kronprinz] hatte auch wohl Ursache, mit den Rheinbewohnern zufrieden zu sein; denn sie haben alles aufgeboten, um ihm den Aufenthalt angenehm zu machen ... Den Anblick vergesse ich nie, wie das ganze Siebengebirge nebst dem Rheinufer erleuchtet war und nun der Mond wie eine feurige Kugel hervortrat. Wenn man alles beschreiben wollte, was während den Tagen vorfiel, so würde man nicht fertig" (Stadtarchiv Bonn, Sammlung Kaufmann 115).

107 Arndt an Schleiermacher, Bonn, 1. Febr. 1823, in: Ernst Moritz Arndt, Ein Lebensbild in Briefen, Berlin 1898, S. 265.

108 So spricht auch Eilers von dem „natürlichen ungezwungenen Ausdruck des Wohlwollens und der Menschenfreundlichkeit in seinen Gesichtszügen", von seiner „Leutseligkeit in seinen Gesprächen mit Menschen aller Stände" (Meine Wanderung durchs Leben, 3. Teil, S. 98).

109 Ebd., S. 98. — Ähnlich schreibt von Natzmer (Unter den Hohenzollern, Bd. 2, S. 81 ff.): „Wie er reiset, so bereisete noch kein preußischer Prinz die Provinzen, ausgestattet mit wissenschaftlichen Kenntnissen des provinziellen und gesetzlichen Zustandes". — Nur in zwei Fällen sei er, wie Eilers vermerkt, von seiner bewußt taktvollen „Maßhaltung" in seinem Auftreten abgewichen, und zwar beim Empfang in Koblenz, wo er den Düsseldorfer Regierungspräsidenten Graf Stolberg mit einer außergewöhnlichen Herzlichkeit begrüßt, andererseits einen belgischen Gesandten mit wenigen gleichgültigen Worten abgefertigt habe (Eilers, Meine Wanderung durchs Leben, 3. Teil, S. 99).

der sich ihm nähert, mit gewinnender Güte, Teilnahme und Sorgfalt, unermüdet bestrebt, selbst zu sehen, zu hören und zu erfahren, nicht allein von den Beamten, den höheren Ständen, sondern von jedem aus dem Volke." In diesem Sinne berichtet auch Melchior Boisserée am 28. Okt. 1833 über den am 26. Oktober stattgefundenen Empfang des Kronprinzen in Köln: „Nachdem der Kronprinz vorgestern unter großem Jubel angekommen war, zogen die Handwerker mit bunten Laternen unter seinen Fenstern vorbei. Er kam herunter und ging unter ihnen herum, was die Leute sehr freute, da er es ohne Begleitung tat" [110]. Ähnlich schreibt der damals als Regierungs- und Schulrat in Koblenz wirkende [111] Gerd Eilers: „Überall, wohin er kam, erdrückte man ihn fast mit Liebeserweisungen, so daß die Leute sich wunderten, wie er es nur aushalten könne, ohne von übler Laune oder von Erschlaffung des Geistes und des Herzens beschlichen zu werden" [112].

Den Rheinländern haben offenbar auch einige Äußerungen des Kronprinzen imponiert, die geeignet waren, ihn als einen Mann von überzeugter liberaler Gesinnung erscheinen zu lassen. So äußerte er sich auf einem Essen bei einem Wuppertaler Fabrikanten sehr lobend über den Zustand der Industrie dieser Gegend. Als daraufhin der Gastgeber erklärte: „Ew. Königl. Hoheit, das ist die Folge der eigentümlichen freien Institutionen, welche unserer Provinz zustehen, je mehr Freiheit, desto größere Industrie und Entwicklung aller Tätigkeiten", erwiderte der Kronprinz: „Ja, das sieht man in England" [113]. In Köln, wo der Besuch ebenfalls ein nachhaltiges Echo unter der Bevölkerung gefunden hatte [114], unterhielt sich der Kronprinz mit dem Präsidenten eines dortigen Gerichtshofes. Dieser äußerte sich über Wünsche und Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklung der Gerichtsverfassung in der Rheinprovinz [115] und soll u. a. erklärt haben: „Es ist die größte Wohltat, welche Se. Majestät der König den Rheinlanden erzeigen konnte, daß ihnen die öffentliche Gerichtsbarkeit nicht genommen worden ist, wie es anfangs der Fall sein sollte. Die Öffentlichkeit des Verfahrens gibt, wenn sie auch keinen andern Vorteil hätte, wenigstens dem Bürger das vollste Vertrauen zu seinen Richtern", worauf der Kronprinz entgegnet habe: „Öffentlichkeit ist für

---

[110] Boisserée S. 620 f.

[111] Lüdicke S. 56.

[112] Meine Wanderung durchs Leben, 3. Teil, S. 98 f. — Über den prachtvollen Empfang des Kronprinzen in Köln berichtet sogar der dem preußischen Gouvernement höchst mißtrauisch gegenüberstehende Johannes Laurent (Möller, Laurent, 1. Teil, S. 319).

[113] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 13. Okt. 1833. — Zur Frage der liberalen wirtschaftlichen Gesetzgebung Preußens und deren Auswirkung in der Rheinprovinz vgl. auch Poll, Preußen und die Rheinlande, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76, 1964, S. 25 f.

[114] So schreibt Josua Hasenclever in seinen Aufzeichnungen: „Auf des Kronprinzen Einladung fuhren David und ich am 26. Oktober nach Köln, wo er abends um 8 Uhr eintraf. Eine ungeheure Menge Menschen waren vor dem Eichelsteiner Tore, durch welches er seinen Einzug hielt, versammelt. Die prächtigste Beleuchtung und Glockengeläute von 32 Kirchen durchschallte die Stadt" (Hasenclever S. 76).

[115] Über die Schwierigkeiten bei der Einführung des preußischen Rechts in der Rheinprovinz vgl. Ernst Landsberg, Das rheinische Recht und die rheinische Gerichtsverfassung, in: Die Rheinprovinz 1815—1915, hrsg. v. J. Hansen, I, S. 150 ff.; insbesondere S. 165 ff.; Hermann Conrad, Preußen und das französische Recht in den Rheinlanden, in: Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden, hrsg. v. Josef *Wolffram* u. Adolf Klein S. 85 ff.

alle Geschäfte zuträglich; auch aus dem Diplomatischen wird bald das Geheimnis verschwinden" [116]. Daß dieser Eindruck freilich auch dazu angetan war, gewisse Erwartungen zu wecken, welche zu erfüllen der Kronprinz außerstande war bzw. eine solche Absicht überhaupt nicht hegte, ist einsichtigen Zeitgenossen nicht verborgen geblieben [117].

d) Zum Problem der Integration der Rheinprovinz durch die preußischen Beamten

Hinterließ der Kronprinzenbesuch in den Herzen vieler Rheinländer offenbar einen nachhaltigen Eindruck [118] und gewann die preußische Staatsführung in der Rheinprovinz anscheinend weiter an Vertrauen [119], nahm zu dieser Zeit der Provinziallandtag in Düsseldorf „in noch nie stattgefundener Eintracht" [120] seinen Anfang, wie auch das Interesse der Abgeordneten und weiter Bevölkerungskreise an einer „Motion in der Konstitutionsfrage" allgemein gering schien [121], so haben Zeitgenossen jedoch keineswegs verkannt, daß die Verschmelzung der Rheinprovinz mit den „älteren Teilen der Monarchie auch weiterhin der Vollkommenheit entbehrte" [122]. Es heißt, zwar hätten sich die „kleineren offenen Städte" während der 25jährigen Friedenszeit mehr „den neuen Elementen der preußischen Herrschaft" aufgeschlossen und durch Militärdienst und Schulen, Beamte und andere Einwanderer „ein neues Gepräge angenommen", doch stellten sich die „ungemischten Dorfgemeinden von spröderem Stoffe" dar [123]. Besonders

---

[116] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 15. Nov. 1833.

[117] Eilers, Meine Wanderung durchs Leben, 3. Teil, S. 98.

[118] So berichtet Josefine Kaufmann Mitte November 1833 aus Bonn: „Noch ist alles ganz voll von der Liebenswürdigkeit des Kronprinzen . . ." (Stadtarchiv Bonn, Sammlung Kaufmann 115).

[119] Vgl. auch das Fazit der Allgemeinen Zeitung vom 13. Dez. 1833, s. Qu. Nr. 10; vgl. ferner Schnütgen, Vom preußischen Königshaus S. 74. — Auch K. L. Kaufmann glaubt festgestellt zu haben, daß in Malmedy die Kronprinzenbesuche (1833 u. 1839) zur Hinneigung der Bevölkerung an den preußischen Staat nicht unwesentlich beigetragen haben (S. 77).

[120] Schnütgen, Vom preußischen Königshaus, S. 72.

[121] Höfele S. 34.

[122] Gutzkow, Die rote Mütze und die Kapuze, S. 20 ff. — Daß man in der Rheinprovinz mit dem preußischen Regiment nicht in jeder Hinsicht zufrieden gewesen ist und man auf den Kronprinzen nunmehr große Hoffnungen setzte, kommt auch in einem Artikel der Rhein- und Moselzeitung vom 12. Nov. 1833 zum Ausdruck: „Der Besuch des Thronerben in der Rheinprovinz hat an und für sich, auch in seinen Folgen, eine so große Bedeutung, daß es der Mühe wert ist, dieselbe öffentlich zu besprechen. Seit einer Reihe von Jahren die Gegenwart Sr. Majestät des Königs und dessen Thronerben entbehrend, hatte sich bei den Bewohnern der Rheinprovinz ein Gefühl der Verwaisung erzeugt, welches von denen, die es hätten verwischen können, leider nicht immer verstanden ward. Während dieser Zustand bei uns währte, erscholl vor kurzem der Ruf, daß Se. Königl. Hoheit der Kronprinz den Rheinprovinzen einen Besuch zugedacht habe . . . Sehr wenige kannten den Prinzen; in der Menge begann bereits die Teilnahme zu erstarren; viele zweifelten. Unselige Folgen eines scheinbar halbverwaisten Zustandes! Da erschien er unter uns, und die Gleichgültigkeit ward zur Anhänglichkeit und Liebe; die Zweifel lösten sich auf in Vertrauen und freudige Hoffnung. Es ist unglaublich, wie sehr das Gouvernement durch diese Reise gewonnen hat. Aber freilich gehört dazu eine Persönlichkeit wie die unseres Kronprinzen . . . wir hoffen, daß von nun an der Rheinländer wert gehalten werde, etwas zu sein im eigenen Lande."

aber lebe in den großen Städten die frühere Tradition fort: „Was vermögen dagegen 100 Beamte, Polizeiverordnungen, neue Straßennamen und Uniformen?“ [124].

Einmal entsprach es altpreußischem Verwaltungsbrauch, Beamtenstellen möglichst nicht mit Einheimischen zu besetzen [125], und die daraus entspringende Personalpolitik, vor allem in der Anfangszeit und insbesondere in Koblenz [126], hatte offensichtlich weite Kreise im Rheinland verstimmt [127], denn nicht wenige junge Rheinländer sahen sich offenbar durch die „Eindringlinge“ von einer Verwaltungs- und angeblich auch von einer Justizkarriere im heimischen Raum verdrängt und sollen den Fremden mit Gefühlen des Neides entgegengetreten sein [128]. Noch 1831 stellte der Trierer Oberbürgermeister v. Haw eine wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung heraus, die neben dem Fehlen einer Reichsverfassung nicht zuletzt durch die „Überfüllung der Provinz mit Beamten, die derselben fremd sind“, bedingt sei [129]. Freilich kann in den dreißiger und vierziger Jahren von einer Benachteiligung rheinländischer Bewerber kaum mehr die Rede sein [130], aber im Bewußtsein der Bevölkerung hielt sich diese Vorstellung, die wohl jetzt eher ein

---

[123] Dies ließe sich z. B. in der Tat am Beispiel des Kreises Grevenbroich, allerdings um 1825, aufzeigen (vgl. Kirchhoff S. 212).

[124] Rheinpreußen bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 22. Juli 1840 (Verfasser der Artikelserie ist Max von Gagern; s. Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern S. 107).

[125] Daher kamen zahlreiche „Altländler“ als Verwaltungsbeamte in die Rheinprovinz, wie umgekehrt Rheinländer, die sich dem Staatsdienst zuwandten, oft in die altpreußischen Gebiete und nicht selten in die östlichen Provinzen der Monarchie versetzt wurden (Adolf Klein, in: Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden, hrsg. v. *Wolffram* u. Klein, S. 162).

[126] Schindlmayr S. 45—54; 106.

[127] So etwa nach der Auffassung Weitzels, eines seitens der preußischen Staatsregierung, insbesondere Hardenbergs, sehr geschätzten Publizisten (Schlömann S. 114).

[128] So schreibt z. B. Stein am 30. Mai 1827 an Mirbach: „Es herrscht auf dem linken Rheinufer die allgemeine Besorgnis, daß die Justizstellen mit jungen Leuten aus den östlichen Provinzen besetzt und die Einländer verdrängt werden. Dies ist nicht allein nachteilig für das Fortkommen der letzteren und das Glück der Familien, sondern auch für die Rechtspflege selbst . . .“ (Neue Steinausgabe VII, S. 202). — Ähnlich zählt derselbe in einem Schreiben an Prinz Wilhelm vom 13. Okt. 1830 zu den Ursachen des Mißvergnügens der Rheinländer das „Verdrängen der Eingeborenen von den Provinzialbeamtenstellen durch junge, mittelmäßige, mit Verfassung und örtlichen Verhältnissen unbekannte Männer aus den östlichen Provinzen“. — Diese Vorwürfe dürften auf die Besetzung der Justizstellen indes wohl kaum zugetroffen haben; denn in der überwiegenden Mehrheit waren die Richter Rheinländer (Adolf Klein, in: Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden, hrsg. v. *Wolffram* u. Klein, S. 162). So hebt z. B. Bärsch in einer 1831 angefertigten Stellungnahme hervor, beim Landgericht in Trier etwa seien der Präsident und 8 Räte Rheinländer, nur ein Rat stamme von auswärts (St. A. Koblenz, Abt. 701, Nr. 649).

[129] Ebd.

[130] Vgl. im einzelnen Schindlmayrs allerdings auf die Regierungsbezirke Koblenz und Trier begrenzte Untersuchung, insbesondere S. 55; 68; 75 ff.; 106 ff. — Ob die von Schindlmayr aufgestellte These, daß es an der mangelnden Befähigung und Bereitschaft einheimischer Kandidaten, ein Amt zu übernehmen, gelegen habe, wenn nach der Ansicht der Rheinländer zu viele fremde Beamte angestellt worden seien (S. 113), in dieser schroffen Form allerdings zutrifft, bedürfte allerdings einer weiteren Diskussion. Waren die Gegebenheiten nicht doch etwas komplexer, insbesondere kann nicht die angeblich mangelnde Bereitschaft zur Dienstnahme von dem Vorurteil, daß doch die Fremden die besseren Aussichten auf ein Avancement besäßen, mitbestimmt worden sein?

Vorurteil darstellte, zweifellos länger, wenn die Klagen auch nicht mehr so häufig waren [131].

Was nun das Wirken der nicht einheimischen Beamten angeht, so erfüllten sie zum Teil nur unvollkommen die ihnen zugedachte Funktion der Überformung, bildeten sie doch, meist protestantisch und aus den Ostprovinzen stammend, in manchen Fällen offenbar noch ein heterogenes und mit dem inneren Volksleben der rheinischen Gesellschaft noch nicht verschmolzenes Element [132].

So berichtet auch der 1829 in Liblar bei Köln geborene Carl Schurz [133]:

„Das kurz angebundene, autoritätssüchtige preußische Wesen, die stramme preußische Ordnung sagten dem etwas leichtsinnigen rheinischen Volke nicht zu. Dann war das Volk dieses Landesteils fast ausnahmslos katholisch, während der Begriff Preußen den Begriff Protestantismus in sich schloß. Überdies kamen altpreußische Beamte in ansehnlicher Zahl ins Rheinland, um die Rheinländer regieren zu helfen, und das setzte natürlich böses Blut. All diese Dinge ließen die preußische Herrschaft am Rhein wie eine Art von Fremdherrschaft erscheinen, die, wie das fast immer der Fall ist, von Anfang an dem Gefühl der Eingeborenen widerstrebte. Im Laufe der Zeit sah man allerdings ein, daß die ehrliche und gut geregelte preußische Administrationsweise sehr große Vorzüge besaß."

Daß sich der preußische Beamtenstand freilich durch seine Bildung, seine Gerechtigkeit und Humanität auszeichne und daß „die preußische Administration eine

---

[131] Schindlmayr S. 8—12 (ebd., S. 914). — Die Benachteiligung einheimischer katholischer Kandidaten bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern soll insbesondere in Aachen und Umgebung unter der Bevölkerung dazu beigetragen haben, daß sich hier das „Bewußtsein des Fremdseins" gegenüber dem preußischen Staat längere Zeit hielt (Reumont, Jugenderinnerungen, S. 193).

[132] „Sitte und Gewohnheit wie die dienstliche Stellung, beides sondert sie von den übrigen ab, und sie handeln denn auch wohl unklug genug, daß sie in den größern Städten ihre eignen Klubs und Bälle haben, wo alles gut berlinisch und nach norddeutschem Komment zugeht" (Gutzkow, Die rote Mütze und die Kapuze, S. 117). — Insbesondere rissen die Offiziere vielfach durch ihr hochfahrendes Wesen eine Kluft zwischen Militär und Bürgertum auf (Höfele S. 34). — In ähnlichem Sinne schreibt auch Max von Gagern am 26. Nov. 1837 an seinen Bruder Heinrich: „Aber eben dieses meist protestantische Beamtenheer aus den alten Provinzen ist es, welches Gegenstand der Abneigung aller Rheinländer ist, sowohl der adeligen Familienstatuts-Konservativen als des unabhängigen einheimischen Bürgertums. Rechnet man dazu die zahllosen armen Lieutenants aus der Berliner Drillung, die sich gleichfalls in die wohlhabenden katholischen Familien eindrängen, so begreift man, daß deren ‚gemischte Ehen' einen wesentlichen Punkt der Zwietracht zwischen beiden konfessionellen Elementen ausmachen und daß es nicht bloß der katholischen Geistlichkeit, sondern auch allen Klassen der Rheinländer und auch Westfalen nicht gleichgiltig ist, durch die protestantische Kindererziehung das Land allmählich protestantisiert zu sehen. Die Arroganz der sich Eindrängenden ist um so widerwärtiger, als sie sich mit einem Anschein von religiöser Aufklärung und Liberalismus hervortun, während sie doch charakterlos servil sind . . ." (Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern, S. 86). — Vgl. zu den hier angeschnittenen Problemen auch Poll, Preußen und die Rheinlande, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, Bd. 76, 1964, S. 17; ferner: Reumont, Jugenderinnerungen, S. 57—59.

[133] Lebenserinnerungen bis zum Jahre 1852, S. 73 f. — Gewisse antipreußische Ressentiments haben sich offensichtlich noch verhältnismäßig lange gehalten. So berichtet Friedrich von Bodelschwingh (Abiturient 1849) in seinen Lebenserinnerungen davon, daß sich auf dem Dortmunder Gymnasium damals sehr viele katholische Rheinländer befunden hätten, welchen die Preußen als evangelische Eindringlinge immer noch verhaßt gewesen seien (zitiert bei Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 443).

ganz vorzügliche in mehrfacher Beziehung" sei, erkannte auch Hansemann an [134]. Waren Ansätze zu einer Integration der Rheinprovinz in den preußischen Staatsverband — in den altpreußischen Gebieten und in den evangelischen Regionen des Bergischen Landes [135] offensichtlich stärker ausgeprägt — also durchaus vorhanden [136], wie es auch das Verhalten der rheinischen Bevölkerung während der Julirevolution angedeutet hatte und wie es sich bei festlichen Gelegenheiten nicht selten weiterhin bekundete, so besaß die preußische Staatsführung jedoch nicht die Weitsicht oder nicht den Willen, diesen Prozeß, wie es z. B. der Fürst Joseph zu Salm-Dyck angeregt hatte, darüber hinaus durch die Bildung von Reichsständen nachdrücklich zu fördern [137], was der sich schon damals, wenn, wie dargelegt, auch nur schwach andeutenden [138], aber doch zukunftsträchtigen und zu Beginn der vierziger Jahre sich nachhaltig bekundenden konstitutionellen Strömung [139] entgegengekommen wäre. Ebensowenig vermochten die führenden Männer der Staatsregierung und Provinzialverwaltung offenbar die tieferen Ursachen und die volle Tragweite einer Entwicklung zu erfassen, die einem weiteren Hineinwachsen

---

[134] Denkschrift vom 31. Dez. 1830 (Hansen, Rheinische Briefe und Akten, I, S. 21).

[135] Vgl. z. B. bezüglich Elberfeld Schell S. 8—10 f. — Diese Beobachtung machte auch Bärsch; allerdings stammen seine Angaben aus einer früheren Zeit, nämlich 1817: „Im Kreise Solingen zeigte sich auch mehr Anhänglichkeit an die preußische Regierung als im Kreise Lechenich. Seit langer Zeit war man im Kreise Solingen gewohnt, das Haus Brandenburg als den Schützer der Rechte der Evangelischen gegen die Bedrückungen des katholischen Landesherrn anzusehen. Im Jahre 1778 hatte ja Friedrich der Große die Besitzungen des Hauses Pfalz-Bayern gegen Österreich geschützt. Deshalb fand man auch in den meisten Häusern, bei Reichen und Armen das Bildnis des . . . Königs" (S. 121).

[136] So gibt z. B. auch ein Korrespondent „vom Rhein" in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 14. Sept. 1838 rückschauend der Ansicht Ausdruck: „Vor ein paar Jahren hörte man wohl zu Zeiten noch die neuen Verhältnisse tadeln und Besorgnisse laut werden über allmähliche Beeinträchtigungen der rheinischen und Einführung altpreußischer Institutionen; im ganzen war man wohl zufrieden und auf dem besten Wege, zu wirklicher Anhänglichkeit an die Träger der weltlichen Macht zu gelangen; an einen Konflikt mit der geistlichen dachte kein Mensch." — Ähnlich charakterisiert Kentenich etwa den in Trier vorherrschenden Geist der zwanziger und dreißiger Jahre: „Auf politischem Gebiet hatte die ältere Generation trotz der Enttäuschung, welche das Ausbleiben der 1817 auch von Trier aus erbetenen Verfassung brachte, den Frieden mit dem preußischen Staate gemacht. Die Julirevolution des Jahres 1830 scheint an Trier spurlos vorübergegangen zu sein. Die nüchtern gestimmte ältere Generation fühlte in der strebsamen gewissenhaften Arbeitsamkeit der preußischen Beamten etwas Verwandtes. So waren . . . Friede und Eintracht zwischen der bodenständigen Bevölkerung und den zugezogenen Beamten aus den alten Provinzen weder auf religiösem noch politischem Gebiet gestört worden" (S. 778 f.).

[137] „. . . Daß gerade die Bildung der Reichsstände das kräftigste Mittel sein wird, um diese schädlichen Verschiedenheiten aus dem Wege zu räumen und die bloß agglomerierten Teile der Monarchie in ein Ganzes zu verschmelzen; . . . daß namentlich die Rheinprovinzen durch kein anderes Band fester an Preußen geknüpft werden können" (Denkschrift vom 28. Jan. 1831; Hansen, Rheinische Briefe und Akten, I, S. 86); ähnlich Hansemann später in einer Denkschrift vom Aug./Sept. 1840 (ebd. S. 217 f.).

[138] Vgl. oben S. 24 ff. — Der von einem progressiven Denken offensichtlich in gewissem Grade geprägte Salm-Dyck glaubte aus seiner Sicht allerdings: „. . . daß eine repräsentative Reichsverfassung heutzutage durch die ganze Kraft des Zeitgeistes unterstützt ist; . . . daß die Macht von Frankreich und der Einfluß, den es auf seine Nachbarn ausübt, in seinen liberalen Institutionen besteht; . . . daß Preußen sich dieselbe Macht und denselben Einfluß verschaffen kann" (ebd.).

[139] Aloys Schulte, Tausend Jahre deutscher Geschichte und Kultur am Rhein, S. 350 bis 353.

der rheinischen Bevölkerung in den preußischen Staat erhebliche Hemmnisse verursachen sollte: die katholische Erneuerungsbewegung, deren Ursprünge wegen ihres vielfach emotionalen und irrationalen Charakters nur schwer faßbar sind.

e) Die strengkirchliche Bewegung

Zeigte sich etwa Lamennais, der führende Kopf des politischen Katholizismus in Frankreich, noch 1833 über das Echo seines Programms in Deutschland tief enttäuscht und glaubte er feststellen zu können, daß in den preußischen Rheinlanden der Katholizismus nur dem Namen nach existiere [140], so bestand doch schon seit französischer Zeit in einigen Orten der Rheinprovinz eine kleine strengkirchliche, nicht selten recht militante Partei, deren Ziel es offenbar war, dem orthodoxen Katholizismus zu einer neuen Blüte zu verhelfen, die blasser gewordenen Konturen gegenüber dem Protestantismus wieder schärfer hervorzuheben und den von der Kulturpolitik der protestantischen Regierung ausgehenden vermeintlichen Gefahren entgegenzuwirken; unverkennbar gewann sie ständig an Bedeutung [141]. Zu den Trägern dieser Bewegung gehörte insbesondere der Aachener Kreis, der an eine ältere Tradition anknüpfte — vor allem vorbereitet durch die Wirksamkeit der Franziskaner, war Aachen der Hort der Kirchlichkeit für das Rheinland während der Franzosenzeit geworden —, der dem Erzbischof von Spiegel und insbesondere auch der Katholisch-Theologischen Fakultät an der Universität Bonn mit großem Mißtrauen gegenübergestanden, die Theologiestudenten nach Möglichkeit von dort ferngehalten und in Aachen selbst (bis 1827) ausgebildet [142] und damit ein gewisses Reservoir an kirchenkämpferisch gesinnten, dem preußischen Staat distanzierter als die Masse des übrigen Pfarrklerus gegenüberstehenden Geistlichen geschaffen hatte. Auch ein karitatives Moment — insbesondere das Bemühen um eine Korrektur der sozialen Verhältnisse, die durch die Zustände in den in den Sog des frühindustriellen Wettbewerbs geratenen Betriebe ihrer Familienangehörigen bedingt waren — scheint eine gewisse Rolle gespielt zu haben [143]. Die „Seele des kirchlichen Lebens in Aachen" [144] war lange Zeit der

---

[140] Ahrens S. 19 f.

[141] Vogel S. 5. — In erster Linie handelte es sich um die sogenannten „Altkirchlichen". Sie waren entweder aus der alten Universität in Köln hervorgegangen oder hatten während der Franzosenzeit ihre Ausbildung an den Seminaren in Aachen und Düsseldorf empfangen bzw. waren schließlich im Seminar zu Köln erzogen worden (Repgen, Klerus und Politik 1848, S. 133). Nach einer im Nachlaß Altensteins befindlichen Denkschrift aus dieser Zeit (allerdings ohne genaues Datum) soll die unterschiedliche Bildung zu einem erheblichen Gegensatz zwischen dem älteren und dem jüngeren Klerus geführt haben. So habe letzterer ersteren wegen seiner „veralteten" Bildung verachtet und sei von diesem „dafür zum Dank gehaßt" worden (DZA Merseburg, Rep. 92, Altenstein, A VI c 2, Nr. 14, fol. 87). Indes dürfte sich — wie auch die Erfolge der Aachener Schule beweisen — die strengkirchliche Partei nicht nur aus Mitgliedern der älteren Generation zusammengesetzt haben, sonst hätte sie wohl kaum eine derartige Dynamik entwickeln können. So sind auch Laurent, Seydell und Michelis durchaus der jüngeren Generation zuzurechnen.

[142] Franz August Müller, S. 78, 80, 101, 109. — Ein kurzes begrenztes Wiederaufleben des Studiums in Aachen fand dann noch einmal unter Erzbischof Clemens August statt (ebd. S. 79).

[143] Vgl. E. Gatz, Kaplan Josef Istas und der Aachener Karitaskreis, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1972, S. 212 f.

[144] Schiffers, Peter Kaatzer, S. 23.

dortige erste Generalvikar Martin Wilhelm Fonck [145]; später trat vor allem der Pfarrer an St. Nikolaus in Aachen, Nellessen, einziger Sohn einer sehr wohlhabenden und alteingesessenen Tuchmacherfamilie [146], hervor, von dem es hieß, daß er über zahlreiche Verbindungen in das katholische Ausland verfüge, vor allem zu dem Lütticher Bischof van Bommel, den dortigen Redemptoristen, unter ihnen insbesondere Pater von Held, den Jesuiten in Namur sowie auch zu dem einflußreichen belgischen Minister de Theux. Zweifellos stellte die belgische Bastion einen erheblichen Rückhalt für den Aachener Kreis dar, wirkten von hier aus Impulse auf ihn ein. Nach dem Tode Foncks war Nellessen als der Führer des ultramontanen Klerus in Aachen zu betrachten. Man sagte ihm nach, daß er den Ehrgeiz habe, die Hauptstütze der ultramontanen Partei in den gesamten Rheinlanden zu werden [147]. Dabei strebe er an, „die Gemüter einem Erzherzog von Österreich als künftigem Herrscher Westfalens und der Rheinlande zuzuwenden" [148]. Als Nellessens rechte Hand galt der junge unter Katerkamp und Kellermann — also ganz im Sinne der Tradition der familia sacra und alles andere als hermesianisch — in Münster ausgebildete Andreas Fey, ebenfalls ein Aachener Fabrikantensohn [149], seit 1830 Kaplan in seiner Heimatpfarrei St. Paul; in dem in der Aachener Bendelstraße gelegenen Haus der Familie Fey fanden auch vorwiegend die Zusammenkünfte des Aachener Kreises statt. Kontakte unterhielt Fey vor allem nach Belgien, wo sein Bruder Joseph in den Redemptoristenorden ein-

---

[145] Vogel S. 5; Brecher S. 72. — Es heißt, Foncks Verdienst liege nicht zuletzt darin, daß er sich zusammen mit dem damaligen Pfarrer und späteren Kölner Domdechanten Hüsgen mit aufopferndem Eifer während der napoleonischen Zeit vieler verlassener Gemeinden angenommen und damit einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet habe, daß während dieser Zeit nicht alles gläubige Gefühl im Rheinland erloschen sei (Katholische Rufe aus den Rheinlanden an alle Christen, Von einem rheinpreußischen Katholiken, Altenburg 1838, S. 10 f.).

[146] Vgl. E. Gatz, Kaplan Josef Istas und der Aachener Karitaskreis, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1972, S. 212; vgl. ferner Qu. Nr. 119. — Über Nellessen (vgl. auch das Bistum Aachen S. 54) findet sich in einem Bericht des Aachener Polizeidirektors Lüdemann folgende Charakteristik: „Fester, entschlossener und unbeugsamer Charakter; bedeutende geistige Mittel, unabhängiges Vermögen; großer Dünkel und Herrschsucht. Entschiedener Widersacher des Gouvernements, vorsichtig und abgeschlossen. Vielseitige Verbindungen in Belgien, in Rom und besonders in Bayern; in vertrauter Korrespondenz mit dem Bischof von Eichstätt [Graf Reisach, Seele der ultramontanen Partei in Bayern und angeblich Mittelpunkt weitverzweigter geheimer Verbindungen: DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2, Nr. 17, Wedekes Bericht 1838; Chroust Bd. 2, S. 404]; Hauptstütze der Partei". — Ergänzend hierzu heißt es in einem Bericht des Aachener Regierungspräsidenten Cuny an den Innen- und Polizeiminister von Rochow vom 7. April 1838: „Er eignet sich ganz zum Seitenstück des Erzbischofs. Er ist wohlhabend, unterrichtet und fanatisch; steht in großem Ansehen beim Volke und hat vielen Einfluß . . ." (zitiert bei Schrörs, Geheimpolizei S. 40 f.). — Über Werdegang und Tätigkeit Nellessens vgl. Brecher S. 45—205.

[147] Schwahn S. 19.

[148] Vgl. Qu. Nr. 119. — Daß sich Relikte eines Denkens in Kategorien des alten Reiches in der Tat noch in gewissen Kreisen gehalten haben dürften, deutet ein Schreiben von Friedrich Gentz aus dem Jahre 1828 an. So sei die preußische Regierung im Rheinland allgemein verhaßt und eine gewisse Begeisterung für den Kaiser Franz, den Vertreter der alten Ordnung der Dinge, vorhanden (zitiert bei Hankamer S. 24). In den dreißiger Jahren dürfte diese Mentalität freilich in zunehmendem Maße zurückgegangen sein, da die Heranwachsenden die alte Verfassung nicht mehr erlebt hatten.

[149] Vgl. Lauenroth S. 16 ff.; Das Bistum Aachen S. 55.

getreten war, insbesondere mit dem nach Löwen übergesiedelten norwegischen Konvertiten Möller und dem als Pfarrer in dem dicht hinter dem Aachener Wald gelegenen belgischen Gemmenich wirkenden Johannes Laurent [150]. Von der Bendelstraße aus wurden, vor allem mit Hilfe junger Studenten, Berichte, Nachrichten und Anweisungen an andere Gesinnungsgenossen im Lande verbreitet [151]. Ebenfalls sehr aktiv im katholisch-kirchlichen Leben zeigte sich Nellessens Kaplan Johann Adam Peter Keller, seit 1833 Pfarrer an St. Johann in Burtscheidt, dicht vor den Toren Aachens. Er wird als eines der begabtesten Mitglieder des Aachener Kreises bezeichnet [152]. Waren die älteren unter den genannten zum Teil im Lütticher Seminar im strengkirchlichen Geist ausgebildet worden [153], so scheint diese Tradition, nicht zuletzt auch durch das Studium in Aachen, das bis zur Errichtung der Erzdiözese Köln möglich war, mit Erfolg weitergegeben worden zu sein. Auch später als Stützen der strengkirchlichen Bewegung auswärts hervorgetretene Geistliche wie Aldenhoff und Schaffrath, hatten ihre theologische Ausbildung in Aachen empfangen [154]. Neben ihnen trat auch der in Tübingen von Möhler stark beeinflußte Kaplan an St. Paul, Josef Istas, hervor [155]. Der Kampf für die kirchliche Unabhängigkeit, die Emanzipation von staatlicher und protestantischer Bevormundung, die man in vielleicht subjektiver Übersteigerung, bedingt nicht zuletzt durch die völlig gleichgerichtete, sehr einseitig ausgerichtete Diskussionsrunde, stärker empfand, als sie wohl in Wirklichkeit vorhanden war, galt ihnen allen als selbstverständliche Pflicht [156]. So konnte, vielleicht nicht ohne eine gewisse Berechtigung, von einem Zeitgenossen behauptet werden, daß „nach der Peterstadt keine Stadt auf Erden eine so warme katholische Temperatur" habe wie Aachen [157].

Auch in Koblenz bildete sich ein Kreis ultramontan Gesinnter, der mit großer Sorge sah, daß ein Geist im Lande sich auszubreiten drohte, der der alten katholischen Tradition des ehemaligen Erzstiftes entgegengesetzt schien. Die Erhaltung und Pflege katholischer Frömmigkeit, insbesondere die Sorge für eine bewußt religiöse Erziehung der Jugend sowie karitative Arbeit, erschien den Mitgliedern dieser Gruppe daher als eine dringliche Aufgabe [158]. Tatsächlich soll es ihnen in Koblenz gelungen sein, „die Leitung aller Wohltätigkeitsanstalten an sich zu

---

150 Schiffers, Kaatzer S. 54 f.
151 Lauenroth S. 31.
152 Schiffers, Das katholische Aachen im Wandel der Jahrhunderte, S. 86; Franz August Müller S. 112.
153 Brecher S. 89.
154 Franz August Müller S. 75; 175; 211.
155 Vgl. E. Gatz, Kaplan Josef Istas . . ., in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1972, S. 214 f.
156 Brecher S. 89. — Die unter den Mitgliedern dieses Kreises herrschende Stimmung wird z. B. in einem Brief Istas' vom 25. Nov. 1835 besonders deutlich, gibt er doch seinem Wunsch, nach Bayern oder Österreich auszuwandern, unverhohlen Ausdruck, da die Katholiken „hierzulande . . . unter argem Drucke" lebten (vollständig zitiert bei Gatz, Kaplan Josef Istas . . . aaO. S. 215).
157 Vgl. Schönig S. 102.
158 Vgl. Mönckmeier S. 2 ff.; Martin S. 74—88; Schuth, Der Koblenzer katholische Kreis S. 319; vgl. ferner: Schuth, Vorbildliche katholische Laienarbeit in einer rheinischen Mittelstadt vor dem Jahre 1848, in: Trierer Theologische Zeitschrift 59, 1950, S. 179—182.

ziehen“ [159], was sicherlich nicht für ihre Popularität zum Nachteil gewesen sein dürfte.

Heißt es, daß in Aachen die kirchliche Aktivität vornehmlich von Klerikern ausging, so scheinen hier, abgesehen von den Vikaren Martin Cornely [160] und August Seydell [161] in erster Linie Laien hervorgetreten zu sein [162]; darüber hinaus bestand in Koblenz sogar ein gewisser Gegensatz zu den Pfarrern der Stadt, insbesondere zu dem aus dem Kreis um den Trierer Bischof von Hommer hervorgegangenen Karl Holzer [163]. Unter den führenden Köpfen des Koblenzer Kreises, der „apostolischen Junta“ [164] oder „Typpusgesellschaft“ (genannt nach der Gastwirtschaft der Witwe Typpus in der Rheinstraße, wo die Versammlungen stattfanden) [165], sind vor allem zu nennen der über weitreichende Geschäftsverbindungen verfügende Besitzer einer großen Blechwarenfabrik und Stadtrat Hermann Joseph Dietz [166], Clemens Brentano, der Bauinspektor Johann Klaudis von Lasaulx, ein Schwager des berühmten katholischen Publizisten Görres [167], ferner Dietz' Schwiegersohn Franz Jakob Clemens (später Professor der Philosophie in Münster, einer der ersten Vertreter der Neuscholastik), Justizrat Longard, Oberbürgermeister Mähler, Friedensrichter Burret und zeitweise der Historiker und Altertumsforscher Christian von Stramberg [168]. Diese Gesellschaft, die schon früh in Verbindung mit dem Kreis um den Bonner Professor Windischmann stand [169], trat ebenso wie die Aachener Ultramontanen und der eine nicht minder bemerkenswerte kirchenpolitische Wirksamkeit, vor allem als Gegner des Her-

---

159 Vgl. Qu. Nr. 70.

160 Über Cornely s. Schuth, Der Koblenzer katholische Kreis, S. 322.

161 Vgl. über diesen ebd. S. 322 f.; vgl. ferner unten S. 221—223.

162 Schnütgen, Beiträge zur Ära des Kölner Erzbischofs Graf Spiegel, 2. Teil, S. 163. Nach Martin (S. 75) hielten sich die Geistlichen in Koblenz — und dies dürfte wohl als Bestätigung der damals vielfach zu beobachtenden Mäßigung und Zurückhaltung unter dem Klerus der Rheinprovinz anzusehen sein — „anfangs sehr im Hintergrund“. — Waren also zweifellos Laien in Koblenz in erster Linie Initiatoren und Träger dieses Kreises (freilich sollte der Vikar Seydell mehr und mehr die Seele dieses Zirkels werden, hatte er offenbar nicht geringen Anteil an seiner Breitenwirkung), so verfügte allerdings auch in Aachen die ultramontane Partei unter dem Bürgertum über eine nicht unerhebliche Zahl von Anhängern, so z. B. den Syndikus Dr. Jungbluth, die Ärzte Dr. Lauffs, Dr. Alertz und Dr. Rodenburg, die Fabrikanten Degive und Lingens und die Buchhändler Hentzen und Kaatzer (vgl. Qu. Nr. 27); zeitweise wirkte in diesem Kreise auch Luise Hensel, die von 1827—1832 an der höheren Töchterschule St. Leonhard unterrichtete und sich eng an Nellessen angeschlossen hatte (Schiffers, Das katholische Aachen im Wandel der Jahrhunderte, S. 89). Später trat dann Dr. Joseph Lingens besonders hervor, ein Anhänger der Ideen Ozanams (ebd. S. 88). — Andererseits fehlte es auch unter den Aachener Klerikern offenbar nicht an Anhängern des Gouvernements (vgl. Qu. Nr. 27).

163 Schuth, Der Koblenzer katholische Kreis, S. 319 f. — Über den bischöflichen Geheimsekretär Karl Joseph Holzer, Hermesianer, dem der Bischof 1832 die Oberpfarre „Unserer Lieben Frau“ in Koblenz übertrug, offensichtlich, um den Ultramontanismus in Koblenz etwas einzudämmen, vgl. jetzt neuerdings Christoph Weber, Aufklärung und Orthodoxie am Mittelrhein 1820—1850, Paderborn 1973.

164 Kempkes S. 1.

165 Schuth S. 319.

166 Vgl. Qu. Nr. 120; Weber S. 25—29.

167 Mönckmeier S. 2 ff. — Vgl. ferner auch Schwahn S. 20 ff.; über Brentanos Beziehungen zu Koblenz vgl. Diel-Kreiten, S. 327—341.

168 Martin S. 75; Schuth, Der Koblenzer katholische Kreis, S. 319.

169 Ebd. S. 321.

mesianismus und der Politik der Staatsregierung in bezug auf die Mischehenfrage, entfaltende Pfarrer in Bilk, Anton Josef Binterim [170], seit 1836 auch mit dem einflußreichen Johannes Laurent in näherem Kontakt [171]. Weitere Fäden scheinen sich auf dem Wege über den Speyrer Bischof von Geissel und den in Mainz ansässigen Bruder des Bonner Professors Klee zu jesuitischen Kreisen in Frankreich gesponnen zu haben [172]. In Mainz besaß man angeblich auch an dem Buchhändler Kirchheim eine insbesondere für den Druck und Vertrieb ultramontanen Schrifttums wertvolle Stütze [173]; hier hatte bis 1829 auch der von den Ideen des französischen Katholizismus, insbesondere de Maistres, beeinflußte Andreas Raeß gewirkt, der zusammen mit Nikolaus Weis 1821 die Zeitschrift „Der Katholik" gegründet hatte [174]. Wirkte letzterer seitdem mit kaum vermindertem Einfluß in Molsheim und später in Straßburg [175], so soll der ehemalige Koblenzer Gymnasialdirektor Christian Schlosser während seines Aufenthaltes in Rom (1826—29) den Haß gegen die preußische Regierung geschürt haben [176], während in Wien der Konvertit Jarcke, der auch durch seine Reisen ins Rheinland den Verdacht Rochows auf sich lenkte [177], angeblich seinen Einfluß im Sinne der Partei walten ließ [178]. Dabei soll als Kontaktmann nach Wien auch der Redakteur Pfeilschifter fungiert haben [179]. Als Zellen geheimer Agitation und Proselytenmacherei sind auch die Bürgerhospitäler in Köln und Koblenz bezeichnet worden [180]. Der „Zentralpunkt des Ultramontanismus am Rhein" soll indes der Bonner Professor der Medizin und Philosophie Karl Joseph Windischmann [181] gewesen sein. Sein Kontrahent und Zeitgenosse Elvenich hat ihn als „Fürst aller Hermes-Gegner" bezeichnet [182], während auf der strengkirchlichen Seite Görres betonte, daß zahlreiche Katholiken Windischmann als die „spes melioris aevi", die Hoffnung auf

---

170 Vgl. Schönig, insbesondere S. 50—71; 97—124; 148—165.

171 Möller, Laurent, 1. Teil, S. 263 f., 270 f. — Über den anscheinend gut funktionierenden Nachrichtendienst der ultramontanen Partei vgl. auch den Bericht Rochows (Qu. Nr. 28).

172 Vgl. Qu. Nr. 78.

173 Qu. Nr. 120; ferner Schönig S. 70, 89, 164, 225.

174 Schnütgen, Das Elsaß und die Erneuerung des katholischen Lebens, S. 22—29.

175 Ebd. S. 22.

176 Nippold, Die verschiedenen Stadien des sogenannten preußischen Kirchenstreites, in: Preußische Jahrbücher, 23. Bd., 1869, S. 436 f. — Zu Schlosser vgl. K. R. Weitz, Die Denkschrift des niederrheinischen und westfälischen Adels vom 26. Febr. 1818, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1971, S. 204, Anm. 15.

177 Vgl. Qu. Nr. 29; DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 23055 (ehedem Rep. 89 E. XI. 30.).

178 Ebd.

179 Vgl. Qu.Nr. 120.

180 Vgl. Qu. Nr. 134. — Das Bürgerhospital in Koblenz war 1825 auf Veranlassung von Dietz entstanden. Zur Leitung und Pflege waren Schwestern vom Orden Saint Charles de Nancy berufen worden. Brentano hatte den Erlös aus dem Verkauf seiner Märchen zur Verwendung für dieses Hospital bestimmt (Mönckmeier S. 4).

181 Eine ausführliche Würdigung dieses temperamentvollen Ultramontanen und heftigen Gegners der Hermesianer sowie seines wissenschaftlichen und kirchenpolitischen Wirkens findet sich in Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart, Bd. 4, Abt. 2 (1841), S. 403—408. Vgl. auch Schrörs, Kölner Wirren S. 634; das von Windischmanns Sohn Friedrich entworfene Lebensbild (Historisch-Politische Blätter 1840) sowie die Arbeit von Dyroff. — Über die Bedeutung des Windischmannschen Hauses als einen der ersten geistigen Mittelpunkte im damaligen rheinischen Geistesleben vgl. auch A. Klein, Werner von Haxthausen (1780—1842) und sein Freundeskreis am Rhein, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 155/156, 1954, S. 176.

182 Dyroff S. 55.

eine bessere Zukunft am Rhein betrachteten [183], womit wohl nicht eine Verbesserung der materiellen Verhältnisse, auch nicht die Einführung konstitutioneller Formen, vielmehr eine stärkere Ausrichtung des geistigen Lebens nach orthodox-katholischen Grundsätzen gemeint sein dürfte. Windischmanns ältester Sohn wirkte als Professor in Löwen und war mit den dortigen Professoren Möller sen. und jun. wie auch mit namhaften Redemptoristen bestens befreundet. Auf diesem Wege habe der Bonner Professor alle gewünschten Informationen nicht nur aus Belgien, sondern auch aus Frankreich und Holland erhalten. Nicht minder gute Verbindungen besaß Windischmann offenbar auch nach München, wo sein jüngerer Sohn eine Wirkungsstätte als Priester und Sekretär des Erzbischofs von München gefunden hatte und mit Graf Reisach, dem Bischof von Eichstätt, sowie mit Görres und Phillips enge Kontakte unterhielt [184].

Zweifellos ist die Mehrzahl der Mitglieder der rheinischen ultramontanen Bewegung dem gebildeten gehobenen Bürgertum zuzurechnen, wie es in einem im Hamburgischen unparteiischen Correspondenten vom 5. April 1834 veröffentlichten Artikel nicht unzutreffend charakterisiert wird: „Die obern Klassen der Gesellschaft sind allerdings am Rhein gebildet, und selbst die höhere und echte Bildung ist hier nicht selten. Unter den Fabrikanten, Gutsbesitzern, Kaufleuten, den höhern Justizbeamten, den ausgezeichnetern Advokaten findet sich viel intellektuelle Bildung, viel bon sens, eine große Gewandtheit im praktischen Leben. Neben einem exemplarischen Lebenswandel hat die dortige Geistlichkeit eine viel verbreitetere ausgezeichnete Gelehrsamkeit als in den meisten übrigen katholischen Ländern, und zwar vorzugsweise die Geistlichkeit von der strengen Schule, so wie es denn ebenso seltsam als wahr ist, daß am Rhein die meiste Bildung in den höhern Ständen da ist, wo die meiste positive Religiosität sich findet. Diese Leute sind aber dort in der Regel von allem sogenannten politischen Leben abgewendet; es sind jene edlen Gemüter, denen das Geträtsch des Parteitreibens zum Ekel geworden und die daher von allem öffentlichen Leben sich zurückziehend nur im engen Zirkel Gleichgesinnter sich bewegen und das Gute im Privatleben befördern, soviel und wo sie können."

Freilich verkennt der Verfasser wohl das leidenschaftliche kultur- und kirchenpolitische Engagement dieser Kreise, sofern sie in der strengkirchlichen Bewegung aktiv waren, während es indes zuzutreffen scheint, daß sie an der säkularen Tagespolitik weniger Anteil nahmen.

Was die Ziele dieser ultramontanen „Partei" im Rheinland angeht, so spricht manches dafür, daß auf sie im Laufe der Zeit die in Belgien von der Kirche errungene weitgehende Unabhängigkeit von staatlicher Bevormundung als Vorbild eingewirkt hat. Hierauf haben zeitgenössische Schriftsteller mit Nachdruck hin-

[183] Lauenroth S. 18.

[184] Vgl. Qu. Nr. 120. — In der Tat fanden sich, wie aus der Biographie eines Sohnes Windischmanns hervorgeht, „die bedeutendsten katholischen Größen Deutschlands und der Schweiz" in Windischmanns gastfreundlichem Haus ein (Dr. Friedrich Windischmann, Ein Lebensbild, Augsburg 1861, S. 6 f.).

[185] „Der katholische Niederrhein sieht in Belgien mehr bürgerliche Freiheit als in Preußen, sieht dort zugleich volle Freiheit seiner in Preußen tief verletzten Kirche; dorthin zieht die Sehnsucht nach freiem Staatsleben, dorthin ruft der gekränkte Glaube. Welche materiellen Vorteile hätte Preußen zu bieten, die nicht Belgien schon besäße oder auf dem Wege wäre, sich zu erwerben oder die um des höheren Gewinns

gewiesen [185], wie man auch späterhin ähnliche Ansichten vertreten hat [186]. In der Tat dürfte der Erfolg der belgischen Katholiken der strengkirchlichen Bewegung im Rheinland erheblichen Auftrieb gegeben haben [187], wie auch vermutlich die zum Teil engen Kontakte der rheinischen Ultramontanen [188] mit Kreisen des belgischen Klerus nicht ohne Auswirkung geblieben sind. Daneben scheint auch das Vorbild der irischen Freiheitsbewegung unter Daniel O'Connel nicht ohne Einfluß auf die rheinischen Katholiken geblieben zu sein [189].

Ob die Anzeichen einer in der Folgezeit sich stärker bemerkbar machenden, zumindest äußerlich wahrnehmbaren Frömmigkeit in Koblenz auf das Wirken des dortigen strengkirchlichen Kreises zurückgeht, wird, wenn es auch sehr wahrscheinlich ist, schwerlich konkret nachzuweisen sein. Jedenfalls sollen hier 1834 die katholischen Justizbeamten zum ersten Male vollzählig an den Fronleichnamsprozessionen teilgenommen haben [190]. Auch soll in Koblenz in zunehmendem

---

willen nicht gering geachtet würden?" (Die fortwährende Gefangenschaft des Erzbischofs von Cöln, beleuchtet von einem Protestanten, Straßburg 1838, S. 21). — „Die Stellung Belgiens zu Preußen betreffend, so ist der moralische Einfluß Belgiens auf die westlichen Provinzen Preußens allerdings sehr groß, und namentlich haben die Klagen der Belgier über die Stellung der Kirche in Preußen in vielen Gemütern Feuer gefangen. Aber wer will solche Klagen als eine Aufreizung zur Revolution betrachten? Daß sie in tausend Herzen widerhallen, woher kommt das anders, als weil jedermann sieht, daß die Klagen gerecht sind?" (Beleuchtung der Broschüre: „Die Wahrheit in der Hermes'schen Sache . . ." S. 13). Vgl. ferner: Eilers, Meine Wanderung durchs Leben, 3. Teil, S. 36—39.

186 Nach der Darstellung Lukas Schwahns (S. 15; im ersten Weltkrieg gefallen, hat Schwahn nicht mehr auf die negative Detailkritik Heinrich Schrörs replizieren können) soll die Losung „Freiheit wie in Belgien" bei der sich allmählich bildenden ultramontanen Partei in den Rheinlanden jedenfalls eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt haben. Auch von der Dunk (S. 193) vertritt die Ansicht, daß das belgische Beispiel mächtig auf die orthodoxe Strömung des rheinischen Katholizismus gewirkt und seinem Kampf gegen die Hermesianer und gegen die von der preußischen Staatsregierung betriebene Kirchenpolitik moralischen Auftrieb gegeben habe. Sogar Spiegel habe bei einem Besuch in Belgien erklärt, die Trennung von Staat und Kirche sei natürlich auch das Ideal der rheinischen Geistlichkeit (Diese Aussage dürfte sich wahrscheinlich auf Möller, Laurent, 1. Teil, S. 316, stützen.).

187 So vergleiche man etwa auch die Ausführungen von Gerd Eilers, Meine Wanderung durchs Leben, 3. Teil, S. 120.

188 So wird z. B. in einem Polizeibericht der Aachener Regierung vom 3. Dez. 1835 auf das auf Einladung des Bischofs von Lüttich erfolgte Zusammentreffen rheinischer und belgischer Geistlicher im Seminar Klosterrath bei Herzogenrath (Belgien) während der vergangenen Jahre hingewiesen (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen, Präs. 493).

189 Buchheim, Ultramontanismus und Demokratie, S. 50. — Auf der anderen Seite hat auch O'Connel großen Anteil an der kirchenpolitischen Entwicklung in den preußischen Westprovinzen genommen und in zahlreichen Korrespondenzartikeln die Verfolgung der Katholiken in Preußen gebrandmarkt, wie er sich auch nach dem Kölner Ereignis leidenschaftlich für den Erzbischof engagiert haben soll (Allgemeine Zeitung vom 7. Dez. 1837). Offensichtlich hatte sich auf internationaler Ebene eine durch besonders engagierte Persönlichkeiten geschaffene Verbindung eines politischen Katholizismus herausgebildet.

190 Mönckmeier S. 6. — Daß unter dem sog. Bildungsbürgertum bis dahin offenbar weithin eine Neigung zu einer freigeistigen Richtung bzw. zum religiösen Indifferentismus bestanden hat, scheint auch daraus hervorzugehen, daß die katholischen Professoren des Koblenzer Gymnasiums auf eine entsprechende Klage hin vom König unter Androhung des Verlustes ihrer Stellen angewiesen worden sein sollen, die Kirche zu besuchen und sich über die österliche Kommunion auszuweisen (Diel-Kreiten S. 339 f.). — Gewisse Gegner des strengkirchlichen Kreises blieben auch weiterhin aktiv (vgl. Weber S. 29—32; 102 ff.).

Maße Katholiken, die sich nicht zu ihrer Kirche gehalten hätten, das kirchliche Begräbnis verweigert worden sein [191], zeigte sich also offenbar auch bei der bisher zurückhaltenden Pfarrgeistlichkeit ein gewisses Anpassungsverhalten an das in der Stadt sich wandelnde geistige Klima.

Wenn die Bestrebungen der ultramontanen Bewegung in weiteren Kreisen der rheinländischen Bevölkerung nicht ohne Anklang blieben, so lag dies auch an einigen nicht zu übersehenden äußeren, nicht unbedingt spezifisch religiösen Gravamina [192]. Bestand bei manchen Angehörigen des katholischen Klerus wie auch in Kreisen des katholischen Bürgertums Unzufriedenheit über Verletzung der konfessionellen Parität durch den Staat [193], z. B. bei Besetzung von Ämtern — besonders eklatant etwa bei einer Reihe von leitenden Beamtenstellen [194] —, Verleihung von Auszeichnungen [195], finanziellen Zuwendungen an Kirchengemein-

[191] Mönckmeier S. 6.

[192] So verwies auch der Freiherr vom Stein in einem Schreiben an Prinz Wilhelm vom 13. Okt. 1830 ganz allgemein darauf, daß „so manches bei Leitung der katholisch-kirchlichen Angelegenheiten für diese Religionspartei Anstößiges" geschehe (Neue Steinausgabe VII, S. 915).

[193] Vgl. hierzu Reumont, Jugenderinnerungen, S. 56.

[194] Unter den 19 Räten und Assessoren der Koblenzer Regierung befanden sich anfänglich zeitweise nur zwei katholische Rheinländer (Stölzle S. 11)! Ähnlich die Verhältnisse bei der Kölner Regierung (Klein, Die Personalpolitik, S. 75—84). — So waren nicht nur die Oberpräsidenten und gleichzeitigen Koblenzer Regierungspräsidenten des hier behandelten Zeitraums (Ingersleben, Pestel, Bodelschwingh), sondern auch alle Trierer Regierungspräsidenten bis 1848, abgesehen von Schmitz-Grollenberg, evangelisch (Schindlmayr S. 68). Ebenso sabotierte man, insbesondere der in dieser Hinsicht wenig liberale Innenminister Schuckmann, 1825 und 1834 die Ernennung eines Katholiken zum Kölner Regierungspräsidenten (vgl. Klein, Die Personalpolitik, S. 76—84). — Allerdings würdigte man es in der rheinischen Bevölkerung offensichtlich nicht genügend, daß die anfänglich zum Teil eklatanten Benachteiligungen in den Rängen der Regierungsdirektoren, Oberregierungs- und Regierungsräten — freilich nicht bei den vor allem im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Positionen des Oberpräsidenten und der Regierungspräsidenten (was Schindlmayr vielleicht nicht genügend berücksichtigt) — immer mehr zurückgingen (vgl. auch oben S. 34). So heißt es auch in einer von einem der Regierung offensichtlich nahestehenden Verfasser etwa 1837 ausgearbeiteten Denkschrift „Über die Stimmung der Rheinprovinz in Beziehung auf den Erzbischof von Köln": „Die große Masse der katholischen Bevölkerung selbst verlangt allerdings für sich Parität und deren Folgen. Sie ist durch die angebliche Bevorzugung der Evangelischen bei Ämtern, Auszeichnungen und bei Unterstützung von Schulen und Geistlichen tief verletzt; sie ist endlich auch hier und da von einer Furcht vor dem Proselytismus der Regierung angesteckt, die auf die hämischste Weise von außen genährt wird. Allein sie ist keineswegs pfäffisch gesinnt, d. h. sie hat nicht den Wunsch, daß die Geistlichkeit das Land beherrsche" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3). — Um offensichtlich stereotyp gewordene (und so müssen wir auf Grund unserer heutigen Sicht dieser Materie sagen, wohl kaum kurzfristig aufzulösende) Vorurteile gegen die preußische Personalpolitik abzubauen, wurde 1838, als eine Ratsstelle in Koblenz neu besetzt werden mußte, ohne langes Zögern, das den Verdacht aufkommen lassen könnte, Katholiken würden zurückgesetzt, der katholische Assessor Zeiler unverzüglich zum Regierungsrat ernannt (Schindlmayr S. 67). Noch 1840 schlug z. B. der Oberpräsident, vielleicht auch mit besonderer Rücksichtnahme auf die noch nicht beendigten kirchlichen Wirren, den katholischen Regierungsassessor P. C. Linz für eine vakante Ratsstelle in Trier vor mit der Begründung, daß „der Linz Rheinländer und Katholik ist, dessen Ernennung mithin die in der Provinz noch hin und wieder auftauchende irrige Meinung, als würden Männer evangelischer Konfession aus den älteren Provinzen bevorzugt, am besten durch die Tat (wird) widerlegen können" (zitiert ebd. S. 73).

[195] So nach einer kurz vor dem Kölner Ereignis abgefaßten Denkschrift Bunsens (Nippold aaO S. 397). — Ferner: Eilers, Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 35.

den [196], sowie bei manchen Geistlichen über das Verbot unmittelbarer Korrespondenz mit dem Heiligen Stuhl [197], so wurde ferner von zahlreichen Katholiken im Rheinland und in Westfalen [198] Kritik an den ungenügenden Einrichtungen für den katholischen Militärgottesdienst geübt, und zwar sowohl auf den Rheinischen Provinziallandtagen [199] als auch in der Presse [200]. Bei aller damaligen konfessionellen Toleranz stellte diese Benachteiligung zweifellos eine Zumutung dar, die nicht ohne weiteres von der zu jener Zeit im allgemeinen, wie schon mehrfach herausgestellt wurde, noch nicht sehr militant-religiösen Masse der Bevölkerung hingenommen werden konnte. Auch nach der am 12. Februar 1832 für Preußen erlassenen Militärkirchenordnung war nach dem Vorbild der königlichen Kabinettsordren vom 11. Dez. 1809 und vom 2. Febr. 1810 [201] weiterhin vorgesehen, daß katholische Soldaten beim Fehlen eines eigenen Militärgeistlichen bzw. Militärgottesdienstes [202] einmal monatlich am evangelischen Militärgottesdienst teilzunehmen hatten [203]. Ohne Rücksicht auf eine Gewissensverletzung der Betroffenen hatte der militärische Gesichtspunkt der „besseren Zusammenhaltung des Ganzen" bei dieser Anordnung des in konfessioneller Hinsicht sich nicht gerade durch die Toleranz seines Ahnen Friedrich II. auszeichnenden Monarchen im

---

196 Vgl. Qu. Nr. 19; 122. — Offensichtlich gab es Fälle, in denen evangelische Gemeinden in augenfälliger Weise bevorzugt wurden. Es erscheint jedoch fraglich, ob hieraus, wie es geschehen ist, Verallgemeinerungen hergeleitet werden können. So wird auch schon von Rehfues in seiner 1838 anonym erschienenen Schrift „Die katholische Kirche in der Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln" bestritten, daß der König einseitig zugunsten der Protestanten dotiert habe (vgl. ebd. S. 41—43). Rehfues weist außerdem darauf hin, daß der Monarch außer der Theologischen Fakultät zu Bonn zwei große Priesterseminare, in Köln und Trier, habe einrichten lassen, die an „Gediegenheit wissenschaftlicher Bildung und Zweckmäßigkeit priesterlicher Zucht" ihresgleichen weder in Österreich noch Bayern hätten, während auf der anderen Seite für die rund 540 000 evangelischen Einwohner der Rheinprovinz mit annähernd 500 Pfarreien immer noch nicht das dringend benötigte Predigerseminar geschaffen worden sei (ebd. S. 41).

197 Vgl. Qu. Nr. 28.

198 Vgl. Pohl S. 84—102; F. Keinemann, Militärgottesdienst und Parität, in: Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte 1970 S. 107—125; vgl. ferner Qu. Nr. 5; 6.

199 So hatte auf dem 1. Rheinischen Provinziallandtag ein Antrag des Grafen Trips, der die Anstellung katholischer Seelsorger für die Garnisonen im Rheinland forderte, allgemeine Unterstützung gefunden. Da er kein entsprechendes Echo in Berlin fand, wurde er später erneut eingebracht (Croon S. 172).

200 In diesem Sinne heißt es in einem am 8. Januar 1833 in der Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Schreiben, die Unzufriedenheit mit der bisherigen Militärkirchenverfassung werde von Angehörigen aller Klassen der rheinischen Bevölkerung geteilt: „Sie sagen, der katholische Kultus führe einen gewissen Mechanismus bei sich, welcher mit Stetigkeit unterhalten sein wolle. Er schreibe Übungen vor, welche mit Regelmäßigkeit erfüllt werden müßten; aber was mehr ist, sie sagen, es sei bei der jetzigen Militärkirchenverfassung aller Einfluß der Seelsorger auf die Gemüter und alle Einwirkung auf die Gesinnung durch Lehre und Ermahnung unmöglich; die Böswilligen wollen darin die Absicht finden, den Kultus der Väter zugunsten des Protestantismus zurückzusetzen, und es gibt sogar eine Partei, welche diese Ansicht zu nähren bemüht ist und von evangelischem Intolerantismus und Proselytenmacherei spricht. Einer so moralischen Regierung wie die preußische braucht die Wichtigkeit der religiösen Bildung nicht zu Gemüte geführt zu werden."

201 Vgl. Pohl S. 46 f.

202 Vgl. im einzelnen Keinemann, Militärgottesdienst; ferner: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland 6. Bd., 1840, S. 385 f.

203 Hansen, Das politische Leben, in: Die Rheinprovinz 1815—1915 Bd. I S. 683.

Vordergrund gestanden [204]. Die weiteren Bemühungen des Rheinischen Provinziallandtags zeitigten aber schließlich den Erfolg, daß ihm im Landtagsabschied vom 30. Dez. 1834 die Anstellung von katholischen Militärgeistlichen in Köln, Trier und Koblenz zugesagt wurde [205], doch wurde die praktische Verwirklichung weiter hinausgeschoben [206], während die Westfälischen Provinzialstände noch nicht einmal eine derartige Zusage erlangen konnten [207]. Dabei hat nach den Worten des Aachener Regierungspräsidenten Graf Arnim nichts den gemeinen Mann so verletzt und der ultramontanen Propaganda so Gehör verschafft wie die unter Zwang herbeigeführte Teilnahme der katholischen Soldaten am evangelischen Garnisongottesdienst [208]; dies vermochte freilich insbesondere der König als stark engagierter Prostestant nur schwer einzusehen [209].

Ebenso hatte, wie selbst der protestantische Oberpräsident v. Bodelschwingh später in einer Denkschrift ausführte, die Berliner Konvention vom Jahre 1834 bezüglich der Mischehen die öffentliche Meinung in der Rheinprovinz, das heißt die Auffassung der Mehrheit ihrer Bewohner, gegen sich [210], da sie der Ausbreitung des Protestantismus in der Provinz Vorschub zu leisten schien [211].

Angeblich erregte es auch bei vielen Eltern Anstoß, die Schulen dem Einflusse der Kirche entzogen zu sehen, wodurch der „kindliche und religiöse Sinn, die Ehrfurcht vor der Auktorität" immer mehr verloren gehe. Ähnliche Erfahrungen habe man mit den verweltlichten Spitälern gemacht [212].

---

[204] Pohl S. 50.

[205] DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. II Bl. 43.

[206] Historisch-politische Blätter Bd. 6, 1840, S. 386.

[207] Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe A II Nr. 172 Bl. 21.

[208] Vgl. Qu. Nr. 21.

[209] Vgl. Keinemann, Militärgottesdienst; Wendland S. 144—179.

[210] Vgl. Qu. Nr. 30. — Ähnlich auch die Auffassung des Aachener Regierungspräsidenten Graf Arnim (vgl. Qu. Nr. 21). — Vgl. auch oben S. 13 f.

[211] Glossen zu den Erwägungen eines rheinischen Juristen S. 67.

[212] Beleuchtung der Broschüre: „Die Wahrheit in der Hermes'schen Sache etc." S. 14. — Hieraus glaubt der Verfasser folgende Forderung an den Staat ableiten zu können: „Der Staat wird sich selbst zurufen müssen, daß hier seine Kräfte nicht zureichen. Das Materielle kann er geben, aber den Geist der Zucht, der Demut, der Religion weiß er nicht zu wecken" (ebd.). — Demgegenüber haben aber selbst Angehörige und Verteidiger der erzbischöflichen Partei dem von Preußen in den Rheinlanden geförderten Schulwesen hohes Lob zuteil werden lassen (Ernst von Lasaulx [Hrsg.], Kritische Bemerkungen über die Kölner Sache . . . S. 17). Auch der Bonner Kurator Rehfues hat in der ihm zugeschriebenen Schrift „Die katholische Kirche in der Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln" auf die Vorwürfe scharf repliziert. Die Interessen der katholischen Kirche auf dem Gebiete des Schulwesens seien vom preußischen Staat nicht nur anerkannt, sondern zugleich „auf das kräftigste gefördert" worden: „Die Lehrer der katholischen Jungend sind gute katholische Christen, gebildet von guten katholischen Geistlichen, ihre nächsten Vorgesetzten sind katholische Geistliche, und der Mann, der die katholischen Schulangelegenheiten der Rheinprovinz in seinen Händen hat, ist . . . ein . . . guter Katholik" (S. 32). An jedem katholischen Gymnasium sei ein Religionslehrer angestellt. Überhaupt gebe es an den katholischen Gymnasien in Köln, Trier, Aachen, Bonn, Koblenz, Düren und Münstereifel nur katholische Lehrer, obwohl z. B. die Gymnasien zu Bonn und Koblenz eine bedeutende Anzahl evangelischer Schüler aufwiesen. Lediglich in den Gymnasien in Essen und Düsseldorf seien evangelische Lehrer angestellt, jedoch würden beide Anstalten von katholischen Direktoren geleitet (S. 44). Bezüglich des Streits um das evangelische Gymnasium in Köln vgl. ebd. S. 126—133. — Was die Ultramontanen jedoch bezweckten, sei, das ganze Schulwesen in ihre Hand zu bringen, wobei sie nur Geistliche als Gymnasiallehrer angestellt zu sehen wünschten (ebd. S. 124 ff.). — Daß

Kurzum, es begann sich anscheinend über die ultramontanen Zellen hinaus allmählich auch in weiteren Kreisen, die, wenn auch nicht immer begründete, so doch nahezu unausrottbare Vorstellung zu verbreiten, als werde mittels des Staatsapparats der Festigung und Ausdehnung des Protestantismus, damit auch der bewußten Begünstigung einer kleinen Gruppe und der Benachteiligung der Mehrheit der Bevölkerung in der Rheinprovinz vorgearbeitet [213], ergaben sich damit nicht nur religiös, sondern offenbar auch sozial bedingte Ressentiments. An einer effektiven Aufklärung über die wirklichen Verhältnisse haben es Staatsregierung und Provinzialadministration dennoch weiterhin fehlen lassen.

Schließlich hat, wie schon angedeutet und wie insbesondere Eilers ausführt, auch wirtschaftlicher und sozialer Neid in diesem Zusammenhang keine geringe Rolle gespielt. So hätten sich zum Beispiel seit der preußischen Besitzergreifung in Köln, Bonn und Koblenz wie auch anderen ehemals geistlichen Teilen der Provinz, wo sich selbst in französischer Zeit kaum eine evangelische Familie niederzulassen gewagt habe, viele evangelische Familien durch ihre Kapitalien und ihre Betriebsamkeit eines großen Teils der industriellen und kommerziellen Geschäfte bemächtigt [214]. So sollen zum Beispiel in Koblenz 1814 nur zwei protestantische Kaufleute gewohnt haben, während man 1837 eine 1635 Personen starke Gemeinde zählte, der man dazu noch die ehemalige Stiftskirche zu St. Florian eingeräumt hatte [215].

Freilich dürfte sich der Elan der strengkirchlichen Bewegung, der sich unverkennbar mehr und mehr auf weitere Kreise übertrug [216], nicht allein aus der Opposition gegen die preußische Kirchenpolitik herkömmlichen Stiles, die sich offen-

---

sich das Volk nach den „alten, schlechten Schulen" zurücksehne, bestritt auch F. A. Steinmann mit Nachdruck (Fliegende Blätter S. 76 f.). Dennoch hat sich die Ende des Jahres 1837 zur Überprüfung der katholischen Angelegenheiten vom preußischen König eingesetzte Kommission die genannten Vorwürfe zu Herzen genommen, insbesondere den der finanziellen Benachteiligung der katholischen Gymnasien, und den Grundsatz anerkannt, daß in diesen Bildungsstätten, die vor allem als Pflanzschulen der künftigen Geistlichkeit anzusehen seien, „das kirchliche Element aufzufrischen und zu verstärken" sei (DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 22752 Bl. 33—37). — Insgesamt dürften freilich die Vorwürfe von ultramontaner Seite wenig begründet gewesen sein.

[213] Vgl. Qu. Nr. 122; Gothein S. 189; Glossen zu den Erwägungen eines rheinischen Juristen S. 67; Eilers, Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 36. — Dieser Auffassung folgt noch Karl Bachem in seiner 1912 erschienenen Biographie Josef Bachems, wobei er sich weitgehend auf das vor fast einem Jahrhundert publizierte und schon damals höchst umstrittene „Rote Buch" stützt sowie auf ein nicht näher belegtes Zitat von Ancillon aus dem Jahre 1832, der von der „Notwendigkeit der Protestantisierung der katholischen Rheinlande" gesprochen habe.

[214] Eilers, Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 35.

[215] Hamb. unpart. Corr. vom 11. Jan. 1838.

[216] So reichte die katholische Partei in Koblenz Anfang des Jahres 1836 einen schriftlichen Protest beim Oberpräsidenten dagegen ein, daß in einer katholischen Stadt während der Fastenzeit im Theater Stücke aufgeführt würden, die die katholische Religion und Geistlichkeit verspotteten. Zu einer glänzenden Manifestation des Glaubens wurde auch die hundertjährige Jubelfeier der dortigen St.-Castorkirche ausgestaltet. Ebenfalls wuchs in Koblenz die Zahl der Kommunikanten von Jahr zu Jahr (Mönckmeier S. 7—11). — Anschaulich schildert auch Eilers die allgemeine Ausbreitung antipreußischer und antiprotestantischer Affekte noch zur Zeit Spiegels: „So wurde der Boden nach und nach für bösen Samen empfänglich gemacht, und der Feind, der das Unkraut säete, blieb nicht aus. Ich konnte mit den vielen Augen, die mir in allen Teilen der Provinz willfährig waren, diesen hundertarmigen mit Haß gegen Preußen und die evangelische Kirche erfüllten Ausstreuer bösen Samens auf

sichtlich noch nicht mit der Gegebenheit eines starken katholischen Bevölkerungsteils im Staatsverband abgefunden hatte [217], nicht nur aus einer Abwehrreaktion gegen protestantische Überfremdung herleiten, sondern darüber hinaus aus einem in der Entwicklung des Zeitgeistes verwurzelten religiösen Enthusiasmus, dem es nicht zuletzt auch darum ging, den in der eigenen Kirche zu einer offensichtlich nicht unbeträchtlichen Verbreitung gelangten Rationalismus hermesianischer Prägung auszumerzen. Ihr Anliegen und ihre Chancen sind allerdings von manchen Zeitgenossen wohl kaum richtig erkannt und eingeschätzt worden [218].

Wenn Eilers seinerzeit glaubte, festgestellt zu haben, daß die Bemühungen des Oberpräsidenten von Pestel um eine gewissenhafte paritätische Behandlung beider Konfessionen und um freundschaftliche Kontakte mit einflußreichen Männern der katholischen Partei dazu geführt hätten, daß das Mißtrauen und Besorgnisse unter den Katholiken in der ganzen Provinz nachgelassen hätten [219], so mag zwar momentan eine gewisse Beruhigung der Gemüter eingetreten sein, doch hat diese „Versöhnungspolitik" Pestels und seines Beraters Fallenstein [220], wie die weitere Entwicklung zeigen sollte, der für eine durchgreifende Regeneration der Kirche und einer entscheidenden Stärkung ihrer Position in Staat und Gesellschaft kämpfenden weit über das Rheinland hinaus verzweigten integralen Partei keineswegs das Wasser abgegraben, zumal auch die für sie so lebenswichtige Mischehenfrage ganz und gar nicht in einem ihrer Zielrichtung entsprechenden Sinne entschieden zu werden schien. Wenn die preußische Staatsführung die Hoffnung gehegt hat, durch einen Kabinettsstreich, nämlich durch die geheime Konvention mit dem Kölner Erzbischof von Spiegel dieses Problem zu lösen und damit auch weitgehend die schwelende kirchliche Opposition beseitigen zu können, so ist dies zweifellos eine Verkennung der Kraft und Leidenschaftlichkeit einer von ihrer Ideologie zutiefst überzeugten und zum Fanatismus tendierenden Bewegung. Selbst der Aachener Stiftspropst [221] Matthias Claessen, von dem es heißt, daß er um

Schritt und Tritt und nach allen Richtungen hin verfolgen" (Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 35 f.).

[217] Vgl. hierzu auch Klein, Personalpolitik S. 74 f.

[218] So heißt es in einer etwa um 1837 in Regierungskreisen entstandenen Denkschrift: „Mag man in solchen Redensarten mehr bald die Naivität einer unpraktischen Schwärmerei, bald die Verwirrung des Gewissens durch falsche Theorien, bald endlich die Unverschämtheit einer fanatischen Papisterei erkennen, gewiß verdient keine Partei weniger Gehör in Preußen als diese. Sie hat, einer vernünftigen Regierung gegenüber, so wenig Gewicht im Lande als Recht. Allerdings zählt sie einige rechtliche, angesehene, ja ausgezeichnete Familien und Männer in ihren Reihen, allein sie hat durchaus keine Wurzel im Volke. Dabei ist sie ungelehrt und historisch blind; denn sie kennt und begreift nichts von dem Wesen des deutschen Katholizismus, wie er sich historisch gebildet und in Männern wie Fürstenberg, Sailer, Hommer und andern ausgesprochen hat. Ihr System selbst aber findet seine Widerlegung so offenbar in den großen Weltbegebenheiten, die vor aller Augen liegen, daß es sich kaum irgendwo unverdeckt und öffentlich in Deutschland zeigen darf . . ." (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3).

[219] Eilers, Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 44 f.

[220] Vgl. ebd. S. 43—46. — Amtszeit Pestels: Juli 1831 bis Juni 1834.

[221] In den Quellen wird Matthias Claessen durchweg als „Dompropst" bezeichnet. Dieser Titel ist jedoch nicht zutreffend. Er rührt offenbar noch aus französischer Zeit her, wo in Aachen ein Domkapitel bestand. Dieses wurde vom preußischen Staat 1821 aufgehoben, statt dessen aber ein Kollegiatstift errichtet und diesem das ganze Einkommen gelassen, welches das Domkapitel bezogen hatte (Die katholische Kirche in der Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln S. 34).

einen Ausgleich zwischen der integralen und der nachgiebigeren Richtung des Klerus bemüht gewesen sein soll [222], unterzog das im Anschluß an die Berliner Konvention von den Bischöfen der rheinischen Kirchenprovinz erlassene Rundschreiben an die Pfarrer einer eingehenden und scharfen Kritik [223].

Dennoch neigte man in Berlin offenbar dazu, wie es in einer wahrscheinlich auf Altenstein zurückgehenden Denkschrift vom November 1835 [224] zum Ausdruck kommt, die Auswirkungen der bisherigen Kirchenpolitik auf die Stimmung der katholischen Untertanen als durchaus zufriedenstellend zu beurteilen [225], was, wie gesagt, allerdings nur mit Einschränkung eine richtige Einschätzung der Lage gewesen sein dürfte, bei der der ausgleichende, dämpfende Effekt der Wirksamkeit Ferdinand Augusts von Spiegel freilich als wesentlicher Faktor mit in Rechnung hätte gesetzt werden müssen.

---

[222] Lill S. 39. — Die Urteile über Claessen sind allerdings nicht einheitlich. Während ihn der Aachener Polizeidirektor Lüdemann als großen Verteidiger der Unabhängigkeit der Kirche bezeichnete und ihm vertrauten Verkehr mit den Häuptern der revolutionären Partei in Belgien nachsagte (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 Bd. 1 Bl. 88), stellte ihm der Aachener Regierungspräsident von Arnim ein glänzendes Zeugnis aus: „Der Propst Claessen wird allgemein als einer der ausgezeichnetsten Geistlichen der Rheinprovinz anerkannt ... Ganz besonders aber verdient sein besonnenes Verhalten und Wirken in der jetzigen kritischen Epoche volle Anerkennung, indem er durch Beispiel und Ermahnung wesentlichen Anteil daran hat, daß weder seitens einzelner fanatischer Geistlicher Anlaß zur Aufregung gegeben ist, noch Ausbrüche der Unzufriedenheit seitens der städtischen Bevölkerung wahrgenommen sind" (Schrörs, Geheimpolizei S. 42 f.). — Ähnlich die Charakterisierung Claessens bei Schwahn (S. 20 f.): Sein ehrgeiziges Streben nach einer hohen Stellung habe ihm das Mißtrauen der Ultramontanen eingebracht, von denen er sich im Grunde aber nicht losmachen mochte. So sei er bald als Freund, bald als Gegner der ultramontanen Bewegung betrachtet worden. — In diesem Sinne heißt es auch in einer Denkschrift eines rheinischen Katholiken (verfaßt gegen Ende 1836) über ihn: „Der Dompropst Claessen zu Aachen, wohl kirchlich gesinnt und von gutem Willen, aber schwach, immer kapitulierend und für jedermann zugänglich" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 1. Bl. 126 v.). — Dieses Bild spiegelt sich auch in einer in der Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Artikelkontroverse. So finden wir in der Ausgabe vom 18. Jan. 1838 einen Bericht, nach welchem im Januar 1838 das Gerücht kursiert habe, als ob Claessen vom Papst zum Nachfolger Hüsgens als Diözesanverweser ausersehen sei. Hierzu der Berichterstatter: „Die Regierung dürfte indessen diesen Mann schwerlich annehmen." Dagegen wird in einem aus Köln unter dem 20. Jan. 1838 eingesandten Beitrag (Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 26. Jan. 1838) eine völlig gegenteilige Ansicht vertreten. — Daß Claessen in seiner Eigenschaft als Stadtdechant von Droste-Vischering abgesetzt wurde, weil er den Bonner Professor Achterfeld, einen Hermesianer, eine Nacht bei sich beherbergt hatte (Loebell, Historische Briefe S. 372), fügt sich in den Rahmen dieses Bildes ein. — Claessen wurde im übrigen in Kreisen der preußischen Regierung ernsthaft als Nachfolger Hommers in Trier in Erwägung gezogen, zumal man von ihm annehmen zu können glaubte, daß er zur „pflichtmäßigen Ausübung der Landesgesetze und Anerkennung der landesherrlichen Majestätsrechte circa sacra" bereit sei, wovon sich der König jedoch nicht voll überzeugt zeigte. Marginalie: „Man nahme sich nur in acht, daß es nicht mit Claessen wie mit dem Erzbischof geht" (DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 22752 Bl. 15—20).

[223] Lill S. 39.

[224] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 27.

[225] „Der Zustand hat bei den katholischen Untertanen, ungeachtet solcher von einer evangelischen Landesregierung ausgegangen, nirgends Unruhen, ja nicht einmal Unzufriedenheit oder Klagen veranlaßt und wird im Gegenteil durch dankbare Aufnahme der Wohltaten des Regenten und durch treue Hingebung auch der katholischen Einwohner an das Königliche Haus anerkannt. In keinem andern, selbst katholischem, Lande ist solches in so hohem Grade der Fall" (ebd.).

Mit dem Tode des von Lamennais [226] wie später auch von Görres [227] wegen seiner Kompromißbereitschaft heftig kritisierten, vom preußischen Gouvernement jedoch als „weises" und „hochgeachtetes Oberhaupt der Diözese" bezeichneten Erzbischofs Ferdinand August von Spiegel [228], der nach den Worten von Gerd Eilers sich bemüht hatte, die Rheinlande gegen „die ansteckende Krankheit des demokratischen und hierarchischen Treibens in Belgien durch einen guten Cordon" zu sichern [229], nahm indes, wie es zu erwarten war, die strengkirchliche Partei weiteren Auftrieb. Kaum hatte der Erzbischof die Augen für immer geschlossen, so wurden, als wenn jener Zeitpunkt abgewartet worden wäre, „bedenkliche Gärungsstoffe in die Masse geworfen" [230]. Nach der Darstellung Heinrichs von Sybel wurde sein Tod „das Signal für alle klerikalen Eiferer in Rom, Belgien, München", und er fährt fort: „Ganz plötzlich verkündete der Papst die Verdammung der Hermes'schen Philosophie [231], zu der sich fast alle Bonner Theologen

---

[226] Ahrens S. 20 f.

[227] Athanasius S. 20—22.

[228] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165 I, Verwaltungsbericht des Aachener Regierungspräsidenten Graf von Arnim für 1835 S. 273. — Als geradezu eine Idealfigur stellt ihn der protestantische Landrat und spätere Koblenzer Regierungsrat Bärsch in seinen Erinnerungen heraus: „Er war ein großer stattlicher Mann, voll Würde und Milde, das Ideal eines Kirchenfürsten, gewandt und klug, voll wissenschaftlicher Bildung und doch ohne Hochmut und Stolz, dabei tolerant, ganz in dem Sinne seiner Geistesverwandten, des Regensburger Bischofs Johann Michael von Sailer und des Bistumsverwesers von Wessenberg" (S. 147). — Daß Spiegel weithin Vertrauen genoß, betont auch Eilers (Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 127). — Auch nach den Worten des Bürgermeisters von Kleve hat Spiegel in hohem Maße die Liebe und die Achtung der Bevölkerung besessen (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Ber. an den Regierungspräsidenten Spiegel in Düsseldorf, Kleve, 18. Nov. 1837). Diese Feststellung findet auch eine konkrete Bestätigung an dem Verhalten der Neusser Katholiken anläßlich eines Firmungsaufenthaltes: „Die Anwesenheit dieses verehrten, noch nicht lange von einer schweren Krankheit genesenen Oberhirten der Kirche war für die hiesigen Bewohner ein wahrhaft hohes und beglückendes Ereignis. Eine von freien Stücken veranstaltete allgemeine Beleuchtung sprach die Gefühle der Verehrung und Liebe aus, welche für diesen würdigen Prälaten in aller Herzen leben" (Stadtarchiv Neuß, Annalen der Stadt Neuß für 1834). — Nach den Worten des Bonner Kurators Rehfues hatte Spiegel es verstanden, die Freundschaft mit Hardenberg und das persönliche ihm vom König entgegengebrachte Vertrauen „zur Vermehrung des äußern Glanzes und innern Würde der katholischen Kirche mit einem Erfolge zu benutzen", der die „evangelische Kirche in Nachteil zu setzen schien" (Die katholische Kirche in der preußischen Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln S. 3 f.). — Daß Spiegel „mehr Staatsmann als Geistlicher, mehr Kosmopolit als Katholik" gewesen sei, stellt allerdings Arnim heraus, und er gibt auch zu, daß dieser keineswegs das Vertrauen der strengkirchlichen Partei errungen habe, vielmehr habe diese zu der Ansicht geneigt, daß Spiegels „Schutz der orthodoxen Kirche nur Schein" gewesen sei (vgl. Qu. Nr. 21).

[229] Eilers, Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 128. — Dieses Lob wird ihm wie auch dem Trierer Bischof von Hommer ebenfalls seitens Rehfues zuteil: „... die katholische Geistlichkeit der Rheinprovinz hat, unter der Leitung zweier ehrwürdiger Bischöfe, ... ihre eigentliche Aufgabe, das Volk zur Gottesfurcht und zur rechten Ausübung des Gottesdienstes zu führen, so eifrig zu erfüllen gestrebt, daß schon der bloße Gedanke der Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen ihr und den Revolutionärs eine unwürdige Beleidigung wäre" (Die katholische Kirche in der preußischen Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln S. 2).

[230] Zitiert bei Vogel S. 21.

[231] Allerdings blieb dem päpstlichen Verdammungsbreve „Dum acerbissimas" vom 26. Sept. 1835 das staatliche Exequatur versagt (vgl. hierzu und zu der weiteren Entwicklung des Hermesianismus, vor allem das Einschreiten Droste-Vischerings, auf das

bekannten; die klerikalen Zeitungen arbeiteten mit Macht“ [232]. Ähnlich schreibt der Aachener Regierungspräsident in seinem Verwaltungsbericht für 1835 [233]: „Mit diesem schmerzlichen Verluste traf das Erscheinen feindseliger Bestrebungen gegen die preußisch-katholische Kirchenorganisation zusammen, welche zwar vom Auslande ausgehend, doch ohne Zweifel Unterstützung im Inlande gefunden hatten.“

Mit jener vom Auslande ausgehenden Agitation waren in erster Linie die Bestrebungen des belgischen Klerus gemeint. In Kreisen der preußischen Regierung war man sich der von hier aus erfolgenden nachteiligen Einwirkung auf die westlichen Provinzen durchaus bewußt, glaubte man doch Grund zu der Annahme zu haben, daß das Bestreben des belgischen Klerus nicht nur darauf abziele, die von den Belgiern errungene Kirchenfreiheit den Katholiken der Rheinlande als Beispiel hinzustellen und unter ihnen das Verlangen nach ähnlicher Freiheit zu wecken, sondern durch die Vertreibung des Königs von Holland ermuntert, bereits so weit gehe, „die Rheinprovinzen allmählich für eine Insurrektion vorzubereiten“ und sich damit der Nachbarschaft einer mächtigen und für ihn angeblich gefährlichen protestantischen Regierung zu entledigen [234]. Die Erkenntnis, daß es zur Festigung der errungenen Machtposition nötig sei, auch die Stellung der katholischen Kirche in den Nachbarstaaten in ähnlichem Sinne umzugestalten, unterstellte auch der preußische Innen- und Polizeiminister von Rochow der in ihrem Selbstbewußtsein zweifellos gestärkten katholischen Geistlichkeit des auf seine soeben errun-

---

in diesem Rahmen nicht weiter eingegangen werden kann: Schrörs, Kölner Wirren S. 336—434).

[232] Sybel, Klerikale Politik im 19. Jahrhundert S. 80.

[233] St. A. Koblenz, Abt. 403 Nr. 165 I, Verwaltungsbericht für 1835 S. 273 ff.

[234] Diese Ansicht wird jedenfalls in einem im Nachlaß Altensteins befindlichen Schriftstück vertreten (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 14 Bl. 88). — Nach der Kritik von Schrörs an Schwahn ist neuerdings auch von Gatz (S. 37) eine derartige Implikation „in den Raum der Spekulation“ verwiesen worden. Dem wäre jedoch entgegenzuhalten, daß einmal der Erfolg der belgischen Revolution das Selbstbewußtsein der sie tragenden Kräfte enorm gestärkt haben dürfte, möglicherweise sogar zu einer Überschätzung ihres Potentials geführt hat; zum andern hing man noch vielfach dem Glauben an, daß die Rheinprovinz im preußischen Staatsverband noch nicht fest verwurzelt sei. Hinzu kommt, daß durch den sich lange Jahre hinziehenden Streit um die Lösung der luxemburgischen Frage die Gemüter ohnehin in Wallung gehalten wurden. Als völlig abwegig wird man also derartige „Spekulationen“ wohl kaum bezeichnen können, zumal diese in späteren Jahren durchaus offen zutage treten sollten (vgl. hierzu unten S. 144 ff.). Sicherlich ging es dem belgischen wie dem rheinischen „ultramontanen“ Klerus im Kern um eine *kirchliche* Erneuerung; diese in der Rheinprovinz in großem Stile zu verwirklichen, war jedoch nur möglich, wenn die angeblich repressive Kraft des preußischen Staats gebrochen wurde, d. h. am vollständigsten bei einer Loslösung dieses Landesteils von dem ihn dominierenden protestantischen Kernland. Auf jeden Fall erhielt das kirchliche Erneuerungsbestreben zwangsläufig eine politische Implikation. Der immense publizistische Propagandaaufwand wäre kaum verständlich, wenn nicht reale Hoffnungen, d. h. eine Vereinigung mit der Rheinprovinz hinter ihm gestanden hätten. Dabei ging man allerdings, wie auch ein Zeitgenosse mit Recht betonte, von falschen Voraussetzungen aus. „Es ist ebenso falsch“, so betonte er, „daß die Rheinländer wie die Belgier seien, als es sein würde zu sagen, die preußische Regierung sei wie die holländische. Alle auf diese Parallele gebauten Behauptungen sind ebenso grundlos wie alle ähnliche aus der Anwendung fremder Zustände auf die wirklichen Zustände Deutschlands hergenommen“ (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3). Die Vereinigung der Rheinprovinz mit Belgien hätte diesem bisherigen Kleinstaat und den in ihm verkörperten politischen Prinzipien eine erheblich größere Bedeutung im Konzert der europäischen Mächte gesichert!

gene Unabhängigkeit sicherlich stolzen Nachbarvolkes [235]. Dabei scheue man sich nicht, in letzter Konsequenz mit dem Gedanken einer Losreißung der Rheinprovinz und des katholischen Westfalen vom preußischen Szepter zu spielen [236]. Für diese Zielsetzung sei man sich nicht nur der Unterstützung einflußreicher, die Rückgewinnung des linken Rheinufers anstrebender Kreise in Frankreich sicher [237], sondern man rechne auch auf die Unterstützung Bayerns und Österreichs, die über das Anwachsen der preußischen Macht besorgt seien [238]. Die Zentrale dieser Agitationsbewegung befinde sich in Lüttich; ihr Haupt sei der kluge und gewandte Bischof van Bommel [239]. In einem vertraulichen Bericht aus Brüssel wird er als

---

235 Vgl. Qu. Nr. 29.

236 Ebd. — Auch der preußische Gesandte in Brüssel, Heinrich Friedrich Graf von Arnim, glaubte Grund zu dem Verdacht zu haben, daß derartige Bestrebungen, insbesondere der „katholisch-patriotischen Partei", die man nicht mit der „rein katholischen Partei" verwechseln dürfe, zu eigen seien, wie sie überhaupt die Tendenz besitze, „die katholischen Populationen protestantischen Fürsten zu entreißen" (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1063, Schr. aus Brüssel vom 2. Mai 1836).

237 DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 14 Bl. 88. — Daß sich z. B. selbst Lamennais hinter die Forderung nach der Rheingrenze stellte (Ahrens S. 11), dürfte andeuten, wie weit dort diese Zielsetzung verbreitet war.

238 Vgl. Qu. Nr. 26 u. 29. — Waren die Sympathien des bayerischen Königs für die ultra-katholische Bewegung unverkennbar, so erscheint die Rolle Österreichs, insbesondere Metternichs, in einem gewissen Zwielicht. Auf der einen Seite wird der österreichische Staatskanzler geheimer Kontakte mit der ultramontanen Bewegung in der Rheinprovinz bezichtigt (Splett S. 14 f.; Nippold, in; Preußische Jahrbücher 23. Bd., 1869, S. 436; in einer zeitgenössischen englischen Publikation wird er sogar beschuldigt, bewußt dazu beigetragen zu haben, daß Preußen in diese schwierige Lage manövriert wurde: Religious Persecution in Germany, in: British and Foreign Review Jg. 1838 Nr. 7 S. 486; der Verfasser geht sogar so weit, den Ultramontanismus als „a political engine in the hands of Austria" zu bezeichnen [S. 489]), auf der anderen Seite äußerte sich Metternich über die Umtriebe der belgischen Ultras, von ihm auch als „Afterkatholiken" bezeichnet, mit großer Besorgnis. Wie er dem preußischen Minister Wittgenstein zu erkennen gab, sei für ihn die revolutionäre Bearbeitung der katholischen Irländer, Polen und Belgier sämtlich über einen Leisten geschlagen; als Folge daraus ergebe sich eine Entartung des Katholizismus zum gröbsten Radikalismus (Splett S. 50, 52, 55).

239 Diese ihm zugeschriebene Rolle hat van Bommel, wenn auch nicht unbedingt in überzeugender Weise, in einem Juni 1838 verbreiteten Schreiben zu dementieren versucht. Er habe nie in irgendeiner Verbindung mit dem Erzbischof von Köln gestanden, nie von ihm irgendeine Mitteilung erhalten, nie Teil an „irgendeiner (!) auf Preußen bezüglichen Schrift" gehabt. Dasselbe gelte für seinen Klerus: „Wenn ein paar Geistliche an der Grenze mit andern in dem Nachbarlande Verbindungen angeknüpft, so wäre es töricht, darauf Wichtigkeit zu legen. Ich habe meinen Klerus stets zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt, und er hat meine Lehren treu befolgt. Ich habe mich allerdings über die päpstliche Allokution ausgesprochen, aber dies war meine Pflicht, um die bösen Einflüsse der Vorfälle in der Rheinprovinz auf meine Diözese zu verhindern. Immer aber habe ich dabei zu Geduld, zur Nachsicht und zur christlichen Milde ermahnt" (Leipziger Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 1838). Dieser Version folgt auch Brockhaus' Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 1, 1838, S. 535. — Wie de Ridder (S. 152, 158 ff.) zeigt sich auch von der Dunk von der Wahrheit der von dem Lütticher Bischof dem Minister de Theux gegebenen Erklärung vom 14. Dez. 1838, nie in einer direkten oder indirekten Verbindung mit dem Erzbischof von Droste zu Vischering gestanden zu haben, überzeugt. Ohnehin habe zwischen van Bommel und dem fanatischen „Journal historique" kein sehr gutes Einvernehmen geherrscht (S. 199). Damit ist allerdings van Bommels Interesse an einem Erfolg der rheinischen Ultramontanen noch nicht widerlegt, wie sie etwa in der van Bommel zugeschriebenen Tendenz, die Kirche als eine leidende und unterdrückte erscheinen zu lassen (Qu. Nr. 29), zum Ausdruck kommt; vielleicht erklärt sich gerade aus dieser Haltung sein angeblich distanziertes Verhältnis (von der Dunk S. 199) zum aggressivere Töne anschlagenden „Journal

ein „Erzfanatiker und Intrigant" charakterisiert: „Von Geburt ein Holländer, ist er ein Abtrünniger und wie alle Renegaten ein großer Eiferer". Daß er sich nicht kompromittiere, sei bei seinem vorsichtigen Vorgehen nicht zu verwundern: „Die Art, wie er mit Ihren [d. h. den preußischen] Provinzen korrespondiert, ist sehr gut berechnet, um allen Entdeckungen vorzubeugen ... Mündliche oder schriftliche Mitteilungen werden Priestern an der Grenze anvertraut; diese besuchen ihre benachbarten Kollegen, welche ihrerseits dasselbe tun, bis daß die Mitteilung ihre Bestimmung erreicht hat" [240]. Selbst der Aachener Konsistorialrat Claessen gab zu, daß der Bischof von Lüttich durch manche seiner Handlungen „einen wahren Feuerbrand auf unser Gebiet geschleudert" habe [241]. Zweifellos haben wir in van Bommel einen der engagiertesten und geschicktesten Vertreter des belgischen auf internationale Ausweitung hin bedachten politischen Katholizismus vor uns. Sowohl Absicherung der eigenen Position als auch ein gewisses Missionsstreben dürften vermutlich unter den Motiven zu suchen sein.

Dem Lütticher Bischof stünden, so heißt es weiter, die Redemptoristenpatres von Held [242] und Pilat zur Seite. Dabei warne der vorsichtige Prälat allerdings vor Verschwörungen und einer offenen Insurrektion. Seine Taktik laufe vielmehr darauf hinaus, „die streitende Kirche" in den Augen der ganzen Welt als eine „niedergedrückte, verfolgte erscheinen zu lassen und damit das Mitleid der Völker zu erregen", gleichzeitig aber auch die Presse als „Karst und Pflug der Revolution" einzusetzen und so allmählich die katholischen Provinzen Preußens

---

historique". — Eine direkte Korrespondenz zwischen van Bommel und Droste-Vischering scheint in der Tat nicht stattgefunden zu haben (Schwahn S. 75—77). — Daß sich allerdings keine kompromittierenden „öffentlichen Dokumente" (so die Formulierung in Brockhaus' Conversationslexikon aaO) gegen die vermuteten Machinationen van Bommels haben vorbringen lassen, ist bei der offenbar hohen Intelligenz des Lütticher Prälaten nicht zu verwundern. — In diesem Sinne wird auch van Bommel von Ernst Münch charakterisiert (Erinnerungen, Reisebilder, Phantasiegemälde und Fastenpredigten aus den Jahren 1828—1840 S. 45 f.): „Einschmeichelnd wie eine Katze und zäh und ausdauernd wie ein Kamel in der Wüste, weiß er den Umständen stets gehörige Rechnung zu tragen und je nach Erfordernis stolz und vornehm oder demütig und bescheiden sich zu gebärden ... Eine heilige Scheu trägt van Bommel vor Preußen, und so oft er die Krallen nach dem schönen Rheinland ausgestreckt, um es, wo möglich, nach seiner Facon zu bekehren und aufzuklären, weiß er immer mit den nötigen Kratzfüßen und Entschuldigungen die nähere Untersuchung seines wühlerischen Treibens zu vereiteln." — Dennoch galt er in Berlin, wie der österreichische Gesandte am 21. April 1838 an Metternich schrieb, als „der Prototyp eines römischen Fanatikers", und der Name van Bommel werde mit „wahrem Entsetzen ausgesprochen" (Qu. Nr. 132). So erklärte auch der Minister Wittgenstein im Dezember 1838 gegenüber dem österreichischen Gesandten Graf Trauttmannsdorff, die Hierarchie in Belgien, „die Herren van Bommel und Konsorten" arbeiteten auf eine Vereinigung Belgiens mit der Rheinprovinz los. Sie könnten indes darauf zählen, daß die preußische Regierung das Rheinland nicht so leicht aufgeben werde (H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin Fasz. 87, Trauttmannsdorff an Metternich, 25. Dez. 1838).

[240] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. Nr. 494. — In diesem Zusammenhang wies auch die Aachener Regierung darauf hin, daß van Bommel von Zeit zu Zeit ein Seminar in Herzogenrath bei Klosterrath veranstalte und Geistliche aus dem Raum Aachen dazu einlade (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. Nr. 493, Polizeibericht für November 1835).

[241] Vgl. Qu. Nr. 125.

[242] Vgl. über ihn Maurice de Meulemester, Le Père Frédéric v. Held, Rédemptoriste, Jette 1911.

im Westen sturmreif zu machen [243]. Daß von belgischer Seite in dieser Hinsicht während der folgenden Jahre unerhörte Anstrengungen unternommen worden sind, ist wohl nicht zu leugnen [244]. Stammten auch die 1835 erschienenen „Beiträge zur Kirchengeschichte im 19. Jahrhundert" (wegen der Farbe des Umschlages als „Rotes Buch" bekanntgeworden), in welchen sehr zum Mißfallen des preußischen Gouvernements [245] dem Verlangen nach kirchlicher Freiheit in wenig zimperlicher, höchst wirkungsvoller Weise Ausdruck gegeben wurde, aus dem süddeutschen Raum, so wurde die Verbreitung dieser Schrift doch vor allem von Belgien aus betrieben, wo sie nachgedruckt und in hoher Auflage weithin, vor allem in die preußischen Rheinlande, versandt wurde [246] und insbesondere bei Geistlichen kursierte, weniger jedoch in die Hände des „gemeinen Mannes" gelangt sein soll [247]. Dies stellte jedoch nur den Auftakt zu einer Propagandaoffensive größten Stils dar. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang das im damaligen Belgien nahe der deutschen Grenze gelegene Städtchen Sittard [248]. Unter den hier erschienenen Druckerzeugnissen wurde vor allem die 1836 herausgebrachte Schrift „Winterabendunterhaltungen einiger Landleute am warmen Ofen im Jahre 1836" [249] bekannt und berüchtigt. Diese Broschüren wurden heimlich über die Grenze gebracht. Man soll dann an sicheren Orten förmliche Depots davon angelegt und von diesen aus das Material auf die mannigfachste Art durch Fuhrleute und Bauern, die oft gar nicht gewußt haben dürften, was ihrer Vermittlung an-

[243] Vgl. Qu. Nr. 26 u. 29.

[244] Das erkennt auch Schrörs in seiner Kontroverse mit Schwahn an (vgl. Schrörs, Rheinische Katholiken und belgische Parteien S. 42).

[245] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165 I, Verwaltungsbericht für 1835 S. 273 ff.

[246] Vgl. Qu. Nr. 29; 40.

[247] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. 494, Polizeibericht vom 3. März 1836.

[248] Schrörs, Rheinische Katholiken und belgische Parteien S. 42.

[249] Nach der Auffassung des preußischen Kultusministers Altenstein und des Innenministers Rochow richte sie „die gröbsten Angriffe gegen die preußische Staatsverwaltung im allgemeinen" und fordere geradezu „zum Umsturz der gegenwärtigen Ordnung der Dinge" auf (DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den preußischen König, 24. Mai 1837). Selbst der Aachener Konsistorialrat Claessen betonte, daß dieses „Büchelchen" mehr schade als hundert schlechte Zeitungsartikel (Qu. Nr. 17). — Bei den „Winterabendunterhaltungen" soll es sich um einen „auf die untern Volksklassen" berechneten und in Belgien verfaßten Auszug aus den „Beiträgen zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts" handeln (vgl. Das rote Buch, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland I. Bd., München 1838, S. 281 f.). — An einer derartigen Popularisierung, Vereinfachung und Verdrehung schwieriger kirchenpolitischer Probleme, ja sogar an dem provokatorischen Ton der Quelle der „Winterabendunterhaltungen", nämlich den „Beiträgen", üben selbst die von Phillips und Görres herausgegebenen Historisch-politischen Blätter Kritik: „Dies Buch verrät auf höchst bedauerliche Weise an vielen Stellen nicht bloß eine ungeübte Feder und einen hohen Grad von schriftstellerischer Taktlosigkeit, sondern eine Befangenheit und Leidenschaftlichkeit, die nirgends, am wenigsten in der Verhandlung so schwieriger und zarter Verhältnisse, zum Ziele führen kann . . ." (ebd. S. 283 f.). Andererseits lassen die Historisch-politischen Blätter keinen Zweifel an der grundsätzlichen Berechtigung des Anliegens, das den oder die Verfasser der „Beiträge" bewegt hat. Auch interpretieren sie das dieser Schrift zuteilgewordene Echo als ernstzunehmendes Stimmungsbarometer: „Die ungeheure Verbreitung, die diese Schrift trotz aller dagegen ergriffenen Maßregeln in kurzer Frist gewann, gab ihr eine gewisse Wichtigkeit für ganz Deutschland. Dies und die Art und Weise, wie sie überall von der katholischen Bevölkerung aufgenommen wurde, hätte damals schon kundigen und unparteiischen Beobachtern als ein Vorzeichen großer Stürme gelten können, die in der nächsten Zukunft den Frieden zwischen Kirche und Staat bedrohen würden" (ebd. S. 283).

vertraut war, verbreitet haben. Als die Polizei in verstärktem Maße Kontrollen durchführte, wuchs auch die Erfindungskraft der Untergrundagitatoren. Sogar auf dem Wege als Einwickelpapier sollen manche Schriften unter die Leute gebracht worden sein [250]. So sei denn auch die dem „Roten Buch" an explosivem Gehalt nur wenig nachstehende, angeblich von dem Bilker Pfarrer Binterim verfaßte Broschüre „Der katholische Bruder- und Schwesterbund zu einer rein katholischen Ehe" einer Reihe von Personen ohne Aufforderung zugesandt worden. Es heißt, Geistliche z. B. hätten ganze Pakete davon in ihren Zimmern oder auf dem Hof vorgefunden [251]. Auch das seit 1834 in Lüttich erscheinende „Journal historique et littéraire" spielte bei diesem Versuch einer „Umfunktionierung" der Rheinländer zu kirchenkämpferisch gesinnten Katholiken, der zumindest im Regierungsbezirk Aachen offensichtlich nicht ohne einen gewissen Erfolg blieb [252], eine bedeutende Rolle [253]. Daneben soll die belgische Geistlichkeit ihre Kontakte allgemein mit der ultramontanen Partei im Rheinland verstärkt haben [254]. Ebenso übten die Missionspredigten der Wittemer Redemptoristen — unter ihnen der schon genannte Pater v. Held — jenseits der Grenze, so 1835 in Vaals, auf die Aachener Bevölkerung stärkste Anziehungskraft aus [255], was beim Aachener Regierungspräsidenten eine gewisse Beunruhigung hervorrief [256].

Nach dem Verwaltungsbericht Graf Arnims für das Jahr 1835 bestand jedoch trotz dieser Agitationswelle insgesamt kein Anlaß zu ernster Besorgnis für das Gouvernement. Vielmehr könne man, wie er bei sorgfältiger Nachforschung festgestellt habe, versichert sein, „daß die Gesinnung der Geistlichkeit und des Volkes trotz jener ungünstig einwirkenden Verhältnisse im allgemeinen nicht in besorglicher Art gestört" werde. Die Städter hindere „die materielle Wohlfahrt", bei jenen

---

250 Personen und Zustände aus den kirchlich politischen Wirren in Preußen, Michelis, Binterim, von Droste, Leipzig 1840, S. 93. — Daß man die Verbreitung dieses Schrifttums durch Polizeimaßnahmen nicht unterbinden konnte und der Kampagne im Grunde hilflos gegenüberstand, mußte auch der preußische Innen- und Polizeiminister eingestehen (DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den preußischen König, 24. Mai 1836).

251 Personen und Zustände S. 93.

252 Vgl. Qu. Nr. 17.

253 Schrörs, Rheinische Katholiken und belgische Parteien S. 42. — Diese Zeitschrift erschien monatlich. Sie soll in der Rheinprovinz ebenfalls nicht durch den Buchhandel vertrieben, sondern durch die sog. Limburger Butterbauern unmittelbar von Lüttich in die Aachener Gegend und von dort an den Rhein befördert worden sein. In Kreisen katholischer Adliger sei das Blatt viel gelesen worden. — Über die Angriffe des Journals gegen die preußische Kirchenpolitik vgl. auch Schwahn S. 51 ff. — Daß der Ton dieses Blattes oft schockierend wirkte, zeigt z. B. die Tatsache, daß selbst ein so überzeugter und eifriger Verteidiger der kirchlichen Freiheit wie Ferdinand Karl Hubert von Galen, preußischer Geschäftsträger in Brüssel, auf die an ihn ergangene Weisung hin ohne Einwände und Bedenken bei der belgischen Regierung gegen die im „Journal" veröffentlichten „heftigen und lügenhaften Ausfälle gegen Preußen" Einspruch erhob (Schwahn S. 58). — Vgl. ferner von der Dunk S. 194.

254 Vgl. Qu. Nr. 29. — So soll man auch, einem Bericht des belgischen Gesandten in Berlin zufolge, seitens der preußischen Staatsregierung dem päpstlichen Unterstaatssekretär Cappacini im Oktober 1837 erklärt haben, man vermute das Bestehen einer geheimen Verbindung zwischen dem belgischen und dem rheinischen Klerus (de Ridder S. 152).

255 Schiffers, Das katholische Aachen im Wandel der Jahrhunderte S. 88; vgl. ferner Gatz S. 12—46.

256 Ebd. S. 25 f.

„kirchlichen Störungen" an etwas anderes als lediglich an das Kirchliche zu denken, und dies währe nicht länger als die wenigen Augenblicke, die er gerade „durch Lesen und Hören" darauf geführt werde [257]. Nachher sei es „im äußeren Treiben und Wohlbefinden" vergessen. Der Landmann befinde sich zwar wegen der derzeitigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse „augenblicklich in unbehaglicher Lage". Hier könnte „geistliches Mißtrauen einen durch den materiellen Bruch bereiteten Boden" finden: „Aber dies wollen selbst die fanatischen Geistlichen nicht, und der Landmann ist an sich ohne alle politische Regsamkeit" [258]. Durch geeignete Maßnahmen sei es durchaus noch möglich, „die Spuren dieser nachteiligen Umstände wieder zu verwischen". Dazu gehöre, daß der neuerwählte Erzbischof in Zusammenarbeit mit dem Gouvernement „die frühere Richtung zu einer reinen, aber aufgeklärten katholischen Kirche" verfolgen müsse und der Klerus künftighin ausschließlich auf der Universität auszubilden sein werde. Zum andern müsse man sich hüten, durch einzelne mit dem katholischen Glauben unvereinbare Maßregeln wie z. B. „die Prohibierung der Verpflichtungen über die Konfession der Kinder aus gemischten Ehen die wunden Stellen der katholischen Bevölkerung zu berühren". Schließlich sei es auch dringend erforderlich, daß man die dem Gouvernement vorgeworfene Parteilichkeit dadurch widerlege, daß man auch „in äußerer Beziehung" den katholischen Klerus auszeichne und in seiner materiellen Lage verbessere [259]. Trotz der „geistlichen Richtung" seien viele Kleriker dem Wunsche nach äußerer Auszeichnung (z. B. Ordensverleihung) immer noch sehr zugänglich, und man würde „mit etwas Freigiebigkeit hierin viel wirken" [260].

Eine Entwicklung in dem hier gewünschten Sinne ist jedoch nicht eingetreten. Das dürfte seine Ursachen nicht zuletzt darin haben, daß seitens der extremistischen katholischen Presse der — nach dem Tode Spiegels zweifellos noch aussichtsreicher erscheinende — Kampf weiter verschärft wurde. Sie hat nach den Worten Arnims allein im Jahre 1836 „mehr Gift gestreut als in den früheren 20 Jahren der preußischen Regierung zusammen genommen" [261]. Schienen auch die konfessionellen Reibungen (Einsegnung gemischter Ehen, Verweigerung von Begräbnissen) Ende des Jahres etwas nachzulassen, so nahmen sie doch kurze Zeit später erneut wieder zu [262]. Wie Arnim weiter ausführt, stehe diesem konsequenten und energischen Voranschreiten der ultramontanen Agitation jedoch bedauerlicherweise „ein nicht weniger als positives Handeln" der Staatsregierung gegenüber: „Die Verleumdungen sind nicht widerlegt, sondern ignoriert, die Böswilligen nicht bestraft, sondern geduldet und den Angriffen nicht in der Quelle noch im Ganzen, sondern nur in der einzelnen Erscheinung und nur dadurch begegnet, daß man, vergeblich, die Verbreitung jener Schriften ... durch polizeiliche Maßnahmen zu hemmen gesucht hat" [263]. Er müsse unter diesen Umständen dringend anraten, daß man endlich eine der Situation angemessene kirchenpolitische Konzeption entwickele, sich von dem bisherigen Schwanken lossage und zu einem konsequenten

[257] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165[I] S. 275.
[258] Ebd. S. 277.
[259] Ebd.
[260] Ebd. S. 279 f.
[261] Ebd. S. 309.
[262] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 1 vol. 2, Polizeibericht Arnims für Januar 1837.
[263] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165[I] S. 311.

Handeln aufraffe [264]. Mit dieser Empfehlung bekundete auch im großen und ganzen der Düsseldorfer Regierungspräsident Graf Stolberg seine Übereinstimmung, wenn er auch die Betonung darauf legte, man müsse sich zunächst stärker um den Ausgleich bestehender Mißverhältnisse bemühen [265]. Diesen Ratschlägen zu folgen, war der Innen- und Polizeiminister nur zu gern bereit, blieben doch, wie er in einer Denkschrift vom 24. März 1837 bedauernd feststellte, die Umtriebe nicht ohne negative Auswirkungen auf die Gesinnung mancher Angehöriger des rheinischen Klerus; allerdings liege die vorgeschlagene Abhilfe außerhalb der Möglichkeiten seines Ressorts; vielmehr bedürfe es einer grundsätzlichen Änderung der preußischen Haltung auf kirchenpolitischem Gebiete, wenn man der sich ausbreitenden Unruhe wirksam Einhalt gebieten wolle [266]. Eine solche Wendung ist jedoch nicht erfolgt, wofür nicht zuletzt auch die starre Haltung des Königs verantwortlich zu machen sein dürfte, dessen Abneigung gegen die katholische Kirche offenkundig [267] und der allem Anschein nach nicht in der Lage bzw. bereit war, die Zeichen der Zeit zu erkennen, geschweige denn die notwendigen Konsequenzen hieraus zu ziehen.

Trotz der fortgesetzten ultramontanen Agitation ist allerdings dem Kronprinzen und den ihn begleitenden Prinzen Wilhelm, Karl, Albrecht und Alexander bei einem erneuten Besuch der Rheinprovinz im August und September 1836 ein herzlicher Empfang zuteil geworden, so in Koblenz [268], Köln [269] und Kreuznach [270]. Selbst in Aachen gab es nach dem Bericht des Polizeidirektors Lüdemann nicht die geringste Störung zu verzeichnen. Auch sei die ganze Stadt „aus freiem Antriebe" glänzend illuminiert gewesen [271]. Bemerkenswert erscheint auch, daß der Kronprinz im Hause des Fabrikanten Nellessen-Kelleter abstieg, einem Angehörigen der Schicht, die sich der ultramontanen Bewegung sehr zugetan zeigte bzw. noch erweisen sollte. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Eintracht zwischen Volk und Monarchie gestaltete sich in Aachen nicht nur die Feier des 3. August [272], sondern auch die beim Besuche des Kronprinzen erfolgte Grundsteinlegung eines Denkmals zur Erinnerung an den Aachener Kongreß vom Jahre 1818 [273]. Auch

---

[264] Vgl. Qu. Nr. 21.
[265] Vgl. Qu. Nr. 22.
[266] Vgl. Qu. Nr. 23.
[267] Vgl. hierzu Wendland S. 144—179; Schrörs, Kölner Wirren S. 267 f.
[268] „Koblenz, 12. August. — Unter dem Geläute aller Glocken, dem unaussprechlichen Jubel des Volkes hielten gestern abend 8 Uhr Se. Königl. Hoheit ihren feierlichen Einzug in unsere Stadt . . . Überall brachte das Volk ihnen ein enthusiastisches Hoch . . . Das freundliche Benehmen der Prinzen hat alle Herzen für das Königshaus begeistert" (Wiedergabe eines Berichts der Rhein- und Moselzeitung im Westfälischen Merkur vom 15. Sept. 1836).
[269] Westfälischer Merkur vom 18., 20. Sept. 1836.
[270] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 14966, Schr. des Kreuznacher Landrats vom 11. Okt. 1836.
[271] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 95 Nr. 11 Bd. 1, 5. Okt. 1836.
[272] Ausführlicher Bericht unter St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. 494.
[273] Vgl. Qu. Nr. 16. — An die damalige allgemeine Begeisterung erinnerte der Aachener Oberbürgermeister Emundts noch in einem Schreiben an Metternich vom Februar 1839 (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Collectanea Fasz. 11). — Zur Vorgeschichte dieser Feier vgl. Albert Huyskens, Der Aachener Kongreß von 1818 und das Kongreßdenkmal, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 43, 1921, S. 216 ff.; ferner: Wandersleb S. 139 f. — Zum Verlauf der Feier s. auch Wandersleb S. 143 f.

die Reise durch Gebiete nahe der belgischen Grenze war von einem kaum weniger positiven Echo begleitet [274], wie sich auch die Feier des königlichen Geburtstags zu einem eindrucksvollen patriotischen Fest gestaltete [275]. Diese Erscheinungen lassen darauf schließen, daß die ultramontane Agitation das Vertrauen weiter Bevölkerungskreise zum preußischen Staat noch nicht ernsthaft zu erschüttern vermocht hatte, wenn auch inzwischen auf konfessionellem Gebiet eine gesteigerte Reizbarkeit, insbesondere unter der katholischen Bevölkerung des Regierungsbezirks Aachen, nicht mehr zu verkennen war [276]. Bemerkenswerterweise gehörte es hier auch im gebildeten Bürgertum — abgesehen von der „erwachsenen männlichen Jugend in den höheren Ständen" — nicht mehr zum guten Ton, „gleichgültig gegen Religion und Kirchtum zu sein" [277].

f) Die „Wahl" Droste-Vischerings zum Nachfolger Spiegels und ihre Auswirkungen

An dem Weiterschwelen der von den rheinischen Ultramontanen und durch die publizistischen Attacken aus dem süddeutschen Raum und vor allem aus Belgien geschürten Unruhe [1] hat diese good-will tour der Prinzen keine nennenswerten Änderungen bewirken können. Auch mußte das Gouvernement mit Bestürzung feststellen, daß es in dieser Auseinandersetzung an dem am 1. Dez. 1835 zum Nachfolger Spiegels gewählten und am 29. Mai 1836 inthronisierten Clemens August von Droste zu Vischering nicht die erhoffte Stütze fand [2]. Die frühere Richtung zu einer „reinen, aber aufgeklärten katholischen Kirche" (Arnim) fortzuführen, lag nun durchaus nicht im Wesen Droste-Vischerings, eines entschiedenen Gegners einer rationalistischen Theologie [3]. So pflegten auch fanatische Geistliche, wie Arnim berichtet, „zum Teil vielfach in dem Glauben, daß der Erzbischof ihnen wohl wolle, den gestreuten Samen" des Hasses sorgfältig [4].

Es ist manchem ein Rätsel gewesen, was die preußische Staatsregierung bzw. den König bewogen haben mag, den wenig konzilianten und aus seinen Vorbehalten gegen die preußische Kirchenpolitik bisher kein Hehl machenden Geistlichen [5] an

---

[274] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 95 Nr. 11 Bd. 1, Ber. Arnims.

[275] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. Nr. 494, Ber. Lüdemanns vom 4. Aug. 1836.

[276] So schreibt Arnim im Verwaltungsbericht für 1836 (verfaßt am 20. März 1837): „Die bereits in meinem vorjährigen Verwaltungsberichte bezeichneten ungünstigen Verhältnisse in der Stimmung der katholischen Kirche und ihrer Gläubigen haben . . . leider nicht nur im verwichenen Jahre fortgedauert, sondern sie sind noch schroffer, empfindlicher und schwieriger geworden" (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165[I]).

[277] Vgl. Qu. Nr. 17.

[1] „Die Beiträge zur Kirchengeschichte, deren Nachdruck (das Rote Buch), die Fastenpredigten des Pfarrers Hendrichs mit ihren Randglossen, die Winterabend-Unterhaltungen und endlich die monatlichen Hefte des Journal historique et littéraire bilden allmählich eine kleine Bibliothek, aus welcher jede Klasse der Bevölkerung Mißtrauen, Haß und Aufreizung gegen das akatholische Gouvernement in einer ihren Begriffen und ihrer Bildung angemessenen Form schöpfen kann" (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165[I]).

[2] Ebd. S. 315 f.

[3] Vgl. Schrörs, Kölner Wirren S. 174 ff.; Lill S. 41.

[4] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165[I], Verwaltungsbericht für 1836 S. 309 f.

[5] Gerd Eilers ging sogar so weit zu bemerken: „Der Generalvikar zu Münster, Clemens

die Spitze dieses hohen kirchlichen Amtes zu „berufen“ [6], anstatt zur Versöhnlichkeit neigende Geistliche wie z. B. den Generalvikar Hüsgen, für den zu stimmen eine große Anzahl von Domherren bereit gewesen sein soll [7], zu berücksichtigen. Auch dem Bischof von Trier, Hommer, hat man offensichtlich nur ein Scheinangebot gemacht; man war an seiner Kandidatur nicht ernsthaft interessiert“ [8]. Während Drostes Tätigkeit als Generalvikar war es zwischen ihm und dem Oberpräsidenten von Vincke zu heftigen Zusammenstößen gekommen [9]. Der tiefere Grund für die kompromißlose Haltung Droste-Vischerings gegenüber dem Staat lag offensichtlich darin, daß er seine Kirche als eine streitende gegen alles ansah, was einzelne Mitglieder vom „schmalen Heilswege“ ablenken, den Fortbestand der Kirche zu bedrohen und ihre Ausbreitung über die ganze Erde zu hemmen schien [10]. Auch in der Zeit nach dem Amtsantritt Lüninck s als Bischof von Münster (1820) und während der Amtszeit von Drostes Bruder Caspar Max (seit 1825), die Clemens August, von Verwaltungsgeschäften zurückgezogen, Werken der Barmherzigkeit gewidmet hatte, hatte er sich durch nichts ausgezeichnet, was ihm das Wohlwollen führender preußischer Staatsmänner hätte einbringen können. Daß Clemens August dann im Jahre 1833 dem Gouvernement seine Bereitschaft zu erkennen gegeben haben soll, die Verwaltung einer Diözese innerhalb Preußens zu übernehmen, erscheint unter diesen Umständen daher recht merkwürdig. Doch wenn Droste dann 1835 tatsächlich aus seiner Zurückgezogenheit in das Rampenlicht der Politik gezogen wurde, so ist dies wohl in erster Linie der Verwendung des Kronprinzen zu verdanken. Dies geht auch aus den Ausführungen Ferdinands von Galen [11] hervor:

Freiherr von Droste zu Vischering, hatte früher starke Beweise von priesterlicher Anmaßung und Beschränktheit gegeben“ (Meine Wanderung durchs Leben 3. Teil S. 134).

[6] So soll sogar der Kardinalstaatssekretär, als ihm die Absicht des Königs mitgeteilt wurde, Clemens August von Droste-Vischering für den Kölner Stuhl zu designieren, ausgerufen haben: „Ist Ihre Regierung toll?“ (Nippold, in: Preußische Jahrbücher 23. Bd., 1869, S. 437). — Auch in Köln vernahmen die Kapitulare mit Staunen und Schrecken den Vorschlag der Regierung. Nicht ohne Schwierigkeit gelang es ihren Vertretern, den Widerstand des Domkapitels zu beseitigen (Schrörs, Kölner Wirren S. 243). — In diesem Sinne gibt auch E. Hegel in seiner jüngsthin erschienenen geistvollen Charakterstudie Droste-Vischerings der Ansicht Ausdruck: „Daß ein solcher Mann fünfzehn Jahre nach seinem Scheitern in Münster ausgerechnet von Berlin für den erzbischöflichen Stuhl in Köln ausersehen wurde, ist kaum begreiflich“ (Westfälische Lebensbilder X S. 90).

[7] Korrespondentenbeitrag aus Berlin in der Allgemeinen Zeitung vom 1. Dez. 1837. — Auf diese Unterlassungssünde der preußischen Staatsführung weist z. B. auch ein Kölner Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 22. Aug. 1838 hin: „Was ich von dem Generalvikar Dr. Hüsgen höre, sogar den Tadel nicht ausgenommen, ist nur geeignet, ihm Wert zu verleihen. Die Regierung hätte darauf halten sollen, daß die erzbischöfliche Würde, statt in die Hände ungelehriger, schwerfälliger Aristokraten alten Stils, in die tüchtigern für unsere Zeit gebildeter Männer ohne allen adeligen Beigeschmack gekommen wäre.“

[8] Trippen S. 74.

[9] Vgl. Schrörs, Kölner Wirren S. 191—204.

[10] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 1 (1838) S. 1066.

[11] Archiv Galen-Assen F 527, Mein Leben in der Religion. — Interessant dürften auch die im Anschluß hieran von Galen gemachten Ausführungen über seine Einblicke in das Intrigenspiel hinter den Kulissen der preußischen Kirchenpolitik zur Zeit Spiegels sein: „Die nähern Beziehungen, in welche ich zu Clemens August getreten war, veranlaßten mich, während meines sechsmonatlichen Aufenthaltes in Berlin, eingehender, wie ich es bis dahin zu tun gewohnt war, mich mit kirchlichen Dingen zu beschäftigen, und namentlich suchte ich über die damals obschwebenden Verhandlungen zwischen unsrer

„Ende September [1833] reisten mein Bruder und ich von Dinklage nach Münster, um dem Kronprinzen, der zum Besuch dort war, unsre Aufwartung zu machen. In diesen Tagen begründete und entwickelte sich zwischen Sr. Königlichen Hoheit und Clemens August die wechselseitige Zuneigung und Sympathie, die letzteren auf den erzbischöflichen Stuhl von Köln nach Gottes weiser Fügung geführt hat. Der Kronprinz besuchte, vom Weihbischof begleitet, das Clemenshospital ..., und ein Büchelchen, von ihm geschrieben, über den Geist und die Bestimmung dieser Genossenschaft, überreichte Clemens August als Geschenk dem Thronfolger. Aus diesen leichten Fäden entspann sich die Entwicklung des großen Ereignisses. Bald nachher gab sich mir in der Ansicht von Clemens August über seine Stellung gegenüber der preußischen Regierung eine merkwürdige Änderung zu erkennen ... Seit er im Jahre 1818 [1820!] auf Veranlassung des heiligen Stuhls, die allerdings durch die Regierung provoziert worden war, die Verwaltung der Diözese Münster als Generalvikar niedergelegt hatte, war er allen Geschäften fremd geblieben ... und stand seinem Bruder Caspar Max, seitdem dieser Bischof von Münster geworden war, wenn nicht feindlich, doch völlig fremd und gleichgültig gegenüber, so daß zwischen beiden nicht der geringste Verkehr in bezug auf kirchliche Angelegenheiten stattfand. Während der Bischof sich ohne großen Widerstand dem Einfluß der Regierung hingab, blieb zwar Clemens August auch jetzt noch fest stehen in seinem angeborenen Widerwillen und Mißtrauen gegen Preußen, aber dennoch, als ich im Dezember 1833 in Berlin ins Ministerium berufen wurde, gab er mir den bestimmten Auftrag, an geeigneter Stelle zu erkennen zu geben, daß er namentlich mit Hinweisung auf den Bischofssitz von Breslau, dessen Vakanz entweder damals eingetreten war oder bald bevorstand, nicht abgeneigt sei [12], die Verwaltung einer Diözese im preußischen Staate zu übernehmen, ein Auftrag, dessen ich mich beim Kronprinzen entledigte, der aber vorläufig wirkungslos blieb".

Offenbar empfand der Thronfolger starke Sympathien mit Drostes innerlicher und warmer Religiosität, die sich in einer für ihn einnehmenden Weise so wohltuend von der ihm verhaßten rationalistischen Verflachung abhob [13]. Dazu entstammte

---

Regierung und der Römischen Kurie mir nähere Aufklärung zu verschaffen. Ein Beamter im Königlichen Staatsarchiv namens Neumann, den ich seit längerer Zeit kannte, verschaffte mir in dieser Hinsicht aktenmäßige Auskunft durch eifrige Mitteilung der zwischen Berlin, Köln und Rom ausgetauschten Originalkorrespondenz ... gewiß ist, daß in jenen Aktenstücken mir ein derartiges Gewebe von Lügen Intrigen und Entsetzlichkeiten entgegentrat, daß mir die Haare davon zu Berge standen. Den Schluß bildeten die Alternative, die man dem Erzbischof gestellt hatte: Entweder Unterzeichnung der berüchtigten Konvention über die gemischten Ehen, und dann liegt hier für dich der Schwarze Adlerorden, oder, du unterzeichnest nicht, und dann droht dir die Entfernung von deinem Sitze! Die Korruption, woraus diese Mißgeburt hervorging, lag aber nicht allein in Berlin und Köln, sondern auch vielleicht in Rom. Wenigstens hat mich später der Kronprinz auf das bestimmteste versichert, Mgr. Capaccini habe an Bunsen bei dessen Abreise von Rom gesagt: „Hier haben Sie das Breve, gehen Sie damit nach Deutschland, verständigen Sie sich mit Spiegel und machen Sie damit, was Sie wollen, wir werden ein Auge zudrücken."

[12] Die Ambitionen Droste-Vischerings auf das Bistum Breslau werden auch von einem zeitgenössischen Publizisten betont (Beurtheilung der Thatsachen, durch welche die Maßnahmen der preußischen Regierung ... herbeigeführt worden sind S. 46; Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 1 (1838) S. 1067).

[13] Schrörs, Kölner Wirren S. 219.

Droste einer der ältesten und angesehensten Adelsfamilien Westfalens, nach der Auffassung des englischen Gesandten in Berlin, Lord Russell, bei der restaurativen Staatsauffassung des Kronprinzen ein nicht in geringem Maße ausschlaggebender Grund [14]. Ferner scheint man in Berlin gehofft zu haben, durch diese Berufung eine der Regierung günstigere Stimmung bei Klerus und Volk herbeizuführen, die besonders im Hinblick auf die erst in der Durchführung begriffene neue Mischehenregelung von großem Wert sein mußte [15]. Die in diesem Zusammenhang eminent wichtige Frage, ob Droste-Vischering die Berliner Konvention gekannt hat, ist wohl dahingehend zu beantworten, daß er zwar von ihrer Existenz geahnt hat, ihren genauen Inhalt jedoch nicht kennenlernen wollte, um seine Berufung an die Spitze des Kölner Erzbistums nicht zu gefährden [16]. Die Staatsregierung mußte allerdings aus dem Stillschweigen Droste-Vischerings den Eindruck gewinnen, als ob er die Konvention tolerieren würde. Dabei glaubte man gleichzeitig wohl, „das erwachende Mißtrauen der Katholiken mit einem Heiligen beruhigen" zu können [17]. Letzteres ist auch von Vertretern der katholischen Er-

[14] Vgl. Qu. Nr. 97. — Die gleiche Auffassung vertritt auch ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (14. Okt. 1841) aus Münster: „Aber der Name eines Freiherrn von Droste entschied damals. Er stammt aus dem Mittelalter, dem unser herrlicher Dom angehört . . ." — Nach den Worten des Bonner Kurators Rehfues hat der rheinisch-westfälische Adel, für dessen Zielsetzung, sich wieder als bevorrechteter Stand zu etablieren, der Einfluß und die Autorität eines aus ihren Reihen stammenden Erzbischofs von Köln von größter Wichtigkeit erachtet worden sei, alles aufgeboten, um „den einzigen Geistlichen, der sich aus ihrem Stande unter ihnen noch befand, zu dieser hohen Würde zu befördern: Es wurden die Frömmigkeit, die Wohltätigkeit, die patriarchalische schlichte . . . Lebensweise des Designierten gerühmt; es wurde bemerklich gemacht, wie groß die Freude, die Dankbarkeit aller guten und frommen Katholiken sein werde, und nicht unerwähnt gelassen, daß man bei dieser Gelegenheit den mächtigen westphälischen und rheinischen Adel verbinden könne" (Die katholische Kirche in der preußischen Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln S. 58).

[15] Schrörs, Kölner Wirren S. 219.

[16] Hegel, Droste-Vischering, in: Westfälische Lebensbilder X S. 91; Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 1 (1838) S. 1067. — Dies bestätigen auch die Ausführungen des Droste-Vischering verwandten Ferdinand von Galen (vgl. Qu. Nr. 13). — Daß der Inhalt der Berliner Konvention nicht zu seiner Kenntnis gelangt sei, hat auch Droste-Vischering selbst nachdrücklich betont (Qu. Nr. 236). — Dadurch aber, daß er sich vor der Kenntnisnahme der Wahrheit drückte, legte er nicht zuletzt den Grund für den späteren unüberbrückbaren Konflikt mit der Staatsregierung!

[17] Schrörs, Kölner Wirren S. 215. — Daß die Wahl Droste-Vischerings in der Tat unter der Bevölkerung großen Beifall fand („wegen seiner tiefen Religiosität sowohl als seiner sonstigen ausnehmenden Eigenschaften"), stellte z. B. der Neusser Bürgermeister in den Annalen für 1835 heraus (Stadtarchiv Neuß). So heißt es auch in einer Denkschrift eines rheinischen Katholiken (verfaßt etwa gegen Ende 1836) über die Auswirkungen dieser „Wahl": „Der Eindruck dieses großartigen Entschlusses des Königs auf die gläubigen Katholiken ging durch alle Provinzen; vielleicht ist unserm Könige in diesen Landesteilen nie aufrichtiger gedankt worden" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 1 Bl. 124). — Daß der Adel über die „Wahl" besonders glücklich war, liegt nahe: „Die Aristokratie erhob doppelt stolz ihr Haupt und glaubte, der kirchlichen Sanktion gewiß, aus der republikanisierten christlichen Ethik die Tugenden der Ehre, der Treue und der Tapferkeit nunmehr für sich allein wieder vindizieren zu können" (Die katholische Kirche in der preußischen Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln S. 65). — Auch in gewissen Berliner Kreisen fand die Erhebung Drostes auf den Kölner Stuhl offenbar großen Beifall: „Die Koryphäen des Berliner Wochenblattes (vgl. hierzu auch unten S. 456 f.) . . ., Leute, die Preußentum, Rittertum und Katholizismus in eine so reizende ideale Verbindung zu bringen verstehen, daß ein bürgerlich schlichter Verstand darüber staunen muß, diese wußten

neuerungsbewegung wie Michelis und Laurent klar erkannt worden [18]. Doch erhofften sie sich von der Wirksamkeit des neuen Erzbischofs die gegenteilige Wirkung. So erwarteten sie mit Sicherheit, daß er mit dem Hermesianismus gründlich aufräumen und ihren Wünschen zur Herstellung einer weitgehenden kirchlichen Freiheit Erfüllung verschaffen werde [19]. Es sollte sich dann in der Tat zeigen, daß die Ultramontanen in ihrer Einschätzung Droste-Vischerings nicht fehlgegangen waren. Wenn sie allerdings gehofft hatten, daß sich die rheinische Geistlichkeit nunmehr unter der Führung ihres Oberhirten zu einer die Verwirklichung der von den Orthodoxen angestrebten Zielsetzung zusammenfinden werde, so sollte zunächst eher das Gegenteil der Fall sein. Nach der Darstellung des Aachener Regierungspräsidenten Graf Arnim im Verwaltungsbericht für 1836 hat nämlich das kompromißlose, jegliche Konzilianz entbehrende Auftreten des undiplomatischen westfälischen Prälaten, das selbst von Vertretern der strengkirchlichen Publizistik gerügt wurde [20], den Zwiespalt innerhalb der Geistlichkeit seiner Diözese verstärkt: „Es hat ihr Vertrauen nicht geehrt und durch die offenbare Bevorzugung aller Antihermesianer, das Verwerfen der Lehrweise in Bonn und gleichzeitiges Nachgeben in der bewußten Übereinkunft über die gemischten Ehen vom Jahre 1834 alle Fraktionen derselben mehr oder weniger sich entfremdet" [21]. So entbehre die Geistlichkeit „entschieden opponierender Maßregeln des Oberhauptes und des Mittelpunktes". Dennoch könne das Prinzip „Divide et Impera" auf die Dauer nicht zum kirchlichen Frieden führen [22].

Erstaunlicherweise hoffte Arnim immer noch darauf, daß der Erzbischof nicht anstehen werde, „durch geeignete kräftige Hirtenbriefe die Geistlichkeit und das Volk wieder fest zu machen in ihrem Glauben an die ungestörte Entwicklung und Pflege der katholischen Kirche, in ihren Pflichten gegen die von Gott eingesetzte weltliche Obrigkeit und im Vertrauen auf deren väterliche und gerechte Gesinnungen" [23]. Auch der Düsseldorfer Regierungspräsident Graf Stolberg zeigte sich

---

in vertrauten Zirkeln den Neuerwählten nicht genug zu loben. ‚Er ist ein Mann von apostolischer Würde und Einfachheit; ein wenig einseitig und beschränkt, das tut aber nichts.' — Ehrliche und harmlose Protestanten, die aber die Eigentümlichkeit haben, daß sie sich nur aus mittelalterlichen Gebetbüchern erbauen können, stimmten mit ein" (ebd.).

[18] Schrörs, Kölner Wirren S. 215.

[19] Möller, Laurent, 1. Teil S. 264. — So schrieb auch etwa der Aachener Kaplan Josef Istas am 6. Febr. 1836 nach der Wahl Droste-Vischerings: „Unsere kirchlichen Angelegenheiten haben eine unerwartete freudige Wendung genommen. Unter dem ersehnten künftigen Erzbischof . . . sehen wir getrost einer schönen Zukunft entgegen" (zitiert bei E. Gatz, Kaplan Josef Istas . . ., in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1972 S. 215 f.).

[20] So hieß es etwa in der Aschaffenburger Katholischen Kirchenzeitung vom 23. Nov. 1837, daß von seiten des Erzbischofs, dem „eine für amtliche Wirksamkeit unglückliche Schroffheit eigen" sei, „nicht die rechte Fügsamkeit und der rechte Takt bewiesen worden" sei (zitiert nach Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 1 (1838) S. 1073).

[21] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165[I], Ber. vom 20. März 1837, S. 316. — Ähnlich heißt es in einer im Nachlasse Altensteins befindlichen Denkschrift über die Spannungen zwischen den verschiedenen Generationen innerhalb des Klerus: „Dieser Gegensatz zwischen der älteren und jüngeren Generation wird glücklicherweise durch den Erzbischof genährt, der die Sachen in der Kleidung auf das alte zurückführen und die runden Hüte, die Stiefel und die langen Beinkleider über denselben verbannen will" (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 14).

[22] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165[I], Ber. vom 20. März 1837, S. 316.

[23] Ebd. S. 317. — Arnim fährt weiter fort: „Wenn es ihm also ernst ist mit der Heilig-

davon überzeugt, daß der „Kern dieses Mannes durchaus ehrenwert" und Droste-Vischering, jedenfalls „in allen weltlichen Beziehungen", unbedingt der konservativ-legitimistischen Partei zuzurechnen sei, wie er auch in dieser Hinsicht dem König ergeben zu sein scheine. Daher sei der Versuch einer „offenen, ruhigen Verständigung" mit dem gewiß nicht leicht zu nehmenden Erzbischof durchaus anzuraten [24].

Tatsächlich hat sich Droste-Vischering, der im Herbst 1836 mit der von ihm in Köln vorgenommenen Taufe zweier Dampfschiffe auf die Namen Friedrich Wilhelm und Wilhelm [25] immerhin äußerlich seine Loyalität gegenüber dem Königshaus bekundet hatte und sich offensichtlich auch in der Mischehenfrage noch zurückhielt [26], damals aus der gegen den Heinsberger Oberpfarrer und Dechanten Hendrichs angestrengten Untersuchung gänzlich herausgehalten und es zugelassen, daß dem unbequemen Geistlichen, der als Druckmittel zur Durchsetzung seines Standpunktes ein Entlassungsgesuch eingereicht hatte, die Dimission bewilligt wurde [27].

Der Fall Hendrichs hatte großes Aufsehen erregt, und war zu einem bedeutenden Prüfstein im Verhältnis des preußischen Staates zur katholischen Kirche in der Rheinprovinz geworden.

Begonnen hatte die Affäre mit einer von Hendrichs am 19. Febr. 1836 in seiner Pfarrkirche gehaltenen Kontroverspredigt gegen die gemischten Ehen. Auf dieses Thema war er dann in der Folgezeit zurückgekommen. Wie sehr die Diskussion dieser Frage die Gemüter in Bewegung zu setzen vermochte, zeigt das große Echo, welches die Predigten Hendrichs' in der Bevölkerung hervorriefen. So fand sich in der Heinsberger Kirche eine so große Zahl von Zuhörern ein, daß viele der Nachdringenden keinen Einlaß mehr finden konnten [28]. Was die Predigten für die Zuhörer noch besonders interessant machen mußte, war die Aufforderung Hendrichs' an seine Gegner, ihre Drohung, ihm in der Kirche widersprechen zu wollen, doch wahr zu machen, was indes, wahrscheinlich zur Enttäuschung manchen auf ein Spektakel wartenden Zuhörers, keiner der sich ebenfalls in großer Zahl eingefundenen Protestanten gewagt hat [29]. Eine vom Oberpräsidenten gegen Hendrichs angeordnete Untersuchung führte zu keinen konkreten Resultaten, die eine Anklage vor Gericht hätten rechtfertigen können [30], doch empfahl die Regierung nachdrücklich, beim Erzbischof auf eine Versetzung Hendrichs' anzutragen. Kurze Zeit darauf legte sich Hendrichs erneut mit der Aachener Regierung

---

keit der Kirche, die Treue gegen König und Vaterland und die Einigkeit und den Frieden in seiner Diözese zu erhalten, so trete er offen und stark gegen diese Nichtswürdigkeiten hervor, belehre und beruhige das Volk und weise der Geistlichkeit in den Weg, den sie zu gehen hat. — Und wer es redlich und gut mit unserem Vaterlande und diesem wichtigen Teile desselben meint und wem die Kraft gegeben ist, den Herrn Erzbischof hierzu zu vermögen, der schiebe dies nicht auf; denn es ist wahrlich hohe Zeit!" (ebd. S. 318 f.). Vgl. auch Qu. Nr. 17.

[24] Vgl. Qu. Nr. 22.
[25] Schnütgen, Vom preußischen Königshaus S. 107 f.
[26] Hegel, in: Westfälische Lebensbilder X S. 96.
[27] Gaspers S. 183.
[28] Ebd. S. 173.
[29] Ebd. S. 175.
[30] Ebd. S. 179—182.

an, indem er einer mit einem Protestanten verheirateten katholischen Frau, die ihr Kind hatte evangelisch taufen lassen, die Aussegnung verweigerte. Als sich die Regierung daraufhin über den Oberpräsidenten an den Generalvikar Hüsgen wandte und dieser Hendrichs aufforderte, dem Wunsche nach Aussegnung nachzukommen, erfolgte die oben geschilderte Entlassung Hendrichs [31].

In der folgenden Zeit verwickelte sich Hendrichs erneut in Schwierigkeiten, indem er in seinem Abschiedsschreiben an seine Heinsberger Pfarrkinder scharfe Anklagen gegen das Erzbischöfliche Generalvikariat und das preußische Gouvernement erhob. In einem daraufhin gegen ihn angestrengten Prozeß verurteilte ihn das Landgericht in Aachen zu einer Strafe von sechs Monaten Festungsarrest [32], bei der katholischen Bevölkerung im Raum Aachen soll diese Bestrafung allerdings Befremden erregt haben [33].

Gab die Zunahme konfessioneller Spannungen dem Aachener Regierungspräsidenten Grund zu erheblicher Besorgnis, so blieb dagegen die öffentliche Stimmung in der Trierer Diözese, jedenfalls nach den Polizeiberichten des dortigen Regierungspräsidenten [34], bis zum Jahre 1836 für das Gouvernement recht zufriedenstellend [35].

Anfangs des Jahres 1837 sah sich aber auch der Trierer Regierungspräsident veranlaßt, von besorgniserregenden „Umtrieben" der katholischen Geistlichkeit in seinem Bezirk zu berichten. So werde in den Kanzelreden einer Reihe von Priestern „eine unvermeidliche Abneigung" gegen die evangelischen Einwohner der Provinz und selbst gegen den Landesherren hervorgerufen, ja sogar die Meinung erweckt, daß die Regierung eines evangelischen Herrschers eine grundsätzliche Gefährdung des katholischen Glaubens in seinen Ländern bedeute. Nach der Auffassung des Regierungspräsidenten schien daher ein strenges Einschreiten der Staatsgewalt „jetzt, wo die Anmaßung erst im Aufkommen begriffen" sei, im „Interesse des Ansehens der Staatsgewalt" dringend erforderlich zu sein: „Es wird die Billigung der aufgeklärten Katholiken finden, deren im hiesigen Regierungsbezirk mehr vorhanden sein dürften als solcher, welche die Partei der Eiferer unter den katholischen Geistlichen ohne nähere Erwägung der Verhältnisse ergreifen würden" [36]. Auch müsse er unbedingt anraten, die Wahl eines Bischofs für das vakante Bistum Trier [37] zu beschleunigen, „weil nur die Existenz eines tüchtigen und umsichtigen geistlichen Oberhaupts das Übel gründlich zu beseitigen" ver-

[31] Ebd. S. 182.

[32] Ebd., S. 184 f. — Über die anläßlich seiner Rückkehr im Jahre 1838 erfolgte demonstrativ herzliche Begrüßung durch die Bevölkerung vgl. unten S. 111.

[33] Vgl. Qu. Nr. 17.

[34] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691.

[35] Ebd., 1. Febr. 1836. — So heißt es hier auch weiter, in der Bevölkerung sei es sehr bedauert worden, daß der König nicht, wie angekündigt, seine Reise in die Rheinprovinz habe antreten können, doch die Aussicht, daß an seiner Stelle der Kronprinz erscheinen werde, habe dann große Freude hervorgerufen. Auch die jüngst in Trier anläßlich des Geburtstages Seiner Majestät veranstaltete Feier habe gezeigt, welche Verehrung ihm in der dortigen Bevölkerung entgegengebracht werde (ebd. 2. Aug. 1836; 2. Sept. 1836).

[36] Ebd., 1. April 1837.

[37] Der bisherige Bischof von Hommer war am 11. Nov. 1836 verstorben. Vor seinem Tode hatte er in einem Schreiben an die Kurie in aller Form seine Zustimmung zur Berliner Konvention widerrufen (Lill S. 48).

möge [38]. In der Tat gab die Trierer Wahlfrage bereits die Ursache zu unerfreulichen Querelen. So sah sich der Minister der geistlichen Angelegenheiten, von Altenstein, im Juli 1837 veranlaßt, gegen die Trierer Domkapitulare Braun, Arnoldi und Dr. Müller, welche sich unter Umgehung der Staatsbehörden an den Papst gewandt hatten, „um die Deklaration eines auf die Wahl eines Bischofs sich beziehenden Breve zu erlangen", eine Ordnungsstrafe von je 50 Tlr. zu verhängen [39].

Öffentliche Unruhen und Tumulte sind um diese Zeit in der Rheinprovinz allerdings nicht festzustellen. Ein Zwischenfall wird lediglich aus Aachen berichtet, wo am Neujahrsmorgen 1837 ein preußischer Leutnant von jungen Burschen unter Beschimpfungen wie „stinkender Preuße" zu Boden geworfen wurde [40], zweifellos ein Anzeichen für das Bestehen gewisser antipreußischer Ressentiments, die vielleicht mit der ultramontanen Agitation verstärkt aufgelebt waren.

Die sich in Aachen zwischen Gouvernement und gewissen Kreisen der Bevölkerung entwickelnden Spannungen beleuchtet auch das Tauziehen um die Zulassung einer zweiten Tageszeitung. So hatten sich Anfang 1837 mehrere aktive Geistliche darum bemüht, in Konkurrenz zur preußenfreundlichen Stadt Aachener Zeitung, die sich vor allem durch die Bekämpfung der in der belgischen Presse zu findenden Entstellungen über die angebliche Unterdrückung der Katholiken unter dem preußischen Regime den Haß der Ultramontanen zugezogen hatte [41], ein konkurrierendes Blatt ins Leben zu rufen, wozu die Regierung, die verständlicherweise die militante Bewegung, von der sie sich aufs schärfste angegriffen sah, nicht noch mit einem offiziell genehmigten wahrscheinlich höchst effektiven Sprachrohr ausstatten wollte, die Genehmigung verweigerte [42].

Überhaupt soll bei manchen Geistlichen der Erzdiözese das „hohe Beispiel" des Erzbischofs, der statt die Ultramontanen zur Ruhe und zur Zurückhaltung zu ermahnen, selbst seit Anfang des Jahres 1837 wegen der Mischehenfrage in stärkerem Maße mit dem Gouvernement in Konflikt geriet [43], „denselben Geist" geweckt und einer unverhüllter zu Tage tretenden Agitation Vorschub geleistet haben. So spreche man sich jetzt noch kecker auf der Kanzel aus und ereifere sich insbesondere gegen das Eingehen gemischter Ehen. Der Kaplan Kluth in Köln soll sich sogar zu der öffentlich verkündeten Behauptung verstiegen haben: „Unser Gott ist nicht der Protestanten Gott" [44], während in Bonn die Angriffe gegen die dort

[38] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, Polizeibericht des Trierer Regierungspräsidenten vom 1. Mai 1837.

[39] Ebd., 25. Juli 1837.

[40] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Nr. 223, Ber. des Aachener Polizeidirektors Lüdemann vom 2. Jan. 1837. — Auf eine gewisse Mißstimmung im Raum Aachen, möglicherweise mit hervorgerufen durch die Auseinandersetzungen zwischen dem Erzbischof und der preußischen Staatsregierung, scheint auch der Bericht Lüdemanns für Oktober 1837 hinzudeuten, vor allem, wenn man ihn mit den Schilderungen aus dem Regierungsbezirk Trier vergleicht: „Es war zu bedauern, daß die Feier des höchsten Geburtstages Sr. Kgl. Majestät von keiner Seite zu entsprechender Anregung gekommen und daher auch nichts für die Auswirkungen dieses festlichen Tages geschehen ist" (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Nr. 4792).

[41] Holthöfer S. 19; Vogel S. 72 f.

[42] Holthöfer S. 9.

[43] Hegel, in: Westfälische Lebensbilder X S. 97.

[44] O. an Michelis, R. d. 11. April 1837, in: Personen und Zustände aus den kirchlich-politischen Wirren in Preußen, Michelis, Binterim, von Droste, Leipzig 1840, S. 58.

lebenden Hermesianer immer schärfere Formen annahmen [45]. So gab der Kaplan an St. Remigius, Peters, in einer Kanzelrede der Ansicht Ausdruck, nur derjenige sei als Doktor der Theologie zu betrachten, der diesen Grad an einer vom Papst autorisierten und kontrollierten Universität erworben habe [46].

Waren bisher Auswirkungen der ultramontanen Agitation und der Spannungen zwischen Staatsregierung und Erzbischof im Regierungsbezirk Düsseldorf kaum festzustellen [47], so berichtet jedoch am 18. Nov. 1837 der Bürgermeister von Kleve, daß die Bevölkerung, vor allem in den „gehobenen" Klassen, die Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und dem Kölner Erzbischof mit regem Interesse verfolge. So sei man sehr gespannt auf die Maßregeln, „welche das Gouvernement gegen den Erzbischof nehmen" werde. Nach seinen Beobachtungen gehe man in der Einschätzung nicht fehl, daß auch die katholische Bevölkerung die Verfahrensart des wenig beliebten Erzbischofs mißbillige [48]. Dagegen vertritt der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Trauttmannsdorff, in einem Bericht an Metternich vom April 1837 die Meinung, daß die Rheinländer die größere Strenge des neuen Erzbischofs im ganzen guthießen [49]. Das gilt auf jeden Fall für eine nicht unbeträchtliche Minderheit unter den Geistlichen und zum Teil auch für manche Kreise der Bevölkerung, mit großer Einschränkung in bezug auf Köln [50], weitgehend aber wohl für Koblenz und den Raum Aachen. Vor allem in letzterem Gebiet besaß das um Popularität selbst wenig bemühte Oberhaupt der Erzdiözese [51] viele und entschlossene Anhänger [52], obwohl er die ihm bereiteten

[45] Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung bei Schrörs, Kölner Wirren S. 336—434.

[46] Wiedergabe der Predigt: Qu. Nr. 18.

[47] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 1465, Verwaltungsbericht für 1836, 1837.

[48] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856.

[49] Vgl. Qu. Nr. 24.

[50] Jedenfalls schreibt die in Bonn wohnende Josefine Kaufmann am 3. Febr. 1837 an ihre Tochter Julie Hüffer in Münster: „Der Erzbischof hatte verboten, sich auf Lichtmeß zu maskieren; doch störten sich die Kölner gar nicht an das Verbot und hielten auf Weiberfastnacht den ersten Zug wie immer. Im ganzen sind die Kölner nicht sehr zufrieden mit dem Erzbischof, obschon sie eingestehen, daß er ein sehr frommer Mann sei" (Stadtarchiv Bonn, Sammlung Kaufmann 115).

[51] So war er während seiner bisherigen Amtstätigkeit in keiner Weise der Festliebe der Kölner und ihrem Sinn für Feierlichkeiten entgegengekommen. Weder „gönnte" er Köln „die Freude eines öffentlichen Einzugs", noch traf er irgendwelche Anstalten für gesellige bzw. gesellschaftliche Veranstaltungen. „Seine Zeit war ihm zu kostbar, um auch nur etwas davon zu verlieren oder der schweren Arbeit, die auf ihm lag, zu entziehen . . . Selbst im Kultus, in dessen erhabenen Zeremonien ein Bischof so mächtig aufs Volk wirken kann, hielt er sich schier bis zur Anstößigkeit zurück . . . Sehr selten sogar las er öffentlich Messe, und als er eines Sonntags deshalb nach St. Gereon gehen wollte und großen Anlauf des Volkes dahin gewahrte, kehrte er wieder zurück" (Möller, Laurent, 1. Teil S. 318 f.). So setzte er sich dem Vorwurf aus, zwar seine untergebenen Priester zu ermahnen, die heiligen Handlungen öfter zu zelebrieren, selbst jedoch in dieser Hinsicht alles andere als ein Vorbild zu sein (F. A. Steinmann, Materialien zur Biographie und Charakteristik des Erzbischofs von Köln, in: Polemische Blätter 1. Sammlung, 1838, S. 13). — Auch heißt es, man habe in Kreisen des höheren Klerus über des Erzbischofs „Formlosigkeit, Unhöflichkeit, Mißtrauen, Starrsinn" geklagt. Andererseits soll er jedoch die niedere Geistlichkeit durch „natürliche Freundlichkeit . . . Humanität und durch eine edle Einfachheit . . . welche die Verschiedenheit des Standes verschwinden ließ" gewonnen haben (Clemens August, Erzbischof von Köln, den 20. November 1837 . . . verhaftet und abgeführt . . . S. 2).

[52] Schrörs, Geheimpolizei S. 37; Brecher S. 45—205; vgl. auch Qu. Nr. 27; ferner oben S. 37 f.

Sympathiekundgebungen bei einem gelegentlichen Besuch in Aachen schroff zurückgewiesen hatte [53]. In dem von der hermesianischen Tradition beeinflußten Bonner Bürgertum war man, wie Josefine Kaufmann schreibt, wohl weniger mit dem Kurs des Erzbischofs zufrieden [54]. Auch aus Kleve berichtet der dortige Bürgermeister am 18. Nov. 1837, nach seinen Beobachtungen werde die Verfahrensart des Erzbischofs „vielseitig mißbilligt", und es sei nicht zu verhehlen, daß er bei weitem nicht die Liebe und das Vertrauen genieße, das man seinem Vorgänger entgegenbrachte, von welchem man „stets und von allen Seiten nur Lobenswertes" vernommen habe [55].

Hatten sich Polizeiberichten der Aachener Regierung zufolge vor allem das Vorbild und die unermüdliche Tätigkeit des ultramontanen Klerus weiterhin unverkennbar auf den Sinn der Bevölkerung ausgewirkt [56], so ist es sehr verständlich, daß die Auseinandersetzungen zwischen dem Erzbischof und der preußischen Staatsregierung besonders in Aachen mit großem Interesse und ausgesprochener Sympathie für den Erzbischof, in dem man den entschiedenen Vorkämpfer für die kirchliche Freiheit erblickte [57] verfolgt und in den Wirtshäusern lebhaft diskutiert wurden [58]. Auch heißt es in den Polizeiberichten weiter, für den Fall, daß man es wage, Hand an die Person des Oberhirten zu legen, müsse man sogar Aufruhr und Empörung befürchten, vor allem, wenn man berücksichtige, daß zu den konfessionellen Streitfragen noch andere Beschwerdepunkte hinzuträten: „Im Stande der Industriellen wähnt man, daß im benachbarten Belgien die Industrie weit effektvoller begünstigt werde als im Vaterlande. Unter den Justizbeamten lebt fast allgemein der Wahn, daß man mit allmählicher Vernichtung der rheinischen Justizverfassung, an der alle Stände mit Hartnäckigkeit festhalten, umgehe. Steuern, in Vorschlag gekommene Gesetze über Gewerbe, den Adel, die Furcht, die Kommunalverfassung geändert zu sehen, und manches andere hat hier mehr Abneigung als Teilnahme und Hoffnung erregt in der öffentlichen Stimmung, wenn sie auch äußerlich ruhig und gesetzmäßig geblieben ist . . ." [59].

So waren die Bedenken, die Rochow im Mai 1837 dem König über die Haltung der katholischen Geistlichkeit und die Stimmung „eines großen Teiles der Bevölkerung in konfessioneller Hinsicht" vorgetragen hatte [60], nicht ganz ungerechtfertigt. Auf einer Erkundungsreise über die Zustände in der Rheinprovinz im Juli

---

[53] So berichtet Laurent: „Das fromme Aachen mit seiner treuen, altkatholischen Bürgerschaft besuchte er nur ein einziges Mal und nur auf die dringendsten Bitten und nur, um Tausenden das Sakrament der Firmung zu spenden. Und wie geschah dieser Besuch? Er kam ganz allein und so unangemeldet und unerwartet, daß die Glocken seine Ankunft erst verkündeten, als er schon lange in der Stadt war . . . Die allgemeine Beleuchtung, welche abends ihm zu Ehren geschah, hat er nicht gesehen" (Möller, Laurent 1. Teil S. 320).

[54] „Unser Erzbischof macht so viel Verwirrung im Lande, wie noch nie war. Du kannst Dir keinen Begriff machen von der Aufregung unter den Katholiken. Jeder Vernünftige bedauert, daß Spiegel nicht mehr lebt und daß gerade dafür Droste an seine Stelle kam" (13. April 1837, zitiert bei Franz Kaufmann S. 16).

[55] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856.

[56] Schrörs, Geheimpolizei S. 40.

[57] Brecher S. 136.

[58] Schrörs, Geheimpolizei S. 39.

[59] Zitiert ebd.

[60] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, 24. Mai 1837.

1837 sprach Rochow, wenn auch die kirchlichen Fragen eigentlich nicht zu seinem Ressort gehörten, bei Droste-Vischering selbst vor, offenbar in der Hoffnung, durch eine persönliche Unterredung zu einer Annäherung in den strittigen Fragen gelangen zu können. Er mußte sich jedoch davon überzeugen, daß der Erzbischof in den Grundsatzfragen stahlhart blieb [61]. Es heißt, Rochow habe nach seiner Rückkehr in Berlin nicht verhehlt, daß nach seiner Auffassung die Störrigkeit des Erzbischofs „das Ergebnis der Stimmung einer weitverzweigten, geheimen Partei" sei [62]. Überhaupt war nach seiner Ansicht ein konkretes Verhandlungsergebnis mit

[61] Schrörs, Kölner Wirren S. 479 ff.

[62] v. d. Marwitz S. 254. — In einem Bericht an Wittgenstein äußert sich Rochow indes differenzierter: Droste-Vischering habe sich über die Pläne des benachbarten belgischen Klerus mit größer Indignation geäußert, allein dies sichere nicht davor, daß der Erzbischof, wenn er in seinen Ansichten beharre, unbewußt das Werkzeug fremden Willens und fremder Absichten werde (vgl. Qu. Nr. 28). Überhaupt scheint, wie auch verschiedene Gesandtschaftsberichte zeigen, in Berlin die Ansicht vorgeherrscht zu haben, daß das Verhalten des Erzbischofs auf Intrigen ultramontaner Kreise, vor allem des belgischen Klerus, der sich für orthodoxer als die Kurie selbst halte, denen er, wenn auch vielleicht nur unbewußt, unterliege, zurückzuführen sei. (Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2615, Ber. des bayerischen Gesandten aus Berlin vom 17. Nov. ferner: Qu. Nr. 40, 43, 60, 124). Hierbei glaubte man auch Einwirkungen aus Österreich und Bayern, vor allem auf dem Wege über Drostes Hauskaplan Michelis, im Spiel, an dem Görres und vor allem der seit einiger Zeit in österreichischen Diensten tätige Jarcke, letzterer nicht ohne Wissen und Billigung des über den seit der Gründung des Zollverbandes angeblich zu verzeichnenden Machtzuwachs Preußens besorgten Metternich, einen nicht unerheblichen Anteil hätten (Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel, Kgl. Hausarchiv Abt. Gmunden VI, 8 Z 29, Ber. des hannoverschen Gesandten vom 10. Dez. 1837; ferner: Qu. Nr. 26, 43, 83, 120). Angeblich hat sich der Superior der Redemptoristen in Lüttich, v. Held, gerühmt, wöchentlich den Erzbischof zu besuchen und auf dem besten Wege zu sein, ihn in seiner Haltung zum Widerstand zu befestigen (Qu. Nr. 26). Ähnlich berichtet der württembergische Gesandte in Berlin, der Erzbischof werde in Kreisen der Staatsregierung trotz aller bisher an den Tag gelegten Unzugänglichkeit für „einen Mann reinen Sinnes" gehalten, „der die Unordnung nicht wolle"; allein er sei „beschränkten Verstandes" und sei, vor allem durch seinen Kaplan Michelis, „einen gewaltigen Eiferer", übel beraten gewesen (Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 49—51 Verz. 10 Bü 10 Unterfasz. 2, Schr. vom 10. Dez. 1837). Vielleicht hat diese Ansicht in der Folgezeit bei einigen maßgeblichen Persönlichkeiten der Staatsregierung dazu beigetragen, sich für eine Entfernung des Erzbischofs aus Köln auszusprechen, vielleicht in der Hoffnung, ihn dadurch vor den als gefährlich anzusehenden Einflüssen zu isolieren und ihn so zu einer konzilianteren Haltung zu bewegen. — Daß Michelis, über dessen Verbindungen zu anderen Ultramontanen im Rheinland und in Belgien wohl kein Zweifel besteht, einen gewissen Einfluß auf Droste-Vischering ausgeübt hat (so etwa bei dem Plan, Johannes Laurent als Professor an das Kölner Seminar zu berufen), ist wohl anzunehmen (vgl. hierzu auch Schwahn S. 79 f.; 82), wenngleich auch aufgrund von Droste-Vischerings Verhalten in früheren Zeiten zu folgern ist, daß er sich auch ohne direkte oder indirekte Beeinflussung durch die Ultramontanen dem preußischen Gouvernement gegenüber unnachgiebig gezeigt haben würde. Aber vielleicht hätte er, was durchaus zu seinem Charakter gepaßt hätte und wie es zeitweise auch verlautete, ähnlich wie 1820 in Münster sein Amt niedergelegt, wenn nicht von Michelis, anderen rheinischen (wie z. B. dem auch mit dem Aachener Kreis in Verbindung stehenden Schaffrath [vgl. F. A. Müller S. 111]), und möglicherweise auch belgischen Ultramontanen immer wieder auf ihn eingewirkt worden wäre (Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 1, 1838, S. 1072). Diese Einflüsse werden, wie es mir scheint, in einer zeitgenössischen Schrift offensichtlich nicht unzutreffend charakterisiert: „Und während er im Amte ergraute Männer, die mit den Verhältnissen und Bedürfnissen der Diözese bekannt waren, von sich fern hielt, sammelte er ein Häuflein zum Teil junger und unerfahrener, zum Teil älterer, aber beschränkter, einflußsüchtiger Männer um sich her, die jenes Mißtrauen vermehrten, ihm mit unwahren Tagesgerüchten unaufhörlich in den Ohren lagen, die ihm alles,

dem Erzbischof nur durch die Mitwirkung des Heiligen Stuhls zu erreichen, aus welchem Grunde er dringend Unterhandlungen mit dem Erzbischof in Berlin unter Zuziehung des päpstlichen Unterstaatssekretärs Capaccini empfahl [63]. Von einer Einwirkung des letzteren auf Droste-Vischering erhoffte sich auch Bunsen viel, und in der Tat schaltete sich der päpstliche Unterstaatsekretär in die Verhandlungen ein, doch sollte das Unternehmen, von den Ultramontanen ohnehin mit Mißtrauen beobachtet, schließlich scheitern [64]. Ebensowenig vermochte ein Besuch des Aachener Regierungspräsidenten Graf Arnim bei dem ihm persönlich bekannten Prälaten diesen zu einer entgegenkommenderen Haltung zu bewegen [65], während der von Magdeburg, seinem neuen Dienstort, noch einmal zurückkehrende frühere Düsseldorfer Regierungspräsident Graf Stolberg gar nicht mehr dazu gelangte, mit dem Erzbischof zu sprechen, da sich dieser mit seinen Erklärungen gegenüber dem Domkapitel, den Kölner Stadtpfarrern und den dortigen Seminaristen jeglichen Rückzug abgeschnitten hatte [66] und es offenbar darauf anlegte, „die Gemüter in Aufregung und Gärung zu versetzen" und die Freiheit der katholischen Kirche, so wie sie von ihm verstanden wurde, bis aufs äußerste zu verteidigen [67]. Inzwischen gewann der Erzbischof durch die Ereignisse des Ursulafestes in Köln vom 21. bis 29. Okt. 1837 auch an Beliebtheit beim Volke. Im Gegensatz zu seiner sonstigen Gleichgültigkeit gegen Popularitätshascherei bei der großen Masse nahm Droste-Vischering an diesem Fest ein so reges Interesse, daß er sogar selbst die Festordnung erließ [68]. Der eigentliche Veranstalter der Kirchenfeier war er jedoch

---

was von denen, die sie für ihre Gegner hielten, geschah, hinsichtlich der Beweggründe, aus denen es hervorgegangen, verdächtigten, die ihn von allen Seiten Gefahren für das Wohl und die Unabhängigkeit der Kirche sehen ließen, wo keine waren; und war der Greis auch noch so selbständig, er konnte auf die Dauer über eine solche Umgebung nicht völlig Herr bleiben" (Beurtheilung der Thatsachen, durch welche die Maßnahmen der preußischen Regierung ... herbeigeführt worden sind S. 47). — Dafür, daß z. B, Michelis' Streben dahin gegangen ist, belgische Geistliche in die Kölner Diözese einzuschleusen, liegen konkrete Hinweise vor. Einem Schreiben an den Oberpräsidenten aus Köln vom 21. März 1840 zufolge soll Laurent während seiner Anwesenheit in Aachen (vgl. unten S. 273 f.) einem Freunde anvertraut haben, daß er im Herbst 1837 14 Tage lang inkognito im erzbischöflichen Palais zu Köln geweilt habe, um zusammen mit Michelis eine Liste derjenigen belgischen Geistlichen aufzustellen, die in der Diözese angestellt werden sollten. Als erster sei Hawotte bei Schaffrath untergebracht worden, als das Kölner Ereignis der weiteren Verfolgung des Projekts ein Ende gesetzt habe (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4856). Auch wurde in der Allgemeinen preußischen Staatszeitung vom 7. Mai 1838 ein diesbezügliches Schreiben Binterims an Michelis vom 7. April 1837 veröffentlicht: „ ... Es kommt fürs erste alles darauf an, nach Köln einige tüchtige Männer zu ziehen ... Wüßten Sie einige junge ... Leute zu nennen, namentlich aus Belgien. Es wäre ... uns eine große Freude, einige Jesuiten hereinzuschmuggeln ...." In diesem Sinne äußerte sich auch Michelis in einem Antwortschreiben an Binterim vom 2. Mai 1837: „Die Zeit ist reif, man muß mit Gewalt alles ergreifen ... Der H[err] E[rzbischof] gibt zu allem seinen Segen; tut aber einstweilen bei allem noch die Augen zu, so daß die Unternehmung nur eine Privatunternehmung ist. Ich will kurz nacheinander 4 J[esuiten] in Köln und dann einen bei Bonn unterbringen" (Rheinwald, Acta Historico-Ecclesiastica S. 465).

[63] Vgl. Qu. Nr. 28.

[64] Vgl. im einzelnen Schrörs, Kölner Wirren S. 484—493.

[65] Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2615, Ber. des bayerischen Gesandten aus Berlin vom 17. Nov. 1837.

[66] DZA Merseburg Rep. 78 Tit. 413 Nr. 3 Bd. 1, Ber. an den König vom 19. Nov. 1837.

[67] Vgl. Qu. Nr. 32.

[68] Schrörs, Kölner Wirren S. 495—497.

nicht; für ihre Ausgestaltung zu einer eindrucksvollen Demonstration des Glaubens sind vielmehr Binterim, Michelis und der Pfarrer an St. Ursula in Köln, Beckers, in erster Linie verantwortlich gewesen [69]. Einen besonderen Beitrag leistete Binterim, indem er 2000 Pilger aus Düsseldorf heranführte. Es wird geschildert, daß sich der Zug durch die mit Menschen gedrängten Straßen „in heiligem Ernste und mit inniger Andacht" bewegt habe [70]. Die Haltung der Gläubigen soll beim feierlichen Geläute der Glocken so ergreifend gewesen sein, daß manche Zuschauer „erschüttert in Tränen ausbrachen" [71]. Am nächsten Tage zog die ganze Prozession vor den erzbischöflichen Palast zum Empfange des Segens, wiederum unter großem Zudrange der Kölner Bevölkerung. Welche Faszination diese Szenen ausgeübt haben mögen, wird uns deutlich, wenn wir lesen: „Feierliche Stille herrschte unter der unabsehbaren Menge ... Da öffnete sich die Balkontüre, und der hochwürdigste Herr Erzbischof trat hervor ... Und als er über seine treue und fromme Herde die Hände zum Gebet erhob und sie segnete, da war kein Knie, das sich nicht beugte, und in vielen Augen glänzten Tränen" [72].

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen Michelis der Ansicht Ausdruck gab, daß das Landvolk, welches den Erzbischof wie einen Heiligen verehre, sich eher totschlagen lassen würde als zuzugeben, daß dem Erzbischof auch nur ein Haar gekrümmt werde. Würde einer der großen Kanzelredner überdies das Volk aufreizen, so wäre „alles in Feuer und Flammen" [73]. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Binterim Mitte November [74]. Immerhin verlautete aus manchen Gegenden,

---

[69] Vgl. Schönig, S. 197; Schrörs, Kölner Wirren S. 496.

[70] Schönig S. 187.

[71] Ebd.

[72] Ebd. — Über die eindrucksvolle Schlußkundgebung berichtet auch der Westfälische Merkur vom 3. Nov. 1837.

[73] Schwahn S. 99.

[74] „Alle Pfarrer schließen sich jetzt desto enger an den Erzbischof an und sind bereit, mit ihm zu leiden ... Der Geist des Volkes ist herrlich" (Schönig S. 189). — Von mehreren Dekanaten, vor allem aus dem Regierungsbezirk Aachen, ging eine Reihe von Adressen an den Erzbischof ein, in welchen die Geistlichkeit ihrem Oberhirten gegenüber „Bewunderung und Dankbarkeit" aussprach sowie ihn der „aufrichtigsten Teilnahme und der unerschütterlichen Treue" versicherte. Allein das Kölner Domkapitel, das der Erzbischof am 4. November zu sich beschied, überging die ihm eröffnete Mitteilung „man will mich vom erzbischöflichen Stuhle abwerfen; ich will Ihnen die hierauf bezüglichen Akten vorlesen und mitteilen", mit Schweigen. Dagegen dankte bei dem anschließendem Empfang der Kölner Stadtpfarrer als ihr Sprecher der Pfarrer Kerp dem Erzbischof für das bewiesene heldenmütige Benehmen und für seine bewundernswürdige Festigkeit (Schrörs, Kölner Wirren S. 499—502). — Was die Adressenbewegung der Geistlichkeit betrifft, so sei hier ein bei Schrörs nicht erwähntes vom Landdechanten des Kreises Geilenkirchen unterzeichnetes Schreiben angeführt. In diesem heißt es: „Ew. Erzbischöfl. Gnaden beehren sich sämtliche Pfarrer und Kapläne des Dekanats Geilenkirchen die aufrichtigste Anhänglichkeit und den schuldigsten Gehorsam in den Wirren und Zerwürfnissen von Berlin untertänig zu bezeugen, mit der Erklärung, eine weltliche Machthaberei in rein geistlichen Sachen nie anzuerkennen, um die Katholiken nicht protestantisieren zu lassen. Dieses zur Bekundigung mir gewordenen Auftrages entledige ich mich um so ungescheuter, weil in den verschiedenen stattgefundenen Konferenzen das Benehmen der weltlichen Behörde von allen getadelt wurde, wobei man sich Glück wünschte, einen Oberhirten zu haben, der Mut zeigt, wider unrechtliche Versuche sich zu verwahren. Im Hause und in den Kirchen wird gebetet: ‚Herr, erbarme dich unser, erhalte lange unsern würdigsten Erzbischof Clemens August', worin von ganzem Herzen einstimmt Ew. erzbischöfl. Gnaden untertäniger Diener Stelkens, Landdechant" (Archiv des Grafen von Droste zu Vischering, Nachlaß Clemens August Nr. 72).

daß auf Anregung der dortigen Geistlichkeit bereits geplant sei, Geldsammlungen für den Erzbischof in die Wege zu leiten, da man damit rechne, daß ihm die Regierung das Gehalt entziehen werde [75]. In Köln fand sich eines Morgens am Dom ein Anschlag, in welchem die Bereitschaft bekundet wurde, für den Erzbischof und die „heilige Religion Gut und Blut aufzuopfern": „Wir scheuen keine Waffen noch eine protestantische Ungerechtigkeit! Auf, Ihr Katholiken! auf! bereitet Euch zum Kampfe vor, denn der König hat den Fehdehandschuh dazu hingeworfen" [76]. Diese „Proklamation" legte es nach Auffassung Rochows „klar vor Augen, daß man offen und auf die gehässigste Weise den Aufruhr zu predigen" unternehme [77]. Auch der Düsseldorfer Oberregierungsrat Cuny, Stellvertreter des Regierungspräsidenten, fand den Popularitätsgewinn des Erzbischofs bei den „fanatischen" Katholiken nicht unbedenklich, fügte jedoch hinzu, daß es sich bei diesen im wesentlichen nur um Angehörige der „niederen" Klassen handele, welche nicht zu fürchten seien, während dem Erzbischof sein Benehmen bei den Gebildeten eher geschadet habe [78].

2. Kapitel.

Die Abführung des Erzbischofs

1. Ursachen und Motive

Daß der unter dem Vorsitz des Königs am 14. Nov. 1837 tagende Ministerrat zu dem Beschluß gelangte, Droste-Vischering zum Verlassen Kölns auffordern zu lassen bzw. seine zwangsweise Wegführung vorzunehmen, ist sowohl für Zeitgenossen als auch für uns in mancher Weise rätselhaft geblieben. Bemerkenswert ist auch, daß der König, der zwar nicht als bedeutender Geist galt, aber doch den Ruf eines ehrlichen und aufrichtigen Mannes besaß, der gegen Recht und Gesetz erfolgenden Maßnahme, die schon vor der entscheidenden Sitzung seitens des Staatsministeriums empfohlen war [79], schließlich, wenn auch schweren Herzens [80], zugestimmt hat. Leicht ist dem Monarchen dieser Entschluß sicherlich nicht gefallen, betonte er doch zu Beginn der Sitzung, wie sehr es ihn schmerze, zu einem Schritt gelangen zu müssen, der so ganz gegen den Charakter seiner Regierung sei [81]; wahrscheinlich hat indes seine auf religiösem Gebiet offenkundig hervortretende Neigung zur Intoleranz den Ausschlag gegeben [82]. Auch

---

[75] Vogel S. 38 f.
[76] K. Hase, Die beiden Erzbischöfe, 1839, S. 102.
[77] Vgl. Qu. Nr. 32.
[78] Schrörs, Kölner Wirren S. 497. — Auf eine beginnende Fanatisierung gewisser Bevölkerungskreise könnte auch ein in diesen Tagen am Kölner Dom vorgefundener „aufreizender Plakatanschlag" gegen die Regierung (Vogel S. 38) hindeuten.
[79] Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe 48/2591, Ber. Franckenbergs vom 14. Nov. 1837.
[80] Vgl. Qu. Nr. 42.
[81] Christian Carl Josias Freiherr von Bunsen, Aus seinen Briefen und nach eigener Erinnerung geschildert von seiner Witwe, Bd. 1 S. 481. — Selbst der bayerische Gesandte in Berlin weist darauf hin, daß Friedrich Wilhelm III. sich erst dann zu diesem Entschluß durchgerungen habe, nachdem er davon überzeugt gewesen sei, alle Mittel und Wege einer Verständigung ausgeschöpft zu haben (Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2615, Ber. vom 24. Nov. 1837); vgl. ferner Qu. Nr. 60 u. 118.
[82] Diese Auffassung klingt jedenfalls in einem Bericht Lord Russells an (vgl. Qu. Nr. 43).

hat es den Anschein, als ob sich Friedrich Wilhelm III. wegen des angeblichen Wortbruches des „impertinenten" Erzbischofs in seiner Ehre gekränkt sah [83].

Der Kronprinz, nach der Bezeichnung des badischen Ministerpräsidenten von Franckenberg sonst „die Seele des Staatsrats" [84], war zufällig von Berlin abwesend und an der Entscheidung unbeteiligt, soll jedoch, nachträglich von den Gründen in Kenntnis gesetzt, keine Kritik geäußert haben [85].

Als Haupturheber der Maßregel wird Bunsen bezeichnet, der alles daran gesetzt habe, sein Werk, die Berliner Konvention von 1834, zu retten [86]. Daneben werden Rochow und der Bonner Universitätskurator Rehfues als eifrige Befürworter der Zwangsmaßnahme genannt [87]. Vor allem letzterer hat die Situation in der Rheinprovinz in den grellsten Farben geschildert: Wenn man der Notwendigkeit, später durch Blutvergießen und Hinrichtungen die durch Droste-Vischerings gegen die Staatsgewalt eingeleiteten Schritte gestörte Ruhe wiederherstellen zu müssen, zuvorkommen wolle, so sei keine andere Wahl geblieben [88]. Auf die Notwendigkeit des staatlichen Eingreifens, die Unvermeidlichkeit der vollzogenen zwangsweisen Wegführung wiesen auch die Minister Wittgenstein [89] und Werther [90] gegenüber diplomatischen Vertretern hin. Unter den verschiedensten Verlautbarungen hieß es sogar, der Erzbischof habe, um sein Ziel, gleich

---

[83] Vgl. Qu. Nr. 95.

[84] Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe 48/2591, Ber. Franckenbergs vom 14. Nov. 1837.

[85] An diesem Verhalten soll der Einfluß des Grafen Stolberg, dessen Unzufriedenheit über die „Wortbrüchigkeit" und Renitenz des Erzbischofs auch auf den Kronprinzen übergegangen sei, ausschlaggebend gewesen sein (H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 86, Schr. Trauttmannsdorffs an Metternich, Berlin, 9. Febr. 1838). — Auch auf einen Brief des Dechanten von Eupen, in welchem der Kronprinz gebeten wurde, sich des Erzbischofs anzunehmen und ihm die Freiheit wieder zu verschaffen, sandte er dem Dechanten ein zwar in herzlichem Tone gehaltenes, nichtsdestoweniger in der Sache den vollzogenen Schritt verteidigendes Antwortschreiben, welches auch in der Allgemeinen Zeitung vom 18. Jan. 1838 zur Veröffentlichung gelangte.

[86] Vgl. Qu. Nr. 76.

[87] H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 86, Ber. Trauttmannsdorffs an Metternich, Berlin, 29. Dez. 1837.

[88] Vgl. Qu. Nr. 69.

[89] H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 86, Ber. Trauttmannsdorffs an Metternich, Berlin, 19. Dez. 1837. — Auf der entscheidenden Ministerratssitzung soll Wittgenstein allerdings kein Wort gesprochen haben (Christian Carl Josias Freiherr von Bunsen, Aus seinen Briefen und nach seiner eigenen Erfahrung geschildert von seiner Witwe, Bd. 1 S. 482).

[90] Vgl. Qu. Nr. 73 u. 124. — Daß die Angelegenheit einen Punkt erreicht habe, welcher der preußischen Staatsregierung ein energisches Einschreiten zur *Pflicht* gemacht habe, betont auch der kurhessische Gesandte (vgl. Qu. Nr. 60; 62). — Indes stellte sich in zunehmenden Maße heraus, auf welch tönernen Füßen diese Begründung stand, gelang es doch nicht einmal, die angedeuteten Beweise des Hochverrats gegen den Erzbischof beizubringen. Dennoch hielt die Staatsregierung an der Version der „unvermeidlichen Notwendigkeit" fest, obwohl sie auf mehrere Fragen lediglich zu erklären imstande war, wenn eine Regierung sage, die Maßregel sei notwendig gewesen, so müsse man es ihr doch wohl glauben! Dabei verwies man auf die durch Droste-Vischering erfolgte indiskrete Publikation der gepflogenen Korrespondenz, wodurch dieser die Aufrechthaltung der Ordnung bedroht habe (Qu. Nr. 122). Auch die nicht mehr zu beweisende Behauptung, daß der Erzbischof nur ein Instrument des belgischen revolutionär gesinnten Klerus gewesen sei, scheute man sich nicht weiterhin zur Rechtfertigung vorzubringen (vgl. Qu. Nr. 124). — Noch Anfang 1842 vertrat Varnhagen von Ense die Ansicht, daß Friedrich Wilhelm III. „mit gutem Grund, ja aus wahrer Not" Droste-Vischering aus Köln entfernt habe (Tagebücher Bd. 2 S. 10).

dem belgischen Klerus, unter dessen entschiedenem Einfluß er stehe, die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate, zu erlangen und gleichsam einen Staat im Staate zu begründen, den Kirchenbann über die Rheinprovinz aussprechen wollen [91]. Ähnlich berichtet auch der württembergische Gesandte aus Berlin: Nachdem der Erzbischof das Seminar kassiert und die theologische Fakultät in Bonn abgesetzt habe, habe er ferner sämtliche Ortspfarrer, die früher die Vorlesungen des Professors Hermes besucht hätten, ihrer Stellen zu entsetzen beabsichtigt, von welcher Maßnahme etwa 3000 Geistliche betroffen gewesen wären. Unter solchen Umständen sei ein längeres Abwarten seitens der Regierung unmöglich gewesen, hätte doch ein Verzug von wenigen Tagen die katholische Kirche der Rheinprovinz in die größte Verwirrung stürzen können [92].
Weitere Umstände dürften alarmierend gewirkt haben. So ging von dem preußischen Gesandten in Brüssel die Meldung ein, daß der Minister de Theux die Absicht der Erwerbung der Rheinlande bei gleichzeitiger Entschädigung Preußens ganz offen ausgesprochen habe, nachdem der angesehene Katholik und Mitglied des Senats, Henri de Mérode [93], sich schon vorher in ähnlichem Sinne geäußert habe [94]. Dazu kamen die Nachrichten über eine bemerkenswerte Aktivität des Erzbischofs und ihm nahestehender Geistlicher, die Emotionen der Gläubigen, zunächst vor allem im Raum Köln, gegen „das ketzerische Gouvernement" zu mobilisieren [95] und eine anscheinend sich langsam auf die Rheinprovinz ausdehnende Aufregung [96]. „Unter solchen Umständen", schrieb Rochow am 12. Nov. 1837 an den König, „muß ich es für meine Pflicht und Schuldigkeit halten, bei Ew. K. M. die schleunigste Ausführung der gegen den Erzbischof beschlossenen Maßregeln ehrerbietigst in Antrag zu bringen. Der geringste Zeitverlust könnte unberechenbare Nachteile herbeiführen und die Aufregung, die sich jetzt nur noch auf Köln beschränkt, in der gesamten Provinz verbreiten; denn schon laufen auch aus Aachen die Nachrichten ein, daß die Vorfälle in Köln gerüchtweise dort bekannt geworden sind, und der böse Wille der dortigen Fanatiker wird nicht säumen, auch dort den verderbenbringenden Samen eifrig auszustreuen" [97]. Ebenso schien der Bericht des in Berlin eintreffenden Grafen Stolberg dazu angetan, die Ansicht zu bestätigen, daß nur die schnellste Ausführung der in Aussicht genommenen

[91] Vgl. Qu. Nr. 41.
[92] Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 49—51 Verz. 10 Bü 10 Unterfasz. 2, Berlin, 10. Dez. 1837.
[93] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 3, 1840, S. 615.
[94] Friedberg, Die Grundlagen der preußischen Kirchenpolitik S. 14 f.
[95] Vgl. Qu. Nr. 32.
[96] So heißt es z. B. auch in einem Polizeibericht aus Köln vom 15. Nov. 1837: „Durch Unterhaltung mit mehreren katholischen Pfarrern ist es mir gelungen zu erfahren, daß das feste Beharren des Erzbischofs im Punkte der katholischen Kirche ihm selbst die ihm früher persönlich Abgeneigten völlig zugewendet, daß er deshalb vielfältige Gratulationen und Aufforderung zum Verharren in der Opposition gegen das Ministerium nicht allein von der ihm untergebenen Geistlichkeit, sondern auch von Profanen erhalte . . . Die katholischen jungen Pastöre ließen sich gegen mich ferner aus, daß der Zwist alle katholischen Gemeinden mit gleicher Wärme berühre, so sei sogar von Elberfeld aus eine Deputation des dortigen katholischen Gewerbevereins hier gewesen und habe sein Interesse dafür ausgedrückt; daß diese Aufregung der Gemüter in der Rheinprovinz sogar die sonst so toleranten Advokaten unterstützen . . ." (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3).
[97] Ebd.

Maßregel „den Weg zur ehrenvollen und glücklichen Entwicklung der Sache" bahnen könne [98].

Offenbar glaubte man sich mit der denkwürdigen historischen Stunde konfrontiert, daß die katholische Kirchengewalt, dem Beispiel früherer Jahrhunderte entsprechend, erneut den Versuch unternehme, sich dem Staate gleich, wenn nicht gar über diesen zu stellen, und zwar diesmal offenbar unter belgischem Einfluß in der preußischen Rheinprovinz. Da man zudem offensichtlich von der Befürchtung ergriffen war, daß die Kirche „für den Augenblick die revolutionäre Partei zum Alliierten" habe [99], mußte eine solche Prätention um so gefährlicher erscheinen. Nach den Worten des Grafen Stolberg stellte sich einfach die Frage, „ob der König oder der Erzbischof das Ruder der Regierung führen sollte" [100], eine Diagnose, die für das offensichtlich immer noch vorherrschende monarchisch-absolutistische Denken charakteristisch gewesen zu sein scheint. Der Kern des „Systems" war jetzt tangiert, die Autorität schien gefährdet! Durch die „Tat" aber konnten König und Staatsbürokratie ihre Machtposition unter Beweis stellen, der „Öffentlichkeit" demonstrieren, daß sie auf das Monopol staatlicher Gewalt nicht zu verzichten bereit, daß sie entschlossen waren, „sich gegen die die weltliche Gewalt bedrohenden Übergriffe der Kirche für jetzt und alle Zukunft sicherzustellen", wie es der kurhessische Gesandte in Berlin formulierte [101]. „Sollte es nicht möglich sein", so hieß es in einem Resümee einer gemeinsamen Konferenz der Ministerien des Äußern und der Geistlichen Angelegenheiten am 10. Nov. 1837, „den Schlag im Anfange der nächstfolgenden Woche (20. oder 21. Nov.) zu führen, so ist gewiß Montag (27.) der letzte Termin, den die Würde der Regierung und die Dringlichkeit der Umstände und schwere Gefahr beim Verzug zuläßt" [102].

Dabei beabsichtigte man anscheinend nicht, Droste-Vischering vor Gericht zu stellen. Vielmehr sah man die Maßnahme als eine „rein administrative" an [103].

---

[98] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 Bd. 1, Ber. an den Kronprinzen vom 19. Nov. 1837, Konzept, wahrscheinlich von Rochow.

[99] So nach einem Schreiben Wittgensteins an Metternich vom 5. April 1838.

[100] Zitiert bei Treitschke 4. Teil S. 698. — Auch der preußische Gesandte in Wien, Maltzahn, sprach in einem Schreiben an Metternich vom 20. Dez. 1837 von einem Versuch des Erzbischofs, „sich als Gewalt im Staate aufzuwerfen" (Splett S. 42). „Das Benehmen des Erzbischofs" so formulierte es auch Rochow in einem Bericht an den König vom 1. Nov. 1837, „drängt jetzt alle Bedenken zur Seite und fordert unerläßlich, daß das Ansehen der Staatsgewalt gegen das drohende Auflehnen einer fanatischen Partei vertreten werde" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 Bd.). — Offensichtlich glaubten gewisse Regierungskreise sogar, es den Beamten und der evangelischen Bevölkerung der Rheinprovinz schuldig zu sein, das königliche Image unbedingt zu verteidigen, heißt es doch in einer um 1837 verfaßten Denkschrift: „ . . . Überhaupt scheint beiden [der Beamtenwelt und der evangelischen Bevölkerung] die Rücksichtslosigkeit, welche er [der Erzbischof] gegen die Regierung zeigt, ohne eine baldige Zurechtweisung mit dem Ansehen und Bestehen der königlichen Macht unvereinbar" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3).

[101] Hess. Staatsarchiv Marburg Bestand 9a Nr. 87.

[102] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 2.

[103] Vgl. Qu. Nr. 31. — Offenbar hatte staatskirchenrechtliches Denken dazu geführt, auch die Geistlichen der beiden mit dem Staat mehr oder minder verbundenen großen Kirchen quasi als Staatsbeamte anzusehen. In diesem Sinne wird auch in einer 1839 erschienenen Schrift die Auffassung vertreten, daß die preußische Ministerialkonferenz berechtigt gewesen sei, gegen den Kölner Erzbischof ohne öffentliches Gerichtsver-

Der Erzbischof, so war beschlossen worden, hatte in Minden zu bleiben, „bis er sich eines besseren besinne“ [104]. Skrupel, daß Preußen zwar ein von Monarch und Beamtenapparat absolut regierter Staat war, aber dennoch ein Rechtsstaat zu sein beanspruchte [105] und die gegen Droste-Vischering angewandte Gewalt gegen letztere Maxime verstieß, scheinen bei den Männern, die die Schalthebel der Macht bedienten, aus diesem Grunde wie auch aus opportunistischen Überlegungen in bezug auf die Haltung Roms nicht ernsthaft ins Gewicht gefallen zu sein. Was letztere angeht, so unterstellte man auf Grund des in Berlin sich offenbar seit längerem festgesetzten [106] und in letzter Zeit besonders von Bunsen bekräftigten Bildes dem päpstlichen Hof Furchtsamkeit und Nachgiebigkeit und hegte allem Anschein nach die Vorstellung, diesen durch „energisches Handeln“ einschüchtern und dann mit ihm zu einem für den preußischen Staat vorteilhaften Übereinkommen gelangen zu können [107], das auf jeden Fall eine weitere

---

fahren allein aufgrund des Disziplinarrechts vorzugehen, wie es auch bei einem Dienstverschulden von Beamten üblich sei (Alberto, Wünsche in kirchlicher und politischer Beziehung für den Preußischen Staat S. 25 f.). — Demgegenüber wies Kahldorf jedoch darauf hin, daß diese Auffassung nicht hinreichend begründet werden könne. Schließlich habe die Regierung doch jahrelang mit dem Erzbischof Unterhandlungen gepflogen; nie und nimmer wäre dies erfolgt, wenn Droste-Vischering lediglich den Status eines Untertans und Staatsbeamten besessen hätte (Berlin und Rom S. 30 f). In der Tat konnte man den Kölner Erzbischof wohl kaum als Staatsbeamten bezeichnen. Zwar war er de facto durch Nominierung seitens der Staatsregierung zu seinem Amt gelangt, formell jedoch durch Wahl seitens des Kölner Metropolitankapitels. Darüber hinaus war Droste-Vischering durch Eidesleistung an den römischen Stuhl gebunden.

[104] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 2, Denkschrift vom 10. Nov. 1837.

[105] K. Hase, die beiden Erzbischöfe, 1839, S. 120.

[106] Dies ist jedenfalls der Darstellung Trauttmannsdorffs zu entnehmen: „Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Idee, welche man sich in Berlin von der Schwäche und überaus großen Schüchternheit des römischen Hofes machte, wesentlich dazu beitrug, die preußische Regierung auf die Bahn zu bringen, auf welcher sie sich leider befindet. Man hat hier wohl die materielle von der moralischen Stärke Roms nie gehörig zu unterscheiden gewußt und aus den administrativen Zerrüttungen des Kirchenstaates, aus seinem von der Revolution bedrohten Zustande, aus seiner in manchen Beziehungen mißlichen Lage glaubte man auf die Unwirksamkeit des Einflusses des Papstes auf die katholische Welt schließen zu können. Welche traurigen Bilder hat mir nicht selten der selige Minister Ancillon [gest. 19. April 1837] über den Zustand Roms entworfen!“ (H. H. St, Wien, Gesandtschaft Berlin Fasz. 87, 21. Mai 1838).

[107] „Daß der dadurch bewiesene Ernst auf Rom den nützlichsten Eindruck und den Papst zum Vorteil der Gegenstände, worüber die Differenzen mit dem Erzbischofe entstanden waren, zur Nachgiebigkeit und Vermittlung geneigt machen würde“ (aus einem Promemoria Rochows vom 1. Febr. 1838, DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8). Ferner: Nippold, in: Preußische Jahrbücher Bd. 24 S. 400: Qu. Nr. 76 u. 132. — Daß sich Bunsen in der Tat dahingehend ausgesprochen hat, „eine so gute Veranlassung zum Handeln werde man nicht wieder finden, ohne zu handeln sei aber von Rom nichts zu erlangen“, wird auch in der von seiner Witwe herausgegebenen Biographie zugegeben. Allerdings habe er sich nicht, wie es Bunsens Feinde dargestellt hätten, dafür verbürgt, „die Sache mit Rom zu einem befriedigenden Entschlusse zu bringen“. Er habe nur bestimmt versichert, daß er von Rom nichts mehr zu erlangen imstande sei, „solange nicht gehandelt worden“, eben weil man der Regierung keine Energie zum Handeln zutraue. Allerdings habe er so wenig als ein anderer die Allokution vorausgesehen (Bd. 1 S. 481). — Auch bezüglich der zu erwartenden Haltung der katholischen Mächte scheint man in Berlin keine ernsthaften Bedenken gehegt zu haben. Der Zustimmung der französischen Regierung und des belgischen Königs glaubte man z. B. sicher zu sein. Jedenfalls berichtet der französische Gesandte Bresson am 27. Nov. 1837 aus Berlin: „M. de Werther est persuadé que le Gouvernement du Roi à Paris et le Roi Léopold à Bruxelles apprendront avec

Amtstätigkeit des Erzbischofs ausschloß [108]. Ob man schon klare Vorstellungen darüber besaß, auf welcher Basis dieses zustandekommen sollte, erscheint zweifelhaft. Sollte etwa der päpstliche Hof den glaubensstrengen Erzbischof fallenlassen und sich damit erheblicher Kritik seitens einer machtvollen Strömung in der eigenen Kirche aussetzen [109]? Sollte Rom gar entgegen jahrhundertelanger Tradition offiziell die über das Breve von 1830 hinausgehenden zwischen Spiegel und der preußischen Staatsregierung getroffenen geheimen Abmachungen bestätigen?

Daß man sich, weit entfernt davon, einen Vorteil zu erlangen, durch Gewaltanwendung ins Unrecht setzte und dem Papst geradezu zur Rolle des Beleidigten verhalf [110], scheint den maßgeblichen Männern in Berlin nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein! Und ferner: Hatte sich der Erzbischof — hiervon zeigte man sich doch offenbar in weiten Kreisen überzeugt — als „eine Art von Mauerbrecher" vorschieben lassen, während man überall, vor allem in Belgien, „die Batterien eröffnete" [111], so wurde zwar, um im Bilde zu bleiben, mit dem Gegenangriff der Mauerbrecher außer Gefecht gesetzt, doch das Artilleriefeuer nicht im mindesten gebrochen. Dieses Dilemmas scheint sich wenigstens Rochow bewußt geworden zu sein, ohne freilich schon eine konkrete Strategie entwickeln zu können: „Wie aber das Benehmen des Prälaten keine alleinstehende Erscheinung, sondern hervorgegangen ist aus den bedenklichen Tendenzen, die sich in jüngster Zeit im Schoße der katholischen Kirche entwickelt haben, so wird auch das Einschreiten der Staatsgewalt nicht bloß auf die Person des Erzbischofs beschränkt bleiben können. Es wird vielmehr gleichzeitig gegen die Gesamtheit der Umtriebe, wie sie sich neuerlich immer deutlicher und verbreiteter dargestellt haben, fest und energisch eingeschritten werden müssen, um einesteils alle weiteren Entwicklungen zu unterdrücken, andernteils der katholischen Bevölkerung der Provinz die beruhigende Überzeugung zu gewähren, daß es sich nicht von einem Angriffe auf ihre kirchliche Freiheit, wie man gern möchte glauben machen, sondern nur von der Korrektion einer übelwollenden und irregeleiteten Partei handle" [112]. Nachdem dann die schwerwiegende Entscheidung gefällt war, wurde noch am gleichen Abend der Koblenzer Regierungsrat Brüggemann mit Kurierpferden abgesandt, um dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz die Befehle des Königs zu überbringen [113]. Das Verfahren gegen den Erzbischof, so hieß es

plaisir la répression d'un prêtre ambitieux" (Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Correspondance Diplomatique, Prusse 289). Auch wird in der Augsburger Postzeitung vom 25. Jan. 1838 darauf hingewiesen, daß seitens Frankreichs, wo man die bisherige freundliche Annäherung Preußens an die neue Dynastie zu schätzen wisse, wahrscheinlich zugunsten Preußens in Rom interveniert werden würde.

[108] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 N. 3 vol. 1, Altenstein an Bodelschwingh, 15. Nov. 1837 (Bl. 30).

[109] Diese Frage scheint z. B. nach der Abführung des Erzbischofs in Wiener Kreisen lebhaft diskutiert worden zu sein. Das einzig Praktikable in dieser Angelegenheit scheine zu sein, so schreibt der hannoversche Gesandte Schele am 22. Dez. 1837 aus Wien, die Verhandlungen so lange hinauszuzögern, bis der alte Erzbischof gestorben sei (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Collectanea 87).

[110] Kahldorf, Berlin und Rom S. 25—27.

[111] Rhapsodische Bemerkungen über Begebenheiten mit dem Erzbischof zu Köln S. 52 f.

[112] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3, 12 Nov. 1837.

[113] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 Bd. 1, Ber. an den Kronprinzen vom 19. Nov. 1837, Konzept wahrscheinlich von Rochow.

dabei in der Bodelschwingh erteilten Instruktion, müsse den Charakter einer feierlichen und imponierenden Staatshandlung haben, wobei jedoch jedes Aufsehen im Volke zu vermeiden sei, ebenso jeder Schein „nicht motivierter Gewalt, besonders militärischer“ [114]. Beruhigt war man jedoch auch nach diesem Entschluß zur raschen Tat keineswegs, wie ein Mitglied des Ministerrates berichtet: „In dem Augenblicke, wo ich dieses schreibe, ist vielleicht die folgenschwere Handlung schon geschehen. Der Gedanke an die unabsehbare Reihe von Folgen, die sich daran knüpfen können, spannt mich aufs äußerste. Doch die Notwendigkeit des Schrittes war von allen Seiten geboten, und eines wird sie sichern, was in diesem Momente aufs höchste gefährdet war: die Achtung vor der Entschlossenheit und Kraft des Gouvernements!“ [115]

Für einen Augenblick schien die Entwicklung eine nicht erwartete Wendung zu nehmen, verlautete doch in einem geheimpolizeilichen Bericht, daß der Erzbischof sich außer Landes begeben habe [116]. Rochow zeigte sich höchst überrascht, daß der Erzbischof „jetzt in dem Momente der Entscheidung auf eine solche Weise ausweichen sollte“, war jedoch um eine Interpretation des Verhaltens nicht verlegen: „Man vermag jedoch die Pläne der Partei nicht zu übersehen, und es kann wohl sein, daß sie von der Einwirkung des auf belgisches Gebiet geflüchteten Prälaten auf die Bewohner seiner Diözese mit Gewißheit große Erfolge erhofft“ [117]. Trotz dieser „unerwarteten Wendung“ sollten freilich die eingeleiteten Maßnahmen nach der Meinung Rochows nicht suspendiert werden [118]. Diese Überlegungen erwiesen sich jedoch als unnötig, da der Erzbischof, wie es seinem Naturell entsprach, in seinem Palast geblieben war.

Eine Reihe von Motiven, insbesondere das Gefühl, sich in einer Zwangslage zu befinden, Besorgnis vor einem Autoritätsverlust, daß nämlich das Verhalten der Staatsregierung von der Bevölkerung als „Schwäche“ ausgelegt werden könnte, sowie die Verkennung der realen Situation am päpstlichen Hofe, wirkten also offensichtlich bei der aus der Retrospektive als verhängnisvoll zu bezeichnenden Ent-

---

[114] Ebd., Altenstein an Bodelschwingh, 15. Nov. 1837.

[115] Ebd., Ber. an den Kronprinzen vom 19. Nov. 1837, Konzept, wahrscheinlich von Rochow.

[116] Schrörs, Geheimpolizei S. 55.

[117] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 1, Ber. an den König vom 20. Nov. 1837. — Diese Meldung veranlaßte Bunsen, der maßgeblich an der Entscheidung beteiligt war, zu folgender Notiz: „Es ist schlimm und gut, daß der Erzbischof entflohen ist. Schlimm, weil er nun die Diözese aus der Nachbarschaft bearbeiten und beunruhigen wird. Zunächst wird er von dort einen Bericht an den Papst senden, und vielleicht auch an den König schreiben; dann wird er Protestationen, gedruckt und schriftlich, gegen die Maßregeln der Regierung und die zu hoffenden Beschlüsse des Kapitels ins Land schleudern: er wird das Kapitel und seine Anhänger exkommunizieren . . . Gut dagegen ist, daß alle Gefahr des Fortschaffens nun vorbei ist, obwohl ich diese nie hoch angeschlagen habe, selbst jetzt . . . “ (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 Bd. 1, 20. Nov. 1837, 12 Uhr).

[118] Der Oberpräsident werde, so hoffe er, die „verhängte Suspension mindestens proklamiert, dem Kapitel die Einsetzung einer Kapitelsverwaltung aufgegeben haben; ich wünsche auch dringend, daß er sich . . . für ermächtigt gehalten haben möge, die zur allgemeinen Bekanntmachung bestimmten Dokumente sofort, mit den durch den veränderten Gang der Dinge erforderten Abänderungen versehen, um die vor allem notwendige Aufklärung des Publikums, das durch die schiefen Darstellungen des Erzbischofs über das Sachverhältnis irregeführt worden ist, nicht länger aufzuhalten“ (ebd.).

scheidung zusammen. Diese auf die in einer stark subjektiv gefärbten neueren Darstellung zu findende Formel zu bringen „Dem Rom- und Katholikenhaß des preußischen Gesandten von Bunsen verdanken wir das Kölner Ereignis“ [119], dürfte eine Simplifizierung der Problematik und des tatsächlichen Ablaufs der Geschehnisse darstellen.

2. Beurteilung der Entscheidung

Hat man mit diesem Beschluß eine der Situation angemessene Maßnahme getroffen?

Daß man in Berlin Grund hatte, über das Anwachsen der ultrakatholischen Partei nervös zu werden, unterliegt wohl keinem Zweifel. Andererseits war die Situation in der Rheinprovinz jedoch keineswegs so desperat, wie sie etwa Rehfues hinstellte und wie man sie in Berlin teilweise ansah. Vor allem erwies sich die Haltung des rheinischen Klerus auch während der sich abzeichnenden Krise immer noch alles andere als einheitlich. Hatte sich, nach einem Bericht vom April 1837 zu urteilen, selbst der päpstliche Hof über angebliche Unabhängigkeitsbestrebungen unter dem Klerus im Rheinland und in Schlesien besorgt gezeigt [1], so hatten andere Zeitgenossen sogar ein Schisma für nicht unwahrscheinlich gehalten [2]. Nach einer kurz vor dem Kölner Ereignis verfaßten Denkschrift Bunsens soll der „größte und einflußreichste Teil“ der katholischen Geistlichkeit mit dem Erzbischof verfeindet gewesen sein [3]. In diesem Zusammenhang hat ein Mitglied des preußischen Kultus-

---

[119] Hanus S. 235. — Noch um eine Nunance pauschaler sein Urteil auf S. 236: „ ... Bunsen, dem wir das ‚Kölner Ereignis‘ zu verdanken haben ...“. — Über eine derartige monokausale Reduzierung von weitreichenden Konfliktssituationen, denen meist ein Aufeinanderprallen verschiedener in ihrer subjektiven Berechtigung oft durchaus zu verstehenden Interessen sich gegenüberstehender Institutionen und Gruppen zugrunde liegt, auf eine einzelne Persönlichkeit ist der derzeitige Stand der Geschichtsbetrachtung doch wohl hinaus!

[1] Vgl. Qu. Nr. 25.

[2] Vgl. Qu. Nr. 117; ähnlich eine englische Stimme (Religious Persecution in Germany, in British and Foreign Review Jg. 1838 Nr. 7 S. 487). — Noch nach der Wegführung des Erzbischofs erachtete es der badische Ministerresident in Berlin, v. Franckenberg, nicht für wahrscheinlich, daß Rom die Sache auf die Spitze treiben würde, da man sich sonst mit dem Kölner Domkapitel und mindestens $^2/_3$ der katholischen Geistlichkeit in Preußen überwerfen und somit ein Schisma herbeiführen würde (Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe 48/2591, Berlin, 18. Dez. 1837). — Ähnlich kursierte noch Ende Dezember 1837 in Wiener diplomatischen Kreisen die Meinung, das eigentliche Ziel der seitens der preußischen Regierung in Köln getroffenen Maßregel bestehe darin, die Katholiken in den preußischen Provinzen zum Abfall von Rom zu veranlassen (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Sambuy au Comte Solar, Wien, 10. Dez. 1837). — Weiter wird überliefert, auf das Kölner Metropolitankapitel und hier insbesondere auf die Partei des Domherrn Schweitzer habe auch der bisherige Düsseldorfer Regierungspräsident Anton Graf Stolberg große Hoffnungen gesetzt, zumal diese Gruppe ernsthaft von einer Trennung von Rom gesprochen habe oder doch wenigstens einem Deutschen die Tiara aufsetzen wolle (Stolberg-Wernigerode S. 27).

[3] „Nicht allein ist Domkapitel und Fakultät gegen den Erzbischof aufgebracht, beide mit einer Ausnahme, und die Lehrer seines eigenen Seminars ohne alle Ausnahmen, sondern der bei weitem größte Teil der übrigen Geistlichkeit ist empört durch das vom Erzbischof ausgehende Verschreien der bisherigen Bildung der Geistlichen, welche sein Vorfahr umgekehrt aus einer unglaublichen Erniedrigung sittlich und geistig gehoben. Sie ist außerdem durch sein allem Wissenschaftlichen feindliches und dabei abstoßendes

ministeriums die Ansicht vertreten, daß sich der fanatische und despotische Prälat keine zwei Jahre mehr hätte halten können und dem vereinten Widerstand des aufgeklärten Klerus und „der Intelligenz des Laienstandes" hätte weichen müssen [4]. Wenn wir einer zeitgenössischen Flugschrift Glauben schenken können, so ist sogar von Teilen des rheinischen Klerus in diesen Jahren die Forderung nach Erlaubnis der Priesterehe und Einführung der Landessprache statt des Lateinischen „in allen gottesdienstlichen Handlungen und Gebeten" erhoben worden [5]. Daß die hermesischen Zwistigkeiten im übrigen die Festigkeit der katholischen Kirche bedrohten, wurde auch von Verteidigern des erzbischöflichen Standpunkts zugegeben [6].

Allerdings teilte die hermesianische Geistlichkeit keineswegs die Auffassung der preußischen Regierung in der Mischehenfrage [7] und drohte insofern zwischen zwei Fronten zu geraten [8], um so mehr, nachdem sich ihr Verhältnis zur preußischen Regierung, die in dieser Beziehung eine zwiespältig und inkonsequent erscheinende Politik betrieb, merklich abgekühlt hatte [9]. In gewissen Laienkreisen, und zwar insbesondere in den unmittelbar betroffenen Familien, dürfte indes der rigorose Standpunkt des Erzbischofs in der Mischehenfrage dazu angetan gewesen sein, zu

---

Wesen ihm abgewandt . . ." „Diese entschiedene Abneigung hat als allgemeine Begründung die unleugbare Tatsache, daß durch Hermes bei weitem die meisten rechtgläubigen und praktisch frommen Pfarrer von Rheinland und Westfalen gebildet sind, denen nun als Unwissenden und Irrgäubigen die belgischen von den Jesuiten gebildeten oder geleiteten Fanatiker als Muster vorgestellt sind. Denn es ist dort allgemein gefühlt, daß hinter der Strenge und dem Eifer gegen die sogenannten Hermesianer die belgischen, österreichischen und italienischen Jesuiten stehen, die auf den Trümmern der ihnen an wirklicher Gelehrsamkeit nicht allein, sondern auch an aufgeklärter Frömmigkeit überlegenen deutsch-katholischen Schulen ihre Lehre und des Papstes Macht erheben wollen. Dieser Gegensatz zwischen gründlicher und duldsamer katholisch-deutscher Wissenschaft und Frömmigkeit auf der einen und dem hohlen Formelwesen und dem unlauteren Treiben der Jesuiten auf der anderen Seite ist so klar hervorgetreten, daß darin die Schüler von Hermes und ihre philosophischen Gegner wie Möhler, Klee, Kalkar, ja selbst die österreichischen Theologen übereinstimmen" (Nippold, in: Preußische Jahrbücher 24. Bd., 1869, S. 397).

[4] Vgl. Qu. Nr. 285. — Es fehlte allerdings auch nicht an gegenteiligen Ansichten (vgl. Qu. Nr. 69). — Wie unbeliebt Droste-Vischering z. B. in Kreisen des gebildeten Bonner höheren Bürgertums gewesen zu sein scheint, deutet ein Brief der Mutter Leopold Kaufmanns vom 13. April 1837 an: „Unser Erzbischof macht so viel Verwirrung im Lande, wie noch nie war, Du kannst Dir keinen Begriff davon machen von der Aufregung unter den Katholiken. Jeder Vernünftige bedauert, daß Spiegel nicht mehr lebt und daß gerade dafür Droste an seine Stelle kam" (Franz Kaufmann S. 28).

[5] Katholische Rufe aus den Rheinlanden an alle Kristen, Von einem rheinpreußischen Katholiken, Altenburg 1838, S. 21, 22 f., 48 f. — Dies bestätigt auch der französische Gesandte in Berlin in einem Bericht vom 26. Jan. 1838. Allerdings träten diese Tendenzen in Schlesien stärker als in der Rheinprovinz hervor (Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289).

[6] Clementina, Beiträge zur Beleuchtung der Kölnischen Kirchenangelegenheit, 1. Heft: Ein Bedenken gegen „die Frevel der Revolution", Frankfurt 1838, S. 13.

[7] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Graf Spaur an den bayerischen König, Rom, 9. Dez. 1837; vgl. ferner Lill S. 48.

[8] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Graf Spaur an den bayerischen König, Rom, 9. Dez. 1837.

[9] Vgl. hierzu Schrörs, Kölner Wirren S. 402—408. — Auch der König scheint aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber den angeblichen „Rationalisten" kein Hehl gemacht zu haben (vgl. Qu. Nr. 42). — Der Sohn des Koblenzer Stadtrats Dietz soll sogar in diesem Zusammenhang geäußert haben, die Protestanten hätten sich ihre treuesten Freunde, die Hermesianer, indem sie sie fallen ließen, in ihre bittersten Feinde ver-

Besorgnissen zu führen [10]; allerdings handelte es sich hier nur um eine wahrscheinlich nicht stark ins Gewicht fallende Minderheit. Von eminenter Bedeutung dürfte es jedoch gewesen sein, daß sich die gebildeten Schichten, von den kleineren ultramontan gesinnten Kreisen abgesehen, weithin offenbar nicht zu einer vorbehaltlosen Unterstützung der erzbischöflichen Haltung bereit zeigten [11]. Es ist sogar in der zeitgenössischen Publizistik der — durchaus nicht von der Hand zu weisenden — Ansicht Ausdruck gegeben worden, Drostes betonte, ohne jegliche Rücksicht auf Andersdenkende durchgeführte Förderung der kultischen Seite des Katholizismus würde auf die Dauer die unausbleibliche Folge gezeigt haben, „daß bei den gebildeten Ständen der Gesellschaft die Religion und mit ihr die Geistlichkeit ein Gegenstand der Geringschätzung geworden wäre“ [12].

Auch Bodelschwingh sah in einem Bericht vom 9. Nov. 1837 die Situation in der Rheinprovinz durchaus nicht als verzweifelt an, im Gegenteil, die „öffentliche Stimmung“ sei noch fast ganz gegen den Erzbischof, zumal dieser, der zwar in den untersten Volksklassen eine gewisse Sympathie genieße, die „gesamte Beamtenwelt“ und alle Gebildeten gegen sich habe [13]; selbst unter der „exaltierten Partei“ in Koblenz habe der Erzbischof nur sehr wenige Anhänger, während die übrigen sich von seinem blinden Eifer wenig Positives für die Sache des Katholizismus versprächen. Dennoch empfahl auch Bodelschwingh — gegen den Rat seines Schwagers, des Kölner Appellationsgerichtsrats Friedrich von Ammon [14] — energische Maßregeln gegen den uneinsichtigen Erzbischof, allein schon aus dem Grunde, um die Regierung vor einem Autoritätsverlust zu bewahren [15].

3. Der Ablauf der Aktion

Von der in Berlin gefällten Entscheidung war auch nicht die geringste Andeutung der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Auch die vom Oberpräsidenten nunmehr in die Wege geleiteten Vorbereitungen zur Entfernung Droste-Vischerings wurden streng geheim gehalten. Wie Bodelschwingh nach dem Abschluß der Aktion zusammenfas-

---

wandelt (Qu. Nr. 26).

[10] Die Cölner Frage, geprüft nach rheinischen Gesetzen von einem Rheinländer S. 10.

[11] Vgl. hierzu auch Qu. Nr. 30. — In diesem Zusammenhang schreibt auch ein Korrespondent „vom Rhein“ in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 14. Sept. 1838: „Und was machte das Auftreten des neuen Oberhirten für einen Eindruck in Köln? Wenn er gelobt ward, geschah es von Evangelischen; die Katholiken sprachen entweder gar nicht oder tadelnd über seine Neuerungen, d. i. über sein offenbares Bestreben, die krassesten Gebräuche des Mittelalters wieder zu beleben. Ich war grade zu der Zeit des Ursulafestes in Köln und werde den Eindruck nicht vergessen, den diese Feier auf alle Gebildeten machte. Daß aus den obern Klassen der Gesellschaft auch nicht einer das Unwesen mitmachte, darüber wunderte ich mich eben nicht; desto mehr über die Ausdrücke, in denen sonst warme Anhänger der katholischen Kirche sich darüber äußerten, so zwar, daß ich mehr als einmal bitten mußte, sich in Gegenwart eines Evangelischen doch etwas zu mäßigen.“

[12] Beurtheilung der Thatsachen, durch welche die Maßnahmen der preußischen Regierung gegen den Erzbischof von Cöln ... herbeigeführt worden sind S. 45 f.

[13] Vgl. Qu. Nr. 30; ähnlich die Auffassung des Düsseldorfer Oberregierungsrates Cuny (vgl. Qu. Nr. 54).

[14] So schreibt jedenfalls Ammon: „ ... ich hatte ihn dringend davor gewarnt, weil ich voraussah, daß diese Verletzung der persönlichen Freiheit alle Opposition aufregen würde, aus dem Gesichtspunkte des Rechts, der Kirche und des Standes, wie es denn auch geschah“ (Zander S. 19).

[15] Vgl. Qu. Nr. 30.

send berichtet, hätte zwar, wie sich am Ende herausgestellt habe, „alle Assistenz der militärischen Macht" vermieden werden können, doch habe sich nicht voraussehen lassen, „ob nicht das Geheimnis in irgendeiner Weise verraten" worden sei und „welchen Anteil dann der Pöbel in einer volkreichen Stadt an einem so außerordentlichen Ereignis" genommen haben könne [1]. Am Morgen des 19. November wurden dem Oberpräsidenten die Anordnungen des Königs übergeben. Da es jedoch Sonntag war, hielt es Bodelschwingh „aus mehrfachen Rücksichten" für zweckmäßig, die Ausführung seines Auftrages auf den Abend des folgenden Tages zu verschieben [2], nicht gerade zur Freude des mit den militärischen Sicherheitsmaßnahmen beauftragten Generals von Pfuel, der um ein Durchsickern des streng geheimgehaltenen Planes fürchtete. Nicht auszudenken, welche Wendung der geplante Coup nehmen konnte, wenn der Erzbischof im Dom Zuflucht suchen würde [3]. So beschränkte Pfuel seine Maßnahmen zunächst nur darauf, am Sonntag eine Kirchenparade der ganzen Garnison anzuordnen, „um den Einwohnern eine große Truppenmasse zu zeigen" und dadurch die Stärke der staatlichen Gewalt „anschaulich zu machen", sowie zahlreiche Patrouillen durchführen zu lassen. Als Vorwand für letztere Maßnahme ließ er verlauten, „daß bei der bestehenden Aufregung unter dem gemeinen Volke" an einem Sonntag die Aufmerksamkeit verdoppelt werden müsse, zumal sich das Gerücht verbreitet habe, „es würde im Theater Lärm geben" [4]. Von diesen verstärkten militärischen Vorkehrungen ist auch in der Presse die Rede. Wie die Frankfurter Oberpostamtszeitung vom 24. Nov. 1837 berichtet [5], sollen am Abend des 19. November die Wachen in der Stadt und an den Toren verstärkt worden sein. Ebenso hätten Streifen die ganze Nacht hindurch in den Straßen patrouilliert. Wie das Blatt weiter berichtet, habe sich am folgenden Abend erneut das gleiche Bild geboten. In der Bevölkerung soll man diese Vorkehrungen dahin ausgelegt haben, als bereite man die für die Feiern zum Namenstag des Erzbischofs zu treffenden Schutzmaßnahmen schon jetzt vor, mußte sich jedoch bald davon überzeugen, daß die Vorkehrungen den üblichen Rahmen weit überstiegen: Alle Tore seien von 18 Uhr ab für jede Durchfahrt gesperrt gewesen. Größere Infanterie-Einheiten hätten sich in Bewegung gesetzt, Offiziere seien im Galopp durch die Straßen gesprengt, Kanonen aufgefahren worden. Der Grund des spektakulären Manövers sei nicht lange unbekannt geblieben. Der Oberpräsident und der Kommandierende General der Rheinprovinz, so habe es geheißen, seien plötzlich von Koblenz angekommen und befänden sich beim Herrn von Droste zu Vischering, woraufhin alles zum erzbischöflichen Palaste geströmt

---

[1] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, 21. Nov. 1837.
[2] Ebd.
[3] Vgl. Qu. Nr. 37. — Daß die Möglichkeit, ein zweiter Thomas Becket zu werden, für Droste-Vischering durchaus gegeben gewesen wäre, „indem er sich in den Dom vor den Altar zu flüchten" versucht und die staatliche Gewalt herausgefordert hätte, betont in diesem Zusammenhang Flathe (S. 408). — Auf jeden Fall mußte die Entfernung des Erzbischof, so lautete auch die Instruktion, ohne jeglichen Aufschub erfolgen; bei einer Verzögerung von nur einem Tage, so befürchtete man, könnten „seine fanatischen Anhänger das Volk aufwiegeln, sich der Abreise seines Erzhirten zu widersetzen, was jedenfalls die Regierung in eine unangenehme Lage bringen würde" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 1, Altenstein an Bodelschwingh, 15. Nov. 1837).
[4] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 2, Ber. Pfuels vom 21. Nov. 1837.
[5] Vgl. hierzu auch Schrörs, Kölner Wirren S. 510.

sei; man habe jedoch bereits alle Zugangsstraßen durch Militär abgesperrt gefunden; sogar Kanonen seien in Stellung gebracht worden, und die Artilleristen hätten mit brennenden Lunten daneben gestanden. Inzwischen habe sich das Gerücht verbreitet, der Erzbischof werde fortgeführt, doch habe die Menge nicht den Versuch unternommen, für den Verhafteten einzuschreiten [6].

Über die Ankunft einer starken Abteilung Dragoner von Deutz und die Aufstellung von Piquets [7] in den zum erzbischöflichen Palaste führenden Straßen, „die noch überdies von Truppen umgeben waren und vor welchen zwei Stück Geschütz, wobei Artilleristen mit brennenden Lunten aufgefahren wurden", berichtet auch die Allgemeine Zeitung vom 27. Nov. 1837, korrigiert diese Meldung, die sogar der unter Regierungszensur stehende Westfälische Merkur (29. Nov. 1837) übernahm, allerdings am 3. Dez. 1837 in einem aus Köln eingesandten Beitrag. In diesem heißt es: Was die militärischen Anstalten betreffe, so hätten sich diese auf die Aufstellung schwacher Infanterieabteilungen zu beiden Seiten der Gereonstraße und die Begleitung des Erzbischofs durch eine schwache Reiterabteilung beschränkt. Die Schilderung jener Szenen wie das Auffahren von Kanonen und das Dahinsprengen berittener Offiziere durch die Straßen könnten jedoch nur als Schreckbilder einer aufgeregten Fantasie bezeichnet werden.

In der Tat findet sich bezüglich der Verwendung von Artillerie und Kavallerie in dem Vollzugsbericht Bodelschwinghs vom 21. Nov. 1837 [8] keine Erwähnung; der Oberpräsident weist sogar ausdrücklich darauf hin, daß er auf den Einsatz der in Deutz stationierten Dragoner deswegen verzichtet habe, weil ihr Einrücken zuviel Aufsehen erregt haben würde. Hingegen spricht er davon, daß der Wagen des Erzbischofs von berittenen Artillerieoffizieren eskortiert worden sei. Im übrigen hätten sich die Maßnahmen darauf beschränkt, daß die zur erzbischöflichen Wohnung führende Straße durch Infanteriedetachements gesperrt und der Palast selbst durch Polizeioffiziere umstellt worden sei [9]. Dennoch scheinen die fantasie-

---

[6] Frankfurter Oberpostamtszeitung vom 24. Nov. 1837. — Auch Joseph Laurent, der Bruder des späteren Apostolischen Vikars, berichtet davon, daß schon mehrere Tage vor dem „Ereignis" die Straßen „mit Militär und Kanonen besetzt" gewesen seien. Als Grund für die Vorkehrungen sei ausgestreut worden, daß die Katholiken in Köln alle Protestanten umbringen wollten. Auch am Abend der Wegführung ist nach dem Bericht Joseph Laurents „Militärmacht" anwesend gewesen. Als Ursache habe man diesmal angegeben, „daß mehrere Studenten aus Bonn dem Herrn Erzbischof am Vorabend seines Namenstages einen Fackelzug und eine Nachtmusik bringen und ihm alsdann die Fenster einwerfen wollten". Hierzu der Kommentar Laurents: „An Beidem ist kein wahres Wort, aber die Kölner, dieses für wahr haltend, blieben ruhig zu Hause, während die Verhaftung vor sich ging" (Möller, Laurent, 1. Teil S. 328 f).

[7] Truppenabteilungen, die im Felde zur Unterstützung einzelner Feldwachen aufgestellt wurden.

[8] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3. — Allerdings war, wie sich bereits aus einem Bericht Pfuels ergibt, die Artillerie in Alarmbereitschaft gesetzt worden, und zwar hatte man vorsorglich 25 Kartätschenkartuschen an sie ausgeteilt. Ebenso war ein Faß Patronen im Dunkeln zur Hauptkaserne gebracht worden (vgl. Qu. Nr. 37).

[9] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, Ber. Bodelschwinghs vom 21. Nov. 1837. — Daß die Wegführung des Erzbischofs „ohne Entfaltung militärischer Sicherheitsmaßnahmen" vor sich gegangen sei, wie Brockhaus' Conversationslexikon der Gegenwart, 1839, Bd. 2 S. 1241, angibt, dürfte damit eindeutig widerlegt sein. Bemerkenswert für die Präzision der militärischen Vorkehrungen dürfte auch die von dem General von Pfuel getroffene Maßnahme sein, zur Besetzung der nächsten Zugänge des erzbischöflichen Palais Truppen eines überwiegend evangelischen Bataillons einzuset-

vollen Presseberichte nicht ohne Wirkung auf die öffentliche Meinung geblieben zu sein [10].

Einig sind sich sämtliche Berichte und Darstellungen darin, daß bei der Aktion keine Störungsversuche durch die Kölner Bevölkerung vorgekommen sind. Es heißt lediglich, daß das Gedränge mitunter so heftig gewesen sein soll, „daß von Seiten des Militärs einige Stöße ausgeteilt wurden" [11].

Nach der spektakulären Verhaftung Droste-Vischerings, so sehr sie sich auch auf lange Sicht massenpsychologisch als Fehlgriff erweisen sollte [12], blieb es in Köln wie überhaupt in der Rheinprovinz zunächst erstaunlich ruhig. Es heißt lediglich, daß vor der Wohnung des Domherrn Filz eine Art Höllenmaschine zur Explosion gebracht worden sei [13], und ein vereinzelter Pressebericht meldet, daß Geistliche in Köln „unter Vortrag von Reliquien usw." feierliche Umzüge veranlaßt hätten, doch sei die Behörde dagegen eingeschritten [14]. Nach einem Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 1. Dez. 1837 soll die Anteilnahme für Droste-Vischering in Köln allerdings nur gering gewesen sein, „da dort noch das Andenken des im vorigen Jahre [15] verstorbenen ehrwürdigen und versöhnlichen Erzbischofs Graf Spiegel zu lebhaft" sei, „um die Gemüter mit den Eigenschaften seines Nachfolgers zu befreunden". Vielmehr erwarte man dort vertrauensvoll die Wahl, die das Domkapitel in bezug auf die künftige Verwaltung des Erzbistums treffen werde, und glaube, daß sie auf den Domdechanten und Generalvikar Dr. Hüsgen fallen werde, der bereits nach dem Tode des Grafen Spiegel die Verwaltung des Erzbistums interimistisch geführt habe [16].

Andere Nachrichten besagten, daß Hüsgen jedoch erklärt habe, ein solches Amt nicht annehmen zu können. Daher sei das Kölner Domkapitel jetzt gesonnen, den Aachener Stiftspropst Claessen zum Bistumsverweser zu erwählen, was in jeder Hinsicht eine glückliche Wahl zu nennen sei [17].

---

zen (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 2, Ber. Pfuels vom 21. Nov. 1837, Bl. 60—61).

[10] Immerhin hat selbst ein Metternich ihnen offenbar Glauben geschenkt. So schreibt er am 30. Mai 1837 an Wittgenstein: „Hier gestehe ich Ihnen aufrichtig, daß ich nichts mehr verstehe! Die großen Vorbereitungen auf offener Straße, Kanonen gegen einen Mann oder gegen ruhige Menschenhaufen, begreife ich nicht, und ich fürchte, daß hier die Absichten des Königs übel ausgeführt worden sind" (Splett S. 56).

[11] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 27. November 1837.

[12] Die Wegführung des Erzbischofs nach Minden war in ihrer ganzen Art und Weise durchaus dazu angetan, die Phantasie der Massen in hohem Maße zu erregen, handelte es sich doch um die Form eines packenden klaren Bildes. Wenn Le Bon in seinen berühmten Ausführungen über die Psychologie der Massen (vgl. Ausgabe Kröner, Stuttgart 1961, S. 45) schreibt: „Hundert kleine Verbrechen oder hundert kleine Unfälle werden auf die Phantasie der Massen oft nicht die geringste Wirkung ausüben; wohl aber wird sie durch ein einziges unerhörtes Verbrechen, ein einziges großes Unglück tief erschüttert", so trifft diese Voraussetzung in gewisser Weise auch auf das Kölner Ereignis zu.

[13] DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 14 Bd. 1, Meldung Rehfeldts aus Köln vom 27. Nov. 1837. — Zur Haltung des Domkapitularen und Stadtpfarrers Filz in der erzbischöflichen Frage vgl. auch unten S. 206.

[14] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 27. Nov. 1837.

[15] Spiegel ist jedoch bereits am 2. Aug. 1835 gestorben.

[16] Allgemeine Zeitung vom 1. Dez. 1837.

[17] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 3. Dez. 1837.

Zur Rechtfertigung ihres Vorgehens ließ die Regierung am frühen Morgen des 21. November das vielerörterte [18] und in seinem Wahrheitsgehalt kritisierte [19] Publikandum an allen Straßenecken der Stadt anheften und zugleich mit den Zeitungen in alle Häuser tragen. Etwa 6000 Exemplare sollen so zur Verteilung gekommen sein [20]. Dazu wurde dem Domkapitel eine ausführliche Anklageschrift gegen den Erzbischof überreicht, die ebenfalls unverzüglich in den Zeitungen zur Veröffentlichung gelangte [21]. Mit diesen Darlegungen hoffte man offensichtlich, dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit Genüge getan zu haben. Eine ausführliche Staatsschrift wurde zwar lithographiert, war jedoch noch nicht zur allgemeinen Publizierung bestimmt [22], sondern wurde nur an die Höfe und in den höchsten Kreisen ausgegeben [23]. Eine intensive Einbeziehung der öffentlichen Meinung in die Affäre lag offenbar nicht in der Absicht der Regierung und entsprach auch wohl kaum deren Denkstruktur. Man glaubte anscheinend, den Fall zwischen den Höfen regeln zu können.

Die Reaktion der Bevölkerung entsprach zunächst in der Tat derartigen Erwartungen; denn allem Anschein nach ließ in der Bevölkerung das Interesse an dem Schicksal des Erzbischofs weiterhin nach [24], so daß der Kölner Regierungspräsident Ruppenthal seine Zuversicht darüber bekundete, daß der Oberhirte bald ganz in Vergessenheit geraten werde, sofern nicht „die Erinnerung durch auswärtige Blätter aufgefrischt" werde [25].

Diese Reaktion steht in einem gewissen Gegensatz zur Haltung von Teilen der Kölner Bevölkerung vor dem „Ereignis", doch wird ein ähnliches Verhalten sogar aus Aachen berichtet [26].

Hatte die Zurückhaltung der Bevölkerung seine Ursache in dem Überraschungseffekt [27], oder hat etwa „die Verblüffung über die keck in die Öffentlichkeit geschleuderten Anschuldigungen" durch die Regierung einen lähmenden Einfluß ausgeübt? War es wirklich an dem, daß, wie die Allgemeine Zeitung vom 3. Dez. 1837 meldet, die größere Anzahl der Geistlichen im Rheinland sich auf die Seite des Gouvernements stelle, so daß „in keinem Teile der Provinz eine Aufregung,

[18] Vgl. Schrörs, Kölner Wirren S. 519.

[19] Clemens August, Erzbischof von Köln, den 20. November 1837 nach nicht ganz zweijähriger Amtsverwaltung verhaftet und abgeführt auf die Festung Minden, Darstellung des Ereignisses und Prüfung der Beschuldigungen, Augsburg 1837, S. 11 f.

[20] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 27. Nov. 1837.

[21] Schrörs, Kölner Wirren S. 520.

[22] „. . . falls nicht das Benehmen des Erzbischofs und des Papstes oder die Angriffe einer feindseligen Partei dazu nötigen" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 1, Altenstein an Bodelschwingh, 15. Nov. 1837).

[23] K. Hase, Die beiden Erzbischöfe, 1839, S. 145.

[24] So heißt es im Zeitungsbericht der Regierung Köln für November 1837 (DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16 298): „Die gegen den hiesigen Erzbischof getroffenen Maßregeln und die Entfernung desselben haben zwar im ersten Augenblicke einen tiefen Eindruck gemacht, doch ist derselbe durch die offiziellen Bekanntmachungen ihrer Veranlassung und ihres Zweckes besonders bei dem einsichtsvollen Teile der Bevölkerung bald vorübergegangen. Die öffentliche Ruhe ist nirgends gestört worden."

[25] Schrörs, Kölner Wirren S. 545.

[26] Vgl. ebd.

[27] So äußerte z. B. der Landrat Heuberger (St. Goar) in einem Zeitungsbericht für Dezember 1838 die Ansicht: „Die Wegführung des Erzbischofs erregte anfangs im allgemeinen bei der katholischen Bevölkerung mehr Überraschung und Betroffenheit als Unzufriedenheit" (DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 33 Bl. 26).

noch weniger eine Unordnung zu befürchten" sei? Sollte die in der Frankfurter Oberpostamtszeitung am 24. Nov. 1837 vertretene Ansicht, der Vorfall in Köln werde in acht Tagen vergessen sein, sich tatsächlich als berechtigt erweisen und die preußische Staatsregierung bereits gewonnenes Spiel haben? Diese Ansicht hat aber selbst Metternich, dessen Geist und seine gegenüber der liberalen revolutionären Bewegung praktizierten Methoden als Vorbild für den ähnlichen Versuch der Unterdrückung des sich regenden Katholizismus vielleicht nicht ohne Bedeutung gewesen sind, nicht zu teilen vermocht, vielmehr sah er in dem Schritt der preußischen Regierung nicht allein für die Rheinprovinzen und Preußen, sondern sogar für Deutschland und „in vielfältiger Beziehung" selbst für ganz Europa „den Beginn einer neuen Ära" [28].

In der Tat sollten die Ereignisse der folgenden Jahre eine Antwort erteilen, ob es richtig war, darauf zu verzichten, der religiösen Gärung die moralische Kraft des preußischen Staates, und nichts anderes, entgegenzusetzen [29] oder ob sich der aus geschichtlicher Erfahrung abgeleitete Satz, Gewalt erzeuge Gegengewalt, bestätigen würde.

4. Berlin und Rom nach dem „Attentat" von Köln

Derjenige, der am nachhaltigsten die Ansicht von der Schwäche und Nachgiebigkeit Roms vertreten hatte, Bunsen, der noch immer über einen bemerkenswerten Rückhalt in Berlin verfügte, wurde damit beauftragt, das Vorgehen in Rom, wo man mit einem derartigen Gewaltakt der preußischen Staatsregierung, wie es sich zeigen sollte, nicht gerechnet hatte [1], zu rechtfertigen. Bemerkenswerterweise soll Bunsen die ihm übertragene Mission nur ungern übernommen haben [2]. Wahrscheinlich dürfte ihm nicht unbekannt geblieben sein, daß er in Rom als persona ingrata angesehen wurde [3]. Wenn Papst Gregor XVI., der sich wohl des Rückhalts an Metternich sicher war [4], was seine Position zweifellos gestärkt haben dürfte, die Rückkehr Bunsens „als einen neuen Schimpf, den der Heilige Stuhl von Preußen empfing" [5], bezeichnete, so kann man es in der Tat als wenig geschickt seitens der preußischen Staatsregierung erachten, ausgerechnet Bunsen mit der Mission, einen Eklat abzuwenden [6], zu betrauen. Besser hätte man sich hierzu eines an-

[28] Metternich an Wittgenstein, zitiert bei Splett S. 54.

[29] Über diese Alternative vgl. die im Quellenband (Nr. 70) befindliche Denkschrift eines „Einsiedlers".

[1] H. Bastgen, Forschungen und Quellen zur Kirchenpolitik Gregors XVI. S. 80 f., 88; über die Verhandlungen Bunsens mit Metternich während seines Zwischenaufenthaltes in Wien vgl. ebd. S. 84—88.

[2] Er soll, wie der kurhessische Gesandte Wilckens am 10. Dez. aus Berlin berichtet, alles aufgeboten haben, um in Berlin bleiben zu können. Offensichtlich war er sehr an der vakant gewordenen Stelle eines Generalintendanten der königlichen Museen interessiert (Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 86, Gesandtschaftsberichte 1837 Nr. 341).

[3] So heißt es z. B. in einem Bericht des bayerischen Gesandten Graf Spaur aus Rom vom 9. Dez. 1837: „Die Wahl scheint nicht glücklich, ich habe schon von mehreren Seiten gehört, daß Se. Heiligkeit ihn nicht empfangen wird. Soviel ist gewiß, daß sein Benehmen allgemein getadelt wird, mit wahrem Hasse von der katholischen Partei, mit Bitterkeit von den Hermesianern. Er kann von keiner Seite auf ein Entgegenkommen rechnen" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87).

[4] V. Bibl, Der Kölner Kirchenstreit und Metternich, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 42. Bd., 1929, S. 81 f.

[5] Hanus S. 237.

[6] Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289, Ber. Bressons aus Berlin vom 30. Jan. 1838.

gesehenen Katholiken wie etwa des Grafen Stolberg oder des Geheimen Rates Duesberg bedient. Als Deutung für die schwer zu erklärende Taktlosigkeit der preußischen Staatsregierung bliebe noch die Möglichkeit, daß man sich gar nicht bewußt war, welche Empörung gegen Bunsen in Rom herrschte.

Bunsen war eine Staatsschrift an die Hand gegeben worden, die er dem Papst übergeben und von der er dem Wiener Hofe zuvor Mitteilung machen sollte. In dieser Schrift wurde versucht, die Schuld des Erzbischofs und die Notwendigkeit, gegen ihn einzuschreiten, nachzuweisen. Dabei wurde vermerkt, daß man den Erzbischof nur unschädlich gemacht habe; alles weitere und namentlich die Bestrafung des Prälaten werde dem Papst anheimgegeben. Sollte man sich hierzu nicht verstehen, so sei die preußische Staatsregierung gezwungen, zu ihrer Rechtfertigung den in ihren Händen befindlichen, nicht bloß den Erzbischof, sondern die katholische Kirche überhaupt in hohem Grade kompromittierenden Beweisstücken eine größere Publizität zu geben [7].

Dieses Vorgehen kann man nicht anders als Bluff bezeichnen, um den päpstlichen Hof zu erpressen!

Im übrigen gab man auch in Berlin diplomatischen Vertretern zu verstehen, daß der Papst keine Schwierigkeiten machen werde, die Wahl Hüsgens zum Kapitularverweser [8] zu bestätigen, da dem Papst nicht wenig daran gelegen sein müsse, alles, was die Regierung zur Entfernung des Erzbischofs aus seiner Diözese genötigt habe, „mit einem Schleier bedeckt zu sehen" [9].

Hatte man gehofft, der Papst werde nicht eher Schritte unternehmen, bis Bunsen in Rom eingetroffen sei [10], so sollten derartige Illusionen durch die vom Papst am 10. Dezember 1837 im versammelten Konsistorium der Kardinäle gehaltene Allokution jäh zerstört werden. Die rasche Entschiedenheit, mit der der Papst gehandelt hatte, lag wohl nicht zuletzt in der Persönlichkeit Gregors XVI. begründet; nach der bisherigen langsamen und vorsichtigen Gangart des römischen Hofes war sie nicht zu erwarten gewesen [11]. Doch nun hatte, wie Rochow es formulierte, Rom, „ohne die verheißenen Aufklärungen des Gouvernements empfangen zu haben, den Erzbischof für unschuldig an dem Geschehen" erklärt und alles gebilligt, „was von ihm ausgegangen war" [12]. Damit waren, wie diplomatische Beobachter die Lage deuteten, nicht nur die Aussichten auf eine baldige Verständigung geschwunden, sondern vielmehr ernsthafte Besorgnisse gegeben, daß neue Zwistigkeiten entstehen, insbesondere die übrigen katholischen Bischöfe in Preußen dem Beispiele des Erzbischofs folgen könnten [13]. Offensichtlich legte es Rom auf

---

[7] Hess. Staatsarchiv Marburg Bestand 9a Nr. 86, Gesandtschaftsberichte 1837 Nr. 341, Ber. Wilckens vom 10. Dez. 1837.

[8] Vgl. hierzu unten S. 201 f.

[9] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 86, Gesandtschaftsberichte 1837 Nr. 341, Ber. Wilckens vom 10. Dez. 1837.

[10] Ebd., 31. Dez. 1837; DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8, Promemoria Rochows vom 1. Febr. 1838.

[11] K. Hase, Die beiden Erzbischöfe, 1839, S. 121.

[12] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8, Promemoria Rochows vom 1. Febr. 1838.

[13] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Ottinger an den Schultheiß in Luzern, Wien, 23. Dez. 1837.

einen Bruch der diplomatischen Beziehungen an, ohne jedoch Preußen dazu provozieren zu können [14].

Bunsen wurde von der Kunde der Allokution in Ancona überrascht [15]. Ein daraufhin zwischen ihm und der Kurie erfolgter Notenwechsel brachte keine Annäherung der Standpunkte [16]. Immerhin kam es schließlich zu direkten Verhandlungen mit dem Kardinalstaatssekretär Lambruschini, der Bunsen zunächst zu verstehen gegeben hatte, daß er besser nicht nach Rom käme [17]. Abgesehen von einer eingeschränkten Bestätigung der Funktion Hüsgens [18] erreichte Bunsen jedoch von der Kurie keinerlei Zugeständnisse [19]. Der Papst weigerte sich, ihn zu empfangen [20].

Dennoch gab man in Berlin die Hoffnung auf eine Einigung, wie der kurhessische Gesandte berichtet [21], nicht auf. Der Heilige Stuhl, so argumentierte man, habe von jeher das System verfolgt, anfangs überspannte Forderungen zu erheben, am Ende aber sich dem Unvermeidlichen zu fügen [22]. So lasse auch die Tatsache, daß der Papst die derzeitige Administration des Erzbistums anerkannt habe, auf Verständigung hoffen. Daß diese Interpretation des preußischen Verhaltens nicht aus der Luft gegriffen war, beleuchtet in der Tat eine Passage aus einer Denkschrift Altensteins, Rochows und Werthers vom 10. Nov. 1838: „Die bisherige Fortsetzung der diplomatischen Verbindung mit Rom beruht auf der Hoffnung, daß der Friede in der katholischen Kirche des Inlandes und die davon abhängige Beruhigung der Gemüter durch eine gütliche Verständigung mit dem preußischen Hofe bewirkt werden könne".

---

[14] So die Darstellung in einem Promemoria Rochows vom 1. Febr. 1838, DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8.

[15] Vgl. Splett S. 24.

[16] Vgl. Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 2 (1839) S. 1242. Im Gegenteil, wie ungehalten man in Rom über die Note Bunsens war, zeigt ein Ausspruch Lambruschinis: „Dieser Diplomat hat nach meinem Dafürhalten wahrhaftig den Verstand verloren. Die Tatsache einer Note, und zwar einer solchen Note vor einer Übereinkunft ist ein Schnitzer, der kaum einem Novizen in der Diplomatie verziehen werden kann" (H. Bastgen, Forschungen und Quellen zur Kirchenpolitik Gregors XVI. S. 92). — Zur Bewertung der Anconanote vgl. auch Hanus S. 238 f.

[17] Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 49—51 Verz. 10 Bü 10 Unterfasz. 2, Ber. Kolbs aus Rom vom 20. Dez. 1837. — Die Empörung des Papstes über das preußische Vorgehen soll so groß gewesen sein, daß er erwogen habe, alle Personen, welche bei der Verhaftung und Fortführung des Erzbischofs beteiligt gewesen seien oder dazu beigetragen hätten, diese Katastrophe herbeizuführen, mit dem großen Kirchenbann zu belegen und zu exkommunizieren. Die Mehrheit der Kardinäle sprach sich jedoch in einer Kongregation am 17. Dez. 1837 gegen einen solchen Schritt aus (ebd., 17. Dez. 1837).

[18] Vgl. hierzu unten S. 205.

[19] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 87, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1838 Nr. 346, Ber. Wilckens vom 14. Jan. 1838.

[20] Hanus S. 239; vgl. im einzelnen H. Bastgen, Forschungen und Quellen zur Kirchenpolitik Gregors XVI. S. 96—99.

[21] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 87, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1838 Nr. 346, Ber. Wilckens vom 21. Jan. 1838. — Ähnlich Ber. des braunschweigischen Gesandten v. Röder (Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu Fb 1 Nr. 141 Bd. 3)). In diesem Sinne lauten auch die Berichte beider Gesandter in den folgenden Wochen: 25., 31. Jan., 4., 7., 14., 25. Febr. 1838.

[22] Demgegenüber war jedoch der Papst wohl überzeugt, „daß der König von Preußen am Ende von selbst kommen werde" (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III, Ber. aus Rom vom Dezember 1838).

[23] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 11.

3. Kapitel. Das Verhalten der Bevölkerung in der Rheinprovinz am Ausgang des Jahres 1837 und in den ersten Monaten des folgenden Jahres

1. Die Stimmung in der Provinz nach den Berichten der preußischen Verwaltung und der zeitgenössischen Presse

a) Meldungen und Berichte allgemeiner Art

Wenn auch eine spontane heftige Reaktion der Bevölkerung auf das gewaltsame Vorgehen der Staatsorgane zunächst ausblieb, so geriet der Erzbischof in der Rheinprovinz keineswegs in Vergessenheit. Hierfür sorgte nicht zuletzt die Presse, wie Ruppenthal befürchtet hatte. So verbreitete die Allgemeine Zeitung am 4. Dezember 1837 [1] die Meldung, daß eine Deputation der angesehensten Bürger der Stadt Köln nach Berlin gereist sei, um in der erzbischöflichen Angelegenheit „an den Stufen des Throns Vorstellungen zu überreichen". Eine Bestätigung dieser Nachricht findet sich allerdings nicht.

Daß das Kölner Ereignis nach dem anfänglichen Schock am Rhein viel diskutiert wurde [2], ist wohl kaum zu bezweifeln. Es heißt jedoch, daß das Vertrauen zum Staate immer noch groß sei: „Es stützt sich dort auf eine zweiundzwanzigjährige Erfahrung. Nicht die katholische Kirche, sondern ein Diener derselben, der dem Staate gegenüber seine ganze Stellung vergaß, ist durch die letzte Maßregel getroffen worden. Die Kirche selbst — das weiß man dort ebensogut wie in den katholischen Teilen von Schlesien und Posen — wird nach wie vor geehrt bleiben und unabhängig von jeder protestantischen Einwirkung sein, wie es die Freiheit der Kirche und ihrer Lehre fordert" [3].

In der gleichen Ausgabe berichtet die Allgemeine Zeitung jedoch bereits über eine Reihe von Gerüchten, die inzwischen am Niederrhein kursierten: daß man Gegnern des Erzbischofs, selbst Geistlichen, die Fenster eingeworfen habe, daß zu ähnlichen Zwecken „Kanonenschläge" gelegt worden seien und daß man jeden Morgen Pamphlete — „Zornesergüsse einzelner Frommer und Unfrommer" — an den öffentlichen Plätzen angeschlagen finde [4], Anzeichen eines abnehmenden Vertrauens in die offizielle Version der Regierung und einer zunehmenden Erregung der öffentlichen Meinung. Es verlaute ferner, daß man allgemein mit Ungeduld der weiteren Entwicklung dieses Dramas und besonders den Nachrichten aus Rom entgegensehe, wohin hochgestellte Geistliche aus Köln gereist seien [5]. Inwieweit man auch in manchen Kreisen der rheinischen Bevölkerung Hoffnungen auf den österreichischen Kaiser gesetzt hat [6], daß er gar im Zusammenwirken mit dem

---

[1] Übernahme eines Artikels der Neuen Aschaffenburger Zeitung.
[2] Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 5. Dez. 1837.
[3] Ebd.
[4] Ebd. — Über diese Anschläge heißt es weiter: „... manchmal sind sie fast komisch durch den Feuereifer, der aus unorthographischen Zeilen spricht" (ebd.). — Danach zu urteilen, dürften diese Protestversuche wohl kaum von dem gebildeten Bürgertum ausgegangen sein.
[5] Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 5. Dez. 1837.
[6] So schreibt Max von Gagern in einem Brief an seinen Bruder Heinrich vom 26. Nov. 1837: „Die Landbewohner, über welche seit fünfzig Jahren so verschiedene fremdartige Beamtenscharen wie das Räderwerk eines Wagens hinweggegangen, sind politisch stumpf, und solange derselbe Priester noch am Altar steht, merken sie wenig. Doch hat

Papste mit bewaffneter Macht am Rheine erscheinen würde [7], mag dahingestellt bleiben. Ausgeschlossen ist es keineswegs, daß sich solche Vorstellungen der Volksfantasie bemächtigt haben. Welchen Umfang der Vertrauensschwund bereits anzunehmen begann, zeigt auch das Gerücht, daß das 28. Regiment verlegt werden solle, weil man der Zuverlässigkeit der meist katholischen Soldaten nicht mehr traue [8].

Die am 12. Dez. 1837 gehaltene päpstliche Allokution, deren Ziel es nach der Auffassung von Zeitgenossen [9] offensichtlich war, die „öffentliche Meinung" zu gewinnen, übte allem Anschein nach einen großen Einfluß auf viele Rheinländer aus [10]; das Bild des Erzbischofs wurde jetzt in Tausenden von Exemplaren gekauft [11]. Das Echo, das die Allokution in der Bevölkerung hervorrief, zeigte anscheinend auch, daß früher geäußerte Pläne einer Trennung von Rom und die Gründung einer katholischen deutschen Nationalkirche im Volk keine nennenswerte Basis besaßen [12]. Mit großer Spannung, so heißt es ferner, soll man auch weiterhin Nachrichten aus Rom entgegengesehen haben [13]. Hatten bisher offensichtlich Ansehen und Autorität des Staates dazu beigetragen, daß sich die Kritik an der gegen den Erzbischof verhängten Maßregeln nicht offen vorwagte, irgendwie gehemmt blieb, so ließ die Tatsache, daß die durch den Papst verkörperte Autorität das Vorgehen des Staates aufs schärfste brandmarkte, wohl in stärkerem Maße Zweifel an der Rechtmäßigkeit des staatlichen Vorgehens aufkeimen.

b) Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln

Dieser Eindruck bestätigt sich auch aufgrund von Berichten des Düsseldorfer Oberregierungsrats Cuny, in welchen sich andeutet, was für eine Vorgabe an Autorität der Staat besaß. Im ersten Augenblick, so berichtet Cuny, hätten die Nachrichten aus Köln zwar „große Sensation im hiesigen Publikum" gemacht, doch sei das „freie und offene Verfahren der Regierung nicht ohne Anerkennung" geblieben [14]. So habe sich auch wieder die größte Ruhe eingestellt. Im übrigen sei, so betont Cuny, ein Vorgehen gegen den Erzbischof unvermeidlich gewesen: „Es war höchste

---

ein Schöffe aus dem Dorfe Kessenich [heute Teil von Bonn] ... mir neulich ins Ohr gesagt, als die Gefangennahme bekannter wurde: ‚Aber jetzt meint man doch, der Kaiser könnt das nicht länger ruhig mit ansehen, daß der Prüß so brutal mit unserm Erzbischof umgeht!' ...". (Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern S. 84 f.); vgl. ferner auch Qu. Nr. 120.

[7] Vgl. Qu. Nr. 134.

[8] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 8. Dez. 1837. Auf ein ähnliches, nicht fundiertes Gerücht stoßen wir in einer im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien befindlichen, allerdings undatierten Denkschrift (Staatskanzlei Preußen, Collectanea Fasz. 10 fol. 18), und zwar betrifft es die einige Monate später stattgefundenen Frühjahrsübungen der Landwehr. Bei diesen habe sich ein so übler Geist und Trotz gezeigt, daß „Wohlunterrichtete" die Meinung verträten, daß bei Ausbruch eines Krieges jene Bataillone wohl kaum unter die Waffen treten würden.

[9] K. Hase, Die beiden Erzbischöfe, 1839, S. 116.

[10] So nach der vom 28. Dez. 1837 aus Koblenz datierten Meldung eines Korrespondenten des Hamb. unpart. Corr. (vom 11. Jan. 1838).

[11] Ebd.

[12] Ebd., 15. Jan. 1838.

[13] Ebd., 22. Jan. 1838.

[14] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Cuny an Rochow, 23. Nov. 1837.

Zeit, dem Unwesen ein Ende zu machen. Das Gouvernement hat dies, nachdem alle Mittel der Güte erschöpft, in einer offenen und loyalen Weise getan. Unser Volk denkt zu richtig, um dies nicht zu erkennen und wird sich nicht verleiten lassen, auch nur auf Augenblick fremden Zwecken zu dienen". Unter diesen Umständen mache es wenig aus, wenn, was zu vermuten sei, „in einzelnen Klassen der Gesellschaft sowie in einzelnen Familien" die Maßregel heftigen Tadel erleiden werde [15]. Die weiteren Beobachtungen bestärkten Cuny in dieser Auffassung, wie er in einem Bericht vom 26. Nov. 1837 ausführt: Von den gebildeten, ja selbst auch von ungebildeten Katholiken werde anerkannt, daß der Erzbischof „sich doch viel gegen das Gouvernement habe zuschulden kommen lassen". Insgesamt habe sich das Einschreiten gegen den Erzbischof sehr nützlich ausgewirkt; die unerwartet an den Tag gelegte Energie und Konsequenz des Gouvernements hätten dessen Autorität weiter gestärkt [16].

Ein wenig besorgniserregendes Bild konstatiert auch der Regierungspräsident selbst in einem Bericht vom 10. Dez. 1837. Zwar gebe es weiterhin „entschiedene und blinde Anhänger des Erzbischofs", doch sei der „vernünftigere Teil des Klerus", der etwa die Hälfte der gesamten katholischen Geistlichkeit ausmache, „herzlich froh", dem bisherigen Regiment ein Ende gemacht zu sehen [17]. Die „überwiegend große Mehrzahl" der katholischen Bevölkerung, „namentlich diejenigen Klassen", welche „mit den Mühen und Sorgen des täglichen Lebens zu schaffen" hätten, seien längst beruhigt; ihrem praktischen Sinn genüge der Grund, „der Staat müsse hinreichende Veranlassung zum Einschreiten gehabt haben". Sie wüßten, daß die Verwaltung der Diözese vom Kapitel übernommen, die obere geistliche Instanz also wieder besetzt sei [18]. Nach dem Polizeibericht Spiegels für Dezember 1837 (geschrieben am 13. Jan. 1838) [19] ergibt sich allerdings ein etwas verändertes Bild der Volksstimmung, was offensichtlich nicht zuletzt auf die inzwischen eingetretenen Auswirkungen der päpstlichen Allokution zurückzuführen sein dürfte. So betont Spiegel am 13. Januar 1838, daß die Angelegenheit des Erzbischofs von Köln noch immer „das Publikum im hohen Grade" beschäftige, obwohl im allgemeinen darüber gegenwärtig ruhiger gesprochen werde als früher. Unverkennbar werde noch immer sowohl von Katholiken als auch von der evangelischen Bevölkerung dem Ausgang der Angelegenheit mit Spannung entgegengesehen. Zugleich werde allgemein und laut der Wunsch ausgesprochen, von der Schuld des Erzbischofs genauer unterrichtet zu werden.

Ende Dezember war nämlich auch im Regierungsbezirk Düsseldorf, wie Spiegel am 3. Jan. 1838 berichtet [20], die päpstliche Allokution bekanntgeworden und erregte „große Sensation". Spiegel glaubte diesem Eindruck durch einen „in der hiesigen Zeitung hingeworfenen Zweifel in bezug auf ihre Echtheit" entgegenwirken zu müssen, was auch „ziemlich gelungen" sei. Indessen meinte er jetzt von Belgien aus einen Angriff „unter dem offenen päpstlichen Panier" erwarten zu müssen, aus

[15] Ebd.
[16] Vgl. im einzelnen Qu. Nr. 54.
[17] DZA Merseburg Rep. 78 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5. — Vgl. hierzu auch unten S. 207.
[18] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, 10. Dez. 1837, Polizeibericht für den Monat November.
[19] Ebd. Nr. 3 vol. 6.
[20] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6.

welchem Grunde er wirksame Gegenmaßregeln für dringend geboten hielt. Unter diesen müsse ein baldiges offizielles Untersuchungsverfahren gegen den Erzbischof an erster Stelle stehen [21]. Von einer unparteiischen überwiegend aus katholischen Justizbeamten zusammengesetzten Kommission hoffte er mit Zuversicht eine Bestätigung der getroffenen Maßregel erwarten zu können [22].

Im einzelnen ergibt sich aus den vorliegenden Berichten für eine Reihe von Orten bzw. Kreisen folgendes Bild:

Des Geredes für und wider höre man viel, namentlich unter katholischen Einwohnern der Stadt, berichtet der Bürgermeister von Emmerich am 29. Nov .1837 [23]. Eine böswillige Aufregung der Gemüter habe jedoch nirgendwo stattgefunden und werde auch wohl nicht Platz greifen, solange die oberste Staatsbehörde diese höchst einflußreiche Angelegenheit „mit offener Konsequenz" durchführe und sich keiner halben Maßregel „als Auskunftsmittel bei etwa eintretenden Schwierigkeiten" bediene.

Zwar eine „große Sensation", keineswegs aber eine „bedenkliche Aufregung" war nach den Worten des Klever Bürgermeisters in dieser Stadt zu verzeichnen [24]. Ähnlich verhielt es sich nach der Darstellung des dortigen Landrats im gesamten Kreis Kleve, wo aller Augen auf das zu erwartende Verhalten des Gouvernements gegenüber dem Erzbischof gerichtet gewesen seien, wo aber die offene Darlegung der Staatsregierung über die Motive der ergriffenen Maßregel von der Mehrheit der Bevölkerung anerkannt worden sei. Nur einzelne hätten ihrer Unzufriedenheit über das Verfahren der Regierung Ausdruck gegeben. Werde auch in geselligen Zirkeln vielfach über diese Angelegenheit gesprochen, so sei doch anzunehmen, daß sich das Interesse daran bald verlieren werde [25].

Daß in den Wirtshäusern viel „räsonniert" werde, berichtet der Bürgermeister Bacciocco aus Grevenbroich [26], ein nach der Ansicht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten durchaus zuverlässiger Mann [27]. Zwar sei die Stimmung im Raum Grevenbroich noch keineswegs besorgniserregend, doch stehe zu befürchten, daß die „unruhigen Köpfe" der dortigen Gegend die „jetzige aufgeregte Stimmung des Volkes für ihre Absichten zu benutzen suchen" würden [28].

---

[21] „Durch die Anordnung einer Untersuchung wird die Partei in Schrecken geraten, indem sie bis jetzt noch immer behauptet, es sei kein Grund dazu vorhanden und werde der Staat sich nicht getrauen, so etwas zu unternehmen. Das übrige Publikum aber würde gleich zur vollkommensten Beruhigung übergehen . . . Auch werden vorläufig fast alle Schreier des Auslandes verstummen und ruhig die Entwicklung erwarten" (ebd.).

[22] „Wie ich keinen Augenblick bezweifele, würde das . . . Urteil dahin lauten, daß seine Amtshandlungen . . . den Beweis ergeben, wie er die Rechte des Staatsoberhauptes sowie des Staates verkannt oder nicht anerkannt habe und bei weiterem Fortschreiten auf der betretenen Bahn die Autorität der Krone sowie die Wohlfahrt und Sicherheit des Reiches in die größte Gefahr gebracht haben würde; daher derselbe nicht ferner als preußischer Staatsbeamter in Funktion belassen werden könne . . ." (ebd.).

[23] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856.

[24] Ebd., Ber. an Spiegel vom 27. Nov. 1837.

[25] Ebd., 26. Nov. 1837.

[26] Ebd., 24. Nov. 1837.

[27] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2533, Schr. an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 8. März 1839.

[28] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Bacciocco an Spiegel, 24. Nov. 1837.

Aufschlußreich über die Volksstimmung ist auch der sehr ausführliche Bericht des Krefelder Landrats Melsbach vom 4. Dez. 1837 [29]. Danach haben die ersten Maßregeln gegen den Erzbischof von Köln auch bei der Bevölkerung des Kreises Krefeld, die zwar „einige Blößen an dem Herrn Erzbischof gemerkt" habe, keineswegs aber mit „seiner ungesetzlichen Verfahrensweise" bekannt gewesen sei, einiges Aufsehen erregt, doch sei nach der Bekanntgabe des Erlasses des Kultusministeriums an das Domkapitel [30] gleich eine Beruhigung eingetreten [31]. Melsbach zeigt sich fest davon überzeugt, daß sich in seinem Kreis „der Geist der Anhänglichkeit und des Gehorsams gegen die vorgesetzte Staatsbehörde wie der Liebe und Eintracht unter den verschiedenen christlichen Konfessionen" erhalten werde. Hierzu macht er im einzelnen folgende Ausführungen:

„Im Katholizismus gibt es verschiedene Meinungen, Observanzen und Übungen, die nicht zu seinem Wesen gehören, sondern ihm als Anhang früherer Zeiten, die er durchwanderte, anklebend sind. Lange schon wünschten die gebildeten Katholiken ihre Kirche von diesen Überbleibseln einer längst verschollenen Zeit gereinigt zu sehen, und groß war ihre Freude, durch die Bemühungen der hohen Staatsbehörden im Einverständnisse und unter Mitwirkung der Kirchenobern bessere und geeignetere Bildungsanstalten für Geistliche und Volkslehrer erstehen zu sehen, als sie namentlich in den letzten Jahren des Erzbischofs Ferdinand bemerkten, wie sehr schon hier und da mit seiner Genehmigung Seelsorger bemüht waren, das Volk mehr vom äußeren öffentlichen auf die mehr wahre Gottesverehrung im Geiste und in der Wahrheit zu führen. Es mußte daher die gebildete Klasse schmerzen, als sie einen Mann auf dem erzbischöflichen Stuhle erblickte, der nicht allein durch seine Verfahrungsweise den Geist der Insubordination erregte, sondern den höheren Lehranstalten, wovon am meisten Heil zu erwarten ist, den Todesstoß zu versetzen trachtete, der nicht allein manche nützliche Anordnung seines würdigen Vorgängers lähmte und aufschob, sondern auch das Volk, welches mehr als nützlich an Äußerlichkeiten hängt, zu einem ans Abergläubische grenzenden Kultus anhielt und überhaupt die zum Untergang hingeneigte Schattenseite des Katholizismus wieder hervorzog. Die gebildete Klasse kann daher in der Entfernung des obgedachten Prälaten nur einen Triumph der guten Sache sehen."

Was den Kreis Krefeld speziell betreffe, so sei im allgemeinen der katholische Klerus und namentlich der einflußreichere Teil desselben mit dem Verfahren des Erzbischofs Clemens August nicht einverstanden gewesen. Der Krefelder Klerus habe den „wallfahrtssüchtigen Pöbel" zurückzuhalten und zu beschwichtigen gewußt, so daß in keiner einzigen Pfarrei ein Wallfahrtszug unternommen worden sei: „Und es ist gar nicht zu befürchten, daß einer dieser Geistlichen seine amtliche Stellung und seinen Einfluß auf das Volk mißbrauchen werde, vielmehr bin ich überzeugt, daß sie fast alle bemüht sind, die etwaigen Besorgnisse unter

[29] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856.
[30] Vgl. oben S. 76.
[31] In diesem Sinne heißt es auch im Zeitungsbericht des Bürgermeisteramts Krefeld für die Zeit vom 1. bis 30. Nov. 1837: „In betreff des Publikandums der hohen Ministerien vom 15. d. M. über die Entfernung des Erzbischofs von Köln, Freiherrn von Droste zu Vischering, aus seiner Amtswirksamkeit wird bemerkt, daß bisher hier keine Zuwiderhandlungen gegen die darin enthaltenen Bestimmungen bekannt geworden sind" (Stadtarchiv Krefeld, Bestand 3 Nr. 45 b).

dem Volke zu heben und Ruhe und Vertrauen in ihm zu wecken und zu erhalten." Auch in Neuß erregte das Vorgehen gegen den Erzbischof allgemeines reges Interesse. „Mit Gespanntheit" lese „das Publikum" die Zeitungen, um in dieser Angelegenheit mehr zu erfahren. Die vom königlichen Ministerium getroffenen Maßregeln gegen den Erzbischof würden jedoch „weder bekritelt, getadelt noch mißbilligt". Freilich sei man auf den Ausgang der Angelegenheit sehr gespannt; auch würde man sich freuen, wenn der Erzbischof wieder nach Köln zurückkehrte [32].

Die Anschuldigungen des dortigen Bataillonskommandeurs, daß in der Stadt Neuß und Umgegend eine schlechte, revolutionäre Gesinnung herrsche und daß man hier ein Häuserverzeichnis der wenigen evangelischen Einwohner angelegt habe, um sie nachts zu überfallen, werden sowohl vom Landrat [33] als auch vom Polizeikommissar [34] nachdrücklich zurückgewiesen. Eine böswillige, revolutionäre Haltung der Neusser Bevölkerung stellte auch der dortige Gendarm Krüger in Abrede, doch äußerte er sich im übrigen offener und unverblümter: So seien die Einwohner im Kreise Neuß zwar der Meinung, daß dem König nicht das Recht zukomme, den Erzbischof abzusetzen; auch verträten sie die Ansicht, daß diese Sache leicht zu einer Revolution führen könne, was aber im allgemeinen nicht gewünscht werde. Vielmehr sei man dafür, daß die Angelegenheit „in Ruhe und Frieden" ausgemacht werden möchte und daß deshalb kein Krieg oder sonstige Unruhen entstehen möchten. Dennoch sei es nicht zu verkennen, daß im Kreis Neuß, vor allem auf dem Lande, viel vom Krieg gesprochen werde [35].

Konstatierte der Kölner Regierungspräsident in seinem Polizeibericht für Dezember 1837 bis zum Bekanntwerden der päpstlichen Allokution eine Gleichgültigkeit, „mit welcher man ziemlich allgemein die weiteren Ereignisse wegen des Erzbischofs erwartete" [36], so berichtete auch der Landrat des Kreises Bonn, Hymmen, daß sich die Maßregel gegen den Erzbischof viel weniger im nachteiligen Sinne auf die öffentliche Stimmung ausgewirkt habe, als man vielleicht hätte erwarten können: „Der verständige und gutgesinnte Teil der Einwohner vertraut auf die väterliche Gerechtigkeitsliebe Sr. Maj. des Königs und zweifelt gar nicht, daß diese Maßregel notwendig und gerecht gewesen sei und sieht mit

---

[32] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Vertraulicher Bericht aus Neuß an den Landrat vom 2. Jan. 1838 (Bl. 163).

[33] „Kaum vermag ich zu schildern, mit welchem Erstaunen ich von den Anzeigen und dem ... Bericht mit so gröblichen Anschuldigungen gegen die Bewohner dieser Stadt und Umgegend, deren Treue und Anhänglichkeit an unsern allverehrten König und an die Regierung ..." (ebd., 3. Jan. 1838). — Über 1839 erneut gegen die loyale Gesinnung der Bewohner von Neuß ausgesprochene Verdächtigungen vgl. unten S. 190 f.

[34] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, 2. Jan. 1838.

[35] Ebd., 2. Jan. 1838.

[36] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6. — Etwas ausführlicher und modifizierter Zeitungsbericht der Regierung Köln für Dezember 1837 (DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16298): „Obgleich nach wie vor über die gegen den Erzbischof getroffenen Maßregeln und die in bezug auf diesen Gegenstand erscheinenden Zeitungen und sogenannten Privatnachrichten viel geredet wird, so hat sich doch die anfangs aufgeregte Stimmung trotzdem, daß dieselbe durch Verbreitung eines untergeschobenen Hirtenbriefes und angebliche Korrespondenzen des Erzbischofs geflissentlich genährt worden, besonders unter den Landleuten bedeutend gelegt und scheint ... hier und da schon gänzlich in Vergessenheit überzugehen".

ruhiger Zuversicht der Entwickelung der Verhältnisse entgegen“ [37]. Vor allem in Kreisen des dortigen gebildeten Bürgertums, die mit Hermesianern in Kontakt standen, hatte die Erbitterung gegen den Erzbischof offensichtlich keineswegs nachgelassen. So schreibt z. B. die Mutter Leopold Kaufmanns am 4. Dez. 1837 aus Bonn: „Was die Stimmung wegen des Erzbischofs betrifft, so ist die Mehrzahl mehr gegen ihn als für ihn. Ich glaube wohl, daß seine groben Manieren am meisten schuld daran sind. Denn weil sein Vorgänger so sehr fein war, ist der Abstand zu groß. Auch ist man der Meinung, daß er den Adel zu sehr bevorzuge und auch selbst sehr stolz sei, davon hat man manchen Beweis. Auch spricht das sehr gegen ihn, daß unser guter Pastor Iven in Ungnade gefallen; doch hat er auch manche Anhänger wie ... Carl Bischof, Windischmann etc.“ [38]. Wie Hymmen berichtet, sei es nicht zu übersehen, daß einzelne „Unzufriedene“ und „Schlechtgesinnte“ die Situation dahingehend auszunutzen suchten, „ihren schlechten giftigen Gesinnungen den Mantel der kirchlichen Heuchelei umzuhängen“ und Unruhe und Aufregung zu verbreiten [39]. Hierzu gehörte offenbar auch das Ausstreuen des Gerüchts, dem in Bonn allgemein sehr unbeliebten Universitätskurator Rehfues sei von Einwohnern der benachbarten Landgemeinde Alfter ein „gewaltsamer Besuch“ zugedacht, um an ihm „wegen des Erzbischofs Rache zu nehmen“ [40].

Hatte der größte Teil der Bevölkerung im Raum Köln offensichtlich immer noch in relativer Gleichgültigkeit verharrt, so wurde doch die Diskussion nach dem Bekanntwerden der päpstlichen Allokution reger. Allerdings bezweifelten, so berichtet Ruppenthal am 2. Jan. 1838, viele die Echtheit der kursierenden Abschriften, weil man dem römischen Hofe „so viel Takt zutraue, daß er die Mitteilung unseres Gouvernements abwarten werde, ehe er eine Meinung“ fasse. Außerdem werde vielfach die Ansicht geäußert, daß eine am 10. Dez. im geheimen Konsistorium gehaltene Rede nicht schon am folgenden Tage verbreitet sein könne. Dies sei aber, so führt Ruppenthal weiter aus, tatsächlich der Fall gewesen. Schon am 11. Dezember habe sich eine vollständige Abschrift jener Rede in Händen von Privatpersonen befunden, welche sie schleunigst in das Rheinland expediert hätten. Habe man dabei auf das Hervorrufen einer großen Aufregung spekuliert, so sei diese zum großen Teil jedoch nicht eingetreten. Es habe sich nichts ereignet, was die besondere Aufmerksamkeit der Polizei notwendig gemacht habe. Viele verständige Katholiken äußerten sogar ihren Unwillen über Form und Inhalt der päpstlichen Rede. Allerdings zeigten sich nicht alle Katholiken und namentlich nicht alle Angehörigen der höheren Stände so verständig [41]. Auch bei den „niederen Klassen“ machte sich offenbar ein gewisser Unmut über das Vorgehen gegen den Erzbischof bemerkbar, was sich vor allem in Ausfällen gegen Protestanten geäußert haben soll [42].

---

[37] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, Auszug aus dem Zeitungsbericht des Landrats des Kreises Bonn für den Monat November 1837.
[38] Stadtarchiv Bonn, Sammlung Kaufmann 115; Teilzitat bei Franz Kaufmann S. 28.
[39] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, Auszug aus dem Zeitungsbericht des Landrats des Kreises Bonn für den Monat November 1837.
[40] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, Bodelschwingh an Rochow, Koblenz, 28. Nov. 1837.
[41] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6 Bl. 91—92.
[42] Hamb. unpart. Corr. vom 4. Jan. 1838.

c) Regierungsbezirk Trier

Nach den Polizeiberichten des Regierungspräsidenten Ladenberg in Trier, wo sich unter dem Bischof von Hommer der Geist der Toleranz in bemerkenswerter Weise hatte entfalten können [43], hat die dortige Volksstimmung, abgesehen von dem Vorfall der Verbreitung eines Zettels mit der Aufschrift „Hoch lebe der Erzbischof von Köln!" [44] und der Tatsache, daß nachts über die Publikanda der Regierung abgerissen wurden [45], keinen Grund zur Beunruhigung gegeben. Anteil hieran habe auch die Haltung der katholischen Geistlichkeit, die sich mit ihren Urteilen wohl vorzüglich deshalb zurückhalte, weil allgemein die Ansicht verbreitet sei, daß die Regierung im Einverständnis mit dem päpstlichen Stuhl gehandelt habe, was man auch aus der unbedingten Unterordnung des Domkapitels zu Köln und der Wahl eines Kapitelsverwesers [46] ableite [47]. Zwar beklage es der größte Teil der katholischen Geistlichkeit im Regierungsbezirk Trier, daß ein derartiges Beispiel der Strenge an einem so hochgestellten kirchlichen Würdenträger statuiert worden sei, doch erkenne man es an, daß man seitens des Staates so habe verfahren müssen, um seine Autorität und die Ruhe zu sichern. Vergeblich bemühten sich auch einzelne, die es weder mit dem Staat noch mit den Untertanen gut meinten und allein durch selbstsüchtige Zwecke geleitet würden, das Verfahren gegen den Erzbischof von Köln als eine Überschreitung der Staatsgewalt und eine Verletzung der Rechte der Geistlichen hinzustellen. Ladenberg fährt fort:

„Die dem Publikum offen dargelegten Facta sprechen zu laut und klar, und neben allem übrigen ist es besonders der unbestreitbare Wortbruch, der auch bei der Geistlichkeit dem Herrn Erzbischof den Stab bricht, wie er laut die Indignation des übrigen Publikums hervorgerufen hat. Es ist darüber nur ein Urteil, daß der Erzbischof entweder nicht habe versprechen sollen, was er nach seinem Gewissen nicht halten gekonnt oder daß, wenn er es versprochen, er auch verpflichtet gewesen sei, sein Versprechen zu halten. Die jesuitische Deduktion in dem Schreiben des Herrn Erzbischofs an Se. Exzellenz den Herrn Minister der geistlichen ... Angelegenheiten vom 31. Okt. c. wird allgemein als unhaltbar anerkannt und beraubt den Herrn Erzbischof jedes Verteidigers, selbst in seinem Stande, da er mit diesem Verfahren die Achtung vor seinem Charakter und alles Vertrauen untergraben hat" [48].

So werde auch, insbesondere von der gutgesinnten Geistlichkeit, der Wunsch

---

[43] Die in Trier in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren vorherrschende Duldsamkeit stellt z. B. Friedrich Schillers Sohn Ernst, Landgerichtsrat in Trier, heraus: „So frei man in Köln war, so ist man es dort doch weniger als hier. Hier erscheint die Freiheit als liebreiche gegenseitige Duldung, wohingegen in Köln die Toleranz auf Verflachung der Religionsansichten hergeleitet werden könnte" (zitiert bei Kentenich S. 805).

[44] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, Ladenberg an Rochow, Trier, 26. Nov. 1837. — Faksimile Qu. Nr. C.

[45] Vgl. Qu. Nr. 53.

[46] Vgl. unten S. 201 f.

[47] Schrörs, Kölner Wirren S. 521.

[48] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, Ladenberg an Rochow, 27. Nov. 1837.

geäußert, daß baldigst für die Trierer Diözese ein Bischof gewählt werden möge, dessen Persönlichkeit gegen Vorfälle derart wie in Köln Bürgschaft leiste [49].

Insgesamt sei durch den „geschehenen, die Kraft des Herrschers bekundenden Schritt" die Liebe zum König nirgends vermindert, im Gegenteil eher noch gesteigert worden; denn jeder Vernünftige erkenne an, daß das „Allerhöchste so energische als weise Verfahren großem Übel vorgebeugt" und das Wohl und die gefährdete Ruhe der Untertanen dauernd befestigt habe [50].

Soweit der Stand Ende November. In einem Polizeibericht für Dezember 1837 meldet Ladenberg, daß die inzwischen bekanntgewordene Allokution des Papstes vom 10. Dezember [51] im allgemeinen „große Sensation, besonders unter den Geistlichen, erweckt" habe, „Spuren einer besonderen Aufregung" hätten sich indes bis jetzt noch nicht gezeigt, und man hege allgemein die Hoffnung, daß „ein kräftiges Auftreten" seitens des Staates den päpstlichen Stuhl „zu einer angemessenen, beruhigenden Erklärung" bewegen und daß „diese denn überhaupt dem bisherigen unseligen Konflikt ein Ziel setzen" würde [52]. Allerdings zeige der Landrat des Kreises Bernkastel, von Gärtner, in einem Bericht vom 8. Dez. 1837 an, daß die Entfernung der Erzbischofs aus Köln die katholische Bevölkerung, vor allem in der Stadt Bernkastel, sehr erregt habe; so betrachte man diese Angelegenheit auch keineswegs als eine „polizeiliche und staatsrechtliche", sondern vielmehr als eine Religionssache. Unter diesen Umständen blieben auch die Einflüsterungen der ultramontanen Partei nicht ohne Gehör, und zwar spreche man in manchen Kreisen, insbesondere in den unteren Schichten, davon, daß es die Absicht der Regierung sei, die katholische Religion gänzlich zu unterdrücken und daß „alle Katholiken lutherisch werden müßten". Ein Aufruhr sei dennoch nicht zu erwarten, vertraute doch die Bevölkerung darauf, daß der Papst seinen ganzen Einfluß geltend machen werde, um die preußische Staatsregierung dazu zu bewegen, die verhängte Maßregel wieder rückgängig zu machen [53].

Dem Polizeibericht der Trierer Regierung für Januar 1838 [54] ist ein Zeitungsbericht des Landrats des Kreises St. Wendel beigefügt. Der Regierungspräsident bezeichnet ihn als im wesentlichen mit den Beobachtungen der übrigen Landräte übereinstimmend. Es heißt hier: „Die hohe Achtung vor unserer Staatsverwaltung und der das Volk durchdringende gute Geist bewährte sich bei der Angelegenheit des Erzbischofs zu Köln: bei den Verständigern jeder Konfession findet, mit wenigen oder gar keinen Ausnahmen, das Verfahren der Regierung unbedingt Beifall; niemand nimmt Partei für den Prälaten oder seine Sache. Und selbst auf dem Lande hört man einfach äußern: ‚Er wird sich nicht geschickt haben, man wird wohl seine guten Gründe haben usw.' Der Empfang der Adelsdeputation

---

[49] Ebd.
[50] Vgl. Qu. Nr. 53.
[51] Vgl. Schrörs, Kölner Wirren S. 549. — Eine Abschrift der Allokution wurde in Sittard gedruckt und in der Rheinprovinz auf geheimen Wegen verteilt (ebd. S. 555 f.). Text der Allokution in deutscher Übertragung bei Karl von Hase, Gesammelte Werke Bd. 10 Leipzig 1892, S. 191—194.
[52] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, Polizeibericht für den Monat Dezember 1837, dgl. in: DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7.
[53] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 4.
[54] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691.

zu Berlin [55], wovon die Zeitungen meldeten, das Ministerialreskript auf die päpstliche Allokution haben nur Freude erregt; von äußeren Aufreizungen, verbotenen Schriften usw. zeigte sich bis jetzt keine Spur" [56].

d) Regierungsbezirk Koblenz

Nachhaltiger noch als im Regierungsbezirk Trier war offenbar der Eindruck, den das Kölner Ereignis unter den Katholiken des Regierungsbezirks Koblenz hervorrief. So vertritt die Koblenzer Regierung im Zeitungsbericht für November 1837 [1] die Auffassung, daß es nicht leicht sein werde, „diese innere Aufregung der Gemüter zu beschwichtigen". Habe sich Droste-Vischering wegen seines schroffen Auftretens früher nicht wenige Gegner zugezogen, so werde nunmehr sein Schicksal offensichtlich mit der katholischen Religion überhaupt identifiziert. Eine solche Ansicht wird insbesondere aus dem Kreis Ahrweiler berichtet, wo man — so der landrätliche Bericht vom 28. Nov. 1837 [2] — in der getroffenen Maßregel einen Angriff auf den Katholizismus erblicke, und zwar sei diese Meinung nicht allein unter den unteren Volksklassen vorherrschend, sondern werde selbst von Angehörigen der gebildeten Stände, mitunter sogar mit großer Leidenschaftlichkeit, geltend gemacht. Auch der Landrat des Kreises Neuwied meldet am 27. November [3], die gewaltsame Entfernung des Kölner Erzbischofs von seinem Amtssitz habe im dortigen Kreise, und zwar insbesondere in den zur Kölner Diözese gehörenden Bürgermeistereien Unkel, Asbach und Altenwied, „große Sensation und einen schwer zu vertilgenden Eindruck" hervorgerufen, zumal nur eine kleine Zahl der katholischen Einwohner imstande sei, die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen und deren Gründe zu erfassen. Ein ruhestörender Vorfall sei jedoch bis jetzt noch nicht zu verzeichnen gewesen. Ein etwas verschwommenes Bild ergibt sich aus dem Bericht des Landrates von Zell für diesen Monat [4]. Die Entfernung des Erzbischofs von Köln habe bis jetzt allein die Unzufriedenheit der katholischen Geistlichen erregt. Die Äußerungen über das Publicandum fielen im allgemeinen günstig aus. Manche meinten, es sei in ein großes Wespennest gestochen worden, während die Kinder zuweilen auf den Straßen riefen: „Der König hat den Papst abgesetzt, es gibt Religionskrieg!"

Nach dem Zeitungsbericht der Koblenzer Regierung für Dezember 1837 [5] zeigten sich zwar weiterhin nirgendwo „Spuren einer bedenklichen Aufregung", doch sei weiterhin „der unangenehme Eindruck auf die Stimmung der katholischen Einwohner unverkennbar", besonders, nachdem der päpstliche Stuhl in seiner jüngst bekanntgewordenen Allokution so nachhaltig gegen das Vorgehen der Regierung Stellung genommen habe. Die evangelischen Einwohner könnten da-

[55] Vgl. unten S. 234 ff.

[56] Dies könnte durch die größere Entfernung von Sittard bedingt sein, was die Frage aufwirft, ob der Einfluß der belgischen radikalen Presse auf die Stimmung in bestimmten Gebieten der Rheinprovinz, insbesondere im Raum Aachen, nicht doch unterbewertet worden ist. (Schrörs gegen Schwahn).

[1] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 957, 4. Dez. 1837.

[2] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 1237.

[3] Ebd.

[4] Ebd.

[5] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 957, 5. Jan. 1838.

gegen, so heißt es im Verwaltungsbericht der Koblenzer Regierung für 1837 [6], die Widersätzlichkeit des Erzbischofs bis zu diesem Grade nicht begreifen. Als Folge dieser unterschiedlichen Auffassung sei die Einigkeit zwischen Katholiken und Evangelischen getrübt, und zwar „auf lange Jahre".

Im einzelnen ergibt sich im Regierungsbezirk Koblenz für Dezember 1837 folgendes, zum Teil unterschiedliches Bild. Der Landrat von Ahrweiler äußert die Befürchtung, daß die durch den Papst ausgesprochene Mißbilligung des staatlichen Vorgehens auf die Stimmung der katholischen Einwohner „von sehr nachteiligen Folgen" sein werde [7]. Einen „sehr unangenehmen Eindruck" hatten nach den Ausführungen des Landrates von St. Goar die Ereignisse in Köln unter der Bevölkerung seines Kreises hervorgerufen, wenn sich auch diese Verstimmung in keinen so heftigen Äußerungen Luft mache wie etwa in der Stadt Koblenz. Der „größere Haufen", der selbst zu einem richtigen Urteil nicht fähig sei, glaube den Wortführern seiner Konfession, und da ausländische Blätter kaum gehalten würden, die inländischen aber diese Angelegenheit nicht erörtern dürften, so gelangten die „auffallendsten Unwahrheiten" in Umlauf und verwirrten „selbst die Meinung des gebildeten Publikums", vor allem, nachdem die höchste Autorität der katholischen Kirche das preußische Gouvernement so scharf gerügt habe. Daß in einer so aufregenden Zeit wie der jetzigen anderer schon vorher akkumulierter Stoff der Unzufriedenheit stärker zutage komme, liege in der Natur der Sache. Das betreffe z. B. Besorgnisse um den Fortbestand des rheinischen Rechts wie auch den Notstand der Weinbauern, und beides verstärke die Mißstimmung [8].

Wie der Landrat des Kreises Mayen am 28. Dez. 1837 ausführt, habe „eine mehr oder weniger versteckte Partei", unter ihnen die sogenannten Frömmler, die Entfernung des Erzbischofs zu einem willkommenen Grund genommen, „unter der Larve der verletzten Religion ihr Gift der Unduldsamkeit auf alle Weise heimlich zu verbreiten und dabei jedes Mittel von Trug und Unwahrheit zu gebrauchen, um die Gemüter der einfachen katholischen Bürger und Landleute für ihre Aufregung zu gewinnen". Sie hüteten sich gleichwohl, öffentlich aufzutreten, sondern schlichen wie „die Beförderer jeder bösen Sache im Dunkeln" und gäben sich alle Mühe, „die Sache mit der Person zu verwesentlichen, den gedachten Prälaten zum Märtyrer der Religion und in ihm diese selbst angegriffen zu erklären". Allerdings, so schließt der Landrat, seien die Bewohner seines Kreises im allgemeinen zu verständig, als daß sie sich durch jene Menschen aufregen lassen würden.

Großes Aufsehen hätten, so erfahren wir im Zeitungsbericht des Landrats des Kreises Simmern für Dezember 1837, die Kölner Ereignisse auch in seinem Amtsbezirk hervorgerufen, doch könne man von einer besorgniserweckenden Aufregung noch nicht sprechen [9].

Allen diesen Berichten gemeinsam ist der in der Bevölkerung zum Ausdruck kommende Wunsch, daß sowohl die angedeuteten Akten publiziert als auch ausführlicher über diese Materie in den inländischen Zeitungen geschrieben werde.

---

[6] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 23 Spez. a.
[7] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 957, 5. Jan. 1838.
[8] Ebd., 31. Dez. 1837.
[9] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 1238.

Abgeklungen war die erste Aufregung offenbar bereits im Kreis Kreuznach (Zeitungsbericht des Landrats für Dezember 1837) [10]. Die erzbischöfliche Frage stehe nicht mehr „in erster Linie", und jedermann warte ruhig das Ende ab. Die bewundernswerte Ruhe und die würdige Haltung der katholischen Geistlichen, welchen jetzt auch die evangelischen Kollegen nachfolgten, habe sehr wohltätig gewirkt, und man neige dazu, selbst die päpstliche Allokution als unterschoben oder gegen den Willen des Papstes publiziert zu betrachten, da sich der darin angeschlagene scharfe Ton nicht mit dem bisher beim päpstlichen Hof vorwaltenden Geist der Vorsicht und Versöhnung vereinbare. Allgemein sei der Wunsch, daß sich die ganze Angelegenheit friedlich löse.
Völlig indifferent, als ginge sie der Vorfall nichts an, verhielten sich die Bewohner des allerdings vorzugsweise evangelischen Kreises Altenkirchen [11].

e) *Regierungsbezirk Aachen*

Mit einer gewissen Spannung mußte man dem Verhalten der Bevölkerung des Regierungsbezirks Aachen, insbesondere seiner Hauptstadt, entgegensehen. Erregte hier die Entfernung des Erzbischofs nach der Darstellung des Aachener Oberbürgermeisters in allen Klassen der Bevölkerung größtes Aufsehen und wurden sogar Befürchtungen laut, daß hinter dem Vorgehen der Regierung die Absicht stehe, die katholische Religion in der Rheinprovinz zu unterdrücken [1], so war es in der Stadt Aachen allerdings, von gewissen, Schulbuben zugeschriebenen Schmierereien abgesehen, bemerkenswert ruhig und das auch hier bekanntgemachte Schreiben Altensteins an das Kölner Domkapitel nicht ohne Eindruck geblieben [2]. Ebenso hielt sich die Geistlichkeit vorerst zurück [3]. Der Pfarrer Keller in Burtscheidt, bisher einer der entschiedensten Anhänger des Erzbischofs, schützte sogar Krankheit vor, um nicht predigen zu müssen [4]. Dennoch ließ sich Arnim von dieser Ruhe nicht täuschen. Offenbar wolle der Aachener Klerus Rom nicht vorgreifen: „Aber immerhin nährt er einen tiefen Mißmut über die an seinem Oberhirten verübte Tat in der Brust, wenn auch teils christliche, teils priesterliche Klugheit keinen Ausbruch gestattet" [5]. Sei auch der Charakter der Stimmung „mehr verbissener Unmut in den gebildeteren Klassen als Heftigkeit der unteren" und eine offene „Emeute" nicht zu befürchten, so könne man jedoch nicht übersehen, daß ein großer Teil der katholischen Bevölkerung dem Gouvernement auf Jahre entfremdet sei [6]. Es sollen sogar gegen den Regierungspräsidenten, von

---

[10] Ebd.
[11] Ebd., Zeitungsbericht des Landrats vom 26. Dez. 1837.

[1] Vgl. Qu. Nr. 36.
[2] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, Ber. Arnims vom 25. u. 26. Nov. 1837. — Schreiben gedruckt bei Rheinwald, Acta Historico-Ecclesiastica S. 449—455.
[3] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, Ber. Arnims vom 25. u. 26. Nov. 1837 — Der Aachener Oberbürgermeister ging sogar so weit, von einem „versöhnenden Benehmen" des Aachener Klerus zu sprechen (Qu. Nr. 36).
[4] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3, 26. Nov. 1837.
[5] Ebd.
[6] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 2, Ber. Arnims vom 13. Nov. 1837. — Ähnlich heißt es auch im Zeitungsbericht der Aachener Regierung für November 1837: „Die Entfernung des Erzbischofs von Köln aus seiner Diözese hat in allen Ständen

dem man sich in Berlin wegen seiner angeblichen Beliebtheit in der Rheinprovinz einen günstigen Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung versprochen und ihn im November trotz seiner Erkrankung von Berlin aus an seinen Dienstort zurückgeschickt hatte[7], anonyme Drohungen gerichtet worden sein[8]. Nach einen Bericht Arnims vom 30. Nov. 1837[9] ließ die Erörterung der erzbischöflichen Angelegenheit bereits etwas nach. Nur in den höheren Klassen der Gesellschaft bekunde man weiterhin den gleichen Mißmut. Auch die Erwählung Hüsgens zum Kapitularvikar werde von der „bigotten Klasse der reicheren Fabrikanten", von der Hüsgen als nicht streng katholisch genug und als „dem Gouvernement gefällig"

---

große Sensation erregt. Deren, die mit unbefangenem Urteil die Notwendigkeit dieses Schrittes erkennen, sind leider wenige . . . Die Wohlhabenden und Gebildeten eifern hier am meisten über das Ereignis. Der Mittelstand vertraut, ohne tiefer in die Sache einzugehen, der Weisheit und Gerechtigkeit einer Regierung, die ihn seit 22 Jahren landesväterlich schirmte. Die geringsten Klassen teilen in ihrer Weise die Verstimmung der Wohlhabenden, da sie kein eigenes Urteil haben und meistens Einflüssen falscher Art heimgegeben sind" (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Nr. 46).

[7] Vgl. hierzu Qu. Nr. 33; ferner heißt es in einem Bericht des hannoverschen Gesandten an seinen König vom 22. Nov. 1837: „. . . Les Comtes de Stolberg et d'Arnim qui avaient déjà quitté leurs postes dans les provinces Rhenanes, y sont retournés seulement pour appaiser les esprits par l'influence et l'estime dont ils jouissent dans ces parties de la monarchie Prussienne" (Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel, Kgl. Hausarchiv Abt. Gmunden VI, 8, Z 29, Nr. 91).

[8] So hatte man ihm nach dem Bericht Laurents „eine Schnappe aufs Tor aufgehenkt" und darunter geschrieben: „Der Erzbischof ist gefangen, der Arnim wird gehangen". Daraufhin habe ihn die Furcht in einem solchen Maße ergriffen, daß er sich nicht mehr in der Öffentlichkeit habe sehen lassen und fortan keine Nacht in seinem Hause geschlafen habe (Möller, Laurent, 1. Teil S. 334). Ob das auf den als „gewandten Geschäftsmann" bezeichneten Arnim (Archiv Galen-Assen F 527, Mein Leben in der Politik; Perthes S. 418) zutrifft, dürfte allerdings zweifelhaft sein, ganz abgesehen davon, daß der Aachener Oberbürgermeister jegliche ordnungswidrige Vorfälle in Abrede stellt (Qu. Nr. 36 u. 67). — Auffällig ist allerdings die zur Jahreswende vollzogene Ablösung Arnims durch Cuny. War diese etwa dadurch bedingt, daß er die in ihn gesetzte Hoffnung, „durch die vornehme Gewandtheit seines Wesens" die Rheinländer zu gewinnen (Perthes S. 418), nicht erfüllt hat? Immerhin vergleicht ihn ein rheinischer Geistlicher mit einem glänzenden Meteor, der zwar die schönsten Hoffnungen erweckt habe, aber bald spurlos verschwinden werde (Vogel S. 101). Zweifellos ist die Reaktion der Bevölkerung nach dem Kölner Ereignis für Arnims Ablösung nicht ausschlaggebend gewesen, hatte er doch schon vorher um Versetzung in einen Regierungsbezirk gebeten, der seinen Gütern näher lag (Bergmann S. 309; Qu. Nr. 43). Werden ihm von zeitgenössischen diplomatischen Beobachtern hervorragende staatsmännische Fähigkeiten zugeschrieben (z. B. Ber. Trauttmannsdorffs vom 10. Mai 1845, H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 91; Ber. des Großherzogl. hess. Gesandten Schaeffer von Bernstein vom 7. Jan. 1841, Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1 Konv. 86 Fasz. 1841 Nr. 1), so erscheint es dennoch fraglich, ob er mit seinem kühlen verschlossenen Wesen bei den Rheinländern „angekommen" ist. So heißt es auch von Arnims Nachfolger Cuny (vgl. zu diesem auch Bergmann S. 311), daß er zwar weniger Entschlossenheit an den Tag gelegt, aber durch sein gewandtes Wesen sich rasch Achtung und Liebe erworben habe (Vogel S. 101). Die Beantwortung der Frage wird umstritten bleiben. Bemerkt auf der einen Seite Th. H. R. v. Rochow angesichts der Spekulationen um die Nachfolge Bodelschwinghs (Schreiben vom 21. Jan. 1840): „Graf Arnim dürfte ihn ambitionieren, allein dafür sind wenig Stimmen, am wenigsten die des Königs" (Briefe des . . . Theodor Heinrich Rochus von Rochow, hrsg. v. E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 201), so wird Arnim in einem im Hamb. Unpart. Corr. vom 21. Mai 1840 veröffentlichten Schreiben ein hohes Lob gezollt, stehe Arnim doch „durch sein ebenso humanes als umsichtiges und redliches Wirken als Chef der Regierung von Aachen noch in großer Verehrung. In jeder Beziehung dürfte seine Ernennung den Beifall des ganzen Landes erhalten". Ähnlich Qu. 33; 43.

[9] Vgl. Qu. Nr. 56.

angesehen werde, durchweg mißbilligt. Eine gewisse Unruhe werde auch von einigen in Belgien nahe der deutschen Grenze wohnenden Geistlichen in das Land getragen. Dagegen exponierten sich, wie Armin am 12. Dez. 1837 berichtet [10], die bekannten Fanatiker unter dem Aachener Klerus wie Nellessen, Keller und Istas auch weiterhin nicht. Andererseits müsse man die Haltung des Pfarrers Trost loben, der in seinen Predigten während der krisenhaften Tage erheblich zur Befestigung von Ruhe und Ordnung beigetragen habe [11]. Aus diesem Grunde schlägt er ihn und aus Überlegungen der Zweckmäßigkeit ebenfalls den „Dompropst" Claessen zu einer Ordensverleihung vor, damit Trost nicht durch eine alleinige Auszeichnung noch mehr in den Ruf eines erklärten Parteigängers des Gouvernements gerate [12]. Insgesamt gelangte Arnim, abgesehen von gewissen Besorgnissen wegen der Volksstimmung in dem von dem wallonischen Klerus stark beeinflußten Kreis Malmedy [13], hinsichtlich der weiteren Entwicklung zu einem gedämpften Optimismus [14]. Greller fällt das Bild im Bericht der Abteilung des Innern der Regierung Aachen für 1837 aus: „Die unheimliche Stimmung, welche an den Wahn religiöser Unterdrückung geknüpft und mit der böswilligsten Arglist größtenteils vom Auslande her genährt, bei dem hier so überwiegenden katholischen Teil der Bevölkerung seit zwei Jahren mehr und mehr festen Fuß gefaßt hatte, ist durch die Katastrophe des Erzbischofs von Köln zum Ausbruch gekommen [15]. Diese heftige Erschütterung gewährt wenigstens den Vorteil, daß man den Tummelplatz der Leidenschaften, die immer noch heftig sind, besser übersieht". Begründete Befürchtungen für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und der Untertanentreue seien allerdings bis jetzt nicht gegeben, solange jedenfalls „der Anstoß mit gewaffneter Hand" nicht von außen erfolge. In der Beurteilung der weiteren Entwicklung stimmt der Bericht zum großen Teil mit der Ansicht des Regierungspräsidenten überein [16].

---

[10] Vgl. ebd. Nr. 63.

[11] Qu. Nr. 64 u. 66. — Auch der Aachener Oberbürgermeister weist in seinem Zeitungsbericht für Dezember 1837 auf das lobenswerte Verhalten der Aachener katholischen Pfarrgeistlichen hin (vgl. Qu. Nr. 67). — Eine Differenzierung unter dem Aachener Klerus nimmt er jedoch nicht vor, wie seine Berichte überhaupt, verglichen mit denen des Aachener Regierungspräsidenten und der zeitgenössischen Presse, den Eindruck der Schönfärberei erwecken.

[12] Qu. Nr. 64 u. 65. — Mit der teilweise unentschiedenen Haltung, insbesondere unter dem jüngeren Aachener Klerus, zeigte sich auch Johannes Laurent in einem Brief vom 18. Dez. 1837 unzufrieden: „Und das in Aachen!" (Schrörs, Neue Quellen S. 67 f.).

[13] Qu. Nr. 63.

[14] Ebd.

[15] Wie der Nachfolger Arnims, Regierungspräsident Cuny, im Verwaltungsbericht für 1838 ausführt, habe ein großer Teil der katholischen Bevölkerung tatsächlich befürchtet, daß man es auf die Unterdrückung ihrer Religionsfreiheit und auf eine gewaltsame kirchliche Reformation abgesehen habe (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165 I S. 366). Die Aussage Cunys verdient um so mehr an Gewicht, als er nach Darstellung des in Aachen damals lebenden Schriftstellers Schepeler die Stimmung der Bevölkerung eher in einem zu rosigen Licht gesehen haben soll (vgl. Qu. Nr. 137).

[16] „Die materiellen Interessen werden bald wieder ihr volles Recht behaupten. Bei der zahl- und einflußreichen industriellen Einwohnerschaft des Regierungbezirks Aachen sind sie nach allen Seiten hin in einem glänzenden Aufschwunge und gewähren, wenn auch nicht immer Zufriedenheit, doch volle Beschäftigung. Dem Landmann wird sein Lohn noch immer kärglich zugemessen, doch ist die Ungunst der ackerwirtschaftlichen Konjunkturen gegen 1836 wenigstens nicht gestiegen" (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. 472).

Eine in weiten Kreisen der Aachener Bevölkerung verbreitete tiefe Verstimmung will Johannes Laurent festgestellt haben. Bemerkenswert sei auch, so berichtet er, daß am Neujahrsabend 1838, als bei einem offiziellen Essen von einem Beamten die Gesundheit des Königs ausgebracht worden sei, sich kein Mensch gerührt habe. „Da ward des Erzbischofs Gesundheit getrunken: rauschender Beifall" [17].

In Aachen sollen sich auch, ebenso wie in Köln, unter der Protektion von Geistlichen, denen sicherlich die nicht selten stark ausgeprägte Empfänglichkeit der weiblichen Psyche für Fragen des religiösen Lebens nicht unbekannt war, Vereine von unverehelichten Damen zu dem Zweck gebildet haben, jedem Protestanten, der um die Hand eines Mitgliedes anhalte, „ein sogenanntes Körbchen zu geben, bloß, weil er Protestant sei" [18], menschlich sicherlich ein höchst fragwürdiges Unternehmen. Außerdem sollen die Mitglieder des angeblich von Laurent ins Leben gerufenen [19] Aachener Mädchenvereins das Gelöbnis abgelegt haben, den Umgang mit jedem Evangelischen abzubrechen und künftig zu vermeiden, ebenso Bekannte und Freundinnen zu demselben Versprechen zu bereden und an jedem Jahrestage dieses Versprechens die heilige Kommunion zu empfangen [20].

---

[17] Möller, Laurent, 1. Teil S. 345.

[18] Diese Meldung führte zu einem lebhaften Pressekrieg. So dementierte ein Korrespondent im Westfälischen Merkur vom 25. Jan. 1838 die Existenz einer solchen Vereinigung, welche die Frankfurter Oberpostamtszeitung vom 25. Jan. 1838, was Köln betreffe, sogar als absurde Fabel bezeichnet. So sei eine Reihe evangelischer mit zu den angesehensten Mitgliedern des Handelsstandes gehörenden Familien wie z. B. Herstatt, v. d. Leyen, Koch, Merkens, Mumm, Rodius, Schnitzler und Stein mit einer beträchtlichen Anzahl von katholischen Familien gleichen Standes so vielfältig verschwägert, „daß eine solche Absonderung alle Bande der Familien und der Geselligkeit zerstören würde". Demgegenüber etwas abschwächend, vertritt ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung in der Ausgabe vom 28. Febr. 1838 die Ansicht, daß die „Damenverschwörung" in Köln im Vergleich zu anderen Orten nur sehr geringen Anklang gefunden habe. — Andererseits gibt ein Korrespondent dieses Blattes am 16. März 1838 der Auffassung Ausdruck, in Köln gehörten diesem Vereine, der sich auch der Protektion einiger, wenn auch nicht hochstehender Geistlicher erfreue, eine Reihe von Töchtern adeliger und bürgerlicher Familien an, erstaunlicherweise auch solcher, die sich sonst liberal zu nennen und das „politische Leben der Franzosen" als Vorbild anzusehen pflegten und nun einen seltsamen Beweis von dem gäben, was sie eigentlich unter Freisinnigkeit verstünden — offenbar ein Anzeichen für eine unter dem Eindruck des Kölner Ereignisses erfolgte Annäherung zwischen ultramontan gesinnten und gewissen liberalen Kreisen. — Der Gewährsmann beeilt sich jedoch zu versichern, daß die wahrhaft gebildeten Familien sich „mit Unwillen" von diesem Vereine abwendeten. — An der Existenz derartiger Vereinigungen, vor allem was Aachen betrifft, dürfte nach diesen, wenn auch zum Teil sich widersprechenden Meldungen also wohl kaum zu zweifeln sein, während man über den Zulauf, insbesondere in Köln, geteilter Meinung sein kann. — Von dem Wirken einer derartigen Vereinigung in Koblenz verlautet nichts, doch sollen die Bemühungen des dortigen strengkirchlichen Kreises ebenfalls beim weiblichen Geschlecht besonderen Anklang gefunden haben. Es heißt, viele Mädchen hielten es jetzt für ihre heilige Pflicht, jeden Morgen wenigstens eine Messe zu hören (Ber. der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 21. Aug. 1838). — Diese Berichte über Anzeichen besonderer Empörung unter dem weiblichen Geschlecht dürften wohl nicht ganz aus der Luft gegriffen sein, zumal selbst in Wien, wie der preußische Gesandte in Württemberg und in der Schweiz, von Rochow, am 8. Dez. 1837 schreibt, „die Frauen besonders lamentierten" (Briefe des ... Theodor Heinrich Rochus von Rochow, hrsg. von E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 132).

[19] Möller, Laurent 1. Teil S. 311; 332; 345; Schwahn S. 126.

[20] Schrörs, Geheimpolizei S. 50. — Schrörs stützt sich dabei auf die in den „Rhein. Provinzialblättern" 1838 Nr. 18, Beiblatt (4. 3. 1838) angegebenen gedruckten Vereinszetteln (ebd.); vgl. auch Qu. Nr. 120.

Unter der Leitung von Laurents Freunden Fey und Istas hat dieser Kreis offenbar eine rege Tätigkeit entfaltet [21]. Selbst „die sonst so weltlichen Damen" hätten fortan ihre neugeborenen Söhne auf den Namen Clemens August taufen lassen [22]. Der offensichtliche Erfolg dieser Initiative veranlaßte Laurent sogar zu der Überlegung, ob es nicht angebracht sei, den Mädchenverein vom Papst zu einer kirchlichen Bruderschaft erheben und mit Ablässen begnadigen zu lassen [23].

2. Unruhen und Zwischenfälle

Schien auch im allgemeinen trotz vielfacher Unzufriedenheit zunächst die Ordnung nicht gestört zu werden, so nahm dann doch Ende November 1837 eine Kette von Zwischenfällen in verschiedenen Gebieten der Rheinprovinz ihren Anfang. Selbst wenn für sie nur einzelne Personen oder kleine Gruppen verantwortlich gewesen sein mögen, so waren sie durchaus geeignet, in der Presse Schlagzeilen zu machen und die Unruhe zu steigern. Daß diese Nadelstiche der preußischen Verwaltung gleichgültig gewesen sein sollten, ist unwahrscheinlich, zumal wenn man berücksichtigt, daß sich die Schmähungen nicht selten gegen den König selbst richteten. Ein in Aachen angeheftetes Plakat wie „Bürgerrache, unser Bischof ist in Haft" [24], kann noch als verhältnismäßig harmlos bezeichnet werden. Wenn es aber in einem ebenfalls in Aachen vorgefundenen Aufruf heißt: „Gutgesinnte Bürger! Empört Euch gegen Euren eigenen König; er hat sich wie ein Tyrann gegen Euren Oberhirten benommen; wir stehen verlassen wie die Schafe ohne Hirt!" [25], so war eine solche Parole dazu angetan, von den Behörden als Anzeichen einer sich formenden revolutionären Bewegung aufgefaßt zu werden [26].

Daß diese Agitation auch im übrigen Deutschland nicht unbeachtet blieb, zeigt ein ausführlicher Bericht in der Allgemeinen Zeitung vom 17. Dez. 1837. Bei diesen Vorfällen handele es sich nicht nur um vereinzelte Aufrufe, vielmehr habe die Polizei ein paar Tage hindurch vollauf zu tun gehabt, die „Affichen" und Plakate beiseitezuschaffen [27], die mehr oder minder gegen die in der erzbischöflichen Angelegenheit getroffenen Maßnahme gerichtet seien und mitunter weitere

---

[21] Schwahn S. 126.
[22] Möller, Laurent 1. Teil S. 345.
[23] Schrörs, Neue Quellen S. 73.
[24] Schwahn S. 140. — In Ergänzung hierzu heißt es in einem Brief Laurents vom 5. Febr. 1838: „Der fromme Mädchenverein in Aachen und der Umgegend geht sehr gut vonstatten . . . Die Herren Preußen wollen rasend werden darüber, Polizeibeamte haben sogar von Landesverweisung der Beförderinnen gesprochen, und das macht den Eifer nur noch feuriger. Es ist wirklich auffallend, wie heldenmütig die Frauen in dieser Sache gesinnt sind . . . " (Schrörs, Neue Quellen S. 73).
[25] Ebd.
[26] Eine ähnliche Tendenz klingt auch in anderen bei Schrörs (Geheimpolizei S. 52) angeführten Aufrufen an. Bemerkenswert hierbei dürfte auch die auf Frankreich gesetzte Hoffnung sein: „Gottesräuberische Hände mißhandeln den guten, alten, frommen, ehrwürdigen Bischof zu Köln. Auf, Ihr Katholiken, betet zu Gott, daß er diesen Mörder von der Erde vertilge, brauchet Gewalt und rufet die Franzosen um Hilfe an!" — „Tapfere Bürger! Greift zu den Waffen und legt sie nicht eher nieder, bis unser Bischof frei und wir von Preußen unabhängig sind".
[27] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 17. Dez. 1837.

Unwahrheiten und Verleumdungen in Umlauf zu setzen suchten, die nur zu willige Ohren fänden [28].

Am 23. und 24. Nov. 1837 entdeckte man auch in der bisher so loyalen Stadt Kleve verschiedene „Pasquillen", in denen die Maßnahmen der Regierung angegriffen wurden. So war auf einem Plakat, das auf dem Großen Markt an einem Laternenpfahl angebracht war, folgender Aufruf zu lesen: „Schlechte Politiker haben den Eifer, die Menschen als die erbärmlichsten Geschöpfe darzustellen. Dies sind Marktschreier, welche ihre Zuhörer glauben machen wollen, daß sie krank sind, um ihnen Pillen zu verkaufen" [29]. An der Pumpe auf dem Kleinen Markt bemerkte man folgendes Manifest: „Bürger, ergreift das Schwert zur Befreiung des Bischofs" [30], während man an der Tür der großen evangelischen Kirche die Worte lesen konnte: „Kommt zur Erkenntnis, die Ihr im Dunkeln wandelt, denn der schon lange glimmende Funke wird bald zu einer Flamme auflodern und verzehren den . . . [31] und Euch Lutheraner und Kalviner". Noch schärfer wurden die Grundlagen der derzeitigen preußischen Politik in folgendem Aufruf in Frage gestellt: „Ein Staat, der die Kraft hat, *einen* im Zwang zu halten, ist nicht stark genug, eine Nation zu unterdrücken" [32].

Eine in der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember an der Pumpe des Marktplatzes in Goch von einem Gendarmen entdeckte „Satire" enthielt eine eindeutige Tendenz der Majestätsbeleidigung: „Katholiken! Habet acht auf die Geheime Polizei, sie gehet darauf los, uns in die Falle zu bringen! Doch deswegen wollen wir nicht schweigen. Laut wollen wir verkündigen, daß der Herr Erzbischof von Köln unschuldig und unser König in dieser Hinsicht ein Tyrann ist. - Goch 1837" [33].

Wenn weiter berichtet wird, daß in der Nacht vom 3. auf den 4. Dez. 1837 in der Gemeinde Otzenrath [34] einige evangelische Häuser „molestiert" worden seien [35], so deutete dies an, daß der ursprünglich nur auf einen kleinen Personenkreis bezogene Konflikt zu einer umfassenden Konfrontation der beiden Konfessionen überhaupt zu führen drohte.

Die Meldungen über dergleichen Zwischenfälle häuften sich, wozu nach der Darstellung der Allgemeinen Zeitung vom 10. Jan. 1838 die mit großer Spannung erwartete [36] inzwischen bekanntgewordene Allokution des Papstes an die Kardinäle (10. Dez. 1837), in welcher er die preußische Regierung der Freiheitsberaubung, der Verhöhnung der Bischofswürde und der Vergewaltigung der Gewissen

---

[28] Ebd. — Dafür, daß es sich bei einigen dieser Plakate um die Erzeugnisse von Lockspitzeln gehandelt hat, wie Schrörs (Geheimpolizei S. 53) vermutete, fehlt es an hinreichender Motivation. Es ist doch unwahrscheinlich, daß ihnen vom Gouvernement ein offizieller Auftrag erteilt worden ist, Aufrufe in der Öffentlichkeit zu verbreiten, die dazu angetan waren, die Staatsautorität zu untergraben!

[29] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Ber. vom 27. Nov. 1837.

[30] Ebd.

[31] Hier war ein Bildnis des Königs angebracht.

[32] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Ber. vom 27. Nov. 1837.

[33] Ebd., Ber. des Fußgrenadiers Schümmer, 2. Dez. 1837.

[34] Kr.

[35] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Wevelinghofen, 7. Dez. 1837. Ber. des Kreissekretärs.

[36] Vgl. Möller, Laurent, 1. Teil S. 337—341.

beschuldigte, in nicht geringem Maße beigetragen habe [37]. Versuche der preußischen Behörden, die Verbreitung der Allokution zu verhindern, so z. B. durch Beschlagnahmung der Allgemeinen Zeitung, blieben ohne Erfolg [38]. Selbst die an absolutistische Machtfülle heranreichenden Kompetenzen der Staatsorgane reichten offensichtlich nicht aus, die öffentliche Meinung völlig unter Kontrolle zu bringen. Sogar in Köln fehlte es jetzt nicht mehr an Anzeichen von Unruhe. So fand man hier an der Tür der evangelischen Kirche die Aufschrift „Brennt den Saustall nieder!", während ein anderer Kölner seiner Empfindung mit den kurzen Worten Ausdruck gab: „Clemens August der Gerechte, Friedrich Wilhelm der Schlechte" [39]. Wie Laurent berichtet, habe man dem Domherrn München an die Tür geschrieben: „Gravissimis ex causis wirst Du Halunke bald aufgehängt" [40]. Auch habe man ihm mit einer Petarde [41] die Fenster gesprengt und gleiches bei seinem Kollegen Filz versucht [42]. Dieser erhalte im übrigen einen Drohbrief nach dem anderen [43]. Ebenso soll, jedoch ohne Erfolg, der Versuch unternommen worden sein, die Mo-

---

[37] „Im Durchschnitt hatten die meisten, besonders die Geistlichen, nur darauf hingewiesen, man müsse die Entscheidung des Papstes abwarten. Nun sie, und zwar auf eine so unerwartete Weise erfolgt ist, erheben sich wieder alle Stimmen. Allerdings gibt es viele, welche jene Rede beklagenswert und es unbegreiflich finden, daß von neuem der in den letzten Augenblicken des Todeskampfes zustande gebrachte Widerruf des Bischofs von Trier hervorgezogen werde. Aber die Mehrheit hält an dem Ausspruch des Papstes, und es hat daher auch schon wieder an aufreizenden Plakaten nicht gefehlt. Der Rheinländer hält streng an der Form des Gesetzes, um so mehr, da in ihm die Furcht lebt, es könne ihm unter der Hand entzogen werden, und daraus, daß der Erzbischof nicht sogleich vor Gericht gestellt worden, folgert er dessen Straflosigkeit . . ." (Allgemeine Zeitung vom 10. Jan. 1838). Laurent, nach dessen Worten der Papst das ganze preußische Kabinett als den infamsten Lügnerklub, den je die Welt gesehen, „durch eine unumstößliche Reihe von Tatsachen dargestellt" habe (Schrörs, Neue Quellen S. 69), will sofort eine deutsche Übersetzung der Allokution angefertigt haben, welche in Sittard gedruckt und in großer Anzahl verbreitet worden sei (Möller, Laurent, 1. Teil S. 342). — Über die Wirkung der päpstlichen Ansprache äußerte sich Laurent (10. Jan. 1838) höchst begeistert: „Die Allokution wirkt auf alles, was Gott gemacht hat; Geistlichkeit und Volk freuen sich darüber unendlich, als hätten wir schon jetzt den Sieg in Händen" (ebd. S. 342). — Ähnlich die Stellungnahme der Münchener Politischen Zeitung vom 16. Jan. 1838.

[38] So heißt es in einem Artikel der Münchener Politischen Zeitung vom 16. Jan. 1838: „Diese Tage ist nun hier auch die Allokution des Papstes verbreitet worden und hat, wie sich erwarten ließ, bei uns mehr als sonst wo die Gemüter erschüttert. Die Begierde, sie zu lesen, war um so größer und stärker, je emsiger unsere Polizei in übertriebenem Diensteifer durch Vorenthaltung der Augsburger Allgemeinen Zeitung, wodurch sie uns zuerst zukam, ihre Veröffentlichung zu hindern strebte. Als jedoch mehrere Abonnenten dieser Zeitung erklärten, wie sie, im Fall man diese Nummer derselben ihnen vorenthalte, den ganzen Jahrgang nicht honorieren würden, so sah man sich alsbald genötigt, das Aktenstück herauszugeben, welches augenblicklich in so vielen Abschriften zirkulierte, daß alles Bemühen der Polizei, in den Häusern wieder aufzufangen, vergebens war".

[39] Zitiert bei Schrörs, Geheimpolizei S. 51 f.

[40] Möller, Laurent 1. Teil S. 355.

[41] Sprengkörper.

[42] Möller, Laurent 1. Teil S. 334. — Über die durch diese Zwischenfälle ausgelöste Psychose berichtet die Augsburger Postzeitung (16. Jan. 1838): „Als größte Stadtneuigkeit erzählt man sich hier, wie zwei Personen von Ansehen, denen man schon vor etwa 3—4 Wochen nachts die Fenster eingeschossen hatte, weil sie entschiedene Gegner des Erzbischofs waren, jetzt plötzlich auf die Idee gekommen seien, sich gegenseitig zu rasieren, da sie dem Barbier nicht trauen, daß er ihnen einmal aus Versehen den Hals abschneiden möchte".

[43] Möller, Laurent 1. Teil S. 355.

ral der in Köln stationierten Truppen zu schwächen, insbesondere sie für den Fall eines Krieges zur Meuterei zu überreden [44].

In Straelen [45] fand der Ortsgendarm eine Schmähschrift am Mitteilungsbrette angeheftet. Doch hätten die Einwohner über das Plakat nur gelacht, und es scheine „weiter keinen Einfluß auf die Gemüter" zu haben [46]. Auf eine daraufhin erfolgte behördliche Anfrage über die Stimmung der Bevölkerung berichtete der Dechant zu Straelen, die Nachricht von der „Motion" des Erzbischofs habe zwar beim Volk eine allgemeine Mißbilligung gefunden und hier und da zum Murren Anlaß gegeben. Auch sei bei den Landleuten der Eindruck hervorgerufen worden, als stehe ein Krieg nahe bevor. Daß die Stimmung jedoch in Straelen besorgniserregend sei, könne indes nicht gesagt werden [47].

Vom Gemeindehaus in Waldniel wurde, wie der landrätliche Kommissar des Kreises Kempen berichtet, am 2. Jan. 1838 nachts das Schild mit dem Königlichen Adler entfernt und vor dem Tore nach Dülken aufgestellt. Dabei seien die über dem Adler befindliche Krone und der königliche Namenszug abgeschabt worden. Außerdem habe man auf dem Brett drei Zettel mit Schmähungen angeheftet. Der landrätliche Kommissar fügt seinem Bericht jedoch hinzu, der „Sinn der hiesigen Bewohner" sei indes gut, und alles, was etwa geschehe, sei „belgischem Einfluß" zuzuschreiben [48].

In Wickrath sollen sich nach „glaubwürdiger" Quelle" am Abend des 26. Dezember etwa 30—40 Individuen versammelt und „unter mancherlei Unfug und strafbaren Ausdrücken rücksichtlich der erzbischöflichen Angelegenheit Straßen und Wirtshäuser durchzogen haben" [49]. Vom Bürgermeister der Stadt wurde jedoch der Vorfall als entstellt und im Grunde unbedeutend bezeichnet [50].

Erhebliche Aufregung rief bei den preußischen Behörden auch ein in der Rheinprovinz kursierender, angeblich vom Erzbischof erlassener, jedoch von diesem als Fälschung bezeichneter Hirtenbrief hervor. Der Oberpräsident, besorgt wegen der möglichen ungünstigen Auswirkungen desselben [51], legte dem „Machwerk" eine solche Bedeutung bei, daß er in einer eigenen Bekanntmachung dessen Unechtheit verkündete und 100 Tlr. Belohnung für die Entlarvung des Betrügers aussetzte [52]. Ein zwanzig Jahre alter Schüler aus Köln soll der Verfasser gewesen sein und sich aus Furcht vor Entdeckung im Rheinhafen ertränkt haben [53].

---

[44] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6, Ber. Brendamours vom 31. Dez. 1837.

[45] Kr. Geldern.

[46] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Straelen, 2. Jan. 1838, gez. Schmidt, beritt. Gendarm.

[47] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 857, Straelen, 7. Jan. 1838, Davids, Dechant.

[48] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Ber. an den Regierungspräsidenten von Spiegel, 4. Jan. 1838.

[49] Ebd., Spiegel an den Landrat des Kreises Grevenbroich, 1. Jan. 1838.

[50] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 857, Ber. vom 9. Jan. 1838.

[51] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, Bodelschwingh an Rochow, Koblenz, 11. Dez. 1837.

[52] Wiedergabe dieser Bekanntmachung in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 1. Jan. 1838.

[53] Schrörs, Kölner Wirren S. 548; Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 6. Jan. 1838. — Der Hirtenbrief ist gedruckt bei Rheinwald, Acta Historico-Ecclesiastica S. 558—560. — Nach den Worten des Neusser Landrats war dieser „aus fremder Feder geflossen und ein böswilliges Machwerk eines Menschen, in dessen verkehrtem Gehirn ein Ver-

Dieser Hirtenbrief habe, so heißt es im Zeitungsbericht der Düsseldorfer Regierung für Dezember 1837 [54], den größten Teil der katholischen Bevölkerung ihres Verwaltungsbezirks „mehr oder weniger aufgeregt", doch habe man dadurch, daß man die Unechtheit des angeblichen Hirtenbriefes öffentlich bekannt gemacht habe, wesentlich zur Beruhigung beigetragen.

Auch die Tatsache, daß in der Stadt Koblenz, wo die „dem Gouvernement feindliche Partei" seit dem Bekanntwerden der päpstlichen Allokution wieder stärker hervortrat [55], das Anheften von „teils aufrührerischen, teils schmähenden Plakaten [56] immer noch nicht aufhörte und es trotz aller Bemühungen nicht gelang, „die Täter in flagranti zu ertappen", bereitete dem Oberpräsidenten einiges Kopfzerbrechen. Offenbar benutzten diese den Zeitpunkt, „wo die Kirchgänger nach der Frühmesse noch in völliger Dunkelheit die Kirche in gedrängter Masse" verließen, „um ihre Opera, gewöhnlich in den Vorhallen der Kirchen, anzuheften" [57]. Führte hier auch das Bekanntwerden der päpstlichen Allokution zu keinen schwerwiegenderen Ausschreitungen, so war doch nach der Beobachtung des Oberpräsidenten nicht zu verkennen, daß besonders in der Stadt Koblenz „die dem Gouvernement feindliche Partei" seitdem wieder stärker hervortrete und im stillen alles aufbiete, „um von der feindseligen Stimmung des päpstlichen Stuhles möglichst großen Nutzen zu ziehen" [58].

Die schleunige Durchführung des seit Jahren zur Diskussion stehenden katholischen Militärgottesdienstes, und zwar erstmals am 3. Dez. 1837 in der ehemaligen Karmeliterkirche in Koblenz [59], ist wohl nicht zuletzt aus dem Grunde in die Wege geleitet worden, um dieser Agitation Wind aus den Segeln zu nehmen.

---

dienst um die Kirche gespukt und der die Absicht gehabt" habe, „Aufruhr gegen die Regierung zu wecken" (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, 13. Dez. 1837). — Der Hirtenbrief soll sogar „mit einem Zusatz" in Sittard gedruckt worden sein (ebd., der Oberpräsident an Spiegel, 21. Dez. 1837).

[54] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. I.

[55] „Es kann nicht bezweifelt werden, daß von derselben im stillen alles aufgeboten wird, um von der feindlichen Stimmung des päpstlichen Stuhles möglichst großen Nutzen zu ziehen" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7, Bodelschwingh an Altenstein, 4. Jan. 1838).

[56] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, Bodelschwingh an Rochow, Koblenz, 11. Dez. 1837. — So soll auf einem der „Affichen" zu lesen gewesen sein: „Weh Dir, Jerusalem, das die Propheten, die man dir zusendet, steinigt; auch dir, Bodelschwingh, der du dich mit frevelnder Hand an dem Gesalbten des Herrn vergriffen hast, dir wird es schlechter gehen als Sodom und Gomorrha" (zitiert bei Schrörs, Geheimpolizei S. 35). — Auch gegen den katholischen Regierungs- und Schulrat bei der Koblenzer Regierung, Johann Heinrich Theodor Brüggemann, wandte sich ein Plakat: „Soll ich Euch den Judas nennen, der Euren Hirten verraten hat; das ist der allerliebste Brüggemann. Er ist ein Schmeichler und ein schlechter Kerl und bleibt es in alle Ewigkeit . . ." (zitiert bei Schwahn S. 141). — Brüggemann war derjenige gewesen, der aus Berlin den Beschluß des Ministerrates zum Vorgehen gegen Droste-Vischering überbracht hatte (vgl. oben S. 76; ferner Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 1, 1838, S. 616—618; Erwiderungen Brüggemanns auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe: Qu. Nr. 102). Daß sich unter der „ultra-katholischen Partei allgemeiner Unwille" gegen Brüggemann zeigte, berichtet auch Bodelschwingh am 3. Dez. 1837 an Rochow (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 3).

[57] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, Bodelschwingh an Rochow, Koblenz, 11. Dez. 1837.

[58] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7, Bodelschwingh an Altenstein und Rochow, 4. Jan. 1838.

[59] Allgemeine Zeitung vom 18. Dez. 1837.

Unzufriedenheit und Mißstimmung bekundeten sich allerdings auch weiterhin an anderen Orten. So mußte der Krefelder Landrat Melsbach, der sich erst kürzlich noch so optimistisch über die öffentliche Stimmung in seinem Kreis geäußert hatte, am Morgen des 25. Dezember zur Kenntnis nehmen, daß man auch in der Stadt Krefeld damit begann, Manifeste anzuheften, und zwar trug das entdeckte Plakat folgenden Wortlaut: „Am Dienstag, den 26. Mai, Generalversammlung aufm Friedrichsplatz, abends halb 7 Uhr. Auf, ihr Brüder, ergreift die Waffen, helft befreien unseren Bischof und vertreiben den König samt seine Bluthunde. Seid tapfer und standhaft, und wir werden Sieger; denn nur der ist ein Mann, der tapfer streiten kann. — Der Vorstand der Revolution“ [60].

Melsbach bezeichnete diesen Anschlag als das Werk „irgendeines Taugenichts“, der die „ruhigen Einwohner“ ängstigen wolle. Dennoch bestehe kein Anlaß zur Besorgnis. Wenn die erzbischöfliche Angelegenheit jetzt auch vielfach besprochen werde und mancher Katholik sich auch in seinen Rechten dabei gekränkt glaube, so seien doch bei den Bewohnern des Kreises bis jetzt durchaus keine Anzeichen von „aufrührerischen Gesinnungen und Bewegungen“ wahrzunehmen gewesen [61]. Dies bestätigen auch „mehrere Katholiken“ dieses Kreises in einem Schreiben an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom 13. Jan. 1838 [62]: „Kommen bei Einzelnen unreife Äußerungen zum Vorschein, so zählen wir Katholiken unter uns Vernünftige genug, diejenigen eines Besseren zu belehren und die Gärung niederzuhalten“. Um so mehr hielten sie sich für berechtigt zu fordern, daß auch protestantischerseits die Katholiken nicht provoziert würden, was häufig durch den Kreissekretär Schuchmann geschehe, der durch seine Schmähungen und Drohungen bei einem großen Teil der katholischen Bevölkerung Verbitterung hervorgerufen habe. Wenn man ihnen darüber hinaus einen protestantischen Landrat vorgesetzt habe, so sei dies sicherlich nicht nach dem Willen der Bevölkerung des Landkreises gewesen, doch habe man sich damit abgefunden, zumal Melsbach ein gutmeinender Mann sei, leider aber müsse man feststellen, daß er zu schwach und weitgehend von seinem Sekretär abhängig sei.

Daß sich im Grunde an der bisher so loyalen Haltung der Krefelder gegenüber ihrem Königshaus auch durch die erzbischöflichen Wirren nichts geändert habe, glaubte jedenfalls auch der Krefelder Bürgermeister festgestellt zu haben:

„Wer den diesjährigen Königsgeburtstag mit uns gefeiert hat, wird leicht die Überzeugung gewonnen haben, daß wir die Anhänglichkeit an den König und das Königliche Haus als altes Erbteil treu bewahrt und gepflegt und daß kein fremdartiger Einfluß das Vertrauen geschwächt hat, das wir zu einem gütigen und gerechten Fürsten hegen, der uns weise und glücklich regieret und dem wir mit unwandelbarer Treue und innigster Zuneigung ergeben sind. Allgemein war die Teilnahme an dem Feste und herzlich und innig die Freude in allen Kreisen, die nur dann auf eine solche Weise und in einem solchen Maße sich zeiget, wenn wahre Liebe und Verehrung das Band zwischen dem Herrscher und seinem Volke geknüpft hat“ [63].

[60] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Krefeld, 30. Dez. 1837.
[61] Ebd.
[62] Ebd., Bl. 206.
[63] Stadtarchiv Krefeld, Bestand 3 Nr. 45b, Zeitungsbericht für die Zeit vom 1. bis 31. Aug. 1838.

3. *Die Entwicklung der Volksstimmung in den ersten Monaten des Jahres 1838.*

a) Stadt und Regierungsbezirk Köln

Wie die Allgemeine Zeitung am 18. Jan. 1838 berichtet, habe die vielfach trübe Stimmung der Bevölkerung in der Stadt Köln auch dazu geführt, daß sich hier das Karnevalskomitee, in welchem sich ohnehin auch soziale Gegensätze bemerkbar machten [1], aufgelöst habe, da die Mitglieder „den Scherz nicht in Einklang mit der traurigen Zeit" fänden. Zwar habe sich ein neues Komitee gebildet, aber, da dessen Mitglieder den Behörden nicht gleiche Garantie für die Erhaltung der Ordnung und des Anstandes böten, so stehe noch dahin, ob ihr Wirken die Genehmigung der Obrigkeit erhalten würde. Dies scheint jedoch der Fall gewesen zu sein. So meldet die Allgemeine Zeitung am 29. Jan. 1838, daß das Festkomitee in Köln „in voller Tätigkeit" sei [2]. Daß sich in Köln ein neues Fastnachtskomitee organisiert hatte, muß sogar Laurent zugeben [3]; doch habe es sich bei den neuen Mitgliedern um solche Personen gehandelt, die sonst „wie Feuer und Flamme" gegen den Karneval gewütet hätten [4]. Hieraus zieht Laurent in einem schwer nachzuvollziehenden Gedankensprung die Konsequenz: „Man darf aber nur in die Kirchen treten, um die wahre Gesinnung des Volkes zu erfahren" [5]. Liegt hierin nicht das Eingeständnis einer Enttäuschung? In der Tat berichtet auch ein Korrespondent vom Niederrhein zu dieser Zeit in der Allgemeinen Zeitung (28. Febr. 1838), in Köln nähmen nur wenige ein persönliches Interesse am Schicksal des Erzbischofs. Die Religion aber halte hier eigentlich niemand für gefährdet. Darum habe sich auch in Köln am wenigsten eine Schroffheit zwischen den beiden Konfessionen gezeigt, und deshalb habe hier auch die Damenverschwörung gegen die gemischten Ehen [6] den geringsten Anklang gefunden. Die öffentliche Ruhe wurde in der Tat im gesamten Regierungsbezirk, wie im Zeitungsbericht der Regierung Köln für Januar 1838 [7] vermerkt wird, nicht gestört, wenn auch — so heißt es mit einer gewissen Einschränkung weiter — die erzbischöfliche Angelegenheit nach wie vor häufig besprochen und durch Veröffentlichung der päpstlichen Allokution und „durch Schriften und Zeitungsartikel verschiedener Farben in fortlaufender Aufmerksamkeit erhalten" werde. Dieses Bild bekundete sich in

---

[1] Klersch I S. 125.

[2] Ähnliches berichtet auch der Westfälische Merkur vom 2. Febr. 1838 und fügt kommentierend hinzu: „Sonach bedarf es keiner Widerlegung der in auswärtigen Blättern ziemlich entstellt mitgeteilten Gerüchte, als würde der Karneval nicht gefeiert werden. Die diesjährigen Vorsteher glaubten, ein der Stadt angehörendes Volksfest, das für Köln von so mannigfaltigem und sehr bedeutendem Nutzen ist, ihrer Vaterstadt auch nicht ein einziges Mal entziehen zu dürfen; diese Ansicht fand in der am Neujahrstage einberufenen Generalversammlung den lautesten Anklang, und seitdem ist die Teilnahme an der lustigen, guten Sache zu einem solchen Grade gestiegen, daß man mit Grund auf einen höchst lebensvollen und glänzenden Fasching schließen darf". — Einen Artikel ähnlichen Inhalts veröffentlichte auch die Allgemeine Zeitung am 28. Febr. 1838.

[3] Möller, Laurent 1. Teil S. 369.

[4] Nach einer, allerdings nicht in jeder Hinsicht glaubhaft wirkenden österreichischen Quelle soll die Kölner Regierung mit viel Mühe durch protestantische Beamte (!) den Karneval in Gang gebracht haben (vgl. Qu. Nr. 128)).

[5] Möller, Laurent 1. Teil S. 369.

[6] Vgl. oben S. 102.

[7] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16299.

etwa auch in den folgenden Monaten [8]. Zu einer offensichtlich für das Gouvernement positiven Bekundung gestaltete sich allerdings das „Fest der Freiwilligen", Teilnehmer an den Befreiungskriegen, in Köln am 3. Febr. 1838, wo sich Angehörige verschiedenster bürgerlicher Stände und Klassen zu einem glänzenden Erinnerungsfest zusammenfanden [9].

b) Regierungsbezirk Aachen

Hatte auch in Aachen die durch auswärtige Zeitungen bekanntgewordene päpstliche Allokution ebenfalls die Gemüter aufs neue aufgeregt [10] und zeigte sich weiterhin nach der Darstellung des Aachener Konsistorialrats Claessen das Vertrauen der Bewohner des Regierungsbezirks „in die Weisheit und das Wohlwollen des Gouvernements sehr getrübt", so war doch nach den Worten des Aachener Regierungspräsidenten im Zeitungsbericht für Januar 1838 [11] „die Liebe zur gesetzlichen Ordnung" unter den Einwohnern seines Bezirks „zu allgemein vorherrschend", als daß von außen her unternommene Versuche, eine „offene Aufregung zu bewirken", Erfolg haben könnten [12]. Allerdings gibt er zu, daß die Anhänglichkeit eines großen Teils der Bevölkerung an das Gouvernement durch die gegen den Erzbischof getroffenen Maßnahmen momentan geschwächt sei. Im übrigen verrate der politische Einfluß der Geistlichkeit auf das Volk „keine verwerfliche Tendenz", wenngleich der Klerus „in der Differenz mit Rom eine zurückhaltende und vorsichtige Stellung" behaupte. Wird davon berichtet, daß sich in Aachen, ähnlich wie in Köln, das Karnevalskomitee schon vor der Festzeit mit der Begründung aufgelöst habe, es sei jetzt keine Zeit zu Fastnachtsfreuden [13], so sprang indes hier ebenfalls ein neues Komitee in die Bresche [14]. Ähnlich charakterisiert auch der Regierungspräsident im Zeitungsbericht für Februar 1838 [15] die derzeitige Situation: „Obgleich es nicht an einer Masse von Flugschriften über die kirchlichen Differenzen gefehlt hat, die es sich zum Ziele setzten, die öffent-

---

[8] Februar: „Dieselbe ist im allgemeinen gut und keine Aufregung zu bemerken". — März: „Dieselbe fährt fort, gut zu sein, wenn auch in der erzbischöflichen Angelegenheit infolge der römischen Staatsschrift und heimlicher Bestrebungen der Anhänger der römischen Kurie die Aufmerksamkeit des Publikums noch immer in Spannung gehalten wird". — April: „Die öffentliche Stimmung ist ruhig und gut". — Mai: „Die öffentliche Stimmung ist im allgemeinen gut, wenngleich der Erzbischof immer noch zahlreiche Anhänger hat, die im stillen zu wirken bemüht sind" (DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16299).

[9] Vgl. Karl Immermann, Memorabilien, 2. Teil, Hamburg 1843, S. 275 ff., insbesondere S. 321; vgl. auch die Laudatio Immermanns auf die damalige Regierung (S. 299 f.).

[10] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46, Zeitungsbericht der Aachener Regierung für Dezember 1837.

[11] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46.

[12] In diesem Zusammenhang wies auch ein Korrespondent der Augsburger Postzeitung (2. Febr. 1838) darauf hin, auch in Aachen erkenne man an, daß sich der Wohlstand des Landes unter dem Schutze der Regierung gehoben habe. Das Vertrauen zum preußischen Staat komme auch darin zum Ausdruck, daß Fabrikarbeiter ihren Arbeitgebern nicht selten Anzeige von ausländischen Flugblättern machten.

[13] Vogel S. 76.

[14] Allgemeine Zeitung vom 29. Jan. 1838.

[15] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46. — Ähnlich auch der Zeitungsbericht des Aachener Oberbürgermeisters für Februar 1838 (Stadtarchiv Aachen Caps. 10 Nr. 1 I).

liche Meinung zu beunruhigen, die Untertanen dem Gouvernement zu entfremden und die Gesinnungen und Handlungsweise des letzteren auf alle mögliche Weise zu verdächtigen, so hat doch die Stimmung des Volks sich fortwährend ruhig bewährt und während der Faschingstage, an denen die Mehrzahl der Bevölkerung die Gelegenheit zu Vergnügungen ergriff und in allen Kreisen Frohsinn herrschte, ist nicht nur keine Störung der öffentlichen Ruhe vorgekommen, sondern auch die Ordnung aufrecht gehalten worden, ohne daß es besonderer polizeilicher Maßregeln bedurfte".

Auch Johannes Laurent berichtet davon, daß der Karneval in Aachen „ungewöhnlich laut auf der Straße" gewesen sei, ein Phänomen, das für ihn (Wunsch- oder Wahnvorstellung?) nur mit dem Wirken zahlreicher vermummter Agenten der Regierung zu erklären ist [16].

So ist offenbar ebenso wie in Köln auch in Aachen der Versuch engagierter Katholiken, die Karnevalszeit zu einer Protest-Trauerkundgebung „umzufunktionieren", am Vergnügungsbedürfnis der Massen gescheitert [17]. Allerdings bekundete sich die Mißstimmung beim Fastengottesdienst, indem seitens der Gläubiger die Worte „Der König liebt und schirmt uns" weggelassen wurden [18].

Dennoch gaben die Aachener Verhältnisse in der Folgezeit zu lebhaften Erörterungen in der Presse Anlaß. Wie ein Korrespondent in der Allgemeinen Zeitung vom 26. April 1838 schreibt, lasse der belgische Herd das Feuer hier nicht ausgehen. So könnten Unruhe und Unfrieden nicht ausbleiben, vor allem, wenn man heute dem Volk erzähle, dieser, morgen dagegen, jener seiner Pastoren sei vorzugsweise vom Papste zum Verweser der Diözese designiert worden, oder wenn mit Zetteln und Broschüren aus den angrenzenden belgischen Dörfern das ganze Gebiet förmlich überschwemmt werde. Wie man neulich einem aus Festungshaft entlassenen Geistlichen [19] bei seiner Heimkehr demonstrativ ein Ständchen gebracht habe, so habe man kurze Zeit später die Jubiläumsfeier des Pfarrers an St. Paul [20] dazu benutzt, um einen in diesem Pfarrbezirk wohnenden angesehenen Protestanten, der nicht wie die übrigen Hausbewohner seine Fenster beleuchtet gehabt habe, diese aus Unmut hierüber einzuwerfen, obwohl der betreffende protestantische Bürger versucht habe, dem Geistlichen persönlich seine Glückwünsche darzubringen,

---

[16] Möller, Laurent 1. Teil S. 369.

[17] Diese Wendung faßt ein Korrespondent vom „Niederrhein" in der Allgemeinen Zeitung vom 7. März 1838 folgendermaßen zusammen: „Es ist nicht zu leugnen, daß ein Teil unserer Bevölkerung, wenn auch bei weitem die Minorität, nur mit Mißmut auf die laute Lust gewirkt hat, der sich der Rest in einer Zeit hingegeben, die der Gläubige nur in Trauer zu verleben habe. Allein diese Opposition vermochte doch nirgends durchzudringen und mußte sich darauf beschränken, Steine in den Strom zu werfen, die von den schäumenden Wogen ab- und gegen die Werfenden zurückprellten. In der Regel geschah dies auch nur von Leuten aus der vornehmern Klasse, die es zwar unter sich nicht an den gewöhnlichen materiellen Genüssen fehlen lassen, aber gern dafür dem gemeinen Manne die wenigen Augenblicke der Freude noch mehr beschneiden möchten". Nach einem Korrespondentenbeitrag in der Münchener Politischen Zeitung vom 14. Febr. 1838 sollen 304 „echt katholische Bürger Kölns" erklärt haben, daß sie weder 1838 noch 1839 am Karneval einen Anteil genommen hätten und auch fernerhin nicht nehmen würden.

[18] Vgl. Qu. Nr. 125.

[19] Hendrichs (vgl. oben S. 64).

[20] Wiesdorf (vgl. Qu. Nr. 27).

jedoch wegen seiner Konfession von dem Festkomitee nicht bei dem Jubilar vorgelassen worden sei [21].

Nach der Darstellung Johannes Laurents hielt der Kaplan Istas an St. Paul April 1838 die kühnste Predigt, die je im preußischen Staate gehalten worden sei, ohne daß die Preußen ihn zur Rechenschaft gezogen hätten, was beweise, daß sie Hundsfötter seien [22] — in der Tat ein merkwürdiger Gedankensprung!

Ist im Zeitungsbericht derAachener Regierung für April 1838 hiervon mit keinem Wort die Rede, so wird indes darauf hingewiesen, daß von dem größeren Teil der dortigen Bevölkerung eine „günstigere, vertrauensvollere Stimmung sobald nicht zu erwarten" sei [23].

So bereitete auch dem Aachener Regierungspräsidenten die Spinelliaffäre einigen Kummer, stand doch der Aachener Oberpfarrer Nellessen in dem Verdacht, hierin verwickelt zu sein, insbesondere für die Verbreitung des Schreibens gesorgt zu haben. Cuny vertrat sogar die Ansicht, daß es Nellessen bewußt darauf anlege, vor Gericht zitiert zu werden, weil er hoffe, ein solches Verfahren werde ihn zum Märtyrer erheben und der, wie Cuny zugibt, in religiöser Hinsicht allerdings sehr unzufriedenen Masse der Katholiken „leicht zur tätigen Bezeugung" ihrer „Teilnahme und zu aufrührerischen Auftritten" Anlaß geben [24]. Von der literarischen Tätigkeit des Aachener Pfarrers Kloth [25] und des kommissarischen Landdechanten in Heinsberg, Nicolaus Scholl [26] für den Erzbischof ist der Regierung offensichtlich jedoch nichts bekanntgeworden, ebensowenig auch offenbar von den Besuchen Windischmanns, Seydells, des Münsteraners Katerkamp und der Brüder Möller aus Belgien in der Aachener Bendelstraße [27].

---

[21] Außerordentliche Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 26. April 1838. — Letztere Meldung suchte indes ein Aachener Korrespondent dieses Blattes zu bagatellisieren. Es seien lediglich zwei Scheiben zertrümmert worden. Auch stimme es nicht, daß man den Betroffenen nicht zur Gratulationscour zugelassen habe (Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 16. Mai 1838).

[22] Schrörs, Neue Quellen S. 79 f. Über die eigenen, Laurent zum Teil bestätigenden Aussagen Istas' zu seinen Predigten vgl. E. Gatz, Kaplan Josef Istas . . . , in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1972, S. 218 f.

[23] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46. — Im Gegensatz hierzu sowie zu den Pressemeldungen entwirft der Aachener Oberbürgermeister in seinem Zeitungsbericht für April 1838 ein nicht unbedingt überzeugendes Bild vorbildlichen Verhaltens und bester Gesinnung der Aachener Bürger und setzt sich insbesondere gegen die Presseberichterstattung heftig zur Wehr: „Um so mehr muß es aber auch den Unwillen der hiesigen Bürgerschaft erregen, wenn auswärtige Blätter sich erlauben, die Gesinnungen derselben verdächtig zu machen und sogar offenbare Verleumdungen gegen einzelne Einwohner mitzuteilen, und wenn inländische Zeitungen sich nicht scheuen, solche Berichte, deren Unwahrheit ihnen nicht unbekannt sein kann, ohne nähere Berichtigung aufzunehmen, was von einer unlauteren Tendenz zu zeugen scheint" (Stadtarchiv Aachen Caps. 10 Nr. 1 I).

[24] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 9, 7. April 1838.

[25] Von ihm stammt die Schrift „Clemens August, Erzbischof von Köln. Ein Sendschreiben an den Freiherrn von Gagern zur friedlichen Rechtfertigung des hochwürdigen Prälaten. Nicht Blut, sondern Dinte". Frankfurt a. M. 1838 (Franz August Müller S. 114).

[26] Er soll ein Mitarbeiter der Druckerei Alberts in Sittard gewesen sein und die Schrift „Ein zeitgemäßes Wort über gemischte Ehen" verfaßt haben (ebd.).

[27] Lauenroth S. 33.

c) die übrigen Regierungsbezirke.

Hatte das Kölner Ereignis im Trierer Verwaltungsbezirk ohnehin verhältnismäßig wenig Staub aufgewirbelt, so trat nach dem Polizeibericht der Trierer Regierung für Februar 1838 [1] die Angelegenheit des Erzbischofs weiter in den Hintergrund: „Die Debatten ermüden, und es bedarf nur noch einer einigermaßen beruhigenden Einigung mit dem päpstlichen Stuhle, um einen Vorfall ganz vergessen zu machen, welcher jedenfalls das Gute hatte, daß er die Kraft des Staats und seine Würde in ein glänzendes, achtungsgebietendes Licht stellte und auch auf andere Verhältnisse glücklich einwirkte."

Dagegen berichtet der Trierer Regierungspräsident für den Monat März 1838 wiederum, daß das Interesse an der erzbischöflichen Frage bei der Bevölkerung, vorzüglich unter den höheren Ständen und den Geistlichen, groß sei und durch die täglich zunehmende Flut von Streitschriften weiter geweckt werde. Der durch „feindselige Broschüren" hervorgerufene ungünstige Eindruck werde indes von der überwiegenden Menge der „im guten Sinne" abgefaßten Darstellungen wieder wettgemacht [2]. So gab insgesamt die Stimmung im Regierungsbezirk Trier, in dessen Hauptstadt sich noch anläßlich eines zu Ehren des Generalmajors Freiherrn von Ditforth im Trierer Kasino gegebenen Festes die Eintracht der Bevölkerung ohne Rücksicht auf „Stand und Religion" bekundet hatte, zu keinen schwerwiegenden Besorgnissen Anlaß [3].

Im Regierungsbezirk Koblenz ist für diesen Zeitraum folgendes Bild zu verzeichnen: Verfehlte, wie der Landrat des Kreises Ahrweiler am 28. Jan. 1838 [4] berichtet, die päpstliche Allokution nicht ihre aufregende Wirkung in seinem Amtsbereich und sei infolgedessen die Stimmung der katholischen Untertanen, welche ihre Religion angegriffen wähnten, der Regierung durchaus ungünstig, wie auch die Erörterung der erzbischöflichen Frage durch den „Athanasius" neue Nahrung erhalten habe [5], so klang die Aufregung in den anderen Kreisen unverkennbar ab [6]. Offensichtlich trat die erzbischöfliche Angelegenheit mehr und mehr in den Hintergrund. Die Freimütigkeit, mit der die Frage jetzt in den inländischen Zeitungen behandelt werde, so heißt es weiter im Zeitungsbericht der Regierung Koblenz

---

[1] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, Polizeibericht des Trierer Regierungspräsidenten für den Monat Februar 1838.

[2] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, Polizeibericht für den Monat März 1838. — — Allerdings zeigte sich das Gouvernement über die im preußischen Sinne abgefaßten Flugschriften nicht immer erfreut. So verteilte ein früher in sächsischen Diensten gestandener Hauptmann namens Louis d'Or bei seiner Durchreise durch die Rheinprovinz im Dezember 1838 Flugblätter, in welchen er gegen die den Frieden angeblich bedrohende Kurie und die Jesuiten heftige Anschuldigungen richtete. Daraufhin empfahl der General von Borstell dem Oberpräsidenten, von seiten der Polizei „das Geeignete veranlassen zu wollen, um den Eindruck zu entkräften, den solche Ausstreuungen (wenn auch wohlgemeint) gegen die Regierung" hervorriefen (St. A. Koblenz Abt. 402 Nr. 2531; Exemplar der Schrift d'Ors in: DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 2 Bl. 294—295).

[3] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 10, Polizeibericht für den Monat April 1838.

[4] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 1239.

[5] Ebd., 27. Febr. 1838.

[6] Ebd., Kreis Zell, Zeitungsbericht für Jan., Febr. 1838; Kreis Kreuznach, 28. Febr. 1838; Koblenz, Zeitungsbericht für März 1838.

vom 5. März 1838 [7], übe unverkennbar einen beruhigenden Einfluß aus. So würde — hier zeigen sich Parallelen zu Köln und Aachen — auch der Karneval in den Rheinstädten des Bezirks mit ungetrübter Heiterkeit gefeiert. Hervorgehoben wird in der Allgemeinen Zeitung vom 30. Jan. 1838 auch die „freisinnige" Haltung der Bewohner eines Dorfes in der Nähe von Koblenz. Als sich nämlich der dortige Geistliche geweigert habe, einem Verstorbenen, der sich offenbar nicht durch große Frömmigkeit ausgezeichnet hatte, kirchlich zu bestatten, hätten der Bürgermeister und die gesamte Einwohnerschaft unter dem Klange der Musik die Leiche zu Grabe getragen, wobei der Bürgermeister „eine passende Standrede" gehalten habe. Daß der Koblenzer Kreis, die Sacra Societas, in ihrem Engagement nicht nachgelassen hatte, beleuchtet freilich eine aus Koblenz vom 18. Februar datierte Meldung des Hamb. unpart. Corr. vom 27. Febr. 1838: so gaben die Mitglieder dieses Kreises dem Chefredakteur der Neuen Würzburger Zeitung ein glänzendes Gastmahl.
Wird im Zeitungsbericht der Koblenzer Regierung vom 5. April 1838 [8] die öffentliche Stimmung „ruhig" genannt, so gilt ähnliches auch für den folgenden Monat [9]. Es verdiene anerkannt zu werden, daß die Geistlichen beider Konfessionen sich bemüht zeigten, „den Frieden unter Konfessionsgenossen und gegenseitig" zu erhalten, bemerkt der Landrat des Kreises Kreuznach am 28. April 1838 [10]. Auch die Besorgnisse der Katholiken im Kreis Goar hatten sich offensichtlich weitgehend gelegt [11]. Allerdings werde — hier bekunden sich anscheinend ähnliche Tendenzen wie im Regierungsbezirk Trier — die Erörterung der erzbischöflichen Frage durch die öffentlichen Blätter und „eine Unzahl von Streitschriften" immer wieder erneut entfacht [12]. Diese von „Exaltierten" unermüdlich unternommenen Bemühungen vermöchten jedoch, so bemerkt die Koblenzer Regierung im Zeitungsbericht des gleichen Monats [13], keine durchgreifenden Wirkungen zu erzielen: „Der Wunsch des ferneren friedlichen Nebeneinanderlebens christlicher Glaubensgenossen und des Wiedereintritts der — hin und wieder leider gestörten — duldsamen Achtung voneinander abweichender Religionsprinzipien ist aber als allgemein vorherrschend anzunehmen. Für Fanatiker bietet unser Verwaltungsbezirk kein Terrain dar" [14]. So wird auch die Stimmung für Mai 1838 für den Regierungsbezirk Koblenz kurzweg als „ruhig" bezeichnet [15].

---

[7] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 958.
[8] Ebd.
[9] Ebd.
[10] Ebd. Nr. 1242.
[11] Ebd.,Zeitungsbericht des Landrats von St. Goar für April 1838.
[12] Ebd.
[13] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 958, 5. Mai 1838.
[14] Auch im Polizeibericht für Mai 1838 vertritt der Koblenzer Regierungspräsident die Ansicht, daß die „Polemik der auswärtigen Zeitungen" in seinem Bezirk nur wenig Schaden angerichtet habe (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 10). — Daß in der Tat die ultramontane Presse trotz Verbots in der Rheinprovinz erhebliche Verbreitung gefunden haben dürfte, geht auch aus einem Brief des damaligen Bischofs von Speyer, Geissel, vom 23. Aug. 1838, hervor. Die Wirkung schätzte Geissel offenbar höher ein als die preußischen Behörden: „. . . mit Begierde und steigendem Applaus wurde die Neue Würzburger Zeitung gelesen. Nicht bloß in der Pfalz und Baden sowie in den näher an Preußen grenzenden Ländern, Hessen und Nassau, wurde sie vielfach verbreitet, sondern sie ging auch, wie ich seitdem verlässig erfahren habe, von vielen Grenzorten trotz des preußischen Verbotes in einer großen Menge von Exemplaren regelmäßig in die Diözese Trier und Köln, wurde dort in gemischten

Für den Regierungsbezirk Düsseldorf hatte die dortige Regierung im Zeitungsbericht für Januar 1838 im allgemeinen eine gute öffentliche Stimmung festgestellt. Die Angelegenheit des Erzbischofs von Köln beschäftige zwar „das Publikum vorzugsweise". Doch enthalte man sich seitens des größten Teils der Bevölkerung jedes voreiligen Urteils, wenn es auch an einzelnen Fanatikern und unzufriedenen Tadlern nicht fehle [16].

Ein solches Bild bot sich z. B. im Januar 1838 in Neuß, wo die Erörterung der erzbischöflichen Frage sogar langsam nachzulassen schien [17]. Diese Tendenz festigte sich im folgenden Monat nach der Darstellung des Neusser Bürgermeisters weiterhin: „Von der öffentlichen Stimmung läßt sich nur Befriedigendes und Gutes berichten. Die erzbischöfliche Angelegenheit tritt nach und nach in den Hintergrund. Der drohende Zustand des Rheines mit seinen Gefahren nimmt die Aufmerksamkeit des Tages fast ausschließlich in Anspruch. Einen günstigen Eindruck hat es gemacht, daß die in der erzbischöflichen Angelegenheit erscheinenden Schriften, mögen dieselben sich für oder wider aussprechen, in der letzteren Zeit frei unter dem Publikum zirkulieren dürfen" [18].

Auch der landrätliche Kommissar in Kempen meldet am 10. Febr. 1838, daß die anfängliche Aufgeregtheit mehr und mehr nachlasse [19]. Diese Tendenz trifft offensichtlich auf den gesamten Regierungsbezirk zu [20].

Demgegenüber dürfte wohl einer in Mönchen-Gladbach im Karneval angeblich vorgefallenen Prügelei zwischen Katholiken und Protestanten [21] keine folgenschwere Bedeutung zugekommen sein.

Gab das Verhalten der Masse der Bevölkerung im Regierungsbezirk Düsseldorf offensichtlich derzeit zu keinen besorgniserregenden Bedenken Anlaß, so glaubte doch der Regierungspräsident in seinem Bezirk die Auswirkungen „mancherlei Umtriebe des gegen die Wahrheit und das Recht sich sträubenden Obskurantismus" feststellen zu können. Insbesondere habe hier die „fanatische Partei" das Spinellische Sendschreiben [22] dazu zu benutzen gesucht, das Vertrauen der Katholiken zu dem derzeitigen Haupt der kirchlichen Verwaltung der Erzdiözese zu erschüttern [23]. Die Angelegenheit des Erzbischofs von Köln, so führt Spiegel auch im

---

Orten heimlich von Haus zu Haus geschickt oder in vertrauten Abendversammlungen mitgeteilt und in rein katholischen Dörfern öffentlich vorgelesen. Viele Artikel derselben wurden sogar abgeschrieben und in weitere Zirkulation gesetzt" (zitiert bei Grisar, Bayern und Preußen S. 29).

15 St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 958, 5. Juni 1838.

16 DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt, 1 Abt. II Nr. 31 vol. I.

17 „Die Angelegenheiten wegen des Erzbischofes zu Köln bilden noch immer den Gegenstand der Unterhaltung, nur ist dies in der letzteren Zeit viel weniger als im Anfange der Fall. Nie aber haben diese Unterhaltungen die Bahn einer ruhigen, besonnenen und leidenschaftslosen Erörterung verlassen, und es kann auf das bestimmteste versichert werden, daß die öffentliche Stimmung nicht aufgehört hat, befriedigend zu sein" (Stadtarchiv Neuß, Zeitungsberichte, Januar 1838).

18 Ebd., Febr. 1838.

19 St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 857.

20 DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16220. Zeitungsbericht der Regierung Düsseldorf für Februar, März 1838.

21 Vogel S. 66.

22 Vgl. unten S. 202 f.

23 DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 10, Polizeibericht für den Monat März 1838.

Zeitungsbericht für April 1838 [24] aus, werde zwar noch hier und da besprochen, indes im allgemeinen nur mit Mäßigung und Ruhe, soviel Mühe man sich auch besonders vom Ausland her gebe, „die untern Klassen der katholischen Bevölkerung aufzuregen oder in Besorgnis zu versetzen"; doch alle versuchten, mitunter auch „perfiden" Mittel, hätten den „guten geraden Sinn und die treue Anhänglichkeit des Volkes nicht erschüttern können, und gewiß werde es sich „nimmer zum Werkzeug gebrauchen lassen, um die Pläne und Absichten einer blind und fanatischen Partei, deren Herd im Auslande ist, durchzuführen". Auch schränkten die führenden Kreise des Düsseldorfer Bürgertums ihre Festlichkeiten unter einem etwaigen negativen Eindruck des Kölner Ereignisses keineswegs ein; die Zeit der großen allgemeinen Feste brach vielmehr erst mit dem Jahre 1837 an [25].

d) Resümee

Im Dezember 1837 und zum Teil noch im Januar 1838 hatte die Erregung unter der Bevölkerung und die Erörterung der erzbischöflichen Frage offensichtlich einen Höhepunkt erreicht. Nach einer Stellungnahme Bodelschwinghs vom 4. Jan. 1838 hatte sich allerdings die Stimmung in der Provinz weniger verschlechtert, als er es beim ersten Erscheinen der päpstlichen Allokution zu hoffen gewagt habe. Dennoch ersuchte er die Berliner Ministerien dringend, deswegen die Situation nicht für unbedenklich zu halten und nichts zu versäumen, „was dem üblen Eindruck dieses und der vielleicht zu erwartenden ferneren Schritte Roms entgegenwirken könnte" .

Etwa ab Ende Januar/Anfang Februar 1838 ging die Aufregung indes sichtlich zurück. Offenbar machten sich gewisse Übersättigungs- und Ermüdungserscheinungen bemerkbar, der die Flut der Zeitungen und Broschüren und die „Umtriebe" der ultramontanen „Agitatoren" nur zum Teil mit gewissem Erfolg entgegenzuwirken vermochten. Bot sich dem Anschein nach also, von einzelnen Vorfällen und mit einer gewissen Einschränkung auch vom Regierungsbezirk Aachen abgesehen, äußerlich in zunehmendem Maße ein verhältnismäßig ruhiges Bild, so wandte sich jedoch ein Korrespondent „vom Niedrrhein" in der Allgemeinen Zeitung vom 18. Jan. 1838 dagegen, hieraus „auf Gleichgültigkeit gegen die Zukunft" zu schließen: „Es ist weniger Apathie als eine gewisse trübe Ergebenheit, die sich aller strengen katholischen Gemüter bemächtigt hat".

Daran, daß unter diesem Personenkreis eine latente Mißstimmung auch weiterhin bestand, dürfte in der Tat nicht zu zweifeln sein.

e) Gerüchte und Dementis

Daß trotz eines gewissen Abebbens der ersten Erregung die Abgeklärtheit der Gemüter zum Teil noch zu wünschen übrig ließ, deutet die Erscheinung an, daß in der Presse und in der Bevölkerung zuweilen die abwegigsten Gerüchte kursierten.

---

[24] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16220.

[25] Carl Enders, Gottfried Kinkel im Kreise seiner Kölner Jugendfreunde (Studien zur rheinischen Geschichte 9), Bonn 1913, S. 11.

[1] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7.

So wurde im Westfälischen Merkur vom 24. Febr. 1838 eine Meldung der Allgemeinen Zeitung, nach welcher der protestantische mit einer Katholikin verheiratete Glaser Böschmann oder Böschmeyer wegen einer Äußerung gegen den Erzbischof von Köln und den Kaplan P.[eters?] in einem Bonner Wirtshaus totgeschlagen worden sei [2], als unzutreffend bezeichnet. Vielmehr sei Böschmeyer nach mehreren Schlaganfällen ohne irgendeine äußere Veranlassung in seinem Bett gestorben [3].

Als ebenfalls erfunden wird im Westfälischen Merkur vom 24. Febr. 1838 eine Pressemeldung bezeichnet, nach welcher in Bonn wegen der erzbischöflichen Streitfrage ein Duell zwischen dem Freiherrn von Fürstenberg und dem Landrat von Hymmen [4] stattgefunden habe, bei welchem ersterer getötet worden sei.

Daß von einer Duellforderung die Rede gewesen ist, scheint nach anderen Berichten jedoch wahrscheinlich zu sein. Als Ursachen werden folgende Angaben gemacht. Einmal habe Fürstenberg von dem Landrat von Hymmen ein ihm gewährtes Darlehn in einem Schreiben zurückverlangt, in welchem er außerdem Geschäfte berührt habe, die zum landrätlichen Ressort gehörten. Hymmen habe dies in seinem Antwortschreiben tadelnd bemerkt und das Geld zurückgesandt mit dem Ersuchen, darüber eine Quittung ausgestellt zu erhalten, wozu sich Fürstenberg jedoch nicht habe verstehen wollen, sondern sich vielmehr beleidigender Ausdrücke bedient habe, worauf ihm eine „Verbal-Injurie" zuteil geworden sei, die nach hergebrachtem Ehrenkodex eine Duellforderung nach sich ziehe. Fürstenberg habe jedoch von einer solchen zunächst nichts wissen wollen, weil ihm seine Religion ein Duell verbiete. Dies habe Hymmen der Ritterschaft, dem Offizierskorps und „der sonstigen Noblesse" wissen lassen, die sich von Fürstenberg daraufhin zurückgezogen habe [5]. Nach einer späteren Meldung [6] sollen in dem Wortstreit auch beleidigende Äußerungen über die erzbischöfliche Angelegenheit gefallen sein. Übereinstimmend melden beide Berichte, daß sich Fürstenberg schließlich trotz seiner religiösen Skrupel zu einer Duellforderung aufgerafft habe, doch seien die Differenzen dann durch Vermittlung beigelegt worden [7]. Indes habe sich das

---

[2] Nach den widersprüchlichsten Meldungen, die zu einem förmlichen Zeitungskrieg führten (vgl. Allgemeine Zeitung vom 5. u. 18. Febr., 5. März 1838), sah sich schließlich der Bonner Oberbürgermeister Windeck zu der offiziellen Erklärung veranlaßt: „Der Glaser Böschmeyer ist infolge wiederholter apoplektischer Anfälle unter ärztlicher Behandlung nach mehrwöchiger Krankheit und ohne irgendeine äußere Veranlassung in seinem Bette gestorben" (Münchener Politische Zeitung vom 17. März 1838).

[3] Westfälischer Merkur vom 13. März 1838.

[4] Ludwig Eberhard Friedrich Anton Heinrich von Hymmen, der in Bonn nicht sehr beliebt war (Kolvenbach S. 39).

[5] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 20. Febr. 1838.

[6] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 5. März 1838.

[7] Hierzu lesen wir, wiederum in gewisser Weise abweichend von den beiden Presseberichten, in einem Brief Werners von Haxthausen an seinen Bruder Moritz vom 9. März 1838: „Nach den Zeitungen soll Fürstenberg mit Hymmen über den Erzbischof einen Wortwechsel gehabt und Fürstenberg darauf den Hymmen auf Pistolen gefordert haben, Hymmen aber habe sich zurückgezogen, Manschetten gehabt und durch eine Ehrenerklärung die Sache auf eine sehr zweideutige, nicht sehr ehrenvolle Art abgemacht. Ist die Geschichte wahr? Ich kann sie mir nicht denken, da sonst Hymmen immer im Rufe eines sehr ritterlichen, sogar kampflustigen Mannes stand" (Freiherrl. von Haxthausensches Archiv Vörden, Akten, X, IV Fasz. 2 Bl. 11).

Gerücht verbreitet, daß Fürstenberg bei dem Duell getötet worden sei. Dies habe in der ganzen Gegend allgemeine Anteilnahme hervorgerufen, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei, daß Fürstenberg infolge seines immensen Reichtums und durch seine Stellung „als eine Art Zentralpunkt" für ritterschaftliche und kirchliche Interessen einen großen Einfluß ausübe.
Besorgt äußerte sich auch der Oberpräsident über die möglichen nachteiligen Folgen eines in Aachen kursierenden Gerüchtes, nach welchem der Generalvikar Hüsgen infolge eines päpstlichen Befehls sein Amt niedergelegt und das Domkapitel sich aufgelöst habe [8].
Daß in dieser erregten Zeit auch Zwischenfälle ohne konfessionspolitischen Hintergrund zwangsläufig Anlaß zu entstellten Gerüchten geben mußten, hatte man offenbar schon zur Genüge erfahren, so daß ein Korrespondent in einem Bericht aus Bonn vom 22. Juli, der in der Allgemeinen Zeitung vom 31. Juli 1838 veröffentlicht wurde, schreibt: Vor wenigen Stunden habe sich in der Bonner Hauptpfarrkirche ein Vorfall ereignet, der ganz dazu angetan sei, Anlaß zu Übertreibungen und Verdrehungen durch die Fama zu geben. So habe ein wahrscheinlich betrunkener Student, der der evangelischen Konfession angehöre, die in der Kirche angeblich versammelte katholische Gemeinde durch sein Benehmen so sehr gestört, daß einige der Gläubigen ihn hinauszubefördern gesucht hätten, worauf er einen Dolch aus der Tasche gezogen habe. Doch sei es mit vereinten Kräften gelungen, den Betrunkenen aus dem Gotteshaus hinauszudrängen.
In welchem Maße man unter der Bevölkerung zu voreiligen und abwegigen Schlußfolgerungen und Deutungen neigte, zeigte sich z. B. auch im Juli 1838. Die Tatsache, daß Verwandte des Erzbischofs in Köln angelangt waren, wurde offenbar dahingehend ausgelegt, als ob diese nach Köln gekommen seien, um den erzbischöflichen Palast zum Empfang des Prälaten einzurichten, so daß dann innerhalb kurzer Zeit das Gerücht, der Erzbischof werde in nicht allzu ferner Zeit in Köln eintreffen, bis nach Bonn drang [9].

f) Eindrücke auswärtiger Beobachter

Es liegt nicht selten in der Natur der Sache, daß der auswärtige Betrachter, da er nicht in dem Maße wie ein Einheimischer und unmittelbar Betroffener einem bestimmten Bereich der von ihm besuchten Region verhaftet ist, sich nicht zu sehr ins Detail verliert, sondern stärker das Allgemeinere erfaßt. So entwirft z. B. ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung in der Ausgabe vom 29. Jan. 1838 ein Bild, das zu den bisher genannten Detailberichten neue Aspekte hinzufügt. An einigen Hauptorten, so schreibt er, am meisten in Aachen und Koblenz, am wenigsten in Köln, sei „der Zustand der Gemüter allerdings nicht ohne Gereiztheit" [10], und obschon nirgendwo im Lande die Anwendung bewaffneter Macht

[8] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 10, Ber. Bodelschwinghs vom 29. April 1838.
[9] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 1838.
[10] Ähnlich berichtet Heinrich von Gagern am 10. Jan. 1838: „In Köln und Bonn ist es vergleichsweise ruhig, in Aachen, Münster, Trier und besonders Koblenz soll der Unwille den höchsten Grad erreicht haben und die Menschen sich wie toll gebärden"

notwendig geworden sei, könne man nicht übersehen, daß gewisse Besorgnisse, vor allem unter den gebildeteren Klassen, rege geworden seien. Doch sei es nicht so sehr die Religion, für die man sich in erster Linie engagiere, vielmehr sei es die Verhaftung des Erzbischofs ohne gerichtliche Form, was viele Gebildete schockiert habe und in der Furcht vor Schlimmerem zu „einem Bunde der Gesinnung" mit den an Zahl nicht sehr bedeutenden Ultramontanen geführt habe. Selbst „die heftigsten Widersacher der Hierokratie" hätten ihre Prinzipien in dieser Hinsicht einstweilen vergessen. So sei diese Situation der in Belgien vor dem Jahre 1830 nicht unähnlich [11]. Dieser Vereinigung, welche ihrer Dauer nach allerdings nicht als unbegrenzt anzusehen sei, könne jedoch leicht entgegengewirkt werden, wenn man dem Anliegen der Rheinländer, die Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz und deren fernere Ausbildung im Sinne des Fortschritts, Rechnung trage. Wie sehr dies dem Rheinländer am Herzen liege, sei noch erst kürzlich in den vom Advokatenstand in verschiedenen rheinischen Städten an den Präsidenten des rheinischen Kassationshofes, Sethe, bei dessen Dienstjubiläum gerichteten Adressen zum Ausdruck gekommen [12]. Daher glaubte sich auch der bekannte Liberale Heinrich von Gagern berechtigt, aus der unter dem Schock des Kölner Ereignisses eingeleiteten Annäherung der verschiedenen Richtungen die Hoffnung schöpfen zu können, daß sie der konstitutionellen Bewegung erheblichen Auftrieb verleihen werde [13]. Es wird berichtet, daß die Liberalen den Vorgang in Köln „lediglich dem Mangel einer repräsentativen Verfassung" zuschrieben. Besäße Preußen eine solche, so wäre das Verfahren wie das gegen den Erzbischof unmöglich gewesen. Daher, so verkündeten sie, müßten die Bestrebungen der Rheinländer in erster Linie dahin gehen, „eine Konstitution zu erlangen" [14]. Es ist verständlich, daß besonders diese Forderung bei den konservativen Mitgliedern der preußischen Staatsregierung wie auch dem österreichischen Gesandten in Berlin, Graf Trauttmannsdorff — als Vertreter einer katholischen Macht dem Standpunkt der rheinischen Katholiken

---

(Deutscher Liberalismus im Vormärz S. 186). — Bezüglich der Stadt Koblenz will z. B. auch Görres, wie er in einem Brief vom 28. Jan. 1838 schreibt, erfahren haben, daß man dort zu Weihnachten 1837 an 1500 Kommunikanten mehr als im vergangenen Jahr gezählt habe (Görres, Gesammelte Briefe S. 486). Daran, daß hier nicht einflußlose Kreise durch die Kölner Ereignisse für ihre strengkirchlichen Bestrebungen weitere Anhänger gewonnen hatten, dürfte wohl nicht zu zweifeln sein.

[11] Gemeint sein dürfte die Union zwischen der klerikalen Partei, die ihren Rückhalt vorwiegend in Flandern fand, und dem insbesondere im wallonischen Teil Belgiens anzutreffenden liberalen Bürgertum, das sich durch den oranischen Staatsabsolutismus von jedem politischen Einfluß ausgeschaltet sah (vgl. von der Dunk S. 80 f.).

[12] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 29. Jan. 1838.

[13] „Die erzbischöfliche Sache ist die Fahne, um die alle Elemente der Opposition sich gruppieren, und ich fürchte, daß diese Fahne noch lange flattern wird . . . Schon nähern sich die Fraktionen der Opposition, politische und religiöse und suchen Allianz zu schließen; der Geistliche spricht von der Notwendigkeit politischer Garantien für den Bestand der Rechtsverhältnisse, folglich von Reichsverfassung und Reichsständen" (Heinrich an Hans Christoph von Gagern, 10. Jan. 1838, in: Deutscher Liberalismus im Vormärz S. 186). — Ähnlich Heinrich an Max von Gagern am 18. Dez. 1837 (ebd. S. 185 f.): „. . . Mein erstes Gefühl war bei jener Sache das der Zufriedenheit, weil Preußen dadurch von neuem auf eine revolutionäre Bahn geworfen und gezwungen sein wird, Unterstützung der öffentlichen Meinung bei dem Volke zu suchen, wenn die Zuneigung der konservativen Kabinette lauer wird . . ."

[14] H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 86, Ber. an Metternich vom 5. Jan. 1838; vgl. ferner Qu. Nr. 122.

an sich nicht abgeneigt —, größte Besorgnis wachrief [15], und Metternich erblickte bereits hinter der Avantgarde der „schreibenden Schreiber" ein in geschlossenen Reihen angetretenes Heer der Liberalen und Radikalen, die das eingetretene Zerwürfnis als „eine glückliche, nicht genug auszubeutende Fügung des Schicksals" ansähen [16]. So richtete er an Wittgenstein, mit dem er von allen Ministern und Würdenträgern am Berliner Hof die engste Fühlung besaß [17], den nachdrücklichen Appell, das Oberhaupt der ihrer Natur nach der Revolution kategorisch entgegengesetzten katholischen Kirche „nicht wie einen Rivalen, sondern wie einen Gehülfen" zu betrachten [18].

4. Kapitel. Die Situation der preußischen Staatsführung im Frühjahr 1838

Obwohl die Staatsregierung auch weiterhin der Öffentlichkeit den Nachweis für die angebliche Beteiligung des Erzbischofs an revolutionären Konspirationen schuldig blieb [1], fand ihre Haltung in der Kölner Frage allem Anschein nach die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der evangelischen Bevölkerung [2], was ihr ein nicht zu unterschätzendes Gefühl der Sicherheit verliehen haben dürfte. So zeigten sich auch einige Minister trotz der aus den Westprovinzen eingegangenen teilweise ungünstigen Nachrichten [3] in bezug auf ein baldiges Abebben der Erregung in der

---

[15] „Dies ist ihr Raisonnement, und so hat eine Frage ganz kirchlicher Natur den schlummernden konstitutionellen Geist im Rheinland ganz unerwartet geweckt und von neuem die veralteten Predigten gegen den Absolutismus hervorgerufen" (ebd.). — Über ähnliche Befürchtungen Rochows vgl. Qu. Nr. 135. — Auch der französische Gesandte in Berlin, Bresson, berichtet von Bemühungen namhafter Liberaler, mit dem sich formierenden politischen Katholizismus im Rheinland zu einer Koalition gegen die Regierung zu gelangen, doch gibt er diesem Versuch wenig Aussicht auf Erfolg, weil die Aristokratie die einzige Schicht sei, in welcher die Maßregel der Regierung zu einer tiefgreifenden Verstimmung geführt habe; doch gerade der Adel könne und werde nie die Hand zum Bündnis mit der Revolution reichen (Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289, Ber. vom 12. Jan. 1838).

[16] Splett S. 61.

[17] Ebd. S. 22.

[18] Ebd. S. 64. — Dieser Auffassung dürfte allerdings nicht ohne Vorbehalt zu folgen sein, wird doch von anderer Seite die Auffassung vertreten, Rom habe sowohl konservative Regierungen als auch revolutionäre Bewegungen für den Ausbau seiner Stellung benutzt (ebd. S. 17).

[1] Vgl. Qu. Nr. 122.

[2] H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 86, Ber. Trauttmannsdorffs vom 19. Dez. 1837. — In diesem Sinne schreibt auch z. B. der Kommerzienrat Beckers aus Königsberg am 7. Febr. 1838 an Stägemann: „Daher findet die Angelegenheit mit dem Erzbischofe auch hier größere Teilnahme. Hochverehrt wird das kräftige Eingreifen unseres Gouvernements und unseres hochgeliebten Königs gegen priesterliche Anmaßung" (Rühl S. 579). — Nach einer Äußerung Bunsens herrschte „ein allgemeines Gefühl der Freude, daß der preußische Adler doch endlich seinen Flügelschlag hörbar gemacht" habe (v. Natzmer S. 241). — Vgl. ferner Qu. Nr. 71; Nr. 134. — Bezüglich der Ansicht einer offensichtlichen Minderheit vgl. Qu. Nr. 122. — Der englische Gesandte in Berlin nannte in diesem Zusammenhang das gewaltsame Vorgehen gegen den Erzbischof „a step that is considered ... by many Protestants as hasty, notwithstanding their disapprobation of the conduct of the Archbishop" (Public Record Office London FO 64/215, 11. April 1838).

[3] H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 86, 29. Dez. 1837; vgl. ferner auch Qu. Nr. 131.

katholischen Bevölkerung, vor allem der wirtschaftlichen Interessen stark zugewandten Rheinländer, recht optimistisch [4].

Diese Auffassung vermochten allerdings weder führende Persönlichkeiten der rheinischen Provinzialverwaltung noch eine Reihe anderer zeitgenössischer Beobachter zu teilen. So gab Cuny der Ansicht Ausdruck, wenn der Erzbischof vorher nicht populär gewesen sei, so sei er es „durch die gegen ihn ergriffene außerordentliche Maßregel geworden" [5]. Bodelschwingh stellte die von Rochow geäußerte Meinung, als ob in den Kölner Wirren der Sieg auf Seiten des Gouvernements nahe sei, ernsthaft in Frage [6], während Max von Gagern zu dem Ergebnis gelangte, daß die Staatsbürokratie die Folgen des Vorgehens gegen den Erzbischof erheblich unterschätzt habe [7]. Im gleichen Sinne äußerte sich auch Trauttmannsdorff, der zudem bemängelte, daß man in maßgebenden Berliner Kreisen immer noch nicht einsehen wolle, wie es mit der wahren Stimmung der katholischen Bevölkerung bestellt sei [8]. Bezüglich der weiteren Entwicklung wird sogar in der Allgemeinen Zeitung vom 26. April 1838 die Ansicht vorgebracht, man könne sich nicht verhehlen, daß, je weiter man in der Kölner Angelegenheit fortschreite, „desto schwieriger der Weg, desto versteckter die Ansicht, desto ferner das Ziel" erscheine: „Man glaubte anfangs, mit wenigen Schritten durch alle Hindernisse dringen zu können, und erst jetzt sieht man, daß man in den bezauberten Wald geraten ist, aus dem kaum mehr eine andere Macht uns herausführen kann als vielleicht ein Geheimnis, das unerwartet wie ein Zufall erscheint."

Fehlte es selbst in Berliner Regierungskreisen nicht an vereinzelten Stimmen, die zugaben, daß nicht nur das Vertrauen der katholischen Untertanen Preußens auf die sogenannten toleranten Grundsätze seiner Staatsverwaltung erschüttert, wenn nicht gar vernichtet sei, sondern auch Preußen in der öffentlichen Meinung Europas den Ruf einer redlichen Politik eingebüßt habe [9], so ließ sich in der Tat eine zunehmende außenpolitische Isolierung Preußens derzeit nicht verkennen. Für die von ihm eingeschlagene Kirchenpolitik konnte es lediglich auf eine gewisse Unterstützung vorwiegend protestantischer deutscher Mittelstaaten, wie sie z. B. von

---

[4] Vgl. Qu. Nr. 74; 123.

[5] Zitiert bei Schrörs, Kölner Wirren S. 310.

[6] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 10, Bodelschwingh an Rochow, Koblenz, 1. Mai 1838.

[7] So schreibt er am 31. März 1838 aus Bonn an seinen Bruder Heinrich: „Der Stein, den man am 21. November so en passant nur in die Spree zu werfen gedachte, von dem man in drei Wochen gar nicht mehr sprechen würde, wie Rehfues meinte, hat zum Erstaunen der jungen Leute, die aus dem Bureaufenstern mit ihren grünen Brillen herabschauen, in immer weitern Kreisen solche Wellen geschlagen, daß schon niemand mehr weiß, ob die ausgetretenen Gewässer wieder in das alte Bett zurückzuleiten sein werden. Einige hätten den Stein wohl gerne wieder herausgezogen. Der erste Kabinettstaucher, Herr Bunsen, ist aber soeben bei der Arbeit ersoffen [über die realen politischen Hintergründe vgl. unten S. 127], und es ist fraglich, ob die Flußgötter sich versöhnen lassen, wenn ihnen der zweite Kabinettstaugenichts noch als Sühnopfer nachgeworfen wird" (Pastor, Leben des Freiherrn Max v. Gagern S. 89).

[8] Vgl. Qu. Nr. 122.

[9] Vgl. Stimme aus Berlin an die Rheinländer und Westphalen von J. Jacoby, Berlin 1838, S. 19—22. — Daß Preußen mit dieser Maßregel seinen bisher so hervorragenden Ruf religiöser Toleranz verloren habe, vermerkt auch der britische Gesandte in Berlin in einem Bericht vom 24. Jan. 1838 (Qu. Nr. 100).

Württemberg [10] und Baden [11] spontan zugesichert worden war, hoffen. Die katholischen Mächte Bayern und Österreich [12] machten indes aus ihrer Mißbilligung des preußischen Vorgehens kein Hehl [13]. In München waren nicht nur Görres und sein kirchenpolitisch so aktiver Kreis, sondern in nicht unerheblichem Maße auch irenisch gesinnte Männer von tiefer Erregung über die Kölner Gewalt erfaßt [14], und König Ludwig spielte angeblich mit dem Gedanken, in die Fußstapfen des seinerzeit so einflußreichen Kurfürsten Maximilian I. zu treten und sich zum Schirmherrn des deutschen Katholizismus aufzuschwingen [15]. Auf diese tradi-

---

[10] Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 49—51 Verz. 10 Bü 10 Unterfasz. 2, Ber. v. Lindens aus Berlin vom 10. Dez. 1837; DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 1 vol. 2 Bl. 160—165. — Allerdings sah sich offenbar die württembergische Regierung selbst gewissen Unruhen im eigenen Lande gegenüber. Jedenfalls berichtet der preußische Gesandte in Württemberg am 19. Nov. 1838: „Die Schilderhebung der katholischen Geistlichkeit, welche nach verabredetem Plan oder wenigstens unter gemeinschaftlicher Leitung und Anregung durch das ganze paritätische Deutschland geht, spukt auch in Württemberg in der Gegend von Mergentheim und Biberach. Jüngere Fanatiker regen im Beichtstuhl und in der Predigt zu Intoleranz auf und fangen an, gegen gemischte Ehen zu intrigieren" (Briefe des . . . Theodor Heinrich Rochus von Rochow . . ., hrsg. v. E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 169).

[11] Treitschke, Teil 4 S. 714.

[12] Auf letzteres hatte man in Berlin einem Bericht der Augsburger Postzeitung vom 5. Jan. 1838 zufolge offenbar zunächst große Hoffnungen gesetzt.

[13] Vgl. Qu. Nr. 100. — Der König von Sachsen, ein dem Rufe nach frommer katholischer Fürst, soll demgegenüber allerdings aufgrund der ihm zugeschickten preußischen Staatsschrift erklärt haben, daß dem preußischen Staat kein anderer als der betretene Ausweg geblieben sei (Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu Fb 1 Nr. 141 Bd. 3, Ber. Röders aus Berlin vom 17. Jan. 1838).

[14] Borodajkewycz S. 104. — Über die weithin in Bayern verbreitete Empörung s. auch Chroust, Gesandtschaftsberichte aus München Abt. II Bd. III S. 7. — Der damals in Würzburg lehrende Ernst von Lasaulx griff in seiner Schrift „Kritische Bemerkungen über die Kölner Sache . . ." die preußische Regierung so scharf an, daß sogar Görres ihm Maßlosigkeit vorwarf (Stölzle S. 111).

[15] Treitschke, Teil 4 S. 721. — Erhebliche Spannungen ergaben sich auch zwischen Preußen und Bayern wegen der Angriffe bayerischer Blätter gegen die preußische Kirchenpolitik (Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 87, Gesandtschaftsberichte 1838 Nr. 352, Ber. Wilckens aus Berlin vom 25. Febr. 1838). So hieß es auch in einer Anweisung für den preußischen Gesandten in Wien vom 24. Febr. 1838 (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8), der „Unfug einer fanatisch-revolutionären Presse" in Bayern habe den Unwillen des preußischen Königs um so mehr erregt, als dadurch der Verständigung mit Rom wesentliche Hindernisse in den Weg gelegt würden: „Durch Blätter wie die Neue Würzburger Zeitung muß Rom notwendigerweise in der Vorstellung bestärkt werden, das ganze katholische Deutschland, Österreich und Bayern an der Spitze, wünsche nichts sehnlicher als einen Religionskampf gegen den Protestantismus überhaupt und Preußen insbesondere, und zwar einen solchen, der mit der Niederlage der gesamten evangelischen Kirche endigen müsse." So wurde auch dem preußischen Gesandten in München Anfang 1838 die Instruktion erteilt, nachdrücklich darauf hinzuweisen, „wie auflösend und bedenklich die unter dem Schutze der bayerischen Regierung sich mehr und mehr ausbildende leidenschaftliche literarische Wirksamkeit wirke; wie diese Wirksamkeit Deutschlands und Europas Ruhe aufs Spiel setze" (Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 87, Gesandschaftsberichte für 1838, Ber. Wilckens aus Berlin vom 11. März 1838). In der Tat scheint das von ihm als Infamie bezeichnete bayerische Verhalten den preußischen König förmlich zur Weißglut gebracht zu haben (H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin Fasz. 86, Ber. Trauttmannsdorffs vom 20. März 1839). — Wie Ferdinand Fischer in seiner Darstellung „Preußen am Abschlusse der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts", Berlin 1876 (allerdings ohne Quellenbeleg), ausführt, habe sich das bayerische Ministerium Abel nicht gescheut, zur Erreichung absolutistischer Gewalt im Innern und gesteigerten Ansehens nach außen als Vorkämpfer für die

tionelle Rolle Österreichs, mit der er jetzt offensichtlich auch die Kluft zwischen dem protestantischen Norden und den katholischen Staaten Süddeutschlands vergrößern und letztere wieder stärker an Österreich anzubinden versuchte [16], wollte allerdings auch Metternich nicht verzichten und bekundete daher, zumindest bis zur Teplitzer Zusammenkunft im Juli 1838, eine entschieden prorömische Haltung [17]. Da zudem die derzeitigen Beziehungen Preußens zu Rußland nicht die besten waren [18], schien Preußen zunehmend Rückhalt an dem konservativen Block zu verlieren [19], während sich im Westen erhebliche Spannungen mit Belgien ergaben, dessen Klerus von Preußen der Aufwiegelung seiner Untertanen beschuldigt wurde [20]. Auch das Verhältnis zu Holland war nicht gerade herzlich [21]. Dazu büßte Preußen wegen seiner offensichtlichen Unterstützung des Königs von Hannover in der Verfassungsfrage [22] an Ansehen unter den liberalen gebildeten Schichten Deutschlands ein [23]. So sollen denn auch im Süden, wo die Anhänger Rottecks und Welckers bisher weder für Preußen noch für Österreich sonderliche Sympathien gezeigt hatten, die halbverschollenen österreichischen Traditionen wieder lebendig geworden sein [24]. Desgleichen scheiterte der Versuch Preußens, die protestantischen deutschen Staaten zu einer entschiedenen Parteinahme gegenüber Rom zu bewegen, allen anfänglichen Solidaritätsbekundungen zum Trotz schließlich gänzlich [25].

Auch die Verhandlungen mit Rom hatten keinerlei Fortschritte gebracht. Zwar hatte man sich bemüht, wie es der General v. Natzmer formulierte [26], „mit einem ge-

---

katholische Sache aufzutreten. So sehr auch sonst die Presse in Bayern geknechtet gewesen sei, so sei ihr doch der Angriff gegen Preußen und den Protestantismus ganz freigegeben worden. Man sei sogar so weit gegangen, König Ludwig als Haupt einer neuen „Katholischen Liga" zu bezeichnen. Auch habe man an ein selbständiges Reich der Rheinfranken unter der Regierung eines bayerischen Prinzen gedacht, und man habe daran erinnert, wie glücklich man in Koblenz, Trier und Köln unter Wittelsbacher Fürsten gewesen sei (S. 156). Zweifellos handelte es sich um eine in dem Ausmaße und in den Konsequenzen wohl nicht vorhergesehene, für Preußen recht ärgerliche Entwicklung.

16 So die Beweisführung Bibls (in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 42, 1929, S. 91).

17 Splett S. 14—16. — Auf das Dilemma Metternichs, für den gute Beziehungen zu Preußen eine Basis seiner europäischen Politik darstellten, der aber gleichzeitig sowohl aus Prinzipiengründen nicht das Image Österreichs als Protektor der katholischen Kirche zerstören, als auch eine solche Haltung nicht einnehmen konnte, ohne sich der Gefahr eines Sturzes auszusetzen, weist auch der französische Gesandte in Berlin, Bresson, in Berichten vom 26. und 28. Jan. 1838 hin (Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289). — In diesem Zusammenhang betont auch die Neue Würzburger Zeitung, daß man von einer katholischen Macht, die zur Aufrechterhaltung geschlossener Traktate verpflichtet sei, keine Unterstützung des preußischen Vorgehens erwarten dürfe (Wiedergabe in der Augsburger Postzeitung vom 10. Jan. 1838).

18 Vgl. hierzu Qu. Nr. 100.

19 Grisar, Das Kölner Ereignis nach Berichten italienischer Diplomaten, in: Historisches Jahrbuch 74, 1955, S. 736.

20 Ebd.

21 Vgl. Qu. Nr. 100.

22 Varnhagen von Ense, Tagebücher Bd. 1 S. 79, 17. März 1838; S. 87, 13. April 1838.

23 Vgl. Qu. Nr. 100.

24 Treitschke, Teil 4 S. 724.

25 Ebd. S. 715.

26 v. Natzmer S. 241.

wissen Glimpf gegen den päpstlichen Hof zu verfahren, um nicht alle Versöhnungsmittel abzuschneiden"; auch hatte man in der Mischehenfrage, nachdem die Bischöfe von Paderborn und Münster am 2. und 10. Jan. 1838 ihren Rücktritt von der Berliner Konvention erklärt hatten, nicht unerhebliche Konzessionen gemacht [27]. In der Frage der Restitution des Erzbischofs erwies sich jedoch zwischen den Verhandlungspartnern eine Übereinkunft unmöglich. Vergeblich kehrte man auf preußischer Seite das nicht gerade überzeugende Argument hervor, daß der Erzbischof nicht wegen seiner Haltung in der Mischehenfrage entfernt worden sei, sondern vielmehr, weil er gesetzwidrig ein Schreiben des Ministers von Altenstein bekanntgemacht und zudem erklärt habe, „in dem angenommenen Gange der Widersetzlichkeit verharren zu wollen". Eine Wiedereinsetzung Droste-Vischerings würde daher die Würde der Krone und des Staats verletzen und man könne dann von keinem anderen Untertanen Gehorsam verlangen, der doch in dieser Zeit so notwendig sei [28]. Das unverwandte Festhalten Roms an der Restitutionsbedingung ließ spätestens Ende Februar 1838 in Berlin die Erkenntnis reifen, daß „unter Fortdauer der gegenwärtigen Gesinnung" des römischen Hofes mit diesem nicht zu verhandeln war [29]. Die Illusion, die man Anfang des Jahres in Berlin noch gehegt hatte, daß der Papst den Erzbischof zum Kardinal erheben und aus Köln abberufen werde [30], war damit gänzlich zerstoben [31].

Angesichts dieser Situation empfahl selbst Bunsen eine Restitution des Erzbischofs! [32]. Auch die Partei des Berliner Wochenblatts soll dazu geraten haben, sich lieber alles andere gefallen zu lassen, als sich mit irgendeiner Tendenz zu verbinden, „die unter liberal begriffen werden" könne [33]. Gerüchteweise verlautete tat-

---

[27] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 2 (1839) S. 1246. — Vgl. auch unten S. 474. — Daß man gegen die Bischöfe nicht in gleicher Weise wie gegen den Erzbischof vorgegangen sei, interpretierte Varnhagen von Ense als ein eindeutiges Zeichen von Schwäche (Tagebücher Bd. 1, 29. Jan. 1838, S. 76). — Demgegenüber erklärte die Regierung, daß sie die schwierige Lage wohl zu würdigen verstehe, in welche „jene beiden sonst achtenswerten und wohlgesinnten Bischöfe" [vgl. hierzu auch unten S. 361; 404; 412] durch die päpstliche Allokution geraten seien (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8, Werther an den preußischen Gesandten in Wien, 24. Febr. 1838).

[28] Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel 12 A Neu Fb 1 Nr. 141 Bd. 3, Ber. Röders vom 28. Febr. 1838; Public Record Office London FO 64/215, Ber. Russells vom 4. April 1838.

[29] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8, Werther an den preußischen Gesandten in Wien, 24. Febr. 1838.

[30] Varnhagen von Ense, Tagebücher Bd. 1, S. 76 (Eintragung vom 29. Jan. 1838).

[31] Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1 Konv. 86 Fasz. 1838 Nr. 7, Ber. des Gesandten Schaeffer von Bernstein, 1. März 1838.

[32] Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen S. 30 f.; Schrörs, Kölner Wirren S. 624 f. — So berichtet auch der braunschweigische Gesandte v. Röder am 14. Febr. 1838, daß man in Berlin über Bunsen aufgebracht sei, weil er dem heiligen Stuhl die Möglichkeit angedeutet habe, daß der Erzbischof wieder nach Köln zurückkehren könne (Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu Fb 1 Nr. 141 Bd. 3). Dieser Brief habe, so berichtet Trauttmannsdorff, Bunsen in den Augen des Königs vollends diskreditiert (H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin Fasz. 86, 21. April 1838).

[33] Pastor, Leben des Freiherrn Max v. Gagern, S. 89. — Zu der ambivalenten Tendenz des Liberalismus, von dem gewisse Kreise offenbar dazu neigten, mit dem Ultramontanismus gegen den „Absolutismus", andere wiederum gegen den Ultramontanismus im Bunde mit der Regierung zu Felde zu ziehen, vgl. unten S. 456 ff.

sächlich schon, der Erzbischof kehre zurück [34]. Auch der dem Kronprinzen nahestehende Carl Ernst Wilhelm von Canitz und Dallwitz wies in einer Denkschrift auf den besorgniserregenden Vertrauensverlust in den katholischen Teilen der Westprovinzen hin und legte einen baldigen „Friedensschluß" nahe [35].

Vertrat demgegenüber selbst der Bischof von Breslau, Sedlnitzky, die Ansicht: „Wer mit Rom unterhandelt, verliert; auf diplomatischem Wege ist hier nichts, durch Entschlossenheit alles zu erreichen" [36], so verglichen maßgebliche Minister wie z. B. Rochow die Situation mit der vor drei Monaten: „Damals blieb nichts übrig, als das Äußerste, um das Ansehen der Staatsgewalt dem widerspenstigen Untertan gegenüber aufrecht zu erhalten, jetzt wird ein Gleiches nicht zu vermeiden sein, wenn die Souveränität des Königs dem Kirchenoberhaupte gegenüber gewahrt werden soll" [37]. Es handele sich um nichts weniger als einen welthistorischen Moment, „wo die Demütigung der Kronen vor dem Nachfolger Petri mit aller Heftigkeit eines verjüngten Fanatismus" wieder versucht werde. Unter diesen Umständen erlaube das Gebot der Ehre und Würde des Gouvernements nicht, an eine Restitution des Erzbischofs auch nur im entferntesten zu denken. Ihn seitens der Regierung „mit klingendem Spiel nach Köln zurückzuführen", wie es die Wiener Nuntiatur zum Ausdruck gebracht habe, müsse für die von der Regierung verfochtene Zielsetzung das Todesurteil bedeuten [38]. Mit dieser Auffassung bekundeten auch Altenstein und Werther ihre Übereinstimmung [39]. So mußte denn der Kampf, wie man es in einem offiziellen Schreiben pathetisch formulierte [40], „durch die Regierung bis aufs äußerste durchgefochten werden"; würde sie dabei unterliegen, „so würde der Rückschlag alle Staaten, gleichviel ob katholische oder evangelische, treffen".

---

[34] Pastor, Leben des Freiherrn Max v. Gagern S. 89.

[35] „Nicht, daß deshalb der Verlust der katholischen Provinzen erfolgen müßte; aber die wahre Macht des Königs, die Bedingung des Gedeihens, die keinem Reiche im heutigen Europa notwendiger ist als Preußen, würde erschüttert, gefesselt und verdorben werden, wenn die Herrschaft sich lediglich auf ein administratives Gerüst äußerer Gewalt stützen müßte. Der giftige Sophist, der durch seinen Athanasius ein Meisterstück in diesem Fach geliefert hat, hat recht, wenn er behauptet, daß eine Lebensfrage der preußischen Monarchie an den Ausgang des Kampfes geknüpft sei, wiewohl in einem andern Sinn, als er es gemeint. — Die Verwickelung muß gelöst, der Friede wieder hergestellt werden ..." (Denkschriften Bd. 1 S. 301).

[36] v. Natzmer S. 243.

[37] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8, Promemoria vom 1. Febr. 1838.

[38] Zitiert bei Schrörs, Kölner Wirren S. 624 f.

[39] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8, Promemoria vom 1. Febr. 1838. — Eine in gewisser Weise hiervon abweichende Auffassung bekundete der Kronprinz. Eine dem römischen Hofe zu gebende Erklärung, daß der Erzbischof von Köln unter keiner Bedingung jemals restituiert werden könne, hielt er für bedenklich. Vielmehr trug er darauf an, jede Gegenerklärung auszusetzen, bis Gesetze über die gemischten Ehen mit Pönalbestimmungen gegen Kontravenienten und über Amtsvergehen der Geistlichen erlassen seien. Es sei dann dem päpstlichen Hof mitzuteilen, daß der König die in den Rheinprovinzen bestehende Unsicherheit durch Akte der Gesetzgebung in der Art beseitigt habe, daß künftighin die Geistlichen dem weltlichen Richter verfallen würden, wenn sie „den Landesgesetzen Trotz bieten" und denselben ungehorsam sein wollten (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7, Schr. Rochows vom 11. Febr. 1838).

[40] Wittgenstein an Metternich nach einer Vorlage Lottums, 5. April 1838, zitiert bei Splett S. 42.

Unter Kampf verstand man unter den vorwaltenden Umständen allerdings weniger eine aktive Auseinandersetzung, als vielmehr Durchhalten des derzeitigen Zustandes, Ausharren und Abwarten [41].

Trotz der Durchhalteparolen [42] und des nach außen zur Schau getragenen Optimismus der Minister zeigte doch die erregte Diskussion in Kreisen der Regierung und der Berliner Gesellschaft [43], daß man über die verfahrene Situation alles andere als glücklich war! So berichtete Trauttmannsdorff am 21. April 1838 nach Wien, daß sich unter den maßgeblichen Persönlichkeiten jeder so viel als möglich von der Verantwortlichkeit für die gegen den Erzbischof verhängte Maßregel reinzuwaschen suche. Während Rochow betone, daß die erzbischöfliche Angelegenheit bereits verfahren gewesen sei, als sein Ressort sich habe einschalten müssen, erklärte Kamptz, daß er sich von vornherein gegen eine Zwangsmaßnahme ausgesprochen habe, und Altenstein, den man zunächst zum Sündenbock für die Fehler der Vergangenheit zu stempeln gesucht hatte [44], verfalle immer mehr darauf, auf nichts zu antworten und nichts zu verfügen [45]. Sah sich auch Rochow nicht

---

[41] So gab z. B. Prinz Wilhelm den dringenden Rat: „Mit Ruhe und Konsequenz wird sich alles wieder ausgleichen, aber freilich nicht in so kurzer Zeit, wie viele träumen möchten. Nur keine Gewaltschritte gegen Rom!..." (Brandenburg S. 41). Ähnlich Rochow in seinem Promemoria vom 1. Febr. 1838: „Mir scheint also nichts notwendiger, als daß man die weitere Entwicklung der Sache in einer Position ruhig erwarte, die dem unüberlegten leidenschaftlichen Feinde gegenüber die würdigste, ernsteste Haltung repräsentiert, gleich bereit, der wiederkehrenden Vernunft die Hand zum Frieden, wie einer neuen Kränkung die offene Stirn zu bieten" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8).

[42] So gab auch der Bruder des Innenministers, Theodor Heinrich Rochus von Rochow, in einem Schreiben vom 2. März 1838 der zuversichtlichen Überzeugung Ausdruck, daß man den Kampf mit Kraft und Konsequenz fortsetzen werde (Briefe des ... Theodor Heinrich Rochus v. Rochow, hrsg. von E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 136).

[43] Zum Beispiel heißt es in einem zeitgenössischen Bericht aus Berlin: „L'affaire de l'Archevêque de Cologne, les conséquences qu'elle a déjà eues et celles qu'elle peut avoir, occupent exclusivement le Gouvernement et sont le sujet des discours de presque tout le monde. On raisonne et commente, on s'échauffe et cela produit, je ne dirai pas une fermentation, mais tout du moins une inquiétude, un malaise qui pourrait bien avoir des conséquences très graves, plus encore dans les provinces que dans la capitale selon la tournure, que prendra cette affaire. Le roi se trouve dans le plus grand embarras et n'a pas la force morale de prendre une résolution pour s'en tirer" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, St. Martin an den Comte Solar, Berlin, 20. April 1838). — Daß auch in der Berliner Gesellschaft die Diskussion über den Kirchenstreit hohe Wellen schlug, zeigt ein Schreiben des Generals von Reyher an Natzmer: „Die erzbischöfliche Angelegenheit ist in allen geselligen Kreisen fortdauernd der Gegenstand der Unterhaltung; sie hat das hannoversche Patent und die Streitigkeiten um den Grünewald, ja selbst die Verleihung des Doktordiploms seitens der Königsberger Universität an einige der sieben Göttinger Professoren in den Hintergrund gedrängt" (v. Natzmer S. 238).

[44] So hatte Trauttmannsdorff am 5. Jan. 1838 aus Berlin berichtet, man werfe Altenstein den Kardinalfehler vor, „daß er sich keine kategorische und direkte Erklärung wegen der Annahme der Konvention im Jahre 1834 seitens des Erzbischofs zu verschaffen" bemüht, sondern ihm vielmehr Gelegenheit gegeben habe, eine Erklärung abzulegen, die „seinem Jesuitismus eine Hintertür offen" gelassen habe (H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 86).

[45] Ähnlich berichtet der württ. Geschäftsträger v. Linden: „Minister von Altenstein, durch seine amtliche Stellung vorzugsweise berufen, tätigen Anteil an den hierher gehörigen Geschäften zu nehmen, benutzt die große Gewandtheit, die er besitzt, lästige Dinge von sich entfernt zu halten, um auch hierin möglichst wenig in An-

unerheblicher Kritik selbst aus den Reihen der Staatsbürokratie ausgesetzt [46], so blieb doch der Schwarze Peter offenbar an Bunsen haften, dem man falsche Unterrichtung über die wahre Haltung des päpstlichen Hofes sowie eine „kleinmütige und ausweichende" Verhandlungsweise bei seiner derzeitigen Mission in Rom [47] vorwarf und dessen Umgang man mehr und mehr mied [48]. Die öffentliche Stimmung erforderte ein Opfer, und so endete die „Mission" Bunsens mit seiner Abberufung aus Rom, die ihn am Ostermontag 1838 erreichte [49].

Daß man in Kreisen der Staatsregierung die derzeitige Situation für unbefriedigend hielt, dürfte auch die Tatsache andeuten, daß Altenstein [50], Rochow und

---

spruch genommen zu werden; in seiner Negativität liegt ein Haupthindernis für die korrekte Leitung der vorliegenden Angelegenheiten (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 70 Verz. 31 Bü 5 Bl. 238 v). — Die Unsicherheit unter den oberen Staatsbehörden stellt auch Varnhagen von Ense heraus: „Der Minister von Altenstein macht und leitet diese Sache nicht, der Minister von Rochow nimmt nur ruckweise daran teil, das Kabinett des Königs gibt keine Beschlüsse, die nicht anderswo ihren Ursprung genommen" (Tagebücher Bd. 1 S. 76, 29. Jan. 1838). — Überhaupt kamen in dieser Krise nach der Auffassung Varnhagens grundsätzliche Mängel des derzeitigen Regierungssystems zutage: „Daß kein fester Boden des Verfahrens vorhanden ist, leuchtet jedermännlich ein; keine Behörde, welche die Anklage verfolgt, keine, welche darüber richtet, ja nicht einmal eine, welche das Ganze fortwährend im Auge behält" (ebd. S. 75 f.). Offensichtlich machte sich gerade in dieser Situation das Fehlen einer lenkenden und koordinierenden Instanz, also eines Premierministers oder Staatskanzlers bemerkbar.

[46] So schrieb der preußische Oberpräsident Heinrich Theodor von Schön, der Repräsentant des wahrscheinlich nicht sehr großen Kreises der — um eine heutige Kategorie zu verwenden — Linksliberalen unter dem höheren preußischen Beamtentum, am 26. April 1838 an den Staatsrat Stägemann: „Mit dem Erzbischof von Polen sind wir, gottlob! fertig. Aber das dabei beobachtete Verfahren zeigt deutlich, wie man mit dem Erzbischof von Köln hätte verfahren sollen. Und die Sache war in Posen bei weitem kritischer als am Rhein. Man fürchtet in Berlin die katholische Kirche, weil man sie nicht kennt. Durch 24jährige Erfahrung und ein bißchen Studium glaube ich sie aber zu kennen, und weiß, daß nichts leichter ist, als mit ihr fertig zu werden. Fängt man aber mit Rochowschen rohen, sinnlosen Gewaltmaßnahmen ... an ..., dann ist man auf unrechtem Wege. Mit Meinungen und Konsequenz kann Rochow keinen Krieg führen. Jeder katholische Kaplan steckt den in die Tasche" (Rühl S. 583 f.).

[47] DZA Merseburg Rep. 77, Tit. 413, Nr. 3, vol. 8, Promemoria Rochows vom 1. Februar 1838. — Dies betraf wohl insbesondere auch seine Andeutung in seiner Ancona-Note, daß die Festsetzung des Erzbischofs nur als eine zeitlich beschränkte Maßnahme anzusehen sei (Public Record Office FO 64/215, Ber. Russells aus Berlin vom 11. April 1838).

[48] So heißt es in einem Bericht des bayerischen Gesandten in Wien, Graf Lerchenfeld, vom 20. April 1838: „Bunsen tritt seinen Urlaub nach England an. Die Stimmung ist in Preußen von allen Seiten gegen ihn so aufgeregt, daß man seine Rückkehr nach Berlin in keiner Hinsicht für geeignet hält" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87). Vgl. ferner Qu. Nr. 132.

[49] Janssen S. 416. — Bunsen selbst hatte das Unerträgliche seiner Lage erkannt und um einen Urlaub von sechs Monaten gebeten (vgl. im einzelnen H. Bastgen, Forschungen und Quellen zur Kirchenpolitik Gregors XVI. S. 100 ff.). In Berliner diplomatischen Kreisen herrschte jedoch die Meinung vor, daß es Bunsen seitens seiner Regierung nahegelegt worden sei, sich nach England zu begeben (Public Record Office London FO 64/215, Ber. Russells aus Berlin vom 11. April 1838).

[50] Die Haltung Altensteins in der erzbischöflichen Frage läßt sich nur schwerlich genau ermitteln. So wird in einem Artikel der Augsburger Postzeitung vom 8. Jan. 1839 der Auffassung Ausdruck gegeben, daß Altenstein, der in früheren Jahren gelegentlich gegen seine protestantischen Räte eine gerechte Wahrung katholischer Interessen durchgesetzt habe, seine Zustimmung zu der gegen den Erzbischof verhängten Maßregel gegen seinen Willen und seine Überzeugung gegeben habe. Demgegenüber bemerkt ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung (31. Dez. 1838), daß zwar „der

Werther eine Freilassung Droste-Vischerings befürworteten. Der König freilich zeigte sich zu dieser Geste der Konzilianz nicht bereit [51]. Lediglich eine Verminderung der Spannungen mit Bayern deutete sich an, indem Preußen auf die Anrufung des Bundestages in der Pressefrage verzichtete und Bayern eine Zensur der Neuen Würzburger Zeitung in Aussicht stellte [52].

An nennenswerten Beschlüssen ist zu dieser Zeit lediglich der Besuch des Prinzen Wilhelm (des Sohnes Friedrich Wilhelms III.) in den Westprovinzen im Frühsommer 1838 zu verzeichnen, mit dem man wahrscheinlich einem weiteren Vertrauensschwund unter der dortigen katholischen Bevölkerung entgegenzuwirken beabsichtigte [53]. Vermutlich zog man den überwältigenden Erfolg des Kronprinzenbesuchs im Herbst 1833 sowie den beruhigenden Einfluß in Betracht, der von der Anwesenheit des Prinzen Wilhelm (Bruders Friedrich Wilhelms III.) zur Zeit der Julirevolution ausgegangen war [54].

Charakter des ehrwürdigen Ministers von den besser Unterrichteten anerkannt werde, indes die Menge auf immer gegen ihn eingenommen sein werde, da sie ihn als „den Mann" ansehe, „dem die hauptsächliche Wirksamkeit bei der Verhaftung des Erzbischofs" zugeschrieben werde. Aus diesem Grunde würde auch eine Demission Altensteins zu einer Entspannung in der Kölner Streitfrage beitragen. — An sich war Altenstein unkirchlich (Lipgens S. 548) und stand der katholischen Kirche damit unparteiischer gegenüber als etwa der damalige Direktor im Ministerium des Auswärtigen, Eichhorn, der als Bannerträger des aktiven Protestantismus gegen eine nachgiebige Haltung aufgetreten sei (Qu. Nr. 135). Andererseits ist in einem diplomatischen Bericht vom 28. April 1838 davon die Rede, daß die Spannungen zwischen der „bürokratischen" Partei um die Minister Altenstein und Werther und den Direktor Eichhorn auf der einen und den Ministern Rochow, Alvensleben und Rauch samt ihrer Klienten auf der anderen Seite wegen des im Kirchenstreit einzuschlagenden Weges gewachsen seien, vor allem, da letztere Partei die Konsequenzen der Kölner Maßregel mehr und mehr zu fürchten beginne (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, St. Martin an den Comte Solar, Berlin, 28. April 1838). — Diese Haltung Rochows bestätigt auch ein Bericht Trauttmannsdorffs (Qu. Nr. 135). Offensichtlich hielt er vom Standpunkt seines Ressorts aus die Anzeichen von Unzufriedenheit unter der katholischen Bevölkerung für bedenklich. — Wird auch die Konstellation der Gruppen nicht ganz deutlich, so dürfte indes aufgrund dieser Nachrichten, auch nach dem, was Max v. Gagern darüber in Erfahrung gebracht haben will (Pastor S. 89), darauf zu schließen sein, daß es in der Staatsregierung bezüglich der Regelung der Kölner Frage zu Spannungen gekommen ist.

[51] So ließ der König die Antragsteller in einem Antwortschreiben am 21. Juli 1838 wissen: „Auf Ihren Bericht, welcher sich für die Entlassung des Erzbischofs von Köln ausspricht . . ., mache ich Ihnen bekannt, daß ich den gegenwärtigen Zeitpunkt zu dieser Freilassung nicht geeignet finde, um so weniger, als das auffallende Benehmen des münsterschen Adels in letzter Zeit sich nicht dazu eignet, nachsichtsvollere Maßregeln eintreten zu lassen" (DZA Merseburg Rep. 92, Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III).

[52] Public Record Office London FO 64/215, Ber. Russells aus Berlin vom 6. Juni 1838.

[53] Zwar war sein Besuch offiziell als „Inspektionsreise" deklariert, doch stellte es, wie ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung vom 11. Juli 1838 zum Ausdruck bringt, ein offenes Geheimnis dar, daß seine Mission in erster Linie darin bestand, „in den Rheinlanden, da wo es etwa noch Not tue, die Gemüter durch seine Gegenwart vollends zu beruhigen".

[54] Vgl. oben S. 19 f. — Die persönliche Anwesenheit des Monarchen oder eines anderen Mitglieds des königlichen Hauses, jedenfalls von Zeit zu Zeit, ist offensichtlich schon seit der Übernahme der westlichen Provinzen als eines der besten Mittel angesehen worden, um diese stärker an den preußischen Staat zu binden (so in der Denkschrift „Über den Volksgeist in den königlichen Provinzen des linken Rheinufers" [DZA Merseburg Rep. 92 Hardenberg H 13½]).

Ein annähernd enthusiastischer Empfang des Prinzen, wie er seinen Vorgängern zuteil geworden war, würde jetzt das Prestige der Staatsregierung, jedenfalls momentan, nicht unbeträchtlich aufgewertet haben. Der Lösung der aufgeschobenen Probleme wäre man freilich auch dadurch nicht wesentlich näher gekommen.
Sollte es entgegen den vermutlichen Erwartungen der Regierung indes zu einem frostigen Empfang kommen, evtl. sogar zu Mißfallenskundgebungen weiterer Volkskreise, so würde dies die Position des gegnerischen Lagers offenbar stärken. Ganz ohne Risiko war die Tour des Prinzen daher wohl nicht.

5. Kapitel. Die Inspektionsreise des Prinzen Wilhelm durch die Rheinprovinz im Sommer 1838

Über den Erfolg dieser „good-will tour" in der Rheinprovinz [1] läßt sich auf den ersten Blick kein eindeutiges Bild gewinnen. Auf der einen Seite wird uns berichtet, daß sich beim Besuch des Prinzen die allgemeine Mißstimmung in peinlicher Weise bemerkbar gemacht habe [2], andererseits finden wir in der Kölnischen Zeitung eine Reihe von Berichten, die auf einen freundlichen Empfang schließen lassen.
In diesem Zusammenhang betont die Allgemeine Zeitung, daß der Prinz zwar „mit freundlicher Herablassung die Überzeugung zu geben" gesucht habe, daß die katholische Kirchenfreiheit durchaus nicht gefährdet, sondern, daß der Schritt gegen den Erzbischof von Köln nur „eine durch den Starrsinn und Ungehorsam des Prälaten notwendig gemachte Polizeimaßregel" sei [3], dennoch habe die katholische Partei weiterhin hartnäckig auf ihrer „vorgefaßten irrigen" Meinung bestanden. Sogar die Gebildeten hätten fortwährend behauptet, es handele sich um eine Lebensfrage ihrer Kirche [4].
Lediglich die Beamten und das Militär — damals immer noch die Säulen der preußischen Staatsverfassung — hätten sich überall beeifert, „die ausgezeichnetste Herzlichkeit und Ergebenheit an den Tag zu legen" [5]. Die Kälte des Empfangs hänge nicht zuletzt damit zusammen, daß der gemeine Mann es unbegreiflich finde, warum man den Erzbischof von der Diözese noch länger zurückhalte, nachdem die Regierung in der Frage des Hermesianismus und der gemischten Ehen bereits zurückgesteckt habe [6].
Wie sind angesichts dieser Kommentare die Berichte der Kölnischen Zeitung bzw. der Rhein- und Moselzeitung oder des Westfälischen Merkurs, im allgemeinen regierungstreue Blätter, zu bewerten?

---

[1] Zusammenfassende Schilderung in der Allgemeinen Zeitung vom 11. Juni 1838.
[2] Vogel S. 76.
[3] Allgemeine Zeitung vom 16. Juli 1838.
[4] Ebd., 16. Juli 1838.
[5] Ebd.
[6] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 23. Juli 1838. — Über den Rückzug der Staatsregierung und die Preisgabe der Spiegelschen Instruktion an die Generalvikariate vgl. Schrörs, Kölner Wirren S. 554.

Wenn der Westfälische Merkur vom 21. Juni 1838 berichtet, daß den Prinzen am 17. Juni bei einem Besuch des Theaters in Aachen „der freudigste Empfang wartete", so kann diese Erscheinung in der Weise gedeutet werden, daß es sich bei den Theaterbesuchern in erster Linie um geladene Gäste, Offiziere (Garnison) und Beamte (Regierung) handelte. Bemerkenswert erscheint indes, daß von jubelnden Volksmengen nicht die Rede ist [7]. In der Tat bestätigt ein Bericht des Aachener Polizeidirektors Lüdemann an Rochow vom 19. Juni 1838 weitgehend die diesbezügliche Presseberichterstattung. Wie Lüdemann ausführt, hätten die „katholischen Notabilitäten" den aus Anlaß des Prinzenbesuchs veranstalteten Ball kaum besucht; auch habe sich in den untersten Volksklassen „eine gute Stimmung nicht zu erkennen" gegeben; hingegen sei die Beleuchtung eines Teils der Stadt seitens der „eigentlichen Bürgerstände" völlig spontan und freiwillig erfolgt. Auch die Akklamation im Theater sei „besonders aus dem Parterre" recht lebhaft gewesen: „Es zeigte sich hier wie bei jedem andern Anlaß die gute Gesinnung des engeren Mittelstandes der hiesigen Bevölkerung" [8]. Nicht direkt im Widerspruch zu den Ausführungen Lüdemanns stehend, jedoch im großen und ganzen weniger positiv, fällt die Schilderung der Volksstimmung in Aachen nach einem Privatbrief vom 18. Juni 1838 aus [9].

Über den Empfang auf der nächsten Station der Besuchsreise, der Stadt Trier, finden wir in der Kölnischen Zeitung vom 23. Juni 1838 folgende Schilderung: „Ungeachtet der vorgerückten Nachtzeit [11 Uhr] erwartete eine ansehnliche Volksmenge Se. Kgl. Hoheit vor und auf der zur Stadt führenden hell erleuchteten Moselbrücke und begrüßte höchstdieselben bei ihrer Ankunft durch wiederholten Freuderuf, in welchen der Donner der Geschütze einstimmte. Die Straßen der Stadt . . ., welche höchstdieselben passierten . . . waren erleuchtet, und die Volksmenge bezeugte dem erlauchten Prinzen die freudige Stimmung und die patriotischen Gesinnungen . . ." [10].

Zieht man in Erwägung, daß im Regierungsbezirk Trier, nach allem, was wir hören, die kirchenpolitischen Auseinandersetzungen nicht von einer derartigen Hitzigkeit getragen waren wie etwa im Raum Aachen oder in Koblenz, so erscheint der freundliche Empfang nicht unglaubhaft [11]. Auch auf dem in der Nähe von Fließem gelegenen Truppenübungsplatz hatte sich eine große Zahl von Einwohnern aus dem Kreis Bitburg versammelt, die ein „enthusiastisches Lebehoch"

---

[7] In diesem Zusammenhang schreibt auch die Allgemeine Zeitung (5. Juli 1838): „Von dem . . . angeführten Schweigen hat übrigens Prinz Wilhelm, außer in Aachen, auch an anderen Orten Proben erhalten."

[8] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1 Bl. 184—185.

[9] Vgl. Qu. Nr. 138.

[10] Diese Schilderung stimmt voll und ganz mit dem Bericht des Trierer Regierungspräsidenten Ladenberg an den Polizeiminister von Rochow überein, nach welchem der Prinz am 19. Juni gegen 11 Uhr abends in Trier von „dem Jubelruf einer noch sehr zahlreich versammelten Volksmasse" empfangen wurde (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 1992 S. 47).

[11] Hierfür spricht auch der Polizeibericht des Trierer Regierungspräsidenten für Juni 1838: Über die erzbischöfliche Angelegenheit werde — wenigstens im Regierungsbezirk Trier — nicht mehr gesprochen und nicht mehr geschrieben, und was den Aufenthalt des Prinzen Wilhelm betreffe, so hätten „die Huld und Herablassung", welche er allen Ständen gegenüber gezeigt habe, „einen sehr günstigen Eindruck" gemacht (St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691).

auf den König und das Königliche Haus ausbrachten. Man beschloß sogar, zur Erinnerung an diesen Tag alljährlich eine Feier auf diesem Platz zu veranstalten [12]. Wenn ferner berichtet wird [13], daß dem Prinzen auf seiner Fahrt von Koblenz nach Düsseldorf mit dem neuesten Boot der Kölnischen Dampfschiffahrtsgesellschaft beim Passieren der Stadt Köln von einer auf beiden Ufern versammelten Volksmenge ein jubelnder „Bewillkommnungsgruß" zuteil geworden ist, so ist auch diese Meldung angesichts der Anziehungskraft, die ein solches Schauspiel auf die Menge auszuüben pflegt, nicht von der Hand zu weisen.

Dies bestätigt auch der Bericht des Oberpräsidenten von Bodelschwingh an den Innen- und Polizeiminister von Rochow vom 5. Juli 1838. Auf der ganzen Strecke von St. Goar bis Linz habe sich „freudige Bewegung unter dem Volke in den an den Ufern gelegenen Orten" gezeigt, und überall sei der Prinz mit Ehrenbezeugungen begrüßt worden [14].

Über die Ankunft des Prinzen in Düsseldorf (29. Juni) schreibt die Kölnische Zeitung vom 2. Juli 1838 [15], daß an dem „teilweise erleuchteten und festlich gezierten Ufer ... eine große Zahl Einwohner" der Ankunft des Prinzen „entgegengeharrt" habe, „um denselben jubelnd zu begrüßen", was angesichts der verhältnismäßig modernen und offenen Atmosphäre [16] dieser inmitten eines ziemlich preußenfreundlichen Teils der Rheinprovinz gelegenen [17] Stadt durchaus glaubwürdig erscheint, zumal auch von dem kleinen Hof des Prinzen Friedrich von Preußen, eines Neffen des regierenden Königs, in Düsseldorf als General stationiert, eine gewisse Anziehungskraft auf die Bevölkerung ausgegangen zu sein scheint [18].

---

[12] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 1992 Bl. 47, Ladenberg an Rochow — Mit ähnlicher Begeisterung wurde der Prinz auch in Saarbrücken am 22. Juni empfangen: „Bis spät in die Nacht durchwogte die freudig bewegte Menge die Straßen der festlich beleuchteten Stadt. So schnell und unvorbereitet die Erleuchtung zustande gekommen war, so glücklich hatte die aus freiem innern Antriebe hervorgegangene Bereitwilligkeit den Mangel an Veranstalten zu ersetzen gewußt" (ebd., S. 75, Ber. an Ladenberg aus Saarbrücken vom 23. Juni 1838).

[13] Kölnische Zeitung vom 1. Juli 1838. — Ähnlich heißt es in einem Konzept eines Berichts an Rochow (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 1992 S. 77), daß sich „auf der ganzen Tour freudige Bewegung unter dem Volke in dem am Ufer gelegenen Orten" gezeigt habe.

[14] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 10 Bl. 258—261.

[15] Ähnlich der Bericht des Oberpräsidenten (ebd.).

[16] So hebt z. B. C. J. Weber (Deutschland oder Briefe eines in Deutschland reisenden Deutschen Bd. 4, Stuttgart 1834, S. 769) hervor: „Das heitere Düsseldorf ... gefällt doppelt, wenn man von dem finstern Cöln herkommt, mit seinen gebildeten heitern, tätigen Bewohnern im Wohlstande, und im Hofgarten stieß ich auf recht freundliche Gesichtchen ..."

[17] So heißt es in einem Artikel Max v. Gagerns in der Allgemeinen Zeitung vom 22. Juli 1840, daß die Stadt von Gebieten umgeben sei, „die schon ganz preußische Schöpfung" genannt werden dürften: „Elberfeld im Rücken; das schwärmerisch ergebene Wuppertal zur Linken; zur rechten Seite die Ruhrmündung, die Amme der rheinischen Dampfschiffahrt; endlich das mennonitische Krefeld gegenüber."

[18] Jedenfalls wird überliefert, daß sich der Prinz Friedrich, der am geistigen und gesellschaftlichen Leben der Stadt regen Anteil genommen habe, in Düsseldorf einer auffallenden Popularität erfreut habe (K. L. Kaufmann S. 84). — Wie das Essener Blatt „Allgemeine politische Nachrichten" meldete, bereitete das am Abend des 25. April 1838 im Düsseldorfer Theater versammelte Publikum dem dort plötzlich und unerwartet eintreffenden Prinzen Friedrich einen begeisterten Empfang: „Das Publikum, mit Blitzesschnelle von der so lang ersehnten Ankunft des verehrten Prinzen

Von einer noch größeren Begeisterung als am Abend des 29. Juni wird anläßlich der erneuten Ankunft des Prinzen Wilhelm am Abend des 4. Juli berichtet [19]. So ist von Tausenden die Rede, die am Rhein wie auf den Straßen und am Jägerhof (dem Quartier des Prinzen) versammelt gewesen seien. Außerdem hätten die Bürger nach der großen Empfangscour dem Prinzen unter Anführung des Oberbürgermeisters „einen von Militärmusik begleiteten ansehnlichen Fackelzug" dargebracht, wobei sich eine „zahllose, jubelnde Menge im Hofgarten, der mit bengalischem Feuer schön beleuchtet war, drängte und fortwährend Freudenschüsse ertönten".

Hiervon unterscheidet sich deutlich der Empfang, der dem Prinzen am Abend des 30. Juni in Koblenz zuteil wurde, wo für den 1. Juli eine große Jubiläumsfeier für den kommandierenden General des 8. Armeekorps, Ludwig Georg Leopold von Borstell, anläßlich des 50. Jahrestages seines Eintritts in das preußische Heer, vorgesehen war. Die Ankunft des Prinzen schildert die Rhein- und Moselzeitung [20] mit folgenden Worten: „Nach Beendigung der Abendmusik war großer militärischer Zapfenstreich. An demselben Abend noch wurde Se. k. Hoh., der Prinz Wilhelm, von Düsseldorf her erwartet. Auf dem Ehrenbreitstein und den beiden Festen Franz und Alexander loderten Freudenfeuer in die Nacht hinein; der Turm auf der Moselbrücke war prachtvoll beleuchtet und flammte mit tausend brennenden Lampen dem ersehnten hohen Gaste den Willkommgruß entgegen."

Von einer begeisterten Volksmenge um den Prinzen ist hier mit keinem Worte die Rede [21]. Auch bei der Schilderung der Festlichkeiten am folgenden Tage wird

---

unterrichtet, brach in stürmischen Jubel aus, der den Donner der Pauken und das Schmettern der Trompeten überschallte, und als nun der liebenswürdige Prinz seine überraschte Gemahlin Luise von Anhalt-Bernburg in der Loge herzlich umarmte, da trat in manches Auge eine Träne der innigsten und freudigsten Rührung" (nach St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890). — Auch am folgenden Abend soll es, wie die Kölnische Zeitung vom 29. April 1838 berichtet, zu einer demonstrativen Sympathiekundgebung für den Prinzen gekommen sein: „Während Se. k. H. das vom Vereine für Tonkunst ... mit höchst ihrer Gegenwart beehrten, wurden bei Hereinbrechen der Dunkelheit fast alle Häuser der Stadt glänzend erleuchtet, und die ganze Bevölkerung schien auf den Beinen zu sein ... Stürmischer Jubelruf begleitete unaufhörlich den Wagen ... Nachdem die höchsten Herrschaften ... nach dem Jägerhöfe zurückgekehrt waren, begann von der Stadt aus der von den vereinigten hiesigen Schützengesellschaften veranstaltete Fackelzug, welchem sich eine große Anzahl hiesiger Bürger angeschlossen hatte. Vor dem Jägerhofe, von einer unabsehbaren Menschenmenge gefolgt, angelangt, stellten die Teilnehmer sich auf, und das Volkslied ‚Heil Dir im Siegerkranz' ertönte tausendstimmig durch die zum Tage gewandelte Nacht ...". Auch der dem preußischen Gouvernement sehr kritisch gegenüberstehende Joseph Laurent schreibt am 30. Mai 1838 aus Düsseldorf, daß bei der Konfirmation von Prinz Friedrichs Sohn Alexander neben vier katholischen Geistlichen auch der gesamte Adel anwesend gewesen sei (Möller, Laurent, 1. Teil S. 385).

[19] Kölnische Zeitung vom 7. Juli 1838.

[20] Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 8. Juli 1838.

[21] Den aus der Schilderung der Rhein- und Moselzeitung gewonnenen Eindruck finden wir in einem Bericht an Rochow bekräftigt: „Als sich Se. Königl. Hoheit in Koblenz öffentlich zeigten, gab sich eine gute Gesinnung, wenngleich kein ausgezeichneter Enthusiasmus kund, während Hochdieselben in den Gesellschaften, welche Sie mit Ihrer Anwesenheit beehrten, durch eine ausgezeichnete Freundlichkeit aller Herzen gewann" (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 1992 S. 77 [Konzept]). — Wohl aber hat es nach der Darstellung im Zeitungsbericht der Koblenzer Regierung vom 6. Juli 1838 Anzeichen dafür gegeben, daß Borstell, „der gefeierte Jubelgreis, sich in den Herzen des Bürgerstandes und selbst in den ärmsten Volksklassen ein unvergeßliches Denkmal gestiftet

hiervon nichts erwähnt. Vielmehr scheinen die dem Staat besonders nahestehenden Schichten an diesem Tage unter sich gewesen zu sein: „An vierhundert Gäste hatten sich zu dem Festmahl vereinigt. Es war ein schöner erhebender Anblick, wie hier ein beliebter Königssohn mit hochstehenden Beamten und treuen Bürgern zur Tafel saß, wie in diesem Kreise herzliches Wohlwollen und unbefangene Heiterkeit waltete ...“ [22]. Seinen Eindruck von den Feierlichkeiten faßte Prinz Wilhelm in einem Privatschreiben vom 2. Juli 1838 mit folgenden Worten zusammen: „Um ½ drei Uhr bis ½ sieben Uhr langsames Servieren, Toaste, Reden, Jubel, Lärm, Enthusiasmus, Patriotismus, alles wechselte und gibt in mancher Beziehung eine angenehme Rückerinnerung. Ob dergleichen *aufgeregte* Momente aber Früchte tragen, ist eine Frage, welche schwer zu beantworten ist. Schaden werden solche Szenen freilich nicht, aber vieles muß man auch dem Augenblick nur zuschreiben“ [23].

Bei der Abreise des Prinzen am 3. Juli soll indes „eine zahllose Menge das Ufer“ bedeckt haben [24].

Bestätigt der Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an Rochow die von der Presse verbreiteten Schilderungen [25], so glaubt die Rhein- und Moselzeitung [26] aus dem beeindruckenden Verlauf des Jubiläumsfestes nachhaltige Wirkungen auf das politische Klima annehmen zu können: „Die volle Bedeutung des Festes in all seinen Beziehungen aufzufassen und nachzuweisen, das, wir gestehen es gern, reicht über unsere Kräfte hinaus. Nur darauf wollen wir hindeuten, wie diese Feier, wenn es uns zu sagen erlaubt ist, Thron und Volk, wo möglich, einander noch näher gerückt, noch fester zusammengekittet hat.“

Ist in dem Bericht der Kölnischen Zeitung über den Empfang des Prinzen in Bonn am Nachmittag des 3. Juli von „lautem Volksjubel“ die Rede [27], was unter Berücksichtigung der Bonner Tradition [28] eine gewisse Glaubhaftigkeit gewinnt, zumal es auch unter den dortigen Studenten zu keiner Protestbewegung gegen die Verhaftung des Erzbischofs gekommen zu sein scheint [29], so kann in der Schilderung des gleichen Blattes von der Ankunft des Prinzen in Köln lediglich der offi-

---

hat ... Einen neuen Beweis dafür hat die am Abend des 2. Juli ... in der ganzen Umgebung des Generalkommandos stattgefundene Beleuchtung aller Privathäuser gegeben“ (St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 958).

[22] Kölnische Zeitung vom 8. Juli 1838. — Von Interesse dürfte es sein, daß aus Aachen Befremden darüber angemeldet wurde, daß die Abordnung dieser Stadt unter den verschiedenen Deputationen in dem Festbericht der Rhein- und Moselzeitung nicht genannt worden sei: „Aachen hat sich nicht weniger beeilt, dem tapfern Jubilar seine Huldigungen darzubringen“ (Kölnische Zeitung vom 13. Juli 1838).

[23] Schuster u. Bailleu S. 78. — Keine Erwähnung fand allerdings in der Presse ein wenig erfreulicher Vorfall. So wurde nach einem Bericht Schmeddings vom 28. Okt. 1838 der Domherr Filz, Widersacher des Erzbischofs und dem Gouvernement loyal ergeben, an der Wirtshaustafel derart verhöhnt, daß er den Speisesaal zu verlassen sich genötigt sah (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 Bl. 2).

[24] Kölnische Zeitung vom 8. Juli 1838.

[25] Vgl. Qu. Nr. 139 u. 141.

[26] Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 8. Juli 1838.

[27] Kölnische Zeitung vom 5. Juli 1838. — Ähnliches erfahren wir aus dem Bericht Bodelschwinghs an Rochow (vgl. Qu. Nr. 139).

[28] Vgl. Kolvenbach S. 91 [Max von Gagern]; Rheinpreußen bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 22. Juli 1840.

[29] Schorn S. 79—83.

ziellen Anstalten Erwähnung getan werden: „Köln, 4. Juli. Gestern abends gegen neun Uhr trafen Seine Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm von Preußen ... hier ein und stiegen in dem festlich geschmückten Regierungsgebäude ab, wo die hohen Geistlichen, Militär- und Zivilbehörden sich versammelt hatten, um dem hohen Gaste ihre Aufwartung zu machen. Einem großen militärischen Zapfenstreiche, an welchem die Musikchöre sämtlicher hier garnisonierender Regimenter teilnahmen, schloß sich ein von den Baugewerken und dem Pompiercorps veranstalteter Fackelzug an, der von Seiner Königlichen Hoheit huldreichst aufgenommen wurde. Die Zahl der Fackelträger belief sich auf dreihundert, und der von uniformierten Anführern geleitete Zug gewährte mit seinen sinnig verzierten Lichtern einen schönen Anblick."

Verständlicherweise verschweigt die Kölnische Zeitung, daß bei dem offiziellen Empfang 22 der insgesamt 24 Stadträte fehlten [30] und daß sich verschiedene Stimmen mit dem Ruf „Es lebe Clemens August!" vernehmen ließen, als sich der Prinz auf dem Balkon des Regierungsgebäudes der dort versammelten großen Volksmasse zeigte [31]. Wie polizeiliche Untersuchungen ergeben haben sollen, soll von Unbekannten Geld an den „Pöbel" ausgeteilt worden sein, um diesen zu Mißfallenskundgebungen zu bewegen [32]. Außerdem versichert Bodelschwingh in einem Bericht an Rochow, daß sich nach seinen eigenen Beobachtungen die Kölner Bevölkerung bei beiden Besuchen des Prinzen (vgl. auch S. 135) „ganz besonders freundlich" gezeigt habe [33]. Zu einer sehr herzlichen Begrüßungsszene kam es auch

---

[30] DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c Nr. 16 (Bl. 11—12), v. Damik an Altenstein, 12. Aug. 1838.

[31] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 1992, S. 80, Ber. an Rochow (Konzept); DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 10 Bl. 258—261 (Reinschrift). Hier heißt es weiter, daß sich der Prinz daraufhin sofort vom Balkon entfernt und zu den Fackelträgern hinunter begeben habe, um sich mit ihnen zu unterhalten. Im übrigen habe der Prinz mehrfach versichert, daß er mit dem Empfang in Köln sehr zufrieden sei und der Gesinnung der Einwohner nicht im mindesten mißtraue. — Erst nachdem in auswärtigen Blättern hiervon berichtet worden war, nahm die Redaktion der Kölnischen Zeitung zu diesem Zwischenfall Stellung (12. Aug. 1838) und gab zu, daß eine Demonstration stattgefunden habe, doch entschuldigte sie den Vorfall dahingehend, daß so etwas auch in der loyalsten Residenz nicht immer zu verhindern sei und daß man keinesfalls die katholische Kirche für die Radaulust der Straße verantwortlich machen dürfe (Buchheim, Geschichte der Kölnischen Zeitung Bd. II S. 90 f.).

[32] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 10, Ber. Bodelschwinghs, Koblenz, 12. Juli 1838; Qu. Nr. 140, 141.

[33] Qu. Nr. 141. — Besteht also kein Zweifel daran, daß gewisse Zwischenrufe beim Erscheinen des Prinzen vorfielen, so erscheint jedoch insgesamt die Version Johannes Laurents vom Verhalten der Bevölkerung wenig glaubhaft, zumal die Sprache den Haß und die Leidenschaft des Verfassers zu offenkundig verrät: „Bei der Prinzenreise ist der Unwille und Zorn des Volkes sich selber zum Bewußtsein gekommen und bereit loszuschlagen, wie Wetter Gottes" (Schrörs, Neue Quellen S. 81). [Frage: Wo außer bei diesem geringfügigen Kölner Zwischenfall hat sich dies manifestiert?]. Laurent fährt fort: „Der Empfang des Burschen [!] in Köln ist vor allem imposant gewesen. Vor ihm kam mit dem Dampfschiff der General Borstel[l] an; das Volk, das ihn für den Prinzen nahm, verfolgte ihn vom Rhein in die Stadt mit Geschrei und bewarf ihn mit Kot [!], so daß er sich ins Regierungsgebäude flüchten mußte, wo gleich die Fenster mit Kot beschmissen wurden. Dem Prinzen ward eine Stafette entgegengeschickt, er solle zu Land kommen, der dann auch an einem verkehrten Tor in die Stadt fuhr. Wo er sich aber sehen ließ, wurde er verhöhnt und ihm ‚Vivat Clemens' zugerufen. Der Bürgermeister wollte sich und das Volk entschuldigen; der Prinz aber wollte nichts davon hören und versicherte, er werde es seinem Papa

zwischen Prinz Wilhelm einerseits und dem Generalvikar Hüsgen sowie den Domherren Schweitzer und Filz andererseits [34]. Auch 13 Mitglieder des rheinischen Adels, unter ihnen die Grafen Spee jun. und Mirbach, unterließen es nicht, dem Prinzen am 4. Juli ihre Aufwartung zu machen [35].

Von einem erneuten Besuch des Prinzen Wilhelm am 28. Juli 1838 in Koblenz bringt die Kölnische Zeitung [35] nur eine Meldung von lakonischer Kürze, was nicht gerade auf eine begeisterte Huldigung seitens der Einwohner hinzudeuten scheint.

Am 25. August trat Prinz Wilhelm erneut eine Inspektionsreise nach Westfalen und in die Rheingegenden an [37], was von einem Mitarbeiter der Allgemeinen Zeitung dahin gewertet wird, diese Reise scheine zu beweisen, „daß er mit seinem früheren Aufenthalt in der Rheinprovinz nicht so unzufrieden zu sein Ursache hatte, als einige Korrespondenten es darstellen wollten“ [38].

Über den abermaligen Besuch des Prinzen in Köln (5. Sept.) und Bonn (7. Sept.) bringt die Kölnische Zeitung [36] nur eine Meldung von lakonischer Kürze, was Irgendwelche Reaktionen der Bevölkerung sind bei diesen Anlässen offenbar nicht zu verzeichnen gewesen.

Hat es also den Anschein, daß der Empfang für Prinz Wilhelm an einzelnen Orten wie Trier, Düsseldorf, Bonn und Wesel [39] keineswegs unfreundlich gewesen ist, so dürften doch insgesamt die an den Besuch des Prinzen seitens der Staatsregierung geknüpften Erwartungen nicht erfüllt worden sein, wie sich aus einer zwischen Rochow und Bodelschwingh geführten Korrespondenz ergibt [40]. Andererseits scheinen aber auch die Bekundungen des Protests seitens der Bevölkerung hinter dem Wunschdenken fanatischer Ultramontaner wie z. B. Laurents zurückgeblieben zu sein. So dürfte insgesamt weder die Position der einen noch der anderen Seite eine wesentliche Stärkung erfahren haben.

---

sagen.“ — Ganz abgesehen davon, daß Laurent kein Augenzeuge war, vielmehr im entfernten Belgien weilte, steht das Bestreben, eine einheitliche Haltung des „Volkes“ herauszukehren, im Gegensatz zu dem aus anderen Quellen gewonnenen differenzierteren Bild des Verhaltens der Bevölkerung in Köln und an anderen Orten. — Auch dürfte die Interpretation eines Kölner Korrespondenten der Leipziger Allgemeinen Zeitung (1. Aug. 1838) zu weit gehen, wenn er schreibt: „Sie werden von der Störung bei Anwesenheit des Prinzen Wilhelm gehört haben. So wenig nun an und für sich dergleichen Expectoration der Hefe des Volkes, zumal in einer volkreichen Industriestadt, zu bedeuten und so wenig sie auch gemein haben mit den Gesinnungen der gebildeten Klassen, beweisen sie doch augenscheinlich, daß ein französisches, ich will sagen, parisisches Element der Opposition vorhanden ist.“

[34] „Ich habe ihnen das Nötige über ihr vortreffliches Benehmen gesagt, wie es mir der König noch in Potsdam andeutete, worüber sie mit Tränen in den Augen dankten und fortwährend das Beste gelobten“ (Prinz Wilhelm an Godet, Münster, den 8. Juli 1838, in: Schuster u. Bailleu, Aus dem Literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta S. 80).

[35] DZA Merseburg Rep. 77, Tit. 96, Nr. 2, 1 (Bl. 215), Ber. Spiegels aus Düsseldorf vom 16. Aug. 1838.

[36] Ausgabe vom 31. Juli 1839.

[37] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 29. Aug. 1838.

[38] Ebd.

[39] Über den Besuch in Wesel vgl. Werthern S. 214—217.

[40] Vgl. Qu. Nr. 140 u. 141. — Auch Prinz Wilhelm selbst bezeichnete in einem Schreiben an den Generalmajor Leopold von Lützow vom 8. Dez. 1838 seine Inspektionsreise als „ungemein interessant, wenn auch nicht ohne Dornen“ (Schultze S. 4 f.).

War der Empfang des Prinzen in Aachen teils freundlich, teils zurückhaltend gewesen, so berichtet Laurent etwa zur gleichen Zeit (19. Juni) [1] von einer „unverbesserlich" guten Stimmung der Aachener Bevölkerung im Sinne der ultramontanen Partei:

„In allen Kirchen wird für den Erzbischof gebetet, in manchen von ihm gepredigt. Vor einigen Wochen ist eine Prozession von dort nach Mariawald, an meiner Pfarre gelegen, hergewallfahrtet. Tausende Menschen, die für den Erzbischof flehten und schrien, daß es einem durchs Mark ging."

Bestätigt der Zeitungsbericht der Aachener Regierung für Juni 1838 die Darstellung Laurents insofern, als bei den jüngsthin vorgekommenen Kirchenfeierlichkeiten und Prozessionen „die Entwickelung eines größern Pomps und eine bedeutendere Teilnahme" als in früheren Jahren zu beobachten gewesen sei, so wird jedoch andererseits darauf hingewiesen, daß die erzbischöfliche Angelegenheit die Bevölkerung jetzt nicht mehr so viel beschäftige, und zwar trügen zu dieser Verbesserung der Stimmung die gemessene Haltung des Kölner Domkapitels und des Kapitelsverwesers in nicht geringem Maße bei [2]. Allerdings lasse es sich nicht verkennen, so heißt es im Zeitungsbericht für Juli 1838 [3], daß die Differenzen mit dem päpstlichen Stuhl in „manchen mehr oder weniger befangenen Gemütern" immer noch eine Mißstimmung zurückgelassen hätten, welche „für den patriotischen Staatsbürger wie für den human denkenden Christen" gleich betrübend sei. Aus diesem Grunde hätten auch die gebildeteren katholischen Geistlichen mit sichtbarem Erfolg „in gediegenem Vortrage ... die Verhältnisse der Religion zum Staat und zu Andersdenkenden mit christlicher Liebe" erörtert und sich bemüht, „das Wesen der Religion im liberalen katholischen Sinne zur besseren Anschauung zu bringen". Die Tendenz zu einer „besonnenen Anschauung der Dinge" setzte sich nach dem Zeitungsbericht der Aachener Regierung für August 1838 offensichtlich fort und erlangte vor allem in der Mittelklasse „Konsistenz" [4]. Begünstigt werde diese Entwicklung nicht zuletzt dadurch, daß die Bevölkerung offenbar von der unausgesetzten einseitigen Propaganda und Agitation übersättigt und ermüdet sei, während sich auf der anderen Seite die vom römischen Stuhle anerkannte „gemessene Wirksamkeit" des Generalvikars mehr und mehr auszuwirken scheine.

Im August 1838 kam es allerdings in Aachen zu einem spektakulären Zwischenfall, der auf eine gesteigerte Empfindlichkeit der Bevölkerung in religiöser Hinsicht hindeutete. Als nämlich ein in Aachen sich aufhaltender Engländer als Zuschauer bei einer feierlichen Prozession allen Aufforderungen zum Trotz den Hut aufbehielt, mußte der Fremde, nachdem ihm dieser vom Kopfe geschlagen und er selbst mit Prügeln bedacht worden war, von der Polizei in Sicherheit gebracht werden [5].

---

[1] Schrörs, Neue Quellen S. 79.

[2] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46, Zeitungsbericht der Aachener Regierung für Juni 1838.

[3] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46.

[4] Ebd.

[5] Allgemeine Zeitung vom 20. Aug. 1838. — Wie der damals hier lebende Schriftsteller Schepeler in einem Schreiben an Altenstein vom 20. Aug. 1838 hierzu ausführt, habe der Engländer nur deswegen nicht auf Zurufe reagiert, weil er weder Deutsch noch

Wurden in Aachen die Kirchenfeierlichkeiten jetzt mit größerem Aufwand begangen als vorher, so ließ sich ein gesteigerter religiöser Sinn der Bevölkerung auch bei der Feier des Fronleichnamsfestes (Juni) 1838 in Koblenz beobachten [6]. Nach den Worten eines Korrespondenten der Augsburger Postzeitung (13. Juli 1838) war „die Teilnahme des Volks, hoch und nieder, ungemein groß". Auch habe sich von dem dort in Garnison befindlichen Militär eine große Anzahl Soldaten der Prozession angeschlossen gehabt, was sonst nie der Fall gewesen sei. Im übrigen habe man unter den Ausschmückungen auch die Porträts Drostes und Dunins erblickt. Manche Anzeichen „einer noch anhaltenden innern Verstimmung der Gemüter" bekundeten sich, wie es im Zeitungsbericht der Koblenzer Regierung für Juli 1838 [7] heißt, auch weiterhin. Freilich sei die öffentliche Stimmung insgesamt als „ruhig" zu bezeichnen. Auch habe man das Geburtstagsfest des Königs in der gleichen Weise wie bisher begangen [8].

Aus den übrigen Regierungsbezirken liegen während dieser Monate nur spärliche Nachrichten vor. So heißt es bezüglich des Regierungsbezirks Köln für Juli 1838 lediglich: „Die öffentliche Stimmung bleibt im ganzen gut" [9]. Ähnlich das Bild im folgenden Monat [10]. Gleiches gilt für den Regierungsbezirk Düsseldorf [11].

Was Nachrichten aus einzelnen Orten betrifft, so wird im Zeitungsbericht des Neusser Bürgermeisters für Juni 1838 die öffentliche Stimmung als „befriedigend" bezeichnet. Von der erzbischöflichen Angelegenheit werde „im Publikum" fast gar nicht mehr gesprochen. Die allgemein verbreitete Nachricht, daß der römische Stuhl die Diözesanverwaltung bestätigt habe und überhaupt eine gütliche Lösung der Frage bevorstehe, mache einen guten Eindruck. Auch in den Zeitungsberichten der folgenden Monate wird die Stimmung mit dem gleichen Prädikat gekennzeichnet [12].

Französisch verstanden habe. Schepeler wirft in diesem Zusammenhange den Behörden vor, daß sie in dem sich anschließenden Verfahren nicht die Zeugen der Polizei, sondern lediglich die von „den anklagenden Fanatikern" benannten Zeugen „aus dem Volke" verhört hätten, die sich nicht gescheut hätten, einen Meineid zu leisten. Schließlich sei der Ausländer abgeschoben worden (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2, Nr. 16).

[6] Vgl. Qu Nr. 145. — Auf diese Erscheinungen weist auch ein Korrespondent der Augsburger Postzeitung (1. Juli 1838) hin: „In keinem der früheren Jahre zeigten die katholischen Rheinbewohner so viele Teilnahme an den Institutionen ihrer Kirche als in diesem Jahre. Besonders in Koblenz, Aachen und Köln wurden die Prozessionen sehr zahlreich besucht, und Leute aus allen Ständen sah man in ihren Reihen. Es schien, als wollten die Rheinländer durch ihre Manifestationen ihren Gegnern recht deutlich zeigen, daß Angriffe auf die Gebräuche und Zeremonialien ihres Glaubens nur dazu beigetragen hätten, die Gemeinschaft desselben untereinander noch inniger zu knüpfen und seine tiefsinnigen Symbole mit noch heherem Glanze strahlen zu lassen."

[7] Vgl. Qu. Nr. 146.

[8] Ebd. — Lediglich der Pfarrer Gerber zu Norath fiel bei seiner anläßlich dieser Feier gehaltenen Predigt durch gehässige Ausfälle gegen die Protestanten und den König auf (St. A. Koblenz Abt. 441, Nr. 1246, Zeitungsbericht des Landrats von St. Goar für August 1838).

[9] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16999.

[10] August: „Die öffentliche Stimmung ist gut. Der 3. August, den jeder Preuße zu seinen schönsten Familienfesten zu rechnen gewohnt ist, wurde auch diesmal überall mit Liebe und Herzlichkeit begangen."

[11] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16220, Zeitungsbericht der Regierung Düsseldorf für Juli 1838.

[12] Stadtarchiv Neuß.

Charakteristisch für die Stimmung in Krefeld dürfte der Verlauf der Geburtstagsfeier des Königs am 3. August sein, die sich wie eh und je zu einem eindrucksvollen Volksfest gestaltete [13]. Auch in Neuß wich man von der gewohnten Tradition keineswegs ab [14].

Wie der Trierer Regierungspräsident in seinem Polizeibericht für Mai 1838 ausführt, sei die Erörterung der erzbischöflichen Angelegenheit inzwischen fast ganz verklungen und durch das Interesse an Vorfällen im Rayon von Luxemburg sowie an den Grenzen überhaupt verdrängt worden. Bestätigte sich auch im Juni, daß über die erzbischöfliche Angelegenheit im Bereich des Regierungsbezirks Trier „nicht mehr gesprochen und nicht mehr geschrieben" wurde, so machten sich doch nachteilige Folgen des Kölner Ereignisses in der Frage der gemischten Ehen und der katholischen Kindererziehung wie auch der hinausgeschobenen Wahl eines Bischofs für die Trierer Diözese geltend [15].

Insgesamt gewinnt man aufgrund dieser Darstellungen den Eindruck, daß die sich im Frühjahr andeutende Tendenz zu einer zumindest äußerlichen Beruhigung der Gemüter weiter fortsetzte [16].

Dieses Bild spiegelt sich auch in der publizistischen Erörterung. Die religiösen Streitigkeiten schienen, wie es in einem Beitrag der Kölnischen Zeitung vom 15. Juni 1838 heißt, „etwas von ihrer Hitze verloren" zu haben. Ein Berliner Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung vertritt in der Ausgabe vom 8. Juli 1838 sogar die Auffassung, man könne „die Köln-Posener Angelegenheit in der Tat als erloschen, als in der öffentlichen Meinung ausgelebt betrachten". Vor einer derartigen Schlußfolgerung hatte indes ein Mitarbeiter der Kölnischen Zeitung in der Ausgabe vom 5. Juli 1838 gewarnt. Es sei falsch, aus der derzeitigen verhältnismäßigen Ruhe auf ein Zurückgehen der oppositionellen Haltung in der Bevölkerung zu schließen. Das betreffe vor allem die gehobeneren Klassen, da sie „weniger gegen bestimmte Facta" opponierten, „als daß sie aus dem ganzen Tun der Regierung einen feindlichen Geist" herauswitterten:

„Sie fürchten etwas Unbestimmtes, ein Argwohn, gegen den um so schwerer anzukommen, weil er nicht zu definieren ist. Weil sie nicht wissen, worüber sie

[13] Kölnische Zeitung vom 7. Aug. 1838; vgl. auch oben S. 30 f. — Demgegenüber — das sei nur zum Vergleich angeführt — wurde die Geburtstagsfeier in Köln, wie es scheint, weitgehend von einem staatsabhängigen Personenkreis getragen. Die Vorfeier wurde im katholischen Gymnasium begangen, wo der Direktor die Festrede hielt. Am Morgen des Geburtstages zelebrierte der Weihbischof und Dompropst, Freiherr von Beyern, in der Domkirche ein feierliches Hochamt, welchem das gesamte Domkapitel beiwohnte. Zur gleichen Zeit wurde auf dem Neumarkt ein Militärgottesdienst veranstaltet, dem eine glänzende Parade folgte, und am Mittag versammelten sich „die ersten Militär- und Zivilbehörden sowie eine große Anzahl der Honoratioren der Stadt" zu einem Festmahl im Kasino (Kölnische Zeitung vom 4. Aug. 1838). — Abgesehen von den schon genannten Feiern im Regierungsbezirk Koblenz werden ähnliche Veranstaltungen aus Emmerich, Euskirchen, Holzheim bei Münstereifel und Trier gemeldet (Kölnische Zeitung vom 3. Aug. 1838).

[14] Stadtarchiv Neuß, Annalen 1839.

[15] St. A. Koblenz Abt. 442, Nr. 3691, 1., 29. Juni 1838.

[16] Diese Tendenz stellt auch z. B. der kurhessische Gesandte in Berlin in einem Bericht vom 21. Juli 1838 heraus: „Die Kölner Angelegenheit scheint übrigens für den Augenblick zu ruhen; wenigstens ist hier kaum noch die Rede davon. Der Regierung ist diese Vergessenheit, in welche dieselbe bei dem großen Publikum geraten ist, sehr erwünscht" (Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 87, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1838, Nr. 382).

grollen sollen, so tun sie, als ob sie das Gras wachsen sähen, zucken ahnungsschwer die Achseln und verbergen die innere Leere durch ein kaltes verdrießliches Schweigen. Die Franzosen sagen zwar, das Schweigen sei die Schule der Könige. Bei uns aber könnten sie daraus nur lernen, daß eine Verstimmung vorhanden, nicht aber, wie ihr abzuhelfen sei. Mit Recht ist von vielen Seiten bemerkt worden, daß eine Aufhebung der Majoratsgesetze viele Herzen gewinnen würde. Aber selbst, wenn dies bei seiner großen Schwierigkeit jetzt noch möglich, wäre doch zu fürchten, daß dies noch lange nicht hinreichen würde. Man müßte vor allem den Leuten die Gewißheit einprägen können, daß sie nie, in keiner Weise in ihrem Rechtszustande angetastet würden."

In ähnlichem Sinne äußerte sich auch ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (12. Aug. 1838). Derzeit sei ein Teil der Vermögenderen und die ganze niedere Klasse in Köln unpatriotisch, ja geradezu „demagogisch". Es gehöre Zeit und Überredungskunst dazu, „ihre Köpfe wieder zu lichten und den Glauben zu reformieren, daß die politische Freiheit in der Freiheit der Kirche" sei. Infolgedessen habe der Kirchenbesuch sehr zugenommen, und die geistlichen Herren seien förmlich zu Familienorakeln geworden. Man sehe Personen in den Kreuzgängen, die sonst bloß im Wirtshaus zu finden gewesen seien. Sollte auch die „industriöse und handelnde Klasse von der moralpolitischen Epidemie" ergriffen werden und zu grübeln anfangen, so lasse sich nicht absehen, wohin die Spannung führen werde. Im übrigen sei in Düsseldorf die Stimmung nicht besser als in Köln, in Trier und Aachen sei sie „bloß kleinlaut".

Zu einem noch bedenklicheren Bild gelangt auf Grund der ihm angeblich zugekommenen Nachrichten ein Freund Friedrich Perthes' in einem Schreiben vom August 1838. Konkrete Angaben über Unruhen und Zwischenfälle vermag allerdings auch er nicht zu machen: „Es ist da eine jener Zersetzungen in vollem Gange, welche die Ruhe der Völker bedrohen. Der Mißmut der Rheinländer und Westfalen, dem die Priesterfehde als Anlaß und Kristallisationspunkt gedient, greift gewaltig um sich und wird nicht mehr verhehlt. Es ist mir klar, daß er seinem eigentlichen Grunde nach gegen das preußische Wesen, gegen die knappe, alles regelnde, viel fordernde und belästigende Verwaltung gerichtet ist und daß diese Verwaltung selbst ihre beste Zeit erlebt hat und nirgends mehr ausreicht, nicht im Osten und nicht im Westen, nicht in Schlesien und nicht am Rhein" [17].

Läßt sich schon über dieses Stimmungsbild wie auch über das in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 12. Aug. 1838 streiten [18], so dürfte auch die Interpretation des ersteren zu weit gehen. Wenn auch der Geist der Verwaltung und rheinische Tradition noch nicht nahtlos miteinander verwoben waren und es demnach durchaus nicht von der Hand zu weisen ist, daß sich bei manchen Rheinländern gewisse alte Ressentiments unter den jetzigen Umständen wieder Luft machten, so hatte es doch andererseits in vergangenen Jahren nicht an Anzeichen zunehmender Integration gefehlt, und die Bewohner mancher Orte waren offen-

[17] Perthes S. 434.

[18] Man vergleiche hiermit etwa die Ausführungen des Düsseldorfer Regierungspräsidenten im Zeitungsbericht für August 1838: „Das ... Geburtstagsfest Ew. ... Maj. und die Anwesenheit ... des Prinzen Wilhelm haben Gelegenheit gegeben, die in dem hiesigen Regierungsbezirke herrschende gute Stimmung von neuem offenbar werden zu lassen."

sichtlich bereits in einem stärkeren Maße Preußen geworden, als es allgemeinen Klischeevorstellungen entsprach. Auch hatte die konstitutionelle Bewegung zu diesem Zeitpunkt bei weitem noch nicht den Mobilisierungsgrad wie in der Mitte der vierziger Jahre erreicht. So betont denn auch ein Kölner Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (Beilage vom 18. Aug. 1838), die ruhige und besonnene Haltung, welche man in Köln und näherer Umgebung in allen Klassen der Gesellschaft den kirchlichen Wirren gegenüber eingenommen habe, liefere den Beweis, daß man hier, „als dem Schauplatz zunächst gestellt", die Ursachen des Kirchenstreites und seine Entwicklung besser als in der Ferne zu würdigen wisse und sich keineswegs geneigt fühle, weder über die eine noch über die andere Partei „ein absolut billigendes oder verdammendes Urteil" zu fällen. Es sei zwar nicht zu verkennen, daß die kirchlichen Wirren in der Rheinprovinz eine höchst unangenehme Spannung hervorgebracht hätten. Was aber Kirche, Schule, Industrie, Wissenschaft und Kunst sowie „der innere sittliche" und materielle Wohlstand des „nähern Vaterlandes" in vergangenen Jahren „an schönem Gedeihen und fester Begründung" errungen hätten, sei viel zu bedeutend, zu augenfällig und „durch alle Stände der Bevölkerung hindurch" zu fühlbar, als daß es durch die beklagenswerten Vorfälle mit einem Male aus der Erinnerung verwischt, „somit über die landesväterliche Regierung der Stab gebrochen oder die gegen die Person des Königs und die Mitglieder seines Hauses stets gehegte Treue, Liebe und Verehrung" geschwächt oder gar verletzt sei [19].

Ein etwa einen Monat später von einem anderen Korrespondenten der Leipziger Allgemeinen Zeitung veröffentlichter Bericht (14. Sept. 1838) fällt allerdings weniger günstig aus:

„Die Stimmung in den Rheinlanden ist schlecht und wird mit jedem Tage schlechter; wer daran zweifelt, der gehe in die Weinhäuser und lasse sich erzählen, was z. B. der Fürst Metternich in Teplitz [20] dem Könige von Preußen gesagt haben soll; und sehe dann mit eigenen Augen, wie auch der größte Unsinn allseitig Glauben findet, wenn er nur darauf abzielt, für die geistliche und gegen die weltliche Macht einzunehmen. Das Wort hat seine Kraft verloren; nur die Tat kann noch helfen."

---

[19] Als ein bemerkenswertes Beispiel für den materiellen Aufschwung in der Rheinprovinz wird von einem Koblenzer Korrespondenten der Leipziger Allgemeinen Zeitung (21. Aug. 1838) die Stadt Koblenz angeführt: „Koblenz, 14. Aug. Wer unser Koblenz seit 20 Jahren nicht gesehen, der wird das alte in dem jetzigen kaum wieder erkennen. Seit es mit Preußen vereinigt, hat seine Bevölkerung sich allmählich von ungefähr 12- auf mehr als 18 000 Einwohner vermehrt, und wenn man eine Garnison von mehr als 5000 Mann dazu rechnet, so hat sich die Bewohnerzahl verdoppelt. Infolge davon ist auch sehr viel hier gebaut worden, und überall zeigt sich Wohlhabenheit. Diese und die Belebtheit der Stadt wird noch sehr durch die immer zunehmende Zahl von Fremden gesteigert, welche die aufblühende Dampfschiffahrt hierher führt. Auch das industrielle Leben macht bedeutende Fortschritte, und so scheint der Stadt zu behaglicher Existenz nichts zu fehlen." — Das Aufkommen einer ultramontanen Opposition in dieser Stadt zu verhindern, war allerdings der hier offensichtlich wachsende Wohlstand nicht in der Lage. — Es wäre überhaupt eine zu simplifizierende Betrachtung, religionssoziologische Entwicklungen primär in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Basis zu sehen.

[20] Bei der Teplitzer Zusammenkunft im Juli 1838 bezeugte Metternich allerdings gegenüber Preußen eine entgegenkommende Haltung, vor allem erkannte er die Ablehnung der Wiedereinsetzung Droste-Vischerings als berechtigt an (Splett S. 25).

Deutete sich hier wirklich der Trend einer Stimmungsverschlechterung an? In der Tat mischen sich in das Bild, das die Kölner Regierung für September 1838 von der öffentlichen Stimmung entwirft, einige Schatten [21]. War man unter der Bevölkerung ungeduldig geworden, da sich nicht die geringsten Anzeichen positiver Verhandlungsergebnisse zwischen der Staatsregierung und dem Heiligen Stuhl zeigten? Oder machten sich wiederum äußere Einflüsse, z. B. aus Rom oder Belgien, geltend?

7. Kapitel. Der weitere Verlauf des Jahres 1838

1. Die Rheinprovinz und der Westen

Daß die kirchenpolitische Krise in der Rheinprovinz schon seit Jahren eine dadurch erhöhte Brisanz erhielt, daß gewisse Kreise im westlichen Ausland, insbesondere in Belgien, der ultramontanen Bewegung im Rheinland nicht unerhebliche Unterstützung, zumindest auf dem Sektor der publizistischen Auseinandersetzung, zuteil werden ließen, wurde bereits erwähnt [1]. Als nun außenpolitische Verwicklungen zwischen Belgien und Preußen hinzutraten, lag die Annahme nahe, daß die von dem belgischen Nachbarn in die Rheinprovinz hineingetragene Unruhe sich verstärken würde, wie auch ernsthafte Besorgnisse für die Sicherheit der preußischen Grenzprovinz entstehen mußten.

Ursache der außenpolitischen Krise war die Regelung der luxemburgischen Frage. Als sich im Jahre 1830 das südliche Niederland (Belgien) vom nördlichen Niederland trennte, schloß sich auch das Großherzogtum Luxemburg, mit Ausnahme der Bundesfestung, der von Brüssel ausgegangenen Revolution an. Zwar entschied die Londoner Konferenz (Teilungsvertrag vom 15. Nov. 1831), daß Holland und Belgien getrennt bleiben sollten, allein die Frage des Status für das Großherzogtum Luxemburg verursachte erhebliche Schwierigkeiten, welche den Großmächten bis zum Abschluß des belgisch-niederländischen Traktats vom 19. April 1839 Kopfzerbrechen bereiten sollten. Insbesondere ging es dabei um einen Teil der belgischen Provinz Limburg, der mit dem dem Königreich der Niederlande verbliebenen Teil des Großherzogtums Luxemburg einen Bundesstaat wie das bisherige Großherzogtum bilden sollte. Belgien blieb zunächst im Besitz des betreffenden Limburger Gebietes, und als im März 1838 die Forderung der Abtretung erneut zur Sprache kam, erhob sich in Belgien ein Schrei des Unwillens über die Hergabe eines Teils seines angeblichen Staatsgebiets [2]. Verstärkt wurden die da-

---

[21] „Dieselbe bleibt im allgemeinen gut, wenngleich unter dem Mittelstande die sogenannten Bruderschaften fortgesetzt lebhaft für den hiesigen Bischof Partei nehmen, ohne jedoch die öffentliche Ruhe zu stören" (DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16999).

[1] Vgl. oben S. 51 ff.

[2] Über die luxemburgische Frage vgl. Huber II, S. 115 ff.; ferner: W. v. Franqué, Luxemburg, die belgische Revolution und die Mächte, 1933; gute, knappe Zusammenfassung des zeitgenössischen Standpunkts der Information in: Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart, 1839, Bd. III, S. 415 ff.; Neuere Darstellung: von der Dunk S. 92—108.

durch hervorgerufenen Spannungen offenbar durch ideologische Gegensätze zu den konservativen europäischen Mächten [3].

Kriegerische Verwicklungen schienen unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen. Zwar beschränkten sich in der Rheinprovinz die militärischen Maßnahmen zunächst nur auf die Aushebung eines geringen Teils der Reserve, doch war man sich klar darüber, daß eine Verschärfung der angespannten Situation „tief ins bürgerliche Leben" eingreifen werde, zumal die Auffüllung eines Armeekorps eine beträchtliche Anzahl von Arbeitskräften der Wirtschaft entziehen würde. Es erscheint daher durchaus glaubhaft, wenn ein Korrespondent in der Allgemeinen Zeitung vom 23. Juli 1838 berichtet, daß derzeit am Niederrhein allgemein die Spannung, wie sich die Situation im Westen weiter entwickeln werde, so groß sei, daß darüber die Erörterung der geistlichen Angelegenheiten in den Hintergrund trete, wenn auch das Interesse dafür keineswegs „erkaltet" sei [4]. Besonders hart würde die Einberufung zur Armee die Landleute treffen, zumal im Augenblick die Ernte vor der Tür stehe und alle Arbeitskräfte hierfür dringend benötigt würden [5].

Hatte man es in einer zeitgenössischen Schrift nicht für unmöglich, ja sogar für wahrscheinlich gehalten, daß im Kriegsfalle „der katholische Niederrhein in seiner jetzigen feindseligen Stimmung" sich erhebe, zu Belgien trete und für Preußen auf immer verloren sei [6], so verliefen bis auf Einzelfälle die Einberufungen im Rheinland indes reibungslos, ein Beweis dafür, daß trotz der Spannungen in der Kölner Angelegenheit bei der großen Masse der Bevölkerung weder ernsthafte Tendenzen zu einer Revolution noch zu einer Sezession bestanden [7].

An Versuchen aus Bayern [8] und vor allem aus Belgien [9], die Unzufriedenheit in den Rheinlanden zu schüren, hat es auch weiterhin nicht gefehlt, was in der deut-

---

[3] Diese Ansicht wird in der Neuen Würzburger Zeitung vom 14. Okt. 1838 vertreten: „Es handelt sich, um alles mit einem Worte zu sagen, darum, ob Belgien als ‚Barriere' der Revolution gegen das monarchische Europa fortbestehen oder ob dasselbe in eine ‚Barriere' des monarchischen Europas gegen die Revolution umgestaltet werden soll!"

[4] Ebd. — Schon in der Ausgabe vom 10. Juni 1838 hatte ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung geschrieben: „Die belgischen Angelegenheiten bringen jetzt eine wahre Diversion in unserer Provinz hervor und werden mit einer Teilnahme ins Auge gefaßt, die für die eigenen Angelegenheiten so ziemlich zu erkalten anfängt." — Vgl. ferner: Außerordentliche Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 15. Juni 1838.

[5] Allgemeine Zeitung, 17. Juli 1838.

[6] Die fortwährende Gefangenschaft des Erzbischofs von Cöln, beleuchtet von einem Protestanten, Straßburg 1838, S. 22 f.

[7] Über die Haltung der rheinischen Bevölkerung bei den außenpolitischen Krisen der folgenden Jahre vgl. unten S. 175 ff.; 281 ff.

[8] So heißt es im Westfälischen Merkur vom 13. März 1838: „Die Angelegenheiten des Erzbischofs von Köln geben zu immer neuen Verwicklungen Anlaß. Seit längerer Zeit besteht deshalb, wie man gewiß weiß, ein gespanntes Verhältnis unserer Regierung zu Bayern [vgl. hierzu J. Grisar, Bayern und Preußen zur Zeit der Kölner Wirren 1837 bis 1838, Diss. München 1923]. Mit Recht haben wir uns wohl über die Würzburger Zeitung, über das Münchener Treiben, die dort erschienenen Broschüren und fortlaufend verleumderischen Verbreitungen in Betreff Preußens zu beklagen gehabt. Die Spannung soll nun noch gestiegen sein. Als Ursache gibt man an, daß eine gewisse regelmäßige Publikation in München, deren Zweck es gewesen, den Gedanken zu verbreiten, Preußen wolle in den Rheinprovinzen den Katholizismus nach und nach gänzlich unterdrücken, in den niederrheinischen Volksdialekt übersetzt und zu Tausenden von Exemplaren unter dem Volke verbreitet worden sei." — Von angeb-

schen Presse zum Teil zu einer heftigen Erwiderung führte. So erhob die Leipziger Allgemeine Zeitung die Anklage, der Kölner Streit sei ganz und gar ein Werk der belgischen Fanatiker und Intriganten, die die Rheinlande „zu einem Irland in der preußischen Gesamtmonarchie" machen wollten [10]. In diesem Zusammenhang bedauerten indes Anhänger des Gouvernements die preußische Zurückhaltung [11]. Aufsehen erregte auch das Gerücht, Kreise des belgischen Klerus planten, um den Rheinländern zu zeigen, welchen Anklang ihre Sache in Belgien gefunden habe, in Zusammenarbeit mit belgischen Demokraten das Haus des preußischen Gesandten in Brüssel in die Luft zu sprengen [12].

Hatte man in Berlin schon seinerzeit ernsthaft daran geglaubt, daß Erzbischof Clemens August nahezu eine Marionette in der Hand des belgischen Klerus sei, so zeigte man sich hier weiterhin von einer belgischen Untergrundaktivität in den Rheinlanden zutiefst überzeugt [13]. Rochow interpretierte die Situation dahin-

lich „sehr lebhaften Umtrieben" des bayerischen Klerus „nach Westphalen und Rheinprovinz" berichtet auch der preußische Gesandte aus Stuttgart am 16. Mai 1838 (Briefe des . . . Theodor Heinrich Rochus von Rochow, hrsg. v. E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 142).

[9] von der Dunk S. 198—200; Schwahn S. 110—118. — Selbst der bayerische Gesandte in Wien, Graf Lerchenfeld, hebt in einem Schreiben an seinen König vom 28. Nov. 1838 den unruhestiftenden Charakter der von Belgien aus verbreiteten Druckerzeugnisse hervor (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87). Vgl. auch Anm. 11.

[10] Schwahn S. 109. — Andererseits erhob jedoch die Neue Würzburger Zeitung erhebliche Einwände gegen derartige Bezichtigungen. Während niemand frage, wer denn die Bevölkerung im Großherzogtum Posen aufgewiegelt habe, müßten die Belgier als Prügelknaben für die Zustände in der Rheinprovinz herhalten. Belgien wolle aber durchaus keine Revolution im Ausland herbeiführen; es mißbilligte jegliche Einmischung Einzelner in den kirchlichen Wirren und wünsche lediglich „Ruhe gegen Außen und Arbeit im Innern mit seiner Industrie" (Neue Würzburger Zeitung vom 27. Okt. 1838).

[11] So heißt es in einem Schreiben „Aus der preußischen Rheinprovinz im November [1838]", das im Hamb. unpart. Corr. vom 14. Nov. 1838 veröffentlicht wurde: „So sehr man es ehrend anerkennen muß, wenn eine Regierung mit Milde diejenigen, welche doch meist selbst nicht urteilsfähig und nur verblendet worden, schont und ruhig zurechtweiset, so läßt sich andererseits doch nicht leugnen, daß die Masse von Schriften und Zeitungen Belgiens und Bayerns, welche in der Provinz zur Genüge zirkulieren, nur schaden konnte, indem die andere Seite keine Entgegnungen lieferte oder doch nicht so verbreitete. Das von weltlicher und geistlicher Behörde verbotene Lütticher Journal littéraire et historique wendet sich noch immer im neuesten Hefte an seine Leser in der Kölner Erzdiözese. Porträts der beiden Erzbischöfe Clemens August und Martin Dunin sind genug zu haben, Schnupftabaksdosen verkünden das Lob des Ketzerfeindes Clemens August. Wenn dies alles ungestört geschieht, so ist kein Wunder, daß einzelne Skandale eintreten. Man soll entweder die Presse jener Länder aufs strengste verfolgen oder der eigenen gestatten, dieselbe ebenso kräftig zu widerlegen und sich derjenigen katholischen Richtung anzuschließen, welche in Schlesien, in Baden und Württemberg sich oft genug ausgesprochen und u. a. in den ‚Freimütigen Blättern für Kirchentum' von Pflanz ihr Organ hat . . ."

[12] DZA Merseburg Rep. 77, Tit. 413, Nr. 2 adh., Bl. 93—100 (ohne U. u. o. D.).

[13] So äußerte z. B. Wittgenstein gegenüber Natzmer die Auffassung: „Von Belgien, wo das Gouvernement gänzlich unter dem Einfluß der fanatischen Geistlichkeit steht, wird auf alle Weise versucht, Aufregung in den Rheinprovinzen herbeizuführen" (v. Natzmer S. 249). — Auch schrieb die Elbinger Zeitung in aller Offenheit: „Die Nachrichten, welche hier vom Rhein bei den Fanatikern in Umlauf gesetzt worden sind, tragen nicht wenig dazu bei, diese mit den allerseltsamsten Hoffnungen zu erfüllen. Von Ludwig Philipp erwartet man erfreuliche Nachrichten und hat ermittelt, daß seine Mutter eine Heilige war, für die bei passender Zeit der Prozeß der Heiligsprechung eingeleitet werden könne" (zitiert ebd.).

gehend, daß es den in einem Bündnis zusammengeschlossenen belgischen klerikalen und revolutionären Gruppen bei ihrem Bemühen, „Verwirrung in die Rheinprovinz zu schleudern", nicht zuletzt darauf ankomme, Preußen entscheidend zu schwächen und dessen Einfluß auf die Regelung der luxemburgischen Frage zu lähmen, insbesondere die Vollziehung der 24 Artikel zu verhindern. Glückten dergleichen Versuche, so verknüpften sich damit freilich auch Hoffnungen auf eine Losreißung der Rheinprovinz von Preußen und auf „einen vollständigen Sieg der Kirche" [14]. Unter den vielen antipreußischen belgischen Presseveröffentlichungen, Broschüren und Flugschriften erregte vor allem eine in der ersten Hälfte des Jahres 1838 im „Eclaireur de Namur" unter dem Titel „De la fédération belge-rhenane" erschienene Artikelserie großes Aufsehen. Ihr Verfasser war Adolph Bartels, „eine der eigenwilligsten Erscheinungen der belgischen Publizistik" [15]. Er hielt eine Union der Rheinlande mit Belgien nicht nur für wünschenswert, da beide Gebiete liberal-katholisch seien und auch sonst verwandte Züge aufwiesen, sondern sogar auf dem Wege eines Aufstandes in den preußischen Westprovinzen für durchaus realisierbar, würden doch nach Bartels' Auffassung nicht nur ausgesprochen katholische Städte im Rheinland, sondern auch in Westfalen für ihren Glauben kämpfen. Allerdings sei es nicht ratsam, voreilig eine Revolution zu entfesseln, sondern man müsse sich zunächst auf Propaganda beschränken, bis die Bevölkerung hierzu reif sei [16].

Im Herbst 1838 erreichte die von Belgien ausgehende Agitation sowie die Kriegspanik offensichtlich einen Höhepunkt. Besonders spektakulär wirkte ein um diese Zeit von dem „O'Connel Belgiens" [17], dem „Freiheitsapostel" [18] Louis de Potter [19] unter Mitarbeit von Bartels verfaßter Aufruf [20] „Die Belgier an die Deutschen, die am Rheine wohnen und unter preußischer Herrschaft stehen". In diesem Manifest wurden die Rheinländer aufgefordert, sich von der Herrschaft des „protestantischen brandenburgischen Königs loszusagen" [21]. Die Proklamation schloß mit den pathetischen Worten: „Wir freien Männer, rufen wir vergebens unsere Nachbarn, unsere Brüder, unsere Glaubensgenossen an? Nein, rheinisches Volk, du verdienst frei zu sein, habe den Mut, es zu wollen" [22].

Vertrat der Aachener Polizeidirektor Lüdemann die Ansicht, daß de Potter selbst wohl kaum an eine durchschlagende Wirkung seines Aufrufs in der Rheinprovinz geglaubt, sondern vielmehr hierdurch in erster Linie sein gesunkenes Ansehen

---

[14] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den König, 18. Okt. 1838.
[15] von der Dunk S. 200.
[16] Ebd. S. 202.
[17] Schwahn S. 4.
[18] So nach der Formulierung Rochows (DZA Merseburg Rep 89 D I 49, Rochow an den preußischen König, 18. Okt. 1838).
[19] Geb. 26. April 1786, gest. 22. Juli 1859; wurde nach Ausbruch der belgischen Revolution Mitglied der provisorischen Regierung, in deren Auftrag er den Entwurf zum neuen Staatsgrundgesetz ausarbeitete, und erklärte sich auf dem am 10. Nov. 1830 durch ihn eröffneten Nationalkongreß offen für die republikanische Staatsform, ohne jedoch Gehör zu finden. Daraufhin zog er sich ins Privatleben zurück und lebte in Paris, von wo aus er 1838 nach Belgien zurückkehrte. In der Folgezeit verfaßte er zahlreiche Bücher und Schriften (vgl. Th. Juste, Louis de Potter, Brüssel 1874).
[20] von der Dunk S. 203.
[21] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart, Bd. 2, 1839, S. 1225.
[22] Vollständig Qu. Nr. 162.

unter den belgischen Liberalen zu heben gesucht habe [23], so sah Rochow in dem de Potterschen Manifest eine direkte Folge der zweiten päpstlichen Allokution (vom 13. Sept. 1838) [24]. Wie seine Nachforschungen ergeben hätten, habe dieses Manifest schon längere Zeit existiert. In seiner ursprünglichen Fassung sei es für die preußischen Truppen bestimmt gewesen, von denen man im März angenommen habe, daß sie von der Rheinprovinz aus in das Luxemburgische einrücken würden, und zwar habe man beabsichtigt, durch Verteilung dieses Aufrufs insbesondere die rheinischen Regimenter zur Meuterei zu verführen. Als man sich indes in dieser Erwartung getäuscht gesehen habe, als keine Truppenbewegungen erfolgt seien und man infolgedessen dieses „Verteidigungsmittels" nicht mehr bedurft habe, sei der Aufruf zurückgehalten worden. Durch den Minister de Theux habe jedoch die klerikale Partei von seiner Existenz erfahren und sich desselben bemächtigt, ihn dann modifiziert und nach Bekanntwerden der päpstlichen Allokution in Brüssel drucken lassen sowie damit begonnen, das Pamphlet in die Rheinprovinz zu versenden, was vor allem von dem Kaplan Warrimont, dem ausgetretenen Seminaristen Montz und dem aus der Festung Wesel entlassenen bekannten Uhrmacher Brux besorgt worden sei. Als die belgische Regierung hiervon erfahren habe, habe sie jedoch alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die weitere Verteilung des provozierenden Manifests zu unterbinden, was durch Vermittlung des Internuntius Fornari tatsächlich gelungen sei. Nur einige Exemplare seien bereits in die Rheinprovinz abgesandt gewesen. Auf diese Weise erkläre sich auch das rätselhafte plötzliche Verschwinden des gewiß nicht in geringer Auflage hergestellten Pamphlets [25].

Überhaupt malt Rochow in seinem Bericht an den König vom 25. Nov. 1838 die Situation in der Rheinprovinz, vor allem in dem an Belgien grenzenden Teil, in düsteren Farben: „So unablässige Angriffe und Versuchungen können in einer so volkreichen bewegten Provinz, wie es die Rheinlande sind, nicht ohne alle Folgen bleiben. Ich bin weit entfernt, mir den Trost zu rauben und die Beruhigung, die in der Zuversicht zu der immer noch großen Anzahl Gutgesinnter begründet ist; aber ich darf nicht mehr zweifeln, daß die Zahl der Schlechten und Gefährlichen von Tag zu Tag wächst" [26]. Die „Verstimmung der Gemüter" nähere sich „fast vollständiger Aufregung". Die kirchlichen Wirren seien dazu benutzt worden, „die Gemüter auch für die Versuche politischer Aufregung empfänglich zu machen". Nach allen Seiten, nach allen Beziehungen hin suche man den Stoff zum Mißvergnügen und zur Unzufriedenheit. So kämen Klagen, Wünsche und Anforderungen zur Sprache, an welche vor Jahr und Tag niemand gedacht habe. „Alles deutet eine Krisis an, deren Entwicklung nahe bevorsteht" [27]. In den belgischen Blät-

[23] DZA Merseburg Rep. 77, Tit. 413, Nr. 3, vol. 9, Ber. an Rochow vom 18. März 1838.

[24] „So sicher, wie sich Rom zu diesem neuen Schritte des Übermuts und der offenen Begünstigung aufwieglerischer Tendenzen nur durch politische Beweggründe bestimmen ließ, so sicher manifestierte der belgische Aufruf den intimen Zusammenhang, in welchem die Schritte der belgischen revolutionären Partei mit den Tendenzen der Hierarchie stehen" (DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den preußischen König, 18. Okt. 1838).

[25] Ebd., Rochow an den König, 22. Nov. 1838.

[26] Ebd.

[27] Ebd. — Befürchtungen dieser Art äußerte auch Varnhagen v. Ense in einer Tagebucheintragung vom 8. Nov. 1838: „Die Sache kann arg werden, wenn man falsche

tern [28], über welche die Brüsseler Regierung keine Kontrollgewalt habe, ja sich nicht einmal selbst gegen ihre Angriffe schützen könne, ermahne ein Aufruf nach dem anderen die Rheinländer zum Bündnis mit dem Belgier. Daher glaubt Rochow allen Grund zu der Befürchtung zu haben, daß ein offener Aufstand, der im Limburgischen oder in Luxemburg ausbräche, sich auch über einen großen Teil der Rheinprovinz ausbreiten könne [29]. Hierauf setze auch der belgische Klerus große Hoffnungen. So habe ein Vertrauter van Bommels geäußert: „Unfehlbar sehr bald werde ein allgemeiner Aufstand in der Rheinprovinz ausbrechen; die Verwirrung werde entsetzlich sein, schon jetzt sammele sich eine französische Armee an der Nordgrenze, deren eigentliche Bestimmung sei, an dem unzweifelhaft ausbrechenden Kampfe teilzunehmen. Das katholische Rheinland müsse dem protestantischen Gouvernement entrissen werden; der Teil davon, der einst Lüttich gehörte, müsse dahin zurückkehren; von dem übrigen werde sich Frankreich für treu geleistete Hilfe nehmen, was ihm wohlgefalle, und indem es seinen Fuß an den Rhein setze, gewinne das französische Gouvernement auf die leichteste Weise den Beifall der liberalen Partei, die nicht aufhöre, den Besitz des linken Rheinufers laut zu reklamieren“ [30]. Dabei hege man in Belgien außerdem nicht selten die Wahnvorstellung, daß Preußen durch den Kölner Kirchenstreit innerlich gelähmt sei und sich nicht „rühren“ könne [31].

Daß der Plan einer belgisch-rheinischen Konföderation nicht bloß in der Phantasie einiger Journalisten existiere, sondern konkrete Formen anzunehmen scheine, hatten schon Anfang 1838 auch der kurhessische und der braunschweigische Gesandte aus Berlin berichtet [32].

Auch der österreichische Gesandte in Brüssel, Graf Rechberg, schrieb am 28. Nov. 1838 an Metternich, die Führer der katholischen Partei befaßten sich noch immer mit der Möglichkeit einer Realisation ihres Lieblingsplanes, die Rheinprovinz Belgien einzuverleiben und Preußen mit sächsischen und polnischen Gebieten zu entschädigen. Ein von Bartels redigiertes Blatt gebe sogar dem naiven Glauben Ausdruck, daß der Eintritt des jungen Prinzen von Sachsen-Coburg in die königlich-sächsische Armee dazu beitragen könne, den Ausbruch der Revolution in der preußischen Provinz Sachsen zu fördern [33].

---

und einander widersprechende Maßregeln nimmt, Abfall der Rheinprovinz, Ausdehnung Belgiens — verlor doch Spanien auf solche Weise Holland —, die Möglichkeit ist da, wenn wir durch Dummheit unsre eignen Kräfte zu feindlichen machen; aber bis jetzt könnte wahrlich eine feste sichere Hand alles, wo nicht beilegen, doch ins Unschädliche leiten!“ (Tagebücher Bd. 1, S. 111).

[28] In der Tat bekämpfte die überwiegende Mehrheit der belgischen Presse die preußische Regierung. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß es auch Ausnahmen gab, vor allem bei Zeitungen, die das antiklerikale Bürgertum repräsentierten. Der preußische Standpunkt wurde auch in dem „Livre noir“ verteidigt, dessen Verfasser der linksgerichtete Brügger Priester Beekman war (vgl. von der Dunk S. 200 f.).

[29] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den König, 25. Nov. 1838.

[30] Ebd., Rochow an den König, 2. Dez. 1838.

[31] Ebd.

[32] Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel 12 A Neu Fb 1 Nr. 141, Bd. 3, Ber. Röders vom 24. Jan. 1838; Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 87, Gesandtschaftsberichte 1838, Nr. 347, Ber. Wildkens vom 21. Jan. 1838.

[33] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Belgien 5, fol. 148. — Es handelt sich um Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha (Aus meinem Leben und aus meiner Zeit von Ernst II. Her-

Um dieser Gefahr einigermaßen entgegenwirken zu können, empfahl Rochow daher dringend eine beschleunigte Erledigung der belgisch-luxemburgischen Frage [34].

Sollte es dennoch zum Ernstfall kommen, so war nach der Ansicht Rochows die Rheinprovinz hierfür nicht genügend gerüstet: „Es fehlt an materiellen Mitteln, eine Erscheinung solcher Art zu ersticken oder zu bekämpfen. An diese Mittel jetzt zu denken und ihre Herstellung kräftig vorzubereiten, scheint mir eine unabweisliche Notwendigkeit“ [35].

Große Sorge bestand im Ministerium des Innern und der Polizei vor allem darüber, ob es den Ultramontanen und Revolutionären gelingen werde, die im Raume Aachen beheimateten Arbeitermassen, aus denen 1830 vor allem die Aufständischen bestanden hatten, für ihre Zwecke zu gewinnen. Sollte das der Fall sein, so befürchtete man, daß auch die Truppen der Aachener Garnison dem Aufruhr keinen Einhalt gebieten könnten [36]. Noch wirkte es sich nach der Auffassung der Abteilung des Innern der Regierung Aachen freilich vorteilhaft aus, daß infolge der günstigen Konjunktur der Arbeiterschaft im Raum Aachen ausreichende Beschäftigung gesichert blieb [37].

Allerdings sieht auch der Aachener Regierungspräsident Cuny, der noch im August dieses Jahres von einer Tendenz „zu einer besonneneren Anschauung der Dinge“, vor allem in der „Mittelklasse“, und im September von der Anerkennung der staatlichen Fürsorge seitens der Bevölkerung [38] gesprochen hatte und selbst noch nach Bekanntwerden der zweiten päpstlichen Allokution einer recht optimi-

---

zog von Sachsen-Coburg-Gotha Bd. 1, 5. Aufl. Berlin 1888, S. 70). — Der Bruder Rochows gibt sogar in einem Brief vom 7. Dez. 1838 seiner Verzweiflung darüber Ausdruck, daß eine vollständige Organisation von Freikorps in Belgien bestehe, die den Zweck habe, in Gemeinschaft mit den Rheinländern gegen Preußen zu kämpfen, und daß sogar schon im Rheinland in aller Stille eine ähnliche Organisation aufgebaut worden sei (Briefe des ... Theodor Heinrich Rochus von Rochow, hrsg. v. E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 174). — Noch am 31. Jan. 1839 berichtet Rechberg aus Brüssel, ein Angehöriger der belgischen gemäßigten Partei und hervorragender Kenner der Mentalität einzelner Gruppen, habe ihm dargelegt, daß die Schar der Fanatiker sich nicht scheuen würde, ganz Europa in einen Kriegsbrand zu verwickeln, nur um in Westfalen und der Rheinprovinz eine katholische Regierung zu etablieren (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Belgien 5). Schließlich sei es auch die katholische Partei, die sich an die Spitze der Widerstandsbewegung gegen die Entscheidungen der Londoner Konferenz gestellt habe (ebd., 7. Dez. 1838).

[34] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den König, 18. Okt. 1838. — In ähnlichem Sinne schreibt er am 22. Nov. 1838: „Da das Übel unverkennbar von der demokratisch-revolutionären Partei in Belgien ausgehet, deren feindseliges Treiben die dortige Regierung nur nach Lösung der holländisch-belgischen Frage wird kräftig bekämpfen können, so wird vor allem für jetzt nichts unversucht zu lassen sein, um die möglichst schleunige Lösung jener Frage herbeizuführen, und deshalb ist auch von mir ... der erste mir zugekommene Abdruck des Aufrufs der Belgier an die Bewohner der Rheinprovinz Ew. Kgl. Majestät Gesandten in London mitgeteilt worden, um davon zu jenem Zwecke den geeigneten Gebrauch zu machen“ (ebd.).

[35] Ebd., Rochow an den König, 25. Nov. 1838.

[36] Vgl. Qu. Nr. 120.

[37] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. Nr. 472. — War noch 1837 eine Abnahme der Bevölkerungszahl in Aachen zu verzeichnen gewesen, so stieg sie indes in den vier folgenden Jahren von 38900 auf 44000 Einwohner, und die Verhältnisse für die Industrie gestalteten sich in dieser Zeit in der Tat recht günstig (Thun S. 25).

[38] Gemeint sind vermutlich die relativ guten wirtschaftlichen Verhältnisse, die wohl als eine Folge der preußischen Wirtschaftspolitik angesehen wurden.

stischen Lageinterpretation Ausdruck gegeben hatte [39], unter dem Eindruck der sich zuspitzenden außenpolitischen Lage nicht mehr ohne Besorgnis in die Zukunft. Wie er in einem Bericht vom 19. Nov. 1838 [40] bemerkt, bestehe bei einem großen Teile der Bevölkerung im Raum Aachen „eine Unzufriedenheit mit dem Gouvernement nicht bloß in kirchlicher Hinsicht, sondern auch in politischer Beziehung“ [41]. An sich sei diese Unzufriedenheit nicht besorgniserregend, sie werde es aber durch die Komplikation der derzeitigen außenpolitischen Lage. Ohne dieses Zusammentreffen würde der Einfluß der materiellen Interessen, welcher bisher weitgehend dazu beigetragen habe, den Frieden zu erhalten, auch weiterhin die Aufrechthaltung von Ruhe und Ordnung sichern, und selbst wenn diese gestört würden, „doch die baldige Wiederherstellung derselben verbürgen“. Bewaffne sich das Volk in den Gebietsteilen, die Belgien vertragsgemäß abzutreten habe, so werde es auch diesseits der Grenze nicht an Leuten fehlen, die den Versuch unternehmen würden, einen Aufstand zu entfesseln. Vor dem Einsatz einer Bürgerwehr, einer sog. „Nationalgarde“, sei indes zu warnen; denn leicht könnten die Angehörigen der ultramontanen und liberalen Partei die Bewaffnung zur Durchsetzung ihrer Ziele mißbrauchen.

Um den „Übelwollenden“ zu imponieren und von jeglichem Versuch einer Insurrektion abzuschrecken, sei daher, was auch der Oberst von Borke empfehle, eine Verstärkung der Aachener Garnison ratsam, insbesondere sei es dringend wünschenswert, daß baldmöglichst eine Schwadron Kavallerie nach Aachen verlegt werde, um an den etwaigen Unruheherden rasch eingreifen zu können [42].

In einer nachdrücklichen Bemerkung fügt Cuny jedoch hinzu, daß dieses Bild freilich nicht pauschal für die gesamte Aachener Bevölkerung gelte. Auch unter einem beträchtlichen Teil der Katholiken sei „noch viel Sinn für Gesetzlichkeit“ vorhanden [43]. „Besonders in der Mittelklasse“ erkenne man „die Wohltaten des

[39] „Schwerlich würde die letztere päpstliche Allokution in die Welt getreten sein, wenn der päpstliche Stuhl die wahre Lage der Dinge in dieser Provinz gekannt . . . hätte . . . Jener Angriff auf das Jus circa sacra hat daher auch bei der hiesigen damit bekannt gewordenen Bevölkerung gerade einen Eindruck gemacht, der dem . . . ganz entgegengesetzt ist, welchen man in Rom davon erwarten dürfte“ (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46, Zeitungsbericht für September 1838).

[40] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49. — Daß sich die Aachener Regierung derzeit offensichtlich nicht sehr wohl in ihrer Haut fühle, glaubte auch Johannes Laurent bemerkt zu haben. Nachdem in Aachen, so schreibt er am 7. Jan. 1839, volle 13 Monate lang von nichts anderem als vom Erzbischof gesprochen worden sei — eine typische Übertreibung des phantasievollen ultramontanen Agitators —, zeige sich die Aachener Regierung „sehr konnivent“, vor allem wegen der 12 000 Fabrikarbeiter und der 24000 echt katholischen Bürger, die keine „Raison“ verstünden. So zirkuliere auch hier wieder ein Gedicht von 20 Strophen auf dem Jahrestag der Gefangennahme des Erzbischofs, und so gebe es alle Wochen etwas anderes (zitiert bei Vogel S. 79).

[41] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Ber. Cunys vom 19. Nov. 1838. — Offensichtlich ist die Tendenz gemeint, „Gegensätze zwischen den westlichen und östlichen Provinzen aufzusuchen und auf diese Weise die materiellen und ideellen Interessen der Rheinprovinz von denen des preußischen Staates in seiner Gesamtheit loszureißen“. Schon die Verschiedenheiten im Formellen gebe dieser Neigung stets neue Nahrung, betont die Abteilung des Innern der Regierung Aachen im Verwaltungsbericht für 1838 (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. 872).

[42] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Ber. Cunys vom 19. Nov. 1838.

[43] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, nachträgliche Bemerkung Cunys, angefügt an einen Bericht Rochows an den König vom 2. Dez. 1838. — Selbst bei „dann und wann aufgeregten oder aufgereizten Gemütern“, so heißt es in diesem Zusammenhang auch im

preußischen Gouvernements“ [44] an und wünsche weder eine Vereinigung mit Frankreich, noch denke man an eine Veränderung der inneren Verfassung [45]. Ebensowenig bestehe hier eine „eigentliche Sympathie mit den Belgiern und Franzosen“, wie es in deren Presse häufig zu lesen sei. Auch müsse man einen großen Teil der katholischen Geistlichkeit als gemäßigt und auch in politischer Hinsicht wohlgesinnt bezeichnen. Entscheidend aber nun sei, daß von diesen im großen und ganzen zur Mäßigung, aber auch zur Passivität neigenden Schichten und Gruppen — und dies dürfte wohl ein überzeitliches Phänomen sein —, nicht zu erwarten sei, daß sie zur Verhütung bzw. Unterdrückung der zu befürchtenden Unruhen einen aktiven Beitrag leisten würden [46].

Je länger und besser er die Bevölkerung seines Regierungsbezirks kennenlerne, so fährt Cuny fort, desto mehr komme er zu der Überzeugung, daß auch in religiöser Hinsicht, mit wenigen Ausnahmen, der Fanatismus selbst unter der Geistlichkeit sehr schwach entwickelt sei. So hätten sich auch unter den Laien diejenigen, welche bei den verschiedenen stattgefundenen Exzessen besonders aufgefallen seien, früher keineswegs als eifrige Katholiken hervorgetan, und selbst unter den Geistlichen,

---

Zeitungsbericht der Aachener Regierung für Oktober 1838, gebe sich Liebe zur Ruhe und Ordnung kund (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46). Aus diesem Grunde hätten auch die in Köln beim Ursulafest vorgekommenen „tumultuarischen Exzesse“ (vgl. unten S. 155 f.) die Aachener Bevölkerung nicht zu ähnlichem Handeln verleitet. Vielmehr spreche sich die allgemeine Stimmung dahin aus, daß „die Veranlassung dergleichen Skandals“ nicht der Weg sei, die Beilegung eines Streites zwischen Staat und Kirche zu fördern, welcher für jeden Wohldenkenden betrübend genug sei (ebd.). Auch die Verhaftung des Pastors Beckers (vgl. unten S. 160 f.) habe nur „wenige fanatische Gemüter“ von neuem aufgeregt, nicht aber diejenigen unangenehm berührt, „welche in den Schritten der streng rechtlichen Justizverwaltung die vorzüglichste Garantie des Staates und der Kirche“ sähen. Eine „schnelle Justizpflege“ in dieser Sache entspreche ganz dem Geist der Aachener Bevölkerung, welche in jeder Absonderung von den allgemeinen Grundsätzen eine „gefährdende Rechtsverletzung“ erblicke (ebd., Zeitungsbericht für November 1838).

[44] Was hierunter zu verstehen war, schildert z. B. der Zeitungsbericht der Aachener Regierung für September 1838, der in vorzüglicher Weise das Programm des „liberalen“ preußischen Beamtentums widerspiegelt: „Die materiellen Wirkungen eines bürgerlichen Wohlbehagens bei einer allseitig unbegrenzten Freiheit wissenschaftlicher und industrieller Betätigung unter einer milden, überall das Gute, wo es sich findet, weise aufnehmenden Gesetzgebung und sorgsame Verwaltung und dann der durch einen gründlichen Unterricht zu erläuternde und besonnenere Tätigkeit geleitete Verstand eines treuen, wenn auch leicht beweglichen Volkes sichern einer wohlmeinenden Regierung mit guter Gesinnung auch die politische Stimmung desselben“ (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46).

[45] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, nachträgliche Bemerkung Cunys, angefügt an einen Bericht Rochows an den König vom 2. Dez. 1838. — Ähnlich schreibt Cuny im Zeitungsbericht der Regierung Aachen für Dezember 1838: „Der Wunsch nach Erhaltung des Friedens äußert sich in der gegenwärtig vorhandenen politischen Krise bei Gelegenheit der holländisch-belgischen Frage auf das entschiedenste, besonders im Mittelstande der Bevölkerung. Auf ihn machen Intrigateurs, die aus Fanatismus oder unter dem Deckmantel der Religion gute staatsbürgerliche Gesinnungen in Unzufriedenheit verwandeln möchten, keinen gefährlichen Eindruck“ (DZA Merseburg Rep. 76 IV, Sekt. 1, Abt. II, Nr. 33, Bl. 23; St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46). Auch die Neue Würzburger Zeitung stellte es, und zwar gänzlich, in Abrede, daß sich in der Rheinprovinz Sympathie für eine Vereinigung mit Frankreich ausspreche, einem Lande, in welchem Irreligiosität und Atheismus mit als Grundzug des hitzigen Nationalcharakters zu betrachten seien (Ausgabe vom 30. Dez. 1838).

[46] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, nachträgliche Bemerkung Cunys, angefügt an einen Bericht Rochows an den König vom 2. Dez. 1838.

welche sich jetzt durch ihre Anhänglichkeit an den Erzbischof und durch ihre Widerspenstigkeit gegen das Gouvernement auszeichneten, seien viele, welche früher „keinen sonderlichen, zum Teil sogar einen schlechten Ruf gehabt und nur jetzt erst durch ihr Benehmen Ansehen zu erlangen" strebten [47].

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es hier der seit langem sehr aktiv tätig gewesenen ultramontanen Partei in gewissem Grade gelungen ist, das Kölner Ereignis dazu zu benutzen, weiteren Kreisen ein Verhaltensmuster aufzuzwingen. Hinzu kommen dürfte ein anderer Faktor: eine durch einen äußeren Angriff hervorgerufene Solidarität unter einer Gruppe, deren Glieder bisher in der einen oder anderen Hinsicht von divergierenden Interessen geleitet waren. Dies jedenfalls scheint aus dem wohlüberlegten und vom Bemühen um tiefere Einsicht getragenen Resümee Cunys [48] hervorzugehen: Mit sehr seltenen Ausnahmen, welche in der Regel nur unter den Geistlichen von vielseitiger gründlicher wissenschaftlicher Bildung oder bei Laien, welche dem Wesen nach nicht mehr Katholiken seien, sich fänden, seien alle Katholiken der Meinung, daß sie sich der Entscheidung des Papstes unterwerfen müßten. Selbst aufgeklärte Katholiken hielten dies zur Erhaltung der Einheit der Kirche und der politischen Bedeutsamkeit des katholischen Teils für erforderlich. Es erkläre sich daraus auch, daß sich seit der ersten päpstlichen Allokution nicht nur die öffentliche Stimmung verschlimmert, sondern auch das Benehmen eines großen Teils der Geistlichkeit wesentlich verändert habe. Es gebe viele Katholiken, die das Benehmen des päpstlichen Stuhles mißbilligten und sehnlich wünschten, daß er zur Nachgiebigkeit gezwungen werde, die sich aber doch blind der Entscheidung desselben unterwürfen. Die Geistlichen dürften es nicht wagen, sich dagegen in Opposititon zu stellen, und es sei von ihrer Seite schon sehr verdienstlich, wenn sie durch Ermahnung zur Duldsamkeit und zum Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit dem nachteiligen Einfluß entgegenwirkten, welchen die Äußerungen des Papstes auf die Stimmung der Katholiken zu üben so geeignet seien. Im übrigen erweise es sich als unmöglich, die Bekanntmachung der päpstlichen Verlautbarungen und die Verbreitung der im Sinne der ultramontanen Partei geschriebenen Zeitungen und Flugschriften zu unterbinden. Die Allgemeine Zeitung werde selbst auf dem Lande in den Schenken gelesen, und „diejenigen Emissarien, welche als die gefährlichsten bekannt seien", würden erst dann über die Grenzen verwiesen, „wenn sie bereits mit ihren Genossen konferiert hätten" [49].

Über die angeblich staatsgefährdenden Verbindungen zwischen dem Rheinland und den belgischen und französischen Revolutionären zeigte man sich in Kreisen des preußischen Gouvernements auch in der Folgezeit beunruhigt. So schreibt Rochow am 8. Febr. 1839 an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten von Spiegel: „Es gehen mir fortdauernd Nachrichten darüber zu, daß die politischen Parteien in Belgien und Frankreich ihre Bemühungen verdoppeln, in der Rheinprovinz Vertraute und Mitglieder anzuwerben. Zu diesem Zwecke halten sich nicht nur viele der bemerkenswerteren Stimmführer in den Parteien an der rheinischen Grenze auf, sondern sie senden auch häufig Emissäre in die Provinz, die als angeb-

[47] Ebd.
[48] Ebd.
[49] Ebd.

liche Advokaten, Handlungsreisende oder Particuliers die Absichten der Propaganda zu verfolgen suchen“ [50].

Nach einer nicht ohne Leidenschaftlichkeit geführten wissenschaftlichen Kontroverse hat sich die Auffassung herausgebildet, daß Umsturzversuche durch Agenten revolutionärer Gruppen aus dem westlichen Ausland in der Rheinprovinz kaum unternommen worden seien, jedenfalls seien Ergebnisse nicht greifbar [51]. Andererseits dürfte sich jedoch auch das Gegenteil nicht definitiv erwiesen haben. Ebensowenig wird man bestreiten können, daß der in der belgischen Presse weithin gezeigte provozierende Ton und die dabei an den Tag gelegte Zuversicht auf einen Abfall der Rheinprovinz sowie überhaupt die vielfach in Belgien festzustellende militante Haltung die Vermutung bzw. Befürchtung nahezulegen geeignet war, daß man nicht nur rede, sondern insgeheim auch handele [52].

Daß die belgische Geistlichkeit auch unter der preußischen Grenzbevölkerung allein schon wegen ihrer häufigen Assistenz und Aushilfe in der Seelsorge einen gewissen Einfluß ausübte, ist selbst in österreichischen und bayerischen Kreisen nicht bestritten worden [53]. Der bayerische Gesandte in Wien, Graf Lerchenfeld, be-

---

[50] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 753, Rochow an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten von Spiegel, 8. Febr. 1839. Davon, daß eine französische Partei in den Rheinlanden existiere, zeigte sich auch der Bruder des Innenministers, der preußische Gesandte in Württemberg und in der Schweiz, überzeugt, so in einem Brief aus Luzern vom 16. Juni 1838 (Briefe des ... Theodor Heinrich Rochus von Rochow, hrsg. v. E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 145).

[51] Schrörs gegen Schwahn. So weist Schrörs darauf hin, man müsse in Betracht ziehen, daß die führenden Politiker des „reaktionären“ Preußens von nichts mehr gequält worden seien, als der Angst vor der Revolution: „Überall, wo sich ein wenig der Geist der Freiheit zu regen schien, sahen sie die geheimnisvollen Hände des Umsturzes Fäden spinnen und schlingen“ (Schrörs, Rheinische Katholiken und belgische Parteien S. 24). — Gegen die ohne Zweifel zu weiter Verbreitung gelangten Gerüchte einer von außen gesteuerten geheimen Verschwörung wandte sich auch die im allgemeinen regierungstreue Rhein- und Moselzeitung: „Koblenz, 28. Mai. — ... Vorlängst hat die Leipziger Allgemeine Zeitung von einem Bunde gesprochen, der von Rom aus sein Netz über ganz Europa hin stricke ... Jetzt wird Koblenz als ein Herd solcher Umtriebe angegeben. Ist es nicht, als ob diese Lügen planmäßig ausgestreut würden, damit nachgerade die Vorstellung von einer weitverzweigten Verschwörung in manchen Köpfen zu einer fixen Idee werde und mancher Ängstlichen sich eine unruhige Furcht bemächtige“ (Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 3. Juni 1839). — Was die Rolle Roms betrifft, so sind von dort aus, jedenfalls nach dem Bericht eines preußischen Vertrauensmannes (Qu. Nr. 186), keine Aufwieglungsversuche in der Rheinprovinz, etwa auf dem Wege über Belgien, veranlaßt worden. Auf Zurückhaltung Roms im rheinisch-belgischen Raum läßt auch die Haltung des päpstlichen Internuntius in Brüssel, Fornari, schließen (vgl. unten S. 203). — In diesem Zusammenhang vertrat auch Prinz Wilhelm die Ansicht, daß die ultramontane Partei hauptsächlich eine „politische Betriebsamkeit“ entfalte und daß „Rom nur beiläufig gebraucht“ werde (Schultze S. 5). — Um diese Frage genauer zu beantworten, bedürfte es allerdings einer umfassenden Auswertung aller aus Rom zur Verfügung stehenden Gesandtschaftsberichte sowie der Akten des Vatikanischen Archivs.

[52] Diese Besorgnisse versucht allerdings ein Korrespondent in einem im Westfälischen Merkur vom 3. Febr. 1838 veröffentlichten Beitrag, wenn auch nicht gerade in überzeugender Weise, zu entkräften: „Belgien wünscht die freundschaftlichen Verhältnisse mit Preußen aufrecht zu erhalten, da es sich sehr wohl dabei befindet, und es darf behaupten, daß von den revolutionären Gemütern, die in jenen Blättern nach Belgien versetzt werden, gar sehr wenig sich in der Tat vorfinden ... Wir haben wohl noch eine revolutionäre Presse, aber keine revolutionäre Partei mehr.“

[53] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Lerchenfeld an den bayerischen König, Wien, 28. Nov. 1837.

zeichnete den belgischen Klerus sogar als „nicht bloß orthodox, sondern sogar zelot“ [54]. Ebensowenig dürften enge Kontakte des Aachener mit dem benachbarten belgischen Klerus [55] als unglaubhaft anzusehen sein. Eine gewisse Verflechtung der Geistlichkeit im Grenzbereich zeigte sich auch darin, daß z. B. Ende Dezember 1838 zwei junge Geistliche aus dem Raum Aachen, Klausener aus Burtscheid und Montz aus Randerath (Kr. Geilenkirchen), ein Neffe des als eifriger Ultramontaner geltenden Burtscheider Pfarrers Keller, der im übrigen gewöhnlich seine Taschen mit belgischen Journalen angefüllt habe, von dem Lütticher Bischof van Bommel zum Priester geweiht wurden und daß sie, obwohl dazu nach den in Preußen geltenden Bestimmungen nicht befugt, ihre ersten Messen in ihren Geburtsorten lasen [56]. Bei dem anschließenden Festmahle sollen die gleichgesinnten Teilnehmer ihrem Unmut darüber Ausdruck gegeben haben, daß die Katholiken in Belgien unter dem Szepter eines evangelischen Fürsten ihren Kultus ungeschmälert ausüben dürften, während es in Preußen so weit gekommen sei, daß nicht einmal mehr eine Priesterweihe erteilt werden könne [57]. Daß in diesen Kreisen Sympathien für die belgischen Einrichtungen gehegt wurden, dürfte wohl nicht unwahrscheinlich sein. Wie der Kölner Polizeiinspektor Brendamour in einem Bericht vom 8. Dez. 1838 [58] versichert, ruhten die Hoffnungen dieser Ultramontanen nicht minder auf Frankreich. Die Schenkungen, die Louis Philippe den katholischen Kirchen im Coburgschen gemacht habe, die Nachricht von der Aufnahme von Jesuiten in Frankreich und die Räumung Anconas [59] seien für sie Zeichen der Protektion und der besonderen Aufmerksamkeit, welche der französische König ihrer Sache widme.

Zu einer Invasion durch ein belgisches Befreiungskorps ist es jedoch nicht gekommen, ebensowenig wie zu einer Insurrektion unzufriedener Elemente an der belgischen Grenze. Auch sollten vorerst von Frankreich aus keine ernsthaften Versuche unternommen werden, die preußisch-protestantische Herrschaft am Nieder- und Mittelrhein aus den Angeln zu heben.

Überhaupt scheint die Situation von Rochow überdramatisiert worden zu sein, wenn er eine „fast vollständige Aufregung der Gemüter“ in der Rheinprovinz sich anbahnen sah. Ist auch nicht daran zu zweifeln, daß sich nicht wenige fanatische Ultramontane, unzufriedene Arbeiter im Aachener Raum sowie manche Ultraliberale bei einem Waffengang auf die Seite der Belgier geschlagen haben würden, wobei die Masse der Bevölkerung freilich loyal zum preußischen Staat gestanden haben würde, so dürfte die im Herbst 1838 in der Rheinprovinz allerdings in stärkerem Maße zu verzeichnende Unruhe nur zum Teil auf die massierte belgische Agitation zurückzuführen sein; mehr noch scheint die durch die Verschärfung der Posener Frage veranlaßte Allokution des Papstes vom 13. September 1838, in welcher dieser erneut seinem Schmerz über die dem Episkopat, dem Ansehen und den Rechten der Kirche und dem gottgegebenen Primat zugefügte Unbill und die

[54] Vgl. Qu. Nr. 44.
[55] Vgl. Qu. Nr. 19; 26; 29.
[56] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 2, Ber. Brendamours vom 21. Jan. 1839
[57] Ebd.
[58] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh.
[59] Damals umstrittene, vom Papst beanspruchte Stadt in Italien, wurde von 1832—38 von französischen Truppen besetzt gehalten.

durch die Laiengewalt der Kirche geschlagenen Wunden Ausdruck gegeben hatte [60], Impulse zu einer erneuten Erregungsphase gegeben zu haben. Das Zusammenfallen mit der von Belgien ausgehenden Bedrohung der Rheinprovinz war allerdings in der Tat dazu angetan, in Kreisen des preußischen Gouvernements Panikstimmung hervorzurufen, wie sie zum Teil bei Cuny, vor allem aber bei Rochow sichtbar wird. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß eine, wenn auch im stillen, so doch wahrscheinlich unablässig weitergeführte Agitation rheinischer Ultramontaner ebenfalls dazu beigetragen hatte, daß die Zeichen äußerer Spannung im Rheinland sichtlich zunahmen.

2. *Erneutes Aufflackern religiöser Unruhen, die Ereignisse des Kölner Ursulafestes und deren Auswirkungen*

Die erneute Kampfansage des Papstes war für die preußische Staatsregierung ebenso überraschend erfolgt wie die erste. Etwa ab Ende Mai 1838 hatten die Nachrichten aus Rom günstiger gelautet; so wurde z. B. auch der Legationssekretär von Buch sehr zuvorkommend behandelt [1]. Schließlich hatte auch Metternich nach der Teplitzer Zusammenkunft Verhandlungen zwischen Capaccini und Maltzahn in Florenz vermittelt. Noch während der Besprechungen wurde jedoch die Allokution bekannt [2]. Die Erregung auf preußischer Seite war ungeheuer [3]. Maltzahn forderte von seiner Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rom [4]. Einen solchen Schritt hielten auch Vertreter anderer deutscher Regierungen in Berlin für wahrscheinlich [5].

Wie tief man in Berliner Regierungskreisen von der päpstlichen Allokution getroffen war, geht auch aus einem Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 17. Okt. 1838 hervor:

„Die Stimmen, die aus Berlin laut werden, sind voll Ingrimm über die letzte Allokution des Papstes. Sie scheint dort mehr ins Blut gegangen zu sein als die erste, weil man weniger darauf gefaßt war und in der Erwartung, daß alles sich diplomatisch friedlich ausgleichen werde, sich so ärgerlich getäuscht sieht. Damals erregte die römische Rede bei uns einen unbeschreiblichen Sturm der Gefühle, während man in Berlin nur spottete; jetzt sind wir ruhig, und dort wird Lärm geschlagen. Bei uns war man von vorher überzeugt, daß auf dem bisherigen Wege der Streit nicht zu schlichten sei".

---

[60] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 2 (1839) S. 1244.

[1] Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu Fb 1 Nr. 141 Bd. 3, Ber. Röders vom 5. Juni 1838. — So heißt es auch über ihn in einem Bericht aus Rom vom Dezember 1838: „Er ist allgemein geachtet, was freilich dem Nachfolger von einem aufgeblasenen Pedanten, wie Bunsen war, leicht fallen muß." Freilich war v. Buch trotz allen guten Willens offenbar doch nicht der Mann, der „den Karren aus dem Loch zu ziehen" vermochte (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III).

[2] Splett S. 27 f.

[3] Davon zeugen auch die Ausführungen in preußischen Ministerialgutachten (umfangreiches Material in DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 11).

[4] Splett S. 27 f.

[5] Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu Fb 1 Nr. 141 Bd. 3, Ber. Röders vom 11. Okt. 1838.

Einen ähnlichen Eindruck gewann auch der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Trauttmannsdorff. Beim König und seiner Umgebung habe die Schärfe der Sprache in der Allokution den Eindruck hervorgerufen, als ob der Papst zur Revolution in Preußen aufrufen wolle [6]. Zu dem Entschluß, die diplomatischen Beziehungen mit Rom abzubrechen [7], konnte man sich allerdings nicht durchringen, obwohl man im Staatsministerium, zu dessen Sitzungen man auch die Oberpräsidenten von Westfalen, Posen und der Rheinprovinz hinzugezogen hatte, heftig über diese Frage diskutiert zu haben scheint [8]. Im Gegensatz zu einer Reihe von Ministerkollegen, insbesondere Rochows, sprach sich Altenstein gegen einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen aus, da er sich hiervon keinen Effekt versprach: „Es liegt in der Natur des von mir angenommenen Verhältnisses zu Rom, daß ein Abbrechen aller diplomatischen Verhältnisse und die Abberufung des Gesandten nicht die Wirkung haben und nicht den moralischen Eindruck hervorbringen kann, den solches im Verhältnis zu anderen Staaten hat . . . , da Rom als politische Macht zu wenig in Betracht kommt und seine Eigenschaft als katholisches Kirchenoberhaupt zu wenig dabei berührt werden kann" [9]. Außerdem könne ein solcher Schritt als Fanal eines Religionskrieges aufgefaßt werden, was indes unbedingt vermieden werden müsse. Der König schloß sich der Meinung Altensteins an [10].

Offenbar scheint die päpstliche Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt nicht ohne Eindruck auf die Volksstimmung geblieben zu sein, wie überhaupt Rom wohl zu dieser Zeit wieder stärker in den Mittelpunkt des katholischen kirchlichen Lebens gerückt ist [11]. Nach den Worten Johannes Laurents riß man sich in Aachen die ausländischen Zeitungen wegen der darin abgedruckten Rede des Papstes förmlich aus den Händen. Auch bei den „weniger religiös Gesinnten", selbst bei Protestanten und Juden, gebe es nur eine Stimme darüber: „Das sei eine göttliche Sprache" [12].

---

[6] Vgl. Qu. Nr. 161.

[7] So heißt es z. B. in einem Gutachten Altensteins, Rochows und Werthers vom 10. Nov. 1838 (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 11): „Durch solche verleumderischen Klagen und Provokationen wie auch durch Aufstellung ganz unzulässiger Forderungen erfüllt die Allokution vom 13. Sept. das Maß der Verletzungen gegen Preußen bis zu einem Grade, daß nunmehr ernstlich die Frage aufgeworfen werden mag, ob irgendein Hof, welcher dieselben von seiten des päpstlichen Hofes erfährt, ohne die ihm gebührende Achtung zu verlieren, noch in einer diplomatischen Verbindung verbleiben kann, sofern ihm nicht auf irgendeine Weise Genugtuung gewährt werden sollte? . . . Eine fernere Langmut unter solchen Umständen muß aber umfehlbar das bestehende Vertrauen zu der moralischen Kraft des Gouvernements erschüttern, dessen Erhaltung für andere, demselben obliegende Aufgaben von hoher Wichtigkeit ist."

[8] Hauptstaatsarchiv Stuttgart Bestand E 70 Verz. 31 Bü 5, Ber. v. Lindens vom 10. Nov. 1838; DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 11.

[9] Ebd., 10. Nov. 1838.

[10] Ebd. — Die Gefahr eines Religionskrieges scheint von Altenstein tatsächlich sehr ernst genommen worden zu sein: „Durch die Art der Auffassung des Schrittes Preußens von weltlichen katholischen Mächten ist eine Art von heimlichem Kriegszustand bewirkt worden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich der Fanatismus, das revolutionäre Bestreben und sogar eine engherzige Politik bemühen, die Irrung zu einem Religionskrieg zu gestalten . . ." (ebd.).

[11] Podlech S. 583.

[12] Möller, Laurent 1. Teil S. 434. — Dem steht allerdings die Aussage Cunys gegenüber (vgl. oben S. 148 Anm. 39).

Als symptomatisch für die wiederum stark gereizte Stimmung [13] wird von der Allgemeinen Zeitung vom 17. Okt. 1838 eine aus Aldenhoven bei Jülich gemeldete Ausschreitung gewertet. Hier habe sich ein Kaplan durch seinen Fanatismus hervorgetan, sich eine Partei geschaffen und deswegen das Mißfallen der Behörde erregt, woraufhin er vom Generalvikar versetzt worden sei. Seiner Gemeinde gegenüber stellte sich der Kaplan „als ein erzbischöfliches Opfer" dar, so daß sich diese seinem Nachfolger gegenüber höchst „feindselig" gezeigt habe. Dabei hätten die Reibereien eine derartige Hitze angenommen, daß man den Beamten des Orts die Fenster eingeworfen habe. Der Friedensrichter, welcher Ruhe habe stiften wollen, sei niedergeschlagen und mißhandelt worden. Schließlich hätten die Tumulte ein solches Ausmaß erreicht, daß sich die Gendarmen genötigt gesehen hätten, einen der Unruhestifter zu verhaften. Das habe die allgemeine Erregung jedoch nur noch gesteigert und zu wütenden Drohungen geführt, so daß man es für zweckmäßig gehalten habe, dreißig Mann Militär aus Jülich anzufordern, bei deren Erscheinen die Revolte schlagartig allgemeiner Ruhe gewichen sei. Der Kaplan wurde nach Eynatten an der belgischen Grenze versetzt [14].

Um diese Zeit wird auch von einer von Aachen mit dem Propst Claessen an der Spitze ausgegangenen Adressenbewegung an den König berichtet [15]. Selbst aus dem in den letzten Monaten so ruhigen Regierungsbezirk Düsseldorf wird am 8. Nov. 1838 berichtet: „In der öffentlichen Stimmung hat sich keine ungünstige Veränderung kundgegeben, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß die in Anregung gekommenen kirchlichen Fragen noch fortwährend die Gemüter beschäftigen" [16].

Alles sollte jedoch von den Ereignissen in Köln in den Schatten gestellt werden.

Vielleicht erregten die Tumulte des Kölner Ursulafestes um so mehr Aufsehen, weil es in Köln seit der Wegführung des Erzbischofs bisher verhältnismäßig friedlich geblieben war [17].

Offensichtlich durch die päpstliche Allokution ermutigt, traten die Kölner Ultramontanen im Herbst 1838 durch erhöhte Aktivität hervor [18]. Besonders der Pfarrer Johann Bartholomäus Beckers, der infolge seiner Kanzelreden bei den preußischen Behörden im Rufe eines ausgesprochenen Fanatikers stand [19], soll

---

[13] Vgl. hierzu auch Qu. Nr. 161.

[14] Allgemeine Zeitung vom 3. Nov. 1838; Hamb. unpart Corr. vom 22. Okt. 1838.

[15] Ebd.

[16] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16220, Zeitungsbericht der Regierung Düsseldorf für Oktober 1838.

[17] Hierauf weist auch ein Korrespondent in der Allgemeinen Zeitung vom 4. Nov. 1838 nochmals hin: „Wir lassen es dahingestellt sein, wie und warum; die Tatsache ist unbestreitbar! Manche behaupten, die Persönlichkeit des Erzbischofs habe diejenigen, die ihn am Sitze seiner Diözese in persönlichem Wirken kennenlernten, keineswegs für ihn stimmen können, da trotz seiner anerkannten Tugenden er nicht vom Vorwurf der Härte und Willkürlichkeit gegen seine Untergeordneten freizusprechen sei. Andere meinten, der unter preußischem Szepter immer mehr erblühende Flor Kölns habe die Augen der Gewinnsüchtigen für andere Interessen verschlossen. Wie dem auch sei, während Aachen und Koblenz von den Freunden Roms gepriesen wurden, erlitt Köln den Vorwurf der Gleichgültigkeit. Junge Geistliche ließen sich nun von Parteiführern oder von ihrer eigenen Aufregung dahin reißen, in Predigten oder auf andere Weise das Volk zu bearbeiten und es noch nachträglich zu entzünden; es gelang zum Teil."

[18] Allgemeine Zeitung vom 2. Nov. 1838.

[19] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. IV, Ber. vom 27. Okt. 1838. —

einer der eifrigsten Agitatoren gewesen und seine Reden immer heftiger und anzüglicher geworden sein [20]. Seine hierdurch ausgelöste und strengere Überwachung durch die Polizei blieb seiner Anhängerschaft nicht verborgen und schürte deren Erregung weiter; diese machte sich schließlich in einer Plünderung der Wohnung des Domkapitulars Filz Luft, in dem man, da man nicht imstande war, die komplexen Zusammenhänge zu durchschauen, den Schuldigen sah. Dieser Verstoß wider die geltende Ordnung wiederum bedingte das Einschreiten der Staatsmacht, was die Empörung der Volksmasse, unter ihr in erster Linie Angehörige der unteren Schichten, steigerte, so daß das Militär zeitweise auf verlorenem Posten zu stehen schien. Erst Verstärkungen ermöglichten es, die Menge auseinanderzutreiben, wobei man sich mit Verhaftungen nicht gerade wählerisch zeigte. Die Arretierten, so heißt es in zeitgenössischen Berichten, hätten sämtlich der „niedrigsten Klasse" angehört, und kaum zwei der insgesamt 54 Festgenommenen — unter ihnen nicht wenige Jugendliche — hätten sich durch eine etwas bessere Kleidung vom „Pöbel" unterschieden. Die mittleren und gehobenen Schichten hatten sich von den Ausschreitungen offenbar ferngehalten [21].

Hatte man auch keine Skrupel gehabt, einen Teil der Anhänger Beckers' festzunehmen, so wagte man es jedoch noch nicht, den streitbaren Pfarrer hinter Schloß und Riegel zu bringen [22].

3. *Die weitere Entwicklung der öffentlichen Stimmung in Köln und anderen Teilen der Provinz bis zum Ende des Jahres 1838*

Daß über die Kölner Vorfälle allenthalben Gerüchte zu wuchern begannen, ist unter den vorliegenden Umständen nicht verwunderlich. So spreche man davon, daß die rheinischen Regimenter sich geweigert hätten, gegen die Aufrührer zu marschieren. Dies wird jedoch in der Allgemeinen Zeitung vom 15. Nov. 1838 als glatte Lüge bezeichnet. Im Gegenteil, die rheinischen Soldaten seien zuletzt so wütend auf die „versammelten Rotten" geworden, daß die Offiziere sie nur mit Mühe im Zaum hätten halten können [1]. Zutreffend sei es dagegen, daß durch die Ausschreitungen abgeebte Emotionen wieder aufgerührt und die allgemeine Verstimmung gesteigert worden sei [2].

Früher Kaplan an St. Columba (eine Stelle, die nur den tüchtigsten jungen Geistlichen gegeben worden sei), war er zum Pfarrer von St. Ursula ernannt worden und soll es durch seinen Eifer dahin gebracht haben, daß diese Kirche, die vordem nicht besonders stark besucht gewesen sei, sich zu einer der am meisten aufgesuchten Kirchen Kölns entwickelt habe (Neue Würzburger Zeitung vom 22. Dez. 1838).

[20] Allgemeine Zeitung vom 2. Nov. 1838.

[21] Detailschilderung bei F. Keinemann, Die Unruhen bei der Feier des Ursulafestes 1838 in Köln, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, 1972, S. 138—147.

[22] Ebd.

[1] Diese Version findet in dem Bericht Ruppenthals an Rochow ihre Bestätigung: Die herbeigeeilten Truppen, unter ihnen eine große Anzahl geborener Kölner, hätten sich musterhaft gehalten und „mit solcher Energie gehandelt", daß man sie nicht habe anzufeuern brauchen; im Gegenteil, man habe sie zur Mäßigung auffordern müssen, was deutlich zeige, daß die „Umtriebe der Fanatiker" bei ihnen ohne Erfolge geblieben seien (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 7, 30. Okt. 1838).

[2] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 15. Nov. 1838. — Welch groteske Ausschmükkung Privatberichte über die Kölner Tumulte annehmen konnten, zeigt z. B. auch ein Brief im Quellenband Nr. 167.

In der Tat riefen die Kölner Tumulte bei der preußischen Staatsregierung erhebliche Besorgnis wach, zumal der bisher loyale Teil der katholischen Geistlichkeit durch diese Vorgänge nicht unerheblich eingeschüchtert worden sei [3]. Dennoch vertrat die der ultramontanen Bewegung im allgemeinen kritisch gegenüberstehende Leipziger Allgemeine Zeitung [4] die Auffassung, das Ansehen des Generalvikars Dr. Hüsgen und des Domkapitels habe sich wieder gefestigt. Man trete, soweit man könne, kräftig auf, und die Folgen blieben nicht aus. Das Konviktorium in Bonn, welches auf Geheiß des Erzbischofs von den Studierenden verlassen worden sei, fülle sich allmählich wieder an, und es könne leicht dahin kommen, daß die Vorlesungen der Hermesianer wieder in dem Maße besucht würden, wie ihre Hörsäle in den vergangenen Jahren verlassen gewesen seien [5].

Daß Hüsgen und das Metropolitankapitel mit einer gewissen Unterstützung der staatlichen Behörden, der Polizei und des Militärs die Diözesanverwaltung im großen und ganzen in der Hand behielten, ist nicht zu bezweifeln. Ob sie allerdings in der öffentlichen Meinung an Boden gewannen, ist wohl fraglich. Jedenfalls zeigte sich selbst Rochow in dieser Hinsicht äußerst skeptisch [6]. Vor allem in Köln greife immer mehr die Meinung um sich, daß der Papst mit der Diözesanverwaltung des Generalvikars vollständig unzufrieden sei und Hüsgen in einem unfreundlichen Schreiben zur Verantwortung über gegen ihn erhobene Anklagen aufgefordert habe. Das betreffe insbesondere die Anstellung des Kaplans Weber als Pfarrer in Graurheindorf [7], die Entlassung des Pfarrers Görres aus seinem Amte in Bonn [8], die Berufung des Professors Hilgers [9] auf jene Stelle und endlich die dem Pfarrer van Wahnem entzogene Dekanatsverwaltung [10]. Wenn man auch sicher sein könne, daß seitens des Kapitels über diese Fälle Amtsverschwiegenheit bewahrt werde, so würden doch aufgrund von Mitteilungen der Münchener Nuntiatur darüber Berichte in die süddeutsche Presse gelangen und einen sehr ungünstigen Eindruck machen. Rochow sieht hieraus schwerwiegende Folgen erwachsen: „Bei den jetzigen Konjunkturen, wo die Verwirrung ohnehin schon groß ist, wird sie dadurch noch mehr gesteigert werden, indem sich die Besorgnis daran

[3] Vgl. Qu. Nr. 166.
[4] Neefe S. 78.
[5] Wiedergabe in der Allgemeinen Zeitung vom 17. Nov. 1838.
[6] Für das Folgende: DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den König, 2. Dez. 1838.
[7] Weber war früher Kaplan an St. Columba in Köln gewesen und hatte sich sowohl durch seine wissenschaftliche Bildung als auch durch sein amtliches Wirken und seine persönliche Lebensführung als Priester ausgezeichnet. Nach sechsjähriger tadelloser Dienstzeit hatte er sich um die nicht sehr bedeutende Eifelpfarre St. Vith beworben. Da er jedoch nicht bereit gewesen war, die antihermesianischen Thesen Droste-Vischerings zu unterzeichnen, hatte der Erzbischof nicht nur die Übertragung des Vither Pfarramts an ihn unterbunden, sondern ihn sogar auf eine sehr schlechte Vikarie in Gemünd (Eifel) versetzt (Schrörs, Kölner Wirren S. 419—421).
[8] Vgl. unten S. 214.
[9] Gegen diese Ernennung wurde vor allem vorgebracht, Hilgers habe sich nicht nur öffentlich auf dem Lehrstuhl gegen das Hermesbreve erhoben, sondern auch eine Verteidigung des hermesianischen Systems veröffentlicht und in einer „giftigen Schrift" den Erzbischof angegriffen (Schrörs, Kölner Wirren S. 537). — Über die Verteidigung Hüsgens vgl. ebd. S. 537 f.
[10] Dieser war auf Drängen der Staatsregierung wegen „seines frechen durch eine ausländische Zeitung veröffentlichten Rundschreibens gegen Hüsgen" als Dechant abgesetzt worden (ebd. S. 530 f.).

knüpft, daß vielleicht ein Teil der ultramontanischen Geistlichkeit sich von der bisherigen Diözesanverwaltung, die sie doch nur ungern und mit Widerstreben anerkennt, gänzlich trennen werde; denn daß die römische Kurie dazu nächstens übergehen werde, dem Generalvikar die ihm übertragenen Fakultäten gänzlich zu entziehen, erwarten die Fanatiker mit einer großen Zuversicht".

Daß dem Lehrer an der Kölner höheren Bürgerschule, Philipps, in der Nacht vom 19. auf den 20. und wiederum am Abend des 22. Nov. 1838 durch Gewehrkugeln die Fenster eingeworfen wurden, führt Rochow auf den Haß der Radikalen gegen die Hermesianer zurück. So sei Philipps mit dem als Hermesianer geltenden Seminarlehrer Dr. Johann Engelbert Reber [11] befreundet. Es sei nicht ausgeschlossen, daß dieses „Bubenstück" auf die Veranlassung des Pfarrers Kerp oder dessen Kaplan Fey zurückgehe, die als Religionslehrer an der gleichen Schule in ihren Zöglingen oft nur zu willige Werkzeuge ihres Hasses gegen die Hermesianer zu finden schienen [12].

Auch dem 75jährigen Kölner Pfarrer Aldenkirchen, der es abgelehnt hatte, eine von dem Kölner Wachslichtfabrikanten Konstantin Weber angeregte Eingabe an den König zwecks Freilassung des Erzbischofs zu unterzeichnen, warf man die Fensterscheiben ein; nur um Haaresbreite entging der Greis dabei einer ernsthaften Verletzung. Ebensowenig blieb der Domkapitular Filz trotz einer Schutzwache von 6 Mann in seiner Wohnung unbehelligt [13]. Selbst das Militär war vor Überfällen nicht mehr sicher. In der Nacht vom 5. zum 6. November wurde die vor einem im Festungsbereich gelegenen Pulverschuppen postierte Schildwacht angegriffen. Hier war abends zwischen 17 und 18 Uhr ein mit brennender Tabakspfeife vorübergehender Passant von dem Wachtposten aufgefordert worden, die Pfeife wegzustecken, worauf er in Wut geraten sei und gedroht habe, „er werde wiederkommen". Zwischen 22 und 23 Uhr bemerkte derselbe Wachtposten fünf Männer, die anfingen, ihn mit Steinen zu bewerfen, offenbar, um herauszufinden, ob er scharf geladen habe oder nicht. Der Posten verfügte jedoch nicht einmal über Patronen. Als dies die Angreifer erkannt hätten, seien sie über den wachhabenden Soldaten hergefallen und hätten ihn „mit Steinwürfen, Säbelhieben und Fußtritten bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt" [14].

Auch der Pfarrer Kerp machte wieder von sich reden, erklärte er doch offen vor den Lehrern der höheren Bürgerschule, man müsse jetzt ernsthaft einen Religionskrieg befürchten; unter diesen Umständen würde er es vorziehen, nach Amerika auszuwandern, wenn er nur Geld genug dazu hätte [15].

Währenddessen hielt der immer noch auf freiem Fuß befindliche Beckers auf Einladung des Pfarrers Steinhausen in der Martinskirche unter großem Andrange des

---

[11] Zu Beginn des Sommersemesters 1837 war ihm von Droste-Vischering jegliche Vorlesungstätigkeit untersagt worden. Nach der Verhaftung des Erzbischofs gestattete Hüsgen ihm sowie seinen Kollegen die Wiederaufnahme ihrer Vorlesungen. Wegen Krankheit mußte Reber seine Arbeit jedoch im Herbst 1838 einstellen (vgl. Hecker S. 139—142).

[12] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den König, 2. Dez. 1838.

[13] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 11. Nov. 1838.

[14] Ebd.; ebd., Ruppenthal an Rochow, 6. Nov. 1838; St. A. Düsseldorf, Regierung Köln Nr. 62, Ber. des Kölner Polizeidirektors vom 6. Nov. 1838.

[15] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh. Brendamour an Seiffart, 11. Nov. 1838.

Volkes eine Prozession [16]. Gleichzeitig bemühten sich prominente Mitglieder der Martinsbruderschaft wie Weber und Parmentier [17], die auch weiterhin Unterschriften für eine Petition an den König zwecks Freilassung und Wiedereinsetzung des Erzbischofs sammelten [18], um besondere Feierlichkeiten anläßlich des Clemenstages (23. November), was jedoch nicht zuletzt an der festen Haltung des Generalvikars scheiterte [19]. So ging dieser Tag in Köln ohne auffallende Ereignisse vorüber, wozu auch möglicherweise eine Bekanntmachung der Behörde beigetragen hat, in welcher jegliche Art von Illumination bei einer Strafe von 50 Tlr. verboten worden war. Hierzu hatte man sich jedoch nicht ohne Bedenken und erst nach längerer interner Diskussion entschlossen, da man sich nicht sicher war, ob nicht ein offizielles Verbot erst recht oppositionelle Kundgebungen hervorrufen würde [20].

Wagte man auch keinen offenen Aufruhr mehr, so ging man jetzt zu versteckter Gewaltanwendung über. Im Schutze der Dunkelheit bewarf man am Abend des Clemenstages die Schildwache an der Regierungshauptkasse mit Steinen [21], was zur Folge gehabt haben soll, daß alle Posten fortan mit geladenem Gewehr Wache stehen mußten und Infanteriedetachements und Dragoner aus Deutz mit gezogenem Säbel Tag und Nacht durch die Straßen patrouilliert seien. Auch habe das Militär die Erlaubnis bekommen, von seinen Waffen jeden Gebrauch zu machen, wenn es erforderlich würde [22]. Außerdem soll, einem Bericht der Neuen

---

[16] Ebd., Brendamour an Seiffart, 16. Nov. 1838.

[17] Über sie berichtet der Kölner Polizeiinspektor Brendamour: „Es muß auffallend erscheinen, daß zwei Individuen wie Parmentier und Weber, die auf der niedrigsten Stufe der Bildung stehen und in der Gesellschaft einen ganz untergeordneten Rang einnehmen, in einer volkreichen Stadt wie Köln einen so großen Einfluß ausüben können. Parmentier ist ein armer Getreidemakler, Weber seines Handwerks ein Schuster, der einige Zeit Gehilfe eines Küsters war, demnächst in einem schon vorgerückten Alter eine noch ältere Witwe ehelichte, die einiges Geld und eine Wachslichtzieherei besitzt. Diese beiden Individuen sind aber nur die Werkzeuge fanatischer Priester und unschädlich, sobald man ernstlich gegen sie verfahren will“ (ebd.).

[18] Vgl. Qu. Nr. 190.

[19] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 11. Nov. 1838.

[20] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 7 Bl. 66—75; Qu. Nr. 172a. — In diesem Zusammenhang wird auch in der Allgemeinen Zeitung vom 30. Nov. 1838 die Ansicht vertreten, daß die angedrohte Bestrafung eher dazu geeignet gewesen wäre, „die Leute erst recht auf eine Handlung aufmerksam zu machen, an die sie sonst nicht gedacht hätten“. Vielmehr sei der ungestörte Verlauf des Tages darauf zurückzuführen, daß die Predigten in dieser Woche „größtenteils nur darauf berechnet“ gewesen seien, „die Gemüter zu beruhigen“, wie sich denn überhaupt jetzt auf allen Seiten ein gewisser Waffenstillstand stillschweigend offenbare. Man fühle, daß etwas im Werke sei; selbst wenn die Unterhandlungen mit Rom noch zu keinem Erfolge geführt hätten, so glaube man dennoch, daß eine Entscheidung in Berlin bevorstehe, und wolle diese erst abwarten. — Selbst wenn hinter dieser Meldung ein Wahrheitsgehalt stehen sollte, so ist man indes, wie die weiteren Vorfälle zeigen sollten, die Geister, die man rief, offenbar nicht so rasch wieder losgeworden.

[21] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den König, 2. Dez. 1838; Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 30. Nov. 1838.

[22] St. A. Düsseldorf, Regierung Köln Nr. 62, Ber. des Polizeidirektors, Köln, 6. Nov. 1838; vgl. auch Qu. Nr. 172. — Von einer Beschränkung auf dergleichne Ankündigungen zeigte sich ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung (30. Nov. 1838) wenig befriedigt: „Solche Anzeigen wie z. B., daß künftig die Schildwachen vor den Toren der Städte geladen haben würden, beweisen nur, daß wir in Polizeisachen noch vieles von anderen Staaten zu lernen haben. In Österreich würde in solchen Fällen mehr geschehen und weniger an die Glocke geschlagen werden.“

Würzburger Zeitung vom 4. Nov. 1838 zufolge, eine schon längst fällige zahlenmäßige Verstärkung der Kölner Polizei in die Wege geleitet worden sein.
Trotz dieser Sicherheitsvorkehrungen hören wir von Schreckschüssen und Petarden [23], mit denen man „die angeblich in der Verteidigung der Kirche lauen Gemüter auf einen besseren Weg führen" wolle. Unter anderem habe man eine Petarde vor dem Haus des Domherrn München losgelassen, die mehrere Scheiben zerschmettert haben soll [24].
Diese Exzesse waren nach der Auffassung Brendamours nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Beckers' Anhänger aufgrund der Tatsache, daß dieser bisher von den Behörden völlig unbehelligt gelassen worden sei, zu der Ansicht gelangt seien, man werde es nicht wagen, Hand an ihn zu legen, und das mache sie immer kecker [25].
Als symptomatisch für die gereizte Stimmung wird von der Allgemeinen Zeitung [26] auch ein zwischen einer Patrouille und Kölner Bürgern vorgefallener Zusammenstoß gewertet. So habe die Streife eine Dirne festnehmen wollen, die sich in beleidigenden Äußerungen ergangen habe. Sogleich hätten mehrere Passanten für die Dirne Partei genommen und versucht, sie zu befreien, was zur Folge gehabt habe, daß einer der Angreifer lebensgefährlich verletzt worden sei. Wie gespannt das Verhältnis zwischen Bürgern und Militär geworden war, zeigt auch ein Vorfall vom 15. November, als ein Offizier der Garnison am hellichten Tage auf belebter Straße „so gröblich beleidigt" worden sei, daß er, um sich der Belästigungen zu erwehren, den Degen habe ziehen müssen [27]. Auch daß sich die Lazarette mehr denn je mit Erkrankten und Verletzten füllten [28], dürfte andeuten, daß sich das Militär erheblichen Belastungen ausgesetzt gesehen hat.
Nach dem Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 14. Dez. 1838 hat jedoch die am frühen Morgen des 4. Dezember vorgenommene Verhaftung Beckers' zunächst nicht das geringste Aufsehen erregt: „Jedermann fühlte, daß es dazu kommen mußte, da es notorisch war, daß derselbe sich auf das feindlichste gegen die Regierung ausgesprochen hat" [29]. Über den Ablauf der Arretierung gibt die Neue Würzburger Zeitung [30] folgende Schilderung:
„Der Pastor kommt Dienstag, den 4., morgens früh aus seiner Kirche; mit ihm an seiner Haustüre langt zu gleicher Zeit ein Fiaker an mit zwei Personen in Zivil; sie treten ins Haus, der Verhaftungsbefehl wird vorgelegt und der Pastor aufgefordert, sie zu begleiten. Er wünscht, vorher zu frühstücken; ‚das könne später geschehen'. Man tritt vors Haus in den Wagen; zufällig kommt eine Patrouille, schließt sich an, ebenso zufällig später ein Detachement von 20 Dragonern."
Im großen und ganzen bestätigt der Bericht Brendamours diese Schilderung. Über die Hintergründe erfahren wir dabei folgendes: Allem Anschein nach war Beckers die bevorstehende Verhaftung bekannt geworden; daher traf der Polizeiinspektor

[23] Sprengkörper.
[24] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 23. Dez. 1838.
[25] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Ber. an Seiffart vom 11. Nov. 1838.
[26] Ausgabe vom 23. Dez. 1838.
[27] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 7, Brendamour an Seiffart, 16. Nov. 1838.
[28] Ebd., Ber. Seiffarts vom 24. Dez. 1838.
[29] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 14. Dez. 1838.
[30] Wiedergabe in der Allgemeinen Zeitung vom 25. Dez. 1838.

den Pfarrer nicht in seiner Wohnung an der Eigelsteinstraße an. Daraufhin verließ Brendamour mit einigen Begleitern die Wohnung, wobei er jedoch mit Bedacht hier zwei Gendarmen zurückließ. Beckers, dem offenbar die Nachricht von dem Weggang der Beamten überbracht worden war, glaubte nunmehr, ungefährdet in seine Wohnung zurückkehren zu können; bei seinem Eintritt wurde er indes von den Polizeibeamten in Empfang genommen und kurz darauf von Brendamour, der von der Rückkehr des Geistlichen rasch informiert worden war, verhaftet. Dieser Vorgang war jedoch nicht, wie es nach den Presseberichten den Anschein hat, ohne Aufsehen geblieben; vielmehr hatte sich nach dem Bericht Brendamours vor dem Hause des Pfarrers eine große Menschenmenge, unter ihnen vor allem laut schluchzende Frauen und Mädchen, versammelt. Beckers, unterdes in die Kutsche gebracht, versuchte, das Fenster herunterzulassen, um eine Ansprache an das versammelte Volk zu halten, woran er jedoch von Brendamour gehindert wurde. Unter den Drohungen und Verwünschungen der Menge, jedoch im übrigen unbehindert, setzte sich die Kutsche in Bewegung, und von der Artilleriekaserne ab wurde sie von einem dort postierten Dragonerkommando eskortiert [31].

Im Gegensatz zur obigen Darstellung der Allgemeinen Zeitung nahm die Gärung unter dem Volk den Worten Brendamours zufolge nach der Verhaftung des von vielen verehrten Priesters beträchtliche Ausmaße an. Man spreche von Anschlägen gegen die Wohnungen der Domkapitulare Filz, München und Schweitzer, ja sogar davon, das Gefängnis zu stürmen. Ebenfalls sei ihm die Absicht gewisser Kreise hinterbracht worden, die Wohnung des Leutnants von Damik zu demolieren, da dieser als Zeuge gegen Beckers aufgetreten sei und ihn erheblich belastet habe. Daraufhin habe man Sorge dafür getragen, daß die Patrouillen noch mehr verstärkt worden seien [32]. Allerdings scheint die Kölner Bevölkerung in unterschiedlichem Maße von der Erregung erfaßt worden zu sein [33].

Um das Vorgehen gegen Beckers zu rechtfertigen und der offensichtlichen Empörung unter der Bevölkerung entgegenzuwirken, ließ Ruppenthal in aller Eile durch den Polizeidirektor Heister — gewissermaßen in Parallele zum Publikandum der

---

[31] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 11, Brendamour an Seiffart, 4. Dez. 1838.

[32] Ebd. — In etwa wird dies auch in einem späteren Beitrag in der Allgemeinen Zeitung (5. Jan. 1839) anerkannt: Die ungewöhnliche Verhaftung Beckers' habe anfangs lediglich Befremden erregt, da selbst nach einem durch das Gericht verkündeten Strafurteil der Angeklagte nicht in Freiheit verbleibe, sofern er an die zweite Instanz appelliere. Als indes bekannt geworden sei, daß Beckers vor seiner Verhaftung nicht einmal verhört worden, geschweige denn, daß eine Untersuchung gegen ihn zu einem förmlichen Abschluß gekommen sei, habe sich große Bestürzung verbreitet. — Verständlicherweise rief die Verhaftung Beckers auch in anderen Orten, in denen die strengkirchliche Partei eine Rolle spielte, wie z. B. in Aachen, nicht geringe Erregung hervor (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Nr. 46, Zeitungsbericht für November 1838).

[33] So trifft die Kölner Regierung im Zeitungsbericht für Dezember 1838 folgende Differenzierung: „Die öffentliche Stimmung ist im allgemeinen befriedigend und finden die in der letzten Zeit vorgekommenen und bekannt gewordenen ernsten Maßregeln gegen die unruhigen und aufregenden Geistlichen bei allen Vernünftigen den gerechten Beifall. Ohne solche fanatische Aufhetzereien würde das Volk ruhiger geblieben sein . . ." (DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16999). Am Jahrestag der Gefangennahme des Erzbischofs, dem 20. Nov. 1838, soll auch in Köln der Clemens-August-Verein gegründen worden sein (Erzbischof Clemens August, Münster 1952, S. 66 [ohne Beleg]).

Staatsregierung nach der Wegführung des Erzbischofs — folgende Begründung für die Festnahme Beckers in die beiden in Köln erscheinenden Zeitungen (die Kölnische und den Welt- und Staatsboten) einrücken [34]:

„Die durch eine besondere, aus fünf gerichtlichen Beamten bestehende Kommission geführte Untersuchung hat das Resultat geliefert, daß der Pastor Beckers an der Kirche der H. Ursula in Köln mittelst Mißbrauches und vorsätzlicher Verletzung seiner Amtspflichten, durch frechen in seinen Kanzelreden ausgesprochenen Tadel der Staatsverwaltung Mißvergnügen bei dem Volke erregt und eine Aufreizung desselben veranlaßt hat, welche zu den am 26. Okt. c. stattgehabten tumultuarischen Exzessen Veranlassung gab [35]. Die genannte Kommission hat daher, nach vorher eingeholter Ermächtigung des hohen Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten, auf dem Grund der hier zur Anwendung kommenden Strafgesetze, die Verhaftung des Pastors Beckers verordnet, welche heute in gesetzlicher Form und mit der möglichsten Schonung stattgefunden hat."

Wie die Regierung selbst zugeben mußte, war diese Anschuldigung gegen Beckers „etwas zu bestimmt ausgefallen", wie auch die Angabe, daß die Verhaftung nach vorher eingeholter Ermächtigung des Ministeriums erfolgt sei, nicht zutraf [36].

Den von der Kölner Regierung begangenen Formfehler nutzte der vom Grafen von Hoensbroech zur Verteidigung Beckers' verpflichtete [37] Advokat Bauerband („ein rüstiger, sehr gescheuter Patron, der sich seiner katholischen Klienten mit Leidenschaft annimmt" [38]) nicht nur zu einer Gegendarstellung in der Presse („... daß der kompetente Richter noch zur Zeit über die erwähnten, gegen den Pfarrer Beckers erhobenen Beschuldigungen nicht erkannt ..." [39]), sondern machte auch vor dem Kölner Zuchtpolizeigericht die Klage anhängig, die Redakteure der genannten Zeitungen wegen der in der Öffentlichkeit verbreiteten Anschuldigung „unerwiesener Vergehungen" aufgrund der Artikel 367 und 368 des Rheinischen Strafgesetzbuchs als „Kalumnianten" verurteilen zu lassen. Dieser Zug zwang die Redakteure Dumont und Dr. Rave dazu, den Polizeidirektor Deister als Zeugen vorladen zu lassen. Damit bahnte sich an, daß die Regierung in die Rolle des Angeklagten abzugleiten drohte, und eben dies dürfte Bauerband wahrscheinlich auch beabsichtigt haben. Nur durch massiven Druck, insbesondere die Inanspruchnahme der Kabinettsordre vom 25. Febr. 1837, welche die Sistierung eines Prozesses ermöglichte, dessen „öffentliche Verhandlung leicht neue Aufregung verursachen" könnte, gelang es der Regierung, einer gerichtlichen Rüge zu entgehen [40].

---

[34] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4855, Ber. an Bodelschwingh, Köln, 15. Jan. 1839.

[35] Im einzelnen warf man Beckers an strafbaren Handlungen vor: 1. Die Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt; 2. Beleidigung des Kölner Domkapitels („Verräter unter den Katholiken"); 3. Grundlose Bezichtigung der Regierung, die katholische Kirche mit Füßen zu treten; 4. Böswillige Verbreitung des Gerüchts seiner angeblich bevorstehenden Verhaftung (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2527 S. 83 f.).

[36] St A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4855, Ber. an Bodelschwingh, 15. Jan. 1839.

[37] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 8. Dez. 1838.

[38] Möller, Laurent 1. Teil S. 450.

[39] Kölnische Zeitung vom 16. Dez. 1838. — Einer von Bauerband vor Gericht gehaltenen Rede soll nach Darstellung der Neuen Würzburger Zeitung jedoch von der Zensur die Druckerlaubnis versagt worden sein (nach der Wiedergabe in der Münchener Politischen Zeitung vom 29. Jan. 1839).

[40] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4855, Ber. an Bodelschwingh vom 15. Jan. 1839.

Man hatte zwar dadurch einen Prestigeverlust vermieden; die Volksseele schien sich indes nicht zu beruhigen. Blieben auch größere Tumulte aus [41], so nahmen dennoch einzelne „Harcelierungen" [42] ihren Fortgang [43]. Alle Posten seien fortwährend verdoppelt, und die Soldaten hätten scharfe Patronen. Das Militär sei gegen das Volk sehr aufgebracht, weil es glaube, daß dieses an allen lästigen Strapazen, Nachtwachen und Streifen schuld sei. Der Fremde kenne das sonst so heitere Köln nicht wieder [44]. Vergeblich versuchten gewisse Kreise auf dem Wege über die Landwehr den Garnisonskommandanten dazu zu bewegen, die Patrouillen einzustellen, und zwar begründete man das Gesuch damit, daß man nicht länger mit ansehen könne, wie die Linientruppen mit geladenen Gewehren die Straßen durchzögen und ruhige Bürger insultierten und mißhandelten [45].

Angesichts solcher Äußerungen gewinnt man den Eindruck, als ob die durch die Zwischenfälle aufgerührten Emotionen und die von derart verschiedenen Standpunkten ausgehenden Betrachtungsweisen hier den Blick für die Realitäten versperrten. Dennoch waren Unmut und Erregung in der Bevölkerung offenbar noch nicht so weit verbreitet, daß die Situation etwa revolutionären Charakter annehmen konnte. So hat auch trotz der in den Sicherheitsmaßnahmen sich andeutenden Besorgnis das Generalkommando der Rheinprovinz mit einem erneuten Ausbruch ernsthafter Tumulte in Köln oder anderen Städten nicht mehr gerechnet [46].

---

[41] Auch ein in der Allgemeinen Zeitung vom 25. Dez. 1838 wiedergegebener Bericht der Neuen Würzburger Zeitung führt lediglich an, daß die Verhaftung des verehrten Pfarrers „besonders die niedere Volksklasse" in tiefe Trauer und große Aufregung versetzt habe.

[42] Nach der Definition in Meyers Lexikon 6. Aufl. 1907 Bd. 8 S. 833 „den Feind durch fortwährende Angriffe necken".

[43] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 14. Dez. 1838.

[44] Wiedergabe eines Artikels der Neuen Würzburger Zeitung in der Allgemeinen Zeitung vom 25. Dez. 1838.

[45] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 12. Dez. 1838.

[46] So schreibt Borstell in einem Lagebericht vom 8. Nov. 1838 (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2527): „Wenngleich der Geist einer ungewöhnlich allgemeinen Aufregung, besonders in den großen Städten und ihren niederen Volksständen, als bestehend anerkannt werden muß und auch in einzelnen Fällen gegen das Militär und sogar gegen Polizeibeamte, Gendarmen, Schildwachen oder einzelne Außenposten bis zu Mißhandlungen recht feindselig und roh hervorgetreten ist, so findet dennoch, weder bei den höheren Zivil- und Militärautoritäten noch bei der notabeln Bürgerschaft in Aachen, Köln und Koblenz Besorgnis statt, daß die unruhigen und tumultuarischen Auftritte vom 26. Oktober in Köln, ohne zufällige Veranlassung, sich dort oder irgendwo in der Provinz erneuern werden". — Daß man in Kreisen des Gouvernements die Entwicklung allerdings nicht ohne Sorgen beobachtete, geht aus den Aufzeichnungen der Stiefschwester Rochows, Marie de la Motte-Fouqué, hervor, welche seit 1836 im Hause des Ehepaars Rochow weilte und in ihren Tagebüchern meist den unmittelbaren Eindruck des Erlebten und Gehörten niederschrieb: „Dezember 1838 ... Während sich Belgien rüstete, konnte man es für keine feindliche Demonstration, sondern nur für eine natürliche Vorsichtsmaßregel halten, wenn Preußen seine Truppen an der Grenze verstärkte. Amtlich wurde die Sache von diesem Gesichtspunkte aus aufgefaßt, doch auch nach zwei anderen Richtungen hin hielt man diesen Schritt für notwendig und wichtig. Die Aufregung in den Rheinlanden nimmt immer mehr zu; schon längst wünschten die dortigen Beamten eine Verstärkung der Truppen. Es kam darauf an, für den Fall einer Krisis protestantische Soldaten zur Hand zu haben; nun, da eine äußere Ursache zu ihrer Heranziehung droht, wollte man sie für die inneren Verhältnisse bereit halten ..." (v. d. Marwitz S. 263 f.). — Nach den Worten Johannes Laurents „kriegten die Preußen" wegen der Stimmung in Köln „schier den Durchfall vor Angst". Indes

Inzwischen nahm die gerichtliche Untersuchung ihren Fortgang. Zur gleichen Zeit verstärkte sich der Druck ultramontaner Kreise auf die Hauptbelastungszeugen, den Religionslehrer Schünkes und den 70jährigen pensionierten Pfarrer Horn. Täglich gingen ihnen Drohbriefe zu. Schünkes soll es nur einem Zufall zu verdanken haben, daß seine Wohnung nicht von einer Gruppe von Fanatikern demoliert wurde [47]. Zur selben Zeit fanden sich auch an Kirchentüren und Straßenecken wiederum Plakate mit aufrührerischen Parolen wie:

„Fluchet dem Könige!
Der Erzbischof Clemens August und Pastor Beckers
sind gefangen,
Die Preußen werden bald gehangen!
Greift zu den Waffen!“ [48]

Am 5. Febr. 1839 wurde Beckers in erster Instanz wegen „des unter Mißbrauch seines Amtsansehens gegen die im Staate getroffenen Anordnungen ausgesprochenen frechen, unehrerbietigen Tadels“ zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt sowie seines Amtes als Pfarrer entsetzt und zu allen ferneren öffentlichen Ämtern für unfähig erklärt [49]. Gegen den Richterspruch appellierten sowohl Beckers als auch die Staatsanwaltschaft, weil ersterer das Urteil als zu hart, letzterer es jedoch als zu milde angesehen habe [50]. Fiel das Verdikt gegen Beckers' Küster Gottfried Morsbach mit 6 Monaten Gefängnis offensichtlich milde aus [51], so wurden gegen mehrere bei den Ausschreitungen am 26. Oktober verhaftete Fabrikarbeiter und Tagelöhner Zuchthausstrafen von einem bis drei Jahre verhängt [52]. Unruhen und Ausschreitungen haben diese Urteile offenbar nicht zur Folge gehabt [53].

Die Bemühungen von Beckers' Verteidiger blieben indes nicht ohne Erfolg; es gelang ihm, für seinen Klienten „einen vorläufigen Freispruch“ zu erreichen. Da auch der König davon absah, den Generalvikar um eine Versetzung Beckers zu er-

---

erkannte selbst dieser leidenschaftliche Kirchenkämpfer an, daß auf eine Befreiungsbewegung in großem Stil nicht zu rechnen war: „Doch sind und bleiben die Deutschen ewig Kinder au fait de révolution. Wären nur 5 Franzosen oder Belgier dabei gewesen, um zu organisieren, so gings durch, und von den Verrätern im Kapitel blieb wenigstens nicht Einer an seinem schändlichen Leben. Gott verzeih mir's, daß ich den Schurken das gegönnt hätte“ (Schrörs, Neue Quellen S. 83).

47 DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 8. Dez. 1838; ebd. Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 12. Dez. 1838. — In einem solchen Brief hieß es z. B.: „Du sollst kein falsches Zeugnis wider Deinen Mitkollegen geben! Du hast ein falsches Zeugnis gegeben gegen einen Mann, der gerecht, der das ganze Volk vor sich hat; es wird selbem daher nicht schaden, wenn auch hundert solcher dummen, stolzen Hermesianer ihr Zeugnis gegen ihn ablehnen. Warum tatst Du es? — Alles hat seine Zeit“ (ebd.).

48 Ebd.

49 Schrörs, Kölner Wirren S. 598; Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 5. Jan. 1839; St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4855, Ber. vom 12. Febr. 1839.

50 Allgemeine Zeitung vom 3. März 1839.

51 St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4855, Ber. vom 12. Febr. 1839 mit beigefügter Sentenz. — Nach der Darstellung Rochows haben es sich Freunde Beckers' angelegen sein lassen, den Küster „zum Wahnsinnigen zu stempeln“ (DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den König, 2. Dez. 1838).

52 St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4855, Ber. vom 12. Febr. 1839 mit beigefügter Sentenz.

53 Nach einem Korrespondentenbericht der Allgemeinen Zeitung vom 3. März 1839 soll der Appellationsgerichtshof das Strafmaß für Beckers auf 3 Jahre erhöht haben. Hierfür findet sich allerdings keine Bestätigung. Im übrigen kommentiert der Korrespondent das Verhalten der Bevölkerung dahingehend, der Urteilsspruch habe nur

suchen und nicht einmal eine Ermahnung für angemessen hielt, kehrte der am 1. Juni 1839 in Freiheit gesetzte Beckers [54] in sein Amt zurück. Man hielt es indes für ratsam, ihn weiterhin sorgsam zu beobachten [55]. Ein langes Wirken in Köln sollte dem leidenschaftlichen Kirchenkämpfer jedoch nicht beschieden sein [56].

War im Spätherbst und zu Winteranfang 1838 die Volksstimmung in Köln also offensichtlich auf einem Tiefpunkt angelangt, so gewann eine auswärtige Beobachterin einen ähnlichen Eindruck bezüglich weiter Teile der Rheinprovinz überhaupt. Anläßlich einer Rheinreise schreibt Luise Hensel in einem Brief vom 28. Okt. 1838:

„Über meinen Aufenthalt bei Freunden am Rhein, wo ich hie und da einige Tage ausruhte, lassen Sie mich schweigen. Überall herrschte Trauer über die unglücklichen Zeitverhältnisse, auch wohl Bitterkeit über Verfolgung und Druck der Kirche, und selbst bei den liebsten und liebenswürdigsten Menschen konnte es einem nicht wohl werden, da man im eigenen Herzen Trauer und Mißbilligung trägt. Die Stimmung in den preußischen Rheinlanden ist wirklich fürchterlich, und wenn die Regierung in unseliger Verblendung fortfährt, von allem, was sie tun sollte, das Gegenteil zu tun, so kann man nur das Schlimmste erwarten“ [57].

Dürfte dieses Bild auch zu negativ ausgefallen sein, da die Dichterin wahrscheinlich ihre Informationen in erster Linie aus Gesprächen mit ihren vorwiegend zum strengkirchlichen Katholizismus neigenden Freunden gewonnen hat, so läßt es sich doch nicht übersehen, daß auch in anderen Gegenden der preußischen Rheinlande die letzten Monate nicht ohne Anzeichen von Erregung und Unruhe geblieben waren. So berichtet der Düsseldorfer Regierungspräsident von Spiegel am 12. Nov. 1838, daß das „Attentat in Köln“ wesentlich dazu beigetragen habe, daß die kirchlichen Wirren von neuem die Gemüter „vorzugsweise“ beschäftigten und „den Gegenstand der täglichen Unterhaltung“ abgäben. Zwar sei nicht mehr die Leidenschaftlichkeit zu bemerken, welche sich noch zu Anfang des Jahres 1838 bei ähnlichen Gelegenheiten kundgegeben habe, doch habe nach der Meinung aufmerksamer Beobachter ein tiefer Groll bei vielen katholischen Glaubensgenossen Wurzel gefaßt; auch spreche sich vielfach der Wunsch aus, die ganze Angelegenheit beseitigt zu sehen [58].

Daß Extremisten unter den Ultramontanen diese Stimmung zur Herbeiführung von Ausschreitungen benutzten, liegt nahe. So wurde am 6. Nov. 1838 in Düssel-

---

geringen Eindruck gemacht, da man gewohnt sei, „jeden Ausspruch eines Gerichts ohne Widerrede hinzunehmen“.

[54] Westfälischer Merkur vom 7. Juni 1839. — Zum Ausgang dieses Prozesses schreibt Joseph Laurent: „Der würdige Pastor Beckers in Köln ist denn doch freigekommen. Der Appellhof hat dabei freilich seine Unabhängigkeit bewiesen, daß aber sein Urteil zur Ausführung gekommen, hat nur der schlechte Empfang des Kronprinzen in Köln bewirkt. Das Volk hat ihm kein Vivat rufen wollen ... sondern mit lauter Stimme den Erzbischof zurückgefordert“ (Möller, Laurent 1. Teil S. 475). — Hier verkehrt Laurent offenbar Ursache und Wirkung. Der Kronprinz ist in Köln von der Bevölkerung recht herzlich empfangen worden. Allerdings soll die vorhergehende Freilassung Beckers hierbei mit eine Rolle gespielt haben (vgl. unten S. 258).

[55] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4855, Korrespondenz zwischen dem König und seinen Ministern, 5. Aug., 11. Sept. 1839.

[56] Vgl. unten S. 297.

[57] Schlüter, Briefe der Dichterin Louise Hensel S. 24; Binder S. 302—305.

[58] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh.

dorf ein Anschlag gegen das Haus des als liberal geltenden Konsistorialrats Bracht nur durch die Umsicht der Polizei vereitelt [59]. Angesichts dieser Umstände gelangt Spiegel auch in seinem Polizeibericht für den Monat Dezember 1838 zu dem Schluß, daß die Angelegenheit des Erzbischofs von Köln das „Publikum noch immer in hohem Grade" beschäftige. Mit größter Spannung sähen Katholiken wie auch Protestanten dem Ausgang dieses Verfahrens entgegen, wobei der Forderung immer lauter Ausdruck gegeben werde, die Beweise für die Schuld des Erzbischofs in einem Gerichtsverfahren vorzulegen [60].

Eine ähnliche Heimsuchung wie Bracht soll auch dem Bonner Hausbesitzer Riegler, der sich „etwas freimütig" über die Kölner Tumulte vom 26. November ausgesprochen habe, angedroht worden sein [61], während in Grefrath bei Neuß ein Kaplan vor der „Brutalität des aufgereizten Landvolkes" habe geschützt werden müssen, das in ihm den Veranlasser für die durch Hüsgen erfolgte Versetzung ihres bisherigen hier geschätzten, in Kreisen des Gouvernements jedoch als fanatisch geltenden Pfarrers Lambert Joseph Aldenhoff, eines Freundes Binterims und ehemaligen Aachener Schülers [62], zu sehen geglaubt habe [63]. Aldenhoff soll zu dieser Zeit auch seinen Freund Nellessen in Aachen aufgesucht haben, wo beide die gefeierten Helden des Tages gewesen seien [64]. Aldenhoff, der immer noch nicht seiner Versetzung nachgekommen sei, habe auch die weitverbreitete Erregung noch dadurch zu verstärken gesucht, daß er die Nachricht in Umlauf setzte, die Sache des Erzbischofs werde derzeit in Berlin entschieden und der Prälat dann unverzüglich in die Erzdiözese zurückkehren [65].

Wie Brendamour weiter in Erfahrung gebracht haben will, soll Anfang Dezember auch in Jülich das Militär insultiert worden sein [66]. Ferner berichtet der Kölner Polizeiinspektor, daß man sich in Königswinter gegen einen Bürgermeisterbeschluß, Brandeimer anzuschaffen, aus dem Grunde aufgelehnt habe, weil die Preußen doch nicht mehr lange im Lande bleiben würden. Auch kursierten hier Gerüchte von einem Ministerwechsel und einer Ausgleichung mit dem Erzbischof. Dabei blieben Drohungen gegen Geistliche, Beamte und andere Personen nicht aus [67]. Sogar in Düsseldorf kam es zu einem spektakulären Zwischenfall. Am Morgen des 1. Jan.

---

[59] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Ber. Brendamours an Seiffart, 11. Nov. 1838.

[60] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6.

[61] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Ber. Brendamours an Seiffart, 11. Nov. 1838.

[62] Franz August Müller S. 114. — Von Aldenhoff stammt auch die Broschüre „Zur Beleuchtung der Schrift: Die katholische Kirche in Preußen, von einem Freunde der Wahrheit, Mainz 1838" (ebd.).

[63] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Ber. Brendamours an Seiffart, 11. Nov. 1838.

[64] Ebd., Brendamour an Seiffart, 8. Dez. 1838.

[65] Ebd., Brendamour an Seiffart, 16. Nov. 1838. — Aldenhoff trat den Dienst in der ihm zugewiesenen Pfarre Kierdorf nicht an. Die Angelegenheit endete damit, daß Aldenhoff sich aus der Diözese Köln exkardinieren ließ und als Priester der Diözese Lüttich zu seinem Gesinnungsfreund Kloth in die Pfarre St. Jakob in Aachen zog. Nachfolger Aldenhoffs wurde erstaunlicherweise jedoch wiederum ein Mitglied des Aachener Kreises, Johann Peter Brender, bisher Kaplan Nellessens an St. Nikolaus (Franz August Müller S. 114).

[66] Ebd., Ber. an Seiffart, 14. Dez. 1838.

[67] Ebd., an Seiffart, 21. Dez. 1838.

1839 wurde an der Lambertuskirche ein sieben Köpfe und 12 Namen prominenter preußischer Staatsbeamter aufweisendes „Schandgemälde" entdeckt, das die aufreizende Unterschrift trug: „Durch diese Schurken sitzt unser Erzbischof schon übers Jahr unschuldig gefangen, und ihr Katholiken müßt zusehen, wie man euch alle eure Geistlichen vor der Nase wegraubt. Jagt sie fort, die preußischen Hunde! Gott ist mit uns" [68]. Selbst in einer Stadt mit altpreußischer Tradition wie Kleve war die Mißstimmung der Katholiken nicht zu übersehen [69], wie sich überhaupt das Jahr 1838 auch im Regierungsbezirk Düsseldorf „in Beziehung auf das katholische Kirchenwesen" als „ein höchst schwieriges" erwiesen hatte [70].

Ein regelrechter Volksauflauf, an dem sich vor allem die „geringere Volksklasse" beteiligte, war am 19. Dez. 1838 in dem dicht an der belgischen Grenze gelegenen Geilenkirchen (Reg.-Bez. Aachen) zu verzeichnen. Anlaß war das Gerücht, der Vikar Derichs, der schon mit mancher Äußerung bei den Behörden Anstoß erregt hatte [71], solle wegen einer Predigt verhaftet werden [72]. Hierüber heißt es in einer zeitgenössischen Pressemeldung weiter: „Abends strömten viele Bewohner der Umgebung nach dem Städtchen, und man lärmte vor der Wohnung des Landrats. Aus dem schon in Belgien gelegenen Orte Bruchhausen scheinen Emissäre gekommen zu sein, welche zur Ruhe ermahnten, weil man einsah, daß eine verkehrte Zeit gewählt sei. Am nächsten Morgen fand ein ähnliches Zusammenlaufen statt, jedoch ohne Resultat, nur daß man den Pfarrer Müller in der Vorstadt durch Vivatrufen in Verlegenheit setzte ... Dies alles wird von Belgien her betrieben" [73].

Im Herbst 1838 mußte auch der Trierer Regierungspräsident, der sich bisher im großen und ganzen mit der öffentlichen Stimmung in seinem Amtsbereich zufrieden gezeigt hatte, zugeben, daß sich „durch die Umtriebe katholischer Fanatiker" die Verhältnisse „immer unangenehmer und bedenklicher" gestaltet hätten. Die Disziplin in der nunmehr zwei Jahre lang eines Oberhirten entbehrenden Diözese sinke immer mehr, während die „Anmaßung und Frechheit" eines großen Teiles der katholischen Geistlichkeit täglich zunehme. So werde es auch der Allerhöchsten Kabinettsorder entgegen immer mehr zur Regel, daß katholische Geistliche Losschein und Trauung verweigerten, wenn nicht vorher ein schriftliches Versprechen über die Erziehung der Kinder in der katholischen Religion abgegeben werde. Eifrige katholische Pfarrer hätten es sich überdies ausbedungen, daß Evangelische zu Taufen überhaupt nicht mehr hinzugezogen würden [74].

Im Regierungsbezirk Koblenz haben die Kölner Unruhen, abgesehen davon, daß in der Nacht vom 17. zum 18. Nov. 1838 drei Geschütze des Exerzierbataillons in Koblenz vernagelt und verkeilt worden sein sollen [75], offenbar zu keinen nennenswerten Rückwirkungen geführt. Wie der Landrat zu St. Goar, Heuberger, in

---

[68] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 857.
[69] Vgl. Qu. Nr. 168.
[70] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 1465, Verwaltungsbericht für 1838.
[71] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4851.
[72] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 33 Bl. 23, Auszug aus dem Immediatbericht der Aachener Regierung für Dezember 1838; St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. 472, Ber. für das Jahr 1838. — Ein Berichterstatter des Hamb. unpart. Corr. (10. Jan. 1839) nennt dem gegenüber den Kaplan Dorinck.
[73] Ebd.
[74] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, Polizeibericht für Oktober 1838.
[75] Hase S. 204.

seinem Zeitungsbericht für November 1838 darlegt, höre man vielfach sogar Äußerungen des entschiedenen Tadels gegen „die Agitatoren der öffentlichen Meinung". Selbst Geistliche, bei denen wegen des Kölner Ereignisses eine Mißstimmung gegen das Gouvernement früher nicht zu verkennen gewesen sei, schienen nunmehr zu der Einsicht zu gelangen, daß sich die ultramontanen Umtriebe lediglich zum Nachteil der katholischen Kirche und des vernünftigeren Teiles des Klerus auswirken würden [76].

Eine gewisse Mißstimmung war unter den katholischen Einwohnern des Regierungsbezirks Koblenz jedoch auch weiterhin nicht zu verkennen, wenn diese auch örtlich recht unterschiedlich war. Am ausgesprochensten bekundete sie sich wohl in der Stadt Koblenz. So kam auch die Regierung in ihrem Polizeibericht für November 1838 zu dem Ergebnis, daß in der Provinzialhauptstadt die Stimmung unter „einem Teile der höheren Stände in politischer Hinsicht" nicht als gut bezeichnet werden könne [77]. Allerdings gab auch in Koblenz der Clemenstag zu keiner Illuminierung Anlaß. Lediglich in einer geschlossenen Gesellschaft, an der 40 Bürger teilgenommen hätten, sei der Namenstag des Erzbischofs mit „Gesang und Lebehochs" gefeiert worden [78]. Nach einer Meldung des Frankfurter Journals [79] sollen allerdings für den 23. November erhebliche Vorbereitungen getroffen worden sein, „um die herrschende Aufregung zu benutzen oder doch wo möglich zu vermehren". Doch sei dieses Vorhaben durch die Umsicht der Behörden vereitelt worden: „Sämtliche Truppen waren in den Kasernen consigniert, und ein Bataillon mußte die ganze Nacht hindurch unter Waffen bleiben. Patrouillen von berittener Gendarmerie und Linienmilitär mit scharf geladenen Gewehren durchzogen unaufhörlich alle Straßen der Stadt". Eine Bestätigung für diese dramatisierende Schilderung des Frankfurter Journals findet sich allerdings nicht.

Als für das Gouvernement nicht sehr günstig wird auch die vorherrschende Stimmung in benachbarten Orten im Landkreis Koblenz wie z. B. Bassenheim und

---

[76] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh. Bl. 28—30.

[77] Ebd., Koblenz, 1. Dez. 1838.

[78] Ebd., Bodelschwingh an Rochow, 24. Nov. 1838. — Dagegen heißt es in einem Bericht der katholischen Kirchenzeitung (Wiedergabe in der Neuen Würzburger Zeitung vom 1. Dez. 1838), daß sich, nachdem in der mit sämtlichen Fahnen der Zünfte ausgeschmückten St.-Castor-Kirche ein feierliches Amt gehalten worden sei, über 100 Bürger zu einem Abendessen versammelt hätten. Aus der bei diesem Anlaß zum Ausdruck gekommenen Verehrung zieht der Verfasser des Berichts die Folgerung: „Die Gesellschaft war ganz aus eigenem Antriebe zusammengekommen, und da sie nur aus einheimischen Koblenzer Bürgern bestand, so liefert auch diese Tatsache einen trefflichen Kommentar zu der von einer gewissen Seite her öfters laut gewordenen Äußerung, als sei die gegenwärtige Stimmung des Volkes eine momentane, die nur durch die Umtriebe einzelner und namentlich einiger Fremden künstlich erregt und erhalten werde. — Jeder, der nicht geradezu mit Blindheit geschlagen, muß erkennen, daß das ganze Leben des Volkes, wie es jetzt sich kund gibt, und besonders das kirchliche, der deutlichste Ausdruck einer tief im Herzen des Volkes wurzelnden Gesinnung ist." — Unter den bei dieser Gelegenheit ausgebrachten Toasten sei der auf Görres, den treuen Sachwalter der Rheinlande und unerschrockenen Verfechter der kirchlichen Freiheit, mit außerordentlichem Enthusiasmus aufgenommen worden (ebd.). — Von einem Gottesdienst in einer der Hauptkirchen der Stadt, der insbesondere von Angehörigen der höheren Klasse besucht worden sei und dem auch verschiedene Zünfte mit wehenden Fahnen beigewohnt hätten, berichtet auch das Frankfurter Journal (Wiedergabe in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 10. Dez. 1838).

[79] Wiedergabe in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 10. Dez. 1838.

Vallendar beschrieben [80], während andere Ortschaften wie Rhens, St. Sebastian und Winningen von den Auswirkungen der kirchlichen Wirren offenbar ziemlich unberührt geblieben waren [81].

Auch in den übrigen Kreisen des Regierungsbezirks Koblenz ergab sich ein ähnlich unterschiedliches Bild. Von einer gereizten Stimmung der katholischen Bevölkerung ist in landrätlichen Berichten für die Kreise Ahrweiler [82] und Zell [83] und mit Abstrichen auch für Neuwied [84] die Rede. Von zunehmenden Spannungen zwischen den Konfessionen weiß auch der Landrat des Kreises Simmern zu berichten [85]. Ziemlich in den Hintergrund getreten war nach den Ausführungen der Landräte dagegen die Diskussion über die erzbischöfliche Angelegenheit in den Kreisen Altenkirchen [86], Cochem [87], Mayen [88], Adenau [89] und Kreuznach [90], wo für den Landmann vor allem sein wirtschaftliches Wohlergehen im Vordergrund seiner Überlegungen stehe. Zum Teil werde auch hier der Sorge wegen drohender kriegerischer Verwicklungen mit dem Ausland Ausdruck gegeben [91]. Sollte dieser nicht zu wünschende Fall eintreten, so würde allerdings, wie der Landrat zu St. Goar, Heuberger, ausführt, selbst bei den Katholiken seines Kreises, die wegen des Kölner Ereignisses verstimmt schienen, die Untertanentreue auch nicht einen Augenblick gefährdet sein [92].

Insgesamt gelangt die Koblenzer Regierung in ihrem Zeitungsbericht vom 6. Jan. 1839 [93] zu dem Resultat, daß sich die Mißstimmung weitaus stärker in den größeren Städten als auf dem Lande bemerkbar mache. Das Gefühl für Recht und Gesetzmäßigkeit herrsche indes überall vor, ebenso bei dem größten Teil der Bevölkerung Zufriedenheit mit dem erreichten Wohlstand. An dieser Haltung etwas zu ändern, werde auch weder den „Einflüsterungen" von „Exaltierten" und „Böswilligen", vor allem in den größeren Städten, noch dem Einfluß gewisser Blätter gelingen.

Derart zuversichtlich zeigt sich der Verfasser eines aus Düsseldorf vom 18. Nov. 1838 datierten und im Hamb. unpart. Corr. vom 22. Nov. 1838 veröffentlichten Schreibens allerdings nicht; vielmehr äußert er angesichts der derzeitigen Erscheinungen und Tendenzen erhebliche Befürchtungen für die zukünftige Entwicklung: „Mit Besorgnis sieht der rechtlich gesinnte und aufgeklärte Rheinländer bei der Toleranz unserer Regierung der Zukunft entgegen; denn wohin das bisher gar nicht behinderte Treiben des revolutionären Teils der Geistlichkeit führen dürfte, läßt sich nicht absehen, und man sieht nicht in den in der Rheinprovinz verbreiteten Proklamationen, in den Zeitungsartikeln, welche den Anschluß dieser Provinz an Belgien hinsichtlich der Handelsverbindungen preisen, in der Errichtung der Eisenbahnen zwischen beiden Ländern und in den Intrigen mancher Mit-

---

[80] Vgl. Qu. Nr. 188 a.
[81] Ebd.
[82] Qu. Nr. 188 i.
[83] Qu. Nr. 188 j.
[84] Qu. Nr. 188 d.
[85] Qu. Nr. 188 n.
[86] Qu. Nr. 188 c.
[87] Qu. Nr. 188 f.
[88] Qu. Nr. 188 g.
[89] Qu. Nr. 188 h.

glieder der belgischen Hierarchie die Bemühungen, Rheinpreußen mit Belgien zu vereinigen und die geistige Freiheit jener Provinz unter den Krummstab zu bringen. Jener Teil der Geistlichkeit scheut kein Mittel, welches zu diesem Ziele führen könnte ... so sucht man die Masse des Volkes für vorhabende Zwecke zu fanatisieren. Zu letzteren gehören beispielsweise die ... auf Veranlassung eines vor kurzem verstorbenen Geistlichen fabrizierten Attrappen-Dosen mit den famösen revolutionären Inschriften, die für ein Spottgeld zu habenden Abbildungen von Clemens August, der jetzt über dem Bett oder am Spiegel des Geringsten hängt ... Die Zeit ist reif, und man hofft sehnlichst, daß jetzt in Berlin ein Gesetz emaniert wird, nach welchem die demagogischen Umtriebe der Geistlichkeit beurteilt und bestraft werden können, wie der Code Napoleon es will. Auch hofft man, daß hier die Schließung der Ehe wieder wie früher zu einem Zivilakt erhoben werde, um den Strömungen Einhalt zu tun, welche das Familienleben jetzt so oft trüben".

4. Zur derzeitigen Haltung der Staatsregierung in der Kölner Frage: Eindrücke und Kritik zeitgenössischer Beobachter

Boten Geschehnisse und öffentliche Stimmung in „Rheinpreußen" [1] gegen Ende des Jahres 1838 weithin den Eindruck von Aufregung, Unzufriedenheit, Verstimmung in unterschiedlichen Graden oder auch Gleichgültigkeit [2], kaum jedoch von Vertrauen, Zuversicht und freudiger Zustimmung zum politischen Kurs der Staatslenker, so war auch das Bild, das ausländische Beobachter in Berlin von dem derzeitigen am Hof und in der Regierung vorwaltenden Geist gewannen, ebensowenig befriedigend. So attestierte der englische Gesandte Lord Russell der derzeitigen preußischen Staatsregierung nahezu förmliche Handlungsunfähigkeit [3]:
„Since the violent act of arresting an archbishop in his metropolitan city the Cabinet of Berlin has taken no decided measures to justify the deed, repair the

---

90 Qu. Nr. 188 m.
91 Qu. Nr. 188 f, 188 l.
92 Qu. Nr. 188 l.
93 St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 958.

[1] Inoffizieller, in der zeitgenössischen Presse vielfach verwandter Ausdruck.
[2] Ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung vom 28. Dez. 1838 gibt zwar der Ansicht Ausdruck, wenn man in Berlin bloß „von einer partiellen Aufregung träume", so irre man sich sehr. Gerade aber dies, nämlich ein sehr unterschiedliches Verhalten, ein recht komplexes Bild, dürfte in der Tat eher der Wirklichkeit entsprochen haben. Wenn ein Korrespondent der Neuen Würzburger Zeitung in diesem Zusammenhang die Situation mit den Worten schildert: „Es ist, als ob dumpfe Trauer überall auf dem Lande lagerte" (Qu. Nr. 160), so ist dies als eine pathetische Übertreibung einzustufen.
[3] Für das Folgende: Public Record Office F. O. 64/216, 31. Okt. 1838. — Selbst der König zeigte sich z. B. über die mangelnde Aktivität, die Sache des Staates publizistisch wirkungsvoll zu vertreten, unzufrieden. So findet sich etwa neben einer Passage in einer Ministerialdenkschrift vom 10. Nov. 1838 (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 11), „daß eine öffentliche Erwiderung auf die Allokution vom 13. Sept. folgen müsse", die Marginalie: „Sehr übel ist es, wie gesagt, daß es nicht früher geschehen. Man würde jetzt weit weniger im Finstern tappen, als dies leider jetzt statthat". Ähnlich heißt es zu dem Vorschlag, eine für sämtliche Diözesen der Monarchie anwendbare Belehrung über die Behandlung der gemischten Ehen herauszugeben: „Hätte längst geschehen müssen, und ein großer Fehler, daß damit so lange gesäumt worden ist".

error, give satisfaction to the catholic population or confirm the hopes of the Protestant Church. — It has remained paralysed, terrified apparently at its own violence, unwilling to yield, yet afraid to go forward. — The Pope, taking advantage of the pusillanimity of the Prussian Cabinet and growing bolder as they grew weaker, has sent forth an Allocution equal in its effect to the bulls that were thundered from the Vatican by Gregory and Boniface in the Middle Ages. It has withdrawn the mass of Catholics from their civil government and made them for the moment subject to the spiritual authority of the Pope. — This is a serious calamity arising entirely from the conflicting violence and weakness of the Prussian Cabinet and which they apparently have not the capacity or the courage to repair."

Diese schwankende Haltung habe darüber hinaus weitreichende Folgen für das Ansehen Preußens in den fortschrittlich gesinnten Kreisen ganz Deutschlands gegezeitigt:

„When the Archbishop of Cologne was arrested, the whole Protestant Church and many enlightened Catholics rejoiced at it, not that they approved the act — it was generally condemned as arbitray and injust — but they thought it would lead to the establishment of a National and independent Church and by placing Prussia at the head of the Protestants place her at the same time at the head of the enlightenment and consequently of the freedom and public opinion of Germany. This hope was soon destroyed; the very joy expressed by the liberal party alarmed the Prussian Cabinet; they shrunk from and trembled at the applause that greeted them. They dreaded the rebukes of Austria and Russia, they wished to retrace their steps, but found the door shut against them by the Pope, and thus they have been ever since doubting, wavering, trembling, thundered at by the Vatican, cheered on by the Protestants, scolded by Russia, led by Austria like a ‚will of the whisp' into the marches of doubt and the laughter of the friends of change and progress."

Diese Staatskrise sei jedoch nicht allein die Folge von jüngsthin begangenen Fehlern und Versäumnissen, vielmehr reichten die Ursachen Jahrzehnte zurück:

„The King of Prussia, having failed to give a constitution to his people, ought to have redeemed the omission by placing the nation at the head of the enlightened masses of Germany. He would by so doing have rallied round him the constitutional states, have directed the Diet and by its means governed Germany. This would have given satisfaction to the German People; public opinion would have had its influence and the power of the Empire would have been concentrated. Instead of this Prussia has been without system or independence the alternate instrument of Russia and Austria and has placed at hazard the institutions and stability of the Kingdom, and now we see the feelings of the Court and Ministry directed one way, the sympathies and interests of the Nation pulling another way."

In dieser Auffassung begegnet sich der parlamentarischer englischer Tradition verhaftete Russell mit liberal gesinnten deutschen Literaten wie Gutzkow und Varnhagen von Ense, hatte doch letzterer in einer Tagebucheintragung vom 16. Febr. 1838 [4] bemerkt: „Gutzkow hat es gewagt, in seinem Telegraphen bei Gelegenheit

[4] Tagebücher Bd. 1 S. 78.

der Kölnischen Sachen von der Stütze und der Kraft zu sprechen, welche Preußen in einer Repräsentativverfassung jetzt fände, wenn es die versprochen hätte! Das kühne Wort verdient angemerkt zu werden".

Auf die schwache Basis der preußischen Regierung verweist Varnhagen auch in einer Tagebucheintragung vom 13. April 1838 [5]: „Eine Regierung, die den Preßzwang handhabt, die es mit dem König von Hannover hält ..., die kann allerdings gegen Rom nicht viel aufbringen, die müßte eigentlich an Rom sich anschließen".

Dieser offenbar fehlende Rückhalt und der Mangel an moralischer Kraft der Staatsführung rufen in Varnhagen die Besorgnis hervor, die Regierung könne in eine ähnliche Kalamität geraten wie 1806:

„Tumult in Köln. Diese Dinge, an sich von keinem Belang, können dann weit führen, wenn sie fortfahren, in Preußen eine prinzipienlose und schwache Regierung zu enthüllen. Ich sage schon lange, wir sind wie vor der Schlacht von Jena, — alles vortrefflich, gedeihlich und schön, sogar dauerhaft, nur stoßen darf niemand dran! — Die Ursachen, warum es so ist, sind dieselben wie damals. (also nicht vortrefflich, gedeihlich und schön)" [6].

Selbst der Bruder des Innenministers, Theodor Heinrich Rochus, vertrat in einem Schreiben aus Bern vom 21. Nov. 1838 die Ansicht, daß das „vascillierende System" Preußen alles Ansehens beraube und daß das Kabinett als ein „leidendes" statt als ein „handelndes" erscheine. Seien sich sein Bruder und Werther zwar einig in der Art der zu ergreifenden Maßregeln, so habe demgegenüber Alvensleben ein Votum abgegeben, das für „abwartende, hinhaltende Maßregeln" stimme: „Gott weiß, ob das verwandten und bequemen Anklang findet" [7].

Zwar verlautete im Dezember, daß nach längerem Tagen der Staatsratskonferenzen, über deren Fortgang die widersprüchlichsten Gerüchte Verbreitung fanden [8], das Erscheinen neuer, die kirchlichen Verhältnisse regelnder Gesetze, bevorstehe [9]. Daß damit eine „Erledigung der bestehenden Verwickelungen" erzielt werde, glaubte man jedoch in weiten Kreisen offenbar nicht [10], zumal die preußische Staatsführung zu einer „vollständigen Emanzipation" der katholischen Kirche, wie sie in

---

[5] Ebd. S. 87.

[6] Ebd., 1. Nov. 1838, S. 110—111.

[7] Briefe des ... Theodor Heinrich Rochus von Rochow, hrsg. von E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 170 f.

[8] Hieß es nach einem Bericht der Augsburger Postzeitung aus Berlin (19. Nov. 1838), viele drängten auf militärische Maßnahmen, damit die „Widerspenstigen mit kräftiger Hand zum Gehorsam gebracht" würden, so meldet das gleiche Blatt am 7. Dez. 1838, man sei darüber übereingekommen, „allgemeine, alle Provinzen umfassende Maßregeln nehmen zu müssen", die „einen milden ausgleichenden Charakter tragen" würden.

[9] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9 a Nr. 87, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1838 Nr. 410, Ber. Wilckens vom 16. Dez. 1838.

[10] Ebd., Nr. 88, Gesandtschaftsberichte 1839 Nr. 414, 6. Jan. 1839. — Wenigstens hatten sich die Spannungen mit Bayern nicht weiter verschärft, so hatte die bayerische Regierung, vor allem unter österreichischem Druck, den Redakteur der Neuen Würzburger Zeitung, Zander, wenigstens formell zum Rücktritt bewogen. Dieser Schritt entzog Preußen seine Begründung für seine angedrohte Klage beim Deutschen Bund (vgl. Grisar, Bayern und Preußen zur Zeit der Kölner Wirren, insbesondere S. 40—60; 120 ff.).

der ihr nahestehenden Presse gefordert wurde [11], offensichtlich noch nicht bereit war. So waren z. B. auch die Vorschläge, die Altenstein dem König unterbreitete, recht vage: „Nur sehr entschiedene Schritte zugunsten der Katholiken können einigen Erfolg bei dem Mißtrauen haben, welches künstlich und in Verfolg des früheren Ganges entstanden ist. Es muß geschehen, was recht und gut ist, allein zugegeben werden, daß die Wirkung langsam, wenn auch deshalb vielleicht um so sicherer ist". Allerdings seien die „jetzigen Bewegungen" nicht nur auf dem religiösen oder politischen Gebiete zu bekämpfen, vielmehr müsse auch mit polizeilichen Maßnahmen gegen Vergehen der Geistlichkeit vorgegangen werden. Sei auch in einer Staatsverfassung wie der preußischen die Polizeigewalt für umfassende Aufgaben solcher Art nicht organisiert, so müsse dennoch angesichts der „durch das Vorschreiten der Hierarchie veranlaßten religiösen Aufreizung, unterstützt und erhöht durch politische Einwirkungen von außen, namentlich durch eine als Mittel zur Erreichung politischer Zwecke geschützte, zügellose revolutionäre Presse und durch die im Finstern schleichenden gefährlichen revolutionären Institutionen" das Möglichste an polizeilichen Maßregeln angewandt werden [12].

5. *Die Ablösung des Ministers von Kamptz und die Ernennung Ruppenthals zum Leiter der rheinischen Justizverwaltung im preußischen Justizministerium*

Zeigte man sich in Berlin — zur Freude gewisser Ultramontaner [1] — offenbar nicht gewillt oder unfähig, den Konflikt zwischen Staat und Kirche auch nur um einen Schritt der Lösung näher zu bringen, so raffte man sich jedoch auf einem anderen Sektor zu einer Maßnahme auf, die in „Rheinpreußen" großen Jubel hervorrief: der Ablösung des Direktors der rheinischen Justizverwaltung, des Ministers Karl Albert von Kamptz [2]. Die Art und Weise seiner bisherigen Amtsführung [3], der geringe Widerhall, den er mit seinem Plan eines rheinischen Provinzialrechts im Landtag und in der Öffentlichkeit fand, sein verhaßtes System der Bespitzelung und mancherlei Mißgriffe in seiner Personalpolitik [4] hatten hier viel Staub aufgewirbelt [5]. Gab ein persönlicher Konflikt, in den Kamptz verwickelt wurde, den Anlaß für seine Ablösung (Kabinettsorder vom 17. Dez. 1838), so hat doch beim König und seinen Beratern vermutlich auch das Motiv mit eine Rolle gespielt, durch diese Maßnahme die durch den Kirchenstreit aufgeregten Gemüter zu beschwichtigen. Von Kamptz' Nachfolger Karl Ferdinand von Ruppenthal, der im Rufe eines integren Beamten stand und in der Rheinprovinz, besonders in

[11] Augsburger Postzeitung vom 13. Dez. 1838.
[12] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 11, 10. Nov. 1838.

[1] So äußerte z. B. Johannes Laurent in einem Brief vom 8. Nov. 1838 den Wunsch: „Hoffentlich gibt ... der Affenschwanz König nichts nach, damit der Sieg der katholischen Sache desto vollständiger werde" (Schrörs, Neue Quellen S. 84).
[2] Vgl. hierzu (mit weiteren Literaturangaben): F. Keinemann, die Ernennung Ruppenthals zum Leiter der rheinischen Justizverwaltung im preußischen Justizministerium und ihr Echo in der rheinischen Bevölkerung (1838), in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 1973.
[3] Vgl. Landsberg, Das rheinische Recht und die rheinische Gerichtsverfassung in: Die Rheinprovinz I S. 169 ff.
[4] Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 173.
[5] Ebd.; Landsberg S. 169 ff.

Köln und Aachen, als recht populär galt und der sich über die Grenzen des Rheinlands hinaus allgemein eines hohen Ansehens erfreute, wußte man, daß mit ihm ein Mann ernannt wurde, der mit den Interessen der Rheinprovinz bestens vertraut und für sie, insbesondere für die Beibehaltung des rheinischen Rechts, einzutreten bereit war.

Die Berufung Ruppenthals wurde in der rheinischen Presse begeistert gefeiert. Der weithin verbreitete Enthusiasmus soll sogar so weit gegangen sein, daß der Advokatenstand, der früher zu den Gruppen zu rechnen war, die ein besonderes Mißfallen über die gesetzwidrige Entfernung des Erzbischofs bekundet hatten, nunmehr seine Opposition gegen das Gouvernement weitgehend aufgegeben habe [6]. Zweifellos trug diese Personalentscheidung dazu bei, dem gerade im Herbst 1838 in manchen Regionen der Rheinprovinz besonders auffälligen Mißmut entgegenzuwirken.

Auch der Nachfolger Ruppenthals im Amt des Kölner Regierungspräsidenten, Karl von Gerlach, der zum größten Bedauern weiter Kreise in Berlin aus seiner dortigen Position als Polizeidirektor ausgeschieden war, stand nicht weniger in dem Rufe eines klugen, aktiven Mannes, der sich ausgezeichnet auf die Psychologie der Massen verstehe [7]. Vergeblich bemühte sich die Neue Würzburger Zeitung, ihn als Freimaurer zu verunglimpfen [8]. Seine Kontaktfähigkeit stellte der Altpreuße Gerlach unmittelbar nach seiner Ankunft in Köln, die in die Karnevalszeit fiel, unter Beweis. Das Fastnachtskomitee, in dem Anfang Januar noch Stimmen laut geworden waren, das Volksfest abzusagen, „solange man zwischen Bajonetten und geladenen Gewehren in den Straßen wandern müsse, wodurch der Sinn für jegliche Vergnügung unterdrückt werde“ [9], machte ihm unverzüglich seine Aufwartung. Als der Zug der frohgestimmten Menschen vor dem Hause des Regierungspräsidenten anlangte, trat Gerlach, was seitens seines Vorgängers nie geschehen sein soll, in die Reihe der buntbekappten Karnevalsmitglieder und sprach einige herzliche Worte des Dankes zu ihrem Präses, dem Eau-de-Cologne-Fabrikanten Leven. Dabei wurde, wie Brendamour schildert, seine Versicherung, daß er an den Rhein gekommen sei, „um ganz Rheinländer zu sein“, mit einem unbeschreiblichen Enthusiasmus aufgenommen. Noch lange habe man über diesen Ausspruch geredet und den neuen Präsidenten immer wieder hochleben lassen. Auch an den folgenden

[6] Vgl. Keinemann, Die Ernennung Ruppenthals aaO. — Den Advokaten und auch zum Teil den Justizbeamten war wohl am meisten an einer Beibehaltung des Rheinischen Rechts gelegen, wie Bärsch in einer Denkschrift aus dem Jahre 1831, wahrscheinlich etwas überpointiert und zu polemisch, ausführt: „Nur Advokaten und rheinische Justizbeamte, welche bei dem französischen Formenwesen ihre Rechnung finden, und die ohne gründliche wissenschaftliche Bildung aufgewachsen, sich eine gründlichere Rechtskenntnis nicht anzueignen vermögen, haben das Geschrei gegen Einführung der preußischen Gesetze erhoben. Das Volk hängt wahrlich nicht an dem Code Napoleon und schreit höchstens mit, weil es andere schreien hört ... Die Einwohner der Rheinprovinzen haben durchaus keine Vorliebe für die Geschworenengerichte, wie von den Justizbeamten so laut behauptet wird. Mit Unwillen, Überdruß und Widersetzlichkeit sitzt gewiß der größte Teil und die Besseren der Geschworenen dar ...“ (St. A. Koblenz Abt. 701 Nr. 649).

[7] Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2617, Ber. des bayerischen Gesandten in Berlin vom 21. Jan. 1839. — Zur Person Gerlachs vgl. auch Klein, Die Kölner Regierungspräsidenten S. 77—81.

[8] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 16. Febr. 1839.

[9] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 17. Jan. 1839.

Tagen des Festes gewannen ihm seine Leutseligkeit, mit der er jeden, welchem Stande er auch angehörte, begrüßte, und „seine Teilnahme am Gesange und an allen Vorkommenheiten des Festes" eine Popularität, wie sie nie einem seiner Vorgänger zuteil geworden sei [10].

So nahmen die Karnevalstage 1839 einen ungetrübten Verlauf [11], wie sich überhaupt die allgemeine Stimmung im Regierungsbezirk Köln seit Januar 1839 zu bessern schien [12]. Sollte das Jahr 1839, das mit der Berufung Ruppenthals zum Direktor der rheinischen Justiz und der Ernennung des von der Bevölkerung offensichtlich kaum weniger geschätzten Gerlach zu seinem Nachfolger in Köln eine weitere Beruhigung der durch den Kirchenstreit vielfach noch immer erregten Gemüter nach sich ziehen, oder würden etwa die im Westen aufziehenden Schatten einer wieder stärker drohenden Gefahr kriegerischer Verwicklungen neue Komplikationen mit sich bringen?

8. Kapitel

Der Beginn des Jahres 1839

1. *Die Entwicklung in Belgien und Frankreich und die Haltung der „Rheinpreußen"*

Die luxemburgisch-belgische Frage war trotz intensiver Verhandlungen zwischen den beteiligten Mächten zu keiner endgültigen Lösung gekommen. Im März 1838 versprach der belgische König zwar, die 24 Artikel endgültig zu unterschreiben, doch in allerletzter Stunde versuchten dann die Belgier, den Verzicht auf Luxemburg und Limburg zu verhindern [1]. Man erklärte, diese Teile behalten zu müssen, dafür jedoch eine Geldentschädigung an Holland zahlen zu wollen. Hierzu beschloß die Londoner Konferenz in einem Protokoll vom 6. Dez. 1838, daß man weiterhin die 24 Artikel als verbindlich betrachte, jedoch dem Deutschen Bunde die letzte Entscheidung überlasse. Dem ungeachtet erhielt Belgien sein Angebot, 50 Millionen Francs an den König der Niederlande zu zahlen, aufrecht; allein die Bevollmächtigten Österreichs und Preußens erklärten in der Sitzung der Londoner Konferenz am 23. Jan. 1839, daß die Entscheidung des Deutschen Bundes ihnen nicht erlaube, jenes Anerbieten in Betracht zu ziehen [2].

Für Preußen ging es bei der Beilegung der luxemburgischen Streitfrage nicht nur um die Sicherung seiner Westgrenze und Wahrung seines außenpolitischen Prestiges, vielmehr wurde sie als eine Angelegenheit von weitgehender innenpolitischer Bedeutsamkeit, insbesondere in bezug auf die kirchlichen Wirren, angesehen [3]. So ist es verständlich, daß sich Preußen bei diesem Anlaß sowohl diplo-

[10] Ebd., Brendamour an Seiffart, 15. Febr. 1839.
[11] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 15. Febr. 1839.
[12] „Die öffentliche Stimmung ist in dem letzten Monate offenbar besser geworden und weniger gespannt als früher" (DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16300, Zeitungsbericht der Regierung Köln für Januar 1839).

[1] von der Dunk S. 107.
[2] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart, Bd. 3, 1840, S. 415 f.
[3] So hatte der englische Gesandte in Berlin bereits am 14. Nov. 1838 nach London berichtet: „I am told that the King of Prussia's anxiety and impatience to see the

matisch als auch militärisch in erheblichem Maße engagierte. Im Februar zogen die Preußen an der belgisch-luxemburgischen Grenze Truppen zusammen, und die diplomatischen Beziehungen zwischen Brüssel auf der einen Seite und Berlin sowie auch Wien auf der anderen wurden sogar abgebrochen, nachdem Belgien der Aufforderung der beiden Mächte, den beim polnischen Aufstand hervorgetretenen ehemaligen General Skrzynezki, gewissermaßen Symbol der die konservativen Mächte bedrohenden Revolution [4], auszuweisen [5], nicht nachgekommen war [6]; im übrigen drohte man mit militärischem Eingreifen, falls Belgien die 24 Artikel nicht baldigst ratifiziere [7].

Damit wurde nach der Krise im Herbst 1838 die Frage erneut und noch in höherem Maße akut, wie sich die Rheinländer in einem kriegerischen Konflikt mit dem Nachbarvolke verhalten würden.

Daß man in der Rheinprovinz die Entwicklung der Verhältnisse in Belgien mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte, liegt unter diesen Umständen nahe. Aber inwieweit würde sich die schon früher von der belgischen Presse gezeigte Zuversicht einer Verbrüderung mit dem rheinischen Volk erfüllen? Sollte sich die Auffassung Johannes Laurents bestätigen, der am 30. Nov. 1838 geschrieben hatte: „Belgien und Frankreich marschfertig und die Rheinlande ihnen entgegen eilend. Es scheint, hier und allerwärts wollen die großen Welthändel, die seit Jahrhunderten sich immer zugunsten des Protestantismus gestaltet, auch wieder einmal der Sache der Kirche ihr Gewicht zulegen, geschoben von dem, der die Welt im Finger wiegt“ [8]? Würde sich der Optimismus des nach Belgien geeilten Journalisten und alten

---

treaty signed absorb all his thoughts. — His Majesty probably feels that political and religious agitation working at the same time on the Rhenish Provinces makes ist dangerous to settle the Catholic Question by vigorous measures, but the Hollando-Belgian Treaty once signed the whole attention of the Cabinet of Berlin can be carried to the settlement of affairs with the See of Rome“ (Public Record Office F. O. 64/216).

[4] Welche Provokation und Gefahr man z. B. in der Berufung Skrzynezkis zum Oberbefehlshaber der belgischen Armee sah, legte der preußische Außenminister Freiherr von Werther dem englischen Gesandten in Berlin, Lord William Russell, freimütig dar: „The nomination of General Skrzynezki to a command in the Belgian army was tantamount to hoisting the flag of revolt in our own provinces. It was no sooner known in Posen that the Polish general was arrived in Brussels than the walls were covered with notices calling upon the young men to join his standard and to be prepared to assist the great Skrzynecki, who had again taken arms in the cause of Poland“ (Public Record Office London F. O. 64/221, Ber. Lord Russells aus Berlin vom 20. Febr. 1839). — Offenbar hatten sich außer Skrzynezki noch andere unruhige Elemente aus aller Welt in Belgien eingefunden. So berichtet Lord Russell am 29. Jan. 1839: „Baron Werther is made uneasy by the accounts he receives from Belgium, where persons of all nations are congregating in the hope and expectation of persuading the Belgians to resist the stipulations of the treaty“ (ebd.).

[5] Ebd., 30. Jan. 1839.

[6] Ebd., 8. Febr. 1839. — Auch Rußland protestierte gegen die Anwesenheit Skrzynezkis in Belgien (Münchener Politische Zeitung vom 13., 14., 20. Februar 1839). Ebenso erhielt der belgische Gesandte in Wien von der österreichischen Regierung die Aufforderung, das Land zu verlassen (ebd. 21. Febr. 1839).

[7] Von der Dunk S. 107. — Wie man über die belgische Frage in Berliner liberalen Kreisen dachte, deutet vielleicht eine Tagebucheintragung Varnhagens von Ense vom 10. Febr. 1839 an: „Käme es wirklich zu ernstlichen Kriegsfällen, es wäre eine Schande der europäischen Diplomatie! Der Gegenstand ist für keine der Mächte die Gefahr wert, die sich damit verknüpft“ (Bd. 1 S. 118).

[8] Schrörs, Neue Quellen S. 85.

Berufsrevolutionärs August Traxel [9] bewahrheiten, daß Belgien die Rheinprovinz ohne einen Schwertstreich erobern könne? [10]

Tatsächlich zeigte jedoch Graf Mirbach z. B., Angehöriger des mit dem Gouvernement zerstrittenen „autonomen" katholischen Adels, nicht die geringste Bereitschaft, sich auf die Seite des katholischen Brudervolkes zu schlagen. Vielmehr äußert er sich in seinem Tagebuch Anfang 1839 sehr besorgt über die sich abzeichnenden Verwicklungen, die, wie er schreibt, nach der Berufung des polnischen Generals Skrzynezki zum Generalkommandeur der belgischen Truppen leicht zu einer kriegerischen Auseinandersetzung führen könnten. Ausschlaggebend werde dann die Haltung der an der belgischen Grenze aufmarschierten französischen Truppen werden. Würden sie sich, „angelockt von der Hoffnung auf Kriegsruhm, auf Sieg und die Rheinprovinz" den Belgiern anschließen? Wie würde sich Louis Philippe verhalten? Würde er gezwungen nachzugeben, oder würde gar eine Revolution gegen ihn ausbrechen? [11]

Auch der Aachener Regierungspräsident, der sich noch jüngst bezüglich der Loyalität eines Teils der Bevölkerung im Aachener Raum pessimistisch gezeigt hatte, führt Anfang 1839 die Beobachtung an, daß unter der Bevölkerung seines Bezirks „vor dem Gedanken eines Krieges ... selbst die religiöse Sympathie in den Hintergrund" trete, wobei sich der Wunsch nach Frieden besonders deutlich im Mittelstand äußere [12]. Von Sezessionsbestrebungen offenbar keine Spur! Wie Cuny im Zeitungsbericht für Februar 1839 [13] darlegt, hätten die „Ereignisse und Kämpfe der Parteien in den Nachbarländern" der „denkenden" Einwohnerschaft deutlich vor Augen geführt, welche Vorzüge „eine besonnene, feste und rechtliebende Verwaltung" vor den „Schwindeleien" unverantwortlicher „nur Privatabsichten verfolgender ... Köpfe" besitze.

Im Regierungsbezirk Koblenz, wo die Kölner Streitfrage seit Februar 1839 mehr und mehr in den Hintergrund zu treten schien [14], bekundete sich teilweise sogar Empörung über den belgischen Friedensstörer [15]. Demgegenüber zeigte sich nach der Darstellung der Kölner Regierung unter der Bevölkerung eher Besorgnis über diese Entwicklung, allerdings wohl auch nicht die geringste Sympathie mit den Glaubensbrüdern im Westen [16]. Vielleicht ist auch die Tatsache, daß sich ein in Bonn Anfang Februar von den Studenten dem Rektor der Universität darge-

---

[9] Vgl. über ihn oben S. 23.
[10] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 17. Jan. 1839.
[11] Qu. Nr. 193.
[12] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 46, 47, Zeitungsbericht für Dezember 1838, Januar 1839.
[13] Ebd., Regierung Aachen 47.
[14] Vgl. Qu. Nr. 203—205. — Gleichzeitig brachte der Koblenzer Anzeiger vom 11. 1. 1839 eine Meldung des Courrier, daß der Erzbischof demnächst zum Kardinal „mit der Anweisung seiner Residenz in Rom" erhoben würde. An diesem Beschluß hätten Frankreich und Österreich mitgewirkt. — Auch daß der Papst Mitte Februar 1839 dem Generalvikar endlich die erbetenen Weihevollmachten erteilte (über die Hintergründe vgl. unten S. 205), dürfte auf diese Entwicklung nicht ohne Einfluß gewesen sein (Allgemeine Zeitung vom 11. April 1839).
[15] Vgl. Qu. Nr. 203, 204.
[16] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16 300, Zeitungsbericht für Febr. 1839.

brachter Fackelzug zu einer eindrucksvollen patriotischen Kundgebung gestaltete [17], auf dem Hintergrund der außenpolitischen Spannungen zu sehen.
Auch im Regierungsbezirk Trier zeigte sich die öffentliche Stimmung nach der Darstellung des Regierungspräsidenten einhellig für Frieden und Fortdauer der bestehenden Ordnung und legte eine eindeutige Gesinnung der Loyalität für König und Regierung an den Tag [18]; einen günstigen Eindruck für die Bewohner habe auch das Gerücht von einer baldigen Wahl eines Bischofs von Trier gemacht [19].
Eine im großen und ganzen besonnene Haltung der Bevölkerung seines Bezirks konstatiert auch der Düsseldorfer Regierungspräsident. Jedermann sei überzeugt, schreibt er am 7. Februar 1839, daß der europäische Friede, so gefährdet er auch durch die Umtriebe in Belgien und Frankreich erscheine, doch gewahrt bleibe, solange dies mit Ehren geschehen könne. So warte man in ruhiger und fester Zuversicht die Lösung der politischen Wirren ab, ohne jedoch den Krieg zu fürchten, wenn die Ehre es gebiete, das Schwert zu ziehen [20]. Verfolgte die Bevölkerung des Düsseldorfer Regierungsbezirks die Entwicklung im Westen weiterhin mit Spannung, so machte sich in einigen Grenzkreisen unter den unteren Schichten eine stärkere Mißstimmung als vorher bemerkbar [21]. Diese bekundete sich vor allem in einer unverkennbaren Distanzierung gegenüber den evangelischen Mitbürgern im geselligen Verkehr. Da sich die Geistlichen indes fast überall gutgesinnt und loyal zeigten, stehe zu hoffen, daß sich die derzeitige Spannung der Gemüter bald wieder legen werde [22].
Schließlich weist auch ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung vom 4. Febr. 1839 darauf hin, daß man nach seiner Beobachtung im Rheinland weitgehend den Eindruck hege, Belgien werde es auf eine hartnäckige Opposition ankommen lassen, und Anstalten zu einer Intervention deutscher Bundestruppen erschienen daher in weiten Kreisen der Bevölkerung unvermeidlich.
Selbst der französische Gesandte in Berlin, Bresson, legte seiner Regierung nahe, den belgischen König und seine Berater vor der insbesondere von dem Minister de Theux allem Anschein nach gehegten Illusion zu warnen, als ob die Bevölkerung der Rheinprovinz nur darauf warte, den belgischen Brüdern zur Hilfe zu eilen. Trotz aller Verstimmung wegen der kirchlichen Streitfragen habe sich die Treue der Rheinländer zu ihrem König ungebrochen erhalten [23].
Unter den unermüdlichen Ultramontanen bemerkte man allerdings, wie der Polizeiinspektor Brendamour am 31. Jan. 1839 aus Köln berichtete, neue Regsamkeit. So sei am vergangenen Sonntag, dem Ursulafest, die Ursulakirche bei der zu Ehren der Namenspatronin veranstalteten Prozession überfüllt gewesen. Tags darauf habe sich die Nachricht verbreitet, daß Beckers freigesprochen worden sei, was

---

[17] Ausführliche Schilderung des unter großer Anteilnahme der „zahllos herbeigeströmten Volksmenge“ stattgefundenen Festaktes in der Kölnischen Zeitung vom 4. Febr. 1839.
[18] Vgl. Qu. Nr. 206.
[19] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7, Trier, 25. Febr. 1839, wöchentlicher Polizeibericht.
[20] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 407.
[21] Qu. Nr. 202.
[22] Ebd.; St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 407, Konzept des Zeitungsberichts für Februar 1839.
[23] Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 291, Ber. vom 11. Febr. 1839.

„eine lebhafte Bewegung unter dem Volke" hervorgerufen habe. So seien auch in verschiedenen anderen Kirchen Messen für Beckers gelesen worden. Außerdem lasse der Rektor Ellinghaus in seinen in der Minoritenkirche gehaltenen Kanzelreden häufig Anspielungen gegen die Politik des Gouvernements einfließen, während sich der Kaplan Esser nicht scheue, für den gefangengehaltenen Erzbischof beten zu lassen [24]. Der Pfarrer Kerp sei sogar so weit gegangen, seinen Schülern jeden Verkehr mit Angehörigen eines anderen Glaubens zu untersagen, da dies ihrem Seelenheil verderblich sei. Dagegen wage es Schaffrath, wegen einer anstößigen Predigt bereits protokollarisch verwarnt, nicht mehr, sich selbst zu exponieren, doch habe er dem Pfarrer Schumacher, seinem wie auch Michelis und Feys intimen Freunde, der in seinem fanatischen Eifer Binterim und Beckers an die Seite gestellt werden könne, gestattet, in seiner Kirche eine Kanzelrede zu halten, in der er die gehässigsten Ausfälle gegen die evangelische Kirche vorgebracht habe [25]. Auch nähmen, so berichtet Brendamour im März, die Verunglimpfungen der dem Gouvernement loyal ergebenen katholischen Priester, im Volke allgemein „Hermesianer" genannt, ständig zu. In dieser Hinsicht trete vor allem der an der Kölner Columbakirche angestellte Kaplan van der Meulen hervor, welcher seinen Beichtkindern unumwunden erklärt habe, er könne diejenigen nicht absolvieren, die bei einem Hermesianer gebeichtet hätten, wenn sie nicht bei einem anderen „rechtgläubigen" Geistlichen jene Beichte erneut ablegten. Der Pfarrer Kerp, der durch seine Entlassung aus seinem Lehramt an der Bürgerschule seinen Einfluß geschmälert sehe, klage sogar den Papst der Schwäche an, weil er die Anhänger der Kirche nicht besser unterstütze und den Generalvikar Hüsgen mit neuen Vollmachten versehen habe [26].

Es erregte auch Aufregung und Empörung in Kreisen des preußischen Gouvernements, daß zwei von van Bommel Ende Dezember 1838 zu Priestern geweihte junge Männer, Montz und Klausener, unberechtigterweise in ihren Heimatorten Burtscheid und Randerath im Januar 1838 ihre erste Messe lasen. Dabei war die Feier in Burtscheid mit großem Gepränge erfolgt [27]. Rochow und Altenstein rechneten diesen Vorgang „zu den kleinen Künsten, die zur Aufreizung der diesseitigen katholischen Untertanen" angewandt würden, um diese durch derartige Feierlichkeiten „an den jenseitigen Überfluß und den diesseitigen Mangel an katholischen Priestern schmerzlich" zu erinnern [28]. Die Auswirkungen dieser Agitation blieb jedoch offensichtlich regional begrenzt [29].

Zu einer gewissen Besorgnis gab indes nicht nur das Verhalten ultramontan gesinnter Kreise des Klerus Anlaß. Brendamour weiß auch von belgischen Agenten zu berichten, die mit dem Auftrag in die Rheinprovinz gesandt worden seien, sich dort in Druckereien Arbeit zu verschaffen und falsche Nachrichten im Druck zu

---

[24] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 31. Jan. 1839.
[25] Ebd., Brendamour an Seiffart, 5. Febr. 1839.
[26] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, Köln, 15., 31. März 1839.
[27] Vgl. hierzu oben S. 152.
[28] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4856, Altenstein an Bodelschwingh, 9. Febr. 1839; Ber. aus Köln vom 21. Jan. 1839; Rochow und Altenstein an Bodelschwingh, 17. Juli 1839.
[29] So nach dem Zeitungsbericht der Regierung Köln für März 1839 (DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16 300, Zeitungsbericht für März 1839).

verbreiten. Andere Emissäre seien mit der Zielsetzung eingeschleust worden, Truppen der rheinischen Regimenter zur Desertion zu verleiten. Auf ihre Tätigkeit könne es möglicherweise zurückgeführt werden, daß sich vor einigen Tagen Dragoner aus Deutz nach Belgien abgesetzt hätten [30].

Beunruhigung rief bei den Behörden auch ein vom Erzbischof von Mecheln, einem angeblich durch die Revolution hochgekommenen Manne, verfaßtes und in der Rheinprovinz rasch und weit verbreitetes Rundschreiben hervor, in welchem der drohende Krieg als ein Religionskrieg bezeichnet wurde [31]. Überhaupt sei Krieg, so führt Brendamour in einem Bericht vom 5. Febr. 1839 aus, jetzt das Losungswort der Priesterpartei diesseits und jenseits der Maas; allem Anschein nach erwarte sie auch jetzt eine dritte päpstliche Allokution, die nach ihrer Meinung einen förmlichen Bruch des römischen Hofes mit der preußischen Regierung herbeiführen müsse [32].

Bereitete der preußischen Staatsregierung, jedenfalls nach dem Bericht des englischen Gesandten in Berlin, die von Belgien ausgehende Bedrohung der Rheinprovinz keine geringen Sorgen [33], so hing doch die weitere Entwicklung der ganzen Frage nicht zuletzt von der französischen Haltung ab. Diese mußte insbesondere davon beeinflußt werden, ob sich das Ministerium Molé halten würde. Im Falle seines Sturzes sah man in Berlin die größte Gefährdung für das Gleichgewicht und den Frieden unter den europäischen Staaten erwachsen [34].

Der möglichen weitreichenden Folgen war man sich auch in den gebildeteren Kreisen der rheinischen Bevölkerung, die sich in der Lage zeigten, die außenpolitische Diskussion in der Presse zu verfolgen, offensichtlich bewußt [35].

Seit der Eröffnung der Session des Jahres 1839 war es in der französischen Kammer vor allem zwischen dem früheren Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Präsidenten des Ministerrats, Louis Adolphe Thiers [36], dem Vertreter einer

---

[30] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 31. Jan. 1839. — Es fragt sich, ob auch in diesen Fällen die grundsätzliche Skepsis Schrörs' gegen die Existenz belgischer Agenten ihre Berechtigung hat. Immerhin ging es diesmal nicht nur um die Verwirklichung von Zielen einzelner Parteien, vielmehr schienen doch lebenswichtige Interessen der belgischen Nation in einer ernsthaften außenpolitischen Konfliktsituation auf dem Spiele zu stehen.

[31] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 5. Febr. 1839.

[32] Ebd. — Daß sich in der Tat ein Teil des belgischen Klerus nicht einmal durch Befehle des Papstes zur Mäßigung bewegen lassen wolle, gestand selbst der päpstliche Internuntius in Brüssel, Fornari, ein (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Belgien 5, Ber. Rechbergs vom 31. Jan. 1839). — Auch scheinen Kontakte z. B. zwischen der bayerischen und belgischen Geistlichkeit bestanden zu haben; jedenfalls meldet Rechberg am 31. Dez. 1838, daß eine große Anzahl Geistlicher aus Bayern in Belgien erwartet werde (ebd.).

[33] „The violent and warlike language held in Belgium and the agitated state of the Rhenish Provinces create great uneasiness to the Cabinet of Berlin, and it is feared that an adjournment of the settlement of the Hollando-Belgian Question will increase the danger that menaces internal commotion and war" (Public Record Office London F. O. 64/221, Ber. Lord Russells aus Berlin vom 23. Jan. 1839).

[34] Ebd., Ber. Lord Russells vom 12. Febr. 1839.

[35] Vgl. hierzu Allgemeine Zeitung vom 21. Jan. 1839.

[36] Nach der ausführlichen Würdigung in Brockhaus' Conversationslexikon der Gegenwart, Bd. 4, 2. Abt., 1841, S. 22 ff.: „der ausgezeichnetste Redner und der bedeutendste Staatsmann, der aus dem modernen Frankreich hervorgegangen" sei. — Literaturübersicht zu Thiers bei Robert Marquant, Thiers et le Baron Cotta, Paris 1959, S. XI-XIII.

für ein stärkeres Auftrumpfen in der auwärtigen Politik eintretenden Richtung [37], und seinem Nachfolger Matthieu Louis Graf Molé [38], unter dessen Leitung die französische Politik „wieder in das friedliche und schüchterne Gleis" zurückgekehrt war, welches sie unter Thiers verlassen hatte [39], zu heftigen unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit geführten Debatten gekommen; dabei engagierte sich die gesamte Presse mit Ausnahme der von der Regierung finanziell getragenen Blätter leidenschaftlich für die von Thiers propagierte Richtung. Warf Thiers dem Kabinett Molé bezüglich seiner inneren Politik vor, sie habe sich darin erschöpft, die wichtigsten Entscheidungen auf morgen zu verschieben, so wandte er gegen den derzeitigen außenpolitischen Kurs ein, daß er infolge seiner Mißachtung der natürlichen Bedürfnisse Frankreichs das Land in den Ruf der Feigheit gebracht habe [40].
Nach den Worten Metternichs ging es bei diesem Konflikt weniger um Personen als vielmehr um das erbitterte Ringen zweier politischer Strömungen, von denen die eine (Molé) die Julirevolution als beendet betrachte, die andere (Thiers) aber diese Revolution „bloß als einen Ausgangspunkt für eine ganz andere Gestaltung" zu benutzen suche [41].
Es heißt, diese Debatten seien im Rheinland mit einer größeren Teilnahme verfolgt worden als irgendwo sonst in Deutschland [42], was bei der vermutlichen ideologischen Bindung mancher rheinischer Liberaler und Demokraten an die Vormacht der liberalen Weltideen [43] durchaus verständlich erscheint. Weiter heißt es, man scheide sich sogar in Parteien für oder gegen Molé, so daß man sich fast nach Paris versetzt wähne [44]. Daher träten auch im Augenblick die „näher liegenden Verhältnisse" — gemeint sind offenbar die kirchlichen Streitfragen — in den Hintergrund, und man debattiere vielmehr im Zusammenhang mit der innerpolitischen Entwicklung in Frankreich die Möglichkeiten bzw. die Wahrscheinlichkeit einer Intervention in der belgischen Frage [45]. Dennoch spreche sich „eine eigentliche Sympathie mit Belgien und Frankreich" nirgendwo aus, zumindest nicht in den gehobeneren Schichten [46]. Wenn auch die Abneigung gegen die westlichen Grenznachbarn nicht mehr so groß sei wie vor dem Beginn des Kirchenstreits, so möchte

---

[37] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 4 Abt. 2 (1841) S. 31.
[38] Nach dem Rücktritt des Ministeriums Thiers (25. Aug. 1836) war er mit der Bildung eines neuen weitgehend im Sinne des Königs zusammengestellten Kabinetts beauftragt worden.
[39] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart, Bd. 4, 2. Abt., 1841 S. 31.
[40] Insbesondere ging es dabei um die erfolgte Räumung Belgiens und Anconas (ebd. S. 31; d'Haussonville S. 82—84). — Ferner hatte König Louis Philippe seinen Schwiegersohn, den belgischen König Wilhelm, wissen lassen, daß er auf Frankreichs Hilfe bei seinen territorialen Ansprüchen nicht rechnen dürfe (Hillebrand S. 291 f.).
[41] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Korrespondenz Fasz. 187, Metternich an Wittgenstein, 7./8. Febr. 1839.
[42] Allgemeine Zeitung vom 21. Jan. 1839.
[43] Theodor Schieder, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte 8. Aufl. 1960 S. 119.
[44] Allgemeine Zeitung vom 21. Jan. 1839.
[45] Ebd. — Ähnlich meldet ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 26. Jan. 1839) unter dem 19. Jan. 1839 vom Niederrhein: „Übrigens herrscht vorläufig die größte Ruhe bei uns, die in der letzten Zeit nirgends weder durch Wort noch durch Tat gestört worden. Zum Teil hält die Freude über die Ernennung des Herrn von Ruppenthal noch vor, zum Teil nehmen die Streitigkeiten in Frankreich und das Schicksal Belgiens die Aufmerksamkeit in Anspruch".
[46] Allgemeine Zeitung vom 21. Jan. 1839.

man doch nicht laut gestehen, daß man in die übermütigen Redensarten der Nachbarn einstimme. Man wünsche zwar „dem Stamme gleicher Konfession" das Beste, aber man wolle nicht, daß es Deutschland abgetrotzt werde. Zwar sei man den Holländern auch nicht sehr gewogen, aber schließlich handele es sich um die Ehre und Würde Deutschlands, die nicht beiseitegesetzt werden dürften [47].

Das Volk finde, so schreibt ein Korrespondent „vom Rhein" in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 7. April 1839, zwar „vielen Spaß an den hohen Redensarten der Franzosen, wisse aber doch abzuwägen, was von seinen Geschenken zu halten" sei [48].

Die Wahlniederlage Molés — nach Metternichs Worten Symptom eines „losliederlichen" Zustandes der französischen Gesellschaft [49] — rief bei der preußischen und österreichischen Regierung große Besorgnis vor dem französischen Expansionsstreben wie auch vor einem Übergreifen der revolutionären Bewegung auf die Rheinlande wach [50], so daß in Berlin sogar die Sorgen um die kirchlichen Differenzen zeitweise in den Hintergrund traten [51] und man sogar den Aufmarsch eines größeren russischen Korps an der belgischen Grenze in Erwägung zog [52].

---

[47] Allgemeine Zeitung vom 19. Jan. 1839.

[48] Stießen die außenpolitischen Ambitionen der von Thiers verkörperten Richtung in der rheinischen öffentlichen Meinung offensichtlich auf wenig Sympathien, so ist doch zu fragen, was damit gemeint ist, man scheide sich im Rheinland teilweise in Parteien für oder gegen Molé. Wahrscheinlich bezieht sich die Parteinahme mehr auf innenpolitische Prinzipien (Liberalismus, Konservativismus). So schreibt auch die Münchener Politische Zeitung am 19. Febr. 1839: „Leider ist es wahr, daß die Stimmung in den preußischen Rheinprovinzen, abgesehen von den religiösen Verhältnissen, keineswegs eine durchaus günstige ist. Es regen sich dort so gut wie hier lebhafte Wünsche, deren Erfüllung man seit einer Reihe von Jahren vergeblich hoffte, und ist auch niemand gerade feindselig gestimmt, so würde man unter günstigen Umständen doch gern erwerben, was man so lange entbehrte und was durch die seit der Julirevolution bei uns herrschend gewordenenen Prinzipien immer mehr in die Ferne gerückt worden ist". — Insgesamt dürften freilich an diesem generalisierenden Stimmungsbild des bei der preußischen Regierung nicht gerade im guten Rufe stehenden Blattes erhebliche Abstriche vorzunehmen sein. Daß die leidenschaftliche Diskussion in Frankreich auch im Rheinland in den gebildeten Kreisen liberale Zielvorstellungen wieder etwas belebt haben mag, dürfte allerdings nicht von der Hand zu weisen sein.

[49] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Korrespondenz Fasz. 187, Metternich an Wittgenstein, 31. Jan. 1839.

[50] Vgl. Qu. Nr. 191 u. 192. — Metternich selbst wollte oder konnte sich offenbar in dieser Situation militärisch, jedenfalls vorerst, nicht engagieren. So soll der angeblich von Preußen an Österreich herangetragene Wunsch, ein Bataillon Österreicher von Mainz nach Luxemburg marschieren zu lassen, um zu demonstrieren, daß auch katholische Truppen einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Belgien nicht aus dem Wege gehen würden, in Wien kein Gehör gefunden haben (Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel 12 A Neu Fb. 1 Nr. 141 Bd. 3, Ber. des braunschweigischen Gesandten v. Röder vom 21. Febr. 1839).

[51] Hess. Staatsarchiv Marburg Bestand 9a Nr. 88, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1839 Nr. 421, Ber. Wildkens v. Hohenau vom 24. Febr. 1839. — Von der durch den Rücktritt des Ministeriums Molé in Berlin ausgelösten Aufregung meldet auch der französische Gesandte am 29. Jan. 1839: „La nouvelle de la démission du Ministère ...a produit en cette capitale la sensation la plus pénible... Je n'ai pas encore observé en Allemagne de sentiment aussi unanime et aussi uniforme que celui qu'avaient éveillé les débats sur l'adresse de notre Chambre des Députés" (Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 291).

[52] Public Record Office London F. O. 64/221, Ber. Lord Russells aus Berlin vom 14. Febr. 1839.

In der Folgezeit nahm die Mobilmachung in den preußischen Westprovinzen ihren Anfang [53], nachdem in Berlin ernsthafte Befürchtungen einer nahe bevorstehenden Invasion der Rheinprovinz durch die belgische Armee laut geworden waren [54]. Dabei verzichtete man allerdings zunächst auf die Heranziehung von Truppen aus den alten Provinzen, vermutlich aus Kostengründen, nach Darstellung eines Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung (16. Febr. 1839) jedoch nicht zuletzt aus dem Grunde, um den europäischen Mächten zu zeigen, wie wenig man trotz aller Reden in den ausländischen Kammern den Rheinländern mißtraue [55]. Tatsächlich verlief die Einberufung der Reservisten im großen und ganzen reibungslos [56]. Im Koblenzer Regierungsbezirk sollen sogar nach mehreren landrätlichen Berichten „die Kriegsreserven mit Gesang und Jubel zu ihrer Bestimmung abgegangen" sein [57]. Selbst im Regierungsbezirk Düsseldorf, so berichtet der dortige Regierungspräsident, seien alle Mannschaften, „ungeachtet der religiösen Mißstimmung ... wohlgemut bei ihren Fahnen eingetroffen" und hätten „vielfältig eine wahrhaft militärische Begeisterung an den Tag gelegt" [58].

Vergeblich suchte die belgische Presse durch das Mittel einer Reihe in großer Aufmachung gebrachter Berichte über angebliche Dienstverweigerungen rheinischer

---

[53] Hierüber finden sich ausführliche Berichte in der Allgemeinen Zeitung vom 16., 22., 24. Febr. und 4. März 1839.

[54] Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 291, Ber. Bressons vom 15. Febr. 1839. — Ähnlich Lord Russell am 14. Febr. 1839: „Count Seckendorff has arrived at Berlin and has stated that he thought an irruption of the Belgians into the Rhenish Provinces by no means impossible" (Public Record Office London F. O. 64/221)). — Auch Lord William Russell nahm die von Belgien drohende Gefahr keineswegs auf die leichte Schulter: „The smallest success on the part of the Belgians would make them think the world could not resist their arms, and probably give rise to insurrections on the Rhine, and thus shackle the movement of the Prussian troops" (ebd., 14. Febr. 1839). — Als sich die preußischen Besorgnisse verstärkten, wurde Russell sogar von der preußischen Staatsregierung dazu aufgefordert, in London die Erklärung zu erwirken, daß jegliche Bedrohung der preußischen Rheinlande seitens Belgiens auch von Großbritannien als ein feindlicher Akt angesehen werde (ebd. Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 291, Ber. Bressons vom 15. Febr. 1839).

[55] Eine andere Version überliefert der braunschweigische Gesandte v. Röder: „Man würde seitens Preußens Truppen nach dem Rhein beordert haben, hätte nicht der hiesige französische Gesandte vorgestellt, daß dann Frankreich genötigt sei, ebenfalls eine Armee dort zusammenzuziehen und hierdurch nicht allein die Unterhandlungen sehr erschwert würden, sondern man dann auch nie wissen könne, wenn dergestalt zwei Heere sich gegenüber ständen, wohin dies führe" (Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu Fb 1 Nr. 141 Bd. 3, 3. Jan. 1839).

[56] Allgemeine Zeitung vom 4., 9. März 1839; Qu. Nr. 203, 204. — Diese Meldungen bestätigt auch Trauttmannsdorff in einem Bericht an Metternich vom 1. März 1839: „Mit der Stimmung der westlichen Provinzen bei Gelegenheit der jüngst angeordneten Mobilmachung einiger Abteilungen des dortigen Armeekorps erklärt man sich hier äußerst zufrieden und rühmt die Bereitwilligkeit, ja den besonderen Eifer, mit welchem die Bewohner jener Gegenden sich ihren Militärverpflichtungen unterziehen" (H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 88). — Ähnlich Lord Russell (Public Record Office London F. O. 64/221, 8. Febr. 1839). — Auch gegen die vorübergehende Einrichtung neuer Garnisonen scheint sich die Bevölkerung nicht gesträubt zu haben. So heißt es z. B. von Rheydt, einer Stadt mit allerdings nicht geringem protestantischen Bevölkerungsanteil: „Die kleine Truppe erfreute sich hier der besten Aufnahme und verlebte gute Tage" (Strauß S. 77).

[57] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 959, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz, 6. März 1839.

[58] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 407, Zeitungsbericht für Februar 1839.

Truppen Unruhe und Verwirrung in die Rheinprovinz hineinzutragen. Die Produkte der belgischen Presse waren offensichtlich so absurd, daß sich die bekanntlich unter Zensur stehenden rheinischen Zeitungen keineswegs darauf beschränkten, die belgischen Meldungen als entstellt und zum Teil völlig aus der Luft gegriffen zu bezeichnen [59], vielmehr rückte die Redaktion der Kölnischen Zeitung, um die belgische Presse der Lächerlichkeit preiszugeben, einen Originalbericht des „Belge" in ihr Blatt ein [60].

Lediglich in Neuß kam es zu einem Zwischenfall, der in seinem Ausmaß zwar von dem Wunschdenken der belgischen Blätter noch weit entfernt gewesen sein dürfte, den man jedoch nicht unbeachtet lassen kann.

Hier war die Kriegsreserve zwecks Einreihung in die Truppe für Sonntag, den 17. Febr. 1839, auf dem Kirchplatz aufgeboten worden. Da sich hier außerdem sowohl viele Kirchgänger als auch Verwandte der einberufenen Reservisten — unter ihnen nicht wenige Angetrunkene — eingefunden hatten, entstand ein Gedränge, in dem eine Massenpsychose nur allzu leicht um sich greifen konnte. Tatsächlich geriet die Menge auf den plötzlich ertönenden Ruf „Die Reserve nicht marschieren, nicht nach Belgien! Dort sind unsere Brüder und gute Katholiken! Nieder mit dem Kalviner!" in Bewegung und drängte gegen die Reservisten und die mit der Aufstellung befaßten Militärpersonen an. Inzwischen war ein Polizeikommissar mit einigen Polizeidienern auf dem Schauplatz erschienen und versuchte, die Hauptprovokateure festzunehmen; indes wurden letztere jedesmal wieder von der Menge befreit. Auch die auf Befehl des kommandierenden Majors von Helldorf unter mehrmaligem Trommelwirbel bekanntgegebene Aufruhrakte wurde „mit dem pöbelhaftesten Schreien und Lachen" von der Menge beantwortet. Ebenso blieben die Bemühungen des Landrats um Herstellung der Ruhe und Ordnung erfolglos. Unterdessen war es dem Major jedoch gelungen, eine Anzahl von Reservisten einkleiden zu lassen, stellte diese zur Sicherung der zur Stadt führenden Brücke auf, und tatsächlich brachte er es fertig, die übrigen Reservisten auf eine in der Nähe gelegene Wiese zu führen sowie durch Absperrung der Brücke der Belästigung zu entziehen. Ein Teil der Menge verharrte unter Drohungen und Geschrei weiterhin in der Nähe der Brücke. Auch in der Stadt wurde Helldorf bei dem Versuch, die Lage auszukundschaften, tätlich angegriffen und durch Steinwürfe verletzt. Erst als gegen 7 Uhr abends ein größeres Truppenkontingent aus Düsseldorf eintraf, wurde die Ruhe wiederhergestellt [61].

Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten wurde das Militär jetzt abgezogen, doch wurden am 21. das in Deutz stehende 2. Bataillon des 16. Infanterieregiments und 50 Husaren, angeblich als „Exekutionskommando" zur

---

[59] Kölnische Zeitung vom 19. Febr. 1839.

[60] Ebd. — Wie die Kölnische zeigte sich auch die Trierer Zeitung von der Zuverlässigkeit der rheinischen Bevölkerung in dieser außenpolitischen Krisensituation fest überzeugt. So wies man nicht nur darauf hin, daß sich die Reservisten „mit innerm Groll gegen die Störer des Friedens bei ihren Fahnen" ohne Ausnahme eingefunden hätten, mehrere von ihnen seien sogar, ohne ausdrückliche Order erhalten zu haben, aus Frankreich, wo sie sich mit Erlaubnis aufgehalten hätten, herbeigeeilt, als sie die Kunde von der Einberufung der Reserve erhalten hätten (Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 2. März 1839).

[61] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523[I], Ber. Helldorfs vom 18. Febr. 1839 (S. 233—241).

Strafe für den begangenen „Unfug" in die Stadt gelegt [62], eine Maßnahme, die von Bürgermeister und Stadtrat als zu hart und ungerecht empfunden wurde, da die Bewohner von Neuß an dem begangenen Exzeß, welcher „die öffentliche Ruhe im eigentlichen Sinne nicht einmal gestört und sich gewissermaßen von selbst verlaufen" habe, so gut wie keinen Anteil genommen hätten. Im übrigen habe der Vorfall jeglicher politischer oder religiöser Tendenz entbehrt [63]. Sahen sich die Neusser „in den Augen der ganzen Provinz" verdächtigt und hielten es für geboten, den Kronprinzen zum Zeugen für ihre gute Gesinnung anzurufen [64], so wandte sich der Kommandierende General in der Rheinprovinz, von Borstell, mit Nachdruck gegen den Versuch einer Bagatellisierung der Vorkommnisse [65]. Auch daß der Zwischenfall auf dem Hintergrund der religiösen Wirren und der belgischen Krise zu sehen ist, dürfte wohl nicht von der Hand zu weisen sein, wenngleich die preußische Staatszeitung ebenfalls die Auffassung vertrat, daß das „Gedränge, Rufen und Lärmen ... ohne alle besondere und am wenigsten politische Tendenz war" [66]. Bei den Unruhestiftern handelte es sich offenbar zumeist um Angehörige der unteren Schichten aus der Umgebung sowie des Neusser „Pöbels" [67]. Aus den bürgerlichen Kreisen der Stadt scheint dagegen niemand in die Widersetzlichkeiten verwickelt gewesen zu sein [68].

Nicht genug damit, daß die Zwischenfälle bei Neuß die Provinzialadministration und die Militärs in erhebliche Aufregung versetzt hatten; selbst der gewiß nicht zu ängstlicher Übertreibung neigende Düsseldorfer Regierungspräsident zeigte sich jetzt darüber besorgt, daß „nun wirklich Umtriebe im belgischen Sinne" im Kreise Krefeld statthätten, aus welchem Grunde er auch dafür plädierte, einen Teil der in Neuß einquartierten Truppen nach Gladbach, Rheydt und Viersen zu verlegen [69]. Diesem Vorschlag kam Borstell durch Abzug von zwei Kompagnien Infanterie nach Krefeld zum Teil nach [70].

Dennoch besserte sich die Stimmung in den betreffenden Gebieten keineswegs. Wie Spiegel im Zeitungsbericht für März 1839 [71] ausführt, gelinge es trotz verschärfter Aufmerksamkeit der Polizei einer „im Finstern schleichenden feindseligen Macht", unter der ungebildeten katholischen Bevölkerung des linken Rheinufers durch die „lügenvollsten und absurdesten Nachrichten [72] religiöse Befürchtungen" zu erregen, die sich teilweise geradezu zu einem förmlichen Fanatismus steigerten [73].

---

[62] Allgemeine Zeitung vom 9. März 1839; vgl. auch Qu. Nr. 195.
[63] Vgl. Qu. Nr. 195 u. 196.
[64] Lange S. 235.
[65] Vgl. Qu. Nr. 199.
[66] Wiedergabe in der Allgemeinen Zeitung vom 8. März 1839.
[67] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 407, Zeitungsbericht für Februar 1839.
[68] Hierauf weist der Neusser Bürgermeister mit Nachdruck hin. Überhaupt sei gegen keinen Einwohner der Stadt eine Strafe ausgesprochen worden (Stadtarchiv Neuß, Annalen der Stadt Neuß für 1839).
[69] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523[1], Düsseldorf, 23. Febr. 1839.
[70] Doch wird aus der zwischen ihm und Spiegel geführten Korrespondenz deutlich, daß zwischen dem Repräsentanten der Zivilverwaltung und dem Oberbefehlshaber des 8. Armeekorps gewisse Spannungen über die Art und Weise der Aufrechterhaltung von Autorität und Ordnung vorwalteten (vgl. Qu. Nr. 200). — Dankschreiben der Bürgerschaft für den Abzug der Truppen im Quellenband Nr. 201.
[71] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 407, 7. April 1839.
[72] Vgl. hierzu auch unten S. 186 ff.
[73] Fand sich diese Mißstimmung vor allem in Grenzbezirken links des Rheins, so soll man

2. *Begleitumstände der belgischen Krise*

a) *Psychosen, Gerüchte und Verdächtigungen*

In der Tat erwies man sich in der Bevölkerung, und zwar nicht nur in einigen Grenzkreisen des Regierungsbezirks Düsseldorf, während dieser erregten Zeit vielfach außerordentlich anfällig für Gerüchte und neigte rasch zu Verdächtigungen. Wie ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung vom 28. Dez. 1838 hervorhebt, brauche nur jemand die Nachricht aufzubringen, hier sei ein Geistlicher verhaftet worden, dort habe sich eine Schlägerei zwischen Katholiken und Protestanten entwickelt, oder Personen seien bedroht worden, und schon verbreite sich die Sache wie ein Lauffeuer und rufe „erregte Besorgnis und Zusammensteckung der Köpfe" hervor.

Mochte auch ein großer Teil der kursierenden Nachrichten und Erzählungen der erregten Fantasie entsprungen sein, während andere wiederum vom tatsächlichen Verhalten einzelner Wirrköpfe ihren Ausgang genommen haben mögen, so sind sie doch nach den vorliegenden Anzeichen in gewisser Weise offensichtlich typisch für den Informationsstand und die Mentalität weiter Kreise der Bevölkerung jener Zeit, wahrscheinlich vor allem auf dem Lande und in den Kleinstädten, insbesondere unter den weniger gebildeten Schichten. So dürfte sich vielfach ein verworrenes Bild von der Lage der Dinge gebildet haben. Daß man sich in Berlin über die dort gepflogenen Beratungen und den Stand der Verhandlungen mit der Kurie ausschwieg, dürfte dabei für die lebhaft wuchernden Spekulationen, Gerüchte sowie nicht selten an Hysterie grenzenden Befürchtungen und Verdächtigungen verschiedenster Art ein vorzüglicher Nährboden gewesen sein [1].

Wenn z. B. die Fama die Runde machen konnte, der Erzbischof sei aus Minden entführt worden [2], was bei vernünftiger, ruhiger Überlegung angesichts der dort stationierten starken Truppenkontingente als recht unwahrscheinlich hätte angesehen werden müssen, so deutet das an, in welchem Maße man zuweilen irrationalem Denken zuneigte.

Offenbar auf einer am 15. Jan. 1839 in Köln stattgefundenen Zusammenkunft namhafter Adeliger nahm das Gerücht seinen Ausgang, der Erzbischof habe sich mit dem Gouvernement verständigt und eingewilligt, auf den erzbischöflichen Stuhl unter der Bedingung Verzicht zu leisten, daß der münstersche Pfarrer Kellermann zu seinem Nachfolger vorgeschlagen werde. Auch wolle er selbst in vollkommener Freiheit nach Koblenz reisen, um dort den Resignationsakt zu vollziehen [3].

---

sich allerdings auch, wie in einem Zeitungsbericht vom März 1839 bemerkt wird, unter der „niederen Klasse" in Düsseldorf wegen des Verfahrens gegen Binterim (vgl. unten S. 216 ff.) verbittert gezeigt und zum Teil sogar einen „fanatischen Geist" an den Tag gelegt haben, der hier und da zu Drohungen gegen die evangelischen Mitbürger geführt habe (Most, Geschichte der Stadt Düsseldorf Bd. 2 S. 59).

[1] Hierauf war z. B. auch in einem Artikel der Allgemeinen Zeitung vom 28. Dez. 1838 hingewiesen worden: „Die Gärung ist in der Tat groß ... Einen solchen Zustand zur selben Zeit, wo die äußere Politik sich so verdüstert, länger bestehen zu lassen, wäre nicht zu rechtfertigen, und man hofft daher, daß endlich einmal das Resultat der langwierigen zu Berlin gepflogenen Beratungen an den Tag kommt".

[2] Ebd.

[3] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 27. Jan. 1839.

Andererseits kursierte nach einem Bericht des Bürgermeisters von Gelsendorf im Kreise Ahrweiler das Gerücht, der Erzbischof von Köln sei zu fünfjähriger und der Erzbischof Dunin zu zwanzigjähriger Festungsstrafe verurteilt worden [4].

Daß auch Übertretungen gewisser Ordnungsvorschriften in den daraus entstehenden Gerüchten leicht einen politischen Akzent erhalten konnten, beleuchtet ein von der Trierer Zeitung [5] gemeldeter Vorfall:

„Dem Vernehmen nach zirkulieren über eine in der Pfarrkirche zu Bollendorf am 2. d. M. beim Herausgehen aus derselben vorgefallene unbedeutende Unordnung die sonderbarsten und lächerlichsten Gerüchte. Es soll, heißt es, bei dieser Unordnung ‚Vive la Belge! gerufen worden sein; der hiesige Herr Pfarrer habe eine Frau so hart angeredet und übel behandelt, daß selbe darüber in Schrecken geraten. Dann heißt es wieder, der Pfarrer selbst sei malträtiert worden. Alle diese Gerüchte, wird hiermit versichert, fließen aus der unlauteren Quelle der Verleumdung und Lüge, und es ist unbegreiflich, wie man solch winzig kleinen Vorfall in einer politischen Farbe übertünchen konnte. Das einzig Wahre an der Sache ist, daß einige Frauen die vom hiesigen wohllöblichen Kirchenrate vorgeschriebene, beim Herausgehen aus der Kirche zu befolgende Ordnung, wie solche in sehr vielen Pfarreien unseres Bistums eingeführt ist, übertreten haben und dadurch einige Störung verursacht worden ist".

Wie rasch Hysterie aus den banalsten Vorfällen des Alltags blutigen Ernst werden ließ, deutet auch ein Vorfall aus Heinsberg (Reg.-Bez. Aachen) an, der in der Presse Schlagzeilen machte. Ein Heinsberger Apotheker hatte — vermutlich von der damals offenbar grassierenden Kriegspsychose verleitet — mehrere Jungen Krieg spielen lassen und der einen Partei Mützen aufgesetzt, die von einigen zuschauenden Erwachsenen als Bischofsmütze gedeutet wurden. Sie mischten sich in den Streit und „drohten, dem armen Apotheker an Leib und Leben und an das Haus zu kommen", bis der Lärm „durch die Dazwischenkunft der Behörden" friedlich geschlichtet wurde [6].

Daß eine Steigerung in der Verbreitung von Gerüchten und der Erfindung von Verdächtigungen noch möglich war, dokumentiert eine Reihe von Berichten, als deren Verfasser der Mülheimer Landrat Schnabel feststeht, „ein Mann von unheimlicher Geschäftigkeit, dem das Spionieren zur Natur geworden zu sein schien" [7]. Schnabel forschte unermüdlich nach nicht vorhandenen Fäden, die von den umstürzlerischen Mittelpunkten, vor allem Brüssel und Paris, in die Rheinlande führen sollten, und war stets auf der Spur fremder Sendlinge, ohne sie zu finden [8]. Zu seinem besonderen Metier gehörte offenbar die Auskundschaftung des Klerus [9]. Daß in manchen seiner Beobachtungen ein wahrer Kern steckt, ist möglich, allerdings schwer durch Nachprüfung zu erweisen.

---

[4] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 1253, 28. März 1839.
[5] Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 24. Febr. 1839.
[6] Allgemeine Zeitung vom 9. März 1839.
[7] Schrörs, Geheimpolizei S. 29; Hansen, Mevissen S. 219; vgl. auch oben S. 24.
[8] Schrörs, Geheimpolizei S. 29.
[9] So schrieb Schnabel am 26. Dez. 1837 an seinen vorgesetzten Minister: „Ich lasse es mir vorzüglich angelegen sein, diejenigen katholischen Geistlichen zu ermitteln, welche früher Anhänger des Erzbischofs waren und noch sind und in ihren Umtrieben ferner noch eine Opposition gegen das Gouvernement bilden" (ebd. S. 31).

Hier einige Beispiele seiner unermüdlichen Geschäftigkeit: In den Wirtshäusern spreche man „mit Vergnügen" von der Ankunft der Franzosen als Befreier vom preußischen Joch [10], was angesichts des in anderen Quellen so vielfach geschilderten Patriotismus als wenig wahrscheinlich anzusehen ist. Wie Schnabel weiter berichtet, hätten in verschiedenen Ortschaften die Katholiken sogar insgeheim vereinbart, die Evangelischen beim Herannahen der Franzosen zu ermorden und ihr Eigentum zu verteilen [11]. In Grevenbroich solle ein Freikorps gebildet werden, welches beim ersten Anzeichen eines Aufruhrs im Limburgischen den belgischen Brüdern zur Hilfe eilen werde [12]. Das Kriegsgeschrei in den Wirtshäusern finde immer mehr Anklang, besonders, seitdem man damit begonnen habe, Pferde zu requirieren. So habe in Rheydt ein Individuum namens Spelter laut erklärt: „Heute abend wollen wir den Kalvinern einmal recht warm machen!" Daraufhin hätten alle zu singen begonnen und nachdem sie geendigt hätten, laut geschrieen: „Vivat Napoleon! Vivat die Brabanter, sie sollen leben!" Spelter habe noch hinzugesetzt: „Die lumpigen Preußen sollen alle krepieren!" [13]. Auf einem beim Gastwirt Moll in Gladbach während der Karnevalstage stattgefundenen Ball, so berichtet Schnabel weiter, hätten anfangs Katholiken und Evangelische fröhlich zusammen getanzt. Plötzlich sei jedoch das Signal gegeben worden, die Evangelischen durchzuprügeln [14], was allerdings nicht ganz ausgeschlossen erscheint, handelte es sich doch um eine Stadt, in der der Mittelstand und die Arbeiterschaft mit wenigen Ausnahmen katholisch waren [15], so daß man sich sehr wohl gegenüber der protestantischen Minderheit stark fühlen konnte.

In einem auf eine ähnliche Tendenz hinauslaufenden undatierten, mit „namens vieler beunruhigter Insassen von Viersen" unterzeichneten Schreiben an die Düsseldorfer Regierung [16] — hatte hier auch Schnabel seine Hand im Spiele? — heißt es: „In der hiesigen Gemeinde herrscht seit kurzem ein der öffentlichen Ruhe sehr gefährlicher Geist. Der Katholik, sowohl aus den ersten als aus den letzten Ständen, ist gegen den König und gegen die Evangelischen heftig erbittert. Diese Erbitterung, durch die religiösen Wirren veranlaßt, wird mehr und mehr von der katholischen Geistlichkeit angefacht. Der Pastor Krachen hat gar dem Bürgermeister, der für die evangelischen Bewohner Besorgnisse hegte, unumwunden erklärt, daß er im Fall eines zu befürchtenden Aufstandes das Volk gar nicht aufhalten würde, es möchten dadurch auch Greuelszenen entstehen. Der Vikar Schröteler hat selbst vor etwa drei Wochen zum Aufreiz gegen die Evangelischen gepredigt ... Jetzt mag es noch Zeit sein, die Geschichte lehrt, daß alle Revolutionen anfangs zu dämpfen waren, allein beim längeren Zuschauen nicht mehr".

---

[10] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2533 S. 19: gleicher Bericht in: St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809 Bl. 47.
[11] Ebd.
[12] Ebd. Bl. 30.
[13] Ebd., Rheydt, 2. Jan. 1839. — Es könnte sich hier um Angehörige der unteren, vielfach katholischen Schichten in Rheydt handeln. Deren Verhalten ist jedoch für die damals noch überwiegend reformierte Bevölkerung der Stadt, vor allem der Ober- und Mittelschichten (frdl. Auskunft von Herrn Prof. Dr. Helmuth Croon), wohl kaum charakteristisch.
[14] Auskunft von Herrn Prof. Dr. Croon, Krefeld.
[15] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809 Bl. 52.
[16] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809.

Von ähnlichen Schreckgebilden ist auch in einem aus anderer Feder stammenden Bericht[17] die Rede. So sei einzelnen Kriegsreservisten bedeutet worden, sie möchten nur nicht marschieren; denn man würde sie doch nur gegen ihre Glaubensgenossen in Belgien und Frankreich führen, oder man würde sie in holländische Regimenter stecken und dann den Versuch machen, Belgien wieder zu erobern. „Bis zu den unwissendsten Arbeitern hinunter" habe man den Glauben verbreitet, in einem dem Ausbruch nahen Kriege zwischen Preußen und den vereinigten Armeen Frankreichs und Belgiens würde man die „Geusen" über den Rhein (nach Osten) jagen und die Rheinprovinz mit einem katholischen Lande vereinigen. Die Fabrikarbeiter, ja selbst die Dienstboten, sprächen von Tag zu Tag offener davon, „daß es mit den Geusen[18] bald getan wäre", und der Gastwirt Moll in Gladbach, dessen Fanatismus nach und nach sämtliche evangelische Gäste aus seinem Hause vertrieben habe, habe während der Karnevalszeit bei der Prügelei zwischen Katholiken und Evangelischen laut dazu aufgefordert, „die Geusen totzuschlagen". Der Gastwirt Moers in Gladbach sei nicht minder fanatisch und habe namentlich in den letzten Tagen bei Gelegenheit der Pferdemusterung und -requirierung geäußert, man möge die Pferde nur ziehen lassen; es werde nicht lange dauern, so würden die Rheinländer Veranlassung finden, sie wieder zu holen. Binnen ganz kurzer Zeit werde nämlich der Erzbischof von Köln erscheinen und mit dem Kreuze ihnen voranziehen, um die Preußen, die Ketzer und die Geusen zu verjagen. Auch der ehemalige Professor und jetzige Wirt Noever in Gladbach, mit dem der Landrat täglich verkehre, sei ein fanatisch gesinnter Mann, der jedoch mehr im geheimen das Volk aufreize. Er hauptsächlich verbreite in vielen Abschriften die Allokutionen und ähnliche Reden aufregenden Inhalts, und selbst von Katholiken werde es „unangenehm bemerkt", daß der Landrat bei diesem unzufriedenen Mann bisweilen zwei bis drei Stunden verweile. Im Kreise Kempen gebe besonders der Kaplan Pasen in Vorst durch seine Predigten zu Unfrieden Anlaß. Bei all diesen Vorgängen sei es nicht verwunderlich, daß sich unter den Evangelischen und selbst unter vielen friedlich gesinnten Katholiken Mißtrauen und Besorgnis verbreitet habe. Man traue kaum mehr seinen vieljährigen Dienstboten, und der gesellige Verkehr in den Gesellschaften sei zerstört, weil man sich bei jeder Äußerung vorsehen müsse.

Daß die infolge der Entfernung des Erzbischofs von Köln stattgefundenen Umtriebe und „geheimen Einflüsterungen aller Art" bei dem größeren Teil der katholischen Bevölkerung eine für die Regierung höchst ungünstige Stimmung hervon Spiegel Kritik. Es sei höchst gewagt, eine ganze Gegend zu verdächtigen, zu-

[17] Ebd., Gruber, Düsseldorf, 22. Febr. 1839.

[18] Hiermit dürften wohl die protestantischen Preußen gemeint sein. Ursprüngliche Bezeichnung für die protestantischen Freiheitskämpfer in den Niederlanden gegen Spanien, wurde im 19. Jahrhundert dieser Name für die Liberalen in den flämischen Provinzen wieder gebraucht (Meyers Lexikon [6]1907 Bd. 7 S. 773). Mittels des zahlreichen in die Rheinlande aus Belgien eingeführten Schrifttums könnte dieser Terminus auch in die Rheinlande Eingang gefunden haben. Eine andere Erklärung finden wir, zumindest was Kleve betrifft, in einen Bericht der Historisch-politischen Blätter (Bd. 3, 1839, S. 565 f.). Danach habe auf katholischer Seite das Gefühl der Zurücksetzung, das sichtbar werdende Bewußtsein der Macht und des Übermuts der Protestanten die Erinnerung an die Zeit der Verfolgung in den benachbarten Niederlanden wieder hervorgerufen und der in den „herben Beziehungen alter Zeit" den Protestanten allgemein beigelegte Name Geusen sei wieder aufgelebt und in aller Munde gewesen.

vorgebracht und den früher im äußeren Umgang kaum bemerkten Unterschied der Konfessionen wieder stärker habe hervortreten lassen, ist auch die Auffassung, die der Bürgermeister von Rheydt, Büschken, in einem Schreiben an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom 21. Febr. 1839 [19] vertritt.

Dieser zeigte sich jedoch derartigen Mitteilungen gegenüber recht skeptisch und bezeichnete insbesondere die Mitteilungen Schnabels „nach Recherchen als nicht begründet" [20]. Nach den Ermittlungen seines Regierungsrats Altgelt sei kein Anlaß zu Besorgnissen gegeben. Es werde zwar mehr und lauter räsoniert als vorher, doch schlage der Vergleich des „Sonst und Jetzt" zum Vorteile der Gegenwart aus. Demgegenüber zeigte sich der Kommandeur des in Gladbach stationierten Füsilierbataillons, Major von Webern, von der Unzuverlässigkeit der katholischen Bevölkerung in gewissen Hochburgen des preußenfeindlichen Katholizismus überzeugt [21]. Zwar könne man die im ganzen Kreis Krefeld vorherrschende öffentliche Stimmung als „vortrefflich" bezeichnen. Hier sei jeder, wie es im alten Lande nicht anders zu erwarten sei, stolz darauf, „in Sinn und Wort preußisch zu sein" [22]. Ein ähnlich guter Sinn, „wenn auch nicht so zuverlässig, entschieden und allgemein", herrsche in einem Teil des Kreises Kempen, namentlich in Dülken, das sich „durch einen Geist der Ruhe, Ordnung, Sittlichkeit und Duldsamkeit" bemerkbar mache [23]. Weniger sei dies jedoch in den Fabrikorten mit Bevölkerung gemischter Konfession wie in Viersen, Gladbach [24] und Rheydt der Fall, wo die Gesinnung als „höchst zweifelhaft und unzuverlässig" bezeichnet werden müsse. Noch weniger Erfreuliches könne man von Dahlen [25] und Erkelenz [26] berichten. Auf der dunkelsten Farbenstufe preußischer Gesinnung erscheine indes das „bigotte, beinahe spanisch-fanatische Neuß" [27], wo auch eine versteckte „französische Gesinnung" walte. Günstig auf die dortige Stimmung habe sich jedoch die Verlegung von Truppen auf linksrheinisches Gebiet ausgewirkt. Seitdem würden auch preußische Offiziere von der einheimischen Bevölkerung wieder höflich gegrüßt [28].

An der Darstellung Weberns übt allerdings der Düsseldorfer Regierungspräsident

---

[19] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809.

[20] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2533 S. 27.

[21] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809, Ber. an Generalleutnant Ernst von Pfuel, Gladbach, 25. April 1839.

[22] Dies scheint in der Tat, zumindest auf die Stadt Krefeld, zuzutreffen (vgl. oben S. 30; 108).

[23] Die angeblich in Dülken zu beobachtende preußenfreundliche Haltung könnte mit auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß Dülken unter preußischer Herrschaft einen eklatanten wirtschaftlichen Aufschwung erfahren hatte (Norrenberg S. 50 f.). Allerdings stellt dies noch keinen zwingenden Beweis dar.

[24] Demgegenüber stellt Brasse (S. 548) eine durchaus preußisch-patriotische Stimmung in dieser Stadt fest. Bezeichnend sei, daß die Gesellschaft „Erholung" in den letzten Jahren Friedrich Wilhelms III. die Feier ihres Stiftungsfestes auf Königs Geburtstag (3. August) verlegt habe. Auch als im Mai 1840 die 25jährige Vereinigung mit dem Königreich gefeiert wurde, sei die Begeisterung fast allgemein gewesen.

[25] Kr. Gladbach, Reg.-Bez. Düsseldorf, seit 1878 Rheindahlen.

[26] Reg.-Bez. Aachen. — Aufgrund der Tradition dieser Stadt wäre eine bewußt katholische Haltung ihrer Einwohner durchaus denkbar, hatte Erkelenz doch vor Zeiten zum sogenannten Oberquartier von Geldern gehört, war zeitweise spanisch gewesen und erst 1815 an Preußen gefallen.

[27] Über ähnliche Vorwürfe in früherer Zeit vgl. oben S. 93.

[28] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809, Ber. Weberns, Gladbach, 25. April 1839.

mal die Erfahrung lehre, daß die meisten der „angezeigten Ungehörigkeiten" übertrieben dargestellt würden. Die Mehrzahl der Bürger in Neuß bestehe aus braven, rechtlichen Leuten. Zwar gebe es dort eine berüchtigte Schenke für die unteren Klassen. Doch stehe das hier verkehrende Gesindel unter der Aufsicht der Polizei. So sei im ganzen in Neuß durchaus kein böser Sinn vorhanden [29]. Auch der positiven Hervorhebung des Kreises Krefeld könne er nicht beistimmen. Hier gebe es ebensogut Raisoneurs und Fanatiker wie an anderen Orten; genau so verhalte es sich mit der Anzahl „ehrenwerter Bürger". Es sei auch verständlich, daß unter den Arbeitern der Fabrikstädte, denen die Fabrikherren den Lohn gekürzt wie auch diesen durch Bezahlung mit Waren zu schmälern gesucht hätten, durch die Stationierung zusätzlicher Truppenkontingente die Anzeichen äußerer Unruhe zurückgegangen seien. Daß sich jedoch infolge der Anwesenheit des Militärs die in gewissen Kreisen bestehende „schlechte Gesinnung" gebessert und die konfessionelle Erregung inzwischen abgeebt sei, müsse er bezweifeln. So streitet Spiegel auch keineswegs ab, daß ein großer Teil der katholischen Bevölkerung „in Aufregung gekommen" sei und mehr als gewöhnliche Aufmerksamkeit auf alles dasjenige richte, „was in irgendeiner Beziehung mit konfessionellen Meinungen" stehe:

„Schon bei den ersten Konflikten des Gouvernements mit dem Erzbischof Clemens August bildete sich eine Partei, damals nur aus Obskuranten oder krassen Fanatikern bestehend ..., fand indes wenig Anklang und würde bald wieder in sich untergegangen sein, wenn nicht das Ereignis vom 20. Nov. 1837 eingetreten wäre. Das gab der Sache einen ganz anderen Anstrich; denn es kamen Prinzipien in Frage, und nun war jedem Einfluß Tür und Tor geöffnet; der Obskurantismus mit seinen Repräsentanten wurde Nebensache, und alle Leidenschaften, die bis dahin nicht auf den Kampfplatz getreten, kamen ins Spiel" [30].

Diese gesteigerte Empfindlichkeit in konfessionellen Fragen, ein stärkeres emotionales Engagement, das sich gegebenenfalls sogar rasch bis zu Ausbrüchen leidenschaftlichen Hasses und zur Gewaltanwendung steigern konnte, bekundete sich in eklatanter Weise am 25. und 26. März 1839 in Kleve, wo sich aufgrund besonderer lokaler Bedingtheiten nicht unerheblicher Zündstoff angesammelt hatte.

Bereits in seinem Zeitungsbericht für Dezember 1838 hatte der Landrat des Kreises Kleve betont, daß die öffentliche Stimmung in seinem Amtsbezirk zu wünschen übrig lasse. Es herrsche eine nicht zu übersehende Mißstimmung, „die von manchem unterhalten" werde und noch mehr überhand nehmen würde, wenn nicht „die Gemüter durch die nunmehr verbreitete Hoffnung auf eine baldige Ausgleichung zwischen beiden Höfen [31] beschwichtigt würden" [32]. Nach einer Dar-

---

[29] Daß in Neuß die Anteilnahme für den Erzbischof rege war, dürfte sowohl aufgrund der vom Dezember 1837 überlieferten Berichte (vgl. oben S. 92 f.) sowie der Tatsache, daß hier 1840 eine von zahlreichen Bürgen unterschriebene Petition zugunsten des Erzbischofs an den König gerichtet wurde (vgl. unten S. 294), anzunehmen sein. Dennoch ergibt sich nach den Zeitungsberichten und den ausführlichen Annalen des damaligen Bürgermeisters Loerick (Stadtarchiv Neuß) das Bild einer durchaus besonnenen Haltung der Neusser Bürger. Anzeichen für einen krassen Ultramontanismus liegen nicht vor.

[30] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2435, Spiegel an General von Pfuel, 29. April 1839.

[31] D. h. zwischen Berlin und Rom.

[32] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 857 Bl. 191.

stellung in den Historisch-politischen Blättern [33] war die katholische Bevölkerung der Stadt Kleve [34] auch durch die offenbare Bevorzugung der Protestanten erheblich gereizt. So sei das Lehrpersonal des Gymnasiums ganz protestantisch, die Schüler dagegen gehörten in der Mehrzahl der katholischen Konfession an. Für die wenigen Protestanten seien in zwei Kirchen drei Prediger angestellt, während die Katholiken nur einen Oberpfarrer zur Verfügung hätten [35].

b) Die Tumulte in Kleve

Wie in der nach den Unruhen angestellten amtlichen Untersuchung festgestellt wurde, war die Mißstimmung unter der katholischen Bevölkerung Kleves auch durch den Missionseifer einiger evangelischer Fanatiker gesteigert worden [1]. So habe das in der fast ausschließlich von katholischen Kindern besuchten Armenschule als Nähllehrerin tätige Frl. Neumann in ihren Unterrichtsstunden aus der Bibel vorlesen lassen, ja sogar einige Stellen im evangelischen Sinne interpretiert. Darüber hinaus habe sie, wie sie selbst zugebe, „um den religiösen Sinn zu befördern", Neue Testamente, Spruchbüchelchen und Traktätchen an katholische Kinder verteilt, in denen jedoch nach ihrer Auffassung nichts gegen den katholischen Glauben enthalten sei [2]. Auch der Armenhausverwalter habe seine Stellung dazu mißbraucht, den meist katholischen Insassen aus der Bibel vorzulesen. In ähnlichem Sinne hätten die Frau von Rodenberg und die Gräfin zur Lippe gewirkt. Letztere z. B. habe in der Kleinkinderanstalt den Kindern verboten, ein Kreuz zu schlagen und das Ave Maria zu sprechen, was von ihr indes z. T. bestritten wurde [3]. Hatten diese Vorgänge unter der Bevölkerung katholischer Konfession nicht geringe Empörung wachgerufen, so steigerte sich die Erregung durch ein von dem Klever Polizeikommissar Simons verfaßtes Drama „Luther" zu einer förmlichen Psychose. Simons, welcher vor einigen Jahren von Barmen nach Kleve versetzt worden war und als ein Mann bezeichnet wird, welcher „entblößt von jeder tieferen Bildung des Geistes und des Herzens, das große Wort überall führen zu dürfen glaubte, soll sich durch seine im Klever Wochenblatt veröffentlichten dichterischen Erzeugnisse bereits einen ungünstigen Ruf erworben haben [4]. Während er noch in Barmen wohnte, hatte er dort 1838 mit Genehmigung der Zensur das von ihm verfaßte Drama „Luther" drucken, indes nicht durch den Buchhandel vertreiben lassen, sondern nur einige Exemplare an Bekannte verteilt. Dieses Werk, an sich bedeutungslos [5], das die kirchlichen Zustände zur Zeit der Reformation in dramatischer Form behandelte, enthielt indes „mancherlei Ausfälle

[33] Bd. 3, 1839, S. 565 ff.
[34] Von den 8500 Einwohnern der Stadt sollen nur 1600 der protestantischen Konfession angehört haben (ebd. S. 565).
[35] Ebd.

[1] Für das Folgende: St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523[I] S. 518 ff.
[2] Dem wurde jedoch von katholischer Seite entgegengehalten, daß es in einem der von ihr verteilten Lieder geheißen habe: „Preiset alles, forschet in der Bibel. Alles Beichten und kommunizieren ist nichts. Alles beruht auf dem Lesen der Bibel" (ebd. S. 522).
[3] Ebd. S. 518—526.
[4] Briefliche Mitteilungen aus Cleve, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland 3. Bd., München 1839, S. 566.
[5] Ebd.

und Schmähungen gegen einzelne Institute und Gebräuche der katholischen Kirche, besonders gegen den Ablaß“ [6]. Auch in Kleve verteilte Simons einige Exemplare seines Dramas an evangelische Bekannte, unglücklicherweise auch ein weiteres an den katholischen Polizeisergeanten Pirschel, das von Hand zu Hand weitergereicht wurde [7]. Sprach bald die katholische Bevölkerung in Kleve allgemein von einem Buch des Polizeikommissar Simons, in welchem „die Messe als eine Komödie und die Geistlichen als Affen dargestellt“ seien [8], so kam wenige Zeit später das Gerücht auf, als sei aus dieser Schrift eigens ein Auszug der heftigsten Schmähungen gedruckt worden, welche der jüdische Buchhändler Cohen feilbiete. Dieser konnte sich daraufhin vor dem Ansturm der Kaufinteressenten, die zum Teil sogar weither vom Lande gekommen waren, nicht mehr retten, mußte jedoch beteuern, daß eine solche Broschüre nicht existiere, woraufhin man ihn beschuldigte, daß er sie offenbar nur an Protestanten verkaufe. Man sprach mittlerweile in der Klever katholischen Bevölkerung von nichts anderem mehr als von dem „Büchelchen gegen die Religion“. Die Abneigung gegen die Protestanten, die angeblich die katholische Religion angreifen wollten, wuchs. Insbesondere konzentrierte sich der Religionshaß auf Simons sowie die protestantischen Prediger und den Buchhändler Cohen, denen man am 18. und 19. März die Fenster einwarf [9]. Gerüchte von einem bevorstehenden „Mordsspektakel“ mehrten sich [10]. Simons sah sich gezwungen, sich gegen einige ihn angreifende Männer mit der Pistole zur Wehr zu setzen [11].

Das Faß zum Überlaufen brachte eine am 23. März vom Kaplan Laurenz gehaltene Predigt. Wie er angab, habe er es für seine Pflicht gehalten, seine Gemeinde vor solchen Schriften zu warnen, „als er nicht allein schon überzeugt gewesen wäre, daß die Simonsche Schrift sich bereits in den Händen vieler Katholiken befunden, sondern auch erfahren habe, daß dieselbe zu Nymwegen von neuem aufgelegt und sogar Pakete davon hierher befördert worden wären und ferner das Gerücht gegangen, daß von Holland und Belgien her verderbliche Schriften ins Land kämen“ [12]. Die Predigt schlug bei der bereits vorhandenen Aufregung der Gemüter wie eine Bombe ein, zumal sie Formulierungen enthielt, welche die entfachten Leidenschaften nur noch mehr aufwühlen mußten [13]. Im

---

[6] Jedenfalls nach Darstellung der Untersuchungskommission (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523I S. 528). — Auch der Korrespondent der Historisch-politischen Blätter (aaO S. 566) vermerkt, die Zeitereignisse hätten Simons eingegeben, in seinem Büchelchen die Katholiken und ihre Kirche in dramatischer Form zu verhöhnen und zu schmähen. Außerdem habe Simons schon früher in Elberfeld eine Pasquille auf die Katholiken in Knittelversen drucken lassen (ebd. S. 567).

[7] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523I S. 527.

[8] Ebd. S. 529.

[9] Ebd. S. 527—537.

[10] Ebd. S. 522 ff.

[11] Ebd. S. 577.

[12] Ebd. S. 579 f.

[13] So habe er u. a. verkündet: In der Simonschen Schrift sei gesagt, die katholische Kirche sei ein Komödienhaus, die Priester die Komödianten, die Meßdiener Affen ... Er dürfe als Geistlicher solche Schmähungen der Religion nicht dulden, er wolle lieber den Priesterrock an den Nagel hängen, als solche Angriffe übergehen (ebd. S. 539—541); ähnlich Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839. — Anders dagegen und aufgrund der vorliegenden Untersuchungsakten kaum glaubhaft, die Version der Historisch-politischen Blätter (aaO S. 566): Danach hat Laurenz, nachdem ihm Gläubige seiner Ge-

Kasino und anderen Gaststätten wurde die Predigt lebhaft diskutiert, wobei die Mehrzahl den Standpunkt des Kaplans teilte[14]. Vor allem in den unteren Volksschichten soll sich die Ansicht verbreitet haben, als habe der Kaplan zur Revanche aufgefordert[15]. Angeblich soll schon für den Abend des 23. (Samstag) eine Aktion gegen Simons beschlossen worden sein, so doch sei sie wegen einsetzenden Regens nicht zur Ausführung gelangt[16]. Am Abend des 24. brach sich jedoch die langangestaute Erregung Bahn. Nach der Darstellung der Historisch-politischen Blätter[17] habe sich das Volk auf den Straßen „in großen und größten Haufen versammelt, bis endlich ganz Kleve auf den Beinen zu sein schien". Das Wort Geusen sei in aller Munde gewesen, „und namentlich gegen den Polizeikommissar gerichtet, ward es endlich die Losung zum Zuge, um diesen aufzusuchen". So fand sich gegen 1/2 10 Uhr eine Menge von einigen hundert Menschen vor dem Hause Simons ein. Nachdem man hier einige Fensterscheiben zertrümmert hatte, zog man, offenbar befriedigt, singend und lärmend weiter[18], wobei ein kleiner Teil der Menschenmenge sich zu den Häusern der evangelischen Prediger begab, um ihnen die Fenster einzuwerfen, während der größere Teil zur Wohnung des Kaplans Laurenz zog in der Absicht, ihm ein Lebehoch zu bringen. Auf dem Wege dahin schreckte die Menge auch nicht davor zurück, ihre Wut an der evangelischen Kirche auszulassen[19]. Auf dem Rückwege von der Wohnung des Kaplans wurde die noch immer lärmende Schar (von 500 bis 600 Personen) von dem Bürgermeister aufgehalten, welcher sie „mit kurzer, aber kräftiger Rede" aufforderte, sich sofort zu zerstreuen und sich ruhig nach Hause zu begeben. „Diese Aufforderung machte Eindruck auf die Masse, die auf der Stelle ruhig war und wovon ein Teil von etwa 50 bis 60 Personen aus den vorderen Reihen sogleich die Flucht ergriff. Die übrigen aber, unter Ausbringung von Lebehochs auf Seine Majestät den König, auf den Bürgermeister, auf den Landdechanten, Oberpfarrer Baur, und auf den Kaplan Laurenzen, versprachen, sich nach Hause zu verfügen, rufend: ‚Unser Bürgermeister hat recht'!"[20]. Unglücklicherweise begegnete aber dem sich zerstreuenden Haufen der Polizeikommissar Simons. Kaum war man seiner ansichtig geworden, so stürzte sich die Masse mit solchem Ungestüm auf ihn, daß er nur mit Mühe in eines der nächsten Häuser flüchten konnte, welches man daraufhin mit

---

meinde ihren Unmut über die anmaßende Schrift des Polizeikommissars vorgetragen hätten, es sich in seiner Predigt angelegen sein lassen, die Zuhörer zu beruhigen; zwar habe er von schlechten Büchern überhaupt gesprochen, doch von der Schrift Simons ausdrücklich gesagt, daß sie zu unbedeutend sei, um daran Anstoß zu nehmen.

14 St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523I S. 527.

15 Ebd. S. 548.

16 Ebd. S. 556.

17 aaO S. 566.

18 St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523I S. 415; ähnlich Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839. — Nach dem Bericht der Historisch-politischen Blätter (aaO S. 566) ist die Menge jedoch zunächst zur Gesellschaft Concordia geströmt, wo sich Simons aufgehalten habe. Man habe ihn bereits ergriffen und hätte ihn möglicherweise gelyncht, wenn es nicht einigen kräftigen Männern „katholischer Konfession" gelungen sei, ihn zu befreien, in das nächste Haus zu ziehen, die Tür zu verschließen und ihm Zeit zur Flucht zu geben. Unterdessen habe die Menge ihren Groll nicht nur an diesem Haus ausgelassen, sondern auch die Wohnung des Geflüchteten zertrümmert.

19 St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523I S. 415; Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839.

20 St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523I S. 416; ähnlich Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839.

Steinwürfen zu demolieren begann („Gleich darauf erfolgten mehrere Steinwürfe mit einer solchen Kraft auf dieses Haus, daß nicht allein die Fensterscheiben, sondern auch einige im Haus befindliche Geräte dadurch beschädigt wurden“ [21]) und dessen Tür gewaltsam aufzubrechen suchte [22].

Den vereinten Bemühungen des Landrats, des Bürgermeisters, des Oberpfarrers Baur sowie weiterer „achtbarer“ Bürger gelang es zwar, den „Mob“ daran zu hindern, das Haus zu stürmen [23], aber erst gegen Mitternacht zerstreute sich die Menge. Sie versammelte sich indes zum größten Teil wiederum auf dem Markt, wo sie von einem an den voraufgegangenen Ausschreitungen ebenfalls beteiligten Bürger unter aufreizenden Reden und Ausgabe von Branntwein zu erneuten Exzessen ermuntert wurde. Baur, der ebenso wie der Bürgermeister und der Staatsprokurator hierhin geeilt war, gelang es trotz nachdrücklichen Zuredens nicht, die versammelten Menschen zum Auseinandergehen zu bewegen [24]. Schließlich verlangte man von ihm, daß er mit zur Wohnung des Kaplans Laurenz gehe, weil sich das Gerücht verbreitet habe, daß dieser verhaftet worden sei [25]. „Um die Tumultanten, deren Zahl sich noch immer auf einige hundert belief, von diesem Wahn abzubringen“ [26], gab Baur diesem Wunsche nach. Als der Kaplan sich zeigte und die Menge zum Gehorsam gegen die Obrigkeit ermahnte, zerstreute sich diese tatsächlich [27].

Bemerkenswert ist, daß weder Gendarmen noch Militär versucht haben, den Ausschreitungen entgegenzutreten [28]; sie waren offenbar entweder nicht verfügbar bzw. an Zahl zu gering.

Um einer Wiederholung der Exzesse vorzubeugen, erließ der von dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten von Spiegel als „umsichtig und entschlossen“ gelobte Bürgermeister Ondereyck [29] sofort am folgenden Morgen eine Polizeiverordnung, nach welcher unter anderm verboten wurde, daß sich mehr als drei Personen auf der Straße versammelten; außerdem mußten die Wirtshäuser abends um neun Uhr schließen. Darüber hinaus hatte sich auf Initiative des Bürgermeisters eine 130 Mann starke Bürgerwehr aus den angesehensten Beamten und Einwohnern der Stadt, meist Mitglieder des städtischen Schützenvereins, gebildet [30]. Unter ihnen befanden sich auch manche Katholiken, doch sei es, wie der Oberprokurator Bessel bemerkt, auffällig gewesen, daß viele derjenigen Katholiken, auf welche unter anderen Umständen zu zählen gewesen wäre, hier, wo es um die Sicherheit der

[21] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523[I] S. 416 f.
[22] Ebd.; Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839.
[23] Wie die Allgemeine Zeitung vom 12. April berichtet, sei Simons inzwischen über das Dach geflohen, wovon man sich auch schließlich habe überzeugen lassen. Daraufhin sei man zu seiner Wohnung geeilt, wo man, als man ihn dort ebenfalls nicht fand, „wieder ähnliche Ungebühr zur Beförderung des Gewerbes der Glasmeister der Stadt“ verübt habe.
[24] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523[I] S. 418. — Wie der Korrespondent der Historisch-politischen Blätter (aaO S. 566) berichtet, soll dem Bürgermeister sogar entgegnet worden sein, er sei auch ein Geuse und habe hier nichts zu sagen.
[25] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523[I] S. 419; Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839.
[26] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523[I] S. 418.
[27] Ebd. S. 419; Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839.
[28] Historisch-politische Blätter aaO S. 566; Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839.
[29] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 16, Spiegel an Rochow, 28. März 1839.
[30] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523[I] S. 420; DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 16, Spiegel an Rochow, 28. März 1839.

evangelischen Mitbürger gegangen sei, sich gänzlich zurückgehalten hätten [31]. Dennoch bewährte sich die „Bürgerwehr" ausgezeichnet. Als sich am Montagabend in der Heidebergerstraße, „dem Wohnsitz der gemeinsten Klasse der Einwohner", der Verbote ungeachtet, wieder „drohende Pöbelmassen" zeigten [32], welche „unter Singen und Schreien die Szenen des vorigen Abends wiederholen oder weiter ausdehnen zu wollen" schienen, setzte sich der Bürgermeister an die Spitze der Gendarmen und Polizeisergeanten und ließ eine Abteilung „Schützen" folgen. Als die anrückende Ordnungsmacht mit einem Steinhagel empfangen wurde, erklärte der Bürgermeister, er werde jeden Steinwurf mit einem Gewehrschuß erwidern lassen. So gelang es schließlich, die „tobende Masse" auseinanderzutreiben [33]. Seitdem blieb es in Kleve ruhig [34]. Auch bedauerten, wie Spiegel anmerkt, die „guten Bürger" der Stadt die „Exzesse eines fanatisierten Pöbels aufs schmerzlichste" [35].

Wie die Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839 berichtet, rückte am 6. März ein Detachement von 100 Mann Infanterie und 20 Mann Kavallerie aus Wesel in Kleve ein. Auch wurde sogleich eine Kommission des Landgerichts zur Untersuchung der Vorfälle eingesetzt, auf deren Anordnung hin zur Verhaftung derjenigen geschritten wurde, die sich „bei den vorgefallenen Exzessen vorzüglich bemerkbar gemacht hatten", was vorher „wegen Mangels an hinreichender polizeilicher Hilfe" nicht ausführbar gewesen sei [36], und zwar wurden zunächst 14 Personen festgenommen [37]. Verlief diese Aktion ohne Störungen [38], so kam es in der Folgezeit bei der Vornahme von weiteren Verhaftungen zu einem Zwischenfall, als sich Heinrich Egermann, einer der Haupträdelsführer, nicht nur seiner Festnahme durch Flucht zu entziehen anschickte, sondern auch dabei gleichzeitig die ihn verfolgenden Soldaten verhöhnte, was dazu führte, daß er angeschossen wurde und durch die erforderlich gewordene Amputation ein Bein verlor [39].

---

[31] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 16, Bessel an den Justizminister von Mühler, 29. März 1839.

[32] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523I 420; DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 16, Spiegel an Rochow, 28. März 1839.

[33] Ebd. — Über diesen Vorfall findet sich in der Münchener Politischen Zeitung vom 5. April 1839 folgende Schilderung: „Mehrere hundert Menschen, darunter viele Weiber, aus der untersten Klasse, versammeln sich ungefähr 8 Uhr abends und sollen nicht allein die Wohnung eines evangelischen Predigers, sondern auch die Steuerbureaux mit Plünderung bedroht haben. Die achtbare Bürgerklasse unterstützte aber kräftigst die Anordnungen der Zivilbehörde, die Aufruhrakte wurde bekannt gemacht, und die am 25. gebildete Bürgerwache trieb den Pöbel auseinander. Mehrere von der Bürgerwache wurden dabei mit Steinwürfen verwundet, worauf diese zur Arretierung einer großen Anzahl der Aufrührer schritt. Noch vor Mitternacht war die Ruhe vollkommen hergestellt, die Bürgerwache, die sich sehr brav hielt, blieb aber die ganze Nacht unter den Waffen".

[34] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2523I S. 420 f.; Allgemeine Zeitung vom 9. April 1839.

[35] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 407, Zeitungsbericht für März 1839. Ähnlich der Berichterstatter des Hamb. unpart. Corr. vom 2. April 1839: „Nur der niedrigste Pöbel nahm an dem Auflaufe teil, die gebildeten Katholiken haben ihren Unwillen darüber offen an den Tag gelegt".

[36] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 16, Ber. Seiffarts vom 5. April 1839.

[37] Hierzu bemerkt Seiffart weiter: „Diese Demonstrationen hatten aber auch zur Folge, daß einzelne Gruppen, welche vielleicht die Absicht haben mochten, einen dritten Versuch zum Tumultuieren zu machen, sich augenblicklich auflöseten und nunmehr alles ruhig blieb" (ebd.).

[38] Ebd.

[39] Ebd., Wöchentl. Polizeibericht Spiegels vom 1. April 1839; 8. April 1839.

Daß man daran dachte, bei der Strafverfolgung gegen die Teilnehmer des Aufruhrs ein Exempel zu statuieren, zeigt sich daran, daß insgesamt nicht weniger als 76 Personen zur Untersuchung gezogen wurden [40]. Außerdem lagen noch Anklagen gegen zwei Flüchtlinge vor. Von den vor Gericht gezogenen Personen wurden drei völlig und acht vorläufig freigesprochen, während die übrigen Angeklagten zu einer Strafe verurteilt wurden, und zwar 36 zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten, 15 zu Zuchthaus zwischen sechs Monaten und einem Jahr sowie ein Knabe zu einjähriger Detention in einer Besserungsanstalt. Besonders hart fiel das Urteil gegen 11 weitere Personen aus, die mit Zuchthausstrafen zwischen 18 Monaten und vier Jahren belegt wurden [41].

Daß die preußische Herrschaft am Niederrhein trotz dieser Anzeichen von Unzufriedenheit und Erregung unter Teilen der Bevölkerung immer noch auf einem hinreichend gesicherten Fundament stand, hatte sich bei diesen vom Gouvernement sicherlich nicht leichthin abgetanen Tumulte [42] gezeigt. Weder breiteten sich die Unruhen weiter aus, noch kam es zu einer Wiederholung derselben, wobei die loyale Haltung von zahlreichen Angehörigen des gehobenen Bürgertums von nicht unerheblichem Anteil gewesen sein dürfte. Sicherlich bestand auch in diesen Kreisen eine gewisse Unzufriedenheit wegen der angeblichen protestantischen Übergriffe [43]; aus diesem Grunde einer durch die unteren Schichten heraufgeführten Anarchie Vorschub zu leisten, war man jedoch offenbar nicht bereit.

Waren damit auch die staatlichen Organe bemerkenswert rasch der Lage Herr geworden, so heißt das jedoch keineswegs, daß damit die Vorgänge ohne Auswirkungen geblieben sind. Für Schlagzeilen, Anklagen, Gerüchte und Besorgnisse dürften diese spektakulären Vorfälle gewiß hinreichenden Nährboden gegeben haben. So nehmen z. B. die Historisch-politischen Blätter die Verhaftungen in Kleve zum Anlaß, heftige Attacken gegen die preußische Kirchenpolitik zu richten: „Diese unglücklichen Opfer werden nun für ihre Torheit bestraft, und die eigentliche Schuld und Grundursache solcher Anarchie bleibt ohne Strafe. Dieses Faktum ist wieder eins von den Zeichen der Zeit, welche in den letzten Jahren deutlicher als alle Worte reden. Allein der Verstehenden scheinen wenige zu sein. Zwei Dinge sind aber auch für den minder Einsichtigen klar zu sehen; zuerst die Tendenz, alles zu protestantisieren samt ihren Folgen, und dann die einseitig freie Presse, welche jeden noch so Unberufenen zum Schreiben einladet, wenn er nur gegen die katho-

---

[40] Über die Folgen und möglichen Auswirkungen dieser Aktion äußert der Klever Bürgermeister in diesem Zusammenhang die Ansicht: „Die Ermittelung und Überführung einer so großen Anzahl Beschuldigter hat im Publikum Sensation erregt und wird sicherlich jedem zur heilsamen Warnung dienen" (ebd., Ber. vom 1. Juli 1839).

[41] Ebd.; dgl. Ber. des Klever Bürgermeisters vom 16. Sept. 1839, mit Anlagen.

[42] So bemühte sich z. B. Rochow in der Folgezeit, den Bischof von Münster zu einem mäßigenden Einfluß auf die Klever Geistlichkeit zu bewegen. Caspar Max von Droste zu Vischering deckte jedoch voll und ganz das Verhalten der betroffenen Geistlichen und schob die Schuld an den Unruhen vielmehr den Übergriffen von evangelischer Seite zu (vgl. Qu. Nr. 192).

[43] Dies scheint in etwa aus einem Schreiben des Klever Bürgermeisters Ondereyck an Rochow hervorzugehen: „Die Gemüter, welche auch in den höheren Klassen vielfach aufgeregt waren, haben sich allmählich beruhigt, und nimmt alles wieder seinen gewohnten friedlichen Gang an. Es ist aber sehr wünschenswert, daß auch fernerhin hier alles aufgeboten werde, was den Gedanken an konfessionelle Reibungen zu entfernen imstande ist" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 16, 22. April 1839).

lische Kirche seine Stimme erhebt, dagegen aber jedem katholisch gesprochenen Worte die Promulgation verbietet. Jener einengende Druck und diese unbeschränkte Freiheit setzt gar leicht eine andere Sprache in Tätigkeit und hebt Gesetz, Zügel und Ordnung auf“ [44].

Von der polemischen Tendenz dieses Artikels abgesehen, muß man bei kritischer Erwägung der in ihm angeschnittenen Probleme zugeben, daß manche der Anklagen auf das Verhalten des preußischen Königs und der Staatsregierung, indem sie die Zeichen der Zeit nicht erkennen wollten und sich nicht entschlossen, durch weitgehende Zugeständnisse an die katholische Kirche der Krise ein Ende zu setzen, sondern vielmehr die Auseinandersetzung in endlose Länge zog, mit gewissen Einschränkungen zutrafen. Andererseits ist aber auch zu fragen, ob die heftigen und zum Teil unsachlichen seitens der kämpferischen katholischen Publizistik unablässig erfolgenden Angriffe dem Staat das Einlenken nicht unnötig erschwerten; denn „alles protestantisieren“, wie im obigen Kommentar der Historisch-politischen Blätter behauptet wird, wollte die preußische Staatsführung ja nun wirklich nicht! [45].

3. *Das Ende der belgischen Krise; das Abebben der Unruhen im Regierungsbezirk Düsseldorf; Rückblick auf das Verhalten der Bevölkerung*

Da in Frankreich Thiers nicht zum Zuge gekommen war, hatte sich die Kriegsgefahr erheblich vermindert. Zudem trug der von England ausgeübte Druck offensichtlich nicht wenig dazu bei, daß man seitens der belgischen Regierung einzulenken begann. Im übrigen waren auch eine Petition des Brüsseler Gemeinderats vom 27. Febr. 1839 und ähnliche Bittschriften seitens anderer Gemeinden und Korporationen zugunsten einer Annahme des Traktats nicht ohne Eindruck geblieben. So billigte man in den belgischen Kammern schließlich den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, durch welchen König Leopold ermächtigt wurde, den Traktat zu unterzeichnen [1].

War die Erörterung der belgischen Frage, wie der Düsseldorfer Regierungspräsident von Spiegel am 18. März 1839 berichtet [2], in seinem Bezirk schon früher in den Hintergrund getreten, ließ im Raum Köln die ultramontane Agitation — vielleicht im Zusammenhang mit der Pazifizierung Belgiens und dem Nachlassen der von dort ausgehenden Einwirkungen [3] — seit April nach [4], so begrüßte man of-

---

[44] Bd. 3, 1839, S. 567.

[45] In diesem Sinne schreibt auch Trauttmannsdorff, allerdings zu einem späteren Zeitpunkt (23. Juni 1840), an Metternich: „...Den Zweck fördernd wäre es übrigens, wenn der römische Hof, seine Adepten in Bayern sowie manche Personen in Österreich dem Systeme der Aufhetzungen gegen die preußische Regierung entsagen, dadurch beitragen wollten, den Weg der Verständigung anzubahnen. Dem König wird es dann auch leichter möglich werden, der katholischen Kirche manche Vorteile zufließen zu lassen, was unter anderen Umständen nicht geschehen kann“ (H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin Kart. 89, Berichte 1840 V-XII).

[1] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 4 Abt. 2 (1841) S. 32—36; Bd. 3 (1840) S. 416.

[2] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 16.

[3] So betont auch der die Zusammenhänge in bemerkenswerter Weise durchschauende Zeitgenosse K. Hase (Die beiden Erzbischöfe, 1839, S. 141), es sei für die Stimmung der Rheinlande bedeutsam geworden, „daß Belgien seine verzweifelte Stellung aufgab

fenbar im Rheinland allgemein weithin die friedliche Lösung der Krise [5]; vor allem hat die im April vorgenommene teilweise Entlassung der Kriegsreserve unter der Bevölkerung „einen überaus günstigen Eindruck hervorgebracht“ [6]. Auch die in diesen Tagen in Paris vorgefallene „Emeute“ hat zu keinen ungünstigen Rückwirkungen in der Rheinprovinz geführt. Dieser Versuch einer Reihe von jungen Leuten in Paris, welche sich zu einem republikanischen Geheimbunde vereinigt hatten, die durch die schon lange andauernde Regierungskrise verursachte Aufregung dazu zu benutzen, einen Staatsstreich durchzuführen, wurde zwar im Rheinland viel erörtert, stieß jedoch, wie die Regierungspräsidenten in Aachen und Köln versicherten, auf wenig Sympathie [7]. Die Neugierde, wie sich die Regierungskrise in Frankreich weiter gestalten würde, war auch im Regierungsbezirk Düsseldorf, wie Spiegel am 18. März 1839 schreibt, sehr groß [8].

Die in Teilen des Regierungsbezirks Düsseldorf bestehende konfessionelle Mißstimmung fand dagegen, wie die Ausschreitungen in Kleve Ende März 1839 zeigen, auch jetzt noch kein Ende. Erst im April trat offensichtlich eine Beruhigung ein. Die Reibungen zwischen Evangelischen und Katholiken ließen nach, die Verunglimpfungen, denen die Protestanten hier und da unter den „ungebildeten“ Katholiken ausgesetzt gewesen waren, wurden seltener; überhaupt schien „der auftauchende Geist des religiösen Fanatismus noch einmal glücklich gebannt zu sein“. Diese Entwicklung schreibt Spiegel nicht zuletzt den Bemühungen der katholischen Geistlichen, deren Einfluß derzeit größer sei als je zuvor, um Frieden und Eintracht zu. Auch habe es jüngst auf die Bevölkerung einen hervorragenden Eindruck gemacht, daß der König dem Erzbischof den Umzug auf seinen Familiensitz Darfeld gestattet habe [9].

Andererseits erregte der Vikar Derichs in Geilenkirchen (Reg.-Bez. Aachen) mit einer heftigen Kontroverspredigt gegen gemischte Ehen [10] am 8. April 1839 nicht geringes Aufsehen. Die Derichs zur Last gelegten Ausfälle erschienen so gravierend, daß sie nach der Auffassung des rheinischen Oberpräsidenten sowohl eine Versetzung als auch eine gerichtliche Verfolgung des Vikars rechtfertigten. Da es indes nicht an „exkulpierenden“ Zeugen fehlen würde, sei der Ausgang eines solchen Verfahrens freilich ungewiß [11].

---

und mit der Mutlosigkeit der exaltierten Partei für jetzt die Hoffnung verschwand, den europäischen Frieden von da aus zu stören“.

[4] „Die öffentliche Stimmung ist im allgemeinen gut. Lieblose Reibungen, harte Äußerungen oder aufregende Kanzelreden kamen nicht vor“ (DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16300, Zeitungsbericht für April 1839).

[5] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16300, Zeitungsbericht der Regierung zu Köln für Mai 1839.

[6] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 959, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz vom 5. Mai 1839.

[7] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16183, Zeitungsbericht der Regierung zu Aachen für Mai 1839; ebd. Nr. 16300, Zeitungsbericht der Regierung zu Köln für Mai 1839.

[8] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 16.

[9] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 407, Zeitungsbericht für April 1839.

[10] Vgl. Qu. Nr. 209.

[11] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4857, 16. Mai 1839. — Die ganze Angelegenheit verlief im Sande, zumal der Landrat, wie Cuny am 14. Nov. 1839 an Bodelschwingh schrieb, es für wünschenswert hielt, die Sache auf sich beruhen zu lassen, da in jener Gegend „die früher bestandene Aufregung über die Entfernung des Erzbischofs sich sehr gemindert habe, ja beinahe ganz verschollen sei“. Durch ein Einschreiten gegen Derichs

Dieser Vorfall ist freilich keineswegs für die Situation im Regierungsbezirk Aachen typisch. Vielmehr heißt es im Zeitungsbericht der dortigen Regierung für April 1839 [12], daß selbst die römische Staatsschrift die Gemüter kaum aufgeregt habe, da der Masse der Bevölkerung die Freiheit des Kultus nicht mehr gefährdet erscheine [13]. Die Kampfbereitschaft des Klerus hatte freilich nicht im geringsten nachgelassen, schrieb doch Istas am 7. April 1839, er sei zu jedem Opfer bereit, „wenn nur die Freiheit, Selbständigkeit unserer heiligen Kirche und somit dieses in seiner Existenz bedrohte Reich Gottes auf Erden gerettet werden kann. Lieber Kosackenherrschaft und die Kirche frei: als — wenn es möglich wäre — ein himmlisches Regiment auf Erden und eine überall gehemmte und unter dem Staate gefesselte Kirche, wie wir sie jetzt vor uns sehen" [14].

Versucht man, ein Fazit des Verhaltens der „rheinpreußischen" Bevölkerung während der belgischen Krise zu ziehen, so ist eindeutig herauszustellen, daß die westliche Grenzprovinz im großen und ganzen ähnlich wie bei den französischen Prätentionen zu Beginn der dreißiger Jahre [15] bewies, daß sie bereits bemerkenswerte Wurzeln im preußischen Staatsverband gefaßt hatte. Die Sorge um Frieden, Sicherheit und Wohlstand [16] überwog offensichtlich vor allem im Mittelstande Sympathien, wie sie vielleicht in gewissem Maße mit den westlichen Nachbarstaaten wegen der dort schon zum Teil realisierten liberalen und ultramontanen Zielvorstellungen vorhanden sein mochten. Lediglich in den unteren Schichten, die wahrscheinlich nicht im gleichen Grade vom Wohlstands- und Sicherheitsdenken geprägt gewesen sein dürften, insbesondere im Regierungsbezirk Düsseldorf, hatten sich gewisse Anzeichen von Mißstimmung und Unzuverlässigkeit bekundet. Da hiervon in erster Linie die Grenzkreise betroffen waren, könnte belgischer Einfluß mit im Spiele gewesen sein.

Impulse scheint die belgische Propagandaoffensive auch dem ultramontanen Klerus, insbesondere in Köln, verliehen zu haben. Die Agitation dieses Kreises hat jedoch keine sichtbaren Unruhen und Widersetzlichkeiten unter der Bevölkerung hervorzubringen vermocht.

---

würde aber die ultramontane Partei „Gelegenheit zu neuen Machinationen" erhalten. (ebd.).

[12] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47.

[13] Demgegenüber gelangt Lauenroth (S. 35) zu der Auffassung, daß die durch Hüsgen vorgenommene Versetzung des Kaplans an St. Foilan, J. H. Lammertz, im April 1839 unter der Bevölkerung große Erbitterung hervorgerufen habe. Diese Feststellung ist jedoch nicht überprüfbar, da Lauenroth nicht die Quellen nennt, auf die er sich stützt.

[14] Zitiert nach E. Gatz, Kaplan Josef Istas und der Aachener Karitaskreis, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 1972, S. 219.

[15] Vgl. oben S. 22.

[16] Auf diese Mentalität verwies z. B. auch Spiegel in einer Denkschrift vom 29. April 1839: „Die materiellen Interessen sind der Hebel unseres Jahrhunderts und besonders hier am Rhein das innere Mark des Volkes. Jeder will erwerben, ein Eigentum zu besitzen . . . Dabei weiß das Volk recht gut, was ihm Nutzen bringt, es kennt die vielen Vorteile, die unter der jetzigen Regierung ihm geworden oder weiter in Aussicht stehen; ist im allgemeinen mit dem Gange der Verwaltung, den Militäreinrichtungen, der Justizadministration zufrieden und denkt nicht daran, sich auf irgend etwas einzulassen, wodurch ihm alles das verloren gehen könnte, wofür keine analoge Einrichtung in einem anderen Staate Ersatz bietet. Neben dem Sicherheitsantrag des persönlichen Interesses liegt noch eine andere Garantie für die Ruhe in der allgemein ver-

Zwar weist ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 15. März 1839 auf einen negativen Einfluß der katholischen Geistlichkeit auf die Bevölkerung hin. Alle Proklamationen aus Berlin, mit denen man den Klerus zu gewinnen versuche, seien verschwendete Worte, weil man im voraus gegen sie eingenommen sei. Indes dürfte diese Verallgemeinerung kaum zutreffend sein, fehlte es doch, vor allem im Regierungsbezirk Düsseldorf, nicht an Geistlichen, die im Gegensatz zu dem oppositionellen Wirken eines Derichs, Kerp, Schumacher oder van der Meulen ihre Gemeinden zu Ruhe, Ordnung und Ergebenheit gegenüber dem Staat anzuhalten sich angelegen sein ließen.

9. Kapitel. Exkurs: Das Verhalten einzelner Gruppen

Dies führt zu der Frage, ob überhaupt ein gruppenspezifisches Verhalten festzustellen ist. Daher sei an dieser Stelle die chronologische Darstellung unterbrochen, um das bisherige Verhalten einzelner Gruppen und Schichten näher zu untersuchen, von dem gelegentlich bei der vornehmlich regionalen Untersuchung schon die Rede war, das indes in einer systematischen Analyse prägnanter herauszuarbeiten sein dürfte.

1. Der Klerus

a) Das Kölner Metropolitankapitel

Für die preußische Staatsregierung war es von größtem Wert, und sie hatte dies offensichtlich bei ihrer Entscheidung vorausgesetzt [1], daß sich das Metropolitankapitel, mit dem der Erzbischof offensichtlich zerfallen war [2], nach der Abführung Droste-Vischerings fast geschlossen [3] bereit fand, die Administration des Erzbistums sofort zu übernehmen, über die Lage an den Papst zu berichten und innerhalb der vom kanonischen Recht vorgeschriebenen acht Tage einen Kapitelsvikar zu wählen [4]. Darüber besteht kein Zweifel: hätte das Kapitel sich geweigert, die Geschäfte weiter zu führen, so wäre die preußische Staatsregierung in die größte Verlegenheit geraten [5]. Zweifellos hatte das Kapitel dem streitbaren ultramontanen

---

breiteten Ehrfurcht vor dem Gesetz; bis tief in die unteren Klassen herunter ist diese gedrungen . . ." (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2435, Spiegel an Pfuel, 29. April 1839).

[1] K. Hase, Die beiden Erzbischöfe, 1839, S. 108.

[2] Wiltberger S. 63. — Der (allerdings nicht residierende) Domherr Johann Martin Augustin Scholz hatte angesichts des „unsinnigen Treibens" des Erzbischofs sogar „kräftiges Einschreiten der höchsten Behörden" als unumgänglich bezeichnet (Reusch S. 244 f.).

[3] Lediglich der Domherr Montpoint soll sich zunächst von der Haltung seiner Mitkapitulare distanziert haben. Montpoint starb jedoch bereits am 10. Mai 1838 (Beilage zur Münchener Politischen Zeitung vom 22. Mai 1838). Später hat auch der Domherr Iven angeblich seine Unterschrift unter das Schreiben des Domkapitels an den Heiligen Stuhl vom 27. Nov. 1837 widerrufen (Münchener Politische Zeitung vom 14. Dez. 1839).

[4] Schrörs, Kölner Wirren S. 521.

[5] Vogel S. 83. — So schreibt auch Johannes Laurent: „Wenn nur das verdammte Kapitel nicht am Ruder bleibt, sonst wird der Bischof allgemach vergessen, und die große Gelegenheit zu einiger Emanzipation der Katholiken vom Ketzerjoche geht verloren" (zitiert bei Schrörs, Kölner Wirren S. 529).

Klerus gegenüber, der ihm vorwarf, es habe den Erzbischof im Augenblick der Gefahr schnöde verlassen [6], einen schweren Stand. Die Domherren ließen sich jedoch durch alle Anfeindungen nicht beirren und wählten am 27. Nov. 1837 einstimmig den Generalvikar Dr. Hüsgen zum Kapitelsvikar [7]. Nun kam es darauf an, ob ihn der Papst in seinem Amt bestätigen würde, was in diplomatischen Kreisen durchaus nicht als sicher angesehen wurde [8]. Nicht zuletzt aus diesem Grunde legte es die ultramontane Partei in der Folgezeit darauf an, gegen Hüsgen, der als gemäßigter und der preußischen Regierung gegenüber zum Ausgleich neigender Mann bekannt war, einen Nervenkrieg zu inszenieren und sowohl sein Ansehen in Rom wie auch seine Stellung in der Erzdiözese zu untergraben. So suchte man einmal durch irreführende Meldungen in der Presse die Glaubwürdigkeit Hüsgens zu erschüttern [9], zum andern vermochte der rührige Nellessen den als päpstlichen Geschäftsträger in Brüssel geltenden Spinelli zu einem die Stellung Hüsgens beeinträchtigenden Reskript zu bewegen. Wie es in diesem hieß, habe der Papst die Weisung erteilt, daß der Heilige Stuhl die Fastendispens Hüsgens für nichtig halte; denn letzterer sei im Widerspruch zum Kirchenrecht vom Domkapitel zum Bistumsverweser gewählt worden. Vielmehr sei die vorjährige Fastenordnung des Erzbischofs in Kraft zu setzen [10]. Der Brief wurde in Belgien gedruckt und in zahlreichen Exemplaren in der Rheinprovinz verbreitet [11]. Pfarrern soll er von Lüttich aus mit der Post zugesandt worden sein, während man ihn in Vaals, einem Grenzort in der Nähe von Aachen, habe kaufen können [12].

Das Schreiben Spinellis rief bei der preußischen Staatsregierung offenbar große Erregung hervor. Es heißt, der preußische Geschäftsträger in Brüssel habe den Internuntius offiziell um eine Erklärung ersucht, ob das Reskript von ihm stamme. Spinelli habe dies jedoch zunächst abgestritten [13], später aber die Urheberschaft zugeben müssen [14]. Ebenso soll der preußische Geschäftsträger auf Weisung aus Berlin bei der belgischen Regierung dagegen protestiert haben, daß der Vertreter einer fremden Macht die Privilegien seines diplomatischen Status dahingehend aus-

---

[6] Vgl. im einzelnen ebd. S. 521 ff.

[7] Vgl. ebd.

[8] So berichtet der hannoversche Gesandte Bodenhausen am 22. Dez. 1837 aus Wien, das Konsistorium in Rom habe sogar vom Papst gefordert, daß er dem Kölner Metropolitankapitel mit Exkommunikation drohe, wenn es sich weiter im Sinne des preußischen Gouvernements verhalte (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Collectanea 87).

[9] Am 25. Dez. 1837 brachte z. B. die Allgemeine Zeitung die Mitteilung, Hüsgen habe es abgelehnt, die Verwaltung der Diözese anzutreten, worauf sich das Kapitel genötigt gesehen habe, die Administration in corpore zu übernehmen.

[10] Schrörs, Kölner Wirren S. 530.

[11] Ebd.

[12] Außerordentliche Beilage zur Allgemeinen Zeitung Nr. 179 und 180, 4. April 1838.

[13] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 4. April 1838.

[14] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 5. April 1838. — Zum Beweis, daß das Mandat tatsächlich von Spinelli ausgegangen sei, führt ein Leser in einer Zuschrift an die Allgemeine Zeitung in der Ausgabe vom 7. April 1838 an, ein in Belgien nahe der preußischen Grenze wohnender Geistlicher habe beim Bischof von Lüttich wegen des Nuntiaturbriefs angefragt, da viele Gläubige aus dem rheinpreußischen Lande zu ihm kämen, um ihn wegen des neuen Fastenmandats zu befragen. Der Einsender fährt fort: „Der Bischof von Lüttich sendet diesem Geistlichen hierauf eine von ihm selbst eigenhändig beglaubigte Abschrift des Nuntiaturbriefes. Diese Beglaubigung habe ich selbst gesehen und die Handschrift des Herrn van Bommel durch Vergleichung mit anderen Briefen desselben als echt befunden".

nutze, sich in den kirchlichen Konflikt in Preußen einzumischen, und soll aus diesem Grunde die belgische Regierung ersucht haben, vom Papst die Abberufung Spinellis zu verlangen [15].

Auch Bunsen unternahm in Rom zu gleicher Zeit eine Demarche. In dem dabei gepflogenen lebhaften Notenwechsel stellte sich nun heraus, daß der Abbé Spinelli keinen offiziellen Charakter bekleidet habe, sondern nur zur Bewahrung des Archivs der belgischen Nuntiatur in Brüssel zurückgelassen worden [16] und lediglich instruiert gewesen sei, zur Beruhigung der Personen, die wegen der Fastenverordnung in Gewissenszweifeln seien, diesen eine päpstliche Dispensation von der strengen Fastenvorschrift zu erteilen. Zur Anzweifelung der Dispensbefugnis Hüsgens und der Ungültigkeitserklärung seiner Wahl zum Kapitelsvikar habe Spinelli jedoch keine Vollmacht besessen [17].

Äußerte man sich auch am päpstlichen Hofe betroffen über die angebliche Unklugheit Spinellis [18], so wurde indes das Ansinnen Bunsens, daß der apostolische Stuhl öffentlich das Vorgehen Spinellis desavouieren möge, seitens des päpstlichen Hofes in ziemlich schneidendem Tone abgelehnt [19]. Tatsächlich aber wurde der Papst durch den Vorfall bewogen, schleunigst den Monsignore Raphael Fornari, einen klugen und bedachtsamen Geistlichen, nach Brüssel zu entsenden, damit er Spinelli unverzüglich ablöse [20], was bei der preußischen Staatsregierung ebenso wie die Tatsache, daß Fornari seinen Vorgänger vollständig desavouierte, große Freude ausgelöst haben soll [21]. Auch der österreichische Gesandte in Brüssel, Graf Rechberg, begrüßte diese Maßnahme als einen nicht unwichtigen Schritt zur internationalen Entspannung und damit indirekt auch zur Lösung der holländisch-belgischen Frage [22].

---

[15] Public Record Office London FO 64/215, Ber. Russells aus Berlin vom 11. April 1838.

[16] Hess. Staatsarchiv Marburg Bestand 9a Nr. 87, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1838 Nr. 364, Ber. Wildkens v. Hohenau vom 29. April 1838.

[17] Schrörs, Kölner Wirren S. 532.

[18] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Graf Spaur an den bayerischen König, Rom, 5. April 1838.

[19] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 2, 1839, S. 1243.

[20] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Graf Spaur an den bayerischen König, 5. April 1838; Capaccini an den Herzog von Aremberg, 21. Dez. 1837. — Auch scheint aus letzterem Schreiben hervorzugehen, daß der Kurie an einem mäßigenden Einfluß des päpstlichen Geschäftsträgers auf den belgischen Klerus gelegen war: „J'espère que Msg. Fornari recevra bientôt l'ordre de partir, car dans ce moment nous avons besoin d'avoir en Belgique un homme sage et qui soit à même de bien diriger le clergé à fin qu'il ne souffle dans le feu des Provinces Rhénanes". So soll auch Fornari einem von Madame Henri de Mérode unternommenen Versuch, ihn von einem Abstand seiner Bemühungen, auf die Regierung mäßigend einzuwirken, zu bewegen, die Worte des Papstes entgegengesetzt haben: „Mon ministère est un ministère de paix et non pas de guerre et de trouble; la religion n'a rien à démêler avec la politique" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Belgien 5, Rechbergs vom 20. Jan. 1839).

[21] Vgl. Qu. Nr. 132.

[22] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Belgien 5, Rechberg an Metternich, 28. Nov. 1838. — Wie Rechberg in den Berichten der folgenden Monate weiter schildert, hat Fornari sein Bestes getan, um mäßigend auf die Eiferer unter der ultra-katholischen Partei einzuwirken, wie er überhaupt dem Lamennaismus entgegenzuwirken gesucht habe. Mit Hilfe des wirklich katholischen Klerus habe er der revolutionären Partei, die sich mit dem Namen katholisch schmücke, ohne das Recht dazu zu haben, einen Damm entgegenzusetzen gesucht. Wenn sich der vom Courrier de la Meuse gegenüber Preußen angeschlagene Ton gemäßigt habe, so sei dies in erster Linie Fornaris Verdienst; die ihm

Außerdem soll der belgische König, um einer Wiederholung dieser die diplomatischen Beziehungen seines Landes zu Preußen belastenden Vorgänge vorzubeugen, seinen Minister de Theux mit der Bitte um Mäßigung und Zurückhaltung in den kirchlichen Streitigkeiten an den Bischof von Lüttich abgesandt haben [23]. Darüber hinaus sei sogar England in Belgien „zugunsten der Aufrechthaltung der bestehenden Ordnung der Dinge" in der Rheinprovinz „mit großer Bestimmtheit" aufgetreten [24].

Unterdessen hatte die Pressekampagne gegen Hüsgen und das Kapitel ihren Fortgang genommen. So heißt es in der Allgemeinen Zeitung vom 7. April 1838, der Papst habe eine Bulle gegen oder über das Domkapitel erlassen, die er Bunsen zur Beförderung „im hergebrachten Wege" [25] übergeben, zugleich aber auch dem Erzbischof von Mecheln eine zweite Ausfertigung mit dem Auftrage übersandt habe, wenn in einer gewissen Frist der Befehl des apostolischen Stuhles nicht auf dem ersteren Wege an das Domkapitel gelangt sei, die Anweisung direkt bekanntzumachen: „Man sagt dabei, dieser Befehl annulliere die Wahl des Herrn Hüsgen zum Kapitelsverweser und bestelle als päpstlichen Vikar den Pfarrer Nellessen in Aachen".

Ende März 1838 kursierte erneut die Meldung, daß Hüsgens Wahl zum Administrator der Erzdiözese für nichtig erklärt worden sei. Diese Nachricht, verbunden mit der Beantwortung der römischen Staatsschrift [26], habe wieder „alle Geister rege gemacht". Letztere habe vor allem unter den Katholiken einen Eindruck hervorgebracht, den man „vergebens zu schildern suchen" würde: „Vieler Augen strahlen vor Freude, wogegen die bisherigen Verfechter des gegen den Erzbischof eingehaltenen Verfahrens höchst kleinlaut einhergehen" [27]. Mit Spannung warte man darauf, welche Maßregel die Regierung ergreifen würde, wenn eine Kassation des Kölner Kapitels von päpstlicher Seite „offiziell dem Publikum bekannt gemacht werden sollte" [28]. Bald wußte die Allgemeine Zeitung wiederum „aus höchst achtbarer Quelle" zu berichten, daß Hüsgen sich dem Urteile des römischen Stuhles unterworfen und seine Stelle als Administrator und Generalvikar der Diö-

---

vom preußischen Hof zugegangene Instruktion, allen Bischöfen im Namen des Heiligen Vaters zu schreiben, daß sie ihren ganzen Einfluß anwendeten, um die Geistlichkeit und die Bevölkerung zur Nachgiebigkeit gegen die Beschlüsse der Londoner Konferenz zu bestimmen, habe er gewissenhaft ausgeführt (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Belgien 5, Ber. vom 31. Dez. 1838, 7., 12., 20., 31. Jan. 1839).

[23] Hess. Staatsarchiv Marburg Bestand 9a Nr. 87, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1838 Nr. 364 u. 365, Ber. Wilckens v. Hohenau vom 29. April, 6. Mai 1838. — Zu diesem Appell an van Bommel bemerkt der hessische Ministerresident weiter: „... aber leider vermag der Wille des Königs dort wenig oder nichts gegen die Geistlichkeit; deshalb hat man hiesigerseits auch die Kgl. Kabinettsordre, wodurch die Verhaftung aller derer empfohlen wird, die bei der Verbreitung aufregender Schriften in den Rheinprovinzen betroffen werden, nach Brüssel mitgeteilt und dabei zu verstehen gegeben, daß man namentlich auch jeden belgischen Geistlichen, wes Ranges er auch sei, im Betretungsfalle sofort verhaften und nach einer Festung abführen lassen werde" (ebd., 6. Mai 1838).

[24] Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 70 Verz. 31 Bü 5, Ber. des württembergischen Geschäftsträgers v. Linden, Berlin, 3. Juli 1838.

[25] D. h. nach bisher in Preußen üblichem Staatskirchenrecht auf dem Wege über das Ministerium.

[26] Vgl. Schrörs, Kölner Wirren S. 585 f.

[27] Außerordentliche Beilage zur Allgemeinen Zeitung Nr. 185 und 186 (7. April 1838).

[28] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 13. April 1838.

zese niedergelegt habe [29]. In Aachen hielt sich hartnäckig das Gerücht, daß der Papst den Pfarrer Nellessen zum Verweser des Erzbistums ernannt habe, während eine andere Meldung besagte, daß der „Dompropst Claessen der Auserwählte sei und auch vom preußischen König angenommen" worden sei [30]. Ein noch weitergehenderes Gerücht meldete sogar, daß sich das Kölner Kapitel aufgrund eines päpstlichen Breve selbst aufgelöst habe. Dies wurde indes in der Allgemeinen Zeitung sofort dementiert [31].

Alle diese ausgestreuten Gerüchte sollten sich jedoch nur bedingt bewahrheiten. In einem Breve vom 9. Mai 1838 verfügte der Papst, daß Hüsgen weiter amtieren solle, zwar nicht als Kapitelsvikar, sondern als Generalvikar und Subdelegat des Erzbischofs [32], womit das Kesseltreiben gegen Hüsgen, bei dem sich besonders der ergrimmte Laurent, damals Pfarrer zu Gemmenich, hervortrat [33], allerdings noch zu keinem Abschluß kam [34].

Welche Rückwirkungen auf die Stimmung weiter Bevölkerungskreise seine Bestätigung durch den Papst gehabt haben dürfte, deutet der Zeitungsbericht des Neusser Bürgermeisters für Juni 1838 an [35]. Noch fehlte Hüsgen freilich die Befugnis zur Priesterweihe. Diese wurde ihm erst am 15. Febr. 1839 [36] zuteil und als eine Konzession im Zusammenhang mit der Besorgnis des Wiener und des römischen Hofes über die Bedrohung des europäischen Friedens durch Belgien interpretiert [37]. Bei dem Sinn des gebildeten Rheinländers für Legalität und Legitimität dürfte dieser Akt die Position des Generalvikars wesentlich konsolidiert haben [38].

Gern hätte es die ultramontane Partei gesehen, wenn an Stelle des abzusetzenden Hüsgen drei Administratoren aus ihren Reihen bestellt worden wären: Binterim für Düsseldorf, Nellessen für Aachen, Kerp für Köln [39]. Diese Wünsche sind jedoch nicht in Erfüllung gegangen; trotz weiterer Beschuldigungen und Angriffe gegen Hüsgen blieb dieser bis zu seinem Tode (23. 4. 1841) in seinem Amt [40]. Sei-

---

[29] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 15. April 1838.
[30] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 20. April 1838.
[31] Ebd.
[32] Schrörs, Kölner Wirren S. 534; Schreiben des Papstes an das Kölner Domkapitel (es enthält eine Reihe von Auflagen und Bedingungen) gedruckt bei Cronenberg S. 635—639. — Wie der britische Gesandte in Berlin, Lord Russell, berichtet, wurde dieser Schritt des Papstes von manchem als ein bedeutendes Zugeständnis angesehen, sei doch vielfach angenommen worden, daß er auf einer Rückkehr des Erzbischofs nach Köln unter allen Umständen bestanden haben würde (vgl. Qu. Nr. 99).
[33] Schrörs, Kölner Wirren S. 541. — So ließ sich dieser auch gegen das Kölner Metropolitankapitel zu den wütendsten Beschimpfungen hinreißen: „Der Diözesanklerus hat nun, nach dem päpstlichen Breve, so gut als kein Bedenken mehr über den Rechtszustand der Diözese, und so lange nun diese ehebrechische Hure von Kapitel sich von der weltlichen Gewalt mißbrauchen läßt, um deren gottesräuberische Lüste zu befriedigen, wird diese sich kein Haar krümmen, um den Zustand zu ändern" (Schrörs, Neue Quellen S. 81).
[34] Schrörs, Kölner Wirren S. 535 ff.
[35] „Die öffentliche Stimmung ist befriedigend. Von der erzbischöflichen Angelegenheit wird im Publikum fast gar nicht mehr gesprochen. Die allgemein verbreitete Nachricht, daß der römische Stuhl die Diözesanverwaltung bestätigt habe und überhaupt eine gütliche Lösung der Frage bevorstehe, macht guten Eindruck" (Stadtarchiv Neuß).
[36] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 2 (1839) S. 1005.
[37] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 2. April 1839.
[38] Allgemeine Zeitung vom 11. April 1839.
[39] Vogel S. 85 f.
[40] Schrörs, Kölner Wirren S. 539.

nen redlichen Willen, „seine immer gleiche Milde und Humanität" finden in einem weitverbreiteten zeitgenössischen Nachschlagewerk hohes Lob. So segne auch die Mehrzahl der Rheinländer die Fügung, welche gerade diesen Mann mit der Verwaltung ihrer kirchlichen Angelegenheiten beauftragt habe [41].

Neben Hüsgen setzten sich vor allem der Domkapitular und Dompfarrer Filz und der Domkapitular und Regens des Kölner Priesterseminars, Dr. Johann Lambert Severin Weitz, für die Kirchenpolitik des Gouvernements ein. Letzterer, nach dem Urteil des Kölner Polizeiinspektors Brendamour ein „aufgeklärter, vielseitig gebildeter Mann" [42], suchte vor allem seinen Einfluß auf das Seminar und die hier ehedem ausgebildeten, nunmehr bereits in der Seelsorge tätigen Geistlichen in diesem Sinne geltend zu machen. Außerdem ließ er der Polizeiverwaltung Hinweise über das Wirken und die Umtriebe der Ultramontanen, soweit sie ihm bekannt waren, zukommen [43]. Daneben trat auch der Domherr München, der seinerzeit als rechte Hand des Erzbischofs Spiegel gegolten hatte [44], mit einer Rechtfertigungsschrift [45] für die vom Metropolitankapitel eingenommene Haltung hervor [46].

b) Die katholische Pfarrgeistlichkeit

1. Allgemeine Tendenzen

Nach einem Bericht [47] des Düsseldorfer Oberregierungsrats und späteren Aachener Regierungspräsidenten Cuny, einem nach dem Urteil des preußischen Staatsministeriums durch gediegenes Urteil und beste Kenntnis der Verhältnisse in der Rheinprovinz bewährten Manne [48], bestanden unter der gesamten katholischen Geistlichkeit der Rheinprovinz von vornherein gewisse Vorbehalte gegen die preußische Regierung. Einmal sei für den stets, auch in der Revolutionszeit, unter katholischer Herrschaft gestandenen Klerus das Gefühl, nunmehr einer protestantischen Dynastie unterworfen zu sein, unbehaglich. Zum andern könne es insbesondere die ältere katholische Geistlichkeit nicht vergessen, daß das frühere Kirchengut und die Kirchenzehnten nicht nach dem Prinzip der Legitimität restituiert worden seien, während die jüngere Geistlichkeit, die, wie es überhaupt bei dieser

---

[41] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 2 (1839) S. 1005 f. — Ähnlich die Würdigung Hüsgens seitens eines Korrespondenten des Westfälischen Merkurs vom 14. Juni 1838: „Dr. Hüsgen, welcher beim Papste und in den Rheingegenden den Ruf eines frommen und streng katholischen Geistlichen besitzt, hat sich auch der hohen Gunst unseres Hofes und aller Biedergesinnten zu erfreuen. Man lobt das kluge und konsequente Benehmen dieses ernsten Mannes, welcher in den mißlichsten Verhältnissen nicht wankte und seine schwierigen Funktionen stets mit der größten Redlichkeit versah". — Auch Cronenberg, in seiner Beurteilung und Wertung der Vorgänge durchaus auf der Seite des Erzbischofs, erkennt an, daß die Verwaltung der Erzdiözese durch Hüsgen wenig zu wünschen übrig gelassen habe. Er habe weise Verordnungen erlassen (S. 651; 672).

[42] Dieses Urteil bestätigt auch der damalige Alumnus und spätere Bischof Konrad Martin (Hecker S. 159—162).

[43] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6, Ber. Brendamours vom 31. Dez. 1837.

[44] S. Qu. Nr. 128; vgl. hierzu, insbesondere auch zu seinem Anteil an der Berliner Konvention von 1834, ferner Lipgens S. 492 f.; 510—514.

[45] Das Metropolitankapitel zu Köln in seinem Recht. 1838.

[46] Vgl. hierzu auch Vogel S. 83 f.

[47] Vgl. Qu. Nr. 54.

[48] Bergmann S. 312.

Generation festzustellen sei, konstitutionellen Ideen anhänge, eine Vorliebe für die belgische Staatsverfassung bezeige. Dennoch legte, wie selbst Johannes Laurent zugibt, die katholische Pfarrgeistlichkeit nach der Wegführung des Erzbischofs zunächst durchaus keinen geschlossenen Widerstand gegen die Regierung an den Tag. Vielmehr hätten oft junge, der hermesianischen Lehre anhängende Geistliche ihre Verwandten gegen den Erzbischof aufgereizt und sie dazu anzuhalten versucht, „sich den Ansichten des Ministeriums zu fügen“ [49]. Wenn der Minister Fürst Wittgenstein allerdings dem österreichischen Gesandten Graf Trauttmannsdorff gegenüber die Auffassung äußerte, daß nahezu 4/5 des Diözesanklerus gegen den Erzbischof eingenommen seien und sich über die Maßregeln, „welche sie von diesem Manne befreiten“, der sie zum Teil sogar persönlich bloßgestellt hatte [50], hocherfreut zeigten [51], so ist diese Angabe vermutlich übertrieben. Allerdings war die Anzahl der zur hermesianischen Lehre neigenden und gegen den Erzbischof eingenommenen Geistlichen sicherlich nicht unbeträchtlich, wenn nicht gar in der Mehrheit [52]. Vor allem dürfte dies auf die jüngere Generation trotz deren Sympathien für das belgische System zutreffen [53]. So ist es durchaus glaubhaft, wenn der französische Gesandte in Berlin noch am 12. Jan. 1838 meldet, daß sich die große Mehrheit der rheinischen katholischen Geistlichkeit von ihrem Oberhirten distanziere und die Regierung unterstütze [54]. Mit dem gegen Moral, Gesetz und Recht vorgenommenen Einschreiten der Regierung gegen Droste-Vischering war jedoch auch unter den Hermesianern bereits eine Wendung zur ultramontanen Partei eingeleitet worden, die sich langsam mehr und mehr bemerkbar machen sollte. So berichtet Trauttmannsdorff am 29. Dez. 1837 an Metternich: „Hermesianer und Nichthermesianer beklagen laut das Schicksal ihres Oberherrn, und diese Stimmung verbreitet sich immer mehr“ [55]. Die dogmatischen und persönlichen Gegen-

---

[49] Möller, Laurent 1. Teil S. 329. — Ähnlich eine österreichische Denkschrift, vgl. Qu. Nr. 54. — Auch ein späterer Verteidiger des erzbischöflichen Standpunktes (Podlech) bekennt zu seinem großen Bedauern, daß Clemens August von seinem Klerus nicht die begeisterte Zustimmung erfahren habe wie sie etwa dem Erzbischof von Posen seitens der ihm unterstellten Geistlichkeit zuteil geworden sei (Geschichte der Erzdiözese Köln S. 584).

[50] Vgl. Qu. Nr. 54.

[51] H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 86, Ber. vom 19. Dez. 1837. — In diesem Sinne äußerte sich auch Werther gegenüber St. Martin d'Aglié (vgl. Qu. Nr. 75). — Ähnlich schreibt ein Korrespondent aus Aachen am 25. Nov. 1837 in der Allgemeinen Zeitung vom 3. Dez. 1837: „Die unfreiwillige Entfernung des Erzbischofs von Köln wird in der preußischen Rheinprovinz lebhaft besprochen. Es ist bemerkenswert, daß selbst die größere Mehrzahl der Geistlichen auf Seite des Gouvernements sich stellt ...“ Vgl. auch Qu. Nr. 42.

[52] So z. B. nach der Auffassung des Kommandeurs des 8. Armeekorps, General von Borstell, in einer Denkschrift vom 8. Nov. 1838 (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2527). — Selbst in einem vom April 1838 stammenden Lagebericht aus österreichischer Feder, dessen Verfasser den Eindruck erweckt, dem Standpunkt der preußischen Staatsregierung recht distanziert gegenüberzustehen, wird eingeräumt: „Leider ist ein nicht unbedeutender Teil des Klerus im Hermesianismus befangen und daher blind gegen den Erzbischof eingenommen“ (Qu. Nr. 128).

[53] Vgl. Qu. Nr. 54.

[54] Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289. — In einem weiteren Bericht vom 26. Jan. (ebd.) spricht Bresson von etwa 2300 Hermesianern unter der katholischen Geistlichkeit in Preußen, von denen eine große Anzahl von der Regierung erwarte, daß sie offiziell das Schisma herbeiführe.

[55] H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 86. — Damit korrigiert Trauttmannsdorff selbst eine ihm zugekommene und von ihm weitergegebene Meldung vom 19. Dez. 1837

sätze dürften damit allerdings keineswegs gänzlich bereinigt gewesen sein [56], wenngleich die Hermesianer in der Frage der gemischten Ehen durchaus nicht als Parteigänger des Gouvernements anzusehen sein dürften [57]. Doch gerieten die Hermesianer, abgesehen davon, daß auch unter ihnen eine gewisse Empörung über das ungesetzliche Vorgehen der Regierung nicht ausgeschlossen ist [58], infolge des moralischen Drucks der öffentlichen Meinung in eine zunehmende Isolierung [59], wobei noch zu berücksichtigen ist, daß sie ohnehin auch vorher bei der breiten Masse der Bevölkerung niemals recht populär gewesen sein sollen [60]. Statt einer Stärkung dieser rationalistischen Richtung innerhalb des Klerus, wie es wahrscheinlich die Absicht der Staatsregierung gewesen war [61], trat offenbar das Gegenteil ein. Wie Borstell in einer Denkschrift vom 8. Nov. 1838 [62] darlegt, hätten sich seit der Wegführung des Erzbischofs viele von ihnen, „jeder äußeren Stütze beraubt, ... der päpstlichen Orthodoxie aus Furcht vor Verfolgung angeschlossen“ [63]; auch sprächen sie sich in ihren Kanzelreden „ganz im Sinne der päpst-

(ebd.), daß die unter dem rheinischen Klerus bisher bestehende Spaltung gänzlich geschwunden sei. Es dürfte sich also nur um eine eingeleitete Tendenz handeln.

[56] So hielt es Trauttmannsdorff sogar im Februar 1838 noch für wahrscheinlich, daß bei einer baldigen Rückkehr Droste-Vischerings ein innerer Krieg unter der rheinischen Geistlichkeit entstehen und als Folge davon sich eine Kirchenspaltung ergeben könne (H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 86, Ber. an Metternich vom 5. Febr. 1838).

[57] Vgl. Qu. Nr. 122. — Selbst der Speyrer Domdechant Weis, ein namhafter Ultramontaner, bescheinigte den „Schülern des sel. Hermes“ in einem Brief vom 16. 12. 1837, daß sie, obgleich sie „hartnäckig auf einem Systeme und auf einer Lehre beharrten, welche nun kirchlich verworfen“ seien, „sich mit wenigen Ausnahmen als eifrige Verteidiger der kirchlichen Freiheit und Rechte und als entschiedene Gegner der gemischten Ehen und der protestantischen Kindererziehung bewiesen“ hätten (zitiert bei Schrörs, Braun S. 275).

[58] Vgl. z. B. Qu. Nr. 188 l.

[59] Qu. Nr. 128. — Das rational schwer zu erklärende Phänomen der auffällig veränderten Haltung weiter Berufskreise zu den sog. Hermesianern schildert auch ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (14. Sept. 1838): „Früher, wie gesagt, dachte kein Mensch an einen Unterschied [zwischen Hermesianern und Ultramontanen]; jetzt ist man, ohne je die Lehren des Hermes gelesen zu haben, plötzlich von ihrer Verderblichkeit überzeugt. Und warum? Man schämt sich wahrlich, dergleichen zu berichten, aber es ist so, und man soll wissen, wie es ist. Statt der Argumente hält man sich an die erbärmlichsten Persönlichkeiten; hier hat ein Hermesianer sich betrunken, dort hat einer Mätressen gehalten, und selbst der selige Hermes wird im Grabe nicht verschont. Will man gegen solche Stimmung noch durch die Presse wirken? Sobald etwas zugunsten der Regierungsmaßregeln erscheint, wird es von vornherein von allen verdammt, von sehr wenigen gelesen. Was aber in den Zirkeln der Gebildeten und in den Wein- und Bierkneipen täglich gesprochen wird, das ist bereits zu Glaubensartikeln geworden, die nichts antasten darf“.

[60] Vgl. Qu. Nr. 128.

[61] So gab z. B. Weis in dem (oben Anm. 57) bereits genannten Brief vom 16. 12. 1837 der Befürchtung Ausdruck, die preußische Regierung scheine sich darauf zu verlassen, die Hermesianer zu Werkzeugen des Protestantismus verwenden zu können (Schrörs, Braun S. 275). Vgl. ferner Qu. Nr. 117.

[62] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2527.

[63] Ähnlich schreibt Bodelschwingh am 6. Jan. 1838 über die Situation in Koblenz: „Die besser gesinnten Geistlichen fangen an einzustimmen aus Furcht und Besorgnis, daß auch das Gouvernement sie endlich im Stich lassen möchte“ (zitiert bei Schrörs, Kölner Wirren S. 599). — Vgl. ferner Qu. Nr. 285. — Auch im Aachener Raum läßt sich ein gewisses Anpassungsverhalten der „gemäßigten“ Geistlichkeit an die durch die Zeitereignisse gestärkte Richtung beobachten (vgl. oben S. 149 f.). — Ein Schisma stand jetzt offensichtlich außer jedem Betracht. So berichtete der Mülheimer Landrat Schnabel am 9. Dez. 1838, daß sich mehrere hermesianische Geistliche ihm gegenüber entschieden gegen eine deutsche Kirche ausgesprochen hätten. Wenn sie auch dem Ultra-

lichen Veröffentlichungen mit verdoppeltem Eifer gegen die preußische Regierung und gegen die der katholischen Kirche vermeintlich gefahrdrohenden Absichten in der Regel noch strenger aus als die alten Geistlichen". Das Ergebnis der Entwicklung glaubte Borstell dahingehend zusammenfassen zu können, daß „der Zustand der bestehenden Aufregung ... mit weniger Ausnahme den ganzen Stand der katholischen Geistlichkeit mit ihrem mehr oder minder speziellen Anhang in den Pfarreien" umfasse, und zwar mache sich die Unruhe in den großstädtischen Gemeinden ungleich stärker bemerkbar als in den Landpfarreien, „weil jene mehr Müßiggänger, frömmelnde empfängliche Kirchengänger und aufregende Kanzelredner als diese in sich" faßten [64].

Daß auf hermesianisch gesinnte Geistliche seitens ultramontaner Kreise Druck ausgeübt wurde, gibt auch Johannes Laurent zu. So habe sich in Koblenz unter der Bevölkerung ein starker Unwille gegen vier als Hermesianer bekannte Priester gezeigt und zu der Drohung geführt, daß man zu ihnen künftig weder zur Beichte noch zur Predigt gehen wolle [65]. Unter diesen Umständen erscheint es durchaus begreiflich, wenn es sich Hermesianer, vor allem in größeren Orten, angelegen sein ließen, ihre Zugehörigkeit zur orthodoxen Richtung unter Beweis zu stellen. Daß man auch in Köln versucht hat, Geistliche der aufgeklärteren Richtung einzuschüchtern, berichtet ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung [66]. Dennoch ist es unter der Kölner Pfarrgeistlichkeit nicht zur Herstellung einer Einheitsfront gegen die Regierung gekommen, was, wie es heißt, seinen Grund nicht zuletzt darin habe, daß die gemäßigten, „gutgesinnten" Geistlichen hier auf einen nicht unerheblichen Rückhalt hätten rechnen können [67]. So zählte man Anfang des Jah-

---

montanismus nicht zugetan seien, so würden sie sich doch nie freiwillig von dem Papst, „durch den die Einheit ihrer Kirche bestehe", trennen. Insbesondere der Subregens Gau im Seminar zu Köln, ein sonst eifriger Hermesianer, sei dieser Ansicht gewesen (Schrörs, Kölner Wirren S. 594; Hecker S. 136). — Der Eindruck, daß die Hermesianer ohne Rückhalt blieben, müßte freilich etwas relativiert werden. So bestätigte z. B. Hüsgen 1838 nicht die Wiederwahl des bisherigen Dechanten des Dekanats Rheinbach, Peter Joseph Clemens, auf den 13 Stimmen entfallen waren, vielmehr ernannte er den Hermesianer Gewenich, Pfarrer zu Flerzheim, zum neuen Dechanten, obwohl er nur 7 Stimmen erhalten hatte (P. Heusgen, Die Pfarreien der Dekanate Meckenheim und Rheinbach, Köln 1926, S. 40 f.).

[64] „Der einzelne Pfarrgeistliche erhält sich und seinen Kaplan verständiger, weil er der öftern Kommunikation mit seinen Kollegen entbehrt. Die in der Standesabsonderung lebenden katholischen Geistlichen erhitzen sich dagegen bei ihrer einseitig-dogmatischen Bildung im gegenseitigen Umgange bis zur Leidenschaftlichkeit und Verkehrtheit und überbieten sich gern mit Dartun ihres anmaßend-intoleranten Ideenganges auf der Kanzel" (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2527).

[65] Möller, Laurent 1. Teil S. 335.

[66] „Mündlich suchte man überall die Meinung zu verbreiten, die Regierung wisse durchaus keinen triftigen Grund für jenes gewaltsame Verfahren anzuführen, deshalb müsse sie eben schweigen, deshalb dürfe auch in den hiesigen Zeitungen nichts über die Sache gesagt werden, deshalb endlich würden lange Verhandlungen über alte Geschichten aufgefrischt, und zwar mit vielen Entstellungen und falschen Deutungen etc. Ein anderes Mittel bestand darin, solchen Geistlichen, die mitteralterlichen Rückschritten abhold waren, die Fenster einzuwerfen, um sie einzuschüchtern — wieder ein anderes, aufregende Anschläge mancher Art an die Straßenecken zu heften und Straßenjungen aufzumuntern, die evangelischen Kirchenwände mit Kot zu bewerfen, endlich sogar, von Aachen, Düsseldorf, Koblenz aus Briefe zu schreiben und in Abschriften zu verbreiten, worin die Kölner als unchristlich und feige verhöhnt wurden" (Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 9. Febr. 1838).

[67] „Zu den würdigen Ausnahmen gehört zur Zeit noch der erzbischöfliche Verweser

res 1838 nur 5 von den 19 Kölner Pfarrern (Großmann, Scheiffgen, Beckers, Kerp und Schaffrath [68]) zu den Ultramontanen. Allerdings setzten sich unter den übrigen offenbar nur wenige wie der Pfarrer Busch am St. Johann [69] tatkräftig im Sinne des Gouvernements ein. Allem Anschein nach zeigte die Gruppe der Ultramontanen, wie es für eine von kämpferischem Enthusiasmus getragene Bewegung typisch ist, die weitaus größere Aktivität [70], die zu unterbinden die staatlichen Behörden sich zumeist nicht in der Lage zeigten, zumal den wortgewandten Priestern staatsfeindliche Äußerungen kaum nachgewiesen werden konnten [71]. Erreichten letztere auch nicht die Herstellung einer Einheitsfront gegen das Gouvernement unter der Kölner Pfarrgeistlichkeit, so scheint es jedoch nicht ausgeschlossen, daß ihnen ein Einbruch in die Reihen der „Gutgesinnten" bzw. Indifferenten gelang. Immerhin unterzeichneten 1840 von den 19 Pfarrern 10 eine Petition zugunsten des Erzbischofs [72]. Auch ihre Bemühungen, die Zahl ihrer Anhänger in der Bevölkerung zu vergrößern, scheinen, wie die Unruhen im Herbst 1838 zeigen sollten, vor allem in den unteren Klassen [73] nicht ohne Erfolg geblieben zu sein.

Daß Hermesianer nach dem Kölner Ereignis zum Teil durch Druck dazu veranlaßt wurden, die Partei Droste-Vischerings zu ergreifen, muß auch der dem Hermesianismus wenig gewogene de Failly (De la Prusse et de sa domination) zugeben [74]. Zu einer Trennung von Rom unter bedingungsloser Anerkennung des preußischen Staatskirchenrechts war die Mehrzahl der Hermesianer ohnehin wohl kaum bereit [75]. Allerdings ist es zu einem völligen Aufgehen der hermesianisch gesinnten Geistlichkeit in der ultramontanen Bewegung zu dieser Zeit und in den

---

Dr. Hüsgen mit dem Domkapitel und dem größeren Teil der unter seinem Einfluß stehenden Pfarrgeistlichkeit zu Köln, welche sich fortwährend und beharrlich fest vom Oberpräsidenten unterstützt, im echt-religiösen Regierungssinn gerieren" (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2527, Denkschrift Borstells vom 8. Nov. 1838).

[68] Der in Aachen geborene und auch dort zum Priester ausgebildete Johann Peter Schaffrath war Beichtvater Clemens Augusts gewesen (vgl. Franz August Müller S. 211).

[69] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 Bd. 6, Ber. Brendamours vom 31. Dez. 1837.

[70] Vgl. Qu. Nr. 120.

[71] So wird von Kerp berichtet, er verstehe es, „seine Vorträge stets so einzukleiden", daß ihm dennoch „der Vorwurf beleidigender Ausdrücke gegen die Staatsregierung nicht gemacht werden" könne (St. A. Düsseldorf, Regierung Köln Nr. 62, Ber. Brendamours vom 27. Dez. 1838). — Ähnlich ein anderer Bericht Brendamours (zitiert bei Schrörs, Kölner Wirren S. 599): So hätten Beckers und Kerp die Tugenden des Oberhirten gelobt, dann habe Beckers Gott gebeten, demselben treue Mitarbeiter zu geben, Kerp aber habe bloß geweint. — Auf die Schwierigkeit, die Predigten zu überwachen, weist in diesem Zusammenhang Bodelschwingh in einem Bericht an Rochow vom 4. Jan. 1838 hin. So sei der vollständige Beweis eines Delikts im allgemeinen schwer zu erbringen. Im übrigen sei es besonders für die dermalige Zeit sehr zu bedauern, daß die sehr bestimmten und strengen Vorschriften des Code pénal gegen solche Geistliche, welche es wagten, Maßregeln des Gouvernements von der Kanzel zu kritisieren, außer Kraft gesetzt seien (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7). Daß den Äußerungen von der Kanzel wegen der Gefahr gerichtlicher Bestrafung „die engsten Fesseln angelegt" gewesen seien (Schrörs, Kölner Wirren S. 598 f.), dürfte daher zu scharf formuliert sein.

[72] Vgl. Qu. 237.

[73] Vgl. Qu. Nr. 120; Nr. 163, 164; vgl. ferner unten S. 156.

[74] de Failly S. 486 f.; vergl. hierzu auch Schrörs, Kölner Wirren S. 594.

[75] Vgl. ebd.; vgl. oben S. 208 Anm. 57; ferner Qu. Nr. 157.

folgenden Jahren schwerlich schon gekommen [76]. So finden wir auch die Ansicht Borstells, daß sich die Geistlichkeit auf dem Lande wesentlich gemäßigter verhalte als in den größeren Städten, in bezug auf den Regierungsbezirk Düsseldorf in gewissem Maße bestätigt. Nach einem Bericht des dortigen Regierungspräsidenten von Spiegel vom 2. Mai 1838 hat sich der katholische Klerus seines Bezirks auch nach der Abführung des Erzbischofs im allgemeinen der Regierung gegenüber „pflichttreu" und seinem Könige „ergeben" gezeigt. Daß die „bedenkliche Periode" im Verwaltungsbezirk Düsseldorf (1837/38) ruhig vorübergegangen sei, müsse man dem besonnenen Verhalten der Landdechanten, die eng mit den Landräten zusammengearbeitet hätten, und der Geistlichkeit überhaupt zum großen Teile zuschreiben [77]. Nach den Ermittlungen des Düsseldorfer Regierungsrates Altgelt hatte sich in den ländlichen Bereichen des Regierungsbezirks Düsseldorf offenbar der Geist des Hermesianismus zum Teil noch erhalten [78]. Wie Spiegel in einem Bericht vom 10. Dez. 1837 ausführt, handelte es sich bei diesen Geistlichen um die sog. mittlere Generation, die, „allgemein mehr Bildung und Sinn für das Leben besitzend", sich mit manchen Anordnungen des Erzbischofs, z. B. in bezug auf Wallfahrten und Kleidung der Geistlichen, unzufrieden gezeigt habe: „Diese ziemlich die Hälfte der Geistlichkeit betragende Kategorie ist herzlich froh, dem bisherigen Regiment ein Ende gemacht zu sehen". Dagegen zählten zu den „entschiedenen und blinden" Anhängern des Erzbischofs die älteren, „ohne innere und äußere Bildung" ins Amt gekommenen Pfarrer, sodann auch einzelne, in der „neu erweckten Schule des kirchlichen Absolutismus" gebildete junge Leute, die jedoch weniger Person und Handlungen des abgeführten Prälaten verteidigten, als vielmehr „die Grundsätze des Systems" aufrecht erhalten wollten [79]. Läßt sich in diesen Stellungnahmen das Bemühen um eine differenzierte Beurteilung der Haltung der Geistlichkeit erkennen, so fällt der Bericht des in Mönchen-Gladbach stationierten Kommandeurs des Füselierbataillons, Major von Webern, recht pauschal aus, indem er den bisherigen Einfluß der katholischen Geistlichkeit auf die Bevölkerung als durchweg entschieden nachteilig bezeichnet [80].

Dies trifft offensichtlich eher auf den Regierungsbezirk Koblenz zu. Unter einem „großen Teile der katholischen Geistlichkeit" herrschte nach der Darstellung im Verwaltungsbericht der Regierung für 1838 [81] „fortwährend eine gereizte Stim-

---

[76] Vgl. Qu. Nr. 254—262; Schrörs, Braun Kap. 9—11; Bezold S. 333—338. — So wurde z. B. ein Hauptvertreter des Hermesianismus im Dekanat Rheinbach, Firmenich, hier 1849 Dechant (P. Heusgen, Die Pfarreien der Dekanate Meckenheim und Rheinbach, 1926, S. 42).

[77] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 857, Düsseldorf, 2. Mai 1838; ebd., Nr. 1465, Verwaltungsbericht für 1838.

[78] „Die katholischen Geistlichen der letzten zwei Jahrzehnte sind ganz andere Leute als die Kleriker der früheren Zeit. Die letzten, soviel ihrer noch übrig, sind durchweg ohne Einfluß, alt und müde, nur ihren Zeitgenossen ehrwürdig. Die ersten sind in zwei Teile zu teilen, in solche, die dem geistlichen Stande ein neues modernes System vindicieren und solche, die dem sittlichen Moment aller geistlichen Wirksamkeit eine solche Stellung eingeräumt haben, daß sie um der Gläubigen, nicht um des Kirchensystems willen Priester sind. Die letzten stehen dem Volke am nächsten und mit dem Könige. Die andern sind ganz theoretisch zu machen" (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2553, Ber. Altgelts, Düsseldorf, 11. 3. 1839).

[79] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5.

[80] St. D. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809, Gladbach, 25. April 1839.

[81] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 23 Spez. a.

mung", die mehr oder minder in Opposition und Widersetzlichkeit ausarte. Als unausbleibliche Folge ergebe sich, daß „dieser gereizte Charakter der Geistlichen durch Kanzel, Beichtstuhl und gesellschaftlichen Verkehr auch auf die übrigen katholischen Einwohner" übergehe. In diesem Zusammenhang müsse darauf hingewiesen werden, daß sich nicht nur das Kölner Ereignis nachteilig auf die Haltung der Geistlichkeit ausgewirkt habe, sondern auch das gespannte Verhältnis zwischen der bischöflichen Behörde in Trier und dem Gouvernement. Von einer durchweg befriedigenden Haltung des katholischen Klerus berichtet indes der Landrat des Kreises St. Goar. Allerdings trete bedauerlicherweise nirgendwo ein Geistlicher, was durch die prekäre Stellung dieses Standes bedingt sei, entschieden für das Gouvernement ein [82].

Im Bereich des Regierungsbezirks Köln hielten die einer Reihe von Pfarrstellen auf dem linken Rheinufer zuteilgewordenen materiellen Verbesserungen manchen Geistlichen „in den Schranken der Mäßigung" [83]. Im übrigen wirkte sich im Laufe der Zeit — dies machte sich insbesondere 1839 bemerkbar — das gute Einvernehmen zwischen Gouvernement und Generalvikariat günstig auf die „Stimmung und das Verhalten des unteren Pfarrklerus" aus [84].

Darüber, daß der Erzbischof unter dem Aachener Klerus engagierte Anhänger besaß, dürfte wenig Zweifel bestehen [85]. So ließen sie sich es auch nicht entgehen, den aus Festungshaft entlassenen Kollegen Hendrichs [86] demonstrativ einzuholen und ihn nach seiner Ankunft in Aachen mit einem Fackelzug zu ehren. Scheute sich der Kaplan Istas nicht, öffentlich zu verkünden, daß eine Jungfrau ihr Bestes abwerfe, wenn sie einen Protestanten heirate [87], so wandten sich am 9. Okt. 1838 sämtliche (!) Pfarrer in Aachen mit der Bitte an den König, die Rückkehr des Erz-

---

[82] Vgl. Qu. Nr. 188 l.

[83] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 24 Spez. a, Verwaltungsbericht der Regierung Köln für 1838

[84] Ebd., Verwaltungsbericht für 1839. — Detaillierte Angaben finden wir z. B. über das Verhalten der katholischen Geistlichkeit im Kreis Wipperfürth. Sie zählte sowohl Anhänger als auch Gegner des Erzbischofs. Im allgemeinen vermied man es jedoch, öffentlich zu den Ereignissen Stellung zu nehmen und die „der Regierung schuldige Ehrfurcht zu verletzen" (St. A. Düsseldorf, Landratsamt Wipperfürth 326). Der Landdechant, Ehrendomherr und Pfarrer Vrede gab sogar, wie Bürgermeister von Lindlar am 4. März 1839 berichtet, nach der Wegführung des Erzbischofs unverhohlen der Auffassung Ausdruck, daß ihn diese Behandlung nicht wundere, daß er keineswegs alle Handlungen des Erzbischofs billigen könne und daß die Pfarrgeistlichkeit gut daran tun würde, sich um die Sache nicht zu sehr zu kümmern (ebd.). Besonders bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang der Bericht des Bürgermeisters von Olpe (Kr. Wipperfürth), der die staatstreue Gesinnung selbst von Anhängern des Erzbischofs hervorhebt. „Außerdem ist das in dieser Beziehung vernünftige und lobenswerte Benehmen der hiesigen katholischen Geistlichkeit auch von gutem Eindrucke. Diese vier Geistlichen sind zwar mehr oder weniger Anhänger des Erzbischofs Clemens August und des von ihm befolgten Systems, aber zuerst getreue Untertanen Sr. Maj .. Sie vermeiden es, öffentlich und im Privatverkehr sich über die in Rede stehende Angelegenheit auszusprechen, doch wenn sie ihr Schweigen brechen, so geschieht es ihren Pfarrkindern gegenüber immer zum Vorteile der Regierung" (ebd.). Sogar der als ausgesprochener Antihermesianer bekannte Pfarrer Heinen in Kürten berührte die Angelegenheit auf der Kanzel nicht, verteilte allerdings das Bildnis des Erzbischofs an verschiedene Schüler (ebd., 12. März 1839).

[85] Dies betont auch ein Bericht zur Hosens vom 4. April 1838 (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III).

[86] Vgl. oben S. 64.

[87] Ber. zur Hosens a.a.O.

bischofs zu gestatten. Das Dekanat Burtscheid folgte am 19., Eupen samt Broich am 30. Okt. 1838 [88].

Von diesen Manifestationen abgesehen, mußte die Aachener Regierung jedoch der katholischen Geistlichkeit ihres Bezirks im allgemeinen das Zeugnis ausstellen, daß sie sich „unter schwierigen Verhältnissen mit Vorsicht und Mäßigung" benehme [89]. Aller Intrigen ungeachtet, halte sich die Verwaltung des erzbischöflichen Generalvikariats aufrecht und nehme täglich an Ansehen und Kraft zu [90]. Je länger diese Verwaltung, die auch die materiellen Interessen der katholischen Kirche sehr sorgsam wahrnehme, dauere, desto mehr werde auf der anderen Seite „die durch die Entfernung des Erzbischofs erzeugte Verstimmung sich verlieren" [91].

Aus dem Regierungsbezirk Trier werden nur wenige Fälle unüberlegter Äußerungen von Geistlichen berichtet. Wie der dortige Regierungspräsident Ladenberg hinzufügt, habe er diese mündlich zur Kenntnis des Bistumsverwesers gebracht, um im Wege der Warnung Ähnlichem vorzubeugen [92]. Der Trierer Bistumsverweser Günther, der Dompropst Auer und mit ihnen der größte Teil der Geistlichkeit dagegen beklagten zwar den Vorfall, man erkenne jedoch an, daß der Staat so habe verfahren müssen, „um seine Autorität und die Ruhe zu sichern" [93]. Lobend konnte Ladenberg auf die vom Pfarrer Lichter zu Piesport an der Mosel [94] am 29. Juni gehaltene Predigt über „die Pflichten der Untertanen gegen ihren Landesherrn und die von ihm bestellten Obrigkeiten" hinweisen. Aus dem Fonds für Tanzmusik- und Schulversäumnisstrafgelder ließ die Regierung sogar mehrere tausend Exemplare der von ihr als vorbildlich erachteten Predigt drucken und in den Schulen und unter dem Militär verteilen. Ladenberg hielt diese Schrift auch als Lesebuch für Schulen anderer Gebiete sehr geeignet, „da sie populär, mit Quellen belegt und bei gehöriger Erläuterung von seiten der Lehrer wohl geeignet" sei, „den Sinn für Treue und Gehorsam gegen den Landesherrn zu wecken und hierarchischen Einflüssen vorzubeugen" [95].

Das Erscheinungsbild ist insgesamt offensichtlich recht vielfältig und nicht allein auf einen gewissen Gegensatz von Stadt und Land zu reduzieren, wenn auch offenbar in den großen Städten die Agitation radikaler ultramontaner Kreise am stärksten ausgeprägt gewesen zu sein scheint. Im übrigen deutet vieles darauf hin, daß sich die Mehrheit der Pfarrgeistlichkeit offensichtlich in dem Streit der Meinungen öffentlich n i c h t engagierte und sich aus der Sicht des Staates keiner Amtsverletzung schuldig machte.

---

[88] Vogel S. 98.

[89] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. 472. — Auch im Zeitungsbericht für Juli 1838 spricht Cuny davon, die „vernünftige Geistlichkeit" sichere im allgemeinen „die Rechte der Zivilisation und des Staates" (Qu. Nr. 148).

[90] So heißt es auch im Verwaltungsbericht für 1839, der zunächst obwaltende Widerwille gegen Hüsgen habe sich inzwischen gelegt (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. Nr. 472).

[91] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165 I, Verwaltungsbericht für 1838 S. 368 ff.

[92] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, Polizeibericht für März 1838.

[93] Zitiert bei Höfele S. 45.

[94] Kr. Wittlich.

[95] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. II Bl. 119—120 v.

Eine Reihe von kirchenkämpferisch gesinnten Persönlichkeiten exponierte sich freilich stärker und suchte ihre Amtsautorität und ihr persönliches Ansehen in der Gemeinde zugunsten des strengkirchlichen Standpunkts bzw. der erzbischöflichen Sache in die Waagschale zu werfen. Nicht geringes Aufsehen erregte z. B. der Pastor Zensen in Frimmersdorf [96], der am 26. Nov. 1837 in der Christenlehre erklärt haben soll: „Wenn auch die Ketzer mit aller Macht gegen die Kirche auftraten, so blieb sie dennoch unerschüttert stehen. Und wenn man auch heutzutage einen Erzbischof Clemens August, ehrwürdigen Prälaten, von Köln wegschleppt, so wird dennoch die Kirche nicht zugrundegehen, sondern sie ist auf einen Fels gebaut“ [97]. Über Zensen wird weiterhin berichtet, daß er am 2. Febr. 1838 den katholischen Mädchen seiner Gemeinde eindringlich davon abgeraten habe, evangelische Männer zu heiraten [98].

Besondere Aufmerksamkeit mußte unter den vorwaltenden Umständen den Geistlichen gelten, die schon vor dem Kölner Ereignis durch ihr Bekenntnis und ihr Wirken für eine veränderte Stellung ihrer Kirche von den Behörden und der Polizei mißtrauisch beobachtet worden waren.

Nach wie vor von sich reden machte durch seine polemischen Kanzelansprachen der 1. Kaplan an der St. Remigiuspfarre in Bonn, Aloys Joseph Peters. Einer Pressemeldung zufolge [99] wurde er aus diesem Grunde als Pfarrer nach Heimbach bei Gemünd in der Eifel versetzt, wo er offenbar weniger Unruhe stiften konnte. Zur gleichen Zeit erfolgte auch die Amtsenthebung des seit 1821 an St. Remigius wirkenden Pfarrers, Antonius Görres, der es abgelehnt hatte, vom Generalvikar Hüsgen Cura anzunehmen [100], gegen die er als Strengkirchlicher und Anhänger des festgesetzten Erzbischofs offenbar Bedenken hatte [101]. Peters, der sich geweigert hatte, die ihm zugewiesene Heimbacher Stelle anzutreten, wurde nun damit beauftragt, die interimistische Verwaltung der St. Remigiuspfarre zu übernehmen. Hierzu fand er sich jedoch ebensowenig bereit. Daraufhin, so heißt es, habe ihn das Metropolitankapitel seines Amtes entsetzt. Dennoch sei er in der Ausübung seiner bisherigen kirchlichen Funktionen fortgefahren. Infolgedessen sei es am Sonntag, 24. Juni 1838, zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Peters und dem 2. Kaplan, Hubert Keller, gekommen. Letzterer, welchem inzwischen die interimistische Verwaltung der Pfarre übertragen worden sei, sei in der ihm eigentümlichen schroffen Weise als Anwalt der Regierung aufgetreten. Am Eingang der Kirche habe er sich Peters entgegengestellt und ihm bedeutet, daß ihm hier keine amtlichen Verrichtungen zuständen, was zu einem lebhaften Wortwechsel geführt habe. Als Keller später die Nachmittagsandacht habe halten wollen, sei seine

[96] In der Nähe von Düsseldorf (Kr. Grevenbroich).
[97] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 856, Ber. des Bürgermeisters Bacciocco, Grevenbroich, 28. Nov. 1837.
[98] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 857, Ber. des Gendarmen Meißig, Fürth, 4. Febr. 1838. — Meißig bemerkt über Zensen ferner: „Auffallend ist es, daß dieser Mann nicht aufhört, hierüber zu räsonnieren, indem er doch schon angeklagt ist über dergleichen“ (ebd.).
[99] Allgemeine Zeitung vom 31. Juli 1838 (Übernahme einer Meldung der Elberfelder Zeitung).
[100] Münchener Politische Zeitung vom 1. Juli 1838.
[101] Maaßen S. 198.

Predigt von der überwiegend zu Görres und Peters haltenden Gemeinde trotz der Anwesenheit des Bürgermeisters und des Polizeikommissars so gestört worden, daß er in seinem Vortrag nicht habe fortfahren können. Keller habe hierauf geäußert, er habe nie gedacht, daß eine solche Störung an einem so heiligen Orte vorfallen könne und es wäre besser, daß das Gewölbe der Kirche über der Versammlung zusammenstürzte! Diese Bemerkung erregte einen noch größeren Lärm, und dem Kaplan blieb nichts anderes übrig, als die Kanzel zu verlassen. Ähnliche Szenen hätten sich am Tage Peter und Paul wiederholt [102]. Hierüber berichtet die Münchener Politische Zeitung vom 12. Juli 1838:

„Bald wurde der Lärm immer heftiger, bis endlich Stimmen riefen: ‚Herunter mit dem Hermesianer, wir wollen keinen Hermesianer!' So wurde der Gegenstand des Anstoßes zuletzt genötigt, die Kanzel zu verlassen; doch hatte er die würdige Besonnenheit behalten, vorher noch ein kurzes Gebet für Wiederherstellung des Friedens in der Kirche und Beendigung der gegenwärtigen Wirren zu halten. So sehr Exzesse jeder Art zu mißbilligen sind, so zeigt sich doch auch hierin der eifrige kirchliche Sinn der hiesigen Katholiken und die Ohnmacht der Hermesianer, sich ferner noch gegen den Anspruch der Kirche zu behaupten."

Dennoch mußte Peters schließlich weichen, während Keller von der 2. zur 1. Kaplanstelle aufrückte [103]. Auch in seiner angetretenen Position als Pfarrer in Heimbach erregte Peters, dem gewisse Bonner Bürger einen goldenen Kelch „zum Zeichen ihres innigsten Dankes für alles, was derselbe während der neun Jahre seiner dortigen Amtswirksamkeit der guten Sache geleistet", überreicht hatten, weiterhin Aufsehen. Bei Gelegenheit eines Kirchweihfestes in Niedenecker hielt er eine derart aggressive Predigt, daß der Aachener Regierungspräsident Cuny den Niedenecker Dechanten ersucht haben soll, Peters dort nicht mehr predigen zu lassen [104].

In welchem Maße das Wirken eines einzelnen Geistlichen der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten imstande war, dokumentierten auch die Vorgänge um den als äußerst aktives Mitglied der strengkirchlichen Bewegung früher hervorgetretenen Pfarrer Binterim in Bilk [105], einen hervorragenden Gelehrten und offenbar bemerkenswerte Persönlichkeit. Schon seit längerer Zeit stand er in dem Verdacht staatsfeindlicher Umtriebe. So hatte bereits Bunsen am 26. März 1825 aus Rom berichtet, er habe allen Grund für den Verdacht, daß Binterim entweder direkt oder durch die Nuntiatur in München an den Papst über die katholische Geistlichkeit am Rhein berichte [106]. Außerdem vermutete man in ihm eine Zeitlang den Verfasser der „Winterabendunterhaltungen" [107].

---

[102] Ebd. S. 198 f.; Münchener Politische Zeitung vom 1. Juli 1838; Leipziger Allgemeine Zeitung vom 17. Juli 1838. — Über diese Vorfälle heißt es auch in einer Bonner Chronik: „24. Juni wurde Kaplan Keller, der Administrator der Remigiuspfarre, sowohl in der Sakristei während des Katechisierens, als am Nachmittage während der Predigt insultiert; man bezeichnete ihn als Judas, Verräter des abgetrennten Pastoren Görres" (in: Bonner Archiv, 5. Jg. Nr. 3, Juni 1891, S. 56).

[103] Maaßen S. 199.

[104] Augsburger Postzeitung vom 6., 15. Nov. 1838.

[105] Bilk ist heute ein Stadtteil von Düsseldorf.

[106] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 853 (Bl. 2).

[107] Ebd. Bl. 3. — Über diese Schrift vgl. oben S. 54.

Seit dem 20. Nov. 1837 beobachteten Behörden und Geheimpolizei den schreibgewandten Pfarrer wie einen Verschwörer. Es kursierten Gerüchte, er wolle den Protestantismus und den preußischen Staat umstürzen [108]. Trotz der ihm auch wohl bekannt gewesenen Überwachung verfaßte Binterim eine Flugschrift [109], die an offenem Tadel an der Regierung und Schärfe des Ausdrucks nichts zu wünschen übrig ließ. Das Manuskript wurde über die Grenze nach Sittard (Belgien) geschmuggelt, wo es gedruckt und in zahlreichen Exemplaren verbreitet wurde [110]. Ein Setzer lieferte indes ein Blatt des Manuskripts an die preußische Polizei aus, woraufhin Binterim am 24. März 1838 von einer Kommission unter Leitung des Oberprokurators am Düsseldorfer Landgericht, Karl Schnaase, eines auch als Schriftsteller recht bekannten [111], bei den Ultramontanen allerdings wenig beliebten Mannes [112], verhört wurde, wobei er die Identität seiner Handschrift zugab, jedoch abstritt, das Manuskript zum Druck gegeben zu haben. Anschließend schritt man zu einer Hausdurchsuchung [113]. Man hatte von einer Beschlagnahme der Papiere Binterims „die erheblichsten Aufschlüsse über die Umtriebe der rheinischen Ultramontanen" erwartet, da Binterim nach den Worten Rochows als „ihr tätigstes, intrigantestes Organ und der hauptsächliche Beförderer der auswärtigen Korrespondenz" anzusehen sei [114]. Auch hegte man den Verdacht, daß er

---

[108] Schönig S. 190.

[109] Der katholische Bruder- und Schwesterbund zu einer rein katholischen Ehe.

[110] Schönig S. 192.

[111] Vgl. Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 4, 1. Abt., 1840, S. 885; Arnold Ruge, Briefwechsel und Tagebuchblätter Bd. 1 S. 84.

[112] So bezeichnete Joseph Laurent ihn als „eine kleine, bitterböse protestantische Spinne" (Möller, Laurent 1. Teil S. 377).

[113] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 853, Ber. Schnaases vom 27. März 1838 (Bl. 10). — Über das Vorgehen bei der Hausdurchsuchung und über die dabei gefundenen Schriften findet sich in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 6. April ein detaillierter Bericht (Wiedergabe eines Artikels der Münchener Politischen Zeitung), für den nach der Auffassung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten von Spiegel (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. Nr. 681, Ber. an Bodelschwingh vom 10. April 1838, Bl. 13) nur Binterim selbst als Verfasser in Frage komme. Um dem ungünstigen Eindruck, den dieser Artikel hervorrufen könne, entgegenzuwirken, sei Schnaase damit beauftragt worden, eine Erwiderung zu verfassen, die an die Redaktion des Frankfurter Journals oder der Frankfurter Oberpostamtszeitung eingesandt werden solle (Konzept dieses Artikels ebd., Bl. 14). — Offenbar ging es dem Gouvernement vor allem darum, den Eindruck zu vermeiden, als ob das Vorgehen gegen Binterim der rheinischen Rechtspraxis nicht gemäß sei, in welcher Frage, wie sich gezeigt hatte, der Rheinländer besonders empfindlich reagierte. Weiterhin findet sich in der Allgemeinen Zeitung vom 5. Mai 1838 eine aus dem Frankfurter Journal übernommene Kritik an den bisherigen Presseberichten über die bei Binterim vorgenommene Haussuchung, „die die Persönlichkeit dieses Mannes" in ein zu günstiges Licht stellten. Damit fand die Pressekampagne jedoch noch kein Ende. So verfaßte die Neue Würzburger Zeitung auf die letztgenannte Darstellung wiederum eine Entgegnung, die auch in der Außerordentlichen Beilage der Allgemeinen Zeitung vom 12. Mai 1838 abgedruckt ist. — Auch gegenüber der in die Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 9. Mai 1838 aufgenommenen Meldung der Würzburger Zeitung, daß Binterim unter Polizeiaufsicht gestellt sei und das Königliche Landgericht sich in der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung für inkompetent erklärt habe — diese Version übernimmt auch Schönig (S. 202) —, wünschte der Oberpräsident die Abfassung einer Erwiderung (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. Nr. 681, Bodelschwingh an Spiegel, 11. Juni 1838). Sie findet sich in der Allgemeinen Zeitung vom 23. Juni 1838.

[114] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 853, Rochow an Spiegel, 27. März 1838 (Bl. 13, 14).

mit dem rheinischen Adel konspiriere [115]. Obwohl man die Aktion gegen Binterim geheimzuhalten gesucht hatte, weil man befürchtete, daß er, vor allem durch den Düsseldorfer Landgerichtspräsidenten Schramm, gewarnt werden könne [116], entsprach das Resultat der Hausdurchsuchung keineswegs den Erwartungen, was man indes nicht zuletzt darauf zurückführte, daß Binterim „bei seiner Schlauheit" in Erwartung einer solchen Maßnahme bereits entsprechende Vorsorge getroffen hatte [117]. Neben zwei polemischen, anscheinend für den Druck bestimmten Schriften von unbekannter Handschrift und dem Manuskript zu dem bereits erschienenen Büchlein „Beleuchtung der Broschüre: Die Wahrheit in der Hermesianischen Sache von einem Priester der Erzdiözese Köln" [118] stieß man lediglich auf einige Schreiben von Droste-Vischerings ehemaligem jetzt in Magedeburg gefangengehaltenen Kaplan Eduard Michelis [119], mehrere Briefe Löwener Professoren und einen angefangenen Brief Binterims an Graf Spee [120] und nicht auf das offenbar erwartete Arsenal von Geheimdokumenten. Immerhin reichten diese Ergebnisse zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens [121]. Die Reaktion der Bevölkerung im Düsseldorfer Raum auf dieses dubiose Vorgehen erscheint bemerkenswert. Während eine Reihe von Düsseldorfer Geistlichen, die sich angeblich „früher vor Binterim nicht tief genug bücken" konnten, ihn nunmehr, sich offensichtlich stärker nach dem die Macht repräsentierenden Staat ausrichtend, geschnitten haben soll [122], hielten jedoch seine Pfarrkinder, bei denen er zweifellos in hohem Ansehen stand, unverwandt zu ihm [123]. Vergeblich bemühten sie sich allerdings bei der Polizei um die Erlaubnis, ihrem Pfarrer zu Ehren seines Namenstages einen Fackelzug darbringen zu dürfen. Nicht einmal ein Ständchen wurde ihnen gestattet. Dennoch brach sich die Begeisterung für den bereits 34 Jahre lang in der Gemeinde weilenden Seelenhirten Bahn. Gegen 10 Uhr abends brachte man am Pfarrtor einen Triumphbogen an und illuminierte Pfarrhof und Straße. Trotz des behördlichen Verbots hatten sich etwa 100 Personen, darunter viele Kinder, vor dem Pfarrhause eingefunden und brachten ihrem Pfarrer ein Ständchen sowie im Anschluß daran ein dreimaliges Vivat. Der so bemerkenswert Gefeierte war jedoch

---

115 Ebd.
116 Ebd.
117 Ebd. Bl. 15.
118 Ebd. Bl. 10, Ber. Schnaases vom 27. März 1838.
119 Ebd. Bl. 24, Rochow an Spiegel, 24. April 1838. — Diese Briefe fanden in der zeitgenössischen publizistischen Diskussion große Beachtung. Selbst in Brockhaus' Conversationslexikon der Gegenwart (Bd. 3, 1840, S. 640 f.) findet sich hierüber eine ausführliche Abhandlung, deren Kern darauf hinausläuft, diese Briefe bewiesen unwiderleglich, „mit welchen staatsverbrecherischen Plänen die fanatisch-hierarchische Partei" umgegangen sei.
120 St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 853 Bl. 16. — Es dürfte sich um den Landrat des Kreises Düsseldorf handeln. Nach den Worten des früheren Düsseldorfer Regierungspräsidenten Graf Stolberg gehörte er der orthodoxen, wenn auch nicht „jener verwerflichen ultrakatholischen Partei" an (zitiert bei Schrörs, Kölner Wirren S. 602).
121 Vgl. Schönig S. 193 ff.
122 Ebd. — Allerdings sollen angeblich mehr als tausend Düsseldorfer Bürger die Absicht kundgegeben haben, Binterim am Vorabend seines Namenstages einen Fackelzug mit Musik darzubringen, woran sie jedoch von der Polizei gehindert worden seien (Wiedergabe einer Meldung der Münchener Politischen Zeitung in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 15. Juli 1838).
123 Schönig S. 196 f.

vorsichtig genug, sich der versammelten Menge nicht zu zeigen [124], offenbar um den Behörden keinen Vorwand für ein Einschreiten zu geben. Wie beliebt Binterim in seinem Pfarrsprengel war, erwies sich auch in der Folgezeit. Als er eine Reise, angeblich zu Erholungszwecken, unternahm und die den protestantischen Standpunkt unterstützende Elberfelder Zeitung [125] die Nachricht brachte, Binterim sei ins Ausland gereist und werde nicht mehr zurückkehren, zeigte sich große Bestürzung bei seinen Anhängern [126]. Um so größer war die Freude bei der Rückkehr des Vermißten. Als Binterim aus dem Rheindampfer stieg, wurde er von einer auf tausend Köpfe geschätzten Menschenmenge empfangen und unter Jubel zum Pfarrhaus begleitet [127]. Selten, so schreibt ein zeitgenössischer Korrespondent [128], habe ein Ereignis so viel „Sensation am Rhein gemacht" wie „das Wiedererscheinen dieses Ehrenmannes und Verfechters der Freiheit der katholischen Kirche", von dem man allgemein geglaubt habe, er „sei nach dem Beispiel des erzbischöflichen Sekretärs und Kaplans Michelis nach irgendeiner Festung abgeführt worden".

Am 10. Dez. 1838 kam das Verfahren gegen Binterim mit dem Urteil einer vorwiegend mit Protestanten besetzten Strafkammer [129] des Düsseldorfer Landgerichts zu einem vorläufigen Abschluß. Es lautete auf zwei Jahre Festungshaft, Amtsentsetzung und Verlust der Nationalkokarde [130]. Binterim soll sich sofort ins

---

[124] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 681, Ber. des Düsseldorfer Polizeiinspektors, 11. Juli 1838 (Bl. 30); Leipziger Allgemeine Zeitung vom 15. Juli 1838; Hamb. unpart. Corr. vom 12. Juli 1838.

[125] Pesch S. 19.

[126] Schönig S. 198. — Mit der Reise Binterims glaubte der in Straelen stationierte Gendarm Schmidt eine andere auffällige Erscheinung in Verbindung bringen zu können: „Vor einigen Tagen las ich in der Kölner Zeitung, daß der Pastor zu Bilk, Dr. Binterim, einen Urlaub nach Worms und Speyer angetreten hat. Seit dieser Zeit, und zwar in vergangener Woche sind aus hiesiger Gegend alle katholischen Pfarrherren auf Reise gewesen" (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 853, Straelen, 3. Aug. 1838).

[127] Schönig S. 198. — Nach der Darstellung der Elberfelder Zeitung soll der Empfang indes von einigen nicht sehr erfreulichen Szenen begleitet gewesen sein: „... der ihm von einigen, die dabei gewiß keine redliche Absicht haben konnten, zugedachte ehrenvolle Empfang am Dampfschiff ist in einem niedrigen Lärm ausgegangen, so daß einzelne davon sogar in Untersuchung gezogen werden mußten" (Wiedergabe eines Berichts der Elberfelder Zeitung in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 25. Aug. 1838). — „Binterims fanatische Schar" soll auch, wie der Kölner Polizeiinspektor Brendamour am 11. Nov. 1838 berichtet, versucht haben, das Haus des Düsseldorfer Konsistorialrats Bracht zu demolieren, nachdem sich das Gerücht verbreitet habe, die Domherren München und Filz hätten dort Zuflucht gesucht (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh.).

[128] Korresspondent der Hildesheimer Zeitung (nach der Wiedergabe im Hamb. unpart. Corr. vom 24. Aug. 1838).

[129] Münchener Politische Zeitung vom 9. Jan. 1839.

[130] Schönig S. 201. — Kommentar der Würzburger Zeitung zur Verurteilung Binterims: „Wer da gemeint hat, daß der über den würdigen Pfarrer Dr. Binterim verhängte Urteilsspruch ein Gewinn für die Gegner der katholischen Kirche sein würde, irrt gewaltigt; es ist ein neuer Triumpf, den sie feiert. So ist die Kirche in allen Zeiten der Bedrängnis zum Siege gegangen. Die Märtyrer für den Glauben sind es, die sie groß gemacht und verherrlicht haben. Das Erkenntnis verurteilt den Herrn Dr. Binterim außer 2jähriger Festungsstrafe zur Amtsentsetzung; aber sein Amt ist seine geistliche Mission, und an das heilige Sakrament der Priesterweihe reicht das weltliche Urteil nicht ... Das Urteil hat ihm das Recht abgesprochen, die preußische Nationalkokarde zu tragen. Wäre die Sache nicht zu ernst, so möchte man darin einen Anflug von Satire suchen; aber wie man es auch nehmen mag, so wird dies von niemandem als eine

Gefängnis begeben haben [131]. Daraufhin sei am nächsten Morgen die Kirche in Bilk voll von weinenden Gläubigen gewesen [132]. Überhaupt soll die Verurteilung des angesehenen Pfarrers einen tiefen Eindruck hinterlassen und zu einem Zunehmen „der trüben Stimmung" geführt haben. So sei durch die Bestrafung mehr dem Ansehen des Staates als der Kirche geschadet worden, werde doch die Anhänglichkeit an letztere unter dem äußeren Druck „noch immer fester und entschiedener" [133]. Unter diesen Umständen sah sich auch Binterim keineswegs isoliert. Als Untersuchungshäftling — er hatte sogleich Berufung eingelegt [134] — waren ihm offenbar Kontakte mit der Außenwelt nicht verwehrt. Wie der Kölner Polizeiinspektor Brendamour am 31. Jan. 1839 berichtete [135], wurde Binterim in der Folgezeit „von der frommen Welt fleißig besucht" und mit besonderer Verehrung behandelt; selbst namhafte Adelige wie Graf Spee hätten es sich nicht nehmen lassen, ihm ihre Aufwartung zu machen [136]. Binterim selbst soll mit gelassener Ruhe dem Ergebnis des Verfahrens entgegengesehen haben [137]. Da sich dieses offensichtlich in die Länge zog und Binterim die Zeit nicht mit Untersuchungshaft weiter verlieren wollte, verlangte er, seinen Festungsarrest anzutreten, woraufhin er am 29. Jan. 1839 nach Wesel gebracht wurde [138]. Binterim hatte dann jedoch mit seinem Berufungsantrag Erfolg. In zweiter Instanz wurde am 27. Juli 1839 das Urteil des Landgerichts aufgehoben und Binterim lediglich zu einer Festungshaft von sechs Monaten verurteilt [139], die damit verbüßt war. In der Nacht vom 2. auf den 3. Aug. 1839 kehrte Binterim nach Bilk zurück. Zwar sind nach den vom Düsseldorfer Polizeiinspektor Holzhausen angestellten Beobachtungen entgegen der Darstellung der Münchener Politischen Zeitung (31. August 1839) von der Gemeinde keine Wachtposten aufgestellt gewesen, um die Ankunft des Pfarrers der Gemeinde unverzüglich zu melden, doch hätten sich bald nach Binterims Rückkehr mehrere Gemeindemitglieder zu seiner Begrüßung im Pfarrhause eingefunden. Am folgenden Morgen um 1/2 6 Uhr habe Binterim vor versammelter Pfarrgemeinde einen Gottesdienst gehalten. Bei Binterims Erscheinen in der Kirche hätten ihm Kinder Blumen gestreut, und am Abend dieses Tages seien in Bilk einige Häuser illuminiert gewesen; letzteres sei jedoch zum Teil

---

Strafe betrachtet werden können, da unseres Wissens die katholischen Geistlichen sich gewöhnlich nicht mit dergleichen weltlichen Abzeichen zieren ..." (Wiedergabe in der Allgemeinen Zeitung vom 27. Dez. 1838).

131 Schönig S. 201. — Dagegen wird im Bericht der Düsseldorfer Regierung vermerkt, daß man Binterim nach erfolgter Urteilsverkündigung in das „hiesige Arresthaus" abgeführt habe (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 853, 12. Dez. 1838, Bl. 30). Ähnlich die Darstellung der Münchener Politischen Zeitung vom 9. Jan. 1839.

132 Schönig S. 201.

133 Neue Würzburger Zeitung vom 20. Dez. 1838.

134 Münchener Politische Zeitung vom 9. Jan. 1839. — Sein Berufungsantrag wurde vor allem von Joseph Laurent, der bei dem Kölner Appellationsrat Degrek, einem frommen Katholiken, in dieser Frage viel Entgegenkommen fand, und dem namhaften Kölner Strafverteidiger Bauerband tatkräftig unterstützt (Schönig S. 202 f.).

135 DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, 31. Jan. 1839.

136 Ebd. — Dagegen berichtete die Münchener Politische Zeitung am 3. Mai 1839, man führe die über Binterim verhängte Strafe so streng durch, daß man ihm nicht einmal gestatte, seine kirchenhistorische Arbeit über die Konzile fortzusetzen.

137 Augsburger Postzeitung vom 21. Jan. 1839.

138 Schönig S. 202 f.

139 Ebd. S. 205.

auch durch das Geburtstagsfest des Königs bedingt gewesen [140]. Es kann also nur mit Einschränkung als Sympathiebeweis für Binterim gewertet werden [141]. Hieß es auch, daß fast jeden Tag Geistliche aus verschiedenen Gegenden der Diözese sowie aus Bayern, ja selbst aus Breslau, Holland und Belgien einträfen, um Binterim ihre Glückwünsche zu seiner Freilassung zu überbringen [142], so ist der Gefeierte, der durch seine Verurteilung offensichtlich an Popularität unter der Bevölkerung in der weiteren Umgebung seines Wohnortes gewonnen hatte [143], während der nächsten Jahre nicht mehr mit dem Gouvernement in Konflikt geraten. Kontakte mit seinen ultramontanen Kampfgenossen hat er jedoch wahrscheinlich auch weiterhin unterhalten [144], doch hat er offenbar darüberhinaus der Regierung, die ihn scharf überwachen ließ [145], keinen Anlaß zu einem erneuten Einschreiten gegen ihn gegeben.

Daß auch der Aachener ultramontane Klerus dazu beitrug, „die Gemüter aufzuregen“ [146], liegt angesichts seiner Tradition und der fortdauernden Spannungen auf kirchenpolitischem Gebiete nahe. So ließ man es sich nicht entgehen, den aus Festungshaft entlassenen Kollegen Hendrichs [147] demonstrativ einzuholen und ihn nach seiner Ankunft in Aachen mit einem Fackelzug zu ehren [148]. Scheute sich der Kaplan Istas nicht, öffentlich zu verkünden, daß eine Jungfrau ihr Bestes abwerfe, wenn sie einen Protestanten heirate [149], so wandten sich am 9. Okt. 1838 sämtliche (!) Pfarrer in Aachen mit der Bitte an den König, die Rückkehr des Erzbischofs zu gestatten. Das Dekanat Burtscheid folgte am 19., Eupen samt Broich am 30. Okt. 1838 [150]. Nach dem Verwaltungsbericht des Aachener Regierungspräsidenten

---

[140] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 681, Ber. des Düsseldorfer Polizeiinspektors Holzhausen vom 30. Sept. 1839. — Dieser bemerkt zur Rückkehr Binterims weiter: Von einer Wiedereinsetzung in sein Amt, wie der Ausdruck in einem Artikel der Münchener Politischen Zeitung vom 31. Aug. 1839 lautet, könne keine Rede sein, da Binterim sogleich nach seiner Rückkehr seine Funktionen als Pfarrer ohne weitres wieder angetreten habe. Interessant sei ferner, daß man mit einer baldigen Rückkehr Binterims allem Anschein nach in Bilk nicht mehr gerechnet und offenbar befürchtet habe, daß ihm das gleiche Los wie dem Erzbischof zuteil werde. So habe der Ortsvorsteher Stein bei einem Gastmahl geäußert, er sei aufgefordert worden, die Wiederbesetzung der Pfarrstelle in Antrag zu bringen. Auch sollen beim Erzbischöflichen Generalvikariat von mehreren Geistlichen Bittschriften um die Übertragung der Pfarre eingegangen sein (ebd.). Der Generalvikar besetzte die Pfarre jedoch nicht, sondern ließ sie durch den Kaplan Schäfer verwalten (Augsburger Postzeitung vom 21. Jan. 1839).

[141] So berichtet auch Holzhausen, daß die Einwohner von Bilk geäußert hätten: „Wir illuminieren heute für unsern König und zugleich für den Pastor“ (ebd.). Diese Antwort kann allerdings auch in dem Sinne ausgelegt werden, daß sich die Einwohner damit gegen eine evtl. Strafverfolgung absichern wollten!

[142] Ber. der Münchener Politischen Zeitung vom 31. Aug. 1839.

[143] Vgl. Schönig S. 231.

[144] Jedenfalls berichtet Brendamour am 3. Dez. 1840, daß Binterim, Peters, Beckers und Strauß in Bonn zusammengetroffen seien (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 3).

[145] Vgl. Schönig S. 207 f.

[146] DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III, Ber. zur Hosens vom 4. April 1838.

[147] Vgl. oben S. 63 f.

[148] DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III, Ber. zur Hosens vom 4. April 1838.

[149] Ebd.

[150] Vogel S. 98.

Cuny für das Jahr 1838 konnte die integrale Partei nach außen hin eine eindrucksvolle Einheit ihrer Gläubigen dokumentieren. Das bedeute jedoch nicht, wie Cuny bemerkt, daß die gesamte Bevölkerung durchweg den radikalen Kurs billige. „Ein beträchtlicher Teil unter den Laien als selbst unter der Geistlichkeit" schließe sich dem päpstlichen Stuhle nur „aus Interesse für die Erhaltung der Einheit der katholischen Kirche" an [151]. Aller Intrigen ungeachtet, halte sich die Verwaltung des erzbischöflichen Generalvikariats aufrecht und nehme täglich an Ansehen und Kraft zu [152]. Je länger diese Verwaltung, die auch die materiellen Interessen der katholischen Kirche sehr sorgsam wahrnehme, dauere, desto mehr werde auf der anderen Seite „die durch die Entfernung des Erzbischofs erzeugte Verstimmung sich verlieren" [153].

Zu den ultramontanen Geistlichen des Rheinlandes, die sich trotz aller vorauszusehenden staatlichen Repressionen in besonderem Maße exponierten, gehörte zweifellos der ehemalige Protestant und preußische Husarenoffizier August Seydell [154], neben dem Laien Dietz die Seele des früher mehr im verborgenen wirkenden, jetzt aber in der Koblenzer Gesellschaft offenbar einen breiteren Raum einnehmenden [155] strengkirchlichen Kreises. Nach den Worten Bodelschwinghs hatte sich Seydell vor allen übrigen katholischen Geistlichen in Koblenz „durch heftigen Fanatismus und die schärfste Polemik gegen die evangelische Kirche" bemerkbar gemacht und sich stets bemüht, „seine Gesinnungen auf seine Umgebung und besonders auf junge Leute zu übertragen", wobei ihm „sein ziemlich ausgebildetes Talent und sein durch asketische Lebensweise verstärktes Ansehen" zur Hilfe gekommen seien [156]. Daß er „in den unteren Ständen" eine gewisse Popularität genossen habe, berichtet auch der Westfälische Merkur vom 31. Jan. 1838.

[151] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165/I, Verwaltungsbericht für 1838 S. 368 ff. — Auch in seinem Zeitungsbericht für Juli 1838 spricht Cuny davon, die „vernünftige" Geistlichkeit sichere im allgemeinen „die Rechte der Zivilisation und des Staates" (Qu. Nr. 148).

[152] So heißt es auch im Bericht der Abteilung des Innern der Aachener Regierung für 1839, der zunächst obwaltende Widerwille gegen Hüsgen habe sich inzwischen gelegt (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. 472).

[153] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165/I, Verwaltungsbericht für 1838 S. 368 ff.

[154] In Pommern geboren, evangelisch und früher Offizier in preußischen Diensten, trat er in Berührung mit der von Fürstenbergischen Familie zur katholischen Konfession über, wählte den geistlichen Stand und lebte seitdem als Privatgeistlicher, von wohlhabenden Mitgliedern der dortigen ultramontanen Partei finanziell unterstützt (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, Bodelschwingh an Rochow, 27. Dez. 1837), zunächst als Seelsorger bei der Junggesellenbrüderschaft in Bonn, ab 1831, von Dietz nach Koblenz geholt (Mönckmeier S. 7), als Mitarbeiter an einem unter der Direktion einer Gräfin von Merveldt stehenden kleinen Waisenhause wie auch als Vikar an der St. Barbarakirche (Mönckmeier S. 7; Rosenthal S. 308 ff). — Es findet sich auch die Schreibung Seidell.

[155] So nach der Darstellung der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 21. Aug. 1838: „Von der erzbischöflichen Angelegenheit wird zwar wenig mehr gesprochen; aber die Spaltung, aus der jene Irrung ursprünglich hervorgegangen, macht sich immer mehr bemerkbar. Die altgläubige Kongregation, die früher nur im Verborgenen wirkte, hat einen großen Umfang gewonnen, und ein Teil des katholischen Klerus, an dessen Spitze die Herren Seydell und Cornley, ist eifrig bestrebt, das alte Kirchenwesen zu restaurieren. Besonders das weibliche Geschlecht sucht er zu gewinnen, und schon jetzt halten viele Mädchen es für heilige Pflicht, jeden Morgen wenigstens eine Messe zu hören. Unter den jungen Leuten männlichen Geschlechtes findet dagegen jener Proselytismus nur geringe Aufnahme . . ."

[156] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, Bodelschwingh an Rochow, 27. Dez. 1837.

Vergeblich hatte Bodelschwingh schon 1836 versucht, die bischöfliche Behörde in Trier zur Entfernung bzw. Versetzung Seydells zu bewegen [157]. Offenbar, um einen stichhaltigen Grund für ein polizeiliches Eingreifen zu finden, ließ der Oberpräsident den ihm so mißliebigen Geistlichen auf einer am 10. Dez. 1837 angetretenen Reise, die angeblich dazu diente, Unterschriften für eine Petition nach Rom zu sammeln [158], beschatten. Bei dieser Überwachung glaubte man nun festgestellt zu haben, daß er in Köln im Hause des Pfarrers Schaffrath mit führenden Ultramontanen, unter ihnen auch der Graf von Fürstenberg zu Stammheim, zusammengetroffen sei, daß er ebenso auch den Grafen von Spee aufgesucht habe und daß er anschließend in Münster mit dem Freiherrn von Nagel-Doornick und von Landsberg, mit dem Grafen von Schmising und dem Dechanten Kellermann konferiert habe [159]. Daß dem Oberpräsidium sehr daran gelegen war, den unbequemen und gefährlichen Mann aus dem Rheinland zu entfernen, liegt auf der Hand. Nach den Ergebnissen jener Überwachung glaubte man sich offenbar zu der Annahme berechtigt, bei einer Hausdurchsuchung belastendes Material zu finden, aufgrund dessen man ein Gerichtsverfahren gegen ihn einleiten konnte. Außer einem Brief an einen westfälischen Adligen, in welchem dieser aufgefordert werde, seinen Einfluß auf den Bischof von Münster zu verwenden, um ihn zu einem Rücktritt von der „Koblenzer Konvention“ [160] zu bewegen, soll man jedoch nichts Erhebliches unter Seydells Papieren gefunden und daher auch keinen Anlaß besessen haben, zur Verhaftung zu schreiten [161]. Damit war der Fall zwar für die Behörden, offensichtlich jedoch nicht für seine zahlreichen Anhänger in der Bevölkerung abgeschlossen; vielmehr sollte sich zeigen, welchen Rückhalt Seydell im Volke besaß. So berichtet der Westfälische Merkur vom 3. Febr. 1838, schon kurz nach der Durchsuchung habe sich in Koblenz das Gerücht verbreitet, daß Seydell verhaftet werden solle. Einige Bürger hätten sich daraufhin zum Oberbürgermeister begeben und ihm eine Bürgschaft für den von ihnen geschätzten Geistlichen angeboten. Das Stadtoberhaupt habe ihnen jedoch erwidert, daß das Gerücht ohne jegliche Grundlage sei. Trotzdem hätten sich Neugierige vor der Wohnung Seydells versammelt. Gegen acht Uhr abends habe sich dann Seydell, wahrscheinlich, um dieser Versammlung ein Ende zu machen, zu einem der Stadtpfarrer begeben, aber auch dorthin sei ihm wiederum eine Schar von Leuten gefolgt, von denen nicht wenige bis gegen 11 Uhr abends vor dem Hause ausgeharrt hätten. Die Polizei, wahrscheinlich von dem richtigen Gesichtspunkt ausgehend, daß, solange keine Exzesse verübt würden, man die Leute ruhig frieren lassen könne, habe gar keine Notiz von der Sache genommen, „und ging solche, wie sie ohne Veranlassung gewesen, auch ohne Folgen vorüber“ [162]. Es heißt, Seydell habe

---

157 Schuth, Der. Koblenzer katholische Kreis S. 323.
158 St. A. Düsseldorf, Landratsamt Geilenkirchen Nr. 5, 8. Jan. 1838.
159 Ebd.
160 Gemeint sein dürfte folgendes: Nach der Unterzeichnung der Konvention über die gemischten Ehen in Berlin (19. Juni 1834) hatte der Kölner Erzbischof Ferdinand August von Spiegel auf der Rückreise die Bischöfe von Paderborn und Münster aufgesucht und sie zu einer Beitrittserklärung zu bewegen vermocht, während der Bischof von Trier einige Zeit später diese Unterzeichnung in Koblenz vornahm (Schrörs, Kölner Wirren S. 157—160).
161 Westfälischer Merkur vom 3. Febr. 1838.
162 Westfälischer Merkur vom 20. Jan. 1838.

auf diesen Vorfall hin seine Entfernung aus Koblenz „selbst für nützlich erachtet", und seitens der Behörden sei ihm in dieser Beziehung kein Hindernis in den Weg gelegt worden [163]. Eine ganz andere Version der Vorgänge um Seydell finden wir in der Allgemeinen Zeitung vom 28. Jan. 1838. Danach soll er selbst das Gerücht von seiner angeblich bevorstehenden Verhaftung verbreitet haben. Er habe sogar den Mitgliedern einer frommen Sodalität, mit der er in besonderer Verbindung stehe, den Tag seiner Verhaftung im voraus genannt. Weiter heißt es:

„An diesem Tage sammelten denn viele dieser Mitglieder sich vor und in seinem Hause, um ihn zu bewachen; ein Haufe Volks, teils von ähnlicher Gesinnung, teils von Neugier getrieben, vergrößerte die Menge, die bald auf wenige zusammenschmolz, bald wieder sehr zunahm und vergeblich der Gendarmen wartete, die da zur Verhaftung kommen sollten. Der Vikar kam auf einmal zu dem Haufen herab und sprach (wörtlich): ‚Geht nach Hause, liebe Leute; das Schicksal, das über mich verhängt ist, wird mich doch treffen; geht und betet!' Allein die Menge blieb bis spät in die Nacht, begleitete ihn zu dem Pastor, bei dem er übernachtete, und einige wachten da auch noch die Nacht hindurch ... Weder eine Zivil- noch eine Militärbehörde hielt es notwendig, hier einzuschreiten. Seitdem spricht kein Mensch mehr von dieser angeblichen Verhaftung, und der Vikar ist in diesem Augenblick im Begriff, nach Süddeutschland abzureisen oder bereits dahin abgereist" [164].

Hierzu ist es jedoch nicht gekommen, obwohl der Oberpräsident unter der Hand weiterhin erhebliche Anstrengungen unternommen haben soll, Seydell aus Koblenz zu entfernen [165]. Andererseits hören wir in den nächsten Jahren wenig von spektakulären Schritten des umstrittenen Konvertiten [166].

Zu einem regierungsfeindlichen Akt ließ sich auch der sonst als zuverlässig geschilderte Pfarrer und Landdechant Strauß [167] zu Unkel [168] hinreißen, indem er

---

[163] Westfälischer Merkur vom 3. Febr. 1838.

[164] In der Ausgabe der Allgemeinen Zeitung vom 30. Jan. 1838 wird der Zwischenfall in Koblenz noch einmal aufgegriffen und insbesondere an der in der belgischen Presse zu verzeichnenden übertriebenen und entstellten Wiedergabe Kritik geübt. In dem gleichen Bericht wird auch erwähnt, daß in Koblenz „ein Trupp Menschen" unter den Fenstern des Oberpräsidenten getobt habe, jedoch durch das Einschreiten einiger Pioniere schnell zerstreut worden sei. Ob dieser Vorfall mit den Vorgängen um Seydell in einem Zusammenhang steht, ist aus dem Korrespondentenbericht nicht ersichtlich.

[165] Zu diesem Zwecke habe sich der Oberpräsident u. a. an den damaligen Fürstbischof von Breslau, Grafen Sedlnitzky, als den angeblichen Ordinarius Seydells mit der Bitte gewandt, für die Abberufung dieses Geistlichen aus dem Rheinland Sorge zu tragen (Rosenthal S. 419 f.). Wie Laurent berichtet, sei daraufhin von Bürgern der Stadt Koblenz eine Petition an den Trierer Bistumsverweser Günther gerichtet worden, in welcher er eindringlich gebeten worden sei, ihren besten Priester nicht den Feinden der Kirche auszuliefern (Möller, Laurent 1. Teil S. 436 f.). Tatsächlich verblieb Seydell in seiner Stellung bis 1850 (Rosenthal S. 419 f.).

[166] Lediglich in einem Brief Wilhelm Emanuels von Ketteler aus München vom 3. Febr. 1840 ist von einem Vorfall in Koblenz die Rede, in welchen Seydell hineingezogen worden sei. Ein Pfarrer und ein Kaplan hätten dort gegen den Rosenkranz gepredigt und dadurch im Publikum einen solchen Unwillen erregt, daß eine große Menge auf Absetzung und Entfernung dieser Geistlichen bestanden habe. Seydell habe in diesem Zusammenhang in der Katechese das Gebet des Rosenkranzes seinen Zuhörern nachdrücklich empfohlen, woraufhin er den Befehl erhalten habe, seine Katechese der Behörde schriftlich einzureichen (Raich S. 45).

[167] Im Jahre 1837 hatte Stolberg den Landdechanten Strauß als einen Mann, der sowohl das Vertrauen des Erzbischofs als auch des Staates genieße, an die Seite Droste-Vi-

bei einer Zusammenkunft der Geistlichen des Dekanats Erpel in Buchholz „ein zum Lobe des Erzbischofs und zum Tadel der Staatsbehörde" verfaßtes Lied von fünf Strophen nach der Melodie „Heil Dir im Siegerkranz" vortrug, ein Lied, das nach der Auffassung der Koblenzer Regierung durchaus geeignet war, „zur Aufregung der Gemüter benutzt zu werden". Da Strauß jedoch versicherte, daß er bisher die „gegenwärtige Verfassung der Erzdiözese zu unterstützen" und im Interesse des Staates Ruhe und Ordnung in seinem Dekanat stets aufrechtzuerhalten bemüht gewesen sei, wurde von einer weiteren Verfolgung seiner Handlung Abstand genommen, zumal er über seine Unbedachtheit ernstliche Reue geäußert habe.

2. *Der rheinische ritterbürtige Adel*

Genauer noch als das Verhalten des rheinischen Klerus im Kölner Kirchenstreit läßt sich das des ritterbürtigen Adels erfassen, handelte es sich doch, davon ganz abgesehen, daß sich auf Grund seiner Privatarchive reiches Material erhalten hat, zweifellos um die homogenste und standesbewußteste Schicht der rheinischen Bevölkerung. Um diese Rolle verständlich zu machen, seien die sozialgeschichtlichen Voraussetzungen zunächst kurz skizziert. Die Bemühungen des rheinischen ritterbürtigen Adels — wohl zu unterscheiden von der insgesamt zahlreicheren Gruppe des zugewanderten bzw. Briefadels und den bürgerlichen Rittergutsbesitzern —, seine ihn früher auszeichnende Stellung herzustellen, gehörten wie allgemein die Adelsfrage in Deutschland überhaupt [1] zu den meist diskutierten gesellschaftspolitischen Themen der zwanziger und dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts. Nach den Worten des Oberpräsidenten der Provinz Preußen, Theodor von Schoen z. B., war der Adel politisch tot. Das „ausschließlich öffentliche Leben" sei ihm dadurch, daß er es mit der Masse des Volkes teilen müsse, genommen, und der Anspruch auf äußere Ehre habe sein Fundament verloren. Der Adel könne ferner nur als moralische Institution bestehen. Vorzüge könne ihm nicht mehr der Staat, sondern nur „die Meinung geben" [2]. In der Tat war die politische Lage des rheinländischen Adels, insbesondere auf dem linken Rheinufer, auch nach dem Ende der französischen Herrschaft schwierig geblieben, wenn seine materielle Lage z. T. auch noch als glänzend angesehen wurde [3]. Durch den in der Rheinprovinz weiter-

---

schering zu setzen gesucht (vgl. im einzelnen seine Charakterisierung bei Schrörs, Kölner Wirren S. 482 f.).

168 Neuwied, Reg.-Bez. Koblenz.

169 St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4845, Untersuchungsbericht vom 20. Juli 1838, S. 1; 17 ff.; 71.

[1] Eine Übersicht über die verbreitetste zeitgenössische Literatur findet sich in der Schrift „Einige Bemerkungen über den deutschen Adel", Quedlinburg und Leipzig 1836, S. 8.

[2] Zitiert bei Landau S. 3.

[3] So berichtet z. B. Friedrich v. Uechtritz über die glanzvollen von Vertretern des rheinischen Adels in Düsseldorf gegebenen Gesellschaften. Über den Grafen Spee schreibt er in diesem Zusammenhang: „Es ist dies einer der überreichen Großen, die hier den Winter zubringen. Man schätzt seine Einkünfte auf 60 000 Tlr. Doch gibt es noch reichere. Graf Metternich wird auf 80 000 Tlr. geschätzt — für den reichsten aber gilt Graf Hatzfeld. Dagegen muß sich so ein armer Teufel wie der Graf Trips mit 20 000 begnügen" (Erinnerungen an Friedrich von Uechtritz, hg. v. Maria v. Uechtritz, 1884, S. 100—103).

hin von Bedeutung gebliebenen „Geist der französischen Gesetzgebung" und durch die gesellschaftliche Entwicklung — so hatte sich das höhere Bürgertum „teils durch unabhängigen Besitz, teils durch Staatsdienste, teils schon durch Erziehung und Weltbildung" faktisch auf die gleiche gesellschaftliche Stufe erhoben — waren das Ansehen des alten vieler Privilegien verlustig gegangenen Adels und seine Existenz als politisch führender Stand in hohem Maße zweifelhaft geworden [4]. Dennoch resignierte man nicht kampflos; die Ansicht Schoens, daß der Adel nicht als Stand, sondern nur der einzelne in der Lage sei, „die Idee der Sittlichkeit auch in der Erscheinung" zu bewahren und dadurch sich einen Vorzug in der öffentlichen Meinung zu sichern [5], vermochte man offenbar nicht zu teilen. Vielmehr ging es dem ritterbürtigen rheinischen Adel um nichts weniger als eine Restauration seiner ehemaligen im staatlichen Verfassungsgefüge fundamentierten Vorzugsstellung. Daß der inzwischen vollzogene gesellschaftliche Wandel die Voraussetzungen für eine solche Zielsetzung entzogen hatte, vermochte man oder wollte man allem Anschein noch nicht wahrhaben. Zwar waren die Wiederherstellung der adeligen Titel, Prädikate und Wappen und insbesondere die dem rheinischen Adel durch Kabinettsorder vom 25. Febr. 1826 erteilte Erlaubnis zur Errichtung von Fideikommissen wie auch der von der Regierung vorgelegte Plan einer besonderen Sukzessionsordnung für den Adel beim Bürgertum, und hier insbesondere bei den Liberalen, die sich gegen jegliche geburtsständische Vorrechte wandten und höchstens eine Abstufung politischer Rechte nach dem Vermögensstand gelten lassen wollten [6], auf erheblichen Widerspruch gestoßen. Dennoch hatten sich die Führer der rheinischen Adelspartei, Johann Wilhelm Graf von Mirbach zu Harff, Franz Graf von Spee und Max Freiherr von Loe [7], durch diese Proteste ebensowenig wie durch die für den alten rheinischen Adel enttäuschenden Ausführungsbestimmungen zur Zusammensetzung des Rheinischen Provinziallandtags vom 27. März 1824 und 13. Juli 1827 [8] abschrecken lassen, die Forderung nach autono-

---

[4] Rheinpreußen bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 22. Juli 1840.

[5] Landau S. 3.

[6] Einige Bemerkungen über den deutschen Adel S. 6.

[7] Der mit ihnen befreundete Ferdinand von Galen charakterisierte Mirbach und Loe sehr anschaulich: „In Mirbach erkannte ich ein wahres Musterbild für unseren Stand. Edel in der Gesinnung, ritterlich im Wort, mannhaft in der Tat, kannte er keinen selbstsüchtigen Gedanken, und seine Opferfähigkeit war ebenso groß wie sein Eifer im Guten. Leider kannte der aber die Menschen unserer Zeit nicht, und indem er auf seinen Standpunkt sie hinaufschrauben wollte, verfiel er in Illusionen. Sein Gefährte [Loe] teilte diese nicht und übersah ihn vollständig von seinem ehrgeizigen und egoistischen Standpunkte aus, arbeitete aber redlich wie jener und von guten Grundsätzen beseelt für Erreichung unserer Zwecke und war der eigentliche Schöpfer desjenigen im wesentlichen, was später für den rheinischen Adel erlangt und durchgeführt wurde, während er die Ausführung der Form Mirbach überließ" (Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik). — Die Loe beseelende Dynamik erkannte auch Mevissen an, wenn er auch dessen Zielsetzungen naturgemäß nicht teilen konnte (vgl. Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 538 f.).

[8] Die Ritterschaft blieb zwar nominell im zweiten Stande, aber zu diesem konnte sich nun jeder qualifizieren, der im Besitz eines ritterschaftlichen oder landtagsfähigen Gutes war ohne Rücksicht darauf, ob derselbe ritterbürtig oder auch nur adlig war. Zudem wurden dem zweiten Stande nur 25 Abgeordnete zugeteilt, so daß der dritte und vierte Stand mit je der gleichen Anzahl in der Majorität waren (von Salis-Soglio, in: Die Genossenschaft des Rheinischen Ritterbürtigen Adels S. 13). Dabei hatte die Ritterschaft seit 1817 die volle Wiederherstellung ihrer früheren weitgehen-

mer Sukzessionsbefugnis für den alten rheinischen Adel weiterhin mit Nachdruck anzumelden [9]. Vor allem Mirbach war rastlos tätig gewesen, hatte Testamente, Erb- und Eheverträge gesammelt, um diese als Beweismaterial für die frühere autonomische Befugnis des Adels dem Justizminister von Kamptz vorzulegen [10]. Am 13. Jan. 1835 kamen dann die Vertreter von dreißig ritterbürtigen Familien in der Rheinprovinz zusammen, die Mirbach zum Direktor des Ausschusses wählten und eine Eingabe an den König richteten, in welcher sie von ihm das Recht der Autonomie in Erbfällen erbaten. Dieser Rechtsstellung hätten die rheinischen Adelsgeschlechter seit Jahrhunderten „ihren Wohlstand und ihr Bestehen" zu danken gehabt, bis auf „diese Lande die zerstörenden Machtgebote der Revolution" angewandt worden seien. Weiter heißt es hier:

„Viele Familien sind die Opfer dieser zerstörenden, auflösenden Gesetzgebung geworden, und viele, die bis jetzt sich noch erhalten haben, bedrohet gleiche Zerrüttung durch die Teilung des Stammvermögens, welche außerdem noch so oft Erbitterung, Hader und Trennung in der Familie selbst im Geleite führt. Wenn die Vernichtung des Adels im Sinn und System der Republik Frankreichs lag, so liegt aber dessen Erhaltung im System der Monarchie" [11].

Dabei boten die ritterschaftlichen Familien als Ausgleich für die autonomische Sukzessionsbefugnis an, sich zu verpflichten, für die nachgeborenen Söhne und Töchter durch Stiftungen zu sorgen [12], gewissermaßen also ein Pendant en miniature zum ehedem für den Adel so trefflichen kirchlichen Pfründen- und Versorgungssystem zu schaffen. Das Gesuch war schließlich von Erfolg gekrönt. Besonders der die konservativ-feudalen Elemente der derzeitigen Gesellschaftsordnung im Rahmen des Autoritätsstaates zu befestigen bestrebte Innenminister von Rochow und vor allem der vor den Forderungen der Gegenwart zurückschreckende und in der Vergangenheit einen Halt suchende Kronprinz, der für ein Volk schwärmte, in dem der historisch gewachsene Adel der erste Stand des Staates sein sollte [13], hatten sich hierfür eingesetzt [14], in dem Glauben, sich damit der Unterstützung dieser traditionsreichen Schicht zu versichern [15], deren Vertreter überdies auf den rheinischen Provinziallandtagen ihre konservative Gesinnung und treueste Anhänglichkeit an den König bekundet hatten [16], und „ein Mittel mehr zur Bekämpfung des von französischer Seite nach Rheinpreußen ein-

---

den politischen Rechte und namentlich die Errichtung einer besonderen Kammer für den Adel in der Provinzialvertretung gefordert (Archiv Harff 225/30, Entwurf eines Statuts). Bei den ersten Wahlen zum Rheinischen Provinziallandtag in Koblenz gelang es den Ritterbürtigen noch, die Mehrzahl der Abgeordneten des zweiten Standes zu stellen. Dagegen sahen sie sich bei den ersten Wahlen in Düsseldorf bereits in der Minorität, auf die sie auch bei den nächsten Wahlen in Koblenz reduziert werden sollten (ebd.).

[9] Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 214 ff.; DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 927 Bl. 1—7.

[10] Von Salis-Soglio, in: Die Genossenschaft des Rheinischen Ritterbürtigen Adels S. 16.

[11] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 927 Bl. 1—7.

[12] P. J. Seul, Programm der Rheinischen Ritter-Academie zu Bedburg, Köln 1850, S. 30.

[13] Landau S. 2; 7.

[14] Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289, Ber. Bressons aus Berlin vom 1. Jan. 1838.

[15] Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2615, Ber. des bayerischen Gesandten aus Berlin vom 22. Dez. 1837.

[16] Kisky, in: Die Genossenschaft des Rheinischen Ritterbürtigen Adels S. 43 f.

dringenden Liberalismus zu erhalten“ [17]. Gegen die Einwände einer Reihe von höheren Staatsbeamten und ohne Rücksichtnahme auf die die Autonomiebestrebungen des Adels überwiegend ablehnende öffentliche Meinung der Rheinprovinz [18], insbesondere der zahlreichen Anhänger des französischen Rechts [19], wurde durch Kabinettsorder vom 16. Jan. 1836 die Autonomie zugestanden [20]. Eine Verordnung vom 21. Jan. 1837 regelte diese Befugnis im einzelnen und das darüber stattfindende schiedsrichterliche Verfahren [21]. Daraufhin begründeten 30 adelige Geschlechter am 28. Febr. 1837 [22] in Düsseldorf die rheinische ritterbürtige Genossenschaft der „Autonomen“ und wählten Mirbach zum Ritterhauptmann [23]. Der König genehmigte ihr Statut am 13. Mai 1837 [24]. Zu den Einrichtungen der Genossenschaft gehörten ein adeliges Fräuleinstift und als Erziehungsanstalt für die Söhne die Rheinische Ritterakademie in Bedburg [25].

Neben dem Zweck einer fundierteren Absicherung des Stammhauses scheint dieser besonders privilegierten, von den übrigen Einwohnern der Provinz scharf abgesonderten Genossenschaft der „Autonomen“, für die ein Vertreter des liberalen westlichen Auslands wie z. B. der französische Gesandte in Berlin, Bresson, allerdings nur wenig Verständnis besitzen konnte und von ihr lediglich als „cette ridicule institution“ sprach [26], eine politische Zielsetzung im Sinne eines Kristallisationskerns für eine konservative dem „nach Bewegung schreienden Liberalismus“ entgegengesetzte Politik [27] zu eigen gewesen zu sein [28]. Darauf deuten

---

[17] Vgl. Qu. Nr. 227; ähnlich v. Sybel: „Unter dem Schutze des Beamtenstaates kam die Genossenschaft der Ritterbürtigen zustande; die Vereinigung beider und ihr Gegensatz zu den Liberalen schien für lange Zeit festgestellt“ (Die politischen Parteien in der Rheinprovinz S. 21).

[18] Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2615, Ber. des bayerischen Gesandten aus Berlin vom 22. Dez. 1837. — Ähnlich v. Sybel: „Die liberale Opposition protestierte auf der Stelle mit ebenso großem Nachdrucke als geringem Erfolge“ (Die politischen Parteien in der Rheinprovinz S. 21).

[19] Historisches Archiv der Stadt Köln Abt. 1050, Herwegh, „Die autonomische Ritterschaft und ihre Auftreten in neuester Zeit“; vgl. auch Qu. Nr. 173.

[20] Seul S. 30; Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 4, 1. Abt., 1840, S. 363.

[21] Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 215.

[22] Seul S. 30; Brockhaus Conversationslexikon Bd. 4 S. 363. — Faber (S. 215) nennt dagegen den 18. Febr. 1837 als Gründungstag. Die Angabe der ersteren dürfte wohl die größere Wahrscheinlichkeit für sich haben.

[23] Seul S. 30.

[24] Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 215.

[25] Vgl. hierzu Seul S. 32 ff.

[26] Archives du Ministère de Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289, Ber. vom 1. Jan. 1838.

[27] Einige Bemerkungen über den deutschen Adel S. 25. — Daß das Vorbild des nach Auffassung eines Zeitgenossen gut organisierten Liberalismus dazu beigetragen hat, beim Adel die Bestrebungen eines korporativen Zusammenschlusses zu verstärken (v. Geisler S. 105—107), ist nicht von der Hand zu weisen.

[28] So nach der Auffassung von Franz Petri, Preußen und das Rheinland, in: Das Rheinland in preußischer Zeit, hrsg. von Walter Först, Köln u. Berlin 1965, S. 47. — Ähnlich, jedenfalls andeutungsweise, in einem Manuskript des hochangesehenen Kölner Stadtrats und Präsidenten der Armenverwaltung, Franz Joseph Melchior von Herwegh (Historisches Archiv der Stadt Köln Abt. 1050, „Die autonomische Ritterschaft und ihr Auftreten in neuester Zeit“): „Das faktische Resultat von allem dem war nun, daß sich die Atome des alten Adels der Rheinlande zu einem Corpus vereinigt hatten, nicht zu einem runden und festgekitteten Konglomerate, sondern zu einer homogenen Masse, welche in einer Kristallisation sich über den gemeinsamen Boden hervorzuheben suchten“. — Zu Herwegh vgl. auch Förster S. 113. — Ob das „Muster

auch Äußerungen Mirbachs hin [29]: Obgleich es als eine geradezu unlösbare Aufgabe angesehen werden müsse, der weiteren Ausbreitung der Revolution entgegenzutreten [30], so dürfe doch der Adel der Entwicklung nicht tatenlos gegenüberstehen. Vielmehr müsse er auf eine Wiederherstellung der ihm gemäßen Stellung im Staate hinarbeiten, nicht nur zum Nutzen seines Standes, sondern auch, „um das Ganze des Staates in seinen notwendigen Organismen stark zu machen" [31]; denn er müsse als ein unentbehrliches Element der Verfassung angesehen werden. Notwendig sei daher einmal eine „Wiederaufhilfe" des deutschen Adels von oben herab durch den Thron und „durch Herstellung des den germanischen Monarchien notwendigen aristokratischen Grundprinzips", zum andern ein geschlossenes Zusammenwirken des Adels mit dem Ziele, eine „Veredelung in Sitte, Gesinnung und Tat" herbeizuführen. Mit wachsamer Vaterlandsliebe habe er „im Vertrauen auf den Geist, der alles Gute und Unbezwingbare schafft", in sich ausgerüstet dazustehen, „wenn irrtümliche Ansichten über die Grundbedingungen für Dauer und Sicherstellung der Verfassungen und ihrer höchsten Interessen ihren Kreislauf vollendet haben" würden: „Und an diese Zeit ist zu glauben; denn der jetzige Zustand steht in seinen Wirkungen nicht still. Fällt der Adel als ein Opfer der Macht der jetzigen demokratisch-revolutionären Tendenz, so fällt er nicht allein, sondern das Unberechenbarste mit ihm" [32].

Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß sich die „Autonomen" in besonderem Maße als Stützen des monarchischen Systems ansahen, dessen derzeitiger Zustand allerdings, wie es in ihrem Statut heißt, unverkennbare Anzeichen der inneren Schwäche verrate, was darauf zurückzuführen sei, daß anstelle der mit der Monarchie von Natur aus verbundenen Grundsätze und Institutionen heterogene Elemente Eingang in das System gefunden hätten. Wolle man aber gegen das Fortschreiten des revolutionären Geistes Dämme errichten, so bedürfe es der dem Wesen der Monarchie entsprechenden Einrichtungen als geistige und moralische Gegenkräfte gegen die zersetzenden Elemente. Zu den unabdingbaren Stützen der Monarchie gehöre daher die Wiederherstellung des Adels; allerdings sei man sich darüber im klaren, daß dieses Unterfangen bei der weiten Verbreitung der politischen Irrlehren nicht leicht zu verwirklichen sei. Zum Wesen des Adels gehöre es jedoch, daß er sich nie selbst aufgeben, nie die Segel streichen und bei keinem Glückswechsel Mut, Fassung und Tatkraft verlieren dürfe. Diesen Geist gelte es

---

der altpreußischen Provinzen" (Petri aaO) hierbei eine Rolle gespielt hat, dürfte allerdings schwer zu erweisen sein.

[29] Zitiert bei Seul S. 22—30.

[30] „Von dem Augenblicke aber, daß Frankreich besiegt war, siegte die Revolution, und die Zeit von da bis jetzt war nur eine Reihenfolge dieser Siege. Denn seit 18 Jahren haben die Regenten durch Nichtwiederherstellung des tief verletzten Rechts dem Unrecht eine gefährliche Anerkennung gegeben, sie haben durch eine Reihe teils abgeschmeichelter, teils abgetrotzter Konzessionen sich umstimmen lassen, sie haben endlich die Prinzipien des Systems vergeben, was sie zu repräsentieren berufen sind und auf die sich ihre eigene Stellung begründet. Nun ist die schwierige, ja fast verzweifelte Lage an den Tag getreten. Verzweifelt, weil man kaum ein Mittel erdenken kann, einem fürchterlichen, in seinem Ausgang ganz zweifelhaften Sturme auszuweichen, weil man das, was bevorsteht, fast nur als eine notwendige, unabweisbare Folge der einmal vorhandenen Tatsachen ansehen kann" (ebd. S. 23).

[31] Ebd. S. 28.

[32] Ebd. S. 29.

wieder zu beleben, nicht zuletzt auch aus dem Grunde, damit die „notwendigen Grundstützen und Grundbedingungen der Ordnung und der festen Dauer im Vaterlande: Religion, Sitte, Recht, Nationalität und Vaterlandsliebe" verteidigt werden könnten, wobei der Adel in „allem Sittlichen und Edelen" Vorbild und Beispiel abzugeben habe. Um diesem hohen Beruf Folge leisten zu können, genüge allerdings nicht nur die Fundierung des Adels durch Majorate, vielmehr gehöre hierzu notwendigerweise eine angemessenere Vertretung auf dem Landtage, zumal man bisher bei der Verfolgung dieser Grundsätze in diesem Gremium von den übrigen Deputierten mit kaltem Hohn bedacht worden sei. Daher sei es zu erwägen, ob eine solche Verbesserung ihres Status nicht z. B. durch Verleihung von Virilstimmen erfolgen könne [33].

Eine weitere politische Privilegierung des rheinischen Adels hat man in Berlin jedoch wohl nicht gewagt.

So blieben die „Autonomen" in der Folgezeit bei den Landtagswahlen in erster Linie auf Überrumpelungsmanöver angewiesen. Gelangen ihnen dabei gelegentlich Erfolge [34], so mußten sie doch auf dem vierten und fünften Rheinischen Provinziallandtag weiterhin heftige Attacken gegen ihre Bestrebungen über sich ergehen lassen [35]. Das sich gesteckte Ziel, „die höheren politischen Motive zu erhalten und bei allen wichtigen Landesfragen ... zur Waagschale zu fördern" [36], ließ sich offenbar auf diese Weise kaum realisieren. Auch hatten die „Autonomen" ihrer Wirksamkeit von vornherein gewisse Grenzen gesetzt, indem sie ihre Korporation auf Grundsätzen aufbauten, die weitgehend in der Vergangenheit, im Mittelalter und bestenfalls noch im Ancien Regime wurzelten, keineswegs jedoch den veränderten Umständen der Gegenwart angepaßt, geschweige denn zukunftsträchtig waren. Mit Kopfschütteln nahmen Zeitgenossen von ihren antiquierten Prinzipien Kenntnis, so von dem „Anerkenntnisse, welches sie für die göttlicher Gnade zu verdankenden Rechte und äußern Vorzüge in Anspruch" nahmen, und von „einem von Gott der ritterbürtigen Ritterschaft anvertrauten Berufe". Auf Unverständnis bei den Zeitgenossen stießen auch ihre „Theorien von Ahnen und Ahnenproben, Satzungen von ritterbürtigen Ehefrauen und aus ungleichen Ehen hervorgehenden Suspensionen der Rechte" [37]. Besonders erregt zeigte man sich auch über den Plan einer besonderen adeligen Erziehungsanstalt: „Genügten den rheinischen Rittern, deren größter Teil ohne eigentliche klassische Bildung aufgewachsen war, nicht die preußischen Gymnasien? Sollte es ihren Söhnen nicht einmal in der Jugend erlaubt sein, neben ahnenlosen Jünglingen in der Wissenschaft weiter zu streben?" [38].

---

[33] Archiv Harff 225/30, Entwurf eines Statuts.

[34] **Vgl. oben S. 225 Anm. 8; ferner unten S. 269 f.**

[35] Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 214; Historisches Archiv der Stadt Köln Abt. 1050, Herwegh, „Die autonomische Ritterschaft und ihr Auftreten in neuester Zeit".

[36] So nach einem von Johann Wilhelm Graf von Mirbach verfaßten „Alleruntertänigsten Promemoria" (Archiv Harff 224/29).

[37] Historisches Archiv der Stadt Köln Abt. 1050, Herwegh, „Die autonomische Ritterschaft und ihr Auftreten in neuester Zeit".

[38] Ebd. — Ähnliche Vorwürfe finden sich in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 29. Juni 1840 „... es ist zwar bekannt, daß die rheinischen Adeligen weit hinter dem Adel der alten Provinzen zurückstehen, zum Staatsdienst unfähig, ja zur Besorgung eigner Geschäfte teilweise ungeschickt sind. Aber dennoch ist es eine große Frage, ob

Ihr übermächtiges Traditionsbewußtsein versperrte den „Autonomen" den Blick für die Realitäten, so daß sie sogar auf eine Regenerierung ihrer materiellen Substanz — etwa nach dem englischen Vorbild — verzichteten [39]. Sie verstießen sogar ihre natürlichen Bundesgenossen, die nichtadeligen Rittergutsbesitzer, ja selbst den von auswärts zugezogenen Adel, unter ihm oft ehemalige preußische Beamte, und zwar nur aus dem formalen Grunde, weil diese in früheren Zeiten nicht bei den rheinischen Ritterschaften aufgeschworen gewesen waren [40].

Nahm man dabei bewußt in Kauf, daß man hierdurch andere ebenfalls, wenn auch vielleicht nicht in dem Maße konservativ gesinnte Schichten brüskierte [41], oder erkannte man die Folgen dieser Haltung nicht einmal? Oder hat es, wie die Kritik an dem Verhalten der Korporation bemerkt hat, den „Autonomen" tatsächlich an hervorragenden Talenten und einer überdurchschnittlichen wissenschaftlichen Bildung gefehlt? [42] Wenn man etwa die Konzepte Mirbachs, des Ritterhauptmanns, studiert und dabei vor allem die geschliffenen Formulierungen seiner Denkschriften [43] zur Kenntnis nimmt, ist man geneigt, von der letzteren Vermutung Abstand zu nehmen. Vielmehr dürften die Ursachen für die von den bürgerlichen Zeitgenossen empfundene „Verblendung" der „Autonomen" vor allem darin zu suchen sein, daß eine Reihe ihrer Familienoberhäupter noch in der besonders in den geistlichen Territorien ausgeprägten aristokratisch-ständischen Tradition auf-

---

diesem Umstande durch hermetisches Absondern von allen anderen Ständen abgeholfen werden könne, ob dadurch nicht eine noch größere Verbildung und Verwilderung hervorgehe, welche im Gegenteil durch Besuch der bestehenden bürgerlichen Unterrichtsanstalten gehoben würde". — Die Berechtigung dieser Kritik vermochten die „Autonomen" nicht zu erkennen, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein dürfte, daß hier völlig unterschiedliche Wertsysteme vorlagen. So vermerkte denn auch Mirbach in einem Promemoria, daß das Gymnasium nur „Lehr- aber keine Erziehungsanstalt" sei und selbst als Lehranstalt wegen seiner allgemeinen Bestimmung „das Eigentliche eines besonderen Standes nicht herausheben" könne (Archiv Harff 246/51). — Daß sich unter dem Adel verhältnismäßig „mehr hoch und edel Gesinnte als bei dem Mittelstande" fänden, konzedierte in der Tat selbst Hansemann (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 219).

39 Seiner Verwunderung über diese Haltung gibt z. B. der Kölner Stadtrat Franz von Herwegh beredten Ausdruck: „Die rheinische ritterbürtige Ritterschaft hatte den Erfahrungsgrundsatz vergessen, daß es notwendig sei für den Kontinentaladel, gleich dem englischen, sich nicht vom Volke zu trennen, mit ihm durch die Bande des Blutes sich wiederholt zu verketten, die Reichtümer der goldbringenden Gewerbe durch kluge Ehen an sich zu ziehen und die Stellung der Aristokratie in materieller Weise zu vermehren, ihre etwa veralteten Tendenzen zu erfrischen und sich nicht außer aller Bewegung zu stellen" (Historisches Archiv der Stadt Köln Abt. 1050, Herwegh, „Die autonomische Ritterschaft und Ihr Auftreten in neuester Zeit").

40 Ebd.

41 „War denn die rheinische ritterbürtige Ritterschaft geeignet zum Fundamt einer Aristokratie unter uns? Welches waren ihre Hilfsmittel? War bei ihren Mitgliedern der überwiegende Reichtum oder auch nur der überwiegende Grundbesitz? Traten Talente mächtig hervor? Wäre es nicht wenigstens besser gewesen, einen hervorragenden Grundbesitz zur Mitgliedschaft dieser Privilegien zu verlangen . . . ?" (ebd.).

42 „Der Männer von Talent gab es kaum drei unter den Beigetretenen . . . Im Staatsdienst ausgezeichnet war nur der Graf Spee; ein großer Teil der übrigen war für die Provinz jedenfalls unbedeutend" (ebd.). — Demgegenüber wandte Mirbach ein, daß es nicht Schuld des Adels sei wenn dieser in der staatlichen Administration kaum vertreten sei; denn es fehle jegliche „Aufmunterung" zum Eintritt in den Zivildienst. Im Gegenteil, man habe dem Adel in dieser Beziehung stets Hindernisse in den Weg gelegt und bei denjenigen, die den Schritt trotzdem gewagt hätten, die Beförderung hintertrieben (Archiv Harff 246/51).

43 Archiv Harff 223/28—225/30.

gewachsen ist, die auch dem Adel gegenüber dem Landesherr noch ein beachtliches Maß an Selbständigkeit bewahrt hatte. Mit diesem Bewußtsein, das durchaus, wie bereits gezeigt, ein hohes Maß an Treue gegenüber dem Monarchen beinhaltete, aber nicht so weit ging, schwerwiegende Bedenken gegen eine mit den obersten moralischen Prinzipien als unvereinbar empfundene Handlung zu unterdrücken, sollten auch Friedrich Wilhelm III., der Kronprinz und die Minister in der Kölner Krise konfrontiert werden. Hatte das Gouvernement geglaubt, an dieser von ihm unter nicht unerheblichem Verlust an eigenem Ansehen und Popularität bei der nichtadeligen Bevölkerung der Rheinprovinz [44] mit besonderen Privilegien ausgestatteten Körperschaft eine besondere Stütze seiner Politik zu finden, wie es zunächst von Vertretern der „Autonomen" so wortreich versichert [45] und wie es auch in gewissen zeitgenössischen Publikationen zu beweisen versucht wurde [46], so sollte sich diese Erwartung nur insofern erfüllen, als sich Adel und Regierung zeitweise in einer gemeinsamen Frontstellung gegen gewisse Tendenzen des Liberalismus zusammenfanden [47]. In der durch die Abführung des Erzbischofs heraufbeschworenen Konfliktsituation stellte der katholische ritterbürtige Adel in der Rheinprovinz wie auch in Westfalen [48] die Verteidigung des als bedroht angesehenen kirchlichen Glaubens eindeutig über das Prinzip der dem König als Protektor des Adels schuldigen Treue!

Diese Entscheidung erscheint im Grunde nicht überraschend, nicht nur deswegen, weil sich der Adel wegen der rechtswidrigen Verhaftung des ebenfalls einem alten ritterbürtigen Geschlecht angehörenden Droste-Vischering in seiner Standesehre getroffen fühlen konnte. Schon in seinem Statut hatte der „autonome" Adel, aufgrund der Tradition in den ehemaligen geistlichen Staaten seit Menschengedenken mit der katholischen Kirche aufs engste verbunden, den Schutz der Religion an erster Stelle aufgeführt [49]; erst danach wurde die Treue gegenüber dem Thron

---

[44] Vgl. Qu. Nr. 173; ferner oben S. 227; unten S. 243 Anm. 115.

[45] Vgl. hierzu auch Qu. Nr. 91.

[46] „Es ist unbestreitbar und ganz natürlich, daß der Grund- und Erbadel, politische und andere Korporationen jener liberalen Richtung abgeneigt sind und ihr nach Kräften entgegenzuwirken streben. Sie unterstützen — jener Demokratie gegenüber — die Rechte und die Macht der Krone vielfach, und eben deshalb liegt in aristokratischen Einrichtungen und Korporationen eine Sicherung für die Monarchien und gegen die Demokratie, von welcher unserer Zeit am meisten Gefahr droht. In der Regel sind demokratische Angriffe auf die Macht und Rechte der Krone erst möglich oder vollkommen wirksam, wenn zuvor die aristokratischen Mächte und Rechte gebrochen oder ganz vernichtet sind" (Einige Bemerkungen über den deutschen Adel S. 6 f.).

[47] Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 216.

[48] Vgl. unten S. 381 ff.

[49] „Des Adels erster und erhabenster Beruf war, der Beschützer und Verteidiger der Religion zu sein. Er hat auch jetzt mit ganzer Kraft auf ihre Säule sich anzulehnen, jene Wahrheit mit ganzem Gemüt zu ergreifen, durch Beispiel, Aufsicht und Einfluß auf seine Umgebung und Untergeordneten, besonders durch Erziehung seiner Kinder, Religiosität, christliche Gesinnung und Sittlichkeit zu befördern und alles Entgegengesetze von sich zu entfernen. Der Wohnsitz des Edelmannes soll ein der Religion und Sittlichkeit geweihtes Haus sein" (Archiv Harff 225/30, Entwurf eines Statuts). — Die Motivation für das starke Engagement zugunsten der Kirche ist vielleicht mit darin zu suchen, daß der Adel, wenn auch vielleicht nur unbewußt, in der Kirche eine fundamentale Stütze seiner eigenen Stellung sah. Diese Auffassung äußerte z. B. Venedey in einem Brief vom 21. Sept. 1834: „Der erste Schlag, wenn sich ein Land reformiert, trifft auf den Klerus, welcher der Hauptpfeiler und Stützpunkt der Aristokratie ist: eine Tatsache, die in der Geschichte aller Revolutionen sich kundgegeben. Ist der Einfluß

und die Verpflichtung genannt, diesen gegen alle Angriffe auf seine Rechte zu verteidigen [50]. Wie Sybel hierzu treffend bemerkt, trat bei dieser Gelegenheit „der tiefe Zwiespalt der alten Kirchlichkeit mit dem neuen Staatswesen" klar an das Tageslicht [51].

Ihre enge Verbundenheit mit ihrer Kirche hatten Mitglieder der rheinischen Aristokratie schon in vergangenen Jahren demonstrativ bekundet. So hatte die Freifrau Karoline von Romberg (geb. v. Böselager), Gemahlin des vormaligen Präfekten des Ruhrdepartements, Giesbert von Romberg, der 1856 noch im hohen Alter zum katholischen Glauben konvertieren sollte [52], durch zwei Erwerbungen die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Sie kaufte die Mordkapelle am Kreuzberg bei Bonn, die 40 Jahre lang vergessen gewesen war, sowie den Rest des Klosters am Kreuzberg zu religiösen Zwecken an, während ihr Schwiegersohn, Graf Egon von Fürstenberg, den Apollinarisberg bei Remagen, mit seiner 1117 gestifteten Propstei früher ein viel besuchter Wallfahrtsort, in seinen Besitz brachte und offenbar als Beitrag zur Erneuerung und Belebung des religiösen Lebens [53] an der Stelle der alten Propstei die prachtvolle Apollinariskirche erbauen ließ. Karoline von Romberg und ihr Schwiegersohn boten auch später dem Erzbischof Clemens August kurz vor seiner Verhaftung einen Wohnsitz und Ersatz seines Gehaltes an [54].

So klingt es durchaus überzeugend, wenn der als guter Preuße bezeichnete Mirbach [55] auf die Kunde von der zwangsweisen Wegführung des Erzbischofs hin in seinem Tagebuch vermerkt: „Der erste Eindruck war Erschütterung. Eine solche Maßregel war hier beispiellos" [56]. In besonderem Maße mußte dem konservativen Adel der gegen Droste-Vischering, seinen Standesgenossen, gerichtete Vorwurf revolutionärer Verbindungen erregen [57], war doch dadurch die Gefahr gegeben,

---

der Kirche vernichtet, so folgt dem Schlage ein zweiter, der auf den Adel und seine Vorrechte gerichtet ist" (zitiert bei Buchheim, Geschichte der Kölnischen Zeitung S. 317).

[50] Archiv Harff 225/30, Entwurf eines Statuts.

[51] Die politischen Parteien in der Rheinprovinz S. 21.

[52] Richtering S. 90 ff.

[53] So heißt es in einem Bericht des Westfälischen Merkurs vom 4. Okt. 1836 über die am 28. Sept. 1836 vollzogene Grundsteinlegung, daß „die edelmütigsten Handlungen", die Fürstenberg „allenthalben begleiteten, in uns die Hoffnung nähren, dereinst Verschiedenes wieder aufleben zu sehen, was der fromme Sinn unserer Väter, die nun in Gott ruhen, früher hier in religiöser Begeisterung begründete, aber leider der unselige Revolutionsgeist unserer Zeit zerstörte". — Als bemerkenswert wird in dem Bericht auch die Tatsache verzeichnet, daß sich bei der Feier auch die evangelische Geistlichkeit eingefunden hatte und unter den zur Begrüßung des Stifters ausgewählten drei Mädchen zwei der evangelischen Konfession angehörten.

[54] Vogel S. 111.

[55] Kisky, in: Die Genossenschaft des Rheinischen Ritterbürtigen Adels S. 27.

[56] Qu. Nr. 93. — In der Tat muß man, von der milden Praxis in den Krummstabländern ganz abgesehen, auch in der Geschichte der preußischen Monarchie weit zurückgehen, ehe man auf eine vergleichbare Gewalttat stößt. Ähnlich mag vielleicht die Erregung gewesen sein, die die Verhaftung des Führers der Opposition unter den klevischen Ständen, Karl Dietrich von Wilich, und die Enthauptung des renitenten ostpreußischen Junkers Christian Ludwig von Kalckstein unter dem Adel dieser Territorien ausgelöst hat (vgl. Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg Bd. V, hg. von August von Haeften, Berlin 1867, S. 611 ff., 740 f.; Bernhard Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen, Bd. 1, [Neudruck] Darmstadt 1962, S. 300 ff.).

[57] So schreibt Mirbach in diesem Zusammenhang: „Die plötzliche Abführung des Erzbischofs, die Schrift des Ministeriums, die ihn des Hochverrats beschuldigt, hat in mir

daß die Korporation ebenfalls in ein dubioses Licht geriet und in ihren politischen Ambitionen Rückschläge hinnehmen mußte.

So berichtet Spiegel aus Düsseldorf: „Der rheinische Faubourg St. Germain ist sehr aufgeregt und steht in enger Korrespondenz mit Münster“ [58]. Andererseits bot aber gerade ein nachdrückliches Eintreten für den Erzbischof dem unpopulären [59] Adel die Möglichkeit, als Protektor der bedrohten Kirche aufzutreten und sich damit möglicherweise einen stärkeren Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen [60]. Zwar bezweifelte Max von Gagern, daß diese Schicht den Instinkt besitze, sich die öffentliche Meinung anzueignen, wie es der belgische Adel verstanden habe [61], doch legten namhafte Vertreter der rheinisch-westfälischen Aristokratie in der Folgezeit eine bemerkenswerte Aktivität an den Tag. So begaben sich die Freiherren von Fürstenberg und Böselager eilends nach Koblenz und setzten dem Oberpräsidenten in einer Unterredung von nahezu drei Stunden, allerdings vergebens, zu, ihnen Beweise für die gegen den Erzbischof erhobene Beschuldigung vorzulegen und letzterem die Gelegenheit zur Selbstverteidigung zu verschaffen [62].

---

ein drückendes Gefühl erregt, was ich, seit wir von der französischen Botmäßigkeit befreit sind, nicht mehr empfand“ (Qu. Nr. 47).

58 Zitiert bei Schrörs, Kölner Wirren S. 603.

59 Vgl. Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern S. 85.

60 In diesem Sinne ist auch die Situation von einem Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung aufgefaßt worden: „Da der Erzbischof von Köln einer Familie des diesseitigen Adels angehört, welchem in diesem Jahre durch das Adelsgesetz so viele Vorrechte und eine so nahe Beziehung zum Throne zugestanden wurde, so mußte der sog. hohe Adel der westlichen Provinzen Preußens in der dem Erzbischof schuld gegebenen Teilnahme an geheimen und verbotenen Verbindungen einen Hochverrat sehen. Um hinter die Wahrheit dieser Beschuldigung zu kommen, begaben sich die Herren von Fürstenberg und von Loe zu Sr. erzbischöflichen Gnaden, um in dieser Angelegenheit Erkundigungen einzuziehen, worauf unter Verpfändung des Ehrenwortes das Gegenteil versichert wurde. Hierauf ist der hohe rheinische und westfälische Adel in Beratung getreten, um fernerhin als die Schutzherren der Religion in diesen Provinzen zu erscheinen“ (Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 27. Dez. 1837). — Ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 14. Okt. 1841 ging sogar so weit, den Erzbischof als Werkzeug der aristokratisch-papistischen Partei im Rheinland und in Westfalen zu bezeichnen, welche, „durch die französische Gesetzgebung au niveau mit den andern Ständen gesetzt“, alles habe anwenden müssen, um wieder zu dem Ansehen zu gelangen, das ihr früher das große Übergewicht gegeben habe. Diese Adelspartei, die in jedem Aufgeklärten und jedem Industriellen einen Revolutionär sehe, habe daher gern die Gelegenheit benutzt, um den Erzbischof „zum geistlichen Vorfechter der autonomischen Interessen zu machen“. — Droste-Vischering bei seiner Kirchenpolitik ein Klasseninteresse nachzusagen, ist jedoch nachhaltig in Abrede zu stellen. Er war zu sehr Individualist, weitgehend weltlichen Interessen abgewandt und zu sehr der religiös-dogmatischen Welt verhaftet, als daß er sich von seinen Standesgenossen hätte beeinflussen lassen. So betont auch ein den Erzbischof insgesamt negativ beurteilender zeitgenössischer Publizist: „Man würde sich sehr irren, wenn man glauben sollte, der Prälat habe durch sein Verfahren für seine Person etwas zu gewinnen gesucht; nein, er diente dabei einer Idee, die er sich von dem, was die Kirche not tue, gebildet hatte. Er hielt sich für berufen, diese Idee zu realisieren, und deshalb suchte er ein Bistum, dabei jedoch von Selbstsucht so weit entfernt, daß er vielmehr jener Idee alle irdischen Intressen aufgeopfert hätte“ (Beurtheilung der Thatsachen, durch welche die Maßnahmen ... herbeigeführt worden sind S. 46 f.). — Im übrigen liegen auch keinerlei Beweise dafür vor, daß der Adel einen derartigen Versuch unternommen hat. Erst nach der Abführung des Erzbischofs ist auf seiten des Adels die Tendenz erkennbar, aus dieser Situation für seine sozialen Interessen Kapital zu schlagen.

61 Pastor, Leben des Freiherrn Max v. Gagern S. 85.

62 Schrörs, Kölner Wirren S. 603. — Nach einem Schreiben des Pfarrers Johann Wollner an den Domherrn Graf Schaffgotsch in Olmütz vom 4. Jan. 1838 (H. H. St. Wien,

Daraufhin ist man zu dem Entschluß gelangt, eine Deputation nach Berlin zu entsenden, „um Sr. Maj. die Versicherung von dem Gegenteil jener Beschuldigung und die alleruntertänigste Bitte zu Füßen zu legen, diese Angelegenheit in ihrem Interesse baldmöglichst zu untersuchen und bei nicht erfolgender Konstatierung widerrufen zu lassen“ [63]. Als Deputierte wurden Mirbach, Loe, Spee, Fürstenberg und Wolff-Metternich ausersehen, die in Magdeburg mit den Abgesandten des westfälischen katholischen Adels [64] zusammentreffen, sich mit ihnen beraten und dann zusammen mit ihnen nach Berlin eilen sollten [65].

Wenn die Ritterschaft geglaubt hatte, diese Gelegenheit dazu benutzen zu können, die gegen sie in weiten Kreisen der Bevölkerung bestehenden Ressentiments abzubauen und auf der Woge der erwarteten Sympathie für den verhafteten Erzbischof und die angeblich unterdrückte Kirche zu größerer Popularität und damit auf weitere Sicht zu stärkerem politischen Einfluß zu gelangen, so sollte sie sich indes bald getäuscht sehen.

Beglückt waren der Berliner Hof und die Staatsregierung über das spektakuläre Vorgehen des rheinischen und westfälischen Adels gewiß nicht, vielmehr, nach dem, was in diplomatischen Kreisen darüber verlautete, enttäuscht und indigniert über eine Gruppe, die man aus Prinzipien konservativer Politik nicht unwesentlich begünstigt und von der man Dankbarkeit bezeigendes Verhalten erwartet hatte, aufgrund deren unerwarteter Opposition in dieser Staatskrise man aber nunmehr zu dem Schluß gelangen zu müssen glaubte, daß ihr Patriotismus und ihre vielfach beteuerten monarchischen Gesinnungen eigentlich nur Redensarten seien [66]. Von dem im Autonomiestatut niedergelegten Gelöbnis, sich in Zeiten der Gefahr „wie eine Mauer um den Thron zu stellen“ [67], war in der Tat wenig zu spüren. So

---

Staatskanzlei Rom, Collectanea 87) soll sich auch der Adel am Tage nach der Verhaftung des Kölner Erzbischofs zum Erzbischof von Mecheln begeben haben, von wo aus dann eilends Depeschen nach Rom, Bayern und Wien gesandt worden seien. Indes findet sich für diese Angabe keine weitere Bestätigung.

63 Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 27. Dez. 1837.

64 Gegen die Terminologie einiger Blätter, die von einer Deputation des westfälischen Adels sprächen, wandte sich ein — nicht näher genanntes — Mitglied des westfälischen Adels in einer Einsendung an das Frankfurter Journal (Wiedergabe in der Allgemeinen Zeitung vom 26. Febr. 1838): „Es gibt noch viele Adelige in Westphalen, die von einer Wahl der Deputierten zu diesem Zweck nichts gehört haben und die erst durch öffentliche Blätter von einer solchen Ambassade unterrichtet wurden. Den alten Rittergeist hat dieser Adel unter allen Umständen bewahrt, und er wird nicht aufhören, in dem Geiste eines edlen Hans von Birken zu handeln und zu denken. Seit vielen Jahnhunderten war dieser Adel mit dem k. preußischen Hause verbunden; er hat diesem, so wie dessen glorreichen Vorfahren, mit unerschütterlicher Treue gedient, und in mancher heißen Schlacht sein Blut vergossen und seine Treue damit besiegelt. Bei jeder Aufforderung wird er auch ferner, wenn das Vaterland ruft, zu jedem Opfer bereit sein und nie vergessen den schönen Wahlspruch ‚Mit Gott für König und Vaterland'. Ein Mitglied des westphälischen Adels“. — Bei dem Einsender handelt es sich wahrscheinlich um einen Angehörigen der evangelischen Konfession. Der katholische Adel dürfte wohl in der Mehrheit hinter Droste-Vischering und der Deputation gestanden haben. In etwa repräsentativ für die Haltung der Adeligen in der Provinz Westfalen dürfte die Parteinahme bei der Diskussion über den Antrag des Grafen Clemens von Westphalen auf dem Westfälischen Provinziallandtag im März 1841 auszusehen sein (vgl. unten S. 448 f.; Keinemann, Die Affäre Westphalen).

65 Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 27. Dez. 1837.

66 Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe 48/2639, Ber. des Ministerresidenten v. Franckenberg, Berlin, 3. Jan. 1838.

67 Vgl. Hamb. unpart. Corr. vom 2. Jan. 1838.

ließ denn auch der Innen- und Polizeiminister von Rochow, wie es heißt [68], die bis Magdeburg bereits angereisten Deputierten wissen, er rate ihnen, nicht den Versuch zu machen, in der angekündigten Form in Berlin aufzutreten. Als dies dennoch geschah, lehnte es der König ab, die Deputationen zu empfangen, eine Reaktion, die z. B. von einem zeitgenössischen englischen Publizisten, wahrscheinlich nicht zu Unrecht, als nicht sehr mannhaftes Ausweichen vor der Verantwortung gedeutet wurde [69]. Als Begründung für die Verweigerung der Audienz ließ der König mitteilen, der Adel bilde nur für seine Angelegenheiten eine Korporation und sei für andere, ihn selbst nicht berührende Fragen nicht als Körperschaft zu betrachten [70]. Hätten Einzelne Beschwerden vorzutragen, so möchten sie sich an den Minister von Rochow wenden [71]. Im übrigen stehe es ihnen nicht zu, sich in eine Angelegenheit zu mischen, die nur die Regierung angehe und worüber sie sich lediglich mit dem römischen Hof zu verständigen habe [72]. Brachte dieser kühle Empfang und die Aberkennung jeglichen offiziellen Charakters ihrer Mission die Vertreter des Adels in nicht geringe Verlegenheit [73], so stießen sie auch in der am 22. Dez. 1837 stattgefundenen Unterredung mit Rochow [74] auf eisige Reserviertheit. Auf ihre Eröffnung, daß es ihr Hauptanliegen sei, den Eindruck, welchen die gegen den Erzbischof getroffene Maßregel in der Provinz hervorgerufen habe, dem König vorzutragen, antwortete ihnen Rochow kühl und unbeeindruckt, daß es überraschen müsse, wenn sie annähmen, daß sich der König und die Regierung so in Unkenntnis über den durch die betreffende Maßnahme hervorgerufenen Eindruck befänden, daß sie zu diesem Zwecke eine Reise nach Berlin unternehmen zu müssen glaubten. Dennoch wolle man das Ohr für ihre Mitteilungen nicht verschließen. Als die „Deputierten" daraufhin erklärten, daß das Vorgehen des Gouvernements eine Gärung in der Provinz zur Folge gehabt habe, die sie als bedeutende Grundeigentümer für doppelt gefährlich halten müßten, erwiderte Rochow, um eine solche Eröffnung zu machen, hätte eine schriftliche Mitteilung an die Regierung genügt und es wohl keines so auffallenden Schrittes bedurft. Vielmehr hätte man erwarten müssen, daß sie als die Häupter der ältesten und angesehensten Familien des Landes den anderen Untertanen „mit Ergebung in den ausgesprochenen Willen Sr. Majestät vorangeleuchtet" und in der Rechtfertigung desselben ihre vornehmste Pflicht gesehen hätten. Im übrigen interessiere es ihn zu erfahren, was sie mit ihrer Schilderung der Stimmung in der Rheinprovinz überhaupt bezweckten. Nach den Worten Rochows setzte diese Frage die Deputierten in nicht geringe

---

[68] Vgl. Qu. Nr. 89.
[69] Religious Persecution in Germany, in: British and Foreign Review Jg. 1838 Nr. 7 S. 486.
[70] H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 86, Trauttmannsdorff an Metternich, 29. Dez. 1837.
[71] Ebd. — Rochow soll man am besten dafür geeignet gehalten haben, die Verhandlungen im Sinne des Gouvernements mit Erfolg zu führen (vgl. Qu. Nr. 90).
[72] H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 86, Trauttmannsdorff an Metternich, 29. Dez. 1837.
[73] Vgl. Qu. Nr. 91.
[74] Für das Folgende: DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. I, Resumee meiner [Rochows] heutigen Unterhaltung mit den in der erzbischöflichen Angelegenheit hieselbst erschienenen Mitgliedern des rheinischen Adels am 22. 12. 1837 (fol. 178—183).

Verlegenheit. Ohne eine zufriedenstellende Antwort hierauf zu erteilen, kamen sie vielmehr auf die Ursachen des in der Rheinprovinz entstandenen ungünstigen Eindrucks zurück, von denen sie in erster Linie die Unzulänglichkeit der Ausführungen und „die Bitterkeit der Sprache" in dem Publikandum und dem Erlaß an das Metropolitankapitel vom 15. 11. nannten. Dem gegenüber drückte Rochow sein Erstaunen darüber aus, daß man die in jenen Publikationen genannten Motive der Regierung als unzulänglich bezeichnen könne und bekundete seinen Unwillen darüber, daß sie die Regierung einer „bitteren und gereizten Sprache" beschuldigten. Doch sei es nicht seine Aufgabe, mit ihnen darüber in eine spezielle Erörterung einzutreten, vielmehr möchten sie ihm endlich über den eigentlichen Zweck ihrer Vorstellung Auskunft geben, damit er ihr Anliegen dem König vortragen könne. Die Deputierten wußten daraufhin nichts zu entgegen als zu wiederholen, daß es lediglich ihre Absicht gewesen sei, den König über die augenblickliche Stimmung in der Rheinprovinz in Kenntnis zu setzen.

Nachdem ihn Rochow am 23. über seine Unterredung mit den rheinischen Adligen informiert hatte, ließ ihnen der König am Tage darauf folgende Eröffnung machen:

„daß Allerhöchstdieselben zwar gern annehmen wollten, daß es nur patriotisches Pflichtgefühl sei, was sie hierher geführt, daß Allerhöchstdieselben jedoch nichtsdestoweniger den getanen Schritt zu mißbilligen alle Ursache hätten. Beschränke sich auch ihre Absicht darauf, nur den Eindruck darlegen zu wollen, den die Maßregeln gegen den Erzbischof auf sie selbst, auf ihre Standesgenossen und einen Teil der Bevölkerung gemacht, so hätten sie doch bei reiflicher Erwägung und umsichtiger Würdigung der Verhältnisse sich selbst sagen müssen, daß es angemessener und richtiger gewesen sein würde, wenn jeder von ihnen einzeln [Sr. Majestät] oder dem Gouvernement seine Besorgnisse über die aus jenem Eindrucke ihrer Ansicht nach möglichen Folgen schriftlich oder persönlich vorgetragen hätte, als daß sie sich zusammen und gleichzeitig hierher begeben, in der ostensiblen, nicht nur hier, sondern schon in ihrer Heimat und unterwegs laut angekündigten Absicht, sich in eine Angelegenheit zu inensciren, welche allein die Majestätsrechte [Sr. Majestät] berühre und in welcher Allerhöchstdieselben daher nicht gewillt sein könnten, irgendjemandem, am wenigsten einem Allerhöchstihrer Untertanen, eine Einmischung zu gestatten, und als daß sie dadurch einen Schritt getan, der, weit entfernt, beruhigend auf die Gemüter einzuwirken, den Feinden Sr. Majestät und des Gouvernements neue Waffen in die Hand gebe, indem er sie dem Anscheine bloßstelle, als teilten auch sie die Stimmung einer factieusen Opposition und die derselben zum Grunde liegende schiefe Beurteilung des Verfahrens gegen den Erzbischof. In diesem Lichte betrachtet, erscheine der Schritt, zu dem sie sich bewogen gefunden, als ein unüberlegter und voreiliger; [Sr. Majestät] müssen es bedauern, daß sie in vielleicht guter und lobenswerter Absicht einen so unangemessenen Weg betreten. Allerhöchstdieselben wollten zwar geruhen, eine schriftliche Darlegung ihrer Absicht von jedem von ihnen, einzeln, nicht aber eine Kollektivvorstellung huldreichst anzunehmen. Allerhöchstsie wünschten und erwarteten jedoch, daß sie dem Bescheide darauf in ihrer Heimat entgegensehen und dort dem vollen Vertrauen in ihre loyale Gesinnung durch ein voranleuchtendes Beispiel ruhiger Ergebung in die weitere Entwicklung der Sache entsprechen möchten."

Diese Erklärung machte nach den Worten Rochows auf die Deputierten einen „überraschenden, tiefen Eindruck". Vor allem Graf Spee schien aufs tiefste erschüttert. Mit Tränen in den Augen beklagte er das Unglück, daß der König einen Schritt so ungünstig beurteile, „bei welchem er nur durch die treueste und reinste Ergebenheit" geleitet worden sei. Es möge ihm jedoch verstattet werden, Seiner Majestät seine Verehrung persönlich darzubringen. Als Rochow entgegnete, daß der König unter den obwaltenden Umständen genötigt sei, dies zu versagen, brach er in einen Strom von Tränen aus und versicherte, daß diese Zurückweisung die ihm Gleichgesinnten in der Provinz mit der lebhaftesten Trauer erfüllen werde.
Eine Zusammenfassung der königlichen Erklärung, die in ihrer gedrängteren Form noch schroffer wirken mußte, gelangte in die Presse [75].
Ähnlich vollzog sich die Aufnahme der Vertreter des westfälischen Adels [76]. Rochow erklärte ihnen, der König wolle zwar glauben, es habe sie keine andere Absicht hierher geführt, als sich gegen die Anklage einer unmittelbaren Teilnahme an den münsterschen Tumulten [77] zu rechtfertigen. Eine solche Anklage hätte ihnen allerdings sehr schmerzlich sein müssen, wenn sie erhoben worden wäre. Allein dies sei überhaupt nicht der Fall. Es müsse daher sehr überraschen, daß sie sich mit ihrer Verteidigung so übereilten, ohne sich von der Existenz etwaiger Anklagen überzeugt zu haben. Sie müßten doch selbst erkennen, wie auffällig ihr Schritt für die Öffentlichkeit erscheinen müsse: Weit entfernt davon, die Gemüter zu beruhigen, erfülle er die Feinde des Gouvernements mit neuer Hoffnung und bringe schwankende Ungewißheit in die öffentliche Meinung. Dabei habe der König erwartet, daß gerade der Adel es sich angelegen sein lassen würde, „mit vertrauensvoller Ergebenheit in die Absichten des Gouvernements der Masse der Bevölkerung mit rühmlichem Beispiele voranzuleuchten". Das hoffe der König auch jetzt noch von einem Stande, der beanspruche, dem Throne am nächsten zu stehen [78].

---

[75] So heißt es in der Allgemeinen Zeitung vom 4. Febr. 1838: „Die an ihn gerichtete Adresse, welche der Ordnung und der Verfassung gänzlich zuwiderlaufe, habe ihn sehr befremdet. Noch befremdender aber sei ihm die darin ausgesprochene, ungegründete Besorgnis, daß die katholische Kirche in ihren Rechten angegriffen würde. Sie möchten doch seiner vielen Wohltaten gegen die katholische Kirche gedenken, wegen deren der Papst selbst in der Bulle de salute animarum ihm das verdiente Lob gespendet habe. Die westlichen Provinzen könnten nicht vor den östlichen begünstigt werden; er habe auch Verpflichtungen gegen seine protestantischen Untertanen. Man hätte es von dem Stande und der Bildung der Deputierten und ihrer Committenten erwartet, daß sie die Ereignisse richtiger beurteilten, als es geschehen. Höchst befremdend aber sei das öffentliche Zurschautragen ihrer Trauer über dieselben. Er mache sie auf ihre Pflicht aufmerksam, dahin zu wirken, daß ihre Glaubensgenossen eine vorteilhafte Meinung von den Maßregeln der Regierung bekämen. Was endlich den Erzbischof betreffe, so würden demnächst die Aktenstücke nachweisen, daß er seine Nachsicht getäuscht und er, der König, seine Autorität habe wahren müssen, da der Erzbischof nichts von dem habe tun wollen, was man von ihm verlangte".

[76] Die Allgemeine Zeitung vom 2. Jan. 1838 nennt die Namen Graf Fürstenberg, Graf von Landsberg und von Bocholtz; am 22. März jedoch den Freiherrn von Landsberg-Steinfurt und die Grafen von Schmising (Tatenhausen) und von Bocholtz. Eine Tagebucheintragung der Gräfin Maria von Esterhazy vom 16. Dez. 1837 bestätigt die letztgenannten Namen (Archiv Nordkirchen X a, Kasten 1 Nr. 2).

[77] Vgl. unten S. 368 ff.

[78] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, Rochow an Vincke, Berlin, 17. Dez. 1837. — Nach der Darstellung der Allgemeinen Zeitung vom 2. Jan. 1838 soll man in Berliner Kreisen die Ansicht vertreten haben, daß es die gesellschaftliche Stellung, die der Adel einnehme, keineswegs gestatte, als Korporation und Vermittler aufzutreten, „wo

Anfang Januar 1838 reisten die „Deputierten" wieder ab. Die von Rochow bei der Abkanzelung des Adels nach außen hin gezeigte kühle und herrische Haltung ist jedoch keineswegs als ein Anzeichen innerer Selbstsicherheit der Staatsregierung anzusehen [79]. Vielmehr rief die Reaktion der rheinisch-westfälischen Aristokratie erhebliche Nervosität und Besorgnis unter ihr hervor. So sah der Kultusminister Altenstein aus diesem Konflikt weitreichende für den Staat nachteilige politische Folgen erwachsen [80]. In einem vertraulichen Schreiben an Vincke vom 17. Dez. 1837 [81] mit dem Vermerk „Citissime" gibt auch Rochow seinen Besorgnissen wegen der Haltung des Adels Ausdruck. Eine besondere Gefährlichkeit sei den „Bewegungen des Adels" aus dem Grunde beizumessen, weil sich die rheinische und westfälische Aristokratie in dieser Angelegenheit zu gemeinsamem Handeln zusammenfänden. Vor allem aber stehe zu befürchten, daß deren Benehmen für die ultramontan gesinnte Geistlichkeit ein böses Beispiel abgeben könne, „verderblich auf die niederen Volksklassen einzuwirken". So sei zwar nicht zu befürchten, daß sich andere Schichten dem Adel aus Anhänglichkeit anschließen würden, jedoch müsse man damit rechnen, daß man mit dem Benehmen des Adels das zu rechtfertigen suchen werde, was man „aus eigener Neigung" tue, „aber ohne jenes Beispiel wahrscheinlich unterlassen hätte". Rochow erwähnt in diesem Zusammenhang die in Münster vorgefallenen Tumulte [82]. Es sei anzunehmen, daß die in den Unruhen hervorgetretenen Agitatoren „auf Billigung ihres strafbaren Beginnens" bei dem dortigen Adel rechneten: „Und leider darf man nicht mehr bezweifeln, daß die unverkennbare Unzufriedenheit mit dem gegen den Erzbischof eingeleiteten Verfahren, welche der Adel der Provinz zur Schau trägt, eine solche Hoffnung zu nähren wohl geeignet ist" [83]. Wie Rochow in einem anderen Schreiben, und zwar an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, weiterhin ausführt, sei eine solche Haltung „bei dem Stande, der durch seine bevorzugte Stellung zum Monarchen ein Pflichtgebot seiner Standesehre" darin finden müsse, „mit aufrichtiger Ergebenheit in den Willen des Monarchen dem Volke vorzuleuchten", besonders verwerflich. Durch sein Benehmen in dieser Sache habe der rheinisch-westfälische Adel das ihm dargebrachte Vertrauen „auf die betrübendste Weise erschüttert" [84]. Dennoch sei die Hoffnung nicht aufzugeben, daß es gelingen werde, den Adel „auf-

---

die höchsten Interessen des Staates beteiligt" seien. Auch in der Ausgabe der Allgemeinen Zeitung vom 10. Jan. 1838 findet sich heftiger Tadel an dem Vorgehen des rheinischen und westfälischen Adels: „Es wäre besser gewesen, wenn dergleichen auffallende Schritte unterblieben wären, da sie doch zu nichts Anderem führen, als die sich gegenüberstehenden Parteien noch mehr zu erbittern und das Übel, das an und für sich schon groß genug ist, noch größer zu machen".

79 Nicht ohne Grund mußte sich z. B. Rochow im Juli 1838 wegen seiner angegriffenen Gesundheit mehrere Monate auf seine Güter begeben (Münchener Politische Zeitung vom 14. Juli 1838).

80 „Es beschränkt sich dieser Kampf nicht bloß auf den religiösen Standpunkt. Wir sehen, wie solcher das Verhältnis des Adels zum Staat in den westlichen Provinzen berührt und welchen Einfluß der Kampf auch auf den katholischen reichen Mittelstand in der Richtung gegen den Adel und gegen die Regierung ausübt" (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c Nr. 1, Altenstein an Rochow, 25. Juli 1838).

81 St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890; dgl. DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6 Bl. 107—109.

82 Vgl. unten S. 368 ff.

83 St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, Rochow an Vincke (Copia), 17. Dez. 1837.

84 Ebd., Rochow an Bodelschwingh (Extract).

zuklären und ihn für eine richtige Auffassung zu gewinnen". So erwarte er viel von der Einwirkung des Grafen Stolberg [85] auf den Grafen Spee. Auch rechne er darauf, daß Bodelschwingh in dem Bemühen nicht ermüden werde, gegen die übrigen Mitglieder des rheinischen Adels „mit Ernst und Glimpf den Kampf wider Irrtum und Vorurteil" zu führen [86].

Wie der österreichische Botschafter Graf Trauttmannsdorff am 5. Jan. 1838 aus Berlin berichtet, schmeichele sich die preußische Staatsregierung weiterhin, daß die Vertreter des Adels durch ihren Aufenthalt in Berlin „nützliche Belehrungen und Aufklärungen über die erzbischöfliche Angelegenheit erhalten hätten und diese in den dortigen Provinzen weiter verbreiten würden" [87]. Mit dieser Meinung dürfte die Regierung jedoch die psychologischen Auswirkungen ihres Vorgehens falsch eingeschätzt haben. Eine Abordnung, der nicht nur nicht das geringste Verständnis für die von ihr vorgetragene Sache gezeigt wurde und die sich darüber hinaus durch die Form des Empfangs brüskiert fühlen mußte [88], dürfte wohl kaum bereit gewesen sein, die Rolle eines Propagandisten für die Politik der Regierung zu übernehmen, zumal auch die Abfuhr in der Öffentlichkeit allzu deutlich sichtbar wurde und das Prestige der „Autonomen" wohl noch mehr verminderte.

In der Tat hat in weiten Kreisen des über die frühere Begünstigung des Adels verstimmten Bürgertums [89], vor allem in Köln und Düsseldorf, über die Brüskierung der adeligen „Deputierten" offenkundiger Jubel geherrscht [90]. Das so spektakuläre Engagement der autonomischen Ritterschaft für die katholische Religion vermochte nicht, das über die Sonderstellung der „Autonomen" verärgerte Bürgertum versöhnlicher zu stimmen [91]. Im Gegenteil, man verhehlte keineswegs seine Schadenfreude darüber, daß sich gerade die von der Krone Bevorrechteten, die sich „exklusiv die wahren Beschützer des Thrones" nennten, durch ihre alle anderen Klassen weit übertreffende Opposition in der erzbischöflichen Sache demaskiert hätten [92]. Ebenso brachten Vertreter des Bürgertums unverhohlen ihre Bedenken dar-

---

[85] Anton Graf zu Stolberg-Wernigerode, 1834—1837 Regierungspräsident in Düsseldorf (vgl. über ihn ADB XXXVI S. 376 ff.).

[86] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, Rochow an Bodelschwingh, 14. Dez. 1837 (Extract). — Vgl. auch Qu. Nr. 88.

[87] H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 86.

[88] Vgl. hierüber auch Qu. Nr. 92.

[89] Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe 48/2639, Ber. des Ministerresidenten v. Franckenberg, Berlin, 3. Jan. 1838; vgl. ferner oben S. 230 f.; 234.

[90] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 11. Jan. 1838. — So auch Spiegel an Rochow: „Bei der großen Mehrzahl der Bevölkerung hat die Abfertigung in Berlin außerordentliche Freude, eigentlich richtige Schadenfreude erregt, indes im Interesse der Sache einen sehr guten Eindruck gemacht" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6, Düsseldorf, 3. Jan. 1838). — Ähnlich Ruppenthal: „Diese Nachricht wurde fast allgemein mit Freude vernommen, weil man von vornherein den Beruf dieser Mitglieder zu dem fraglichen Geschäfte nicht einräumen konnte" (ebd., Köln, 2. Jan. 1838). — Eine gewisse Ausnahme scheint lediglich bei den Advokaten der Fall gewesen zu sein (vgl. unten S. 248 Anm. 30.).

[91] In diesem Sinne schreibt auch die Leipziger Allgemeine Zeitung vom 15. März 1838: „Der rheinische katholische Adel strebt durch Beschützung des Katholizismus die Popularität wiederzugewinnen, welche er durch das bekannte Autonomiegesetz verloren hat; er vermag freilich nur auf seine Pächter zu wirken; denn die Städte sind gesund".

[92] Korrespondentenbericht vom Niederrhein in der Allgemeinen Zeitung vom 23. Nov. 1839.

über zum Ausdruck, daß der König das Autonomiegesetz nicht wieder annulliert habe [93]. Der Düsseldorfer Regierungspräsident von Spiegel glaubte sogar feststellen zu können, daß seit der Rückkehr der Adelsdeputation aus Berlin eine größere Beruhigung der Bevölkerung eingetreten sei [94]. Auch die bisher im Zusammenhang mit den „Autonomen" häufig verwandte Bezeichnung „hoher Adel" nahm man in der publizistischen Auseinandersetzung nicht mehr unwidersprochen hin [95].

Bezeichneten auch einige autonomische Standesgenossen die Deputation mißbilligend als faux pas, so war „die Partei" nach den Worten Spiegels weiterhin im stillen „zornsprühend". Immerhin sei sie zu der Erkenntnis gekommen, daß ihr die Verpflichtung mit obliege, die Ruhe zu erhalten und „die Schranken des Untertanenverhältnisses nicht zu überschreiten". Auch gelang es Spiegel, „einige der ersten Notabilitäten dahin zu disponieren, dem allgemeinen Vorsatze, bis zur Befreiung des Erzbischofs nicht zu tanzen, untreu zu werden". So nahmen diese zum Erstaunen des bürgerlichen Publikums und zum Ärger ihrer „hartnäckig" gebliebenen Standesgenossen am Silvesterball teil [96]. Seitens letzterer war auch fernerhin nicht die geringste Hinwendung zur Regierung, der sie doch weitgehend ihre standesmäßige Sonderstellung verdankten und von der allein sie im Grunde Unterstützung zu deren Aufrechthaltung hätten erwarten können, zu bemerken. Im Gegenteil, von einigen Mitgliedern der Genossenschaft hieß es sogar, daß sie unter den derzeitigen bedrückenden Umständen das Land verlassen wollten [97]. So schreibt auch ein Zeitgenosse [98]:

„Von Stund an zog über sie ein esprit chagrin. Sie bekannten, zur Opposition zu gehören, sie schlossen sich enger und fester aneinander, und um zunächst die Geistlichkeit, durch sie aber das Volk für sich zu gewinnen, brauchten sie neben dem Vorsatze, immer mehr Rechte für sich zu erlangen und neben der Devise ‚Vorwärts' das Feldgeschrei ‚Clemens August'. Dabei verloren sie aus ihrer Mitte den einzigen Protestanten, gewannen aber an Konsolidation und in etwa an Anhängern, weil die Zeit dazu günstig war. Die Mitglieder der Autonomie besuchten sich häufig , und bei Gelegenheiten der einzelnen Familienfeste auf den Gütern der bedeutenderen wurden Verabredungen mannigfacher Art getroffen und immer weitere Pläne geschaffen."

[93] Hierzu heißt es in der Allgemeinen Zeitung vom 11. Jan. 1838: „Wenn irgend sich eine entschiedene Opposition offenbart hat, so geschah dies von Seite des Adels, und von einigen Seiten ward es daher bedauert, daß der König die Gelegenheit hat vorübergehen lassen, dem Wunsche des letzten Landtags in Düsseldorf zu genügen und das Majoratsstatut zurückzunehmen. Die diese Meinung hegen, sagen, eine solche exceptionelle Gesellschaft im Staate widerspreche der Natur des Rheinländers und sei nirgends weniger am Platze als hier, wo der hohe Adel keine hohe Bedeutung mehr habe. Die Übelstände dieser Einrichtung hätten sich in diesen Tagen zum ersten Male herausgestellt und werden noch zu manchen Reklamationen Anlaß geben".

[94] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6, Polizeibericht für Dezember 1838.

[95] Dieses Prädikat gebühre allein den ehemaligen oder jetzigen reichsfürstlichen Häusern oder den mit reichsunmittelbaren Besitzungen ausgestatteten reichsgräflichen Familien (Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 30. Jan. 1838). — Dieser Einwand soll unter den Betroffenen großen Unwillen erregt haben (Allgemeine Zeitung vom 22. März 1838).

[96] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6, Spiegel an Rochow, 3. Jan. 1838.

[97] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 16. März 1838.

[98] Wahrscheinlich Franz Joseph Melchior von Herwegh: „Die autonomische Ritterschaft und ihr Auftreten in neuester Zeit" (Historisches Archiv der Stadt Köln Abt. 1050).

Diese Entfremdung zwischen der preußischen Staatsregierung und dem rheinisch-westfälischen Adel, Kerntrupp eines reaktionären Konservativismus, wurde von einem prominenten Vertreter des liberalen westlichen Auslands, dem französischen Gesandten in Berlin, Bresson, mit Freude wahrgenommen, schien sich ihm doch damit eine Entwicklung anzubahnen, welche die Regierung dazu nötigen könne, Unterstützung im liberalen Lager zu suchen und sich damit dessen Tendenzen zu öffnen: „Pour ma part, je rends grâce à Monsieur l'Archevêque de Cologne!“ [99]. Zu einer ähnlichen Prognose sah sich auch der großbritannische Repräsentant in Berlin, Lord William Russell, veranlaßt. Nachdem sich die vom Staat privilegierte Aristokratie der westlichen Provinzen als eine höchst unzuverlässige Stütze erwiesen habe, komme die preußische Staatsführung, die es versäumt habe, sich anstelle des Adels um Parteigänger in Kreisen des Bürgertums zu bemühen, ja diese durch die Bevorzugung des Adels förmlich vor den Kopf gestoßen habe, nicht umhin, einen stärker zur Mitte tendierenden Kurs zu steuern, bei dem sich auch außenpolitisch gewisse Konsequenzen ergäben, und zwar insofern, als man sich in Preußen genötigt sehen könne, die bisherige Begünstigung der legitimistischen Partei in Frankreich aufzugeben und die regierende Dynastie voll und ganz zu unterstützen [100].

Auch in der Folgezeit ließen sich Angehörige des der Regierung weiterhin grollenden ritterbürtigen katholischen Adels in Westfalen und der Rheinprovinz angelegen sein, ihre Opposition in auffälliger Weise zu demonstrieren und Vertretern des radikalen Klerus ihre Hilfe angedeihen zu lassen, ohne sich offenbar, wie der bayerische Gesandte in Berlin bemerkte, dessen bewußt zu sein, daß sie damit das Ziel ihrer Gegner, der Demokraten und Liberalen, unterstützen, nämlich die Autorität der Regierung zu schwächen [101]. So erklärte sich Graf Hoensbroech bereit, für den verhafteten Pfarrer Beckers [102] Kaution zu stellen, und besorgte ihm als Verteidiger den bekannten Anwalt Dr. Bauerband. Fürstenberg und Böselager beschenkten den in die Eifel versetzten Bonner Kaplan Peters [103] ostentativ mit einem goldenen Becher [104].

Böselager machte auch durch sein Eingreifen bei der Besetzung der Religionslehrerstelle an der Freischule in Bonn von sich reden. Zur Besoldung dieser Stelle hatte Böselager in früheren Jahren einen Fonds von 4000 Tlr. gestiftet. 1838 berief der Generalvikar Hüsgen den Geistlichen Dr. Müller, nach der Darstellung Rochows „ein durchaus frommer und unbescholtener Mann“ [105], in diese Position. Kurze Zeit darauf erhielt Müller ein Schreiben Böselagers, in welchem ihm dieser mitteilte, er habe durch das Bonner Wochenblatt von seiner Anstellung erfahren und müsse ihn nunmehr auffordern zu erklären, daß er kein Hermesianer sei und „nicht nur das Verdammungsbreve des Papstes mit schuldiger Achtung annehme und die Bücher des Hermes nicht gebrauche, sondern auch die Lehren desselben

---

[99] Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289, Ber. vom 1. Jan. 1838.
[100] Vgl. Qu. Nr. 97 u. 100.
[101] Geh. Staatsarchiv, München, MA III 2615, Ber. vom 22. Dez. 1837.
[102] Vgl. oben S. 160—162.
[103] Vgl. oben S. 214 f.
[104] Vogel S. 111.
[105] DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den König, 18. Okt. 1838.

über die im Breve berührten Punkte mit dem Oberhaupt der Kirche verdamme und dieselben aus dem Religionsunterricht verbannen wolle, weil er sonst gegen seine Ernennung beim Generalvikar protestieren, nötigenfalls auch den Heiligen Vater davon in Kenntnis setzen werde“ [106].

Böselager nahm auch den „wegen Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen des Generalvikariats (seines Amtes) entsetzten, als Fanatiker hinlänglich berüchtigten“ Kaplan Meckel aus Köln [107] zu seinem Hausgeistlichen [108].

Am Klemenstage 1838 hielt der Pfarrer van Wahnem in Bonn eine Messe, welcher der gesamte in Bonn anwesende ritterbürtige Adel beiwohnte und im Anschluß daran von Füstenberg zu einem großen Essen eingeladen wurde [109].

Trotz dieser eindeutigen Haltung gegen die unpopuläre Kirchenpolitik der Staatsregierung ist es dem Adel auch weiterhin nicht gelungen, sich an die Spitze einer großen religiösen Volksbewegung zu setzen. Vielmehr erntete er wegen der von ihm beanspruchten Privilegien nach wie vor Kritik in der Öffentlichkeit. So wurde auf einem dem scheidenden Regierungspräsidenten Ruppenthal gegebenen Abschiedsbankett in Köln [110] in verschiedenen Reden eindeutig gegen die „Autonomen“ Stellung genommen, welche die Allgemeine Zeitung vom 20. Jan. 1839 in folgendem Resümee zusammenfaßt: „Am Rhein kann keine Prärogative irgendeiner Kaste populär werden: die Gleichheit ist ein zu festgewurzelter Begriff, als daß die geringste Abweichung nicht zugleich den schmerzlichsten Eindruck hervorbringen sollte“. Lediglich auf dem platten Lande sollen, wie ein Bericht der österreichischen Gesandtschaft meldet, die Bauern ihre Augen wieder auf den Adel gerichtet haben, „um bei ihm Rat und eine Stütze und Leitung“ zu suchen [111].

Im Januar 1839 verbreitete sich in der Rheinprovinz das Gerücht, der von Berlin abgegangene Landtagsabschied für die Rheinprovinz enthalte eine königliche Bestimmung, durch welche das Adelsstatut wieder aufgehoben werde, was jedoch in der Allgemeinen Zeitung vom 26. Jan. 1839 als unwahrscheinlich bezeichnet wird, wenngleich man eine solche Entscheidung als höchst wünschenswert bezeichnen müsse: „Es hätte den Landtagen ein Relief gegeben und den Gedanken angeregt, daß dieses Institut, wie früher angedeutet worden, als Vorbereitung und Übergang zu einer vollständigen Verfassung betrachtet werde“.

Mit großem Eifer nahmen sich indes die „Autonomen“ weiterhin der erzbischöflichen Angelegenheit an und verharrten unentwegt in ihrer doppelten Frontstellung gegen die Regierung und die Liberalen [112]. In besonderem Maße zeigten sie sich bei den 1839 stattfindenden Landtagswahlen bemüht, daß nur katholische Abgeordnete gewählt wurden [113]. Auch sollen sie schon bei dieser Gelegenheit keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie auf dem Landtag die Freilassung des Erzbischofs fordern würden [114]. Trotz dieses kirchenkämpferischen Engage-

---

106 Ebd.
107 Vgl. zu diesem Schrörs, Kölner Wirren S. 394 ff.
108 DZA Merseburg Rep. 89 D I 49, Rochow an den König, 18. Okt. 1838.
109 Ebd.
110 Vgl. oben S. 173 f.; Keinemann, Ruppenthal.
111 Vgl. Qu. Nr. 128.
112 Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 216.
113 Croon S. 174; vgl. ferner unten S. 269 ff.
114 Allgemeine Zeitung vom 26. Jan. 1839

ments verstummte die Kritik an der standespolitischen Konzeption der „Autonomen" keineswegs. So erhebt z. B. ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung in der Ausgabe vom 31. Dez. 1839 schwerwiegende Einwände gegen die von den „Autonomen" angestrebte Stellung:

„Wir sehen daher nicht ein, warum vorzugsweise die Autonomen, zu denen ein großer Teil selbst unsers hohen Adels nicht gehört, vorzugsweise berufen sein sollten, die Vermittler zwischen Volk und Regierung zu machen. Wir sehen nicht ein, warum das Volk gerade von ihnen sein Heil erwarten sollte, da es weiß, daß der König seine Untertanen gleichmäßig liebt und er dem Adel im allgemeinen keine ausschließlichen Privilegien eingeräumt hat. Wir sehen nicht ein, warum es nicht mit besserm Rechte auf seine eigenen Deputierten vertrauen sollte, die seine Elite bilden und deren Kräfte es in der Nähe kennenzulernen Gelegenheit gehabt hat. Wir begreifen überhaupt nicht, welche besonders wichtige Stelle in einem Staate, wie der unsrige ist, der Adel ... einnehmen kann. Man weiß bei uns allerdings, wie der Verfasser sagt, daß es Stände geben muß, aber man begreift nicht, warum dieselben Vorrechte haben müssen, warum eine kleine Gesellschaft von 30 Personen von der allgemeinen Gesetzordnung ausgeschlossen sein soll ... Das ganze Rheinland ist schmerzlich von jenem autonomischen Gesetz berührt worden, oder hat man ganz vergessen, daß der Landtag selbst sich gegen dasselbe ausgesprochen hat? Die Religion ist hier ganz außer dem Spiele ... Uns ist die katholische Kirche nicht minder berechtigt als die protestantische, wir wollen für beide Freiheit, aber teurer ist uns auch die Gleichstellung vor dem Gesetz" [115].

Auch das weitere Eintreten der „Autonomen" für die Ziele des politischen Katholizismus auf dem Rheinischen Provinziallandtage [116] dürfte an dem Dilemma, in das sich diese Gruppe manövriert hatte, wenig geändert haben [117].

5. *Die übrigen Bevölkerungsgruppen*

Im Unterschied zum rheinisch-westfälischen ritterbürtigen Adel war die große Masse der Bevölkerung dem Erzbischof weder durch Bande des Bluts noch des Standes verbunden. Ebensowenig dürfte unter den verschiedenen Schichten des

---

[115] Ähnlich heißt es in der Allgemeinen Zeitung vom 13. Jan. 1840: „In einem Lande aber, wo es freudig von einem Ende zum andern widerhallt, daß eine vollkommene Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze ... die gleiche Zulassung aller Kinder, so wie zum Herzen, so auch zum Gute ihrer Eltern ..., die Teilbarkeit des Grundeigentums, bei welcher es auch dem Geringsten vergönnt wird, eine Scholle Erde sein zu nennen ..., Güter sind, in deren Besitz uns unsere Rechtsverfassung gesetzt und erhalten hat, in einem solchen Lande konnte es wohl keinen Anklang finden, wenn aus einer Bevölkerung von mehr als 2 Millionen 29 Familien hervortraten, um einen status in statu zu bilden und als einleitendes Privilegium für andere im Hintergrund liegende das Recht erlangten, einem einzelnen Kinde den ganzen Reichtum ihres Vermögens ... zuzuwenden."

[116] Vgl. unten S. 302; 305; 483.

[117] In der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 1. Aug. 1838 berichtet ein Korrespondent aus Köln, daß die rheinisch-westfälische Aristokratie entschlossen sei, „der Bewegung der Zeit zu folgen und mit der Handelswelt in Konkurrenz zu treten, wobei derselben ihre Kapitalfonds und ihr Kredit trefflich zustatten" kämen. — Diese Notiz legte die Frage nahe, ob der Adel tatsächlich angesichts des weitgehenden Scheiterns seiner politischen Restaurationspläne seine Blicke in stärkerem Maße auf wirtschaftliche Interessengebiete gerichtet hat.

Bürgertums und der Landbevölkerung die altständische Tradition in ähnlichem Maße lebendig geblieben sein. Auch zeichneten sich diese Gruppen nicht durch konfessionelle Homogenität aus, wenn auch die katholische Bevölkerung weitaus in der Mehrzahl und tonangebend gewesen sein dürfte. So ist hier ein differenzierteres, wenn auch wegen der unterschiedlichen Quellenlage weniger präzises Bild der Reaktion auf das Kölner Ereignis zu erwarten [1].

Unter den Schichten, auf die sich die Regierung vor allem weiterhin stützen konnte, sind neben der Mehrzahl der Protestanten vor allem die Berufsstände genannt worden, die in besonderem Maße mit dem Staat verbunden waren: Beamte [2] und Militär [3]. Auch die oberste Schicht des Bürgertums, insbesondere das Kölner Patriziat, sei zu gebildet gewesen, „um der Verfinsterung das Wort zu reden" [4], oder mit anderen Worten, im höheren Kölner Bürgerstand, der keineswegs mehr allein aus alten einheimischen katholischen Familien bestand, sondern auch aus vielfach unternehmerisch regen vom Bergischen Land und vom Klevischen her zugezogenen Protestanten [5], habe der überkommene konfessionelle Indifferentismus immer noch vorgewaltet [6]. So betont auch ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (14. Sept. 1838), daß aus den oberen — offensichtlich, so scheint es, liberaler eingestellten — Klassen der Gesellschaft nicht einer das „Unwesen" des Ursulafestes mitgemacht habe. Offenbar besaß der Erzbischof aber auch unter den Kölner Fabrikanten — wobei unter diesen nach der damaligen Sprachregelung auch Inhaber kleinerer Betriebe ab fünf Beschäftigten zu verstehen sind — den einen oder anderen Anhänger [7]. Mehrere Fabrikanten sollen

[1] In diesem Sinne gibt auch Bodelschwingh in einem Bericht an Rochow vom 23. Aug. 1838 der Ansicht Ausdruck, daß „die erzbischöfliche Angelegenheit unter den mehr als 3/4 der Gesamtzahl bildenden katholischen Bevölkerung der Provinz eine sehr verschieden nuancierte Verstimmung hervorgerufen" habe (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1).

[2] So heißt es in einem der Allgemeinen Zeitung entnommenen Artikel ‚Über die Kölner Angelegenheit von einem Kölner': „Wieder ein anderes Element der Gesellschaft bilden die Beamten, von welchen natürlich das Sprichwort gilt: ‚wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe'. Allein auch abgesehen davon, glaube ich behaupten zu können, daß die große Mehrzahl auch im innersten für jene Maßregel war und ist" (Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 9. Febr. 1839. — Ähnlich auch die Auffassung Bodelschwinghs (vgl. Qu. Nr. 30).

[3] „Ein anderes Element bildet das Militär, in bedeutender Anzahl. Ich brauch wohl nicht zu erwähnen, daß hier um so weniger Zweifel über die Gesinnung walten kann, als die große Mehrzahl aus Altpreußen besteht, die den Wahlspruch ‚für König und Vaterland' mit der Muttermilch eingesogen haben" (ebd.).

[4] Ebd. — Bei der Erörterung der Haltung der Kölner Oberschicht ist auch zu bedenken, daß sie sich durch das voraufgegangene zuweilen abstoßende Benehmen des Erzbischofs in gesellschaftlicher Hinsicht schockiert gezeigt hatte (Wiltberger S. 62); so z. B. als er gedroht habe, die Bibliothek seines Amtsvorgängers zum Fenster hinaus zu befördern, hätten sie sich kopfschüttelnd von ihm abgewandt (Brieden S. 684). — Als eine wertvolle Stütze des Gouvernements erwies sich in Köln der Stadtphysikus Dr. Elkendorf, der als Katholik und namhafter Arzt bei den angesehensten Familien der Stadt in hohem Ansehen gestanden und seinen Einfluß dahingehend benutzt habe, „das Verfahren des Gouvernements ins wahre Licht zu stellen und auf alle Weise zu rechtfertigen" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6, Ber. Brendamours vom 31. Dez. 1837).

[5] Stelzmann-Frohn S. 255. — Vor allem um die Zuckerindustrie bildete sich etwa seit 1835 ein neues Patriziat, das im wesentlichen liberal und protestantisch war (Klersch II S. 42).

[6] Hansen, Mevissen S. 227.

[7] Zu nennen wären z. B. der Wachslichtfabrikant Konstantin Weber und der Eau-de-Cologne-Fabrikant Leven (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 adh., Brendamour an Seiffart, Köln, 11. Nov. 1838; 17. Jan. 1839).

sogar ihren Arbeitern unter Androhung der Entlassung den Besuch der Domkirche untersagt haben [8]. Bei ihnen handelte es sich zweifellos um alteingesessene Kölner Bürger, Angehörige einer Schicht, in der das kirchliche Leben mehr vom Kultus als vom Dogma geprägt war [9], in der aber die Tradition einer engen Verbindung mit der Kirche wohl eine nicht unbedeutende Rolle spielte [10]. Ein gewisser Umschwung zugunsten des Erzbischofs im Verlaufe des Kirchenkampfes dürfte auch in den genannten „aufgeklärten" Schichten des höheren Bürgertums nicht auszuschließen sein. Selbst von seiten derer, die an sich eine Maßregelung des Erzbischofs für gerechtfertigt gehalten hätten, sei die Meinung vertreten worden, daß man diese nicht „mit solchem Eklat" hätte vollziehen sollen [11]. Diese Reaktion scheint durchaus verständlich. Auf der einen Seite war der Schlag gegen den in seinen Manieren mehr bäuerischen als aristokratischen Erzbischof durchaus dazu angetan, in den Kreisen des „aufgeklärten" Bürgertums [12] ein Gefühl der Befriedigung hervorzurufen; andererseits dürfte die Staatsbürokratie mit ihrem den Anschein absolutistischer Willkür erweckenden Coup d'état in den Kreisen unter dem Bürgertum, die mehr oder weniger mit liberalen Prinzipien sympathisierten, erhebliche Ressentiments ausgelöst haben, zumal ohnehin das Ansehen des Staatsbeamtentums, der

---

[8] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Collectanea Fasz. 10, undatierte Denkschrift, fol. 28.

[9] Klutentreter 1. Teil S. 19.

[10] Über die soziale Struktur dieser wie überhaupt gewisser Kreise des rheinischen Bürgertums finden wir in der Schrift eines Zeitgenossen folgende Andeutungen: „Die Heiligkeit der Kirche gegen alle Angriffe der Regierungsbeamten geschützt zu sehen, das ist ... das Streben aller wahren Katholiken — darunter gibt es dann allerdings auch manche, die sich von der Vortrefflichkeit eines absoluten Beamtenstaats nicht überzeugen können und die den sehnlichen Wunsch haben mögen, in dem Staate neben den Beamten und industriellen Emporkömmlingen auch eine Klasse von Bürgern zu sehen, die, unabhängig, mit ererbtem Besitze ererbte ehrenhafte Grundsätze verbindet, um in Zeiten der Not und der Verkennung heiliger Rechte einen Stand zu bilden, der als ihr Verteidiger auftreten könne und woran man einen Halt habe" (Glossen zu den Erwägungen eines rheinischen Juristen S. 72 f.). — Es handelt sich hierbei offenbar in erster Linie um Familien, in denen Bildung und Tradition eine bedeutende Rolle spielten (Stadtpatriziat), die zum großen Teil vom ererbten Vermögen lebten und die sich von dem robusten, weniger gebildeten, wirtschaftlich aber sehr aktiven und von dem unter preußischem Szepter erfolgten materiellen Aufschwung offensichtlich profitierenden gewerblichen Mittelstand unterschieden haben dürften (vgl. unten S. 248 f. Anm. 31).

[11] Frau von Niesewand an Julie von Eggloffstein, in: Hermann Freiherr von Egloffstein [Hrsg.]: Alt-Weimars Abend, Briefe und Aufsätze aus dem Nachlasse der Gräfinnen Egloffstein, München 1923, S. 492. — Ähnlich heißt es in einer zeitgenössischen Schrift: „Ein großer Teil des gebildeten Publikums endlich, der mit der Wirkungsweise des Erzbischofs und seinem Verfahren gegen die Staatsregierung zwar nichts weniger als zufrieden war, glaubte die Art des Einschreitens gegen ihn von seiten der letztern, namentlich die Anwendung der Waffengewalt, ebensowenig billigen zu können" (Beurtheilung der Thatsachen, durch welche die Maßnahmen der preußischen Regierung ... herbeigeführt worden sind S. IV).

[12] So verletzte er in eklatanter Weise die konventionellen Formen des Umgangs. Die höchsten Militär- und Zivilbeamten, die ihm ihre Aufwartung machen wollten oder ihn in Dienstgeschäften zu sprechen wünschten, wies er als „importune Personen sans facon" ab. Professoren und höhere Geistliche kränkte er nicht selten, auch die Mitglieder des Domkapitels würdigte er kaum irgendeiner Kommunikation. Großes Aufsehen erregte es auch, daß er der städtischen Behörde schrieb, wenn sie ihm die Bibliothek seines Vorgängers [eine reiche und kostbare Sammlung!] nicht bald aus dem Hause schaffe, werde er sie auf seine Weise zu beseitigen wissen (Die katholische Kirche in der Rheinprovinz und der Erzbischof Clemens August von Köln S. 68 f.).

jahrzehntelang politisch dominierenden Schicht, allgemein im Sinken gewesen sein soll [13]. Über den Stimmungsumschwung unter den früher sich aufgeklärt gebenden Schichten der Kölner Bevölkerung schreibt auch ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (14. Sept. 1838):

„Und wie sprechen dieselben Katholiken jetzt? ‚Der Kirche ist die schreiendste Gewalt geschehen, jetzt sieht man die Tendenz der weltlichen Macht: man will uns auch die kirchliche Freiheit nehmen; man setzt uns nicht nur zurück, man will uns auch allmählich bekehren oder verdrängen etc.' Und wenn man sich gegen solche Beschuldigungen bescheidenen Zweifel erlaubt, dann werden die willkürlichsten, unbegründetsten Behauptungen wie z. B. daß in der ganzen Monarchie kein Katholik zu den obersten Staatsdienerstellen gelangen könne etc., mit einer Heftigkeit aufgestellt und beteuert, daß an ruhige Erörterung nicht zu denken ist. Zugleich befleißigt man sich auch, äußerlich darzutun, wie sehr einem die Kirchenformen, um die man sich bis dahin wenig kümmerte, ans Herz gewachsen sind. Man drängt sich zu den Prozessionen, und die Vornehmsten, die man früher kaum ans Fenster treten sah, sieht man jetzt alle möglichen Zeremonien mitmachen".

Die Mehrzahl der Angehörigen des höheren Mittelstandes, so schreibt auch Venedey, zeigte sich nach der Verhaftung des Erzbischofs als eifrige Katholiken, obwohl sie vor dem Tage der Verhaftung sehr laue Kirchgänger gewesen seien und zu den „rein passiven Anhängern des Glaubens ihrer Väter" gehört hätten [14].

Nach einer Formulierung der Neuen Würzburger Zeitung wurde die Vernachlässigung der Religion in zunehmendem Maße als bürgerliche Schande betrachtet [15].

---

[13] So Koselleck, Staat und Gesellschaft in Preußen S. 84; derselbe, Preußen zwischen Reform und Revolution S. 398 ff. — Die Unzufriedenheit im Bürgertum mit der Bevormundung durch die Staatsbürokratie als Ursache für das Überschwenken ins erzbischöfliche Lager hebt auch Venedey hervor: „... wenn Preußen die billigen Ansprüche der freisinnigen Rheinländer in politischer Beziehung nicht so oft verletzt hätte, wenn es die politische Tätigkeit des Volkes nicht auf die tiefste Stufe hinabgeschraubt, die Freisinnigen fast vollkommen entwaffnet hätte, würde die Geistlichkeit nie imstande gewesen sein, den ganzen Kern des Mittelstandes mit sich fortzureißen" (Venedey, Vierzehn Tage Heimathluft S. 190). — Freilich fehlte es auch nicht an Stimmen, die gegenüber der räsonierenden Kritik am derzeitigen System der preußischen Staatsverfassung, wie sie insbesondere in gewissen Produkten der zeitgenössischen Publizistik zum Ausdruck kam, deren positiven Seiten herauszustellen sich angelegen sein ließen: „Da lesen wir denn auch in jener Schrift wieder ein langes Kapitel über die bequeme Staatsraison und über den Beamtenhochmut und die Beamtenhierarchie. Auch wir sind der Meinung, daß das Staatswesen und die Staatsentwicklung sich tiefere Elemente und Motive aufzusuchen und anzueignen habe als die Ordnung des Büros, die Wechselwirkung der Ressorts und als das Schema der Dikasterien. Wir wissen aber auch, daß diese tieferen Elemente mit Ernst und mit Energie in Preußen erstrebt und daß sie am wenigsten erreicht werden durch malcontente Frivolitäten eines fürstlichen Autors ... Wem übrigens eine tiefere Einsicht in die preußischen Verhältnisse vergönnt ist, der hat sich überzeugt, daß zwar das Handwerk ... der sogenannten Beamtenhierarchie übergeben ist, daß aber der Geist, die Tendenz, sogar die Anordnung von Notabilitäten und Kapazitäten ausgeht, zu denen jeder Deutsche gern mit Stolz und Zuversicht aufblickt ..." (Vom Rhein, Ende November, in: Hamb. unpart Corr. vom 5. Dez. 1838).

[14] Ebd. S. 188.

[15] Wiedergabe in der Augsburger Postzeitung vom 16. Jan. 1833. — In seiner originellen Diktion schreibt das Blatt ferner: „Übrigens hat die Gefangennahme des Erzbischofs doch sehr guten Samen gestreut, denn die Katholiken waren, seit sie unter der preußischen Regierung stehen, nie so eifrig in der Erfüllung ihrer religiösen Pflichten, so daß

Die Kritik an der Ungesetzlichkeit des staatlichen Vorgehens soll sich sogar bis in die Reihen des Beamtentums selbst, das doch vorher das Verhalten des Erzbischofs weitgehend nicht gebilligt und das man als Stütze für die kritische Zeit nach der Gewaltanwendung angesehen hatte, erstreckt haben. Vor allem unter hochstehenden Mitgliedern der Kölner Regierung wie auch von namhaften Richtern der dortigen Tribunale [16] sollen Äußerungen in diesem Sinne erfolgt sein [17]. Auch der Düsseldorfer Landgerichtspräsident Schramm soll die ultramontane Bewegung unterstützt haben [18]. Wahrscheinlich handelt es sich hier in erster Linie um Rheinländer, und insofern dürfte die Auffassung des früher heftig befehdeten Innenministers Schuckmann, in altpreußischen Beamten zuverlässigere Stützen des Staates auf diesem Außenposten zu haben, sich nicht als ganz unberechtigt erwiesen haben. Eindeutig loyal habe sich indes, so heißt es in diesem Zusammenhang weiter, das Personal der Regierung in Koblenz verhalten [19], in dem wohl das protestantische Element verhältnismäßig stark vertreten war [20].

Eine demonstrative Parteinahme für den Erzbischof legte der Kreis um den Düsseldorfer Maler Friedrich Wilhelm von Schadow, einen strenggläubigen Konvertiten, an den Tag. In besonderem Maße fand hier Görres' Athanasius Anklang [21].

Welch eine Wende das Kölner Ereignis im Leben eines Menschen herbeizuführen imstande war, zeigt das Beispiel August Reichenspergers. Die Frage, inwieweit dieses indes als repräsentativ anzusehen ist, kann aufgrund der Quellenlage wohl kaum hinreichend beantwortet werden. Bemerkenswert ist der durch die Verhaftung des Erzbischofs eingeleitete Umbruch im Leben Reichenspergers auf jeden Fall. Hatte er während seines Bonner Studiums wie die meisten anderen Studenten die ultramontan gesinnten Professoren Walter und Windischmann nur als „Curiosa" betrachtet, so rüttelte die Wegführung des Erzbischofs ohne gerichtliches Verfahren das Rechtsgefühl des Gerichtsreferendars und späteren Landgerichtspräsidenten wach, übten die Allokution Gregors XVI. und Görres' Athanasius einen tiefgreifenden Eindruck auf ihn aus. Er wurde wieder ein gläubiger Katholik und schloß sich dem bisher von ihm konsequent gemiedenen strengkirchlichen Koblenzer Kreis an [22].

Zu den Gruppen, die sich dem Widerstand gegen die Regierung anschlossen und den nach seiner Auffassung „rücksichtslos verlautbarten Intolerantismus der papistisch-katholischen Kirche" unterstützten, rechnet Borstell in seiner bereits erwähnten Denkschrift [23] vor allem „die Klasse der büßenden und orthodox-

---

wir, den Willen abgerechnet, die Feinde des Erzbischofs als ganz treffliche Missionare ansehen können" (Wiedergabe in der Augsburger Postzeitung vom 29. Jan. 1838).

16 Unter ihnen wird insbesondere der einem alten Kölner Patriziergeschlecht entstammende und im Dezember 1838 verstorbene Präsident des rheinischen Oberappellationsgerichts, Karl Joseph v. Mylius, genannt (Augsburger Postzeitung vom 4. Jan. 1839).

17 Qu. Nr. 149.

18 Qu. Nr. 120.

19 Qu. Nr. 149.

20 Zwischen 1825 und 1848 wurden in Koblenz 16 nichttechnische Räte angestellt. Bei drei Räten konnte die Konfession nicht ermittelt werden. Von den restlichen 13 Räten waren 7 evangelisch und 6 katholisch (Schindlmayr S. 66).

21 Franz Kaufmann S. 29.

22 Pastor, Reichensperger S. 76—78.

23 St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2527, 8. Nov. 1838. — Vgl. auch oben S. 208.

katholischen Männer mit Einschluß der . . . nicht unwichtig angewachsenen Brüderschaft von Männern". In der Praxis sehe das so aus, daß man einen Verein zur Verehrung eines Geistlichen gründe; letzterer, er sei nun Pfarrer oder Kaplan, zeichne sich im allgemeinen „durch strenge Lehre und Fanatismus" aus und nehme auf die Erziehung der Kinder und die „Sinnesrichtung aller seiner Pflegebefohlenen" den entschiedensten Einfluß [24]. In Köln trat in dieser Hinsicht der 1837 gegründete Clemensverein hervor [25], der zunächst geheim tagte [26]. Auch finden sich diesbezügliche Meldungen über die Brüderschaft vom Heil. Herzen Jesu [27]. Zu den Stützen der ultramontanen Bewegung müsse man ferner, wie Borstell weiter ausführt [28], „die große Mehrzahl der Gemeindeglieder weiblichen Geschlechts [29], die Mehrzahl des Gymnasial- und sonstigen Schullehrerpersonals mit Einschluß der Schüler" rechnen. Ebenso zählt Borstell die Mehrzahl der Justizbeamten und den einflußreichen Advokaten- und Notariatsstand zu den durch das Kölner Ereignis verstimmten Bevölkerungskreisen [30]. Ein wachsames Auge müsse man auch auf eine kleine Zahl „der im speziellen Vermögensinteresse belgisch oder französisch gesinnten" Grenzbewohner der Regierungsbezirke Aachen und Trier richten [31].

---

[24] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2527, Ber. Borstells vom 8. Nov. 1838.

[25] Klutentreter 1. Teil S. 19.

[26] Dieser besaß auch ein geheimes Archiv im großen Kamin des Bartmannschen Hauses am Heumarkt (Verhandlungen der XXXIV. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu Trier vom 28. Aug. bis 1. Sept. 1887 S. 200). Hier verbarg auch der Kölner Buchhändler Lambert Bachem seinen Vorrat an Schriften und Broschüren, welche die erzbischöfliche Sache verteidigten. Abends verkaufte Bachem die Literatur an interessierte Katholiken, welche dorthin kamen, um sie abzuholen. Da in dem Bartmannschen Hause, in welchem neben dem Weinhandel auch nach alter Sitte der Weinschank betrieben wurde, fortwährend Leute aus- und eingingen, wurde dieses Versteck von der Polizei niemals entdeckt und hat offenbar seine Dienste bis zur Beendigung des kirchenpolitischen Kampfes getan. Es heißt in diesem Zusammenhang auch, mit großer Begeisterung und Opferwilligkeit seien von hier aus namentlich durch jüngere Katholiken aus den gebildeten Ständen jene Schriften bei Nacht und Nebel überall hin verbreitet worden (Karl Bachem, Josef Bachem Bd. 1 S. 93 f.).

[27] So beging diese im April 1838 in der Kölner Marienkirche ihren Stiftungstag. Ihre politisch-ideologische Ausrichtung kam in den beim abendlichen Festbankett ausgebrachten Toasten auf Gregor XVI., Droste-Vischering und Dunin, Metternich, Görres, Höninghaus, Pater Goßler und Pfarrer Nellessen deutlich zum Ausdruck (Hamb. unpart. Corr. vom 29. April 1838). Ein Toast auf den König fehlte bezeichnenderweise!

[28] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 2527, 8. Nov. 1838.

[29] Dies wurde bereits in anderem Zusammenhang erwähnt (vgl. oben S. 102).

[30] In dieser Hinsicht berührt sich Borstell mit der Auffassung eines in der Kölnischen Zeitung vom 9. Febr. 1838 veröffentlichten Artikels. Nach der Auffassung des Verfassers stünden die Advokaten nicht nur deshalb im Gegensatz zur Regierung, weil die Opposition an sich einen Teil ihrer Lebensluft ausmache, sondern noch mehr, weil ihnen die französischen Institutionen so ans Herz gewachsen seien, daß ihnen „in unaufhörlicher Besorgnis vor ferneren Änderungen" Mißtrauen zur Gewohnheit geworden sei: „Daher nahmen manche von ihnen mit Eifer Partei für die Sache des Erzbischofs und vergaßen selbst ihre Antipathie gegen den Adel so sehr, daß der Empfang oder vielmehr Nichtempfang der Deputation in Berlin, heftig von ihnen getadelt ward, obgleich sie sich unter anderen Umständen wahrscheinlich darüber gefreut haben würden". — Auch der Kölner Polizeiinspektor Brendamour vertritt in einem Schreiben vom 16. Nov. 1838 an den Oberregierungsrat im Ministerium des Innern und der Polizei, Seiffart, die Ansicht, daß der Erzbischof unter den Advokaten im Rheinlande viele und warme Verteidiger gefunden habe (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 7).

[31] Hierauf kommt auch der damals in Aachen als Schriftsteller lebende Andreas Daniel Berthold von Schepeler in einem Bericht an Altenstein vom 4. Juni 1838 zu sprechen. Besonders laut äußerten sich Angehörige der Familien Nellessen, Kütgens, Springsfeld

Schließlich sei noch „die in den großen Städten bedeutende Masse der dem katholischen Pfarrgeistlichen anhängigen Pöbelhaufen [32] und Straßenjungen" zu nennen, welche „sich jeder Anregung der tumultuarischen Unternehmungen gern und unbedachtsam" hingäben [33]. Insgesamt dürfte jedoch nicht verkannt werden, daß sich in allen diesen Kategorien „viel schätzbare, ruhig erwerbfleißige und sonst tüchtige unschädliche Individuen" befänden, „welche in ihrem und dem Staatsinteresse sich, mehr oder minder tätig, den unverkennbar umsichtigen Einwirkungen der Landesadministration zur Aufrechthaltung der Ruhe im Lande, des Gehorsams gegen den König und der Achtung für die organische Gesetzgebung wirksam" anschlössen; auch bestehe noch ohne Zweifel eine große Achtung für die Befolgung des Gesetzes und Aufrechterhaltung des gesetzlichen Zustandes im Volke: „Die Gesinnung der großen Mehrzahl in den vorbezeichneten Standeskategorien ist demnächst auch nicht weder gegen die geheiligte Person des Königs gerichtet, noch zieht sie die Gerechtigkeitsgrundsätze der preußischen Regierung in Zweifel;

---

und van Houten gegen die Politik des preußischen Gouvernements (vgl. Qu. Nr. 137). — Ob bei der Haltung des über weite Geschäftsverbindungen, wahrscheinlich auch in den Westen, verfügenden Koblenzer Blechwarenfabrikanten Dietz ähnliche Motive mitgespielt haben, dürfte schwer zu erweisen sein. — Der Mittelstand im engeren Sinne, jedenfalls in Aachen, dagegen scheint sich am gemäßigtsten und der Regierung gegenüber verhältnismäßig loyal verhalten zu haben vgl. oben S. 130 u. 147 ff.). Wahrscheinlich überwogen hier die vielfach zitierten „materiellen Interessen", in deren Wahrnehmung man möglicherweise durch revolutionäre Unruhen, Umstürze und Veränderungen gestört zu werden fürchtete, wie andererseits durch die Konzentration auf gewerbliche und wirtschaftliche Betätigung das politische Interesse noch gedämpft gewesen sein dürfte, für das bei den wohlhabenden, selbstbewußt gewordenen Kaufleuten und Unternehmern bereits eine günstigere Basis vorhanden gewesen zu sein scheint, während man von den „unteren Klassen" den Eindruck gewinnt, daß sie verhältnismäßig leicht von Unruhen — das dürfte sowohl für die ultramontane wie für die demokratisch-revolutionäre Agitation gelten — zu erfassen gewesen sind.

[32] Dies dürfte wohl am ehesten für Köln gelten, zumindest nach dem äußeren Erscheinungsbild, wie es ein Zeitgenosse, allerdings vielleicht etwas überspitzt aus einer für den Katholizismus wenig Verständnis aufbringenden Sicht zeichnet: „Die Hälfte der Bewohner dürfte man wohl Pöbel nennen, weit roher als Sachsenhäuser und nicht Arbeiter wie diese, sondern Bettler und Beter, wie zu Rom, rohe, unförmliche, recht singuläre Gestalten wie nirgendwo — verbunden mit einem gewissen reichsstädtischen Freiheitsstolz ... Es gibt keine deutsche Stadt, wo man den ekelhaften Einfluß einer stupiden Pfaffenreligion besser studieren kann als zu Köln ..." (C. W. Weber, Deutschland oder Briefe eines in Deutschland reisenden Deutschen, Bd. 4, Stuttgart 1834, S. 767).

[33] Die Empfänglichkeit der „ungebildeten" Masse für gefühlsmäßige Einflüsse, so auch für das von der ultramontanen Partei angeblich propagierte „Dunkel der Vorzeit", betont auch der Verfasser des Artikels in der Kölnischen Zeitung vom 9. Febr. 1838. Die offizielle Erklärung der Regierung über das Vorgehen gegen den Erzbischof sei viel zu wortreich, um von der Menge verstanden zu werden und sei daher nicht als ein wirksames Gegenmittel anzusehen. — Auch der Koblenzer Regierungsrat Brüggemann glaubt, wie er in einer vor dem Kölner Ereignis entstandenen Denkschrift ausführt, Grund zu der Annahme zu haben, daß die Unzufriedenheit über die Kirchenpolitik des Gouvernements besonders in den mittleren und unteren Volksklassen verbreitet sei, weil diese „nicht leicht Kenntnis von den Grundsätzen" erwürben, nach welchen das Gouvernement in kirchlichen Angelegenheiten verfahre, sondern sich ihr Urteil lediglich aufgrund einzelner Wahrnnehmungen bildeten (vgl. Qu. Nr. 19). In ähnlichem Sinne äußerte sich auch der Düsseldorfer Regierungspräsident von Spiegel. Der „ganz abhängige und meist ungebildete Teil der untern Klassen" folge im allgemeinen „dem äußeren Impulse". Daher teile sich die Masse nach den Gesinnungen ihrer „Leiter" auf, jedoch mache sich ein Übergewicht „im üblen Sinne" bisher nicht bemerkbar (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, Düsseldorf, 10. Dez. 1837).

sie maßt sich vielmehr nur an, in der Sache der Regierung gegen den Erzbischof, parteinehmend, sich für den Erzbischof auszusprechen, weil der Papst das Unrecht jenes Prälaten als ein Quasirecht in den Allokutionserlassen öffentlich in Schutz genommen und die Wiedereinsetzung des Erzbischofs von Droste in die Kölner Diözese gefordert, auch selbige als conditio sine qua non zur Schlichtung der Differenzen über Glaubenspunkte und Grenzscheidung der geistlichen und weltlichen Regierungsgewalt bereits veröffentlicht ausgesprochen hat; wogegen von Seiten der preußischen Regierung die Unzulässigkeit der Wiedereinsetzung dieses Prälaten zur Zeit noch nirgends amtlich, offenkundig und definitiv als unzulässig ausgesprochen worden ist".

Insgesamt ist wohl festzustellen, daß sich die deutlichsten Manifestationen der Mißstimmung an den damaligen „beiden äußersten Polen der Gesellschaft", unter dem „Adel und dem ungebildeten Teile des Volkes" bekundeten [34], während der Mittelstand im engeren Sinne (Kaufleute, Handwerker, Landwirte) [35] — nach einer zeitgenössischen Formulierung „der ehrenhafte Kern der Nation" [36] —, den materiellen Aufschwung seit der preußischen Zeit offensichtlich stärker würdigend, die größere Loyalität an den Tag legte [37].

10. Kapitel. Zur Haltung der preußischen Staatsführung im Frühjahr 1839

Überzeugende Maßnahmen der preußischen Staatsregierung, die durch die kirchlichen Wirren ausgelösten Wogen der Erregung zu glätten, waren bisher nicht festzustellen. Im Gegenteil, mit Beginn des Jahres 1839 erhielt nach den Worten Trauttmannsdorffs der Zeitungskrieg dadurch eine erhebliche Ausdehnung, daß die preußische Staatsregierung in religiösen Fragen die Zensur freigab, was vor allem dazu geführt habe, daß sämtliche Berliner Blätter, darunter auch die vorher jeder Polemik fremde Staatszeitung, den kirchlichen Streit angeheizt hätten. Dabei habe man sich besonders in der Rolle des Verfolgten und Unterdrückten gefallen, wozu die große Schärfe der päpstlichen Allokution vom 19. Sept. 1838 einen geeigneten Anlaß geliefert habe. Auch in Predigtsammlungen sei jetzt der Protestantismus in stärkerem Maße unter der Maske des Verfolgten aufgetreten [1].

Gern hätte man seitens der preußischen Regierung die Erhebung des Erzbischofs zum Kardinal gesehen, was seine Übersiedlung nach Rom und seinen Verzicht auf den Kölner Stuhl bedingt hätte. Allein zu dieser Konzession wollte sich der päpstliche Hof nach wie vor nicht verstehen [2]. So hat man sich denn, jedenfalls nach der Darstellung von Canitz, in der Frage der kirchlichen „Wirren" angeblich kei-

---

[34] Hamb. unpart. Corr. vom 2. Febr. 1838.
[35] Ebd., 2. Febr. 1838.
[36] Ebd., 31. Aug. 1838.
[37] „Der gesunde Verstand dieser Klassen läßt sich weder durch römische Dogmatik noch durch teutoburger Politik verwirren" (ebd., 31. Aug. 1838).
[1] H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 88, Ber. Trauttmannsdorffs an Metternich vom 1. März 1839.
[2] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 88, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1839 Nr. 414, Ber. Wilckens vom 6. Jan. 1839.

nen anderen Rat noch Trost mehr gewußt, als daß der alte Erzbischof doch einmal „mit Tode abgehen werde und man alsdann sehen müßte, wie sich die Dinge machen ließen“ [3]. Gab es auch noch vereinzelt Stimmen, welche die Hoffnung auf eine Intervention Österreichs in Rom noch nicht aufgegeben hatten, so wurde demgegenüber von anderen unverhohlen die Überzeugung ausgesprochen, daß es dem Wiener Hof nie ernst gewesen sei, in Rom zugunsten Preußens aufzutreten. Ein anderer Weg, der zur Erörterung stand, war der, daß sich Preußen den übrigen protestantischen Regierungen Deutschlands mehr nähern und den festen Entschluß zu erkennen geben solle, „mit diesen gemeinschaftlich den ultramontanen Anmaßungen kräftig entgegenzutreten“, woraufhin Österreich „eine tätige und erfolgreiche Vermittlung schon eintreten lassen würde“. Allein einem solchen Schritt stand offenbar das Bestreben gegenüber, nichts zu tun, was der Einheit Deutschlands nachteilig werden könne. So blieb es „denn eben dabei, daß man in diesen bedauerlichen Verwicklungen das Beste von der Zeit“ erwartete [4]. In diesem Zusammenhang nannte Wittgenstein gegenüber Trauttmannsdorff den Streit der preußischen Staatsregierung mit dem Papste „eine ganz inkulkable Sache“, deren Beendigung er möglicherweise nicht mehr erleben würde. Mit der Zeit, vielleicht in 10—12 Jahren, würden sich die katholischen Gemüter etwas beruhigen, wenn sie die Überzeugung gewonnen hätten, daß man ihre Religion nicht antasten wolle. Nach allen Berichten aus der Rheinprovinz bestehe im übrigen keine Ursache, über die dortige Stimmung besonders besorgt zu sein, selbst der etwas ängstliche General von Borstell sei es nicht [5]. Ein Umstand, welcher in neuerer Zeit ohne Zweifel auf die Haltung der preußischen Regierung von entschiedenem Einfluß gewesen sei, ihren Mut gesteigert und sie bestimmt habe, „eine größere Kampflust an den Tag zu legen“, sei zweifellos „die Sprache des englischen Ministeriums und der unter seiner Leitung stehenden Blätter“ [6]. Diese Haltung der preußischen Staatsregierung fand indes durchaus nicht die Billigung Trauttmannsdorffs. Unmöglich könne die preußische Regierung „mit ruhigem gleichgültigem Auge die sich in der katholisch-kirchlichen Verwaltung mit jedem Tage steigenden Verwicklungen betrachten“. Entschlüsse würden zur Beruhigung der Gemüter im-

---

[3] Denkschriften Bd. II S. 28.

[4] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 88, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1839 Nr. 414, Ber. Wilckens vom 6. Jan. 1839.

[5] H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 88, Ber. Trauttmannsdorffs an Metternich vom 1. März 1839. — Wittgenstein führte dazu weiter aus: „Wir wissen übrigens recht gut, daß die Rheinländer nie gut preußisch waren; dazu hat man bei Übernahme der Provinz den Fehler begangen, ihnen ihre französischen Einrichtungen zu lassen. Hätte man sie mit mehr Ernst behandelt, so wären sie auch besser geworden. Käme es indes einmal zu einem Kriege, so werden 150 000 Preußen sie schon ruhig machen“. — Dem fügte Trauttmannsdorff die kommentierende Bemerkung hinzu: „Diese Worte schildern am besten die dermalen vorherrschende Tendenz“.

[6] Ebd. — So hatte sich der Minister des Äußeren, Werther, an den englischen Gesandten in Berlin gewandt und ihm vorgetragen, die englische Regierung würde Preußen einen großen Dienst erweisen, wnen sie dem Papst gegenüber zum Ausdruck bringen würde, daß man es in London begrüßen würde, wenn er den religiösen Wirren in Deutschland ein baldiges Ende setzte. Von dem Erfolg einer derartigen Mission, so hatte Werther zu verstehen gegeben, würde auch die englische Regierung profitieren, da es bei der gegenwärtigen belgischen Krise höchst wichtig sei, Deutschland im Innern ruhig und geeint zu wissen (Public Record Office London F. O. 64/221, Ber. Russells aus Berlin vom 12. Febr. 1839).

mer notwendiger, und es sei zu hoffen, daß die Resultate der Verhandlungen im Staatsrat bald größeres Licht über die Absichten der Regierung verbreiten würden. Wenn bisher nichts in dieser Hinsicht geschehen sei, so werde dies vor allem dem Umstand zugeschrieben, daß die Regierung vorerst die Ausgleichung der holländisch-belgischen Differenzen abwarten wolle, „um mit Nachdruck aufzutreten“ [7].

Dazu waren freilich auch in der Folgezeit wenig Anstalten zu beobachten. Zwar beschäftigte sich der Minister von Kamptz mit der sogenannten Josephinischen Gesetzgebung in kirchlichen Angelegenheiten, wahrscheinlich in der Hoffnung, hier einen Ansatzpunkt zur Lösung der strittigen Fragen zu finden [8]. Außerdem interessierte man sich, wie aus Berichten des preußischen Gesandten am württembergischen Hofe, von Rochow, zu entnehmen ist, dafür, wie in Württemberg, einem Lande ebenfalls mit gemischter Konfession, das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche geregelt sei [9]. So scheint man sich in Berlin trotz aller kecken Sprüche in der Tat Gedanken darüber gemacht zu haben, wie man zu einer Beilegung der kirchlichen Streitigkeiten gelangen könne.

Zu einer durchgreifenden Regelung der verwickelten Streitfragen fehlte es in Berlin allerdings an der notwendigen Energie und Initiative. Nicht einmal die seit langem angekündigten neuen Gesetze auf kirchlichem Gebiete erschienen. Das lag nicht zuletzt daran, daß Friedrich Wilhelm III., mehr denn je zuvor in seiner langen Regierungszeit, die Leitung der Staatsgeschäfte an sich gezogen hatte, den Ministern und selbst dem Kronprinzen wenig Vertrauen schenkte, seinerseits aber infolge der durch seine Charakteranlage und hohes Alter bedingten Schwerfälligkeit Entscheidungen vor sich her schob und damit den Staatsapparat in nicht geringem Maße paralysierte, so daß sich bei ausländischen Beobachtern der Eindruck verstärkte, als befände sich Preußen „in a state of decreptitude“ [10], während in ähnlicher Weise Varnhagen von Ense „steigende Klagen über den aufgelösten Zustand in unserer ganzen Staatsleitung (Stocken, innerer Krieg, Verdruß und Unlust, Schwäche und Schlaffheit“) in einer Tagebucheintragung vom 8. Febr. 1839 notierte [11].

War ein Ausweg aus den „Kölner Wirren“ also noch nicht zu erkennen, so bewies man auch in der Frage der Trierer Bischofswahl keine glückliche Hand; vielmehr sollten sich bei dem in diesen Wochen vorgenommenen Versuch einer Lösung neue Probleme ergeben, wobei auch offenbar der Oberpräsident der Rheinprovinz, Bodelschwingh, keine sehr gute Figur abgab [12], hatte er doch, wie es scheint, nicht klar und rechtzeitig zu erkennen gegeben, daß die preußische Staatsregie-

---

[7] H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 88, Ber. Trauttmannsdorffs an Metternich vom 1. März 1839.

[8] Ebd. — Als Ergebnis der Nachforschungen des Ministers von Kamptz erschien in der Staatszeitung vom 25. März 1839 ein Artikel unter dem Titel „Bemerkungen über das österreichische Kirchen- und Eherecht“. — Vielleicht hierdurch angeregt, befaßt sich ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung in der Ausgabe vom 14. April 1839 ebenfalls mit diesem Thema.

[9] DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III, 25., 26. Juni 1839 (fol. 138—147).

[10] Public Record Office London F. O. 64/221, Ber. Russells aus Berlin vom 23. Jan. 1839.

[11] Bd. 1 S. 117 f.

[12] Hamb. unpart. Corr. vom 22. Juni 1840.

rung nicht bereit sei, ihr Placet zur Wahl Arnoldis, eines engagierten Ultramontanen, zu geben. Das Domkapitel aber weigerte sich, dessen Wahl rückgängig zu machen [13].

11. Kapitel. Der Kronprinzenbesuch im Frühsommer 1839

Trug der greise Friedrich Wilhelm III. in seiner Schwerfälligkeit auch wenig mehr zur Effizienz der Staatsverwaltung bei, ja wirkte er offensichtlich vielfach in hemmender Weise auf sie ein, so scheint er allerdings dem Projekt, den Kronprinzen zu einer Besuchsreise in die westlichen Provinzen zu entsenden, trotz seiner unverkennbaren Eifersucht gegen seinen populären Sohn keine entscheidenden Hindernisse in den Weg gelegt und sich der Ansicht gebeugt zu haben, daß der Thronfolger, der auch an dem Beschluß zur Entfernung Droste-Vischerings nicht direkt beteiligt gewesen war, imstande sei, die Wogen der Erregung zu glätten [1]; schließlich waren doch die „Besuchsfahrten" des Kronprinzen ins Rheinland seit 1817 überwiegend aus „staatspolitischen Gründen" erfolgt [2], und es hatte sich dabei erwiesen, daß das einnehmende Wesen des Kronprinzen imstande war, das Band zwischen Preußen und den Westprovinzen enger zu knüpfen [3]. Ganz sicher konnte man sich diesmal jedoch über den Grad der Begeisterung nicht sein. Hatte schon 1833 der preußische Staatsrat Friedrich August von Stägemann geäußert, daß der bei der letzten Reise des Kronprinzen in der Bevölkerung wahrzunehmende Enthusiasmus bei der Labilität der Masse keine Garantie für einen gleichen Erfolg bei einer Wiederholung eines derartigen Unternehmens sei [4], so war unter den derzeitigen Voraussetzungen ein Mißerfolg der geplanten Besuchsreise erst recht nicht auszuschließen, waren doch die Erfahrungen, die Prinz Wilhelm im vorigen Jahre hatte machen müssen, nicht unbedingt dazu angetan, besonders zuversichtlich zu stimmen.

Zwar hatte sich während der letzten Monate eine Tendenz zu einer befriedigenderen öffentlichen Stimmung, insbesondere in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier, bekundet. Ob sich dieser Trend auch in vorher unruhigen linksrheinischen Bezirken des Regierungsbezirks Düsseldorf durchsetzen würde, war zu vermuten, jedoch noch nicht als sicher anzusehen. Bezeichnete die Regierung Aachen die Stimmung in ihrem Bezirk im Zeitungsbericht für Mai 1839 als befriedigend, so mußte sie doch auf den auffällig starken Kirchenbesuch auch seitens der höheren

---

[13] Vgl. im einzelnen F. Keinemann, Die Trierer Bischofswahl (1836—1842), Vorgänge und Problematik, in: Kurtrierisches Jahrbuch 12. Jg. 1972 S. 103—117.

[1] So schreibt der französische Gesandte in Berlin am 2. April 1839: „L'inspection du 8eme Corps d'armée qui est celui des provinces Rhénanes passe du Prince Guillaume au Prince Royal. On aura vraisemblablement eu pour objet de montrer aux Provinces les moins affectionnées l'héritier présomptif et de l'y populariser" und am 22. Mai: „Le Prince Royal inspecte à ce moment les corps d'armée de Westphalie et des Provinces Rhénanes. On espère que sa présence, son affabilité, et ses discours contribueront à calmer l'irritation des dissensions religieuses" (Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 291).

[2] Kaufmann S. 77.

[3] Hansen, Preußen und die Rheinlande S. 77.

[4] Rühl S. 533.

Stände, hinweisen [5]. In der Stadt Köln verfügten die führenden Ultramontanen in Teilen der Bevölkerung offensichtlich weiterhin über einen gewissen Einfluß [6].

Dazu stellte sich die Frage, wie sich die Tatsache, daß inzwischen die Bischofswahl in Trier geplatzt war, auswirken würde. Außerdem war zu berücksichtigen, daß anscheinend der jüngst bekanntgemachte Landtagsabschied nicht dazu beigetragen hatte, „die Gemüter besser zu stimmen" [7].

So konnte man in der Tat dieser Besuchsreise mit einer gewissen Spannung entgegensehen.

Vielleicht nicht ohne Berücksichtigung der vorliegenden Berichte über die Volksstimmung nahm die Rundreise im Süden der Provinz ihren Anfang. Der Empfang in Kreuznach, der ersten Station, verlief für den Kronprinzen recht ermutigend. Am Abend des 21. Mai kündigten Freudenfeuer, die ringsum auf den Bergen brannten, das Nahen des hohen Besuchers an [8]. Gegen 22 Uhr wurde er in der Stadt von der Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen [9]. Während des ihm gegebenen Essens brachte ihm die Bürgerschaft, der sich auch die Knappen von Münster [10] angeschlossen hatten, einen großen Fackelzug [11]. Bei der Abreise des Kronprinzen am folgenden Morgen soll das Gedränge der „Leute und Kinder" mitunter so groß gewesen sein, daß es den hohen Gast am Durchkommen hinderte.

Offenbar hat sich der Kronprinz auf die Anwendung wirksamer Mittel der Publicity nicht weniger verstanden als Staatsmänner unserer Zeit. So heißt es im Bericht der Rhein- und Moselzeitung [12], daß er, während er sich den Weg durch die freudig bewegte Menge bahnte, „einen der kleinen Knaben festnahm und sich aufs freundlichste mit ihm unterhielt".

Der nächste Pferdewechsel der Kolonne war in St. Wendel vorgesehen. Auch hier sollen aus allen Teilen des früher unter Sachsen-Coburg-Gothaer Herrschaft so unruhigen Kreises, der ja erst seit 5 Jahren dem preußischen Staatsverband angehörte, die Bewohner in großer Zahl herbeigeeilt sein, „um ihre Freude über die Anwesenheit des verehrten Prinzen an den Tag zu legen" [13].

Um 10 Uhr abends traf der Kronprinz in Saarbrücken ein, „wo sich der lauteste Jubel der zahlreich versammelten Menge kundgab, als der verehrte Prinz durch die

---

[5] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47.

[6] Hierauf läßt ein im Mai 1839 aus Köln gemeldeter Zwischenfall schließen. So habe sich dort am 7. Mai das Gerücht verbreitet, der Pastor Beckers sei freigesprochen worden und werde noch am selben Abend in Freiheit gesetzt werden. Sofort habe sich „ein beträchtlicher Volkshaufe" nach dem Gefängnis aufgemacht, um den populären Priester in Empfang zu nehmen. Da sich jedoch die Nachricht als irrig erwiesen habe, habe sich das versammelte Volk wieder enttäuscht nach Hause begeben. Dabei hätten zwar keine Ruhestörungen stattgefunden, doch sei die böse Absicht derjenigen, welche die allgemeine Stimmung vor dem Eintreffen des Kronprinzen „aufzuregen versuchten", unverkennbar gewesen (Allgemeine Zeitung vom 1., 11. Juni 1839).

[7] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 29. Juni 1839.

[8] Kölnische Zeitung vom 26. Mai 1839.

[9] Ebd., 27. Mai 1839; ähnlich Kreuznacher Zeitung vom 24. Mai 1839.

[10] Münster am Stein, Kr. Kreuznach.

[11] Kölnische Zeitung vom 27. Mai 1839. — Ähnlich Ber. des Kreuznacher Landrats vom 22. Mai 1839 (St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 14966) sowie Ber. des Kreuznacher Bürgermeisters vom 22. Mai 1839 (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1).

[12] Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 27. Mai 1839.

[13] Kölnische Zeitung vom 28. Mai 1839 (Wiedergabe eines Berichts der Trierer Zeitung).

zahlreich beleuchteten Straßen und die im gotischen Stile auf der Saarbrücke errichtete Ehrenpforte fuhr . . ." [14].

Nicht weniger herzlich begrüßt wurde der Thronfolger auch von der Bevölkerung des Kreises Saarlouis. Dabei ließ sich Friedrich Wilhelm die Gelegenheit nicht entgehen, in Liesdorf die Stelle eines Taufpaten bei dem siebten Kinde einer dortigen Familie anzunehmen und sogar persönlich der Taufe beizuwohnen. Auch für die industrielle Entwicklung bekundete der Kronprinz, was sich auch auf späteren Stationen seiner Reise zeigen sollte, offenbar großes Interesse [15].

An der Grenze des Kreises Merzig hatte man dem künftigen Monarchen einen Triumphbogen errichtet, wo ihm zahlreiche Bewohner des Kreises freudig zujubelten. Auf dem Wege über eine Reihe von weiteren Städten und Dörfern, wo die Begrüßung des stellvertretenden Staatsoberhaupts in ähnlicher Weise verlief, erreichte man die Stadt Luxemburg [16]. Auch in Trier, wo sich wegen der staatlichen Nichtanerkennung der am 1. Mai des Jahres stattgefundenen Bischofswahl ebenfalls kirchenpolitische Spannungen ergeben hatten [17], wurde der Kronprinz am Abend des 25. Mai bei seinem Eintreffen von der am Rande der „festlich geschmückten und erleuchteten" Straßen „zahlreich versammelten Bevölkerung freudig begrüßt" [18]. Ebenso wurden dem Kronprinzen beim Besuch der näheren Umgebung der Stadt mannigfache Huldigungen dargebracht [19]. Am Abend bei seiner Rückkehr in die Stadt war diese erneut festlich beleuchtet, was in einer in einem recht pathetischen Sprachstil, wie wohl damals üblich, gehaltenen Schilderung so beschrieben wird:

„Der Mond, so lieblich und hell er auch leuchtete, ward durch so viel künstliches Feuer in den Schatten gestellt, und bis tief in die Nacht hinein verkündeten die auf den Straßen umherwogenden Menschenmassen das Glück, den erhabenen Königssohn in ihren Mauern zu wissen" [20].

Als nächste Station für einen längeren Aufenthalt war Koblenz vorgesehen. An der loyalen Haltung des Personals der Regierung und der Offiziere der dortigen Garnison war natürlich nicht zu zweifeln. Wie aber würde sich wohl die Masse der Bevölkerung verhalten? Würde dem protestantischen Prinzen hier, wo die katholische Erneuerungsbewegung zweifellos eines ihrer Zentren besaß — in der po-

---

[14] Ebd.
[15] Kölnische Zeitung vom 29. Mai 1839.
[16] Ebd.
[17] Vgl. F. Keinemann, Die Trierer Bischofswahl (1836—1842), Vorgänge und Problematik, in: Kurtrierisches Jahrbuch 12, 1972, S. 103 ff.
[18] Westfälischer Merkur vom 31. Mai 1839 (Übernahme eines Berichts der Trierer Zeitung). — Ähnlich auch die Leipziger Allgemeine Zeitung vom 29. Juni 1839: „Sein Aufenthalt in Trier war ein sehr angenehmer, was ihn um so mehr zu überraschen schien, da die Vorfälle bei der Bischofswahl nicht darauf schließen ließen".
[19] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, Ber. Ladenbergs vom 26. Mai 1839.
[20] Kölnische Zeitung vom 30. Mai 1839 (Übernahme eines Artikels der Trierer Zeitung); dgl. fast wörtlich hiermit übereinstimmend der Bericht Ladenbergs vom 26. Mai 1839 (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1). — In einer Denkschrift des Straßburger Domherrn Andreas Raess aus dem Jahre 1839 heißt es dagegen: „In Trier zog er unter Todesstille ein, und als er die Mißstimmung der Einwohner bemerkte, ließ er seinen Wagen im Galopp fahren. Bei der Tafel fanden sich der Eingeladenen wenige ein" (Wiltberger S. 70). — Angesichts der Fülle der gegenteiligen Zeugnisse dürfte dieser Bericht wenig Glaubwürdigkeit besitzen.

lemischen Sprache der Zeit nicht selten als Sitz der im Untergrunde wirkenden „rheinischen Römlinge" bezeichnet [21] — ein gleicher Empfang zuteil werden?

Die Fahrt entlang der Mosel wurde jedenfalls zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Königstreue [22]. Nachdem es sich der Kronprinz nicht hatte entgehen lassen, das an der Reiseroute gelegene Hüttenwerk Quint zu besichtigen, setzte er seine Fahrt, die einem Triumphzuge glich, fort. Hierüber liefert die Trierer Zeitung [23] einen begeisterten Stimmungsbericht:

„Als Se. Königl. Hoheit bei Maring an das Moselufer gelangten, hatte die Dunkelheit bereits begonnen. Überall flammten auf den Bergen Freudenfeuer auf, die Ufer waren festlich erleuchtet, sowie überhaupt der Weg, welchen Höchstdieselben passierten. Die vielen Feuermassen verbreiteten ein magisches Licht über die schöne Gegend . . . Bei dem Übergange über die fliegende Brücke verbreiteten bengalische Flammen ein noch helleres Licht, und der laute Jubel der Einwohner, welche des sehr schlechten Wetters ungeachtet in großer Menge sich eingefunden hatten, mischte sich mit dem Donner der Kanonen".

Auch die Stadt Cochem, welche kaum 24 Stunden vorher durch Zufall von der Reiseroute des Kronprinzen erfahren hatte, war prachtvoll illuminiert; nur wenige Fanatiker hatten sich an den Vorbereitungen nicht beteiligt [24].

In der Nacht vom 28. zum 29. Mai erreichte der Kronprinz gegen 24 Uhr die Stadt Koblenz.

Wer an der Loyalität der Bevölkerung dieser Stadt, in der noch kurz vor dem Eintreffen des hohen Gastes in Flugblättern zu einem Boykott der Feierlichkeiten aufgerufen worden war [25], je gezweifelt hatte, der mußte sich durch den glanzvollen Empfang eines Besseren belehren lassen. In den Straßen, die für die Durchfahrt des Kronprinzen vorgesehen waren, verbreiteten Tausende von Lampen und Kerzen „einen zauberhaften Lichterglanz". In dem Bericht der Kölnischen Zeitung [26] heißt es weiter:

„Besonders zeichneten sich das Leer- und Mainzertor, die Loge, die Schloßkolonnade, das Portal des Bauhofs, die Allee des Schloßplatzes und die Rheinfassade durch schöne und prachtvolle Beleuchtung aus. In gleichem Glanze schimmerten um die Stadt herum die reich beleuchteten Höhen der Vesten. In freudigem Gewoge drängte sich die Bevölkerung durch die hellen Straßen und vor das Leertor, durch welches später Se. Königl. Hoheit ihre Einfahrt hielten, und obwohl

---

[21] Martin S. 75.

[22] So berichtet auch Bodelschwingh hierüber an Rochow: „Der Empfang auf dem ganzen Wege von Wittlich hierher war äußerst freundlich, an den meisten Orten herzlich und enthusiastisch. Die ganze Bevölkerung war auf den Beinen. Überall waren Ehrenpforten errichtet und die Straßen mit frischem Laub geziert. Die Schuljugend, von den Pfarrern und Lehrern angeführt, stand an den Straßen aufgestellt und sang patriotische Lieder. An der Mosel ertönten in allen Orten Freudenschüsse, an vielen Orten stießen geschmückte Nachen ab, welche die Jacht Sr. Königl. Hoheit mit Musik und Gesang stundenlang begleiteten" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, Koblenz, 29. Mai 1839). — Vgl. ferner Qu. Nr. 210.

[23] Nachdruck in der Kölnischen Zeitung vom 1. Juni 1839.

[24] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, Ber. Bodelschwinghs vom 29. Mai 1839.

[25] Ebd.; Qu. Nr. 210 u. Faksimile G.

[26] 1. Juni 1839. — Demgegenüber bezeichnete allerdings ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 29. Juni 1839 Koblenz als die Stadt, die „vielleicht die wenigsten Festlichkeiten vorbereitet hatte".

schon die Mitternacht heranrückte, harrte noch eine zahlreiche Menge der Ankunft des allverehrten Prinzen, der, als Er endlich anlangte, mit lautem Lebehochruf empfangen wurde und unter gleichem Jubel der Menge in der Wohnung Sr. Exzellenz des kommandierenden Generals abstieg. Junge Leute, die zur Garde-Landwehr gehören, hatten sich freiwillig gestellt, um hier die Ehrenposten zu beziehen".

An der Illumination hatten sich nur wenige als fanatisch geltende Personen nicht beteiligt, so der Notar Simon, der Konsistorialsekretär Bohl und der durch seinen kämpferischen Katholizismus hervorgetretene Stadtrat Dietz [27].

Am Nachmittag des folgenden Tages, dem 29. Mai, unternahm der Kronprinz zu Lande eine Ausflugsfahrt zum Stolzenfels. Über die Rückfahrt finden wir in der Kölnischen Zeitung vom 1. Juni 1839 einen eindrucksvollen Stimmungsbericht:

„Es war Nacht geworden, bevor die Schiffe wieder abfuhren, und in diesem Augenblicke übergoß sich der hohe Stolzenfels mit einer Glut bengalischen Feuers, das weithin leuchtete und einen unbeschreiblich schönen Anblick gewährte. Auch die Ufer der Strecke bis Koblenz bekundeten ihre frohe Teilnahme durch Beleuchtung und Böllergrüße. Von den Schiffen erschollen Jubellieder, und die tausend Kehlen sangen begeistert die Rheinwein-Kantate: ‚Bekränzt mit Laub den lieben, vollen Becher'; die am Ufer Stehenden aber schlossen sich, freudig erregt, dem Lieblingsliede an. Zu Koblenz war inmittelst und in der Stille eine neue Überraschung vorbereitet worden. Die Rheinbrücke war ein Feuerband geworden, das die beiden Ufer miteinander verknüpfte; alle Gebäude, ohnehin so reich an Architekturschönheiten, erglänzten im Brillantfeuer, und hier am Ufer war keines sichtbar, das sich diesen festlichen Anzug nicht angelegt gehabt hätte. Die Wiederankunft war ein herzerhebender Moment; der geliebte Kronprinz stand in Mitte der jubelnden Menge. Jubel auf den Schiffen, noch größere auf dem Lande; die Geschütze donnerten drein, und die Musikchöre hatten Mühe sich zu verlautbaren."

Am Nachmittag des 30. Mai bestieg der Kronprinz, begleitet vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Ernst von Bodelschwingh, und dem kommandierenden General des 8. Armeekorps, Freiherrn von Borstell, ein auf den Namen „Friedrich Wilhelm" getauftes Dampfschiff. Angesichts des Charakters des Feiertages (Fronleichnam) hatte der Kronprinz, um die Gefühle der Bevölkerung zu schonen, jegliche Musik an Bord untersagt.

Wenn ein Tag des Jahres besonders dazu geeignet sein konnte, dem Gefühl des Unterdrücktseins in religiöser Hinsicht in äußerem Protest Ausdruck zu geben, dann sicherlich nicht zuletzt das Fronleichnamsfest. Doch war hiervon im Grunde nichts zu bemerken. Die Begeisterung über die Anwesenheit des Kronprinzen hatte offenbar die Massen in einem derartigen Grade erfaßt [28], daß die konfes-

---

[27] Vgl. Qu. Nr. 210.

[28] „... Allein vom Lande her hatte die allgemeine Begeisterung sich durch diese Rücksichten keine Schranken setzen lassen, sondern die Ufer entlang verkündeten die Fanfaren, der Donner der Privatgeschütze und der Willkommensgruß aus Tausenden von Kehlen die Annäherung des Erben des Thrones, welcher die Rheinprovinz mit so vieler Liebe umfaßt. Augenzeugen erzählen, daß die Bewohner beider Ufer des Rheins in Freudenbezeugungen wetteiferten und ein Festspalier von Koblenz bis Köln bildeten" (Kölnische Zeitung vom 1. Juni 1839).

sionspolitischen Spannungen in diesem Moment wohl in den Hintergrund traten. Lediglich von Rheinbrohl wird berichtet, daß sich hier die Einwohner nicht zu einer Begrüßung des hohen Gastes am Rheinufer eingefunden hätten [29].

In Königswinter mußte das Schiff aus technischen Gründen einige Minuten anhalten, wodurch nach den Worten des Berichterstatters der Kölnischen Zeitung „die Begeisterung der Einwohner und der vielen anwesenden Fremden den höchsten Gipfel erreichte" [30].

Auch in Bonn, das man bald darauf passierte, waren am Ufer festliche Vorbereitungen getroffen worden, um dem Thronfolger die Freude über seine Ankunft zu bekunden. Hierzu schreibt der Berichterstatter der Kölnischen Zeitung:

„Die Behörden unserer Stadt befanden sich auf der schön geschmückten fliegenden Brücke, welche sich von der Mitte des Rheins dem mit zahlreichen Flaggen versehenen, den Königssohn führenden Dampfschiffe möglichst näherte. Durch laut auftönende Lebehoch und den Donner der Böller wurde Sr. Königl. Hoheit nicht allein von der fliegenden Brücke, sondern auch von beiden Ufern aus begrüßt, denn die hier versammelte freudig bewegte Volksmenge war schier unübersehbar. Der Kronprinz grüßte im Vorbeifahren auf das freundlichste nach allen Seiten hin . . ." [31].

In Köln blieben die Bemühungen radikaler Kreise bzw. Individuen, durch Flugblätter das Volk gegen den Kronprinzen aufzuhetzen [32], ohne ersichtliche Wirkung. Vielmehr bedeckte, wie es heißt, „eine unübersehbare Menschenmenge die beiden Ufer und die Schiffsbrücke"; lauter Jubel erscholl, als sich gegen halb acht Uhr abends das Schiff näherte [33]. Nach der Darstellung des Kölner Regierungspräsidenten Gerlach hatte an dem enthusiastischen Empfang die vorherige Haftentlassung des Pastor Beckers [34] einen nicht unerheblichen Anteil. So sei die Stimmung in Köln im Augenblick günstiger als in der vorhergehenden Zeit; auch nehme man vielfach an, daß es der Kronprinz gewesen sei, der auf die Freilassung des populären Geistlichen hingewirkt habe [35].

---

[29] Die Ursache hierfür sei einmal darin zu suchen, daß der Nachmittagsgottesdienst (mit Absicht?) sehr spät begonnen worden sei, wodurch der größte Teil der Einwohner abgehalten worden sei, am Rheinufer zu erscheinen, zum andern aber auch darin, daß der Ortsschöffe sich gesträubt habe, die Bewohner von Rheinbrohl zu einer Begrüßung des vorbeifahrenden Kronprinzen zu veranlassen. Besonders anhänglich an das Herrscherhaus hätten sich dagegen die Einwohner von Hönningen gezeigt (St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 14966, Ber. des Bürgermeisters von Hönningen vom 3. Juni 1839).

[30] Kölnische Zeitung vom 1. Juni 1839.

[31] Ebd.

[32] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, Ber. Gerlachs vom 31. Mai 1839. — Flugblätter s. Qu. Nr. F.

[33] Kölnische Zeitung vom 1. Juni 1839. — Von diesem Empfang scheint man auch in Berliner Regierungskreisen beeindruckt gewesen zu sein, erkannte man auch, daß ein Kern von fanatischen Ultramontanen weiterhin unversöhnlich blieb. So schreibt der preußische Staatsminister Karl Ferdinand Friedrich von Nagler am 5. Juni 1839: „Hr. v. Radowitz hat ganz recht, daß der Empfang auch in Köln sehr gut — im allgemeinen war. Sie haben aber recht, 1—200 oder auch 1000 fanatische Schufte kommen nicht in Betracht" (Kelchner u. Mendelssohn-Bartholdy, Briefe des . . . von Nagler 2. Teil S. 135).

[34] Diese war nach einer Mitteilung des Westfälischen Merkurs vom 6. Juni am 1. Juni erfolgt.

[35] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, Ber. vom 7. Juni 1839. — In ähnlichem Sinne spricht sich der Kölner Regierungspräsident auch in seinem Zeitungsbericht für Mai 1839 aus: „Die vorläufige Freisprechung des Pfarrers Beckers und seine Ent-

Am 31. Mai wurde die Reise fortgesetzt. Obwohl das Dampfboot auf der Fahrt nach Wesel in Düsseldorf nur kurz anlegte, war auch hier das Ufer mit Girlanden, Kränzen und Flaggen festlich geschmückt und „von einer zahllosen Menschenmenge besetzt“ [36]. Nach einer Schilderung der Düsseldorfer Zeitung [37] glich die Reise von Düsseldorf nach Wesel einem einzigen Triumphzug [38].

Einen kaum weniger eindrucksvollen Empfang bereiteten die Düsseldorfer dem Kronprinzen bei seiner Rückkehr am Abend des 1. Juni [39]. Das Mittagessen nahm der Gast am folgenden Tage beim Grafen Hatzfeld in Schloß Kalkum ein, in welcher Gegend das Interesse der Bevölkerung, den Kronprinzen persönlich zu sehen, ebenfalls sehr groß war [40].

Als besonderer Beweis hoher menschlicher Gesinnung wird in der Presse die Tatsache gewertet, daß sich der Kronprinz nach Heltorf begab, um der Witwe des vor kurzem verstorbenen Grafen Spee seine Anteilnahme auszusprechen [41]. Bei dieser Geste mag auch das Motiv mitgespielt haben, dem über das Vorgehen gegen den Erzbischof sehr verstimmten rheinischen Adel die Hand zur Versöhnung zu reichen.

Zu einem eindrucksvollen Auftritt gestaltete sich für den Kronprinzen auch die Taufe eines Schiffes der Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft auf den Namen seiner Gemahlin [42].

Die beeindruckende Popularität des Kronprinzen zeigte sich ebenfalls bei seiner Ankunft in Duisburg [43]. Auch die Bewillkommnung in dem angeblich „spanisch-

---

lassung aus dem Arrest hat unter seinen Pfarr- und Beichtkindern die größte Freude hervorgerufen, und scheint die Beruhigung der katholischen Bevölkerung dadurch sehr gewonnen zu haben“ (DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16300).

[36] Kölnische Zeitung vom 3. Juni 1839.

[37] Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 5. Juni 1839.

[38] Ähnlich der Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten von Spiegel: „Die Fahrt, welche an dem angegebenen Tage von Köln bis Wesel ging, glich wahrhaft einer Jubelfahrt“ (DZA Merseburg Re. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, 3. Juni 1839).

[39] Kölnische Zeitung vom 5. Juni 1839; DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol 1, Ber. Spiegels vom 3. Juni 1839.

[40] Ebd. — Kölnische Zeitung vom 6. Juni 1839.

[41] Kölnische Zeitung vom 6. Juni 1839. — Auf die nicht immer leichte Rolle des Kronprinzen wies auch Ernst Moritz Arndt hin: „Der Kronprinz war hier am Rhein, auch ein paar Tage in unserm Städtchen, hat sich wie immer verständig, geistreich und liebenswürdig gezeigt. Indessen den Leuten gefallen ist jetzt bei einer vielfach gesetzlosen und ungehorsamen Stimmung der Menschen das Allerschwerste für Könige und Fürsten ...“ (Arndt an Ehrenfried von Willich, Bonn, 21. Juni 1839, in: Ernst Moritz Arndt, Ein Lebensbild in Briefen S. 355).

[42] Hierüber berichtet die Düsseldorfer Zeitung: „... Nachdem darauf der ... Königssohn die Ihm überreichte Flagge in die Hände des Kapitäns übergeben hatte, schritten Höchstdieselben von dem Verdeck auf den Vorderteil des Schiffes und riefen die Worte: „Kronprinzessin von Preußen sollst du heißen“ mit sichtbarer Rührung aus, indem Sie eine Flasche Wein auf dem Anker entzweischlugen, der zu den Füßen des Bildes Sr. Maj. des Königs unter Blumen lag. Die Augen aller Anwesenden waren auf das Symbol der Hoffnung gerichtet, und das Schiff begleitete mit seiner leisen Bewegung die Stimmung der Herzen, welche der Anblick des Kronprinzen, auf den väterlichen Armen des Rheins getragen, freudig ernst erfüllte, als der Pfarrer Heinzen zur Fortsetzung der zeremoniellen Handlung zu reden begann“ (Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 7. Juni 1839).

[43] „... Zu Mülheim war eine sichere, auf acht großen Nachen ruhende schöne Brücke über die Ruhr geschlagen worden ... Und nun nahte sich der Wagen Sr. Königl. Hoh. unserer Stadt. Wie schlugen da die Herzen ihm entgegen! Und als er anlangte an die Spitze der Schützenkompagnie ..., da brach der Jubel aus und konnte kein Ende

fanatischen" Neuß verlief recht eindrucksvoll [44], während in Mülheim (Rhein) der Enthusiasmus der Bewohner „keine Grenze" gekannt haben soll [45].

Wie sehr sich der Kronprinz auf die Mentalität des Volkes verstand, zeigt auch sein Verhalten bei seinem erneuten Besuch in der Stadt Köln [46]. Hier bestand ein Kriegerverein Freiwilliger aus der Zeit der Befreiungskriege. Dieser hatte eine Feier eigens zu dem Zwecke vorbereitet, dem am 3. Februar, dem Gedächtnistage des Vereins, geborenen und gleich darauf in die Stammliste als jüngster der Freiwilligen eingeschriebenen Sohn eines Mitgliedes als nachträgliches Geburtstagsgeschenk einen silbernen Pokal zu überreichen. Eine derartige Gelegenheit, seine Verbundenheit mit dem Volke zu bekunden und seine eigene Popularität zu steigern, ließ der Kronprinz offenbar nicht aus. Wenn man die ausführliche Schilderung der Kölnischen Zeitung über das Verhalten des hohen Staatsrepräsentanten bei einem derart banalen Anlaß liest [47], so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es in gewisser Hinsicht an moderne Wahlkampfpraktiken erinnert [48]. Der theoretisch noch mit absoluter Machtfülle ausgestattete Monarch buhlte offensichtlich um die Gunst der Massen!

Am 7. Juni ging auch der von Bewohnern der Stadt Bonn vorgebrachte Wunsch, den Kronprinzen in ihren Mauern zu sehen, in Erfüllung. „Die ganze Stadt war

---

finden" (Wiedergabe eines Berichts der Düsseldorfer Zeitung in der Kölnischen Zeitung vom 7. Juni 1839).

[44] Ebd; Stadtarchiv Neuß, Annalen der Stadt Neuß für 1839. — Die loyale Gesinnung der Neusser bekundete sich auch anläßlich der Feier des königlichen Geburtstags am 3. August. Bemerkenswerterweise fand in der katholischen Kirche sogar ein feierliches Hochamt statt (Stadtarchiv Neuß, Annalen der Stadt Neuß für 1839).

[45] Ebd. — Ein weiterer Bericht der Kölnischen Zeitung vom 8. Juni 1839 charakterisiert dieses Massenphänomen mit folgenden Worten: „Der Ruf: ‚Unser Kronprinz kommt!', der durch alle Gassen und Straßen erscholl, vermochte es, wie durch Zauber die ganze Stadt binnen wenigen Minuten in den höchsten Festzustand zu versetzen. Solche Momente geben von dem in einem Orte lebenden Geiste das wahrste Zeugnis, was auch der Leumund dagegen sagen möge. Alles dachte und wirkte zugleich in höchster Begeisterung, und nur der vereinte Wille mit der vereinten Kraft kann in so wenig Augenblicken einen Effekt wie der gestrige hervorbringen; die Harmonie der Geister allein verleiht dem Werk vereinter Hände Sprache, die ein noch so großer Kosten- und Zeitaufwand ohne sie nicht erzeugen kann".

[46] Bei dieser Gelegenheit soll er nicht minder stürmisch begrüßt worden sein, als bei seinem ersten Empfang (Schilderung im Westfälischen Merkur vom 9. Juni 1839).

[47] „Mit freudigem Hurraruf bewillkommt, inspizierten Se. Königl. Hoheit die sämtlichen Freiwilligen und geruhten, sich mit jedem einzelnen auf das freundlichste zu unterhalten. Der jüngste Freiwillige wurde nun in den Saal gebracht, und die Überreichung des Pokales fand statt, aus welchem der durchlauchtigste Fürst den ersten Trunk auf das Wohl des Vereins zu tun die Gnade hatte. Auf ehrfurchtsvolles Ersuchen schrieben Höchstdieselben ihren erhabenen Namen in ein dem Knaben vom Vereine gewidmetes Album ein und verließen alsdann die Versammlung, welche die Erinnerung an diesen gütigen Besuch stets mit hoher Freude bewahren wird" (Kölnische Zeitung vom 7. Juni 1839). — Diese Meldung findet auch in dem Bericht Bodelschwinghs an Rochow vom 6. Juni 1839 (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1) ihre Bestätigung. — Ein ähnliches Verhalten des Königs wird auch z. B. anläßlich des Empfangs in Königsberg am 29. Aug. 1840 berichtet: „Wie der König zur Seite des Wagens der Königin Elisabeth ritt und die Straßenjugend jubelnd seine Steigbügel berührte, da beugte er sich lächelnd hernieder und streichelte die Flachsköpfe. Sieh! sieh! — so rief mir Albert Dulk ... begeistert zu — er spielt mit den Kindern!" (Falkson S. 34).

[48] Vielleicht nicht ganz ohne Grund spricht der österreichische Gesandte in Berlin in einem Bericht vom 25. Febr. 1841 von dem „nach Popularität dürstenden" Friedrich Wilhelm IV. (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Korrespondenz Fasz. 195).

glänzend erleuchtet, die gesamte Bevölkerung auf den Beinen, empfing den Thronerben mit freudigen Hurras“ [49]. Ihm zu Ehren veranstalteten die Studenten einen großen Fackelzug [50]. Nach einer Inspektionstour in die Umgebung am folgenden Tage fand der Gast bei seiner Rückkehr am Abend die Stadt noch „glänzender illuminiert“ als tags zuvor [51].

War es dem leutseligen, die Massen in Begeisterung versetzenden Kronprinzen bisher überall gelungen, die Herzen der Menschen zu gewinnen, so stand ihm als anscheinend schwierige Aufgabe noch der Besuch in Aachen bevor, wo der verhaftete Erzbischof und die ultramontane Partei über eine starke Anhängerschaft verfügte. Wahrscheinlich nicht ohne Grund hatte die regierungstreue Presse ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Kronprinz auch Aachen besuchen werde [52], und es sich angelegen sein lassen, die Bevölkerung zu einem freundlichen Empfang zu ermuntern [53]. Sogar der Kronprinz selbst hatte am 29. Mai seinen Befürchtungen über ein zurückhaltendes Verhalten der Aachener Bevölkerung in einem Brief aus Koblenz an seine Gattin Ausdruck gegeben [54].

Aber auch in Aachen ließ die Haltung der Einwohner sowohl nach der Presseberichterstattung als auch nach dem Polizeibericht Lüdemanns [55] nichts zu wünschen übrig. Obgleich die Ankunft des hohen Gastes erst für den Nachmittag des 10. Juni erwartet wurde, so soll sich doch schon am frühen Morgen die Menge in den festlich geschmückten Straßen gedrängt haben. Als der langerwartete Besucher schließlich eingetroffen sei, habe man ihm durch das Gedränge der Menschen, die ihn unter freudigen Hurrarufen begrüßt hätten, erst einen Weg bahnen müssen. Auch als er am Nachmittag in den Wagen gestiegen sei, um nach dem Lousberge zu fahren, sei die Menge von neuem in Jubel ausgebrochen.

Am Abend war ein Theaterbesuch vorgesehen. Die Begeisterung, die dem Kronprinzen auch hier wieder entgegenbrandete, schilderte ein Presseberichterstatter mit folgenden Worten:

„Der Jubel, mit welchem Höchstdieselben auch hier wieder vor dem Hause empfangen wurden, konnte nur vor der wahrhaft erhebenden Begeisterung zurücktreten, mit welcher das in demselben gedrängt versammelte Publikum ihn empfing.

---

[49] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, Ber. Gerlachs vom 10. Juni 1839. Bestätigend auch eine zeitgenössische Bonner Chronik, in: Bonner Archiv 5. Jg. Nr. 6, Bonn, September 1891, S. 64.

[50] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, Ber. Gerlachs vom 10. Juni 1839; Kölnische Zeitung vom 9. Juni 1839.

[51] Ebd., 11. Juni 1839.

[52] Kölnische Zeitung vom 24. Mai 1839 (Übernahme einer Meldung der Allgemeinen Zeitung). — Für andere Orte finden sich keine ausdrücklichen vorherigen Ankündigungen.

[53] So schreibt z. B. die Stadt Aachener Zeitung: „... Es bleiben uns leider nur wenige Stunden, Sr. Königl. Hoheit zu zeigen, daß die alte Liebe für Ihn so warm ist als immer und daß man gern die Gelegenheit ergreift, sich froh und lebendig auszusprechen“ (Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 11. Juni 1839).

[54] „Ich kann nicht leugnen, daß mich's über allen Ausdruck freut, in den Grenzstrichen gegen Frankreich und Belgien so gut empfangen worden zu sein. Weiter oben bei Aachen etc. ist notorisch schlechte Gesinnung. Aber ich werde mich mit dem früher Erlebten über Unangenehmes dort zu trösten suchen, und ich denke mit Grund“ (zitiert bei Schnütgen, Vom preußischen Königshaus S. 109). — Aber auch an der Grenze, z. B. in der Kreisstadt Malmedy, wurde dem Kronprinzen ein freundlicher, wenn auch nicht enthusiastischer Empfang zuteil (K. L. Kaufmann S. 81 f.).

[55] Vgl. Qu. Nr. 211.

Er wollte kein Ende nehmen, der laute Jubel, in welchen der überfüllte Saal ausbrach; immer aufs neue erschallte ein donnerndes Hurra, das nur von der Nationalhymne unterbrochen wurde, um dann aufs neue wieder in ein mehrfaches Lebehoch auszubrechen, daß es fast schien, als solle es gar nicht zur Aufführung der versprochenen Oper kommen“ [56].

Auch der Polizeidirektor Lüdemann stellte in seinem Bericht heraus, daß von allen Beifallskundgebungen die Akklamation im Theater die eindrucksvollste gewesen sei. Wie Lüdemann hinzufügt, habe es sich bei den hier Versammelten in erster Linie um die „besseren Stände“ gehandelt [57].

Seiner Freude über den überwältigenden Empfang gab der Kronprinz anläßlich der Verabschiedung der städtischen Behörden mit folgenden Worten Ausdruck: „Er sei ... um so mehr überrascht und ergriffen gewesen von den vielen Zeichen der Liebe und Anhänglichkeit, mit welchen man ihn überschüttet habe, da er gar nicht darauf vorbereitet gewesen, nachdem er sich alle Feierlichkeiten verbeten“ [58].

Bei der Besichtigung des Nirmer Tunnels wurde der Kronprinz als der Protektor der aufblühenden Wirtschaft und Industrie lebhaft gefeiert. Die kirchlichen Wirren traten dabei offensichtlich in den Hintergrund, dafür die den gehobenen Mittelstand so vital berührenden wirtschaftlichen Interessen um so stärker zutage. Es heißt, unter allen Anwesenden habe die heiterste Stimmung geherrscht. Den Höhepunkt erreichte die Feier in einem von Hansemann ausgebrachten Toast „Entfernte Provinzen zu nähern, das Band der Liebe, das alle Untertanen um den Thron vereint, noch enger zu schlingen, Preußens Kraft im Innern und nach außen zu heben, das ist der große Beruf preußischer Eisenbahnen. — Ihr erhabener Beschützer und Beförderer, Se. Königl. Hoheit, lebe hoch“ [59].

Daß der Kronprinz in Aachen ausgesprochen kühl empfangen worden sei [60], läßt sich in keiner Weise überzeugend belegen. Auch die von Johannes Laurent, dem nicht selten „durch Leidenschaft Verblendeten“, wie selbst Schrörs zugibt [61], vorgebrachte Version, es habe sich bei den sogenannten Beifallskundgebungen um einen vorgetäuschten und manipulierten Volksjubel gehandelt [62], lassen sich keine

---

[56] Kölnische Zeitung vom 13. Juni 1839.

[57] Vgl. Qu. Nr. 211. — Eine ähnliche Erscheinung hatte sich schon 1838 beim Besuch Prinz Wilhelms gezeigt (vgl. oben S. 130). Damals hatte Lüdemann allerdings nur von der guten Gesinnung des engeren Mittelstandes gesprochen. Nach der Sprachnuancierung zu schließen, waren diesmal offenbar auch die katholischen „Notabilitäten“ stärker vertreten.

[58] Wiedergabe eines Berichts der Allgemeinen Zeitung in der Kölnischen Zeitung vom 14. Juni 1839.

[59] Ebd.

[60] So nach Vogel (S. 76; ohne Beleg). Daß die Angaben bei Vogel nicht immer zuverlässig sind, zeigt sich auch daran, daß er ebenfalls für 1838 von einem Besuch des Kronprinzen (!) in Aachen spricht. Charakteristisch für die Stimmung in der Stadt sei es gewesen, daß sich selbst die Kaufmannschaft geweigert habe, eine Deputation zur Begrüßung des Kronprinzen zu entsenden (ebd.) — Ein Beweis hierfür wird jedoch ebenfalls nicht erbracht.

[61] Kölner Wirren S. 542.

[62] „Die Ehrengarde bestand aus sieben und vierzig Handelsbübchen, Beamtensöhnen und Jokeis. Ungeachtet seines freundlichen Grüßens ... zog niemand den Hut, kein einziges Vivat erscholl, von keinem Fenster herab wurde gewinkt, nur Gassenjungen, die sich balgten, liefen zwischen den Wagen. Am Ponttor, wo er hereinfuhr, ist's ebenso gegangen, ja tüchtig gepfiffen worden ... Der Fackelzug gestern abend war zahlreich

Beweise erbringen. Im übrigen dürfte eine Steuerung des Volksjubels in dem Umfange, wie er von Presse und Polizeidirektor überliefert wird, außerhalb der Möglichkeiten der nicht gerade zahlreichen Regierungsbeamten gelegen haben. Lüdemann gibt in seinem Bericht über den Verlauf des Kronprinzenbesuchs wohl zu, daß seitens radikaler Kreise Störungen angedroht worden seien und daß er deshalb besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen habe; diese hätten sich indes als überflüssig erwiesen [63]. Auch verschweigt der Aachener Polizeidirektor nicht, daß bei der Illumination eine gewisse Anzahl von Häusern unbeleuchtet geblieben sei. Doch habe es sich hier nur um eine Minorität gehandelt, wie sich überhaupt bei dieser Gelegenheit zu erkennen gegeben habe, daß in Aachen die Opposition nur von einer Minderheit ausgehe [64].

Auch der Empfang auf den letzten Stationen der Reise durch die Rheinprovinz verlief in gleicher Harmonie. Von Schleiden wird berichtet, daß hier etwa 1000 Menschen, meist Bergleute in ihrer Bergmannstracht, Spalier gebildet hätten [65], während in Gladbach die auf einem Triumphbogen angebrachte Inschrift „Hic ames dici pater atque princeps" die Wünsche der harrenden Menge ausgedrückt habe [66]. Ebenso bekundete sich in Krefeld „die von alters her ... unwandelbare Treue" der Bewohner dieser Stadt [67].

In Düren soll der Kronprinz gleichfalls mit „unbeschreiblichem Jubel" willkommen geheißen worden sein [68]. Hier faßte Friedrich Wilhelm den Eindruck seiner Reise in folgenden Worten zusammen: „Überhaupt, meine Herren, habe ich von Simerath bis hierher eine so herzliche Aufnahme gefunden, wie ich sie nur in Provinzen finden zu können glaubte, wo angestammte Treue und die langgewohnte Verbindung mit dem Königshause einen solchen Empfang bereiten; das hat mich innig gefreut, mir sehr wohl getan" [69].

Die in einer Denkschrift des Straßburger Domherrn Raess verzeichnete Darstellung, der Kronprinz sei überall (!) kalt und an einigen Orten sogar mit feindseli-

---

genug, bestand aber meist aus erkauften, schlecht gekleideten Leuten. Der Prinz ist mitten hindurch auf- und abgegangen, und trotz aller unsäglichen Machinationen war das Vivatrufen dreißig Schritte weiter kaum hörbar und von Pfeifen und Schreien unterbrochen. Außer den öffentlichen Gebäuden waren nur die Beamtenwohnungen beleuchtet" (Möller, Laurent 1. Teil S. 475). — Demgegenüber geht aus Unterlagen im Aachener Stadtarchiv (Caps. 2 Nr. 1 I b) eindeutig hervor, daß Empfangsvorbereitungen z. T. spontan erfolgten, so wurde z. B. seitens der Aachener Liedertafel die Bitte an die Regierung herangetragen, dem König zu Ehren auf dem Lousberg eine Gesangsdarbietung bringen zu dürfen. — Ein Fackelzug für den Kronprinzen wurde von den Stadtverordneten einstimmig beschlossen.

63 Vgl. Qu. Nr. 211.

64 Ebd.

65 Kölnische Zeitung vom 16. Juni 1839.

66 Ebd.

67 Stadtarchiv Krefeld, Bestand 3 Nr. 46 a, Zeitungsbericht des Bürgermeisteramtes Krefeld für die Zeit vom 1. bis 30. Juni 1839.

68 Kölnische Zeitung vom 16. Juni 1839. — Bei dem Empfang soll sich besonders die dortige Gilde ausgezeichnet haben (Brüll S. 219). Dieser berichtet auch von einem sonst nicht nachgewiesenen Besuch des Kronprinzen in Düren am 2. Nov. 1838 (ebd.).

69 Kölnische Zeitung vom 17. Juni 1839. — Über den Erfolg der Kronprinzenreise schreibt auch die Schwester Rochows in ihrem Tagebuch: „Ein wirklicher Enthusiasmus hat sich an allen Orten in Westfalen und am Rhein gezeigt. Die Nachrichten, welche die Oberpräsidenten und Regierungen einschickten, wie alles, was der Prinz selbst erzählte, bestätigen es. Es herrscht eine Stimme darüber, wie schön er sich benommen hat. Er ist nicht müde geworden, an jedem Orte zu repräsentieren. Auf das ge-

gen Demonstrationen aufgenommen worden [70], dürfte wohl eher dem Wunschdenken entsprungen als aufgrund tatsächlicher Beobachtung entstanden sein. So findet sich selbst in der süddeutschen katholischen Presse keine Kritik an dem grundsätzlichen Wahrheitsgehalt der in rheinischen Blättern veröffentlichten Schilderungen der Besuchsreise. Im Gegenteil, sogar die Neue Würzburger Zeitung liefert uns eine ausdrückliche Bestätigung von der Austrahlungskraft des preußischen Thronfolgers, seinem Taktgefühl und dem positiven Echo seines Besuches unter der Bevölkerung der Rheinprovinz, wobei das für naturgegeben gehaltene Zusammenwirken von Thron und Altar gegenüber dem zersetzenden Liberalismus besonders betont wird [71].

Ebenso berichtete der die innere Entwicklung in Preußen kritisch beobachtende französische Gesandte in Berlin, Bresson, davon, daß der Kronprinz auf allen Stationen seiner Besuchsreise freundlich empfangen worden sei, woraus er den Schluß zieht, daß man sich in den westlichen Provinzen an den irregulären Zustand der Dinge auf dem kirchlichen Sektor gewöhnt habe [72].

Sehr erfreut über den Erfolg dieser Reise zeigte sich auch der König von Württem-

---

schickteste hat er jeden Ausbruch der Anhänglichkeit nur als Repräsentant des Königs aufgenommen, jede Danksagung und Ermahnung in diesem Sinne vorgetragen. Nicht nur als Fürst, sondern auch als Soldat ist er vortrefflich gewesen. Das letzte Bataillon hat er ebenso frisch und aufmerksam inspiziert wie das erste ..." (v. d. Marwitz S. 268).

[70] Wiltberger S. 70.

[71] „... Er fand am Rheine alles vor, was sein Herz erfreuen konnte, nur nicht, wovon so manche in Berlin träumen. Er fand ein Volk, welches mit unverfälschtem deutschen Geiste an seinem König und an seiner Religion hängt und das unermeßlich weit entfernt steht von dem neumodischen Vaterlande der Religionsspötterei und der revolutionären Ideen; er fand ein Volk, das durch seine Arbeit und seine Tätigkeit aus dem Boden, den es bewohnt, ein Paradies gemacht hat und das nichts weiter verlangt als Vertrauen in seine treuen Gesinnungen, ungestörte Ausübung der Religion seiner Väter und gewissenhafte Anwendung der verbürgten Gesetze. Der Kronprinz fand am Rhein eine katholische Geistlichkeit, die würdigen Lehrer des treuen Volkes, die ihm im Gewande der Liebe und mit apostolischer Freudigkeit entgegentraten, und er hörte aus ihrem Munde nur Worte des Friedens, Worte des Segens — himmelweit verschieden von den gehässigen Ausfällen auf die katholische Kirche, von denen die Kanzeln von Weimar, Gotha, Leipzig, Darmstadt, Frankfurt und wie die Orte alle heißen mögen, widerhallen. Die katholische Religion ist die Religion der Monarchie. Man fürchte, sie anzugreifen, man zittere, an den Grundfesten zu rütteln, wenn man nicht die Anarchie und ihr ganzes blutiges Gefolge ins Leben rufen will, Ungeheuer, die unter dem heiligen Dom der Kirche begraben liegen. Der Kronprinz von Preußen hat ein Herz für sein Volk am Rhein und für dessen Religion; er hat es bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen, und auch jetzt erprobte sich sein richtiges Gefühl in den Befehlen, die er während seiner Reise am heiligen Fronleichnamsfeste erteilte ... und sein königliches Herz fand in den freudigeren Zurufungen seines Volkes ... aus tausend Kehlen entgegenscholl, die schönste Musik" (Wiedergabe in der Münchener Politischen Zeitung vom 15. Juni 1839). In diesem Zusammenhang schreibt auch ein Berichterstatter im Hamb. unpart. Corr. vom 26. Juni 1839: „Die Anwesenheit ... des Kronprinzen hat alle Herzen entzückt, und selbst Leute, die infolge der kirchlichen Wirren verstimmt oder gar verblendet waren, sind von seiner Huld und Milde gewonnen worden. Es hat desto mehr Erstaunen erregt, daß in solchen Zeiten der Versöhnung die zu Koblenz gedruckte Zeitung so ganz im Sinne der Hierarchie redigiert wird und namentlich den Jesuitismus mit Verspottung der altpreußischen Teile des Reichs in Schutz nimmt. Man könnte daraus beweisen, daß wir am Rhein so ziemlich Preßfreiheit haben. Die Elberfelder Zeitung opponiert nach Kräften ..."

[72] Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 291, Berlin, 9. Juni 1839.

berg, ein Anzeichen dafür, daß man auch in den deutschen Mittelstaaten die Entwicklung in den preußischen Westprovinzen mit Interesse verfolgte [73].

Eine recht positive und instruktive Würdigung des Kronprinzenbesuchs findet sich auch in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 29. Juni 1839:

„... Die meisten erinnerten sich noch mit Freuden seiner letzten Anwesenheit, und wenn sich dieser oder jener anfangs schmollend still verhielt, so brach doch bald von allen Seiten und rückhaltlos der alte Jubel wieder aus, als der Prinz sich unter die Menge mischte und seine leutseligen oder witzigen Worte unter dieselbe wie belebende oder zündende Funken fielen. So geschah es, daß die Stille, durch welche er bei seiner Vorüberfahrt von Bonn bei seinem kurzen Aufenthalt in Köln empfangen wurde, sich in den lautesten Enthusiasmus verwandelte, als der Prinz zurückkehrte und sich längere Zeit in beiden Orten aufhielt. Allerdings gab es überall Personen genug, die ihrem Groll treu blieben und ihre Opposition durch absichtliche Entfernung bekundeten; aber sie verschwanden doch vor der Masse ... Es muß bemerkt werden, daß in der ganzen Provinz vorzugsweise die Landbewohner bemüht waren, auf alle Weise sich zum festlichen Empfange zu schmücken, wie es denn überhaupt nicht zu verkennen ist, daß während der letzten Jahre die Stimmung auf dem Lande keineswegs mit der in den Städten, wo der Einfluß vornehmer Opponenten sich wirksam gezeigt hat, gleichen Schritt hielt ..."

Daß Staatsbesuche die Massen zur Begeisterung hinreißen können, ist uns aus anschaulichen Beispielen der Gegenwart zur Genüge bekannt. Der Düsseldorfer Regierungspräsident von Spiegel glaubte nun aufgrund dieser Manifestationen die alte Loyalität wieder auferstanden zu sehen und die Besuchsreise als bedeutungsvolles und „vielleicht auch folgenreiches Ereignis" bezeichnen zu können [74]. Hierzu wäre jedoch zu bemerken, daß der Beifall anläßlich solcher Gelegenheiten freilich bei weitem nicht immer auch Zustimmung in jeder Hinsicht zu dem politischen Programm des Besuchers bzw. der hinter diesem stehenden Institutionen oder Gruppen bedeutet. Es zeigt sich bei solchen Gelegenheiten häufig, daß sie wohl im Moment das politische Klima verbessern, nicht aber grundsätzliche Differenzen und Schwierigkeiten aus dem Wege räumen können [75].

---

[73] So äußerte er gegenüber dem Gesandten Rochow: „Mit wahrer Genugtuung habe ich die so zeitgemäße Reise Ihres Kronprinzen verfolgt; ich betrachte sie aus dem deutschen Gesichtspunkte für bedeutungsvoll, nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Gegenwart; denn die Aufnahme des Prinzen am Rhein und Westfalen bezeugt das Bedürfnis der Versöhnung und des Wiederanschließens. Um Himmels willen, daß das nicht gestört werde. Ohne viel Gewicht auf dergleichen Demonstrationen zu legen, darf man ein Wiedereinlenken verirrter Gemüter, betörter und verblendeter Untertanen nicht unberücksichtigt lassen" (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III, 25. Juni 1839 Bl. 142 v).

[74] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, 17. Juni 1839.

[75] Diesem Gedanken gibt auch der münstersche Regierungsvizepräsident du Vignau in einem Bericht vom 18. Juni 1839 Ausdruck. Hatte auch in Münster der Kronprinz durch sein leutseliges Benehmen den günstigsten Eindruck hinterlassen (vgl. unten S. 434 f.), so stand doch zu befürchten, daß sich dessen Wirkung im Laufe der Zeit verflüchtigen werde: „Ich besorge, daß nach eingetretener Ruhe manches wieder auftauchen, manche Unzufriedenheit angeregt und genährt werden wird; möchte meine Besorgnis sich nicht begründen ..." (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 2).

12. Kapitel. Die öffentliche Stimmung nach dem Kronprinzenbesuch; Zunahme des Wallfahrtswesens

Die Koblenzer Regierung glaubte im Zeitungsbericht für Juli 1839 feststellen zu können, daß „die religiösen Differenzen" immer mehr „an Interesse" verlören [1]. Zur gleichen Zeit bezeichnete der Kölner Regierungspräsident die öffentliche Stimmung in seinem Bezirk, die sich, wie er im Zeitungsbericht für Juni 1839 betont hatte, seit dem Besuch des Kronprinzen vorteilhaft entwickelt habe [2], als „fortwährend ruhig und gut" [3]. Auch die Aachener Regierung betonte, daß die Furcht vor einer Beeinträchtigung der Glaubensfreiheit mehr und mehr schwinde [4]. Ebenso bezeichnete der Düsseldorfer Regierungspräsident die in seinem Bezirk vorwaltende öffentliche Stimmung als sehr gut; bei jeder Gelegenheit bekunde sich die Anhänglichkeit der ganzen Bevölkerung für den König und sein Haus auf die unzweideutigste Weise [5]. So sei auch am 3. August das Geburtstagsfest des Königs überall in eindrucksvoller Weise begangen worden. Bemerkenswert erscheine dabei vor allem die Haltung der katholischen Geistlichkeit an einigen Orten. So sei in Mündelheim (Kr. Düsseldorf) die gesamte Schuljugend auf Veranlassung des Pfarrers und Schulpflegers Dautzenberg [5a] am 2. August in der Schule auf die Bedeutung des Festes aufmerksam gemacht und am folgenden Tage zum feierlichen Gottesdienst in die Kirche geführt worden. Am gleichen Tage sei in Orsoy (Kr. Geldern) eine neue katholische Schule durch den Dechanten und Pfarrer Michels feierlich eingeweiht worden, während man in Elberfeld aus Anlaß dieses Festes in der katholischen Pfarrkirche ein feierliches Hochamt gehalten habe [6].

An einem gewissen Vertrauensgewinn des Staates war also wohl nicht zu zweifeln.

Andererseits ist jedoch nicht zu übersehen, daß der kirchliche Ritus in zunehmendem Maße einen größeren Widerhall fand, auch unter den gebildeten Kreisen [7]. Besonders auffällig erscheint diese Entwicklung auf dem Gebiete des Wallfahrtswesens. Dieses hatte durch den Wechsel im Erzbischofsamte nach dem Tode Spiegels [8], durch die Kölner Ursulaprozession und wahrscheinlich durch die Auswir-

---

[1] Qu. Nr. 213.
[2] Qu. Nr. 214.
[3] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16300.
[4] Vgl. Qu. Nr. 261.
[5] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 407, Zeitungsbericht für Juni 1839.
[5a] Es handelt sich um Peter Joseph Dautzenberg (1781—1846), Pfarrer in Gustorf (1818), Elsen (1823), Mündelheim (1831), 1839 Dechant des Dekanats Düsseldorf, 1844 zugleich Ehrendomherr in Köln (H. G. Giersberg, Geschichte der Pfarreien des Dekanats Grevenbroich, Köln 1883, S. 81).
[6] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 407, Zeitungsbericht für August 1839. — Eine gute Stimmung bekundete sich im Regierungsbezirk Düsseldorf auch in den folgenden Monaten (ebd.).
[7] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht der Regierung Aachen für Mai 1839. — Bezüglich des gesteigerten religiösen Sinnes der Bevölkerung in Koblenz vgl. oben S. 137.
[8] Daß Droste-Vischering Wallfahrten, z. B. nach Kevelaer wieder gestattete, erfuhr heftige Kritik seitens Friedrich Arnold Steinmanns (Materialien zur Biographie und Charakteristik des Erzbischofs Freiherrn v. Droste-Vischering, in: Polemische Blätter 1. Sammlung, Leipzig 1838, S. 17 f.), habe er doch dadurch in schlimmster Weise Ansehen und Ruf seines Vorgängers aufs Spiel gesetzt.

kungen des Kölner Ereignisses [9] einen unverkennbaren Aufschwung erhalten [10]. Neben Kevelaer und dem Kalvarienberg bei Ahrweiler gestaltete sich vor allem Aachen immer mehr zu einem Zentrum des Wallfahrtswesens. So schreibt ein Korrespondent der Elberfelder Zeitung Ende August 1839:

„Nach amtlichen Zählungen sind seit einer Reihe von Jahren die Heiligtümer in Aachen nicht so zahlreich besucht worden als in diesem Jahre. Mehrere Wallfahrtsorte, die in Vergessenheit gerieten, blühen von neuem auf. Die verfallenen Heiligtümer werden wiederhergestellt, und die Einweihung derselben wird mit einem Prunke, einer Volksteilnahme, selbst mit Reden von Laien, begangen, wie dieses vor einigen Jahren schlechthin nicht möglich gewesen wäre" [11].

Die vom Wallfahrtswesen ausgehenden Impulse zu einer Belebung auch anderer Bereiche des kirchlichen Lebens waren unverkennbar, wie dem Artikel zu entnehmen ist:

„An die Wallfahrten schließen sich manche andere Bestrebungen an; Missionsanstalten, fromme Leserkreise, neue Brüderschaften sind überall projektiert und im Werden. Die reichlich unterzeichneten Summen geben den Maßstab des Werts, den man auf diese Unternehmungen legt" [12].

Bemerkenswert erscheint allerdings, daß sich trotz steigenden Interesses weiter Bevölkerungskreise an Wallfahrten auch im Regierungsbezirk Düsseldorf hier „die große Mehrheit der katholischen Geistlichkeit, ja fast deren Gesamtheit faktisch durch Nichtteilnahme an übernachtenden Zügen ihre Übereinstimmung mit dem, was früher Grundsatz war", bekundete [13]. Dennoch: Trotz der Zurückhaltung der Geistlichkeit in einzelnen Regionen mußte dem zeitgenössischen Beobachter klar werden, daß der Zeitgeist, wie er sich vor allem in der Haltung der Massen andeutete, sich nicht unwesentlich von dem gemäßigt-rationalen Klima der Spiegel-Hommerschen [14] Ära entfernt hatte. Aus diesem Grunde ließen sich auch die rechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirche wohl kaum noch nach den Normen regeln, die der Vorstellungswelt des sogenannten Staatskirchentums der zwanziger und frühen dreißiger Jahre verhaftet waren.

---

[9] In diesem Sinne interpretierte z. B. der Landrat des Kreises Ahrweiler die zahlreichen Pilgerfahrten zum Kalvarienberg: „Die allgemeine Aufregung der Provinz in Sachen der Kirche mag auch hier Mitursache dieser vermehrten Erscheinung sein, eine gewisse Klasse durch solche Prozedur ihren Sinn äußern oder Erklärung für ihre Sache geben will oder wirklich nach ihrer Weise fromm geworden" (St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 1257, Zeitungsbericht vom 29. Juli 1839).

[10] So heißt es z. B. in den Annalen der Stadt Neuß für 1837: „Im Gegensatz zu den früheren Bestimmungen hatte die jetzige erzbischöfliche Behörde das Wallfahrten über Nacht wieder gestattet. Wir sahen daher viele Wallfahrtszüge durch hiesige Stadt nach dem Gnadenorte Kevelaer wandern. Aus der hiesigen Bürgermeisterei ist ein Zug von 392 Personen, unter Begleitung eines Geistlichen, dorthin gewallfahrtet" (Stadtarchiv Neuß). — Ähnlich schreibt der Neusser Bürgermeister 1838: „Wie in dem vorigen Jahre, so zogen auch diesmal wieder mehrere Wallfahrtszüge nach Kevelaer durch hiesige Stadt, meistens jedoch ohne öffentliche Gebete und ohne Vortragung von Kreuz und Fahne. Fast scheint es, daß die Neigung zu dergleichen Wallfahrten in dem Maße zunimmt, als man ihnen äußere Hindernisse in den Weg legt" (ebd.).

[11] Wiedergabe in der Münchener Politischen Zeitung vom 3. Sept. 1839.

[12] Ebd.

[13] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 1465, Verwaltungsbericht für 1839.

[14] So kam es z. B., wie Bärsch (S. 173) herausstellt, dem „aufgeklärten, seinem Landesherrn aufrichtig ergebenen Bischofe, Joseph von Hommer ... nie in den Sinn, den [hl.] Rock auszustellen und dadurch Agitation zu erregen".

13. Kapitel. Der Ausgang des Jahres 1839

Kein großes Aufsehen erregte offensichtlich im Oktober 1839 am Niederrhein die Nachricht, daß der zu einem zwangsweisen Aufenthalt in Berlin verurteilte Erzbischof von Gnesen und Posen, Martin von Dunin [1], ohne Erlaubnis nach Posen zurückgekehrt, dort wiederum verhaftet und auf die Festung Kolberg gebracht worden sei [2]. Nach der Version eines Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung [2a] hat dies im Rheinland „mehr überrascht, als die Gemüter ergriffen". Niemand begreife, was den Prälaten zu einem solchen Schritte habe bewegen können. Wenn er bei seiner Ankunft in Posen auf eine Volkserhebung zu seinen Gunsten gerechnet habe, so mache dies weder seinem Charakter noch seiner Urteilskraft Ehre. Auf die Entwicklung der kirchlichen Angelegenheiten in der Rheinprovinz habe dieser Vorfall, wenn er auch nicht ohne Aufsehen geblieben sei, nicht den geringsten Einfluß. Die Teilnahme am Kölner Kirchenstreit sei überhaupt so gut wie erloschen und werde auch nicht wieder auflodern, wenn die Staatsregierung fortfahre, „die religiöse Überzeugung aus ihrem Bereiche zu lassen". Was das Schicksal Droste-Vischerings angehe, so finde die von der Leipziger Allgemeinen Zeitung verbreitete Nachricht, er werde unter Umständen vor eine rheinische Jury gestellt, nirgendwo Glauben; nicht nur, weil am Niederrhein selbst davon nichts verlaute, sondern auch, weil dieser Fall dem Landrecht unterworfen sei. Die ebenfalls in Rede stehende Amnestie sei eher glaubhaft, sie betreffe jedoch nur wenige Personen, darunter aber wohl kaum den Erzbischof, da niemand begnadigt werden könne, der gar nicht verurteilt sei [3].

Auch der Clemenstag (23. November) dieses Jahres ging im Rheinland ohne äußere Unruhen oder besondere Ereignisse vorüber [4], was einem Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung Anlaß zu einem Kommentar in der Ausgabe dieses Blattes vom 1. Dez. 1839 gibt: Szenen, wie sie aus Polen gemeldet würden — dort

---

[1] Lill S. 56.

[2] So heißt es im Zeitungsbericht der Regierung Köln für Oktober 1839: „Die erzbischöfliche Angelegenheit in Posen hat hier wenig Eindruck gemacht" (DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16300).

[2a] 22. Okt. 1839.

[3] Allgemeine Zeitung vom 22. Okt. 1839. — Ähnlich die Darstellung eines Korrespondenten der Leipziger Allgemeinen Zeitung „vom Niederrhein" (25. Okt. 1839): „Die kirchlichen Verhältnisse sind bei uns zu Tode gesprochen und rein an Übersättigung gestorben. Niemand will mehr davon hören, und niemand vermag damit mehr einiges Interesse zu erwecken." Im übrigen herrschten in der Rheinprovinz jetzt die materiellen Interessen vor und nähmen die Aufmerksamkeit vorzugsweise in Anspruch: „Die kaufmännische Opposition, welche sich mit in die religiöse geworfen hatte, wie sich im menschlichen Körper aller Krankheitsstoff auf eine Wunde wirft, hat sich wieder von ihr getrennt . . ."

[4] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 1. Dez. 1839. — In Koblenz gelang es nach der Darstellung Bodelschwinghs der ultramontanen Partei nicht einmal mehr, für den Clemenstag ein Subskriptionsessen zum Gedenken an den Erzbischof zustandezubringen; man habe schließlich „Personen aller Parteien" zulassen müssen. Auch sei ein öffentlicher Toast auf den Erzbischof im Verlaufe des Banketts nicht ausgebracht worden (DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. V, Koblenz, 24. Nov. 1839). — Auch in Köln hielten sich die Festlichkeiten in Grenzen. Lediglich ein Hochamt und abends ein Essen zeugten von einer gewissen Anteilnahme. Davon ganz abgesehen, so schreibt ein Berichterstatter aus Köln in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 29. Nov. 1839, hätten die „lauten und geräuschvollen Zeichen von Liebe für Herrn von Droste" sehr nachgelassen, und das neue Beispiel in Posen habe die erhitzten Gemüter merklich ab-

sah sich der preußische Staat einem nahezu geschlossenen passiven Widerstand gegenüber [5] —, seien in der Rheinprovinz nicht möglich. Werde dies in Norddeutschland vielfach darauf zurückgeführt, daß die Kultur im Rheinland weiter fortgeschritten sei, so treffe letzteres zwar in gewisser Weise zu, aber den Vorwurf, daß dadurch der Glaube erkaltet sei, müsse man energisch zurückweisen. Vielmehr erlebe man täglich, wie die Religiosität bzw. das „kirchliche Prinzip" immer mehr die höheren, sogenannten gebildeten Stände durchdringe. Daß daraus indes keine Ausschreitungen erwüchsen, sei auf den bei den Rheinländern ausgeprägten Sinn für Gesetz und Ordnung zurückzuführen. Deshalb sei auch das Verhalten Droste-Vischerings gänzlich verschieden von dem Dunins. Während der letztere jeden Augenblick „tätlich in alle Hemmnisse eingreifen" wolle, verhalte sich der andere durchaus passiv und überlasse es der Zeit, für seine Sache zu arbeiten. Er wisse, daß die Sympathie für ihn nicht erkalte, weil er nicht bloß die Personifikation einer kirchlichen, sondern auch einer legislativen Differenz sei und eine zweifache Oppositon sich seiner angenommen habe.

In der Tat zeigten sich bei den im Herbst 1839 vorgenommenen Landtagswahlen, daß weite Kreise der Bevölkerung durchaus nicht, wie die erwähnten Pressekorrespondenten aufgrund des ruhigen äußeren Bildes vermutet hatten, gegenüber den kirchlichen Fragen in Indifferenz versunken waren. Nach der Darstellung Rochows ging man seitens der katholischen Partei darauf aus, sich in dem in Aussicht stehenden 6. Rheinischen Provinziallandtag „ein Organ für die Verfolgung der mit der kirchlichen Frage in Verbindung stehenden Absichten" zu schaffen [6]. Tatsächlich bekundeten sich bei diesen für die Stimmung der Wähler aufschlußreichen Wahlen nicht zu übersehende Erfolge ultramontaner Kandidaten, so in der Stadt Koblenz. Hier erreichte der bisherige Deputierte, Medizinalassessor Mohr, der nach dem Urteil des Oberpräsidenten die Interessen der Stadt früher „mit vielem Eifer und nicht ohne Erfolg" vertreten hatte, nur seine Wahl zum Stellvertreter, da er sich in der erzbischöflichen Angelegenheit offen für das Gouvernement erklärt hatte. Dagegen gewann Dietz mühelos das Mandat, wobei ihm allerdings auch seine weitverbreitete persönliche Beliebtheit, die er sich nicht zuletzt durch seine karitative Tätigkeit erworben hatte, zustatten kam [7].

Ebenso triumphierten die „Autonomen" bei den am 5. Nov. 1839 in Koblenz stattgefundenen Wahlen des 2. Standes für die Regierungsbezirke Köln, Koblenz und Trier. Sämtliche wahlberechtigten „Autonomen", 21 an der Zahl, erschienen am Wahlort, dagegen fehlten von 58 wahlberechtigten „nicht-autonomischen" Rittergutsbesitzern 40. Dementsprechend gestaltete sich auch der Wahlausgang. Unter den gewählten 8 Abgeordneten und 12 Stellvertretern befanden sich nur 3 Personen, welche „nicht geradezu den autonomischen Prinzipien huldigten" [8].

---

gekühlt: „Was man tut, hat wo möglich den Schein des Rechten, und wenn auch einige Kapläne noch in ihrem Eifer der halbverlorenen Sache anhängen, Schriften aus Würzburg, Regensburg, Frankfurt etc. in großen Ballen zur Verbreitung erhalten . . ., so geht doch die Mehrzahl sehr behutsam . . ."

[5] Lill S. 56.

[6] Croon S. 174.

[7] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. V, Bodelschwingh an Rochow, 24. Nov. 1839.

[8] Historisches Archiv der Stadt Köln Abt. 1050, Herwegh, „Die autonomische Ritterschaft und ihr Auftreten in neuester Zeit." — Zu den letzteren dürften wahrscheinlich

Bekundete die autonomische Ritterschaft anläßlich der Wahl in Koblenz „eine Keckheit des Auftretens", welche „die egoistische Tendenz der Korporation" und das „Verachten der allgemeinern Stimmung" nur zu deutlich zu erkennen gegeben hätte [9], so sollte ihr bei den in Düsseldorf für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Aachen angeordneten Wahlen für den Stand der Rittergutsbesitzer ein deutlicher Dämpfer zuteil werden. Mit Blitzeseile wurde die Nachricht von dem Siege der „Autonomen" in Koblenz in der ganzen Provinz bekannt, was zur Folge hatte, daß sich am 12. November 47 Rittergutsbesitzer der „liberalen Richtung" in Düsseldorf einfanden, denen nur 18 „Autonome" gegenüberstanden. Während der Schlachtplan der letzteren lange vorher bereits festgestanden hatte, fanden erstere noch die Zeit, sich am Tage vor der Wahl in einer Versammlung abzusprechen. Die Niederlage der „Autonomen" war nahezu vollständig. Von den 6 gewählten Abgeordneten und den 11 Stellvertretern gehörte angeblich kein einziger ihren Reihen an [10].

Der Wahlausgang in Düsseldorf führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung in der Presse. Gegen den Vorwurf, daß man es versäumt habe, sich in erster Linie nach dem konfessionellen Prinzip zu richten, und darüber die katholische Sache vernachlässigt habe, wendet sich ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung [11]. Die Religion sei hier nur deshalb aus dem Spiel geblieben, weil die Kirche durch das Resultat der Wahl keineswegs gefährdet gewesen sei. Wer daraus schließe, daß in der Rheinprovinz das Interesse an der katholischen Religion vernachlässigt oder aufgegeben werde, täusche sich gründlich. In welchem Maße das religiöse Prinzip

---

der Kommerzienrat Kaiser aus Trier und der Kölner Stadtrat Eberhard von Groote zu rechnen sein (vgl. Willemsen S. 122).

[9] Historisches Archiv der Stadt Köln Abt. 1050, Herwegh, „Die autonomische Ritterschaft und ihr Auftreten in neuester Zeit." — Hier heißt es weiter: „In diesem Übermute sollen so manche Verabredungen und Pläne zutage gekommen sein, die zum Teil mit der Einleitung zu dem Statute vom 28. Febr. 1837 nicht in bestem Einklange stehen."

[10] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 150 Nr. 40. — Zu diesem Resultat findet sich auch in dem vermutlich aus der Feder Franz von Herweghs, der sich selbst unter den Gewählten des Düsseldorfer Bezirks befand (Willemsen S. 122), stammenden Manuskript der folgende Kommentar: „Uns Rheinpreußen ist ein dreifacher Gewinn aus diesen Friktionen hervorgegangen. Einmal ist die Partei an ihren Früchten erkannt worden, welche in der Einleitung zu dem Statute vom 28. Febr. 1837 so rosenrote duftige Blüten hinhielt. Ferner haben diese Reibungen, hat das kecke Vorschreiten der Autonomie die hohe Wichtigkeit unserer Provinziallandtage aufs neue bekundet und die Apathie verscheucht, welche mit leichtem nebelgrauen Schleier die Augen unserer Loyalen überzog. Es ist das Interesse erwacht und gekräftigt. Endlich haben die Düsseldorfer Wahlen bewiesen, wie der Gutgesinnten Masse groß, kräftig und konzentriert sich darstelle, wie des Rheinländers gesunde Auge den Wolf noch kenne unter dem Schafskleid und wie das unpatriotische Treiben einer ultramontanen Partei, so laut und lärmvoll sie auch rufe, so schmeichelnd sie auch locke, unsern Landsleuten fern sei, welche Licht . . ., nicht aber den geborgten und falschen Reflex des konkaven Spiegels begehren. Die Autonomen werden jetzt jedenfalls trachten, in stiller Weise das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Sie werden Friedensanträge machen und Konzessionen vorschlagen. Das ‚Wer da!' der Patrioten wird aber ringsum von Wacht zu Wacht sich hören lassen und jede Überlistung unmöglich machen. Selbst zu einem Überfalle wie am Wahltag in Koblenz werden sie fortan zu schwach sein." — Dagegen wird im Verzeichnis der „Mitglieder zum 6. Rheinischen Provinziallandtag" bei Willemsen (S. 122 f.) unter den hier aufgeführten 13 Mitgliedern z. B. der Graf Franz Egon von Fürstenberg-Stammheim genannt, der wohl zu den „Autonomen" gehört haben dürfte.

[11] Ausgabe vom 8. Dez. 1839.

auch bei Wahlen im Rheinland ausschlaggebend sein könne, habe sich z. B. noch jüngst in Aachen gezeigt, wo bei den dortigen Landtagswahlen „der politische Verstand leider durch religiöse sehr falsch aufgefaßte Gründe" zurückgedrängt worden sei. So habe einer der bekanntesten und tatkräftigsten Bürger Aachens, David Hansemann, dessen Verdienste ihn geradezu zum „natürlichen Kandidaten für die Repräsentation Aachens bei den Landtagen" gestempelt hätten, bei den diesjährigen Wahlen, obwohl er selbst von einer Reihe befreundeter Katholiken den Wählern wärmstens empfohlen worden sei, nur eine Minorität erlangt, die nicht der Rede wert sei [12]. Die Niederlage Hansemanns war in der Tat eklatant, erhielt er, der sich um das von ihm bisher innegehabte Mandat des stellvertretenden Deputierten wieder bemüht hatte, doch nur 4 der 44 Wahlmännerstimmen, während die übrigen auf den Katholiken Jakob Springsfeld entfielen. Als Konkurrent gegen den bisherigen Abgeordneten, den Apotheker Dr. Monheim, hatte Hansemann ohnehin nicht anzutreten gedacht [13]. Da die Mehrzahl der Wähler in Aachen, wo die Wahlen nach den Worten des dortigen Regierungspräsidenten größeres Interesse als je zuvor und heftige politische und kirchliche Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen hatten [14], offenbar nicht bereit war, einem „Ketzer" ihr Vertrauen zu schenken [15], sah sich Hansemann zu dem demonstrativen Schritt veranlaßt, nicht nur das Präsidium der Handelskammer niederzulegen, sondern darüber hinaus ganz aus der Körperschaft auszutreten [16].

Da sich bei den Wahlen zum Handelsgericht in Aachen ebenfalls die Tendenz zeigte, die Protestanten von den öffentlichen Ämtern auszuschließen, kamen der der evangelischen Konfession angehörende Präsident, G. Wagner, sowie der zwar katholische, aber in gemischter Ehe lebende Handelsrichter J. G. van Gülpen, um ihre Entlassung ein [17].

Die Wahlen in Aachen hatten die Gemüter offensichtlich stark erregt, bildeten sie doch nach den Worten des Aachener Regierungspräsidenten noch lange den Gegenstand „vieler Besprechungen in höchst verschiedenem Sinne" [18].

Im ganzen, so lautete ein Bericht des Oberpräsidenten aus dem Jahre 1841, gehörten dem Landtage neben 28 Protestanten 52 Katholiken an, von denen 10 zur „ultrakatholischen Partei" zählten [19].

Mit einer baldigen Einberufung des Landtags war indes noch nicht zu rechnen. Hierzu schreibt die Allgemeine Zeitung am 11. März 1840, man habe in Berlin die Entdeckung gemacht, daß der rheinische Landtag „in der gewöhnlichen Reihenfolge denen der anderen Provinzen um ein Jahr voraus sei und daraus den Anlaß genommen", mit der Einberufung der Abgeordneten, „die täglich dem Konvokationsschreiben entgegensahen, einstweilen zu warten". Offenbar befürchtete man in Berlin, daß es angesichts der noch ungelösten erzbischöflichen Frage auf dem

---

[12] Ebd.; vgl. hierzu auch Qu. Nr. 225.
[13] Bergengrün S. 221 f.
[14] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für November 1839.
[15] Bergengrün S. 221 f.
[16] Ebd. — Erklärung Hansemanns abgedruckt bei Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 151 f.
[17] Vgl. ebd. S. 153 f.; 156.
[18] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für Dezember 1839.
[19] Croon S. 174.

Landtage zu unerwünschten Beschwerden kommen könne [20], was die im Laufe des Jahres dem Anscheine nach vorangeschrittene Konsolidierung der Verhältnisse in der Rheinprovinz hätte schwächen können.

Daß in der Tat die Glut religiöser Leidenschaft noch keineswegs überall erloschen war, bekundete sich z. B. im November 1839 in der Stadt Aachen, wo es seitens einer Reihe von katholischen Geistlichen zu Kontroverspredigten gegen den in Berlin erschienenen Gubitzschen Volkskalender, gegen gemischte Ehen und „ungebührliche Äußerungen" gegen die Reformatoren kam. Diese Ausfälle wiederum riefen in der „geringeren Volksklasse ... einige fanatische Äußerungen" hervor und waren offenbar die Veranlassung, daß an der evangelischen Kirche ein Plakat „schmähenden und drohenden Inhalts" angeheftet wurde. Unter der „größeren und besseren Einwohnerklasse" habe das Ganze allerdings wenig oder gar keinen Anklang gefunden, und „eine fortdauernde Bewegung der Gemüter" stehe daraus nicht zu befürchten. Auch werde aus den Landkreisen des Regierungsbezirks Aachen über die öffentliche Stimmung „nur Gutes und Beruhigendes" gemeldet [21]. Im Dezember 1839 schien auch in der „niederen Volksklasse" in der Stadt Aachen die Erregung weitgehend abgeebt zu sein. Die Gestaltung der „ökonomischen Verhältnisse" trat wieder in den Vordergrund [22]. So konnte die Aachener Regierung in ihrem Verwaltungsbericht für 1839 abschließend feststellen, daß sich das „Zutrauen der wohldenkenden Katholiken" zum Staat mehr und mehr befestige [23].

Auch die Regierung Koblenz gelangt in dieser Hinsicht im Bericht für Dezember 1839 zu einem befriedigenden Bild [24]. Die Stimmung müsse im allgemeinen als gut bezeichnet werden, hebt auch die Regierung Köln im gleichen Monat hervor. Man erfreute sich „der Ruhe und Erhaltung des Friedens" [25]. Auch aus der Rückschau — im Verwaltungsbericht für 1839 — betont die Regierung Köln, die Aufregung

---

[20] So heißt es in einem Artikel der Allgemeinen Zeitung vom 11. März 1840: „Es war fast nicht denkbar, daß die Sitzungen ohne irgendeine unangenehme Szene ablaufen würden, die, ohne der allgemeinen Sache zu nützen, nur neue Aufregung bringen kann. Das System des ruhigen Hinhaltens, welches die Regierung bis jetzt beobachtet hat, ist nicht ohne gute Früchte geblieben und hat, da sie sonst nicht verfehlt hat, gerechten Beschwerden abzuhelfen, viel dazu beigetragen, die ursprüngliche Aigrierung der Gemüter zu besänftigen." — Nach einer Meldung des Fränkischen Kuriers soll sogar verlautbar geworden sein, man erwäge auf dem Landtag eine förmliche Anklage wegen des Verfahrens gegen den Erzbischof und dessen Sekretär Michelis zu erheben, da dies den rheinischen Gesetzen zuwider sei (Wiedergabe in der Münchener Politischen Zeitung vom 21. Dez. 1839). — Zu diesem Fragenkomplex vgl. auch Qu. Nr. 227.

[21] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für November 1839.

[22] Ebd., Zeitungsbericht für Dezember 1839.

[23] Weiter heißt es hier: „Die erzbischöfliche Kirche zu Köln wird seit zwei Jahren von dem Generalvikar und Domdechanten Hüsgen verwaltet, ganz würdig und kanonisch, und hat sich der dagegen anfangs obwaltende Widerwille auch bald gelegt" (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. Nr. 472, Bericht der Abteilung des Innern). Allerdings nahm die Zahl der Geistlichen weiterhin ab, wofür Cuny die im Vergleich zu „anderen Beamten" (!) geringe Besoldung und „die kirchlichen Wirren im allgemeinen" verantwortlich machte (ebd., Verwaltungsbericht Cunys für 1839).

[24] „Die kirchlichen Angelegenheiten haben ihr Interesse namentlich bei der geringeren Klasse großenteils verloren, und das Vertrauen kehrt da, wo es besonders durch den Einfluß einzelner böswilliger oder überspannter Köpfe für eine Zeitlang erschüttert worden war, allmählich wieder zurück" (St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 959, 6. Jan. 1840).

[25] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16 300, Zeitungsbericht für Dezember 1839.

sei in der letzten Zeit kaum mehr durch Schriften, auswärtige Einwirkungen oder dramatische Ereignisse genährt worden [26].
Das Gesamtbild hatte sich gegenüber dem Ende des vergangenen Jahres zweifellos gewandelt.

14. Kapitel. Die kirchenpolitische Situation in den ersten Monaten des Jahres 1840

1. Die Ausweisung Laurents

Erweckte die preußische Staatsführung in ihrer kirchenpolitischen Konzeption auch weiterhin vielfach den Eindruck der Schwäche und des Wankelmuts [1], so ging diese angebliche Unentschlossenheit jedoch nicht so weit, daß man tatenlos zusah, wie sich in Aachen eine Entwicklung anbahnte, die sich möglicherweise zu einem neuen Krisenherd gestalten konnte, nämlich das dortige Auftreten Johannes Laurents, bis dahin Pfarrer in Gemmenich (Belgien), eng befreundet mit van Bommel und eines der rührigsten Mitglieder und Kontaktmänner der ultramontanen Bewegung. Da seine im Jahre 1839 erfolgte Ernennung zum Apostolischen Vikar für die nordischen Missionen mit Sitz in Hamburg auf den nachdrücklichen Widerstand der betroffenen protestantischen Staaten stieß, begab er sich zunächst nach Aachen, wo weite Kreise der Bevölkerung aus ihrer Anhänglichkeit an den im Rufe großer Frömmigkeit stehenden Titularbischof kein Hehl machten. Das aber rief die zutiefst erschrockenen Vertreter der preußischen Staatsverwaltung auf den Plan, die, offenbar in der Besorgnis, es könnte sich hier ein weiterer Krisenherd entwickeln, konsequent alle zu Gebote stehenden Machtmittel einsetzten und Laurent des Landes verwiesen [2].
Nach der Darstellung des Aachener Regierungspräsidenten soll die Ausweisung Laurents allerdings — darauf hatte dieser auch wohl gehofft [3] — hier ungünstig auf die Volksstimmung eingewirkt haben. Indes ließ die Erregung über diesen Vorfall auch in Aachen angesichts der Freuden des Karnevals, der in diesem Jahr mit einem größeren Aufwand und einer allgemeineren Teilnahme als in früheren

---

[26] Vgl. im einzelnen Qu. Nr. 226.

[1] Dieser Ansicht gibt z. B. der preußische Gesandte in Württemberg und in der Schweiz, von Rochow, in einem Brief aus Luzern vom 28. Juli 1839 Ausdruck: „Rom geht sehr konsequent den alten Weg. — wir dagegen schwanken" (Briefe des ... Theodor Heinrich Rochus von Rochow ..., hrsg. v. E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 186). Ähnlich ein Brief desselben aus Interlaken vom 12. Aug. 1839: „Was die kirchliche Angelegenheit betrifft, so fällen derweilen selbst diejenigen, welche anfangs den strengen Maßregeln entschieden Beifall zollten, ein anderes Urteil. Man findet, daß Preußen im Verlauf der Dinge mehr Blöße gegeben, als zu erwarten stand, und sich nachgerade in die mißlichste Lage verfahren hat ..." (ebd. S. 188 f.). — So sei auch, wie Rochow aus Stuttgart am 24. Nov. 1839 schreibt, die Stimmung in Berliner Regierungskreisen nicht die beste: „In kirchlichen Dingen ist immer noch nichts entschieden. In Berlin klagt man von allen Seiten. Fürst Wittgenstein schimpft" (ebd. S. 189 f.).

[2] Detailschilderung bei F. Keinemann, Die Ausweisung des Titularbischofs Johannes Laurent aus Aachen 1840, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins Bd. 82, Aachen 1972, S. 69—75.

[3] Vgl. Kreiten S. 32.

Jahren gefeiert worden sein soll, bald nach [4]. Dafür, daß der Vorfall rasch der Vergessenheit anheimfiel, trug ferner nicht zuletzt die Haltung der Kurie bei, die sich auf österreichische Vermittlung hin zu einem Einlenken bereitfand. Anstelle Laurents, den der Papst am 1. Dez. 1841 zum Apostolischen Vikar von Luxemburg ernannte, wurde der Administrator von Osnabrück, Bischof Lüpke, mit der Verwaltung des Apostolischen Vikariats im Norden beauftragt [5], und gegen ihn wurden, zumindest seitens der preußischen Regierung, keine Einwendungen erhoben [6].

Trotz der unangenehmen Erfahrungen Laurents schien es kurz darauf zu einem ähnlichen Fall zu kommen. Nachdem Laurent seine ihm angeblich von der ultramontanen Propaganda zugedachte Aufgabe, sich in die Rheinprovinz „einzuschwärzen" und nach seiner Etablierung weitere „zuverlässige" Geistliche einzuschleusen, wegen seiner Ungeschicklichkeit habe aufgeben müssen, so heißt es in einem Bericht an Bodelschwingh vom 21. März 1840 [7], tauchte an seiner Stelle der bei der preußischen Verwaltung berüchtigte Kaplan Montz, ein ehemaliger Schützling von Michelis — er hatte nach seiner Flucht aus Köln am 23. Nov. 1837 bei van Bommel Aufnahme gefunden [8] — bei seinem Oheim, dem Pfarrer Keller, in Burtscheid auf [9]. Nach der bildhaften Formulierung in einem zeitgenössischen Pressebericht war die Stelle, welche Laurent „auf dem Theater" des Aachener „Volkslebens" bisher eingenommen hatte, durch Montz wieder besetzt worden [10]. Die preußische Administration zeigte sich aufgeschreckt, vertrat doch z. B. der Aachener Regierungspräsident Cuny die Ansicht, daß Montz ein „Kundschafter nicht nur der ultramontanen Partei, sondern auch insbesondere von Agenten des päpstlichen Stuhles" sei [11]. Dem Wirken von Montz wurde daher rasch ein Ende gesetzt. Der Generalvikar Hüsgen untersagte ihm „alle und jede kirchliche Handlung in der ganzen Erzdiözese für immer" [12]. Die Zusammenarbeit zwischen der geistlichen Oberbehörde und dem Gouvernement funktionierte in der Krisenzeit der Kölner Wirren zweifellos hervorragend, ein nicht unwesentlicher die Position des Staates stützender Faktor.

---

[4] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für Februar 1840; Allgemeine Zeitung vom 11. März 1840.
[5] Vgl. Qu. Nr. 264; Metzler S. 187.
[6] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Korrespondenz Fasz. 195, Ber. Trauttmannsdorffs aus Berlin vom 21. Jänner 1841. — Vergeblich hatte sich Laurent um eine Intervention der französischen Regierung bemüht (Metzler S. 186). — Es heißt, daß Laurent wegen seines Verhaltens in Aachen von Fornari zur Untersuchung gezogen worden sei (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4856, Ber. aus Köln vom 21. März 1840). Angesichts der Tatsache, daß Laurent formell in seinem Amt belassen und später sogar zum Apostolischen Vikar für Luxemburg erhoben wurde, ist diese Meldung jedoch mit einem Fragezeichen zu versehen. Vielmehr scheint er sich während eines anschließenden zweijährigen Aufenthaltes in Rom bis Dezember 1841 der besonderen Gunst Gregors XVI. erfreut zu haben (Zur Erinnerung an den Hochwürdigsten Herrn Johannes Theodor Laurent, Als Manuskript gedruckt, Aachen 1884, S. 26 f.).
[7] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4856, Ber. aus Köln vom 21. März 1840.
[8] Ebd., Ber. aus Köln vom 21. Jan. 1839.
[9] Ebd., 21. März 1840.
[10] Hamb. Unpart. Corr. vom 6. April 1840.
[11] St. A. Koblenz, Abt. 403 Nr. 4856, an Bodelschwingh, 26. März 1840.
[12] Ebd., Hüsgen an Bodelschwingh, 25. März 1840.

2. Die weitere Entwicklung der Volksstimmung

Geriet der „Fall Laurent" in Aachen rasch in Vergessenheit, so daß sich im April 1840 allgemein im Regierungsbezirk eine „gute" öffentliche Stimmung bekundete[1], so bot sich auch im Regierungsbezirk Koblenz nach den Zeitungsberichten der dortigen Regierung[2] offensichtlich weiterhin ein ruhiges Bild. Lediglich der Landrat des Kreises Goar gibt am 29. Jan. 1840 der Ansicht Ausdruck, daß nach seinen Beobachtungen in den Gemütern der Katholiken das Mißbehagen über den Zwiespalt in der kirchlichen Frage immer noch wurzele. Eine baldige Beilegung des Konflikts sei daher nach seiner Meinung, vor allem auch wegen der sich wieder abzeichnenden „napoleonischen Gelüste" der westlichen Grenznachbarn auf das linke Rheinufer dringend zu wünschen[3]. Daß in der Stadt Koblenz die ultramontane Partei, an der Spitze Cornely und Seydell, noch immer aktiv war, jedoch teilweise von der Pfarrgeistlichkeit wegen ihrer Agitation, offenbar insbesondere auch wegen ihres Führungsanspruchs, Opposition erfuhr, deutet ein Pressebericht an[4].

Im Regierungsbezirk Düsseldorf blieb die „allgemeine Stimmung" nach der Darstellung der dortigen Regierung im Zeitungsbericht für März 1840 „fortwährend gut"[5].

Zeichnete sich auch im Raum Köln derzeit ein äußerlich relativ ruhiges Erscheinungsbild ab[6], so warnte jedoch Gerlach davor, hieraus auf eine wirkliche Umwandlung und Verbesserung der öffentlichen Stimmung zu schließen. Zwar gebe es der Gutgesinnten eine nicht unbedeutende Zahl. Sie stellten aber eine Minderheit dar: „Die Gegner freuen sich noch heute über alles, was dem Gouvernement Nachteiliges widerfährt. Sie verfolgen unablässig den katholischen Klerus, welcher es mit dem Staate hält, und regen auf, soviel es im dunklen anonymen Schleichen nur immer möglich ist"[7]. Demgegenüber findet sich in einem zeitgenössischen Pressebericht, allerdings einige Wochen später[8], die Auffassung — und dieser ist auch wohl aufgrund der vorliegenden Anzeichen sowie bei Berücksichtigung des Hinter-

---

[1] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für April 1840. — Erfreut weist auch der Aachener Regierungspräsident im Zeitungsbericht für Mai 1840 (ebd.) auf die bei der Feier anläßlich der 25jährigen Vereinigung mit Preußen, insbesondere in der Landgemeinde Immendorf im Kreise Geilenkirchen, hervorgetretenen „treuen Gesinnung" hin. — Im übrigen scheint man in der Rheinprovinz, darauf verweist ein im Hamb. unpart. Corr. vom 12. Juni veröffentlichtes Schreiben („Von den Ufern des Rheins, Anfang Mai"), das Jubiläum der 25jährigen Zugehörigkeit zum preußischen Staat und den hundertsten Jahrestag des Regierungsantritts Friedrich II. in recht unterschiedlicher Weise begangen zu haben. Befremdlich erscheint dem Einsender die Tatsache, daß die Presse diese Ereignisse nicht gebührend gewürdigt habe.

[2] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 959—960.

[3] Vgl. Qu. Nr. 224.

[4] Hamb. Unpart. Corr., vom 18. März 1840.

[5] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16 222. Ähnlich die Darstellung in den folgenden Monaten.

[6] Im Zeitungsbericht der Regierung Köln heißt es etwa für Januar 1840: „Öffentliche Stimmung: ist befriedigend", für Februar 1840: „Von der öffentlichen Stimmung läßt sich, sofern von Köln die Rede ist, kaum etwas sagen, da sie von der Lust und frohen Laune des Karnevals ganz eingenommen war"; für März 1840: „... Es wurde glänzend und mit so allgemeiner Teilnahme und froher Hingebung gefeiert wie fast nie zuvor. Nicht die geringste Unordnung oder Störung trübte die Feier, und sie hielt sich in ihren Anspielungen gleich weit entfernt von der Politik des Staates wie von dem Gebiete der Kirche" (DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16 300).

[7] Ber. vom 11. Jan. 1840 (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 159 f.).

[8] Hamb. Unpart. Corr. vom 11. Mai 1840.

grundes des schon seit Jahren unter der preußischen Administration zu verzeichnenden materiellen Aufschwungs[9], also einer langfristigen Strukturentwicklung, im großen und ganzen zuzustimmen —, daß „im größeren Publikum", also der Masse der Bevölkerung, im niederrheinischen Raum „das Interesse an der früheren Aufregung" merklich abgenommen habe[10]. So habe das Gerücht, der König habe befohlen, den Erzbischof wieder in seine Funktionen einzusetzen, kaum Aufsehen erregt, zumal man fühle, wie gerade in diesem Punkte der Regierung jede Nachgiebigkeit fast unmöglich gemacht worden sei. Was im übrigen die Geistlichkeit betreffe, so hätten nur wenige von ihnen, meist auf dem Lande, die Fastenzeit zu Kontroverspredigten benutzt.

Daß freilich der Kern der Ultramontanen, insbesondere in Köln, wenn man auch nicht immer offen hervorzutreten wagte, dem Staat weiterhin feindlich gegenüberstand, zeigte sich bei der Neugründung einer Zeitung in Köln, der Rheinischen Allgemeinen. Offenbar erweckte die Tatsache der Konzessionsverleihung in einer Zeit, als es einem anderen Blatte unmöglich war, eine solche zu erhalten, den Eindruck, als handele es sich um ein von der Regierung gefördertes Blatt, mit dem sie die öffentliche Meinung zu beeinflussen suche. So warnten am 21. Jan. 1840 die Kölner Pfarrer Beckers und Kerp nachdrücklich vor der neuen Zeitung, und in der Nacht vom 25. zum 26. Januar fand sich an dem Laden des für das Blatt in Aussicht genommenen Verlegers Josef Ritzefeld ein Plakat mit der Aufschrift:

„Haß den Abonnenten der antikatholischen Zeitung! Nieder mit den Redakteurs Dr. Rave und Dr. Schulte! Das Krebsübel unserer Religion. Lieber unsere Öffentlichkeit monopolisiert, als das um sich fressende Gift geduldet! Ihr Katholiken, bereitet euch zu streiten, man will uns unterdrücken, uns reformieren, die neue Zeitung soll ein Mittel dazu sein. Tod dem, der sich den Gerechten nennt, und seinen Anhängern, weil er unseren Glauben nicht schätzt! Aber Ehre und Leben den ehrwürdigen Männern, die frei und wahr zum Volke reden, welche die Schleichmittel

---

[9] Darauf wird z. B. auch in einem Hamb. Unpart. Corr. vom 28. Mai 1840 veröffentlichten Schreiben „vom Rhein" hingewiesen: „Unsere Rheinlande bieten den erfreulichen Anblick stets zunehmenden Gedeihens, und die 25jährige Einverleibung derselben unter die Krone Preußens darf mit vollstem Rechte bei uns gefeiert werden ... Man entsinnt sich aber recht gut, wie es vor einem Vierteljahrhundert bei uns aussah und wie namentlich die wissenschaftlichen Anstalten in jeglicher Hinsicht seit der Zeit bei uns gefördert worden, wobei wir jedoch nicht verkennen, daß auch in materiellen Beziehungen Großes geschehen ist. Man besuche Koblenz, Köln, Düsseldorf, Elberfeld, und wird freudig erstaunen, welche Verschönerung der Städte, welche Zunahme der Seelenzahl und des Reichtums stattgefunden hat." Ergänzend hierzu ein am 27. Juni im gleichen Blatt veröffentlichtes Schreiben: „... katholisches und evangelisches Schulwesen haben großartige Förderung erhalten, noch vor kurzem ist das zweite katholische Schullehrer-Seminar gegründet ... Materiell hat nicht nur der Handelsstand durch den Zollverein gewonnen, sondern auch im allgemeinen das Rheinland ... Die Politik, welche sogar im Jahre 1830 den Frieden aufrecht erhalten, hat uns wesentlich genutzt, ebenso die gewandte Lösung der belgischen Frage im Jahre 1839."

[10] Diesen Eindruck bestätigen auch die Zeitungsberichte der Regierung Köln. So heißt es für April 1830: „Am 7. April wurde durch ein Mittagessen, an welchem im ganzen 120 Personen teilnahmen, die 25jährige Feier des deutschen Freiheitskrieges in hiesiger Stadt festlich begangen und dabei der gleichzeitigen Dauer der Vereinigung dieser Provinz mit dem Mutterstaate jubelnd gedacht", und für Mai 1840 wird bemerkt: „Die öffentliche Stimmung spricht sich fortwährend günstig aus" (DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16 301).

der Regierung entdecken und das Gift ausrotten wollen! Zeigt, daß ihr Katholiken seid, habt Mut! Tod den Ketzern!“ [11].

Gegen diese Pressionen wurde mit Nachdruck in einer Einsendung an den Hamburgischen Unparteiischen Correspondenten (5. März 1840) Stellung genommen, stehe doch eine derartige Unterdrückung der Pressefreiheit im Widerspruch zur Grundtendenz der Zeit, der Emanzipation von Bedrückung und Bevormundung. Wenn die hierarchische Partei zu derartigen „tyrannischen Zwangsmaßregeln“ Zuflucht nehme, so offenbare sie freilich hierdurch im Grunde ihre Schwäche, da sie offenbar die freie Meinungsäußerung anderer fürchte.

Fand auch ein Anfang März 1840 bekanntgewordener Beschluß des Gouvernements, den katholischen Geistlichen künftighin ein Minimumgehalt von 300 Tlr. zu garantieren, viel Beifall [12], so reichte doch eine solche Maßnahme noch nicht aus, um der ultramontanen Agitation in entscheidendem Maße das Wasser abzugraben. Zu grundsätzlichen Konzessionen zeigte sich indes Friedrich Wilhelm III., der noch im Februar 1840 in einigen Fällen seine Unduldsamkeit gegenüber den Katholiken bekundet hatte [13], auch weiterhin nicht bereit.

Mit dem Tode des alten Herrschers am 7. Juni 1840 eröffneten sich jedoch bessere Aussichten für eine Versöhnung zwischen Staat und Kirche, wenngleich nicht zu übersehen war, daß einem „Friedensschluß“ noch beträchtliche Schwierigkeiten im Wege standen.

3. Der Thronwechsel in Preußen

Selten ist einem Thronwechsel mit so großen Erwartungen entgegengesehen worden wie dem vom Sommer 1840 [14]. Innerhalb und außerhalb Preußens herrschte die Ansicht, daß mit dem Tode Friedrich Wilhelms III. ein Zeitalter an sein Ende gekommen sei und eine große Wende aller Dinge bevorstehe [15], nachdem die letzten Jahre recht trübe gewesen seien [16]. Das betraf neben der in weiten Kreisen gehegten Hoffnung, daß Friedrich Wilhelm IV. dem Lande bald die verheißene Verfassung geben werde [17], vor allem auch die Regelung der kirchenpolitischen Fragen.

---

[11] Klutentreter Teil I S. 43.

[12] Allgemeine Zeitung vom 11. März 1840.

[13] So lehnte er es trotz mehrfacher Vorstellungen ab, die Söhne des „braven“ Franz Bertram von Nesselrode-Ehreshofen in die königliche Garde aufzunehmen, offensichtlich sehr zur Erbitterung dieser Familie. Auch dem General von Luck, der seine Kinder katholisch taufen ließ, ließ er seine Ungnade spüren (v. d. Marwitz S. 284 f.).

[14] Schoeps, Neue Quellen zur Geschichte Preußens im 19. Jahrhundert S. 370.

[15] Derselbe: Preußen, Geschichte eines Staates, 6. Aufl. 1967, S. 186; Flathe S. 417. — In diesem Sinne berichtet auch der Königsberger Ferdinand Falkson: „Niemals haben sich an einen Thronwechsel größere Hoffnungen geknüpft. Man erwartete die größten Veränderungen, man erzählte von den Absichten des Königs die wunderbarsten Dinge. Die hochgespannten Erwartungen brachten unversehens ein starkes Maß von Aufregung in die Gemüter. Jetzt wird es anders werden, es beginnt eine neue Zeit: das konnte man überall hören. Worauf sich diese Hoffnungen stützten, darüber konnte niemand zuverlässige Auskunft geben“ (S. 32).

[16] Gerlach S. 245.

[17] Hasenclever S. 80. — Schließlich war doch vielen bekannt, daß sich der Kronprinz während der letzten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms III. unausgesetzt mit den ständischen Angelegenheiten beschäftigt hatte (Reumont, Aus Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen S. 273). — Allerdings fehlte es nicht an Stimmen, die sich

Wenige Wochen zuvor war bereits ein weiterer Repräsentant des vergangenen Zeitalters, Karl Freiherr von Stein zum Altenstein (genannt Altenstein), der seit 1817 dem Ministerium der geistlichen-, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vorgestanden hatte und als Mann von „eminenter Fähigkeit" galt [18], verstorben und unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit beigesetzt worden [19]. Allerdings wurde sein Hinscheiden von Kreisen, die der Staatsregierung nahestanden, kaum als Verlust bezeichnet, hatte doch in den letzten Jahren „sein zauderndes die Geschäfte hemmendes Verfahren" die übrigen Ministerien oft zur Verzweiflung gebracht [20]. Auch war es bezeichnend für die mangelhafte Koordination in der Staatsführung gewesen, daß Altenstein und der König schon seit Jahren nicht mehr zusammengetroffen waren [21]. Nunmehr ergab sich auch in diesem Bereich die Möglichkeit, durch die Ernennung eines neuen, durch die Kölner Vorgänge unbelasteten, tatkräftigen und angesehenen Nachfolgers dem Kultusministerium neue Impulse zu geben, so daß auch diese Stelle wieder in der Lage war, in enger Zusammenarbeit mit dem König und anderen Ministerien an der Beilegung der kirchlichen Wirren mitzuwirken.

Als Persönlichkeit hoch geachtet, ist Friedrich Wilhelm III., den die denkwürdigen Ereignisse in der Epoche der Freiheitskriege, sein angeblich vorbildliches Familienleben und sein ehrwürdiges Alter offenbar zu einer Vaterfigur gestempelt hatten [22], nicht nur in Berlin [23], sondern auch in der westlichen Grenzprovinz offensichtlich ehrlich betrauert worden. Erschienen die Zeichen der äußeren Anteilnahme im Regierungsbezirk Düsseldorf [24] und besonders im Bergischen Land bemerkenswert [25], so war nach den Worten des Aachener Regierungspräsidenten im dortigen Raum die Wirkung der Trauerbotschaft nicht minder ergreifend. Selbst dort, wo sich etwa bisher „feindselige Elemente" gezeigt hätten, hätten auch sie „bei der allgemeinen Erschütterung der Gemüter" an Stärke verloren und zeigten sich nunmehr,

in bezug auf die Realisierung des Verfassungsversprechens skeptischer zeigten. So schreibt z. B. der Münsteraner Johann Hermann Hüffer: „Dem neuen König Friedrich Wilhelm IV. ging der Ruf geistiger Befähigung, sarkastischen Witzes voran; ob er freisinnig, ob aristokratisch gesinnt sei, ob er das Versprechen einer Reichsverfassung halten werde, welches sein Vater gegeben, aber nie erfüllt hatte, darüber waren die Meinungen geteilt, und ängstlich erwartete man die Lösung dieser Fragen. In diesem Sinne wurden alle Handlungen der neuen Regierung mit Argusaugen überwacht" (Johann Hermann Hüffer S. 142).

[18] Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 70 Verz. 31 Bü 5 Bl. 205, Ber. v. Lindens aus Berlin vom 20. Dez. 1841; vgl. auch die Laudatio im Hamb. unpart. Corr. vom 22. Mai, 6. Juli 1840.

[19] Bericht in der Allgemeinen Zeitung vom 17. und 23. Mai 1840.

[20] Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1 Konv. 86 Fasz. 48 Nr. 24, Ber. Schaeffer von Bernsteins aus Berlin vom 14. Mai 1840.

[21] Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 70 Verz. 31 Bü 5 Bl. 24—23, Ber. v. Lindens aus Berlin vom 26. Aug. 1840.

[22] Reumont, Aus Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen S. 275; Trollope S. 103—105; vgl. auch Falkson S. 30 f.

[23] Varnhagen von Ense, Tagebücher Bd. 1 S. 184 f.; Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates S. 186.

[24] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16222, Zeitungsbericht der Regierung Düsseldorf für Juni 1840.

[25] So heißt es in dem in der Allgemeinen Zeitung vom 5. Juli 1840 veröffentlichten Artikel „Rheinpreußen beim Tode Friedrich Wilhelms III.": „Stadt und Land tragen eine düstere Physiognomie; die Damen aller Stände erscheinen in freiwilligem Traueranzug; hier in Barmen und Elberfeld hängen Trauerfahnen von den Häusern der Vermögenderen heraus".

jedenfalls nach außen hin, zur Aussöhnung bereit. Sogar der Vikar Istas habe anläßlich des am 19. Juli in sämtlichen Pfarrkirchen des Bezirks begangenen Gedächtnisses für den verstorbenen König vor seiner Gemeinde mit Wärme von den erhabenen Tugenden des Hingeschiedenen gesprochen, wenn er auch dabei „mit einiger Herbheit" die kirchlichen Spaltungen berührt und die Hoffnung bekundet habe, diese nunmehr bald beseitigt zu sehen [26]. Auch der Kölner Regierungspräsident Gerlach berichtete am 30. Juni 1840 davon, daß im verflossenen Monat das Hinscheiden des Königs „hier nur allein die Gemüter" beschäftigt habe [27]. In ähnlichem Sinne äußerten sich die Regierungspräsidenten in Koblenz [28], Düsseldorf und Trier [29]. Allerdings fiel bei dem am 19. Juli in Trier stattgefundenen Trauergottesdienst die Rede Arnoldis nach den Worten des Regierungspräsidenten von Schaper „so kalt und nichtssagend" aus, „daß man versucht war zu glauben, es handele sich darin nicht um unsern heißgeliebten König, sondern um den Kaiser von China oder einen andern uns ganz fernstehenden Regenten". Dagegen hätten bei dieser Gelegenheit „andere gewöhnliche Landpfarrer ... weit vorzüglicher" gesprochen [30].

Der offenbar weithin verbreiteten Stimmung der Anteilnahme, aber auch der Hoffnung auf den neuen König gibt ein Korrespondent in der Allgemeinen Zeitung vom 23. Juni 1840 Ausdruck:

„Vom Niederrhein, 16. Juni. — Die Nachricht von dem Tode des Königs hat auch hier, obgleich man seit einiger Zeit darauf vorbereitet war, eine tiefe Wirkung hervorgebracht. Selbst diejenigen, welche sich bisher, durch die religiösen Streitigkeiten aufgeregt, am leidenschaftlichsten geäußert haben, geben unwillkürlich dem Gefühle nach, welches verlangt, daß der Tod alles versöhne, und denken nur noch an den Menschen, der hinübergegangen und an dem kein Makel haftet. Die Ehrfurcht, welche hier und da zurückgedrängt worden, tritt wieder siegreich hervor und erweckt die allgemeine Trauer, während zu gleicher Zeit die größten Hoffnungen auf den neuen König gesetzt werden ... Man glaubt ... mit Bestimmtheit, von ihm manches zu erhalten, dessen Versagung bisher die Gemüter verstimmt hat" [31].

Wurde, wie Gerlach und Spiegel berichten, die Rückkehr des Erzbischofs von vielen Seiten verkündet [32], so kursierte ferner das Gerücht, der neue König werde

---

[26] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für Juli 1840. — Ähnlich Zeitungsbericht des Aachener Oberbürgermeisters für Juni 1840 (Stadtarchiv Aachen Caps. 10 Nr. 1 I).

[27] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 182 Nr. 51. — Gerlach fügt jedoch hinzu, er könne allerdings nicht verhehlen, daß „die unversöhnlichen Feinde des preußischen Königsthrones" alles daran gewendet hätten, um nachteilige Gerüchte zu verbreiten (ebd.). Auch habe der Pastor Claessen zu Paffendorf im Kreise Bergheim „wegen seiner Renitenz bei dem Trauerläuten für des verstorbenen Königs Majestät" von der Regierung in eine Ordnungsstrafe von 10 Tlr. genommen werden müssen (ebd. S. 195). Vgl. auch Qu. Nr. 258.

[28] Vgl. Qu. Nr. 229.

[29] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 184 f.; Qu. Nr. 230; DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16222, Zeitungsbericht der Regierung Düsseldorf für Juni 1840.

[30] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 194.

[31] Von diesem dem neuen König von der Bevölkerung entgegengebrachten Vertrauen ist in der Tat auch in landrätlichen Berichten die Rede, so z. B. dem des Landrats von Saarlouis vom 31. Juli 1840.

[32] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 183; 185. — Wie der Oberpräsident von

jährlich längere Zeit am Rhein, in Köln oder auf dem Stolzenfels Residenz halten [33]. Zieht man fernerhin die im Herbst 1840 durch die französischen Prätentionen ausgelöste patriotische Begeisterung [34] in Betracht, dann ist es durchaus glaubhaft und verständlich, daß nicht nur in Berlin und Königsberg [35], sondern auch weithin in der Rheinprovinz das Geburtstags- und Huldigungsfest des soeben zur Regierung gelangten Monarchen am 15. Okt. 1840 „mit Glanz und Herrlichkeit" gefeiert wurde [36]. In bemerkenswerter Eintracht wetteiferten hierbei selbst

---

Bodelschwingh hierzu am 17. Juli 1840 weiter ausführt, sei der Glaube an ein baldiges Ende der Kölner Wirren nicht zuletzt dadurch hervorgerufen worden, daß es der jetzige König gewesen sei, der vor allem die Wahl Droste-Vischerings zum Kölner Erzbischof bewirkt habe, daß er an dem Beschluß über die Abführung desselben nicht beteiligt gewesen sei und daß sich in der Umgebung des neuen Herrschers eine Reihe von Männern befinde, deren ausgeprägte Religiosität und Widerwille gegen den Rationalismus sich offen bekundet hätten (ebd. S. 187 f.). — In gewissen Kreisen der Kölner Bevölkerung hielt man die Rückkehr des Erzbischofs für so gewiß, daß bereits mehrere Male kleinere Gruppen bis vor die Tore der Stadt eilten, um Zeugen seiner Ankunft zu sein (Augsburger Postzeitung vom 8. Juli 1840). Zur gleichen Zeit soll in Aachen das Gerücht ernsthaften Glauben gefunden haben, daß der Generalvikar Hüsgen gestorben sei (Hamb. unpart. Corr. vom 9. Juli 1840).

[33] Hansen, Mevissen S. 234.

[34] Vgl. die Ausführungen im folgenden Kapitel.

[35] Vgl. v. d. Marwitz S. 354—368; Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert Bd. 5 S. 49 ff.; Karl Streckfuss, Der Preußen Huldigungsfest, nach amtlichen und andern sichern Nachrichten und eigener Anschauung zusammengestellt, Berlin 1840. Sehr ausführlich und stimmungsvoll auch die Berichte im Hamb. unpart. Corr. vom 10. Okt. ff. — Den beeindruckenden Enthusiasmus, von dem die Teilnehmer an den Feiern in Berlin und Königsberg allgemein beseelt gewesen seien, heben ausnahmslos auch diplomatische Beobachter hervor (H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin Kart. 90, Berichte 1841 I—IV, Nr. 8 A-E; Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe 48/2639 Nr. 39 Bl. 362—363- u. a.). — Von der nachhaltigen Wirkung „jener epochemachenden Thronrede" weithin in Kreisen des preußischen Großbürgertums, insbesondere in Schlesien, berichtet auch Wilhelm Foerster in seinen Lebenserinnerungen (S. 5). — Vor allem wurden auch Schichten und Kreise, in denen das Kölner Ereignis mehr oder weniger Verstimmung hervorgerufen hatte, von der Ausstrahlungskraft dieses allgemeinen Enthusiasmus in der Umgebung des Königs erfaßt. So schreibt z. B. der damals immer noch nicht wieder in den preußischen Staatsdienst aufgenommene Ferdinand von Galen (vgl. über ihn unten S. 382 ff.): „Nicht ohne Wehmut kann ich an die hoffnungsvolle Begeisterung zurückdenken, mit welcher während der unvergeßlichen Huldigungstage Friedrich Wilhelm IV. uns alle erfüllte ..." (Archiv Galen-Assen F 524). — Über ein bemerkenswertes Echo berichtet auch der Düsseldorfer Regierungspräsident am 12. Nov. 1840: „Die zurückgekehrten Huldigungsdeputierten werden von allen Seiten bestürmt, um Mitteilungen über die großartigen Szenen der Huldigungsfeierlichkeiten zu machen. Sowohl Erzähler als Zuhörer vereinigen sich dann bald im Lobe wie in Bewunderung S. M. des Königs. Man darf behaupten, daß selten ein Ereignis einen günstigeren Eindruck auf die ganze Bevölkerung gemacht hat, als der 15. Oktober, die ihn begleitenden Reden des Monarchen und die ihm folgenden Feste" (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I Nr. 67 S. 274). — Auch im Regierungsbezirk Aachen sind die Schilderungen heimgekehrter Deputierter von der ihnen bezeigten „Huld und Leutseligkeit" seitens des Königs offenbar nicht ohne positive Rückwirkungen auf die Stimmung weiter Bevölkerungskreise geblieben (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für Oktober 1840). — Liegen aus dem Regierungsbezirk Koblenz keine Schilderungen vor, so ist doch bemerkenswert, daß selbst ein so engagierter Katholik wie Dietz vom Auftreten des Königs begeistert und in bezug auf die kirchlichen Angelegenheiten beruhigt zurückgekehrt war (Ketteler an seinen Bruder Wilderich, Lembeck, 6. Dez. 1840; Raich S. 69).

[36] Allgemeine Zeitung vom 15. Okt. 1840; Hamb. unpart. Corr. vom 23. Okt. 1840. — So wurde z. B. in Düsseldorf der 15. Oktober nach zeitgenössischen Berichten mit solcher Herzlichkeit und Innigkeit gefeiert, wie man sie „noch nicht erlebt hatte" (Most, Geschichte der Stadt Düsseldorf Bd. 2 S. 59). — Über den besonderen preußisch-

im Regierungsbezirk Aachen die „Priester aller Konfessionen“ [37]. In diesem Zusammenhang bemerkt ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung [38]:
„Die Stimmung war allerdings einmal schwierig, als die religiösen Zwistigkeiten noch in ihrer ersten Frische waren, aber selbst damals trieb man nur Opposition, ohne sich nach einer Trennung zu sehnen. Und jetzt ist es auffallend, wie selbst apathische Gemüter mit Liebe und Hoffnung zu dem Fürsten aufblicken, der sich als Kronprinz schon die innigste Anhänglichkeit zu erwerben gewußt hat ... Dies mag den Franzosen als ein Beweis gelten, welche Sympathien sie hier finden würden.“
Die letzte Bemerkung enthält eine deutliche Anspielung auf die im Jahre 1840 unverhohlen hervorgetretenen Prätentionen Frankreichs auf das Rheinland und die dadurch hervorgerufene europäische Krise, die einen weiteren Prüfstein für das ohnehin mit ungelösten Problemen reichlich beladene neue Staatsoberhaupt bilden sollte.

15. Kapitel. Die französischen Ansprüche auf das linke Rheinufer, die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit und die Haltung der Rheinländer

Nachdem die belgische Streitfrage vor einiger Zeit beigelegt worden war und auch die belgische Presse, offenbar aus wirtschaftspolitischen Einsichten, sich anschickte, den bisher weithin gegenüber Preußen angeschlagenen feindseligen Ton zu mildern [1], bescherte nunmehr das Jahr 1840 Europa eine außenpolitische Krise ernstesten Charakters, die zeitweilig von einem großen Kriegsbrand nicht mehr weit entfernt schien und die auch für die Entwicklung der Volksstimmung in der Rheinprovinz von größerer Bedeutung werden sollte.
Der im Juli 1840 in London zwischen England, Rußland, Preußen und Österreich abgeschlossene Vertrag zur Befriedung der Levante [2] hatte Frankreich in der orientalischen Frage eine peinliche Niederlage gebracht [3]. Die dadurch verständlicherweise in Paris hervorgerufene Erregung nahm dabei Ausmaße an, wie man sie wohl kaum erwartet hatte. Das französische Selbstbewußtsein fühlte sich offenbar so gedemütigt, daß es „aus einem außenpolitischen Problem ein Problem der nationalen Ehre“ machte [4]. Das am 1. März 1840 eingesetzte Kabinett Thiers [5]

---

patriotischen Akzent der Feierlichkeiten in Neuß vgl. Qu. Nr. 250. — Nach den Worten Gerlachs war in Köln „die äußere Erscheinung des Tages eine echt preußische“ (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 273 Nr. 66). — Die Koblenzer Regierung gelangt in ihrem Zeitungsbericht für Oktober 1840 aufgrund der ihr zugekommenen Berichte und von ihr gemachten Beobachtungen zu der Folgerung, daß die Anhänglichkeit der Rheinländer an den preußischen Staat und dessen Regentenhaus für immer befestigt erscheine (St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 960). — Ähnlich Zeitungsbericht des Aachener Oberbürgermeisters für Oktober 1840 (Stadtarchiv Aachen Caps. 10 Nr. 1 I).

[37] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für Oktober 1840.

[38] Ausgabe vom 15. Okt. 1840.

[1] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 24. Jan. 1840.

[2] Vgl. hierzu und zur Vorgeschichte: d'Haussonville S. 143—190.

[3] Deetjens S. 6.

[4] Theodor Schieder, in: Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte 8. Aufl. 1960 S. 118. — In diesem Sinne charakterisiert auch ein zeitgenössischer deutscher Publizist die damalige politische Stimmung weiter Kreise in Frankreich: „Sind innere Gärungen der

„erklärte nicht nur durch Worte, sondern durch Handlungen, daß es sich in seiner politischen Stellung für bedroht erachte, und das große Publikum sah sich aus der Ruhe aufgeschreckt, in welcher es seither gelebt hatte“ [6]. Die Bereitschaft, mit den Mächten des Londoner Vertrags gegebenenfalls auch in eine kriegerische Auseinandersetzung treten zu wollen, war unverkennbar, und hatten schon im Januar 1840 der Dichter Alphonse Lamartine in der Deputiertenkammer und der Herzog von Noailles in der Pairskammer den politischen Ehrgeiz der Franzosen in bezug auf die Rheingrenze wieder zu entfachen gesucht [7], so trat jetzt tatsächlich in zunehmenden Maße an die Stelle der entschwindenden Ziele im Orient der auch in vergangenen Jahrzehnten nie aufgegebene Traum von der Wiederherstellung der Rheingrenze [8]. „Die Aufregung im Volk war ungeheuer, kein Mensch dachte mehr an Syrien oder Ägypten; der eine Gedanke beseelte alle: jetzt werden die Lande links vom Rhein französisch“ [9]. Dabei hofften nicht unerhebliche Kräfte trotz der gegenteiligen Erfahrungen in den Jahren 1830—34 offensichtlich darauf, daß Frankreich als konstitutioneller und katholischer Staat sowohl in liberalen als auch katholischen Kreisen der rheinischen Bevölkerung nicht wenig Sympathien besitze und daß vor allem diese durch das schockierende Vorgehen der preußischen Staatsregierung gegen den Erzbischof verstärkt worden seien, was dem Gedanken eines Anschlusses an Frankreich einen günstigen Boden bereitet haben müsse [10]. Freilich dürfte nicht Solidarität mit der rheinischen Bevölkerung in erster Linie als Motiv hinter den französischen Annexionsrufen gestanden haben, vielmehr das Streben nach Machterweiterung. Man wollte in Frankreich, was im Hamb. unpart. Corr. vom 29. Juni 1840 in einer ausführlichen Abhandlung kritisiert wurde, offensichtlich weithin nicht einsehen, daß „das wahre Glück und die wahre Stärke der Völker nicht in der Ausdehung ihrer geographischen Grenze,

---

vielfachen Parteien da, so müssen dieselben abgeleitet und neutralisiert werden; es mag das nach Algier oder nach Ankona oder nach Belgien oder nach Amerika oder nach St. Helena gehen, wenn nur etwas zu tun ist. Aber von allem zusammen genommen, übt auf die Franzosen nichts einen so durchdringenden Schlag aus als die Forderung der Rheingrenze, und ein Minister ohne Popularität und Vertrauen würde sich populär machen, wenn er nur einen Versuch wagte, das linke Rheinufer für Frankreich zu erhalten“ (Drinhaus S. 48). — Zur englischen Sicht der Lage vgl. Webster, insbesondere S. 154—158.

[5] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 4, Teil 2, 1841, S. 39. — Vgl. auch die ausgezeichnete Charakterisierung der die verschiedensten politischen Strömungen umfassenden Politik Thiers bei Wilhelm v. Schütz, Über Kirchenstaatsrecht in der preußischen Rheinprovinz, Würzburg 1841, S. 56 ff.

[6] Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe 48/2940, Denkschrift Blittersdorffs vom 18. Aug. 1840.

[7] Deetjens S. 5 f.

[8] v. Franqué S. 24.

[9] Wiltberger S. 28. — Vgl. ferner Schieder aaO S. 119.

[10] Wiltberger S. 33. — So heißt es auch in einer zeitgenössischen deutschen Publikation: „Frankreich kannte die in den preußischen Westprovinzen herrschende Stimmung. Eigendünkel und Eigennutz deuteten den einhelligen Klageruf, in welchem langverhaltener Schmerz sich entlud, als Ruf um Hilfe; es rüstete“ (Mand S. 7). — Selbst ein so heller Kopf wie Talleyrand soll auf die Nachricht von der Gefangensetzung des Kölner Erzbischofs hin geäußert haben: „Voilà qui peut nous rendre la ligne du Rhin; en tout ça, c'est de la graine catholique jetée en Europe; vous le verrez lever et pousser vivement“ (zitiert bei Wegener S. 69). — Illusionen über die vermeintliche Sehnsucht der Rheinländer nach der Franzosenherrschaft hatte auch Victor Hugos Reisebeschreibung „Le Rhin“ geweckt (Gothein S. 473).

sondern in der größtmöglichen Entwicklung ihrer materiellen und Geisteskräfte" ruhte. War ein Artikel des „Commerce" vom 6. Aug. 1840, in welchem alles, was von Friedrich Wilhelm IV. seit seiner Thronbesteigung ausgegangen war, als eine Herausforderung gegen Frankreich bezeichnet wurde [11], dazu angetan, die Spannungen zwischen Frankreich und Preußen wesentlich zu verschärfen, so hat fernerhin die in der französischen Presse in diesem Zusammenhang unverblümt geäußerte Ansicht, daß es ein Leichtes sein würde, den deutschen Boden zu befreien, der ja durch die Assimilationskraft der großen Revolution ein Stück Frankreich geworden sei [12], und die gegen das preußische Regime in Opposition stehende rheinische Bevölkerung zu französisieren — sie wurde auch in gewissem Grade selbst von Beobachtern der französischen Regierung unter völliger Negierung der Erfahrungen des Jahres 1832 geteilt [13] —, auf deutscher Seite eine leidenschaftliche Erwiderung hervorgerufen. Mit einer Einmütigkeit, wie sie selbst im Befreiungskampf gegen Napoleon nicht bestanden hatte, reagierte die deutsche Öffentlichkeit, und dabei besonders hervorstechend im Rheinland selbst, auf die Kriegsstimmung in Frankreich [14]. In heftigem Tone machte man der westlichen Großmacht den Vorwurf, wieder in die Fußstapfen des napoleonischen Imperialismus treten zu wollen [15]. Mit Nachdruck wandte sich z. B. die Kölnische Zeitung gegen die Auffassung, als ob die rheinische Bevölkerung nur darauf warte, von den gallischen Legionen befreit zu werden. Im Gegenteil, die französische Journalistik sinke von Tag zu Tag mehr in der Meinung der Rheinländer. Wenn man glaube, man sehne sich nach der Fremdherrschaft zurück, so irre man sich gewaltig. Damals seien die Rheinstädte, welche heute einen blühenden Handel und mannigfaltige

---

[11] Deetjens S. 7.

[12] So z. B. nach der von Edgar Quinet verkündeten Ansicht (Hillebrandt S. 436). — Selbst Jules Janin, Redakteur des „Journal des Débats", Organ eines gemäßigten Konservativismus, erbot sich, mit einem französischen Heere das linke Rheinufer in einem Feldzug zu erobern (ebd. S. 418). — Unter den verschiedenen französischen Stimmen gab es allerdings auch solche, die nicht so weit gingen, zur Annektierung des linken Rheinufers aufzufordern, sondern sich vielmehr mit dem Vorschlag begnügten, aus Rheinpreußen einen unabhängigen Staat zu bilden (Deetjens S. 8).

[13] So heißt es in einem an das französische Innenministerium gerichteten Polizeibericht vom 17. Okt. 1840 über die Stimmung der Bevölkerung in der Rheinprovinz: „Sympathie très vive pour nous, mais peu expansive et tempérée par la crainte que nous ne puissions pas assez efficacement les protéger" (Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 293).

[14] Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 379. — Der durch die Politik Thiers hervorgerufenen Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung Deutschlands und anderer europäischer Staaten, insbesondere auch der sich hieraus ergebenden weiterführenden Tendenzen, sind sich Zeitgenossen durchaus bewußt gewesen. So schreibt Drinhaus (S. 34): „Thiers hat seiner Tendenz und seinem Ehrgeize nicht nur Millionen geopfert, sondern den Einfluß Frankreichs bedeutend geschmälert und die friedliche Ruhe Europas erschüttert. Aber er hat auch, ohne es zu wollen, das Bewußtsein der Nationalität und der Selbständigkeit im Auslande geweckt und das Vertrauen der Völker zu ihren Fürsten gestärkt". Ähnlich Metternich (in einer Weisung an Graf Trauttmannsdorff vom 21. Febr. 1841): „Auf Deutschland haben die Ereignisse des letzten Jahres günstig rückgewirkt. Sie haben vor den deutschen Augen die Blöße der Nachbarn aufgedeckt; sie haben den Sinn für Nationalität geweckt und den Gliedern des gemeinsamen Vaterlandes gezeigt, daß diese Kraft nur im engen Anschließen der Teile zur Sicherung der Selbständigkeit als Ganzem gefunden werden könne" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei, Preußen, Korrespondenz 198). — Vgl. auch Qu. Nr. 265.

[15] Kölnische Zeitung vom 30. Jan. 1840.

Industrie unterhielten, lediglich „die toten Endpunkte des mächtigsten Kontinentalstaates" gewesen:

„Ein unerbittliches Verbot- und Sperrsystem bevölkerte die an den Ufern gelegenen Orte mit einem verhaßten Douanen-Kordon, und die herrliche Handelsstraße, der heutige Träger alles Verkehrs und alles Wohlstandes, der Rhein, war öde und verlassen, weil seine Fahrt allen Vexationen künstlicher Handelsbeschränkungen unterworfen war. Und während sich heute Väter und Söhne, Großväter und Enkel die Nachrichten über den viele hundert Meilen entfernten Krieg in behaglicher Ruhe mitteilen, konnte man damals nicht mit zwei oder drei Landleuten auf seinem Wege längst dem linken Rheinufer reden, ohne auf den herzzerreißenden Schmerz eines Menschen zu stoßen, der seinen Sohn, seinen Bruder oder einen nahen Verwandten durch die verhaßte Konskription auf die Schlachtbank des kaiserlichen Ruhmes hatte abführen sehen oder der den Todesschein von diesen Angehörigen soeben empfangen hatte" [16].

Nicht minder wortgewandt wies der Kölner Gerichtsassessor Josef Matzerath [17] in einer in der Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Artikelserie die französischen Ansprüche zurück, so in dem eindrucksvollen Beitrag „Lamartine und der deutsche Rhein" [18].

„Die Nationen, sagt Herr v. Lamartine, leben von den Grundsätzen ihrer Geschichte; ihr könnt keine Griechen, keine Juden, keine Türken improvisieren! Wohl — aber die Bevölkerung des schönen Delta zwischen Maas, Mosel und Rhein, diese Bevölkerung, die sich wohl mit Schwaben und Niedersachsen den Adel deutscher Nation nennen mag, weil in ihren Adern nicht ein Tropfen slawischen oder romanischen Blutes fließt, die Bevölkerung einer Landschaft, wo ihr auf jedem Zollbreit Erde den größten Erinnerungen deutscher Kaiserzeit begegnet — diese Bevölkerung über Nacht zu französisieren, das ist ein Kinderspiel, ein Leichtes. Sie sehen, der Unsinn ist wieder los, aber es ist doch Methode darin, ganz die alte Methode. Die Schemen des Kaiserreichs steigen wieder auf . . .".

Selbst eifrige Verteidiger des Erzbischofs hoben die Treue der katholischen Bevölkerung in den rheinischen Grenzlanden gegenüber König und Vaterland hervor [19].

Überhaupt wurden in der so breiten Skala der deutschen Publikationsorgane, abgesehen von dem Beitrag eines Pariser Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung [20], lediglich in einigen Beiträgen der liberale Tendenzen begünstigenden Leip-

[16] Ebd., 4. Nov. 1840. — Wie sehr die Abwehrreaktion gegen die französischen Prätentionen durch die historische Erfahrung bedingt war, zeigt auch ein im Hamb. unpart. Corr. vom 22. Okt. 1840 veröffentlichtes Schreiben „vom Rhein, Mitte Oktober": „Die revolutionären Stoffe jenseits des Rheins fangen an, sich zu entzünden . . . wir . . . wissen die Wege der Lava, wenn der französische Vulkan ausbricht: mit Revolutionssturm und Einbruch französischer Massen in unsere Grenzen bedroht uns der innere Zustand Frankreichs".

[17] Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 383.

[18] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 26. Jan. 1840. — Ähnlich kommentierte Drinhaus die Situation: „Aber man hat auch die unbegreiflichsten Vorstellungen von Deutschland. Es gilt ihnen für unzweifelhaft, daß man sie dort überall mit Jubel empfangen würde, und sie wähnen, man habe die früheren Gesuche vergessen. Sie dürften freilich sich bitter getäuscht sehen" (Zeitfragen S. 48).

[19] Mand S. 7.

[20] Dieser geht zwar nicht so weit wie der Verfasser der Artikelserie der Leizpiger Allgemeinen Zeitung, doch findet er die Reaktion in der deutschen Publizistik stark

ziger Allgemeinen Zeitung Vorbehalte gegen eine antifranzösische Stimmung und Einwendungen gegen die Verfehmung Thiers erhoben. Machten des letzteren Eitelkeit und Übertreibungen ihn auch zu einem unmöglichen Minister für Deutschland, so bedeute das jedoch keineswegs, daß er nicht der beste Minister für Frankreich sei, symbolisiere er doch den Sieg des Genius über die Schranken der Geburt und befinde er sich vor allem „au niveau" mit dem Volksgeiste [21]. Was die Zeit erfordere, so heißt es in einem Artikel des Blattes vom 25. Aug. 1840, sei Fortschritt, intellektuelle, materielle und bürgerliche Freiheit, aber kein Krieg, den lediglich aus diplomatischen Rücksichten vom Zaune zu brechen, purer Anachronismus sei [22]. Überhaupt müsse es einmal aufhören, so wird weiter gefordert (28. Aug. 1840), daß Frankreich nur als „Popanz" angesehen werde. Ein interessanter Aspekt des süddeutschen Liberalismus kommt ferner in einer im gleichen Blatt am 17. Sept. 1840 veröffentlichten Zuschrift „vom Oberrhein" zum Ausdruck, in welcher zu bedenken gegeben wird, daß die Bürger des konstitutionellen Süddeutschland nicht ohne Gewissensbedenken ihren Kriegsdienst erfüllen würden, wenn es darum gehe, an der Seite der von stockkonservativem Geiste durchdrungenen preußischen Armee gegen den Nachbarn im Westen zu Felde zu ziehen.

Kamen selbst in der — wir würden heute sagen linksliberalen — Leipziger Allgemeinen Zeitung jetzt frankreichfeindliche Stimmen zu Wort [23], so herrschten Bekundungen des Patriotismus doch weithin in der öffentlichen Meinung Deutschlands vor.

Ihren bekanntesten Ausdruck fanden die unter dem Eindruck des französischen Expansionsstrebens sich bildenden nationalen Stimmungen, welche auch in die bisher auf Frankreich als Vormacht der liberalen Weltideen blickenden Schichten [24]

übertrieben. Lamartine sei vielmehr „ein in der Politik so armseliger Kopf, ein so hohler Träumer, daß sein Für oder Gegen in dem europäischen Staatenrecht auch nicht einen Deut" gelte. Auch Thiers denke in Wirklichkeit nicht an eine Eroberung der Rheingrenze: „Vergessen Sie nicht, daß Herr Thiers bedurfte, als Licht und Schatten seines Vortrags, einiges volkstümlichen Nachhalles und der großen Phrasen, die in der kriegerischen Erinnerung der Nation leben; er wollte die Solidarität, die enge Gemeinschaft nachweisen, die zwischen ihm, seinen Grundsätzen und Frankreich bestehen." (Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 12. Febr. 1840).

[21] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 21. Aug. 1840.

[22] Ebd., 25. Aug. 1840.

[23] „Der Franzose hat keine Worte mehr, die unser Ohr und Sinn gefangen nehmen. Wir kennen sie alle und wissen, wenn sie auch noch so schön tönen, daß der Nachhall ist: Einquartierung, Kriegskommissare, Kontribution, Glorie und Marschallsstäbe" (ebd., 3. Sept. 1840).

[24] Schieder, in Gebhardt aaO S. 119 — „Frankreich ist, aller Mißgriffe und Mängel unerachtet, der Brennpunkt des konstitutionellen Lebens in Europa geworden" (Über die Einrichtung des konstitutionellen Lebens in Preußen, in: Preußen und Frankreich zur Zeit der Julirevolution, Vertraute Briefe des Preußischen Generals von Rochow an den Preußischen Generalpostmeister von Nagler, hrsg. von Ernst Kelchner und Karl Mendelssohn-Bartholdy S. 105). — Schon 1832 hatte jedoch die von Rotteck verkündete Ansicht, die Franzosen seien als die „natürlichen Verbündeten" der Deutschen zu betrachten („Freiheit geht über Nationalität"), zu heftigem Widerspruch aus national gesinnten Kreisen geführt (vgl. Münchener Politische Zeitung vom 9. Juli 1832). — Bemerkenswerterweise führte Venedey die Tatsache, daß manche „schwache Naturen ... eher an Frankreich als an Preußen dachten", nicht so sehr auf Liebe und Sympathie zu Frankreich, sondern auf „Anhänglichkeit zum deutschen Wesen" zurück: „denn sie hörten von Frankreich her deutsche Anklänge, die ihr Herz trafen, während sie von Preußen her die fremden Stimmen Rußlands, Spaniens oder Roms zu hören glaubten" (Vierzehn Tage Heimathluft S. 77).

Eingang fanden [25], in Nikolaus Beckers [26] Rheinlied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein", ein Lied, „das ins Volk wie ein Blitz fuhr" [27]. Nach den Worten Bismarcks erzielte die „Colognaise" eine Wirkung, als ob Preußen ein paar Armeekorps mehr am Rhein stehen gehabt hätte [28]. Bemerkenswert erscheint auch, daß Einwohner der Stadt Geilenkirchen, in der während der vergangenen Jahre der Vikar Derichs mit seinen Kontroverspredigten nicht selten Unruhe gestiftet hatte, dem Dichter am Abend des 18. Nov. 1840 eine bemerkenswerte Huldigung darbrachten [29].

Unter dem Eindruck der französischen Provokationen, und zwar insbesondere dem Ton der französischen Presse und dem herausfordernden Auftreten der diplo-

---

[25] Schieder, in: Gebhardt aaO S. 119. — „In markanter Sprache formuliert Treitschke den eingetretenen Umschwung: „Die wälschen Ideale des vergangenen Jahrzehnts schienen wie weggeblasen ... Der fremdbrüderliche Liberalismus der dreißiger Jahre war mit einem Schlage vernichtet" (Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert Teil 5 S. 84, 88). — Ähnlich kennzeichnet Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha in seinen Memoiren diese weithin zu beobachtende Wendung: „Das waren die Tage der Empfängnis für Deutschland. Der Einheitsgedanke, mit dem es seit dreißig Jahren geliebelt, wohl auch geschmollt, faßte erst Wurzel, als sich die französischen Völkerbefreier und Völkerbeglücker so unvorsichtig als ländergierige Eroberer verrieten; aus war es für den Kern der Nation mit den französischen Idealen, Heine'schem Imperialismus, Börne'schem Jakobinertum, Rotteck-Welcker'schem Konstitutionalismus — die bis jetzt vielfach gehemmte Strömung der nationalen historischen Freiheitsliebe gewann in jenen Stunden der Aufregung für immer die Oberhand" (Aus meinem Leben und aus meiner Zeit von Ernst II. ... Bd. 1, 5. Aufl. Berlin 1888, S. 94). — In diesem Zusammenhang ist z. B. auch auf den damals 79jährigen Professor Niklas Müller hingewiesen worden, ehemals ein Freund Georg Forsters und alter Klubist, der nach den Worten eines Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung (13. Jan. 1841) „vor einem halben Jahrhundert mit um den Freiheitsbaum tanzte", sich nunmehr aber in einer von ihm herausgegebenen Flugschrift „Deutschland und Frankreich am Neujahr 1840" nachdrücklich gegen das französische Expansionsstreben wandte, ja sogar die Forderung erhob, Elsaß, Lothringen und Burgund müßten in den Deutschen Bund eingegliedert werden (Allgemeine Zeitung vom 13. Jan. 1841.) — Vgl. in diesem Zusammenhang ferner: Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 385 f. — Nach den Worten eines Korrespondenten der Augsburger Postzeitung (3. Okt. 1840) hatten inzwischen selbst die „Überspannten von 1830 und 1831" gelernt, „was sie von den prangenden Worten von Menschenwert und Völkerglück" zu halten hätten: „die blutigen Trümmer Polens und der Gefängnisse Italiens sind eine furchtbare Mahnung geworden, wohin das Horchen auf die Freiheitsposaune an der Seine führen kann, und so weit ist das Nationalgefühl in Deutschland erstarkt, daß es alle Güter zu verachten vermag, die auf der Spitze des Degens ihm geboten werden. Es ist nicht Haß, was sich gegen die Franzosen regt ..., das Gefühl des eigenen Wertes ist es, welches sich gegen die Schmach erhebt, seine Geschicke nach dem Belieben eines fremden Volkes bestimmen zu lassen". — Zur Haltung der „Linksliberalen" vgl. ferner Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 386 ff.).

[26] Über seine Person vgl. L. Waeles, Nikolaus Becker, Der Dichter des Rheinliedes, Bonn 1896.

[27] Nachruf von Smeets, zitiert bei Bernhard Poll, Preußen und die Rheinlande, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins Bd. 76, 1964, S. 25, — Ähnlich schreibt Schorn in seinen Erinnerungen: „Man muß die Zeit miterlebt haben, um sich einen richtigen Begriff von der damaligen Begeisterung und der Wirkung dieser sogenannten ‚Deutschen Marseillaise', namentlich in der rheinischen, leicht erregbaren Bevölkerung, zu machen" (S. 109 f.). — Sogar im Kölner Theater wurde dieses Lied demonstrativ vom Publikum gesungen (Wegener S. 71).

[28] Zitiert bei Schorn S. 110.

[29] Ausführlicher Bericht im Westfälischen Merkur vom 28. Nov. 1840. — Das aufsehenerregende Echo des Rheinliedes hat die Veranlassung zu einer förmlichen Welle ähnlicher Versuche gegeben. So sollen der Redaktion der Kölnischen Zeitung im Verlaufe von 2 Tagen nicht weniger als 11 patriotische Dichtwerke zugesandt worden sein

matischen Vertreter Frankreichs [30], schlossen sich auch die deutschen Bundesstaaten, Preußen an der Spitze, enger zusammen [31], und die zwischen Preußen und Bayern wegen der durch die heftigen Angriffe bayerischer Blätter gegen das preußische Vorgehen im Kölner Kirchenstreit in den letzten Jahren hervorgerufenen ernsthaften Spannungen verminderten sich erheblich [32]. Der bayerische König soll sogar angeregt haben, für Becker einen kostbaren Pokal anfertigen zu lassen [33]. Betrachtete der russische Zar Nikolaus die innerpolitische Entwicklung in Deutschland nicht ohne Besorgnis — dem preußischen Gesandten gegenüber soll er geäußert haben, es scheine ihm ratsam, den stürmisch auflebenden deutschen Nationalismus zu überwachen; denn er äußere sich am lautesten in den Kreisen der Männer, welche bisher die Regierungen bekämpft hätten [34] —, so teilte der führende Kopf unter den europäischen konservativen Staatsmännern, Fürst Metternich, sonst ein Gegner der nationalen Bewegung, diese Bedenken nicht. Nach seinen Beobachtungen floß im Gegensatz zu den Jahren 1813 und 1814 diesmal der Strom des Nationalsinnes „lauterer und ohne Einmischung leidenschaftlicher und abnormer Einwirkungen" dahin [35]. Besonders befriedigt aber zeigte sich Metternich darüber, daß die deutsche Nation, insbesondere die Bewohner der Grenzlande im Westen, aus dem „elenden Getreibe" des seit der Julirevolution in Frankreich aufgerichteten Systems die Lehre gezogen und sich gegenüber der von Thiers propagierten Idee des „Befreiungskrieges" immun gezeigt hätten [36].

In Berliner diplomatischen Kreisen hielt man Anfang Oktober 1840 die Kriegsgefahr für sehr ernst [37], vor allem angesichts der von Thiers fieberhaft betriebenen

(Westfälischer Merkur vom 24. Nov. 1840; vgl. hierzu auch die spöttische Bemerkung dieses Blattes vom 28. Nov. 1840). — Unter den zahlreichen Nachahmungen auf dem Gebiet der politischen Lyrik sind Schneckenburgers „Wacht am Rhein" und „Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben besonders bekannt geworden (Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 380). — Andererseits hat ein Historiker des 19. Jahrhunderts, der die Zeit miterlebte, die Ansicht vertreten, trotz allen lauten Beifalls und der zahlreichen Ehrungen für Becker seien die liberalen Sympathien für Frankreich und Deutschland immerhin noch so stark gewesen, daß dem Dichter aus diesen Kreisen auch mancherlei arger Spott zuteil geworden sei (Menzel II S. 68).

30 So berichtet z. B. der englische Gesandte in Berlin am 5. Aug. 1840 über das Verhalten seines französischen Kollegen Comte Bresson: „Count Bresson has held to me moderate and reasonable language, but my colleagues tell me that the violence of his language to them surpasses all that can be imagined. His object is probably to frighten the Prussian Government as well as the minor German states. He has failed in both. The Prussian Government is firm, and the ministers of the minor states are unanimous in their approbation of the Convention" (Public Record Office London F. O. 64/229).

31 Das selten gewohnte Bild der Einigkeit im Deutschen Bund war allerdings nicht nur durch die derzeit die öffentliche Meinung bestimmende antifranzösische Stimmung, sondern auch durch Sachzwänge bestimmt, lagen doch die süddeutschen Grenzstaaten gegenüber einer französischen Invasion ziemlich ungeschützt (ebd., 21. Okt. 1840).

32 Vgl. Qu. Nr. 253.

33 Chroust, Gesandtschaftsberichte aus München Abt. II Bd. III S. 129.

34 Treitschke, Teil 5 S. 87.

35 Vgl. Qu. Nr. 266.

36 Ebd.

37 Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel L 2 A Neu Fb. 1 Nr. 141 Bd. 3, Ber. des braunschweigischen Ministerresidenten v. Röder aus Berlin vom 8., 10. Okt. 1840. — Als die immer drohender werdende Haltung Frankreichs die Westgrenze seines Staates zu gefährden schien, sah sich auch der preußische König — nach längerem Zaudern (Public Record Office London F. O. 64/229, 7. Okt. 1840) — schließlich dazu veranlaßt, das Verbot der Pferdeausfuhr auf dem Bundestag in die Wege zu leiten (Hillebrand S. 438). Mitte Oktober nahm dann der Mobilmachungsplan, nach welchem 500 000 Mann deut-

Rüstungen und der weitverbreiteten Auffassung, daß Preußen und Österreich den bewaffneten Zusammenstoß mit Frankreich für angeblich unvermeidlich ansähen und ihn wegen der jetzt noch in Aussicht stehenden, später aber möglicherweise entschwindenden englischen Unterstützung nicht zu scheuen brauchten [38]. Neigte auch Friedrich Wilhelm IV. selbst dazu, eine kriegerische Auseinandersetzung nach Möglichkeit zu vermeiden [39], so ging doch, vor allem unter dem Einfluß ihm nahestehender Berater wie Radowitz [40] und Canitz [41], seine Friedensliebe nicht so weit, vor den französischen Drohungen ängstlich zurückzuweichen [42].

scher Truppen die Rheingrenze sichern sollten, greifbare Formen an. — Von der im deutschen Bunde herrschenden Einigkeit und der offenbar hervorragenden militärischen Organisation zeigte sich der englische Gesandte z. B. höchst beeindruckt (Public Record Office London F. O. 64/229, Berlin, 28. Okt. 1840).

[38] Wie sehr man sich am Berliner Hofe auf die englische Unterstützung angewiesen glaubte, zeigt z. B. das vom König, der einen Angriff Frankreichs auf die Rheinprovinz nicht für ausgeschlossen hielt, an die englische Regierung herangetragene Ersuchen, sie möge dem französischen Kabinett zu verstehen geben, daß jeder feindselige Akt gegen eine der „Vier Mächte" als gegen alle gerichtet angesehen werde. (Public Record Office London F. O. 64, 229, Ber. Lord Russells aus Berlin vom 12. Aug. 1840). Daß Preußen dermaleinst einem französischen Angriff ausgesetzt sein konnte, ohne daß der derzeitige englische Alliierte in die Bresche springen werde, scheint in der Tat am Berliner Hof, vor allem seitens des Königs, ernsthaft befürchtet worden zu sein. Aus diesem Grunde wünschte auch Friedrich Wilhelm IV. ein Defensivbündnis. Der englische Gesandte machte indes kein Hehl daraus, daß England hieran nicht interessiert sei: „I at once threw cold water on this idea as one repugnant to the policy of England" (ebd., 21. Okt. 1841).

[39] Hillebrand S. 438. — In diesem Sinne berichtet auch Lord Russell über eine ihm vom russischen Gesandten, Baron Meyendorff, mitgeteilte Unterredung mit dem preußischen König: „The King said that he ardently desired the maintenance of peace, that he would take no measures which could give umbrage to France or even indicate to the French Government the apprehension of war, but that on the other hand he did not fear war and would throw an immense force on the Rhine to take a defensive, should the French give preference to war" (Public Record Office London F. O. 64/229, 2. Sept. 1840). — Wie Russell in einem späteren Bericht anmerkt (ebd., 7. Okt. 1840), verleite allerdings das behutsame Auftreten der preußischen Regierung die Franzosen zu einer Eskalation in ihren Drohungen: „This timid policy naturally encourages the French to arm and threaten".

[40] Nach den Worten des französischen Gesandten Bresson war Radowitz der leidenschaftlichste Gegner Frankreichs und der in seiner Regierungsform verkörperten Prinzipien, den man in Deutschland finden könne (Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Ber. vom 5. Dez. 1837). Niemand sei, so schreibt auch Radowitz' Biograph Hassel (S. 30), von der tiefen Erregung des Volksgefühls mächtiger ergriffen worden als Radowitz. Der Moment der Abrechnung mit Frankreich, den er schon 1830 herbeigesehnt habe, schien ihm endlich gekommen (vgl. auch Corvinus S. 18).

[41] So soll Canitz gegenüber Galen die Äußerung getan haben: „Gott gebe uns den Krieg; denn nur ein solcher, wenn er glücklich geführt wird, kann dem König die Zuversicht und das Selbstvertrauen geben, deren er für seine Regierung bedarf" (Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik). — Nach einer Stelle in seinen Denkschriften (Bd. II S. 18) will demgegenüber Canitz keinen Einfluß in dem Sinne ausgeübt haben, den Krieg zu provozieren, doch habe er seiner Meinung offen Ausdruck gegeben, es sei eine Verblendung zu glauben, den Kampf „der Zivilisation, des Rechts, der Freiheit und der Ordnung gegen die Janitscharen der Revolution und der Barbarei" durch Konzessionen aufschieben zu können. — Allerdings stand, wie Russell am 12. August aus Berlin berichtet, Radowitz und Canitz eine Gruppe ehemaliger Minister und Ratgeber Friedrich Wilhelms III. gegenüber, die nicht nur den Beitritt Friedrich Wilhelms IV. zum Londoner Vertrag als Fehler bezeichneten, sondern darüber hinaus eine Angstpsychose gegen jegliche frankreichfeindliche Politik hervorzurufen suchten (Public Record Office London F. O. 64/229).

[42] Ranke, Friedrich Wilhelm IV., in: Sämtliche Werke Bd. 51/52 S. 424. — Public Record Office London F. O. 64/229, Ber. Lord Russells vom 21. Okt. 1840.

Dann brachte jedoch der Sturz des Ministeriums Thiers und die Politik seines Nachfolgers Soult (seit 29. Okt. 1840 im Amt) eine überraschende Wende, da letzterer, unterstützt von König Louis Philippe, sich von den Plänen Thiers, die französische Landmacht auf die ungeheure Zahl von 939 000 Mann zu bringen, deutlich distanzierte und sich ernsthaft um die Wahrung des Friedens bemühte [43].

Damit hatten sich in Deutschland gehegte Befürchtungen, die durch Thiers und die Presse hervorgerufene kriegerische Stimmung habe unter der Masse der Franzosen bereits so überhand genommen, daß sie der Regierung über den Kopf gewachsen sei und diese, um einer Revolution zu entgehen, den Krieg erklären müsse [44], nicht bewahrheitet [45].

Freilich fand die hitzige Pressekampagne vorläufig noch kein Ende [46]. Auch rief die „Colognaise" in Frankreich einige Erwiderungen hervor, so seitens Lamartines und Mussets [47].

Andererseits begrüßte man in Deutschland die Friedenspolitik Louis Philippes und Soults, ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß man sich nicht scheuen würde, den französischen Anmaßungen mit bewaffneter Macht entgegenzutreten, wenn die „Intrige der Parteihäuptlinge und das Gift der Presse" in Paris den Sieg davontragen sollten [48].

---

[43] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 4, Teil 2, 1841, S. 43; Treitschke, Teil 5 S. 110. — Es handelt sich bei Thiers' Nachfolger jedoch nicht, wie man gelegentlich liest (Treitschke, Teil 5 S. 110; Rohden-Sieburg S. 166), um Guizot. Wohl übernahm dieser im Kabinett Soult das Portefeuille des Auswärtigen (Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 4 Abt. 2, 1841, S. 43; Meyers Großes Konversationslexikon 6. Aufl. Bd. 8, 1907, S. 512 f.).

[44] Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel 12 A Neu Fb. 1 Nr. 141 Bd. 3, Schr. des braunschweigischen Ministerresidenten v. Röder aus Berlin vom 28. Okt. 1840. — Es fragt sich auch, ob nicht die Kriegsstimmung in Frankreich in der deutschen öffentlichen Meinung zu hoch angeschlagen wurde. So schreibt z. B. der Elsässer Andreas Räß zu dieser Zeit an Franz Georg Benkert: „Man hält uns in Deutschland für kriegerischer, als wir es wirklich sind. Der Appetit nach dem linken Rheinufer mag wohl noch in dem einen oder in dem andern alten Kaisermagen sich verspüren lassen; außerdem aber denkt niemand daran" (Schnütgen, Briefe von Andreas Räß an Franz Georg Benkert S. 117). — Auch Thiers ließ auf die Vorstellung der preußischen Regierung: wenn Frankreich fortfahre, 500 000 Mann unter Waffen zu halten, sehe sie sich ebenfalls zu außerordentlichen Rüstungen gezwungen, auf diplomatischem Wege entgegnen, daß die französischen Rüstungen nicht gegen Deutschland gerichtet, sondern durch Frankreichs isolierte Stellung bedingt seien. Man wolle den Frieden und verfolge keine Expansionsziele (Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 293, Weisung an Bresson, Paris, 13. Dez. 1840).

[45] Es äußerten sich allerdings auch Stimmen, die den Frieden mit Frankreich nicht für dauerhaft hielten, solange die derzeitigen inneren Zustände in Frankreich existierten, so z. B. Oldwig v. Natzmer (v. Natzmer Bd. 3 S. 19).

[46] So behauptete der Pariser Courrier, das preußische Kabinett habe Beckers Lied verfaßt und publiziert, um das Volk gegen Frankreich feindlich zu stimmen, was eine heftige Erwiderung auf deutscher Seite hervorrief: „Wann werden die Franzosen denn endlich das Verhältnis unserer Regierung zu den Völkern begreifen? Keine Polizei auf der Welt kann uns zu einer Begeisterung bringen, die unsern Gefühlen widerspricht; keine Regierung kann überhaupt einem Volke ein Volkslied aufdringen, das von selbst jeden Nerv der Nation erregen muß ..." (Westfälischer Merkur vom 6. Dez. 1840). Noch im November 1841 finden sich Pressekontroversen, so in der Allgemeinen Zeitung vom 18. Nov. 1841 eine Stellungnahme gegen den Pariser Univers, welcher behauptet habe, Preußen und Deutschland verdankten die Wiederherstellung des Kirchenfriedens größtenteils der gütigen Vermittlung von Thiers.

[47] Schorn S. 111.

[48] Westfälischer Merkur vom 26. Jan. 1841.

Neben dem allgemeinen Aufschwung des Patriotismus in ganz Deutschland, der nicht übersehen ließ, „daß Deutschland bei aller fehlenden Einheit dem Auslande gegenüber doch nicht mehr war, was es 1806 gewesen“ [49], erscheint vor allem für die innere Lage in der Rheinprovinz bemerkenswert, daß die von der westlichen Propaganda angestrebte Sezessionsbewegung trotz aller noch bestehenden Spannungen auf kirchlichem Gebiet über das Stadium des Wunschdenkens nicht hinausgelangt ist. Im Grunde genommen war die Rheinprovinz bereits derart durch wirtschaftliche und administrative Bande mit dem preußisch-deutschen Raum verwachsen, daß es schon bemerkenswerter ideologischer Kräfte bedurft hätte, um die Rheinländer zu dem Abenteuer einer weitgehenden Umorientierung ihrer Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur zu bewegen, und dazu reichte die Ausstrahlungskraft Frankreichs als Modell eines liberalen Staatswesens nicht aus, wie überhaupt nach den Worten eines Zeitgenossen die unter den Rheinländern angeblich in nicht unerheblichem Maße verbreitete Neigung zu einer „konstitutionellen Ordnung der Dinge“ nicht so sehr daraus herzuleiten sei, daß diese von Frankreich ihren Ausgang genommen habe, sondern in erster Linie daraus, daß sie „in den Notwendigkeiten der Zeit“, in der Verfassung und den Bildungs- und Vermögensverhältnissen der dermaligen Gesellschaft liege [50]. Hatte die Rheinprovinz schon 1839 in der belgischen Krise, abgesehen von gewissen Erscheinungen im Regierungsbezirk Düsseldorf, ihre Loyalität weitgehend unter Beweis gestellt, so kam es jetzt angesichts der französischen Prätentionen und der unübersehbaren fieberhaften französischen Rüstungen zu einer ausgesprochenen Abwehrreaktion gegen die Politik des mächtigen westlichen Nachbarn, wahrscheinlich aus Widerwillen gegen einen völligen Bruch mit der materiellen und kulturellen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, von der früheren Tradition ganz abgesehen.

Wie z. B. der Trierer Regierungspräsident vermerkt, habe sich gegenüber der drohenden Haltung Frankreichs „ein entschieden deutscher, der französischen Haltung feindseliger Sinn“ ausgesprochen [51]. Ähnlich berichtet der Kölner Regierungspräsident am 3. Jan. 1841, es sei Sitte geworden, „das Deutschtum jetzt überall hier heraustreten zu lassen“ [52]. Auch im Raum Aachen war nach den Beobachtungen des dortigen Regierungspräsidenten ein unverkennbares „Fortschreiten der Bevölkerung in deutscher Gesinnung, in wahrer und tiefer Verehrung für das Herrscherhaus“ festzustellen [53]. In ähnlichem Sinne schildert die Koblenzer Regierung die allgemeine Stimmung in ihrem Bezirk [54]. Wie der Düsseldorfer Regierungspräsident von Spiegel bemerkt, hätten die kriegerischen Bewegungen in Frankreich in der Rheinprovinz ein „patriotisches Selbstgefühl hervorgerufen, wie

---

[49] Flathe S. 383.

[50] Rheinpreußen beim Tode Friedrich Wilhelms III., in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 5. Juli 1840.

[51] Höfele S. 52. — Ungeachtet der Tatsache, daß die französische Sprache in Trier unverkennbar ihre Spuren hinterlassen hatte, bestand, wie ein Zeitgenosse vermerkt, „keine Sympathie zwischen den Trierern und den angrenzenden Franzosen“: „Die Sitten der Trierer und Franzosen stoßen sich ab, und letztere verleugnen nicht ihren deutschen Ursprung, dem sie mit wahrer Liebe anhängen“ (zitiert bei Kentenich S. 762).

[52] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 275 Nr. 70.

[53] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht der Aachener Regierung für August-September 1840. — Vgl. auch Qu. Nr. 245; 246.

[54] Qu. Nr. 251.

es sich bei keiner früheren Gelegenheit kundgegeben" habe. Die allenthalben, selbst in den kleinsten Ortschaften aufs glänzendste begangene Doppelfeier (siehe oben S. 280 f.) habe „dieses Gefühl bis zur höchsten Begeisterung gesteigert" [55].

So hatte also der Wunsch Frankreichs nach der Rheingrenze unter der rheinischen Bevölkerung nicht nur eine antifranzösische Stimmung, sondern insgesamt auch eine stärkere Zuneigung zu Preußen hervorgerufen [56], und zwar nicht zuletzt aus dem Grunde, weil Preußen als „Wächter am Rhein" in dieser Situation „deutscher" denn zuvor erscheinen mußten [57].

Den Verlust an Sympathie bei der deutschen Bevölkerung mußten jetzt auch offizielle französische Stellen zugeben [58]. Die Auswirkungen der aufgeführten Emotionen sollte Thiers auf einer Deutschlandreise im Sommer 1841 am eigenen Leibe zu spüren bekommen. So mußten in Köln und Berlin gegen ihn gerichtete Demonstrationen, an letzterem Ort vor allem seitens studentischer Gruppen, durch behördliches Eingreifen unterbunden werden [59], so daß Thiers sich daraufhin zu

---

[55] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 273 f.; Qu. Nr. 249. — Ähnlich Spiegel am 14. Dez. 1840: „Die Tagesereignisse in Frankreich äußern eine sehr günstige Rückwirkung und steigern in gleichem Maße das patriotische Selbstgefühl wie die Anhänglichkeit an unsern König, so daß es nur der geringsten Veranlassung bedürfe, um alles in die höchste Begeisterung zu versetzen" (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 274 Nr. 68). — Ähnlich eine ausführliche Schilderung im Hamb. unpart. Corr. vom 30. Dez. 1840, in der es u. a. heißt: „Man bereise nur jetzt den Rhein, und man wird hören, wie entschieden sich alles gegen französische Anmaßungen äußert und wie man einräumt, daß die jetzige preußische Regierung der ganzen Provinz vielfachen Segen gebracht hat, während unter der Franzosenherrschaft Unrecht und Bedrängung aller Art stattgehabt".

[56] Hansen, Die Rheinprovinz I S. 688.

[57] Venedey, Vierzehn Tage Heimathluft S. 71. — Das heißt allerdings nicht, daß damit antipreußischen Ressentiments ein für allemal der Boden entzogen worden ist. So stellte Venedey bei einem Besuche in Köln im Oktober 1845 zu seinem Erstaunen fest, „oft genug auf die offenbarsten antipreußischen und mitunter sogar auf französische Anklänge" zu stoßen. Er führte diese Haltung auf „die Nadelstiche des echten Preußentums" zurück: „Überall bluteten die ungefährlichen, aber um so verletzendern Wunden einer hochmütigen Bürokratie, eines alles bewachenden Polizeistaates, einer bürgerängstlichen Verwaltung, einer menschenverachtenden Bevormundung" Vierzehn Tage Heimatluft S. 79). — Die Ursachen der um die Mitte der vierziger Jahre sich stärker bemerkbar machenden politischen Opposition dürfen freilich vielschichtiger sein.

[58] So glaubte der Präfekt des Departements „Bas-Rhin" ein Wiedererwachen des Geistes von 1813 wahrnehmen zu können. Es gebe sogar Stimmen, die jetzt für Deutschland das Elsaß, Burgund und die Schweiz zurückforderten. Daher kommt er resignierend zu dem Resumee: „Le mal antérieurement fait par nos journaux est peut-être irreparable" (Archives du Ministerère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 293, Straßburg, 30. Nov. 1840). — Daß die deutsche Reaktion nicht ohne Rückwirkungen auf die Ansicht führender französischer Politiker blieb, beleuchtet z. B. das Verhalten des französischen Kammerdeputierten Mauguin, seit Jahren einer „der französischen Parteimänner, die es bei jeder Gelegenheit für eine natürliche und politische Notwendigkeit erklärten, daß das ganze deutsche Rheinufer wieder französisch werden müßte". Auf eine vom Bonner Kurator Rehfues verfaßte und ihm zugesandte Schrift (s. Lit.-Verz.) hin schwieg er 1840 zum erstenmal über diesen Gegenstand in der Kammer; er gab sogar im Journal du Commerce eine Art Ehrenerklärung für Preußen ab (Philipp Joseph v. Rehfues, Ein Lebensbild ohne Verfasserangabe in: Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde 18. Jgg., Berlin 1881, S. 202 f.).

[59] Allgemeine Zeitung vom 16., 21. Aug. 1841; Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1 Konv. 86 Fasz. 1841 Nr. 37, Ber. des Großherzoglich-hessischen Ministerresidenten Schaeffer von Bernstein aus Berlin vom 28. Aug. 1841; Geh. Staatsarchiv, München,

der Erklärung genötigt gesehen habe, die durch die Politik seines Ministeriums in Deutschland hervorgerufenen Eindrücke seien doch stärker, als er angenommen habe [60]. Auf diese Fortwirkungen der „antiwälschen" Stimmung aber waren z. B. die Hoffnungen Ernst Moritz Arndts gerichtet, der damit den Wunsch verband, daß bei dem in den nächsten Jahren nach seiner Ansicht mit Sicherheit erneut aufziehenden „Sturmwind des Krieges" nicht die gleiche „Kümmerlichkeit" des Annexionswillens wie im Jahre 1815 einhergehen werde, wo man nicht einmal gewagt habe, Belgien als deutschen Bundesstaat zu behaupten [61].
Sichtbaren Ausdruck fand die immer noch bestehende antifranzösische Stimmung [62] auch im Kölner Karnevalszug vom Februar 1841 [63].

16. Kapitel. Zur Aktivität der ultrakatholischen Partei im Herbst 1840

Konzentrierte sich das Interesse weiter Bevölkerungskreise in der Rheinprovinz auch während dieser spannungsgeladenen Monate in erster Linie auf die Entwicklung der Beziehungen zu Frankreich und übte „die treffliche Stimmung des Volks auf die kirchlichen Verhältnisse besten Einfluß" [1], so hielt dies die ultrakatholische Partei, die offensichtlich darüber enttäuscht war, daß Droste nicht die mit großem Eklat erhoffte Rückkehr nach Köln gestattet wurde [2], jedoch keineswegs von der Agitation zur Durchsetzung ihrer Ziele ab. So werde von ihr, wie Gerlach am 31. Aug. 1840 berichtet, „in jeder Weise verbreitet", daß die Rückkehr des Erzbischofs nahe bevorstehe und „nur noch durch die zu erwartende Erfüllung der Bedingungen, welche der Prälat im Interesse der katholischen Kirche stelle", verzögert werde. Auch werde, um den Haß des Volkes gegen das Kölner Domkapitel „möglichst zu verbreiten . . ., dasselbe als das Haupthindernis der Rückkehr des . . . Erzbischofs geschildert" [3]. Dadurch, daß man derartige Gerüchte in Umlauf setzte, soll man insbesondere auch den Eindruck hervorrufen haben wollen, als ob man allgemein die Rückkehr des Erzbischofs verlange [4]. Um die Kampagne weiter zu schüren, schien den Ultramontanen offenbar die von einer großen Anzahl Menschen besuchte Versammlung des Dombauvereins [5] am 3. Sept. 1840 eine geeig-

---

M A III 2619 Nr. 49, Ber. des bayerischen Gesandten, Berlin, 21. Aug. 1841; Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 294, Ber. des französischen Gesandten vom 10., 14., 19., 21. Aug. 1841.

60 Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2619, Nr. 49, Ber. des bayerischen Gesandten, Berlin, 21. Aug. 1841.

61 Arndt an Georg Andreas Reimer, Bonn, 12. Jan. 1841, in: Ernst Moritz Arndt, ein Lebensbild in Briefen S. 370.

62 DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13, Ber. Gerlachs vom 1. März 1841.

63 Ebd. — Hierauf weist auch ein Korrespondent in einem Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 5. März 1841 hin: „. . . Glücklicherweise waren mehrere Franzosen gegenwärtig, die ihren Landsleuten Zeugnis ablegen mögen von der Stimmung des rheinischen Volkes, in dessen großem Maskenzug sie das befestigte Paris, die Propagandisten und Hrn. Thiers figurieren sahen".

1 Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 277 Nr. 64, 12. Okt. 1840.

2 Ebd. S. 188.

3 Ebd. S. 196 Nr. 58. Ähnlich Hamb. unpart. Corr. vom 27. Aug. 1840.

4 Ebd., 28. Aug. 1840.

5 Foesser (S. 171) spricht von 5000 Teilnehmern! Dagegen berichtet Brendamour nur von „mehreren hundert Personen" (DZA Merseburg-Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13,

nete Gelegenheit zu sein [6]. Nach der Darstellung Joseph Laurents soll die Forderung des Stadtrats Eberhard von Groote nach der Rückkehr des Erzbischofs von den versammelten Bürgern mit lautem Jubel aufgenommen worden sein, und als Hüsgen diesem Ansinnen widersprochen habe, sei er förmlich niedergeschrien worden [7]. Merkwürdigerweise ist jedoch bei dieser Gelegenheit eine Unterschriftensammlung zugunsten des Erzbischofs nicht zustande gekommen, was Laurent auf ein Verbot des Oberbürgermeisters zurückführt [8]. Dem steht jedoch die Tatsache gegenüber, daß am 10. Sept. 1840 173 Personen, unter ihnen der Stadtrat Reusch, der Freiherr von Devivere, der Justizrat und Justitiar der Schulverwaltung, von Bianko, der Justizrat Bleissem sowie eine Reihe von Kaufleuten, Fabrikanten, Ärzten und Advokaten, den Oberbürgermeister mit einer Bittschrift darum ersuchten, „behufs der Beratschlagung einer Bittschrift an Se. Majestät den König, die baldige Rücksendung des Erzbischofs in seine Diözese erzielend, veranlassen und leiten zu wollen“ [9]. Wäre die Unterschriftensammlung in der Versammlung des Dombauvereins allein am Verbot des Oberbürgermeisters gescheitert, so wäre wohl danach kaum eine derartige Petition an ihn gerichtet worden. Dies geht auch aus dem Bericht des Kölner Polizeiinspektors Brendamour vom 6. Sept. 1840 [10] hervor. Sei die Versammlung auch nur zu dem Zwecke anberaumt worden, um eine Bittschrift an den König betreffs Fortsetzung des Dombaus zu beraten [11], so habe die Gruppe der Ultramontanen, unter ihnen der Domherr Iven, die Pfarrer Beckers und Steinhausen, der Kaplan Fey, der Arzt Parmentier und der Wachslichterfabrikant Weber versucht, ihr einen anderen Verlauf zu geben; letzterer sowie der Gastwirt Imhof hätten sich dahingehend ausgesprochen, daß, ehe man über den „Fortbau des Domes“ votiere, die Bitte um Wiedereinsetzung des Erzbischofs in einer Petition schriftlich niedergelegt werden müsse. Sei dieser Antrag von der Gruppe der Ultramontanen mit lautem Beifall aufgenommen worden, so hätte sie andererseits jedem weiteren Redner, der nicht ihrem Standpunkt beigepflichtet habe, durch Zischen und Lärmen das Wort abzuschneiden gesucht. Trotzdem habe die Mehrheit der Anwesenden sich dafür entschieden, ohne jegliches zusätzliches Votum für den Erzbischof die Petition zur Wiederaufnahme des Dombaus zu verabschieden [12]. Nach dieser Niederlage, so berichtet Brendamour, hätten sich die Freunde und Anhänger Droste-Vischerings genötigt gesehen, ihr Projekt auf einem

---

6. Sept. 1840). Nach einem Korrespondentenbericht der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 20. April 1841 handelte es sich um 400 Teilnehmer. — In dieser Größenordnung dürfte sich die Zahl in der Tat bewegt haben.

[6] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13, 6. Sept. 1840.

[7] Möller, Laurent Teil 2 S. 124 f.

[8] Ebd. S. 125.

[9] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13 Bl. 116a—118.

[10] Ebd. Bl. 116a—117.

[11] Die Initiative hierzu war von Eberhard von Groote ausgegangen (vgl. Giesen S. 89).

[12] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13 Bl. 132—133. — Auch später hat die ultrakatholische Partei offenbar versucht, die Dombauversammlung zur Plattform ihrer Agitation für den Erzbischof zu machen. So berichtet die Leipziger Allgemeine Zeitung vom 20. April 1841, daß „die Herren Frank, Parmentier und Norrenberg aufgetreten seien, um Drachenzähne zu säen und den alten erzbischöflichen Zwist fortzuspinnen“. Ersterer sei zwar ziemlich kalt empfangen, der andere gar von der Bühne gezischt worden, dem dritten aber sei es beinahe gelungen, die Gesellschaft zu sprengen, wenn nicht der Advokat Blöhmer „in einer gediegenen Rede die Gesamtheit für das Werk begeistert und zu dem Versprechen bestimmt hätte, nicht eher auseinan-

anderen Wege durchzusetzen [13], was zu der Petition an den Oberbürgermeister wie auch zu einer von 10 Kölner Pfarrern unterzeichneten Bittschrift [14] zugunsten der Freilassung des Erzbischofs geführt habe [15]. Überhaupt habe dieser Vorfall zu einer „neuen Gärung der Gemüter", vor allem in der „Mittelklasse", Veranlassung gegeben [16]. Daß der Anhang des Erzbischofs in allen Volksklassen fortwährend noch groß sei, glaubte man seitens der katholischen Partei durch den Bankerott des Hofbuchhändlers Bachem zu beweisen, der durch den Verlag mehrerer gegen den Prälaten gerichteter Flugschriften dem katholischen Publikum so verhaßt geworden sei, „daß bald sein Laden verödet stand" [17].

Auch unter der Düsseldorfer Pfarrgeistlichkeit soll eine Unterschriftenaktion in Anregung gebracht worden sein, doch war diesem Versuch kein Erfolg beschieden, angeblich, weil der Dechant Dautzenberg dem versammelten Kapitel vorgetragen habe, es sei ihm amtlich mitgeteilt worden, daß der König sich bei der Huldigung über die erzbischöfliche Angelegenheit aussprechen werde; daher sei es nicht schicklich, ihm vorzugreifen [18].

Insgesamt rafften sich nur 12 von 44 Dekanaten der Diözese zu einer Unterschriftenaktion auf [19], wobei es zum Teil, wie etwa in Bonn, zu einem gewissen Druck auf sich sträubende Geistliche gekommen sein soll [20]. Nach der Darstellung von Johannes Laurent sind auch von den Städten Aachen, Trier und Koblenz Petitionen für die Rückkehr des Erzbischofs eingereicht worden [21]. Auch aus Neuß, wo sich noch am 31. Mai 1840 Beamte und „Notabeln" zur Erinnerung an die Thronbesteigung Friedrichs II. vor 100 Jahren zu einem feierlichen Gedächtnismahl zusammengefunden hatten [22], wurde, wie der dortige Bürgermeister in seinem Zeitungsbericht für Oktober 1840 [23] meldet, eine „mit zahlreichen Unterschriften der angesehensten Einwohner versehene Bittschrift" an den König gerichtet.

Bekundete sich auch das Engagement für den Erzbischof und die Kirche nicht durchgängig in allen Regionen und Schichten der Rheinprovinz und schien derzeit auch die patriotische Begeisterung sowie das auf den neuen König gesetzte Vertrauen [24] vielfach die Verstimmung über die früheren Mißgriffe der preußischen

---

derzugehen, bis die Statuten gebilligt worden und die Gesellschaft als fest geschlossen betrachtet werden könne" .

[13] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13 Bl. 132—133.

[14] Vgl. Repgen, Klerus und Politik S. 138.

[15] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13 Bl. 116a—117.

[16] Ebd.

[17] Augsburger Postzeitung vom 7. Okt. 1840.

[18] Möller, Laurent Teil 2 S. 125 f.

[19] Repgen, Klerus und Politik S. 138. — Die Darstellung Joseph Laurents, daß von „dem größten Teil der Dekanate" Petitionen ergangen seien (Möller, Laurent Teil 2 S. 125), dürfte also übertrieben sein, was gleichzeitig auch etwas über den Quellenwert mancher seiner Berichte aussagen dürfte.

[20] Hamb. unpart. Corr. vom 27. Okt. 1840.

[21] Möller, Laurent Teil 2 S. 125.

[22] Stadtarchiv Neuß, Annalen der Stadt Neuß für 1840.

[23] Stadtarchiv Neuß.

[24] Diese Hoffnung auf eine versöhnende Haltung Friedrich Wilhelms IV. kam z. B. bei der Feier anläßlich der Einführung des bisherigen Regierungs- und Schulrats Gottfried Claessen in sein Amt als Aachener Stiftspropst am 8. Dez. 1840 zum Ausdruck. So brachte der neue Propst den ersten Toast auf den König aus, der Kirche und Staat „gleich sehr im Auge behalte, namentlich auch auf Aachen seinen Blick gewendet" habe und die erfreuliche Hoffnung gewähre, daß „die alte Königskapelle Karls des

Staatsführung auf dem Gebiete der Kirchenpolitik zu überlagern, so dürfte es Einsichtigen jedoch klar gewesen sein, daß es einer grundsätzlichen Änderung des bisher vom Staate eingenommenen Standpunkts bedurfte, um den auch weiterhin von der ultramontanen Agitation ausgehenden Unruhen wirksam begegnen zu können, zumal auch damit zu rechnen war, daß die eines Tages abebbende Welle des nationalen Enthuasiasmus das gestörte Verhältnis zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche wieder schroffer hervortreten lassen würde.

17. Kapitel. Die kirchliche Versöhnungspolitik Friedrich Wilhelms IV. und ihr Echo

1. *Die Konzessionen des Königs und die Entwicklung der Volksstimmung bis zum 6. Provinziallandtag.*

Diese Wende der bisherigen Kirchenpolitik wollte Friedrich Wilhelm IV. in der Tat durch großzügige Konzessionen einleiten. War er im Falle Droste-Vischerings nur dazu bereit, ihm den Umzug nach Münster zu gestatten [1] — was allerdings der Öffentlichkeit, insbesondere auch der Bevölkerung in der Rheinprovinz, nicht hinreichend deutlich wurde [2] —, so bekundete er gegenüber Dunin, der sogleich beim Thronwechsel einen einlenkenden Brief schrieb, ein weitaus größeres Entgegenkommen, indem er ihm die Rückkehr in seine Diözese zugestand [3], eine Entscheidung, die in Berliner Kreisen großes Aufsehen erregte und zu lebhaften Erörterungen über die von der Kirchenpolitik des Königs zu erwartenden weiteren Schritte Anlaß gab [4].

Diese Geste der Versöhnung soll ebenso wie die Begnadigung, die der König „politischen Verbrechern" zukommen ließ [5], im Rheinland „den freudigsten Eindruck" hervorgerufen haben [6]. Auch die vom König erteilte Freigabe der direkten Kor-

---

Großen ihren früheren Glanz wieder erhalte". Nur durch Einigkeit zwischen Staat und Kirche könne der Staat blühen. Diese Worte wurden von der Festversammlung mit dem größten Enthusiasmus aufgenommen (Westfälischer Merkur vom 13. Dez. 1840).

[1] Lill S. 89. — Über die Gründe, die ihn an einem noch weitergehenden Entgegenkommen hinderten, vgl. das Schreiben des Königs an Droste-Vischering, Qu. Nr. 244; dort ebenfalls die Stellungnahme des Erzbischofs in dieser Frage: Nr. 236 u. 239.

[2] So sollen etwa die große Hoffnung erweckenden Äußerungen des Königs gegenüber einzelner Deputierten der Rheinprovinz, insbesondere dem Aachener Dr. Monheim, zu dem Glauben Anlaß gegeben haben, „daß der König der Rheinprovinz eine große Überraschung bereiten und den Erzbischof in seinem eigenen Wagen und an seiner Seite zurückbringen werde" (Hamb. unpart. Corr. vom 30. Okt. 1840).

[3] Vgl. im einzelnen Lill S. 91 ff.

[4] Hamb. unpart. Corr. vom 17. Aug. 1840.

[5] Es dürfte sich in erster Linie um Opfer der sog. Demagogenverfolgung handeln. Einer der ersten Regierungsakte Friedrich Wilhelms IV. war es z. B., den von seinem Amt als Professor an der Bonner Universität suspendierten Ernst Moritz Arndt wieder in sein Amt einzusetzen, eine für die Konservativen in der Umgebung des Monarchen wahrscheinlich befremdende Maßnahme, zumal auch der König die Verfügung traf, ohne den Innenminister davon vorher benachrichtigt zu haben. Außerdem nannte er in aller Öffentlichkeit Arndt „den Freund seines Herzens" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei, Preußen, Korrespondenz 189, Ber. Trauttmannsdorffs vom 9. Juli 1840).

[6] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, Polizeibericht des Regierungspräsidenten in Trier für August 1840. — Ähnlich der Bericht des Landrats des Kreises Bitburg: „Während

respondenz der Bischöfe mit dem Heiligen Stuhle ist von der Bevölkerung offenbar recht günstig aufgenommen worden [7].

Zur Entspannung trugen ferner lokal begrenzte Maßnahmen bei wie z. B. Verbesserungen für das katholische Schulwesen im Regierungsbezirk Düsseldorf [8].

Begrüßt wurde im Rheinland vor allem aber auch die vorgesehene Einrichtung einer katholischen Abteilung im Ministerium der geistlichen- und Unterrichtsangelegenheiten [9]. Kumulierten sich die von diesen Maßnahmen ausgehenden Rückwirkungen mit dem bemerkenswerten Aufschwung des Nationalgefühls sowie dem vielfach in den neuen Monarchen gesetzten Vertrauen [10] offensichtlich zu einer in weiten Bevölkerungskreisen für die Regierung hervorragenden Stimmung, so hat dennoch die Aktivität der strengkirchlichen Partei nicht nachgelassen, wie Brenda-

---

von der geräuschlosen Entlassung der politischen Gefangenen und der Wiederansetzung des Professor Arndt der gebildetere Teil der Population auf eine größere Freiheit der Gedankenmitteilung rechnet, hofft das Landvolk von der Restitution des Erzbischofs von Posen, daß auch der Diözese Trier bald ein Hirt wiedergegeben und namentlich, daß Herr Arnoldi zum Bischofe bestätigt werde" (ebd., 9. Sept. 1840). Auch die Regierungen zu Köln, Düsseldorf und Aachen sprachen sich in diesem Sinne aus (Qu. Nr. 245, 247, 248).

[7] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, Polizeibericht des Trierer Regierungspräsidenten, 2. Febr. 1841. — Der Regierungspräsident fügt hinzu, in seinem Bezirk sei vielfach der Wunsch zu vernehmen, daß der König die Rheinprovinz recht bald „mit seiner Gegenwart beglücken" möge. — Über ein recht positives Echo der vom König angeordneten Freigabe des Schriftverkehrs berichten auch Gerlach und Spiegel (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 276 Nr. 71 u. 72). — In diesem Zusammenhang bemerkt auch die Kölnische Zeitung (28. Jan. 1841), daß die Maßnahme des Königs „in den Herzen seiner Untertanen den freudigsten Widerhall gefunden" habe. — Ein konkreter Bericht über die Reaktion der Bevölkerung einer Stadt liegt z. B. aus Neuß vor: „Den vorteilhaftesten Eindruck hat der nach einer Bekanntmachung des Kultusministerii von des Königs Majestät freigegebene Verkehr der katholischen Geistlichkeit mit dem päpstlichen Stuhle auf alle Gemüter hervorgebracht. Man sieht diesen Schritt als einen nahen Vorläufer der gänzlichen Beilegung aller Mißhelligkeiten an, welche seit einiger Zeit zwischen der Staatsregierung und dem Oberhirten der katholischen Kirche sich erhoben haben. Daß diese Hoffnung bald in Erfüllung gehen möge, ist ein Wunsch, der in jeder Brust aufsteigt und für dessen Verwirklichung Millionen treuer Untertanen den besten der Könige segnen würden" (Stadtarchiv Neuß, Zeitungsbericht für Jan. 1841). — Ähnlich heißt es im Zeitungsbericht des Bürgermeisters von Neuß für Febr. 1841 (ebd.): „Die nahe Aussicht auf gänzliche Änderung der kirchlichen Angelegenheiten verbreitet unter allen Ständen die sichtbarste Freude".

[8] Koblenzer Anzeiger vom 28. Jan. 1841; Kölnische Zeitung vom 27. Jan. 1841.

[9] Ebd. — Insgesamt blieb es bei einzelnen „Konzessionen". Zu einer systematischen kirchlichen Gesetzgebung, wie sie jahrelang zur Diskussion gestanden hatte und auch jetzt noch von der Provinzialadministration zum Teil für erforderlich gehalten wurde (vgl. Qu. Nr. 257), ist es jedoch nicht gekommen.

[10] So erging sich die Presse z. T. geradezu in Euphorie: „Priester und Volk segnen den gütigen landesväterl. Fürsten, der Gott und dem Gewissen gibt, was ihnen gehört, während der Staatsmann die Weisheit des Herrschers preist, welche ihn hoch über alle Zeiten stellt... Ist es wahr, daß es immer nur die moralische Kraft bei zivilisierten Völkern ist, welche sie unüberwindlich macht, so muß man gestehen, daß Friedrich Wilhelm IV. es eben sowohl versteht, durch die Förderung der geistigen Elemente sein glückliches Reich stark und kräftig zu machen, als der hochselige König es verstand, dasselbe vorzugsweise durch materielle Mittel wieder zu begründen und zu befestigen" (Koblenzer Anzeiger vom 29. Jan. 1841). In welchem Maße sich diese Stimmung bereits mit nationalen Gefühlen verband, illustriert der Schluß dieses Artikels: „Ist Deutschland in Staat und Kirche einig, so bedarf es nur eines Herrschers an seiner Spitze, wie unser hochverehrter König ist, um nicht nur jeden Angriff von außen siegreich zurückzuschlagen, sondern auch der Welt ihren Frieden und ihre Ruhe zu erhalten, indem Deutschland den Mittelpunkt der europäischen Politik bildet".

mour in einem Bericht vom 3. Dez. 1840 schildert. So habe Laurent von Rom aus „Öl ins Feuer" gegossen, indem er seinen Freunden im Rheinland die Mitteilung gemacht habe, wenn der Erzbischof nicht bald von den preußischen Behörden nach Köln zurückgeführt werde, sei der Heilige Stuhl entschlossen, nicht nur den Generalvikar Hüsgen, sondern auch das ganze Kölner Metropolitankapitel zu suspendieren und den Aachener Propst Claessen zum Apostolischen Vikar zu ernennen [11]. Diese Nachricht habe die „Römlinge" mit neuem Mut belebt und zu einer nicht zu übersehenden Reisetätigkeit führender Häupter dieser Partei wie Binterim, Beckers und Strauß Anlaß gegeben [12].

Beckers, der zwar einen Teil seiner Popularität verloren haben soll, dem aber angeblich immer noch in Köln „eine zahlreiche Partei zur Ausführung seiner Ränke zu Gebote stand" [13], wurde aufgrund eines Disziplinarverfahrens vom Generalvikar Hüsgen indes nunmehr kaltgestellt, indem er in eine ruhige Landgemeinde (Erp. i. Kr. Euskirchen) versetzt wurde, „wo er wenig oder gar nicht zu schaden vermochte" [14]. Die Abreise Beckers am 2. Dez. 1840 aus Köln vollzog sich ohne jegliche Zwischenfälle [15].

Wie der Kölner Regierungspräsident Gerlach am 1. März 1841 berichtet, ließ es sich die „fanatische Partei" allerdings weiterhin „in jeder Weise angelegen sein", die Nachricht überall zu verbreiten, daß die Rückkehr des Erzbischofs, zumindest für einige Zeit, nahe bevorstehe. Dann, so werde versichert, müsse auch das Domkapitel gezüchtigt werden; zumindest habe es den Erzbischof, womöglich sogar knieend, um Verzeihung zu bitten. Jedenfalls würde eine Rückkehr des Erzbischofs, die nicht ohne „Unordnungen" vonstatten gehen würde, so fügt Gerlach hinzu, einen ungeheuren Triumph für diese Partei bedeuten [16].

In diesem Zusammenhang vertritt auch Bodelschwingh die Ansicht, daß durch die wirklichen oder vermeintlichen Konzessionen des Staats die Hoffnungen der Ultrakatholiken belebt, damit aber gleichzeitig auch ihre Ansprüche gesteigert worden seien. Dabei glaube er mit Gewißheit voraussagen zu können, daß diese For-

---

[11] Über derartige Aktivitäten berichtet auch ein Schreiben aus Köln im Hamb. unpart. Corr. vom 11. Nov. 1840.

[12] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 3.

[13] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4855, Ber. Gerlachs vom 4. Nov. 1840; Ber. Bodelschwinghs an Eichhorn vom 5. Jan. 1841.

[14] Ebd.

[15] Ebd., Gerlach an Bodelschwingh, 5. Febr. 1841. — Die Version der Katholischen Kirchenzeitung vom 27. Dez. 1840, daß Beckers „gleichsam wie ein Verbrecher, begleitet von Gendarmen", aus Köln geschieden sei, wies Gerlach nachdrücklich zurück (ebd.). Ebenso wird die Schilderung des gleichen Blattes über den Beckers in Erp zuteil gewordenen Empfang als wesentlich übertrieben bezeichnet. Letzterer sei keineswegs über den Rahmen der bei der Einholung eines neuen Pfarrers üblichen Vorkehrungen hinausgegangen. Wenn sich eine große Menschenmenge eingefunden habe, so sei dies lediglich aus Neugierde geschehen, „diesen Mann" zu sehen (ebd., Ber. des Bürgermeisters von Lechenich und des Landrats von Euskirchen, 27., 29. Jan. 1841).

[16] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13. — In diesem Zusammenhang berichtet auch der Hamb. unpart. Corr. vom 18. Febr. 1841: „Die erzbischöfliche Partei hebt ihr Haupt so kühn wie je empor und verkündet dem gläubigen Volke eine Zukunft, welche bisher außer dem Kreise der kühnsten Hoffnungen gelegen war. Für den von hier entfernten Pfarrer Beckers haben sich zwei Kandidaten für das Fach der populären Beredsamkeit hervorgetan; sie haben auf ihren Kanzeln bereits Versuche gemacht, wieweit es ihnen gelingen werde, beim Volke vorzudringen. Die Resultate dieser Proben sind nicht immer günstig gewesen".

derungen mit den Konzessionen stets gleichen Schritt halten würden; es stehe sogar zu befürchten, daß sie sie überflügeln würden [17].

Diese Aktivität kennzeichnet freilich nicht die Haltung der großen Masse der Bevölkerung, deren Stimmung, wie Brendamour schildert, im allgemeinen gut und bei der „von Aufregung keine Spur" vorhanden sei [18]. Die kirchlichen Wirren, so betont auch die Koblenzer Regierung im Verwaltungsbericht für 1840, seien „bei dem gemeinen Mann und bei der großen Masse der Bevölkerung so gut als vergessen" [19].

Als Anzeichen für eine weitere Verbesserung der öffentlichen Stimmung, auf die sich auch die allgemeine Freude über den in Aussicht gestellten Steuererlaß günstig auszuwirken scheine [20], führt auch der Trierer Regierungspräsident in seinem Polizeibericht für Februar 1841 folgendes Vorkommnis an:

„Es ist ... gebräuchlich, daß nach Beendigung der Fastnachtsbelustigungen die hiesigen Schlächter mit ihren Familien zu einem Balle sich vereinigen, zu welchem auch einige andere Bürger Zutritt erhalten. Während in den früheren Zusammenkünften nur den Freuden der Tafel, des Weinglases und des Tanzes gefrönt wurde, so hat das diesjährige Fest einen anderen Charakter angenommen. Es wurde zuerst dem Andenken des höchstseligen Königs eine Rede gewidmet, später Sr. jetzt regierenden Königlichen Majestät ein von Herzen kommendes Lebehoch ausgebracht und nachher das Rheinlied gesungen" [21].

Selbst in Aachen war nach den Worten des dortigen Regierungspräsidenten die öffentliche Stimmung „in politischer Beziehung vielleicht nie günstiger" gewesen [22]. Ließ auch nach den Ausführungen im Zeitungsbericht der Düsseldorfer Regierung für März 1841 [23] die öffentliche Stimmung nichts zu wünschen übrig, so wurde diese aus allen Kreisen des Regierungsbezirks Koblenz ebenfalls als befriedigend geschildert, wobei betont wird, daß sich die Hoffnungen der ärmeren Schichten der Bevölkerung, vor allem auch des Landmanns, auf den verheißenen Steuererlaß richteten [24].

Allerdings harrte die erzbischöfliche Frage noch immer der Lösung. Über den Gang der Verhandlungen mit Droste-Vischering soll sich der König, der zu dem Zugeständnis einer Rückkehr des Erzbischofs nach Köln, wie sie etwa von Gregor XVI.

---

[17] DZA Merseburg Rep. 92 Eichhorn Nr. 61, 15. März 1841.

[18] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 3, 3. Dez. 1840. — Ähnlich kennzeichnet auch Gerlach in einem Bericht vom 1. Mai 1841 die Lage: „Die Stimmung für die allerhöchste Person Sr. Maj. ... ist dauernd eine günstige" (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 279).

[19] Die kleinere ultramontane Partei und ihre Anhänger sowie einzelne fanatische Geistliche, heißt es weiter, unterließen es zwar nicht, „ihr Haupt zu heben", wo sie könnten, „und Aufregung zu erhalten", indes scheiterten sie jedoch größtenteils „an dem gesunden Sinne der Verständigen", deren Zahl glücklicherweise größer sei als die der Fanatiker (DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 23 Spez. a).

[20] DZA Merseburg Rep. 89 B. X 1—28, Zeitungsbericht der Regierung zu Trier für März 1841 Bl. 29—30.

[21] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, 1. März 1841.

[22] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für März 1841. — Vgl. hierzu auch die Zeitungsberichte des Aachener Oberbürgermeisters für Januar und Februar 1841 (Qu. Nr. 267 u. 268).

[23] DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16223 Bl. 44—45.

[24] Ebd. Nr. 16266, Zeitungsbericht für März 1841 Bl. 32.

erwartet wurde [25], unter keinen Umständen bereit war [26], ziemlich unzufrieden gezeigt haben; denn die Verzögerung der angestrebten Schlichtung hinderte ihn daran, eine Reise in die Rheinprovinz anzutreten, zu der bereits alle Vorbereitungen getroffen waren [27], und das zu einer Zeit, da in Aachen von der Geistlichkeit schon Anstalten zur festlichen Feier der Rückkehr des Erzbischofs, die man nahe bevorstehend wähnte, getroffen worden sein sollen! Istas habe bereits die Transparente und Lingens die „Chronica" fertiggestellt [28].

Wurde auch der Karneval in Köln 1841 von Einheimischen und „einer unzähligen Masse besuchender Fremde" in „ungebundener Lust und Heiterkeit" gefeiert und geriet dabei der Erzbischof nahezu in Vergessenheit, so wurde nach den Faschingstagen die mögliche Rückkehr des geistlichen Oberhirten wieder „Gegenstand allgemeiner Besprechung" [29].

Zwar trugen die vom König proponierten und bei der Eröffnung der Provinziallandtage in den übrigen Provinzen bereits bekanntgewordenenen Verbesserungen im Status dieser Institutionen nach den Erfahrungen Spiegels dazu bei, daß die Begeisterung für den König immer mehr „alle Klassen zu durchdringen" schien [30]; dennoch unterlag es Einsichtigen keinem Zweifel, daß die kirchliche Frage auf dem 6. Rheinischen Provinziallandtag, für den das allgemeine Interesse, wie es sich bereits anläßlich der Eröffnung der Landtage in den übrigen Provinzen und der Veröffentlichung ihrer Verhandlungen bekundet hatte [31], reger denn je zuvor schien [32], zur Sprache gebracht werden würde, sofern es nicht bis dahin zu einer Beilegung der kirchlichen Wirren gekommen sei [33].

Dies gelang nicht; vielmehr wurde die Diskussion der kirchlichen Fragen durch die Vorgänge um die nach dem am 23. April 1841 erfolgten Tode Hüsgens, der in

---

[25] Ley S. 675. — Wohl gewährte er Mitte März dem bis dahin inhaftiert gewesenen ehemaligen Kaplan Droste-Vischerings, Michelis, seine Freiheit (Allgemeine Zeitung vom 6. April 1841).

[26] Lill S. 101; 107; 109.

[27] Vgl. unten S. 477.

[28] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13, Brendamour an Seiffart, 27. Febr. 1841. — Daß freilich, offenbar vor allem unter den gebildeteren Kreisen der rheinischen Katholiken, auch Ansichten vertreten wurden, die einen Kompromiß nicht ausschlossen, deutet ein interessanter Vorschlag in einer Eingabe des Bonner Professors Walter an den König an (vgl. Qu. Nr. 233).

[29] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 13, Brendamour an Seiffart, 27. Febr. 1841.

[30] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 277 Nr. 73.

[31] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 961, Zeitungsbericht der Regierung Koblenz, 5. März 1841. — Zur Erklärung wird hier weiter angemerkt: „Die Möglichkeit, sich mit den Angelegenheiten des Vaterlandes bekannt zu machen, wird um so eifriger ergriffen, als bisher, nach den dargebotenen Mitteln, die Verhältnisse des Auslandes allein Gegenstand und Maßstab der öffentlichen Interessen und ihrer Beurteilung abgeben mußten".

[32] DZA Merseburg Rep. 89 B. X. 1—28, Zeitungsbericht der Regierung zu Trier für März 1841: DZA Merseburg 2.2.1. Nr. 16266, Zeitungsbericht der Regierung in Koblenz für März 1841.

[33] Gerlach an Rochow, 1. Mai 1841 (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 277 Nr. 73). — Anfang Mai 1841 traf auch der Landrat von Loe aus der Rheinprovinz in Berlin ein, um die Regierung darauf vorzubereiten, daß sie sich beim bevorstehenden Landtag auf eine „Motion" zugunsten des Erzbischofs seitens der rheinischen Ritterschaft gefaßt machen möge (H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin 90, Ber. Trauttmannsdorffs vom 9. Mai 1841).

seinem letzten Amtsjahr wegen seiner angeblich willkürlichen Verwaltung der Diözese und Protegierung der „Sekte der Hermesianer" wie auch wegen seines Vorgehens gegen den Pfarrer Beckers in der süddeutschen ultramontanen Presse erneut hatte Kritik einstecken müssen, weiter belebt [34] und der Wunsch nach der Rückkehr des Erzbischofs — so im Raum Köln — wieder laut [35].

Die Annullierung der zunächst erfolgten Wahl des Domkapitulars Johann Joseph Müller, eines schon bejahrten, aber, wie es hieß, allgemein geachteten Mannes [36], zum Kapitularvikar (Ende April 1841) durch den Papst und die darauf erfolgte Ernennung des Domherrn Iven zum Generalvikar (Mai 1841) [37] versetzte die kirchliche Angelegenheit — nach einer Formulierung der Regierung Köln — wieder in eine „bedenklichere Lage" [38]. Die Nachricht von der Einsetzung Ivens habe zwar „beruhigend und versöhnend" gewirkt. Indes sei der neue Generalvikar als ein hartnäckiger und dem Erzbischof ergebener Mann bekannt, und es sei daher kaum zu erwarten, daß seine Verwaltung „ganz friedlich ablaufen" werde [39].

Einen nachhaltigen Widerhall fanden diese Vorgänge auch im Regierungsbezirk Aachen [40]: Was das Ableben Hüsgens angehe, so habe dieses Geschehnis bei der Bevölkerung des Regierungsbezirks, zu dem der Verstorbene durch seine frühere Tätigkeit als Geistlicher- und Schulrat bei der Regierung in engerer Beziehung gestanden habe, „durchgehends die lebhafteste Teilnahme erweckt, gegen die auch die Stimme des Fanatismus sich öffentlich zu erheben nicht gewagt" habe. In der dann entfesselten Auseinandersetzung um die Nachfolge des bisherigen Generalvikars habe der „mit den kanonischen Satzungen unbekannte Laie" deren Regulierung ohne Mitwirkung des Papstes für unmöglich gehalten; dagegen habe bei der Geistlichkeit die Überzeugung festgestanden, daß das Kölner Metropolitankapitel zur Wahl eines Kapitularvikars berechtigt gewesen sei. So sei denn auch die Wahl Müllers [41] ausnahmslos von sämtlichen Geistlichen anerkannt und infolgedessen auch vom Volke ohne Widerspruch angenommen worden, wenn auch von einzelnen, „wohl nicht ohne Mitwissen über stattgehabte Zuflüsterungen", die Hoffnung ausgesprochen worden sei, der Papst werde einschreiten. Die Tatsache, daß Müller „gerade durch dasjenige Mitglied des Domkapitels ersetzt" worden sei, „das allein von dem besonnenen und pflichttreuen Verhalten dieses Kollegiums zurückgetreten" sei, habe „neue Gärung unter die Gemüter" gebracht:

„Jede Partei war in sich geteilter Ansicht. Die eine freute sich über diese neue Entwicklung päpstlicher Machtvollkommenheit, mußte aber auch tief bedauern, daß

---

[34] Wiedergabe in der Allgemeinen Zeitung vom 25. Nov. 1840.

[35] Vgl. Qu. Nr. 279.

[36] Vgl. Hamb. unpart. Corr. vom 5. Mai 1841. — Wie verlautet, soll das Domkapitel nur mit Bedenken der Aufforderung der Staatsregierung nachgekommen sein, einen Kapitularvikar zu wählen (ebd., 7. Mai 1841). Anders dagegen eine neuere Interpretation der damaligen Vorgänge (Trippen S. 85 f.), die von einem abgekarteten Spiel mit der Regierung spricht.

[37] Vgl. Trippen S. 85 ff.; Lill S. 187—194.

[38] Vgl. Qu. Nr. 279.

[39] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 290.

[40] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 1651 S. 458—467, Verwaltungsbericht der Regierung Aachen für 1841.

[41] Diese bezeichnete auch die Berliner Allgemeine Kirchenzeitung als eine sehr glückliche; denn dieser Priester sei keiner Partei zugehörig und echter Patriot (Wiedergabe in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 31. Mai 1841).

seit dieser ersten aktiven Fürsorge für die Diözesanverwaltung das Faktum der Beseitigung des Erzbischofs anerkannt schien. Die andere fand teilweise in eben diesem letzteren Interesse das Geschehen nicht so empfindlich, dagegen aber auch bedenklich, daß die Staatsregierung eine Maßnahme geschehen lassen oder gar durch ihre Genehmigung zur eigenen machen sollte, die unter Beseitigung der dem Domkapitel verfassungsmäßig zustehenden Gerechtsame einen Mann auf den Leuchter stellte, dessen Verhalten das gerade Gegenteil begründetet hätte [42]. Diese nach verschiedenen Richtungen auseinandergehenden Erörterungen und Wünsche in bezug auf das, was geschehen sollte, wurden durch die passive Entscheidung der Staatsregierung in der wenigst nachteiligen Art zurückgedrängt" [43].
Die Diözesanverwaltung habe jedoch unterdes alle „Konsistenz und alles Ansehen" verloren. So sei schließlich die gegen Schluß des Jahres angekündigte endgültige Beilegung der kirchlichen Wirren „desto allgemeiner und auch von denjenigen geteilt" worden, „die sonst unter allen Umständen den Erzbischof selbst zurückbegehrt hätten" [44].

2. *Der Verlauf des 6. Rheinischen Provinziallandtags und seine Auswirkungen*

Begleitet von einer wieder lebhafter gewordenen kirchenpolitischen Diskussion nahm der 6. Rheinische Provinziallandtag am 23. Mai 1841 seinen Auftakt. Daß sich die in ultramontanen Kreisen schwelende Unruhe bei dieser Gelegenheit Luft machen würde, stand zu erwarten. So ließ denn auch Max von Loe, einer der führenden rheinischen „Autonomen", der sich der Darstellung Ferdinands von Galen zufolge nach dem Thronwechsel in seinem Ehrgeiz arg getäuscht gesehen hatte und in die Reihen der ultrakatholischen Opposition übergewechselt war [1], gleich auf dem Eröffnungsdiner keinen Zweifel über die Gereiztheit der von ihm repräsentierten Gruppe aufkommen, indem er sofort nach dem Trinkspruch des Oberpräsidenten auf den König „mit einer an Wut grenzenden Heftigkeit" einen Toast ausbrachte, in welchem er gegen die Unterdrückung des Rechts und für die Religion statt der Philosophie als Basis einer christlichen Monarchie Stellung nahm, ein Glas Wein hinunterstürzte und sich auf seinen Stuhl zurückwarf [2]. Schon in der zu Beginn des Landtages an den König gerichteten Adresse wurde des bedauerlichen Konfliktes zwischen der geistlichen und weltlichen Macht, der „seine erschütternde Einwirkung auf alle Klassen der bürgerlichen Gesellschaft ausübe", Erwähnung getan [3]. Damit nicht zufrieden, brachte der Aachener Abgeordnete Dr. Monheim, nach den Worten des Aachener Regierungspräsidenten Cuny „ein beschränkter Kopf" und schlechter Redner [4], der schon in vergangenen Jahren

---

[42] Ein dieser Richtung zugehöriger Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (12. Juni 1841) sprach sogar wegen der päpstlichen Einmischung die Befürchtung aus, daß das Rheinland nach der Freigabe des Verkehrs mit Rom eine römische Provinz zu werden drohe.
[43] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165[I] S. 458—467.
[44] Ebd.
[1] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik.
[2] Croon S. 175.
[3] Ber. der Allgemeinen Zeitung vom 8. Juni 1841.
[4] Bergengrün S. 225.

ähnliche Petitionen an den König gerichtet hatte [5], auf der 5. Sitzung den Antrag ein, die Ständeversammlung möge den König bitten, „dem Erzbischof Clemens August seine volle gesetzliche Freiheit und Amtswirksamkeit wiederzugeben oder aber zu befehlen, daß über die gegen denselben veröffentlichten Anschuldigungen nach den bestehenden Gesetzen verfahren und erkannt werde“ [6]. Mit einem Stimmenverhältnis von 45 zu 35 wurde der Antrag einem Ausschuß überwiesen. Bemerkenswert dabei ist, daß sämtliche Deputierte der Stadt Köln gegen den Antrag stimmten [7], obwohl eine von 565 Kölner Bürgern unterzeichnete Petition für den Erzbischof an den Landtag gerichtet worden war [8]. Auf der 13. Plenarsitzung sprach sich auch der Kölner Stadtrat von Groote als Berichterstatter des Ausschusses gegen Monheims Antrag aus, da dessen Annahme nur „zur Vervielfältigung und Verewigung der Aufregung beitragen“ werde [9]. Über die sich hierüber entsponnene, teilweise hitzige Debatte berichtete die Presse, z. B. die Kölnische Zeitung und die Allgemeine Zeitung, mit großer Ausführlichkeit. Auf die Bemerkung eines Deputierten des 4. Standes, die Sache sei deswegen als erledigt zu betrachten, weil sie bereits in die Eröffnungsadresse aufgenommen sei, widersprach die Gegenseite mit dem Argument, in der Adresse habe man die Ungesetzlichkeit des Verfahrens nicht berühren können; dies habe daher von den Ständen, „dem Wächter und Wahrer des Gesetzes“, nachgeholt werden müssen, wozu man sich nach § 49 der Ständeinstitution [10] ausdrücklich berechtigt sehe [11]. Im übrigen könne das erschütterte Vertrauen der katholischen Bevölkerung in der Rheinprovinz zum Gouvernement nur dadurch wiederhergestellt werden, daß man den Erzbischof „ungehindert zu seiner ihm als Oberhirten anvertrauten und nun verwaisten Herde“ zurückkehren lasse [12].

Als Sprecher der katholischen Partei traten vor allem Dietz, der Kaufmann Flemming aus Geilenkirchen, die Grafen von Fürstenberg und Max von Loe auf, während auf der Gegenseite neben Groote der Elberfelder Bankier und Liberale von der Heydt, Graf Trips, der Kölner Oberbürgermeister Steinberger, der Steuerempfänger Mengelbier aus Blankenheim und der tolerante Geistliche Lensing aus Kleve Demonstrationen, die das Volk erregten, ablehnten und Vertrauen zum König forderten [13].

In der entscheidenden Abstimmung unterlag die „katholische Partei“, und zwar gaben die 20 gemäßigten Katholiken, die mit den 27 evangelischen Abgeordneten gegen den Antrag stimmten, den Ausschlag [14]. Immerhin hatte sich mit 31 Depu-

---

[5] Vgl. Qu. Nr. 231.
[6] Zitiert bei Lill S. 184.
[7] Ber. der Allgemeinen Zeitung vom 13., 15. Juni 1841; Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 284.
[8] Croon S. 175.
[9] Lill S. 185.
[10] „Wenn aber Mitglieder des Landtags von Bedrückungen einzelner Individuen bestimmte Überzeugung erhalten haben, so können sie bei dem Landtage mit gehörig konstatierter Anzeige darauf antragen, daß derselbe sich für die Abstellung bei uns verwende“.
[11] Ber. der Allgemeinen Zeitung vom 2. Juli 1841.
[12] Ebd., 4. Juli 1841.
[13] Croon S. 175.
[14] Lill S. 186. — Dagegen fand sich die überwiegende Mehrheit des Landtags (67 von 72 Deputierten) einhellig in dem Antrag zusammen, daß der verwaiste Trierer Bischofs-

tierten eine zahlenmäßig durchaus nicht geringe Opposition bekundet. Daß es sich hierbei allerdings um eine kompakte ultramontane Phalanx gehandelt habe, wird jedoch in einem längeren Artikel der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 20. Aug. 1841 bestritten. Vielmehr finde man sie zum Teil durch gewisse Meinungsnuancen getrennt, zum Teil sogar auch aus diametral entgegengesetzten Elementen zusammengefügt. Nicht nur die ultramontane, sondern auch in nicht geringem Maße die liberale Opposition habe sich bei dieser Gelegenheit bekundet; denn die Vertreter der letztgenannten Richtung erblickten in der ohne gerichtliches Verfahren erfolgten Suspension des Erzbischofs eine Gefährdung der rheinischen Gerichtsverfassung, eine Besorgnis, von der sie sich noch immer nicht gänzlich befreien könnten.

Erregte die Diskussion über die kirchlichen Angelegenheiten in der Bevölkerung ein derartiges Interesse, daß alle anderen Gegenstände der Landtagsberatung, selbst die Frage über eine Erweiterung der Pressefreiheit, in den Hintergrund traten [15], so ist es auch erklärlich, daß das Ergebnis der Abstimmung in ultramontanen Kreisen Wut und Empörung auslöste. Wie der Kölner Regierungspräsident in Erfahrung gebracht haben will, plante man, den Kölner Landtagsdeputierten, die mit der Majorität gestimmt hatten, bei ihrer Rückkehr „ein Charivari“ [16] zu bringen und ihre Wohnungen mit Schmutz zu bewerfen. Auch habe von Groote von dem Pastor Kerp ein Schreiben erhalten, in welchem er auf die Qualen in seiner Sterbestunde aufmerksam gemacht werde, die er zu erwarten habe, wenn er nicht für die Restitution des Erzbischofs stimmen würde [17].

Zu den befürchteten Ausschreitungen in Köln ist es indes bei der Rückkehr der Deputierten nicht gekommen [18]. Allerdings wies man seitens der ultramontanen Partei darauf hin, daß letztere bei ihrer Heimkehr längst nicht so gefeiert worden seien wie z. B. in anderen Orten die Vertreter der strengkatholischen Richtung [19]. Tatsächlich verlief der Empfang des Deputierten Dietz in Koblenz recht ein-

---

sitz baldmöglichst wieder besetzt werden möge (Croon S. 176). — Die Diskussionen auf dem Landtag über die Kölner Frage und die sich hieran anschließende Kampfabstimmung haben in der zeitgenössischen Publizistik zu weitläufigen Erörterungen darüber geführt, ob der Landtag zu einer Entschließung in konfessionellen Fragen überhaupt berechtigt sei. Kommt der Verfasser der Schrift „Das Recht in der Angelegenheit des Erzbischofs von Cöln mit Bezug auf den dem Rheinischen Landtage vorgelegten Antrag“ zu dem Schluß, weder seien die evangelischen Abgeordneten verpflichtet, die Ansicht der Vertreter rein katholischer Interessen als die des Landtags anzuerkennen“, noch könne ein solches von katholischen Abgeordneten vorgebrachtes Gesuch in die Landtagsverhandlungen aufgenommen oder dem König vorgelegt werden (S. 22), so gelangt der Autor der Broschüre „Beleuchtung der Rheinischen Landtagsverhandlungen in der erzbischöflichen Angelegenheit“ aus strafprozeßrechtlichen Gründen zu einem ähnlichen Ergebnis (S. 35). Wenn indes Religions- und Kirchensachen tatsächlich zu Gegenständen der Landtagsverhandlungen werden sollten, so müsse in diesen Fragen nach dem Vorbild des alten Reichstages eine itio in partes eintreten; denn ein religiöser Konflikt könne nicht äußerlich durch die Zahl, sondern allein durch den Geist behoben werden (S. 7 f.).

[15] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für August 1841. — Zu schließen ist dies auch aus einem Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten vom 12. Juli 1841 (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 280).

[16] Bedeutet so viel wie Straßenlärm zur Verhöhnung von Personen (Meyers Großes Konversationslexikon 6. Aufl. 3. Bd., 1906, S. 886).

[17] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 288 f.

[18] Ebd. S. 290, Ber. vom 30. Juni 1841.

[19] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 4. Aug. 1841.

drucksvoll; ein zu seinen Ehren geplanter Fackelzug mußte zwar wegen eines vom Stadtkommandanten ausgesprochenen Verbots unterbleiben, doch wurde ihm in feierlichem Rahmen ein Festmahl gegeben und ihm von einer Deputation der Zünfte eine große goldene Ehrenmedaille überreicht. Diese trug auf der einen Seite das Brustbild des Erzbischofs von Köln mit der Umschrift „Clemens August, archiepiscopus coloniensis, defensor fidei" und auf der Kehrseite das Koblenzer Stadtwappen sowie die Worte „Hermanno Josepho Dietz grati cives 1841" [20]. In ähnlichem Sinne wie in der Stadt Koblenz hat sich auch dem Zeitungsbericht der Koblenzer Regierung für Juli 1841 [21] zufolge die öffentliche Stimmung im Kreis Ahrweiler bekundet.

Unter noch größerer Begeisterung als in Koblenz spielte sich offenbar der Empfang des Deputierten Dr. Monheim in Aachen ab. Nicht nur wurde für ihn ein Ehrengeschenk in Form einer imposanten Vase bereitgestellt [22], auch fuhren ihm seine Freunde und Bekannten in mehr als 20 Wagen entgegen, um ihn schon vor der Stadt willkommen zu heißen, und vor seinem Hause hatte sich eine zahlreiche Menge versammelt, die dem populären Deputierten ein wiederholtes begeistertes Lebehoch ausbrachte [23]. Die Einladungen zu dem von der Geistlichkeit für Monheim gegebenen Festmahl sollen jedoch von einer Reihe von Personen, insbesondere von den Beamten, ausgeschlagen worden sein [24].

Allerdings bekundete sich die öffentliche Meinung durchaus nicht überall im Sinne der Ultrakatholiken. Nach den Beobachtungen Spiegels war mit Beendigung der Provinziallandtagsverhandlungen über die Angelegenheit des Erzbischofs von Köln „die frühere Spannung der Gemüter unverkennbar verschwunden". So hätten auch die Verhandlungen selbst bis jetzt eine gute Wirkung geäußert, manche irrige Ansicht sei dadurch berichtigt worden: „Der Ernst und die Würde, mit welcher sie geführt worden sind, haben dazu beigetragen, die Reden und Gegenreden mit um so größerer Aufmerksamkeit zu lesen, und da das Thema nunmehr als erschöpft zu betrachten, so scheinen viele Stimmen verstummt zu sein, die bis dahin laut gewesen" [25]. In der Tat fehlte es selbst in Aachen nicht an Zeichen der Loyalität für den König, z. B. anläßlich seines und der Königin Geburtstagsfestes [26]. Schilderte der Düsseldorfer Regierungspräsident im Zeitungsbericht für Juli 1841 die öffentliche Stimmung in seinem Bezirk als „sehr gut" [27] und war auch nach den Worten Metternichs der „Totaleindruck", den er in den von ihm Ende August 1841 [28] bereisten Teilen der Rheinprovinz empfangen habe, „ein günstiger für den König" [29], so erfuhr auch der „Toast" Loes heftiger Tadel seitens des Ritter-

---

[20] Ebd., 5. Aug. 1841; Allgemeine Zeitung vom 4. Aug. 1841.
[21] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 11266.
[22] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für Juni 1841. — Auch Bewohner von Köln sollen sich veranlaßt gesehen haben, für Monheim einen goldenen Pokal anfertigen zu lassen (Leipziger Allgemeine Zeitung vom 13. Sept. 1841).
[23] Westfälischer Merkur vom 1. Aug. 1841; sehr ausführliche Schilderung im Hamb. unpart. Corr. vom 4. Aug. 1841.
[24] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für Juli 1841.
[25] 12. Juli 1841, in: Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 289.
[26] Vgl. Qu. Nr. 278.
[27] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16223.
[28] Vgl. Kölnische Zeitung vom 30. Aug. 1841.
[29] Vgl. Qu. Nr. 277.

hauptmanns Johann Wilhelm Graf von Mirbach. Auf einer eigens einberufenen Ritterversammlung am 30. Aug. 1841 in Düsseldorf stellte er Loe zur Rede und warf ihm vor, dem Ansehen und Interesse der Korporation zuwidergehandelt zu haben [30]. Auch in der Unterstützung des Monheimschen Antrags durch die Landtagsdeputierten aus den Reihen der „Autonomen" sah Mirbach die Gefahr eines Auflösens der Grundsätze und Überzeugungen, auf denen der Zusammenhalt der Genossenschaft beruhe. Nach diesen Prinzipien obliege dem Adel sowohl der Schutz der Religion als auch die Treue gegenüber dem Thron. Der auf dem Landtag vorgebrachte und von den „Autonomen" unterstützte Antrag, der in seiner Form überhaupt eine moralische Unmöglichkeit darstelle, sei aber in jeder Beziehung rücksichtslos gegen den König, von dem man doch wisse, daß er den ernsthaften Willen besitze, die Differenzen zwischen Staat und Kirche beizulegen; auch sei es doch nicht unbekannt geblieben, daß die in Rom geführten Verhandlungen zwischen den beiden Lagern in ein entscheidendes Stadium getreten seien [31]. Der Vortrag Mirbachs scheint eine heftige Diskussion im Ritterrat entfacht zu haben [32], doch ist es damals Mirbach offenbar gelungen, die Mehrheit zu einer besonneneren Haltung und zu einem Einlenken gegenüber dem König zu bewegen [33], auf dessen Protektion schließlich immerhin ihre privilegierte Stellung basierte. So stimmten die Vertreter dieser Gruppe auf dem 8. Rheinischen Provinziallandtag denn auch gegen die Forderung nach Einführung von Reichsständen [34]. Zu dem im großen und ganzen harmonischen Verhältnis, wie es vor dem Kölner Ereignis zwischen den rheinischen „Autonomen" und dem Thron bestanden hatte, sollte es jedoch vorerst nicht wieder kommen. Offenbar fiel es dem rheinischen Adel schwer, sich mit der Tatsache abzufinden, daß sein Standesgenosse Droste-Vischering nicht mehr auf den Kölner Stuhl zurückkehrte [35]. Vor allem die Gruppe um Max von Loe zeigte sich, wie Ernst Ludwig von Gerlach über seine Begegnung mit zwei Angehörigen des rheinischen Adels am 24. Aug. 1842 in Köln berichtet, gegen den König wegen seiner Unnachgiebigkeit gegenüber Droste-Vischering sehr verstimmt [36]. Auch in den kirchenpolitischen Debatten auf den Rheinischen Provinziallandtagen trat man weiterhin unversöhnlich auf [37].

---

[30] Archiv Harff 235/40, Vortrag im Ritterrat über den vor Eröffnung des Landtags von dem Freiherrn M. v. Loe ausgebrachten Toast.

[31] Archiv Harff 235/40, Vortrag des Ritterhauptmanns vom 30. Aug. 1841 über die Stellung, die der Genossenschaft in den kirchlichen Fragen ziemt.

[32] Ebd., Fernerer Vortrag.

[33] Vgl. Qu. Nr. 283.

[34] Wegener S. 97. — Der Gegensatz der „Autonomen" zu den rheinischen Liberalen war bereits im Juli 1841 offenkundig geworden, als sich der größere Teil der „Autonomen" demonstrativ von einem zu Ehren Ruppenthals gegebenen Festmahl ferngehalten und damit seine Mißbilligung gegenüber dem Manne bekundet hatte, der gewissermaßen eine Symbolfigur des Prinzips der Gleichheit vor dem Gesetz geworden war (vgl. Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 291).

[35] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Korrespondenz Fasz. 196 Nr. 103 C, Trauttmannsdorff an Metternich, Berlin, 3. Nov. 1841. — Auffällig erschienen der preußischen Regierung auch die häufigen Besuche des katholischen rheinischen Adels auf dem Johannisberg, als sich Metternich dort aufhielt (ebd. Fasz. 201, Maltzahn an Metternich, Berlin, 1. Nov. 1841).

[36] Aufzeichnungen, hrsg. von Jakob Gerlach Bd. 1 S. 316.

[37] Vgl. unten S. 483.

3. Die endgültige Beilegung der kirchlichen Wirren, die weitere Gestaltung der Volksstimmung und das Kölner Dombaufest

Der Kölner Generalvikar Iven verhielt sich wider Erwarten durchaus ruhig und bemühte sich, eine unparteiische Haltung an den Tag zu legen [38]. Differenzen zwischen ihm und der Provinzialadministration ergaben sich offensichtlich nicht. Dennoch glaubte der Kölner Regierungspräsident in seinem Bezirk „eine Entwicklung des fanatischen Prinzips" feststellen zu können. Eine Bestätigung für diese Annahme schien ihm vor allem die starke Zunahme der Wallfahrten zu sein [39]. Nachdem für den Michaelstag (29. Sept.) noch in Köln von „Fanatikern" eine Demonstration vorbereitet worden war, die jedoch durch Verbot des Regierungspräsidenten verhindert werden konnte [40], ist dann die im September 1841 durch Vereinbarung zwischen der preußischen Staatsregierung und der Kurie erfolgte Beilegung des Kirchenstreits [41] und die Ernennung des Bischofs von Speyer, Geissel, zum Koadjutor Droste-Vischerings nach den Worten Gerlachs von der Bevölkerung „mit großer Ruhe aufgenommen worden" [42]. Nur die katholische Geistlichkeit sehe es ungern, daß ein „Ausländer" und nicht ein Preuße zum Koadjutor und künftigen Nachfolger des bisherigen Erzbischofs ernannt worden sei [43].

Waren die formellen Fragen in Rom zu einem Abschluß gebracht, so brauchte freilich die Wiederherstellung eines friedlichen diplomatischen Verkehrs nicht unbedingt schon eine wirkliche Versöhnung zwischen den gegensätzlichen Fronten zu bedeuten. Nicht allein in Rom, sondern vor allem auch im Bewußtsein der von der Auseinandersetzung betroffenen Menschen, vornehmlich im Rheinland und in Westfalen, wurde über diese Frage weitgehend entschieden [44].

Tatsächlich meldete z. B. die Koblenzer Regierung ein im großen und ganzen positives Echo auf die Kunde von der Beilegung des kirchlichen Konflikts. Ebenso habe die Nachricht, daß der König das dortige Schloß zu seiner Residenz einrichten lassen wolle, in der Stadt Koblenz die lebhafteste Freude ausgelöst [45]. Auch der Düsseldorfer Regierungspräsident bezeichnete die Stimmung unter den Einwohnern seines Verwaltungsbezirks als „fortwährend gut" [46].

---

[38] So wies auch ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung (14. Okt. 1841) darauf hin, daß man Iven wegen seiner Verwaltung der Erzdiözese von beiden Seiten lobe: „In einer auch den Heftigsten Achtung gebietenden Weise scheint er ruhig, gewissenhaft, unparteiisch seinen Weg zu gehen. Die wahren Freunde der katholischen Sache, die, welche Frieden und Versöhnung wünschen, sehen es als eine glückliche Fügung an, daß gegenwärtig die Leitung ihrer kirchlichen Angelegenheiten in die Hand dieses Mannes gelegt ist".

[39] Ber. an Rochow vom 2. Sept. 1841 (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 291).

[40] Gerlach an Rochow, 1. Okt. 1841 (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 292).

[41] Vgl. Lill S. 204. ff.

[42] Ber. vom 1. Dez. 1841 (Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 296).

[43] Ebd.

[44] Vgl. auch den Artikel eines Korrespondenten „vom Rhein" in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 3. Febr. 1841.

[45] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16266, Zeitungsbericht der Regierung zu Koblenz für Oktober 1841 Bl. 117. — Daß die öffentliche Stimmung in der Stadt Koblenz und Umgebung durch die Beilegung der kirchlichen Differenzen „einen hohen Aufschwung" erhalten habe, meldet auch der Koblenzer Landrat am 29. Dez. 1841 (St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 1286).

[46] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 16223, Zeitungsbericht der Regierung zu Düsseldorf für November 1841 Bl. 177. — Ähnlich der Zeitungsbericht des Aachener Oberbürger-

Diese Tendenz scheint sich weiterhin befestigt zu haben. So meldet der Kölner Regierungspräsident am 1. Juli 1842, die allgemeine Stimmung in seinem Bezirk sei „äußerlich überall eine ganz beruhigte und überhaupt augenblicklich gut zu nennen“ [47]. In der breiten Masse geriet auch Droste-Vischering offenbar mehr und mehr in Vergessenheit. So schreibt Gerlach am 1. Jan. 1842 an Rochow, des Erzbischofs Clemens August werde kaum mehr gedacht: „Die Fanatiker betrachten ihn als für ihre Zwecke verloren. Auch hier geht es wie in allen menschlichen Ereignissen: man wendet sich der aufgehenden Sonne zu und bauet darauf die verschiedenartigen Hoffnungen“ [48]. Weithin verhielten sich auch die Ultramontanen, über deren auch weiterhin bestehende militante Grundhaltung man sich in der Provinzialadministration allerdings keine Illusionen machte, offensichtlich äußerlich ruhig [49]. Lediglich aus Düsseldorf wird gemeldet, daß die dortige „Truppe“ der katholischen Radikalen, an deren Spitze wiederum Binterim stehe, alles aufbiete, „um den Ausgang des Streits als ungenügend darzustellen und die öffentliche Meinung für diese Ansicht zu gewinnen“. Aber auch die „entgegengesetzte, ebenso schroffe Partei“, die evangelischen Ultras, umfasse im Regierungsbezirk Düsseldorf „nicht wenige“ [50].

Ingesamt jedoch waren unter diesen Umständen — auch die Trierer Wahlfrage hatte inzwischen eine zufriedenstellende Regelung gefunden [51] — die Voraussetzungen, das geplante Kölner Dombaufest zu einer Feier der Versöhnung von Staat und Kirche auszugestalten [52], nicht ungünstig.

Bereits bei seiner Durchreise Anfang des Jahres war der König im Rheinland von der Bevölkerung freudig begrüßt worden, und zwar insbesondere in Aachen [53], in Düsseldorf [54] und in Emmerich [55]. Charakteristisch für den inzwischen eingetretenen Wandel der Stimmung erscheint insbesondere der Empfang in Aachen. Das

---

meisters für Januar 1842: „Die von Sr. Maj. dem Könige getroffenen Anordnungen zur Beendigung der kirchlichen Wirren ... werden von der hiesigen Bürgerschaft mit dem schuldigen Danke anerkannt, und es ist die öffentliche Stimmung, worüber bisher nur Gutes zu berichten war, jetzt um so reiner“ (Stadtarchiv Aachen Caps. 10 Nr. 1 I).

47 Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 347.

48 Ebd. S. 311 ff.

49 Vgl. Qu. Nr. 279.

50 Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 313 f.

51 Nach voraufgegangener Resignation wurde Arnoldi am 27. Juni 1842 erneut zum Bischof gewählt (vgl. Lill S. 227). Friedrich Wilhelms IV. Entgegenkommen ging dabei so weit, daß er eine Stelle in dem sonst üblichen Huldigungseid der Bischöfe, die Arnoldi bedenklich gefunden hatte, eigenhändig ausstrich (Treitschke, 5. Teil S. 284).

52 Vgl. Lill S. 228 ff. (mit weiteren Literaturangaben).

53 Westfälischer Merkur vom 25. Jan. 1842; vgl. ferner Qu. Nr. 280.

54 Westfälischer Merkur vom 13., 15. Febr. 1842. — Hier hatte es allerdings einen Mißklang zwischen Friedrich Wilhelm IV. und dem rheinischen Adel gegeben. So ließ sich der König, wie Ferdinand von Galen in seinen Aufzeichnungen vermerkt, „durch seine pietistische Umgebung dazu verleiten“, den Grafen Trips, der sich in der Kölner Angelegenheit „sehr schlecht katholisch gezeigt hatte“, den versammelten Angehörigen der Ritterschaft als Musterbild vorzustellen: „Der arme Mirbach vergoß heiße Tränen, und wir alle fühlten uns gekränkt in unsren Erwartungen“ (Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik). — Es handelte sich hier um Edmund Ignatz Graf Berghe von Trips, der sich nicht an der Autonomischen Genossenschaft beteiligt und auch auf dem Landtag gegen den Antrag Monheims gestimmt hatte (G. v. Below, Aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV., in: Deutsche Rundschau Bd. 109 S. 125 f.; vgl. auch oben S. 302). — Offensichtlich hatte der König schon vorher gegenüber Max v. Loe und Franz Egon von Fürstenberg-Stammheim „durch große Kälte sein Mißfallen an ihrer

zeigte sich z. B. darin, daß prominente Mitglieder der ultramontanen Partei wie der Landtagsdeputierte Dr. Monheim und der Fabrikant van Houten dem Festkomitee angehörten. Bemerkenswert erscheint auch die in diesem Zusammenhang verzeichnete Äußerung des Fabrikanten Küttgens, man müsse jetzt wieder gutmachen, was man früher gesündigt habe. Nicht weniger auffällig war das Verhalten des in dieser Gruppe in früheren Jahren ebenfalls hervorgetretenen Arztes Dr. Lauffs, der jetzt auf dem Festbankett des Gesangvereins den ersten Toast auf den König ausbrachte. Auf einen ähnlichen Umschwung in der Masse der Bevölkerung deutet auch die Tatsache hin, daß ältere Frauen bei der Ankunft des Königs spontan niederknieten, um den Segen des Himmels für ihn zu erflehen [56].

Diese auch von Zufriedenheit über den materiellen Aufschwung und nationaler Begeisterung geprägte Stimmung, welche die Erinnerung an die Wirren der vergangenen Jahre offensichtlich mehr und mehr zu verdrängen schien, spürte auch der nach längerer Abwesenheit seine Heimat aufsuchende Sulpiz Boisserée, dem aus der Distanz die inzwischen vor sich gegangene Entwicklung mehr als einem in der Rheinprovinz selbst lebenden Zeitgenossen auffallen mußte:

„Im ganzen hat mir diesmal das Leben am Rhein den Eindruck eines Traumes gemacht; nachdem ich seit acht Jahren nicht mehr dort gewesen, fand ich in dem überall verbreiteten Wohlstand, in einem wahren Weltverkehr und in der vollkommen durchdrungenen Gesinnung für die Eintracht Deutschlands die kühnsten und wärmsten Wünsche meiner Jugend verwirklicht. Kam mir ja selbst der Widerhall meiner Begeisterung für den Dom von Köln entgegen, der früher in meiner Heimat wenig Anklang gefunden und ursprünglich dort für eine Torheit war geachtet worden! — Am meisten freute mich jenes Gefühl der Notwendigkeit festen Zusammenhaltens aller Deutschen, welches bei der jüngern Generation vorherrschend geworden ist und die Mißstimmung wegen der kirchlichen Sreitigkeiten überwältigt hat, so daß sie nur auf eine kleine Schar beschränkt ist. Hier zu Lande hat man davon gar keinen Begriff“ [57].

Die allgemeine Anteilnahme an der am 4. Sept. 1842 vorgenommenen Grundsteinlegung zum Fortbau des Kölner Domes übertraf indes alle vergleichbaren vorherigen Ergebnisse. Nach Berichten der zeitgenössischen Presse war eine derartige Menschenmasse in Köln noch nicht gesehen worden. Aus allen Teilen Deutschlands trafen Deputationen der Dombauvereine ein. Mit enthusiastischem Beifall wurde der König, für den der Wiederaufbau des Kölner Doms gewissermaßen ein sichtbares Symbol seines Strebens nach Bewahrung christlicher Gesinnung darstellte [58], bei seinem ersten Erscheinen begrüßt, der sich noch verstärkte, als sich der König mit liebenswürdiger Höflichkeit vor dem Erzbischof-Koadjutor von

---

Haltung im Landtage bezeigt“ (v. d. Marwitz S. 405). Ebenso lehnte er einen besonderen Empfang für die „Autonomen“ ab und verwies sie auf die für die übrige Ritterschaft angesetzte Cour (ebd.).

[55] Westfälischer Merkur vom 16. Febr. 1842.

[56] Vgl. Qu. Nr. 280. — Daß „der Jubel am Rhein und Westfalen ... alles Maß überschritt“, hinterließ auch in Kreisen des Berliner Hofs und der Staatsregierung nachhaltigen Eindruck (v. d. Marwitz S. 405). — Über den Widerhall der Reise vgl. auch Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S 318 Nr. 108; Nr. 110 S. 319 f.

[57] Boisserée S. 805 f.

[58] Max Fischer S. 401.

Geissel verneigte [59]. Welch tiefgreifenden Eindruck die Rede Friedrich Wilhelms IV. hinterließ, zeigen z. B. in eindrucksvoller Weise die Aufzeichnungen des Arnsberger Regierungspräsidenten Keßler:

„Es ist nicht möglich, freier, gewaltiger, weittönender und hinreißender unter Gottes freiem Himmel zu unzählbarer Menge zu reden als der König ... Als nach den von dem Volke wohl für den Schluß gehaltenen Worten ‚daß sie eines sind in dem einzigen göttlichen Haupte!' abermals stürmender Jubel alles überbrausete, gebot der erhobene Blick des Königs bald Ruhe. Mit neuer Kraft alles durchdringenden Nachdruckes sprach er die Schlußworte zu den Kölnern bis zu dem ‚Alaaf Köln!', was alle Bande brach, Herz und Mund aller lösete, allen Tränen der innigsten Freude, der tiefsten Erschütterung der Seele aus den Augen lockte" [60].

Auf den unverkennbaren Fortschritt gegenüber dem kirchenpolitischen Hader vergangener Jahre wies z. B. auch Canitz hin:

„Wer hätte vor einigen Jahren zu prophezeien gewagt, was sich da vor unsern Augen erfüllte? Daß der König in Cöln des unseligen kirchlichen Streits als einer abgemachten Sache vor versammelten Volk, vor dem neuen Erzbischof, der mit Tränen in den Augen seinen Segen dazu sprach, gedenken, daß ein Erzherzog von Österreich und die Könige von Württemberg und Niederland ihn als den Hort des einigen Deutschlands begrüßen würden" [61].

Religiöse und patriotisch-nationale Empfindungen, letztere ein gewisser Nachhall der 1840 geweckten Begeisterung [62], fanden bei dieser Gelegenheit zu einem selten zuvor gekannten Einklang zusammen. Selbst engagierte Katholiken wie z. B. Luise Hensel stimmten begeistert der von Geissel bei der Einweihungsfeier vorgetragenenen Formulierung zu, daß dieses ein Fest der Religion, der Kunst und des Vaterlandes sei [63]. Die Intention Friedrich Wilhelms IV., „den Staatsfesten der Revolution" ein Fest entgegenzusetzen, in dem „die Einheit des christlichen und des nationalen Gedankens dem Volke offenbar werden sollte" [64], war offensichtlich erreicht worden. Am 7. Sept. 1842 wurde dem Herrscherpaar auch in Aachen ein begeisterter Empfang zuteil [65], der sich in Köln (Bürgerfest am 11. Sept.) [66], Godesberg (Fest der Ritterschaft) [67], Bonn, Koblenz, Trier und Saarbrücken wiederholte [68].

Zeigte sich das Herrscherpaar bemüht, durch Leutseligkeit und Gesten der Volksverbundenheit die Herzen des Volkes zu gewinnen, so soll es sich indes gegen die-

[59] Westfälischer Merkur vom 7. Sept. 1842.
[60] Leben des ... Georg Wilhelm Keßler S. 379 f.
[61] Denkschriften Bd. II S. 55.
[62] Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 401.
[63] Binder S. 335. — Allerdings fehlte es auf katholischer Seite auch nicht an der Befürchtung, daß über dem politischen das kirchliche Interesse am Wiederaufbau des Gotteshauses vergessen werde (Faber, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution S. 401).
[64] Schnabel S. 157.
[65] Westfälischer Merkur vom 11., 13. Sept. 1842.
[66] Ebd., 15. Sept. 1842.
[67] Ebd., 18. Sept. 1842. — Indes gab das pomphafte Ritterschaftsfest erneut Anlaß zur Diskussion der Adelsfrage. Gustav Mevissen z. B. zog in der „Rheinischen Zeitung" heftig gegen die Exklusivität der „Autonomen" zu Felde. So habe das Adelsfest „das innerlich Tote der aristokratischen Zustände" im Rheinland „auch äußerlich zur Erscheinung" gebracht (König S. 71 f.).
[68] Westfälischer Merkur vom 18., 21., 29. Sept. 1852.

jenigen, die die eigentliche Last der vergangenen schwierigen Jahre getragen hatten, die Staatsbeamten, mit Ausnahme weniger Günstlinge, „kalt, schnöde und achtlos" verhalten haben, nicht zuletzt, um dem Volke zu schmeicheln und ihm zu zeigen, daß man auf die Beamten nicht viel halte [69].

Freilich ließ der König in seinen schönen und, wie Karl Schorn es nennt, „einschmeichelnden" Reden über „angestammte Regententreue und beabsichtigte Volksbeglückung" nirgends von der Gewährung einer Verfassung etwas verlauten, was die „patriotische Stimmung am Rheine wieder gewaltig" habe sinken lassen, namentlich „in der Metropole Köln" [70]. In der Tat sollten die Ereignisse der nächsten Jahre zeigen, daß der durch die glänzenden Feste hervorgerufene Rausch bald verfliegen und die liberale Bewegung ihren Forderungen unüberhörbaren Ausdruck verleihen würde [71]. Nach den Worten Gerlachs waren schon im vergangenen Jahr die liberalen Tendenzen wohl zuweilen aufgetaucht, doch hatten sie sich „unter den fanatischen Wirren" wenig bemerkbar machen können [72]. In einem Bericht vom 1. März 1842 hatte er dann jedoch wiederum angedeutet, daß, je mehr „die fanatischen Äußerungen" jetzt schwiegen, „das Interesse für die allgemeinen Fragen des Tages" um so mehr steige [73]. Die große Mehrheit der rheinischen Katholiken war offensichtlich der langjährigen kirchlichen Wirren müde geworden und fand sich mit dem erreichten Kompromiß ab, wie im Bericht der Abteilung des Innern bei der Regierung Aachen für 1842 resümiert wird: „Die mit Beginn des Jahres in Ausführung gebrachte friedliche Ausgleichung des erzbischöflichen Streites hat ziemlich allgemein die katholische Bevölkerung des Bezirks zufrieden gestellt. Die große Mehrheit wünschte ohnehin die Beendigung um jeden Preis, und die extremen Parteien, die eigentlich den Streit führten und unterhielten, haben, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt wurden, die erwählte Auskunft wenigstens zu gut gefunden, um sie offen zu bekämpfen" [74].

18. Kapitel. Konfessionelles Zusammenleben. Rückschau und Ausblick.

Gewiß demonstrierte der Erfolg der königlichen Besuchsreisen die wiederhergestellte Eintracht zwischen Staat und Kirche, doch fragt es sich, ob ein Gleiches für das Verhältnis zwischen den evangelischen und katholischen Bevölkerungsteilen in der Rheinprovinz festgestellt werden kann; denn darüber, daß die kirchenpolitische Konfliktsituation das Verhältnis zwischen den Konfessionen, das zu Be-

[69] Varnhagen von Ense, Tagebücher Bd. 1 S. 109.

[70] Lebenserinnerungen Bd. 1 S. 164. — Am Tage des Dombaufestes hatte z. B. auch die Rheinische Zeitung ein „dem Könige von Preußen" gewidmetes Gedicht von Robert Prutz gebracht, in welchem die Forderung nach Freiheit des Wortes und einer Konstitution erhoben wurde (ebd. S. 161).

[71] Vgl. z. B. Schorn S. 164; 179 ff.; Aloys Schulte, Tausend Jahre deutscher Geschichte und Kultur am Rhein S. 350—353; Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 478 ff.

[72] Ebd., 30. Juni 1841, S. 280.

[73] Ebd. Nr. 110 S. 320. — Ähnlich derselbe am 1. Nov. 1842: „Die öffentliche Stimmung ist unverändert gut, zu verkennen ist aber nicht, daß sich hier mehr und mehr der Wille kundgibt, möglichst teilzunehmen an der Gesetzgebung in großen und kleinen Kreisen" (ebd. Nr. 153).

[74] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. Nr. 472.

ginn der dreißiger Jahre vielfach noch ungetrübt war, mehr oder minder belastet hat, daß ein Zustand eingetreten war, den man vielfach nicht mehr für möglich, für überwunden gehalten hatte, besteht wohl kein Zweifel. Dafür fanden sich bereits während der Unruhen und Ausschreitungen im Dezember 1837 und Januar 1838 manche Anzeichen. Auch schreibt ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 11. Juli 1838, es sei zu bedauern, daß das „sonst so freundschaftliche Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten sich noch immer nicht in das alte Gleichgewicht von gegenseitigem Vertrauen und vernünftiger Leidenschaftslosigkeit" stellen wolle, obwohl vorauszusehen sei, „daß auch dieser fanatische Zwiespalt bei der stets zunehmenden Bildung" des rheinischen Volkes nicht lange Bestand haben könne.

Geht man dieser generalisierenden Feststellung nach, so stößt man auf eine Reihe bestätigender Meldungen und Berichte, gelegentlich auch auf gewisse erfreuliche Ausnahmen. Das im folgenden gezeichnete Bild kann zwar keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, doch deuten die Angaben aus verschiedenen Regionen unverkennbar gewisse vorherrschende Tendenzen an.

In einigen Gemeinden der Bürgermeisterei Gemünden im Kreise Simmern, so berichtet die Regierung Koblenz am 5. Mai 1839, hätten sich die religiösen und kirchlichen Wirren so weit gesteigert, daß die Unterstützung der Armen einer Konfession von den Bekennern der anderen Religion verweigert worden sei. Daraufhin bemühten sich der evangelische Pfarrer Lindenborn und der katholische Pfarrer Assolino, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, indem sie Versöhnungspredigten hielten und dabei dem jeweiligen Gottesdienste des Kollegen beiwohnten [1]. Hierbei dürfte es sich freilich um einen bemerkenswerten Einzelfall gehandelt haben. Im allgemeinen, so berichtet der Landrat des Kreises Simmern am 30. Dez. 1838 [2], scheine jeder Konfessionsteil fester zusammenzuhalten als früher, und die Kirchen würden wieder fleißiger besucht, selbst von „sonst indifferent scheinenden Menschen". Eine Entspannung ist hier jedoch offensichtlich gegen Ende des Jahres 1839 eingetreten. Von Spaltungen zwischen den Konfessionen, so schreibt derselbe am 28. Dez. 1839 [3], sei nichts mehr zu bemerken. Daß der religiöse Sinn bei den Katholiken, aber auch bei den Evangelischen durch die Zeitereignisse unverkennbar erhöht und zu klarem Selbstbewußtsein gebracht worden sei, hebt der Landrat von St. Goar in einem Zeitungsbericht vom 29. Jan. 1840 hervor [4]. Dagegen stellte der Landrat des Kreises Neuwied am 29. Jan. 1840 unter den verschiedenen Konfessionen noch immer „die beste Einigung" fest [5]. Am wenigsten machten sich die kirchlichen Wirren bis 1840 im Kreis Kreuznach, einer Region mit stark „gemischter" Bevölkerung, bemerkbar. Daß man hier in Ruhe und Frieden nebeneinander lebe, sei vorzugsweise dem verständigen Verhalten des Pfarrers und Domherrn Stänger in Kreuznach und des Definitors Ballé in Sobernheim zuzuschreiben [6]. Seit 1841 wurde jedoch auch hier die Harmonie gestört [7].

---

[1] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 959.
[2] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 1250.
[3] Ebd. Nr. 1262.
[4] Vgl. Qu. Nr. 224.
[5] St. A. Koblenz Abt. 441 Nr. 1263.
[6] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 23 Spez. a, Verwaltungsbericht der Regierung Koblenz für 1838.

Insgesamt gelangt die Koblenzer Regierung in ihrem Verwaltungsbericht für 1840 [8] zu dem Fazit: „Erhebliche Differenzen zwischen katholischen und evangelischen Gemeinden sind nicht vorgekommen, obgleich nicht zu verkennen ist, daß der Geist der Eintracht zwischen den verschiedenen Konfessionsgemeinden ... seit Jahren mehr abgenommen als zugenommen hat und sie einander mit eifersüchtigen Augen betrachten".

Ein stärkeres Hervortreten des konfessionellen Prinzips ist im Regierungsbezirk Trier zu beobachten. Die Intoleranz vieler katholischer Geistlicher ging sogar so weit, die Anwesenheit von Evangelischen, gegen die früher als Paten keine Einwände erhoben worden seien, jetzt bei Taufen überhaupt nicht mehr zu gestatten [9]. Einen besonders schroffen Trennungsstrich gegenüber der evangelischen Bevölkerung zog auch der Trierer Domkapitular Dr. Braun in seinen Fastenpredigten im April 1840, indem er erklärte, daß es außer der katholischen keine christliche Kirche gebe [10]. Charakteristisch für das gestärkte Glaubensbewußtsein erscheint auch, daß die während der Pfingstwoche und am Fronleichnamsfest 1840 in Trier stattgefundenen Prozessionen mit einem Aufwand veranstaltet wurden, wie er früher nicht bemerkt worden war [11].

Als Beispiel dafür, wie sehr die katholische Geistlichkeit bemüht gewesen sei, „das römisch-katholische Prinzip zu wahren und ja nicht den Andersgläubigen näherzutreten" [12], wird vom Trierer Regierungspräsidenten in einem Bericht vom 1. Juni 1841 auch die am Pfingstmontage in Trier übliche Prozession zum Andenken an die Vertreibung des reformierten Theologen Kaspar Olevianus angeführt. Vor den Kölner Wirren sei sie wenig aufgefallen, da sie nur von einer sogenannten Sodalität abgehalten worden sei, in diesem Jahre sei sie jedoch mit noch nie gesehenem Glanze gefeiert worden [13].

Von einem weiterhin zu verzeichnenden harmonischen Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten ist in den Verwaltungsberichten der Regierung Düsseldorf die Rede [14]. Einige Einzelmeldungen fallen allerdings aus diesem Rahmen. So betont z. B. der Bürgermeister Büschken aus Rheydt, einer Stadt mit nicht un-

---

[7] Ebd., Ber. für 1841; ähnlich Ber. für 1842.

[8] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 23 Spez. a.

[9] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, Zeitungsbericht der Regierung Trier für Oktober 1838.

[10] St. A. Koblenz Abt. 442 Nr. 3691, wöchentlicher Polizeibericht für April 1840.

[11] Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 184. — Über das Hervortreten einer bewußteren Religiosität unter den Trierer Katholiken lesen wir auch bei Kentenich (S. 757): „... es wuchs daher die Zahl der Gläubigen von Jahr zu Jahr, so daß sich dermalen (1840) hier ein allgemein verbreiteter religiöser Sinn offenbart und man nicht mehr erröten zu müssen glaubt, wenn man seine Pflichten gegen Gott erfüllt."

[12] Nähertreten ist hier wohl im Sinne von „sich annähern" verwandt.

[13] Ausführliche Wiedergabe des Berichts bei: Hansen, Rheinische Briefe und Akten I S. 281.

[14] „In dem hiesigen dichtbevölkerten Verwaltungsbezirke, wo die evangelischen und katholischen Eingesessenen so untermischt nebeneinander wohnen, wo der Verkehr so lebhaft ist und die Interessen sich so vielseitig berühren, ist ein nicht aus verwerflichem Indifferentismus, sondern aus dem einheimischen Sinne für Gesetzlichkeit und Ordnung hervorgegangenes einträchtiges und friedfertiges Verhalten schon an sich selbst eine erfreuliche Erscheinung. Doppelt erfreulich aber ist es, wenn zu einer Zeit wie die gegenwärtige, wo manche Gemüter noch aufgeregt sind, jene Zustände unverändert dieselben geblieben sind" (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 1465, Verwaltungsbericht für 1839). — Ähnlich Verwaltungsbericht für 1840 u. 1841.

bedeutendem evangelischen Bevölkerungsanteil, in einem Bericht vom 21. Febr. 1839, daß man beginne, sich in noch stärkerem Maße der konfessionellen Eigenheiten bewußt zu werden [15]. Daß sich das religiöse Bewußtsein auch in Düsseldorf offenbar deutlicher ausgeprägt hatte, bekundete sich hier Anfang 1840 anläßlich der Beisetzung des Düsseldorfer Jesuiten Philipp Schulten, dem ein Begräbnis zuteil wurde, von dem die Regierung nach Berlin meldete, daß kein anderer am Ort je ein solches erfahren habe [16]. Daß in der Tat trotz äußerlicher friedlicher Koexistenz gewisse emotionale Spannungen auch unter Angehörigen verschiedener Konfession im Regierungsbezirk Düsseldorf bestanden haben dürften, klingt im Verwaltungsbericht der Düsseldorfer Regierung für 1842 [17] an: „Das Weihefest des großartigsten deutschen Gotteshauses, des Domes zu Köln, am 4. Sept. 1842 ... hat manche gute Folgen gehabt und vielfach versöhnend unter den Christen beider Konfessionen gewirkt".

Nicht ohne gewisse Auswirkungen blieb die Wegführung des Erzbischofs auf das bisherige gute Verhältnis zwischen der evangelischen und katholischen Bevölkerung im Regierungsbezirk Köln. Wurde es im November und Dezember 1837 „an manchen Orten etwas getrübt", so waren jedoch auch einige Fälle eines friedlichen Nebeneinanders zu verzeichnen, wie etwa in Waldbroel, wo die Katholiken der evangelischen Gemeinde, deren Gotteshaus baufällig geworden war, ihre Kirche zur Mitbenutzung zur Verfügung stellten [18], oder in Mülheim (Rhein), wo die gesamte evangelische Einwohnerschaft dem verstorbenen katholischen Dechanten das letzte Geleit gab [19]. Wurde auch im folgenden Jahr das Verhältnis der beiden Konfessionen im Regierungsbezirk Köln nicht durch spektakuläre Zwischenfälle gestört, so blieb jedoch weiterhin eine gewisse „Spannung und Zurückhaltung" bestehen [20], die sich 1839 vor allem in gewissen Reibungen in gemischten Gemeinden (Ruppichteroth, Seelscheid, Herchen) bekundete, jedoch offensichtlich im Abnehmen war [21]. In der Tat schien sich 1840 das frühere vertrauensvolle Verhältnis wieder zu konsolidieren [22]. Es ließ sich jedoch nicht verkennen — so die Sicht der Regierung Köln im Verwaltungsbericht für 1841 —, daß ein stark ausgeprägtes konfessionelles Bewußtsein zurückgeblieben war [23]. Insbesondere erregte

---

[15] „Die infolge der Entfernung des Erzbischofs von Köln stattgehabten Umtriebe und geheimen Einflußdrohungen haben allerdings bei dem größeren Teil der katholischen Bevölkerung eine für unsere Regierung höchst ungünstige Stimmung hervorgebracht und den früher im äußeren Umgang kaum bemerkten Unterschied der Konfessionen schroffer hervorgehoben, als es sonst der Fall war" (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809).

[16] Most, Geschichte der Stadt Düsseldorf Bd. 2 S. 59.

[17] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 1465.

[18] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 24 Spez. a, Verwaltungsbericht der Regierung Köln für 1837. — Ähnlich wird 1842 davon berichtet, daß in Gummersbach die evangelischen Bürger den dortigen Katholiken bei der Erbauung einer Kapelle „ehrenwerte Aushülfe" geleistet hätten.

[19] Hamb. unpart. Corr. vom 21. Febr. 1838.

[20] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 24 Spez. a, Verwaltungsbericht der Regierung Köln für 1838.

[21] Ebd., 1839.

[22] Ebd., 1840.

[23] „Wenngleich das friedliche Verhältnis der Evangelischen zu den Katholiken im verflossenen Jahre äußerlich nirgendwo gestört worden ist, so darf doch nicht in Abrede gestellt werden, daß auch im diesseitigen Bezirke wie anderwärts die Differenzpunkte

die Gründung der Evangelischen Stiftung des Gustav-Adolf-Vereins (16. Sept. 1842) unter den Katholiken eine gewisse Besorgnis [24].

Was den Regierungsbezirk Aachen betrifft, so kam es in der Stadt Aachen im August 1839 zu Ausschreitungen gegen ein Brautpaar, das nicht bereit gewesen war, das Versprechen der katholischen Kindeserziehung abzugeben [25]; im Verwaltungsbericht für 1840 stellt allerdings der dortige Regierungspräsident, der auch im Zeitungsbericht für März 1840 eine äußerlich gemäßigte Haltung der Aachener katholischen Geistlichkeit konstatiert [26], fest, daß das Verhältnis der evangelischen zur katholischen Bevölkerung im allgemeinen ungetrübt geblieben sei: „Ein einmütiges und schönes Zusammentreten beider Konfessionen fand namentlich bei der Trauer um des hochseligen Königs Majestät und bei der Feier des auch in diesem Bezirke mit seltener Begeisterung begangenen Huldigungsfestes statt“ [27] (s. auch oben S. 280 f.).

Allerdings dürfte es sich hier um eine vorwiegend durch die Vorgänge um den Thronwechsel bedingte Erscheinung handeln, der noch kein dauerhafter Charakter beizumessen gewesen sein dürfte. So weist auch die Aachener Regierung 1841 darauf hin, daß zwar das Verhältnis der Evangelischen zu den Katholiken „im alltäglichen Zusammenleben im ganzen ungetrübt“ geblieben sei, doch befinde sich die evangelische Minderheit vielfach in einer schwierigen, wenig beneidenswerten Situation, und vieles müsse „mit Glaubensfreudigkeit“ in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft erduldet werden [28]. Noch schroffer gestalteten sich die Beziehungen offensichtlich in den folgenden Jahren. Es lasse sich nicht verkennen, so betont der Aachener Regierungspräsident in seinem Verwaltungsbericht für 1843 [29], daß das gegenseitige Vertrauen mehr oder minder gewichen und „in Beziehung auf konfessionelle Angelegenheiten durch die Ereignisse der letzten Jahre eine fast krankhafte Regbarkeit der Gemüter in allen Ständen“ und zwar selbst bei denen zurückgeblieben sei, die in kirchlichen Angelegenheiten an und für sich zum In-

---

zwischen beiden Kirchen, welche früher fast ausschließlich von den Theologen klar ins Auge gefaßt, von dem Volke dagegen mehr nur dunkel geahnt und vielleicht in ganz unwesentlichen Nebendingen erblickt wurden, jetzt allgemeiner und bestimmter den Laien zum Bewußtsein kommen, daß sich auch in den evangelischen Gemeinden, wie das bei den katholischen seit längerer Zeit schon deutlich genug sich kundgegeben hat, wieder ein konfessionelles Gemeindegefühl regt...“ (DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 24 Spez. a.).

[24] Vgl. Qu. Nr. 286.

[25] Nach einem im Hamb. unpart. Corr. vom 28. Aug. 1839 veröffentlichten Bericht sammelte sich vor der evangelischen Kirche „ein Haufen tumultuarischen Pöbels“, der das sog. Geusenlied sang und mit Steinen auf die Hochzeitsgesellschaft warf.

[26] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47.

[27] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165 I Ber. für 1840 (S. 403). — Lediglich in Prummern, einer Landgemeinde im Kreise Geilenkirchen, kam es im April 1840 zu einem Zwischenfall, als ein evangelischer Einwohner seinen Pfarrer bat, seinen renitenten Sohn „durch geeignete Vorstellungen zur Pflicht zurückzuführen“. Daraufhin verbreitete der Sohn das Gerücht, die Zerwürfnisse zwischen ihm und seinem Vater lägen allein darin begründet, daß ihm dieser verwehre, zur katholischen Religion überzutreten. Katholische Fanatiker zeigten sich hierüber so aufgebracht, daß sie gegen den evangelischen Pfarrer und den Vater des Jungen tätlich wurden. Nur mit Mühe gelang es dem Ortsgendarm, die Ruhe wieder herzustellen (St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen 47, Zeitungsbericht für April 1840).

[28] St. A. Düsseldorf, Regierung Aachen Präs. Nr. 879, Ber. der Abt. des Innern.

[29] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165 I S. 530 ff.

differentismus neigten. Dieser Zustand müsse in einem vorwiegend katholischen Landesteil besonders von den Evangelischen schmerzlich empfunden werden [30]. Auch was die Mischehenfrage angeht, entspricht die Darstellung Cunys durchaus nicht dem unproblematischen Bild, wie es 1840 die Berliner Allgemeine Kirchenzeitung zeichnete. Trotz der weitgehenden Regelung der Mischehenfrage im katholischen Sinne [31] seien solche Ehen nicht seltener geworden. Sie würden aber nunmehr meist unter den Vorbehalt der ausschließlich katholischen Kindererziehung abgeschlossen [32], und wie Cuny in seinem Bericht für 1843 ergänzt, „lasse die katholische Kirche nicht ab, das Prinzip der Ausschließlichkeit mit aller Strenge und nicht ohne Erfolg wieder geltend zu machen", was nicht ohne Folgen „für die Lebensverhältnisse der Evangelischen in der bürgerlichen Gesellschaft bleiben könne. Über das Verfahren der katholischen Geistlichkeit bei der Schließung gemischter Ehen werde fortwährend Klage geführt [33], und es lasse sich nicht verkennen, daß solche Klagen in den meisten Fällen nur zu sehr begründet seien. Staatliches Eingreifen, wie es wieder vielfach gefordert werde, müsse jedoch angesichts der im Kölner Kirchenstreit gemachten Erfahrungen als „töricht" bezeichnet werden. Nur durch die Förderung der Wissenschaft und den Fortschritt der Volksbildung stehe es zu hoffen, daß „der Fanatismus niedergehalten und den Protestanten die Möglichkeit geboten" würde, „sich auch hier, inmitten einer überwiegend und fast ausschließlich katholischen Bevölkerung heimatlich und nicht nur als gleichberechtigte, sondern auch als gleichgestellte Bürger zu fühlen" [34].

[30] Ebd. S. 530
[31] Vgl. Lill S. 161.
[32] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165 I S. 530.
[33] In einem aus Aachen unter dem 9. April eingesandten und in der Berliner Allgemeinen Kirchenzeitung veröffentlichten Schreiben war zwar versucht worden, die Mischehenfrage als unproblematisch zu bezeichnen: „Das einfache Verfahren, welches am Rhein jetzt beobachtet wird, ist dieses: Erklärt das gemischte Brautpaar sich ohne Aufforderung bereit, die Kinder in der katholischen Religion erziehen zu lassen, so verrichtet der katholische Pfarrer die Kopulation; erfolgt diese Erklärung nicht, so stellt der katholische Pfarrer den sog. Losschein aus, und die Kopulation wird dann von dem evangelischen Pfarrer vollzogen. Dieses Verfahren ist so einfach, daß es ohne Zweifel allenthalben durchgreifen und die Aufregung nach dieser Seite hin sich bald legen wird" (Wiedergabe im Westfälischen Merkur vom 25. April 1840). Diese Sichtweise überzeugt jedoch nicht.
[34] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165 I.

B. Westfalen

1. Kapitel. Die Situation vor dem Kölner Ereignis

1. Zur politischen Haltung der Bevölkerung

In einem namhaften Werk über Westfalen im Vormärz wird die Ansicht vertreten, daß „westfälischer Stolz und das mit ihm verbundene Rechtsempfinden" anders reagiert habe als „das rheinische Leben- und Lebenlassen in Köln, wo die Bevölkerung den Erzbischof, seiner eckigautokratischen Art überdrüssig, fast teilnahmslos ohne alles Rechtsverfahren gefangennehmen ließ" [1]. Kann nun nach den Ausführungen des ersten Teils meiner Arbeit (Rheinprovinz) offensichtlich keine Rede davon sein, daß die gesamte Bevölkerung Kölns des Erzbischofs überdrüssig gewesen sei, so sind auch die zur Stützung der genannten These herangezogenen Ausführungen Max von Gagerns kein hinreichender Beleg für ein Gesamtverhalten der Rheinländer, handelt es sich doch nicht um eine rückschauende Betrachtung, sondern um eine am 26. Nov. 1837 geäußerte Prognose [2]. Indes scheint bei manchen Zeitgenossen in der Tat die Ansicht vorgewaltet zu haben, daß sich die Haltung der westfälischen von der rheinischen Bevölkerung unterschieden habe. So schreibt der württembergische Gesandte in Wien, August von Blomberg, am 1. März 1838 an seinen Bruder in Berlin: „In der Kölner Sache scheint am Rhein bei weitem weniger Aufregung zu herrschen als in den katholischen Ländern Westfalens" [3]. Auch der spätere Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler äußerte in einem Brief vom 29. Okt. 1840 die Auffassung, daß die Rheinprovinz durch seine Geistlichkeit in eine jammervolle Lage gebracht worden sei: „Unsere Geistlichkeit würde sich ganz anders benommen haben" [4]. Bezieht sich die Behauptung Kettelers also nur auf einen hypothetischen Fall und bezeugt sie keineswegs ein bereits registriertes unterschiedliches Verhalten der westfälischen Geistlichkeit, so verlieren diese ohne nähere Beweise vorgebrachten Ansichten weiter an Substanz, wenn man ihnen ein Resümee des zur Zeit der Kölner Wirren in Krefeld statio-

---

[1] Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 94.

[2] „Geschehen wird für den Augenblick nichts ... Die Leute, die von Handel und Industrie leben und in ihren materiellen Interessen begünstigt sind, die sind dadurch gefesselt und schwanken in ihrer Haltung ... Der Adel ist wohl betroffen und betrübt, aber er ist unpopulär ... Die besitzenden Mittelklassen sind auch hier wie unsre W o h l d e n k e n d e n dort, die durch den häufigen Schicksalswechsel gelernt haben, hinter dem Ofen sitzen zu bleiben ..." (Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern S. 85). — An gleicher Stelle äußert Gagern indes schon die Befürchtung: „Das gesellschaftliche Leben wird unangenehm und als Protestant werde ich immer mehr in eine schwierige Stellung geraten" (S. 86).

[3] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87.

[4] Raich S. 63.

nierten Majors von Webern entgegengestellt, in welchem er über das Verhalten der Rheinländer in dieser Situation schreibt:

„In einer Zeit, wie die jetzige, in einer Provinz wie die hiesige, wo die materiellen Interessen, mehr als vielleicht wünschenswert, entschieden vorherrschen . . ., muß es immer eine auffällige Erscheinung bleiben, wie ein an und für sich doch nur gewöhnliches Ereignis wie die Wegführung des Erzbischofs von Köln, der, wie man allgemein versichert, in seiner hierarchischen Wirksamkeit nicht einmal das Vertrauen und die Zufriedenheit seiner Untergebenen sich erworben hatte, eine solche Bedeutsamkeit gewinnen, einen solchen Einfluß für alle Stände, Meinungen und Glauben üben, wie es den finstern Geist religiöser Unduldsamkeit wieder entfesselte, wie es zu geheimen Umtrieben und Proskriptionen, zu einzelnen Auftritten offener Gesetzlosigkeit führen konnte“ [5].

Nach den im ersten Teil meiner Arbeit sowie im Quellenband angeführten zeitgenössischen Berichten und Darstellungen dürfte die Auffassung Weberns durchaus nicht unfundiert erscheinen.

Vielleicht sind die Vorurteile über ein unruhigeres Verhalten der westfälischen Bevölkerung in gewisser Weise auch dadurch mit bedingt, daß schon Anfang der dreißiger Jahre der westfälischen Bevölkerung, verglichen mit den Rheinländern, in gewissen Regierungskreisen — allerdings weitgehend unberechtigt —, das Image eines rebellischeren Geistes angehaftet zu haben scheint. So heißt es z. B. in einem vertraulichen Bericht an den preußischen König vom 3. Sept. 1833 [6], in dem bemerkenswerterweise ein erhebliches Mißtrauen gegenüber der wohl als weitgehend liberal eingeschätzten Provinzialbürokratie zum Ausdruck kommt:

„Der Geist in den Rheinprovinzen ist nur zu loben . . . In Westfalen ist die Stimmung lange nicht so gut, wie sie jetzt in den Rheinprovinzen erscheint. Das Übel kommt aber weit mehr von Beamten, die sich, wie man sagt, laufen lassen, als von den Einwohnern. Die höheren Stände ziehen sich sehr zurück, in den Städten treten Rabulisten und verdrehte Köpfe hervor, das Landvolk ist gut. Die Beamten aller Branchen haben keine Konduite . . ., es gibt Beamte, die an öffentlichen Orten die Marseillese aufspielen lassen [7]. Man fürchtet Ungeschicklichkeiten beim bevor-

---

[5] St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809, Ber. vom 25. April 1839.

[6] DZA Merseburg Rep. 89 E XVII Nr. 17. — Es ist zu vermuten, daß der General v. Müffling der Verfasser ist, der in Berlin Beamte der westfälischen Provinzialadministration denunzierte, so z. B. den Mindener Regierungsrat Gleseker, der nur in republikanischen Ideen lebe (vgl. A. Trende, Aus der Werdezeit der Provinz Westfalen, 1933, S. 79).

[7] Ähnliche Vorwürfe waren bereits 1830 von dem Innen- und Polizeiminister, Freiherrn von Brenn, erhoben worden, der unter dem 11. Oktober folgendes Schreiben an die Regierung in Münster richtete: „Ich bin davon in Kenntnis gesetzt worden, daß preußische Staatsdiener und Kommunalbeamte sich ungescheut und sogar an öffentlichen Orten herabwürdigende Urteile über die preußische Staatsregierung und unangemessene Äußerungen über innere und äußere politische Gegenstände, insbesondere in Beziehung auf die neueren Ereignisse in fremden Staaten, erlauben. Ungern möchte ich solche Äußerungen zum Gegenstande polizeilicher oder gerichtlicher Untersuchungen machen, solange ich noch annehmen darf, daß sie nur Folge der Übereilung oder irriger Ansichten sind und daß es nur der Anmahnung und Zurechtweisung bedarf, um sie für die Zukunft zu verhüten. Die preußische Staatsregierung hat durch eine Reihe wohltätiger Gesetze und Verordnungen bewiesen, daß sie nicht unbedingt dem Hergebrachten und veralteten Formen und Einrichtungen huldigt. Sie ist im Gegenteil, ruhigen und festen Schrittes, mit der Zeit fortgegangen, und gewiß ist diesem besonneneren Fortschreiten mit

stehenden Landtag [8]; von den höheren, daß sie zum Teil des Landtagsmarschalls wegen [9] ausbleiben werden, von den Deputierten der Städte, daß sie unpassende Reden führen und Anträge machen werden, die zum Skandal führen".
Offensichtlich hatten schon die Vorgänge auf dem 3. Westfälischen Provinziallandtag, auf dem die Abgeordneten Bracht und Freiherr von Fürstenberg den Antrag auf Einführung von Reichsständen gestellt hatten [10] und bemerkenswerterweise von einer Mehrheit unterstützt worden waren [11] — allerdings führte dieser Vorstoß aus Verfahrensgründen nur zu einem inoffiziellen Ersuchen [12] —, am Berliner Hof zu einer ungünstigen Aufsicht über den in Westfalen vorherrschenden Geist geführt [13], handelte es sich immerhin doch um den ersten offiziellen Antrag in der Verfassungsfrage auf einem der Provinziallandtage der preußischen Monarchie überhaupt. Allerdings — und das ist typisch für die damalige Mentalität der preußischen Staatsführung — glaubte man wohl noch, wie es in einer Anweisung an Vincke als Landtagskommissar vom 26. März 1831 zum Ausdruck kommt, die „Provinzialstände in denjenigen Schranken zu erhalten, welche Gesetz und Verfassung ihnen vorgezeichnet" hatten.

---

der Zeit und ihren Bedürfnissen die wohltuende Erscheinung zu verdanken, daß der preußische Staat auch in der jetzigen bewegten Zeit einer Ruhe und Ordnung genießt, deren mehrere seiner Nachbarstaaten mit Schmerzen entbehren." — Die Folgerungen, die Brenn hieraus in merkwürdiger Logik zieht, dürften in gewisser Weise typisch für das Denken der damaligen Staatsführung sein: „Um so unerlaubter ist es, wenn preußische Staatsdiener und Kommunalbeamte sich unangemessenen Tadel an ihrer wohlwollenden Regierung erlauben oder sonst durch unberufene vorlaute und unreife Urteile den ruhigen Untertanen irreleiten und aufregen, ohne zu bedenken, daß, solange sie ihr Dienstverhältnis nicht aufgeben, es ihre heiligste Pflicht ist, ganz und unausgesetzt im Geiste und Sinne der Regierung zu handeln, welcher sie dienen, und alles, was damit im Widerspruche steht, in Wort und Tat zu vermeiden" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 39). — Auch Metternich äußerte in einem Schreiben an den bayerischen Staatsminister von Wrede vom 24. Oktober 1831 erhebliche Vorbehalte gegen die Beamtenschaft allgemein: „Die wahre Lage der Dinge ist eigentlich die folgende: schwache oder schiefsehende Fürsten; eine ganz verdorbene Beamten- und Mittelklasse; gute Völker" (Bibl., Metternich in neuer Beleuchtung S. 256). — Ob diese Vorwürfe berechtigt sind, erscheint fraglich. — Unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. kam es indes offenbar erneut zu dem Versuch, Mißtrauen gegen die Staatsdiener zu säen: „Man hat dem Könige früh vorgestellt, die preußischen Beamten seien samt und sonders ein Ausdruck der Revolution, die hauptsächlich durch die Hardenberg'sche Verwaltung in Preußen eingepflanzt worden" (Varnhagen von Ense, Tagebücher Bd. 2 S. 109).

[8] Gemeint ist der 4. Westfälische Provinziallandtag; vgl. hierzu unten S. 327 f.

[9] Landtagsmarschall war vom 4. Landtag (10. Nov.—29. Dez. 1833) ab der der katholischen Konfession angehörende Freiherr von Landsberg-Velen als Nachfolger des Freiherrn vom Stein. Der Befund der Verhandlungsberichte zeigt indes, daß die Veränderung im Vorsitz nach Steins Tod „zwar einen Stilwechsel, aber kaum einen Bruch bedeutet hat" (Hartlieb v. Wallthor S. 116).

[10] Begründungen der Anträge gedruckt bei Wolter S. 142—146.

[11] Köllmann S. 155; Berger S. 208; Neue Steinausgabe VII S. 999.

[12] So wurde schließlich einem Kompromißvorschlag des Freiherrn von Landsberg-Velen stattgegeben, daß anstelle eines Immediatantrags der Provinzialstände der Landtagsmarschall Freiherr vom Stein an den Generalgouverneur der westfälischen Provinzen, Prinz Wilhelm, berichten solle mit der Bitte, er möge dem König das Anliegen der Provinzialstände vortragen (Köllmann S. 156).

[13] Jedenfalls schreibt der Deputierte Hüffer am 31. März 1831 an Stein, der Kronprinz habe sich gegenüber Graf Galen, wie man sage, sehr ungünstig über den letzten Westfälischen Landtag geäußert: „Die Provinz habe ein böses Beispiel gegeben. Es scheine dort ein revolutionärer Geist zu herrschen" (Johann Hermann Hüffer S. 277).

[13a] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 411.

Dabei hatten die Berichte der westfälischen Regierungspräsidenten, Landräte und Bürgermeister über das Verhalten der westfälischen Bevölkerung in der kritischen Zeit der Julirevolution und ihren Nachwehen durchaus günstig gelautet. Zwar hatten die auswärtigen Unruhen, vor allem im Nachbarland Brabant, die Teilnahme der Eingesessenen im Regierungsbezirk Münster mehr oder weniger aufgeregt [14], doch war nach der Ansicht der münsterschen Regierung eine Störung der öffentlichen Ruhe keineswegs zu befürchten [15]. Ähnlich meldete der Mindener Regierungspräsident in bezug auf die Stimmung der dortigen Bevölkerung: „Ew. Majestät getreue Untertanen des Regierungsbezirks vernahmen mit Abscheu die auswärts stattgehabten Unruhen und ruchlosen Empörungen“ [16]. Auch im Regierungsbezirk Arnsberg gab der „polizeiliche Zustand“ zu keinen ernsten Besorgnissen Veranlassung: „Die allgemeine Stimmung ist durchaus gut. Der aufrührerische Geist, der, durch die Revolution in Frankreich und in Belgien angefacht, leider auch auf deutschem Boden an mehreren Orten auf die betrübendste Weise sich gezeigt hat, findet in Westfalen keinen Anklang ... Es sind im Laufe des verwichenen Monats nirgends Unruhen vorgekommen, welche zu einer ernsten Besorgnis der Art Grund geben könnten“ [17].

Zu derartigen Vorfällen rechnete die Arnsberger Regierung auch nicht aus Hamm Anfang September 1830 gemeldete Plakatanschläge mit Drohungen gegen den dortigen Steuereinnehmer [18]. So gebe es in der Stadt Hamm nur „wenige geringe Leute“, welche an einem solchen Unfug teilnähmen oder dadurch zu Unordnungen verleitet werden könnten; denn der gute Sinn des altpreußischen Hamm sei hinreichend bekannt [19].

Auch ein am Morgen des 5. Dez. 1830 in Olpe angeheftet vorgefundenes aufrührerisches Plakat [20] stellte offenbar einen Einzelfall dar [21].

---

[14] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. IV, Zeitungsbericht der Regierung Münster für September 1830. — In der Stadt Münster riefen, wie Kappen berichtet, die Julirevolution in Frankreich, die Belagerung von Antwerpen, namentlich aber die polnische Revolution „große Bewegung und Aufregung hervor“ (Erinnerungen aus alter und neuer Zeit S. 73).

[15] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. IV, Zeitungsbericht der Regierung Münster für September 1830.

[16] Ebd., Oberpräsidium Nr. 351 vol. IV, Zeitungsbericht der Regierung Minden für September 1830. — Allerdings berichtet der Mindener Regierungspräsident am 31. 10. 1830 über „sehr große Aufregung und Erbitterung“ in den Kreisen Wiedenbrück, Halle und Bielefeld. Indes war diese Verstimmung wohl in erster Linie wirtschaftlich bedingt, und zwar wegen des durch die belgischen Unruhen stockenden Leinenhandels. Immerhin wurden Truppen dorthin in Marsch gesetzt (Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 409).

[17] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. IV, Zeitungsbericht der Regierung Arnsberg für September 1830.

[18] Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 409.

[19] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. IV, Zeitungsbericht der Regierung Arnsberg für September 1830.

[20] In diesem hieß es u. a.: “ ... Für jeden Bissen, den wir genießen, fordert der Staat seine Abgabe ... Endlose Summen erpreßt man für die Kommunalkasse, und wir wissen nicht warum. Wir sollen glauben, zu unserm Wohle. O Täuschung und Verblendung! Nicht zu unserem Wohle wird solches verwendet, sondern verschleudert für verkehrte Anlagen im Interesse Einzelner oder Fremder, für Gehälter an Nichtswürdige, für ungerecht angefangene Prozesse. Erwähnt sei nur die Verschenkung von unsern Grundstücken, die Unterhaltung einer Unmasse von Vorgesetzten und deren Schergen, die uns bald unter der Maske eines Heuchlers, bald der eines Tyrannen verachten, die uns

Eine Reihe von Schilderungen aus einzelnen Orten des Kreises Brilon bestätigt durchaus dieses Bild [22].

Bemerkenswert ruhig blieb es auch weiterhin im Regierungsbezirk Münster, selbst in den an das Osnabrückische angerenzenden Gemeinden [23]. Der Beckumer Landrat Graf Merveldt führte diese Haltung nicht zuletzt darauf zurück, daß jeder fühle, er habe von der Verfassung des Landes nur Gutes zu erhoffen. Dieses Gefühl sei trotz der derzeitigen schlechten wirtschaftlichen Lage selbst in der „dürftigsten Volksklasse" vorherrschend [24].

Schließlich bekannte auch der Freiherr vom Stein, er habe keinen Grund, an der Treue und Liebe der westfälischen Eingesessenen zu zweifeln. Der belgische Aufstand sei in seinen unmittelbaren Folgen zu abschreckend. Brand, Schutthaufen, vernichteter Wohlstand und „Herrschaft des Gesindels" seien keine verführerischen Erscheinungen. Auch die französische Revolution, die offensichtlich religionsfeindliche Züge trage, errege nur Ekel bei einem sittlichen, religiösen Volk wie dem westfälischen [25].

---

nicht einmal des Blickes würdigen, die uns mit Hohn und Spott behandeln, die uns als ihre Sklaven und Hunde betrachten, die sich als verruchte Spione anwerben lassen, um uns zu verraten und zu verderben ..." (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 39, Ber. des Hauptmanns v. Wolffersdorff aus Meschede vom 13. Dez. 1830).

[21] Jedenfalls finden sich in den Akten keine weiteren Hinweise, ebenfalls nicht in den Zeitungsberichten des Olper Bürgermeisters (Stadtarchiv Olpe 176) für diese Monate. — Auch für das benachbarte Siegerland kommt Kruse zu der Feststellung: „Auch als nach der französischen Revolution von 1830 die liberalen Ideen sich wieder erhoben, als 1832 das große Hambacher Volksfest den Liberalismus wieder zu offener Betätigung aufmunterte, regte sich im Siegerlande noch nichts, obwohl jenseits der Kalteiche im Nassauerlande Freiheitslieder gesungen und Freiheitsbäume errichtet wurden. Nur daß die Kölnische Zeitung jetzt immer mehr im Lande gelesen wird, hören wir" (S. 241).

[22] So schreibt z. B. der Bürgermeister von Bigge am 27. Okt. 1830: „Obgleich die Volksunruhen, welche sich seit Ende Aug. c. in fremden Staaten gezeigt und auf mehrere Städte Deutschlands verbreitet haben, eine Unterhaltung unter dem Publikum verursachen, so sind solche doch bisher in Beziehung auf die öffentliche Ruhe und Ordnung in der Bürgermeisterei von keinem nachteiligen Erfolge gewesen. Ich will nicht verabreden, daß einzelne Untergebene, wenn sie von den gegenwärtigen Volksauftritten Nachricht erhalten haben, Beifallsbezeugungen äußern und das Benehmen solcher Unruhestifter teilen mögen, sich auch wohl über die öffentlichen Abgaben und die diesseitige Staatsverfassung beschweren ... Allein dieses sind gewöhnlich solche Menschen, welche wenig Einsicht haben, ihres auffallenden Lebenswandels wegen sich der Liebe und Achtung, des Zutrauens und der Anhänglichkeit des Publikums nicht erfreuen können und auf welche man daher im allgemeinen gar nicht reflektiert. Das Klagen über öffentliche Abgaben und sonstige Lasten, das Bekritteln der Verfassungen und Gesetze ... ist eine alte und gewöhnliche Sache. Schon seit Jahrhunderten hört man dergleichen Beschwerden ... und werden diese auch künftig nicht aufhören. Die Stimmung der Untergebenen ist allgemein gegen die jetzt in mehreren Gegenden und Städten herrschenden Unruhen, und man siehet ein, daß solche Vorkommenheiten dem Staatsbürger zum Nachteil sind. Man spricht daher den Wunsch laut aus, daß hier solche Ereignisse nicht vorkommen möchten." — Sehr optimistisch äußert sich auch der Bürgermeister von Thülen am 27. Okt. 1830: „Im hiesigen Bezirke ist bisher die Stimmung des Volks gegen des Königs Majestät und des Königs Haus im allgemeinen gut; Gehorsamkeit gegen die Beamten und die Gesetze, Willigkeit in Steuerzahlungen ist lobenswert und ebenso der fromme Sinn für Gott und Gottesverehrung." — Ähnlich auch der Bericht des Winterberger Bürgermeisters vom 26. Okt. 1830 (St. A. Münster, Kreis Brilon Landratsamt A Fach 163 Nr. 3 Bd. 1).

[23] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 Vol. IV, Zeitungsbericht der Regierung Münster für November 1830; Januar 1831.

[24] Ebd., 30. Okt. 1830.

[25] Stein an den Kronprinzen, 12. Nov. 1830, in: Neue Steinausgabe VII S. 945.

Diesem Bild pflichteten die Deputierten zum 3. Westfälischen Provinziallandtag, Bracht und Freiherr von Fürstenberg, nicht unbedingt bei. Zwar gab ersterer zu, daß die Provinz Westfalen „den Ruhm der Gesetz- und Ordnungsliebe sich bisher ganz unbefleckt erhalten" habe; doch laufe es auf eine Täuschung hinaus, hieraus auf „eine allgemeine und unbedingte Zufriedenheit mit dem staatsgesellschaftlichen Zustande zu schließen". Keineswegs finde „das überall sichtbare Bestreben der Regierung, die Wohlfahrt des Staates fortschreitend zu vermehren", die ihm gehörige Anerkennung in gebührendem Maße, sondern jeder Stand, jede Gegend, beinahe jedes Individuum scheine sich in besonderen Klagen zu gefallen, „indem die Steuerbaren die Abgaben drückend, die Bewohner der westlichen Provinzen ihre Eingeborenen zurückgesetzt, die Glieder der sonst bevorrechteten Stände ihre Interessen zu sehr beeinträchtigt, die der übrigen Stände hingegen dieselben zu sehr begünstigt" fänden. Bräche unter solchen Verhältnissen „die Zügellosigkeit der Kriegszeiten in die Provinz ein", dann würde sich, so führte Bracht weiter aus, „das Festhalten an der bisherigen Ordnung, das standhafte Abweisen aller Fallstricke der Verführung" für einen großen Teil der Bewohner in der Tat „auf eine zu gefährliche Probe gesetzt finden" [26].

Auch Fürstenberg wies auf eine weitverbreitete Unzufriedenheit hin. Der Wohlstand und der Gemeinsinn seien in 15 Friedensjahren keineswegs so gestiegen, wie man es hätte erwarten sollen, obwohl man überall große Regsamkeit in der Agrikultur und in allen Zweigen der Industrie bemerke. So höre man denn gegenwärtig Klagen über zu hohe, den Wohlstand untergrabende Besteuerung, über den Druck des vormundschaftlichen Eingreifens der Regierungen in das Gemeindewesen und zu hohe Steigerung der Abgaben an die Gemeinden. Auch fühle man allgemein die Last der zu sehr überspannten Gerichtssporteln und Stempelabgaben bei den Gerichten und des schleppenden, größtenteils den Händen noch unerfahrener junger Leute anvertrauten Gerichtsganges [27].

Die materielle Lage weiter Kreise der westfälischen Bevölkerung war in der Tat wie in den zwanziger [28] so auch nach wie vor Anfang der dreißiger Jahre wenig beneidenswert, nahm doch z. B. im Regierungsbezirk Münster im Winter 1830/31 die Bedrängnis vieler Einwohner in eklatanter Weise zu. Mußte die bei weitem größte Zahl der Einwohner schon seit längerer Zeit das Brotkorn zu sehr hohen Preisen erwerben, so waren sogar viele Familien „der nicht vermögenden, wenn-

[26] Wolter S. 144.

[27] Ebd. S. 143. — Auf die übergroße Belastung vor allem des Landmanns durch Steuern und Gebühren wies auch der Graf von Bocholtz in seinem Bericht an die Ritterschaft des Herzogtums Westfalen (1830) hin. Allein an Gerichtskosten habe der Kreis Warburg mehr aufzubringen, als ehedem das ganze Hochstift Paderborn an sämtlichen Steuern zu tragen gehabt habe. Die fiskalische Belastung, die sich in den letzten für die Landwirtschaft so ungünstigen Jahren um so drückender bemerkbar gemacht habe, habe dem Landmann überall mehr genommen, als sein Gut eingetragen habe. Daher sei er gezwungen gewesen, Schulden zu machen und Wucherern in die Hände gefallen; seine Grundstücke würden verkauft, und er würde mehr und mehr heimatlos (S. 87 bis 88 f.).

[28] So wird im Verwaltungsbericht der Mindener Regierung für 1828 in einer bemerkenswert anschaulichen Formulierung hervorgehoben: „Unter solchen Verhältnissen fehlt viel, daß der großherzige Wunsch eines Monarchen der Vorzeit, daß auch der geringste seiner Untertanen sonntags ein Huhn im Topfe haben möge, bei der größten Masse der Bewohner hiesigen Regierungsbezirks in Erfüllung ginge" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 80 vol. I).

gleich noch nicht gänzlich armen Klasse" sogar gezwungen, oft mehrere Tage ganz ohne Brot auszukommen und sich mit Kartoffeln zu begnügen, welche allerdings schon in manchen Haushalten zur Neige gingen [29]. Ebenso empfahl der Arnsberger Regierungspräsident der Staatsregierung angesichts der wirtschaftlichen Notlage eine Abgabenerleichterung [30].

Mißernten ließen auch den in gewissen Gebieten der ehemaligen Fürstbistümer Paderborn und Corvey ohnehin durch Bevölkerungsdruck, hohe Abgaben und die die kleinen Leute offenbar benachteiligenden Separationen ohnehin vorhandenen Pauperismus [31] in erschreckendem Maße ansteigen. Dazu kamen, wie es im Verwaltungsbericht der Mindener Regierung für 1834 heißt, die geradezu erdrückenden gutsherrlichen Lasten [32] und das skrupellose Treiben von Wucherern, so daß vielen Menschen lediglich die „traurige Wahl" blieb, „den Steuerboten oder den Exekutor des Gerichts zu befriedigen" [33]. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß eine große Anzahl von Auswanderern aus diesen Gebieten zu verzeichnen ist [34], wie nach der Ansicht Levin Schückings die damalige wirtschaftliche Baisse überhaupt viele Deutsche zum Auswandern bewogen habe [35].

---

[29] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352, Zeitungsbericht der Regierung Münster für Februar 1831.

[30] Ebd., Nr. 350 vol. IV, Zeitungsbericht für Dezember 1830, Januar bis März 1831.

[31] So weist auch H. Pohlmeier (150 Jahre Landkreis Büren, 1966, S. 106) darauf hin, daß sich in vielen Dörfern des Kreises Büren z. B. ein besitzloses Proletariat bildete, das dann das Reservoir des breiten Stromes der Auswanderungen nach Übersee und Abwanderungen in das Ruhrgebiet darstellte.

[32] So betonte auch Graf Bocholtz in seinem Bericht, daß die Rentenpflicht des Bauern gegenüber dem Gutsherrn vielfach noch weiter bestehe und noch andauern werde, wenn der Staat den Rentepflichtigen nicht die Mittel gebe, die Verpflichtungen abzulösen. Solange dies nicht geschehe, blieben alle Gesetze, welche die „Freiheit des Standes und des Geschäfts" anpriesen, nichts als „philanthropische Spielereien der Staatssophisten" (S. 56 f.). — Die Konsequenz, von sich aus auf zweifelhafte Rechte zu verzichten, zog allerdings der Graf nicht. — Erst in den vierziger Jahren bzw. der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts scheint, nachdem die alten Feudallasten bzw. Entschädigungen abgelöst waren und die Art der Bewirtschaftung sich verbessert hatte, die Lage der Bauern erträglicher geworden zu sein (Schulze S. 160; Schütter S. 71). So charakterisiert auch ein Zeitgenosse (Florschütz) die Tendenz der 1848 vorausgehenden Jahre: „Die Provinz war in entschiedenem Aufschwunge begriffen. Überall regte sich ein junger, lebendiger Geist; die bäuerlichen Verhältnisse verbesserten sich zusehends; Industrie und Handel blühten mächtig auf . . ." (S. 7 f).

[33] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 23. — Von dem immer stärkeren Umsichgreifen der Verarmung, die sich teilweise zu einem förmlichen Notstand ausweitete, berichtet auch der Landrat des Kreises Höxter in seinem Zeitungsbericht für Januar 1835 (St. A. Detmold, Kreis Höxter 1. Landratsamt A Nr. 17 Bd. 17). — Ähnlich die Schilderung Steinmanns, der die von Bocholtz angeführte Steigerung der Staatslasten bestätigt und auf die unglücklichen Folgen der inzwischen möglich gewordenen Teilbarkeit des Bodens hinweist: „Im Paderborner Lande hatten sich die Zustände des Bauernstandes im Laufe der Zeit stets drückender gestaltet; schon aus der ‚Zeit des Krummstabs' herrührend, hatten sie sich immer mehr gesteigert. Man wollte sie den Juden allein aufbürden, vergaß aber, daß die beispiellose Indolenz der bäuerlichen Bevölkerung und die Teilbarkeit und willkürliche Verschuldung des Bodens ohne Einschränkung in Verbindung mit der Mehrung der Staatslasten die eigentlichen Ursachen waren; sie schufen das Element der wuchernden Juden; jeder Ort hatte seine Juden, viele waren damit überfüllt; dieser oder jener Jude hatte seine Bauern, von denen er lebte. Es war so weit gekommen, daß Öfen und Kühe in einzelnen Dörfern und Gegenden nicht mehr den Bauern, sondern den Juden gehörten, von welchem jene sie mieteten zur Benutzung" (Westfalen's Oberpräsident Ludwig Frhr. v. Vincke, sein Leben und seine Zeit S. 279).

[34] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 23. — Auch in anderen Gegenden Westfalens scheint an einigen Orten um diese Zeit eine Auswanderung eingesetzt zu haben. So ist für Brilon

Trotz dieser teilweise wenig befriedigenden materiellen Lage in gewissen Landesteilen und Schichten der Bevölkerung fragt es sich, in welchem Grade sich tatsächlich Unzufriedenheit mit der derzeitigen staatlichen Verfassung und Verwaltungspraxis ausgebreitet hatte und ob Fürstenberg und Bracht bei dem von ihnen geschilderten Bild nicht einer gewissen Übertreibung anheimgefallen sind, um ihren Anträgen stärkere Überzeugungskraft zu verleihen.

Ein progressiv-kritisches politisches Bewußtsein war, nachdem die insbesondere in den Regierungsbezirken Arnsberg und Minden recht rege Diskussion [36] mit dem

---

im Jahre 1833 eine starke Auswanderung verzeichnet (Keyser, Westfälisches Städtebuch S. 84). — Eine Verquickung mit politischen Motiven ist in einem längeren zur Auswanderung auffordernden Gedicht festzustellen, das 1836 in den Kreisen Tecklenburg und Beckum kursierte (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1080). In bezug auf Tecklenburg sah sich die Regierung in Münster sogar veranlaßt, den Landrat des Kreises zu autorisieren, „Vereine der geachtetsten und einflußreichsten Eingesessenen zur Bekämpfung der Auswanderungssucht zu konstituieren" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 508 Nr. 2 vol. 1, Münster, 7. April 1833). Erfolge haben derartige Bemühungen zunächst nicht zu verzeichnen gehabt, was wohl durch die kümmerliche wirtschaftliche Lage bedingt war (ebd., 27. Febr. 1834). — Andererseits fehlte es nicht an Stimmen, welche die derzeitigen Auswanderungen begrüßten, da es sich meist um einen unruhigen und arbeitsscheuen Personenkreis handele. So schreibt z. B. der Bürgermeister von Olpe im Zeitungsbericht für März 1836 : „Die Lust zum Auswandern nach Amerika äußert sich immer reger. Bis jetzt sind diese Auswanderungen noch unschädlich zu nennen, weil nur Personen auswanderten, welche sehr wenig Lust bezeugt haben, sich durch Fleiß und Arbeitsamkeit zu ernähren, oder welche durch ihr Betragen das Zutrauen des Publikums verloren haben. Schädlicher würde solches sein, wenn die bessere und betriebsamere Klasse von dieser Auswanderungssucht befallen würde. Diejenigen, welche bisher ausgewandert sind, sowie auch diejenigen, welche in kurzem noch auszuwandern gedenken, können gut entbehrt werden; deren Emigration wird sogar von den Zurückgebliebenen gern gesehen" (Stadtarchiv Olpe 177). Daran, daß sich unter den Auswanderern in nicht geringem Maße nonkonformistische Elemente befanden, dürfte in der Tat nicht zu zweifeln sein. — Die Auswanderungswelle scheint noch bis 1837 fortgedauert zu haben. So meldet ein Korrespondent aus Münster in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 2. Juni 1838: „Als ein erfreuliches Zeichen einer gesunden Ansicht der bestehenden Zustände sieht man hier das Aufhören der Auswanderungen nach Amerika an. So sehr diese im vorigen Jahre noch im Zunehmen waren, so sehr sind sie jetzt im Abnehmen. Man überzeugt sich, daß in Westfalen für Fleiß und Genügsamkeit immer Brot zu finden und Amerika nichts weniger als ein Eldorado sei." Ähnlich meldet der gleiche Korrespondent am 28. Juli 1838: „Eine erfreuliche Erscheinung ist das Aufhören der Auswanderungen nach Amerika, sowohl hier wie im Paderbornischen, wo bekanntlich die Auswanderungssucht den höchsten Grad erreicht hatte". Offenbar hatte sich inzwischen die wirtschaftliche Lage weithin, wenn auch nicht überall, stabilisiert. So setzte etwa in Wettringen die Auswanderung mit dem Aufhören des Leinengewerbes um 1840 in voller Stärke ein (W. Brockpähler, Wettringen, Geschichte einer münsterländischen Gemeinde, Wettringen 1970, S. 348).

35 „Der Arbeit war damals so wenig und der Menschen so viele im armen Deutschland" (Lebenserinnerungen S. 103). — Selbst der Vater Levins, Christoph Bernhard Schücking, bisher Standesherrl. Herzogl. Arembergischer Amtmann (Raßmann S. 305), wagte den Sprung zum fernen „Transatlantis" (Levin Schücking, Lebenserinnerungen S. 103). — Über die zum Teil dürftigen materiellen Verhältnisse der Landbewohner, insbesondere auch der Unterschichten, sowie die zum Teil auch stagnierende wirtschaftliche Entwicklung in den Städten vgl. Steinmann, Westfalen's Oberpräsident Ludwig Frhr. v. Vincke S. 276 ff.

36 So vermerkt z. B. die Regierung zu Arnsberg im Zeitungsbericht für April 1819: „Die Teilnahme an politischen Ereignissen war in diesem Regierungsdistrikt von jeher nicht geringe und gehörte zu den Gegenständen der gesellschaftlichen Unterhaltungen aller Stände. Dermalen werden die neuen Konstitutionen in Bayern und Schwaben und die dortigen Verhandlungen der Landstände mit großer Begierde verschlungen und haben die Erwartungen gespannt, was in dem vaterländischen Verfassungswerke geschehen werde" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. I); ähnlich Zeitungsbericht der

Zurückziehen der Verfassungsprojekte seitens der Staatsregierung offensichtlich nachgelassen hatte — man zeigte sich anscheinend mit der Konstituierung der Provinzialstände zufrieden [37] —, Mitte bis Ende der zwanziger Jahre wohl weniger stark ausgeprägt gewesen. So spricht z. B. der Münsteraner Kappen von einer völligen politischen Windstille in diesem Zeitraum [38], während Levin Schücking betont, daß in der Bevölkerung nach den Erschütterungen der napoleonischen Epoche das Bedürfnis nach Ruhe vorgewaltet und die politische Diskussion im Leben des Durchschnittsbürgers keine große Rolle gespielt habe [39]. Wenn überhaupt, dann dürfte sie sich vorwiegend auf lokale Belange beschränkt haben [40]. So soll auch die anderwärts vielfach bemerkenswerte Begeisterung für den griechischen Freiheitskampf an der westfälischen Bevölkerung so gut wie ganz vorüber sein [41], allerdings wurden 1826 nach dem Abschluß der 1. Phase des Krieges (isolierter griechischer Freiheitskampf) in Münster und in den meisten Kreisen des Regierungsbezirks Münster ansehnliche Geldbeträge zur Unterstützung der „unglücklichen Griechen" gesammelt [42].

Regierung Minden für Januar 1819: Oberpräsidium Nr. 351 vol. I. — In diesem Zusammenhang schreibt auch die Regierung zu Münster im Zeitungsbericht für März 1821 (Nr. 352 vol. I): „Mit Leidwesen müssen wir bemerken, daß selbst in dieser durch alte Anhänglichkeit an das österreichische Haus bekannten und durch ein bedeutendes Vermögen in dessen Fonds deroselben nahe verbundenen Provinz eine sehr lebhafte Teilnahme für die Sache der Neapolitaner [österreichisches Einschreiten gegen die revolutionären Erhebungen in Neapel und Piemont] sich laut und ganz allgemein geäußert hat, welches jedoch nach den sonst so bewährten Gesinnungen der Einwohner gewiß nur als ein Beweis des allgemeinen Verlangens nach der wiederholt verheißenen Gemeinde- und ständischen Verfassung gelten mag." Auch die Verzögerung in der Einsetzung der Generalkommission für die bäuerlichen Verhältnisse erregte weithin Unzufriedenheit (Oberpräsidium Nr. 352 vol. I, Zeitungsbericht der Regierung Münster für Mai 1821).

[37] Jedenfalls betont die Regierung zu Münster im Zeitungsbericht für Januar 1826 (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. III): „Im ganzen Regierungsbezirke herrschte im vorigen Monate die lebendigste Tätigkeit bei den stattgehabten Wahlen der Abgeordneten des 3. und 4. Standes zum nächst bevorstehenden Provinziallandtage. Überall verspricht man sich segensreiche Folgen von dieser Institution." — Ähnlich, jedoch etwas einschränkend und differenzierter: Zeitungsbericht der Regierung Minden (Oberpräsidium Nr. 351 vol. II) für Dezember 1825: „Die Vorbereitung der von Ew. Maj. befohlenen Einberufung des ersten Landtags der Provinz Westfalen findet unter den Mitgliedern der ersten drei Stände lebhafte Teilnahme; der vierte wartet vorläufig, was sich daraus ergeben werde."

[38] Kappen, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit S. 72.

[39] Lebenserinnerungen S. 63 f.

[40] Vgl. Prinz, Greven an der Ems S. 382.

[41] So schreibt Stein am 24. Okt. 1821 an Gagern: „Meine westfälischen Freunde, so mich besuchen, sind mehr beschäftigt mit den Folgen der neuen Klassensteuer, mit der man uns beschenkt hat, und dem Edikt über die bäuerlichen Verhältnisse, das weder den Bauern noch den Gutsherrn befriedigt, als mit den großen Ereignissen an der Donau und in den Tälern Griechenlands, und ich zweifele, daß unsere westfälische Jugend, der es übrigens an Tapferkeit nicht fehlt, sich unter den Fahnen des Herrn v. Dalberg versammeln werde, um gegen Mahomets Verehrer zu fechten." — Daß sich freilich preußische Untertanen laufend nach Griechenland begeben hätten, von dort allerdings vielfach mit getäuschten Erwartungen „in einem heillosen Zustand" zurückgekehrt seien, wird in einem Bericht der Düsseldorfer Regierung vom 25. Jan. 1823 behauptet (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 8816).

[42] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. III, Zeitungsbericht der Regierung Münster für Mai 1826. — So ist z. B. in Soest ein Hilfsverein für die Griechen, der Geldmittel sammelte, nachgewiesen; die Schüler des Archigymnasiums engagierten sich besonders bei dieser Aktion (Westfalenland Jg. 1929 S. 43).

Von den Auswanderungen abgesehen, fanden auch die wirtschaftlichen Nöte Anfang der dreißiger Jahre keinen Ausdruck in Demonstrationen der politischen Unzufriedenheit, heißt es doch z. B. in diesem Zusammenhang von Borken, die Hungerjahre seien auch hier hart und spürbar gewesen, doch habe das Städtchen sein Leben „im Sonnenglanz friedlicher Romantik" weitergelebt [43], während Prinz Wilhelm Anfang Mai 1831 bei Besuchen in Arnsberg und Münster geradezu enthusiastisch gefeiert wurde [44]. Diese Erscheinung bestätigt, daß eine ökonomische Notlage keineswegs immer — selbst wenn revolutionäre Vorbilder vorhanden sind wie damals etwa entsprechende Phänomene in Frankreich, Belgien und in abgeschwächter Form in einigen süddeutschen Staaten, von denen der zündende Funke überspringen konnte — zwangsläufig zu revolutionärem Verhalten führt. Offensichtlich hatte man es, so auch nach der Auffassung des Freiherrn vom Stein, in Westfalen noch „mit einem Geschlecht zu tun, das an die monarchisch-bürokratische Form gewöhnt" war, wenngleich eine neue Generation, die zu aktiverem Handeln drängen würde, im Heranwachsen schien [45] und die 1848, auch unter der Landbevölkerung, in der Tat zum Teil mit größerem Selbstbewußtsein auftreten sollte [46].

---

[43] Brinkman S. 45.

[44] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352, Zeitungsbericht der Regierung Münster für Mai 1831; ebd., Oberpräsidium Nr. 350 vol. IV, Zeitungsbericht der Regierung Arnsberg für Mai 1831. — So schreibt auch Johann Hermann Hüffer, der nicht gerade ein enthusiastischer Preuße war, am 24. Mai 1831 an Stein: „Die Anwesenheit dieser hohen Personen hat sichtlich einen günstigen Einfluß auf die Stimmung des Publikums gehabt, und ebenso schien sie selbst von ihrem hiesigen Aufenthalt sehr zufrieden, den man durch eine allgemeine Illumination, durch einen von der Stadt gegebenen sehr glänzenden Ball usw. zu feiern beflissen gewesen war" (Johann Hermann Hüffer S. 285).

[45] So nach einer Äußerung vom 18. Febr. 1831 (Pertz S. 1108; Neue Steinausgabe VII S. 1074). — Die derzeitige Situation gab allerdings, wie Stein am 7. April 1831 über die Bemerkung des Kronprinzen, es scheine in Westfalen ein revolutionärer Geist zu herrschen (vgl. oben S. 318 Anm. 13), offenbar verärgert, gegenüber Landsberg-Velen ausführt, zu keiner Besorgnis Anlaß: „In unserer Provinz sind keine Elemente des Demokratismus. Unser Adel ist teils reich, teils wohlhabend, unsere Städte treiben Ackerbau oder bedeutende Gewerbe, unser Bauernstand ist mit Ausnahme einzelner Teile kräftig und wohlbestanden. Wer soll Erschütterungen, Umwälzungen wünschen? Hinzu kommt der fromme, besonnene, gutmütige Charakter des Deutschen und insbesondere des Westfälingers" (Neue Steinausgabe VII S. 1114). — Offensichtlich besaß man sogar im Bürgertum, wie z. B. in der Stadt Werl, soviel Ordnungssinn und Selbstdisziplin, um einer Wiederholung von tumultuarischen Vorgängen, wie sie beim Schützenfest 1826 vorgefallen waren, durch Aufstellung einer Bürgerwache vorzubeugen (Stadtarchiv Werl Archivabt. E Caps. 39 b Nr. 1). Am meisten dürften wohl Angehörige der sog. niederen Klassen zu „tumultuarischen Auftritten" geneigt haben, wie sie z. B. im Oktober 1833 anläßlich der Versetzung des bei der „niedrigen Klasse" sehr beliebten Pfarrverwalters Eickhoff zu verzeichnen waren (Stadtarchiv Werl, Archivabt. E Tit. VIII Caps. 44 Nr. 4). — Daß in der Tat eine gewisse Gefährdung des Eigentums durch die unterste Klasse der bürgerlichen Gesellschaft bestehe, gab auch Stein in einer Stellungnahme gegenüber den Abgeordneten des 3. und 4. Standes auf dem 3. Westfälischen Provinziallandtag zu: „Diese Klasse besteht in den Städten aus dem heimatlosen, eigentumslosen Pöbel, auf dem Land aus der Klasse der kleinen Kötter, Brinksitzer, Neubauern, Einlieger, Heuerlinge. Sie hegt und nährt in sich den Neid und die Habsucht, die überhaupt die verschiedenen Abstufungen in der bürgerlichen Gesellschaft erzeugen" (Neue Steinausgabe VII S. 1030). Eine offene Rebellion ist allerdings vor 1848 auch unter dieser Schicht im allgemeinen nicht zu verzeichnen.

[46] Vgl. z. B. das bei Schütter S. 72 geschilderte Verhalten unter der „niederen Volksklasse" in Freckenhorst und Warendorf.

Daß seit den Geschehnissen der Julirevolution die politische Diskussion reger geworden sei, glaubte indes der als Diplomat in preußischen Diensten tätige Ferdinand von Galen bei einem Besuch in seiner Heimat im Herbst 1834 feststellen zu können: „Aus der großen Welt und hohen Politik in stille heimatliche Umgebungen und Verhältnisse zurückgekehrt, fand ich auch dort manches verändert; denn der Kampf für und gegen die Revolution hatte nach und nach alle Schichten der Gesellschaft durchzogen und sie mit Zukunftskeimen geschwängert“ [47].
Dies dürfte freilich regional und gesellschaftlich in unterschiedlichem Grade der Fall gewesen zu sein.
Blieben in den südlichen Grenzbezirken des Regierungsbezirks Arnsberg die aus dem Hessischen ergangenen Einladungen zu einem Volksfest ohne Widerhall [48], so hatten nach einem Bericht der münsterschen Regierung vom 8. Sept. 1832 [49] die „unheilvollen Auswirkungen“ der sog. Julirevolution in Frankreich sowie der traurige Zustand, in welchen sich das einst blühende Belgien gestürzt habe, nicht unwesentlich zu der weiterhin zufriedenstellenden Haltung der westfälischen Bevölkerung beigetragen.
Über die Stimmung an einzelnen Orten im Regierungsbezirk Münster wird uns dabei folgendes überliefert. Im Alt-Tecklenburgischen ließ die allgemeine Stimmung — jedenfalls nach dem Bericht des dortigen Landrats — nichts zu wünschen übrig. Ein völlig Gleiches könne allerdings von den früher münsterschen Kommunen im jetzigen Kreise Tecklenburg nicht behauptet werden, da sie ihr Glaube und ihre Anhänglichkeit „an ihr früheres politisches Verhältnis“ noch nicht zu vollkommenen Preußen hätten werden lassen. Immerhin müsse man davon überzeugt sein, daß sie nichtsdestoweniger den König und seine Regierung achteten. Außerdem bestehe die Bevölkerung aus treuherzigen Landleuten, welche zu schlicht und beschäftigt seien, „als daß sie für politische Systeme ohne äußere gewaltsame Anregung leidenschaftlich Partei nehmen sollten“ [50].
In Vreden war, wie der Bürgermeister am 24. Juli 1832 berichtete [51], die Stimmung der Untertanen in der dortigen Gegend im allgemeinen „sehr gut“. So billige man auch die vom Bundestag ergriffenen energischen Maßregeln gegen „den epidemischen Freiheitsschwindel“, der ganze Staaten ins Verderben stürze, und hoffe, durch diese Maßregeln von der „unglücklichen Epidemie“ verschont zu bleiben sowie die hiervon ergriffenen deutschen Bundesstaaten bald gereinigt zu sehen. Da man im übrigen allgemein erkannt habe, daß von Frankreich aus dem deutschen Boden nie Glück, sondern stets Unglück gebracht werde, so sei auch von einer frankophilen Stimmung wenig zu spüren. Eine Chance dafür, daß die Parolen der Franzosen und „der noch leichtsinnigeren Belgier“ Anklang finden könnten, bestehe höchstens bei den jungen Leuten, deren Blut sich so leicht erhitze und „die immer in dem Neuen das Bessere zu finden“ glaubten, sowie bei denjenigen, deren Vermögensverhältnisse zerrüttet seien, die infolgedessen nichts mehr zu verlieren hätten und aus einer Veränderung der Regierung Nutzen zu ziehen hofften.

[47] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik.
[48] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. IV, Zeitungsbericht der Regierung Arnsberg für Juni und Juli 1832.
[49] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 243.
[50] Ebd., 31. Jan. 1832.
[51] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 243.

In einem weiteren Bericht vom 25. Aug. 1832 [52] sieht sich der Vredener Bürgermeister allerdings veranlaßt, dieses Bild in gewisser Weise zu korrigieren. Fortwährend zeige sich zwar unter den Untertanen die beste Stimmung; dennoch dürfe es nicht unerwähnt bleiben, daß es viele Eingesessene gebe, die eine Konstitution wünschten und sich darüber häufig unterhielten. Indes entstehe dieser Wunsch nicht aus Unzufriedenheit mit der jetzigen Staatsverwaltung, sondern aus Furcht vor künftiger Willkür. Insgesamt sei man jedoch dem König loyal ergeben; die wenigen unruhigen Köpfe würden von der großen Mehrzahl der gutgesinnten Untertanen im Zaume gehalten [53].

Gab demgegenüber die Stimmung der Einwohner von Lengerich zu keinerlei Vorbehalt Anlaß [54], so bereiteten die „politischen Raisonnements in der Stadt Münster" dem Kommandierenden General, von Müffling, erhebliches Unbehagen, fanden sie doch offensichtlich „ungehindert und ohne Scheu" in der Öffentlichkeit statt und mußten sie nach seiner Ansicht durch ihre „Zügellosigkeit und Einseitigkeit" auf die jungen Militärpflichtigen einen nachteiligen Einfluß ausüben [55]. Daß Müffling, der von seinem Widersacher Hüffer als „eitel, hochfahrend und anmaßend" charakterisiert wird [56], mit seinen Befürchtungen nicht ganz Unrecht hatte, sollte sich noch im gleichen Monat zeigen, richteten doch die Wähler der Stadt Münster am 15. Sept. 1832 ein Schreiben an ihren Landtagsdeputierten Hüffer, in welchem sie den Wunsch zum Ausdruck brachten, daß auf dem bevorstehenden Westfälischen Landtag erneut die Bitte um Einführung von Reichsständen ausgesprochen werden möge [57]. Zweifellos bestand unter dem gehobenen Bürgertum der Stadt Münster ein aus verschiedenen Traditionsströmen und aus intensiverer Bildung sich entwickeltes Selbstbewußtsein. So stellte Heinrich Hart etwa noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fest, daß „im Klerus wie in der Bürgerschaft ein gewisser demokratischer Sinn stets lebendig" war und daß „vom alten Wiedertäufergeist immer noch Funken in der Asche glimmten" [58]. Aber selbst in diesen Kreisen zeigte man sich der Staatsführung, insbesondere dem Herrscherhaus, gegenüber durchaus loyal, wenn nicht gar unterwürfig. Obwohl der Kronprinz auf eine Denkschrift Hüffers vom 10. Mai 1833 [59], in welcher letzterer der Aufforderung seiner Wähler nachgekommen war, den Verfasser durch den Oberpräsidenten von Vincke davon hatte unterrichten lassen, daß ihm ein solches Begehren „höchst tadelnswert und unpassend" erscheine [60], woraufhin Hüffer auf dem

---

[52] Ebd.
[53] Ebd. — Ähnlich Ber. vom 1. Mai 1833.
[54] Ebd., Ber. vom 3. Sept. 1832.
[55] Ebd., Krefeld, 1. Dez. 1832.
[56] Johann Hermann Hüffer S. 139.
[57] Ebd. S. 416 f. — Daß sich im dritten Stande, jedenfalls unter dessen Deputierten, „Neuerungssucht, Emporstreben, geleitet durch neidische Eitelkeit" am stärksten bemerkbar machten, glaubte Stein schon beim Abschluß des 3. Landtags festgestellt zu haben. Demgegenüber komme im vierten Stande in erster Linie das Streben zum Ausdruck, sich Erleichterung der öffentlichen Lasten zu verschaffen und sich auf Kosten des Gutsherrn zu bereichern (23. Jan. 1831, in: Neue Steinausgabe VII S. 1035).
[58] Gesammelte Werke, hg. v. J. Hart Bd. 3, 1910, S. 13.
[59] Johann Hermann Hüffer S. 416—422.
[60] Ebd. S. 422 f. — Auch der Abgeordnete Bracht verzichtete, wenn auch schweren Herzens, auf höhere Weisung hin auf ein Wiedereinbringen seiner Petition (ebd. S. 424). Trotz dieses Einlenkens gab der Kronprinz in einem Schreiben an Schön vom 27. April

4. Provinziallandtag von einem direkten Antrag absah und lediglich eine Diskussion über die auf dem 3. Landtag dem Freiherrn vom Stein erteilte Mission in dieser Frage in Gang zu bringen suchte, allerdings vergeblich [61], wurde er in Münster 1833 „im ganzen recht herzlich empfangen" [62]. Von Äußerungen der Kritik und des Mißfallens offenbar keine Spur! In der Folgezeit nahm nach den Worten Hüffers „mit der Einseitigkeit und Ohnmacht der Landtage in gleichem Grade die Gleichgültigkeit des Publikums gegen ein Institut zu, von dem niemand mehr Gedeihliches erwartete" [63]. Von Widerstand und Auflehnung war man offenbar weit entfernt [63a]. So kam es auch auf dem 5. Westfälischen Landtag (1837) zu keinem Vorstoß in der reichsständischen bzw. Verfassungsfrage.

In den Jahren 1831 bis 1833 hat offenbar auch das Gespenst einer von Frankreich ausgehenden und sich über das Rheinland bis nach Westfalen erstreckenden geheimen Verschwörung Regierungsorgane und Presse zeitweise stark beschäftigt [64]. So sehr sich auch z. B. die Regierung in Münster von der Loyalität der Eingesessenen ihres Verwaltungsbezirks überzeugt zeigte [65], so war sie doch offensichtlich von

---

1837 seiner Verärgerung über derartige Bestrebungen Ausdruck: „Auf die Resultate Ihres Landtags bin ich recht gespannt. Ich denke, die preußischen Stände bewähren sich immer mehr. Wären doch die westfälischen soweit. Vor der Hand wählen sie den Krebsgang. Der dortige Landtag ist der einzige, wo wahre Demagogen die Bauern schamlos gegen den Adel hetzen" (Rothfels S. 209). — Daß sich Hof und Staatsregierung allerdings nicht scheuten, notfalls mit harten Bandagen die „Demagogen" zum Schweigen zu bringen, zeigt z. B. das Vorgehen gegen Hüffers Schwager, den Oberlandesgerichtsrat von Forckenbeck, der zur Wahl Hüffers und der Abfassung des Wählerschreibens an denselben maßgeblich beigetragen hatte. Er wurde gegen seinen Willen nach Breslau versetzt (Johann Hermann Hüffer S. 136).

61 Ebd. S. 424 f.

62 Denkwürdigkeiten des preußischen Generals der Infanterie, Eduard von Fransecky, hrsg. von Walter von Bremen, S. 135. — Ähnlich der Zeitungsbericht der Regierung zu Münster für November 1833 (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. IV): „Allgemeiner Volksjubel empfing den innig geliebten Thronerben. Vielfach ungebotene Festlichkeiten bezeugten dem hohen Gaste die Freude der Bewohner. Die alle Herzen gewinnende Leutseligkeit und Herablassung Sr. Königl. Hoheit [Fransecky: „Er entzückte, wo und wie er sich zeigte ... ebensosehr durch seine frohe Laune und Ungezwungenheit als durch das Interesse, das er für alle ernsten Sachen und Fragen zeigte" (S. 135)] hat in den Gemütern der Eingesessenen hiesigen Regierungsbezirks ... einen Eindruck und eine wahre Begeisterung zurückgelassen."

63 Johann Hermann Hüffer S. 142. — Eine gewisse vereinzelte Kritik am derzeitigen System der politischen Verfassung klang in den folgenden Jahren lediglich in dem einen oder anderen Karnevalslied an, z. B.: „Wir haben eine Narrenrepublik / Freiheit wird hier aufs höchste getrieben / Wählen kann bei uns jedermann ... / Öffentlich wird hier alles beraten ... / Freiheit der Presse ist uns auch geworden ..." (Freudenthaler Karnevalslieder der Jahre 1833—1842, Münster 1843 S. 69; Ex. i. Stadtarchiv Münster).

64 St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1019; St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 374, Ber. des Landrats des Kreises Herford, 29. Jan. 1833; ebd., Schr. des Landrats des Kreises Lübbecke vom 2. Febr. 1833.

65 „Die Besorgnisse der Zeit in bezug auf Besorgnisse im Volke aus verkehrten Grundsätzen scheinen vorüber zu sein. Die kürzlich in Belgien und Polen eingetretenen Ereignisse haben die Verständigen in ihren Grundsätzen befestigt und die zur Bewegung geneigten Menschen mit ihren verkehrten Ansichten und unlautern Grundsätzen in den Hintergrund gedrückt. Dazu kommt die ... Kraft und der feste Wille des allgemein verehrten Monarchen, womit nur das Gute zusammengehalten wird. Jeder ist davon durchdrungen, und wo bei einzelnen dieses Gefühl nicht vorhanden sein möchte, da hält Furcht den Unverschämten zurück. Es ist daher jetzt wohl keine ängstliche Aufsicht auf einzelne Brauseköpfe und verschrobene Egoisten mehr nötig. Sie werden augenblicklich vor dem Richterstuhl der Welt abgeurteilt, und man erkennt sie leicht an ihrem Tun und Treiben. Nur noch spukt der Konstitutionsschwin-

einer gewissen Besorgnis vor geheimen Umtrieben der ausländischen „Bewegungspartei" nicht ganz frei [66]. Die Landräte des Regierungsbezirks Münster hielten freilich derartige Versuche ausländischer Emissäre, wenn sie wirklich unternommen werden sollten, für völlig fruchtlos. So schreibt z. B. der Landrat des Kreises Borken am 5. Sept. 1831 an die münstersche Regierung [67]:

„Wenngleich die Ereignisse der Zeit auf das Dasein einer in Frankreich vorhandenen geheimen Verbindung schließen lassen, welche durch Absendung von Eingeweihten ihren schädlichen Grundsätzen auch in manchen Gegenden Deutschlands Eingang zu verschaffen gewußt hat, so ist es um so erfreulicher wahrzunehmen gewesen, daß solche Abgeordnete, falls selbige wirklich unerkannt hier aufzutreten gewagt, die Stimmung für König und Vaterland so gefunden, daß sie die Maske durchaus nicht zu lüften für dienlich hielten. Es ist auch in der Tat nichts gewisser, als daß die wohltätigen Einrichtungen unseres Staats von den Eingesessenen erkannt und die Vorzüge begriffen werden, deren wir durch Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung genießen, wo höchst unglückliche Bewegungen das Glück mehrerer Nachbarstaaten zerstören ..."

Ähnlich heißt es in einem Bericht des Ahauser Landrats von Westhofen vom 23. Nov. 1831 [68]:

„.... Daß aber überhaupt die fraglichen Umtriebe hier weder stattgehabt noch zu befürchten, auch daß ich Liebe und Anhänglichkeit an König und Vaterland auf jede Art ... bestmöglichst zu befördern, nicht minder das Vertrauen der Kreisbewohner gegen die Verwaltung durch humane und gerechte Behandlung eines jeden, durch freundliches und sofortiges Entgegenkommen, durch Unterstützung jedes billigen Wunsches, durch Beförderung des Interesses des Kreises und der einzelnen Kommunen durch schleunige und gründliche Bescheidungen usw. zu gewinnen, stets und mit Erfolg bemüht gewesen, auch zu Gleichem die Ortsbehörden aufmunternd und kontrollierend angehalten habe und in diesem ferner nach allen Kräften fortgefahren werde".

In diesem Sinne äußerte sich auch der Warendorfer Landrat Carl von Twickel am 27. Nov. 1831: Es sei nicht im mindesten zu befürchten, daß sich Eingesessene seines Verwaltungsbezirks zu Zwecken verbinden würden, welche eine Gefährdung der Ordnung und Sicherheit zum Ziele hätten: „Dazu sind die guten religiösen Gesinnungen, dazu ist der verständige Sinn zu allgemein verbreitet, und man

---

del bei vielen. Er ist in Köpfen rege, die sich geltend zu machen suchen. Ihr Egoismus erschaut sich aber bald und kann nur bei solchen Subjekten Nahrung finden, welche so leer als die Köpfe derjenigen sind, die von besserer Verfassung predigen. Sollte noch wirklich von dem Sitze staatswidriger Verbindungen Emissarien ausgesendet werden, so werden sie in dem rechtlichen Teil des Volks ihre Widerleger und Zurechtweiser finden und, wie ich hoffe, durch diesen zur Entdeckung kommen" (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1019, 5. Sept. 1831).

[66] „Es kann aber die Besorgnis immer nicht unterdrückt werden, daß die Faktion der Bewegung im Auslande ... nicht aufhören wird, auf Mittel zu sinnen, wie sie wieder zu den vergeudeten Summen kommen kann ... Deshalb muß eine besorgte Polizei nicht in Lethargie versinken und ihrer Pflicht stets eingedenk sein, Ruhe und Glück zu befördern. Sie darf daher, ohne ängstliche Mittel zu wählen, nicht gegen alles gleichgültig sein und lieber zuviel als nichts tun, aber sie muß in der Wahl ihrer Mittel vorsichtig sein" (ebd.).

[67] Ebd.

[68] Ebd.

ist zu ruhig und besonnen". Dennoch gewann Twickel „einige der zuverlässigsten und umsichtigsten Männer" aus der Kreisstadt und mehreren ländlichen Gemeinden des Kreises für die Aufgabe, ihre Aufmerksamkeit auf „staatswidrige Absichten" zu lenken [69]. Auch der Coesfelder Landrat Graf Merveldt engagierte „drei rechtliche von Vaterlandsliebe durchglühte Männer" zur Mitwirkung bei der Beobachtung [70]. In der Borkener Amtsverwaltung hielt man ein derartiges Vorgehen allerdings für wenig zweckmäßig und machte es offenbar nicht mit [71].

Stimmten ferner auch die landrätlichen Berichte des Regierungsbezirks Minden darin überein, daß von einer Verschwörung nicht die geringste Spur zu bemerken sei [72], so bekundete sich doch weiterhin ein gewisses Mißtrauen der Regierungsbehörden in einer scharfen Beobachtung von Studenten, ehemaligen Burschenschaftlern [73] und Handwerksgesellen [74], darüber hinaus scheint die Furcht vor Verschwörungen und Umsturzversuchen zuweilen selbst vor untergeordneten Organen der Administration nicht Halt gemacht zu haben. Kritik an der Staatsverfassung drohte offensichtlich mit „staatsfeindlichen Umtrieben" gleichgesetzt zu werden. Einen solchen Gefahrenherd glaubte z. B. der Warburger Kreisschreiber Ramus in der Stadt Warburg entdeckt zu haben. In der Einleitung seiner an den Regierunspräsidenten gerichteten „vertraulichen Mitteilung" spricht offensichtlich der durch die Julirevolution ausgelöste Schock: „Wenn seit dem verhängnisvollen und ereignisreichen Jahre 1830 fast alle Regierungen Deutschlands mehr oder weniger gegründete Ursache gehabt haben, auf den Geist und die Stimmung des Volks mehr als je ihr besonderes Augenmerk zu richten, um das wie durch einen Dämon

[69] Ebd., 20. Nov. 1831.

[70] Ebd., 25. Nov. 1831. — Vgl. ferner Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 440; 445 f.

[71] So heißt es in einem Bericht aus Borken vom 26. Nov. 1831: „Über die Tendenz des Staats bei der mir an die Hand gegebenen Veranstaltung bin ich nicht in Zweifel gewesen. Ohne die Reinheit der Absicht zu verkennen, habe ich darin den Beweis väterlicher Sorgfalt für das wahre Wohl der Staatsbürger gefunden und dieser den vollen Ausdruck meiner freudigen Ehrfurcht zugetragen. Bloß das Mittel war es, von welchem ich abzuraten wagte, als die angegebene Einrichtung der Geheimhaltung nicht gehofft werden kann; Argwohn, schiefes Urteil beim Publico erwachen, der einschleichende Aufwiegler aber seine Vorsicht verdoppeln und eben deswegen nur um so sicherer werden würde ... Mögen einzelnen Orts gefährliche Umtriebe ermittelt sein, so ist die Notwendigkeit eines Entgegenwirkens durch geheime Verbindungen wenigstens hier, wie ich wiederhole, nicht vorhanden und nichts halte ich daher für gewagter, als daß wir uns der Gefahr solcher Nachteile aussetzen, wie sie jede nur ins Volk übergehende Vermutung über die Existenz einer geheimen Aufsicht sofort unvermeidlich zur Folge haben würde" (Amtsarchiv Liedern 2909).

[72] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 374. — Gewisse Bedenken hinsichtlich der weiteren Entwicklung äußerte lediglich der Landrat des Kreises Warburg in einem Bericht vom 21. April 1833 (ebd.), der vor allem anführt, daß die angeordnete strenge Einziehung der Steuern allgemeine Unzufriedenheit erregt habe: „... daß ich mir bei dem Umstande, daß die hiesigen Kreiseingesessenen es zur Genüge wissen, welche Vorteile den hessischen Untertanen durch die neueren Ereignisse zuteil geworden, nicht getraue, die Folgen davon zu verbürgen. Allgemein bekannt ist es, daß die Not hier mit jedem Tage höher steigt und daß sie bald den höchsten Grad erreicht haben wird; wohin dies aber führen kann und wird, läßt sich nicht im voraus bestimmen." — Über die zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Lande durch die von der kurhessischen Regierung im Jahre 1832 verabschiedeten Gesetze vgl. Philipp Losch, Geschichte des Kurfürstentums Hessen, Marburg 1922, S. 184 ff.

[73] Vgl. unten S. 333, Anm. 83; Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 445—449.

[74] Es wurden auch einige Untersuchungen gegen Handwerker eingeleitet, doch bestätigte sich der Verdacht revolutionärer Umtriebe meist nicht (ebd.; St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1138).

ausgestreute Unkraut der Unzufriedenheit, der Aufwiegelung und Insurrektion wieder auszurotten, so kann es in der Tat nur sehr befremdend erscheinen, wenn man in hiesiger Stadt sehr häufig Gelegenheit findet, über den preußischen Staat und dessen Verfassung ... die strafwürdigsten Schmähungen rücksichtslos ausstoßen zu hören" [75]. Wenn auch „die Tendenz solche Raisonnements", welche der Zeitgeist so häufig hervorrufe und zu einem besonderen Privileg erhoben zu haben scheine, nicht den Eindruck unmittelbarer Gefahr, zumindest nicht in Warburg, erwecke, so könne man jedoch derartigen strafwürdigen, „der Würde des Staats und dem Gesetze gleichsam Hohn sprechenden Unfug" nicht länger dulden, weil er durchaus zu ähnlichen Vorfällen wie im Kreise Büren [76] führen könne. Was nun den konkreten von ihm in Warburg entdeckten Fall angeht, so stellt Ramus die Situation folgendermaßen dar. Im Hause des Kaufmanns und Gastwirts Fischer treffe sich eine Reihe von Bürgern, denen es gleichsam schon zur Gewohnheit geworden sei, alles, was vom preußischen Staat ausgehe, und „selbst die wohltätigsten Anordnungen desselben anzufeinden, zu verachten und anderen verächtlich zu machen" [77]. Nicht weniger Schaden richte ein früher in Diensten des Königreichs Westfalen gestandener Leutnant namens Koch an, der zur Zeit der Befreiungskriege ein Angebot, in preußische Dienste zu treten, abgelehnt habe, weil er mit einem Sieg Napoleons gerechnet habe und nach dessen Verbannung aus Enttäuschung über seine vereitelten Hoffnungen gegen alles, was preußisch genannt werden könne, einen leidenschaftlichen Haß hege und sich in Schmähungen gegen den König und den preußischen Staat ergehe. Koch sei zwar bereits einmal vernommen worden, doch habe man die Sache auf sich beruhen lassen. Ein derartiger Indifferentismus sei jedoch nach seiner Ansicht nicht angebracht, weil dies die „Übelwollenden, die von nichts als Überbürdung von Abgaben, von willkürlicher Verschwendung der Staatseinnahmen durch Zahlung zu hoher Gehälter und Pensionen und von kostspieliger Unterhaltung einer zu den Kräften des Staates unverhältnismäßigen Militärmacht" sprächen, in ihrem unverkennbaren Bestreben, allgemein Unzufriedenheit zu erregen, leicht zu verwegen machen könne [78].

---

[75] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 90, Ehrerbietige vertrauliche Mitteilung des Kreisschreibers Ramus zu Warburg über das daselbst sehr häufig stattfindende Raisonnement über den preußischen Staat und dessen Verfassung, 27. Jan. 1834.

[76] In Steinhausen (Kr. Büren) hatte die exekutorische Einziehung der Domänengefälle offene Widersetzlichkeit gefunden (St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 23, Verwaltungsbericht für 1834).

[77] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 90, Ehrerbietige vertrauliche Mitteilung des Kreisschreibers Ramus, 27. Jan. 1834.

[78] Ebd. — Es fragt sich, inwieweit diese Kritik an einer angeblichen Aufblähung des Staatsapparats eine singuläre Erscheinung darstellt oder in weiten Kreisen geübt wurde. Außer den ironischen Ausführungen Friedrich Arnold Steinmanns (Briefe aus Berlin, 1832, S. 9—11) finden sich jedoch keine nennenswerten Hinweise. — Jedenfalls handelt es sich in Warburg um den interessanten Fall einer „räsonierenden bürgerlichen Tischgesellschaft", wie sie erstmals im deutschen Raum Ende des 18. Jahrhunderts zu verzeichnen ist (vgl. J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, 4. Aufl. 1969, S. 84). Über einen Zirkel polnischer Offiziere und mehrerer Referendare in Bielefeld während seiner Militärzeit berichtet J. M. Gierse in seinen Lebenserinnerungen (WZ 121, 1971, S. 76 f.), ohne allerdings die Gesprächsthemen näher zu bezeichnen. Bemerkenswerterweise wurde dieser Kreis unter dem Vorwand, daß die Teilnehmer keine Erlaubnisscheine zu so später Entfernung aus dem Quartiere besäßen, ausgehoben, Gierse sogar verhaftet.

Der mit der Überprüfung dieses Falles beauftragte Warburger Landrat von Hiddessen bestätigt zum Teil die Angaben des Kreisschreibers. Zu den Lieblingsgegenständen der sich abends im Hause Fischer versammelnden Patrizier der Stadt gehörten tatsächlich die Beschwerden über die angeblich einseitigen Steuerbestimmungen. Vor allem an der nach ihrer Meinung zu hohen Besoldung der Beamten und Offiziere, deren Pensionen und zu geringen steuerlichen Heranziehung übten sie heftige Kritik. Dennoch sei es übertrieben, diese Leute als Aufwiegler zu bezeichnen. Sie seien „zu gut in ihrer bürgerlichen Nahrung und ihren Vermögensumständen gestellt, als daß ihnen auch nur im Traume ein solcher böser Gedanke einfallen könnte"; es seien „friedfertige Leute, die beim Glase Bier und bei der Pfeife Tabak" säßen und „als gute Politiker und gescheite Menschen sich bewundern ließen, aber „im Ernste doch unter keiner anderen als der humanen preußischen Regierung stehen möchten" [79]. Dennoch habe er sowohl Fischer als auch dessen Abendgäste nachdrücklich gewarnt, „sich künftig jeder nachteiligen Äußerung über alles zu enthalten, das nur irgend Bezug auf den Staat und dessen Einrichtung haben" könne, worauf sich alle Angesprochenen äußerst bestürzt gezeigt hätten [80].

Ebensowenig wie die angebliche weitverzweigte geheime Verschwörung kann das Schreckgespenst einer um sich greifenden politischen Unzuverlässigkeit unter den Beamten als erwiesen angesehen werden. Ein gewisses Aufsehen erregte allerdings der Entschluß des mit der Verwaltung und Rezeptur der Kantone Rösebeck und Borgentreich (Kr. Warburg, Reg.-Bez. Minden) betrauten Beamten Hesse, seine von manchem beneidete auskömmliche Stellung aufzugeben und nach Amerika auszuwandern. Es hat den Anschein, als ob hierbei auch politische Motive mit im Spiele gewesen sind [81]. Auch zeigte sich der damals als Landgerichtsdirektor in Vlotho wirkende Franz Leo Benedikt Waldeck, wie er am 29. Nov. 1834 in seinem Tagebuch bemerkte, mit dem derzeitigen reaktionären Regime höchst unzufrieden, so daß ihm jegliche Politik „recht zuwider" erschien [82].

Zu Untersuchungen und Maßregelungen ist es jedenfalls nur in wenigen Fällen gekommen, und zwar betrafen sie meist jüngere Personen. So wurde z. B. der am Stadtgericht in Münster tätige Auskultator Heinzmann wegen „seiner besonderen Teilnahme an der Burschenschaft in Heidelberg sowie an anderen Umtrie-

---

[79] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 90, Ber. Hiddessens vom 16. Febr. 1834.

[80] Ebd.

[81] Darauf deuten Äußerungen seines Amtsnachfolgers Ramus hin, welcher in einem Bericht an den Mindener Regierungspräsidenten folgende Ausführungen macht: „Mag derselbe als Beamter sehr unüberlegt, ja unvernünftig gehandelt haben, so kann man seinen Entschluß doch in der Tat nur bedauern, einesteils seiner selbst wegen, weil er das Opfer seiner überspannten Ideen geworden ist, und andernteils, weil er dadurch, wenigstens in der hiesigen Umgegend, ein übeles Beispiel gebracht hat. Derselbe wurde, da es allgemeine Bewunderung erregte, daß er seinen Beamtenposten nebst einer einträglichen Privatrezepturstelle, mithin eine sichere, von allen Nahrungssorgen freie Subsistenz aufgegeben und nach Amerika auswandern wollte, gleichsam als der Agent der neuen Welt betrachtet" (St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 90). — Werner v. Haxthausen bezeichnet Hesse in einem Brief vom 21. April 1834 (gedruckt in: Über die Grundlagen unserer Verfassung S. XXXIII) als einen bekannten Demagogen, der nunmehr nach Amerika auswandern wolle und in einem der Regierung in die Hände gefallenen Privatbriefe an einen Freund „das hiesige Unglück geschildert, das Glück Amerikas gerühmt" habe.

[82] Biermann S. 59.

ben" am Morgen des 23. Aug. 1834 in seiner Wohnung in Münster festgenommen und nach Berlin überführt [83], ebenso in Arnsberg am 24. Mai 1834 der beim dortigen Hofgericht als Auskultator wirkende Carl Dham aus Schmallenberg, der während seiner Greifswalder Studienzeit einer geheimen Verbindung beigetreten sein soll [84]. Ähnlich erging es dem als Referendar am Oberlandesgericht in Paderborn tätigen Johann Matthias Gierse, der trotz bester Leumundszeugnisse seines Vorgesetzten, des Oberlandesgerichtspräsidenten von Schlechtendahl, allein wegen seiner Burschenschaftszugehörigkeit zu 6jährigem Arrest, Amtsentsetzung und Amtsunfähigkeit verurteilt wurde [85], während der münstersche Lehramtskandidat Wilhelm Junkmann, der sich zu einem Fortbildungsstudium in Berlin aufhielt, wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Bonner Burschenschaft in der preußischen Hauptstadt vor Gericht gestellt wurde [86]. Daß man sich nicht scheute, notfalls auch gegen höhere Beamte, die liberaler Gesinnung verdächtig waren, Repressalien in Anwendung zu bringen, zeigen die Versetzungen Forckenbecks [87] und des münsterschen Regierungsvizepräsidenten Vahlkampf (1836) [88].

So bereitete im Grunde die allgemeine Entwicklung des politischen Bewußtseins und die daraus resultierende äußere Haltung in der Masse der westfälischen Bevölkerung der preußischen Staatsführung wenig Schwierigkeiten. Daß das Denken der Masse der westfälischen Landbewohner und der Bürger in den kleineren Städten noch weit von dem einzelner Avantgardisten entfernt gewesen zu sein scheint, deutet z. B. ein Bericht des Bürgermeisters von Rhede und Dingden im Kreise Borken vom 3. Mai 1833 an: „Das Hambacher Fest und burschenschaftliche Farben sind dem Frieden liebenden Landbewohner in ihrer Bedeutung fremd ... Zufriedenheit mit unserer väterlichen Regierung, Treue und Anhänglichkeit an König und Vaterland und Liebe zum Frieden und der bestehenden Ordnung spricht sich überall auf die unzweideutigste Weise aus" [89]. Ebenso bezeichnen die Zeitungsberichte der westfälischen Bezirksregierungen in den folgenden Jahren die öffentliche Stimmung durchweg als zufriedenstellend bzw. gut.

Freilich galt es immer noch Rücksicht auf die besonderen Probleme zu nehmen, die sich aus der Tatsache ergaben, daß eine Reihe von Gebieten erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit dem preußischen Staatsverband angegliedert war. Erwies es sich als verhältnismäßig leicht, das Vertrauen der überwiegend protestantischen Siegerländer zu gewinnen [90], so stellte sich die Integration der ehedem geistlichen

---

[83] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 252. — Die Methode der überraschenden Festnahme und anschließenden unauffälligen Transportierung nach Berlin wurde auch im April 1834 bei dem in Münster als Einjährig-Freiwilliger dienenden Medizinstudenten Karl Franz Reinhard aus Kamen angewandt (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 251). Über weitere Strafverfahren gegen westfälische Studenten vgl. die ausführlichen Angaben bei Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 66—70; 446—449.

[84] St. A. Münster, Kreis Arnsberg, Landratsamt A Nr. 12.

[85] Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 67 f.; K. Hüser, Die Lebenserinnerungen des J. M. Gierse, in: WZ 121, 1971, S. 77 f.

[86] Nettesheim, Junkmann, S. 22—31.

[87] Vgl. oben S. 327 f, Anm. 60.

[88] Vgl. Wegmann S. 132 f.; Kochendörfer S. 8—13.

[89] St. A. Münster, Kreis Borken, 1. Landratsamt Nr. 23 I.

[90] Nach den Worten Kruses leistete das Siegerland am 29. Juli 1815 mit freudiger Begeisterung dem König von Preußen den Huldigungseid (S. 42). Gab die wirtschaft-

Territorien Westfalens, insbesondere des ehemaligen Hochstifts Münster, als eine dornenreichere Aufgabe heraus. Hatte Stein am 23. Jan. 1831 der Ansicht Ausdruck gegeben, im Münsterland bemerke man einen Hang zum Tadel aller Maßregeln der Regierung, einen Mangel von Zuneigung zu dem preußischen Staat, zu seinen Behörden, und in dieser Beziehung herrsche der vollkommenste Einklang in allen Ständen, im Salon wie im Weinhaus [91], so berichtet noch 1838 ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (1. Aug.) aus Münster, daß der sog. Große Trauertag des 3. August in der Hauptstadt des ehemaligen Hochstifts Münster noch immer nicht in Vergessenheit geraten sei: „Der echte Münsteraner — hierunter sind nicht alle Münsteraner, sondern nur die blinden Verehrer des goldenen Zeitalters der Krummstabsherrschaft begriffen — schaut überhaupt in die jetzige Zeit als in die der tiefsten Verderbnis. In lebhaftem Bilde steht ihm noch jener 3. August vor Augen, wo 6000 Preußen unter Blücher ihren Einzug in die verödete Stadt hielten ... Ich sage ‚verödet', denn alle Straßen waren leer, nicht einmal ein Kind oder ein altes Mütterchen schaute neugierig zu, alle Läden waren verschlossen, alle Bewohner in stummer Trauer daheim ..." Aus diesem Grunde sei auch der Geburtstag des Königs am 3. August während der ersten zwei Jahrzehnte nach der Besitzergreifung unbeachtet geblieben. Es habe weder schulfrei gegeben, noch hätten die Handwerker ihren gewohnten Arbeitsrhythmus unterbrochen.

In anschaulicher Weise wird auch in einer anderen zeitgenössischen Darstellung das Fortwirken der geschichtlichen Tradition bzw. älteren Strukturen in Münster geschildert:

„Bereits weiter oben haben wir angedeutet, mit welcher Pietät der Alt-Münsteraner noch der Zeiten gedenkt, da das Land unter dem patriarchalischen Regiment des Krummstabes stand. Daß dabei das Andenken an seine Regenten aus dem katholischen Hause Österreich in seinem Herzen noch so fest wurzelt, kann nicht auffallen, wenn man erwägt, daß dieselben die fast durch ein ganzes Jahrtausend ununterbrochen sich hinziehende Reihe der Bischöfe schloß, welche als reichsunmittelbare, souveräne Herrscher mit ihrem Volke Freud' und Leid, Glück und Trübsal geteilt und von denen viele um die Hebung des Wohles der Stadt und ihrer Bewohner sich unsterbliche Verdienste erworben hätten" [92].

---

liche Situation auch in den folgenden Jahren zu Klagen gegen die preußischen Bergbaubeamten Anlaß (S. 236), so war diese Mißstimmung 1819 offensichtlich bereits überwunden (S. 241). — Das von Wilhelm Schulte (Volk und Staat, S. 82; 462) angeführte Zitat von Schwerz („Kein Mensch ist mehr hier, der nicht Gott auf den Knien danken würde, wenn das Land wieder unter französischer Botmäßigkeit stünde") bezieht sich nicht auf das Siegerland, sondern auf den Raum Koblenz (vgl. Kruse S. 235)!

[91] Neue Steinausgabe VII S. 1036.

[92] Brückmann S. 200. — Die Anhänglichkeit an das Haus Österreich bzw. an Kaiser und Reich kommt auch in den Erinnerungen Levin Schückings zum Ausdruck, wenn z. B. sein Vater, Christoph Bernhard Schücking, Sohn eines Assessors am weltlichen Hofgericht in Münster und selbst ehedem in Herzogl. Arembergischen Diensten tätig (Raßmann S. 304 f.), „mit einer Art resignierten Ingrimms" behauptet, Kaiser Franz habe gar nicht das Recht gehabt, die Kaiserwürde niederzulegen und so eine frevenliche Auflösung des Reichs zu besiegeln; es sei dies eine schreiende Verletzung des Rechts und der Nation auf ihr höchstes Reichsoberhaupt gewesen (Levin Schücking, Lebenserinnerungen S. 63—65).

Welches Beharrungsvermögen die fürstbischöfliche Tradition auch an anderen Orten des Münsterlandes besaß, zeigte sich z. B. in Borken, wo man 1848 nicht eine schwarz-rot-goldene Fahne anschaffte, sondern die Farben des alten Fürstbistums (gold-rot-silber) wieder zu Ehren kommen ließ [93]. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die nach der Darstellung von Zeitgenossen ohnehin gegen Neuerungen überaus allergischen Münsterländer [94] sich gegen die im Rahmen der staatlichen Neuorganisation vorgenommenen Veränderungen gesträubt hatten, zumal sie nicht immer mit der notwendigen Rücksichtnahme erfolgt sein sollen [95]. Über die Reaktion der Bewohner in den übrigen ehemals geistlichen Gebieten finden wir weniger Anhaltspunkte. Immerhin läßt sich folgendes feststellen. Am 6. Sept. 1825 feierten die Einwohner der ehemals zum osnabrückschen Amt Reckenberg gehörenden überwiegend katholischen Stadt Wiedenbrück den Besuch des Königs als ein Volksfest [96]. Nach einer Äußerung des Freiherrn vom Stein vom 23. Jan. 1831 [97] soll das ehemals kölnische Sauerland eine ähnliche Haltung gegenüber dem preußischen Regiment wie die altpreußischen Teile Westfalens gezeigt haben. Dies dürfte, wenn es auch die Regierung Arnsberg im großen und ganzen bestätigt [10], allerdings auf gewisse Regionen nicht zutreffen [11]. Was

---

[93] Brinkman S. 46.

[94] Vgl. Brückmann S. 201; Steinmann, Münster und Münstertum, in: Polemische Blätter 1838, S. 85 f.; 92 f.

[95] So schreibt Levin Schücking in seinen Lebenserinnerungen (S. 20): „Um so greller mußte der Kontrast sich gestalten, als nach der erfolgten Einverleibung des Landes in das Königreich Preußen bis dahin unbekannte, fremde Elemente in Regierung und Verwaltung, im öffentlichen und Privatleben des Volkes zu dominieren begannen, und bereits haben wir erwähnt, daß bei der Besitzergreifung und Umformung des neuen Gebietes durch Preußen gerade nicht mit humanster Rücksichtnahme auf die bestehenden Zustände und der zartesten Schonung der Volksstimmung verfahren werde. Von da an bis auf den heutigen Tag — so scheint es fast — hat man in Berlin den Sympathien oder Antipathien, der günstigen oder ungünstigen Stimmung des katholischen Volkes in Westfalen keinen allzu großen Wert beigelegt und sich deshalb bei der Wahl der Mittel, die man anwendete, um den beiden westlichen Provinzen, Westfalen und den Rheinlanden, den Segen und die Wohltaten, die ihnen unter dem preußischen Szepter zuteil geworden sind, klar zu machen, manchen Mißgriff zuschulden kommen lassen; es hätte sich sonst gar manches anders gestaltet, als es heute ist."

[96] Stadtarchiv Wiedenbrück, Chronik der Stadt, angelegt im Jahre 1818.

[97] Pertz VI, 2, S 1085; Neue Steinausgabe VII, S. 1036. — Das bei Schulte, Volk und Staat, S. 463, angeführte Plakat in Olpe ist nicht unbedingt ein Gegenbeweis, vielmehr auf die Aufregung im Gefolge der Julirevolution zurückzuführen, überdies ein Einzelfall (vgl. auch oben S. 319 f.).

[10] So vermerkte sie im Zeitungsbericht für Juni 1823: „Um so erfreulicher muß es sein, daß die öffentliche Stimmung und die Anhänglichkeit an Preußens Krone immer erwünscht ist" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. II). Ähnlich Zeitungsbericht für April 1824 (ebd.): „Die öffentliche Stimmung ist gut und die Anhänglichkeit an Preußens Könighaus gleich lebhaft und groß, wie sich dieses infolge des allgemein ausgesprochenen Interesses an der Vermählung des Kronprinzen ... wiederum bestätigt." In diesem Zusammenhang führt die Arnsberger Regierung im Zeitungsbericht für August 1824 (ebd.) auch die Bemerkung des Landrats des Kreises Eslohe an, daß das Gerücht über eine Abtretung dieses Landesteils an Hessen-Darmstadt „eine unangenehme Sensation gemacht habe und daß die treuen Verwalteten mit ihm sehnlichst wünschten, daß jenes Gerücht grundlos sei".

[11] Daß z. B. in Brilon die Haltung zum preußischen Staat unterschiedlich war, geht aus der bei Rüther angeführten Chronik des Briloner Bürgermeisters Hesse hervor. Eine gewisse Protesthaltung gegen die neuen Verhältnisse habe sich etwa darin bekundet, daß noch jahrzehntelang das Bild Napoleons in heimischen Häusern zu sehen gewesen

das ehemalige Hochstift Paderborn angeht, so war das Band zwischen dem Fürstbischof samt seinem Domkapitel auf der einen und der Masse der Bürger und Bauern auf der anderen Seite im letzten Jahrzehnt vor der Säkularisation ohnehin nicht besonders eng gewesen, vielmehr war es hier zu revolutionären Unruhen gekommen [12]. Allerdings hatte man 1806 in Paderborn dem einrückenden französischen Kommandanten die Pferde ausgespannt, um seinen Wagen eigenhändig zum Posthof zu ziehen, aus lauter Freude, nun „von der Herrschaft des preußischen Ketzerkönigs befreit" und dem Weltreich Napoleons eingegliedert zu sein. Auch über das Ende der französischen Herrschaft soll man hier 1814 angeblich wenig beglückt gewesen sein [13]. Doch soll sich z. B. in Brakel die neue Generation langsam in das preußische Staatswesen eingelebt haben [14].

Über die Haltung der Bevölkerung im Vest Recklinghausen läßt sich kein präzises Bild gewinnen; festzustellen ist lediglich eine gewisse Napoleonverehrung bis in die dreißiger Jahre [15].

Unzufriedenheit mit der preußischen Herrschaft hatten zunächst in gewissen Regionen auch die hohen Steuern und Abgaben hervorgerufen [16]. Man spreche die Besorgnis aus, so berichtet der Borkener Landrat für November 1821, daß „die Erhöhung der Abgaben im preußischen Staate nie das Ende erreichen werde" [17].

Daß die in die neuen Gebiete einziehenden Beamten, meist protestantisch und aus dem Osten stammend, ähnlich wie in der Rheinprovinz vielfach als Fremdkörper empfunden werden mußten, liegt nahe. Offensichtlich gehörte es auch zu den be-

---

sei. Habe es demgegenüber eine Partei gegeben, die die neuen Verhältnisse begrüßt und auf den inzwischen erfolgten mannigfaltigen Fortschritt hingewiesen hätten, so hätten die Anhänger der „guten alten Zeit" die Freunde des neuen Regiments als „servil" bezeichnet (Rüther S. 210). — Über den Widerstand der einheimischen Bevölkerung, auf den die fremden Beamten stießen, klagte auch der Bürgermeister Noelle aus Allendorf (vgl. Fiebig S. 79). Mit eine wesentliche Ursache hierfür war offenbar die Abneigung gegen jegliche Neuerungen, das Beharrungsvermögen an hergebrachte Formen der Verwaltung und des Wirtschaftslebens.

[12] Vgl. F. Keinemann, Unruhen und Krisen im Fürstbistum Paderborn am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Westfälische Zeitschrift 118, 1968, S. 339—362.

[13] Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 88; 470. — Dagegen finden sich andererseits Zeugnisse, nach denen sich preußische Beamte und Offiziere von dem gastfreundlichen Entgegenkommen der Paderborner durchaus angetan zeigten (vgl. F. Keinemann, Zeitgenössische Ansichten über die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in den westfälischen Territorien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 120 1970, S. 413, Anm. 81; S. 432 f.). Das rücksichtslose Vorgehen der preußischen Organisationskommission bei der Aufhebung der von vielen Paderborner Familien, nicht zuletzt als Versorgungsanstalten für ihre Nachkommenschaft, geschätzten Klöster und die vielfache Zerstörung von Kulturgut dürfte freilich in der Bevölkerung nicht immer eine gute Erinnerung zurückgelassen haben. Auch nach 1817 setzte man diese Politik fort. So wurde das Kapuzinerkloster in Brakel, das sich noch vor dem ersten Zugriff der Preußen gerettet hatte, 1817 als aufgehoben erklärt. Der letzte Kapuziner, Pater Hyazinth, offensichtlich eine ehrwürdige Erscheinung, machte denn auch aus seiner Meinung über die neue Regierung und die neuen Verhältnisse kein Hehl (Rewald S. 267—269). Allerdings muß auch betont werden, daß die Aussaugung des Landes unter französischer Herrschaft (Königreich Westfalen), die strikte Polizeiüberwachung und die Konskriptionen die Fremdherrschaft (z. B. im Bürener Land) in nicht geringem Maße verhaßt gemacht hatten (H. Pohlmeier, in: 150 Jahre Landkreis Büren, 1966, S. 60 f.).

[14] Rewald S. 276.

[15] Kroos S. 34.

[16] St. A. Münster, Kr. Borken Landratsamt Nr. 15, Bd. 2, Mai—Nov. 1821.

[17] Ebd., Nov. 1821.

reits von Schücking gerügten Mißgriffen, daß Einheimische und Katholiken beim Aufbau des provinziellen Verwaltungsapparates in unzureichendem Maße berücksichtigt wurden [18]. Sicherlich nicht ohne Grund bat der Westfälische Landtag 1845 den König, möglichst nur bodenständige Beamte einzustellen [19]. Zu den Vorwürfen, die man gegen die Fremden richtete, gehörten vor allem die — was von der damaligen Bevölkerung wohl nicht recht erkannt wurde — in erster Linie im Rahmen des nach den Freiheitskriegen erforderlich gewordenen Sparprogramms des preußischen Staates zu sehende angeblich übergroße Sparsamkeit und Kargheit (so bezeichnete man in gewissen Kreisen die fremden Beamten als „Schmachtlappen") [20] sowie der angeblich barsche Ton vor allem in den unteren Organen der Verwaltung [21]. Andererseits war der Oberpräsident v. Vincke, gewissermaßen Symbol und Repräsentant der preußischen Verwaltung, im münsterschen Bürgertum wie in weiten Kreisen der Provinz offenbar nicht schlecht angesehen und erfreute sich auch wohl einer gewissen Popularität [22]. Auch der 1833 ernannte münstersche Regierungsvizepräsident Vahlkampf erfährt von dem der preußischen Administration sehr kritisch gegenüberstehenden Johann Hermann Hüffer hohes Lob, machte sich jedoch andererseits wegen seiner liberalen Haltung beim Adel unbeliebt [23].

Ein fremdes Element stellte für die Bewohner der Preußen einverleibten Gebiete auch der preußische Militärstatus dar. Anfängliche Mißhelligkeiten zwischen Militär- und Zivilpersonen sowie Soldatenmißhandlungen [24] erhöhten zweifellos daraus entspringende Spannungen.

---

[18] Vgl. Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 86 ff.; 466 ff. — So nutzte die preußische Staatsverwaltung das bis 1837 ihr zustehende Recht, den Bürgermeister zu ernennen, in Lüdinghausen z. B. dahingehend aus, einen Protestanten einzusetzen. Trotz seiner ihm von den Lüdinghauser Bürgern bescheinigten konfessionellen Toleranz heißt es, es sei ihm doch nicht gelungen, „sich in die geistige Verfassung einer Gemeinde hineinzufinden, die über ein Jahrtausend katholisch war" (St. Schnieder, Lüdinghausen, 1958, S. 67). — Freilich rief auch das Wirken einheimischer Beamter nicht nur Zufriedenheit hervor; so hebt z. B. W. Schwarze in seiner Chronik der Gemeinde Scherfede (1956) über den ersten Landrat des Kreises Warburg, Wilhelm v. Hiddessen, hervor, dieser habe für den Kreis kaum etwas geleistet und habe durch seine Untätigkeit das preußische System nicht gerade beliebt gemacht (S. 104).

[19] W. Schulte, Volk und Staat, S. 86.

[20] Hermann Hüffer S. 28 f.

[21] So schreibt Johann Hermann Hüffer am 24. Mai 1831 im Anschluß an einen Besuch des Prinzen Wilhelm und seiner Familie in Münster an Stein: „Ganz allgemein erfreute die Herablassung und freundliche Güte, die die höchsten Herrschaften bei jeder Gelegenheit und gegen jeden, der sich ihnen zu nähern Gelegenheit hatte, an den Tag legten. Dies Benehmen gab aber auch Anlaß zu sehr scharfen Vergleichungen gegen ein sehr abweichendes, das in tief untergeordneter Stellung hier häufig genug hervortritt und durch militärische Schroffheit noch unangenehmer wird" (Johann Hermann Hüffer, S. 285). — Für krasse Verfehlungen liegen jedoch keine Beweise vor. Der von Wilhelm Schulte (S. 467) zitierte Bericht des Landrats des Kreises Ahaus vom 16. Jan. 1835, nach welchem die Stimmung im Kreise gut sei, jedoch durch „geforderte Geschenke und lieblose Behandlung von den Beamten" verdorben werde, ist entstellt und aus dem Zusammenhang gerissen wiedergegeben. Dazu kommt der Landrat in einem weiteren Bericht vom 10. April zu dem Ergebnis, daß er trotz ausgedehnter Bereisung seines Verwaltungsbezirks keine Beweise für das angeblich zu Beanstandungen führende Verhalten der Beamten feststellen könne (St. A. Münster, Regierung Münster 246).

[22] Hermann Hüffer S. 28.

[23] Johann Hermann Hüffer S. 140.

[24] Vgl. Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 463 f.

Indes vermochte sich einmal eine Reihe von führenden Militärs wie Blücher, Wrangel, Lützow [25], Horn [26] und Pfuel [27] selbst bei den Münsteranern ein bemerkenswertes Ansehen, wenn nicht gar Popularität zu verschaffen, zum andern gewöhnte man sich im Laufe der Jahrzehnte offenbar mehr und mehr an die Formen des preußischen Militärlebens. So vermerkt auch die Regierung zu Münster im Zeitungsbericht für Juli 1818: „... Überhaupt fängt das jetzige Militärsystem an, zur liebgewordenen Gewohnheit zu werden, und die genaue Erfüllung der Verheißungen, pünktliche Entlassung von den Manövern der Landwehr z. B., bestätigt auch hierin wie insgemein das Vertrauen des Volkes zur Regierung“ [28]. Ein Zusammenhang zwischen Militärdienst und Auswanderung ist nur bedingt nachzuweisen [29]. Den Stellenwert wie in Altpreußen scheint das Militär vor 1870 freilich in den Herzen der Münsteraner noch nicht erreicht zu haben [30].

Daß auch das Königshaus auf dem besten Wege war, anstelle der früheren Fürstbischöfe einen Platz im Herzen der Einwohner sowohl des Münsterlandes als auch des ehemaligen kurkölnischen Sauerlandes einzunehmen, hatte sich nicht nur seit 1818 vielerorts in spontan erfolgten Festlichkeiten anläßlich des Geburtstags des

---

[25] Vgl. ebd. S. 83 f.; 88.

[26] So hatte dieser 1828 eine bemerkenswerte spontane Ehrung durch die Stadt Münster erfahren (Johann Hermann Hüffer S. 92 f.).

[27] Daß dieser hoch angesehen und beliebt war, berichtet Hermann Hüffer (S. 28). — In diesem Sinne heißt es auch in einem aus Münster eingesandten Korrespondentenbeitrag der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 2. Juli 1838: „Über die Persönlichkeit unsers neuen Kommandierenden Generals, Hrn. v. Pfuel, hört man von allen Seiten das unbedingteste Lob; derselbe steht mit dem hiesigen Beamten- und Bürgerstand in dem allerbesten Vernehmen und wird gewiß durch seine Gegenwart dazu beitragen, die letzten Spuren früher bestandener Spannungen zu verwischen.“

[28] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352, vol. I. — Diese Entwicklung deutet auch ein Bericht der für Preußen gewiß nicht voreingenommenen Münchener Politischen Zeitung vom 23. Nov. 1832 über den Abmarsch des 11. Husarenregiments und des 13. Infanterieregiments aus Münster an: „Die große Einwohnerzahl, aus allen Ständen, welche sich eingefunden hatte, um ihnen das Geleit zu geben, war ein sprechender Beweis von dem hier herrschenden guten Einverständnisse zwischen Bürger und Militär und von der Achtung und Liebe, welche jene Truppen sich während ihres langjährigen Aufenthalts in unserer Stadt erworben haben. Die besten Segenswünsche folgen ihnen nach zu der ihnen zuteil werdenden hohen Mission, für die Sicherheit des Vaterlandes zu wachen.“ — Ähnlich Zeitungsbericht der Regierung zu Minden für Dezember 1818: „Eine erfreuliche Erscheinung ist es, daß die früher bemerkte Abneigung gegen den Soldatenstand, welche in der Zwischenregierung allgemein bis zum größten Widerwillen gestiegen war, gegenwärtig fast ganz verschwunden ist“ (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 351, vol. I). — So beurteilt auch W. Schwarze in seiner 1956 erschienenen Chronik der Gemeinde Scherfede (Kr. Warburg) die Auswirkungen des preußischen Militärdienstes keineswegs negativ: „Es schien so, als sei mit der preußischen Zeit auch ein immerwährender Friede ins Land gezogen. Der Krieg hatte schon zwei Generationen verschont. Zwar mußten alle Wehrfähigen ‚bei den Preußen ihre Jahre abkloppen‘, aber das war für viele eine mehr oder weniger angenehme Unterbrechung des Alltags und eine Zeit reichen Erlebens“ (S. 163).

[29] Davon ist allerdings lediglich in einem Bericht aus Borken vom Mai 1820 (St. A. Münster, Kr. Borken, Landratsamt, Nr. 15, Bd. 2) und nur im Zusammenhang mit dem Landwehrdienst die Rede: „... Die Auswanderungen von sowohl bemittelten als unbemittelten Landwehrmännern hiesigen Kreises nehmen immer mehr zu und liefern einen unverkennbaren Beweis zu der Behauptung, wie wenig man den Landwehrdienst mit den bürgerlichen Verhältnissen zu vereinigen weiß.“

[30] So schildert z. B. Heinrich Hart die Situation vor 1870: „Auch das Militär spielte nichts weniger als eine herrschende Rolle; die Schaustellungen, die es zu bieten hatte, erschienen im Vergleich mit denen der katholischen Kirche blaß und farblos“ (H. Hart, Gesammelte Werke hg. v. Julius Hart, Bd. 3, 1910, S. 13).

Königs am 3. August [31], sondern auch 1831 bei den Besuchen des Prinzen Wilhelm in Münster und Arnsberg gezeigt [32]. War im Jahre 1817 der Empfang des Kronprinzen in Münster nach der Schilderung Georg Wilhelm Keßlers „nicht eben glänzend und jubelnd" gewesen [33], so hatte sich bei seinem erneuten Besuch im Jahre 1833 [34] bereits eine bemerkenswerte Wandlung gezeigt, wenngleich freilich die antipreußischen Ressentiments noch keineswegs gänzlich geschwunden gewesen sein dürften [35].

So verdient es auch angemerkt zu werden, daß in Münster 1835 eine monarchisch-konservative Vereinigung, der Kronprinzenverein, entstand; offenbar fand er seinen Rückhalt zunächst vor allem bei den Beamten, gewann indes offensichtlich weiter an Boden. Die Gesellschaft tagte in regelmäßigen Versammlungen im Lokale der Witwe Stienen. Präsident des Vereins war der Bankdirektor von Pestel. Der Initiative dieser Vereinigung ist es auch zuzuschreiben, daß die Anteilnahme des „Publikums" am Geburtstagsfest des Königs reger wurde; vor allem wurden jetzt auch in den Schulen entsprechende Feiern veranstaltet. Auch fand z. B. am 3. Aug. 1837 außer der Parade der Truppen auf dem Prinzipalmarkt ein Festessen im Rathaus statt, an welchem sich 138 Personen beteiligten [36].

---

[31] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352, vol. I, Zeitungsbericht der Regierung Münster für August 1818; 351, vol. I, Minden, August 1818 usw.

[32] Vgl. oben S. 325.

[33] Leben des ... Georg Wilhelm Keßler S. 242.

[34] Vgl. oben S. 328.

[35] Dazu waren diese durch Erziehung, Tradition, und Umwelt offensichtlich zu verwurzelt; z. B. berichtet der aus dem Wiedenbrückschen stammende Temme, daß er „in einer Scheu vor allem, was preußisch war und preußisch hieß" erzogen worden sei (Erinnerungen S. 103). — Das auch von Wilhelm Schulte (Volk und Staat S. 85) herangezogene Zitat ruft in seiner dort wiedergegebenen Verkürzung den Eindruck hervor, als ob antipreußische Ressentiments und republikanisches Fühlen Hand in Hand gegangen sei. An der fraglichen Stelle heißt es vielmehr: „Ich ... hatte außerdem (!) von meinem Vater und meinem Oheim, einem klaren und freisinnigen katholischen Geistlichen ... republikanische Gesinnungen in mich aufgenommen." — In der heranwachsenden Generation entwickelte sich jedoch vermutlich ein modifiziertes Verhältnis zum preußischen Staat, was indes nicht heißt, daß sich in dem einen oder anderen die alten Ressentiments fortsetzen. So zeigen sich der 1830 geborene Hermann Hüffer und sein älterer Bruder gut preußisch, während der mit ihm befreundete Julius Ficker der spätere Historiker, eine antipreußische Haltung einnahm (Hermann Hüffer S. 28 f.). — Daß die jüngere Generation ein engeres Verhältnis zum preußischen Staat gewinnen würde, hoffte auch Stein, äußerte er doch in einer Denkschrift für Prinz Wilhelm vom 29. Dez. 1830 die Ansicht: „Die Provinz Westfalen ist ein Verein altpreußischer Länder und solcher, die in den Jahren 1803 und 1815 mit der Monarchie vereint worden. In den ersten herrscht die alte Treue und Biederkeit, die sich seit Jahrhunderten bewährt, in den letztern ist die Neuheit des Bandes immer noch fühlbar, die Erinnerungen an einen älteren, bequemeren, weniger Abgaben und Anstrengungen fordernden Zustand sind bei der gegenwärtigen Generation noch lebhaft, sie werden aber bei dem jüngeren Geschlecht allmählich verschwinden, und in ihm werden sich Anhänglichkeit entwickeln" (Neue Steinausgabe VII S. 1013). — Freilich ließ der Integrationsprozeß auch in späteren Jahren anscheinend noch zu wünschen übrig. So schildert z. B. Heinrich Hart die Situation in den sechziger Jahren, vielleicht etwas überspitzt und karikiert, folgendermaßen: „Von einem staatlichen Empfinden aber, von staatsbürgerlichem Rechts- und Pflichtbewußtsein, von patriotischer Gesinnung ... war in der Masse der Bevölkerung unbedingt keine Rede. Der Gegensatz zwischen ihr und dem Beamtentum war um so schroffer, als die Beamten meist zugezogene Protestanten waren ... Münsteraner und Preußen bildeten zwei Lager, jedes abgeschlossen vom andern" (H. Hart, Gesammelte Werke, hg. v. Julius Hart Bd. 3, 1910, S. 13).

[36] Zurbonsen, General von Wrangel und die Münsterschen Dezemberunruhen 1837, in: Westfälische Zeitschrift 63, 1905 I S. 260; Leipziger Allgemeine Zeitung vom 1. Aug.

Das in weiten Kreisen der westfälischen Bevölkerung in den altpreußischen Gebieten bestehende und in den neuangegliederten Teilen der Provinz sich anbahnende Vertrauen zur preußischen Monarchie kam indes 1836 anläßlich eines abermaligen Besuches des Kronprinzen deutlich zum Ausdruck. An allen von ihm besuchten Orten verlief der Empfang betont herzlich, obwohl sich der hohe Besucher jeglichen Aufwand verbeten hatte [37]. So schreibt ein Korrespondent des Westfälischen-Merkurs [38] über die Begleiterscheinungen auf einer der ersten Stationen der Besuchsreise, in Paderborn:

„Seit Karls des Großen Zeiten hat unsere Vaterstadt auf keiner so hohen Stufe politischer Bedeutsamkeit gestanden als in den glücklichen Tagen des 17., 18., 19., und 21. d. Monats." Schon einige Stunden vor dem Eintreffen der Gäste hätten die Einwohner Paderborns fast ausnahmslos ihre Häuser festlich beleuchtet gehabt. Nur Greise und Kranke hätten sich bereits wegen der fortgeschrittenen Nachtstunde zur Ruhe begeben. Zwischen dem Kettenplatz und der Düsseldorfer Landstraße habe eine geradezu unübersehbare Menschenmasse hin- und hergewogt. Als um 11 Uhr aufsteigende Leuchtkugeln die Ankunft des Thronfolgers angekündigt hätten, habe „ein lauter Freudenjubel des versammelten Volks mit dem auf das gegebene Signal sofort einschlagenden Stadtglocken und dem Donner des städtischen Geschützes" gewetteifert. Am folgenden Tage fand auf dem Exerzierplatz feierlicher Gottesdienst „mit Predigt, Gesang und Musik" statt. Hierzu war eine große Menge Zuschauer von nah und fern herbeigeströmt. Es war ein eindrucksvolles Bild, wie sie sich in dichten Scharen „zu Fuß, zu Pferd und zu Wagen" heranbewegten und „die weite Ebene umher einnahmen". Weitere glanzvolle Veranstaltungen schlossen sich in den nächsten Tagen an [39].

Besonders um einen Aufenthalt des Kronprinzen hatte sich der Magistrat von Warendorf bemüht [40]. Auf diese an ihn herangetragene Bitte ließ sich der Kronprinz auf dem Wege nach Münster dann tatsächlich dazu bewegen, die Reise in Warendorf zu unterbrechen und in einem festlich geschmückten Saal „von dem versammelten Magistrate, den Stadtverordneten, der Geistlichkeit und den übrigen Zivilbehörden den Ausdruck der Gefühle entgegenzunehmen, welche in dem unvergeßlichen Momente alle Gemüter beseelten". Nach einem halbstündigen Aufent-

---

1838). Die Geistlichkeit soll sich allerdings bei dieser Gelegenheit weiterhin passiv verhalten haben (ebd.). — Möglicherweise fand dieser Kreis auch im sog. „Zivilkasino", in welchem vor allem Angehörige des höheren Bürgertums verkehrten, einen gewissen Rückhalt (vgl. J. Jung, Julius Ficker, Innsbruck 1907, S. 21).

[37] „Das letzte Mal, als ich bei Ihnen war, ward ich mit Empfangsfeierlichkeiten und Festlichkeiten jeder Art überschüttet. Ich ersuche Sie daher recht dringend, ähnliche Absichten in meinem Namen abzulehnen" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 241 vol. I, [Kronprinz] Friedrich Wilhelm an Vincke, 15. Juli 1836).

[38] Beilage zu Nr. 232 (27. Sept. 1836).

[39] Ebd.; ebd., 24. Sept. 1836.

[40] „Wenn schon die Durchreise Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen am 21. d. M. für unsere Stadt höchst erfreulich ist, so würde jede Minute eines längeren Verweilens Höchstdesselben in unserer Mitte dieses Glück erhöhen und es uns zu einem unvergeßlichen Andenken gereichen, wenn Se. Königl. Hoheit geruhen wollten, während des Umspannens auf hiesiger Station uns Höchstihre Anwesenheit solange schenken zu wollen, als dies zur Bezeugung der tiefsten Ehrfurcht seitens der hiesigen Staatsdiener und der städtischen Behörden erforderlich und für jeden treuen Untertan wünschenswert ist. Der Magistrat der Stadt Warendorf." (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 241 vol. I, 17. Sept. 1836).

halt verließ der Kronprinz „unter tausendstimmigem Jubel" wieder die Stadt [41]. Kaum weniger eindrucksvoll verlief der Empfang in Münster [42]. Auch in dem erst seit 1815 zu Preußen gehörigen Siegerland erfuhr das Zugehörigkeitsgefühl zur preußischen Monarchie durch die Besuche des Kronprinzen am 16./17. Okt. 1833 und am 10. Sept. 1836 offensichtlich einen starken Auftrieb [43]. Freilich fehlte es auch weiterhin nicht an gewissen Vorbehalten. So vermerkt der Bürgermeister der Stadt Wiedenbrück im Zeitungsbericht für Januar 1837, man sei in gespannter Erwartung des neuen Grundsteuergesetzes, und dies um so mehr, als die Meinung vorherrsche, daß sich die östlichen Provinzen gegenüber den Westfalen in einem großen Vorteil befänden [44]. Ähnlich gibt der Landrat des Kreises Borken im Zeitungsbericht vom 1. Jan. 1836 zu bedenken, daß wegen der für 1836 vorgesehenen Klassensteuererhöhungen die öffentliche Stimmung gegenwärtig nicht sehr günstig sei. Wenn überhaupt eine Erörterung politischer Fragen in der breiten Masse der Bevölkerung stattfand, dann wohl hauptsächlich auf wirtschaftspolitischem Gebiet [45].

War bisher allgemein von der großen Masse der westfälischen Bevölkerung die Rede, so muß noch im besonderen auf eine Schicht eingegangen werden, nämlich den katholischen ritterbürtigen Adel, der wie in der Rheinprovinz auch hier als verhältnismäßig geschlossene Gruppe im politischen und sozialen Leben besonders deutlich in Erscheinung tritt. War bei den rheinischen „Autonomen" auch eine gewisse Distanz zur preußischen Provinzialadministration erkennbar, so fühlten sich jedoch die Mitglieder der Korporation zu einer aktiven Rolle im politischen Leben des Staates, insbesondere zur Aufrechterhaltung des konservativen Verfassungsgefüges, verpflichtet [46]. Dagegen erschien Zeitgenossen die Reserviertheit des westfälischen katholischen Adels gegenüber dem preußischen Staat bemerkenswert auffällig, so daß z. B. der Divisionsadjutant bei der 13. Division in Münster, Eduard von Fransecky die münsterländischen Adeligen geradezu als „negative Preußen" bezeichnen zu müssen glaubte, als einen Stand, der in seiner Abgeschlossenheit, mit „seiner unbedingten Hinneigung zu Rom, seiner Opposition gegen die preußische Regierung und seiner Geringschätzung aller Evangelischen der alte blieb" [47]. Daß er dem Staat, unter dessen Obrigkeit er geraten war, fremder gegenüber stand als der altpreußische Edelmann, blieb auch in weiteren Kreisen kein Geheimnis [48]. Noch in einer Denkschrift vom 23. Jan. 1831 führte Stein

---

[41] Westfälischer Merkur vom 28. Sept. 1836.
[42] Westfälischer Merkur vom 24. Sept. 1836; vgl. ferner Qu. Nr. 14 u. 15.
[43] Vgl. Kruse S. 241 f.
[44] Stadtarchiv Wiedenbrück.
[45] St. A. Münster, Kr. Borken Landratsamt Nr. 15 Bd. 4.
[46] Vgl. oben S. 227 f.
[47] Denkwürdigkeiten, hrsg. von W. v. Bremen S. 140. — Ähnlich urteilt Vigener: „Beim Adel ist immer noch eine gewisse Distanz zum preußischen Staate vorhanden. Den Behörden gegenüber fühlten sich die Geschlechter nicht verantwortlich; des preußischen Staatsbegriffs entbehrten sie in dem Maße, daß ihnen die Minister lediglich als ihresgleichen galten, die ihnen nichts zu sagen hätten" (S. 17).
[48] Bruno S. 93 f. — Wie der in der Zeit von 1816—1819 als Abteilungsdirektor bei der Regierung in Münster fungierende Georg Wilhelm Keßler berichtet, habe sich damals der Adel sogar nicht gescheut, „öfter mit angenehmer Rückerinnerung der letztweiligen französischen Regierung unter Jérôme Bonaparte zu erwähnen" (Leben des ... Georg Wilhelm Keßler S. 241).

einen unter den Münsterländern immer noch fühlbaren Mangel an Zuneigung zum preußischen Staat auf das „Gefühl des Verlustes der Vorzüge" zurück, „welche die obern Stände durch den Untergang der geistlichen Aristokratie erlitten" [49]. Dies bekundete sich zum Teil auch darin, daß nicht selten Söhne dieser Schicht noch in Österreich dienten [50].

Hatten dem westfälischen Adel die Ablösung der Grundrenten und Prästationen große Summen baren Geldes eingetragen, die ihn in seinen zum Teil immer noch ausgedehnten Besitzungen konsolidierten [51], und hieß es von ihm, daß er, verglichen mit dem Adel in der Rheinprovinz und in Rheinbayern, immer noch verhältnismäßig tief in der Gesellschaft verwurzelt und „das schöne patriarchalische Verhältnis, das früher hier und da in Deutschland" zwischen dem Adel und den Bauern bestanden habe, im Münsterlande z. B. noch nicht ganz vernichtet sei [52], so war

---

[49] Neue Steinausgabe VII S. 1036.

[50] Fransecky, Denkwürdigkeiten, hrsg. v. W. v. Bremen, S. 139. — Zu nennen wäre z. B. Joseph Theodor Graf zu Stolberg-Stolberg, der in der Zeit von 1834—1837 im österreichischen Militär diente und zum Leutnant avancierte (Wegmann S. 337 f.; Pfülf, Joseph Graf zu Stolberg-Westheim S. 25—37), sowie dessen Brüder Leopold (Beamter), Alfred (zeitweise in Staatsdiensten) und Ernst (General in der kaiserlichen Armee; s. Pfülf, Joseph Graf zu Stolberg —Westheim S. 22—25). — Ausführliche Erörterung und Kritik dieser Dienstnahme einzelner Mitglieder des katholischen Adels bei: Florschütz S. 52 f. — Ergänzend aufzuführen wären noch: Jodocus Edmund Josef v. Droste zu Senden, gest. 1845 als k. k. Generalmajor zu Preßburg; Eduard v. Droste zu Senden, nachgewiesen 1828 als k. k. Major (St. A. Münster, Sammlung Spießen Bd. 10).

[51] Schücking, Eisenbahnfahrt S. 79. — So kommt auch Philippi (S. 93) für das Münsterland zu dem Ergebnis, daß es dem dortigen Adel gelungen sei, seinen Besitzstand nicht nur zu behaupten, sondern sogar zu vermehren. — Ohne ein langwieriges detailliertes Recherchieren in den leider noch vielfach unerschlossenen Adelsarchiven lassen sich allerdings kaum konkrete Angaben machen. — Immerhin wies die Familie Westphalen ein Einkommen von 45 000 Tlr. und die Familie von Fürstenberg ein solches von 80 000 Tlr. nach. Auf Grund dieser beachtlichen materiellen Fundierung erhoben auch diese Familien den Anspruch auf provinzialständische Virilstimmen (Neue Steinausgabe VII S. 131). — Um die Relationen deutlich zu machen, sei etwa darauf verwiesen, daß der Freiherr vom Stein anläßlich eines Ankaufs von 131 Morgen Land bei Scheda davon spricht, daß diese einen Reinertrag von 339 Tlr. abwürfen (Neue Steinausgabe VII S. 267). Dem Einkommen der Familie von Fürstenberg entspräche also in etwa ein Besitz von 30 000 Morgen. — Ungefähr in dieser Größenordnung dürften sich auch der Landsbergische, Böselagersche und Droste-Vischeringsche Gutskomplex bewegt haben. — Daß der Adel auch im weiteren Verlaufe des 19. Jahrhunderts seine zum Teil noch immer beachtliche materielle Position zu behaupten verstand, zeigt z. B. die Tatsache, daß der Graf von Westphalen 1860 für nicht weniger als 450 000 Tlr. Ländereien in Schleswig-Holstein zu erwerben vermochte (frdl. Hinweis von Herrn Dr. Bruns, Landesamt für Archivpflege, Münster).

[52] Bruno S. 95 f. — Über den Fortbestand des alten patriarchalischen Bandes berichtet Schücking in seinem 1855 erschienenen Werk „Eine Eisenbahnfahrt durch Westfalen" allerdings nichts mehr. Überhaupt bezeige der münsterländische Adel wenig Interesse für öffentliche Angelegenheiten, er halte sich „in ruhiger Zurückgezogenheit" auf seinen Gütern auf, verbringe einige Zeit des Jahres in seinen stattlichen Höfen in Münster, wo er eine streng abgeschlossene Gesellschaft bilde (S. 80). Dieser Darstellung folgt auch Brückmann in seinem 1863 veröffentlichten Buch „Altes und Neues aus dem Münsterland und seinen Grenzbezirken" weitgehend, betont jedoch, daß der dortige Adel besonders zäh an seinen Prärogativen und Privilegien hänge (S. 148). — Nach der Äußerung des Freiherrn vom Stein war das Verhältnis des münsterländischen Adels zum Bürgertum ziemlich distanziert: „Im Märkischen, auch im Herzogtum Westfalen lebt der Adel in gutem Einvernehmen mit dem Bürger. Nur im Münsterschen, als Folge der ehemalig adlig-geistlichen Verfassung besteht noch die starre Scheidewand, deren Entfernung ich gewiß nicht erlebe" (Stein an Hüffer, 27. Nov. 1830, in: Neue

doch, verglichen mit seiner früheren Stellung in den ständisch verfaßten Wahlstaaten, in denen er im Gegensatz zu „den absolutistischen und zentralistischen Verwaltungsstaaten" mit Erbdynastien einen weiten Spielraum zur Teilnahme an der Macht besessen hatte [53], der Adel der ehemaligen geistlichen Gebiete Westfalens zu ziemlicher politischer Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Die Einverleibung des in seiner Verfassungsentwicklung stehengebliebenen geistlichen Territoriums in den absolutistisch-bürokratisch regierten Großstaat mußte für die Stiftsaristokratie einer Revolution gleichkommen. War das alte Domkapitel als 1. Stand gänzlich liquidiert, so war selbst auf den nur mit beratender Stimme ausgestatteten Provinziallandtagen die Führungsrolle des ritterbürtigen Adels im 2. Stande keineswegs mehr unbestritten; vielmehr bot sich hier, zumindest vorerst auf den Wahltagen, nach den Worten des Freiherrn vom Stein ein buntes Gemisch von Edelleuten, Kaufleuten und Bauern, so daß diese sogenannte Ritterschaft Gefahr laufe, „Geist, Würde und Haltung" zu verlieren [54]. Glaubte schon der lange Jahre in Diensten der preußischen Staatsverwaltung gestandene Stein, daß in der Gesetzgebung „ein den adligen Gutsbesitzern feindseliger Geist" regiere [55], um wieviel mehr noch mußte der der preußischen Staatstradition fremd gegenüberstehende ritterbürtige katholische Stiftsadel auf den nivellierenden Staatsapparat erbittert sein! Dafür, daß diese Gruppe unter diesen Umständen sehnsüchtig auf die ge-

---

Steinausgabe VII S. 963). Betrifft das die Beziehung zum „Bürger", so ist damit jedoch noch nicht die Behauptung von einem gewissen Weiterbestehen des patriarchalischen Bandes zwischen Adel und Bauern widerlegt. Allerdings berichtet Steinmann in seinem 1858 erschienenen Buch „Westfalen's Oberpräsident L. Frhr. v. Vincke ..." (S. 275) von einer Kette von Prozessen zwischen Gutsherren und Bauern in der Frage der Ablösungen. Hierbei hätten die Adligen von dem Vorteil, daß alle Archive in ihren Händen gewesen seien, rücksichtslos Gebrauch gemacht und dadurch nahezu alle Verfahren zu ihren Gunsten entschieden. — Ein Beispiel von der Prozeßlawine gibt in der Tat z. B. der Graf von Bocholtz in seiner Schrift „Bericht ... an die Ritterschaft" (1830). So hätten Einwohner der aus 95 Feuerstellen bestehenden Gemeinde Bellersen in der Zeit von 1819 bis 1827 nicht weniger als 648 Prozesse im Gange gehabt und sich dadurch Schulden in Höhe von 30 000 Trl. zugezogen. — Bocholtz gibt hieran allerdings nicht dem Adel schuld, sondern der Staatsverwaltung mit ihrer von ihm als wirklichkeitsfremd bezeichneten Gesetzgebung. — Was Ansehen und Autorität des münsterländischen Adels angeht, so konstatiert Heinrich Hart für die Zeit um 1860 noch, daß den Adel, dessen Paläste in Münster „dem Straßenbild einen ebenso vornehmen zeremoniellen Charakter verliehen, ein ganz vorrevolutionäres Air von Ehrfurcht" umgab (Gesammelte Werke, hg. v. J. Hart Bd. 3, 1910, S. 13).

[53] Zitiert bei Hansschmidt S. 78 nach der münsteraner [Masch.] Habilitationsschrift von Prof. Dr. Vierhaus.

[54] Stein an Mirbach, 19. Febr. 1827, in: Neue Steinausgabe VII S. 164. — Allerdings gelang es dem ritterbürtigen Adel entgegen der pessimistischen Beurteilung der Lage durch Stein, de facto die Wahl weitgehend auf seine Mitglieder zu lenken (vgl. A. Hartlieb von Wallthor, die landschaftliche Selbstverwaltung Westfalens I S. 106). — Die Behauptung eines Zeitgenossen (Der Graf von Westphalen und der sechste westfälische Provinziallandtag, in: F. A. Steinmann, Bilder und Skizzen aus der Zeit S. 56), daß der bürgerliche Besitzer eines Ritterguts nicht wählbar gewesen sei, dürfte nicht der Rechtslage entsprochen haben. — Zuzustimmen ist dagegen der hier geäußerten Ansicht, daß zumindest die Mitglieder des münsterschen Adels im Gegensatz etwa zur Masse der Deputierten des dritten und vierten Standes den Vorteil einer relativen Koordination besessen hätten: „Gleiche Verhältnisse, gleiche Vorteile nach außen hin verbinden sie zu einer kompakten Masse, ihre Anträge sind das Ergebnis vorheriger Beratungen, nicht allein der Deputierten, sondern aller Standesgenossen, ihre Richtung ist eine gegebene, nämlich die, so viel möglich unmerkliche, allmähliche Zurückführung unserer Institutionen und Zustände auf die Zeit vor 1789" (ebd. S. 56 f.).

[55] Stein an Wilhelm von Humboldt, 30. März 1822, in: Neue Steinausgabe VI S. 499.

mächlichen und gemütlichen Zustände vor 1789 zurückblickte, blieben selbst seine Gegner aus dem bürgerlichen Lager nicht ohne Verständnis [56]. Das betraf nicht nur den Verlust der ehemals weitgehenden ständischen und herrschaftlichen Rechte. Auch in den leitenden Positionen der Staatsverwaltung war dem Adel in Vertretern des Bürgertums erhebliche Konkurrenz erwachsen [57]. Wenngleich sich insgesamt der Anteil des Adels an den Stellen in der westfälischen Provinzialverwaltung (Oberpräsidium und Regierung) im Zeitraum zwischen 1818 und 1841 immerhin zwischen minimal 30 % und maximal 40 % bewegt haben soll [58], so fühlte sich aber der einheimische katholische Adel wahrscheinlich unterrepräsentiert, wie sich auch überhaupt die Katholiken gegenüber den Protestanten bei der Besetzung leitender Staatsämter offensichtlich für benachteiligt hielten [59]. Findet sich zwar in der Position des Landrats eine Reihe von Mitgliedern des katholischen westfälischen Adels [60], so erscheinen in der Tat in den wichtigsten Regierungskol-

---

[56] Die Diskrepanz zu dem früher für diesen Adel so beneidenswerten Zustand schildert 1838 ein Zeitgenosse in anschaulichen Worten: „... der katholische Adel jener Provinzen hatte infolge der Auflösung des Fränkischen und sodann des Deutschen Reiches und als Nachwehe des überhand nehmenden und einseitig zügellos durchbrechenden Provinzialismus vorzüglich seit dem Sturze der Hohenstaufen die ehemaligen geistlichen Herrschaften Westfalens mit Land und Leuten nach und nach in seine Herrschaft gewonnen, sowohl in die weltliche als in die geistliche; er hatte sie in den Formen beider Arten von Herrschaft unter einer sehr laxen Oberaufsicht des Reichsregiments zu seinem und zu seiner Familien Vorteile benutzt, sie ausgebeutet wie der Bienenvater den Bienenkorb, der Schäfer die Herde. Es waren jene Herrschaften mit allen nutzbaren und angenehmen Rechten der Landeshoheit so gut als sein Eigentum geworden, und die Lasten des geistlichen Regiments wollten sehr wenig in geistiger und finanzieller Hinsicht bedeuten ... Jene Herrschaften waren gleichsam das Eigentum des katholischen Adels geworden, ein sehr ehrenvolles, ein sehr wertvolles, ein sehr bequemes Eigentum ... Das war ein beneidenswerter Zustand für eine adlige Priesteraristokratie!“ (Bruno S. 97—99).

[57] Darauf verweist z. B. auch Stein am 14. Jan. 1831 gegenüber Vertretern des dritten und vierten Standes auf dem 3. Westfälischen Provinziallandtag. So verdanke etwa Gneisenau seine hohe Position allein seinen Verdiensten. Auch entstammten der derzeitige Finanzminister und seine Vorgänger dem Bürgerstande, und unter den acht Oberpräsidenten könnten nur drei zum Adel gerechnet werden. Unter den bürgerlichen Beamten sei sogar ein gewisser Nepotismus, nämlich das Einschleusen zahlreicher Verwandter in die Staatsverwaltung zu beobachten (Neue Steinausgabe VII S. 1029).

[58] Vgl. hierzu Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution S. 686 (der Anteil des einheimischen Adels ist hier allerdings nicht aufgeschlüsselt). — Demgegenüber heißt es jedoch in einer zeitgenössischen Publikation: „In den westlichen Provinzen möchten in diesen sämtlichen Kollegien unter tausend Beamten noch nicht drei adelige genannt werden ... Das Institut der Landräte war zwar früher in den Händen der Gutsbesitzer ... Jetzt ist auch dieser Mißgriff gehoben. Angemessene streng wissenschaftliche Prüfungen ... halten die Gutsbesitzer entfernt ...“ (Über die Entwicklung Konstitutionellen Lebens in Preußen, in: Preußen und Frankreich zur Zeit der Subrevolution, vertraute Briefe des Preußischen Generals von Rochow an den Preußischen Generalpostmeister von Nagler, hrsg. v. E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 96). — Demgegenüber vgl. Anm. 60.

[59] Dieser Beschwerde gibt z. B. ein aus Westfalen eingesandter Korrespondentenbeitrag der Allgemeinen Zeitung vom 9. Dez. 1838 Ausdruck: „Von den sechs Oberpräsidenten ist keiner Katholik, ebensowenig ein Mitglied des Staatsministeriums; im Staatsrate befinden sich nur einige katholische Mitglieder. Daß unter solchen Umständen die katholischen Interessen und vertragsmäßigen Rechte nicht hinreichend erkannt, teils weniger beachtet werden dürften als die evangelischen, mag wohl vermutet werden und trübt die Hoffnung der Katholiken ...“

[60] So wären unter den bei Wegmann im biographischen Teil angeführten Landräten für diesen Zeitraum zu nennen: Nr. 25, 58, 63, 109, 128, 133, 134, 138, 156, 165, 188, 266, 237, 239, 246, 247. — Der Adel befand sich bei den Landratswahlen offenbar

legien und den Oberlandesgerichten — es sei denn in der Durchgangsposition als Auskultator oder Referendar — eigentlich keine Namen aus dem Kreis der traditionsreichen Familien des ritterbürtigen katholischen Adels. Auch in leitenden Positionen außerhalb der Provinz Westfalens sind nur wenige Personen dieser Gruppe zu verzeichnen. Zu nennen wären hier lediglich der aus Paderborner Uradel entstammende Düsseldorfer Regierungspräsident Adolf Theodor Freiherr von Spiegel von und zu Peckelsheim [61] und der als Schriftsteller hervorgetretene Franz Ludwig August Maria von Haxthausen, der, ohne sich je eines Examens zu unterziehen, zum Geheimen Regierungsrat avancierte [62]. Wenn der alte ritterbürtige, insbesondere der westfälische katholische Adel, in der Zentral- und Provinzialadministration kaum oder nur in geringem Maße vertreten war und sich damit auch um die Möglichkeit gebracht sah, den in der Staatsbürokratie herrschenden Geist wesentlich mitzubestimmen, so dürfte hierfür allerdings — und das hat selbst ein katholischer Aristokrat reinsten Wassers wie Werner von Haxthausen eingesehen [63] — kaum der Staat allein verantwortlich sein, sondern in nicht geringem Maße auch die Passivität des westfälischen katholischen Adels selbst, der Zeitgenossen aus dem bürgerlich-liberalen Lager trotz aller Veränderungen durchaus nicht sämtlicher ehemaliger Privilegien beraubt schien [64] und der nach ihrer Auffassung dieser bisher noch behaupteten Position ohne staatlichen Schutz schon

---

gegenüber Bürgerlichen in einem gewissen Vorteil. So schreibt z. B. Stein am 10. Dez. 1828 an Spiegel anläßlich des derzeit stattfindenden 2. Provinziallandtages: „Vielleicht entsteht ein Sturm über die vom Bürger- und Bauernstande geführte Beschwerde gegen das hiesige Verfahren bei den Landratswahlen und den dem Adel dabei gegebenen Vorzug. Ich billige diesen auch nicht, denn die Hauptsache bei Besetzung der Ämter ist Tüchtigkeit, nicht Geburt. Unser Adel ohnehin ist zu wenig zahlreich, größtenteils, aus mancherlei Gründen, abgeneigt, eine Landratsstelle anzunehmen" (Neue Steinausgabe VII S. 458). — Nach dem Reglement vom 17. März 1828 konnte der Kreistag in der Regel nur Rittergutsbesitzer („Notabeln") zu Landratsamtskandidaten wählen (Wegmann S. 28; Neue Steinausgabe VII S. 1030). — Nicht ganz überzeugend ist daher die Argumentation Steins gegenüber Vertretern des dritten und vierten Standes auf dem 3. Westfälischen Provinziallandtag: „Der dem Adel bei den Landratsstellen gegebene Vorzug ist praktisch ohne Folgen, denn in den Kreisen, wo kein Adel vorhanden oder unter ihm kein qualifiziertes Subjekt, da wird keiner gewählt. — Daß aber unter den adligen Landräten sehr tüchtige, höchst achtbare Männer vorhanden, davon sind die Herren Abgeordneten gewiß durch die eine solche Stelle bekleidenden gegenwärtigen Mitglieder unserer Versammlung überzeugt worden" (14. Jan. 1831, in: Neue Steinausgabe VII S. 1029 f.).

61 Wegmann S. 334.

62 Franz Ludwig August Maria Freiherr von Haxthausen, Ein photographischer Versuch von Freundeshand, als Manuskript gedruckt, Hannover 1868, S. 29.

63 Vgl. F. Keinemann, Westfälischer Adel und preußische Staatsverwaltung S. 461 f.

64 „Aber der katholische Adel in Preußen sitzt noch, selbst in den westlichen Provinzen des Landes, verhältnismäßig noch sehr warm unter den Fittigen des preußischen Adlers; er genießt, außer dem allgemeinen milden, gerechten und wohlwollenden Regimente, welches allen preußischen Untertanen in gleichem Maße zustatten kommt, noch den besonderen Schutz dieses Adlers nach innen und außen, er teilt mit dem protestantischen Adel den Ruhm dieses Adlers und die Vorteile des großen preußischen Staatskalenders in dessen vordersten Rubriken gesetzlich und faktisch vor allen andern Klassen der Gesellschaft ... Der katholische Adel hat aber noch den Vorteil vor dem protestantischen Adel voraus, daß, während des letztern Fundationen, wie auch meistens die der Bürgerlichen, durch die gefräßige französische Zeit gänzlich verschlungen und nicht überall wiederhergestellt wurden, für den katholischen Adel als Mitteilnehmer noch 2 Erzbistümer und 6 Bistümer mit ihren Domkapiteln in Preußen respektive sich erhielten und wiederhergestellt wurden ... Ferner hat der katholische Adel noch den Vorteil, daß er zuweilen in den österreichischen Stiftungen noch immer eine Retraite

längst verlustig gegangen wäre [65]. Den Klagen des westfälischen Adels über die Minderung seiner Position im öffentlichen Leben stellte auch der Freiherr vom Stein die Ansicht entgegen, daß dies nicht zuletzt dessen eigener Unfähigkeit zuzuschreiben sei [66], da er noch immer nicht erkannt habe, daß er sich durch „Hunde, Pferde, Tabakspfeifen, durch starres Vornehmtun" keine führende Position im Staate erwerben werde [67]. Offensichtlich hatten sich, ganz abgesehen von einem gewissen Widerwillen, im Dienste einer vom protestantischen Geist durchdrungenen Staatsmaschinerie aufzugehen, manche Adelsfamilien noch nicht hinreichend mit der Tatsache abgefunden, daß es nicht mehr genügte, über 16 Ahnen und Familienverbindungen zu verfügen, um in die Position eines Geheimen Rates bzw. Präsidenten einzurücken, sondern daß es einer Reihe von Examina sowie Fleiß und Zähigkeit bedurfte, um den langen Weg bis in die Spitzenstellungen der Administration zurückzulegen [68]. War gegen 1837 anscheinend immerhin ein stär-

---

findet, wogegen die Mitglieder des preußischen protestantischen Adels alle fremden Türen ... für sich verriegelt finden" (Bruno S. 102—105).

[65] Ebd. S. 108.

[66] „Durch zweckmäßige Familieneinrichtungen und Streben nach geistiger Ausbildung, nach W i s s e n und K ö n n e n, läßt sich vieles nachhelfen und wirken. Dieses scheint unsere westfälische adelige Jugend nicht ins Auge zu fassen. Sie übt sich in der Kunst zu lungern, die Zeit zu Tabakrauchen, Brackenjagd u. dgl. zu verwenden, ohne Sorge für äußere und innere Entwickelung. Viele gelangen nicht einmal bis zum Grad des Wissens, um das Offiziersexamen bestehen zu können. Ganz anders war das Geschlecht der Vorfahren ... Das jetzige Adelsgeschlecht ist in Selbstsucht und Einseitigkeit versunken, und Leerheit, Unbeholfenheit und Egoismus geben keinen Anspruch auf Einfluß und Achtung, besonders in einem so aufgeregten und nach so mannigfaltigen Richtungen bewegten Zeitalter" (Stein an Hövel, 16. Febr. 1826, in: Neue Steinausgabe VI S. 945 f.).

[67] Ebd., Stein an Spiegel, 9. März 1831.

[68] Zu dieser Auffassung gelangte auch Friedrich Arnold Steinmann, der die münsterschen Verhältnisse aus langjähriger eigener Erfahrung (Sekretär beim Oberlandesgericht in Münster seit 1827; s. Raßmann S. 325) zu beurteilen imstande gewesen sein dürfte: „Das 19. Jahrhundert umwandelte urplötzlich den Stand der Dinge, und jene im Laufe der früheren Jahrhunderte gegründeten Verhältnisse wurden in Grund und Boden erschüttert. Die infolge dieser Umgestaltung erforderlichen höheren Grade der Intelligenz und wissenschaftlichen Bildung hat der münstersche Adel im allgemeinen sich teils nicht anzueignen gestrebt, teils keine Schritte von Erfolg getan, sich wieder in den Besitz der eingebüßten weltlichen Stellen zu setzen; sogar den geistlichen Würden wenden sich nur wenige Glieder des münsterschen Adels zu, mehr in neuerer Zeit dem Militärstande" (Münster und Münstertum, in: Polemische Blätter 1838, S. 89 f.). Von dieser Veränderung war allerdings nicht nur der Adel betroffen, sondern auch eine Reihe von Familien des höheren Bürgerstandes, die ihre Kinder bis dahin zum Teil in den zahlreichen geistlichen Stiftungen (bei der preußischen Okkupation sollen in der Stadt Münster nicht weniger als 500 Personen, mithin jeder dreißigste Bewohner, dem geistlichen Stande, und davon nur etwa zwanzig als Pfarrer, angehört haben; ebd. S. 78 f.) unterzubringen vermochten und den anderen häufig ihre im mittleren Behörden- und Amtsbereich vielfach innegehabten Positionen gewissermaßen zu „vererben" imstande waren. Hierauf verweist jedenfalls Steinmann bei seiner Schilderung des Umbruchs der Verhältnisse (S. 81). Dürfte also zunächst die Empörung in diesen Kreisen über den Verlust früherer Privilegien kaum geringer gewesen sein und die auch im stadtmünsterischen Bürgertum offensichtlich bestehenden antipreußischen Affekte zum Teil erklären, so fragt es sich allerdings, ob sich die Angehörigen dieser Schicht nicht doch schneller dem Qualifikations- und Konkurrenzdruck angepaßt haben als der sich in den Schmollwinkel zurückziehende Adel. — Zur Klärung dieser Frage bedürfte es einer exakten Aufschlüsselung des Anteils von Einheimischen und Fremden auf den verschiedenen Ebenen des Beamtentums im Verwaltungs- und Justizdienst. — Den Kirchendienst hat das höhere Bürgertum nach der Darstellung Steinmanns (Münster und Münstertum in: Polemische Blätter 1838, S. 91) allerdings weitgehend dem

kerer Trend zur Verwaltungslaufbahn zu verzeichnen, so fehlte es doch weiterhin unter den jungen westfälischen Adeligen fast gänzlich an Aspiranten für die mühsamere, aber aussichtsreichere Justizkarriere [69].

Wenn auch z. B. Schücking der Aristokratie der ehemaligen geistlichen Territorien Westfalens bescheinigt, daß sie sich mit Takt und Anstand in ihre jetzige Rolle gefunden habe [70], so liegt es dennoch auf der Hand, daß unter den genannten Umständen das Verhältnis dieser Schicht zur Regierungsbürokratie, sei es zu deren adligen oder nichtadligen Mitgliedern, wie auch zu den fremden Offizieren, jedenfalls bis Anfang der dreißiger Jahre, offensichtlich nicht ohne Spannungen blieb. So läßt z. B. Jodokus Donatus Hubertus Temme [71] in seinem Roman „Der Domherr" den Vertreter des westfälischen Adels über seine Standesgenossen aus den altpreußischen Provinzen sagen: „Jener Adel ist uns nicht ebenbürtig ... Familien, die immer wieder darauf sehen müssen, ihre Söhne als Leutnants, gar sogar als einfache Schreiber bei den Behörden unterzubringen, können keine große Politik verfolgen. Solche Leute regieren jetzt in Berlin und suchen durch ihr Regiment in erster Linie dem armen Adel das Beamtenbrot zu sichern — daher der Haß gegen die Landwehr und daher die Demagogenverfolgung" [72]. So nannte

---

niederen Bürger- und Bauernstand überlassen. — Bezüglich des Militärstandes wäre noch zu bemerken, daß nach der Überlieferung durch Steinmann (Westfalen's Oberpräsident Ludwig Freih. von Vincke, sein Leben und seine Zeit S. 290 f.) der münstersche Adel den Militärdienst quasi als Sinekure angesehen hat. Nur wenigen sei es um eine Karriere gegangen, vielmehr habe sich der Brauch gleichsam zur Norm stereotypisiert, „nach erfolgtem Avancement bis zum Hauptmann oder Rittmeister Abschied zu nehmen und im Genusse der Militärpension unter Hinzuziehung der kleinen Apanage, die der ‚Stammherr' seinen nachgeborenen Geschwistern gewähren muß, die übrigen Lebenstage auf seinen im Frieden errungenen Lorbeern, mit dem höheren Titel des Major begabt, zuzubringen". Es fehlt hierzu an Einzeluntersuchungen; von den 8 Söhnen des Freiherrn Clemens II. August von Twickel z. B. brachte es Ferdinand zum Major, Ludwig zum Hauptmann und Josef zum Rittmeister, während Karl Landrat und Franz Gerichtsassessor wurde (freundlicher Hinweis von Herrn Dr. Max v. Twickel, Landesamt für Archivpflege Münster). Immerhin stellt dies ein Beispiel dafür dar, daß man zu einer gewissen Dienstnahme bereit war, wenn man sich auch wohl nicht gerade vor Ehrgeiz verzehrte.

69 F. Keinemann, Westfälischer Adel und preußische Staatsverwaltung S. 461 f.

70 Eisenbahnfahrt S. 79.

71 Vgl. oben S. 339 Anm. 35 und Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 195.

72 Der Domherr III S. 140 ff.; vgl. hierzu auch Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 475; ferner: Gust S. 150 f. — So berichtet auch Georg Wilhelm Keßler aus der Zeit seines Wirkens in Münster (1816—1819), daß der einheimische Adel meist mißmutig auf Beamte und Militär gesehen habe. Zwar habe er sich gern zu den vom Oberpräsidenten und vom Kommandierenden General im münsterschen Schloß gegebenen Bällen einladen lassen, aber von einer Erwiderung sei nie die Rede gewesen (Leben des ... Georg Wilhelm Keßler S. 241). — Auch der Kommandierende General, von Horn, äußerte einmal gegenüber Johann Hermann Hüffer: „Ich habe es dem König früher gesagt, und jetzt habe ich es ihm geschrieben: Ew. Majestät haben nirgends bessere Bürger und Bauern als hier, aber die Junker taugen den Teufel nicht. Wieviel Mühe habe ich mir gegeben, wie oft habe ich sie eingeladen, um einen besseren Geist hineinzubringen, aber alles vergebens" (Johann Hermann Hüffer S. 93 f.). Über diese vornehmlich aus Eifersucht gegen den Vorrang des altpreußischen Adels am Hof und in der staatlichen Verwaltung verursachte Haltung weiß noch 1837 der französische Gesandte in Berlin, Bresson, zu berichten: „Cette noblesse Westphalienne, un peu trop negligée peut-être, et qui compte les plus grands noms et les plus grands fortunes de la Monarchie se tient à l'écart et boude le Gouvernement. Elle se montre rarement à Berlin, et lorsqu'elle y paraît, elle n'y est point accueilie avec assez de distinction. Toutes les Avenues de la Cour sont gardées par la petite noblesse locale qui s'en partage les

man in Kreisen des westfälischen Adels auch den Mindener Regierungspräsidenten Richter bezeichnenderweise den „Scharfrichter“ [73] und bezichtigte den Oberpräsidenten von Vincke und seine „Helfershelfer“ Vahlkampf [74] und Wolfart [75] der Neigung zu gehässiger Verfolgung. Abschätzig nennen die Angehörigen der alten westfälischen Adelsgeschlechter in Levin Schückings 1846 erschienenem Roman „Die Ritterbürtigen“ die leitenden Beamten der Provinzialadministration „Bureauchefs“. Auch die aufgrund der neuen Katastereinschätzung erhobene Grundsteuer erregte unter dem einheimischen Adel heftigen Unwillen. So soll der Graf von Bocholtz-Asseburg sogar dem Gouvernement seine Güter gegen Zahlung des „von ihr behaupteten Reinertrags nach Abzug der Steuern“ angeboten haben [76]. Ebenso dürfte die vollzogene und noch weiter um sich greifende Verstaatlichung im Bereich der älteren, zum Teil patrimonialen Gerichtsform durch staatliche Stadt- und Landgerichte, Wegfall erblicher Drostenämter, staatliche Prüfungen als Zulassungsbedingungen zum Landratsamt auch für Adlige [77] die vormals so stolze Aristokratie in Unruhe versetzt haben. Als Konsequenz dieser Verärgerung erwuchs seitens einer Gruppe um den Grafen von Westphalen die Parole, „daß es notwendig sei, der Willkür der Beamten Schranken zu setzen“ [78]. Glaubte auch der Freiherr vom Stein anläßlich des 3. Westfälischen Provinziallandtags festgestellt zu haben, daß sich beim Adel Anhänglichkeit an das Bestehende, an die Monarchie ausspreche [79], so konnte er jedoch nicht in Abrede stellen, daß von einem der reichsten Mitglieder des westfälischen ritterbürtigen Adels, dem Freiherrn von Fürstenberg zu Herdringen, „einem einfachen, treuen, frommen jungen Mann“ [80], in nachdrücklicher Weise die Einführung von Reichsständen gefordert worden war, wobei er sich in einer auch für Stein etwas verwirrenden Gemeinschaft mit dem

---

honneurs et les profits et qu'on appelle par dérison les Montmorency de la Marck de Brandenbourg. Il n' est donc pas surprenant que la noblesse Westphalienne ait saisi la première occasion de témoigner sa mauvaise humeur“ (Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289, Ber. vom 9. Dez. 1837). — Indes berichtet Karl Schorn, allerdings aus späterer Zeit (1840/41), über das gesellige Leben in Kreisen der höheren Beamten am Oberlandesgericht in Hamm und den Offizieren der dortigen Garnison, daß viele der ersteren gelegentlich von den dem westfälischen Adel angehörenden Leutnants zu den exklusiven Bällen des Damenklubs in Münster mitgenommen worden seien. Ebenso habe sich der Freiherr von Böselager, Rittergutsbesitzer im benachbarten Heeßen und Angehöriger einer der ältesten und angesehensten Familien des katholischen westfälischen Adels, gegenüber den Beamten als großzügiger Gastgeber erwiesen (Schorn, Lebenserinnerungen Bd. 1 S. 142 f.).

[73] Haxthausen. Über die Grundlagen unserer Verfassung S. XXXIII. — Stein teilte dieses Urteil nicht: „Herr Präsident Richter soll ... ein einsichtsvoller, arbeitsamer Mann sein“ (Stein an Spiegel, 30. Aug. 1828, in: Neue Steinausgabe VII S. 388).

[74] Von 1833—1836 Regierungsvizepräsident in Münster (Wegmann S. 341). — Den als liberal geltenden Vahlkampf vermochte der Adel im Bunde mit dem General von Müffling schließlich 1836 aus Münster zu entfernen (Johann Hermann Hüffer S. 140; Kochendörffer S. 8—13).

[75] Von 1831—1836 mit der Funktion des Regierungspräsidenten in Arnsberg beauftragt (Wegmann S. 349).

[76] Haxthausen, Über die Grundlagen unserer Verfassung S. XXXIII.

[77] Steinmann, Westfalen's Oberpräsident Ludwig Frhr. v. Vincke S. 275. — Philipp S. 52. — Nur in Ausnahmefällen gewährte eine Kabinettsordre vom 18. März 1834 königliche Dispensation von der Prüfung (Wegmann S. 29).

[78] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1079, Ber. Vinckes vom 21. April 1834; Haxthausen, Über die Grundlagen unserer Verfassung S. XXXIII.

[79] Stein an Prinz Wilhelm, 23. Jan. 1831, in: Neue Steinausgabe VII, S. 1035.

[80] Ebd.

im Rufe eines „Jakobiners" stehenden Advokaten Bracht befunden hatte [81]. Auch hatte es Fürstenberg keineswegs an Schützenhilfe unter seinen Standesgenossen gefehlt. Sein Antrag hatte insbesondere in dem Grafen von Bocholtz-Asseburg einen regen Befürworter gefunden [82]. Die Aversion dieser Gruppe gegen die „liberale" sich vielfach aus Landfremden rekrutierende Bürokratie, von der man sich zu „Verwalteten" degradiert fühlte [83], war unverkennbar [84]. Sah man in der Einführung von Reichsständen offensichtlich eine Möglichkeit, die Machtverhältnisse zuungunsten der im staatlichen Leben dominierenden Bürokratie wieder zu verschieben, so ging es dieser Adelsfaktion auch angesichts der gegenüber den Verhältnissen unter dem Krummstab angeblich enorm gestiegenen fiskalischen Belastung der Landbevölkerung darum, „daß die den Ständen widerrechtlich genommene Steuerbewilligung, wenn auch nicht auf gleiche Weise, ihnen doch auf eine Art zurückgestellt werde, die ihnen eine Beurteilung der Staatsbedürfnisse und angemessene Mitwirkung zu deren Befriedigung" gestattete [85].

Allerdings hatten sich andere Adelige, vor allem der Freiherr von Landsberg-Velen, der Freiherr von Schorlemer [86] sowie der als Märker allerdings schon tiefer in der preußischen Staatstradition verwurzelte Ernst von Bodelschwingh auf dem Landtag als Stützen des Gouvernements erwiesen [87]. Daß der Unmut unter ande-

---

[81] Neue Steinausgabe VII. S. 1037; 1040. — Daß man wegen dieser sich ergebenden gemeinsamen Gegnerschaft gegen den Staatsapparat offensichtlich auch zusammen in dessen Schußlinie geriet, deutet Werner von Haxthausen an, wenn er am 21. April 1834 schreibt: „Die Beamten sind hoch erbittert ... Alle dringen auf Verurteilung, wie in Frankreich der Carlisten und Republikaner, so hier der Aristokraten und Demokraten" (Über die Grundlagen unserer Verfassung S. XXXII).

[82] Neue Steinausgabe VII, S. 999. — Vincke schätzte das Urteilsvermögen des Grafen nicht hoch ein: „Gebildet, guten Willens, aber einseitig, voll Vorurteil, Eigendünkel, der Wirklichkeit fremd" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1345, 28. Jan. 1841).

[83] Bericht des Grafen von Bocholtz S. 98 f.

[84] Hatte auf Fürstenberg möglicherweise der Advokat Dr. Sommer einen gewissen Einfluß genommen, so hatte insgesamt jedoch, wie Schorlemer auf eine Anfrage Steins äußerte, „der Antrag auf Konstitution und Stände bei Asseburg und den übrigen Anhängern in der Ritterschaft eine ganz eigne Quelle — nämlich den entschiedensten Haß gegen die Beamtenaristokratie" (ebd. S. 1053). — Über die in Kreisen des Adels aufgrund der Erfahrungen bei der Katastrierung hervorgerufene Erbitterung gegen die im Aufbau befindliche „Staatsmaschine" vgl. Haxthausen, Über die Grundlagen unserer Verfassung, S. 61—68. — Darauf, daß das politische Wunschdenken des Adels, zumindest des münsterländischen, mehr auf eine Restauration („ein dunkles Sehnen nach der Wiederherstellung des alten Zustandes der Dinge") als auf eine demokratisch-revolutionäre Umgestaltung der Staatsverfassung ausgerichtet war, deutet auch eine Äußerung des Freiherrn vom Stein in einem Schreiben an Hüffer vom 27. Nov. 1830 hin (Neue Steinausgabe VII, S. 963). — Daß dieser Gegensatz zwischen Adel und Staatsbürokratie selbst in altpreußischen Gebieten eine Rolle spielte, deutet nicht zuletzt die Tatsache an, daß sogar der seit der Mitte der dreißiger Jahre als maßgeblicher Repräsentant des bürokratischen Absolutismus hervorgetretene Rochow noch in den zwanziger Jahren das provinziale Ständewesen als letzten Damm gegen das liberale Beamtentum propagiert hatte (Landau S. 5).

[85] Bericht des Grafen von Bocholtz S. 89 f. — Bocholtz zeigte sich in dieser Hinsicht zuversichtlich: „Übrigens liegt die Gewißheit vor, daß die Regierung, deren Gerechtigkeitsliebe über allen Zweifel erhaben ist, die erkannten Mißstände zu heben suchen wird" (ebd. S. 99).

[86] Seine Aktivität schätzte Vincke allerdings nur mit Einschränkung: „Gebildet, sehr geschäftslustig und eifrig, jedoch treffende Urteilsfähigkeit häufig entbehrend" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1345, 28. Jan. 1841).

[87] Stein an Prinz Wilhelm, 23. Jan. 1831, in: Neue Steinausgabe VII, S. 1036 f.; Johann Hermann Hüffer, S. 133.

ren Angehörigen des alten katholischen Adels freilich groß war, deutet neben Beschwerden des im Paderbornschen begüterten Grafen von Brencken [88] die schon berührte Attacke des Grafen Joseph von Westphalen gegen die Beamten an. Westphalen richtete in einer vom 16. September 1833 datierten Beschwerdeschrift mit einer angeblich in einem Zeitraum von 18 Jahren zusammengestellten Liste von Übergriffen schwerste Angriffe gegen Vincke und die Beamten überhaupt [89]. So hätten sich zum Beispiel die Eingesessenen des Bezirks Meschede im Mai 1831 mit einer Eingabe gegen die ungerechte und willkürliche Einschätzung ihres Katasters an den Oberpräsidenten gewandt. Dieser habe jedoch darauf überhaupt nicht geantwortet und sich „dadurch eine ungesetzliche Handlung höchster Willkür" erlaubt; denn der Oberpräsident, wie überhaupt jede Behörde, sei angewiesen, auf jede Eingabe eine Antwort zu erteilen [90]. Inzwischen seien die betreffenden Grundbesitzer, die in der Erwartung einer Rückäußerung des Oberpräsidenten die Zahlung der erhöhten Steuerumlage verweigert hätten, mit beispielloser Härte „exekutorisch behandelt" worden. „Stumm und ohne Antwort" sei unterdessen der Oberpräsident verblieben. Dies sei nur ein Beispiel von den „unzähligen Willkürlichkeiten, welche sich die mit dem Kataster Beauftragten" hätten zuschulden kommen lassen [91]. Ferner habe Vincke „ein Opus" des Katasterdirektors von Rollshausen ohne Unterschrift der Regierungsmitglieder und „ohne alle protokollarische Erfordernisse unter dem Namen eines Protokolls der Königl. Arnsberger Regierung" an den Finanzminister geschickt, das eigentliche Protokoll der Regierung aber nicht dem Finanzminister eingereicht, sondern der Regierung zurückgesandt [92]. Zu den weiteren Vorwürfen Westphalens gehörten: Unregelmäßigkeiten der Beamten bei der Ausgleichung der Kriegslasten aus den Jahren 1813—1817 [93], Ernennung eines neuen Bürgermeisters in Alme durch die Regierung unter Verletzung des dem Grafen von Bocholtz als Gerichtsherrn zustehenden Rechts [94], Veräußerung von angeblich dem Grafen von Bocholtz in der Gemeinde Alme gehörenden Weidegründen, eine unzulässigerweise von der Regierung den Kommunalwaldwärtern erteilte Erlaubnis, in den Gemeindewaldungen, in denen der Freiherr von Wrede zum Teil jagdberechtigt sei, Gewehre zu tragen [95], Einziehung einer von dem Besitzer des Hauses Menzel früher fundierten Rente zu religiösen Zwecken auf Anordnung der Regierung zu Arnsberg [96] und nicht zuletzt auch die Ausschließung des Grafen Clemens von Westphalen vom 1. Kreistag in Meschede durch den Landrat Pilgrim [97]. Diese Beschuldigungen wurden jedoch von Vincke mit detaillierten Ausführungen über die Rechtsbasis des Vorgehens der betreffenden Behörden und Beamten nachdrücklich zurückgewiesen. Eingehend

---

[88] Haxthausen, Über die Grundlagen unserer Verfassung S. XXXXII.
[89] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1079.
[90] Ebd. Bl. 2'.
[91] Ebd. Bl. 3. — Über die grundsätzliche Haltung Vinckes in der Katasterfrage vgl. im einzelnen Wegmann S. 63 ff.
[92] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1079, Bl. 3', 4.
[93] Ebd. Bl. 51, 51'.
[94] Ebd. Bl. 51'.
[95] Ebd. Bl. 53'.
[96] Ebd. Bl. 57.
[97] Ebd. Bl. 62'.

setzt er sich auch mit den Motiven auseinander, die diesen nach seinen Ausführungen haltlosen Denunziationen zugrundelägen. Um ein persönliches Interesse zu befriedigen [98], greife man zu dem verwerflichen Mittel, „die Diener des Königs dem Landesherrn verdächtig zu machen und der Regierung das Vertrauen zu rauben". Darum werde der religiöse Zwiespalt genährt, daher über „Steuerdruck" geschrieen, darum das Volk „durch Rede und Schrift bearbeitet" [99]. Dieses Beispiel „strafloser Frechheit" sei geeignet, auch die Masse des Volks zu einem ähnlichen Verhalten zu verführen. Darum gebiete es das Interesse und die Pflicht des Staates, „dergleichen Machinationen und Attentate nicht zu dulden und gerecht, das heißt strenge, gegen die Täter zu sein" [100].

Gelangte die Klageschrift Westphalens lediglich zur Kenntnis der Staatsverwaltung, so trat sein Standesgenosse, der ehemalige unter kränkenden Umständen aus dem Staatsdienst entlassene Regierungsrat bei der Regierung in Köln [101] Werner von Haxthausen, einer der führenden Köpfe des westfälischen Adels [102], mit einer unter Umgehung der Zensurbestimmungen in Detmold gedruckten und in Adelskreisen mit großer Begeisterung aufgenommenen [103] Schrift mit dem Titel „Über die Grundlagen unserer Verfassung" [104] an die Öffentlichkeit. Der offensichtlich von der Staatslehre Hallers beeinflußte [105] Haxthausen wandte sich in seinen Ausführungen nicht nur dagegen, daß die Gesetzgebung ganz in den Händen der Beamten ruhe und von diesen oft willkürlich gehandhabt werde [106], sondern überhaupt gegen die zunehmende „Verstaatlichung" auf allen Lebensgebieten und gegen die Bestrebung der „Liberalen", alles Besondere, Individuelle

---

[98] Ebd. Bl. 51.
[99] Ebd. Bl. 64.
[100] Ebd.
[101] August Klein, Werner von Haxthausen (1780—1842) und sein Freundeskreis am Rhein, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 155/156, 1954, S. 181.
[102] Die hohen intellektuellen Fähigkeiten Haxthausens erkannte auch sein Standesgenosse Ferdinand von Galen an, doch sah er dessen Charakter nicht frei von Mängeln: „An der Spitze der Bewegung stand der geistreiche Freiherr Werner von Haxthausen, ein Mann von seltenem Talent und tiefem Wissen, mit historischen Kenntnissen reich ausgestattet, zugleich aber leider von großer Eitelkeit beherrscht und weniger edelmännisch in Gesinnung wie in Theorie und Lehre" (Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik).
[103] So bezeichnete Galen die Broschüre Haxthausens als „ein Büchelchen, welches mit wahrem Enthusiasmus von uns allen begrüßt wurde und in meisterhafter Schilderung auf der Grundlage des Glaubens und des Rechtes die Gebilde organischer Entwicklung in der Geschichte unseres Landes den mechanischen staatsrechtlichen Schöpfungen der Neuzeit siegreich gegenüberstellte" (ebd.).
[104] Hier wird der unveränderte Nachdruck Paderborn 1881 zugrundegelegt.
[105] Klein, Werner von Haxthausen aaO, S. 183.
[106] Über die Grundlagen unserer Verfassung, S. XXXIII; 51. — Lebte im westfälischen Adel die vorabsolutistische Tradition offensichtlich noch in starkem Maße fort, so stand doch Haxthausen bezüglich seines Programms in der publizistischen Auseinandersetzung durchaus nicht allein, wird doch noch in der 1841 erschienenen Schrift „über den deutschen Adel und seine Reform in geschichtlicher, staatsrechtlicher, national-ökonomischer und politischer Beziehung ..." (in: Zwei Kapitel aus einem Manuscripte über deutsche Angelegenheiten S. 63—65) die Ansicht nachdrücklich vertreten, daß „ein tüchtiger Adel der Monarchie den Sieg erringen helfen müsse über den Übermut der Beamtenaristokratie und über den Pseudoliberalismus der Ultraindustrialen". Freilich bedürfe der Adel, was bei Haxthausen in dem Maße nicht zum Ausdruck kommt, einer Reformation, wenn er einen dem öffentlichen Wohle selbst ersprießlichen Stand ausmachen solle.

und Eigentümliche, was sich „noch gerettet" habe, „binnen kurzem zu vernichten und die Maschinerie bis ins feinste Geäder des allgemeinen Lebens fortzusetzen und zu vollenden" [107]. Liberalismus war für ihn mit Administrationsdespotismus im Grunde identisch, und so sah er diejenigen, die diese Strömung einzudämmen sich bemühten, als „Märtyrer für künftige Geschlechter" und als Brücken an, die das „Bessere" noch über den „Strom des Verderbens" zu retten suchten [108]. Letztlich war sein Anliegen restaurativ, ging es ihm doch, wie er selbst bekennt, in erster Linie um die Verteidigung der a l t e n Stände und ständischen Verfassungen [109]. In dieser Hinsicht berührten sich die Vorstellungen Haxthausens und anderer unter seinen Standesgenossen mit dem Programm des in Berlin erscheinenden Politischen Wochenblattes (Wahlspruch: „Wir wollen nicht die Kontre-Revolution, sondern das Gegenteil der Revolution"), das unter dem westfälischen Adel, wie Galen berichtet, ein günstiges Echo fand, wobei man sich allerdings trotz gewisser Gemeinsamkeiten in der Frontstellung gegen den sogenannten Administrationsdespotismus, wie sie zum Beispiel auf dem 3. Westfälischen Provinziallandtag zum Ausdruck gekommen war (Bracht-Fürstenberg), von den Demokraten zu distanzieren suchte:

„Die Anerkennung des Bedürfnisses, daß die Omnipotenz des Polizeistaats beschränkt werden müsse, lag dieser Tendenz ebenso sehr wie den revolutionären Bestrebungen zum Grunde, aber jene wollte die Beschränkung auf monarchischer Basis durch Wiederbelebung ständischer Vertretung herbeiführen, während diese, auf dem Prinzip der Volkssouveränität fußend, auf eine mechanische Teilung der höchsten Gewalt zwischen dem Monarchen und den aus der Masse des Volkes hervorgehenden und von demselben gewählten Vertretern bestanden. Von den Gründern des mit vielem Talent redigierten Wochenblattes war Radowitz damals schon katholisch. Jarcke und Philipps wurden es bald nachher. Es war dies ein bedeutsames Zeichen der notwendigen Konsequenz historischer Auffassung und vorurteilsfreien Köpfen im Gegensatz zu selbstgesetzer Doktrin in politischer wie in religiöser Beziehung. Bei meinen Standesgenossen mußte aber guter Boden für solchen Samen sich finden, und so war es in der Tat der Fall" [110].

---

[107] S. 51 f.

[108] Ebd. S. XXXIV. — Die Schwierigkeit, diese Identität von Liberalismus und Staatsbürokratie, die doch, man denke etwa an die Demagogenverfolgung unter Kamptz und die konservative Ausrichtung des Innenministeriums unter Rochow, nicht selten in grellstem Gegensatz zueinander standen, nachzuvollziehen, zeigt sich selbst bei Levin Schücking, der die dreißiger Jahre noch miterlebt hatte. So sieht er sich in seiner 1855 erschienenen Schrift „Eine Eisenbahnfahrt durch Westfalen" vielmehr veranlaßt, zwischen Haxthausens Kritik am Liberalismus und an den damaligen Prinzipien der Staatsverwaltung zu differenzieren: „Man hatte damals in Deutschland dem nach der Julirevolution herrschenden Liberalismus noch nie so keck und unumwunden zu widersprechen gewagt. Dinge, welche heutzutage in viel schrofferer und rücksichtsloserer Weise ausgesprochen werden, waren damals etwas Unerhörtes; eine strenge Kritik des Geistes der herrschenden Gesetzgebung kam hinzu, um die Bürokratie tief zu verletzen" (S. 83). — Der Begriff „liberal" (in Deutschland seit den Freiheitskriegen auf die „Vorkämpfer freierer Ideen in Staat, Kirche und Wissenschaft" bezogen) wurde offensichtlich sowohl von denjenigen in Anspruch genommen, die eine stärkere Beteiligung des Volkes an der Regierung forderten, als auch von der das Prinzip der Rechtsgleichheit verfolgenden, aber gegen eine Demokratisierung eingestellten Beamtenschaft.

[109] Keinemann, Westfälischer Adel und preußische Staatsverwaltung, S. 459.

[110] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik. — Auch Werner v. Haxt-

Ebenso hatte die Berufung Rochows zum Innenminister nach den Worten Galens die Freude aller „Gutgesinnten" erregt, war doch Rochow „mit allen Aristokraten in Geburt und Gesinnung seit längerer Zeit nahe befreundet" [111].

So war unter diesen Voraussetzungen eine gemeinsame Bekämpfung der demokratisch-liberalen Bewegung durch die Staatsbürokratie und den katholischen konservativen Adel Westfalens, abgesehen von einzelnen Vertretern desselben wie Ferdinand von Galen, die den Staatsdienst zum Beruf erkoren hatten [112], kaum zu erwarten, obwohl die Position der Aristokratie durch ein Aufkommen der „Umsturzpartei" mehr noch als durch die nivellierende Staatsbürokratie erosiert werden mußte, während auf der anderen Seite die Administration in dem auf seine politische und soziale Selbstbehauptung beziehungsweise Regeneration bedachten Adel offensichtlich nur den Gegner [113], nicht aber einen Partner zur Bekämpfung derjenigen sah, deren Bestreben auf die Herbeiführung einer alle oder doch weite Schichten des Volkes an der Kontrolle, wenn nicht gar Ausübung der Macht beteiligenden Verfassung, notfalls auf revolutionärem Wege, gerichtet war. Im Falle Haxthausen reagierte die münstersche Regierung rasch und entschlossen, indem sie gegen ihn beim Oberlandesgericht in Münster die Einleitung eines Verfahrens beantragte [114], welches unverzüglich in die Wege geleitet wurde. Selbst die Bitte Haxthausens, von einer Vernehmung am heiligen Osterfeste verschont zu werden, wurde abgeschlagen [115]. Auf die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen soll Haxthausen indes erklärt haben, er habe das Manuskript lediglich deswegen drucken lassen, um seine Denkschrift den übrigen Mitgliedern des Landtags, „zu

---

hausens Bruder August wehrte sich in seinen Beiträgen als Mitarbeiter des „Politischen Wochenblatts" gegen alles Nivellieren durch eine „nichthistorische Verfassungsmacherei", doch hat er, vor allem später in einem 1845 erschienenen Aufsatz unter dem Titel „Signatura temporis" den modernen, insbesondere den preußischen Staat, anerkannt, wenngleich er weiterhin für den Landedelmann und den Bauernstand eine einflußreiche Stellung forderte und moderne Repräsentativverfassungen konsequent ablehnte (Franz Ludwig August Maria Freiherr von Haxthausen, Ein photographischer Versuch von Freundeshand, Als Manuskript gedruckt, Hannover 1868, S. 19).

111 Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik.

112 So schreibt Galen in „Mein Leben in der Religion" (Archiv Galen-Assen F 527), daß er den unausgesetzten Kampf gegen die Revolution seit den Juliereignissen des Jahres 1830 für seinen innersten Beruf erkannt habe. — Manche seiner Standesgenossen vermochten ihm offensichtlich damals noch nicht so weit zu folgen.

113 So trug der Regierungsrat Langenberg auf einer Abteilungssitzung der Regierung zu Münster am 1. April 1834 vor, das Werk enthalte an vielen Stellen „frechen, unehrerbietigen Tadel, Verspottung der Landesgesetze und Anordnungen im Staate, der Gerichtsverwaltung, der Administration, der Generalkommission, der Katasterdirektion, weiter der von den höhern Staatsbehörden vorgeschriebenen Grundsätze" (St. A. Münster, Regierung Münster, Nr. 89, Bl. 4). Das Kollegium folgte offenbar seinen Ansichten; so heißt es nämlich im Zeitungsbericht der Regierung zu Münster für den Monat März 1834: „Diese Schrift enthält Angaben und Behauptungen, welche geeignet sind, das Vertrauen der Untertanen zu dem Gouvernement zu erschüttern, dem katholischen Teile derselben Zweifel in die Unparteilichkeit der Staatsregierung einzuflößen, in allen Klassen Mißvergnügen zu erregen und in fremden Staaten Veranlassung zu falschen Urteilen über die Tendenz der preußischen Staatsverwaltung zu geben" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352, Bd. 5). — Ähnlich Schücking über die Haltung der Bürokratie: „Sie sah in dem Verfasser den Don Quixote der ‚Adelskette' und ließ entrüstet auf die Schrift polizeilich fahnden" (Eisenbahnfahrt S. 83).

114 St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352, Bd. 5.

115 Haxthausen an Görres, 21. April 1834, in: Über die Grundlagen unserer Verfassung S. XXX; ähnlich sein Schreiben an seinen Bruder Moritz, vgl. Qu. Nr. 12.

welchem er zum erstenmal berufen sei, mitzuteilen, damit man hieraus seine Grundsätze kennenlerne und man überhaupt wisse, was man von ihm als Mitglied der Ständeversammlung zu erwarten habe“ [116]. Die münstersche Regierung wies demgegenüber darauf hin, daß Haxthausen rund 90 Prozent der Auflage an solche Personen verschickt habe, die nicht dem Landtage angehörten, unter ihnen auch der Kronprinz und Prinz Wilhelm [117]. Besonders betroffen zeigte sich die Regierung auch darüber, daß Haxthausen mit seinen Vorwürfen sofort an die Öffentlichkeit getreten sei und seine Kritik nicht zunächst dem Staatsoberhaupt und dem Gouvernement unterbreitet habe [118].

Trotz des weiten Aufsehens, das die Schrift erregte, scheint sie im münsterschen Bürgertum zumindest wenig Widerhall gefunden zu haben, was auch verständlich ist, da sich die der feudalen Welt der Vergangenheit verhafteten Ideen Haxthausens wohl erheblich von den politischen Vorstellungen der Gewerbetreibenden und der vornehmlich aus dem Bürgertum hervorgegangenen mittleren Beamten unterschieden haben dürften. Dies geht auch aus dem Bericht des münsterschen Polizeikommissars Wermerskirch vom 30. März 1834 hervor, nach welchem „von dem Buche als einem sehr bekannten gesprochen“, indes „ein besonderes Aufhebens davon nicht gemacht“ worden sei. Vielmehr sei das allgemeine Urteil dahin gegangen: „Die Schrift enthalte sehr baroque Ideen und suche die Prinzipien des Mittelalters in sonderbarer Weise zu analysieren und zu verteidigen“ [119].

Über den weiteren Verlauf der Affäre berichtet Ferdinand von Galen: „Wahrhaft brandmarkend für die damaligen politischen Zustände in Preußen trat nun eine Verfügung der Regierung hervor, wodurch die Konfiskation dieser Schrift angeordnet wurde [120]. Der Vizepräsident Vahlkampf [121], ein Mann, der später im Kot der Immoralität unterging, war unter der Ägide des gefeierten Freiherrn von Vincke der Urheber dieser dummen Iniquität, wodurch die Verteidigung konservativer Prinzipien zu revolutionärer Schilderhebung umgestempelt werden sollte [122]. Haxthausen wandte sich an den König, und auf dessen Befehl wurde nicht allein seine Broschüre wieder freigegeben, sondern Seine Majestät geruhten sogar, ihm persönlich eine Art von Entschädigung zu machen, als er bald nachher

---

[116] St. A. Münster, Regierung Münster, Nr. 89, Bl. 8. — Ähnlich Haxthausens Darstellung in seinem Schreiben an seinen Bruder Moritz (vgl. Qu. Nr. 11).

[117] Nach einer von der münsterschen Regierung aufgestellten Liste (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 89, Bl. 6) erschienen unter den Personen, denen Haxthausen ein Exemplar hatte zustellen lassen, in der Tat in erster Linie „Gleichgesinnte“ und nur wenige Mitglieder des Provinziallandtags. Prominente Empfänger waren z. B. die Professoren Dahlmann und Grimm in Göttingen, Friedrich Gottlieb Welcker in Bonn und Möhler in Tübingen. Selbst dem Frankfurter Bürgermeister Thomas und dem in Antwerpen lebenden ehemaligen preußischen Generalkonsul in London, Giese, einem Sohn der Stadt Münster, hatte Haxthausen sein Buch zukommen lassen (zu Giese vgl. Hüffer S. 106).

[118] Ebd.

[119] Ebd.

[120] Nach der Darstellung Haxthausens hat in Münster die Polizei von denen, die ein Exemplar erhalten hatten, das Buch zurückgefordert (vgl. Qu. Nr. 12).

[121] Vgl. über Wegmann S. 341.

[122] Auch Haxthausen selbst hat die Auffassung vertreten, daß Vahlkampf der Denunziant gewesen sei (vgl. Qu. Nr. 12). Dies erscheint durchaus möglich. Wegen seiner liberalen Einstellung war Vahlkampf in Gegensatz zu dem altständisch-konservativen Adel geraten (Wegmann S. 132).

sich bei Hofe in Berlin meldete [123], aber der Geist seiner Regierung blieb unverändert. In den äußeren Verhältnissen hatte sich eine Schwäche und Erbärmlichkeit ohne Maß gezeigt, in den innern offenbarte sich eine stupide Verblendung, die Freund und Feind unaufhörlich verwechselte und, von äußerem Firnis entzückt, die inneren Krebsschäden völlig übersah" [124].

Bestanden also erhebliche Spannungen zwischen der provinziellen Staatsbürokratie und dem einheimischen katholischen Adel, so gab es doch Ansätze zu einer stärkeren Integrierung des letzteren in das preußische Staatsleben. Dies geht jedenfalls aus den Aufzeichnungen des inzwischen im diplomatischen Dienst Preußens bewährten Ferdinand von Galen hervor:

„Viele halten die Ansicht fest, der schroffe Gegensatz gegen Preußen habe unter uns Katholiken der westlichen Provinzen schon vor dem Kölner Ereignis bestanden. Es ist dies ein Irrtum, der sich an mir selbst erprobt hat. Antipathien, aus Anhänglichkeit an untergegangene Verhältnisse, an Kaiser und Reich und den Krummstab hervorgehend, bestanden zwar allerdings noch, aber unsere älteren Familienchefs sowohl wie unsere Bischöfe [125] hatten längst allen eigentlichen Widerwillen gegen Preußen abgestreift und gingen, wenn auch in mancher Beziehung unzufrieden, dennoch Hand in Hand mit der Regierung [126]. Erst die Kölner Gewalttat öffnete ihnen die Augen. Meine Erfolge im preußischen Staatsdienst waren nicht allein in meiner Familie mit Jubel begrüßt worden, sondern sie begründeten auch meine allgemeine Beliebtheit unter meinen Landsleuten" [127].

Diese aufgeschlossenere Haltung gegenüber dem preußischen Staat dürfte nicht zuletzt neben der durch den Gang der Zeit allmählich herbeigeführten Assimilation darin begründet liegen, daß gewisse am Berliner Hofe wahrzunehmende restaurative Tendenzen die ständischen Interessen und Ziele des ritterbürtigen Adels zu begünstigen schienen. Vor allem im Kronprinzen sah man, wie Galen betonte, den eigentlichen „Hort" und die zukünftige Stütze der historisch-monarchischen Partei [128]. Bedauert wurde nur, daß es seiner von Hause aus katholischen Gemahlin [129] nicht gelungen sei, den in seiner Gemütslage so stark zur Frömmigkeit tendierenden künftigen Monarchen zum katholischen Glauben herüberzuziehen [130]. Bestand damit immer noch ein gewichtiges Hindernis für ein ungetrüb-

[123] Auch nach der Darstellung Brenckens wurde Haxthausen bei einem Besuch in Charlottenburg im Jahre 1834 vom König freundlich aufgenommen (Über die Grundlagen unserer Verfassung S. XX).

[124] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik.

[125] Dies dürfte auf Ferdinand August von Spiegel, Ferdinand von Lüninck und Caspar Max von Droste zu Vischering in etwa zutreffen.

[126] Damit ist wohl die Staatsregierung gemeint.

[127] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik. — So hatte auch z. B. der junge Friedrich von Ketteler in loyaler preußischer Gesinnung das neuerrichtete Landratsamt in Warendorf übernommen, und weder er noch seine Gattin, Tochter des letzten Generalgouverneurs in Münster (v. Wenge-Beck), trugen Bedenken, zwei von ihren Söhnen in das Berliner Kadettenkorps eintreten zu lassen, während der dritte, Wilhelm Emanuel, bei den münsterschen Husaren diente und später als Regierungsreferendar (1834—1838) in den Verwaltungsdienst eintrat (Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 88).

[128] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik.

[129] Elisabeth von Bayern.

[130] „Die Vorsehung hat es nicht gewollt. Preußen war noch nicht reif genug, um einen katholischen König ertragen zu können" (Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik).

tes gemeinsames Zusammenwirken in christlich-konservativem Geist, so hat dennoch der Kronprinz, wie Galen bekennt, bei seinem Besuch in Münster im Herbst 1833 auf ihn und seine Standesgenossen „aufmunternd und anregend" gewirkt [131]. Großen Beifall fand es unter dem Adel auch, daß der Kronprinz auf einer Sitzung des Regierungskollegiums in Münster „mit Kraft und Ruhe" den Grundsatz ausgesprochen habe: „Meine Herren! Das Recht des Bauern auf seinen unteilbaren Grundbesitz ist mir ebenso heilig wie das des Königs auf seinen Thron!" [132]. In der Folgezeit entwickelte sich unter dem ritterbürtigen westfälischen Adel ein reges politisches Leben. Auf einer Reihe von Zusammenkünften suchte man zu einem gemeinsamen Programm zur Wiederbelebung des ständischen Prinzips zu gelangen. Als wesentlich in dieser Hinsicht sah man — hier zeigen sich Parallelen zu den Bestrebungen des rheinischen ritterbürtigen Adels — die Restauration des angeblich im politischen Leben niedergehaltenen Adels [133] als lebensfähige Genossenschaft an, für die man wie die rheinischen Standesgenossen die Autonomie anstrebte [134]. Viel erwartete man weiterhin von der Protektion des Kronprinzen [135]. Fäden spannen sich zwischen den namhaftesten Vertretern des rheinischen und westfälischen ritterbürtigen Adels. So kamen Mirbach und Loe mehrfach mit Ferdinand von Galen und seinem Bruder zusammen und berieten gemeinsam, wie man „durch korporative Wiedergeburt dem Adel neue Lebenskraft" geben könnte. Zum Bedauern seines Bruders zeigte sich der Erbkämmerer, Matthias von Galen, für die Vorschläge der rheinischen Standesgenossen zur Gründung einer Union wenig aufgeschlossen. „Starr in seinen provinziellen Vorurteilen, überall Schwierigkeiten entdeckend und aufsuchend, wollte er keine Vereinigung mit den Rheinländern und zeigte sich in edler Befangenheit entschlossen, die Eigentümlichkeiten" des westfälischen Landes „in strenger Geschiedenheit von der rheinischen Provinz aufrecht zu halten" [136]. Dieses provinzielle Denken ist jedoch offenbar nicht ohne nachteilige Auswirkungen auf die Bestrebungen des Adels geblieben. Gelang es den rheinischen Standesgenossen wenige Jahre später tatsächlich, Korporationsrechte zu erwerben, so hat dennoch nach der Auffassung Ferdinands von Galen

---

[131] „Meinen Bruder und mich empfing der Kronprinz in Münster auf besonders gnädige Art und belebte unsere Hoffnung auf die Zukunft" (ebd.).

[132] Ebd. — Daß in dieser Richtung indes jegliche weitere Maßnahmen unterblieben, führt Galen auf das Versagen der Provinzialadministration zurück: „Solche Worte aber verhallten leider wirkungslos; denn unter der Leitung des schwachen Oberpräsidenten von Vincke, der, als Mensch und Patriot achtbar, sonst aber in erbärmlichen Vorurteilen befangen und den schlechtesten Einflüssen preisgegeben war, war und blieb das Regierungskollegium in Münster ein verknöchertes Aggregat von bürokratischen und liberalen Bestandteilen" (ebd.).

[133] So beklagte Ferdinand von Galen die derzeitige Erniedrigung und Ohnmacht des Adels in den preußischen Westprovinzen mit bewegten Worten: „Zertrümmert durch die französische Fremdherrschaft und den preußischen Polizeistaat war von den historischen Gebilden der Vergangenheit nichts für uns übrig geblieben als ein Aggregat von Rittergutsbesitzern, nach Flächen, Inhalt und Zensus abgeschlachtet, ohne Rücksicht auf Geburt, Herkommen und historischen Besitz" (ebd.).

[134] Ebd.

[135] „Der Adel Westfalens und Rheinlands fuhr fort, sich enger zusammenzuscharen in Gesinnung und Entwürfen, bessere Zeiten erwartend unter dem Schutz oder spätestens unter der künftigen Regierung des Kronprinzen" (ebd.).

[136] Ebd. — Diese Haltung des Erbkämmerers dürfte ebenfalls andeuten, daß man sich in gewissen Kreisen der westfälischen Bevölkerung zu dieser Zeit durchaus noch der Eigentümlichkeit der westfälischen Geschichtslandschaft bewußt war.

die unterbliebene Vereinigung des rheinischen mit dem westfälischen Adel einen nicht geringen Anteil daran gehabt, daß es den Instituten des ersteren später an Lebensfähigkeit und Kraft gemangelt hat [137]. Immerhin kam es am 22. April 1836 in Münster zu einer Versammlung westfälischer Ritterbürtiger, die in einem an den König gerichteten Immediatgesuch für die Familienhäupter des ehedem ritterschaftlichen westfälischen Adels die Autonomie der Erbfolge erbat [138].

Daß die kaum erwachte politische Aktivität des westfälischen Adels indes schon bald wieder erlahmte, lag nach der Darstellung Galens nicht zuletzt daran, daß dem westfälischen Adel der führende Kopf verloren ging, nämlich Werner von Haxthausen, der sich in seinem Übereifer durch einen unglücklichen Schritt bei seinen Standesgenossen unmöglich machte. Am unmittelbarsten dürften wiederum die Worte Galens die dadurch hervorgerufene Erschütterung sichtbar machen:

„Es erschienen plötzlich in dem Hamburger und anderen Blättern Artikel voll Gift, Zorn und Verachtung für die aristokratischen Restaurationsversuche in unserer Provinz und deren Träger. Während hierüber allgemeine Aufregung und Entrüstung unter uns entstand, erhielt ich zu meinem nicht geringen Erstaunen einen Brief von meinem Freund, dem jüngern Rochow, damals Adjutant des Prinzen Wilhelm, der später als Gesandter in Petersburg starb, worin dieser mir sagte, man wisse in Berlin, daß jene Briefe von einem Mitgliede des westfälischen Adels herrührten. In der ersten Aufwallung erwiderte ich, ich könne hierin nur das Werk einer infamen Verleumdung erkennen, bald aber verlautete von verschiedenen Seiten, daß Haxthausen jenen Artikeln nicht fremd sei. Ich stand damals im Begriff, wegen bevorstehenden Ablaufs meines Urlaubs nach Berlin zurückzukehren, und auf einer letzten Konferenz mit einigen Standesgenossen wurde daher beschlossen, daß ich Haxthausen unterwegs aufsuchen und ihn zu einer bestimmten Erklärung auffordern solle. Das geschah, und leider mußte mir der verblendete Mensch bekennen, er habe die bewußten Artikel geschrieben, um durch Peitschenhiebe unsere Standesgenossen zu größerer Energie anzuspornen [139]. Damit war sein Urteil für immer gefällt. Ich mußte sein Bekenntnis meinem Bruder melden, und er wurde tatsächlich in die Acht getan, vielleicht zu unbedingt, denn ich glaube, daß sein Bruder August [140] mehr Schuld hatte an der erbärmlichen Intrige wie er selbst, aber unser Vertrauen mußte für ihn verloren gehen auf immer, und mit ihm erstarb der Lebensnerv in unserer Genossenschaft“ [141].

---

[137] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik.

[138] Friedrich von Klocke, Geschichte des Geschlechtes von Böselager Bd. III, S. 15 (Manuskript, im Besitz von Frau v. Klocke, Münster).

[139] Demgegenüber schob Werner von Haxthausen in einem Brief an seinen Bruder Moritz vom 26. Febr. 1837 die Schuld an diesen Artikeln in erster Linie auf den Schriftsteller Dorow (Freiherrl. v. Haxthausensches Archiv Vörden, Akten X, Fasz. 1, Werner an Moritz, Bökerhof, 26. Febr. 1837, Bl. 19).

[140] Preußischer Geheimer Regierungsrat, Verfasser einer Reihe von Büchern (vgl. ADB Bd. 11, S. 119—121); s. auch oben S. 345.

[141] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik. — Haxthausen hat sich dann Anfang April 1837 in Bayern angekauft, und zwar erwarb er das Gut Neuhaus bei Neustadt an der Saale (Freiherrl. von Haxthausensches Archiv Vörden, Akten, X, IV, Fasz. 1, Werner an Moritz von Haxthausen, 14. April 1837). Als Motiv für die Übersiedlung dürfte der Kölner Kirchenstreit, wie man es dargestellt hat (Einleitung zu „Über die Grundlagen unserer Verfassung“ S. XX), wohl ausscheiden, da dieser da-

Daß das Einvernehmen zwischen dem münsterländischen Adel und der Krone durch diesen Zwischenfall indes keineswegs gestört war, scheint auch aus einer Schilderung der Empfangsfeierlichkeiten anläßlich des Kronprinzenbesuchs in Münster im September 1836 hervorzugehen. So hebt der Bericht des Westfälischen Merkurs vom 24. Sept. 1836 unter den festlich illuminierten Häusern der Stadt besonders den Hof des Grafen von Droste [142] hervor. Auch wird ausdrücklich vermerkt, daß der Kronprinz einen vom Grafen von Droste veranstalteten und von über 300 Personen besuchten Ball [143] mit seiner Gegenwart beehrt habe. Als eine Folge dieses guten Einvernehmens dürfte auch die Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. vom 28. Febr. 1837 [144] anzusehen sein, in welcher er den im vorigen Jahre in Münster zusammengetretenen Oberhäuptern einer Reihe von adligen Familien [145] die Befugnis erteilte, „die Erbfolge unter ihren Kindern selbständig zu regulieren". Ferner gestand er ihnen zu, „zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten in Erbfolgefragen" anstelle des ordentlichen Gerichtes ein aus ihrer Mitte gewähltes Schiedsgericht anzurufen, und schließlich erklärte er sich mit der Errichtung einer Stiftung für die nachgeborenen Söhne und Töchter einverstanden. Zu einer Realisierung der Stiftung und Bildung der Korporation sollte es jedoch auch später nicht mehr kommen [146], woran die Tatsache, daß die durch die Kölner Wirren ausgelösten Spannungen zwischen der Krone und dem katholischen Adel wie auch zwischen diesem und seinen evangelischen Standesgenossen den Fortgang der Verhandlungen erschwerten, einen erheblichen Anteil gehabt haben dürften. Festzuhalten ist jedoch, daß der Trend zu einem harmonischeren Verhältnis zwischen der Krone und dem katholischen westfälischen Adel am Vorabend der Kölner Krise unverkennbar war.

Überhaupt schien man am Berliner Hof mit dem derzeitigen inneren Zustand der

---

mals noch nicht die spätere Zuspitzung erfahren hatte. Als Erklärung bleibt die offenkundige Abneigung gegen die preußische Staatsverfassung wie auch das Zerwürfnis mit den Standesgenossen. Letzteres scheint jedoch nicht ausschlaggebend gewesen zu sein, denn von seinem neuen Sitz in Bayern aus suchte Haxthausen weiterhin den Kontakt mit dem Adel in Westfalen und der Rheinprovinz und bot einer Reihe seiner Mitglieder sogar an, ihnen bei einem Ankauf in Bayern behilflich zu sein (vgl. Qu. Nr. 221). Dies bestätigt auch Ferdinand von Galen, welcher berichtet, Haxthausen habe 1840 versucht, ihm eine Anstellung in Bayern zu verschaffen (Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik). — Nach Beilegung der kirchlichen Wirren hat Friedrich Wilhelm IV. Haxthausen in Franken besucht (Nekrolog Haxthausens von Fr. W. Frh. v. Schorlemer, in: WZ 5, 1842, S. 368). — Haxthausen, der am 30. April 1842 verstarb, hat sich in den letzten Jahren seines Lebens allerdings nicht nur in Bayern, sondern zeitweise auch in Bökerhof (im Paderbornschen) aufgehalten (Über die Grundlagen unserer Verfassung S. XXI).

142 Gemeint ist der Erbdrostenhof des Grafen von Droste zu Vischering.

143 DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 95, Nr. 11, Bd. 1, Ber. du Vignaus vom 23. Sept. 1836.

144 Vgl. Qu. Nr. 20.

145 Es handelte sich um die Freiherren bzw. Grafen von Bocholtz, Bodelschwingh, Bodelschwingh-Plettenberg, Borch, Böselager-Heeßen, Brencken, Droste-Hülshoff, Droste-Senden, Droste-Vischering, Nesselrode-Reichenstein, Elverfeldt gen. Beverförde Werries, Galen, Heereman v. Zuydwyck, Kerckering-Borg, Ketteler, Korff, Korff-Schmising, Landsberg-Steinfurt, Landsberg-Velen und Gemen, Merveldt, Nagel-Doornick, Oer, Plettenberg-Lenhausen, Plettenberg-Heeren, Plettenberg-Övinghausen, Recke-Uentrop, Romberg, Schorlemer, Twickel, Wendt-Krassenstein, Wendet-Papenhausen, Westphalen, Wolff-Metternich zu Wehrden (v. Klocke aaO).

146 Ebd.

Provinz nicht unzufrieden zu sein, schreibt doch Friedrich Wilhelm III. am 29. November 1836 an Vincke [147]:
„Ich habe aus dem Berichte meines Sohnes, des Kronprinzen Königlicher Hoheit, über den befriedigenden Zustand der Ihrer Verwaltung anvertrauten Provinz wohlgefällig ersehen, daß sowohl das ehrenwerte und ausgezeichnete Verhalten und Bestreben der Einwohner aller Klassen als die Erfolge der Verwaltung einen vorzüglichen Anspruch auf meine Zufriedenheit begründen, welches ich Ihnen gern zu erkennen gebe."
In der Tat, was zum Beispiel die Haltung der Landbevölkerung betrifft, so dürfte die Beurteilung, wie sie der Bürgermeister von Altenberge (Kr. Steinfurt) im Zeitungsbericht für Oktober 1836 für seinen Bereich trifft („Im allgemeinen ist man zufrieden mit der bestehenden Ordnung der Dinge") [148], nicht untypisch für weitere Regionen des sogenannten platten Landes sein.
Allerdings hätte es zur Konsolidierung und weiteren Verbesserung dieses Status, der sicherlich nicht frei von Mängeln war, weiterhin größter Fürsorge für die wirtschaftliche Entwicklung und weitgehender Rücksichtnahme auf die besonderen provinziellen und sozialen Gegebenheiten bedurft. Ein Eklat hätte in dieser Situation alles andere als wünschenswert sein müssen; denn die Identifikation der breiten Massen der katholischen Bevölkerung mit dem preußischen Staat war ähnlich wie in der Rheinprovinz zweifellos noch in mancher Hinsicht als eingeschränkt zu bezeichnen.

2. Zum Verhältnis von Staat und Kirche in der Provinz

Mit der Entwicklung auf kirchenpolitischem Gebiete konnte die preußische Provinzialadministration Anfang der dreißiger Jahre, von den auf den Westfälischen Provinziallandtagen geführten Beschwerden über die zwangsweise Teilnahme katholischer Soldaten am evangelischen Militärgottesdienst abgesehen [1], im großen und ganzen zufrieden sein. In welchem Maße man die Kirchen als Stützen der Staatsverfassung ansah, beleuchtet zum Beispiel die während der Krise der Julirevolution von Berlin aus dem Oberpräsidenten der Provinz Westfalen erteilte Weisung, die Geistlichen anzuleiten, gegen die Unruhen zu predigen[2]. Hatte sich auch die Teilnahme am religiösen Leben nach den Wirren der napoleonischen Zeit wieder belebt[3], so war doch der religiöse Geist ähnlich wie in der Rhein-

---

147 St. A. Münster, Nachlaß Vincke Nr. 167.
148 Amtsarchiv Altenberge Nr. 60.

1 Vgl. F. Keinemann, Militärgottesdienst und Parität, in: Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte 63, 1970, S. 107—125.
2 Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 409. — In Münster bot sich der gemütvolle Brockmann, Domkapitular und Professor, der seiner geistigen Herkunft nach zum Kreis von Münster tendierte, später jedoch energisch gegen Droste-Vischering, Kistemaker und Katerkamp Front gemacht hatte (Hegel, Fakultät I, S. 70—76), sogar an, den Theologiestudenten eine Vorlesung über „Das Verhalten eines Geistlichen in bezug auf den gegenwärtigen Geist der Zeit" zu halten. Vincke erkannte die gute Absicht Brockmanns an, erachtete es doch für unklug, „den Teufel an die Wand zu malen" (Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 409).
3 So vermerkt z. B. die Regierung zu Münster im Zeitungsbericht für Juni 1818: „... Im allgemeinen nimmt die Moralität zu; der religiöse Sinn, der unter der Fremdherrschaft sehr verwildert war, kehrt zurück, die Kirchen werden wieder gehörig besucht

provinz von Fanatismus weit entfernt, wirkte ein gewisses rationalistisches Element fort und waren radikalere kirchenkämpferisch gesinnte kleinere Gruppen noch nicht in dem Maße zu beobachten wie in der Rheinprovinz. Auch Klagen über angebliche Benachteiligung katholischer Kirchengemeinden in bezug auf staatliche Dotation, wie sie dort laut wurden [4], sind hier kaum feststellbar [5]. Der „Konfessionsgeist" in den Orten mit gemischter Bevölkerung des Regierungsbezirks Minden, so betont die Regierung im Verwaltungsbericht für 1828 [6], sei im vergangenen Jahre freundlicher geworden. Auch schienen Weigerungen der katholischen Pfarrer, gemischte Ehen ohne Versprechen der katholischen Kindeserziehung einzusegnen, nach Erlaß eines bischöflichen Zirkularschreibens weitgehend aufzuhören. Dies war freilich im Regierungsbezirk Münster noch nicht der Fall. Die Kabinettsordre vom 17. August 1825, so bringt der münstersche Regierungsvizepräsident von Schlechtendahl in einem Bericht vom 23. März 1829 [7] mit Bedauern zum Ausdruck, sei „hier fortwährend ohne Wirkung". Erst auf die Immediatvorstellung eines Färbers aus Bocholt hin, der sich darüber beschwerte, daß seiner Frau nach der vor einem evangelischen Pfarrer geschlossenen Ehe die Zulassung zu den Sakramenten der Beichte und des Abendmahls verweigert wurde, fand sich der Bischof von Münster zu dem von der Regierung als Präzedenzfall erachteten Dispens einer Trauung ohne das Versprechen der katholischen Kindeserziehung bereit. Danach sollte es vorerst um diese prekäre Frage stiller werden.

War die durch die Verschiedenheit der Konfession bedingte Distanz der katholischen Bevölkerung des Münsterlandes gegenüber dem protestantischen Herrscherhaus und seiner dieser Religion zumeist ebenfalls angehörenden Beamten-

---

und die gottesdienstlichen Handlungen mit Eifer betrieben" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. I). In diesem Zusammenhang weist ferner die Regierung zu Minden im Zeitungsbericht für September 1821 (Oberpräsidium Nr. 351 vol. I) auf die durch die Verkündigung der Bulle de salute animarum weiterhin ausgelöste Zufriedenheit, insbesondere im Priesterstand, hin. — Ähnlich hebt die Regierung Minden im Verwaltungsbericht für 1828 (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 80 vol. I) hervor: „Die landrätlichen Berichte zeugen von der Zunahme des religiösen Sinnes und mit demselben zugleich der gegenseitigen Duldung und Liebe unter den verschiedenen Konfessionsverwandten."

[4] Vgl. oben S. 44 f.

[5] Erst später hat z. B. Rudolphi auf Mißstände in dieser Beziehung aufmerksam gemacht. So sei 1830 in Anholt für ungefähr 50 Protestanten ein eigenes Pfarrsystem eingerichtet worden, wobei die Staatskasse ohne rechtliche Verpflichtung einen Besoldungszuschuß von 50 Tlr. gezahlt habe. In Warendorf sei 1835 für ca. 150 Protestanten das Gehalt des Predigers mit 450 und das des Küsters mit 150 Tlr. auf die Staatskasse übernommen worden. Schließlich sei 1838 in Rheine, wo sich 8—10 protestantische Zollbeamte mit Familien befunden hätten, ein protestantisches Pfarrsystem errichtet und ohne rechtliche Verpflichtung das Gehalt des Predigers und das des Küsters von der Staatskasse getragen worden (Rudolphi S. 121 f.). — Auf eine gewisse Unzufriedenheit mit der preußischen Kultusverwaltung zu Beginn der dreißiger Jahre verweist lediglich der Freiherr vom Stein in einer Denkschrift für Prinz Wilhelm vom 29. Dez. 1830. So folgerten „Übelgesinnte" aus der schleppenden und taktlosen Behandlung der kirchlichen Angelegenheiten durch Altenstein, daß die preußische Regierung gegen die katholische Kirche feindlich gesinnt sei, und diese Meinung werde auch in einem in Würzburg erscheinenden und in der Provinz Westfalen viel gelesenen Blatt verbreitet (Neue Steinausgabe VII, S. 1014; in ähnlicher Form wiederholt am 23. Jan. 1831; ebd. S. 1036).

[6] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 80 vol. I.

[7] Ebd.

schar auch sicherlich immer noch nicht völlig überbrückt [8], so bekundete sich doch immerhin eine gewisse Eintracht zwischen Monarchie und katholischer Kirchenführung beim Besuche des Kronprinzen in Münster im Jahre 1833, als dieser dort nicht nur den von ihm hochgeachteten Kölner Erzbischof von Spiegel empfing, sondern auch unter der Führung des münsterschen Weihbischofs Clemens August von Droste zu Vischering das Clemenshospital besichtigte, das der Thronfolger „eine ganz herrliche Stiftung" fand [9]. Auch sonst fehlte es zu dieser Zeit unter Klerus und katholischem Adel nicht an Stimmen, die die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen katholischer Religiosität und monarchischer Staatsführung betonten [10].

Nach dem Abschluß der Berliner Konvention [11] glaubte die Regierung in Münster sogar die Beobachtung zu machen, daß der Geist der Duldsamkeit unter der Bevölkerung ihres Bezirks immer lebendiger werde. Durch die Lösung der Mischehenfrage seien noch bestehende Spannungen gänzlich beseitigt worden. Vor allem habe sich die Einstellung der katholischen Geistlichkeit zum Staat erheblich gewandelt, indem sie laut ihre Freude bekenne, aus dem traurigen Dilemma erlöst zu sein, „entweder ihrem Gewissen oder ihrer Untertanenpflicht nicht genug tun" zu können. Man müsse jetzt den Einfluß der Kirche auf die Stimmung des Volkes im großen und ganzen als durchaus günstig bezeichnen: „Wo den Geistlichen vielleicht der patriotische Eifer, der die Gemüter entzündet, nach ihrer Individualität, Erziehung oder Gesinnung abgeht, da ersetzt denselben das religiöse Gebot; es muß anerkannt werden, daß die Geistlichkeit aller Konfessionen redlich bemüht ist, Gesinnungen der Anhänglichkeit, der Treue und des Gehorsams gegen den König und sein Haus und der Achtung und Folgsamkeit gegen die Obrigkeit zu verbreiten" [12]. Die Zusammenarbeit mit dem Bischof von Münster, Caspar Max von Droste zu Vischering, der nach der Auffassung der münsterschen Regierung seine Diözese gut verwalte, wird ebenfalls als befriedigend bezeichnet [13]. Frühere Streitigkeiten in der Frage der Besetzung der katholischen Lehrerstellen, welche die Bischöfliche Behörde als zu ihrem Ressort gehörig betrachte, seien in der Weise beigelegt, daß künftighin bei jeder Anstellung zuvor der Bischof zu fragen sei, ob er gegen den zur Anstellung vorgesehenen Lehrer Bedenken trage[14]. Auch nach dem Jahresbericht der Regierung in Münster für 1836 [15] sind Störungen des kon-

---

[8] Neue Steinausgabe VII, S. 1036.

[9] Schnütgen, Vom preußischen Königshaus, S. 78. — Möglicherweise hat dieser Eindruck den Konprinzen später mit bewogen, für die „Berufung" Droste-Vischerings einzutreten.

[10] Vgl. Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 488, Anm. 48.

[11] Im Herbst 1834 hatten Erzbischof Spiegel und seine Suffragane ein Rundschreiben an ihre Pfarrer versandt, nach welchem künftighin für die Einsegnung gemischter Ehen das Versprechen katholischer Kindeserziehung nicht mehr die unabdingbare Voraussetzung war (Lill S. 36).

[12] St. A. Münster, Regierung Münster, Nr. 299, Verwaltungsbericht für 1834.

[13] Ebd. — Man hat ihn im Vergleich mit seinem jüngeren Bruder Clemens August als maßvoller und irenischer bezeichnet. Noch im Mai 1837 beklagte sich der münsteraner Theologiestudent Anton Lutterbeck gegenüber seinem Freund Michelis in Köln, daß der Erzbischof in seinem Kampf gegen den Hermesianismus selbst von seinem eigenen Bruder weitgehend im Stich gelassen werde (Hegel, Fakultät, S. 207 f.).

[14] St. A. Münster, Regierung Münster, Nr. 239, Münster, 29. März 1835, Jahresbericht über das Elementarschulwesen im Regierungsbezirk Münster.

[15] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 299.

fessionellen Friedens nicht erfolgt. Ebensowenig seien Beschwerden über das Verhalten der katholischen Geistlichkeit bei der Einsegnung gemischter Ehen zu verzeichnen.

Auch der Arnsberger Regierungspräsident bezeichnete das Verhältnis der Konfessionen zueinander als „friedlich": „Gegenseitig räumen die Gemeinden mit christlicher Liebe und Bereitwilligkeit rathäusliche Lokale, Schulhäuser, Kirchen den neu sich bildenden religiösen Gemeinden zum ausschließlichen oder Simultangebrauch ein, und zu Kollekten dieses Zweckes steuern gegenseitig die beiden Konfessionen mit gleichem Eifer" [16].

Schienen nach der Auffassung des Freiherrn vom Stein allgemein religiöse Grundsätze damals durch den Rationalismus untergraben zu werden [17], so waren doch andererseits nach einer von dem Vortragenden Rat im Kultusministerium, Gerd Eilers, angefertigten Denkschrift [18], hiermit einhergehend, der Geist der Versöhnlichkeit und der Toleranz wie auch ein bemerkenswerter Aufschwung der intellektuellen Bildung zu dieser Zeit in Westfalen unverkennbar — was von Stein offensichtlich nicht genügend gewürdigt wurde. Selbst der Besuch des evangelischen Gottesdienstes, so betont Eilers, sei für einen Katholiken nicht mehr etwas Außergewöhnliches gewesen, und die katholische Geistlichkeit habe erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, „um nicht zurückzubleiben und um das Volk wieder enger an sich zu ziehen" [19]. Es ist verständlich, daß unter diesen Umständen ähnlich wie in der Rheinprovinz auch das Wallfahrtswesen zurückging. Stellten sich, wie zum Beispiel in Warendorf, auch die Pfarrgeistlichen dieser Einrichtung nicht gerade feindlich gegenüber, so begünstigten und beförderten sie diese auch nicht mehr. Die Folge war, daß hier die Zahl der Wallfahrer rapide sank, manche Prozessionen überhaupt eingingen [20].

Diese „Erschlaffung" der Katholiken, also mangelndes konfessionelles Bewußtsein, Toleranz und schwindende Gegensätzlichkeiten, wird von der Katholischen Kirchenzeitung (15. Juli 1835), einer der namhaftesten Stimmen des erwachenden strengkirchlichen Katholizismus, zutiefst bedauert. Erschreckend sei vor allem, daß

---

[16] DZA Merseburg, Rep. 76, II, Sekt. 22, Spez. a, Verwaltungsbericht der Regierung Arnsberg für 1834. — Ähnlich die Bemerkungen in den Berichten für 1835 und 1836 (ebd.). — Eine Störung des konfessionellen Friedens war jedoch 1836 in Werl zu verzeichnen. Nach Aufhebung des dortigen Kapuzinerkonvents war dessen Kirche durch Kabinettsordre vom 25. Juli 1831 zum Simultangebrauch für die katholische und evangelische Gemeinde bestimmt worden. Als die kleine evangelische Gemeinde jedoch am 14. Aug. 1836 zum erstenmal in der Klosterkirche ihren Gottesdienst feiern wollte, drang eine zahlreiche erregte Menschenmenge in die Kirche ein, um den evangelischen Gottesdienst zu verhindern (Mehler S. 425). Angesichts der Tradition des Wallfahrtsortes Werl und seines Klosters ist diese Reaktion der katholischen Bevölkerung durchaus verständlich.

[17] Stein an Gneisenau, 18. Febr. 1831, in: Neue Steinausgabe, VII, S. 1074.

[18] Vgl. Qu. Nr. 285.

[19] Ebd.

[20] Zuhorn, Kirchengeschichte der Stadt Warendorf, Bd. 1, S. 325. — Ferner heißt es z. B. in einer Chronik der Stadt Münster: „1831. Die Prozession um die Markgrenzen kommen in Wegfall" (Geisberg S. 37). — Gegenüber diesen Beobachtungen stellt jedoch Steinmann eine stärkere Beharrungskraft des Prozessionswesens fest, und zwar würden z. B. im Gegensatz zur Rheinprovinz die westfälischen Wallfahrtsorte (Telgte, Werl) nicht nur von Angehörigen der unteren Stände, sondern von „Hoch und Niedrig, Alt und Jung" aufgesucht (Münster und Münstertum, in: Polemische Blätter 1838, S. 76).

Katholiken sogar Beiträge zur Errichtung protestantischer Kirchen, Schulen und Pfarrhäuser geleistet hätten [21]. Erkenne man nicht, daß man dadurch die Stellung der katholischen Religion untergrabe und den Irrtum verbreite? Unbegreiflich sei es, daß selbst katholische Priester diesen „Gemeinsinn" durch Lehre und Beispiel zu verbreiten suchten. Freilich, so berichtet das gleiche Blatt am 11. Januar 1836 weiter, sei im Bauernstande auch fernerhin eine ungebrochene Frömmigkeit wahrzunehmen [22]. Gerade die „Lauigkeit, die ihn von oben her" anwehe, veranlasse ihn, sich jetzt fester als je an die Religion anzuschließen. Besonders lobenswerte Beispiele von „Seelenreinheit und Gottergebenheit" finde man unter den Bewohnern des Niederstifts, allgemein „Wilde" genannt, die jedes Jahr nach Telgte zum Muttergottesbild wallfahrteten und sich zu Hause durch eine ausgesprochen patriarchalische Lebensführung auszeichneten. Was die Städte angehe, so seien einige freilich „ganz verweltlicht, lau und gottvergessen", andere indes „durch und durch religiös" [23]. Erfreulich findet es das Blatt (23. November 1836), daß die Zahl der Hermesianer unter der münsterländischen Geistlichkeit nur gering sei. Das rühre einmal daher, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl der Geistlichen noch in „vorhermesischer Zeit" ihre Ausbildung empfangen habe und unter der in „nachhermesischer Zeit" zum Studium gelangten jüngeren Priesterschaft die meisten und fähigsten von vornherein gegen diese Lehre eingenommen seien. Was zum andern die mittlere Generation betreffe, so habe sie zwar weitgehend die hermesische Schule durchlaufen, doch lebe in ihr auch der Geist eines Kistemaker, Katerkamp und Overberg fort, und so sei eine große Zahl von ihnen nie recht vom Geist der rationalistischen Philosophie durchdrungen gewesen.

Offenbar machten sich auch allmählich gewisse Auswirkungen der in der Entwicklung des Zeitgeistes liegenden Tendenzen zum strengkirchlichen Prinzip im Münsterland bemerkbar. So berichtet der münstersche Regierungsvizepräsident du Vignau am 8. Juli 1836 davon, gelegentliche Ausbrüche „eines fanatischen Eifers" unter einem Teil der katholischen Geistlichkeit Westfalens, vor allem im Regie-

---

[21] Andererseits war, was hier nicht anerkannt wurde, auch den Katholiken seitens der protestantischen Bevölkerung in einer Reihe von Fällen Unterstützung zuteil geworden. So hatten z. B. in Iserlohn die lutherischen Mitbürger während der zwanziger Jahre in großzügigster Weise zum Bau wie zur Ausstattung einer neuen katholischen Kirche beigetragen, und als 1827 die katholische Kirche in Schwelm abgebrannt war, hatte die lutherische Gemeinde die ihrige zur Mitbenutzung bereitgestellt, bis 1831 die Katholiken wieder eine eigene Kirche hatten. Andererseits stellten die Schwelmer Katholiken diese den Evangelischen zur Verfügung, als deren Gotteshaus 1836 abgebrannt war (angeführt bei Wilhelm Schulte, Volk und Staat, S. 485).

[22] Das entspräche auch der von Steinmann überlieferten Feststellung, daß sich der Klerus zum großen Teil damals aus dem Bauernstande rekrutiert habe (Münster und Münstertum, in: Polemische Blätter, 1838, S. 91 f.). Dieser Klerus, so betont Steinmann an anderer Stelle (Westfalens Oberpräsident Ludwig Freih. von Vincke, sein Leben und seine Zeit S. 291), habe „in vielen seiner Angehörigen einen ausgezeichneteren Grad theologischer Kenntnis wie überhaupt wissenschaftlicher Bildung als im vorigen Jahrhundert" errungen, „besonders dadurch veranlaßt, daß insbesondere die Universität zu Münster vom Beginn desselben bis zur Umgestaltung in die gegenwärtige Akademie und ebenso die gleichfalls von westfälischen Theologiebeflissenen zahlreich besuchte theologische Fakultät zu Bonn die ausgezeichnetsten Professoren aufzuweisen hatten".

[23] Hier dürfte, wie Steinmann berichtet (Münster und Münstertum aaO, S. 76), die Frage „ist er katholisch?" in der Tat noch eine „Haupt- und Lebensfrage" gewesen sein.

rungsbezirk Münster, beobachtet zu haben [24]. Auch suche diese Gruppe den Kontakt mit der katholisch-patriotischen Partei in Belgien. Der andere Teil des westfälischen Klerus verhalte sich jedoch ruhig und besonnen [25]. Grund zu einer gewissen Beunruhigung gäben freilich Hinweise, die vermuten ließen, daß inzwischen auch die berüchtigten „Beiträge zur Kirchengeschichte" im westfälischen Raum Eingang gefunden hätten [26].

Durchweg zufrieden mit der derzeitigen Situation in seinem Bezirk zeigt sich der Mindener Regierungspräsident. In seinem Verwaltungsbericht für 1833 bezeichnet er die religiöse Haltung des Volkes als „von Fanatismus wie auch von Indifferentismus gleich weit entfernt" [27]. Lediglich bei den jüngeren aus dem Paderborner Seminar hervorgegangenen Geistlichen habe es den Anschein, als ob sie in stärkerem Maße zur Intoleranz neigten als die älteren. Dennoch glaubt die Regierung keinen Grund zu der Befürchtung zu haben, daß aus dieser Haltung eine Störung des konfessionellen Friedens erwachsen könne: „Etwas mag ihnen wohl von dem Schulstaube ankleben. Da diesen aber die Welt bei ihrem Austritte aus dem klösterlichen Institute bald verwehet, so ist zu hoffen, daß der Umgang mit Menschen die scharfen Ecken allmählich abschleifen werde" [28]. Überhaupt stehe die bei den Absolventen des Paderborner Seminars beobachtete Haltung in keiner Verbindung mit den radikalen Zeitströmungen [29].

Wie die Regierung in Münster, glaubt auch der Mindener Regierungspräsident, als Folge der Berliner Konvention eine Entspannung auf konfessionellem Gebiete in seinem Bezirk beobachten zu können: Er bezeichnet das mit der entsprechenden Interpretation Spiegels publizierte Breve des Papstes vom 25. März 1830 [30] als „eine ebenso merkwürdige als für die Verwaltung heilbringende Erscheinung" und führt hierzu weiter aus:

„Denn wenn auch der größere Teil der katholischen Geistlichkeit keinen Anstand nahm, gemischte Brautpaare zu trauen, ohne von dem evangelischen Teile das Versprechen, seine noch zu erzielenden Kinder katholisch erziehen zu lassen, zu fordern, wenn auch keiner nach einer früheren bischöflichen Verordnung den in gemischter Ehe Lebenden ... die Sakramente verweigern durfte, so sind doch

---

[24] St. A. Münster, Regierung Münster, Nr. 1063, du Vignau an Rochow.
[25] Ebd.
[26] Ebd.
[27] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 22, Verwaltungsbericht für 1833. — Wie es mit der Religiosität an einzelnen Orten konkret aussah, schildert z. B. der Bürgermeister von Wiedenbrück im Zeitungsbericht für Januar 1837: „Der Besuch der Kirchen ist sehr lebhaft, und in den Schulen werden die Kinder zur Religiosität stark angehalten" (Stadtarchiv Wiedenbrück).
[28] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 22, Verwaltungsbericht für 1833.
[29] „Von den Bewegungen, welche im Auslande und selbst in einigen Provinzen der Monarchie unter den jüngeren Geistlichen stattgefunden haben, ist in dem hiesigen Verwaltungsbezirke keine Spur zu bemerken" (ebd.).
[30] Das Breve „litteris altero abhinc", das den Bischöfen der Rheinischen Kirchenprovinz zugestand, im äußersten Falle zur Vermeidung größeren Unheils bei der Einsegnung gemischter Ehen „passive Assistenz" zu leisten, war von der preußischen Staatsregierung zunächst an die Kurie zurückgereicht worden, um weitere Zugeständnisse herauszuschlagen. Erst 1834 war es vom preußischen Gesandten beim Heiligen Stuhl erneut entgegengenommen worden, um nach Abschluß der geheimen Berliner Konvention vom 19. Juni 1834 mit der weitergehenden Interpretation Spiegels publiziert zu werden (Lill S. 32—35).

durch jenes Breve selbst die ängstlichen Gemüter beruhigt und alle Bedenklichkeiten behoben, welche die Anhänger ultramontaner Grundsätze der erwähnten bischöflichen Verordnung entgegenstellten“ [31].

Im übrigen zeigte sich der Mindener Regierungspräsident mit der staatspolitischen Haltung der katholischen Geistlichkeit, die nach seiner Auffassung in besonderem Maße dazu geeignet war, ihre an hierarchische Ordnung gewöhnten Gläubigen zum Gehorsam gegen den König und die „weltlichen Oberen“ zu erziehen, durchaus zufrieden. So finde das „Gift der Zeit noch keinen Frucht tragenden Boden“ im dortigen Regierungsbezirk [32]. Ebenso sei die Bereitschaft zum Wehrdienst ungebrochen erhalten, und nur selten würden Gesuche um Befreiung von der Militärdienstpflicht eingereicht [33]. Von einer kritischen Distanz der Jugend zum Militär kann also in diesem Zusammenhang schwerlich die Rede sein.

Stärker als in der Provinz trat in den dreißiger Jahren eine kirchenkämpferische Gesinnung in der Provinzialhauptstadt hervor, nachdem auch hier während des vergangenen Jahrzehnts auf religiösem Gebiet ein gewisser Stillstand festzustellen gewesen war [34]. Wirkte in Münster nach den Worten der Katholischen Kirchenzeitung vom 11. Januar 1836 schon das offene Hervortreten des protestantischen Elements dem Indifferentismus der katholischen Bürger entgegen, so wurde ferner auf die „ungebildete Masse“, von der es im gleichen Blatte heißt, daß sie durchgängig „in der Religion gut unterrichtet, eifrig katholisch, fleißig in Besuch des öffentlichen Gottesdienstes“ und „teilnehmend an Bruderschaften und anderen frommen Übungen“ sei, von entschlossenen Predigern im Sinne einer Stärkung des strengkatholischen Prinzips eingewirkt.

Auch dürfte die Tradition der münsterschen Familie sacra, dieses geistes- und religionsgeschichtlich so bedeutsamen Kreises [35], nicht ohne Auswirkungen auf das

---

[31] St. A. Detmold M 1 Pr 23, Verwaltungsbericht für 1834.

[32] Ebd.

[33] Ebd.

[34] „In höheren Ständen regierten teilweise noch Voltairianische Ideen; im Bürgerstand war die religiöse Gleichgültigkeit nicht wenig vertreten; man kann nicht sagen, daß der Empfang der hl. Sakramente häufig war... Die Bruderschaften waren verschwunden, der Rosenkranz kam allmählich, mit Ausnahme frommer Leute von altem Schlag, außer Gebrauch; die Beiwohnung der Prozessionen nahm merklich ab... Die Zeit hatte keine warm kirchliche, sondern mehr kalt rationalistische Färbung, die gefährlich werden konnte. Es wurde allmählich fühlbar, daß eine Erweckung des religiösen Lebens folgen mußte, die auch in den dreißiger Jahren durch Gottes Fügung herbeigeführt wurde“ (Kappen, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit S. 73). — Ähnlich charakterisiert auch der von 1818—1830 in Münster als Konsistorial- und Schulrat tätig gewesene Friedrich Kohlrausch diese Epoche: „Wenn ich an diesen Melchers und so viele andere Ehrenmänner unter den Katholiken zurückdenke, mit welchen ich in Westphalen in freundschaftlichen Verhältnissen gelebt habe, so wird mir das Herz warm, und ich preise mich glücklich, daß ich noch die Zeit in Münster erlebt habe, wo der Unterschied der Konfessionen noch nicht die traurige Schärfe erhalten hatte, die nachher, wenigstens zeitweise, stattgefunden hat“ (Erinnerungen aus meinem Leben, S. 219). — Zur Person des hier gerühmten Melchers, seit 1826 münsterscher Generalvikar und seit 1827 Weihbischof, insbesondere auch über die sich zwischen ihm und dem ultramontan gesinnten Kreis um Theodor Lutterbeck in den dreißiger Jahren entwickelnde Spannungen, vgl. F. Keinemann, Zur politischen Tätigkeit Theodor Lutterbecks, in: Westfalen 47. Bd., 1969, S. 212.

[35] Vgl. E. Trunz, Fürstenberg, Fürstin Gallitzin und ihr Kreis. Münster 1955; ferner: Der Kreis von Münster, Briefe und Aufzeichnungen Fürstenbergs, der Fürstin Gallitzin und ihrer Freunde, hrsg. v. S. Sudhof. Münster 1962—1964.

kirchliche Leben der Stadt geblieben sein [36]. War auch die Mehrzahl seiner prominentesten Mitglieder in den vergangenen Jahren verstorben [37], so fanden sie in dem ehemaligen Hauslehrer in der Familie des Grafen Leopold von Stolberg [38] und nunmehrigen Pfarrer an St. Ludgeri, Bernhard Georg Kellermann — nach Kappen „in religiöser Beziehung der Mittelpunkt des münsterschen Volkslebens“ [39] —, einen beredten und einflußreichen Nachfolger. Im April 1820 schon hatte die Regierung zu Münster über ihn Klage geführt, weil er die kirchliche Einsegnung von gemischten Ehen verweigere, wenn kein schriftliches Versprechen über eine katholische Kindeserziehung vorliege [40]. Danach war es um ihn stiller geworden. Mit einer in der Ludgerikirche am 16. August 1835 in leidenschaftlichem Tone gehaltenen Predigt gegen das Eingehen gemischter Ehen erregte er wieder größtes Aufsehen [41]. Die Regierung, um eine Erhaltung des konfessionellen Friedens besorgt, strengte gegen ihn sofort eine Untersuchung an. Obwohl Kellermann der Regierung das Konzept seiner Predigt bereitwillig zur Verfügung stellte und erklärte, daß er weder in dieser Predigt „noch irgend sonst“ versucht habe, „die Einigkeit unter den beiderseitigen Glaubensgenossen oder namentlich den Frieden in gemischten Ehen zu stören“ [42], und auch der Bischof von Münster ihn deckte [43], warnte ihn der preußische Kultusminister Altenstein in einem

---

[36] In diesem Sinne schreibt auch Kohlrausch über seine Erfahrungen in den zwanziger Jahren: „Die Zeit, welche ich in Münster verlebt habe, schloß sich noch ziemlich nahe an eine in geistiger Bedeutung sehr merkwürdige Periode, nämlich die Fürstenbergsche an... Die Nachwirkung dieser Zeit war noch fühlbar“ (Erinnerungen aus meinem Leben, S. 219 f.).

[37] So Graf Stolberg (1819), Overberg (1826), Franz von Droste zu Vischering (1826), der Erbdroste Adolf von Droste zu Vischering (1829), Kistemaker und Katerkamp (1834); vgl. hierzu: Blüten und Früchte aus dem Garten der Familia sacra, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland, Bd. 86, 1880, S. 506.

[38] Er war 16 Jahre lang in dieser Position tätig gewesen (Hegel, Fakultät S. 62).

[39] Clemens August, Ein Lebensbild, S. 101. — Ähnlich Konrad Martin in „Zeitbilder“: „... kurz, Kellermann war der... geistliche Vater der Stadt Münster“ (S. 111). — Wie Kappen weiter berichtet, wurden die Gottesdienste, in denen Kellermann predigte, vor allem von Angehörigen der „arbeitenden Klasse“, Arbeitern, Handwerkern und Dienstboten besucht (Clemens August, Ein Lebensbild, S. 101). — Der Eindruck, den er auf seine immer nach Tausenden zählenden Zuhörer hervorgebracht habe, sei „ein ganz überwältigender“ gewesen (Konrad Martin, Zeitbilder, S. 111).

[40] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. I, Zeitungsbericht der Regierung Münster für April 1820.

[41] Für das Folgende: St. A. Münster, Regierung Münster, Nr. 1060.

[42] Ebd., Schr. Kellermanns vom 25. Aug. 1835. — In erster Linie brachte Kellermann folgende Warnungen gegen das Eingehen einer Ehe mit Nichtkatholiken vor: 1. „Einen sehr schlechten Teil erwählt derjenige, der sich freiwillig der Gefahr aussetzet, in seiner Religion zu erkalten oder auch wohl davon abzufallen. Das tut aber derjenige, welcher in eine gemischte Ehe eintritt; denn die Erfahrung lehret leider, daß manche Katholiken schon in den ersten Jahren einer solchen Ehe soweit kamen, daß sie kein einziges Kirchengebot mehr beachteten und sich fast nichts mehr aus dem Gebrauch der heiligen Sakramente machten.“ 2. „Einen sehr schlechten Teil wählt derjenige, welcher seinen nächsten Angehörigen, denen er die größte Liebe schuldig ist, in Gefahr bringt, der wahren Religion und des Heiles verlustig zu werden. Das tut aber die fragliche Person hinsichtlich der Kinder, die ihr Gott anvertrauen wird.“ 3. „Einen sehr schlechten Teil wählt derjenige, welcher einen Lebensstand erwählet, in welchem er höchst wahrscheinlich nicht glücklich sein wird.“ — Die Predigt schloß mit dem Aufruf: „Wolle Gott jede christliche Jungfrau behüten, daß sie nicht einen solchen Teil wähle!“

[43] „Der Pfarrer Kellermann hat zu seinen Pfarrkindern gesprochen und hat es für seine Pflicht gehalten, dieselben auf die mit der Schließung einer gemischten Ehe ver-

Schreiben vom 28. November 1835 nachdrücklich vor einer Wiederholung einer derartigen „Kontroverspredigt". Da es die Pflicht der Behörden sei, darüber zu wachen, daß die „Eintracht zwischen den Untertanen beider Konfessionen" unbedingt erhalten bleibe, müsse Kellermann, wenn er noch einmal „durch ähnliche Vorträge oder in anderer Art" den konfessionellen Frieden gefährde, damit rechnen, von seinem Amt suspendiert oder auf eine andere („mit Ihrer Eigentümlichkeit in dieser Beziehung verträgliche") Stelle versetzt zu werden [44]. Das Ministerium setzte ferner den Bischof davon in Kenntnis, daß die „Erneuerung des früheren leidenschaftlichen Streites über die gemischten Ehen" unter keinen Umständen geduldet werden dürfe. Man erwarte, daß auch dem Bischof „die Notwendigkeit, jedenfalls sehr schmerzlichen Mißverhältnissen vorzubeugen", einleuchte und „eine dementsprechende Einwirkung von seiner Seite nicht ausbleiben" werde [45]. In der Androhung staatlicher Machtmittel zur Wahrung des konfessionellen Friedens nahm man also kein Blatt vor den Mund. Dennoch haben sich andere Priester dadurch nicht abschrecken lassen, „dem Beispiele ihres Vorkämpfers auf eine rühmliche Weise nachzufolgen" [46]. So wandten sich zum Beispiel Schlun, Kobern und Kaale unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit (die Katholische Kirchenzeitung vom 13. Januar 1836 spricht von Tausenden von Zuhörern) mit Nachdruck gegen den Indifferentismus und gegen die Ansicht, daß es „mehrere gleich wahre Glauben" gebe [47]. Wie es in dem Blatt weiter heißt, sei in Münster ein Aufblühen echt katholischer Gesinnung, selbst bei Angehörigen der „gebildeten Klasse", die früher „in Unglauben und falscher Philosophie dahin gelebt", unverkennbar. Vor allem Ärzte und Juristen zeichneten sich in dieser Hinsicht aus. Aber auch unter Oberlandesgerichtsräten, Assessoren und insbesondere unter den Referendaren fänden sich viele, die nicht bloß sehr katholisch gesinnt, sondern auch ernstlich bemüht seien, sich mit der katholischen Wissenschaft vertraut zu machen, was sich auch darin bekunde, daß Schriften von Katerkamp, Stolberg und Schlüter (u. a.) gesteigerten Absatz fänden. Auch die sogenannten Demagogenverfolgungen hätten in Verbindung mit anderen Zeitumständen zur Folge gehabt, daß viele Angehörige dieser Schicht wieder zur Religion hinneigten. Ebenso läßt der Verfasser dieses Artikels in der Katholischen Kirchenzeitung keinen Zweifel daran, wie sehr ihm daran gelegen ist, den Elan der liberal-demokratischen Bewegung für die katholische Kirche einzufangen [48]. Als einen Sieg der Verbindung von „Re-

---

knüpften Gefahren mancherlei Art aufmerksam zu machen und sie ernstlich dagegen zu warnen, und diese Pflicht, welche ihm als katholischer Religionslehrer obliegt, hat er im Sinne der Kirche erfüllt" (ebd., Schr. vom 9. Sept. 1835).

[44] St. A. Münster, Regierung Münster, Nr. 1060.

[45] Ebd.

[46] Katholische Kirchenzeitung vom 30. Mai 1836.

[47] Ebd. — Auf diese Vorgänge spielt auch der Verfasser der Schrift „Der Erzbischof von Köln ... Seine Prinzipien und Opposition" an, wenn er schreibt: „Nach wie vor schaltet dort neben den proselytischen Bestrebungen die katholische Beredsamkeit auf den Kanzeln in Kontroverspredigten, eifernd gegen Protestantismus, gemischte Ehen, Theater und Oper als Spiele der Hölle und Werke des Satan, in letzterer Beziehung freilich erfolglos, da nach dem Schlusse dieser erbaulichen Abendpredigten die andächtige Glaubensherde aus der Kirche zum Schauspiel eilt und Logen, Parterre und Galerie füllt" (S. 6).

[48] „... wenn je die katholische Kirche alle Unzufriedenen unter ihrer Fahne versammelte, ihnen zurufend: ‚Kommet her zu mir alle, die ihr mühsam und beladen

ligion und Freiheit“ [49] feiert die Katholische Kirchenzeitung (21. Dezember 1835) ebenfalls den Ausgang der Stadtverordnetenwahl in Münster, wo nicht ein einziger Protestant in die Ratsversammlung gelangt sei, obwohl man es von dieser Seite, vor allem unter den zu einer Wahlklasse vereinigten Beamten, Geistlichen, Lehrern, Ärzten und Rentnern [50], nicht an Anstrengungen habe fehlen lassen.
Daß es dem in Münster offenbar mehr und mehr sich bemerkbar machenden Elan der strengkirchlichen Bewegung gelungen sein mag, Anhänger der liberalen Richtung, etwa aus dem Kreis der eine reichsständische Verfassung wünschenden Wähler Hüffers [51], an sich zu ziehen, ist nicht von der Hand zu weisen. Andererseits läßt es sich wohl nicht übersehen, daß es sich in diesem Falle um eine sehr einseitige Partnerschaft gehandelt und daß von beiden angesprochene Komponenten die Religion den liberalen Freiheitsgedanken weit überwogen haben dürfte, zumal wenn man sich vor Augen führt, welche Begeisterung und Anteilnahme z. B. die am 21. April 1836 im Dom zu Münster vollzogene Konversion zweier unverheirateter Damen aus Wesel vor angeblich 2000 Menschen auslösen konnte [52].

2. Kapitel. Die unmittelbare Wirkung des „Ereignisses“ und die Dezemberunruhen in Münster

Welchen Eindruck die zwangsweise Entfernung des Erzbischofs aus Köln in allen Schichten der katholischen Bevölkerung der Stadt Münster hervorgerufen haben dürfte, läßt sich unter diesen Voraussetzungen lebhaft vorstellen. Vor allem für die Verwandten und Standesgenossen Droste-Vischerings muß das Vorgehen der Staatsregierung geradezu schockierend gewesen sein. So schreibt Annette von Droste-Hülshoff: „Dieser Schlag auf den Erzbischof in dieser Form hat sie mehr gekränkt als alles, was ihnen geschehen“ [1]. Ähnlich berichtet Ferdinand von Galen über die Stimmung des katholischen Adels: „Zerrissen fand ich durch die Gefangennehmung des Erzbischofs bei meinen katholischen Landsleuten jede Spur von Anhänglich-

---

seid, ich will euch erquicken‘, so scheint das in unserer Zeit der Fall zu sein. Ich spreche hier nicht von wilden Aufrührern und Unruhestiftern, ich spreche von braven, talentvollen, entschiedenen und begeisterten, aber zum Teil irregeleiteten jungen Leuten. Diese kommen jetzt zu sich und sehen ein, daß die Ideen, wofür sie leben, bloß in der Kirche realisiert werden können oder zum Teil bereits realisiert sind.“

[49] „Münster hat das gute Alte bewahrend und das gute Neue nicht verschmähend, bewiesen, daß es den Drang der Zeiten wohl bewiesen hat und daß es weiß, wie nur noch von liberaler Katholizität und katholischer Liberalität einzig Heil für uns zu erwarten ist, wie Religion und Freiheit im Bunde das Alleinseligmachende unserer Politik ausmachen . . .“

[50] Die Namen der Gewählten und ihrer Stellvertreter lassen sich im einzelnen nachweisen (Stadtarchiv Münster Nr. 132 [6/3], Bd. 1). Daß man seitens der katholischen Altmünsteraner „das vorher verabredete Konzil festgehalten“ habe, „keinen sogenannten Preußen oder evangelischen Glaubensgenossen zuzulassen“, geht auch aus einem Bericht Vinckes vom 27. Nov. 1835 hervor (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 4167). — Bezüglich dieser Wahl vgl. auch Filbry S. 218 f.

[51] Vgl. oben S. 327 f.

[52] Vgl. Ber. der Katholischen Kirchenzeitung vom 8. Juni 1836.

[1] Schulte-Kemminghausen I, S. 252; ähnlich Ber. du Vignaus vom 26. Nov. 1837 (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413, Nr. 3 vol 2).

keit an Preußen. Eine Kluft hatte sich gebildet, die trotz alle dem, was Friedrich Wilhelm IV. für die Kirche geleistet hat, fortwährend offen steht und sich nicht schließen wird, bis Preußen zur Kirche zurückkehrt“ [2]. Auch äußerte man unverhohlen gegenüber dem münsterschen Regierungsvizepräsidenten du Vignau, „daß alles Gute, was man empfangen habe, auf lange Zeit vergessen sein“ werde [3].

Nach den Beobachtungen der münsterschen Regierung hatte die Verstimmung über das gewaltsame Vorgehen gegen den Kölner Erzbischof weite Kreise erfaßt:

„Die Vorfälle in der Erzdiözese Köln, welche die Fortführung des Erzbischofs aus derselben zur Folge gehabt haben, werden durchgängig als beklagenswerte Ereignisse betrachtet; die notwendig gewordene Maßregel der Staatsgewalt hat bei den meisten katholischen Eingesessenen des Regierungsbezirks einen tiefen Eindruck gemacht; unangemessene öffentliche Äußerungen von Erheblichkeit, die ein Eingreifen notwendig gemacht hätten, sind bisher nicht vorgekommen, auch fernerhin wohl nicht zu besorgen, dagegen läßt sich nicht mit Sicherheit bestimmen, welcher Eindruck im allgemeinen zurückbleiben wird“ [4].

Wie Annette von Droste-Hülshoff am 7. Dez. 1837 an Sophie von Haxthausen schreibt, hatten die Ereignisse in der Tat nicht nur Rückwirkungen auf die Stimmung des Adels, vielmehr auch auf die mittlere und geringere Bürgerklasse gezeitigt: „Es ist wirklich arg, daß man sich kein Paar Schuhe kann anmessen lassen, ohne eine ganze Tracht Politik mit in den Kauf zu nehmen“ [5]. Auch die alten reichen Stammbürger dächten in diesem Sinne [6]. Dagegen sollte es sich zeigen, daß die im Staatsdienst angestellten Angehörigen des „vornehmen“ Bürgerstandes sich „miserabel“ benahmen [7], d. h. sich nicht der Kritik an den von der Staatsregierung getroffenen Maßnahmen anschlossen.

Hatte der Oberpräsident Ludwig von Vincke die Gefahr öffentlicher Unruhen zunächst für wenig wahrscheinlich gehalten [8], so mußte er sich bald davon überzeugen, daß der Vorfall nicht so rasch in Vergessenheit geriet, daß sich vielmehr die Unruhe in Münster erheblich steigerte.

So soll der Adelsklub zur Ausstoßung aller Lutheraner geschritten sein, und die preußischen Beamten hätten sich von allen Gesellschaften ausgeschlossen gesehen [9]. Selbst eine Einladung des Oberpräsidenten zu einer Abendgesellschaft sei von

---

[2] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik.
[3] DZA Merseburg Rep. 77, Tit. 413, Nr. 3, vol. 2, Ber. du Vignaus vom 26. Nov. 1837.
[4] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352, Bd. 5, Zeitungsbericht für den Monat November 1837.
[5] Schulte-Kemminghausen I, S. 251.
[6] Ebd.
[7] Ebd. S. 275.
[8] „Hier hatte die Sache allerdings einige Sensation, jedoch fast nur auf die höchsten und niedrigsten Klassen sich beschränkende Unzufriedenheit veranlaßt; sehr viele Katholiken sprechen laut ihren Beifall und ihre Freude über das energische Verfahren aus; selbst Geistliche tadeln das Benehmen des frühern Erzbischofs“ (zitiert bei Schrörs, Kölner Wirren S. 543). — Aus der Sicht der Gräfin Maria Esterhazy ergab sich allerdings ein weniger günstiges Stimmungsbild. So bemerkt die Gräfin am 30. Nov. 1837 in ihrem Tagebuch (Arch. Nordkirchen X a Kasten 1 Nr. 2): „Das Tagesgespräch ist die Gefangennehmung und Wegführung des Erzbischofs von Köln nach Minden — ein frommer, heiliger Mann, dessen Verbrechen in den Augen der preußischen Regierung ein zu streng katholischer Geist ist. In Köln ist die größte Aufregung, ebenso in Münster“.
[9] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 23. Dez. 1837.

sämtlichen katholischen Adligen ausgeschlagen worden [10]. Während des Cäcilienballes, der trotz der angespannten Lage von den Bürgern der Stadt angeblich mehr besucht wurde denn je, versammelte sich der Adel, der sich von dem Fest diesmal fast gänzlich ferngehalten hatte, beim Grafen von Merveldt, wo man beschloß, dem Erzbischof ein Geschenk von 3000 Tlr. und 6 Pfd. Tabak überbringen zu lassen [11]. Fast aufs Haar gleichen diese Erscheinungen dem Verhalten des Adels 37 Jahre später! [12]

Demgegenüber bekundete die Geistlichkeit zum großen Teil keine derartige demonstrative Protesthaltung, vielmehr tendierte sie offenbar dazu, zunächst einmal das Resultat der Untersuchung gegen den Erzbischof abzuwarten; allerdings äußerten — was angesichts der konservativen Haltung der münsterländischen Geistlichkeit durchaus glaubhaft erscheint — selbst „sehr ruhige" Vertreter dieses Standes ihren Zweifel an der dem Erzbischof vorgeworfenen Verbindung mit revolutionären Parteien, da ein katholischer Prälat eine Allianz mit derartigen Kräften niemals eingehen werde. Verhielt sich also der etablierte Klerus im allgemeinen recht zurückhaltend, so äußerten sich die Zöglinge des Priesterseminars, unter ihnen der Bruder von Droste-Vischerings Kaplan Michelis, recht heftig über das Vorgehen der preußischen Staatsbehörden gegen den Erzbischof; doch sollen sie auf Vorhaltungen von Regens und Subregens, die aus der Sicht der münsterschen Regierung als durchaus loyal und zuverlässig bezeichnet werden, eine gemäßigtere Haltung an den Tag gelegt haben [13].

Anders die katholische Gymnasialjugend. Hier wie auch in anderen Orten durch die Vorgänge in Köln mächtig erregt [14], legte sie sich trotz Ermahnungen durch die Schulleitung keine Zügel an: „Sie brachte dem König Pereats aus und schrieb an alle Türen pereat rex" . . .[15]. Außerdem verhöhnten und verprügelten die katholischen Schüler die Kinder evangelischer Beamten [16].

---

[10] Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel, Kgl. Hausarchiv Abt. Gmunden VI, 8 Z 29, Ber. des hannoverschen Gesandten vom 20. Dez. 1837.

[11] DZA Merseburg Rep. 77, Tit. 413, Nr. 3 vol. 2, Ber. du Vignaus vom 26. Nov. 1837.

[12] Vgl. O. Hellinghaus, Der Kulturkampf in Münster, Aufzeichnungen des Kreisgerichtsrates a. D. . . . Ficker, Münster 1928, S. 115. — Offensichtlich hatten sich die gesellschaftlichen Strukturen in Münster in der Folgezeit kaum geändert.

[13] Ebd.

[14] Welche Wirkung das Kölner Ereignis auf die jugendliche Psyche auszuüben imstande war, schildern in eindringlicher Weise die Erinnerungen Franz Lorinsers (Aus meinem Leben Bd. 1, Regensburg 1891, S. 154—159). So schreibt er über die damalige Stimmung unter den Schülern des Gymnasiums in Oppeln: „Die ganze Perfidie der damaligen preußischen Regierung der katholischen Kirche gegenüber hatte sich mit einem Schlage enthüllt; alles Vertrauen, das die Katholiken dieser Regierung gegenüber in betreff einer gerechten und billigen Beurteilung ihrer kirchlichen Angelegenheiten etwa hätten fassen können, wurde völlig zerstört . . . Die herrliche Allokution Gregor des XVI., gegen das preußische Attentat gerichtet, konnte nicht verfehlen, den tiefsten Eindruck auf alle Katholiken des Erdreiches zu machen und die preußischen unehrlichen Machinationen unverhohlen zu offenbaren. Nicht bloß bei uns zu Hause, sondern auch auf dem Gymnasium bei meinen katholischen Mitschülern, war damals alles Feuer und Flamme . . . Daß der preußische Patriotismus, den das königliche Gymnasium zu hegen und zu pflegen auf Anordnung des Kultusministers berufen war, durch das Kölner Ereignis bei den katholischen Schülern, welche in Oppeln immer die Mehrzahl bildeten, besonders befördert worden wäre, kann ich nicht sagen".

[15] Lüdicke, Der Straßenauflauf in Münster, S. 32 f.

[16] Ebd.; ähnlich Ber. du Vignaus vom 26. Nov. 1837 (DZA Merseburg Rep. 77, Tit. 413, Nr. 3, vol. 2).

Daneben fanden sich nahezu täglich Maueranschläge mit Schmähungen auf den König und Aufrufe zur Empörung [17].

Die Erregung ging bald in Tätlichkeiten über; vor allem die Gymnasialjugend legte gegenüber dem Militär zum Teil ein provozierendes Benehmen an den Tag, indem man sich z. B. anschickte, Soldaten von hinten gegen die Beine zu treten [18].

Die Militärbehörden sollen „der unruhigen Bewegung im Volke" acht Tage lang zugeschaut haben, ohne auf die Provokationen zu reagieren. Angeblich hatten sie aus Berlin Befehle erhalten, die Einwohner mit größter Schonung zu behandeln und nur im äußersten Falle mit Gewalt einzuschreiten. Im übrigen sei man sich selbst für die Situation ernsterer Gefahr sicher gewesen, angesichts der ausreichenden Truppenzahl in der Garnison jederzeit Herr der Lage werden zu können [19].

Die Langmut der anwesenden Offiziere war nach den Worten du Vignaus zu bewundern [20]. Schließlich aber riß dem Anführer des auf dem Domplatz exerzierenden Militärs die Geduld und ließ den Gymnasiasten Hellweg und den Seminaristen Koberg, die sich an Keckheit angeblich besonders auszeichneten — ersterer soll einen Offizier geohrfeigt haben [21] —, überraschend arretieren [22].

Hellweg stritt jedoch in der gegen ihn eröffneten Untersuchung nicht nur ab, die geringste Veranlassung zu einer Beschwerde des Militärs gegeben zu haben, sondern beschuldigte, den Weg der Offensive wählend, sogar den diensthabenden Offizier, er habe ihn in grober Weise mißhandelt [23].

In der Folgezeit richtete die Schuljugend ihre Angriffe vor allem gegen eine auf dem Domplatz errichtete hölzerne Bude, die der Mannschaft zur Unterstellung bei schlechter Witterung diente; doch kursierte unter der Bevölkerung der Stadt das Gerücht, daß die Bude dazu benutzt werde, um Soldaten hineinzuschleppen und sie

---

[17] Lüdicke, S. 32 f. — Ähnlich berichtet die Allgemeine Zeitung vom 23. Dez. 1837: „Karikaturen von Doktor Luther wurden an den Straßenecken angeschlagen gefunden." — Ein Spottgedicht auf Luther befindet sich in den Akten des Staatsarchivs Münster unter: Regierung Münster, Kirchenregistratur Abt. IV, Fach 2, Nr. 2. Es hat folgenden Wortlaut:

Bekanntmachung
Doctor Martin Luther ist in der Hölle verbannt.
Das ist uns zwarn alle gut bekannt.
Wer kann aber diesen Sünder retten,
Der da geschlossen liegt in Teufelsketten?
Luther Hurer erster Klasse.
Hing schon früher an der Kapellengasse.
Die Religion war ihm ganz einerlei.
Seine Besänger folgen doch ganz getreu.
Religion ist doch die erste Tugend
Für das Alter und die Jugend.
Wer zerbrach aber diese Nuß?
Unser König Ultimus.
Telgte d. 12. 37. Ein Vorstand.

[18] Vgl. F. Keinemann, Vorwürfe gegen Gymnasiasten wegen angeblicher Beteiligung an den Unruhen in Münster und Paderborn im Dezember 1837 und Januar 1838, in: WZ 1972; ferner Qu. Nr. 82.

[19] Allgemeine Zeitung vom 23. Dez. 1837.

[20] Vgl. Qu. Nr. 82.

[21] Brief Annettes von Droste-Hülshoff vom 9. Febr. 1838 (Cardauns S. 157).

[22] St. A. Münster, Regierung Münster, Nr. 1133, Urteil gegen den Gymnasiasten Vagedes.

[23] Ebd., Aussage des Clemens Hellweg.

dort zu prügeln, damit es niemand von den Bürgersleuten sehe [24]. Vorurteile aus früherer Zeit verbanden sich offensichtlich mit der durch die konfessionelle Erregung erzeugten Bereitschaft, alles Negative über die „Preußen" zu glauben. Demgegenüber ging vom Oberpräsidenten und der Regierung in Münster keine wirksame Aufklärungskampagne aus. Alles was man an Präventivmaßnahmen gegen einen evtl. Aufruhr unternahm, waren gewisse militärische Dispositionen. So wurde aufgrund der Ausschreitungen die Hauptwache, die sich damals im Rathaus am Prinzipalmarkt, wenige Schritte vom Domplatz entfernt, befand [25], durch einen Unteroffizier und sechs Mann verstärkt und die Bereithaltung von einer Kompagnie Infanterie sowie einer Husarenabteilung von 50 Pferden angeordnet [26].

Am Abend des 10. Dezember (zwischen 17 und 18 Uhr) versammelte sich nach Aussage eines dort Wache stehenden Musketiers „eine bedeutende Anzahl Knaben sowie auch erwachsener Personen" und schickte sich an, die Bude durch Steinwürfe und Schläge mit Knüppeln zu demolieren. Dabei drängte man den Musketier zurück und versuchte, ihm das Gewehr zu entreißen, was der Menge jedoch nicht gelang. Inzwischen waren ein von der Hauptwache entsandter Unteroffizier und einige Polizeibeamte auf dem Domplatz angelangt, woraufhin die Menge von der Bude zurückwich. Dabei rief man der Wache zu, „man kenne sie wohl; solange sie dort stehe, werde man nichts weiter unternehmen; demnächst aber werde man die Bude in Brand setzen und ... gänzlich demolieren" [27]. Daß es sich nicht um leere Drohungen handelte, sollte sich bereits kurze Zeit später zeigen, als man in der Nähe der Bude zwei Gestalten bemerkte, welche dabei waren, Feuer zu legen [28].

Gegen 12 Uhr folgenden Tages soll sich dann das Gerücht verbreitet haben, es werde von einem Geistlichen eine Messe für das Heil des in Minden gefangengehaltenen Erzbischofs gelesen, was zur Folge gehabt habe, daß sich zahlreiche Menschen zu der betreffenden Kirche begeben hätten. Indes hätten sie sich in ihrer Erwartung getäuscht gefunden, was den Argwohn erweckt habe, daß das Vorhaben des Geistlichen von der Behörde verboten worden sei. Die daraufhin entstandene Erregung habe dann zu den bekannten Ausschreitungen geführt [29]. Für diese Meldung findet sich keine weitere Bestätigung. Unmöglich erscheint ein

---

[24] Lüdicke S. 33. — Welche Kreise diese Gerüchte gezogen hatten, beleuchtet z. B. ein Schreiben Johannes Laurents aus dem vom Schauplatz der Unruhen weit entfernten Gemmenich (18. Dez. 1837): „Die Unruhen in Münster haben Sie gewiß aus den Zeitungen vernommen; aber das ist da nicht gemeldet, daß in der vorkommenden Bretterbude auf dem Domhofe die Rekruten während des Hochamtes im Dom exerzieren mußten, mit solchem Lärm, daß der Gottesdienst gestört war. Da sich die Geistlichen beschwerten, wurden sie brutal abgefertigt; und dann versammelte sich das durch die Entführung des Erzbischofs höchst erbitterte Volk zum Einreißen der Bude, hernach zur Erstürmung der Hauptwache usw." (Möller, Laurent I S. 311). — Demgegenüber betont der münstersche Regierungsvizepräsident du Vignau ausdrücklich, beim Exerzieren sei jedmögliche Rücksicht darauf genommen worden, daß der Gottesdienst nicht gestört worden sei (vgl. Qu. Nr. 82).

[25] Prinz, Das Rathaus zu Münster S. 29.

[26] Lüdicke, Der Straßenauflauf in Münster S. 34.

[27] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1133, Urteil gegen den Gymnasiasten Vagedes ...

[28] Ebd.

[29] Allgemeine Zeitung vom 20. Dez. 1837.

solcher Zusammenhang allerdings nicht, zumal, wenn man zum Vergleich entsprechende Vorfälle aus der Rheinprovinz heranzieht.
Fest steht jedenfalls, daß sich am Nachmittag des folgenden Tages (Montag, 11. Dezember) erneut eine Menschenmenge auf dem Domhof versammelte [30]. Gegen 19 Uhr verstärkte sie sich durch die vom Gymnasium heimkehrenden Schüler. Etwa 100 bis 150 Menschen hatten bereits seit etwa 16.30 Uhr einen Halbkreis um den an der Bude aufgestellten Militärposten gebildet. Man warf mit Steinen gegen die Bude, und sowie einer traf, entstand allgemeines Gelächter. Auf die Aufforderung zweier herbeigeeilter Gendarmen, sich zu entfernen, zerstreute sich zwar die um die Schildwache versammelte Menge, um sich jedoch auf dem Platz vor dem Regierungsgebäude wieder zusammenzufinden. Der Anweisung des dort stationierten Polizeisergeanten, den Platz zu verlassen, kamen jedoch nur wenige Menschen nach. Daraufhin wurde der Gymnasiast Vagedes von dem Sergeanten und einem Gendarmen festgenommen und zum Rathaus (Hauptwache) abgeführt. Ihnen folgte ein Teil der Menschenmasse unter dem Ruf „Drauf mit dem Kerl!" Die zurückgebliebene Menge, die sich zusehends durch Zulauf an Zahl verstärkte [31], setzte das Werfen mit Steinen gegen die Bude fort. Ein kurze Zeit später eintreffendes, von zwei Offizieren geführtes Militärkommando in Stärke von 30 Mann wurde auf dem Markte mit großem Geschrei und dem Ruf „Hurra! Vivat Clemens August!" [32] empfangen, wobei der Tambour des Kommandos von einem Stein getroffen wurde.
Unterdes waren die Bemühungen der Polizeibeamten, die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen, erfolglos geblieben; vielmehr ernteten sie Spott und Hohn und wurden mit Zurufen bedacht wie „Der Kerl predigt wie ein Pfaff".
Auch das Zureden führender Offiziere und Verwaltungsbeamter wie des Obersten von Björnstierna, des Majors von Steinäcker, des Polizeikommissars Wermerskirch, des Stadtrats von Forckenbeck, ja sogar die von Trommelwirbel angekündigte Ansprache des Oberbürgermeisters von Münstermann hatten — wie heutzutage vielfach bei ähnlichen Anlässen die über Lautsprecher verbreiteten Aufforderungen der Polizei — nicht die geringste Wirkung.
Vielmehr schien sich die Erregung zu einem förmlichen Volksaufruhr zu steigern. „Die Volksmenge wurde immer dichter und drohender [33], und die nach Vorschrift zu wiederholten Malen mit Trommelschlag proklamierte Aufforderung zum Auseinandergehen" — ein in einer solchen Situation, wie es sich schon in Neuß gezeigt

---

[30] Für das Folgende: St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1133, Urteil gegen den Gymnasiasten Vagedes.
[31] In welcher Weise sich die Nachricht von den Tumulten in der Stadt verbreitete und welches Echo sie bei der Bevölkerung fand, illustriert z. B. die Unterhaltung zwischen dem bei den Vorfällen festgenommenen 25jährigen Joseph Schönig und seiner Schwester. Letztere fragte ihn: „Joseph, willst Du nicht herausgehen? Auf dem Markte ist Revolution". Auf seine Entgegnung, was er dort machen solle, erwiderte sie: „Du bist eine alte Schlafmütze", woraufhin Schönig sich zum Markt begab (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1133, Urteil gegen den Gymnasiasten Vagedes).
[32] Ähnliches berichtet auch Annette von Droste-Hülshoff, und zwar soll außerdem der Ruf zu vernehmen gewesen sein: „Nieder mit den Preußen! ajas! ajas! wat möttet sick de Cölnsken schärmen!" (Cardauns S. 157 f).
[33] Nach dem Bericht Annettes von Droste-Hülshoff drängten sich mehrere tausend Menschen auf dem Domplatz und dem Markt (Cardauns S. 157 f.).

hatte, wenig wirkungsvolles Mittel — wurde mit Geschrei und Lärm beantwortet. „Schon war an mehreren Stellen das Straßenpflaster aufgerissen, und Kieselsteine flogen gegen das ruhig haltende Militär. Die Menge begann, gegen die Mannschaften anzudrängen, während die Studentenhaufen gegen die vor der Regierung aufgestellte Linie sich vorschoben“ [34]. In dieser gespannten Situation wurde das von Wrangel angeordnete Eingreifen der 11. Husaren unter Graf Solms entschieden [35]. Zwar hielt es schwer, die Menschenmasse zurückzudrängen, doch die Husaren halfen mit flachen Hieben nach, „hieben aber auch auf einzelne scharf ein, weil Steine auf sie geschleudert wurden, auch gemeine Schimpfworte gegen sie sich vernehmen ließen“ [36]. „Es schien, als wäre jeder Husar ein Teufel geworden, überall, wo sich nach taktischen Regeln kein Husar hinwagen soll, sah man sie im Trabe und im Galopp umherrasen, nichts hielt vor ihren Hieben stand“ [37].

Wrangel gab den Befehl, nur die zu verhaften, welche sich nach empfangenen Hieben noch zur Wehr setzten [38].

Daß unter diesen Umständen von den Soldaten nicht immer zimperlich verfahren wurde [39] und daß sich bei der Auflösung der Menschenknäuel Wortwechsel abspielten, wie sie immer wieder in den Auseinandersetzungen zwischen Ordnungshütern und rebellierender Jugend vorkommen, zeigen die Protokolle über die Verhaftung einzelner Studenten und anderer junger Leute.

So heißt es in der Aussage des Handelslehrlings Erdhütter, daß er auf dem Wege von einem Husaren grundlos angefallen sei, der ihm mit der flachen Klinge Hiebe erteilt und ihn angeschrieen habe: „Du münsterscher Pfahlbürger, du Lausehund — haut sie alle in die Pfanne“ [40]. In einer anderen Aussage [41] wird angeführt: „Ich

---

[34] Zurbonsen S. 263.

[35] Ebd. S. 35 f. — Der Einsatz von berittenen Truppen war zweifellos unter diesen Umständen der zweckmäßigste und wirksamste, wie es sich auch heutzutage noch zuweilen bei der Zerstreuung von Demonstranten erweist.

[36] Lüdicke, Der Straßenauflauf in Münster, S. 264. — In welchem Maße die Anwendung flacher und scharfer Hiebe von dem jeweiligen Standpunkt völlig anders gedeutet wurde, zeigen z. B. die Erinnerungen Kappens: „Die Husaren des 11. Husarenregiments, meist Münsteraner und Landeskinder, sprengten durch die Straßen, hieben jedoch mit flacher Klinge, während einige Bielefelder scharf hieben“ (Erinnerungen aus alter und neuer Zeit S. 119). — Im übrigen kursierte das Gerücht, Wrangel habe der Kavallerie den Befehl gegeben, sich im allgemeinen nur der flachen Klinge bei dem Auseinandertreiben des Volkes zu bedienen, jedoch auch hier und da die Widerspenstigsten etwas in die Gesichter zu zeichnen, um sie bei den weiteren Untersuchungen leichter wiederzuerkennen (Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1, Konv. 86, Fasz. 1837, Nr. 32, Ber. des Großherzoglich-hessischen Ministerresidenten Schaeffer von Bernstein, Berlin 20. Dez. 1837).

[37] Zurbonsen S. 35 f. — Ähnlich Annette von Droste-Hülshoff: „... Die Soldaten waren wie Tiger, sie ritten in die Haustüren und hauten in die offenen Zimmer hinein; bei einem Bäcker sind sie bis an den Küchenherd geritten und haben dort die Frau und zwei Männer gestochen, die Bürger schäumten vor Wut, aber sie waren gänzlich unbewaffnet, der Steinvorrat längst zu Ende, und so zerstreuten sie sich“ (Cardauns S. 158).

[38] Zurbonsen S. 35.

[39] Die Allgemeine Zeitung vom 25. Dez. 1837 spricht von 2 Toten und 16 Schwerverletzten als Folge der Zusammenstöße. Diese Meldung wird in der offiziösen Darstellung des Westfälischen Merkurs vom 31. Dez. 1837 als völlig grundlos zurückgewiesen. Auch die Version Annettes von Droste-Hülshoff, daß etwa 300 Bürger verletzt worden seien (Cardauns S. 159), findet keine weitere Bestätigung.

[40] Stadtarchiv Münster Rep. B Tit. V Abt. 1 Nr. 5 Fach Nr. 44.

[41] Ebd.

sah jetzt, wie der Polizeisergeant auf die erwähnten jungen Leute zutrat und den einen von ihnen [den Studenten Vagedes] im barschen Tone mit den Worten anfuhr: ‚Was haben Sie hier zu stehen?' Der junge Mensch antwortete: ‚Mein Gott, ich stehe hier ja ganz ruhig und tue keinem Menschen etwas zuleide'. Der Polizeisergeant in noch barscherem Tone als früher: ‚Sie sollen sich wegscheren. Sie sollen hier nicht stehen, (wobei der Polizeisregeant dem jungen Menschen beim Arme griff), ‚sonst sollen sie sehen, was es gibt'. — Der junge Mensch: ‚Wenn mir dieses in Ordnung gesagt wird, dann kann ich auch gehen'. — Der Polizeisergeant: ‚Sie sind ein Narr!' — Der junge Mensch: ‚Wie können Sie sagen, daß ich ein Narr bin?' — Hierauf begab sich der junge Mensch nach dem Markt hin mit zwei oder dreien seiner Begleiter; einer der Gendarmen wendete sich an den Polizeisergeanten mit den Worten: ‚Es ist immer besser, wenn man die Leute in Artigkeit zur Ruhe bringt als auf diese Weise'. — Der Polizeisergeant drehte sich hierauf herum, folgte den jungen Leuten, die bis an Coppenrath gelangt waren, griff sich den, der sich Vagedes nennen sollte, beim Arm und zog ihn mit sich. Etwa 8 Soldaten kamen hierauf hinzu, nahmen ihn in Empfang, und wurde er zum Polizeiamte hingeführt" [42].

Um einer Wiederholung derartiger Vorfälle vorzubeugen, erließ der Oberbürgermeister tags darauf folgende Bekanntmachung [43]: „Zur Verhütung ähnlicher tumultuarischer Aufläufe, als gestern abend stattgefunden haben, wird hiermit verordnet: Alle Hausväter, Lehrer, Meister und Dienstherrschaften haben ihre Untergebenen über die unausbleiblichen Folgen solcher Störungen der öffentlichen Ruhe zu belehren, die strengste Aufsicht über dieselben zu führen und namentlich darauf zu halten, daß ihre Untergebenen mit Eintritt der Dämmerung nicht unnötig auf den Straßen sich aufhalten oder umhertreiben. In polizeilicher Hinsicht wird ferner vorläufig 1) die Polizeistunde für Zusammenkünfte an öffentlichen Orten, in Gasthöfen und Wirtshäusern etc. auf abends 9 Uhr festgesetzt; 2) alles Schreien, Pfeifen und Singen auf den Straßen bei Strafe verboten; 3) jedes Zusammentreten und Verweilen von mehr als fünf Menschen, insbesondere bei Eintritt der Dunkelheit, bei Vermeidung sofortiger Verhaftung untersagt und 4) bestimmt, daß wenn auch selbst weniger als fünf Menschen zusammen stehen, sich diese dennoch auf die erste Anforderung eines Polizeibeamten ruhig entfernen."

Um ganz sicher zu gehen, soll man am Dienstag (12. Dezember) die ganze Garnison in Alarmbereitschaft gesetzt haben. Jedem Mann seien 12 scharfe Patronen und jedem der 40 Geschütze zweilötige Kartätschen zugeteilt worden [44]. Auch habe man die Garnison bedeutend verstärkt. So seien am 15. Dezember eine Schwadron des 11. Husarenregiments aus Hamm und am folgenden Tage das Füselierbataillon

---

[42] Ebd. — Wenn es, wie berichtet, stimmen sollte, daß ein von einem Husar in die Ecke gedrängter Mann ausgerufen hat: „Ach, lieber Herr, verschonen Sie mich, ich will ja gern evangelisch werden" (Hase S. 202), dann dürfte das darauf hindeuten, daß unter der einfachen Bevölkerung in Münster merkwürdige Vorstellungen über die wahren Absichten der preußischen Kirchenpolitik verbreitet waren. — Hierzu die Allgemeine Zeitung vom 6. Jan. 1838: „Man kann hieraus abnehmen, welcherlei Fabeln man hier und dort bemüht ist, dem niedern Volke aufzubinden".

[43] Nach der Wiedergabe im Westfälischen Merkur vom 14. Dez. 1834.

[44] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 25. Dez. 1834.

des 15. Infanterieregiments — fast ausschließlich aus evangelischen Teilen Westfalens sich rekrutierende Truppen — in Münster eingerückt [45].

Anzeichen von Widersetzlichkeit waren nicht mehr wahrzunehmen. Die Rebellion schien, zumindest äußerlich, im Keime erstickt [46]. So konnte die Regierung in Münster in ihrem Zeitungsbericht für Januar 1838 [47] bemerken: „Die durch die erzbischöfliche Angelegenheit veranlaßte Spannung der Gemüter der katholischen Eingesessenen dauert noch fort. Jedoch ist die öffentliche Ruhe und Ordnung dadurch nicht gefährdet“ [48].

In Münster sollen daraufhin auch allmählich die militärischen Sicherheitsvorkehrungen abgebaut worden sein. Nur das eine halbe Stunde von der Stadt entfernt liegende Pulvermagazin habe weiterhin scharfer Bewachung unterlegen [49].

Das begrenzte und doch wirkungsvolle Einschreiten Wrangels ist höheren Orts offenbar gebührend gewürdigt worden. So heißt es in einer vom 24. März 1838 datierten Korrespondenzmeldung der Allgemeinen Zeitung [50] aus Münster: „Man spricht hier viel von den bevorstehenden Beförderungen und Versetzungen unter den höheren Offizieren unseres 7. Armeekorps; nur von einer Versetzung des Generalmajors von Wrangel vernimmt man nichts Sicheres, und in den besser unterrichteten Kreisen wird eine solche durchaus verneint. Indessen ist er hier ganz an seiner Stelle und der geeignete Mann, um etwaigen, freilich nicht so leicht zu befürchtenden Meutereien vorzubeugen, da er Ruhe und weise Milde mit Festigkeit und Strenge vereinigt. Zu gerechter Anerkennung solcher Eigenschaften hat sich auch der törichte Unwille der hiesigen Bürgerschaft wegen seines kräftigen Einschreitens bei den Unruhen des 11. Dez. bereits seit einiger Zeit gelegt.“

Unterdessen nahm der Prozeß gegen die bei den Tumulten verhafteten Bürger seinen Fortgang. Am 13. Febr. 1838 wurde das Urteil verkündet. Dabei wurde Wilhelm Vagedes zu dreimonatigem Festungsarrest verurteilt, während Johann Bernhard Vinckhöfer, Franz Anton Essmann und Joseph Schönig mit einer Zuchthausstrafe von je 7 Monaten belegt wurden [51].

---

[45] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 14. Jan. 1838.

[46] Nach einem Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 25. Dez. 1837 soll sich am Tage nach den Unruhen kein Bürger auf den Straßen haben blicken lassen.

[47] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 Bd. 6.

[48] Eine ähnliche Ansicht vertritt auch ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung (Beilage zur Ausgabe vom 14. Jan. 1838): „Daß das strenge Verfahren gegen den Erzbischof von Köln auch in dessen Geburts- und vieljährigem Aufenthaltsorte Münster, wo er seiner Frömmigkeit und Wohltätigkeit wegen bei der Masse des Volks in großem Ansehen stand, eine mehr als gewöhnliche Aufregung hervorrufen mußte, ist leicht zu begreifen. Auch ist nicht in Abrede zu stellen, daß ohne eine solche, leider auch jetzt noch fortbestehende Aufregung der durch die letzten Nachrichten aus Rom noch mehr gespannten Gemüter, es in der Hauptstadt Westphalens, die bei dem letzten Besuche des Kronprinzen so unzweideutige Beweise ihrer Loyalität gegeben hat, wohl nie zu Auftritten, wie am Abende des 11. Dez., gekommen sein würde; allein von solch' vorübergehendem Straßenskandal bis zu einem Aufruhr ist glücklicherweise noch ein weiter Weg, und davon, daß dieser betreten werden sollte, keine Spur vorhanden“.

[49] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 14. Jan. 1838.

[50] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 9. April 1838. — Am 1. Mai 1838 meldet die Allgemeine Zeitung ferner, daß das Gesuch Wrangels um Versetzung „von dem Könige in einem sehr huldreichen Schreiben aus dem Grunde abgelehnt worden“ sei, „daß eine Versetzung als Mißbilligung seiner letzten Amtsführung erscheinen könnte“.

[51] Die weiteren Bestrafungen waren folgende: Hermann Falbrede (7 Monate Gefängnis), Anton Roeling (7 Monate Strafarbeit), Ferdinand Moll (2 Monate Zuchthaus), Hein-

Von der heutigen Situation aus ergibt sich insbesondere die Fragestellung, welchen Anteil Schüler und Studenten an den Unruhen gehabt haben. Daß sich unter der zusammengerotteten Menge eine Reihe von Personen dieses Kreises befand, erscheint nach den vorliegenden Berichten durchaus glaubhaft. Eine andere Frage ist die, ob und inwieweit die Jugendlichen und Studenten als die Initiatoren der Aktionen anzusehen sind. Hierzu findet sich seitens des Provinzialschulkollegiums in Münster eine Stellungnahme, in welcher es als keineswegs erwiesen bezeichnet wird, daß die „Störungen und Neckereien des Militärs hauptsächlich von Gymnasialschülern und Studierenden ausgegangen" seien. Wenn diese auch daran beteiligt gewesen seien, so müsse man das doch in erster Linie Erwachsenen zur Last legen, welche durch unbesonnene und verderbliche Äußerungen die Jugend absichtlich hierzu verleitet hätten [52]. Eine ähnliche Äußerung liegt von dem Direktor des münsterschen Gymnasiums, Nadermann, vor. Nach einem von ihm am 9. November seinen Schülern mitgeteilten Verbot, „sich auf dem Domhofe dem Militär beim Exerzieren zu nähern", habe er, wie er eidlich beteuern könne, zwar eine Reihe von Jugendlichen, aber keine Gymnasiasten an dieser Stelle bemerkt [53]. In diesem Zusammenhang spricht der Münsteraner Pfarrer Kappen, der die Vorfälle in jungen Jahren selbst erlebt hat, lediglich davon, daß die Jugendlichen in die Tumulte hineingerissen wurden [54]. Eine ähnliche Ansicht hat man damals auch in Berliner Regierungskreisen vertreten, wie der kurhessische Gesandte Wilckens von Hohenau berichtet. So glaube man, daß die Revolutionäre auch hier wieder nach ihrem bekannten System vorgegangen seien, zuerst junge Leute, Gymnasiasten und Seminaristen, gewissermaßen als Avantgarde vorzuschicken, damit diese auf einen Volksauflauf hinarbeiteten [55]. Es fehlte allerdings auch in Berlin nicht an Stimmen, welche die Seminaristen für die Hauptanstifter der Vorfälle hielten [56]. In diesem Sinne schreibt auch ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung in der Aus-

---

rich Ebers (2 Monate Gefängnis), Bernhard Münnich (3 Monate Gefängnis), Christoph Linde (14 Tage Arrest); Urteilsbegründungen in St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1133. — Über die Aufnahme des Urteils in der Öffentlichkeit berichtet ein Korrespondent aus Münster in der Allgemeinen Zeitung vom 27. Febr. 1838: „Leider wurden diejenigen, welche nach erfolgtem Befehl, sich zu entfernen, noch einigen Mutwillen verübten, am härtesten bestraft, wie dieses der Gang des Gesetzes mit sich bringt, während einige v o r erfolgtem Befehl hauptsächlich tätige Individuen mit leichten Strafen davon gekommen sind. Allgemein bedauert man das Los einiger honneter Leute, welche, wie man sagt, nur neugierig zuschauend sich nicht schnell genug entfernten und ebenfalls zur Strafe gezogen sind". — Nach einer Meldung der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 25. Aug. 1838 soll indes in zweiter Instanz das Strafmaß erheblich gemindert worden sein.

[52] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 Bd. III, Ber. des Provinzialschulkollegiums vom 9. Juni 1838; vgl. auch Keinemann, Vorwürfe gegen Gymnasiasten aaO.

[53] St. A. Münster, Provinzialschulkollegium Nr. 712, Ber. Nadermanns vom 18. Dez. 1837.

[54] So schreibt er in seinen Erinnerungen: „In Münster entstand eine Volksbewegung, wie man sie kaum sich jetzt vorstellen kann, und diese artete an einem Abende kurz nach der Gefangennehmung des Erzbischofs in einen Auflauf aus, in welchen leider auch die akademische Jugend hingerissen wurde. Der Markt wimmelte von Menschen, die Bürger waren zum großen Teile mit eisernen Stangen, Holzstücken etc. bewaffnet; es herrschte eine furchtbare Erbitterung; das ganze alte Mißtrauen und die Abneigung gegen die preußische Herrschaft war in hellen Flammen wieder aufgelodert" (S. 118).

[55] Vgl. Qu. Nr. 84.

[56] Ebd. Nr. 83.

gabe vom 27. Febr. 1838 den übermütigen Gymnasiasten einen nicht unbeträchtlichen Anteil an den Zusammenstößen zu [57]. Über eine Beteiligung der Gymnasialjugend an den münsterschen Tumulten berichtet auch die Schloßherrin von Nordkirchen, Maria Gräfin Esterhazy, in ihrem Tagebuch [58]. Allerdings deutet die Tatsache, daß die Studenten der Akademie nicht nur seitens des Rektors durch eine Bekanntmachung am Schwarzen Brett, sondern sogar von den Professoren im Kolleg vor einer weiteren Behelligung des Militärs gewarnt worden waren [59], darauf hin, daß das Vorgehen der akademischen Jugend ernsthafte Besorgnis ausgelöst hatte. Andererseits ist es auffällig, daß sich unter den anläßlich des Tumults Verhafteten außer den Gymnasiasten Hellweg und Vagedes nur ein Student befand, der dazu noch freigesprochen wurde. Daraus ist allerdings nicht unbedingt auf eine geringe Beteiligung der akademischen Jugend an den Ausschreitungen des 11. Dezember zu schließen; denn die Schüler und Studenten scheinen sich geschickt den Rückzug offengehalten zu haben [60]. Es ist doch wohl kaum anzunehmen, daß sich die Gymnasiasten und Studenten, nachdem die voraufgegangenen Störaktionen in erster Linie von ihnen getragen worden waren, von den Tumulten des 11. Dezember ferngehalten hätten. Inwieweit sie hierbei Initiatoren oder Mitläufer waren, wird allerdings kaum zu beantworten sein, wenn auch die Regierung zu Münster in ihrem Verwaltungsbericht für 1837 abschließend zu der Feststellung gelangt, daß „der Bürgerstand dem mutwilligen Treiben der Jugend fremd geblieben" sei [61]. Freilich dürfte sich die an den Unruhen beteiligte „Masse" keineswegs allein aus der Schul- und akademischen Jugend zusammengesetzt haben, dazu reichte ihre Zahl kaum hin; vielmehr dürften nicht wenige Angehörige der unteren Schichten, insbesondere Handwerksburschen, Tagelöhner usw. unter der Menge zu finden gewesen sein. Ist auch der Bürgerstand im engeren Sinne (Mitglieder des Mittelstandes mit Bürgerrecht) wohl kaum auf der „Straße" anzutreffen gewesen, so scheint es jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Unmutsbekundung, zumindest in der Sicht eines Protestes gegen die Bedrückung ihrer Kirche, vielen wie aus dem Herzen gesprochen war, wenn sie auch vielleicht die zeitweise zu ver-

---

[57] In einer zusammenfassenden Rückschau heißt es hier: „Übrigens wird über jenen Tumult, gewöhnlich hier ‚die Revolution' genannt, im allgemeinen nur gelacht; es war auch nur ein höchst lächerliches Ding, veranlaßt durch den Übermut einiger Gymnasiasten und Leute aus dem Pöbel, welcher Übermut von Seite des Militärs zu wichtig genommen wurde. Hätte man die Rädelsführer beizeiten durch Polizei und Gendarmerie greifen und die Wache auf dem Rathause, statt sie unter Gewehr zu rufen, ruhig im Stübchen bleiben lassen, so wäre die Versammlung, nachdem sie wacker durchgefroren, von selbst nach Hause gegangen. So aber kam eine große Spannung zwischen Zivil und Militär zu der schon bestehenden zwischen Katholiken und Protestanten hinzu. Anlangend unsere Gymnasiasten, so ist deren Disziplin außerordentlich gesunken, was mehr oder weniger von der ganzen hiesigen Schuljugend gilt und eine öffentliche Rüge der Behörden notwendig machte".

[58] „Von Münster kam die traurige Nachricht, daß die Gymnasiasten dort am 11. einen kleinen Auflauf gemacht hätten ... Anderes müßiges Gesindel gesellte sich dazu" (Arch. Nordkirchen X a Kasten 1 Nr. 2, 14. Dez. 1837).

[59] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1133, Rektor und Richter der Kgl. Akademie an die Regierung zu Münster, 11. Dez. 1837.

[60] So heißt es in den Erinnerungen Kappens: „Die Akademie hat sich auf dem Domplatz aufgestellt und nach einigermaßen taktischem Plan Deckung hinter den Bäumen gesucht und zugleich eine Rückzugslinie durch die Pferdegasse sich reserviert. Diese Vorsicht war nicht unbegründet" (S. 118).

[61] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 318.

zeichnende Umwandlung der gewohnten bürgerlichen Ruhe und Ordnung in eine Art Hexenkessel mit gemischten Gefühlen betrachtet haben.

Was den Vorwurf angeht, daß die höheren Klassen der Gesellschaft, insbesondere der Adel, mehr oder minder mit den stattgefundenen Aufläufen in Verbindung zu bringen seien [62], so hat dies nicht nur aus Kreisen des Adels [63], sondern auch durch den münsterschen Regierungsvizepräsidenten du Vignau ein energisches Dementi gefunden [64]. Angesichts der Überlieferung, daß der Adel in Münster in strenger Abkapselung „ein Leben ganz für sich" lebte [65], daß es an „Salons", in denen Adel und Bürgertum sich zu gemeinsamem Räsonnement über den Staat zusammenfinden konnten, gänzlich fehlte, erscheint seine Konspiration mit unruhigen Elementen anderer Schichten in der Tat unwahrscheinlich.

In der Folgezeit soll es zwischen der Bürgerschaft und dem Magistrat wegen dessen angeblich unnötiger Anforderung von Militär zur Bekämpfung der Tumulte zu ernstlichen Differenzen gekommen sein [66], was offensichtlich bestätigt, daß unter den „Bürgern" nicht unbedingt einhellige Empörung über die Rebellion geherrscht hat. Ferner überreichten münstersche Bürger, denen allerdings doch nach der Darstellung du Vignaus angesichts der mit eigenen Augen wahrgenommenen Folgen und Auswirkungen der Unruhen eine Wiederholung derselben unerwünscht sein mußte [67], eine vom 8. Juli 1838 datierte [68] Denkschrift gegen eine angeblich einseitige Darstellung der Vorfälle dem Prinzen Wilhelm anläßlich seines Aufenthalts in Münster. In dieser heißt es über die Vorkommnisse vom 11. Dez. 1837: „Die den höchsten Behörden hierüber zugegangenen Berichte sind, was wir später erfuhren, von der Art, daß sie das nachteiligste Licht auf sämtliche Einwohner der Stadt werfen muß, weshalb wir uns denn auch veranlaßt sahen, daß über die einzelnen datas, die Verwundungen der Bürger, Eindringen des Militärs in einzelne Wohnungen etc. die nötigen Untersuchungen vorgenommen und die sich hieraus ergebenden Resultate gleichfalls den höchsten Behörden vorgelegt werden möchten. Ersteres ist zwar geschehen, allein letzteres unterblieben, denn hierdurch würde sich ergeben haben, daß nicht allein kein einziger Bürger [69] an dem Tumult den geringsten Anteil gehabt, sondern auch, daß das Einschreiten des Militärs ganz unnütz und nur aufreizend war" [70].

Die Eingabe fand jedoch kein Gehör. Vielmehr beauftragte Prinz Wilhelm die münstersche Regierung, den Unterzeichnern der Petition die Gründe für die Ab-

---

[62] Vgl. hierzu auch oben S. 238.

[63] So scheint einmal aus der Tagebuchbemerkung der Gräfin Esterhazy (oben Anm. 58) eine Mißbilligung über das Vorgehen der Gymnasiasten und des sonstigen „müßigen Gesindels" hervorzugehen; zum andern hatte auch Annette von Droste-Hülshoff den Vorwurf einer Beteiligung des Adels bestritten (Cardauns S. 159).

[64] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, Ber. vom 15. Dez. 1837.

[65] Brückmann S. 147 f.

[66] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 18. Aug. 1838.

[67] Vgl. Qu. Nr. 79.

[68] Diese soll, wie ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (18. Aug. 1838) aus Münster bemerkt, schon früher fertiggestellt gewesen sein, doch sei die Absendung „aus gewissen Rücksichten" unterblieben.

[69] D. h. aufgrund der Einkommens-, Besitz- und Bildungsverhältnisse ausgestattete Stadtbewohner.

[70] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, 8. Juli 1838.

lehnung einer Wiederaufnahme des Verfahrens darzulegen. In diesem Bescheid [71] wird u. a. ausgeführt: „Denn die Tatsachen stehen offenkundig fest, daß, wenn auch unverabredet und unvorbereitet, aus zufälliger unbedeutender Veranlassung am besagten Tage ein zahlreicher Zusammenlauf an der Hauptwache stattgefunden, diese durch Verhöhnung und Steinwürfe sträflich insultiert hat, daß derselbe auf wiederholte Aufforderung der Behörde sich nicht zerstreuen wollen, daß vielmehr die Angriffe durch Worte und Steine auf die anrückende Infanterie fortgesetzt worden, daß seitens des Militärs von den unter solchen Umständen g e s e t z l i c h gestatteten Maßregeln nur ein s e h r beschränkter Gebrauch gemacht worden ist, um dem Unfuge endlich ein Ziel zu setzen. Daß hierbei von einzelnen Patrouillen nicht gehörig unterschieden, das Maß in mehreren Fällen überschritten, auch ruhige Einwohner in Straßen, auf welche der Tumult sich nicht ausgedehnt hatte, verletzt, selbst verwundet worden sind, ist allerdings nicht zu bezweifeln und zu beklagen, jedoch von solchen Fällen unzertrennlich und unvermeidlich, und ein Trost, daß kein Menschenleben dabei betroffen, wiewohl zu besorgen, wenn, was gesetzlich zulässig, von der Schießwaffe Gebrauch gemacht worden wäre."

Durch das konsequente Durchgreifen des Militärs wurde jedenfalls — von einigen Plakatanschlägen und Pamphleten während der nächsten Tage [72] abgesehen — die Ruhe in Münster wiederhergestellt [73]. Es heißt jedoch, die Ruhe habe eher der eines Kirchhofs geglichen [74]. Lediglich das Auftreten des münsterschen Pelzhändlers Benz erregte ein gewisses Aufsehen. Er stieß im Wirtshaus „die gröblichsten

[71] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1133, Schr. Vinckes vom 17. Juli 1838.

[72] Am Morgen des 14. Dezember fand man in einigen Straßen eine Anzahl von Flugblättern, offenbar sämtlich von der Hand eines Schülers, in denen es hieß (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5 Bl. 90—92):
O, armes Preußen!
Katholiken zu den Waffen,
Nieder mit dem Kümmelkönig!
Es lebe Clemens August!
Catholiques aux Armes,
Katholiken zu den Waffen,
Auf zur Rache!
Nieder mit Wrangel, dem Banditen,
Nieder mit den Preußen!
Katholiken auf zur Rache!
Nieder mit den Lutheranern!
Es leben die Katholiken,
zu den Waffen, zur Rache!
Fort mit den Preußen!
Nieder mit Solms, dem Schurken!
Graf Solms, Rittmeister bei den Husaren.
Ebenso wurde in der Nacht vom 15. zum 16. Dezember an einem Hause am Markt ein Zettel mit den Worten „Es lebe die Freiheit! Nieder mit den Preußen!" angeheftet, während am Abend in verschiedenen Straßen Papierstreifen mit verschiedenen Parolen, u. a. „Nieder mit Preußen! Auf, Katholiken, zur Wache!" vorgefunden wurden (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, Ber. des Oberregierungsrats Rüdiger vom 23. Dez. 1837). — Vgl. ferner Qu. Faksimile Nr. E.

[73] So schreibt du Vignau am 15. Dez. 1837 an Rochow: „Ew. Ezellenz beehre ich mich in Verfolg meines Berichts vom 13. d. M., die Vorfälle in hiesiger Stadt am Abend des 11. ejusdem betreffend, ganz gehorsam anzuzeigen, daß die vom 13. bis heute verflossene Zeit nicht bloß in gewöhnlicher Ruhe, sondern fast in ungewöhnlicher Stille verlaufen ist" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5).

[74] Zitiert bei Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 95.

Schmähungen und Drohungen" gegen den König und die Regierung aus und forderte zur Überwältigung der Truppen auf. Bei seiner Verhaftung fand man in seiner Rocktasche eine geladene Pistole [75]. Ebenso bescheinigte der münstersche Oberbürgermeister von Münstermann der akademischen Jugend, daß sie „ihrer allgemeinen innerlichen Aufgeregtheit" nicht mehr durch ein „verbotswidriges Benehmen" Luft gemacht habe. Lediglich einige kleinere Vorfälle seien zu verzeichnen gewesen. So seien am Abend des 24. Dez. 1837 vier Studenten wegen nächtlichen Singens und Ruhestörung von der Polizei festgenommen und dem akademischen Gericht übergeben worden, welches sie verwarnt habe. Auch im Falle zweier Studenten, die am Abend des 30. Dez. 1837 einen Unteroffizier verhöhnt hätten und ihm zur Kaserne gefolgt seien, sei dieses Gericht mit der Untersuchung betraut worden [76].

War auch die Masse der münsterschen Bürger, offenbar von dem konsequenten Durchgreifen des Militärs überrascht [77], zu eingeschüchtert, um dem Protest gegen die Inhaftierung Droste-Vischerings durch offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt Ausdruck zu geben, so scheute sich doch der Adel, ähnlich wie seine Standesgenossen in der Rheinprovinz, keineswegs, seine Mißbilligung des Verhaltens der Staatsregierung in der erzbischöflichen Angelegenheit offen zu bekunden. In dieser Haltung scheint ihn die Allokution des Papstes vom 10. Dez. 1837 bestärkt zu haben [78]. Nach einem Bericht Annettes von Droste-Hülshoff entschloß sich der münsterländische Adel, bis zur Rehabilitierung des Erzbischofs „nicht die kleinste Lustbarkeit anzustellen oder mitzumachen" [79]. Der Damenklub soll geschlossen worden sein [80]. Unter sich veranstaltete der Adel jedoch zahlreiche Gesellschaften [81]; vor allem der mit der Gräfin Maria von Plettenberg-Mietingen (Nordkirchen) verheiratete Graf Esterhazy zeichnete sich in dieser Beziehung aus [82].

Bemerkenswert für die Gesinnung des Adels erscheint auch, daß Graf Galen seinem neugeborenen Sohn den Namen Clemens August Athanasius gab [83], während der

---

[75] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. vol. 5, du Vignau an Rochow, 15 Dez. 1837.

[76] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 6, Münstermann an den Minister des Innern und der Polizei, 2. Jan. 1838.

[77] Über den nachhaltigen Eindruck des energischen Eingreifens seitens des Militärs auf die Menge vgl. die Ausführungen du Vignaus, Qu. Nr. 79.

[78] So bemerkte die Gräfin Esterhazy unter dem 28. Dez. 1837 in ihrem Tagebuch (Arch. Nordkirchen X a Kasten 1 Nr. 2): „Die Allgemeine Zeitung brachte die feierliche Allokution des Papstes an das Kollegium, in welcher er die preußische Regierung strafbar erklärt, dem Erzbischof Droste aber das schönste Lob erteilt. Wir waren alle gerührt".

[79] Zitiert bei Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 95.

[80] Ebd.

[81] Allgemeine Zeitung vom 29. Jan. 1838; vgl. auch Qu. Nr. 112.

[82] Ebd., 22. März 1838. — Dies bestätigen auch die Eintragungen im Tagebuch der Gräfin Esterhazy (aaO). Zahlreiche Diners, Soirées und sonstige Zusammenkünfte wechselten in bunter Folge. Auch der Bruder des Erzbischofs, Caspar Max von Droste zu Vischering, Bischof von Münster, zeichnete sich als Gastgeber aus. Überhaupt gewinnt man nach den Aufzeichnungen der Gräfin den Eindruck, daß die Stimmung des münsterländischen Adels keineswegs von tiefer Niedergeschlagenheit und Trauer gekennzeichnet war.

[83] Ebd., Tagebucheintragung vom 16. Febr. 1838. — Gegen eine Interpretation, die diese Namensgebung in einen Zusammenhang mit den Zeitereignissen bringe, wendet sich jedoch Galen in einer in der Presse veröffentlichten Erklärung (Münchener Politische

alte Freiherr von Twickel bei einer Namenstagsfeier in Havixbeck vor 51 Gästen ein begeistertes Hoch auf den gefangenen Erzbischof ausbrachte [84].

Daß sich selbst Adlige, die sich bisher zur Mitarbeit in der preußischen Staatsverwaltung bereit gezeigt hatten, nunmehr aus dem Staatsdienst zurückzogen, muß als Anzeichen dafür gesehen werden, welch einen Schock die Maßregelung des Erzbischofs in diesen Kreisen hervorgerufen hatte. So nahm der junge Regierungsreferendar Wilhelm Emanuel von Ketteler, bis dahin gut preußisch gesinnt, trotz der Gegenvorstellungen seines Vorgesetzten Urlaub, um bald darauf ganz aus dem Staatsdienste auszuscheiden [85]. Auch Ferdinand von Galen, preußischer Geschäftsträger am Brüsseler Hofe, der an und für sich in dem Rufe eines ausgezeichneten Diplomaten stand [86], meldete gegenüber der Politik der von ihm vertretenen Regierung erhebliche Vorbehalte an, was schließlich zu seiner Dienstentlassung führte. Über die Hintergründe berichtet er in seinen Erinnerungen „Mein Leben in der Religion“ [87]:

„Die Beziehungen zwischen Preußen und Belgien waren zu jener Zeit im höchsten Grade gespannt wegen der sogenannten Luxemburger Festungsfrage. Um desto bestimmter diese Spannung zu bezeichnen, sollte ich als Geschäftsträger debütieren und erst, wenn sie befriedigend beseitigt war, als Gesandter auftreten ... Der Notenkampf wurde von Monat zu Monat lebhafter, meine Regierung billigte

---

Zeitung vom 23. März 1838). — Auffällig bleibt die Namensgebung trotzdem. Zu der abschwächenden Erklärung hat Galen vielleicht die Rücksicht auf eine mögliche Fortsetzung seiner Karriere im diplomatischen Dienst des preußischen Staates bewogen.

[84] Pfülf, Joseph Graf zu Stolberg-Westheim S. 39. — Wie Steinmann berichtet, habe über die Haltung des Adels eine Reihe von Anekdoten kursiert, u. a. diese: ein Damenschneider habe in einem Manufakturwarenladen geäußert: „Es sei gut, daß die Feier des Karnevals durch jenes Ereignis nicht gehemmt werde, wodurch er sonst eine nicht unbedeutende Einbuße haben werde; was kümmere er sich auch um den Erzbischof. Tags darauf erhielt er durch die Stadtpost ein anonymes Billet, das ihn mit Fenstereinwerfen bedrohte, falls er sich ähnliche Äußerungen abermals beigehen ließe. Es ermittelte sich, daß in jenem Laden die Köchin eines adeligen Hauses zugegen gewesen, als der Schneider sich in oben angeführter Weise geäußert hatte. Die Folge dieser Äußerung war aber der Verlust seiner ganzen adligen Kundschaft von jenem Tage an“ (Münster und Münstertum, in: Polemische Blätter 1838 S. 90 f.).

[85] Schrörs, Kölner Wirren S. 602. — Entlassungsgesuch vom 26. Mai 1838 bei Raich S. 5. — Ein weiterer Fall, allerdings nicht aus dem rheinisch-westfälischen Bereich, ergab sich in Berlin, wo der Kammergerichtsauskultator Konstantin von Schlabrendorf aus ähnlichen Gründen seinen Austritt aus dem Staatsdienst erklärte (vgl. Qu. Nr. 189).

[86] Hess. Staatsarchiv Marburg Bestand 9 a Nr. 90, Gesandtschaftsberichte 1841 Nr. 590, Ber. des Ministerresidenten Wilckens v. Hohenau vom 17. Okt. 1841. — Zwar waren gegen seine Entsendung nach Brüssel wegen seiner streng katholischen Ansichten und seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu Droste-Vischering Bedenken erhoben worden (Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1, Konv. 86, Fasz. 1837, Nr. 32, Ber. des Ministerresidenten Schaeffer von Bernstein vom 20. Dez. 1837), doch hatte sich die preußische Staatsregierung mit seiner Tätigkeit dann durchaus zufrieden gezeigt. So berichtet Schaeffer von Bernstein am 25. Dez. 1837: „Seine Berichte sollen treu und ganz dem Interesse seines Hofes entsprechend gewesen sein und namentlich auch über die Umtriebe der belgischen Geistlichkeit mit dem Erzbischof Licht und Aufklärung gegeben haben. Man muß daher annehmen, daß sein späteres Benehmen ein sehr unstatthaftes und unziemliches gewesen sein muß“ (Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1, Konv. 86, Fasz. 1837, Nr. 33). — Der hannoversche Gesandte in Berlin bezeichnete Galen in einem Bericht über dessen Entlassung als von fanatischen Prinzipien beseelt (Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel, Kgl. Hausarchiv, Abt. Gmunden VI, 8 Z 29, 20. Dez. 1837).

[87] Archiv Galen-Assen F 527.

und unterstützte mich in jeder Art, und zu Anfang November standen die Sachen so auf der Spitze, daß ich eine Art Ultimatum abließ und erwarten mußte, abberufen zu werden, wenn dieses nicht angenommen werden sollte. Da plötzlich änderte sich der Ton meiner Regierung, flache und matte Instruktionen gelangten an mich, die mich gewissermaßen desavouierten und — am 20. November erfolgte die Arrestation des Erzbischofs Clemens August! Jetzt fielen mir die Schuppen von den Augen. Tyrannei gegen die Kirche und Feigheit vor der Revolution waren wiederum das Losungswort geworden in Berlin; Treue aber gegen erstere und unausgesetzter Kampf gegen letztere hatte ich seit den Juliereignissen des Jahres 1830 für meinen innersten Beruf erkannt, und lebhaft wurde ich mir deshalb bewußt, daß nur das Feldgeschrei meines Gewissens dem meiner Regierung auf das entschiedenste entgegenstand".

Die von seinem Vorgesetzten, Außenminister v. Werther, an ihn herangetragene Aufforderung, in Belgien sich vermutlich ergebenden „schiefen Ansichten" entgegenzuwirken [88], lehnte Galen daher ab, zumal er als Katholik das Vorgehen der Regierung gegen einen von Gott geweihten Bischof nicht billigen könne [89]. Obwohl über die spezifischen Bindungen seines Standes an die Krone hinaus als Staatsbeamter den Maximen des Staates besonders verpflichtet, gab Galen der Gewissensverpflichtung gegenüber den Interessen seiner Kirche, ohne deren Verhalten geprüft zu haben, eindeutig den Vorzug. Daß er die von ihm vertretene Regierung damit in eklatanter Weise desavouierte [90], kam ihm offensichtlich nicht in den Sinn; im Gegenteil, er erhob noch gegen seine Vorgesetzten den Vorwurf „unglaublicher Verblendung" [91]. Der Gefahr, daß er damit seine Existenz aufs Spiel setzte, war sich Galen dabei wohl nicht bewußt. Offenbar glaubte er, König und Staatsregierung mit seiner Haltung zu beeindrucken und in einer anderen diplomatischen Position weiter verwandt zu werden. Daß die Staatsregierung sich dann ihrer Machtmittel bediente und ihm die Entlassungsurkunde übersandte [92], kam für Galen völlig überraschend. Sein nicht zu erschütternder Glaube bewahrte ihn jedoch davor, seinen Schritt zu bedauern und um seine Existenz zu bangen:

„Überrascht, aber nicht erschüttert, pries ich des Herren Wege. Der König, der mir wirklich wohl wollte und dies mir auf gnädige Art wiederholt bewiesen hatte, war gerade deshalb durch mein unabhängiges katholisches Auftreten verletzt worden. Intolerant in tiefster Seele aus Beschränktheit, nicht aus Gemütsart, glaubte er jedes positive Auftreten des Katholizismus als preußischer König auf das lebhafteste verabscheuen zu müssen und empfand auch wirklich diesen Abscheu. Verschärft wurde in dem gegebenen Augenblick diese angeborene Stimmung durch innere Gewissensbedenken über das, was geschehen war; denn Friedrich Wilhelm III.,

---

[88] Qu. Nr. 46a.

[89] Qu. Nr. 46b.

[90] Hierzu der Großherzoglich-hessische Ministerresident Schaeffer von Bernstein: „Sein Benehmen der Regierung gegenüber war zuletzt derart, daß dieselbe annehmen mußte, der Graf selbst wünsche seine Entlassung aus dem Staatsdienst" (Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1, Konv. 86, Fasz. 1837, Nr. 33, Ber. aus Berlin vom 25. Dez. 1837).

[91] Qu. Nr. 46c.

[92] Qu. Nr. 46 f. u. 46e. — Über den weiteren Weg Galens vgl. Keinemann, Leben und Wirken Ferdinands von Galen zur Zeit der Kölner Wirren, in: F. Keinemann, Ancien Regime, Kulturkampf, Nachkriegszeit, 1974.

wie ich aus späteren Mitteilungen des Staatsministers Uhden weiß, war in dem Konseil, wo die Arrestation des Erzbischofs beschlossen wurde, dieser Maßregel anfangs mit Entschiedenheit entgegengetreten . . ." [93].

Das Ausscheiden Galens erregte nach der Darstellung des hannoverschen Gesandten in Berlin in diplomatischen Kreisen größtes Aufsehen, zumal derzeit niemand zur Verfügung stehe, der Galen in geeigneter Weise auf seinem Posten in Brüssel ersetzen könne [94].

Auch das Fernbleiben des als Auskultant bei der Regierung in Münster beschäftigten Clemens von Korff gen. Schmising von den Sitzungen des Regierungskollegiums ab Dezember 1837 [95] könnte mit den Kölner Wirren in Verbindung stehen.

Einige Zeit später, 1839, quittierte auch der Aachener Regierungsvizepräsident Christian Detmar Karl von Mallinckrodt, der zwar selber evangelisch war, aber seine Kinder hatte katholisch erziehen lassen, seinen Dienst und zog sich auf sein Gut Böddeken bei Paderborn zurück [96].

Die Mehrzahl der katholischen Staatsdiener, insgesamt alle Landräte bis auf Clemens von Westphalen (vgl. unten S. 449 f.), ist jedoch nach wie vor ihrem Dienst nachgegangen. Der Landrat des Kreises Münster, Clemens August Graf von Korff-Schmising, hegte, wie Ferdinand von Galen berichtet, zwar gewisse Bedenken gegen die von der Staatsregierung erteilte Anweisung, jeden, der Erlasse auswärtiger geistlicher Obern verbreite oder sich auch nur an solcher Verbreitung indirekt beteilige, verhaften zu lassen. Auf die Frage Korff-Schmisings, wie er sich in einem solchen Falle verhalten solle, erwiderte Galen, er würde den Befehl zurückweisen oder sein Amt niederlegen; folge er der Anweisung, so verleugne er zwangsläufig den katholischen Glauben an Christus und seinen Statthalter. Nach Rücksprache mit — dem sich erstaunlicherweise, wie man wohl sagen muß, in dieser erregten Zeit stark zurückhaltenden — Kellermann habe sich Korff-Schmising indes für „Schweigen und Gehenlassen" entschieden [97]. Verhielten sich die katholischen Landräte also offensichtlich äußerlich loyal, so sind sie auch im Gegensatz zu den Vorgängen im Kulturkampf [98] von der Regierung in keiner Weise behelligt worden.

Die Empörung über den Schlag gegen den Erzbischof veranlaßte indes den katholischen Adel Westfalens, eine Abordnung nach Berlin zu entsenden, der jedoch ebenso wie der Deputation der Standesgenossen aus dem Rheinland eine Audienz beim König abgeschlagen wurde und die sich von Rochow bittere Vorwürfe gefallen lassen mußte [99].

Es ist dem preußischen Gouvernement in Westfalen ebensowenig wie im Rheinland gelungen, den Adel zum Einlenken zu bewegen. Nicht nur, daß eine Reihe seiner Vertreter demonstrativ nach Minden eilte, um dem gefangenengehaltenen

[93] Archiv Galen-Assen F 527, Mein Leben in der Religion.
[94] Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel, Kgl. Hausarchiv Abt. Gmunden VI, 8 Z 29, Ber. vom 20. Dez. 1837.
[95] Wegmann S. 298 f.
[96] Vgl. Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 97 f.
[97] Archiv Galen-Assen F 527, Mein Leben in der Religion.
[98] So wurden in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit dem Kulturkampf 10 von 18 katholischen Landräten in der Provinz Westfalen aus ihrem Amt entfernt (Wegmann S. 182).
[99] Vgl. oben S. 235 ff. Für das Folgende: St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890.

Erzbischof ihre Reverenz zu erweisen [100], der westfälische katholische Adel soll sich sogar gegen den Prinzen Wilhelm bei dessen Besuch in Münster Anfang September 1838 „unter aller Würde und Anstand schlecht benommen" haben [101]. Es kursierten auch Gerüchte von einer bevorstehenden Massenauswanderung des Adels nach Bayern und Österreich, der allerdings der Mangel an Gelegenheit zu einer günstigen Veräußerung seiner Güter hinderlich im Wege stehe [102]. Im Bürgerstand soll indes die zunehmende Entfremdung zwischen Adel und Staatsregierung nicht ohne Schadenfreude gesehen worden sein, glaubte man doch, daß dadurch die Verabschiedung des Adelsstatuts für den westfälischen Adel hinausgezögert, wenn nicht gar gänzlich fallengelassen werde [103]. Wie in der Rheinprovinz war also auch in Westfalen das Bürgertum kaum noch bereit, eine Sonderstellung des Adels hinzunehmen.

Trotz seiner weitgehenden Isolierung hat der katholische Adel — ähnliches gilt wohl auch für andere katholische Bevölkerungskreise in Westfalen — jedoch keinen ernsthaften Versuch unternommen, sich mit „Liberalen" bzw. „Revolutionären" in gemeinsamer Front gegen den preußischen Staat zu verbinden [104], obwohl sich gewisse Ansätze hierzu in früherer Zeit gelegentlich angedeutet hatten (3. Provinziallandtag). Im Gegenteil, durch das Kölner Ereignis scheint sich die zwischen „Liberalen" und dem ritterbürtigen Adel immer noch bestehende nicht unerhebliche Distanz weiter vergrößert zu haben [105]. Nach dem Scheitern seiner Deputation verharrte der westfälische katholische Adel in Passivität, legte — jedenfalls nach außen hin — Zurückhaltung gegen alle weltlichen Freuden an den Tag und hielt auf möglichst strenge Trennung von allen Protestanten [106]. Wie Ferdinand

[100] „Es scheint, als ob der ganze westfälische Adel katholischer Konfession es für seine Pflicht hält, dem Erzbischof hier seine Verehrung zu bezeugen" (ebd., der Mindener Regierungspräsident Richter an Rochow, 13. Dez. 1837). — Da nach der Ansicht Rochows diese Besuche das Mißverständnis hervorrufen könnten, „als wolle man jener Partei eine besondere Indulgenz zuteil werden lassen", wies er den Mindener Regierungspräsidenten an, vom rheinisch-westfälischen Adel nur noch denjenigen Personen Zutritt zum Erzbischof zu verstatten, „welche denselben in Familienangelegenheiten zu sprechen ein ausweisliches Interesse" hätten (ebd., Rochow an Vincke, 20. Dez. 1837).

[101] Below S. 138; vgl. hierzu ferner unten S. 397 ff.

[102] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 2. Juli 1838.

[103] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 15. Mai 1838.

[104] So berichtet Ferdinand von Galen: „In der Heimat fand ich zu meinem Troste unter meinen tiefgekränkten Glaubensgenossen wenig Hinneigung zu revolutionärer Kraftentwicklung oder zu einem Bündnis mit den Liberalen" (Archiv Galen-Assen F 527, Mein Leben in der Religion). — Ähnlich seine Darstellung in „Mein Leben in der Politik" (Archiv Galen-Assen F 524): „Zu meiner großen Freude erkannte ich bald, daß bei uns die Untertanentreue nicht gebrochen und keine Gefahr vorhanden war, den preußischen katholischen Klerus und seine Herde auf die verderblichen Abwege der belgischen Geistlichkeit und ihrer Glaubensgenossen geraten zu sehen". — Auch du Vignau führte die Tatsache, daß Ruhe und Ordnung trotz aller „inneren Aufregung" im allgemeinen erhalten geblieben seien, in erster Linie darauf zurück, daß sich überall „ein religiöses Gefühl als vorherrschend" kundgegeben habe (vgl. Qu. Nr. 112).

[105] Jedenfalls schreibt Galen: „Die Liberalen bei uns hielten mit der Regierung, weil diese ihnen den Gefallen getan hatte, revolutionär gegen Recht und Pflicht zu handeln. Das war unser Glück. An eine Allianz zwischen den unzufriedenen Katholiken und den zufriedenen Fortschrittsleuten war nicht zu denken. Auf sich selbst angewiesen, fanden erstere Kraft und Beruhigung in den siegbewußten Worten, die aus Rom und auch aus München zu ihnen herüberhallten . . ." (Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik).

[106] Ebd.

von Galen versichert, erwartete man irgendein wunderbares Ereignis, welches Preußen stürzen und der Kirche zum Siege verhelfen werde [107]. In ähnlichem Quietismus verharrte der Erzbischof selbst. Wie er gegenüber Galen geäußert haben soll, hege er die Gewißheit, daß sich die katholischen Mächte: Österreich, Frankreich und Bayern gegen Preußen zusammenschließen und die Rechte der katholischen Kirche mit dem Schwerte in der Hand verteidigen würden [108]. Zu einem tatkräftigen Handeln, wie es sich Ferdinand von Galen wünschte, etwa sich durch Österreichs Vermittlung an den Bundestag zu wenden, war der Adel nicht zu bewegen. Es fragt sich im übrigen, ob ein solcher Versuch überhaupt Folgen gezeitigt hätte. Eine von Galen durch Graf Rechberg an Metternich eingereichte Denkschrift blieb jedenfalls unbeantwortet [109].

Diese Situation hat allem Anschein nach unter dem katholischen Adel auch zu einer noch stärkeren Hinwendung zu Kultus und Frömmigkeit beigetragen. Jedenfalls tritt dies bei Ferdinand von Galen und Wilhelm Emanuel von Ketteler auffällig in Erscheinung.

Bei Galen ist eine intensivere Reflexion über die Werte der katholischen Religion allerdings schon einige Jahre vor dem Kölner Ereignis festzustellen. So gibt er an, sich 1834 mit Möhlers Symbolik [110], die auch unter den Antihermesianern an der münsterschen Akademie viel gelesen und erörtert wurde [111], beschäftigt zu haben und durch sie zu tieferer Einsicht in das Wesen der katholischen Glaubenslehren gelangt zu sein [112]. Inwieweit in den ersten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts allgemein unter dem katholischen Adel Westfalens, möglicherweise bedingt durch seine Verdrängung aus seiner einstigen politischen Vorherrschaft, bereits eine stärkere Hinwendung zur Pflege des Kultus, katholischen Geistesgutes und der

---

[107] Ebd. F 527, Mein Leben in der Religion.

[108] „In Erwartung solcher oder ähnlicher Ereignisse trug er für seinen Heiland das Kreuz mit bewundernswürdiger Ruhe und Ergebenheit" (ebd.).

[109] Ebd. F 524, Mein Leben in der Politik. — Über seinen Versuch, die österreichische Staatsführung zu beeinflussen, zugunsten der katholischen Sache auf den Deutschen Bund einzuwirken, berichtet Galen: „Ich ging nach Frankfurt, wo ich meinen Freund Rechberg zu finden wußte, der damals von Brüssel abberufen war und dem ich ein Memoire für Fürst Metternich einhändigte. Es trug gar keine Früchte, aber dennoch freute es mich, diesen Schritt nicht unterlassen zu haben". — Die Denkschrift im Quellenband Nr. 208.

[110] Johann Adam Möhler, Symbolik oder Darstellung der dogmatischen Gegensätze der Katholiken und Protestanten nach ihren öffentlichen Bekenntnisschriften (1832). — Über die Wirkung dieser Schrift schreibt die Münchener Politische Zeitung vom 26. April 1838 in einem Nekrolog: „Dieses Werk, welches in allen Teilen Deutschlands verirrte Gemüter der Kirche wieder gewann, wankende befestigte und sich den Wogen individueller Ansichten im Gebiete der Religion wie ein Fels entgegensetzte, beschäftigt noch gegenwärtig die Aufmerksamkeit heterodoxer Theologen um so mehr, als manche von ihnen, von ihrem Parteistandpunkte aus betrachtet, in Möhler den Gründer eines neuen Katholizismus erblicken ... Seit Bossuets Geschichte der Veränderung der protestantischen Kirchen hat kein Buch das Prinzip und die Folgen des Protestantismus so scharf und so siegreich bekämpft; in langer Zeit keines so viel beigetragen, die moralische Kraft der deutschen Katholiken zu beleben und sie über den Zustand ihrer heiligsten Interessen aufs neue zu orientieren ...". — Ähnlich Wilhelm Emanuel von Ketteler: „Wir können nur mit Dankbarkeit daran denken, was wir diesem Buch, welches wir bei seinem ersten Erscheinen wiederholt gelesen haben, verdanken" (Vigener S. 21 f.).

[111] Hegel, Fakultät Bd. 1 S. 206.

[112] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik.

Seelsorge stattgefunden hat, ist schwer zu sagen. Auch die Frage, ob sich die Tradition der münsterschen Familia sacra, deren Einfluß auf Clemens August von Droste zu Vischering und Angehörige des stadtmünsterschen Klerus, wie z. B. Kellermann [113], unverkennbar ist [114], in weiteren Kreisen des Adels fortgesetzt hat und in ihren Auswirkungen bis in die Zeit des Kirchenkampfes hineinreicht, läßt sich kaum zufriedenstellend beantworten [115].

In welchem Maße der Schock des Kölner Ereignisses dann dazu geführt hat, am Felsen Petri mehr denn je Halt zu suchen, dokumentieren wiederum die Erinnerungen Ferdinands von Galen [116]:

„Inzwischen hatte die Gnade Gottes durch die stattgefundenen Ereignisse nicht allein das kirchliche Bewußtsein bis zu voller Klarheit und Lebendigkeit in mir gestärkt, sondern sie fing auch an, in meinem innern und äußern Leben kräftiger Wurzel zu schlagen und durch tägliche Beiwohnung der heil. Messe, oftmaligen Genuß der Sakramente und durch fleißiges Lesen im Neuen Testament und im Thomas von Kempen strömte sie in mein Herz über“ [117].

Zu dieser Erweckung des katholischen Bewußtseins dürften, der Darstellung Galens zu folgen, nicht zuletzt auch die feste Haltung des Papstes und die mitreißende Kraft der erwachenden katholischen Publizistik beigetragen haben:

„Unterdessen nahm der Kampf für oder gegen den Erzbischof auf dem Gebiet der Tagespresse und der Literatur, genährt auf der einen Seite durch die ununterbrochen sich folgenden Maßregeln und Veröffentlichungen der Regierung, auf der andern durch die Allokutionen des Papstes und die römischen Staatsschriften, einen immer heftigern und bis ins Blut dringenden Charakter an. Immer deutlicher platzten die Gegensätze des Katholizismus und des Protestantismus aufeinander, und letzterer konnte, seiner innersten Natur nach, selbst in seinen konservativen Elementen, die Allianz mit der gesamten Revolutionspartei, die sich nach dem Fehltritt des Königs ihm angeschlossen hatte, nicht loswerden. Das katholische Bewußtsein erwachte aber wieder durch alle Gaue Deutschlands aus seinem langen Schlummer in einer Kraft, von der man seit Jahrhunderten keine Ahnung mehr gehabt, und entwickelte in Händen, wie die z. B. von Görres und seinen Genossen, unverwelkliche Blüten und unzerstörbaren Samen“ [118].

[113] Vgl. oben S. 366 f.

[114] Vgl. Blüten und Früchte aus dem Garten der Familia sacra, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland Bd. 86, 1880, S. 506.

[115] Auf die Verbindung des oppositionellen münsterländischen Adels mit der Tradition der Familia sacra weist lediglich ein, allerdings keineswegs seine Behauptungen näher beweisender Artikel der Allgemeinen Zeitung vom 26. Dez. 1837 hin: „Vor dem Untergange des deutschen Reiches bildete sich hier eine sogenannte Familia sacra frommer Katholiken mit einem wahrhaft apostolischen Lebenswandel ... Politische Zwecke waren diesem Vereine wohl nicht ganz fremd; auch viele des alten belgischen Adels gehörten ihm an, der so ungern das französische Freiheitsjoch trug ... Ihr Einfluß ist auch nicht der preußischen Regierung am Rhein und in Westfalen ungünstig, doch ist ihr mißfällig, wenn die Neuerungen durch Beamte und nicht durch Eingeborene vollzogen werden ... In der belgischen Revolution spielten die Grafen Robinar eine Rolle. Zwei derselben wurden Schwiegersöhne der verwitw. Gräfin Stolberg. Die Robinar waren Lafayettes Familienfreunde. Durch das alles zieht sich vielleicht ein mystischer Faden, der die belgische und französische Revolution durchkreuzt, aber wie, das sei dem Geschichtsschreiber der sacra familia vorbehalten“.

[116] Archiv Galen-Assen F 527, Mein Leben in der Religion.

[117] Vgl. auch Qu. Nr. 187.

[118] Ebd.

Auch Wilhelm Emanuel von Ketteler suchte und fand nach seinem Ausscheiden aus dem preußischen Staatsdienst in der Mystik von Görres eine neue, ihm bisher ganz unbekannte und ungeahnte „Region geistigen Lebens“ [119]. Zwar zeigte er sich damals noch nicht zum geistlichen Stande bereit [120], doch liegen in dieser Zeit zweifellos die Wurzeln für seinen späteren Entschluß.

Von der aufrüttelnden Wirkung des Kölner Ereignisses auf bisher indifferente Gemüter weiß auch Graf Stolberg [121] in einem Brief aus Münster vom 13. Jan. 1838 an die Herzogin von Anhalt-Cöthen zu berichten:

„... Auch die, welche gleichgültig schienen, sind wieder zum Bewußtsein ihres Glaubens gekommen und sind geweckt und belebt durch dieses Ereignis, behalten aber dabei ihre Untertanenpflichten im Auge und sind treue ... echte katholische Christen ...“ [122].

Wie ein Korespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung aus Münster zu berichten weiß, fange man nach dem Beispiel Kettelers an, München als das Asyl der wahren Gottesgelehrtheit anzusehen und suche das Interesse für die dortige Hochschule im Stillen zu verbreiten, da man sich hier unter einem störenden protestantischen Einflusse wähne [123].

Antipreußische und antiprotestantische Ressentiments lebten unter dem Eindruck des Kölner Ereignisses offensichtlich in stärkerem Maße wieder auf.

3. Kapitel

Der Verlauf des Jahres 1838

1. Volksstimmung und Ereignisse in Münster bis zum Besuch des Prinzen Wilhelm

Die Verstimmung weiter Kreise hatte in der Stadt Münster offenbar ein derartiges Ausmaß angenommen, daß man im Gegensatz zu Köln und Aachen etwa nicht die geringsten Anstalten zu den sonst üblichen Karnevalslustbarkeiten traf [1]. Überhaupt, so heißt es in einem Korrespondentenbericht der Allgemeinen Zeitung [2], übe die derzeit herrschende Stimmung einen ungünstigen Einfluß auf das gesellige Leben in der Provinzialhauptstadt aus, wenngleich es als übertrieben zu bezeichnen sei, daß, wie in der Presse berichtet worden sei, Protestanten allein

[119] Brief Kettelers vom 19. Juni 1838 (Raich S. 6 f.).

[120] „Da ich einem Staate, der die Aufopferung meines Gewissens fordert, nicht dienen will, so bin ich eigentlich auf den geistlichen Stand durch den Fingerzeig aller Umstände hingewiesen, und doch kann ich den erforderlichen Entschluß nicht fassen und bin noch unendlich weit entfernt davon“ (Brief an seinen Bruder Wilderich aus Münster vom 9. Juli 1838, bei Raich S. 7 f.).

[121] Wahrscheinlich Joseph Graf zu Stolberg-Westheim (Pfülf, Joseph Graf zu Stolberg-Westheim S. 38 f.).

[122] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87.

[123] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 15. Sept. 1838.

[1] Allgemeine Zeitung vom 29. Jan. 1838. — Fielen die Umzüge durch Beschluß der Karnevalsgesellschaft aus, so gab diese sich doch angeblich Mühe, „die öffentlichen Fastnachtsbälle durch starken Besuch zu beleben“. Die „Zeitumstände“ erwiesen sich hierfür freilich wenig günstig, die Bälle waren nur schwach besucht (Stadtarchiv Münster, Fach 123 Nr. 3, 28. 1., 9. 3. 1838).

[2] Allgemeine Zeitung vom 29. Jan. 1838.

wegen ihrer Konfession von privaten Klubs und Gesellschaften ausgeschlossen worden seien. Allein der Adel habe allen Umgang mit Protestanten und Nichtebenbürtigen abgebrochen.

Um die „bereits herrschende Aufregung der Gemüter" indes nicht noch zu vermehren, soll, wie die Allgemeine Zeitung weiter berichtet, die Regierung nahezu jede Erörterung der Kölner Angelegenheit in den inländischen öffentlichen Blättern untersagt haben. Um so „begieriger" würden die auswärtigen Zeitungen von den gebildeten Ständen gelesen [3]. So beziehe der Adel seine Informationen vor allem aus der Neuen Würzburger Zeitung [4] und diskutiere diese ausgiebig [5]. Das „größere Publikum" dagegen falle mit wahrem Heißhunger über die bis jetzt im Ausland erschienenen die Kölner Angelegenheit behandelnden Flugschriften her. Das Informationsbedürfnis war offensichtlich schlagartig gewachsen. So seien in diesen Tagen, heißt es weiter, eine in Leipzig erschienene Broschüre [6] und das „Theologische Gutachten von Goßler" [7] im Nu vergriffen gewesen. Die erstere, deren gehässige Invektiven gegen das Münsterland und „gegen hiesige, in allgemeiner Achtung stehende Familien" allgemein große Erregung hervorgerufen hätten, schreibe man einem münsteraner Privatgelehrten zu, der auch das bekannte Buch

---

[3] Ebd.

[4] Ebd., 23. März 1838.

[5] So war z. B. Joseph Graf von Stolberg-Westheim häufig Gast im „Rauchklub", wo „die großen kirchlichen Fragen eifrig erörtert wurden und der katholische Adel sich Stelldichein gab" (Pfülf, Joseph Graf zu Stolberg-Westheim S. 39). — Wie groß die Anteilnahme mancher an der Kölner Frage war, zeigt sich z. B. auch darin, daß der junge Stolberg-Westheim bis in die Nacht hinein den „Athanasius" von Görres las und dessen neue Auflagen verglich (ebd. S. 39).

[6] Der Erzbischof von Köln, Clemens August, Freiherr von Droste zu Vischering, seine Prinzipien und seine Opposition. Leipzig [Brockhaus] 1837. — Nach einer Eintragung in einem in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln befindlichen Exemplar der diesem Autor gleichfalls zugeschriebenen Schrift „Athanasius oder Görres und Goßler" (Leipzig 1838) handelt es sich bei dem Verfasser um Friedrich Arnold Steinmann. Dies bestätigt auch Ernst Raßmann, Nachrichten von dem Leben und den Schriften münsterländischer Schriftsteller, Münster 1866, S. 325—327. — Steinmann, geb. 1801 in Kleve, wirkte seit 1822 als Auskultator und seit 1827 als Sekretär beim Oberlandesgericht in Münster. Neben den genannten Werken verfaßte er noch folgende den Kirchenstreit berührende Schriften: Die römisch-hierarchische Propaganda, ihre Partei, Umtriebe und Fortschritte in Deutschland, Leipzig 1834; Die römische Kurie im Kampf um ihren Einfluß in Deutschland, Leipzig 1838; Das Privat- und öffentliche Leben des Erzbischofs Freiherrn v. Droste-Vischering, Hanau 1838 (ebd.).

[7] Promemoria oder theologisches Gutachten über den Rechtszustand des erzbischöflichen Stuhles zu Köln seit dem 21. November 1837. Geschichtlich-kirchenrechtliche Abhandlung auf den Grund einer aktenmäßigen Darstellung der durch öffentliche Bekanntmachung vom 15. Novbr. 1837 verordneten Aufhebung der Amtsverwaltung des bisherigen Erzbischofs, der Entfernung desselben aus der Erzdiözese und Aufforderung des Metropolitan-Domkapitels zu den, dem Falle eine „Sedes impedita" angemessenen kanonischen Maaßregeln. Eine bescheidene und parteilose Darlegung der kanonischen Verteidigungsgründe des Erzbischofs von Köln, geschrieben zur Beruhigung vieler Gemüter, und niedergelegt vor dem Throne des rechtmäßigen und legitimen Königs, zur gerechten und milden Beurteilung der Lage der Sache und Berücksichtigung des Zustandes der katholischen Kirche in den Staaten des deutschen Bundes, mit der ehrfurchtsvollen Bitte, der Erzdiözese Köln ihren Hirten zurückzugeben aus landesväterlicher Großmut. Von P. Fr. Franz Theodor Heinrich Goßler, Ordenspriester, Prediger an der Observantenkirche, Hausgeistlichen und Beichtvater der Gefangenen bei dem Inquisitoriats-Gerichtshofe des Königl. Oberlandesgerichts zu Paderborn, weiland Beisitzer des Königl. Hof- und Kammergerichts zu Berlin, des K. Oberappellationshofes zu Köln, des K. Oberlandesgerichts zu Hamm und des K. Landgerichts und der Assisen zu Cleve. Augsburg bei Karl Kollmann, 1838.

„Die katholische Kirche Preußens“ [8] verfaßt haben solle. Weiterhin wird berichtet, die Häufigkeit der Denunziation und die sich daraus ergebenden Untersuchungen erinnerten geradezu an die Zeit der „Napoleonischen Despotie“. So sei auch das Mißtrauen gegeneinander in erheblichem Maße gestiegen, „obgleich nicht so leicht der eine Münsterländer den andern, nach einer dem Volke angeborenen Treue“ verrate [9].

Besonders das „schöne Geschlecht“ nehme an dem leidenschaftlich diskutierten Für und Wider in der Kölnischen Frage den lebhaftesten Anteil [10], zeigten sich also die Frauen keineswegs als unpolitische auf Fragen der Hauswirtschaft, Kunst und schöngeistige Literatur beschränkte Wesen, was damit zusammenhängen dürfte, daß die sie so sehr berührende Religion im Mittelpunkt des Konflikts stand. So soll nach den Worten eines zeitgenössischen Publizisten auf einer Teegesellschaft in Münster, der Damen beider Konfessionen beiwohnten, „der ritterliche Geist den katholischen Teil der schönen Versammlung so sehr für des Erzbischofs Partei“ erfaßt haben, „daß die zarten Händchen, nur für Gebet, Schoßruhe und Strickstrumpf geschaffen, sich zu Fäusten ballten und diese mit dem Teetisch in eine so außergewöhnliche Berührung kamen, daß die Teetassen in klirrende Bewegung“ gesetzt wurden, so daß „der protestantische Teil es für das Geratenste hielt, sich

---

[8] Gemeint ist möglicherweise die Schrift „Die katholische Kirche Preußens als Antwort auf die Beiträge zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. Von einem Katholiken“ (Rudolstadt 1837). — Als Verfasser gilt der Publizist Johann Otto Ellendorf (vgl. Trudel Bach, Johann Otto Ellendorf [Diss. Münster 1934], Bottrop 1935, S. 59) und nicht der Münsteraner Friedrich Arnold Steinmann.

[9] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 9. April 1838.

[10] Allgemeine Zeitung vom 29. Jan. 1838. — Ähnliche Beobachtungen wurden bereits in der Rheinprovinz gemacht (vgl. oben S. 102; 248). — Auch nach den Ausführungen von Gerd Eilers (Zur Beurteilung des Ministeriums Eichhorn S. 91 f.) war das besondere Engagement der katholischen Damenwelt an den kirchlichen Streitigkeiten keine Einzelerscheinung: „Das ganze katholische Deutschland geriet in Aufregung, die ultramontane Presse schürte das Feuer mit mehr Leidenschaft und Talent als je zuvor, und die eigenen katholischen Untertanen, besonders der weibliche Teil derselben, was in Bezug auf den politischen Verstand der Staatsmänner besonders erwähnt zu werden verdient, wurden im tiefsten Herzen mit Widerwillen und Mißtrauen erfüllt“. — Das besondere Engagement von münsteraner Frauen bestätigt auch ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung aus Münster (26. Sept. 1838). So verlaute, daß mehrere in gemischter Ehe lebende Frauen sich von ihren Männern scheiden lassen wollten, da diese auf der evangelischen Erziehung wenigstens eines Teiles der Kinder bestünden. Im übrigen sei, so fügt der Korrespondent hinzu, bis auf einen Fall, der einen tragischen Ausgang zu nehmen scheine, seit der Kölner Katastrophe keine gemischte Ehe in der ganzen Provinz geschlossen worden. — Auf dieses auffällige Engagement gerade der sonst im politischen und gesellschaftlichen Leben mehr im Hintergrunde stehenden Frauen weist auch ein anderer Zeitgenosse hin: „Besonders zeichnen sich die Frauen aus, so wie es überhaupt eine merkwürdige Erscheinung bleibt, daß der weibliche Teil der Bevölkerung hauptsächlich durch die erzbischöfliche Angelegenheit berührt worden ist. Während bei politischen Spaltungen in der Regel nur der gebildete Teil des Volkes und nur die Männer von dieser oder jener Partei ergriffen werden, gehen religiöse Wirren bis in die untersten Volksklassen hinunter, und nicht nur bei der männlichen Bevölkerung, sondern auch bei der weiblichen. So zerfließen die Frauen in Tränen, wenn das Gespräch auf den Erzbischof gelenkt wird, den sie nur als auf der Festung sitzend betrachten“ (Wiedergabe in der Augsburger Postzeitung vom 12. April 1839). Nicht zufällig zeigte sich ein ähnliches Engagement, allerdings wohl vornehmlich des katholischen Adels, im Kulturkampf (vgl. bezüglich der von ihnen 1874 unterzeichneten Beileidsadresse an den Bischof von Münster: Der Kulturkampf in Münster, Aufzeichnungen des Kreisgerichtsrates a. D. Stadtrates Ludwig Ficker, bearb. v. O. Hellinghaus, Münster 1928, S. 107 f.).

unter diesen anstandslosen Umständen zu entfernen“ [11]. Während sonst bei „politischen Spaltungen“, so betont ein Berichterstatter aus Westfalen in einem zeitgenössischen Blatt [12], „in der Regel nur der gebildete Teil des Volkes und nur die Männer von dieser oder jener Partei ergriffen werden, gehen religiöse Wirren bis in die untersten Volksklassen hinunter, und nicht nur bei der männlichen Bevölkerung, sondern auch bei der weiblichen. So zerfließen die Frauen in Tränen, wenn das Gespräch auf den Erzbischof gelenkt wird, den sie nur als auf der Festung sitzend betrachten“. Das Gezänk in der Damenwelt soll sogar zu unerfreulichen Denunziationen geführt haben, als deren Folge offensichtlich gegen mehrere Frauen eine Untersuchung „wegen anstößiger politischer Äußerungen“ — es ging dabei wohl in erster Linie um die Verbreitung des sog. Leineweberliedes — eröffnet wurde. Diese endete schließlich damit, daß „eine Doktorsfrau, ein Fräulein von 21 Jahren nebst einer Näherin und zwei anderen Damen“ zu je zwei Jahren Festungshaft verurteilt wurden. Mit der gleichen Strafe, so heißt es, seien auch ein Theologe, der Küster an der Lambertikirche und „ein oder zwei Kaufleute“ belegt worden [13].

Großes Aufsehen, so wird ferner berichtet, hätten auch in Münster die von der Kurie veröffentlichten Dokumente in der Kölner Angelegenheit erregt. Wenn sie in deutscher Sprache erschienen wären, so hätten sie sicherlich ein noch größeres Echo, wahrscheinlich sogar den gleichen Widerhall wie der berühmte „Athanasius“ gefunden, der in Münster immer noch viel gekauft und gelesen werde [14]. Die Kontroverspredigten ruhten zwar seit kurzem, doch nehme die „Proselytenmacherei“ ihren ungestörten Fortgang: „Nachdem schon unlängst einige Übertritte, meist aus der untern Klasse und aus dem weiblichen Geschlecht, erfolgt waren, sind jetzt einige andere nahe bevorstehend“ [15].

---

[11] [Friedrich Arnold Steinmann] Anti-Athanasius oder Görres und Goßler, die Parteigänger der römischen Kurie und Sachwalter des Erzbischofs von Köln, Beitrag zur Geschichte des deutschen Chamäleonismus vom Verfasser der Schrift: Der Erzbischof von Köln, seine Prinzipien und Opposition. Leipzig 1838, S. XI. — Der Verfasser kommentiert dann die Haltung der münsterschen Damen mit folgenden Worten: „Die katholische schöne Damenwelt der Stadt Münster hat sich zu einer Ritterschaftscorporation für das Interesse des Erzbischofs verschwistert, und wie einst die Frauen zu Mainz den Sänger des Frauentums, den Domherrn Frauenlob, in Urzeit zu Grabe trugen, so haben die Damen Münsters zu erzbischöflichem Schutz und Trutz ein Bündnis geschlossen. Unser Jahrhundert ist dadurch die v e r k e h r t e W e l t des ritterlichen Mittelalters geworden, indem damals der Ritter für seine Dame, jetzt aber die Damen für den Ritter das Schwert ziehen“. (ebd. S. X).

[12] Hamb. unpart. Corr. vom 6. April 1839.

[13] Allgemeine Zeitung vom 8. März 1839; Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 9. April 1838; Briefliche Mitteilungen, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland, des Jahrgang 1839 I. Bd., S. 446. — In der Tat erklärte der Kriminalsenat des Oberlandesgerichts in Münster am 25. Sept. 1838 eine Reihe der zur Untersuchung gezogenen Personen der Majestätsbeleidigung durch Verbreitung des „Leineweberliedes“ für schuldig. Daraufhin verhängte der Kriminalsenat des Königl. Kammergerichts folgende Strafen: Verlust der Nationalkokarde und 2 ½ Jahre Festungsarrest für Franz Terbeck; Verlust der Nationalkokarde und 2 Jahre Festungsarrest für Karl Wirtenholze, Anton Keller, Anton Eckenpohl, Heinrich Querufer; 2 Jahre Festungshaft für Nanny Brockhausen, Marianne Wirtenhofer, Agnes Schürhoff, Gertrud Wenkers, Marianne Westarp, Elisabeth Nellen (Akten in: DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 13 vol. 5). — Text des Liedes: Qu. Nr. 127.

[14] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 9. April 1838.

[15] Ebd.

Auch von der Geistlichkeit der Stadt Münster wird überliefert, daß sie sich nunmehr einhellig zu dem gefangengehaltenen Erzbischof bekannt [16] und tief um ihn getrauert habe [17]. Indes hätten sich die Geistlichen, bei denen, wie schon früher festgestellt, offenbar ein gewisser staatsbürgerlicher Konservativismus, eine überkommende Wertschätzung von Ruhe und Ordnung herrschte, durchweg Mühe gegeben, die Gemüter zu beruhigen. Sie unterstützten sogar die Polizei dabei, aufrührerische Plakate abzureißen. Ebensowenig hätten sie sich zu öffentlichen Fürbitten für den Erzbischof bereitgefunden [18].

Endlich sei, so verlautet weiter, auch die Einrichtung des katholischen Militärgottesdienstes für die Garnison in Münster gesichert [19], schon vor zwei Jahren habe man sich um dessen Verwirklichung bemüht, doch sei das Verfahren damals daran gescheitert, daß der zum Kaplan vorgeschlagene Geistliche der Militärbehörde nicht genehm gewesen sei [20].

Am 3. Febr. 1838 wurde in Münster, vermutlich von offizieller Seite organisiert, die Jubiläumsfeier anläßlich des vor 25 Jahren erfolgten Aufrufs des Königs „An mein Volk" mit eindrucksvollem Gepränge begangen. Nicht weniger als 105 der ehemaligen Freiwilligen sollen sich in Münster eingefunden haben. In einer Schilderung dieses Festes heißt es: „Beim Klange der Musik und unter Blinken des Rheinweins wurden begeisterte Reden gehalten und erhebende Toaste ausgebracht, und nicht eine Spur war zu bemerken von jener unseligen Spannung, die seit zwei Monaten die gesellschaftlichen Zirkel unserer Stadt trübt" [21]. Als Beweis für ein Schwinden der konfessionellen Spannungen dürfte der Verlauf dieser Feier indes kaum anzusehen sein, zumal es sich bei den Teilnehmern, wie der Berichterstatter selbst vermerkt, zum Teil um hohe Beamte handelte.

Die Karwoche verlief ohne Zwischenfälle; auch Kontroverspredigten sind offenbar unterblieben [22]. Indes soll ein stärkerer Kirchenbesuch als früher zu verzeichnen gewesen sein [23]: „Den sog. Kreuzweg gingen am Karfreitag ungewöhnlich viele

---

[16] So schreibt Anton Lutterbeck, ein Angehöriger der strengkirchlichen Bewegung, aus Münster an J. Möller (Möller,Laurent, 1. Teil S. 355, o. D.): „Wagte es hier ein Geistlicher, etwas gegen den Erzbischof zu sagen, so würde man ihn steinigen; einige, die zu munkeln wagten, haben es bitter genug erfahren müssen, wie dann Spott, Schimpf und Verlust alles Vertrauens und aller Achtung schmecken — sie haben sich darnach in ihre Schlupfwinkel zurückgezogen". Daraus läßt sich schließen, daß die Front unter den Geistlichen zunächst keineswegs einheitlich gewesen ist, was durchaus glaubhaft erscheint, wenn man berücksichtigt, daß Clemens August von Droste zu Vischering Jahrzehnte in Münster gelebt hat und sich bei seiner Charakterveranlagung kaum viele Freunde unter der münsterschen Geistlichkeit erworben haben dürfte. Dies bestätigt auch ein Bericht Vinckes vom 23. Dez. 1837: „Die Geistlichkeit muß hier [in Münster] sehr behutsam verfahren ... auch gibt es manche wohlgesinnte Geistliche, und persönlich war der Erzbischof hier nicht besonders beliebt" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5). — Über die Insultierung gemäßigter Geistlicher wie des Pfarrers Kerkelau an St. Ägidii und des Pfarrkaplans Koberg an der Überwasserkirche vgl. Qu Nr. 82.

[17] Annette von Droste-Hülshoff an Sophie von Haxthausen, Münster, 7. Dez. 1837 (Schulte-Kemminghausen I S. 251).

[18] Ebd.

[19] Über die Frage des katholischen Militärgottesdienstes vgl. auch oben S. 45 f.

[20] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 9. April 1838.

[21] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 11. Febr. 1838.

[22] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 1. Mai 1838.

[23] Ebd.

Menschen, auch aus den höheren Ständen, vorzüglich dem Adel; so z. B. sah man einen noch vor kurzem in höhern Staatsdiensten angestellten, durch die Zeitungen sehr bekannt gewordenen Mann mit entblößtem Haupte neben Leuten aus der geringsten Klasse betend durch die Straßen wandeln" [24].

Ende April 1838 gab eine neue in Münster kursierende Flugschrift über die erzbischöfliche Angelegenheit [25] wiederum zu lebhaften Diskussionen Anlaß, vor allem aus dem Grunde, weil Münster in dieser Schrift „tüchtig mitgenommen" werde. Man glaube daher, daß der Verfasser in Münster lebe, und versuche infolgedessen, ihn ausfindig zu machen [26].

Im übrigen würden, so berichtet ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung [27], alle Schriften gegen den Erzbischof a priori nur mit der Überzeugung in die Hand genommen, daß sie Unrecht enthielten. Deswegen berührten sie auch das münstersche Publikum gar nicht: „Wer es zum Zorne bringen will, muß ganz andere Interessen anregen" [28].

Es wird ferner berichtet, daß die Erzeugnisse der Sittardschen Presse inzwischen in Westfalen Eingang gefunden hätten und bis Soest vorgedrungen seien. Die Verbreitung erfolge auf ähnlichen Schleichwegen wie in der Rheinprovinz. Wenn in Düsseldorf zum Beispiel die Federmesserhändler die aufrührerischen Pamphlete unter das Volk brächten, so seien es hier reisende Kaufleute oder Hausierer: „Sie predigen alle Aufruhr gegen die Höhe der Abgaben und die Unterdrückung der Religion; die belgische Geistlichkeit steht überall im Hintergrunde und bestreitet auch die Kosten" [29].

Wie mißtrauisch die Behörden gegenüber diesem Treiben geworden waren, dokumentieren die Vorgänge um die Verhaftung des Abbé Renard, eines schon im vorgerückten Alter stehenden französischen Geistlichen. Nach einer Meldung der Allgemeinen Zeitung vom 26. Juni 1838 handelte es sich um einen früher in Lingen lebenden Emigranten, der nach der Restauration wieder nach Frankreich zurückgekehrt sei und sich in den letzten Jahren als Mitarbeiter an belgischen Blättern, hauptsächlich des „Journal de Liège", hervorgetan habe. Außerdem stehe er in dem Verdacht, Verfasser einiger gegen Preußen gerichteter Flugschriften zu sein. Angeblich, um seine alten Freunde in Westfalen zu besuchen, sei Renard am

---

[24] Ebd. — In diesem Zusammenhang berichtet auch der Hamb. unpart. Corr. vom 15. Juni 1838, der Adel habe sich bei einer Kirchspielsprozession in Münster in großer Zahl eingefunden, nachdem er schon seit Jahren nicht mehr an Prozessionen gedacht habe.

[25] Anti-Athanasius oder Görres und Goßler ... Beitrag zur Geschichte des deutschen Chamäleonismus. Vom Verfasser der Schrift „Der Erzbischof von Köln, seine Prinzipien und Opposition", Leipzig 1838.

[26] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 15. Mai 1838.

[27] 15. Mai 1838.

[28] Ebd. — In diesem Zusammenhang heißt es in einem aus Münster eingesandten Korrespondentenbericht der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 2. Juni 1838, daß die Historisch-politischen Blätter allerdings nur in wenigen Exemplaren nach Münster gelangten, nur wenige Leser fänden und nur „wenig Sensation" erregten. — Auch die „Triarier" von Görres blieben, so versichert der gleiche Korrespondent in der Ausgabe vom 26. Sept. 1838, verhältnismäßig unbeachtet, obwohl der „Athanasius" des Verfassers hier ein beachtliches Echo gefunden habe. Überhaupt fange man jetzt an, so fügt er hinzu, „die hohe Meinung von dem leeren Wortfechter Görres fahren zu lassen".

[29] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 15. Mai 1838.

14. Mai in Münster angekommen, wo er auch tatsächlich einen früheren Bekannten aus Lingen aufgesucht habe. Ihm gegenüber habe er heftige Kritik an den Maßnahmen der preußischen Regierung geäußert. Kurz nach seiner Abreise aus Münster sei dann ein Schreiben der Aachener Regierung in Münster eingetroffen, das Renard als der Teilnahme an der „belgisch-hierarchischen Propaganda verdächtig" bezeichnet habe, worauf Renards Verhaftung in Tecklenburg vorgenommen worden sei. Derzeit befinde er sich in sog. custodia honesta. Wie die Leipziger Allgemeine Zeitung vom 13. Juni 1838 meldet, soll er jedoch abgestritten haben, daß er der unter dem Namen Abbé Renard bekannte belgische Journalist sei, was, wie sich herausstellte, in der Tat nicht der Fall war und zu seiner von Rochow „citissime" angeordneten Entlassung und zu einer heftigen Rüge du Vignaus, der in erster Linie durch seinen Übereifer für die Blamage der Behörden verantwortlich war, durch den Minister führte [30].

Daß sich auch die französische Presse sehr für die Verhältnisse in Münster interessierte und es sich angelegen sein ließ, die unzufriedene Stimmung zu schüren, zeigt ein Bericht der Kölnischen Zeitung vom 13. Juni 1838. Danach soll das „Journal de Débats" vom 7. Juni eine merkwürdige Meldung über einen Aufstand in Münster verbreitet haben. Diesen angeblichen erneuten Tumulten habe folgende Ursache zugrunde gelegen. Es sei in Münster bisher üblich gewesen, so beginnt der Bericht, daß am Himmelfahrtstage im Dom ein 8 Fuß hohes Kruzifix vom Grunde der Kirche auf den sog. Apostelgang mittels einer eisernen Kette hinaufgezogen werde. Mit diesem Vorgang verbinde das Volk den Glauben, so viele Male die eiserne Kette beim Hinaufziehen knacke, so viel Taler werde das Malter Korn kosten. Daher zählten die Anwesenden das Knacken der Kette jedesmal unter großer Spannung. Wenn das Ergebnis nach Wunsch ausfalle, so pflege die Menge niederzuknieen und Lobgesänge anzustimmen. Für das Jahr 1838 habe indes die Geistlichkeit beschlossen, die Zeremonie für immer abzuschaffen. Diese Entscheidung sei jedoch nicht bekanntgemacht worden, und so habe am 24. Mai wie jedesmal zuvor, eine dichte Volksmenge in der Kirche gewartet, diesmal vergeblich. Als beim Anbrechen der Dunkelheit immer noch keine Anstalten für die gewohnte Zeremonie getroffen worden seien, habe das enttäuschte Volk „in Tumult" die Kirche verlassen und sich auf dem Domplatz zusammengerottet, wobei man die Polizei beschuldigt habe, die Zeremonie untersagt zu haben. Indes sei es einigen Geistlichen gelungen, das Volk zu beruhigen und zum Auseinandergehen zu bewegen. Auch am folgenden Tage hätte sich wieder eine Volksmenge auf dem Domplatz versammelt, sei jedoch von der Polizei auseinandergetrieben worden. In dem Bericht heißt es dann weiter:

„Allein am 26. fand eine wahrhafte Emeute statt. Über 2000 mit Heugabeln, Hacken und Spaten bewaffnete Landleute versammelten sich um die Kirche und schleuderten Steine gegen die Kirchenfenster. Alsbald liefen Hunderte von Arbeitsleuten aus allen Teilen der Stadt hinzu, vereinigten sich mit den Bauern, und alle droheten, die Behörden der Stadt anzugreifen. Glücklicherweise erschien der Polizeidirektor mit einem Detachement Infanterie und Kavallerie, forderte die Insurgenten auf, sofort auseinanderzugehen und erklärte, wenn sie dem nicht auf

[30] St. A. Münster, Regierung Münster, Nr. 1059.

der Stelle nachkämen, so würde man Feuer auf sie geben und bis auf den letzten Mann niederschießen. Diese energische Maßregel ward mit vollständigem Erfolge gekrönt. Die Unruhestifter ergriffen das Hasenpanier, und seitdem ist die Ruhe unserer Stadt keinen Augenblick gestört worden".

Für diesen Vorfall, vom Westfälischen Merkur als glatte Lüge bezeichnet, finden sich keine weiteren Anhaltspunkte.

Am 4. Juni 1838 hatte, wie die Leipziger Allgemeine Zeitung vom 13. Juni 1838 meldet, die Polizei in Münster allerdings wieder genug zu tun, „die überall angehefteten gehässigen Plakate" abzureißen, deren Verbreitung angeblich auf Veranlassung des Adels erfolgt sei.

Diese Schicht machte in der Tat weiterhin von sich reden. So heißt es in einem aus Münster unter dem 9. Juni 1838 eingesandten Korrespondentenbeitrag der Allgemeinen Zeitung [31], daß sich derzeit fast der gesamte Adel der Provinz in Münster versammelt habe. Zweck der Beratung sei in erster Linie das Adelsstatut. Da man unter den vorwaltenden Umständen mit einer Genehmigung des Statuts nicht rechnen könne, habe die Versammlung den Beschluß gefaßt, „sich als Korporation, so viel als möglich, selbst zu konstituieren". Dabei wolle man an der Unteilbarkeit der Erbgüter und dem „Übergang an den Erstgeborenen" sowie der Abfindung der nachgeborenen Söhne „mit einem Vermächtnis, alles nach alter Weise ... ganz strenge" festhalten [32]. Auch wolle das Gerücht nicht verstummen, daß einige Familien des Adels sich mit der Absicht trügen, dem Beispiele Werners von Haxthausen zu folgen, nämlich aus Westfalen wegzuziehen und sich in Bayern anzusiedeln [33]. Im übrigen sei von dem früheren Glanz und der frohen Stimmung großer gesellschaftlicher Ereignisse nicht viel übrig geblieben: „Unser eben beendetes Pferderennen bildete einen gewaltigen Abstand gegen das im vorigen Jahre. Es herrschte diesmal wenig Fröhlichkeit; bei dem großen Diner von etwa 90 Gedekken wurden keine 3 Flaschen Champagner getrunken". Dagegen seien die Prozessionen nie so zahlreich und feierlich wie in diesem Jahre begangen worden, und wenn Kellermann predige, sei das Gotteshaus stets überfüllt [34].

Demgegenüber betont ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (9. Juli 1838), die Angabe, daß die Kirchen, vorzüglich bei Kellermanns Predigten, gedrängt voll seien, sei dahin zu berichtigen, daß sich seit den Kölner Wirren ein größerer, jetzt aber allmählich wieder erkaltender Religionseifer gezeigt habe. Dagegen müsse er bestätigen, so fährt der Korrespondent fort, daß die Teilnahme an den Prozessionen reger geworden sei: „Man sieht Beamte, Kaufleute und viele

---

[31] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 22. Juni 1838.

[32] In dem Bericht heißt es weiter: „Die jüngeren Söhne dienen in Ermangelung versorgender Dompräbenden gewöhnlich in der Armee, und für die Töchter denkt man durch Gründung neuer Stifter und Wiederherstellung früher eingezogener eine angemessene Versorgung zu eröffnen. Bereits sollen deshalb bedeutende Summen durch Subskription zusammengebracht und andere Schritte geschehen sein, um das vormalige adelige Damenstift Freckenhorst von seinem jetzigen Besitzer zurückzukaufen und in früherer Weise einzurichten".

[33] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 22. Juni 1838. — Wie ein Korrespondent aus Münster in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 7. Juli 1838 schreibt, könne die Mehrzahl des katholischen Adels „die verunglückte Gesandtschaft nach Berlin" noch nicht verschmerzen.

[34] Außerordentliche Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 26. Juni 1838.

andere Leute, die früher nicht an diese Umgänge dachten, aus plötzlich eingesogenem frommen Sinn andächtig mitwandeln". Von einer ernsthaften Spannung zwischen Katholiken und Protestanten könne indes, abgesehen vom Verhalten des Adels, in Münster keine Rede sein: „... seit längerer Zeit sind unter unserm Bürgerstand alle solche Torheiten verschwunden ... Am allerwenigsten sind die protestantischen Beamten auf ihren eignen Kreis beschränkt; eben aus einer fröhlichen Gesellschaft katholischer und protestantischer Beamten kommend, kann ich eine solche Behauptung nur Lügen strafen."

Hatte es in einem Bericht des Korrespondenten im gleichen Blatt vom 2. Juli 1838 noch geheißen, daß in Münster das Interesse an der hermesischen Lehre wieder reger zu werden scheine, seit man hier von einer Partei in der römischen Kurie für den Hermesianismus wisse, wie auch diese Lehre trotz aller Anfeindungen [35] „unter dem jüngern und besser gebildeten Teile" der münsterschen Geistlichkeit immer ihre Anhänger behalten habe, so berichtet der gleiche Korrespondent in der Ausgabe des Blattes vom 8. Sept. 1838 von unverkennbaren Fortschritten der Antihermesianer:

„Münster, 3. Sept. Die antihermesische Partei ist hier wieder sehr stark, nicht bloß unter den ältern Geistlichen und Bürgern, die vor 25 Jahren den verstorbenen Hermes zur Zeit seines beginnenden Einflusses im Bunde mit dem damaligen Generalvikar v. Droste-Vischering (jetzigem Erzbischofe von Köln), wütend verfolgten, sondern auch unter den jüngern Geistlichen, deren Mehrzahl aus übertriebener Angst vor dem kirchlichen Regiment, oft der eigenen Überzeugung zuwider, sich an andere Lehrsysteme anschließt. Leider ist auch unter den Lehrern der Akademie diese Reaktion stark im Gären, und in der Tat droht die Zeit hier wiederzukehren, wo die katholische Theologie ohne alle wissenschaftliche Form in einem leeren Auswendiglernen einiger Kompendien bestand."

2. Der Besuch des Prinzen Wilhelm in Münster

Daß unter diesen Umständen der auf seiner Inspektionsreise vorgesehene Besuch des Prinzen Wilhelm in Münster zu keinem freudigen Volksfest wie etwa in manchen altpreußischen bzw. protestantischen Städten [1] werden würde, ist naheliegend. Wie es in einem in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 7. Juli 1838 veröffentlichten Korrespondentenbeitrag aus Münster heißt, bereite man hier indes „trotz des Gegenwirkens der obskuren Partei" einen würdigen Empfang seitens der Bürger und der Behörden vor. Über den Verlauf des Besuchs finden sich allerdings selbst in der von der preußischen Zensur kontrollierten Presse nur knappe, vorsichtig formulierte Berichte. Wenn die Kölnische Zeitung vom 10. Juli 1838 schreibt, daß der Prinz am Abend des 6. Juli gegen 5 Uhr „zur innigsten Freude aller treuen

---

[35] So habe das hermesische Gedankengut vor allem in der theologischen Fakultät Gegner gefunden, während es in der philosophischen Fakultät, die von dem Einfluß Roms frei sei, offen gelehrt werde und hier seinen alten Rang behauptet habe (Allgemeine Zeitung vom 2. Juli 1838).

[1] So bemerkte Prinz Wilhelm über einige dieser von ihm besuchten Orte: „In Elberfeld und Barmen und Hamm ist immer derselbe rasende Patriotismus" (Schuster und Bailleu, Aus dem Literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta S. 80).

Untertanen" in Münster eingetroffen sei, so ist das allerdings keine Falschmeldung, nur sagt sie nichts darüber aus, wie groß der Kreis der „treuen Untertanen" war. Über Anzeichen spontaner Volksbegeisterung vermag die Presse indes nichts zu berichten. Vielmehr herrschte, den Worten eines Korrespondenten der Leipziger Allgemeinen Zeitung zufolge, eine Stille, „als ob der Prinz gar nicht zugegen wäre" [2]. Nur die Offiziellen, die Offiziere, Beamten, Professoren der Akademien mit dem Rektor in seinem Amtsschmucke an der Spitze, „mehrere Rittergutsbesitzer", immerhin auch das gesamte Domkapitel mit dem Weihbischof, hatten sich versammelt, um dem hohen Gaste ihre „pflichtschuldigste" Aufwartung zu machen [3]. Waren die „eine Art höheren Adel" bildenden und „mit dem gewöhnlichen Adel in geringer Verbindung" lebenden Standesherren sämtlich erschienen — jedenfalls nach der Darstellung eines Korrespondenten der Leipziger Allgemeinen Zeitung [4] —, so hatten sich von dem katholischen ritterbürtigen Adel lediglich der Landtagsmarschall Freiherr von Landsberg-Velen und der Freiherr von Droste-Senden eingefunden [5]. Seiner Enttäuschung über die oppositionelle Haltung dieser Schicht gibt denn auch Prinz Wilhelm in einem Privatbriefe aus Münster vom 8. Juli 1838 Ausdruck: „Aller Adel ist von hier fortgegangen bis auf 3, um ihre Aufwartung nicht zu machen! Ich tue, als wüßte ich es nicht. In Düsseldorf waren mehrere anwesend" [6]. Schockiert zeigte sich der Prinz auch über das Verhalten der anläßlich einer Parade vor dem Schloß in Münster sich aufhaltenden Zuschauer, die nicht einmal den freundlichen Gruß des Prinzen erwiderten [7].

Am folgenden Tage begab sich der Prinz nach der Lodderheide zur Inspektion der dort versammelten Truppen [8]. Bei dieser Gelegenheit wurde zu Ehren des Gastes vom Oberpräsidenten eine Mittagstafel auf dem mersmannischen Kolonat gegeben, „welches wegen seiner Lage und seiner ganzen Einrichtung ein treues Bild der eigentümlichen Wohn- und Lebensweise des westfälischen Landmanns" geboten habe:

„Auf der ländlich mit Maien und Blumenkränzen geschmückten Diele (Tenne) ward sodann das Mittagsmahl eingenommen und dazu auch der Vater Mersmann gezogen, der, sein Recht als Hausvater übend, den Toast auf das Wohl des erlauchten Gastes ausbrachte. Nach der Tafel, während der sich zahlreiche Zuschauer aus der Stadt und Umgegend eingefunden hatten, ward ein Spaziergang in die schöne Umgegend angestellt, und wahrlich, wer den ländlich-freundlichen Charakter des

---

[2] Qu. Nr. 150.
[3] Kölnische Zeitung vom 10. Juli 1838.
[4] Vgl. Qu. Nr. 150.
[5] Vgl. Qu. Nr. 154.
[6] Schuster und Bailleu, Aus dem Literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta S. 81. — Vgl. auch Qu. Nr. 141. — Vielleicht ist das abweichende Verhalten des Westfälischen Adels auf den von der größeren Flexibilität des Rheinländers sich abhebenden schwerfälligeren Volkstumscharakter zurückzuführen.
[7] Vgl. Qu. Nr. 154. — In diesem Zusammenhang schreibt Plassmann (S. 232 f.): „Schon 1837 hatte die Gefangennahme des Cölner Erzbischofs Clemens August Aufregung und die anschließende Verhaftung eines Studenten einen Volksauflauf und Reibungen mit dem Militär verursacht. Als jedoch kurz darauf der Prinz von Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm, in Münster erschien und eine Parade auf dem Neuplatz abhielt, war die Stimmung bald wieder besänftigt." — Diese Version dürfte jedoch wohl kaum zutreffen.
[8] Für das Folgende: Kölnische Zeitung vom 12. Juli 1838.

ganzen Festes beachtete, wer den hohen Königssohn so zwangslos wandeln sah in der freien Natur, unter den frohen Anwesenden, der konnte nicht umhin, sich bewußt zu werden, wie glücklich ein Land ist, wo Liebe und Vertrauen Fürst und Untertanen aneinander ketten."

Der Nachsatz „Für den spätern Abend hatten Se. k. Hoh. sich jede Feierlichkeit verbeten", kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in Wirklichkeit an echter Volksbegeisterung fehlte [9].

Ein gewisser Ausgleich in bezug auf eindrucksvolle Empfangsfeierlichkeiten wurde dem hohen Besucher lediglich durch eine vom 13. Infanterieregiment anläßlich des 25. Jahrestages der Regimentsgründung am 8. Juli in der Infanteriekaserne veranstalteten Feier zuteil. Auch wurde dem Prinzen am Abend des gleichen Tages auf einem von den Stadtbehörden im Schauspielhaus veranstalteten Festball eine herzliche Begrüßung bereitet, was mit der Zusammensetzung der dort versammelten Gesellschaft, Offiziers- und Beamtenfamilien sowie Angehörigen der höheren Bürgerklasse [10] — vergleichbar etwa mit dem Publikum, das dem Prinzen im Aachener Theater eine so freudige Akklamation bereitet hatte [11] —, in Verbindung zu bringen sein dürfte.

Ließen die Begleitumstände des Prinzenbesuchs den Gegensatz zwischen der über den beschämenden Empfang für den Königssohn verstimmten protestantischen Bevölkerung und der katholischen Mehrheit erneut stark aufleben [12], so verlief auch der abermalige Besuch des Prinzen Wilhelm in Münster vom 1. bis 4. September des gleichen Jahres wenig anders [13]. Hierüber berichtet Wilhelm selbst:

„Auch in Münster gab es einige gute Momente; man ist aber ganz froh doch, wenn man raus ist. Einige Adlige mehr als vor zwei Monaten sind erschienen [14]. Drei verlangten Privataudienz, die ich ihnen erteilte. Sie wollten ihr erstes Nicht-

---

[9] Qu. Nr. 150. — Über den Versuch eines Korrespondenten der Leipziger Allgemeinen Zeitung, den im ganzen doch glanzlosen Empfang darauf zurückzuführen, daß der Prinzenbesuch nicht rechtzeitig genug angekündigt worden sei, so daß man die entsprechenden Empfangsvorbereitungen nicht mehr habe treffen können, vgl. ebd. Nr. 153.

[10] Vgl. ebd. Nr. 154.

[11] Vgl. oben S. 130; 147 ff.

[12] Vgl. Qu. Nr. 151.

[13] Zwar glaubte ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (12. September 1838) festgestellt zu haben, daß sich diesmal unter der Bevölkerung „mehr Teilnahme als neulich" bekundet habe. Wie der dem Adel offensichtlich wenig gewogene Korrespondent weiter ausführt, sei es wahrscheinlich der „Schwächung der von vielen Seiten gemißbilligten" Machinationen des Adels zuzuschreiben, wenn sich unter den münsterschen Bürgern „wieder ein besserer Geist" zu zeigen beginne. Der Bericht der Kölnischen Zeitung vom 5. Sept. 1838 bietet indes wenig Anzeichen für einen freudigeren Empfang seitens der Bevölkerung: „Heute morgens fand vor Sr. k. Hoh. große Parade der hier zusammengezogenen Truppen auf dem Neuen Platze statt. Eine zahlreiche Zuschauermenge wohnte diesem von schönstem Wetter begünstigten militärischen Schauspiele bei. Dem Vernehmen nach hatten die verschiedenen Truppenteile sich wiederholter Äußerungen der höchsten Zufriedenheit zu erfreuen. Abends geruhten S. k. Hoh. das von dem Kronprinzenvereine beim Doorschen Kaffeehause als Nachfeier des 3. Aug. veranstaltete Schützenfest mit höchst Ihrer Gegenwart zu beehren".

[14] Dies war allerdings zum Teil nur auf die ausdrückliche Aufforderung des Oberpräsidenten zurückzuführen, so im Falle des Grafen von Merveldt und des Freiherrn von Kerckering zu Borg (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, „Gehorsamste Meldung" aus Münster vom 5. Sept. 1838).

erscheinen entschuldigen, was freilich sehr holprig ging. Ich konnte ihnen daher auch recht ordentlich meine Meinung sagen, und der Refrain war: daß, wenn sie sich einer Schuld bewußt gewesen wären, sie hätten kommen müssen, um die Schuld gut zu machen; wären sie sich keiner Schuld bewußt, so hätten sie ohne allen Anstand auch kommen müssen. Das war wohl sehr klar gegeben und verfehlte seinen Eindruck nicht. Nicht so gut ging es in der übrigen kirchlichen Diskussion; da sind diese Herren wie vernagelt, so daß ich die Sache damit abschloß, ihnen zu sagen: daß die Stellung des Adels im Staate die sei, dem Thron am nächsten stehend, durch ihr Beispiel auf die unteren Klassen zu wirken; wäre dies Beispiel ein schlechtes, so verfehlten sie ihren Beruf und entweder zögen sie dann die unteren Klassen durch dies schlechte Beispiel zur Opposition mit sich fort, oder ihr Beispiel würde nicht befolgt; in diesem Fall würden sie also von oben und unten verlassen dastehen und von niemand geachtet sein. Dies Prognostikum stellte ich ihnen; bei ihnen stände es, ihre Stellung zu wählen; bei ihrem jetzigen Verfahren würde aber der letztere Fall eintreten. — Sehr enchantiert werden sie von mir freilich nicht gewesen sein; doch haben sie meiner Ruhe und Sicherheit bereits Gerechtigkeit widerfahren lassen. Mit Galen hatte ich eine ähnliche Unterredung; er laviert zwischen Soumission und Parteiung, wird aber zur Besinnung doch kommen" [15].

Blieb das „Publikum", d. h. die in der Öffentlichkeit in Erscheinung tretenden Bürger in Münster trotz des zweimaligen Prinzenbesuches „in der Mehrzahl teilnahmslos und bitter gesinnt" [16], so glaubte man in Kreisen der münsterschen Regierung dennoch, daß „etwas Terrain" gewonnen sei, von dem aus sich weiter operieren lasse [17]. Schließlich war Prinz Wilhelm in einigen Landstädten des Münsterlandes,

---

[15] Schuster u. Bailleu, Aus dem Literarischen Nachlaß ... S. 85. — Die Aufzeichnungen Galens bestätigen weitgehend die von Prinz Wilhelm gemachten Ausführungen: „Im Laufe des Sommers kam Prinz Wilhelm, unser jetziger König, nach Münster, und ich hatte bei ihm im Schloß eine fast zweistündige Audienz. Er empfing mich nicht ungnädig, verlangte, daß ich mich neben ihn auf das Sofa setzen sollte, und die Unterhaltung drehte sich fortwährend und ausschließlich um das Kölner Ereignis und dessen Folgen. Ich sagte dem Prinzen mit größter Offenheit meine volle Meinung, so, wie ich sie meinem besten Freunde gesagt haben würde, und er erwiderte in gleicher Weise, so daß wir zuweilen sehr heftig aneinander gerieten und er einmal in die Worte ausbrach: ‚Wenn alle Katholiken Preußens so dächten wie Sie, so würde uns nichts übrig bleiben, als sie wie Heloten und Irländer zu behandeln', wogegen ich mich denn auf die Bundesakte und den Reichsdeputationsrezeß berief. Schließlich aber stand er auf, reichte mir beide Hände und sagte, indem er mich entließ: ‚Ich gebe Ihnen mein heiliges Ehrenwort, daß ich nie in allen diesen Dingen denken werde wie Sie, aber zugleich können Sie überzeugt sein, daß ich Sie immer für einen Ehrenmann halten und Ihre Ansicht in dieser Beziehung respektieren werde'. Unvergeßlich bleibt mir dieser Moment" (Archiv Galen-Assen F 527, Mein Leben in der Religion).

[16] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, „Gehorsamste Meldung" aus Münster vom 5. Sept. 1838. — Ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (29. Juli 1838) führt die reservierte Haltung der Münsteraner vor allem darauf zurück, daß sich die Bevölkerung dieser Stadt noch auf einer „sehr niedern Stufe der geistigen Ausbildung" befinde. Nur durch die „angestrengtesten Bemühungen einer aufgeklärten Regierung" könne sie nach und nach auf „einen gleichen Standpunkt der Kultur" wie etwa im Rheinland gelangen.

[17] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 1, „Gehorsamste Meldung" aus Münster vom 5. September 1838. — Am 29. Juni 1838 hatte auch ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung aus Münster berichtet, Privatbriefe aus Berlin sprächen von einer veränderten Stimmung des preußischen Kabinetts zugunsten der „nach allgemeinem Dafürhalten so ziemlich in Ungnade gefallenen Stadt", seit man

z. B. Coesfeld und Warendorf, betont herzlich aufgenommen worden [18]. In bezug auf die Stadt Münster fragt es sich allerdings, ob es sich um eine realistische Einschätzung der Situation gehandelt hat, zumal doch bei der vorangegangenen Wahl neuer Stadtverordneter und deren Stellvertreter wiederum kein Protestant gewählt worden war [19].

3. Die Zwischenfälle im Juli und August

Unterdessen hatten sich in Münster einige Vorfälle ereignet, die weit über die Stadt hinaus großes Aufsehen erregten.

So wurden in der Nacht vom 15. auf 16. Juli von der Polizei drei junge Leute in der Ägidiistraße arretiert, die folgendes Lied gegrölt haben sollen:

„Und der alte Kaiser Franz
ist ein alter Narrenhans
. . .
Unser alter Preußenkönig,
der Kümmel-König,
der alle Morgen besoffen ist" [20].

Bei den Aufgegriffenen handelte es sich um Theodor Hammel und Wilhelm Flanhardt, zwei Schülern der Chirurgenschule, sowie Paul Valentin Thisquen, der in Münster „Privatstudien" oblag [21].

Diese offenbare Majestätsbeleidigung wurde mit Strafen geahndet, die, an heutigen Verhältnissen gemessen, als drakonisch bezeichnet werden müssen. Während Hammer zu zwei Jahren Festungshaft und Verlust der Nationalkokarde verurteilt wurde, kamen Flanhardt und Thisquen mit einem Jahr Festungsstrafe sowie Verlust der Nationalkokarde davon [22].

Bereits einige Wochen nach der Verhaftung der drei Studenten ereignete sich anläßlich der zu Ehren des Königs am 3. August von der Akademie in der Aula des Gymnasiums veranstalteten Geburtstagsfeier, zu der sich nach der Darstellung des Westfälischen Merkurs vom 7. August 1838 „ein zahlreiches Publikum" eingefunden hatte („Schon eine Stunde vor dem Anfange der Feier waren alle Räume der großen Aula fast überfüllt"), ein noch spektakulärerer Zwischenfall. So stellte man zu Beginn des Festaktes mit Entsetzen fest, daß unter der am Rednerpult befindlichen Fußbank in Öl aufgelöster Mineralteer auf den Fußboden geschüttet worden war und einen penetranten Geruch verbreitete. Einen noch größeren Schock aber verursachte die Entdeckung, daß die in der Nähe des Rednerpults aufgestellte Büste des Königs ebenfalls mit Teer bespritzt war [23].

---

in Berlin die Überzeugung habe, daß „manches strafwürdige Treiben bei uns nur von einzelnen oder von gewissen Parteien" ausgehe (Leipziger Allgemeine Zeitung vom 7. Juli 1838).

[18] Qu. Nr. 158; Leipziger Allgemeine Zeitung vom 26. Juli 1838.

[19] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 1. Aug. 1838.

[20] A. Münster, Regierung Münster Nr. 1133, Münster, 16. Juli 1838.

[21] Ebd.

[22] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 33 Bl. 57. — Das in erster Instanz am 28. September 1838 verkündete Urteil wurde in zweiter Instanz bestätigt (ebd.).

[23] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 1133, Ber. aus Münster vom 10. Aug. 1838. — Hierüber berichtet der Westfälische Merkur jedoch mit keinem Wort. Er wertet

Der Polizei gelang es, den Täter ausfindig zu machen. Es handelte sich um den zwanzigjährigen Unterprimaner Bernhard Benedikt Schmedding [24]. Dieser stritt indes ab, daß seine Handlung irgendwie mit dem Kirchenkampf zusammenhänge. Er verzichtete offenbar bewußt auf eine politische Märtyrerrolle, möglicherweise in der Hoffnung auf ein reduziertes Strafmaß. Schmedding beteuerte, daß seine Tat einzig und allein gegen den Professor Esser, der dazu ausersehen war, die Festrede [25] zu halten, gerichtet gewesen sei. Er habe hierdurch nicht nur die Unzufriedenheit der Studenten mit Esser [26], sondern auch den „Unwillen der Studenten gegen die Professoren im allgemeinen" zu erkennen geben wollen, damit letztere des gegen sie vorwaltenden Unmuts inne würden. So habe er den Teer auf dem Katheder ausgegossen. Es sei einzig und allein ein unglückliches Versehen, wenn dabei einige Tropfen Teer an die Büste des Königs gespritzt seien.
Das Gericht akzeptierte die Version Schmeddings jedoch nicht. Es hielt vielmehr politische Motive für seine Handlung als erwiesen, zumal einer seiner Lehrer ihn schon früher einmal dabei angetroffen habe, wie er die Worte „pereat rex" anschrieb. Mit dem Urteil von zwei Jahren Festungshaft und Verlust der Nationalkokarde verzichtete das Gericht bewußt auf die durch die Aussage Schmeddings

---

den angeblich glänzenden Verlauf der Feier und des im Anschluß daran von den „zahlreichen" Verehrern des Königs veranstalteten Festmahles vielmehr als einen Beweis gestiegener Anhänglichkeit an das Herrscherhaus: „So gestaltet sich das Fest hier mehr und mehr, von Jahr zu Jahr, so war es in diesem Jahre, und daß es so war, widerlegt am besten die jämmerlichen Sudeleien niederträchtiger Korrespondenzler, womit die Leipziger Zeitung posttäglich ihre Kolumnen von Münster aus zu füllen sich nicht schämt und die wir deshalb mit verdienter Verachtung und überzeugt, daß dieses Schicksal ihr auch von den Behörden zuteil werde, ein für allemal mit Stillschweigen übergehen". — Nach einem Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 22. März 1838 war der Westfälische Merkur Anfang des Jahres von der „ziemlich beengenden Zensur entbunden" worden und hatte dadurch angeblich „ein ganz freies Feld" gewonnen. Er nehme Artikel auf, die Erstaunen erregten und „nur durch eine ganz besondere Ruhe, Festigkeit und Toleranz der Regierung dem Zensurstrich entgangen sein" könnten. — Bei der Berichterstattung des Westfälischen Merkurs über die Geburtstagsfeier im Paulinum dürfte allem Anschein nach der Zensor [Heinrich August Erhard (St. A. Münster, Regierung Münster, Kirchenregistratur IV—2—2)] diese Toleranz jedoch kaum gezeigt haben, vorausgesetzt natürlich, daß das Eingreifen des Zensors überhaupt nötig gewesen ist und die Redaktion nicht ohnehin den Standpunkt der Regierung teilte.

[24] Für das Folgende: Ebd., „In Kriminalsachen wider den Gymnasiasten Bernhard Schmedding". — Über diesen Vorfall berichtet die Allgemeine Zeitung vom 9. Sept. 1838 ergänzend: „Der Niederträchtige, welcher die Büste des Königs von Preußen am 3. Aug. bei der Gymnasialfeierlichkeit verunreinigt hat, ist entdeckt. Es ist der Bruder eines Professors am münsterschen Gymnasium. Leider hat sich der Jüngling, welcher den Verbrecher anzeigte, erschossen, wahrscheinlich aus Furcht vor der Rache der Mitwissenden. Die strengste Untersuchung ist eingeleitet, und man hofft, einem weitverzweigten Komplotte auf die Spur zu kommen". — Daß als Folge dieses Vorfalls ein Selbstmord begangen worden ist, berichtet auch die Elberfelder Zeitung (Wiedergabe in der Allgemeinen Zeitung vom 13. Sept. 1838).

[25] Er sprach über die Verdienste Franz Wilhelms von Fürstenberg um das Schulwesen (Westfälischer Merkur vom 7. Aug. 1838).

[26] Wilhelm Esser, Professor der Philosophie an der Akademie, galt als Hermesianer (Hegel, Fakultät Bd. 1 S. 203, 212). Hat dies möglicherweise zu einer oppositionellen Haltung von Studierenden gegenüber Esser beigetragen? Nach der Darstellung Kappens (Erinnerungen aus alter und neuer Zeit von einem alten Münsteraner, Münster 1880, S. 75 f.) hat allerdings Esser den Studenten durchaus keinen Grund zur Unzufriedenheit gegeben. Seine Vorträge seien mit Sorgfalt und großem Fleiß ausgearbeitet gewesen, auch habe er sich gegenüber seinen Schülern wohlwollend gezeigt und sei von ihnen geliebt und geachtet worden.

gegebene Möglichkeit, den Gerüchten weitverbreiteter politischer Unzufriedenheit der Bevölkerung, wie sie sich schon vor diesem Zwischenfall auch an der geringen Teilnahme an den übrigen Feierlichkeiten gezeigt haben soll [27], durch einen Freispruch beziehungsweise milde Bestrafung entgegenzutreten. Das „einer Opposition nahe kommende Benehmen unter den Gymnasiasten" [28], die bekanntlich schon im November und Dezember 1837 als die unruhigsten Elemente der Bevölkerung aufgefallen waren, war offenbar zu eklatant, um darüber hinweggehen zu können. Es hatte sich auch am Vorabend des Geburtstages anläßlich der im Gymnasium üblichen Feier bekundet. So wurde in das vom Direktor dem König gebrachte dreimalige Lebehoch von den Gymnasiasten nur schwach eingestimmt, und beim ersten Male ließen sich sogar unter ihnen „einige dem Pfeifen ähnliche Laute vernehmen, denen nachher ein Murren folgte" [29]. Ob das rigorose Strafmaß gegen Schmedding allerdings zur Entspannung der Konfliktsituation beigetragen hat, dürfte wohl zweifelhaft sein.

Hatte also das Geburtstagsfest den „Geist allgemeiner feiernder Freude" entbehrt — z. B. war auch die Parade der Garnison auf dem Schloßplatz von ungewöhnlich wenigen Zuschauern besucht, Privatgesellschaften zur Feier des Tages waren nur wenige, meist aus Fremden bestehend, zusammengetreten [30] —, so sah man auch in Münster vom Adel weiterhin noch nichts [31]. Auch vergehe hier keine Woche, so berichtet die Frau des Generals von Wrangel, in der nicht eine Schildwache oder ein Soldat auf der Straße verhöhnt werde. Freilich, so fügte sie hinzu, hätten sich „die Militärs so ausgezeichnet energisch durch ihre Waffen Respekt zu verschaffen gewußt, daß sie dieserhalb" von General Pfuel „öffentlich belobt"

---

[27] Vgl. Qu. Nr. 156.
[28] Ebd.
[29] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 11. August 1838.
[30] Ebd.
[31] Frau v. Wrangel an ihren Bruder, Münster, 30. Dez. 1838, in: Deutsche Revue 1903, Bd. 1, S. 140 f. — Nach dem Urteil des Generals von Pfuel hat sich indes der Adel in Düsseldorf „ganz anders betragen" als in Münster. Man habe ihm dort „eine Menge Diners" gegeben, während in Münster „kein Mensch je ein Butterbrot angeboten" habe (ebd. S. 325). — Ähnlich auch Oberst v. Felden an Wrangel, Düsseldorf, den 20. März 1839: „Der hiesige Adel und die Beamtenwelt scheint von andern uns freundlicher gesinnten Ansichten als die Mehrzahl der Münsterschen auszugehen. Auch kann man selbst über die vorliegenden Wirren der Zeit ganz vernünftig und ruhig mit ihnen sprechen" (ebd. S. 144). — Daß die oppositionelle Haltung des Adels auch vom König mit Unwillen aufgenommen wurde und diesen möglicherweise in seiner verhärteten Haltung bestärkt hat, deutet die Kabinettsorder vom 21. Juli 1838 an die Minister von Altenstein, von Rochow und von Werther an (vgl. oben S. 128). — In der katholischen Bevölkerung soll der Adel dagegen zunehmend beliebter geworden sein: „Nie aber hat unser Adel so hoch im Vertrauen gestanden als jetzt, weil er wie kein anderer in Deutschland seine Stellung würdig behauptet, eine ausgezeichnete religiöse und moralische Kraft entwickelt und dadurch ein Gewicht in die Waagschale legt, das durch seine zeitlichen Güter noch an Bedeutung gewinnt. Es gab eine Zeit, wo er nicht beliebt war, aber jetzt ist er es und verdient es zu sein" (Korrespondentenbericht „aus Westphalen" in der Augsburger Postzeitung vom 25. Okt. 1838). — Damit wäre der westfälische Adel dem Ziel, als führende Schicht im politischen Leben von weiten Bevölkerungskreisen anerkannt zu sein, näher gekommen als die rheinischen Standesgenossen. Es fragt sich allerdings, ob der Korrespondentenbericht der Augsburger Postzeitung die Verhältnisse in Westfalen nicht zu sehr idealisiert, wenn auch zu berücksichtigen ist, daß in Westfalen patriarchalische Bindungen in stärkerem Maße fortbestanden als etwa in der Rheinprovinz (vgl. oben S. 342).

worden seien [32]. Unter diesen Umständen war ein Nachlassen der Spannungen wohl kaum zu erwarten.

Ebenso scheint die Anfang Oktober 1838 bekanntgewordene zweite Allokution des Papstes in Münster ein lebhaftes Echo gefunden zu haben. Es heißt, daß der in der Allgemeinen Zeitung abgedruckte Text förmlich verschlungen worden sei [33]. Auch fand eine Lithographie der dem Erzbischof in Minden zugewiesenen Wohnung angeblich in Münster einen Absatz von 5000 Stück [34]. Im übrigen erregte ein Zusammenstoß zwischen einem Offizier und einem Beamten auf dem Domplatz nicht geringes Aufsehen [35].

Mit besonderer Sorge sahen die Behörden dem Ausgang des Jahres entgegen; vor allem stellte sich die Frage, wie sich die Bevölkerung an den Tagen des 20. und 23. Novembers sowie des 11. Dezembers verhalten würde, nämlich dem Jahrestag der Abführung des Erzbischofs nach Minden, dem Namenstag des Erzbischofs und dem Jahrestag des münsterschen Tumultes. Die Befürchtungen wurden dadurch verstärkt, daß sich wieder zahlreiche Plakatanschläge fanden. Ebenso führte die Aufruhrszene in der Oper „Die Stumme von Portici", die am 18. November 1838 in Münster aufgeführt wurde, zu lauten Beifallsrufen von der Galerie [36]. Ernsthafte Tumulte sind jedoch nicht verzeichnet worden. So heißt es auch in einem im Hamb. unpart. Corr. vom 10. Dezember 1838 veröffentlichten Bericht aus Münster vom 28. November 1838: „Während aus Köln und den Rheingegenden so betrübende Nachrichten über den Zustand der öffentlichen Ruhe einlaufen, erfreuen wir uns hier der besten Ruhe und Ordnung. Auch der Namenstag des Erzbischofs von Köln (23. November) ist ohne Ausbrüche von Opposition vorübergegangen, bloß von einem einzigen Mutwilligen wurde des Abends auf dem Domplatze ein Kanonenschlag gelöst. Zwar wurden die jüngsten Kölner Vorfälle nicht ohne große Spannung hier vernommen, doch bald in ihrem wahren Charakter als Pöbelaufruhr gewürdigt. Die Tumultuanten vom 11. Dezember v. J. haben angefangen, ihre Strafe zu erleiden; es sind ihrer nur wenige und fast alle aus der niedern Volksklasse."

Den etwa 2000 damals in Münster lebenden Protestanten soll es allerdings auch bei den im November 1838 stattgefundenen Kommunalwahlen weiterhin nicht gelungen sein, einen Vertreter in den Rat zu wählen, wobei der Berichterstatter der Leipziger Allgemeinen Zeitung (2. Dezember 1838) hervorhebt, daß der Anteil der katholischen Geistlichen, die Wahlzettel von Haus zu Haus getragen hätten, an diesem Resultat nicht gering sei. So wenig man in diesem Stand offenbar bereit war, tumultuarische gegen den Staat gerichtete „Exzesse" zu unterstützen und in dieser Hinsicht geradezu ein — wie man es heute nennen würde — systemstabilisierendes oder gar konterrevolutionäres Verhalten an den Tag legte, so engagiert und emsig zeigte man sich wohl, wenn es darum ging, den eindeutig katholischen Charakter der Stadtverordnetenversammlung und damit ein Stück des alten, rein katholischen Münsters zu erhalten.

[32] Deutsche Revue 1903, Bd. 1, S. 141.
[33] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 12. Okt. 1838.
[34] Ebd., 21. Okt. 1838.
[35] Vgl. Qu. 182.
[36] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 11, du Vignau an Rochow, 19. Nov. 1838.

Auch auf dem platten Lande hat die Wegführung des Erzbischofs von Köln den Anlaß zu mancher hitzigen Diskussion gegeben.

So drang die Kunde von der Gefangennahme erstaunlich schnell bis selbst in die abgelegenen Täler des Sauerlandes und soll hier eine nicht geringe Aufregung hervorgerufen haben; zum Beispiel berichtet Johann Friedrich von Schulte in seinen Lebenserinnerungen: „Die Kinder fochten in der Schule für oder gegen ihn [den Erzbischof]. Die Verhältnisse waren gespannt, es blieb nicht beim Fenstereinwerfen; ich erinnere mich sehr gut, daß mein Vater längere Zeit eine geladene Flinte im Zimmer stehen hatte“ [1]. Daher erscheint auch die in vorsichtiger Formulierung gehaltene Zusammenfassung der Situation durch den Arnsberger Regierungspräsidenten Keßler in seinem Zeitungsbericht für den Monat Dezember 1837 [2] keineswegs unglaubwürdig:

„Die Landräte einiger Kreise, deren Einwohner größtenteils katholisch sind, beklagen den Eindruck, welchen die Abführung des Erzbischofs von Köln auf die allgemeine Stimmung gemacht habe, und erwähnen, wie die über das Ereignis erlassenen Bekanntmachungen, anstatt die Gemüter zu beruhigen, in diesen vielmehr Zweifel und Argwohn erregt haben. Dagegen wird in den Kreisen, wo das evangelische Bekenntnis vorherrscht, teils die Zufriedenheit mit den ergriffenen strengeren Maßregeln offen bezeigt, teils eine ausführliche Veröffentlichung des ganzen Sachverhältnisses und seines inneren Zusammenhangs gewünscht, um den Äußerungen der Katholischen über angebliche Beeinträchtigung ihrer Kirche entschiedener begegnen zu können. — Ein Kaplan in Meschede hat in einer Frühpredigt die Kölner Ereignisse zur Erörterung gezogen, was den Bischof von Paderborn zu einer scharfen Vermahnung an seine sämtlichen Diözesanen veranlaßt hat, nicht durch Erwähnung dieses und ähnlicher Gegenstände in ihren kirchlichen Vorträgen die Gemüter aufzuregen und sich verantwortlich zu machen [3]. Auch

---

[1] Zitiert bei Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 479.

[2] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. V.

[3] Die Suffragane der niederrheinischen Kirchenprovinz, die Bischöfe von Münster und Paderborn, bezeigten wie überhaupt weithin der Klerus in der öffentlichen Auseinandersetzung zunächst eine merkliche Zurückhaltung. Der Paderborner Bischof Friedrich Clemens warnte sogar in einem Rundschreiben vom 23. Dez. 1837 seine Pfarrgeistlichkeit nachdrücklich davor, das Kölner Ereignis zum Gegenstand ihrer Kanzelreden zu machen (Rheinwald, Acta Historico-Ecclesiastica S. 622 f.). Allerdings distanzierten sie sich jetzt von der Berliner Konvention (vgl. oben S. 124). — Schrörs (Kölner Wirren S. 606) entschuldigt ihre „laue“ Haltung gewissermaßen mit der Argumentation, man müsse ihnen zugute halten, daß das streng durchgeführte System des Landeskirchentums es ihnen unmöglich gemacht habe, in allgemeinen kirchlichen Angelegenheiten aufzutreten, ohne sich der Gefahr auszusetzen, mit ihren Regierungen in Ungelegenheiten zu geraten. Außerdem, hätten die Bischöfe von Münster und Paderborn als „Mitschuldige an der Berliner Konvention“ öffentlich die Partei des Kölner Erzbischofs ergreifen können? — Demgegenüber ist jedoch darauf hinzuweisen, daß beide Bischöfe wie ihre Kollegen Spiegel und Hommer jahrelang weitgehend einen staatsfreundlichen Kurs gesteuert hatten. Daß Caspar Max von Droste zu Vischering im Gegensatz zu seinem eigenwilligeren Bruder nicht dazu neigte, sich mit den preußischen Behörden anzulegen, hatte schon Ferdinand von Galen betont (oben S. 60). Auf die Haltung von Friedrich Klemens von Ledebur, „einen sanften, anspruchslosen Charakter“ (St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 30), hatte in dieser Hinsicht vor allem der Canonicus Vinzenz Bracht großen Einfluß ausgeübt (Liese S. 128; 346). — Erst im Dezember 1838 richteten die Bischöfe von Paderborn und

ist über diesen Vorfall dem einschlägigen Ministerium Bericht erstattet worden." Das früher so friedliche Verhältnis der Konfessionen zueinander war, wie es im Verwaltungsbericht der Arnsberger Regierung für 1837 heißt, erheblich getrübt. Das gegenseitige Zutrauen sei geschwunden, Reibungen seien nicht ausgeblieben und ließen „eine noch schroffere Trennung besorgen" [4].

Daß die Bevölkerung sich anfangs ruhig verhalten habe, dann aber durch Adel und Priester bearbeitet worden sei, „Unzufriedenheit und einige Empörung kundzugeben", wird in Keßlers Biographie überliefert. So habe er anonyme Warnbriefe erhalten, man werde ihm die Fenster einwerfen und das Haus in Brand stecken [5]. Schweigt sich Keßler in seinem offiziellen Berichte über diese angeblichen Einwirkungen aus [6], so verkennt er jedoch nicht die in gewissen Gegenden seines Bezirks tiefgreifende Verstimmung:

„Einige landrätliche Berichte bezeichnen den Einfluß des Kölner Ereignisses auf die Stimmung der katholischen Eingesessenen als noch fortwährend nachteilig, und zugleich wird die Spannung erwähnt, mit welcher die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit verfolgt werde" [7].

Besonders im Hochsauerland scheint sich das Kölner Ereignis negativ auf die öffentliche Stimmung ausgewirkt zu haben. So meldet der Bürgermeister von Bödefeld am 18. Januar 1838:

„Ich muß es leider gestehen, die öffentliche Stimmung ist nicht die frühere. Allgemein und überall, wo man hintritt, hört man wegen der Arretierung des Erzbischofs mißbilligende Äußerungen, besonders, da man dem bekannten Publicandum des Amtsblatts auch nicht den geringsten Glauben schenke. Das Volk schenkte der Regierung vollen Glauben, und mit Zuversicht sah es auf dieselbe; so war es vor dem November v. Jahres, aber jetzt erklärt es, teils in zweideutigen Ausdrücken, teils in Bildern überall sich gegen dieselbe, und das Zutrauen ist merklich gesunken. So kann es jeder unbefangene Beobachter sehen" [8].

Münster wie auch der Trierer Bistumsverweser Günther ein Schreiben an den König, in welchem sie darlegten, „daß die Gefangennehmung des Erzbischofs bei dem katholischen Volke im Rheinland und in Westfalen den schmerzlichsten Eindruck erregt hat und daß der Jammer und die Besorgnisse Ew. Majestät katholischer Untertanen um die Sicherheit und Freiheit ihrer Kirche nicht aufhören werden, solange der Erzbischof von Köln gefangen gehalten wird" (Archiv des Grafen von Droste-Vischering. Nachlaß Clemens August Nr. 71). — Die Antwort des Königs im Qu. Nr. 185. — Doch hat z. B. das Verhalten des Bischofs von Münster seitens der dortigen Regierung Belobigung gefunden. Die Bereitwilligkeit der bischöflichen Behörde, bei den sich nicht selten ergebenden Reibereien zwischen Katholiken und Evangelischen zu vermitteln, sei nicht zu verkennen; allerdings sei ein wirksameres Einschreiten im Sinne der Staatsgewalt unter den obwaltenden Umständen kaum zu erwarten (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 310, Verwaltungsbericht für 1837 und 1838).

[4] DZA Merseburg Rep. 76 Sekt. 22 Spez. a.

[5] Leben des ... Georg Wilhelm Keßler S. 341 f.

[6] Auch in den Zeitungsberichten des Bürgermeisters der Stadt Arnsberg ist von einer unruhigen Haltung der Einwohner in keiner Weise die Rede; vielmehr heißt es für den Zeitraum November 1837 bis Januar 1838 über „öffentliche Meinung und Einfluß der Gesetzgebung auf dieselbe" sowie über „Religiosität": „Diese Rubriken geben keinen Stoff zur Berichterstattung". Zwischen dieser Bemerkung und dem Prädikat „befriedigend" schwanken auch die weiteren Angaben bis einschließlich Juli 1840. Ab August 1840 wird die öffentliche Stimmung als „gut", für November 1840 sogar als „sehr gut" bezeichnet (Stadtarchiv Arnsberg XVI B 3).

[7] Zeitungsbericht für Januar 1838 (St. A. Münster, Oberpräsidium 352 vol. VI).

[8] Amtsarchiv Fredeburg Tit. VII Nr. 8.

Etwas abgeschwächt hatte sich die Aufregung dagegen bereits im benachbarten Fredeburg — jedenfalls nach den Worten des dortigen Bürgermeisters im Zeitungsbericht im Dezember für 1837:

„Wenngleich die Entfernung des Erzbischofs aus Köln im Anfang einige Sensation erregte und hier und da manches darüber gemurmelt wurde, so scheint im Verlauf der Zeit doch die Sache in Vergessenheit zu geraten. Nur hat sich der Pastor Bockelkamp zu Dorlar in dieser Sache scheinend etwas zu weit eingelassen“ [9].

In anderen Regionen des ehemaligen kurkölnischen Sauerlandes scheint allerdings das Kölner Ereignis die Bevölkerung weniger berührt zu haben. So wird die öffentliche Stimmung im Wallfahrtsort Werl während dieser Zeit vom dortigen Bürgermeister stets mit „im allgemeinen gut“ angegeben [10], ebenso in den Zeitungsberichten des Bürgermeisters von Menden (mit Ausnahme von Februar 1839) [11]. Mit ähnlichen Prädikaten wie „ganz befriedigend“ (Dezember 1837), „gut“ (Januar 1838), „lobenswert“ (Februar 1838), „gibt sich stets nur als erwünscht zu erkennen“ (Oktober 1838) und „zur Zufriedenheit“ (April 1839) wird auch die öffentliche Stimmung für den Bereich des Amtes Rüthen charakterisiert [12]. Bemerkenswerterweise findet sich unter der Rubrik „öffentliche Stimmung“ in den Zeitungsberichten aus Olpe, einem Ort, in dem noch heute offenbar einiges von der kurkölnischen Tradition nachlebt — zumindest in Namensbezeichnungen —, lediglich die Floskel „vacat“[13].

Ein gestiegenes Interesse der Bevölkerung an Zeitungen und Flugschriften — die damit in zunehmendem Maße einen Einfluß auf die Meinungsbildung genommen haben dürften — kommt freilich im Bericht des Arnsberger Regierungspräsidenten für Februar 1838 [14] zum Ausdruck:

„Die öffentlichen Mitteilungen und der ungehinderte Meinungsaustausch über das Kölner Ereignis in Zeitungen und anderen Druckschriften hat den günstigen Einfluß auf die von jener Angelegenheit ergriffenen Gemüter nicht verfehlt. — Der Landrat des Kreises Olpe berichtet, daß dort seit Neujahr eine Menge ausländischer Zeitungen, namentlich bayerische, gehalten werden und daß selbst in Dörfern, wo sonst nur selten ein Zeitungsblatt gesehen wurde, unter den Bauern sich Gesellschaften gebildet haben.“

In den folgenden Monaten wird dann jedoch von einer zunehmenden Beruhigung unter der katholischen Bevölkerung berichtet [15]. Daran hat auch wohl ein angesichts der vermutlichen Verbreitung süddeutscher Blätter in diesem Raum sicherlich auch im Regierungsbezirk Arnsberg zur Kenntnis gelangter Artikel der Neuen

---

[9] Ebd. Tit. VII Nr. 9 Bd. 1.
[10] Stadtarchiv Werl Archivabt. E Tit. VI Caps. 35 Nr. 10.
[11] Stadtarchiv Menden VII Nr. 4 B XVI Nr. 67. — Bezüglich der Mißstimmung im Februar 1839 vgl. unten S. 432.
[12] Amtsarchiv Rüthen A 26.
[13] Stadtarchiv Olpe 177. — Leider finden sich über die öffentliche Stimmung zu dieser Zeit in Kreis- und Stadtarchiven nur noch vereinzelt Unterlagen. Es wurden sämtliche in Betracht kommenden Stadt- und Kreisverwaltungen angeschrieben.
[14] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. V.
[15] So heißt es in den Zeitungsberichten (ebd.): für April („befriedigend“), für Mai („von der erzbischöflichen Angelegenheit, hinsichtlich deren die katholischen Eingesessenen sich immer mehr zu beruhigen scheinen, ist weit weniger mehr die Rede“), für Juni („fortwährend befriedigend“), für Juli („im ganzen gut“).

Würzburger Zeitung, der sich zu der Behauptung verstieg, daß im Regierungsbezirk Arnsberg die katholischen Schulen durch evangelische Schulinspektoren beaufsichtigt würden [16], kaum etwas geändert. Dennoch war, wie es abschließend im Verwaltungsbericht der Arnsberger Regierung für 1838 heißt, das Verhältnis zwischen Evangelischen und Katholiken „im allgemeinen noch gespannt" und werde sich „durch die Zeit erst wieder ausgleichen", wenn nicht „im Wege der allgemeinen Gesetzgebung das Verhältnis der Kirche zum Staat festgestellt" werde. Vor allem bei der Schließung gemischter Ehen seien Konflikte zwischen den „beiderseitigen Geistlichen und Klagen von der evangelischen Seite vorgekommen" [17].

Gab die Stimmung in der Stadt Münster während des Jahres 1838 durchaus zu Besorgnis Anlaß, so gilt ähnliches, vielleicht in noch stärkerem Maße, für den übrigen Regierungsbezirk Münster [18], für den die Zeitungsberichte der Regierung fortlaufend melden, daß „die Spannung bei der katholischen Bevölkerung wegen der Kölner Angelegenheit" fortdauere [19], die durch die Verbreitung der päpstlichen Allokution noch gesteigert worden sei [20]. Indes zeigten sich nirgends

[16] Gegen einen derartigen „Lügengeist", der nicht ruhe, die Saat des Mißtrauens und der Zwietracht nach allen Seiten auszustreuen, wendet sich das Oberpräsidium der Provinz Westfalen in einer sogar im Rheinisch-Westfälischen Anzeiger vom 8. Aug. 1838 öffentlich bekanntgemachten Erklärung: Bis zum Jahre 1834 hätten zwar die wenigen katholischen Elementarschulen in den Dörfern der Grafschaft Mark unter der Aufsicht von evangelischen Schulinspektoren gestanden, weil es nicht möglich gewesen sei, sie zu einem Aufsichtskreis zu vereinigen. Auch hätten sich unter den wenigen katholischen Geistlichen kaum geeignete Inspektoren befunden. Davon, daß eine große Anzahl katholischer Schulen im ehemaligen Herzogtum Westfalen unter evangelischen Schulinspektoren gestanden habe, könne also keineswegs die Rede sein. Im übrigen seien auch in der Grafschaft Mark nach der Neueinteilung der Dekanatsbezirke im Jahre 1833 die katholischen Schulen katholischen Pfarrern unterstellt, während in den Städten sämtliche Elementarschulen unter der Aufsicht einer gemischten Schulkommission stünden.

[17] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 22 Spez. a.

[18] Vgl. Qu. Nr. 79, 112.

[19] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 Bd. 6. — Es ist bemerkenswert, daß die Regierung dies zugibt, obwohl die landrätlichen Polizeiberichte, auf die sie sich vor allem gestützt haben dürfte, von ihr nicht in jedem Falle als zuverlässig angesehen wurden. So finden wir z. B. auf einem Bericht des Beckumer Landrats Graf Merveldt vom 1. Febr. 1838 die Randbemerkung des Regierungsvizepräsidenten du Vignau: „Das Gesagte scheint mir mehr die persönliche Ansicht des Referenten als die allgemeine Stimmung zu sein". Dieses Verdachts kann man sich in der Tat nicht erwehren, wenn man die Ausführungen Merveldts liest, die sicherlich einen wahren Kern enthalten, aber doch stark von der typischen in katholischen Adelskreisen vorherrschenden Anschauung und Diktion umgeformt erscheinen: „Die öffentliche Stimmung hat infolge der verlängerten Detention des Herrn Erzbischofs von Köln den im vorigen Monat angezeigten Charakter einer tiefen Verletzung und Kränkung der Gemüter um so mehr beibehalten, als das gebildete Publikum durch die seitherigen Aufklärungen in der von Anfang gefaßten, unterm 28. Dez. v. J. von mir näher bezeichneten Ansicht nur befestigt worden ist und um so sehnlicher der Entwicklung entgegen harrt, daß ein gerechter Landesvater die ... Beschuldigungen gegen den Herrn Erzbischof in ihrer wahren Gestalt enthüllen, die falschen Angeber mit verdienter Rüge strafen und den hochgeachteten Gefangenen seinem Sprengel zurückgeben werde" (St. A. Münster, Regierung Münster, Kirchenregistratur Abt. IV Fach 2 Br. 2). Dagegen fügt sich die knappe Feststellung des Borkener Landrats ohne Abstriche in das Gesamtbild ein: „Die öffentliche Stimmung ist durch die neuen Ereignisse mit dem Erzbischof von Köln aufgeregt und spricht sich ungünstig für die Landesregierung aus" (St. A. Münster, Kr. Borken Landratsamt Nr. 15 Bd. 4, Zeitungsbericht für Dezember 1837).

[20] Vgl. Qu. Nr. 112.

„Spuren von äußerer Aufregung“ [21]. Unverkennbar sei jedoch „die ungleich größere Empfänglichkeit für alles, wodurch die Staatsgewalt angegriffen und verdächtigt, als womit ihr Verfahren zu erläutern und zu rechtfertigen gesucht“ werde [22]. Dieses gesteigerte Mißtrauen gegenüber dem staatlichen Vorgehen, dessen rechtliche Grundlagen offensichtlich stark in Zweifel gezogen wurden, kam auch unter der Bevölkerung des Kreises Borken zum Ausdruck. So resümiert der Landrat im Zeitungsbericht für Januar 1838 [23]:

„Die Aufregung, hervorgerufen durch das bekannte Kölner Ereignis, dauert fort. — ‚Warum untersucht man die Sache nicht im ordentlichen Wege und macht das Resultat bekannt?‘ — ‚Warum hört man in öffentlichen Blättern nur die Worte des klagenden Ministers, nicht die Verantwortung des entfernten Erzbischofs?‘ — Das sind die Fragen, die überall, selbst von denjenigen aufgeworfen werden, welche die Aufhebung der amtlichen Wirksamkeit des letzteren für wohltätig erachten.“

Großes Aufsehen hatte nach einem etwas anders akzentuierten Bericht des Landrats von Korff-Schmising vom 1. Januar 1838 [24] das Kölner Ereignis ebenfalls im Landkreis Münster hervorgerufen, stand doch der Erzbischof, wie Korff-Schmising versichert, bei den dortigen Einwohnern, welche ihn viele Jahre in seinem Beruf hatten wirken sehen, in hohem Ansehen. Hieran hätten auch die verschiedenen Publikationen von seiten des Gouvernements nichts geändert; vielmehr habe die Bevölkerung den Erzbischof nach seiner Internierung in Minden als Märtyrer angesehen. Mehr aber noch als „durch die lebhafte Teilnahme für seine Person“ werde die Mißstimmung durch den Umstand genährt, daß die jüngsten Ereignisse bei vielen Eingessenen die Besorgnis erweckten, als ob sich ihre Religion „im Zustande der Gefährdung“ befinde. Dennoch, so trübe die dermalige Stimmung auch sei, so sei doch nicht im geringsten zu befürchten, daß sie zu Ausschreitungen Veranlassung geben könne. Dafür bürge schon der bei der Bevölkerung so ausgeprägte religiöse Sinn; auch lasse sich „von dem Einfluß der sehr achtbaren Geistlichkeit des Kreises nur Gutes erwarten“.

Ähnlich wird auch vom Kreis Bocholt berichtet, daß hier die katholische Geistlichkeit — und dies überrascht nach dem bisher von uns gewonnenen Bilde keineswegs — zur Folgsamkeit gegen die Obrigkeit ermahnt und empfohlen haben soll, „die Angelegenheiten des Erzbischofs nicht zum Gegenstand der Konversation zu wählen“. Dennoch — und dies deutet an, daß der Einfluß der Geistlichkeit, zumindest, was den dämpfenden Effekt angeht, keineswegs uneingeschränkt war — geschehe dies, was indes für Ruhe und Ordnung noch nichts befürchten lasse [25]. Allerdings kam in der Stadt Bocholt die emotionale Auswirkung des Kölner Ereignisses, wenn sie auch zu einer, freilich für das Bevölkerungspotential einer Kleinstadt völlig aussichtslosen Rebellion gegen die Staatsorgane nicht hinreichte, in anderer administrativ und gerichtlich nicht zu ahndender Form an-

[21] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 Bd. 6.
[22] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 318, Verwaltungsbericht für 1838 im Ressort des Ministeriums des Innern und der Polizei.
[23] St. A. Münster, Kr. Borken Landratsamt Nr. 15 Bd. 4.
[24] Kreisarchiv Münster, Landratsamt Archiv A Nr. 1139 Bd. 1.
[25] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, Bericht des Landrats des Kreises Bocholt vom 8. Jan. 1838.

läßlich der Fronleichnamsprozession des Jahres 1838 in der Masse der Bevölkerung zum Ausdruck. War diese in Bocholt in früheren Jahren ohne auffälligen Aufwand verlaufen, so wurden diesmal Kosten und Mühe nicht gespart, um Straßen und Häuser in einem Maße zu schmücken, wie es bisher nicht der Fall gewesen war. Am Abend des Festtages wurde sogar der ganze Prozessionsweg mit den darauf befindlichen Triumphbögen glänzend erleuchtet [26].

Wie lebhaft an einzelnen Orten das Kölner Ereignis diskutiert wurde, läßt sich zum Beispiel daran ermessen, daß der Vorstand der Gesellschaft „Harmonie" in Warendorf am 10. März 1838 beschloß, sämtliche damals erschienenen Flugschriften von Bedeutung anzuschaffen, um einem jeden genauere Einsicht in die Standpunkte möglich zu machen [27]. In diesem Sinne berichtet auch der Warendorfer Bürgermeister über die Stimmung in der Stadt:

„Der aufgeregte Zustand der Gemüter, welchen die außerordentlichen Maßregeln gegen den Erzbischof von Köln herbeiführen, dauert fort und hat vorzüglich bei den niedern Volksklassen und dem Mittelstande der Bevölkerung eine längst vergessene, im bürgerlichen Leben kaum noch bemerkbare Verschiedenheit der Bürger ein und desselben Staats wiederum herbeigeführt. Selbst in den gebildeten Gesellschaften zeigt sich eine gewisse Unbehaglichkeit und Spannung. Allein so unangenehm auch diese Verschiedenheit in den Bestandteilen ein und desselben Staats affizieren muß, so darf doch wenigstens in betreff der Bevölkerung der Stadt Warendorf behauptet werden, daß der Bürger nichtsdestoweniger weit davon entfernt ist, sich von den Hauptprinzipien jeder Staatsverfassung, der Ordnung und Ehrfurcht vor dem Gesetze, zu entfernen und sich der Liebe und Anhänglichkeit an einen König zu entäußern, dessen lange Regierung ein steter Beweis der sorgfältigsten Bemühungen um das Wohl seiner Untertanen ist. Dafür bürgt die allgemeine Mißbilligung der beklagenswerten Vorfälle zu Münster und der unangenehme Eindruck, den die Dislokation der 4. Eskadron des 6. Ulanenregiments nach Warendorf erst dann hervorbrachte, als kein Zweifel mehr vorwalten konnte, daß nur Mißtrauen gegen die Gesinnungen der Stadt jene Maßregel zum Vollzug gebracht hatte. Möchte die Weisheit der Regierung, welche seit 20 Jahren so segensreich auf dem Pfade christlicher Liebe wirkte, recht bald die vorhandene Spannung beseitigen!" [28].

Auch an dem sonst noch in so ruhigen Bahnen verlaufenden Leben auf dem Lande waren die Geschehnisse in Köln nicht überall spurlos vorübergegangen; vielmehr berichtet der Bürgermeister einer ländlichen Gemeinde im Kreis Warendorf:

„Die Angelegenheit des Erzbischofs von Köln hat auch hier die Gemüter in einem hohen Grade aufgeregt, und bildet dieselbe noch immer den Gegenstand des täglichen Gesprächs. Der gemeine Mann sieht hierbei wie gewöhnlich die Schuld auf Seite der Regierung und hält seine Religion beeinträchtigt und stellt den Erzbischof in Parallele mit Pius VII." [29].

---

[26] Reigers S. 128.

[27] Zuhorn, Die Gesellschaft Harmonie zu Warendorf S. 41 ff.

[28] St. A. Münster, Kreis Warendorf, Landratsamt Nr. 91, Beilage zum Verwaltungsbericht des Landrats für November 1837; ebenfalls in: Stadtarchiv Warendorf N. A. Abt. 1 B II 24, Zeitungsbericht für Dezember 1837.

[29] St. A. Münster, Kr. Warendorf, Landratsamt Nr. 91, Beilage zum Verwaltungsbericht des Landrats für November 1837. — Gemeint sein dürfte in diesem Zusammenhang

Als Folge dieser Erregung bekundete sich, wie jedenfalls aus Everswinkel berichtet wird [30], ein gesteigerter religiöser Sinn des „gemeinen Mannes".
Noch im September 1838 schreibt der Warendorfer Landrat Carl von Twickel: „Die Spannung in betreff des Ausgangs der Kölner Angelegenheit dauert fort, und es spricht sich im Volke allgemein und lebhaft der Wunsch nach einer baldigen Lösung aus." Wie Twickel im folgenden Monat ergänzt, werde die Spannung durch die „unversiegbare Flut von Schriften" immer noch vermehrt [31].
Zu erheblichen Divergenzen in der Beurteilung des Vorgehens gegen den Erzbischof kam es zwischen der evangelischen und katholischen Bevölkerung im Kreis Tecklenburg; in der Bewertung der Tumulte in Münster traten die Differenzen erneut schroff zutage [32]. Reibungen zwischen Katholiken und Protestanten ergaben sich auch in Rheine. Hier war Anfang 1838 durch spezielle Dotation Friedrich Wilhelms III. eine evangelische Kirche instituiert worden [33], nachdem der Armenvorstand in Rheine die Zusage zum Mitgebrauch einer Kapelle erteilt hatte. Nach dem Kölner Ereignis sah man sich jedoch an dieses Versprechen nicht mehr gebunden. Erst auf energische Vorhaltung der Regierung lenkte der Armenvorstand ein [34].
Freilich scheint diese Stimmung im Münsterlande nicht überall in gleichem Maße ausgeprägt gewesen zu sein. So wird von einem Korrespondenten der Leipziger Allgemeinen Zeitung aus Coesfeld über eine dem Gouvernement günstigere Stimmung berichtet [35]. Auch bezeichnet der Bürgermeister der Gemeinde Neuenkirchen (Kr. Steinfurt) die dort vorherrschende öffentliche Stimmung als „gut" [36], während der Bürgermeister der Stadt Lüdinghausen [37] bezüglich der öffentlichen Stimmung bis Juni 1840 [38] lapidar bemerkt: „Nichts zu erwähnen."
Auch in dem zum Regierungsbezirk Münster gehörenden ehemaligen Vest Recklinghausen blieb das Kölner Ereignis offensichtlich nicht ohne Echo. So soll etwa unter der Bürgerschaft der Stadt Recklinghausen eine mißbilligende Erregung über das Vorgehen der preußischen Regierung zu spüren gewesen sein; zum Beispiel wurde das Bild des Erzbischofs im Anzeigenteil des örtlichen „Wochenblatts" eindringlich zum Kaufe empfohlen [39]. Auch in Dorsten war eine Spannung unter

---

das Vorgehen Napoleons gegen den Papst. — Vgl. ferner die Zeitungsberichte aus der Bürgermeisterei Everswinkel für Januar und Februar 1838 (Qu. Nr. 113 u. 114).

[30] Qu. Nr. 113.

[31] St. A. Münster, Kr. Warendorf, Landratsamt Nr. 91, Verwaltungsbericht für September und Oktober 1838.

[32] Vgl. Qu. Nr. 115.

[33] Führer S. 402.

[34] St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 310, Verwaltungsbericht für 1837.

[35] Vgl. Qu. Nr. 158.

[36] Gemeindearchiv Neuenkirchen. — Auch markante Ereignisse der folgenden Zeit wie der Tod Friedrich Wilhelms III. und das Huldigungsfest für Friedrich Wilhelm IV. fanden nach den Zeitungsberichten in Neuenkirchen offensichtlich nicht das geringste Echo. Entweder gingen die Aufregungen der Zeit spurlos an dieser Gemeinde vorüber, wofür wegen ihrer etwas abgeschiedenen Lage eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, oder aber die Angaben des Bürgermeisters entsprechen nicht den wirklichen Gegebenheiten.

[37] Stadtarchiv Lüdinghausen 1322.

[38] Bezug auf den Tod des Königs, der „alle recht denkende Herzen in tiefer Trauer versetzt" habe.

[39] Dorider S. 370. — Die Zeitungsberichte des Bürgermeisters der Stadt Recklinghausen liegen aus dieser Zeit nicht mehr vor. Daß in der Recklinghäuser Bürgerschaft Kritik

der dortigen Bevölkerung nach dem Zeitungsbericht des Bürgermeisters für Januar 1838 unverkennbar. Eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sei indes nicht zu befürchten, wie überhaupt der Wunsch nach gütlicher Beilegung der Angelegenheit vorherrsche [40]. Aus der Bürgermeisterei Buer wird dagegen eine durchweg „gute" öffentliche Stimmung gemeldet [41].

Insgesamt gelangt jedoch die Regierung zu Münster in ihrem Verwaltungsbericht für 1838 zu einer pessimistischen Prognose über die Aussichten einer Beruhigung der derzeit weithin gereizten Stimmung, insbesondere auch im Verhältnis zwischen den evangelischen und katholischen Teilen der Bevölkerung [42]. Wie du Vignau in einem Bericht an Rochow vom 28. Januar 1838 ausführt, war nicht nur der „gemeine Mann", welcher die Person des Erzbischofs mit der katholischen Konfession identifiziere, von dieser Verstimmung ergriffen, sondern auch der „gebildetere Teil" der Katholiken, welcher die Ansicht vorbringe, daß die verhängte Maßregel weder mit den Staats- noch mit den Kirchengesetzen vereinbar sei. Bemerkenswert sei jedoch das Verhalten der katholischen Geistlichkeit, die [s. Bocholt] sich im allgemeinen „äußerst würdig" verhalte und von deren Einfluß sich vorwiegend Gutes erwarten lasse [43].

Was nun den Regierungsbezirk Minden betrifft, so ist gegen das im Zeitungsbericht der dortigen Regierung für November 1837 vermerkte Resümee ein gewisser Vorbehalt einzuwenden, wenn es hier heißt:

„Die öffentliche Stimmung blieb unverändert gut. Auch die neuerdings gegen den Erzbischof von Köln ergriffenen Maßregeln haben nach den uns kundgewordenen Äußerungen des Publikums nur dazu beigetragen, das unwandelbare Vertrauen zu Ew. königl. Majestät landesväterlicher und weiser Regierung zu bestärken, indem jene von neuem bewiesen, daß in höchstdero Staate dem gesetzwidrigen Handeln ohne Rücksicht auf den Rang und Stand des Handelnden stets kräftig entgegengetreten werde. Selbst der größere verständigere Teil der katholischen Bevölkerung scheint die fragliche allerhöchste Maßregel als eine unumgänglich notwendig gewordene einzusehen" [44].

---

am Verhalten der preußischen Regierung geübt wurde, erscheint allerdings durchaus glaubhaft, zumal hier im Jahre 1840 z. B. die in der Verfassung vorgesehene Trennung von Staat und Kirche scharf getadelt wurde (Stadtarchiv Recklinghausen I Pr Nr. 34, Zeitungsbericht für Juni und Juli 1848).

[40] Stadtarchiv Dorsten Bestand B Nr. 3329.

[41] Amtsarchiv Buer, Zeitungsberichte 1837—41.

[42] „... Die infolge der Kölner und dazu getretenen anderweiten Ereignisse herbeigeführte schroffere Stellung der Katholiken und Evangelischen zueinander hat sich eher verschlimmert als gebessert. An verschiedenen Orten sind mancherlei Reibungen, auch Beschwerden über das Verfahren katholischer Geistlicher vorgekommen ... Die Herstellung eines friedlichen, von beiden Seiten Duldsamkeit zeigenden Verhältnisses ist sobald nicht zu erwarten. Der angedeuteten Gesetzgebung über die Verhältnisse der katholischen Kirche und ihrer Diener zum Staate wird mehr mit Neugierde als mit Teilnahme entgegensehen; die allgemeine Meinung will in solchem Wege die Lösung obwaltender Schwierigkeiten nicht erwarten dürfen" (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 310).

[43] Vgl. Qu. Nr. 112.

[44] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 351 Bd. V. — Auch über den in anderen Regierungsbezirken so unruhigen Monat Dezember berichtet die Mindener Regierung für ihren Bereich recht positiv: „Die öffentliche Ruhe blieb im ganzen unverändert gut" (ebd.).

Dies mag zwar auf protestantische Gegenden wie Minden-Ravensberg durchaus zutreffen, nur mit Einschränkung aber auf die überwiegend katholischen Teile, obwohl der Bischof von Paderborn am 23. Dezember 1837 ein Zirkular erlassen hatte, in welchem er seine Pfarrgeistlichkeit zu entschiedener Zurückhaltung in der Kölner Frage ermahnte [45]. So hatten nach der Darstellung des Paderborner Landrats von Wolff-Metternich die Zusammenstöße des Gouvernements mit dem Kölner Erzbischof bereits vor dessen Entfernung aus Köln im Paderborner Land Wellen geschlagen. Vor allem durch die weitverbreiteten „Beiträge zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts" in den Glauben versetzt, als beabsichtige die Regierung einen generellen Angriff auf die katholische Konfession, habe man in dem Konflikt zwischen Staat und Erzbischof letzteren stets als einen Märtyer des katholischen Glaubens betrachtet: „Man nannte seinen Widerstand festes Halten an Religion und Pflicht, ohne zu untersuchen, auf welcher Seite bei dem Konflikte das Recht sei." So sei auch der Paderborner Bischof von Ledebur, je mehr er unter dem Einfluß des Domsyndikus Mantell und des geistlichen Rats Anton Franz Henseler [46] der „ultramontanen" Ansicht zuzustimmen begonnen habe, der Liebling der Paderborner geworden. Während sich die Bürger der Stadt in früheren Jahren wenig um ihren Bischof gekümmert hätten, hätten sie zur Feier der Wiederholung seines Wahltages (Oktober 1837) einen großen Fackelzug gebracht [47]. Tatsächlich bereitete dem Oberpräsidenten von Vincke von allen Orten der Provinz die Agitation in der Stadt Paderborn die größte Sorge, die ihn sogar dazu veranlaßte, den Innen- und Polizeiminister um die Ermächtigung dafür zu ersuchen, hier nötigenfalls Personen verhaften und nach Minden abführen zu lassen [48].

Die kurze Zeit später bekanntgewordene Abführung des Erzbischofs nach Minden hat dann, wie es auch kaum anders zu erwarten stand, „in den Herzen derer, welche in dem Gouvernement den Unterdrücker des katholischen Glaubens argwöhnten, alle Empfindungen des Mißtrauens und der Abneigung gleichsam galvanisiert" [49]. So meldet auch der Paderborner Domkantor Fr. Xav. Hartmann, daß das Vorgehen gegen den Erzbischof „unter den vielvermögenden Pietisten und der geringeren Volksklasse eine bedeutendere Sensation erregt habe als vielleicht da, wo man ihn nicht" kenne [50]. Gerade deshalb, weil Droste-Vischerings Schwä-

[45] In diesem Aufruf heißt es: „Geistliche, die als Diener des göttlichen Wortes ihren Beruf im Auge behalten und die Bestimmung ihrer öffentlichen Vorträge richtig beurteilen, werden sich selbst überzeugen, daß das, was jüngsthin rücksichtlich des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs zu Köln sich zugetragen hat, namentlich unter den gegebenen Umständen, kein Gegenstand ist, der sich für die Kanzel eignet, daß sie vielmehr ihrer Berufspflicht entgegenhandeln und sich in hohem Grade verantwortlich machen würden, wenn sie sich beigehen ließen, durch öffentliche Erwähnung jener Vorgänge die Gemüter aufzuregen und wohl gar, wenn auch gegen ihre Absicht, gesetzwidrige Ausbrüche der Unzufriedenheit ... fördern würden" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890). Vgl. hierzu auch oben S. 404.

[46] Vgl. über ihn Liese S. 261. — Über den parallel hiermit erfolgten Rücktritt des geistlichen Rates Bracht vgl. Hohmann, Die Kölner Wirren in Paderborn S. 51 f.

[47] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 5, Paderborn, 20 Jan. 1838.

[48] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 2, Vincke an Rochow, 20. Nov. 1837.

[49] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7, Ber. vom 20. Jan. 1838.

[50] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, 26. Dez. 1837. — Ähnlich auch der Paderborner Landrat v. Wolff-Metternich: „Ohne zu untersuchen, ob die gegen den Erzbischof vorliegenden Tatsachen wahr oder unwahr, sah man in seiner Suspension nur

chen in Paderborn unbekannt seien, neige man hier dazu, ihn als einen unfehlbaren „rein heiligen Mann und Märtyrer zu proklamieren“ [51]. Ebenso gebe die Haltung einiger Paderborner Geistlicher Anlaß zur Klage. So habe der Pater Henricus (Goßler) in Paderborn von der Kanzel herab die Sonntagsschulen als Teufelswerk bezeichnet und auf die Anfrage des Konsistoriums erwidert, daß er fernerhin nicht mehr von der Kanzel gegen die Sonntagsschulen reden würde; aber im Beichtstuhl würde er desto eifriger „gegen dieses Teufelswerk ankämpfen“ [52]. Auch der Paderborner Pfarrer Fieg habe die Kanzel zur Aufregung der Gemüter mißbraucht, indem er nach geendigter Predigt den Erzbischof von Köln mit dem Hl. Petrus in catenis verglichen und das Volk ersucht habe, für den Gefangenen zu beten [53]. Diese „Agitation“ erregte selbst in Münster in Kreisen der Provinzialadministration und des Militärs Besorgnis [54].

So muß auch der Mindener Regierungspräsident Richter am 3. Januar 1838 zugeben, daß die Stimmung unter der katholischen Bevölkerung seines Bezirks, vor allem seit dem Bekanntwerden der päpstlichen Allokution in den öffentlichen Blättern, gereizter geworden sei [55].

In welchem Maße auf dem Hintergrund dieser Stimmung auch unbegründete Gerüchte bei der Masse Glauben zu finden und diese zu Zusammenrottungen und zu für eine derartige Massenpsychose typischen Kurzschlußreaktionen zu bewegen vermochten, zeigt der in der zeitgenössischen Presse viel diskutierte und in Gerüchten idealisierte [56] Massenauflauf in Paderborn am Abend des 7. Januar 1838. Nach der Darstellung der Allgemeinen Zeitung vom 25. Januar 1838 soll hier Ende Dezember beziehungsweise Anfang Januar das Gerücht in Umlauf gelangt sein, der Paderborner Bischof von Ledebur habe die Konvention über die gemischten Ehen widerrufen und solle daher „auf eine lutherische Festung“ gebracht werden. Das habe den Anlaß dazu gegeben, daß am Silvesterabend betrunkene Studenten und junge Burschen lärmend durch die Stadt gezogen seien und wiederholt den Ruf ausgebracht hätten: „Es lebe unser Erzbischof!“ Sie hätten „alle ordentlichen Leute“ und selbst die Hauptwache insultiert. Doch seien sie von Soldaten auseinandergetrieben und einer der Rädelsführer auf die Wache gebracht worden. Das habe die übrigen jedoch auf Rache sinnen lassen. So hätten sie den

---

den Beweis, daß die Regierung sich eines die wahren Interessen der Kirche verteidigenden Hirten auf jede Weise zu entledigen suche“ (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7, Ber. vom 20. Jan. 1838).

[51] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, 26. Dez. 1837.

[52] Ebd.

[53] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, 26. Dez. 1837; DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7, Ber. vom 20. Jan. 1838; vgl. auch Qu. Nr. 58 u. 59.

[54] So schreibt Frau v. Wrangel am 31. Dez. 1838: „Unter gewöhnlichen Umständen würden derartige Predigten gewiß ohne Erfolg in der Luft verhallen. Jetzt ist zu befürchten, daß, wenn die Jugend und die in geistiger Finsternis vegetierende untere Volksklasse das Thema über Gefahr und Verfolgung der Kirche so oft wiederholen und zum Widerstand sich aufrufen hört, solche Reden Anklang finden. Ich habe hiervon dem Konsistorium hierselbst Mitteilung gemacht, [und] es ist auch darauf eingegangen, und so viel ich weiß, ist auch der alte Vincke hiervon in Kenntnis gesetzt“ (Below, Der Kirchenstreit in Preußen, in: Deutsche Revue Jg. 28, Bd. 1, Januar/März 1903, S. 141).

[55] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7.

[56] So sollen „die Paderborner“ nach den Worten Johannes Laurents offenherzig bekannt haben: „Die Kölner haben sich ihren Bischof nehmen lassen, und wir lassen uns noch keinen Mönch nehmen“ (zitiert bei Schrörs, Neue Quellen S. 72).

Entschluß gefaßt, die für den 7. Januar 1838 geplante Jubiläumsfeier für den Paderborner Oberlandesgerichtspräsidenten von Schlechtendahl zu stören, zumal sich bei dieser Gelegenheit fast alle führenden Provinzialbeamte in Paderborn einfinden würden. Einen besonders wirkungsvollen Schlag habe man dabei gegen den angeblich am Abend des Festes geplanten Fackelzug sämtlicher Beamter zu führen gedacht:

„Die Wohnung des Präsidenten von Schlechtendahl liegt inmitten der zahlreichen Quellen der Pader, und ein schmaler Steinweg, kaum für zwei Menschen nebeneinander breit genug, ist die einzige Straße, welche dorthin führt. Diesen Umstand wollten die Aufrührer benutzen. Es wurde beschlossen, sich dort in Masse bewaffnet einzufinden, und gegen die Häuser gelehnt, sämtliche Fackelträger in die Pader zu drängen, vor allem den General von Wrangel, der auf die Münsterschen einhauen lassen, und den Rittmeister in Paderborn, der den dortigen Burschen mißfällig geworden, endlich den Oberpräsidenten von Vincke, der, man begreift gar nicht, wie es möglich ist, sich den Haß des westfälischen Pöbels seit einiger Zeit besonders zugezogen hat. Wenige Tage zuvor hatte wirklich der hiesige Bischof v. Ledebur in Übereinstimmung mit dem Bischof von Münster die Instruktion über die gemischten Ehen widerrufen und den Widerruf in Berlin angezeigt. Das frühere Gerücht hatte sich also als richtig bewährt, und man war auf die angedrohten Folgen gespannt. Jeder, der den weisen, milden Charakter des Oberpräsidenten kennt, weiß, daß er nur versöhnend in die Mitte streitender Parteien treten werde; der Pöbel glaubt dagegen, er habe für strenge Maßregeln gestimmt, dem westfälischen Adel seine Teilnahme und Fürsprache für den Erzbischof zum Verbrechen gemacht und auch den Bischof Ledebur mit schwerer Ahndung, Verhaftung, Festung bedroht. Diese einfältigen Gerüchte hatten das Volk in seinem Wahne und Hasse bestärkt. Man war einig, die Offiziere und den Oberpräsidenten ins Wasser zu werfen; nur bei den übrigen Beamten, welche den Fackelzug begleiten würden, den Oberlandesgerichtsräten, Assessoren und Referendarien, Landräten etc. war man unschlüssig, weil doch viele Ehrenmänner darunter seien; endlich hieß der Zuruf: sie seien nur lutherisch und überdies alle Preußen, oder wenn auch Westfälinger, doch angesteckt und verdorben, und man wisse nicht, ob ordentlich getauft; sie müßten wenigstens noch einmal getauft werden, also alle in die Pader! Das Gerücht hatte indes auch dieses Vorhaben verbreitet. Die Straßen waren gedrängt voll, teils von Studenten und Handwerksburschen, teils von Bürgern, besonders von einer berüchtigten Vorstadt, dem Pöbel aus dem Berliner Voigtlande ähnlich! Die Behörden waren gewarnt, und der Fackelzug unterblieb. Mittlerweile war ein böswilliger unbekannter Mensch beschäftigt, ein neues beunruhigendes Gerücht zu verbreiten. Man wollte durchaus die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, dem Volke an den Puls zu fühlen. Es hieß, die Regierung wolle den Pater Henricus [57], einen Franziskanermönch,

[57] Es handelt sich um Franz Friedrich Theodor Goßler, geb. am 1. Nov. 1800 in Magdeburg, Sohn des Präsidenten im Harzdepartement des Königreichs Westfalen und späteren Regierungspräsidenten in Köln. Während seines Studiums in Bonn trat er unter dem Einfluß des Professors Freudenfeld (vgl. über diesen Rosenthal, Konvertitenbilder Bd. 1, 1 Abt. S. 400 f). zusammen mit seinem Bruder Hermann Joseph zum Katholizismus über, was großes Aufsehen erregt habe. Später wurde Theodor Goßler Assessor

arretieren und ins Gefängnis werfen lassen. Als Ursache wurde eine Schrift zur Verteidigung des Erzbischofs angegeben, welche vom Pater Henricus bei Kollmann in Augsburg erschienen und seitdem verboten sein solle [58]. Das Volk strömte in Massen durch die Straßen. Es war schon 10 Uhr abends. Die Aufrührer hatten sich der Kirchenschlüssel bemächtigt; vor jeder Kirche stand ein Wächter, um die Feuerglocke zu läuten, wenn man den Pater Henricus wirklich mit Gewalt wegführen wolle. Der Wagen, um ihn wegzuführen, sollte schon vor dem Kloster stehen. Alles rannte dahin. Gegen 11 Uhr erscholl der Ruf: ‚Es lebe der Erzbischof hoch! Pater Henricus daneben!' und lärmendes Geschrei durchdröhnte die ganze Stadt. Da sah sich die Polizei zu militärischem Beistande gezwungen; die Wachen wurden verdoppelt, ein Detachement Ulanen von Neuhaus zu Hilfe gerufen und vor dem Tore aufgestellt. Soldaten durchzogen die Straßen, und die Offiziere ermahnten die Bürger, nach Hause zu gehen und sich schlafen zu legen. ‚Es ist ein schöner Abend', erwiderten jene (es war 18 Grad Kälte), ‚es gefällt uns hier so gut, wir wollen noch etwas spazieren gehen'. Fort und fort erschollen die Vivats dem Erzbischofe und dem Pater Henricus. ‚Wenn sie es wagen, den Pater Henricus mit Gewalt wegzuführen, so soll kein Lutherischer am Leben bleiben ...' Das Volk sammelte sich vor dem Franziskanerkloster und überzeugte sich, daß dem Pater Henricus kein Leid geschehe, auch der Wagen zu seiner Abführung fehlte; aber man glaubte, nur aus Furcht sei die Entführung unter-

---

beim Kammergericht in Berlin, wo er mit August Seydell (vgl. oben S. 221 ff.) und anderen Konvertiten verkehrte. Von Berlin aus kam er nach Hamm, wo in ihm der Entschluß gereift sein soll, sich von der Welt zurückzuziehen (Rosenthal, Konvertitenbilder Bd. 1, 1. Abt. S 423). Am Fronleichnamstag (18. Juni) 1829 predigte er vor einer bedeutenden Anzahl von Kirchenbesuchern in der Kölner Pfarrkirche Maria in Capitolio. Über Inhalt und Würdigung der Predigt schreibt ein offenbar der Regierung nahestehender Zuhörer, sie habe wegen ihrer Gehaltlosigkeit und „geringen Salbung" sowohl bei „Weltlichen als Geistlichen" sehr wenig Wirkung hervorgebracht: „Anstatt das praktische Christentum ... zu berühren und sich über die Anwendung der Religionslehren im täglichen Leben zu äußern, bestand seine von mir persönlich mitangehörte Rede hauptsächlich aus Zitaten aus der heiligen Schrift ... Aus seinen mystischen Physiognomien wie aus seinem ganzen exaltierten Wesen schien übrigens hervorzuleuchten, daß er sich berufen glauben durfte, den religiösen Proselytenmacher zu spielen ... gez. Schoening" (St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 4622, Köln, 25. Aug. 1829, S. 11). — Ähnlich das Urteil eines Korrespondenten der Leipziger Allgemeinen Zeitung aus Münster vom 6. Juni 1838: „Bei seinem frühern Besuche ... hielt er eine Predigt, die von einem warmen, für alles Religiöse ganz begeisterten Gemüt und einem phantasiereichen, aber wenig bis zur Klarheit durchdrungenen Geiste zeugte ..." So dürfte das Urteil du Vignaus, der ihn als Schwärmer aber nicht als Fanatiker bezeichnete (vgl. Qu. Nr. 109), wohl berechtigt sein. Nach den Paderborner Tumulten wurde Goßler, hinter dem die Paderborner Geistlichkeit keineswegs vorbehaltlos stand (Qu. Nr. 109), dessen Einfluß auf die unteren Schichten der Bevölkerung jedoch unverkennbar war, vom Gouvernement argwöhnisch beobachtet und schließlich sogar mit dem Verbot belegt, „über Nacht von Paderborn entfernt zu sein" (Kreisarchiv Münster, Landratsamt Archiv A Nr. 1139 Bd. 1). 1842 erregte er wiederum erhebliches Aufsehen, und zwar versuchte er gegen den Willen des Bischofs und ohne Genehmigung der Staatsbehörden, ein Klarissenkloster zu errichten. Daraufhin wurde er aus Paderborn entfernt (St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 31). Vgl. über ihn auch Hohmann, Die Kölner Wirren in Paderborn S. 50 f.; ferner: Daniel Becker, Der Franziskanerpater Heinrich Goßler, in: Heimatblätter der Glocke 63 (22. 2. 1957) S. 249 f.

[58] Tatsächlich berichtet der österreichische Gesandte in Berlin, daß diese Broschüre Goßler „beinahe eine Untersuchung zugezogen" hätte (Qu. Nr. 122). Über eine allerdings erst Anfang Februar 1838 erfolgte Intervention Altensteins bei der geistlichen Behörde in Paderborn vgl. auch Hohmann, Die Kölner Wirren in Paderborn S. 52 f.

blieben, und der Pöbel, auf seinen eingebildeten Sieg stolzierend, tobte noch einige Zeit durch die Gassen, rief vor dem Gasthause, wo der General Wrangel und der Oberpräsident von Vincke logierten: ‚herut jy luterschen Dyckköppe', bis er sich endlich nach 2 Uhr zerstreute."

An der Tatsache, daß derartige Gerüchte, wie sie in obigem Bericht geschildert werden, in Paderborn kursierten und gewisse Kreise der bisher eigentlich im Rufe einer guten preußischen Gesinnung stehenden dortigen Bevölkerung [59] in Erregung zu setzen vermochten, kann auch die Gegendarstellung im Westfälischen Merkur und in der Kölnischen Zeitung [60] nichts deuteln. Andererseits dürfte sich aus den vorliegenden Untersuchungsakten ergeben, daß der Bericht der Augsburger Allgemeinen Zeitung zu dramatisch ausgefallen ist. Vor allem kann keine Rede davon sein, daß das Volk „in Massen" durch die Straßen geströmt ist. Es handelte sich lediglich um einige hundert Personen, vorwiegend Angehörige aus der bürgerlichen Unterschicht, Handwerksburschen, Gesinde und Bewohner des ärmeren Viertels [61] sowie angeblich auch eine nicht unbeträchtliche Anzahl Gym-

---

[59] Ein Korrespondent der Augsburger Postzeitung führt die bisherige Haltung der Paderborner darauf zurück, daß es in dieser Stadt fast nur Beamte und Kaufleute gebe, deren „Erwerb und Interesse auf dem Staat" basiere (ebd.). — In diesem Zusammenhang schreibt auch die Münchener Politische Zeitung vom 26. Jan. 1838, angesichts des preußisch-loyalen Rufes der Stadt Paderborn müßten die Tumulte großes Erstaunen erregen. Jedenfalls existiere die vielerörterte Aufregung der Gemüter in der Rheinprovinz und in Westfalen keinesweg nur, wie es bisher norddeutsche Zeitungen hinzustellen versucht hätten, „in der feurigen Einbildungskraft einiger süddeutscher Zeitungsschreiber".

[60] Nach der Version des Merkurs (vom 3. Febr. 1838) handelte es sich um einen unerheblichen, mit der Kölner Angelegenheit in keinem Zusammenhang stehenden Vorfall. Ähnlich auch die Kölnische Zeitung (vom 7. Febr. 1838): Die Angaben des in der Augsburger Allgemeinen Zeitung erschienenen „Lügenberichts", wie z. B.: „Schon am Silvesterabend seien gegen Mitternacht betrunkene Studenten und junge Burschen lärmend durch die Stadt gezogen, unter dem Geschrei: ‚Es lebe unser Erzbischof', hätten alle ordentlichen Leute und selbst die Hauptwache insultiert", seien gänzlich aus der Luft gegriffen ebenso wie die Behauptung, es sei ein Komplott mit dem Ziele geschmiedet worden, bei dem zu Ehren des Oberlandesgerichtspräsidenten geplanten Fackelzug sämtliche Fackelträger, insbesondere auch den General von Wrangel und den Oberpräsidenten, in die Pader zu drängen: „Ein solcher lächerlicher Anschlag mochte wohl in dem Gehirne des anonymen Berichterstatters aufkommen; bei dem Publikum waren dergleichen Gesinnungen und Absichten kaum denkbar, zumal der zur Verherrlichung des Jubelfestes beschlossene Fackelzug nicht von den Beamten, sondern vielmehr von den Einwohnern der Stadt unter Leitung des Magistrats und der Stadtverordneten ausgehen sollte. Der General von Wrangel befand sich zu jener Zeit gar nicht in Paderborn, und was den Oberpräsidenten von Vincke angeht, so sind dessen unschätzbare Verdienste um Paderborn allgemein zu sehr anerkannt, und vermöge seiner ausgezeichneten Persönlichkeit genießt derselbe bei Hohen und Niederen, bei Alt und Jung eine zu aufrichtige und herzliche Liebe und Hochachtung, als daß es Jemandem einfallen könnte, an eine Kränkung dieses Biedermannes auch nur zu denken. Überhaupt lebt das hiesige Publikum mit Zivilbeamten und Offizieren in der erfreulichsten Eintracht und hat wahrlich keine Ursache, sich über deren Benehmen, welches durchaus loyal und human ist, zu beklagen. Man kennt hier nicht einmal einen merklichen Gegensatz der verschiedenen Stände: das gesellige Leben vereinigt in Paderborn alle Elemente zu einem freien, ungezwungenen Umgange, so daß es wirklich an Stoff zu Eifersüchteleien, zu Reibungen und Animositäten fehlt. — Es ist eine ebenso bösartige als höchst unwürdige Verleumdung, wenn in dem fabelhaften Artikel vom 8. vor. M. erzählt wird, der Pöbel habe vor dem Gasthofe, wo der General von Wrangel und der Oberpräsident von Vincke abgestiegen sei, gerufen: ‚herut jy lutterschen Dyckköppe'. So abenteuerlich immerhin der Zusammenlauf des Volks am Abend des 7. Jan. war, so hat sich jedoch keineswegs bei demselben der Ausbruch einer

nasiasten [62]. Steht es außer Frage, daß das höhere Bürgertum sich an den Ausschreitungen nicht beteiligte [63], ja daß man sich in diesen Kreisen, jedenfalls nach außen hin, von den Ausschreitungen distanzierte und den Beschluß faßte, für den Fall der Wiederholung derartiger Tumulte unverzüglich Bürgerpatrouillen zu bilden [64], so bleibt die Rolle der Paderborner Gymnasiasten, zum Teil Söhne der gehobenen bürgerlichen Schichten der Stadt, im Dunkeln. Waren sie die „Übelwollenden", die, wie auch der Paderborner Landrat von Wolff-Metternich berichtet [65], den Entschluß faßten, die preußischen Beamten in die Pader zu werfen? Zeigte sich der Paderborner Polizeikommissar davon überzeugt, daß die Gymnasiasten die eigentlichen Initiatoren der Störaktionen gewesen seien und die betrunkenen Handwerksburschen und Gesellen förmlich aus den Wirtshäusern herbeigeholt hätten [66], so war ihnen jedoch merkwürdigerweise, von einer Zeugenaussage [67] abgesehen, eine Beteiligung nicht nachzuweisen. Die Vermutung liegt nahe, daß die Schüler von der fast ausschließlich katholischen Bevölkerung der Stadt, seien es erwachsene Zeugen der Vorfälle oder die mit der Ermittlung betraute Lehrerschaft, gedeckt worden sind. So äußerte sich auch die Regierung in Minden höchst unzufrieden über die Laschheit, mit der die Untersuchung durchgeführt worden sei [68]. Ebenso sah sich das Provinzialschulkollegium veranlaßt, den Direktor des Paderborner Gymnasiums nachdrücklich zu ermahnen, in seiner Anstalt auf bessere Disziplin zu achten [69]. Dennoch gab auch in der Folgezeit das Verhalten von Paderborner Gymnasiasten zur Kritik Anlaß. So erschienen am Abend des 8. Januar 1838 wiederum in einigen Schenken vermummte Personen, „um die ruhig Versammelten" auf die Straße herauszurufen [70]. Als sie dazu noch Wachtposten zu insultieren begannen, wurden sie — 4 Gymnasiasten und 2 Handwerksgesellen — von einer Patrouille festgenommen [71]. Aber auch gegen sie wurden keine Schritte unternommen [72].

Am 2. Mai wurde vom Paderborner Stadtdirektor erneut zur Anzeige gebracht, daß sich am Abend vorher wieder Gymnasiasten auf den Straßen befunden hätten, und zwar, um ein den in Paderborn übernachtenden Kindern der Prinzessin Albrecht vom Musikkorps der Garnison dargebrachtes Ständchen zu stören. Wiederum sei eine Reihe von Schülern mit Knüppeln „bewaffnet" gewesen und

---

feindseligen Stimmung gegen die evangelischen Konfessionsverwandten gezeigt, und noch weniger hat man den Oberpräsidenten von Vincke (General v. Wrangel war, wie schon gesagt, gar nicht hier) mit irgendeinem Zurufe verfolgt."

[61] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7, Ber. des Paderborner Landrats v. Wolff-Metternich vom 20. Jan. 1838; ferner: Qu. Nr. 103, 104.

[62] Ebd.

[63] Qu. Nr. 103, 104, 105.

[64] Westfälischer Merkur vom 3. Febr. 1838; vgl. auch Qu. Nr. 103.

[65] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 7, Ber. vom 20. Jan. 1838.

[66] Qu. Nr. 103; DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. 3 Bl. 52—123.

[67] Qu. Nr. 104, Aussage des Kaufmanns Marfording.

[68] Qu. Nr. 106.

[69] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. 3 Bl. 55—58; Keinemann, Vorwürfe gegen Gymnasiasten a. a. O.

[70] Westfälischer Merkur vom 3. Febr. 1838.

[71] Qu. Nr. 103.

[72] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. 3, Ber. des Provinzialschulkollegiums in Münster vom 9. Juni 1838. (Bl. 53v).

„in geschlossenen Zügen pfeifend durch die Straßen gezogen". Ein bei diesem Anlaß von der Polizei festgenommener Schüler sei sofort dem Direktor zur Bestrafung übergeben worden [73].

Die daraufhin angestrengte Untersuchung verlief wieder im Sande. Wie es heißt, habe es nicht mit Sicherheit festgestellt werden können, ob sich Schüler strafbarer Handlungen schuldig gemacht hätten. Vielmehr habe sich bei den Vernehmungen ergeben, daß der eigentliche Lärm von drei betrunkenen Studenten der Bonner Universität (!) verursacht worden sei [74]. Wie das Lehrerkollegium nach Abschluß der Untersuchung vermerkte, könne den Schülern nichts anderes zur Last gelegt werden, als daß sie sich nach 9 Uhr abends auf der Straße befunden und sich „den anderen neugierigen Gaffern angeschlossen" hätten [75]. Zwar hätten einige Schüler Stöcke bei sich geführt, aber das finde seine simple Erklärung darin, daß die Gymnasiasten zu dem Zeitpunkt von einem vorher außerhalb der Stadt unternommenen Spaziergang wieder zurückgekehrt seien [76].

Heißt es in einem vom 15. Mai 1838 aus Münster datierten Korrespondentenbeitrag des Hamb. unpart. Corr. vom 25. Mai 1838, man spreche in Münster — offenbar in der Regierung nahestehenden Kreisen — „sehr ungünstig über das Treiben der Geistlichkeit zu Paderborn" [77], so hat in der Folgezeit die Stimmung in der Stadt Paderborn überhaupt dem Mindener Regierungspräsidenten Anlaß zur Besorgnis gegeben. So war nach seinem Bericht vom 5. September 1838 [78] immer noch keine „Beruhigung der Gemüter" eingetreten. Vielmehr halte die Aufregung unverändert an:

„Paderborn und Münster möchten wohl in den westlichen Provinzen diejenigen Städte sein, wo sich hierzu der meiste Hufun findet. Auch die Proselytenmacherei tritt in Paderborn hervor, als deren vorzüglichster Betreiber der bekannte Konvertit Pater Henricus Goßler bezeichnet wird. Die vorgelegte Liste der seit dreiviertel Jahren zur katholischen Konfession in der Stadt Paderborn übergetretenen 11 Personen zeigt indes, daß der Verlust derselben für die evangelische Konfession als ein Gewinn zu betrachten ist. Es sind großenteils schlechte Subjekte niedern Standes, welche anscheinend durch weltliche Rücksichten, insbesondere durch die Hoffnung, besser auf Kosten der Wohltätigkeit leben zu können, zum Übertritt bewogen worden sind. — Der in Paderborn allein vorhandene evangelische Pfarrer hat eine Zeitlang persönliche Beleidigungen, wozu eine Verabredung existiert haben soll, zu fürchten gehabt. Doch hat man sich eines Bessern besonnen und die Ungebühr unterlassen."

Auch der münstersche Regierungsvizepräsident du Vignau hatte anläßlich eines Besuches in Paderborn Ende Januar 1838 den Eindruck gewonnen, daß die Stimmung „der Gesamtbevölkerung höchst trübe" sei. Wie er weiter ausführt, ließen sich dabei im einzelnen folgende Gruppierungen erkennen. Zwei Haupt-

[73] Ebd. B. 53v, 54.
[74] Ebd.
[75] Ebd. Bl. 54v.
[76] Ebd.
[77] „Sie hat es durchzusetzen gewußt" so heißt es weiter, „daß sie ihre Fakultät noch erhalten und daß an dem dortigen Gymnasium fast nur Geistliche Anstellung erhalten haben".
[78] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 31 vol. III, Bl. 121.

parteien stünden sich gegenüber. Zwar leuchte bei beiden die katholische Gesinnung hervor, doch sei die eine wenigstens bereit, das Verhalten des Erzbischofs einer unbefangenen Prüfung zu unterwerfen und den amtlichen Darstellungen der Regierung Vertrauen zu schenken; vor allem aber sehe sie die Stellung der katholischen Kirche nicht durch die Staatsgewalt gefährdet. Dies aber sei bei der anderen Partei der Fall, welche die zur Erörterung stehenden Vorgänge nicht unbefangen beurteile. Dabei zerfalle diese Gruppe wiederum in zwei Richtungen. Die erste sei immerhin noch der „Untertanenpflicht eingedenk" und „von den trüben Folgen aufrührerischer Bewegungen überzeugt"; daher lehne sie auch offene Rebellion gegen die Staatsgewalt ab, wenn sie auch kein Bedenken trage, „dieser entgegenzuwirken". Die zweite jedoch erwecke demgegenüber den Eindruck, daß sie von Unbesonnenheit und Böswilligkeit nicht frei sei. Bezeichnend für den inzwischen erreichten Einfluß dieser Partei sei es auch, daß die nicht unbeträchtliche Anzahl gutgesinnter Personen unter der Geistlichkeit es nicht mehr wage, ihre Gesinnung laut werden zu lassen. Dies treffe auch auf den Bischof zu, der aus diesem Grunde das Ansinnen des Generals von Wrangel, daß sonntäglich in der Kirche das Volk zur Ruhe und zum Gehorsam ermahnt werden möge, abgelehnt habe. Daß der Bischof seine Beitrittserklärung zur Berliner Konvention zurückgenommen habe, sei ebenfalls auf das Wirken der böswilligen Partei zurückzuführen. In diesem Zusammenhang sei von Mitgliedern der letzteren darauf hingewiesen worden, daß dem Bischof keine andere Wahl geblieben sei, wenn er sich nicht der offenen Auflehnung der Diözesangeistlichkeit habe aussetzen wollen, eine Argumentation, die von du Vignau jedoch nicht akzeptiert wurde, sei doch dieser Schritt bei der geteilten Ansicht des Domkapitels durchaus zu vermeiden gewesen; unlautere oder staatsfeindliche Absichten hätten den Bischof hierzu jedoch nicht bewogen [79].

Daß die Kölner Frage die Gemüter der katholischen Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande in erheblichem Maße beschäftigte, geht auch aus den landrätlichen Berichten für die vorwiegend katholischen Kreise Wiedenbrück, Höxter, Warburg und Büren sowie aus dem Zeitungsbericht des Bürgermeisters der Stadt Wiedenbrück hervor. So berichtet der Landrat des Kreises Wiedenbrück am 27. Dez. 1837: „Es sind auch die katholischen Einwohner des hiesigen Kreises der vorherrschenden Meinung, daß der vom päpstlichen Stuhle eingesetzte Erzbischof von Köln als eine geheiligte Person zu betrachten sei, über welche die weltliche Staatsgewalt keine Macht hätte" [80]. Bezeichnete in diesem Zusammenhang der Bürgermeister von Wiedenbrück die öffentliche Stimmung im Zeitungsbericht für Dezember 1837 als „ganz befriedigend", so vermerkt er freilich im Zeitungsbericht für Januar 1838: „... allein die Sensation, welche die Abführung des Herrn Erzbischofs von Köln erregt hat, ist bei dem katholischen Teile der Untertanen bisher nicht günstiger geworden, was nach meiner individuellen Ansicht darin seinen Grund hat, daß die Zeitungen und sonstigen Nachrichten die Lage der Sache verschieden darstellen und also das Wahre nicht mit Zuverlässigkeit bekannt ist" [81].

---

[79] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 8, Ber. an Rochow vom 28. Jan. 1838.
[80] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890.
[81] Stadtarchiv Wiedenbrück, Zeitungsbericht.

Die Diskussionen verstummten auch in den folgenden Monaten nicht, wenngleich die Erregung etwas abgeklungen zu sein scheint, heißt es doch im Zeitungsbericht des Wiedenbrücker Bürgermeisters für April 1838: „Die kölnische Angelegenheit interessiert nach wie vor, die Stimmung ist aber zurückhaltend“ [82]. War in der Stadt Paderborn eine gewisse Anheizung der Emotionen seitens einiger in dieser Beziehung eine Ausnahme darstellender Vertreter der Geistlichkeit zu erkennen, so erscheint sie jedoch wie sonst weithin in den kleineren Städten und auf dem Lande zum großen Teile eher dämpfend gewirkt zu haben. Wie der Landrat des Kreises Höxter in einem Polizeibericht vom 30. Dez. 1837 ausführt, spreche die Geistlichkeit ruhig und gelassen über diese Angelegenheit, und einige Vertreter dieses Standes äußerten ihre Meinung öffentlich dahingehend, daß „die Kirche wohl Rücksicht auf den Staat zu nehmen habe“ [83]. Hier zeigten sich offensichtlich, wie schon angedeutet [84], noch gewisse Auswirkungen staatskirchlich-konservativen Denkens. Was die Masse der Bevölkerung angeht, so muß allerdings der Landrat von Höxter am Schlusse seiner Darstellung zugeben, daß in seinem Bezirk über die Angelegenheit viel diskutiert werde [85].

Ausführlich berichtet auch der Landrat des Kreises Warburg, von Hiddessen [86], über den Eindruck, den das Kölner Ereignis „auf die verschiedenen Klassen der Eingesessenen“ gemacht habe [87]: „Es konnte nicht fehlen, daß jenes Ereignis, so wie in ganz Europa, auch hier großes Aufsehen erregt und Gegenstand des Gesprächs geworden. Die widersinnigsten Gerüchte hatten sich mitunter bei den niederen Klassen und auf dem Lande verbreitet, und unter anderem hieß es anfangs auch, daß der König den Papst weggejagt und alles lutherisch werden sollte, was natürlich hier und da heftige Äußerungen verursacht haben soll“. Hiddessen muß — und dies bestätigt wiederum das bisherige Bild — den Geistlichen seines Kreises indes das Zeugnis ausstellen, daß sie nicht nur diesen Gegenstand in ihren Kanzelreden vermieden hätten, sondern sogar privatim den gehässigen Gerüchten entgegengetreten seien. Was nun die gebildetere Schicht angehe, so werde hier der Gegenstand zwar häufig, jedoch ohne „Animosität“ diskutiert. Hier war das Reflexionsniveau offensichtlich höher, die Anfälligkeit für phantasievolle Gerüchte geringer. Auch die gebildeten Katholiken gäben zu, so fährt Hiddessen fort, daß, sobald ein Mitglied der geistlichen Hierarchie sich revolutionärer Verbindungen schuldig mache, „derselbe sowohl von dem katholischen als evangelischen Staatsoberhaupte ... extra statum nocendi gesetzt werden müsse“; doch wünsche man, daß hierüber das Nähere bekannt gemacht würde. Wenn nämlich jenem Ereignis nur eine aus Religions- oder Gewissensgründen veranlaßte „Renitenz“ zugrunde gelegen hätte, wäre ihnen, wie diese Katholiken geäußert hätten, die schonende Nachsicht gegenüber dem Erzbischof erwünscht gewesen, wie man sie den evangelischen Geistlichen habe angedeihen lassen, „welche sich der Vereinigung der beiden evangelischen Konfessionen bei der Allerhöchst beschlossenen Einführung der Liturgie wörtlich

---

[82] Ebd.
[83] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890.
[84] Vgl. oben S. 412; 419.
[85] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, 29. Dez. 1837.
[86] Wilhelm Otto von Hiddessen (vgl. über ihn Wegmann S. 285).
[87] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1890, 29. Dez. 1837.

oder faktisch" aus Gewissensgründen widersetzt hätten. Insgesamt sehe man in der Warburger Gegend der Entscheidung im Mischehenstreit mit Besorgnis entgegen; man fürchte, der Papst werde, „von alten steifsinnigen Ratgebern umgeben", von der Situation in einem rein katholischen Staate ausgehen und wenig Verständnis für die Lage der zwischen anderen Konfessionen wohnenden Katholiken aufbringen. Auch müßten zahlreiche Familien mit heiratsfähigen Töchtern in eine sorgenvolle Lage geraten, da letztere vielfach wegen des Mangels beamteter, heiratsfähiger katholischer Männer darauf angewiesen seien, mit Protestanten die Ehe einzugehen, wozu noch komme, daß die früher so zahlreichen Stifte und Frauenklöster weitgehend aufgelöst seien [88].

Auf erhebliche Bedenken stießen die im Kölner Kirchenstreit seitens der Regierung getroffenen Maßnahmen auch im Kreise Büren, wie der dortige Landrat berichtet [89]. Vor allem, da die Regierung zögere, die Beweise für die angeblichen revolutionären Verbindungen des Erzbischofs zu veröffentlichen, wachse unter den „Nachdenkenden" der Verdacht, daß man derartige Beweisstücke nicht gefunden habe, zumal sich auch ein solches „hochverräterisches Komplottieren mit den strengen moralischen Ansichten des Prälaten" nicht vereinbaren lasse. Man werde stutzig und glaube mehr und mehr, daß der Erzbischof ohne Verletzung seines Gewissens nicht anders habe handeln können. So nehme die Sympathie für den Erzbischof in dem Maße zu, wie sich die Zahl seiner Gegner täglich vermindere. Der gemeine Mann aber sehe die Sache folgendermaßen:

„Er weiß, daß der Erzbischof ein sehr frommer und würdiger Prälat der katholischen Kirche sei. Er hat vernommen, daß der Erzbischof die Verbreitung von Lehren, welche man in Rom als unkatholisch verworfen hat, zu hindern gesucht habe ... Er sieht hierin die Bestätigung seines Wahnes, als stehe die katholische Religion höchsten Orts in Ungunst und bestrebe man sich, alle zur evangelischen Konfession herüber zu ziehen. Er schreibt einzig dieser vorausgesetzten Gewinnung die gegen den Erzbischof getroffenen Maßregeln zu, glaubt die eigene Gewissensfreiheit in jener des Erzbischofs beeinträchtigt, sieht in dem gefangenen Erzbischof den Religionsmärtyrer, betrachtet das Ereignis als den Vorläufer einer allgemeinen Bedrückung der katholischen Kirche. Der bisherige Geist der Duldsamkeit wird untergraben, man fängt an, die gemischten Ehen als etwas Hassenswürdiges zu betrachten. Die verschiedenen Konfessionsverwandten zanken und streiten in den Wirtshäusern; die Kinder auf den Straßen sprechen von Religionsfrieden ... Der an sich unbedeutende Vorfall in Münster und die Heranziehung benachbarter Garnisonen werden ... von der stets vergrößerten Fama entstellt als ein mit der erzbischöflichen Sache zusammenhängendes Ereignis, als eine beabsichtigte Niedermetzelung unbewaffneter Katholiken geschildert". So werde insgesamt ungewöhnlich viel und frei räsoniert; dennoch sei die Stimmung nicht von der Art, daß man eine Störung der öffentlichen Ruhe zu befürchten habe.

Eine Bestätigung für die im Kreis Büren sich verbreitende konfessionelle Aufregung dürfte auch der hier Ende April 1838 kursierende „Aufruf an die Westfalen" darstellen, der größtes Aufsehen erregt haben soll [90].

[88] Ebd.
[89] Ebd., 30. Dez. 1837.
[90] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 689, Ber. vom 24. April 1838.

Dieses Manifest trug folgenden Wortlaut:

Wir geben hiermit unser Verlangen ab, nach der Regel Sr. Majestät des Kaisers Karl des Großen das fremde schädliche Ungeziefer zu vertreiben und nur die Tiere zu verschonen, welche dieser große Edle eingeführt hat. Es müssen also vertrieben werden:

Der giftige Zaunkönig [91], welcher sich nach der
alten Sage in die Federn des großen Adlers
versteckt, in der Höhe aber daraus entsprungen
ist, nun sich stolz empor macht.
Der listige bissige bösartige Finke [92] und
alle Vögel, womit er sich verbaart, wie auch
alle, die den echten Vögeln Westphalens lästern.
Die dicken fetten Aasraben, von denen
einer vor 300 Jahren in einem Kloster
aufgefüttert und sprechen gelernt
hat und welche nun mit ihrem Geschrei
ganz Deutschland erfüllen und die guten
Vögel verscheuchen und vertreiben wollten.

Daß „die eingetretenen bedauerlichen Zerwürfnisse zwischen der Regierung und dem Oberhaupt der Kirche" eine „Mißstimmung bei vielen katholischen Untertanen" herbeigeführt hatten, muß denn auch der Mindener Regierungspräsident in seinem Verwaltungsbericht für 1838 zugeben, ebenso die Tatsache, daß sich „ein regerer Sinn für Religiosität und Kirchlichkeit ... vielfach zu erkennen gegeben" habe [93]. Dennoch seien die „dem Könige und den von ihm angeordneten Behörden schuldige Ehrfurcht, Gehorsam und Untertanentreue" nicht ernstlich gefährdet. Auch die katholische Geistlichkeit habe „sich im ganzen achtbar bewiesen" und sei „den Pflichten ihres Berufs mit gewissenhafter Treue nachgekommen". Zwar hätten einige wenige Geistliche, hauptsächlich der Pfarrer Bokel in Delbrück und seine Kapläne, „Grundsätze und Ansichten geäußert, welche wohl geeignet wären, die Ruhe zu stören, wenn sie unter das Volk verbreitet würden und bei demselben Anklang fänden". Bis jetzt sei jedoch weder das eine noch das andere zu bemerken gewesen. Es stehe auch zu erwarten, daß die bischöfliche Behörde „der an sie ergangenen Requisition Folge geben und diese Geistlichen gebührend zurechtweisen werde". Im übrigen sei das bisher gute Verhältnis zur bischöflichen Behörde in keiner Weise gestört worden. Auch sei zu vermerken, daß einem katholischen Pfarrer bei Gelegenheit seines Dienstjubiläums der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen worden sei, was ein günstiges Echo gefunden habe [94].

Aufschlußreich für die Auswirkungen der durch den Kirchenstreit ausgelösten Diskussion in der Bevölkerung sind auch die auf besondere Aufforderung hin Ende des Jahres 1838 eingegangenen landrätlichen Berichte für die katholischen Kreise des Regierungsbezirks Minden. Einig sind sich die Landräte und der Regierungs-

[91] Hiermit ist wohl der preußische König gemeint.
[92] Wahrscheinlich Anspielung auf den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen von Vincke.
[93] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 27.
[94] Ebd.

präsident darin, daß trotz der „großen Aufgeregtheit" der katholischen Bevölkerung ein offener Aufruhr nicht zu befürchten sei. Dennoch raten sie zu einer baldigen zufriedenstellenden Regulierung der katholischen Angelegenheiten, weil sich sonst auf längere Sicht gewisse unerfreuliche Konsequenzen ergeben würden, und zwar nicht nur auf religiösem Gebiet, wo bei längerem Andauern der Spannungen ein unerfreulicher Verlust an Vertrauen bei der katholischen Bevölkerung zu befürchten stehe [95], sondern auch, wie der Paderborner Landrat von Wolff-Metternich ausführt [96], allgemein auf politischem Gebiet. Wohl zu keiner Zeit sei über das Gouvernement und seine Handlungen allgemeiner räsoniert und mehr Tadel ausgesprochen worden als derzeit in Paderborn. So gäben auch gewisse Kreise, denen der kirchliche Streit im Grunde gleichgültig sei, angesichts der weitverbreiteten Kritik an der Kirchenpolitik der Regierung unverhohlen der Ansicht Ausdruck, daß es der Regierung an einer überzeugenden Konzeption fehle, um dem „öffentlichen Interesse" gerecht zu werden, daß überhaupt der frühere „Beamtensinn" vor „dem Egoismus der neueren Zeit" gewichen sei, und daß es nur ein Mittel zur Lösung der anstehenden Fragen gebe, nämlich die Verleihung einer Verfassung — Äußerungen, die Anfang der vierziger Jahre allgemein in Preußen in verstärktem Maße laut werden sollten, insbesondere der Vorwurf, daß es das Beamtentum an politischer Planung fehlen lasse [97].

Ähnlich wie Wolff-Metternich äußerte sich auch der Landrat des Kreises Warburg. So seien nicht nur vielfach die katholischen Untertanen in ihrem religiösem Gefühle verletzt, wobei in Warburg die Nachricht von der Verhaftung Binterims [98] sowie die Ministerialverfügung, daß den Katholiken die Mitbenutzung der ehemaligen Warburger Klosterkirche nicht mehr gestattet sei, die schon abgeklungene Aufregung wieder angefacht hätten, sondern auch der religiös indifferente Teil der Bevölkerung, der sich „in anderen politischen Rücksichten" zurückgegesetzt glaube, habe in dem Kölner Ereignis „einen Vereinigungspunkt für sein Parteigefühl" gefunden; früher dem Ritus fernstehende Katholiken schlössen sich „bei allen Gelegenheiten" wieder an die Kirche an. Die Kritik an der rechtsstaatlichen Prinzipien zuwider so lange andauernden Inhaftierung des Erzbischofs finde sogar unter der evangelischen Bevölkerung Anhang [99].

Nach einem Korrespondentenbericht der Augsburger Postzeitung (25. Okt. 1838) fand auch die Anfang Oktober 1838 bekanntgewordene Allokution des Papstes in den katholischen Teilen Westfalens nachhaltigen Widerhall: „Welchen Eindruck oder richtiger, welche Wirkung die Worte des heil. Vaters hervorgebracht haben, wird nur der begreifen, welcher die Gesinnungen der Westfalen überhaupt kennt. Überall spricht man es entschieden aus, man sei katholisch und entschlossen, es zu bleiben, was auch das Verhängnis bringe. In diesem Entschluß ist die gesamte katholische Bevölkerung, Adel, Bürger und Bauern, einmütig und fest".

Führten die kirchlichen Wirren in manchen Gegenden Westfalens zu Verstimmung, Verbitterung und Erregung, so waren in der Provinz insgesamt jedoch, ähnlich wie

[95] Vgl. Qu. Nr. 179.
[96] Ebd.
[97] Koselleck, Staat und Gesellschaft in Preußen S. 84.
[98] Vgl. oben S. 215—220.
[99] Qu. Nr. 181.

im Rheinland, weder die Funktionsfähigkeit der Verwaltung noch die öffentliche Sicherheit ernsthaft gefährdet. Freilich scheint dem Oberpräsidenten sehr an einer baldigen Beendigung des derzeitigen Zustandes gelegen gewesen zu sein, selbst wenn es dazu einiger Konzessionen bedurft hätte [100].

In welchem Maße man auch in katholischen Kreisen unter der fortdauernden Konfliktsituation gelitten und sich nach einer Normalisierung der Verhältnisse gesehnt haben mag, illustriert ein in der Leipziger Allgemeinen Zeitung veröffentlichtes Schreiben „aus Westfalen" vom 24. Nov. 1838 [101]:

„Die Wiederkehr des 20. November hat gar manche schmerzlich berührt. Bei den einen ist dadurch das Gefühl eines erlittenen vermeintlichen Unrechts wieder lebhaft aufgeregt worden, ja es hat den Charakter der Permanenz angenommen; bei den andern fühlt sich der seither eingetretene Zustand unbehaglich, ja unheimlich. Man kann nicht leugnen, daß die Sachen anders gegangen, als man erwartet hatte. Die Aufregung, statt sich zu legen, hat eine breitere Basis gewonnen; höchst unerfreuliche Ausbrüche sind erfolgt, und manches, was längst beseitigt schien, ist neuerdings in Frage gestellt worden. Daß die eine Partei der anderen die Schuld dieser mißlichen Verhältnisse zuschiebt, ist natürlich; gewiß aber ist, daß sich im Rheinland und in Westfalen die große Mehrheit der Bewohner danach sehnt, sie aufhören und den früheren Zustand innigen Zusammenlebens hergestellt zu sehen. Möge die Regierung in gleichem Sinne verfahren und uns bald durch dahin abzielende Maßregeln erfreuen! ... Möge es doch beachtet werden, daß die Wünsche und Ansprüche der Katholiken nirgends über den Preis ihrer Konfessionsverhältnisse hinausgehen; daß sie nicht entfernt daran denken, sich in die Gelegenheit der evangelischen Kirche, in ihre Denk- und Lehrfreiheit, in ihre kirchlichen Einrichtungen usw. zu mischen; daß sie auch die Ansprüche auf höhere Weisheit und Ausbildung gern auf sich beruhen lassen und nur freie Bewegung im Innern ihrer Kirche und politische Gleichstellung verlangen. Man sollte glauben, da müßte es nicht schwer sein, den Frieden zu vermitteln, den beide Parteien so sehnlich wünschen ... Wenn die preußische Regierung billig nicht verlangen kann, daß ihr schon alle Herzen der lebenden Generation in den neu erworbenen Landesteilen freudig entgegenschlagen, so kann sie dagegen auf die Köpfe rechnen, und denen folgen früher oder später die Herzen von selbst nach".

Auch aus einem Brief des damaligen münsterschen Privatdozenten Christoph Bernhard Schlüter an Luise Hensel vom 28. Dez. 1838 ergibt sich ein wenig erfreuliches, ja geradezu düsteres Bild der in den katholischen Teilen der Westprovinzen herrschenden Lage:

„Die Stimmung wegen der kirchlichen Angelegenheiten ist zum Teil hier und, wie ich höre, auch in Paderborn und am Rhein ziemlich desolat, am Rhein zugleich mit größter Entrüstung gemischt; häufig höre ich: ‚Gibt's keinen Krieg, so kann es nur schlimmer werden'. — Und wehe uns, gibt es Krieg, wenn man denkt, wie der 30jährige geführt war und wie er geendet, und mit dem würde er bei obwaltender Lage vielleicht gar bald in Parallele treten, doch lebe ich noch heimlich der süßen

---

[100] „Vincke will und rät immer zum Nachgeben" (Brief Wrangels vom 7. Juni 1838, angeführt bei Below S. 139). — Ähnlich Brief vom 30. Okt. 1838 (ebd.).

[101] Wiedergabe in der Allgemeinen Zeitung vom 24. Nov. 1838.

Hoffnung, daß die Sache ohne gewaltsamen Katastrophen sich beilegen werde, zumal wenn Preußen, in die belgisch-holländische Angelegenheit hineingezogen, neuen dringenden Anlaß hat, die Beilegung innerer Zwistigkeiten und feindseliger Spannungen möglichst zu beschleunigen“ [102].

Welche Möglichkeiten sah man nun in Kreisen der Provinzialadministration, die kirchlichen Wirren, zumindest aber gewisse ihrer Auswirkungen, zu entschärfen? Noch immer scheint man in den die Schlüsselpositionen einnehmenden evangelischen Kreisen viel von einem konsequenteren Einsatz staatlicher Machtmittel erwartet zu haben [103]. Auch vom Ausbruch des im Westen drohenden Krieges glaubte man zum Teil wohl, freilich in einem entgegengesetzten Sinne als bei Schlüter, eine Lösung der Probleme zu finden: „Krieg“, so schreibt Frau von Wrangel am 31. Dez. 1838 aus Münster, „würde uns aus allen Wirren ziehen, und ich gebe noch nicht die Hoffnung auf, daß gegen den Willen von Louis Philippe die Franzosen sich in der Gebietsabtretung von Luxemburg widersetzen. Dann würde Österreich ernstlich bemüht sein, die katholischen Wirren mit Rom beizulegen, daß Preußen kräftig und vereint mit ihm nach außen wirken kann“ [104]. Demgegenüber riet der katholische Landrat des Kreises Warburg nachdrücklich von Strenge ab. Über Gefühle könne man nicht befehligen [105].

4. *Kapitel*

Der Verlauf des Jahres 1839

Anfang des Jahres 1839 gewannen die Wrangels in Münster den Eindruck, als ob die Kölner Angelegenheit bei der Bevölkerung allmählich in Vergessenheit gerate [1]. Nachrichten aus der Provinz ließen freilich noch nicht auf ein völliges Schwinden der Verstimmung schließen. Zwar wird z. B. aus der Bürgermeisterei Everswinkel, wo Anfang 1838 die Unruhe unter der Bevölkerung unverkennbar gewesen war, am 25. Mai 1839 die öffentliche Stimmung als „gut“ bezeichnet [2]. Mit dem gleichen Prädikat kennzeichnet auch der Bürgermeister von Warendorf am 29. Mai 1839 die in seiner Gemeinde vorherrschende Stimmung; so spreche sich auch überall der Wunsch aus, der Kronprinz möge der Stadt Gelegenheit geben, ihre Gefühle der Ehrfurcht und Anhänglichkeit an den Tag zu legen. Andererseits entwickelte sich

[102] Nettesheim, Louise Hensel S. 73 f.

[103] „Noch immer hoffen wir sehnsuchtsvoll auf energische Maßregeln betreffs der katholischen Wirren aus Berlin ...“ (Frau v. Wrangel an ihren Bruder, Münster, 31. Dez. 1838, in: Below, Der Kirchenstreit in Preußen S. 141).

[104] Ebd.

[105] Vgl. Qu. Nr. 181.

[1] „Mit Ausnahme des hohen Adels denkt hier kein Mensch an die katholischen Wirren, und alles ist im Karneval vergnügt und heiter gewesen“ (Münster, 19. Febr. 1839, angeführt bei Below S. 143). Demgegenüber stellt freilich ein Korrespondentenbericht in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 28. Jan. 1839 (S. 306) die Situation so dar, als ob infolge der nachwirkenden Spannungen der Karneval in Münster ohne Feiern still vorübergegangen sei. — In der Tat hatte das Fastnachtskomitee beschlossen, „für dieses Jahr keine Sitzungen zu halten und keine öffentlichen Festlichkeiten zu veranstalten“ (Stadtarchiv Münster, Fach 123 Nr, 3, 16. 1. 1839).

[2] Amtsarchiv Everswinkel.

bei der Anwesenheit des Bischofs von Münster in Warendorf ein Enthusiasmus, wie er früher nicht zu verzeichnen gewesen war. Offensichtlich hatte „die Aufregung der Masse in den ... kirchlichen Ereignissen ihre Wurzel“ [3]. Vor allem wies aber eine Reihe von Landräten des Regierungsbezirks Münster (Graf Schmising: Kr. Münster; Graf Merveldt: Kr. Beckum; Frhr. von Twickel: Kr. Warendorf) in ihren Berichten, wie die Regierung zu Münster vermerkt, erneut darauf hin, daß in ihren Verwaltungsbezirken die allgemeine Mißstimmung fortdauere, und daß „diese Zerwürfnisse vor allem andern die Gemüter der Eingesessenen“ beschäftigten und „dieselben mit Besorgnis“ erfüllten [4]. Ebenfalls werde aus Emsdetten im Kreise Steinfurt gemeldet, daß die dortige Stimmung „in bezug auf die kirchlichen Wirren sehr finster“ sei und man sich dort „nach baldigem Erscheinen eines die Gemüter beruhigenden Gesetzes“ sehne [5].

Wrangel hat an den Zeitungsberichten der Landräte grundsätzliche Zweifel geäußert:

„Da heißt es vom hochgeborenen Landrat: Die Stimmung ist schlecht, alles ist über die kirchlichen Wirren in größter Aufregung und tiefster Trauer. Der nicht adlige, aber katholische Landrat sagt: Man muß hoffen und wünschen, daß die kirchlichen Wirren bald ausgeglichen werden. Und die evangelischen Landräte berichten: die Stimmung sei im allgemeinen ganz gut mit Ausnahme des hohen Adels und der Geistlichkeit, und letztere halte viele geheime Zusammenkünfte“ [6].

Nun ist mangels entsprechenden Materials (so fehlen die landrätlichen Berichte in den Archiven fast gänzlich) eine genauere Überprüfung der Behauptung Wrangels leider nicht möglich. Es kann daher zu diesem Problem nur so viel bemerkt werden: Daß die landrätlichen Stimmungsberichte von dem jeweiligen Standort des Berichterstatters eine gewisse Färbung erhalten haben, kann in Einzelfällen durchaus möglich sein [7]. Angesichts des Gesamtbildes sowie der Tatsache, daß Vincke selbst mehreren Landräten das Zeugnis höchster Zuverlässigkeit ausstellte [8], dürfte eine völlige Verfälschung der Situation indes kaum anzunehmen sein, hielt doch der für seine sorgfältigen Inspektionsreisen bekannte Vincke die Lage noch im April 1839 für so besorgniserregend [9], daß er in einem Bericht nach Berlin dringend zu einem baldigen Abschluß des schwebenden Verfahrens riet:

---

[3] Stadtarchiv Warendorf Abt. 1 B II 27, Zeitungsbericht für Mai 1839.
[4] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI, Zeitungsbericht für Januar 1839.
[5] Ebd., Zeitungsbericht für Februar 1839.
[6] Münster, 19. Febr. 1839, angeführt bei Below S. 143.
[7] So hatte der münstersche Regierungsvizepräsident du Vignau am Rande eines Berichts des Beckumer Landrats Graf Merveldt vom 1. Febr. 1838 vermerkt: „Das scheint mir mehr die persönliche Ansicht des Referenten als die allgemeine Stimmung zu sein“ (vgl. oben S. 407). Ähnliche Vorbehalte könnte man auch ggfs. gegen einen ähnlichen Bericht Merveldts vom 5. Febr. 1839 einwenden, in welchem es heißt: „Die öffentliche Stimmung wird bei den Katholiken immer bedauerlicher erschüttert in ihrer festesten Grundlage, in dem Vertrauen, einer freien Religionsübung sich erfreuen zu dürfen, da in der offiziellen Entgegnung der jüngsten Allokution des Papstes eine pflichttreue Befolgung von Vorschriften verworfen wird, deren Erteilung die katholische Kirche lediglich ihrem geistlichen Oberhaupte überwiesen hat“ (St. A. Münster, Kirchenregistratur Abt. IV Fach 2 Nr. 2).
[8] Vgl. Qu. Nr. 80.
[9] „... daß ich leider bei meiner Rückkehr in die Provinz die frühere Aufregung, die Verbitterung und Anfeindung unter den Konfessionen nicht vermindert, eher gesteigert finde“ (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III, 6. April 1839).

„Durch eine Verurteilung des Erzbischofs im Rechtswege würde wenigstens ein Hauptgrund der Beschwerde ... beseitigt werden. Auch haben sich wieder über die Behandlung des Erzbischofs in der Festung manche fabelhafte, unverständige Gerüchte verbreitet, welche wohl nur erfunden wurden, um den großen Haufen zu beunruhigen. Einen großen Trost gewährt allerdings das folgsame, höchst erfreuliche Benehmen der katholischen Soldaten; aber wer möchte bürgen, daß übelwollende Geistliche [sie] sich nicht zum Hauptgeschäft machen und endlich nicht noch gelingen möchte, dieselben verderblich umzustimmen“ [10].

Ähnlich äußert sich auch Frau von Wrangel in einem Schreiben an ihren Bruder vom 19. Febr. 1839: „Glaube mir, wir sehen hier auch sehr schwarz in die Zukunft, weil man in Berlin noch gar keine rechte Ansicht der Dinge hat“ [11]. Ebenso berichtet Annette von Droste-Hülshoff in einem Brief vom 29. Jan. 1839 über die Stimmung in Münster, das Volk sei sehr aufgeregt und „nur still in der Spannung und Erwartung eines möglichen gütlichen Endes“, innerlich aber steige „die entschlossene Erbitterung immer mehr“ [12]. Nach einem Korrespondentenbericht sprach sich die „noch fortdauernde religiöse Aufregung“ — die vielleicht durch die Erinnerung an die konsequente Niederschlagung der Dezemberunruhen darin gehemmt wurde, sich in offene politische Rebellion umzusetzen — vor allem in der Karwoche „auf das unzweideutigste“ aus:

„In Münster gingen Tausende aus allen Ständen am Karfreitag den sogenannten Kreuzesweg durch die Straßen, entblößten Hauptes und eifrig betend, eine Sitte, die in den letzten Jahren fast ganz vergessen schien. Ebenso sind nie so viele Abendmahlsgänger in der protestantischen Gemeinde gewesen als in diesem Jahre ... Gebräuche, die seit Jahrhunderten vergessen waren, sind wieder hervorgesucht worden; ein solches wahrhaftes Rennen in die Kirchen auch an den Wochentagen ist selbst den ältesten Leuten nicht erinnerlich“ [13].

Selbst General von Wrangel muß in einem Brief vom 5. Mai 1839 [14] zugeben, daß die Stimmung in den beiden westlichen Provinzen wieder mehr denn je gegen das Gouvernement gerichtet sei. Hierzu habe nicht zuletzt die kürzlich bekannt gewordene neueste römische Staatsschrift beigetragen, in welcher der Papst alle Schritte, die Dunin unternommen habe, lobe und dem König in allen Punkten unrecht gebe. Weitere Gründe für die Verschlechterung der Stimmung seien das dem hohen Adel bewilligte Sukzessionsgesetz, der so „betrübende Handelsvertrag mit Holland“ und die Tatsache, daß man Clemens August nicht die Möglichkeit widerfahren lasse, sich vor Gericht zu verteidigen. Aus diesem Grunde spricht sich Wrangel auch gegen eine in Erwägung gezogene Reise eines Prinzen nach Westfalen aus.

---

[10] Ebd. — Allerdings ging nach der Auffassung Vinckes die Fanatisierung der Bevölkerung nicht nur von katholischer Seite aus. Vielmehr glaubte er ebenso, „eifrigst dahin wirken zu müssen, daß von evangelischen Eiferern, besonders wo die Evangelischen der überwiegende Teil sind, in Worten und Schrift nicht ebenfalls der Friede gestört, die Erbitterung zum Religionshaß angefacht .. werde“ (Ebd.).

[11] Below S. 143.

[12] Cardauns S. 184.

[13] Wiedergabe in der Augsburger Postzeitung vom 12. April 1839.

[14] Below S. 328.

Dieser Ansicht stimmt ebenfalls seine Gattin bei:
„Einige meinen, als künftiger Thronfolger dürfte er sich hier nicht avantürieren. Den Truppen etwas Schönes zu sagen, ist nicht nötig ... und der Adel? Nun, wir wollen h o f f e n, daß der sich aus Klugheit anders gegen i h n als gegen Prinz Wilhelm benehmen wird — dem aber Schönes zu sagen? Wofür? Vincke flattiert sie ja schon genug ..."
Am besten wäre es, so argumentiert General Wrangel weiter, wenn gar kein Prinz in die Westprovinzen käme. Wolle man aber durchaus einen Prinzen senden, so sei in der Tat der Kronprinz „mit seiner Liebe und versöhnlichem Wesen" der einzige, der diese schwierige Aufgabe zu lösen vermöge. Doch müsse er auch ihm zur größten Vorsicht raten, z. B. zu vermeiden, in den größeren Städten „Abendmusik, großen Zapfenstreich etc." anzunehmen; denn es sei sehr wohl möglich, daß unter dem Schleier der Nacht der Ruf „Es lebe Clemens August!" oder „Nieder mit dem Handelsvertrag!" erschallen würde [15]. Auch bei höchst behutsamem Vorgehen und Vermeiden von Risiken würden die Schwierigkeiten bei dem Bemühen des Kronprinzen, die Wellen der Erregung zu glätten, immer noch groß genug sein:
„Würde der Kronprinz dem hohen Adel, der sich in dieser Zeit und gegen den Prinzen Wilhelm so auffallend ungezogen und im allgemeinen so offen feindselig gegen die Regierung benommen hat ..., freundlich entgegenkommen, so wird der Mittelstand, der noch die besten Gesinnungen bewahrt hat, hierüber eifersüchtig sein. Kann der Kronprinz der Geistlichkeit, die in ihren heiligsten Rechten sich gekränkt fühlt, Trost bringen, daß es besser wird? Kann der Kronprinz der Handel und Gewerbe treibenden Bevölkerung am Rhein eine Hoffnung geben, daß der Handelsvertrag mit Holland, der den dasigen Wohlstand untergraben wird, aufgelöst werden wird? Auch habe ich gleichfalls mit Betrübnis erfahren, daß zu besorgen steht, daß der Pfarrer Beckers und Binterim, die beide appelliert haben, aller Wahrscheinlichkeit nach ganz freigesprochen werden, und das dürfte gerade mit der Ankunft des Prinzen zusammenfallen" [16].
Daß der Staatsregierung auch der angebliche ungünstige Einfluß auswärtiger Blätter auf die Stimmung der Bevölkerung ein Dorn im Auge war, dokumentiert ein Rundschreiben aus Berlin an die Regierungspräsidenten vom 14. Jan. 1839:
„In welcher Weise von einem großen Teile der ausländischen Presse die kirchlichen Verhältnisse der preußischen Monarchie seit einem Jahre besprochen worden sind und wie namentlich eine bedeutende Anzahl der unter bayerischer Zensur erscheinenden Zeitschriften nicht aufgehört hat, die Maßregeln der Regierung zu verunglimpfen und die letztern selbst bei den Untertanen zu verleumden, wird der Aufmerksamkeit Ew. Exzellenz nicht entgangen sein. Wenn der Drang, der sich überall kundgibt, so boshafte Anschuldigungen zurückzuweisen und die Schändlichkeiten der Verleumdungen mit derjenigen Entrüstung, die sie in den Gemütern aller Gutgesinnten hervorruft, zurückzuweisen, in der Presse des Inlandes bis jetzt nur ein schwaches Echo gefunden hat, so ist dies die Folge einer Anwendung der Zensurvorschriften, wie sie den Absichten des Gouvernements unter solchen Umständen nicht entsprechen kann. Wir ersuchen Ew. Exzellenz daher, die Zensoren

[15] Ebd. S. 329 (Münster, 5. Mai 1839).
[16] Ebd. S. 328 f.

darauf aufmerksam zu machen: ... Daß zwar nach wie vor alle diejenigen polemischen Aufsätze über kirchliche Angelegenheiten zurückgewiesen werden müssen, welche durch Intervention und gehässige Angriffe den verschiedenen Konfessionsverwandten ein gerechtes Ärgernis geben könnten, daß dagegen ... zur Widerlegung der Angriffe auswärtiger fanatisch-katholischer Blätter ... ein freier Spielraum zu gestatten ist ...“ [17].

Als ein solcher Versuch, Öl ins Feuer zu gießen, konnte z. B. eine in der Allgemeinen Zeitung vom 12. April 1839 veröffentlichte Meldung angesehen werden. Danach sollen in Sendenhorst (Münsterland) am Karfreitag dem Pfarrer die Scheiben eingeworfen worden sein, weil er die hergebrachte Prozession, „mit dem Christus unter der Kreuzeslast und den geißelnden Schergen“, habe abstellen wollen. Kommentar des Korrespondenten: „Das ist nun freilich ein arges Beispiel von religiöser Verblendung, und ebensowenig erfreulich ist es, wenn man bemerkt, daß das jüngste, aus einem versöhnlichen Geiste geflossene Schreiben des Papstes an den Generalvikar Dr. Hüsgen zu Köln hier eine Art Desappointement hervorgebracht hat“.

Den nachteiligen Eindruck dieser Darstellung versuchte ein Mitarbeiter des Westfälischen Merkurs in einer Erwiderung zu entkräften [18].

Daß die Stimmung in Münster freilich nicht mehr ganz so hitzig wie vor Jahresfrist war, kann man wohl aus der Reaktion der Bevölkerung anläßlich des Umzuges des Erzbischofs von Minden nach Darfeld, auf welchem Wege er Münster passierte, entnehmen:

„Die Aufregung, die diese Nachricht hier hervorbrachte, war nicht so groß, als man hätte vermuten können; doch sollen die Truppen Verhaltungsbefehle auf den Fall eines Auflaufs bekommen haben. Man erwartete den Erzbischof nicht vor Abend; so hatten sich denn sehr wenig Menschen, hauptsächlich nur die Dienerschaft der Familie Droste-Vischering, vor dem Moritztor versammelt, um den in der Geschichte unserer Tage so denkwürdigen Reisenden zu sehen“ [19].

Andererseits stellte ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung aus Münster (17. März 1839) eine nach wie vor rege Proselytenmacherei und ein den Staatsgesetzen Hohn sprechendes Verfahren der Geistlichkeit fest. Außerdem sehe der Volksglaube in der Abtragung des alten Ludgeritores einen nahenden Krieg und Befreiung von der protestantischen Herrschaft, und Visionen von flammenden Straßen, blutbedeckten Plätzen und sonstigen warnenden Zeichen füllten alle Köpfe. Schließlich soll auch die Nachricht von der angeblichen Beeinträchtigung der Wahlfreiheit in Trier einen unangenehmen Eindruck unter der münsterschen Be-

---

[17] St. A. Münster, Regierung Arnsberg I Pr Nr. 20.

[18] „Hieran ist vorerst kein wahres Wort. Freilich wird hier am Karfeiertage noch eine Prozession gehalten, wobei ein maskierter, wie Christus mit der Dornenkrone verkleideter Mann ein großes Kreuz trägt. Es ist aber kein Versuch gemacht worden, diese Personifizierung des kreuztragenden Christus, am wenigsten aber die Prozession selbst, abstellen zu wollen. Vielmehr ist der Pfarrer der Meinung, diese Sache der hochwürdigst geistlichen Behörde, welche dergleichen maskierte Aufzüge schon längst verboten, überlassen zu wollen“ (Westfälischer Merkur vom 28. April 1839).

[19] Allgemeine Zeitung vom 29. April 1839. — Dagegen berichtet die Leipziger Allgemeine Zeitung vom 30. April 1839, daß die Vorstadt St. Mauritz am Abend dieses Tages „von Menschen wie besät“ gewesen sei.

völkerung hervorgerufen haben [20]. Auch kam es um diese Zeit zu einer heftigen Kontroverse unter den Theologen der münsterschen Akademie, und zwar habe, wie ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung berichtet [21], die Promotion eines Lizentiaten der Theologie hierzu den Anlaß gegeben. Anhänger und Gegner von Hermes seien bei der Disputation aneinandergeraten, und letztere hätten sich schließlich den Sieg zugeschrieben [22].

Es handelt sich wohl um das Lizentiatsexamen Anton Lutterbecks [23]; in der Tat bestätigt die Darstellung Kappens in etwa die Meldung der Allgemeinen Zeitung [24]. Trotz der offenbaren Verstimmung weiter Teile der katholischen Bevölkerung bestand jedoch wenig Sympathie für die Haltung der Belgier; selbst in Münster sei man, wie ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (19. Febr. 1839) berichtet, so sehr gegen „das törichte Widerstreben der Belgier"

[20] Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 1839.

[21] Ebd.

[22] Ebd. — Zur bisherigen Situation des Hermesianismus in Münster vgl. auch oben S. 396.

[23] Johann Anton Bernhard Lutterbeck, katholischer Theologe, geb. 1812 in Averbeck bei Münster, Sohn des auch als Schriftsteller bekannten Arztes Theodor Lutterbeck (über letzteren vgl. F. Keinemann, Zur politischen Tätigkeit Theodor Lutterbecks, in: Westfalen 1970); 1837 wurde Anton zum Priester geweiht (ADB Bd. 19, 1884, S. 707; Schematismus der Diözese Münster 1860 S. 39; 130). 1835 war er mit einer Schrift „Apologie des sogenannten Hermesianismus wider einige arge Mißverständnisse seiner Angreifer und Verteidiger" hervorgetreten. Im folgenden Jahre gab er zusammen mit dem Hofrat Gräver und dem damaligen Privatdozenten an der Philosophischen Fakultät, Christioph Bernhard Schlüter, das Werk „D. h. Bonaventura Weg des Geistes zu Gott" heraus (Raßmann S. 206). Lutterbeck war 1829/30 Hörer Schlüters gewesen und gehörte auch später einem von Schlüter geleiteten Kreise über die Religionsphilosophie Franz von Baaders an, die damals in Münster in antihermesianischen Kreisen Beachtung fand (Hegel, Fakultät I S. 206). Josefine Nettesheim vertritt indes die Ansicht, daß Lutterbeck im Gegensatz zu Schlüter Hermesianer gewesen sei (Luise Hensel und Christoph Bernhard Schlüter, Briefe aus dem deutschen Biedermeier 1832—1876, Münster 1962, S. 75). Dann wäre allerdings die Anfechtung der Lizentiatspromotion durch hermesianisch gesinnte Studenten schwer verständlich ebenso wie seine in einem Brief an Michelis im Mai 1837 geäußerte Beschwerde, daß in Münster nicht das mindeste zur Unterdrückung des Hermesianismus geschehe (Hegel, Fakultät Bd. 1 S. 207 f.). So heißt es auch über seine Beziehungen zur ultramontanen Bewegung in einem Schreiben aus Münster vom 21. Jan. 1838 (ohne Unterschrift): „Der Homöopath Lutterbeck, dessen Sohn wie der Vater ein katholischer Schwindelkopf, mit mehreren belgischen Gelehrten als Geistlicher in freundschaftlicher Verbindung und mit dem Kölner Kaplan Michelis in Briefwechsel gestanden hat und gesonnen ist, nach bestandener Promotion an der hiesigen Akademie privatim Kirchengeschichte zu lesen, hat den erwähnten Aufsatz [„Über die von dem Erzbischof von Köln gegen das preußische Ministerium eingegangenen Verpflichtungen" aus der Neuen Würzburger Zeitung vom 15. Dez. 1837] dem [Friedrich] Michelis [Bruder von Droste-Vischerings Kaplan] gegeben" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 Bd. 8, Bl. 59—60 v). War Lutterbeck, wie seine Apologie für den Hermesianismus andeutet, anfänglich auch dem Hermesianismus zugeneigt, so scheint er sich dann doch zur ultramontanen Seite geschlagen zu haben.

[24] „... und da die Promotion sollte geschlossen werden, traten zwei Hermesianer ex corona auf und trieben Lutterbeck mit einer außerordentlichen Redefertigkeit in die Enge. Dies erregte unter den Studierenden größten Unwillen; der Kampf wurde so hitzig, daß die Promotion mußte geschlossen werden" (Erinnerungen aus alter und neuer Zeit von einem alten Münsteraner S. 119 f.). Dennoch ist den Hermesianern ihr vermeintlicher Sieg offenbar in der Folgezeit wieder entrissen worden. So sollen einige Studenten noch am gleichen Tag ein satirisches Gedicht mit dem Titel „Fuchs, Hahn, Löwe) über den Vorfall verfaßt haben, welches auswärts gedruckt und an sämtliche „Akademiker" mit der Post versandt worden sei, so daß eines Morgens die gesamte „Akademie" mit dem Gedicht in der Hand im Kolleg erschienen sei, was eine unglaubliche Heiterkeit erregt habe (ebd.).

aufgebracht, daß sich ein dortiger sehr reicher Bürger mit seinen Freunden im Falle eines Krieges zur Errichtung eines Freikorps erboten habe [25]. Daß schließlich auch nicht wenigen in Münster an einem Abbau der konfessionellen Spannungen gelegen sei, schließt der gleiche Berichterstatter (25. April 1839) auch aus der sowohl von katholischer als auch evangelischer Seite bekundeten Teilnahme am Jubiläum des münsterschen Weihbischofs Franz Arnold Melchers, eines auch nach anderen Berichten nicht zur ultramontanen Richtung tendierenden angesehenen Geistlichen [26]. Schließlich sei auch, so heißt es hier weiter, die Karwoche ohne eine Szene der Intoleranz vorübergegangen, ebensowenig sei der gleiche Andachtseifer wie in der vorjährigen Karwoche bemerkt worden.

Daß der Widerhall des Kölner Ereignisses in den katholischen Landesteilen Ostwestfalens noch keineswegs abgeklungen sei, meldet auch die Mindener Regierung in ihrem Verwaltungsbericht über die kirchlichen Verhältnisse für das Jahr 1839 [27]. So mache sich „überall ein regeres Leben und Treiben auf dem kirchlich-religiösen Felde bemerklich", was die Regierung allerdings nur mit gewissen Einschränkungen als positiv werten zu können glaubt: „Ob damit auch ein Fortschreiten zur wahren echten Religiosität verbunden sei, liegt weniger klar am Tage und dürfte bei manchen Erscheinungen wohl in Zweifel zu ziehen sein." Eindeutig sei jedenfalls ein bei den Katholiken des Regierungsbezirks zumindest äußerlich in stärkerem Maße sich zeigender religiöser Sinn: „Der Gottesdienst wird fleißiger besucht; die Sakramente werden öfter empfangen. Manche, die in Lauigkeit und Gleichgültigkeit versunken gewesen, sind eifriger und kirchlicher geworden. So ist auch bei vielen das Interesse für kirchliche Institute und Einrichtungen wie Wallfahrten, Prozessionen, geistliche Exerzitien etc., die teils ganz aus der Übung gekommen waren, teils von wenigen nur benutzt wurden, wieder lebendig geworden" [28]. Hatte auch die in der Staatszeitung am 31. Januar 1838 veröffentlichte Erwiderung der preußischen Staatsregierung auf die Vorwürfe der päpstlichen Allokution vom 13. September 1839 [29] nach der Darstellung des Wiedenbrücker Bürgermeisters [30] „manchen überrascht" und machte „die Angelegenheit seitdem wieder den Hauptgegenstand der Unterhaltung aus", so konnte indes die Volksstimmung im allgemeinen als „befriedigend" bezeichnet werden. Auch blieb die am 22. April 1839 erfolgte Abreise Droste-Vischerings aus Minden nach Darfeld den Worten des Mindener Regierungspräsidenten zufolge „im Regierungsbezirk ohne die geringste äußerlich erkennbare Sensation im Publikum". Diese Geste der Rücksichtnahme auf den Gesundheitszustand des Prälaten werde nach seiner Auffassung indes „bei

---

[25] Ob diese Kampfbereitschaft gegen die Belgier allerdings von weiten Kreisen der westfälischen Bevölkerung geteilt wurde, erscheint zweifelhaft. Bei nicht wenigen dürfte die Sorge um den Erhalt des Friedens im Vordergrund gestanden haben; z. B. wird aus der Bürgermeisterei Everswinkel (Kr. Warendorf) berichtet, daß die Aussicht auf „einen friedlichen Ausgang der jetzigen Katastrophe" die Gemüter wieder beruhigt habe (Amtsarchiv Everswinkel, Zeitungsbericht für Februar 1839). — Über ähnliche Reaktionen im Regierungsbezirk Arnsberg vgl. unten S. 432.

[26] Vgl. F. Keinemann, Zur politischen Tätigkeit Theodor Lutterbecks, in: Westfalen Bd. 47, 1969, S. 212.

[27] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 28.

[28] Ebd.

[29] Vgl. Brockhaus' Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 2 1839, S. 1244.

[30] Zeitungsbericht für Januar 1839 (Stadtarchiv Wiedenbruck).

dem größern und verständigern Teile der katholischen Bevölkerung sicher zu nicht geringer Beruhigung und zu hoher Freude gereichen“ [31].

Zeitweilig trat im Regierungsbezirk Minden die kirchliche Frage angesichts der Verschärfung der belgischen Krise in den Hintergrund, wie der Paderborner Landrat von Wolff-Metternich [32], der Bürener Landrat Hartmann [33] und der Wiedenbrücker Landrat Malotki von Trzebiatowsky [34] berichten. Nach der Darstellung des erstgenannten ist sogar die Geistlichkeit anläßlich der gefährlichen Verwicklungen im Westen dazu übergegangen, „jedwede Teilnahme an den kirchlichen Streitigkeiten zu tadeln“ [35]; Sympathie mit den Belgiern zeigte sich hier offenbar ebensowenig wie in Münster. Doch ist in der Folgezeit, wie Wolff-Metternich darlegt, seitens des „gebildeten Publikums“ und der ultramontanen Partei der Geistlichkeit die Aufregung wieder geschürt worden, wobei es offen bleibe, ob dies aus „blindem Eifer für die Sache des Klerus oder aus andern unlautern Absichten“ geschehe [36].

Was den Regierungsbezirk Arnsberg betrifft, so wird die öffentliche Stimmung für Januar und Februar 1839 als „im allgemeinen befriedigend“ und „im ganzen gut“ bezeichnet [37]. Besorgnisse wegen der Ausweitung der belgischen Krise zu einem Krieg regten sich offenbar im März („Die öffentliche Stimmung ist dem Frieden zugewandt“ [38]). Aus Menden berichtet in diesem Zusammenhang der dortige Bürgermeister im Februar 1839, daß die öffentliche Stimmung manches zu wünschen übrig lasse, weil das „gemeine Volk, der Pöbel“, einen Krieg wegen der belgischen Angelegenheiten befürchte und nicht verstehen könne, „wie der preußische Staat dorthin interessiert“ sei und welchen Sinn es haben könne, die Kriegsreservisten und die Landwehr deswegen einzuberufen. Vielmehr halte man unter dem „gemeinen Volk“ den Streit zwischen Holland und Belgien als eine „res inter alios“, welche einen dritten nicht berühre und welche auch ohne preußische Intervention beigelegt werden könne. Im April 1839 wird allerdings die Stimmung in

---

[31] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 351 vol. VI, Zeitungsbericht für April 1839.
[32] Vgl. Qu. Nr. 207.
[33] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 12, Ber. vom 15. Mai 1839.
[34] Ebd., 15. März 1839.
[35] Vgl. Qu. Nr. 207.
[36] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 12, Ber. vom 15. April 1839. — Der zwar der katholischen Religion angehörende, aber sich doch offenbar in erster Linie als Staatsdiener betrachtende Klemens August Hermann von Wolff-Metternich (vgl. über ihn auch F. G. Hohmann, Geschichte der Verwaltung des Kreises Paderborn, Paderborn 1968, S. 29—38; Wegmann S. 349) geht im folgenden über eine bloße Berichterstattung zu einer wertenden Stellungnahme über: „Es ist mit Grunde zu hoffen, daß, wenn der äußere Frieden erhalten bleibt und die Regierung auf dem graden Wege des Rechts fortschreitet, der Einfluß derer unwirksam werden wird, welche, wenn nicht auf Schlimmeres hinzielend, die gänzliche Unabhängigkeit der katholischen Kirche bezwecken. Kein vernünftiger Mensch wünscht ihr diese, dem gegenwärtigen Staatsleben zuwiderlaufende Stellung. Es hat daher die durch die neuesten Zeitungen bekannt gewordene Widerlegung des sehr verbreiteten Gerüchtes, als habe das Domkapitel in Trier die Erlaubnis völlig freier Wahl eines Bischofs erhalten, bei allen verständigen, das Wohl ihrer Kirche richtig würdigenden Katholiken nur einen erfreuenden Eindruck machen können; denn mit Recht hätte man aus dem vorgeblichen Zugeständnisse die Wiederkehr mittelalterlicher Hierarchie in schroffster Gestalt herleiten können“ (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 12, 15. April 1839).
[37] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. 6.
[38] Ebd.

Menden bereits wieder als „im allgemeinen gut" bezeichnet [39], wozu offensichtlich die inzwischen in die Wege geleitete teilweise Entlassung der Reservisten beigetragen hatte [40].

Bekundete sich auch bei der in Arnsberg am 23. Mai 1839 stattgefundenen Jubiläumsfeier eines angesehenen Geistlichen [41] eine bemerkenswerte Eintracht zwischen den anwesenden katholischen und evangelischen Geistlichen [42], so gaben jedoch im allgemeinen die zunehmenden „Mißhelligkeiten" zwischen diesen und deren „wechselseitige Beschwerden über Eingriffe und Anmaßungen" der Arnsberger Regierung Anlaß zu erheblicher Besorgnis, zumal gegen die Übertretung der Kabinettsordre vom 17. August 1825 nicht eingeschritten werden könne; denn der Richter könne nur aufgrund von p u b l i z i e r t e n Gesetzen eine gerichtliche Untersuchung einleiten. Da vielfach „beklagenswerte Zerwürfnisse in den beteiligten Familien" nicht zu übersehen seien, müsse die baldige Verkündigung eines durchgreifenden Gesetzes zur Regelung der Mischehenfrage als höchst wünschenswert bezeichnet werden [43].

Angesichts des insgesamt nicht immer freundlichen Bildes der Stimmung unter der katholischen Bevölkerung blieb der Erfolg der geplanten Besuchsreise des Kronprinzen — abgesehen von sicheren Orten wie etwa Hamm, Bielefeld und Minden — etwas ungewiß. Immerhin hatte sich der Thronfolger gegen einen möglichen Prestigeverlust dadurch abgesichert, daß er seine Reise als rein militärischen Zwecken dienend bezeichnete und offiziell zum Ausdruck bringen ließ, daß er sich alle Empfangsfeierlichkeiten verbete und keine Einladungen zu besonderen Fest-

---

[39] Stadtarchiv Menden VII Nr. 4 B XVI Nr. b 7. — Große Besorgnis vor den drohenden kriegerischen Verwicklungen bestand offenbar auch im Hochsauerland. So schreibt der Bürgermeister von Fredeburg am 19. Febr. 1839: „Die stattfindenden militärischen Rüstungen ängstigen die Eingesessenen, namentlich die Handelstreibenden, nicht wenig, indem dieselben befürchten, was auch mit Grund anzunehmen ist, daß beim Ausbruch des Krieges ihre Handelsgeschäfte gänzlich ins Stocken geraten werden, weshalb denn auch jeder der baldigen Beendigung dieser Angelegenheit sehnsüchtig entgegensieht" (Amtsarchiv Fredeburg Tit. VII Nr. 9 Bd. 1).

[40] St. A. Münster Oberpräsidium Nr. 350 vol. 6, Zeitungsbericht der Regierung Arnsberg für April 1839.

[41] Es handelt sich um den Filialkaplan von Hagel zu Oelinghausen (Kr. Arnsberg).

[42] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. 6, Zeitungsbericht der Regierung Arnsberg für Mai 1839. — Offensichtlich hatte sich das Kölner Ereignis auf das konfessionelle Zusammenleben in der Hauptstadt des Regierungsbezirks wenig bemerkbar gemacht. Hierauf wird jedenfalls in einem in der Allgemeinen Zeitung vom 9. Febr. 1840 veröffentlichten Schreiben hingewiesen: „Arnsberg. — Aus Nr. 23 der ... Allg. Zeitung ... haben wir erfahren, daß hier große Spannungen zwischen den Bürgern derselben Stadt infolge der Kölner Wirren bestehen. Nichts kann unwahrer sein. Es gibt schwerlich eine Stadt im Westen der preußischen Monarchie, die weniger von diesen Wirren ergriffen worden wäre. Das freundliche Verhältnis der verschiedenen Konfessionsverwandten unter sich und die Liebe zur Regierung ist ungestört geblieben. In einer solchen reinen Beamtenstadt war es auch kaum anders zu erwarten ... Auf den berührten Berliner Korrespondenzartikel zurückzukommen, sei nur noch bemerkt, daß in Arnsberg zufällig nur Ärzte einer Konfession sind, es also unmöglich ist, daß, wie dort berichtet, die einzelnen Konfessionsverwandten infolge der kirchlichen Wirren ihre Ärzte wechseln. Übrigens könnte aber auch keine Stadt weniger als Arnsberg die gegen alle Konfessionsverwandten gleichen landesväterlichen Absichten der Regierung verkennen, da seit 24 Jahren keine Stadt in der Monarchie verhältnismäßig dem Wohlwollen der Regierung mehr verdankt als Arnsberg ...".

[43] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. 6, Zeitungsbericht der Regierung Arnsberg für Mai 1839.

lichkeiten annehmen könne [44]. Dennoch machten sich Militär und Gouvernement Sorgen über das Echo dieses Besuches. So hielt z. B. Wrangel die Art und Weise, wie der Kronprinz auf den ersten Stationen seiner Reise im Rheinland, namentlich in Trier, empfangen würde, von größter Bedeutung. Auf dem Wege über die Berichterstattung in der Presse könne dies eine nicht zu unterschätzende Rückwirkung auf die katholische Bevölkerung Westfalens ausüben [45]. Weniger zeigt sich Wrangel indes davon angetan, daß der junge Graf Clemens von Westphalen, einer der leidenschaftlichsten Verfechter des katholischen Prinzips [46], den Kronprinzen eingeladen hatte, in seinem Schloß Laer zu übernachten [47], was doch an und für sich als ein gutes Vorzeichen hätte angesehen werden können [48].

Der mit Spannung erwartete Empfang des Kronprinzen in Münster am 15. Juni 1839 sollte jedoch alle Erwartungen übertreffen. Nicht nur die Offiziellen hatten zu den Vorbereitungen beigetragen, sondern im Gegensatz zum Besuch von Prinz Wilhelm im vergangenen Jahr waren hierzu auch von der Bevölkerung spontan Anstalten getroffen worden [49].

Die Ankunft des angekündigten hohen Besuchers verzögerte sich zwar bis Mitternacht; dennoch blieb eine zahlreiche Volksmenge in den Straßen versammelt, die den Kronprinzen unter dem Geläute aller Glocken mit ununterbrochenem Hurrarufen begrüßte [50].

---

[44] Regierung Münster, Oberpräsidium Nr. 241, vol. 1, Schr. an Vincke aus Berlin vom 18. Mai 1839.

[45] Münster, 26. Mai 1839, angeführt bei Below S. 330. — Die Bemerkung Wrangels trifft zweifellos den Kern eines massenpsychologischen Phänomens, wie es Le Bon (aaO S. 89 f.) mit folgenden Worten charakterisiert: „Unter den Massen übertragen sich Ideen, Gefühle, Erregungen, Glaubenslehren mit ebenso starker Ansteckungskraft wie Mikroben ... Die Übertragung erfordert nicht die gleichzeitige Anwesenheit der Individuen an demselben Ort, sie kann auch aus der Entfernung unter dem Eindruck gewisser Ereignisse erfolgen, die alle Geister in dieselbe Richtung lenken und ihnen die besonderen Merkmale der Masse verleihen ...". — Daß das freudige Echo des Kronprinzenbesuchs in der Rheinprovinz gewisse Rückwirkungen auf Westfalen gezeitigt hat, ergibt sich z. B. aus einem Schreiben des Arnsberger Regierungspräsidenten an Vincke vom 10. Juni 1839: „Nach Ew. Exz. geehrtem Erlaß vom 16. v. M. haben zwar Seine Königl. Hoheit der Kronprinz bei Ihrer gegenwärtigen Bereisung der westlichen Provinzen sich alle Empfangsfeierlichkeiten verbeten und alle Einladungen zu besonderen Festlichkeiten abgelehnt. Viele Berichte in den öffentlichen Blättern zeigen jedoch, daß S. Königl. Hoheit überall in der Rheinprovinz von den Bewohnern die Zeichen wahrer Freude und treuer Anhänglichkeit huldreich aufgenommen haben. Der hiesige Magistrat hat mir nun auch die innigsten Wünsche der hiesigen Einwohner ausgedrückt, Sr. Königl. Hoheit am 24. d. M. auf der Reise von Meschede nach Soest nicht an der Stadt vorbeifahren zu sehen, ohne den vielgeliebten Thronerben in ihrer Mitte begrüßen und ihre Ehrerbietung an den Tag legen zu dürfen" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 241 vol. I).

[46] Vgl. unten S. 448 ff.; Keinemann, Die Affäre Westphalen.

[47] Schr. Wrangels vom 26. Mai 1839, zitiert bei Below S. 330.

[48] Hierzu jedoch Wrangel: „Ich hoffe und wünsche von Herzen, daß es der Kronprinz nicht annehmen wird. Dieses ist auch die Ansicht des ehrlichen Vincke" (ebd.) — Befürchtete man von diesem Zusammentreffen etwa eine nachteilige Einwirkung auf die Ansicht des Kronprinzen?

[49] „Obschon Feierlichkeiten verbeten worden waren, schmückten sich die Häuser der zum Schlosse führenden Straßen mit Blumengewinden und Kränzen; allenthalben sah man Anstalten zu einer glänzenden Erleuchtung treffen, Ehrenpforten bauen etc." (Kölnische Zeitung vom 21. Juni 1839).

[50] Ebd.

Am Mittag des folgenden Tages empfing der Thronfolger außer den Offizieren, Beamten und mehreren Angehörigen des Domkapitals auch die Mitglieder „des zahlreich versammelten Adels“ [51] aus den Regierungsbezirken Münster und Arnsberg, während solche aus dem Regierungsbezirk Minden fehlten [52]. Lediglich der ehemalige Hildesheimer Domkapitular von Haxthausen, Mitglied des begüterten Paderborner Adelsgeschlechts, war erschienen, und zwar zur Verwunderung der Zuschauer in der vor vierzig Jahren üblichen Domherrentracht [53]. Am Abend gegen 6 Uhr fand sich der Kronprinz auf einem vom Kronprinzenverein organisierten Fest ein, wo sich außer den Mitgliedern des Vereins Tausende von Zuschauern versammelt hatten und ihn mit lautem Jubel begrüßten [54].

Die Darstellung in der Presse wird sowohl durch den Zeitungsbericht der Regierung in Münster für den Monat Juni 1839 [55] als auch durch die Korrespondenz des Generals von Wrangel unterstrichen. So betont letzterer die überaus günstige Wirkung des Kronprinzenbesuchs auf die Volksstimmung in Münster: „Des Kronprinzen Anwesenheit wirkt auch selbst nachhaltig sehr wohltätig auf die Stimmung der Münsterer ein; denn in früheren Jahren hielt es sehr schwer, zu Königs Geburtstag eine Gesellschaft zusammenzubringen, während die Bürger in diesem Jahr selber ein Komitee ernannt haben, um mit den Militärs die erforderlichen Verabredungen wegen der Feier des 3. August zu besprechen“ [56].

Auch in den übrigen Regierungsbezirken wurde dem Kronprinzen ein eindrucksvoller Empfang zuteil. Nach einer von begeisterten Sympathiekundgebungen der Bevölkerung begleiteten Reise über Herzebrock, Rheda und Minden [57] traf er am 22. Juni in Paderborn ein, wo er an der Grenze des Weichbildes der Stadt von einer Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten sowie vom Schützenbataillon empfangen wurde. Über den weiteren Verlauf der Begrüßungszeremonie

---

[51] Ebd. — Man beachte den Unterschied gegenüber der Aufwartung des Adels anläßlich des Besuches von Prinz Wilhelm! — Betont wird auch, daß sich unter den vorgestellten zahlreichen Adeligen ein Neffe des Erzbischofs, der Graf von Droste-Vischering, befunden habe (Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 1839). — Daß sich die Haltung des westfälischen Adels gewandelt habe, deutet auch die Münchener Politische Zeitung vom 1. Nov. 1839 an. — Am besten hat wohl Annette von Droste-Hülshoff das Verhalten des Adels erfaßt. Zwar weile der Adel aus Protest gegen die Gefangenhaltung des Erzbischofs immer noch gegen seine frühere Gewohnheit auch im Winter auf dem Lande. Daß dem Kronprinzen nun in Münster ein so guter Empfang zuteil geworden sei, rühre daher, daß man glaube, er stehe auf Seiten der Protestierenden (Cardauns S. 197).

[52] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 96 Nr. 2 vol. 2 (Bl. 2), Ber. du Vignaus vom 17. Juni 1839.

[53] Ebd.

[54] Kölnische Zeitung vom 21. Juni 1839. — Ähnlich der Empfang im Münsterland, z. B. in Borken (St. A. Münster, Kr. Borken Landratsamt Nr. 15 Bd. 4, Zeitungsbericht für Juni 1839).

[55] Hier heißt es: „Die Tage vom 15. bis 18. wurden durch die Anwesenheit Seiner Kgl. Hoheit unseres Kronprinzen, welcher in Begleitung des Prinzen Friedrich [der Niederlande] hier eintraf, wahrhaft hohe Festtage für die hiesige Stadt und für alle Eingesessenen der anderen Orte, welche der geliebte Prinz mit seiner Gegenwart beglückte. Die ungeheuchelte Teilnahme an diesem frohen Ereignis und der unzweideutige Enthusiasmus, welcher sich bei allen Klassen offenbarte, geben vielfache Beweise von der Anhänglichkeit an Ew. Königl. Allerhöchste Person und das gesamte Königl. Haus“ (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI).

[56] Münster, 19. Juli 1839, angeführt bei Below S. 330 f.

[57] Vgl. Qu. Nr. 218.

berichtet die Kölnische Zeitung vom 3. Juli 1839: „Abends waren die Straßen der Stadt glänzend erleuchtet, und während der Abendtafel war unter den Fenstern des hohen Reisenden ein Sängerchor der hiesigen Gymnasiasten zur Ausführung einer Abendmusik aufgestellt, welche Se. Kgl. Hoh. beifällig aufzunehmen geruhten, und nach deren Beendigung die Freude der vielfach versammelten Menge sich durch ein allgemeines Hurra Luft machte."

Daß die Pressemeldungen über das die Menschen zur Begeisterung hinreißende Auftreten des Kronprinzen durchaus nicht aus der Luft gegriffen sind, bestätigt nicht nur der Rapport des Mindener Regierungspräsidenten Richter [58], sondern z. B. auch ein Bericht des Bürgermeisters Diewel aus Lippspringe, der sich von dem leutseligen Benehmen des Kronprinzen, welcher sich sogar dazu herabgelassen habe, „einige Kinder zu liebkosen", sehr angetan zeigte: „Fortwährend unterhält man sich hier überall am liebsten mit dem Erzählen dieses freudigen Ereignisses. Man hat hier noch keine so hohe Person so lieblich, freundlich und herablassend gesehen und so mild, sanft, gefühlvoll und sinnreich sprechen gehört als Se. Königl. Hoheit. In der Tat vermag wohl niemand die Herzen aller so leicht zu gewinnen, als Höchstdieselbe. . ." [59].

Auch die Fahrt durch den Regierungsbezirk Arnsberg wurde für den Thronerben zu einem eindeutigen Erfolg [60]. Bildete der überwältigende und bewußt patriotische Empfang in Hamm am 25. Juni [61] und in Lüdenscheid am 27. Juni [62] sowie am gleichen Tage in Iserlohn [63] keine Überraschung, so verlief auch die Aufnahme des Kronprinzen im ehemaligen kurkölnischen Sauerland recht herzlich. Hieß man ihn in Arnsberg, wo bereits 1833 sein damaliger Besuch sehr erfolgreich verlaufen war [64], mit einem Ehrenbogen willkommen, auf dem man die Inschrift

Fortes creantur fortibus et boni
Doctrina sed vim promovet insitam

angebracht hatte [65], so hielt er in Attendorn unter dem Geläute aller Glocken, dem Donner der Geschütze und dem „anhaltenden Hurrarufen der Volksmenge" seinen Einzug in die festlich beleuchtete Stadt [66]. Auch in Laer, wo der Kronprinz beim Grafen Westphalen Quartier nahm, feierte „eine froh bewegte Menge" den Gast [67].

---

[58] Vgl. Qu. Nr. 219.
[59] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 241 vol. I.
[60] Zusammenfassung im Zeitungsbericht der Regierung Arnsberg für Juni 1839 (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. 6).
[61] Ausführlicher Festbericht im Rheinisch-Westfälischen Anzeiger vom 29. Juni 1839.
[62] Fazit der Elberfelder Zeitung (Wiedergabe in der Kölnischen Zeitung vom 1. Juli 1839): „Unvergeßlich ist dieser Tag für die alten, immer so treu bewährten Markaner, an welchem sie hier auf den Bergen zum ersten Male den edeln Sohn ihres Königs, von dessen erhabenem Thron uns Weisheit, Gerechtigkeit und Liebe umstrahlt, sahen, und in ihrer Mitte empfingen".
[63] Hierüber ein Korrespondent der Kölnischen Zeitung (3. Juli 1839): „Einsender war dem Prinzen auf dem Balkon sehr nahe und konnte deutlich die Zeichen inniger Rührung an ihm wahrnehmen".
[64] Féaux de Lacroix S. 544 f.
[65] Kölnische Zeitung vom 27. Juni 1839, Ber. aus Arnsberg vom 24. Juni.
[66] Kölnische Zeitung vom 5. Juli 1839.
[67] St. A. Münster, Kr. Meschede Landratsamt Nr. 1953.

Durch den Kronprinzenbesuch hatte das Vertrauen der katholischen Bevölkerung zum Staat unzweifelhaft erheblichen Auftrieb erfahren. Insbesondere betont dies die Regierung in Arnsberg: „Man vernimmt überall nur eine Stimme, daß nämlich der in den neueren religiös-politischen Wirren da und dort hinterlistig ausgestreute Same der Unzufriedenheit, des Argwohns und der Zwietracht fast ausgerottet ist durch die Erscheinung des mit den schönsten fürstlichen Tugenden so reich gezierten Thronfolgers“ [68].

Bemerkenswerterweise äußerte sich auch die Regierung zu Münster in der Folgezeit recht günstig über die Haltung der Bevölkerung in ihrem Bezirk [69]. Es heißt, lediglich aus dem Kreise Steinfurt werde angezeigt, daß bei den dortigen katholischen Eingesessenen eine „unangenehme Stimmung“ vorherrsche und sehr zu wünschen sei, daß die kirchlichen Differenzen bald ausgeglichen würden [70]. Bekundete sich also im Spätsommer 1839 ähnlich wie in der Rheinprovinz ein Trend zu einer allgemeinen Beruhigung der Gemüter, so bedeutete dies jedoch ebenso wie dort keineswegs, daß das religionspolitische Bewußtsein wieder auf den Stand vor dem Kölner Ereignis zurückgefallen war; vielmehr war der inzwischen vollzogene Aufschwung des kirchlichen Lebens unverkennbar. Berichtete bereits der Mindener Regierungspräsident von einer in seinem Bezirk wahrzunehmenden zumindest in äußerlicher Beziehung gesteigerten Religiosität, so waren ähnliche Erscheinungen auch im Regierungsbezirk Münster zu beobachten. Fast zur gleichen Zeit, als der Kronprinz beifallumrauscht seine Reise durch die Rheinprovinz und Westfalen fortsetzte, wurde dem Bischof von Münster auf einer Firmungsreise durch seine Diözese ein nicht weniger eindrucksvoller Triumph zuteil. So berichtet die Allgemeine Zeitung vom 23. Juni 1839 über Caspar Max von Droste zu Vischerings Auftreten: „Seine Reisen glichen einem wahren Triumphzuge. Freudenrufe, Gesänge, Musik, Fackelzüge und Illuminationen fanden an allen bedeutenden Orten der Diözese statt, wo er sich nur immer aufhielt [71]. So war die kleine Stadt Waren-

---

[68] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. 6, Zeitungsbericht für Juni 1839. — Die öffentliche Stimmung im Regierungsbezirk Arnsberg wird während der folgenden Monate mit „im ganzen gut“ bis „befriedigend“ bezeichnet (Oberpräsidium Nr. 350 vol. 6). — Auch Vincke gibt in seinem Abschlußbericht vom 4. Juli 1839 seiner Freude über den unerwartet herzlichen Empfang des Kronzprinzen seitens der katholischen Bevölkerung Ausdruck. Dies gewähre die Beruhigung, daß „die konfessionelle Aufregung, wenngleich nicht ganz beseitigt, doch viel geringerer Bedeutung und Einwirkung“ sei und „dem guten Sinne keinen Abbruch“ tue, wofür auch „der willige Eintritt der Reservemannschaften“ spreche (DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 3005 Bl. 18).

[69] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI, Zeitungsbericht für Juli 1839 („Die öffentliche Stimmung ist beruhigend“); ähnlich die Zeitungsberichte der folgenden Monate. — In diesem Zusammenhang schreibt auch ein Berichterstatter des Hamb. unpart. Corr. (18. Juli 1839) aus Münster: „Der neuliche Empfang ... des Kronprinzen war hier wie in allen Städten unsers Regierungsbezirks überaus glänzend. Die Stimmung der Bewohner hat nicht nur die beifälligste Freude aller Vernünftigen erregt, sondern auch sehr zur Wiederherstellung des guten Vernehmens unter allen Ständen beigetragen“.

[70] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI, Zeitungsbericht für November 1839.

[71] Auch die Regierung in Münster erwähnt in ihrem Verwaltungsbericht für 1839 „das fast bis zum Überdruß gesteigerte äußere Gepränge, mit welchem dem Bischof bei seiner Umreise in mehreren Kreisen des Regierungsbezirks fast allen Orts entgegengegangen wurde“ (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 310).

dorf ... während drei Tagen illuminiert“ [72]. Auch von Bürgern der Stadt Münster wurde dem Bischof bei seiner Rückkehr eine bemerkenswerte Ovation bereitet [73].
Auffällig war auch die Ausgestaltung der sog. Pest- und Brandprozession in Münster am 8. Juli 1839 [74]. Wie du Vignau berichtet, habe man bereits einige Tage zuvor von einer großen Ausschmückung der Straßen, durch welche der Zug gehen würde, geredet: „Der Geistlichkeit war dies, ihrem äußeren Wesen nach, nicht genehm und sie redete davon ab; der Antrieb ging von einigen Personen im mittleren Bürgerstande aus; die Sache fand aber überall den größten Anklang. Die benachbarten Holzungen wurden wahrhaft verwüstet, und fuderweise wurden junge Bäume zum Aufstellen vor den Häusern in dem Straßenpflaster zur Stadt gebracht ... Von den Häusern war vor Laubwerk und Blumen fast nichts zu sehen ... Seit langen Jahren ist dergleichen in diesem Umfange nicht vorgekommen ...“.
Mit ähnlichem Enthusiasmus und beeindruckendem Aufwand wurde z. B. auch der Paderborner Weihbischof Dammers am 10. und 11. Juli 1839 in Olpe empfangen [75].
Diese Erscheinungen dürften in augenfälliger Weise die inzwischen erfolgte innerkirchliche Entwicklung dokumentieren.
Auch das Verhältnis zwischen katholischer und evangelischer Bevölkerung sei noch gespannt, betont die Arnsberger Regierung im Verwaltungsbericht für 1839 [76]. Allerdings scheine sich die Spannung „im Verlaufe der Zeit zu mildern“, worauf ebenfalls im Zeitungsbericht für Januar 1840 [77] hingewiesen wird: „Wenn die Abführung des Erzbischofs von Köln von Übelwollenden benutzt wurde, Mißstimmung zu erregen, Unzufriedenheit zu stiften und Zwietracht auszusäen, so wurden entstellte Tatsachen und trügerische Vorstellungen dabei angewendet, welche der

---

[72] Ähnlich berichtet auch eine andere Quelle, daß man Kaspar Max, dessen Anwesenheit früher kaum je beachtet worden sei, in Warendorf mit ungeheurem Pomp empfangen habe, obgleich er bereits blind sei und die ihm zu Ehren veranstalteten Prozessionen und Fackelzüge, Illuminationen und Ehrenbogen nicht einmal habe sehen können. Im übrigen würden die Prozessionen jetzt viel zahlreicher besucht als vorher, sogar von den Gebildeten. In welchem Maße das konfessionelle Bewußtsein geschärft worden sei, bekunde sich z. B. in den banalsten Angelegenheiten des Alltags: „Eine hiesige katholische Dame wies eine protestantische Amme zurück, weil sie nicht zugeben wollte, daß ihr Kind durch protestantische Milch ernährt würde. — Ich kann deswegen keinen Katholiken entbinden, da ich als Protestant nicht die gültige Nottaufe dem Kinde geben kann, was auch vor der Entbindung hier geschehen muß. — Ein Arzt kam dabei in Mißkredit, weil er zu wenig Wasser hierzu genommen haben sollte. — In einem benachbarten Dorfe wird ein protestantischer Wundarzt sein Brot verlieren, obgleich er vorher die alleinige und gute Praxis gehabt hatte, weil der Geistliche einen katholischen Wundarzt dort hinzugezogen hat, um die Kranken von einem Katholiken behandeln zu lassen“ (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c Nr. 14. Extract aus einem Schreiben d. d. Warendorf, 29. Aug. 1839). — Und diese Vorfälle werden aus einer Stadt berichtet, die dem Kronprinzen einen enthusiastischen Empfang bereitet hatte und in der die öffentliche Stimmung im Sommer 1839 vom Bürgermeister als „gut“ bezeichnet wurde! (Stadtarchiv Warendorf Abt. 1 B II 27, Zeitungsberichte für Juni, Juli 1839).
[73] Vgl. Qu. Nr. 220.
[74] DZA Merseburg Rep. 76 IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 33 (Bl. 56—56v).
[75] Stadtarchiv Olpe 177, Zeitungsbericht für Juli 1839.
[76] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 22 Spez. a.
[77] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. 6.

Kraft des Lichtes und der Wahrheit allmählich wieder weichen mußten". Bei der Schließung gemischter Ehen seien jedoch nach wie vor Konflikte zwischen den „beiderseitigen Geistlichen und Klagen von der evangelischen Seite" zu verzeichnen [78].

War, wie Galen berichtet, Anfang 1840 in Münster die Stimmung gegen Preußen, vor allem unter dem Adel, angeblich nicht im mindesten gemildert, so machte sich doch „das Bedürfnis geselliger Freuden bei manchem" wieder geltend, „und man kam nach und nach zur alten Heiterkeit zurück" [79]. Man war offensichtlich der Haltung äußerer Trauer und oppositionellen Abseitsstehens müde geworden. So ist es durchaus glaubhaft, wenn die Provinzialadministration Ende des Jahres 1839 von einer allgemein „befriedigenden" Volksstimmung berichtet [80]. Abgesehen von einer unter Land- und Gebirgsbewohnern verbreiteten Unzufriedenheit über die Auswirknugen eines neuen Gesetzes über die Radfelgenbreite, wird auch in den ersten Monaten des Jahres 1840 die öffentliche Stimmung als „befriedigend" angegeben [81]. Für Mai 1840 bemerkt die münstersche Regierung ausdrücklich: „Die konfessionelle Aufregung hat sich vermindert" [82]. Weitere konkrete Angaben finden sich aus einer Reihe von Gemeinden im Kreise Meschede im Frühjahr 1840 [83]. So wird die öffentliche Stimmung in Bödefeld vom dortigen Bürgermeister als „befriedigend" bezeichnet, während diejenige der Bevölkerung von Schmallenberg und Eslohe als gut, die in Meschede als „im allgemeinen recht gut" angegeben wird. Nennt der Bürgermeister von Eversberg im Märzbericht 1840 die vorherrschende Stimmung seiner Gemeindeeinwohner „sehr gut", so fügt derselbe im Maibericht noch hinzu: „Man siehet immer mehr ein, wie glücklich das Land unter der preußischen Regierung ist." Einen Mißklang brachte lediglich die von der Arnsberger Regierung bekanntgegebene Verordnung, daß am Karfreitag keine „öffentlichen oder geräuschvollen Arbeiten" erlaubt seien. Kein Eingesessener habe sich indes, so berichtet der Bürgermeister von Fredeburg im Aprilbericht 1840, hieran gestört. Schließlich bezeichnet auch der Magistrat der Stadt Recklinghausen in seinem Zeitungsbericht für Januar—Mai 1840 die öffentliche Stimmung als „gut" [84].

---

[78] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 22 Spez. a, Verwaltungsbericht der Regierung Arnsberg für 1839.

[79] Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik.

[80] So in den Zeitungsberichten der Regierungen in Münster und Arnsberg für Dezember 1839 (St. A. Münster, Oberpräsidium 350 vol. VI; 352 vol. VI). — Bezeichnenderweise wurde auch Anfang 1840 vom Karnevalskomitee der Stadt Münster ein Fastnachtszug beschlossen (Stadtarchiv Münster, Fach 123 Nr. 3, 9. 2. 1840).

[81] St. A. Münster, Oberpräsidium 350 vol. VI; vol. VI, Jan. — Mai 1840.

[82] Ebd.

[83] Für das Folgende: St. A. Münster, Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 1. — Auch der Landrat des Kreises Meschede bezeichnete zusammenfassend im Zeitungsbericht für März 1840 die öffentliche Stimmung als „anhaltend recht gut" (St. A. Münster, Kr. Meschede Landratsamt Nr. 1336).

[84] Stadtarchiv Recklinghausen I Pr Nr. 34.

Wenn auch die kirchlichen Differenzen noch nicht geklärt waren, so hatte sich doch die Verstimmung unter der katholischen Bevölkerung Westfalens deutlich vermindert. Das zeigte sich auch anläßlich des am 7. Juni 1840 eingetretenen Todes König Friedrich Wilhelms III., der nach einer überwältigenden Fülle zeitgenössischer Zeugnisse auch von der katholischen Bevölkerung Westfalens im allgemeinen ehrlich betrauert worden ist. So berichtet zum Beispiel der Mindener Regierungspräsident, daß außer dem vorgeschriebenen Trauergedächtnis an mehreren Orten feierliche Trauergottesdienste nach katholischem Ritus gehalten worden seien [1]. Daß diese Meldung nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigen zum Beispiel kommunale und kantonale Zeitungsberichte aus dem Kreis Höxter. So berichtet der Kantonsbeamte Winterhold aus Höxter:

„Die öffentliche Stimmung des Landmanns hat sich bei der Nachricht des so tiefschmerzlichen Hinscheidens Sr. Majestät des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm III., so laut rührend und teilnehmend ausgesprochen, daß es mir nicht möglich ist, diese Äußerung gehörig zu schildern. Ein großer Teil der Untertanen, die in meinem Verwaltungsbezirk leben, sind durch fast unzählige Beweise allerhöchster Gnade durch Nachlassen an Schulden und Unterstützung mannigfacher Art aus Not und Leiden getröstet und vom Untergang gerettet; wie so viele, denen das hohe Glück wurde, den allergeliebtesten hochseligen König als Militärpersonen in der Nähe zu sehen und zu bewundern, die auch unter allerhöchster Leitung die Feldzüge gegen Frankreich mitmachten, preisen die allerhöchste Gnade und Menschenfreundlichkeit und haben den zu frühen Hingang betrauert“ [2].

Fanden ähnliche Bekundungen der Teilnahme auch in den anderen Regierungsbezirken statt [3], so wurde doch, wie überall, die Trauer um den menschlich ge-

---

[1] St. A. Detmold M 1 Pr 29, Verwaltungsbericht für 1840.

[2] St. A. Detmold M 2 Höxter 1 A Nr. 17 Bd. 18, 23. Juni 1840. — Ähnliche Beweise der Anteilnahme an anderen Orten ebenfalls in dieser Akte. — Die Lauterkeit der Gesinnung erkannten auch Gegner aus dem katholischen Lager an, so Ferdinand von Galen: „Er war in seiner äußerst beschränkten Geistessphäre ein guter, rechtlicher Mann gewesen“ (Archiv Galen-Assen F 524, Mein Leben in der Politik).

[3] Für Münster vgl. St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI, Zeitungsbericht der Regierung in Münster für Juni 1840. — Aus der der münsterschen Regierung für ihren Bericht dienenden Materialgrundlage liegt z. B. eine Schilderung des Borkener Landrats vor, in welcher es heißt: „Der am 7. c. erfolgte Tod Sr. Maj. des Königs hat überall einen schmerzlichen Eindruck hervorgebracht. Jeder sieht in dem hohen Verblichenen den Erkämpfer und Erhalter des Friedens in sturmbewegten Zeiten, dem das Land viele und wesentliche Verbesserungen verdankt“ (St. A. Münster, Kr. Borken 1. Landratsamt Nr. 18, Zeitungsbericht für Juni 1840). — Im gleichen Sinne äußert sich auch der Magistrat der Stadt Recklinghausen im Zeitungsbericht für Juni 1840 (Stadtarchiv Recklinghausen I Pr Nr. 34). — Ein ähnliches Bild zeigte sich im Regierungsbezirk Arnsberg (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. VI, Zeitungsbericht für Juli 1840). So zweifelte auch der Arnsberger Regierungspräsident Keßler keineswegs an der Echtheit der Anteilnahme der großen Masse der Bevölkerung; vielmehr kommt er in einem Privatbrief zu der Folgerung, daß die allgemeine große Teilnahme des Volkes eindrucksvoll dokumentiere, „wie das Heil der Nationen nicht auf Theorien unserer Staatsphilosophen und nicht auf papierenen Formen“ beruhe (Leben des . . . Georg Wilhelm Keßler S. 344 f.); dennoch ermahnte er die Landräte seines Bezirkes, darüber nicht die nötige Wachsamkeit gegenüber

achteten Herrscher von der Hoffnung auf eine grundsätzliche Wende der Verhältnisse unter seinem Nachfolger überwogen [4].

Auch die Erwiderung des neuen Königs auf die Anrede des Bischofs von Paderborn [5] bei der Huldigung in Berlin hat nach der Darstellung des Mindener Regierungspräsidenten „in den Herzen der treuen katholischen Untertanen einen freudigen Anklang gefunden" [6]. Wie Wilhelm Emanuel von Ketteler berichtet, zeigten sich auch die westfälischen Deputierten nach ihrer Rückkehr höchst zufrieden über ihren Empfang bei den Huldigungsfeierlichkeiten: „Sie sprechen noch mit großer Freude über die einzelnen Ereignisse ihres Aufenthalts" [7].

---

unruhigen Elementen zu vergessen: „Allein wir dürfen uns nicht verhehlen, daß es in unseren Tagen nicht überall an Böswilligen fehlt, die auf jedes erschütternde Ereignis lauern, Unzufriedenheit und Zwietracht auszusäen, den dem Erlöschen nahen Funken zur Flamme anzublasen, um ihre unreinen Zwecke zu fördern" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 243, 14. Juni 1840). — Über eine tiefe Anteilnahme am Tod des Königs seitens der dortigen Bürger berichtet auch der Arnsberger Bürgermeister (Stadtarchiv Arnsberg XVI B 3, Zeitungsbericht für Juni 1840). — Ähnliche Nachrichten liegen auch aus Orten des Kreises Meschede vor: „Das Kundwerden der großen Nachricht ... erregte allgemeine Bestürzung, und durch manche rührende Äußerung gab sich kund, wie groß die Liebe war für den, den die Nachwelt den gerechten König nennen wird" (St. A. Münster, Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 1, Zeitungsbericht des Bürgermeisters von Bödefeld für Juni 1840). — „Die öffentliche Stimmung ist gut, welches sich besonders beim Hintritt unsers verehrten hochseligen Königs zeigte" (ebd., Zeitungsbericht des Bürgermeisters von Eslohe für Juli 1840). — Ähnlich Zeitungsbericht des Bürgermeisters von Fredeburg für Juni 1840 (Amtsarchiv Fredeburg Tit. VII Nr. 8). — Die Hoffnung auf eine gewisse Systemänderung kommt indes im Zeitungsbericht des Serkenroder Bürgermeisters für Juli 1840 zum Ausdruck, wenn er schreibt: „Über das Absterben unseres hochseligen Königs Maj. herrscht im allgemeinen tiefe Trauer, dagegen aber sehnt jedermann sich nach dem Augenblicke, an welchem, wie die öffentlichen Blätter mitteilen, unser neuer Monarch dem Justizwesen eine andere Richtung geben wird" (St. A. Münster, Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 1). — Zusammenfassend schreibt der Mescheder Landrat im Zeitungsbericht für Juni 1840 (St. A. Münster, Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 1336): „Im ganzen Kreise hat sich nur eine ... Stimme des größten Bedauerns über diesen Verlust kundgegeben, und ich kann in Wahrheit versichern, daß die bei dieser betrübenden Nachricht sich so allgemein offenbarte Anhänglichkeit und Liebe an des Hochseligen Königs hochverehrte Person meine Erwartungen noch übertroffen hat".

[4] „So heiß und allgemein die Teilnahme an dieser ernsten Feier war, so haben sich doch nicht minder allgemein auch bei dieser Gelegenheit die Gesinnungen der tiefsten Verehrung ... für den ... Thronfolger ... unter den Eingesessenen ausgesprochen" (ebd.) — Ähnliche Bekundungen im Kreis Höxter (St. A. Detmold M 2 Höxter 1 A Nr. 17 Bd. 18). — Mit bemerkenswertem Einfühlungsvermögen charakterisierte auch Johann Hermann Hüffer die Trauer um den verstorbenen und die auf den neuen König gerichteten Erwartungen: „Die lange, von furchtbaren Stürmen heimgesuchte Regierung dieses Königs, seine daraus hervorgegangene trübe Stimmung, seine anerkannte Rechtlichkeit hatte eine Art Solidarität zwischen ihm und seinem Volke entstehen lassen, die sein Tod schmerzhaft zerriß; andernteils war die auf geistiger Beschränkung fußende Einseitigkeit, seine Intoleranz, seine Abneigung gegen volkstümliche Einrichtungen, selbst gegen feierlich zugesagte, endlich sein starres Militärwesen vielen lästig, manchem verächtlich und Unheil drohend vorgekommen. Man ertrug die unbequemen, als unhaltbar erkannten Zustände aus Pietät und weil ein Regierungswechsel doch bald eintreten mußte. — Desto größer war die Spannung, als dieser Regierungswechsel nun wirklich eintrat" (S. 142).

[5] Vgl. hierzu auch Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 490.

[6] So hatte der König versichert: „Sie können mir vertrauen, daß ich Ihrer Kirche meine aufmerksamste Fürsorge widmen werde. Sollten, was ich nicht hoffe, Unbilden gegen dieselben geschehen, so erkläre ich es für meine teure Pflicht, sie augenblicklich abzustellen" (St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 29, Verwaltungsbericht für 1840).

[7] Raidt S. 67. — Vgl. hierzu ferner Wilhelm Schulte, Volk und Staat S. 490. — Die unverkennbaren Auswirkungen der königlichen Reden auf die Stimmung der Bevölke-

Trotz dieses hoffnungsvollen Auftakts war eine gewisse Radikalisierung unter einer Minderheit der Geistlichen nicht zu übersehen. So vermerkt der Mindener Regierungspräsident in seinem Verwaltungsbericht für 1840, es sei sehr zu bedauern, daß „einzelne Geistliche sowie einzelne Laien dem Geiste der Intoleranz nicht zu entsagen vermöchten“ [8]. Ähnliche Klagen äußert auch die Regierung zu Arnsberg [9]. Zu einer erneuten Aufreizung weiter Bevölkerungskreise ist es jedoch nicht gekommen. Der von Friedrich Wilhelm IV. dem Erzbischof Clemens August gestattete Umzug nach Münster und die Wiedereinsetzung Dunins haben offenbar auf die katholische Bevölkerung in Westfalen ihren Eindruck nicht verfehlt [10]. Das Vertrauen zu dem neuen Monarchen hielt offensichtlich unverwandt an [11].

---

rung, die mit dem in früheren Jahren nie erteilten Prädikat „sehr gut“ bezeichnet wird, betont auch der Magistrat von Recklinghausen im Zeitungsbericht für November 1840: „Die Äußerungen Sr. Maj. des Königs bei der Huldigung haben den Enthusiasmus des Volks für seine Person in hohem Grade gesteigert“ (Stadtarchiv Recklinghausen I Pr Nr. 34).

[8] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 29, Verwaltungsbericht für 1840.

[9] „Bei der im allgemeinen so erfreulichen Stimmung der gesamten Bevölkerung treten jedoch fortwährend unter der katholischen Geistlichkeit einzelne Eiferer hervor, welche Haß und Erbitterung unter den verschiedenen Glaubensgenossen zu stiften suchen. Namentlich haben wir in diesem Monat den Bischof von Paderborn ersucht, den Pfarrer Adams zu Beringhausen im Kreise Brilon wegen seines Benehmens bei dem Begräbnis einer evangelischen Ehefrau eines Katholiken über einzelne Handlungen zur Disziplinaruntersuchung zu ziehen“ (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. VI, Zeitungsbericht für Juli 1840).

[10] So nach dem Zeitungsbericht der Regierung zu Münster für August 1840: „Die öffentliche Stimmung ist vorzüglich gut, die huldvoll erteilte Amnestie, der jetzige Stand der kirchlichen Verhältnisse, üben einen ungemeinen günstigen Einfluß auf dieselbe“, während es im Septemberbericht heißt: „Die öffentliche Stimmung ist eine höchst erfreuliche“ (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI). — Ähnlich Zeitungsbericht der Regierung in Arnsberg für den gleichen Monat: „Die Begnadigung des Erzbischofs von Posen hat namentlich die katholischen Einwohner freudig berührt, die Amnestie hat einen tiefen Eindruck gemacht“ (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. VI). — Ein recht anschaulicher Einzelbericht liegt aus Serkenrode (Kr. Meschede) vor: „Über die Befreiung des Erzbischofs von Dunin hat sich unter den Einwohnern des hiesigen Bezirks eine allgemeine große Freude ausgesprochen, jedermann spricht mit einigem Wohlgefallen über diese schöne Tat und verbindet damit die größte Anhänglichkeit und Liebe an unseren vielgeliebten Landesvater. Ich möchte behaupten, daß seit längeren Zeiten eine allerhöchste Entscheidung nicht veröffentlicht wurde, wodurch der Gemeinsinn so energisch angefeuert wurde wie grade durch die Begnadigung des Erzbischofs von Dunin“ (St. A. Münster, Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 1, Zeitungsbericht des Bürgermeisters von Serkenrode für August 1840). — In den weiteren Zeitungsberichten der Regierungen in Münster und Arnsberg für die folgenden Monate wird die öffentliche Stimmung als „sehr gut“ angegeben. Einige konkrete Schilderungen liegen für den Kreis Meschede vor: Bödefeld (Oktober 1840): „Öffentliche Stimmung. Sie ist gut und wird täglich besser und umfassender“; (November 1840): „... und sieht man einer schönen Zukunft entgegen, so viele Hoffnungen knüpft man jetzt an den ... König“; Serkenrode (Februar 1841): „Die Volksstimme spricht im schönsten Enthusiasmus von der weisesten und wohltätigen Regierung unseres ... Königs ..., man freut sich allgemein über die nahe Abwickelung der kirchlichen Wirren ...“ (St. A. Münster, Kreis Meschede, Landratsamt Nr. 1). — Ähnliche Berichte aus dem Regierungsbezirk Minden. So lesen wir z. B. im Zeitungsbericht des Driburger Bürgermeisters für Oktober 1840: „Das Amnestiegesetz unseres jetzigen Monarchen ist Gegenstand allgemeiner Bewunderung, da sich in demselben eine außerordentliche Herzensgüte so schön bewährte. Aller Herzen schlagen voll Liebe für den guten König“ (St. A. Detmold M 2 Höxter 1 A Nr. 17 Bd. 18).

[11] So sei hier z. B. der Zeitungsbericht der Regierung in Arnsberg für Oktober 1840 angeführt: „Die öffentliche Stimmung ist nach sämtlichen uns vorliegenden Berichten eine sehr gute, und da, wo das Vernehmen zwischen den beiden Konfessionen noch

Die öffentliche Stimmung, so vermerkte jetzt auch der Bürgermeister von Lüdinghausen in seinen Zeitungsberichten, war unverkennbar „gut“ [12], während der Bürgermeister von Wiedenbrück ab Juli 1840 erstmalig das Prädikat „sehr befriedigend“, ab August 1840 „ganz vorzüglich“ gebrauchte [13].

Daß unter diesen Umständen die Huldigungsfeier für den neuen König an manchen Orten Westfalens ähnlich wie in Berlin und im Rheinland [14] mit großer Begeisterung begangen wurde [15], ist nicht zu bezweifeln, erwartete man doch weithin, wie Wilhelm Emanuel von Ketteler am 4. Juli und im August 1840 aus Dinklage berichtete, einen „Umschwung der Dinge“ [16]. Als Beispiel für diese Stimmung wie auch als Anzeichen dafür, daß die überwiegende Masse der Bevölkerung in den agrarischen Gebieten Westfalens, insbesondere auch den kleineren Städten, durchaus monarchisch gesinnt war, sei hier der Bericht über die Feier in Brakel (Kr. Höxter), einem Orte mit fast ausschließlich katholischer Bevölkerung, angeführt:

„Alle Herzen sind mit Liebe erfüllt für unsern König und Herrn durch die liebevollen bedeutsamen Reden [17], welche durch die Zeitungen kund geworden sind. Das Huldigungsfest ist auch hier festlich begangen. An demselben Abende fanden

---

getrübt ist, da beginnt das eine gleiche Gefühl der Liebe und Verehrung für Ew. Kgl. Majestät Allerhöchste Person sie wieder zu nähern und zusammenzuführen“ (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. VI).

[12] So ab August 1840 (Stadtarchiv Lüdinghausen 1322).

[13] Stadtarchiv Wiedenbrück.

[14] Vgl. oben S. 280 f.

[15] Z. B. berichtet die Regierung in Münster in ihrem Zeitungsbericht für November 1840 allgemein: „Die hohe Geburtstags- und Erbhuldigungsfeier Ew. Kgl. Majestät wurde überall aus freiem Antriebe festlich gefeiert, vorerst durch den Gottesdienst, welcher für alle katholischen Kirchen durch den Herrn Bischof von Münster angeordnet, für die evangelische durch das Konsistorium veranlaßt war, demnächst durch Privat- und öffentliche Feierlichkeiten, Illuminationen, wobei sich sowohl in hiesiger Stadt als auch nach den übereinstimmenden Berichten der Unterbehörden im ganzen Regierungsbezirke allgemein ein gleich guter Sinn und eine gleich hohe Begeisterung kund gegeben ...“ (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI). — Selbst die Stadt Münster zeichnete sich, wie Rochow lobend hervorhebt, durch die anläßlich dieser Gelegenheit veranstalteten Feierlichkeiten aus (Stadtarchiv Münster, Stadtverordentenregistratur 71). — Eine Schilderung der Festlichkeiten im Kreis Borken findet sich im Quellenband (Nr. 243). — Weder von Trauerfeierlichkeiten für Friedrich Wilhelm III. noch von Huldigungsfestlichkeiten für seinen Nachfolger ist indes in den Zeitungsberichten des Bürgermeisters von Neuenkirchen im Kreise Steinfurt die Rede (Gemeindearchiv). — In Recklinghausen nahm nach der Darstellung des dortigen Magistrats im Zeitungsbericht für Oktober 1840 die gesamte Bürgerschaft am Hochamt in der Pfarrkirche teil (Stadtarchiv Recklinghausen I Pr Nr. 34). — Von einer bemerkenswerten Bekundung der Anhänglichkeit und Loyalität gegenüber dem König anläßlich des Doppelfestes berichtet der Arnsberger Bürgermeister (Stadtarchiv Arnsberg XVI B 3, Zeitungsbericht für Oktober 1840). — Auch in den Aufzeichnungen des Rektors Bernhard Göbel aus Meschede (Stadtarchiv Meschede) wird das Begehen der Feier in den verschiedenen Organisationen der Stadt erwähnt. Allerdings war hier ein wenig erfreuliches Nachspiel zu verzeichnen. Der „Argus“, das Wochenblatt für die Kreise Meschede und Brilon, hatte vergessen, über die Feier der evangelischen Christen in Meschede zu berichten. Infolgedessen wurde die Konzession für Meschede entzogen. — In den wenigen noch vorhandenen Zeitungsberichten aus anderen Orten des ehemals kurkölnischen Sauerlandes wie z. B. Olpe (Stadtarchiv) und Fredeburg (Amtsarchiv) wird allerdings von besonderen Feierlichkeiten nichts gemeldet, ebensowenig wird hiervon in der Chronik der Stadt Winterberg (Pfarrarchiv Winterberg) Erwähnung getan.

[16] Raich S. 59—62.

mehrere Illuminationen statt, und im Gasthause des Vogt wurde ein glänzendes Abendessen gegeben, wovon die Gerichtsbehörden, Magistrat und sonstige Beamte, die Stadtverordneten, Geistlichkeit, nicht minder mehrere hiesige Bürger, auch auswärtige Honoratioren teilnahmen. Der hiesige Gerichtsdirektor brachte den ersten Toast aus zum Wohle unseres Königs; dann wurde von dem Bürgermeister ein Lebehoch unserer Königin gebracht. Die ganze Menge von 100 Personen stimmte freudig ein, und es zeigte sich eine wahrhafte Herzlichkeit und Harmonie. Nach dem Essen war Ball, und so endete dies freudige Fest in schönster Ordnung . . . Verschiedene sinnreiche Transparente waren in Privathäusern angebracht . . . Stadtseitig war das Rathaus erleuchtet und außerhalb desselben, zweite Etage, ein großes Transparent angebracht mit dem königlichen Namenszuge, Adler und der Inschrift ‚Glück und Heil dem neuen Könige' " [18].

Wahrscheinlich haben auch die Spannungen zwischen Preußen und Frankreich während dieser Monate die Volksstimmung in Westfalen beeinflußt. Zwar liegt ein diesbezüglicher Bericht nur aus der Stadt Recklinghausen vor [19]; doch ist anzunehmen, daß diese Erscheinung nicht auf eine Stadt beschränkt war. Auswirkungen eines gesteigerten Nationalbewußtseins zeigten sich auch drei Jahre später unverkennbar im Hochsauerland [20]. Als Verfasser eines Liedes nach dem

---

[17] Daß ein König begann, Reden zu halten, wurde damals allgemein als etwas Neues und Merkwürdiges empfunden, denn öffentliche Königsreden waren im alten Obrigkeitsstaat bis dahin noch nicht vorgekommen (Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates S. 191).

[18] St. A. Detmold M 2 Höxter 1 A Nr. 17 Bd. 18, Brakel, 22. Okt. 1840, der Magistrat. — Weitere Beispiele in dieser Akte. Ähnlich auch Stadtarchiv Wiedenbrück, Chronik der Stadt Wiedenbrück. — Ein anschaulicher, ausführlicher Bericht über die Huldigungsfestlichkeiten liegt auch aus Meschede vor, wo alle Bevölkerungskreise die größte Begeisterung bekundeten. Darüberhinaus versammelten sich die Mitglieder der Gesellschaft „Concordia", die Geistlichkeit und sogar auch der in der Nähe wohnende Adel im Gesellschaftshaus der „Concordia" zu einem Festmahl (St. A. Münster, Kr. Meschede Landratsamt Nr. 189).

[19] „Unverkennbar haben die kriegerischen Provokationen in Frankreich auch den deutschen Nationalsinn bis in die untersten Klassen vorteilhaft aufgeregt" (Stadtarchiv Recklinghausen I Pr Nr. 34).

[20] So beschloß eine Gruppe von Honoratioren aus Winterberg und Umgebung am 11. Aug. 1843, die tausendjährige Trennung Frankreichs von Deutschland (Vertrag zu Verdun) mit der Grundsteinlegung eines Denkmals auf dem Kahlen Asten zu feiern. Zu diesem Zwecke fanden sich am 27. August nicht weniger als 3000 Personen ein. Unter den begeistert gefeierten Festrednern wies der Justizkommissar Fischer aus Fredeburg darauf hin, daß Deutschland nach dem Verduner Vertrag „sein eigentümliches Wesen rein aus sich zu entfalten Gelegenheit gefunden" habe „und wie die deutschen Tugenden . . . auf die späteren Enkel übergegangen seien". Die Abwehrhaltung gegen Frankreich ließ sich aus dem Bauplan erkennen, sah doch dieser vor, daß auf der Plattform des Turms „sich Preußens Adler und Westfalens Roß erheben, indem dieses vertrauensvoll nach Osten entgegen dem königlichen Führer, jener wachsam gen Westen schauen solle" (Pfarrarchiv Winterberg, Chronik der Stadt Winterberg von Quick). — Es scheint mir jedoch nicht haltbar, aus diesem Vorgang so weitgehende, zum Teil völlig inkoherente Folgerungen zu ziehen wie J. Rüther (auch in der 2. Fassung) seiner Heimatgeschichte des Landkreises Brilon, Münster 1957, S. 347: „Noch 1866 standen die Herzen unserer Vorfahren keineswegs durchweg auf seiten der Preußen, trotz so vieler äußerer Verbesserungen, die damals schon Früchte zu tragen anfingen. Viele beteten um den Sieg Österreichs in einem Sehnen nach dem alten deutschen Reiche und seiner Einheit [Beleg?]. Das sprach sich z. B. auch aus in dem Plane eines Denkmals des Friedens von Verdun (843) als des Beginnes der 1000-jährigen Selbständigkeit Deutschlands. Man faßte 1843 in Winterberg den Plan zu dem späteren Turm auf dem Astenberge als einem Denkmal dieses Gedankens . . ."

von Nikolaus Becker gegebenen Vorbild trat 1840 auch der Siegener Dr. Vollmer hervor [21].

Angesichts so vielfältiger Geschehnisse und Ablenkungen ist es verständlich, daß Droste-Vischering, dem der König im Juli 1840 die Übersiedlung nach Münster (er bezog hier seine alte Domkurie [22]), nicht aber die Rückkehr in sein Amt gestattet hatte [23], verhältnismäßig unbeachtet in Münster lebte („dieselbe hohe Gestalt, in demselben einfachen Kostüme, wie wir ihn als Weihbischof, als ‚Domherrn Clemens' hier sahen, nur etwas magerer geworden, aber guten Aussehens" [24]). „Auffallend war", so berichtet die Allgemeine Zeitung am 17. September 1840, „wie wenig seine Ankunft hier Aufsehen erregte". Dennoch zeigte sich, wie der münstersche Regierungsvizepräsident du Vignau in einem Schreiben an Vincke vom 30. Juni 1840 [25] bemerkt, ein unverwandt reges Interesse an dem Schicksal des Prälaten. Offenbar halte man die Verwirklichung der auf seine Rückkehr in die Erzdiözese gehegten Hoffnungen und Wünsche nahe [26]. Daß der Erzbischof vor allem bei den „niedern Klassen der Bevölkerung" nicht an Sympathie eingebüßt habe, bringt auch der Korrespondent der Allgemeinen Zeitung vom 17. September 1840 zum Ausdruck. Dabei schien Droste-Vischering selbst offenbar mit seiner baldigen Rückkehr nach Köln zu rechnen, hatte er sich doch wieder Wagen und Pferde sowie einen vollständigen Haushalt zugelegt [27]. Darüber hinaus verharrte er freilich weiter in dem ihm eigenen Quietismus, so daß er offensichtlich in Münster mehr und mehr in Vergessenheit geriet [28]. Die im Dezember bekanntgewordene Ablehnung einer von Theodor Lutterbeck an den König eingereichten Petition, „die Rückkehr des Erzbischofs ... in seine Erzdiözese und seine amtliche Wirksamkeit betreffend" [29], mußte dann in der Tat voreilige Hoffnungen dämpfen. Offensichtlich hatte man in Unkenntnis der Unterschiede zwischen den beiden Fällen nach der Restitution Dunins eine baldige Rückkehr Droste-Vischerings nach Köln erwartet [30]. Unter diesen Umständen scheint es im Regierungsbezirk Münster

---

[21] Kruse S. 243.
[22] Schrörs, Kölner Wirren S. 518.
[23] Vgl. die Begründung der Ablehnung durch Friedrich Wilhelm IV.: Qu. Nr. 237.
[24] Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 17. Sept. 1840.
[25] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 243.
[26] Ähnlich berichtet auch Wilhelm Emanuel von Ketteler im August 1840: „Man zweifelt nun auch nicht mehr daran, daß die Cölner Angelegenheiten geordnet werden. Es laufen sogar schon unzählige Gerüchte über Entfernung einiger Herrn des Domkapitels und über Aufforderung zur gänzlichen Unterwerfung unter den Erzbischof um" (Raich S. 61 f.).
[27] Ebd. S. 63.
[28] So heißt es in einer Meldung des Koblenzer Anzeigers vom 6. Jan. 1841: „Münster, 29. Dez. — Der Erzbischof von Köln lebt bei uns noch immer in stiller Zurückgezogenheit, man könnte wohl sagen, in Verborgenheit. Man sieht ihn fast gar nicht und spricht selten über ihn, so daß die meisten Bürger kaum wissen, daß er sich hier befindet. Selbst sein Namenstag, der vor kurzen war, wurde nur wenig berücksichtigt, obgleich ihm der Papst ... eine Reliquie vom Hl. Clemens schickte. Über die Angelegenheiten des Prälaten schweigt das Publikum völlig".
[29] Augsburger Postzeitung vom 11. Dez. 1840. — Einem Korrespondentenbericht „aus Westphalen" des gleichen Blattes (28. Jan. 1841) zufolge glaubte niemand mehr, daß Droste-Vischering wieder die Verwaltung der Erzdiözese übernehmen werde, zumal die Differenzen mit dem Domkapitel und dem Klerus bedeutender seien als die mit der Regierung.
[30] So einem im Hamb. Unpart. Corr. vom 16. Aug. 1840 veröffentlichten Schreiben

zu einem gewissen Schwanken der Volksstimmung gekommen zu sein [31]. Wie sehr die Kölner Angelegenheit mancherorts die Menschen bewegte, deutet auch ein Hinweis des Warendorfer Landrats an [32]. Dem Wunsche nach deren Beilegung kamen die vom König gewährten und im Januar bekanntgewordenen Konzessionen (Freigabe der Korrespondenz, katholische Abteilung) entgegen. Wenn sie auch noch keine definitive Lösung der Kölner Frage brachten, so erweckten sie doch wohl weitergehende Hoffnungen. Jedenfalls riefen sie in der Bevölkerung ein freudiges Echo hervor. So heißt es zum Beispiel im Zeitungsbericht des Magistrats der Stadt Recklinghausen für Februar 1841:

„So wie die bisherigen Schritte des Gouvernements überall Anklang finden, so hat die von S. M. freigegebene Korrespondenz mit dem Römischen Stuhle und die Anordnung einer besonderen katholischen Abteilung im Ministerium des Kultus freudige Anerkennung gefunden. Das Vertrauen auf die militärischen und sonstigen Verteidigungsanstalten des Staats, auf die Armee und ihre Führer ist so groß, daß selbst die Rüstungen Frankreichs im Austausche der Meinungen kaum erwähnt werden" [33].

Unter diesen Umständen erstaunt es nicht, daß der Bürgermeister der Stadt Wiedenbrück im Zeitungsbericht für Januar 1841 vermerkt: „Die Stimmung war niemals besser" [34]. Besonders angetan von den Maßnahmen zeigte sich verständlicherweise der Klerus [35]. Auch die derzeit in besonderem Maße zu beobachtende

---

„aus Westfalen" zufolge, welches die vorwaltenden Ansichten in der Bevölkerung und die zu beobachtenden Erörterungen sehr ausführlich analysiert.

[31] So heißt es im Verwaltungsbericht der Regierung zu Münster (Ressort des Innern und der Polizei) für das Jahr 1840: „Die öffentliche Stimmung bei Gelegenheit der einen oder andern Art hat Liebe für das Vaterland sowie Anhänglichkeit und Verehrung für das Königliche Haus an den Tag gelegt. Darüber trat manches in den Hintergrund, was leider demnächst wieder aufgetaucht ist" (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 318). — Demgegenüber bezeichnete allerdings die Regierung Arnsberg im Zeitungsbericht für Dezember 1840 die öffentliche Stimmung als „fortwährend sehr gut" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 350 vol. VI).

[32] So berichtete die Regierung Münster im Zeitungsbericht für Dezember 1840: „... Der Landrat des Warendorfer Kreises bemerkte, daß die Erfüllung des Wunsches, die Kölner Kirchenangelegenheit reguliert zu sehen, einen nicht zu beschreibenden günstigen Einfluß äußern würde" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI).

[33] Stadtarchiv Recklinghausen I Pr Nr. 34. — Ähnlich St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI, Zeitungsbericht der Regierung zu Münster für Januar 1841; Febr. 1841. — Über ein recht positives Echo berichtet auch die Regierung in Minden (St. A. Detmold M 1 Pr 30).

[34] Stadtarchiv Wiedenbrück. — Auch im Lüdinghausener Zeitungsbericht wird erstmals für Januar 1841 das Prädikat „sehr gut" verwandt (Stadtarchiv Lüdinghausen 1322).

[35] Darauf wird besonders in Berichten der (katholischen) Landräte der Kreise Höxter und Paderborn, Carl Theodor und Clemens August von Wolff-Metternich, hingewiesen (nach dem Zeitungsbericht der Regierung Minden für Januar 1841): So schreibe der erstere: „Der allerhöchste Erlaß wegen des freien Verkehrs mit dem päpstlichen Stuhle hat auf die Geistlichkeit einen sehr guten Eindruck gemacht und scheint es fast, daß auch die stärksten Anhänger der Hierarchie sich endlich zufrieden geben. Nur wollen einige behaupten, daß die Wahrheit des Sprichworts ‚Wer den Finger hat, verlangt auch die ganze Hand', bei ihnen eintreffen werde ...". — Der letztere führe folgendes an: „Die allerhöchste Entscheidung ... hat auch hier begreiflicherweise viel Sensation gemacht, einmal, weil dadurch den Festsetzungen in der Zirkumskriptionsbulle derogiert wird, andernteils, weil sie Zugeständnisse enthält, deren der katholische Klerus in anderen, selbst rein katholischen Staaten, sich nicht erfreut. Der Eindruck, den diese allerhöchste Entscheidung im Publico hervorgerufen, ist sehr verschiedenartig. Während der große Haufe der unteren Volksklassen, als

Tendenz, bei den Beamtenrevirements den Anteil der Katholiken unter den Beamten der Provinz zu vergrößern [36], war dazu geeignet, weiteres Vertrauen unter diesem Bevölkerungsteil zu wecken. Dennoch, „der Geist früherer Einigkeit zwischen den evangelischen und katholischen Glaubensbekennern" wollte — jedenfalls nach den Erfahrungen der Regierung in Minden — „noch immer nicht zurückkehren" [37]. Ähnlich waren die Beobachtungen der Regierung in Münster:

„Wenn in dem abgewichenen Jahre, abgesehen von einzelnen Angriffen katholischer Geistlicher gegen die evangelische Kirche und gegen des Hochseligen Königs Majestät keine weiteren erwähnenswerten Reibungen vorgekommen sind, so liegt der Grund davon wohl vorzugsweise darin, daß die katholische Kirche durch die ihr gewordenen Zugeständnisse ihren Grundsätzen und Disziplinarvorschriften völlige Geltung zu verschaffen in den Stand gesetzt ist und in Erwartung weiterer Bewilligungen mit einiger Zurückhaltung verfährt. Diese wünschenswerte größere Toleranz aber ist in der Tat in keiner Weise bemerkbar geworden, und so freudig die katholische Bevölkerung die Behandlung der Sachen in neuerer Zeit aufgenommen hat, ebensosehr ist bei der evangelischen Bevölkerung eine gewisse Besorgnis für die ungefährdete Erhaltung ihrer Kirche rege geworden . . ." [38].

Auch nach den Ausführungen des Arnsberger Regierungspräsidenten im Verwaltungsbericht für 1840 [39] war das Verhältnis zwischen Katholiken und Evangelischen noch immer gespannt, wenn sich diese Spannung auch im Verlaufe der Zeit zu mildern scheine. So trete der Zwiespalt „vornehmlich nur noch in einzelnen Fällen bei Abschließen von gemischten Ehen, auch zuweilen bei Beerdigungen hervor". Insbesondere aber zeigten sich, ähnlich wie im Rheinland, gewisse Ultras, vor allem unter dem Adel, mit dem bisher Gewährten offenbar nicht zufrieden, zumal sich die geheimgehaltenen Verhandlungen der Staatsregierung mit der Kurie länger als erwartet hinzogen und eine Rückkehr Droste-Vischerings nach Köln noch immer nicht erfolgt war [40]. Die Staatsregierung hielt indes, wie aus

---

nicht unmittelbar bei dieser Entscheidung interessiert, teilnahmslos dabei geblieben ist, hat der Klerus dem größeren Teile nach die Maßregel mit großem Jubel begrüßt. Das gebildete Publikum, soweit es der Hierarchie nicht unbedingt anhängt, vermag sich von Besorgnissen nicht frei zu halten, die mit der geschichtlich bewährten Erfahrung von der Neigung der Clerisei zu Übergriffen, namentlich, was das Unterrichtswesen angeht, in näherer Beziehung stehen" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 351 vol. VI). — Bei der letzten Äußerung ist allerdings die Frage zu erheben, ob sie nicht in erster Linie Ausdruck der persönlichen Ansicht des Paderborner Landrats war. So hatte er sich schon früher nachdrücklich gegen eine Ausdehnung des Einflusses der Geistlichen, namentlich in der Schulverwaltung und Schulaufsicht, gewandt (vgl. W. Richter, Beiträge zur Geschichte des Paderborner Volksschulwesens im 19. Jahrhundert, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 70, 1912, II S. 379 f.) — Auf der anderen Seite haben aber auch die staatlichen Konzessionen bei den Protestanten Besorgnisse um eine Gefährdung ihrer Kirche hervorgerufen (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 310, Verwaltungsbericht für 1840).

36 Allgemeine Zeitung vom 28. Jan. 1841.

37 St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 30.

38 St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 299, Verwaltungsbericht für 1840.

39 DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 22 Spez. a.

40 Vgl. Lill S. 106 ff.; 182. — Die immer noch bestehenden Spannungen zwischen Gouvernement und katholischem Adel beleuchtet auch die Tatsache, daß Vincke gegen die von dem General von Müffling vorgeschlagene Ernennung des Grafen von Bocholtz und des Freiherrn von Schorlemer zu Mitgliedern des preußischen Staatsrats sein

diplomatischen Kreisen verlautete, nach wie vor die strikte Geheimhaltung der schon weit fortgeschrittenen Verhandlungen gerade deswegen für geboten, um den Gang der Unterhandlungen störende Intrigen ultramontaner Kreise, die Zugeständnisse beziehungsweise eine Kompromißbereitschaft des römischen Hofes befürchteten, nach Möglichkeit auszuschalten [41].

Vor allem angesichts der bevorstehenden Einberufung des Provinziallandtags scheint sich die Diskussion in der Bevölkerung erneut belebt zu haben. So standen denn auch nach der Darstellung du Vignaus unter allen Gegenständen der Erörterung die kirchlichen Wirren unbestritten an erster Stelle, wogegen die Diskussion über Pressefreiheit, Konstitution und Reichsstände offenbar in den Hintergrund trat [42]. Daß auf der Ständeversammlung der Kirchenstreit nicht unerwähnt bleiben würde, lag somit nahe; man war aber wohl kaum darauf gefaßt, daß die Debatte mit einem weit über den regionalen Rahmen hinaus Aufsehen erregenden Eklat [43] ihren Auftakt nehmen würde, zumal man sich nach der Darstellung eines Zeitgenossen vornehmlich im dritten und vierten Stande unter beiden Konfessionen von vornherein darüber verständigt haben soll, daß die Angelegenheit des Erzbischofs von Köln durchaus nicht zum Ressort der Provinzialstände überhaupt und der westfälischen insbesondere gehöre und zweitens, daß diese Frage bereits sorgfältig vom König behandelt werde und es daher ungehörig und unzeitig sei, seitens des Landtages darauf zurückzukommen [44].

6. Kapitel. Die Affäre Westphalen

Es war allein auf Vertreter des katholischen Adels zurückzuführen, wenn diese prekäre Streitfrage auf dem Landtag zur Sprache kam; aufgewühlte religiöse Emotionen, gekränktes Standesbewußtsein, die Chance, die Katholiken aus anderen Ständen für gewisse auf dem Landtag zu behandelnde sozialpolitische Aspekte der Gesetzgebung zu gewinnen, schließlich aber auch individuelle charakterliche Veranlagung, insbesondere des Grafen Clemens von Westphalen, eines der reichsten, im altständischen Sinne traditions- und selbstbewußtesten und eigenwilligsten westfälischen Magnaten, wirkten hierbei offensichtlich zusammen [1]. Die Annahme einer vom Freiherrn von Schorlemer entworfenen Adresse an den König, in der in gemäßigter, zurückhaltender Form die kirchlichen Wirren berührt wurden, scheiterte an der Uneinsichtigkeit der protestantischen Vertreter, die

---

Veto einlegte mit der Begründung, daß die Wahl dieser „Chorführer der ultramontanischen und ultraaristokratischen Partei" einen „sehr üblen Eindruck auf alle wohlgesinnten, dem Könige und seinem Haus wahrhaft anhänglichen Einwohner machen würde" (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 1345, 28. Jan. 1841).

[41] Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1 Konv. 86 Fasz. 1841 Nr. 42, Ber. des Ministerresidenten Schaeffer von Bernstein, Berlin, 11. Nov. 1841.

[42] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 243, du Vignau an Vincke, 30. Juni 1840.

[43] Der Graf von Westphalen und der sechste westfälische Provinziallandtag, Geschrieben im Mai 1841, Aus den Papieren eines Verstorbenen, in: Friedrich Arnold Steinmann, Bilder und Skizzen aus der Zeit, 1. Teil, Münster 1846, S. 49.

[44] Ebd. S. 65.

[1] Für das Folgende vgl. F. Keinemann, Die Affäre Westphalen, in: WZ 123, 1973.

diese Frage mit keinem Wort erwähnt wissen wollten. Daraufhin trat Westphalen am 23. März 1841 mit einem Antrag hervor, dessen Schärfe der Versammlung zunächst die Sprache verschlug, der dann aber auf der folgenden Plenarsitzung zu einem Sturm der Entrüstung seitens der protestantischen Vertreter führte und Westphalen nach weiterer Diskussion am folgenden Tage veranlaßte, nach Berlin zu eilen, um seinen Standpunkt persönlich dem König vorzutragen. Friedrich Wilhelm IV. vermochte jedoch wenig Verständnis für das Verhalten des Grafen aufzubringen und beschied ihn mit einer ungnädigen Kabinettsordre.
Abgesehen von der von Westphalen gewählten aufsehenerregenden Form faßte man es in Berlin, wo man jeglicher öffentlicher politischer Auseinandersetzung mit dem Staat auch nach dem Thronwechsel offenbar immer noch mißtrauisch gegenüberstand, sehr übel auf, daß die erzbischöfliche Frage überhaupt auf dem Landtage zur Diskussion gebracht wurde, wie der österreichische Gesandte Trauttmannsdorff berichtet. Man vertrete die Meinung, man habe in Münster so gut wie in Berlin gewußt, daß Unterhandlungen mit Rom stattfänden und hätte daher zunächst abwarten sollen und nicht durch einen voreiligen Schritt etwas erzielen wollen, „was erst das Resultat jener Verhandlungen sein sollte“ [2]. Auch sei von Mitgliedern der Staatsregierung geäußert worden, der Antrag Westphalens hätte nie zur Umfrage zugelassen werden dürfen [3].
Westphalen zog daraufhin eine für ihn typische Konsequenz, indem er seine Emigration aus dem preußischen Staat in die Wege leitete.

7. Kapitel — Ausklang

1. Der weitere Verlauf des Jahres 1841

Soll auch das Auftreten Westphalens und die Reaktion Friedrich Wilhelms IV. einen Riß zwischen dem westfälischen katholischen Adel und dem König zur Folge gehabt haben, der nie vollständig geheilt sei [4], so haben jedoch die Vorgänge auf dem Landtag ungünstige Auswirkungen auf die allgemeine Stimmung der Bevölkerung, jedenfalls nach den Zeitungsberichten der westfälischen Regierungen, nicht nach sich gezogen, wird doch die öffentliche Stimmung im Frühjahr

---

[2] H. H. St. Wien, Berlin, Gesandtschaft 90 Nr. 48 A—C, 19. April 1841.
[3] Ebd.
[4] Archiv Galen-Assen F 527, Mein Leben in der Religion. — Auch der mit Galen in Verbindung stehende Radowitz vertrat die Ansicht, daß sich die von Westphalen und seinen Standesgenossen heraufbeschworene Provokation auf die Bemühungen des Königs, der ohnehin mit großen Hindernissen zu kämpfen habe, im Hinblick auf eine Beilegung des Kirchtenstreits höchst nachteilig auswirke (ebd.). Vor allem hatten Westphalen und seine Standesgenossen (zunächst waren die Auffassungen über den von Westphalen geplanten Antrag unter diesen unterschiedlich gewesen, die Konfrontation mit dem protestantischen Deputierten führte dann jedoch offensichtlich zu einer Solidarisierung mit Westphalen; vgl. Keinemann, Die Affäre Westphalen) eine besondere Ader in Friedrich Wilhelm IV. verletzt. Der Monarch wollte in dieser Angelegenheit wie in so vielen anderen nicht gemahnt oder gedrängt werden. Die Konzessionen, die er zu machen beabsichtigte, wollte er freiwillig, ohne Anregung von anderer Seite, dem Volke entgegenbringen (Maurenbrecher S. 103).

1841 als hervorragend beurteilt [5]. Zwar berichtet ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung aus Westfalen (Ausgabe vom 13. Juni 1841), neben den provinzialständischen Verhandlungen fesselten die kirchlichen Differenzen vorzugsweise die allgemeine Aufmerksamkeit, doch betont ein anderer Korrespondent dieses Blattes aus Münster (Ausgabe vom 17. Juni 1841), die große Ruhe, die hier bereits seit längerer Zeit in Religionsangelegenheiten eingetreten sei, möchte sich nach manchen früheren Vorfällen kaum begreifen lassen. Tatsächlich werden auch von der Provinzialadministration Stimmung und Haltung der Bevölkerung als hervorragend dargestellt [6]. Auch die Nachricht, daß der münstersche Dechant Kellermann, der sich zwar offenbar während der kirchlichen Wirren zurückgehalten hatte, in früheren Jahren als Exponent der strengkirchlichen Richtung jedoch stark hervorgetreten war, möglicherweise zum Koadjutor des Erzbischofs ernannt würde, aus welchem Grunde er nach Berlin berufen worden sei, soll keineswegs in Münster allgemeine Begeisterung ausgelöst haben; vielmehr, so heißt es, seien in dieser Beziehung von den „aufgeklärten" Katholiken, unter ihnen vor allem der Geheime Justizrat Olfers, die ernstesten Besorgnisse geäußert worden [7]. Im übrigen, so berichtet ein Korrespondent der Leipziger Allgemeinen Zeitung (20. Juni 1841), sei der Erzbischof in Münster weiterhin ziemlich unbeachtet geblieben, was nicht zuletzt damit zu erklären sei, daß für den kirchlichen Streit das Interesse überhaupt stark gesunken sei; hinzu komme das ruhige Temperament der Münsteraner und das feste Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Toleranz des jetzigen Königs.

---

[5] Vgl. Oberpräsidium Nr. 350 vol. VI, Nr. 351 vol. VI. — In bezug auf die Landtagsverhandlungen heißt es im Zeitungsbericht der Regierung Arnsberg für April 1841, daß ein großes Interesse des „Publikums" an den ständischen Verhandlungen zu verzeichnen sei (Nr. 350 vol. VI). — Der Bürgermeister von Wiedenbrück bemerkt in diesem Zusammenhang: „Das Kgl. Eröffnungsdekret an den Provinziallandtag hat die Stimmung des Publikums in der Verehrung des Regenten womöglich erhöht" (Zeitungsbericht für März 1841, Stadtarchiv Wiedenbrück).

[6] St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VI, Zeitungsberichte der Regierung zu Münster von Januar bis Dezember 1841; ebd. Nr. 350 vol. VI, Zeitungsberichte der Regierung zu Arnsberg von Januar bis Dezember 1841; ebd. Nr. 351 vol. VI, Zeitungsberichte der Regierung zu Minden für die Monate Januar bis Dezember 1841. — Es fragt sich allerdings, inwieweit unter dem Adel die vorherigen Differenzen, insbesondere die Vorgänge um Westphalen, in Vergessenheit geraten waren. Nach der Information Varnhagens von Ense stand es angeblich mit der in dieser Gruppe vorherrschenden Stimmung gegenüber König und Regierung nicht zum besten: „Der König hofft, die stolzen, reichen Adlichen, die fanatischen Katholiken [d. h. in Münster] zu gewinnen, er geht mit ihnen auf das zarteste um, er behandelt sie fast als Gleiche, zieht sie zu sich heran und Andern vor, — aber sie sprechen ihm Hohn, reden von der Königin schlecht, sehen die Preußen als eingedrungene Fremde an. Sie danken ihm seine Nachgiebigkeit in der katholischen Sache gar nicht, und die Protestanten und Freisinnigen trauern darüber, werden mißtrauisch, glauben ihre Rechte verkürzt" (Tagebücher Bd. 1 S. 373, 3. Dez. 1841).

[7] Vgl. Qu. Nr. 270; ferner Lill S. 177. — Tatsächlich war Kellermann von Eichhorn nach Berlin berufen worden, um in kirchlichen Fragen gehört zu werden. Außerdem wurde ihm die damals vom Staat zu besetzende Domherrenstelle an der münsterschen Kathedrale sowie der Rote Adlerorden 3. Klasse verliehen (Beelert S. 59 f., 69). Trauttmannsdorff äußert in diesem Zusammenhang die Vermutung, daß es dem Ministerium hierbei vor allem darum gegangen sei, sich der Vermittlung des Freundes und ehemaligen Beichtvaters des Erzbischofs zu bedienen, um letzteren zur Nachgiebigkeit zu bewegen (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Korrespondenz Fasz. 195 Nr 48 A—B, Berlin, 19. April 1841).

Schien man in der Bevölkerung, selbst unter dem Adel, des Streits offenbar müde zu werden, so fragt es sich indes, inwieweit das Kölner Ereignis tatsächlich aus dem Bewußtsein der katholischen Bevölkerung verdrängt war. Immerhin brachte Mitte Juli 1841 eine Deputation holländischer Katholiken, die dem Erzbischof ein kostbares Kreuz überreichte [8], diesen wieder stärker ins Gespräch. So soll das im Erbdrostenhof ausgestellte Geschenk unter „großem Zudrang von Menschen" von dem Prälaten persönlich mit den entsprechenden Erläuterungen präsentiert worden sein: „Seine Person machte auf alle Besucher, wie gewöhnlich, einen unbeschreiblichen Eindruck; viele baten um seinen priesterlichen Segen" [9]. Nach der Ansicht des gleichen Korrespondenten [10] hatten diese Vorgänge bei aller Achtung vor dem Prälaten jedoch keinen nennenswerten Einfluß auf die allgemeine Volksstimmung. Seit der Beilegung der Streitigkeiten über die gemischten Ehen werde hier keine Art kirchlicher Opposition noch Anklang finden. Allerdings ist in der zeitgenössischen Presse von begeisterten Ovationen die Rede, die Clemens August während einer Badereise nach Bad Lippspringe zuteil geworden seien. So berichtet der Westfälische Merkur vom 6. August 1841, daß die Stadt Wiedenbrück zu Ehren des durchreisenden Prälaten festlich geschmückt gewesen sei und eine große Menschenmenge den greisen Erzbischof mit dem wiederholten Rufe „Clemens August lebe hoch!" begeistert empfangen habe [11]. Ähnlich schreibt Johann Friedrich von Schulte in seinen Lebenserinnerungen [12]:

„Im August des Jahres 1841 befand ich mich zum Besuche der Base meiner Mutter in Gesecke. Eines Tages verlautete, Clemens August werde auf der Fahrt nach Bad Lippspringe durch Gesecke kommen. Tausende, ich natürlich ebenfalls, begaben sich zur Abholung des Erzbischofs in das nahegelegene Störmede; die Landstraße war so vollständig durch die Leute versperrt, daß der Wagen des Erzbischofs nur im Schritte fahren konnte; alle knieten nieder, viele hoben Kinder dem Erzbischof entgegen, der konnte nur segnen, die Handküsse entgegennehmen. So gings bis in die Stadt und darüber hinaus fort. Bemerkt sei noch, daß der ganze Adel der Umgegend sich unter den Abholenden befand. Wenn ich heute dies im Geiste vorbeigehen lasse, ist mir klar, was das Kölner Ereignis bewirkt hat." Mit kaum geringerer Begeisterung soll der Erzbischof nach dem Bericht des Westfälischen Merkurs vom 10. Aug. 1841 bei seiner ersten Fahrt von Marienloh, wo er auf dem Hofe des Kanonikus Hartmann seine Unterkunft genommen hatte, nach Lippspringe gefeiert worden sein. Jedes Haus sei leer gewesen; denn um keinen Preis in der Welt würde jemand auf die Teilnahme an diesem ‚Jubelfeste' verzichtet haben.

---

[8] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 1841.
[9] Ebd., 26. Juli 1841.
[10] Ebd., 30. Juli 1841.
[11] Diese angebliche Demonstration für den Erzbischof interpretiert ein Korrespondent des Westfälischen Merkurs im Sinne eines eindeutigen Votums der Bevölkerung für eine Wiedereinsetzung des von seiner Herde entfernt gehaltenen Prälaten: „Möchte doch die Arminiusquelle die Tage des greisen Alters verlängern, und möchte dieser Hirt bald seine Herde wieder weiden! Das war der Wunsch, der sich in den Herzen der tief gerührten, nun sich trennenden Menge regte".
[12] Bd. 3 S. 280 f.

Mögen die Erinnerungen Schultes im Kerne dem tatsächlichen Verlaufe entsprechen, so kommen die von den Behörden auf die aufsehenerregenden Presseberichte hin angestellten Untersuchungen jedoch zu dem Ergebnis, daß die Schilderungen in den öffentlichen Blättern maßlos übertrieben seien. So sei in Delbrück seitens der dortigen Geistlichkeit ein feierlicher Empfang für den Erzbischof geplant gewesen, wobei man daran gedacht habe, den Prälaten durch eine aus Bauern und Delbrücker Einwohnern bestehende Ehrengarde einholen zu lassen. Doch sei das Vorhaben aus Mangel an Beteiligung unausgeführt geblieben. Vielmehr habe man sich damit begnügen müssen, bei der Durchfahrt des Erzbischofs die Glocken zu läuten und mit Böllern zu schießen [13]. Auch in Marienloh habe sich keineswegs eine „ungeheure Menge" von Bewohnern der Umgegend eingefunden gehabt, sondern höchstenfalls 50—60, darunter eine Anzahl Lippspringer Kurgäste. Die im allgemeinen indifferente Haltung der Landbewohner gehe auch daraus hervor, daß sie sich geweigert hätten, den in einem äußert schlechten Zustande befindlichen Triftweg zum Hofe Hartmanns auszubessern, was die Prognosen derer Lügen strafe, die behauptet hätten, jedermann in Marienloh werde sich zu den Wegearbeiten drängen, um seine Sympathie mit dem Erzbischof zu bekunden [14].

Dagegen könne nicht bestritten werden, daß dem Erzbischof am Abend des 13. August von 210 Bürgern aus Paderborn, wo der Erzbischof offensichtlich ein bemerkenswertes Ansehen genoß [15], angeblich auf Anregung des Justizkommissars Kligge und einiger Geistlicher, ein Fackelzug dargebracht worden sei. Hierbei habe auch ein Schülerchor mehrere eigens zu diesem Zweck verfaßte Lieder dargeboten, während brennende Pechtöpfe, in der Ferne aufsteigende Raketen und ein Transparent mit der Inschrift „Dem Herrn Erzbischof Clemens August von Köln die Bürger von Paderborn" den feierlichen Eindruck erhöht hätten. Auch habe dieses Ereignis, begünstigt durch das schöne Wetter, eine Zuschauermenge von angeblich 2—3000 Personen angelockt [16].

Verständlich ist es, daß eine Reihe von Mitgliedern der katholischen Ritterschaft, unter ihnen Haxthausen und Westphalen, von nah und fern herbeieilte, um dem Erzbischof ihre Reverenz zu erweisen. Auch soll von der Bevölkerung in verschiedenen Orten, unter anderem in Kleinenberg, geplant gewesen sein, dem Erzbischof vor seiner Abreise einen zweiten Fackelzug darzubringen, doch sei dies mit Rücksicht auf den Tod des Bischofs von Paderborn unterblieben [17]. Auch sollen Geistliche von nah und fern herbeigeströmt sein, um sich vorzustellen und den Segen des Erzbischofs zu empfangen [18].

Eine ähnliche Ehrung wurde dem Erzbischof auch nach seiner Rückkehr in Münster zuteil. Nach der Darstellung du Vignaus ist die münstersche Geistlichkeit, insbesondere der „etwas fanatische" Pfarrer Behlenherm zu St. Lamberti, der Initiator dieser Demonstration gewesen; ohne diese Anregung hätten die Bürger niemals

---

[13] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413, Nr. 3 vol. 13, Paderborn, 3. Aug. 1841.
[14] Ebd.
[15] Vgl. auch oben S. 412 f.
[16] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413, Nr. 3 vol. 13, Rochow an den König (o. D.), Bl. 159—160; vgl. auch Qu. Nr. 272.
[17] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 9. Sept. 1841.
[18] Leipziger Allgemeine Zeitung vom 19. Sept. 1841.

daran gedacht, dem Erzbischof „irgendein äußeres Zeichen der überdem nicht so lebhaften Teilnahme" darzubringen [19].

In der Tat dürfte die Zahl der sich dem Zug angeschlossenen Einwohner, die nach dem Bericht des westfälischen Merkurs vom 10. Sept. 1841 [20] etwa 600 betrug, andeuten, daß nur ein Teil der münsterschen Bürger dieser Anregung gefolgt war. Die Honoratioren der Stadt hatten sich nach dem Bericht des münsterschen Regierungsvizepräsidenten sogar fast gänzlich ferngehalten [21]. Dennoch kann man sich lebhaft vorstellen, welch nachhaltigen Eindruck diese Feierlichkeit auf die Gemüter der Teilnehmer wahrscheinlich hinterlassen hat [22].

Unter diesen Umständen war eine grundsätzliche Besserung im Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten kaum zu erwarten, doch schien, wie der Regierungspräsident im Verwaltungsbericht für 1841 hervorhebt, „in der äußeren Haltung gegenseitig eine größere Duldsamkeit einzutreten" [23]. Auch im Regierungsbezirk Arnsberg dauerte, wie es im Verwaltungsbericht für 1841 [24] heißt, das gespannte Verhältnis zwischen den Konfessionen an und gebe sich in Beschwerden kund, „die bald von der einen, bald von der anderen Partei über ein intolerantes oder ungesetzliches Verhalten der entgegengesetzten Partei geführt" würden, insbesondere durch Konflikte beim Schließen gemischter Ehen.

Vermochte in Westfalen der Kampf für die Kirche auch nicht mehr die Massen in dem Maße aufzurütteln wie in vergangenen Jahren, so deuten diese Berichte doch darauf hin, daß sich die ultramontane Bewegung auf eine nicht unbeträchtliche Anzahl von entschlossenen Anhängern stützen konnte und daß das durch das Kölner Ereignis erweckte katholische Bewußtsein hier durchaus noch lebendig war, wenn es sich auch während der nächsten Jahre vielleicht nicht so deutlich bekunden sollte wie in der Rheinprovinz.

2. Der Besuch des Königspaares in Münster im August 1842

Daß andererseits die Zugeständnisse Friedrich Wilhelm IV. und die endgültige Regelung der Kölner Frage zu einem sichtbaren Abbau der Spannungen geführt hatten, zeigte sich sowohl in dem reibungslosen Verlauf der Paderborner Bischofswahl vom 27. Nov. 1841 [25] als auch in dem begeisterten Empfang, der dem Königspaar bei seinem Besuch in Münster im August 1842 zuteil wurde. Schon die Vorbereitungen stellten alles früher Dagewesene in den Schatten. Nach den Worten eines Mitarbeiters des Westfälischen Merkurs [26] ging durch die ganze Bevölkerung „nur e i n Wille, nur e i n Streben, dem vielgeliebten Herrscherpaar ein würdiges Fest in ihrer Mitte zu bereiten".

---

[19] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413, Nr. 3 vol. 13, Ber. du Vignaus vom 24. Sept. 1841. (Bl. 183—184).
[20] Nachdruck auch in der Allgemeinen Zeitung vom 16. Sept. 1841.
[21] Vgl. Qu. Nr. 274.
[22] Vgl. auch Qu. Nr. 273; 276.
[23] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 20 Spez. a.
[24] Ebd.
[25] St. A. Detmold M 1 Pr Nr. 31; Liese S. 153. — Über die Anfang 1842 für den König in Paderborn zum Ausdruck kommenden Sympathien vgl. Qu. Nr. 282.
[26] Ausgabe vom 24. Aug. 1842.

Am 24. August wurde dem König und seiner Gemahlin an einer in St. Mauritz errichteten Ehrenpforte, auf welcher die Inschrift zu lesen war „Zur Erinnerung an den 5. Oktober 1833 aus Liebe und Ehrfurcht“ [27] von einer „unabsehbaren jubelnden Menschenmenge“ ein begeisterter Empfang zuteil. Weitere Höhepunkte des Aufenthaltes der Gäste waren das von der Stadt Münster auf dem mit über 7000 bunten Glaslampen und „unzähligen“ Lampions geschmückten, gleichsam in einen „Feengarten“ verwandelten Domplatz veranstaltete Fest [28], das nach den Worten des damaligen Oberbürgermeisters Johann Hermann Hüffer durch das fast gänzliche Fehlen von Militär und Polizei eine „eigentümliche Gemütlichkeit“ erhielt [29], eine Grundsteinlegung im Clemenshospital [30] und das standesherrlich-ritterschaftliche Fest im Gesellschaftsverein, wo man eigens für diesen Anlaß einen neuen großen Tanzsaal erbaut hatte [31]. Dem Festkomitee gehörten nicht nur Vertreter der während der kirchlichen Wirren meist durch ein gemäßigtes Verhalten hervorgetretenen Standesherren wie der Erbprinz vom Salm-Salm an, sondern auch bekannte Angehörige des katholischen Landadels wie der Erbkämmerer Graf von Galen, Erbmarschall Graf von Merveldt, Graf von Bocholtz-Asseburg und Landrat Graf von Schmising [32], ein Anzeichen dafür, daß man in diesen Kreisen, zumindest äußerlich, seinen Frieden mit dem Staat gemacht hatte [33]. Wie Her-

[27] Westfälischer Merkur vom 26. Aug. 1842. — Es erscheint bemerkenswert, daß man nicht auf den Aufenthalt des Kronprinzen in Münster im Jahre 1839 hinwies, sondern auf seinen Besuch vor der Kölner Krise. Auch in seiner Begrüßungsansprache erwähnte der hierzu ausersehene Redner, Pastor Meyerhahn, nur die Anwesenheit des Kronprinzen im Jahre 1833 (ebd.).

[28] Festbericht des Westfälischen Merkurs vom 27. Aug. 1842; Johann Hermann Hüffer S. 96. — Hüffer spricht in diesem Zusammenhang von 9000 bunten Glaslampen, die er nach dem Muster der beim Erfurter Kongreß verwandten hatte anfertigen lassen (ebd.).

[29] Ebd.

[30] Ber. des Westfälischen Merkurs vom 28. Aug. 1842.

[31] Ebd., 30. Aug. 1842. — Es war, wie Annette von Droste-Hülshoff berichtet, nicht leicht gewesen, die erforderlichen Gelder unter dem Adel aufzubringen; manche hatten sich unter einem Vorwand geweigert, sich zu beteiligen, der Anteil anderer wie z. B. des Erbdrosten dagegen betrug etwa 1000 Tlr. — Die adligen Damen jedoch hatten für ihre Garderobe keine Kosten gescheut (Schulte-Kemminghausen II S. 56 f.).

[32] Westfälischer Merkur vom 30. Aug. 1842.

[33] Dies glaubte Florschütz schon anläßlich des Thronwechsels feststellen zu können: „Im allgemeinen aber war bei dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms des Vierten die ganze Provinz von entschieden preußischem Bewußtsein durchdrungen, wozu sich auch jener katholische Adel durch seine zahlreiche Beteiligung an der Huldigungsfeierlichkeit im Oktober 1840 wenigstens äußerlich bekannte. Die große Aufgeregtheit in den Gemütern, welche in den letzten Lebensjahren Friedrich Wilhelm des Dritten durch die erzbischöflichen Streitigkeiten eine zeitweise, tiefe Erbitterung gegen die damalige Regierung hervorgerufen hatte, war ziemlich verschwunden, als dessen Nachfolger sofort den für die katholische Kirche durchaus günstigen Vergleich mit dem Erzbischofe abgeschlossen hatte“ (A. Florschütz, Die politischen und sozialen Zustände der Provinz Westphalen während der Jahre 1848—1858, Elberfeld 1861, S. 7). Freilich bemerkt Florschütz im Folgenden einschränkend über die katholischen Adligen: „Ihre Vaterlandsliebe, die sie an Preußen binden sollte, scheint noch nicht bis an den Höhepunkt ihrer altkatholischen Sympathien hinangewachsen zu sein“ (ebd. S. 53). Für falsch hielt der katholische Adel seine in den vergangenen Jahren bekundete oppositionelle Haltung auch jetzt wohl nicht. In diesem Zusammenhang sei auf eine Stelle in Levin Schückings 1846 erschienenem Roman „Die Ritterbürtigen“ (I S. 181) hingewiesen, in welchem ein junger Adliger hervorhebt: „Wie hat nicht unser Einfluß sich gehoben, seitdem wir in dem kölnischen Zerwürfnisse männlich und nachdrucksvoll die populäre Meinung dieses Landes vertraten?“

mann Hüffer berichtet, genoß der König in vollen Zügen das Glück, sich allgemein verehrt und geliebt zu fühlen [34]. Eine nicht weniger begeisterte Begrüßung wurde dem Herrscherpaar auch auf seiner Reise nach Hamm durch die Landbevölkerung des Münsterlandes zuteil [35]. Damit war der Zeit der Kölner Wirren auch in Westfalen äußerlich ein sichtbares Ende gesetzt.

3. Konfessionelles Zusammenleben

War der äußere Friede zwischen katholischer Kirche und preußischem Staat auch wiederhergestellt, so ließ das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten in der Praxis des Alltags doch weiterhin manches zu wünschen übrig. Insbesondere traten immer wieder Konflikte zwischen katholischen und evangelischen Pfarrern auf, da vor allem die katholischen Geistlichen sich nicht mehr an die bisherigen gesetzlichen Vorschriften bezüglich Verrichtung von Parochialhandlungen durch Geistliche beider Konfessionen hielten, die Behörden es jedoch nicht wagten, deswegen gegen sie einzuschreiten [1]. An diesem Zustand änderte sich auch in den folgenden Jahren nichts, wie die Arnsberger Regierung z. B. 1843 konstatiert: „Die durch die Ereignisse im Jahre 1837 und durch das päpstliche Breve über die gemischten Ehen vom Jahre 1830 erzeugte Spannung zwischen den evangelischen und katholischen Religionsverwandten dauert noch immer auf eine betrübende Weise fort und gibt sich durch häufig vorkommende gegenseitige Beschwerden zu erkennen, denen um so weniger abzuhelfen ist, da den Bischöfen allein die Disziplinargewalt über ihre Geistlichen zusteht und diese sich bei Ausführung derselben lediglich von den schroffen Grundsätzen ihrer Kirche leiten lassen, die bekanntlich die gleiche Berechtigung der evangelischen Kirche nicht anerkennt und nie anerkannt hat. Bei dem jetzigen Stande der Dinge und der Gesetzgebung ist nur von der Zeit eine Milderung der stattfindenden Gegensätze zu hoffen“ [2]. Zu einem derartigen gedämpften Optimismus für die Zukunft gelangte die Regierung in Münster in ihrem Verwaltungsbericht für 1843 noch nicht einmal: „Das Verhältnis zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche bestand unverändert in alter Weise fort. Ein freundliches kann es nach den Grundsätzen der letzteren wohl nie werden“ [3].

---

[34] Hermann Hüffer S. 31. — Auch aus der Umgebung des Königs wurde auf die Frage, ob eine so lange Reihe von Festlichkeiten nicht beschwerlich falle, geäußert: „Durchaus nicht, so etwas habe man gar nicht erwartet, es sei keine Reise, sondern ein Triumpfzug“ (ebd). — Daß diese Festtage vermutlich nicht ohne gewisse Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der politischen Stimmung unter der Bevölkerung geblieben sind, deuten ebenfalls die Erinnerungen Hermann Hüffers an „Die Art, wie der König mit den Einwohnern der Stadt und besonders mit der Königin verkehrte, machte einen sehr günstigen Eindruck; bei mir ist seit jener Zeit immer das Gefühl einer persönlichen Zuneigung und Anhänglichkeit zurückgeblieben“ (ebd.).

[35] Westfälischer Merkur vom 30., 31. Aug. 1842. — Auch aus Wiedenbrück wird berichtet, daß der König und seine Gemahlin mit einer seltenen Begeisterung und Herzlichkeit gefeiert worden seien (Stadtarchiv Wiedenbrück, Chronik der Stadt Wiedenbrück).

[1] DZA Merseburg Rep. 76 II Sekt. 22 Spez. a, Verwaltungsbericht der Regierung Münster und Arnsberg für 1842.

[2] Ebd.

[3] Ebd. — Auch das bisherige „im allgemeinen gute Einvernehmen“ zwischen der münsterschen Regierung und dem Bischof von Münster verschlechterte sich 1845 erheb-

Zusammenfassung und Ausblick

1. Zum Problem des Zusammenwirkens ultramontaner und liberaler Opposition

Wenn Friedrich Meinecke sein Werk über Radowitz mit der Bemerkung einleitet, die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts sei reich an Vereinigungen des scheinbar Entgegengesetzten, an Trennungen des von Hause aus Zusammenlebenden gewesen, und „die Heerlager der politischen und geistigen Parteien seien nicht so einfach und faßlich voneinander geschieden wie gemeinhin in anderen Ländern“ [1], so dürfte dies nicht zuletzt auf die Wirren der Jahre 1837—1841 zutreffen. Begriffe wie Restauration und Revolution, Konservative und Liberale, Ultramontane und Revolutionäre bilden ein verwirrendes Kaleidoskop; Fronten verkehren sich, Gegner finden zueinander, Bündnisse lösen sich. War der große Konservative Radowitz noch Anfang der dreißiger Jahre voller Hoffnung, auf der Basis einer Gemeinschaft protestantischer und katholischer Gläubigkeit in dem großen Kampfe des Glaubens gegen den Unglauben, des christlichen Staats gegen den irdisch-natürlichen Staat einen stetig wachsenden Fortschritt zu erreichen, so löste sich diese Kampfesgemeinschaft 1837 jäh; eine neue Scheidelinie erwuchs, quer durch Freund und Feind hindurch [2]. Diese Wendung ist insofern nicht erstaunlich, als die Radowitzsche Konzeption auf einer unzureichenden Basis ruhte; es mangelte ihr in entschiedenem Maße an Homogenität, vor allem in bezug auf die religionsideologischen, seit der Reformation in Deutschland geschaffenen und auch bis in die Gegenwart hinein nachwirkenden Voraussetzungen. Das gilt in besonderem Maße für die damalige Situation in Preußen; für die preußische Staatsführung waren Preußen und Protestantismus, wie es der preußische Hofrat und Historiograph Fr. Förster unverblümt aussprach [3], gleichsam zwei untrennbare Begriffe, einer gewissermaßen Träger des anderen geworden. Da maßgebende, weithin konservativ ausgerichtete Kreise, nicht zuletzt König Friedrich Wilhelm III. selbst [4], immer noch nicht bereit waren, den 5 Millionen Katholiken in Preußen die volle Parität zu gewähren [5], obwohl Preußen nach den Worten eines Zeitgenossen „den Ruhm für sich in Anspruch nahm, auf der Bahn intellektuellen Fortschreitens den übrigen teutschen Staaten als Muster voranzugehen“ [6], bestand für die überkonfessionelle konservative Sammlungsbewegung um die Gründer und Mitarbeiter des Berliner Politischen Wochenblattes, Gebrüder von Gerlach, Carl von Voß, Canitz, Radowitz, Heinrich Leo, Georg Phillips, Karl Ludwig von Haller, Lancizolle und Karl Ernst Jarcke [7] nur geringe Aussichten auf einen entscheidenden Durchbruch, obwohl man

---

lich, und zwar in erster Linie wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Frage der Besetzung katholischer Elementarschullehrerstellen (St. A. Münster, Regierung Münster Nr. 299, Verwaltungsbericht für 1845).

[1] S. 1.

[2] Ebd. S. 28.

[3] Friedrich Wilhelm I. König von Preußen, Potsdam 1835, Bd. 2 S. 320. Auf diese Äußerung wurde in der zeitgenössischen Diskussion ausdrücklich hingewiesen (Die Stellung katholischer Regierungen in Bezug auf die neuesten Vorfälle in Rheinpreußen und Westfalen, Von einem Süddeutschen, Regensburg 1838, S. 4 f.).

[4] Wendland S. 144—179.

[5] Matzerath, Meditationen über die Kölner Frage S. 8 f.

[6] Götz S. 7.

[7] Rhein, S. 10; ferner: C. Varrentrapp, Rankes Historisch-politische Zeitschrift und das Berliner Politische Wochenblatt, in: HZ 99, 1907, S. 35—119; Robert

in diesem Kreis mit peinlicher Sorgfalt alles fernzuhalten suchte, was bei der einen oder anderen Konfession Anstoß erregen konnte [8], und obwohl der in gewissen Schichten der Bevölkerung sich andeutende rationalistische „Zeitgeist" die Kooperation stützte.

Auf der anderen Seite gehörten allerdings Restauration und Überwindung der Revolution nicht weniger zu den Zielen der sich formierenden weitverzweigten strengkatholischen Bewegung [9], so insbesondere auch zu den Zielsetzungen der von Johann Baptist Pfeilschifter gegründeten und in Offenbach seit 1822 erscheinenden Zeitschrift „Der Staatsmann" [10]. Es ist also durchaus verständlich, wenn etwa berichtet wird, die ultrakatholische Partei im Rheinland habe — vermutlich sowohl aus politischen als auch aus weltanschaulichen Gründen — von jeher in der entschiedensten Opposition zur dortigen revolutionären, auf „französisch-anarchischer Basis" ruhenden Partei gestanden, wie sie andererseits auch von dieser immer feindlich behandelt worden sei [11].

Ergaben sich damit Berührungspunkte zu den protestantischen Konservativen, so mußte andererseits das Bestreben des integralen Katholizismus nach Eigenprofilierung dazu führen, die Distanz zum Protestantismus wieder zu vergrößern.

Arnold, Aufzeichnungen des Grafen Carl v. Voß-Buch über das Berliner Politische Wochenblatt, in: HZ 106, 1911, 3. 325—340; Schoeps, Neue Briefe zur Gründung des Berliner Politischen Wochenblatts S. 243—252; Eisenhart, Jarcke, in: ADB 13, 1881, S. 711—721, insbesondere S. 713 f.

[8] Rhein S. 12. — Allerdings fehlte es bei den Verfechtern der protestantischen Hochorthodoxie nicht an gewissen Besorgnissen hinsichtlich eines so engen Zusammengehens mit den Katholiken und Konvertiten; Otto von Gerlach und E. W. Hengstenberg distanzierten sich sogar gänzlich von einer derartigen Einheitsfront. E. Ludwig von Gerlach und Heinrich Leo haben jedoch immer wieder versucht, „die antirevolutionäre Gesinnung der christlichen Ökumene auch in der Politik zu realisieren" (Schoeps, Neue Briefe aaO S. 243). Andererseits heißt es auch, daß Radowitz insgeheim daran gearbeitet habe, den Kronprinzen dazu zu veranlassen, zum katholischen Glauben überzutreten (Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 289, Ber. Bressons vom 5. Dez. 1837).

[9] So beurteilt Ferdinand von Galen das Echo, das die von dem Berliner Politischen Wochenblatt verkündeten Ideen unter seinen (vorwiegend katholischen) Standesgenossen fanden, recht positiv (Archiv Galen-Assen F 524). — Auch in Werken zeitgenössischer Publizistik wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, das Königtum könne mit seinen Kräften die Revolution höchstens züchtigen oder ihr großmütig verzeihen, niemals aber sie läutern, überwinden und verklären. Hierzu sei allein der von der katholischen Kirche ausströmende schöpferische Lebensquell imstande (J. Jacoby, Stimme aus Berlin, An die Rheinländer und Westphalen, Berlin 1838, S. VII). — Selbst der bei der preußischen Regierung so berüchtigte J. Th. Laurent soll eine durchaus konservative Natur und dem Republikanismus und Konstitutionalismus so abgeneigt gewesen sein, daß einer seiner geläufigsten Aussprüche gewesen sei, ein schlechter König sei immer noch besser als eine gute Republik (Möller, Laurent, 1. Teil S. 479).

[10] Vgl. Bergsträsser, Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei S. 190—209. — Seit 1831 erschien das Blatt mit unveränderter Tendenz unter dem Titel „Der Zuschauer am Main" (ebd. S. 210—218).

[11] „Beide Parteien waren sich beständig so entgegengesetzt, daß die preußische Regierung, wenn sie sich zu Parteiintrigen herablassen könnte, wie dies in konstitutionellen Staaten geschieht, die eine Partei durch die andere hätte bekämpfen können. Beide Parteien sich selbst überlassen, haben sich durch die Natur ihres Wirkens im Zaum gehalten, und ich glaube mit Grund behaupten zu können, daß die ultrakatholische Partei durch ihr Kleben am Bestehenden den Geist der Zerstörung der revolutionären Partei kräftig neutralisiert hat und dadurch der Regierung indirekt und ohne es zu wollen, förderlich gewesen ist" (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 14 Bd. 1 Bl. 70, Denkschrift o. D., o. U.).

Bestanden andererseits, wie bereits betont wurde, innerliche Gegensätze auch zu den Liberalen, so gab es dennoch zwischen diesen und den strengkirchlichen Katholiken Ansätze zu einem Bündnis, da beide Richtungen bestrebt waren, die derzeitige Staatsführung zu Konzessionen, zu einem Verzicht auf gewisse Kompetenzen zu veranlassen, und zwar die Katholiken auf dem religiös-kulturellen Sektor, die Liberalen und Demokraten in der Verfassungsfrage. Waren Anfänge in dieser Beziehung schon zu Beginn der preußischen Herrschaft zu beobachten [12], so war bei einem Wachsen der oppositionellen Stimmung in beiden Bewegungen anzunehmen, daß der ihnen innewohnende Gegensatz zur preußisch-protestantischen absolutistisch-bürokratischen Staatsführung die Herstellung einer zeitweiligen gemeinsamen Front zur Durchsetzung der angestrebten Ziele fördern würde [13]. Eine angeblich von dem Aachener Oberpfarrer Nellessen geäußerte Bemerkung mußte Sorgen der preußischen Regierung in dieser Hinsicht verstärken [14]. Nicht ohne Grund wird daher in den von ihr nach der Verhaftung des Erzbischofs verbreiteten Publikationen [15] auf das Wirken „zweier revolutionärer Parteien" hingewiesen, welche „die Gemüter aufzuregen" und die Gewissen zu verwirren suchten, „um ihre zerstörenden und weitgreifenden Pläne durchzusetzen". Hiermit waren nach Auskunft der preußischen Regierung die Ultramontanen und Ultraliberalen gemeint [16]. Gegen diese unbedenkliche Gleichsetzung, wie sie etwa auch von dem bayerischen Gesandten in Berlin angewandt wurde [17], sind nicht ohne Grund Einwände erhoben worden. Wahr sei es zwar, daß die ultrakatholische Partei ebenso wie die ultrademokratische der Regierung feindselig gegenüberstehe und ebenso

---

[12] So hatte schon der Generalgouverneur Sack die Wahrnehmung zu machen geglaubt, daß alles, was Opposition war, sich an die katholische Kirche anlehne (Gothein S. 189).

[13] DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 14 Bd. 1 Bl. 70, Denkschrift o. D., o. U.).

[14] So soll er auf Einwände gegen eine Zusammenarbeit mit den atheistischen Republikanern entgegnet haben: „Beruhigen Sie sich über die Macht und das Treiben der Republikaner. Diese Leute arbeiten zu demselben Zwecke, den wir verfolgen; sie sind unreine, aber nützliche Gefäße in der Hand der alleinseligmachenden Kirche; sie werden Ablaß für ihre Taten empfangen, weil sie ihr Blut für eine heilige Sache vergießen" (Qu. Nr. 26).

[15] So in einem Schreiben des Ministers der geistlichen Angelegenheiten an das Metropolitankapitel von Köln vom 15. Nov. 1837, in: Beilagen zu der Darlegung des Verfahrens der preußischen Regierung gegen den Erzbischof von Köln S. 60 (Exemplar in: Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel, 12 A neu Fb. 1 Nr. 141 Bd. 3 Bl. 158 bis 160).

[16] Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel 12 A Neu Fb 1 Nr. 141 Bd. 3, Ber. des braunschweigischen Ministerresidenten v. Röder aus Berlin vom 20. Dez. 1837. — Ähnlich berichtet der württ. Geschäftsträger v. Linden, die preußische Regierung habe auf verschiedene Anfragen, welches denn die revolutionären Parteien seien, erklärt, „es sei klar, daß die ultraliberale Partei die Kirche benutze, um zu ihren Zwecken zu gelangen, während andererseits die ultramontanische Partei die politisch-liberale zu ihren Absichten zu gebrauchen nicht anstehe. Daß in der erzbischöflichen Angelegenheit ein weitgreifender Zusammenhang bestehe, werde kaum in Abrede genommen werden können" (Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 49—51 Verz. 10 Bü 10 Unterfasz. 2, Berlin, 10. Dez. 1837).

[17] „Je dois ajouter que l'esprit révolutionnaire, si habile à se glisser partout, a beaucoup de part aux manoevres du clergé belge, dont l'Archevêque de Cologne n'a été en dernier lieu qu'un aveugle instrument, et qu'il est de l'intérêt de toutes les têtes couronnées de s'opposer à toute espèce de fanatisme, sous quelque forme qu'il se montre" (Geh. Staatsarchiv, München, MA III 2615, Ber. vom 1. Dez. 1837).

wie diese eine andere Ordnung der Dinge herbeigeführt sehen möchte, und so sei in dieser Hinsicht freilich ihre Tendenz als revolutionär zu betrachten; indes sei sie es durch ihre Mittel und ihren letzten Zweck „auf eine von der demokratischen Verfahrensart so abweichenden Weise", daß sie nur indirekt revolutionär zu nennen sei [18], was im Hinblick auf ihre von manchen Zeitgenossen als Rückfall in die mittelalterlich-hierarchische Tradition der katholischen Kirche empfundene Zielsetzung [19] nicht unzutreffend gewesen sein dürfte. Um die Absurdität der Anklage staatsgefährdender hochverräterischer Umtriebe gegen den Erzbischof und seine Berater auf das eindeutigste zu widerlegen, wies man auf katholischer Seite darauf hin, daß die Prinzipien, die den Erzbischof zu seiner Haltung bestimmt hätten, sich nicht wesentlich von denen der Gründer und Herausgeber des Berliner Politischen Wochenblattes unterschieden, und wenn man diese, wie es seitens Rehfues' und Gutzkows geschehen sei, als eine „auf die Revolution hinarbeitende Faktion" bezeichne [20], so müsse man eine solche Perfidie zu den betrübendsten Erscheinungen dieses Ereignisses rechnen [21], während Görres hervorhob, daß zwar z. B. die belgisch-katholische Partei die Revolution als „eine vollbrachte Tatsache" hingenommen, dann aber Vorkehr getroffen habe, um sie „durch die Macht religiöser Gesinnung und die nachhaltige Kraft des religiösen Verbandes so unschädlich als möglich zu machen" [22]. Ebenso hat der katholische Adel den Vorwurf der Kooperation mit revolutionären Kräften von vornherein empört von sich gewiesen [23].

Aber war jene Argumentation wirklich überzeugend? Gab es nicht vielmehr eine Reihe von Anzeichen, die im Widerspruch zu den Beteuerungen standen? Heinrich von Sybel glaubte jedenfalls Beweise dafür zu haben, daß der Ultramontanismus die politischen Systeme nach „augenblicklicher Konvenienz" gebrauche [24], wobei es dieser Partei im wesentlichen darauf ankomme, „die Staatseinheit aufzulösen und unter den zersplitterten Einzelinteressen mit der mächtigen Masse der Kirche herrschend aufzutreten" [25]. Und war hiermit nicht eine, wenn auch vielleicht nicht beabsichtigte Öffnung für revolutionäre Tendenzen gegeben? In der Tat, was der preußischen Regierung die ultramontane Bewegung besonders gefährlich erscheinen ließ, war nicht nur die Opposition gegen das Bestreben der Regierung, die in gewissem Maße errungene Kirchenhoheit des preußischen Staates und die Position des Protestantismus zu befestigen, sondern vor allem die Befürchtung, daß die Revolution versuche, auf dem Wege der Infiltration in die katholische Kirche zum

---

[18] DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 14 Bd. 1, Bl. 70, o. D., o. U. — Hier heißt es weiter: „Dagegen bezeichnet der Sprachgebrauch nur die Partei als revolutionär, welche als direkt jede Ordnung der Dinge vernichtend und zur allgemeinen Auflösung führend, unter der demokratisch-anarchischen Firma auftritt".

[19] Der Erzbischof von Köln und die preußische Staatsregierung, Von einem Katholiken S. 26 f.; Menzel Bd. 2 S. 63.

[20] Vgl. Moritz Lieber: Die Gefangennehmung des Erzbischofs von Köln und ihre Motive, rechtlich erläutert von einem praktischen Juristen. — Hier wird auch Gutzkows im „Telegraphen" veröffentlichter Vorwurf, der Ultraroyalismus sei „so gut eine Revolution wie der Jakobinismus" und Männer wie Pfeilschifter und J. Jakobi verursachten mehr Unruhe als der Liberalismus, als lächerlich zurückgewiesen (S. 57).

[21] Ebd. S. 57—60.

[22] Görres, Athanasius S. 13.

[23] Vgl. oben S. 379; 385.

[24] Die politischen Parteien in der Rheinprovinz S. 13—15.

[25] Ebd.

Siege zu gelangen, nachdem der bisherige Weg nicht zu dem erhofften Erfolg geführt habe [26]. Hiervon glaubte man allerdings auch die evangelische Kirche nicht verschont. In diesem Sinne deutete auch Wittgenstein die Berufung des umstrittenen Theologen David Friedrich Strauß nach Zürich [27].

Daß sich die Katholische Kirchenzeitung nicht scheute, mit der liberalen Bewegung zu kokettieren [28], mußte derartige Befürchtungen bestätigen. Und war nicht die Vergangenheit eines Mannes wie Görres radikal-aufklärerisch [29]? Hatten sich nicht ferner die katholischen Staaten während der vergangenen Jahrzehnte für den Geist der Revolution besonders anfällig gezeigt [30]? Ebenso glaubte der Düsseldorfer Regierungspräsident Graf Stolberg, wie er in einem Gutachten vom 2. April 1837 ausführt, Anzeichen dafür zu erkennen, daß die „gehässige politische Gesinnung" sich mit den rein kirchlich-konfessionellen Verhältnissen zu vermischen strebe [31]. Aus dieser Situation heraus, die dem Gouvernement offenbar in Überbewertung der doch noch sehr schwach ausgeprägten liberalen Bewegung nicht ungefährlich erschien, ist es vielleicht mit erklärlich, daß man in Kreisen der preußischen Staatsregierung das gewaltsame Vorgehen gegen den Erzbischof — in gewisser Art eine Parallele zu der Demagogenjagd in der Rheinprovinz um 1832/34 — als einen Akt der Notwehr zur Erhaltung des bisherigen Systems der Staatsverfassung ansah [32]. Daß sie mit „dem Attentat von Köln" [33] einen — bei hinreichender Berücksichtigung geschichtlicher Erfahrung vermeidbaren — Fehler beging, nämlich eine Märtyrerfigur zu schaffen [34], die in besonderem Maße dazu geeignet sein konnte, nicht nur bei den katholischen Untertanen, vor allem unter den weniger gebildeten und zwischen der Person des Erzbischofs und der Religion als

---

[26] So Rochow in einem Schreiben an Wittgenstein vom 29. Juli 1837 (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 1 Bd. 1 Bl. 4v.). — Auf diese Gefahren wird auch in der zeitgenössischen publizistischen Diskussion Bezug genommen. So heißt es in der „bei Gelegenheit der Ereignisse in Köln" 1838 in Berlin herausgegebenen Flugschrift „Die Frevel der Revolution": „Nachdem es der Revolution ... nicht gelungen war, die christliche Kirche und die christliche Lehre zu erschüttern und dieselben zu Konzessionen zu zwingen, da hat sich der zukunftsschwere Versuch entwickelt, daß die Revolution, verkappt in heilige Gewänder, sich inmitten auf den Grund und Boden der Kirche stellte und daß sie vom Altare her mit altbiblischen Tönen die bangen und verwirrten Geister zu dem Ungeheuren verlockte ... Aber Lamennais und seine Partei stehen am Altare selbst, das heilige Gewand hüllt sie ein, das nachgeahmte heilige Wort fließt von ihrer Lippe, und sie predigen den Mord, sie predigen den Hochverrat und den Aufruhr" (S. 29 f.).

[27] „Die Berufung des Dr. Strauß nach Zürich ist eine traurige Zeiterscheinung und ein sehr wichtiger Beweis, daß sich die Revolutionärs aller Masken und auch der Religion bedienen, um ihre Zwecke zu erreichen" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Korrespondenz 187, Schr. Wittgensteins an Metternich, 16. Febr. 1839). Auch Metternich zeigte sich über die Berufung des „berüchtigten" Theologen schockiert (Schoeps, Neue Quellen S. 202).

[28] Vgl. oben S. 367 f.

[29] Hashagen, Zur Vorgeschichte und zur Geschichte des Zentrums S. 776.

[30] Sachs S. 9.

[31] Vgl. Qu. Nr. 22.

[32] Maurenbrecher S. 95; oben S. 71 ff.; Qu. Nr. 41; 43; 60; 73.

[33] Götz S. 9.

[34] Den sich hieraus für die katholische Bewegung ergebenden Aufschwung erkannte Pfeilschifter sofort, wenn er etwa schrieb: „Gott sei gelobt; der Herr hat seiner Kirche ein Zeichen gegeben, daß er sie noch nicht verlassen, noch nicht verworfen. Ein deutscher Erzbischof ist in Gefangenschaft. Wahrlich, ein seltener und köstlicher Anblick!" (zitiert bei Gothein S. 456).

Institution nicht scharf zu unterscheiden vermögenden Schichten, die Befürchtung zu wecken, ihre Religion sei in Gefahr [35], sondern überhaupt bei dem Bürger das Gefühl der Bedrohung eines seiner wesentlichsten Rechte, nämlich seiner persönlichen Freiheit [36], hervorzurufen und damit das absolutistisch-bürokratische System in Mißkredit zu bringen, in diesem Zusammenhang auch — um eine Sichtweite von Habermas zu verwenden [37] —, wegen der Verletzung bzw. sogar Überschreitung der „kritischen Zone" zwischen öffentlichem und privatem Bereich die Kritik eines „räsonierenden Publikums" herauszufordern, war den maßgeblichen Männern dieser Stunde wohl nicht bewußt, eine Tatsache, die nicht gerade für ihre staatsmännische Qualifikation sprechen dürfte. Ebensowenig scheint ihnen, wie Gutzkow bemerkt, aufgegangen zu sein, daß das durch das gewaltsame Vorgehen bei vielen Bewohnern der westlichen Provinzen hervorgerufene unbehagliche Gefühl durch die von Berlin aus kommenden Erklärungen keineswegs beseitigt worden ist, zumal man in diesen die Wärme des Ausdrucks vermißt habe [38]. Der beredte Vertreter des Jungen Deutschland glaubte auch in diesem Zusammenhang die Feststellung treffen zu können, daß man sich in Berlin nicht hinreichend der Tatsache bewußt sei, daß die westlichen Provinzen der preußischen Monarchie „eine weit lebhaftere Auffassung" besäßen als die östlichen [39]. Vor allem aber scheint dem König, den Ministern und Beratern nicht hinreichend klar geworden zu sein, daß sie mit dieser Gewalttat nicht nur den Ruf religiöser Toleranz zerstörten, den sich Preußen seit den Tagen Friedrichs II. erworben hatte [40], sondern auch, daß sie hierdurch einen hervorragenden Katalysator für die zwar durch nicht unerhebliche Gegensätze getrennten, aber doch, wie schon angedeutet, aus unterschiedlichen

[35] Vgl. oben S. 96; 408; 412; 421; Qu. Nr. 179.

[36] Ebd. S. 56; ähnlich v. Rotteck: „Es ist also ein bloßer Akt der Gewalt gegen ihn ausgeübt und (wie selbst die preußische Darlegung ausspricht) die sogenannte Staatsräson als außerordentliches Recht an die Stelle des ordentlichen gesetzt worden ... Wenn es nun wahr ist, daß allen Staatsbürgern, wes Glaubens sie auch seien, das Recht der persönlichen Freiheit zusteht, dessen sie nur aus gesetzlichen und vor den Gerichten zu rechtfertigenden Gründen beraubt werden können, und wenn es weiter wahr ist, daß, was in einem Staate einem Bürger von seiten der Staatsgewalt widerfährt, zugleich auch allen widerfahren, d. h. allen gleichmäßig drohend ist: so ergibt sich schon aus diesem Umstande eine — in unseren Zeiten freilich nicht selten vorkommende — Aufforderung zur Trauer und Klage der Vaterlands- und Freiheitsfreunde, und diese Aufforderung ist um so stärker, da die vage Inkrimination wegen ‚revolutionären Umtriebe' wie ein scharfes Schwert über den Häuptern der Patrioten schwebt und leicht zur Beschönigung jeder aus Parteihaß fließenden Verfolgung benützt werden kann" (Die Cölnische Sache, betrachtet vom Standpunkt des allgemeinen Rechts S. 34 f.). — Daß besonders an der rechtswidrigen Form des Vorgehens gegen den Erzbischof von den Rheinländern Anstoß genommen wurde, berichtet auch der Major von Webern aus Gladbach: „Fast allgemein wird die Wegführung des Erzbischofs (von vielen Absetzung, Einkerkerung genannt) als ein Akt der Gewalt und Willkür angesehen. Es beleidigt die Eigenliebe der Rheinländer, die dehors nicht gewahrt zu sehen; an der Form liegt ihnen mehr wie an der Person" (St. A. Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Präs. 809, 25. April 1839).

[37] Strukturwandel der Öffentlichkeit 4. Aufl. 1969 S. 35.

[38] Gutzkow, Die rote Mütze und die Kapuze S. 115.

[39] „... von der Geschichte bisher immer mächtiger ergriffen als jene, haben diese Länder wie die süddeutschen Territorien sich ein freies Urteil gebildet, das sich nicht mit jener Schroffheit bevormunden läßt wie in den naiven unpraktischen, von dem Weltlauf alles nur halb erfahrenden slawisch-deutschen Ostprovinzen der Monarchie. Welch ein Unterschied zwischen einem Bürger von Kottbus und einem aus dem kleinsten Fabrikstädtchen bei Aachen, etwa aus Eupen!" (ebd. S. 113 f.).

[40] Vgl. hierzu Qu. Nr. 97.

Gründen dem derzeitigen preußischen Staatssystem oppositionell gegenüberstehenden und aus Zweckgründen nach einem Kampfbündnis strebenden Kräfte schuf [41], den provinziellen Patriotismus der Rheinländer verletzte [42] — war doch ihr Liberalismus von Haus aus partikularistisch gefärbt [43] —, die früheren gegen das preußische Regime bestehenden Ressentiments wieder jäh wachrufen und zu einem Abreagieren des aufgestauten Mißmuts führen würde [44]; denn die „Coups à la

---

[41] So sahen nach der Darstellung des österreichischen Gesandten in Berlin die „Neuerungssüchtigen", die Anhänger der konstitutionellen Idee, in der gesetzwidrigen Maßregel gegen den Erzbischof ihre Forderung nach Beschränkung des „Absolutismus" durch eine Verfassung bestätigt (Qu. Nr. 122). — Auf der anderen Seite äußerte etwa auch der engagierte Katholik Ernst v. Lasaulx, der noch 1831 einen ausgesprochenen Widerwillen gegen das ganze „französisch-liberale Treiben" in Belgien bekundet hatte, unter dem Eindruck des Gewaltstreiches der „Berliner Soldatenregierung" die Ansicht: „Mit Gewalt werden alle mannhaften Katholiken in den extremsten Liberalismus gedrängt" (Stölzle S. 36, 100). — Erst nach dem Eklat scheinen sich die Verantwortlichen in Berlin dieser Folgen bewußt geworden zu sein, ohne jedoch jetzt eigentlich einen Fehler einzugestehen. So heißt es z. B. in einem vertraulichen Schreiben aus Berlin an den preußischen Gesandten in Wien, von Maltzahn: „Der König ist ganz klar und fest in seiner Ansicht, und der Kern unseres Volkes sieht diese Sache immermehr und mehr als eine Nationalsache an, vorzüglich, da man sieht, daß alle Preußen feindseligen politischen Elemente mehr oder weniger offen hinter dieser Maske gegen uns arbeiten" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, 13. März 1838). — In ähnlichem Sinne schreibt auch der dem damaligen Kronprinzen und späteren König Friedrich Wilhelm IV. nahestehende Carl Ernst Wilhelm von Canitz und Dallwitz im Sommer 1838: „Die in ihren Motiven verschiedensten Oppositionen und Unzufriedenheiten haben darin einen Vorwand und eine Stütze gefunden. Aristokratische und demokratische Anhänger der Franzosen und der alten Zeiten, Revolutions- und Restaurationssüchtige aus dem Adel, aus dem Bürgerstande und Bauern, alle finden sie einen Stoff für ihre Beschwerden in dieser ergiebigen Fundgrube" (Denkschriften Bd. 1 S. 301).

[42] „Noch immer spielte der provinzielle Patriotismus der Rheinländer seine Rolle in der Aufregung, noch immer stand der verkehrte Stolz im Vordergrund, daß eben ihre Kirche nicht durch die ‚Preußen' angegriffen werden dürfe. Dies wäre ebenso deutlich geblieben, auch wenn der König und seine Minister der katholischen Konfession selbst angehört hätten. Eine solche Verbindung aber kirchlicher und provinzieller Opposition gegen die nivellierend durchgreifende Staatseinheit bildete, wie keines Beweises bedarf, den günstigsten Boden für die Aussaat der feudalen Gesinnungen" (v. Sybel S. 22). — Ähnlich schreibt ein Korrespondent in der Allgemeinen Zeitung vom 5. Dez. 1837: „Seitdem der Würfel gefallen und der Erzbischof von Köln zu Minden sich befindet, haben sich die Ansichten vieler über diese Streitfrage geändert. Was früher als eine reine Kirchenfrage erschien, wird nun häufig als Sache der Provinz angesehen . . .".

[43] Heyderhoff S. 115.

[44] Letzterer Vorwurf ist z. B. von dem damals als Professor der Geschichte an der Universität Bonn wirkenden Johann Wilhelm Löbell in seinen 1861 anonym erschienenen „Historischen Briefen" vorgebracht worden: „Im Rheinland war die Kluft zwischen der Regierung und dem Volke, die schon angefangen hatte, sich zu schließen, wieder aufgebrochen und hatte sich erweitert" (S. 377). — Noch schärfer äußerte sich Radowitz im Januar 1838: „Die Regierung in offener und geheimer Fehde gegen alles, was über den Hergang anders denkt; unterdrückte Zeitungen und Bücher, Argwohn überall. Furcht und Haß lagert sich über das halbe Land. Was die Jahre geschaffen, eine Annäherung der wahrhaft wohlgesinnten Männer in den neuen Landen an die preußische Regierung, wird gewaltsam zerrissen" (Hassel S. 280). — Wie hartnäckig sich manche antipreußische Vorurteile hielten, illustrieren z. B. die Erinnerungen des Düsseldorfers Albert Küster. Noch 1848 sei den Rheinländern die Verbindung der Rheinprovinz mit der Krone Preußens als bleibendes Unrecht erschienen, und das Königreich Preußen sei ihnen schlechthin mit dem Begriff Unfreiheit identisch gewesen (S. 11). Küsters Auffassung dürfte freilich bei weitem nicht als repräsentativ für die Rheinprovinz anzusehen sein.

Napoléon" waren, wie es der badische Gesandte Friedrich Karl Frhr. von Tettenborn formulierte, „außer Mode" [45], mit anderen Worten, daß sie dem in zunehmenden Maße sich gegen absolutistische Bevormundung aufbäumenden Zeitgeist zuwiderliefen. Ebensowenig scheint man erkannt zu haben, daß ein Verbleiben Droste-Vischerings in seinem Amte in gewisser Hinsicht auch wahrscheinlich gegen ihn gearbeitet hätte [46].

Andererseits: Rechtfertigte die Entwicklung nach dem Kölner Ereignis nicht das Eingreifen, indem jetzt zutage trat, welche zentrale Rolle der Erzbischof unter den dem derzeitigen System der preußischen Innenpolitik feindlich gegenüberstehenden Kräften spielte? Immerhin schien sich die erzbischöfliche Angelegenheit zu der „Fahne" zu entwickeln, „um die alle Elemente der Opposition" sich gruppierten [47], so daß der Katholik Radowitz diese sich angeblich anbahnende Koalition zutiefst bedauerte und sich von seinen vermeintlich radikalisierten Glaubensgenossen abwandte; ein Bündnis der Kirche mit den demokratischen Zeitideen war mit seinem christlich-germanischen Staatsideal unvereinbar [48].

Auch die Haltung des Papstes gab dem protestantisch-konservativen Lager zu Bedenken Anlaß, predige er doch Ungehorsam gegen die Staatsregierung und leiste „dem Dämon der Aufwiegelung" Vorschub [49], erwies sich also keineswegs als ein die im Geist der Restauration aufrechterhaltenen Regierungssysteme vorbehaltlos zu stabilisieren bereiter Bundesgenosse. Die Furcht, daß die Kooperation zwischen Ultramontanismus und demokratischer Revolution in greifbare Nähe gerückt sei, scheint auch dem Entstehen der 1838 in Berlin erschienenen Flugschrift „Stimme aus Berlin an die Rheinländer und Westphalen, von J. Jacoby" zugrunde gelegen

---

[45] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Tettenborn an den Fürsten von Fürstenberg in Donaueschingen, Wien, 3. Okt. 1837. — Dagegen erschien einem kämpferisch gesinnten Ultramontanen das Freiheitsbewußtsein der Deutschen, deren „Hundemut gegen ihre Unterdrücker" er bitterlich beklagt, im Vergleich zu den liberalen westlichen Nationen noch unausgebildet: „Wäre die Kölner Missetat in Frankreich oder England begangen worden, man hätte dem verbrecherischen Fürsten den Kopf vor die Füße gelegt oder ihn wenigstens für immer aus dem Lande gejagt" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Ernst an Carlo de Tellier im Franziskanerkloster zu Ciritella).

[46] Vgl. oben S. 78—80.

[47] Heinrich an Christoph von Gagern, 10. Jan. 1838, in: Deutscher Liberalismus im Vormärz S. 186. — Dieser Auffassung folgt in ähnlicher Weise auch Martin Spahn. Wenn das Kölner Ereignis auf den Süden und Westen Deutschlands geradezu explosiv gewirkt habe, so werde das vor allem durch die Verquickung liberal-radikaler politischer Anschauungen mit kirchlichen Forderungen verständlich (Zur Vorgeschichte der Zentrumspartei, in: Hochland, 8. Jg., 1911, Bd. 2 S. 430). — Vor allem gab auch das formverletztende Vorgehen der Staatsregierung zu heftigen Anklagen gegen die Beamtenhierarchie Anlaß, die sich angeblich allein als Staat betrachte und sich in ihrem dünkelhaften Übermut für unfehlbar halte (Die fortwährende Gefangenschaft des Erzbischofs von Cöln, beleuchtet von einem Protestanten, Straßburg 1838, S. 34; Mand S. 18—22).

[48] Meinecke, Radowitz S. 29.

[49] So schreibt der preußische Generalpostmeister von Nagler am 3. Jan. 1838 über die päpstliche Allokution vom 10. Dez. 1837: „Die Allokution ist fatal, würde aber verrauchen, wenn Schlimmeres nachkäme. Ich bin begierig, was der Papst will. Ich bin fest überzeugt, daß er gern Rebellion in der Rheinprovinz haben möchte" (Kelchner u. Mendelssohn-Bartholdy, Briefe, Teil 2 S. 1 f.); ähnlich die Stellungnahme der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 5. Febr. 1839 über die päpstliche Allokution vom 13. Sept. 1838 (Qu. Nr. 33).

zu haben; nachdrücklich warnt der Verfasser vor dem „revolutionären Gift“ [50]. Ähnliche Sorgen bedrückten auch den Verfasser der Schrift „Die Katholische Kirche in der preußischen Rheinprovinz“ [51]. Mit Staunen bemerke man, daß der Liberalismus nach dem großen Erfolg in Belgien auch in Deutschland einen Bund mit „dem Geiste der ultramontanen Hierarchie“ zu schließen sich bemühe; denn auch die Revolutionäre hätten erkannt, daß nichts so geeignet sei, „eine Menge von Individuen in derselben Richtung fort, über die Grenzen „aller heiligen Wahrheiten des Christentums“ hinaus in das Gebiet des „Frevels und der Verletzung göttlicher und menschlicher Gesetze“ hineinzutreiben, als jenes unbestimmte, „in der Dunkelheit mangelhafter oder verkehrter Lehre so reizbare Gefühl“, welches man das religiöse nenne [52]. Dies sei auch der Hintergrund der berüchtigten Schrift „Beiträge zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts“, in der in der Absicht, die Revolution vorzubereiten, die auf den schlichten Landmann und Bürger abgezielte Behauptung, „die preußische Regierung gehe methodisch darauf aus, die katholische Religion zu vernichten und zu Heloten zu machen“, verbreitet werde [53].

Hat angeblich selbst der in der Tradition eines Protektors der katholischen Kirche stehende österreichische Kaiser die Befürchtung gehegt, „es bestehe eine Partei, die unter dem Vorwande, für die Kirche zu wirken, gemeinschaftliche Sache mit der revolutionären Propaganda mache“ [54], so gingen nach der Darstellung Bodelschwinghs in der Tat sogar alte Jakobiner in Koblenz wieder zu Messe und Abendmahl, um den Bund mit der „katholisch-fanatischen“ Partei zu besiegeln [55]. Auch der in Köln stationierte Generalmajor v. Colomb glaubte feststellen zu können, daß dort die Gebildeteren vielfach „politische Opposition hinter religiösen Schein versteckten“ [56]. In ähnlichem Sinne traf auch der Aachener Regierungspräsident die Feststellung, daß im Aachener Raum „Intrigateurs“ unter dem Deckmantel der Religion „gute staatsbürgerliche Gesinnungen in Unzufriedenheit verwandeln möchten“ [57], wie auch hier überhaupt bei einem großen Teile der Bevölkerung „eine Unzufriedenheit mit dem Gouvernement nicht bloß in kirchlicher Hinsicht, sondern auch in politischer Beziehung“ bestehe [58]. Insbesondere gingen dem Ministerium des Innern und der Polizei Informationen zu, wonach der einflußreiche und durch seine „französisch-demagogischen“ Gesinnungen bekanntgewordene Aachener Kaufmann Hansemann — nach einem gängigen Nachschlagewerk der damaligen Zeit „eine der auffallendsten Erscheinungen in dem politischen Leben Deutschlands“ [59] — die Aufregung in der Provinz dazu benutze, „um als Republikaner gegen das Gouvernement aufzutreten“ [60].

---

[50] S. 19—22.
[51] Frankfurt/M. 1838. — Als Autor gilt der Bonner Kurator Phil. Jos. Rehfues.
[52] S. 2 f.
[53] Ebd.
[54] H. H. St. Wien, Staatskanzlei Rom, Collectanea 87, Roentgen an den Herzog von Nassau, 12. Mai 1838.
[55] Angeführt bei Schrörs, Kölner Wirren S. 599.
[56] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 7, Colomb an Borstell, 15. Nov. 1838.
[57] Vgl. oben S. 149 Anm. 45.
[58] Vgl. oben S. 148.
[59] Brockhaus, Conversationslexikon der Gegenwart Bd. 2, 1839, S. 733.
[60] Vgl. Qu. Nr. 120.

Hoffnung für ein aus dieser Vereinigung hervorgehendes Erstarken schöpfte auch Heinrich von Gagern [61].

Entsprach diese Erwartung jedoch den Realitäten? Wogen nicht die zwischen den ultramontanen und den demokratisch-liberalen Gruppen und Kreisen bestehenden Gegensätze schwerer als die Gemeinsamkeiten, ganz abgesehen davon, daß die damals kaum mehr als rudimentäre Organisation, insbesondere der Liberalen [62], schwerlich die Grundlage für eine über eine bzw. mehrere Provinzen sich erstreckende Kooperation abgeben konnte? War nicht die Konkurrenz zwischen den beiden Richtungen größer als der Wille zum Zusammenwirken gegen das derzeitige System der preußischen Staatsverfassung?

In diesem Zusammenhang vertrat, wahrscheinlich völlig zu Recht, der damalige Düsseldorfer Oberregierungsrat und spätere Aachener Regierungspräsident Cuny in einem Bericht vom 26. Nov. 1837 [63] die Ansicht, daß eine eigentliche Verbindung erst „hinsichtlich weniger Individuen" bestehe [64]. Überhaupt sei der für eine Vereinigung der beiden Parteien günstigste Zeitpunkt vorüber, nachdem das Gouvernement durch seine entschiedene Maßregel bekundet habe, daß es nicht gewillt sei, einem Obskurantismus Vorschub zu leisten, was bislang der Eindruck liberaler Kreise gewesen sei; diese würden sich aber nunmehr kaum noch mit einer Partei vereinigen wollen, deren Grundsätze mit den ihrigen in entschiedenstem Widerspruch stünden.

In der Tat brachten namhafte, auf liberale Kreise in den preußischen Westprovinzen sicherlich nicht einflußlose Repräsentanten des deutschen Liberalismus erhebliche Bedenken gegen ein vorbehaltloses Zusammengehen mit den Ultramontanen vor. So wandte sich etwa Carl von Rotteck mit Entschiedenheit gegen den angeblichen Versuch des Kölner Erzbischofs, „das Volk zum blinden Köhlerglauben und dadurch zur gedanken- und willenlosen Unterwerfung unter den Krummstab zurückzubringen" [65], insbesondere gegen die Einengung der Lehrfreiheit in den theologischen Fakultäten [66]. Ebensowenig konnte er die starre Haltung der katholischen Kirche in der Mischehenfrage billigen [67], wie er auch die ungenügende Anwendung des demokratischen Prinzips in der katholischen Kirche für de-

---

[61] Vgl. oben S. 119.

[62] Die Überlieferung von Namen und Verbindungen aus den Jahren vor 1841 ist offenbar überhaupt recht dürftig. So wird in dem schon früher angeführten Bericht eines Reisenden über seine Unterredungen mit Nellessen, van Bommel und Dietz vom 14. Juni 1837 (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 2) die Weinwirtschaft Renner in Deutz als geheimer Versammlungsort einer Gruppe „französisch Gesinnter und Republikaner" bezeichnet. An der Spitze stehe ein Dr. Nueckel und seine beiden Brüder. Auch die „Riechwasserfabrikanten" Muelling, Zanoli sowie der Teppichfabrikant Wilhelm Anton Norrenberg (über seine publizistische Tätigkeit vgl. Faber, Das Rheinland zwischen Restauration und Revolution S. 260, 303 f., 421) kämen hier zusammen. Nueckel wiederum stehe ebenso wie der Aachener Wollkaufmann Hansemann in enger Verbindung mit dem nach Frankreich geflohenen Schriftsteller Jakob Venedey.

[63] Vgl. Qu. Nr. 54.

[64] Ein Kontaktmann könnte z. B. Norrenberg gewesen sein, der im Dombauverein für den Erzbischof agitierte (vgl. oben S. 293 Anm. 12).

[65] Die Cölnische Sache, betrachtet vom Standpunkt des allgemeinen Rechts S. 12f.

[66] Ebd. S. 13—16.

[67] Ebd. S. 16—20.

ren „Obskurantismus" weitgehend verantwortlich zu machen suchte [68]. Ebenso bezog Hans Christoph von Gagern gegen den unnachgiebigen Standpunkt der katholischen Kirche in der Mischehenfrage und Droste-Vischerings Mißachtung der Berliner Konvention Stellung [69]. Auch einer der namhaftesten Stimmführer des Jungen Deutschland, Karl Gutzkow, hat erhebliche Bedenken sowohl gegen die Konzeption des hierarchischen Katholizismus, wie sie etwa von Görres vertreten wurde, als auch gegen die feudal-restaurativen Vorstellungen Werners von Haxthausen erhoben. Wie Gutzkow in seiner Schrift „Die rote Mütze und die Kapuze" ausführt, dürfe keineswegs alles, was man geistig und gesellschaftlich erworben habe, von Staat und Kirche umfaßt werden; worauf es ankomme, sei die Freisetzung des Menschen als Persönlichkeit, wie auch an die Stelle der Kirche die von unten sich bildende Gemeinschaft gleichartiger Überzeugungen treten solle [70]. Schließlich äußerte auch H. Heine 1840: „Wie gar manche deutsche Patrioten, um protestantische Regierungen zu befehden, mit der katholischen Partei gemeinschaftliche Sache treiben, kann ich nicht begreifen. Man wird mir ... schwerlich eine blinde Sympathie für Borussia zuschreiben; ich darf daher freimütig gestehen, daß ich in dem Kampfe Preußens mit der katholischen Partei nur ersterem den Sieg wünsche ... Denn eine Niederlage würde hier notwendig zur Folge haben, daß einige deutsche Provinzen, die Rheinlande, für Deutschland verlorengingen ..." [71].

Nicht zuletzt sei auf das Urteil des Rheinländers und liberalen Historikers Heinrich von Sybel hingewiesen, nach welchem der Abstand zwischen der ultramontanen Partei und der dermaligen — von ihm, allerdings schwerlich die Realität voll treffend, offenbar mit aufgeklärt und liberal gleichgesetzten — Gesellschaft nicht geringer sei als ehedem der Kontrast zwischen den heidnisch-römischen und den urchristlichen Zuständen [72]. Allerdings bestätigt Sybel, daß sich die Radikalen dem gemeinsamen Kampfe zuliebe den „gefährlichen feudalen Bundesgenossen fürs erste hätten gern gefallen lassen" [73].

Daß die Ultramontanen auch bei denen Bundesgenossen fanden, die um das Fortbestehen des Rheinischen Rechts bangten, wurde bereits festgestellt [74]. Aber auch dieses sich anbahnende Zusammenwirken blieb im liberalen Lager nicht ohne Widerspruch [75]. Dennoch gelangte etwa Venedey aufgrund seiner Beobachtungen bei einem 14tägigen Aufenthalt in Köln im Oktober 1845 zu der Auffassung,

[68] Ebd. S. 20—32.
[69] Ansprache an die deutsche Nation über den Vorgang zu Köln S. 32, 47 f.
[70] S. 40—49; 68; 69; 99.
[71] H. Heine, Gesammelte Werke, 1955, S. 490.
[72] Die politischen Parteien in der Rheinprovinz S. 11.
[73] „So war es gekommen, daß dieselben Lehren, deren politischer Teil einst in den zwanziger Jahren allen Liberalen das ärgste Schreckbild der angeblichen preußischen Regierungspolitik gebildet hatte, jetzt von kirchlicher Seite her den Mittelpunkt für alle Oppositionen abgeben konnten" (ebd. S. 22 f.).
[74] Vgl. oben S. 119.
[75] „Ihr schreit nach Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Prozedur, nach Preßfreiheit, nach Öffentlichkeit jeder Art? Wahrlich, ihr seid zehnfache Toren, wenn ihr solche Güter aus den Händen der Hierarchen erwartet, welche ja grade Jahrhunderte daran arbeiteten, das deutsche freie öffentliche Gericht mit mündlicher, oft blitzschneller Prozedur, Mann an Mann, durch ihren geheimen schriftlichen dilatorischen Schnecken-Inquisitionsprozeß zu verdrängen und am Ende auch in diesem saubern Unternehmen obsiegten" (Bruno S. 88).

das nach dem Kölner Ereignis sich angebahnte Bündnis zwischen den „halbphilosophischen, halbkatholischen, freisinnigern höhern Ständen und der Geistlichkeit" in der Rheinprovinz bestehe weiterhin, doch erfolge die Unterstützung der Ultramontanen durch die Freisinnigen allein aus Zweckgründen; denn nur mit Hilfe der einflußreichen und mit dem Vorrecht, Volksversammlungen abzuhalten, ausgestatteten Geistlichkeit glaubten die Freisinnigen wirksame Opposition gegen die Regierung betreiben zu können [76].

Auf der anderen Seite verhielt man sich in gewissen Kreisen gegenüber den Demokraten und Liberalen, vielfach als „Revolutionäre" bezeichnet, freilich nicht selten mißtrauisch und verkannte auch nicht die Gefahr einer möglichen Unterwanderung [77]. Am ehesten noch war die Hinneigung zu den Liberalen auf dem linken Flügel der Ultramontanen, den Anhängern Lamennais, gegeben [78], was dagegen von den konservativeren Katholiken wie z. B. dem Koblenzer Stadtrat Dietz, der auf dem 8. Rheinischen Provinziallandtage gegen den Antrag, den König um die Einführung von Reichsständen zu bitten, gestimmt hat [79], nicht anzunehmen ist. Auch die katholisch-konservative Landbevölkerung des Münsterlandes dürfte hierzu zu rechnen sein [80], während sich jedoch im Paderborner Land gewisse Anzeichen finden, daß sich in bestimmten Regionen die kirchliche Streitfrage zu einem Vereinigungspunkt der politisch Unzufriedenen entwickelte [81].

Eindeutig ist in jedem Fall die Stellungnahme der katholischen Publizistik, die gegen die Liberalen bzw. „Revolutionäre" kaum weniger nachhaltige Vorwürfe und Vorbehalte vorzubringen wußte als deren Sprachrohre gegen den „hierarchischen Ultramontanismus". So bezeichnete es der namhafte katholische Theologe Johann Adam Möhler als geradezu lächerlich, daß die Ursachen „der kirchlichen Bewegungen am Rheine auf dem politisch-revolutionären Felde" gesucht würden, und wies die gegen die Katholiken erhobene Beschuldigung einer Kooperation mit den Radikalen, die beim Erwähnen der katholischen Kirche in fanatische Wut gerieten, wie auch etwa mit dem „Jungen Deutschland", der „in Kot und Schmutz vergrabenen Partei" (!), weit von sich [82].

Ebenso deutlich ist die Distanzierung der im katholischen Lager recht einflußreichen Neuen Würzburger Zeitung. So schreibt das Blatt am 30. März 1838:

[76] Venedey, Vierzehn Tage Heimathluft S. 183 f.; 188 f.

[77] „Die Revolution hat zwar die allgemeine religiöse und politische Freiheit stets im Munde geführt, aber nachdem sie die Oberhand erlangt, die Altäre umgestürzt, die Kirche in die Knechtschaft versetzt und diejenigen, die ihren alten rechtmäßigen Fürsten und dem monarchischen Prinzipe treu bleiben wollten, mit blutgieriger Grausamkeit verfolgt" (Beleuchtung der Broschüre „Die Wahrheit in der Hermes'schen Sache" S. 8 f.); ferner: Clementina, Beiträge zur Beleuchtung der Kölnischen Kirchenangelegenheit Heft 1: Ein Bedenken gegen den Inhalt der Flugschrift „Die Frevel der Revolution" S. 8; 11).

[78] Wegener S. 52 f.

[79] Ebd. S. 97.

[80] Vgl. oben S. 385.— In der Stadt Münster wurde allerdings in einzelnen Flugblättern neben der Forderung nach kirchlicher die nach politischer Freiheit erhoben (Qu. Faksimile Nr. D).

[81] Vgl. Qu. 179.

[82] Döllinger, Möhlers gesammelte Schriften und Aufsätze 2. Bd. S. 226 f. — Offenbar ist Möhler auch der Verfasser ähnlicher Ausführungen in der Münchener Politischen Zeitung vom 29. Jan. 1838, wo er auch erklärt, er leugne es keineswegs, daß in die „bereits vorhandene reine und göttliche Flamme auch infernalische Feuerbrände" geworfen werden könnten.

Wenn auch die Katholiken der Eifer für ihre „heilige und gerechte Sache" zuweilen fortgerissen habe, so sei das doch nie in jener niederträchtigen und empörenden Weise geschehen, in der noch immer Tag für Tag die Blätter der liberalen Partei die Katholiken und deren Vertreter verhöhnten und die von der katholischen Presse an die Glaubensgenossen gerichteten Warnungen, nicht den Einflüsterungen ihrer schlimmsten Feinde Gehör zu geben, als „gleisnerische Maske" verschrien, die nur dazu dienen solle, indirekt Aufregungen hervorzurufen, weil man es direkt nicht dürfe oder es wenigstens nicht wage. Trotz dieser revolutionären Hetzereien sei jedoch von den Katholiken, die das Doppelspiel durchschaut hätten, die politische Ruhe bewahrt worden. Wie das Blatt am 7. April weiter ausführt, würden katholischer Klerus und Adel gerade aus dem Grunde denunziert, weil sie dem Versuch „des Umsturzes des Rechts" hemmend entgegenträten [83].

Auch die seit dem 1. April 1838 erscheinenden Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland bezogen eindeutig Front gegen das sogenannte revolutionäre Lager [84].

Einzelne katholische Stimmen gingen sogar so weit, im Gegenangriff der preußischen Regierung vorzuwerfen, sie selbst fraternisiere jetzt mit der liberalen Partei, angesichts deren Bekämpfung früher selbst die Verschiedenheiten des Glaubens in den Hintergrund getreten seien. In unbegreiflicher Weise gebe man die Vorteile auf, welche man bisher über das revolutionäre Prinzip gewonnen habe und werfe sich Blättern wie der Leipziger Allgemeinen Zeitung, welche ihre Aufgabe in der Verspottung alles historisch Gewachsenen sähen, in die Arme [85].

Bestanden also schon in der theoretischen Erörterung zwischen dem ultramontanen und dem liberalen Lager erhebliche Diskrepanzen, so dürfte erst recht in der Praxis

---

[83] Vgl. den vollständigen Text: Qu. Nr. 129. — Auch in der Ausgabe vom 28. Okt. 1838 bezeichnete sich die Neue Würzburger Zeitung als entschiedenste Gegnerin der Revolution und führte die „elenden Anschuldigungen" darauf zurück, daß gewisse Kreise andere verdächtigten, weil sie damit von ihrem eigenen Treiben abzulenken glaubten.

[84] So kündigte diese Zeitschrift als ihr Programm an, „auf dem staatsrechtlichen und politischem Gebiete die revolutionäre wie die despotische Doktrin der falschen Staatsweisheit durch die Verkündigung der Grundsätze wahrer Freiheit und des Rechts zu bekämpfen" (Rhein S. 14). — Insbesondere Phillips und Jarcke, letzterer ein unbedingter Befürworter des mittelalterlich-ständischen Staates und ein entschiedener Gegner des modernen Konstitutionalismus, sind unter dem extrem konservativen Flügel des Mitarbeiterstabes zu nennen (ebd. S. 16, 22).

[85] Die kölnische Frage, aus dem Gesichtspunkte allgemein europäischen Interesses betrachtet, in: Münchener Politische Zeitung vom 21. Febr. 1838. — Ähnlich, wenn auch aus anderer Sicht, Menzel (Geschichte der letzten vierzig Jahre (1816—1856) II S. 62): „Im allgemeinen zeigt es sich in diesem großen literarischen Kampfe, daß die katholische Partei über alle Erwartung stark und einig war, während ihre, wenn auch noch so zahlreichen Gegner doch von den verschiedensten Gesichtspunkten ausgingen und die Verteidiger der Regierung sich gern oder ungern die Waffenbrüderschaft der jede Religion verhöhnenden, beschnittenen oder unbeschnittenen Literaturjuden mußten gefallen lassen". — Über diesbezügliche Vorwürfe Ferdinands von Galen vgl. auch oben S. 387. — Auch protestantische Konservative wie Leopold v. Gerlach fanden „die schlechten Allianzen mit Hermesianern und Liberalen" besorgniserregend (Gerlach S. 246). — Dagegen stellt der kurhessische Ministerresident in Berlin, Wilckens v. Hohenau, der preußischen Staatsregierung das Zeugnis ausgesprochener Zurückhaltung aus, indem sie es verschmähe, die Unterstützung von Kräften, namentlich des Liberalismus, in Anspruch zu nehmen, die ihr von vielen Seiten angeboten würden, deren unlautere Absichten man aber kenne (Qu. Nr. 130).

gemeinsames Handeln kaum in breiterem Umfange, höchstens in rudimentären Ansätzen realisiert worden sein, was sich z. B. auch in den Ergebnissen der Wahlen für den 6. Rheinischen Provinziallandtag spiegelt [86]. An der Tatsache, daß es, ganz abgesehen auch von der noch zahlenmäßigen Schwäche der Liberalen, zu einer zu effektivem Handeln imstande befindlichen Einheitsfront nicht gekommen ist, sowie auch an dem deutlichen Dominieren des deutsch-nationalen Elements während der außenpolitischen Konfliktssituationen dürfte es auch gelegen haben, daß sich die zeitweise in weiten Bevölkerungskreisen ausgeprägte latente oder offene Mißstimmung nicht zu einer für die preußische Regierung wirklich gefährlichen Bewegung ausweitete; vor allem fehlte es auch an einem klaren, zielgerichteten gemeinsamen Programm. Hätte 1837/38 eine starke, vehement auf Veränderung drängende liberale Bewegung in der Rheinprovinz und in Westfalen bestanden, so hätte sich diese Situation, verbunden mit dem konfessionellen Zündstoff, wahrscheinlich zu einer für die Regierung gefährlichen Entwicklung ausgeweitet und sie nicht so glimpflich davonkommen lassen.

So aber fehlte vor allem auf liberaler Seite die die Kluft überwindende, die Massen mitreißende Dynamik, und so verfochten die beiden Bewegungen im wesentlichen ihre spezifischen Zielsetzungen. Dabei hat es den Anschein, daß die zeitweilige emotionale Erregung in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung während des Kirchenstreites in erster Linie der strengkirchlichen Bewegung bzw. dem sich aus ihr weiterentwickelnden politischen Katholizismus zugute kam, indem der „Zeitgeist", nicht zuletzt durch die Ereignisgeschichte, eine deutliche Abkehr von dem rationalistischen, toleranten Klima der zwanziger und frühen dreißiger Jahre erfuhr, wodurch die noch bis dahin unentschiedene Auseinandersetzung zwischen den gegensätzlichen Strömungen geistiger Haltung eindeutig zugunsten der orthodoxen Gläubigkeit entschieden wurde. Hiermit wurden im Grunde die Fundamente für den politischen Katholizismus der Folgezeit gelegt, andererseits dem Liberalismus wie auch dem überkonfessionellen Konservativismus potentielle Anhänger entzogen. In den Jahren des Kirchenkampfes dürften entscheidende Weichen für die Entwicklung der politischen Parteien in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts gestellt worden, dürften Strukturen geschaffen worden sein, auf denen insbesondere die Zentrumspartei im späteren Kulturkampf aufbauen konnte.

Für denkbar und praktikabel gehalten wurde ein Zusammenwirken der beiden „Parteien" damals allerdings auch weiterhin, wie aus einer vom Juni 1840 datierten österreichischen Denkschrift hervorgeht [87]; ein Zusammenfließen der oppositionellen Strömungen mußte von der Regierung also weiterhin ins Kalkül gesetzt, mußten die religiösen und politischen Bewegungen weiterhin sorgfältig beobachtet werden. Inwieweit man in der Lage war, auf derartige Entwicklungen mit angemessenen politischen Mitteln zu reagieren, ist eine andere Frage.

---

[86] Vgl. oben S. 271.

[87] „Und wenn die Beschwerden der katholischen Provinzen des Westens nicht unverzüglich gehoben werden, so wird sich auch hier wiederholen, was in England geschieht — die katholische und liberale Opposition werden mit vereinten Kräften den sog. orthodoxen Protestantismus als ihren gemeinschaftlichen Feind befehden" (Hasenklever S. 120). — Der Verfasser der Denkschrift ist möglicherweise Jarcke.

2. *Unterschiedliches oppositionelles Verhalten in der Bevölkerung. Erregungs- und Beruhigungsphasen*

Derartige Diskussionen und die Verstimmung und Empörung weiter Bevölkerungskreise über die Inhaftierung des Erzbischofs führten zu einer Erregung der Volksstimmung und zu einem Räsonnement über die Regierung, wie es wohl seit der französischen Revolution nicht mehr der Fall gewesen sein dürfte, und damit vielleicht auch zu einem gewissen Strukturwandel der Öffentlichkeit. Allerdings stellt sich das Verhalten der Bevölkerung regional und zeitlich unterschiedlich dar; auch taten sich bei den „Exzessen" und Tumulten in Köln, Neuß, Kleve, Münster und Paderborn, abgesehen von Gymnasiasten und Studenten in den letzteren Städten, vor allem Angehörige der von der Regierung allerdings nicht immer in gleichem Maße wie etwa das höhere Bürgertum ernst genommenen unteren Klassen [88], unter ihnen offenbar in nicht geringem Maße Jugendliche, hervor. Offensichtlich war der sogenannte „Pöbel" emotional rascher ansprechbar als die zu einer stärkeren rationalen Selbstkontrolle erzogenen gebildeteren Bürger, die auch wegen ihres Besitzes mehr zu verlieren hatten als unselbständige Existenzen wie z. B. Handwerksburschen und Tagelöhner und daher wohl nicht soviel zu riskieren bereit waren. In den unteren Schichten neigte man daher wohl eher dazu, seine Ängste um die Gefährdung seiner Religion und seine Empörung über angebliche Übergriffe von protestantischer bzw. Regierungsseite auf der „Straße" abzureagieren. Dabei dürften auch Haß auf die Besitzenden und sozialrevolutionäres Handeln im weitesten Sinne, wenn auch vielleicht nur unbewußt, zum Teil eine Rolle gespielt haben [89]. Unter dem wohlhabenderen und, wie gesagt, wohl unter anderem auch aus Besitzdenken vielfach zu einer vorsichtigeren Haltung tendierenden Bürgertum dagegen war es anscheinend auch aus Gründen bürgerlicher Moral und „Wohlanständigkeit" noch immer verpönt, sich an revolutionären Ausschreitungen zu beteiligen — hegten doch selbst führende deutsche Liberale Zweifel an der Zulässigkeit revolutionären Handelns [90] — und hielten sich mehr im Hintergrund. Allerdings sollen sich Angehörige dieser Kreise gelegentlich wie z. B. in Köln befriedigt darüber gezeigt haben, daß die Regierung einen Dämpfer erhalten habe [91], was auf eine gewisse Unzufriedenheit mit der angeblichen Bevormundung durch die staatliche Bürokratie hinzudeuten scheint. Verhältnismäßig loyal hat sich anscheinend — jedenfalls ist dies im Raum Aachen zu erkennen, und auch in Münster deutet es sich an [92] — der Mittelstand im engeren Sinne gezeigt [93], eine Haltung, die sich schon zur Zeit der Julirevolution deutlich bekundet hatte. Konstante Opposition, die sich auf nahezu alle Standesgenossen erstreckte und kaum von Schwankungen gekennzeichnet war, legte dagegen unverkennbar der katholische Adel an den Tag. Damit erschöpfen sich gruppenspezifische Verhaltens-

[88] Vgl. Qu. Nr. 54.
[89] „Der gemeine große Haufen, das Werkzeug der Pfaffen wie der revolutionär Gesinnten, glaubt, einfältig wie er ist, für seine Religion zu streiten oder will plündern" (DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 7, Colomb an Borstell, 15. Nov. 1838).
[90] Schieder, Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert S. 235 f.
[91] Vgl. Qu. Nr. 164.
[92] Vgl. oben S. 398; vgl. auch Qu. 154, wo allerdings zwischen „Bürgerstand" und der „Bürgerklasse selbst" differenziert wird.
[93] Vgl. oben S. 147 ff.; 249.

weisen, vielmehr sind Mißstimmung und oppositionelles Verhalten in den verschiedenen Schichten der Stadt- und Landbevölkerung zeitlich und regional vielfach unterschiedlich. Da das Kommunikationsgefüge von moderner Perfektion noch weit entfernt war, kamen örtliche Besonderheiten offenbar in nicht geringem Maße zum Tragen[94]. Auch die Geistlichkeit bildete in dieser Hinsicht keine homogene Gruppe; vielmehr scheint hier die Skala des Verhaltens von einem durch die Tradition des Staatskirchentums geprägten Eintreten für Ruhe und Ordnung im Sinne der Obrigkeit wie z. B. in weiten Teilen Westfalens (abgesehen von Paderborn)[95], des Regierungsbezirks Düsseldorf und in Teilen des Regierungsbezirks Köln selbst unter Anhängern des Erzbischofs[96], über Indifferenz bis zu einem ausgesprochenen Ultramontanismus (Aachen) gereicht zu haben, wenn sich auch teilweise ein gewisses Anpassungsverhalten an die aktive ultramontane Minderheit andeutet (Koblenz)[97]. Es lag vielfach an der individuellen Ausstrahlungskraft einzelner ihrer Vertreter, wenn durch Geistliche Stimmung und Haltung einzelner Gemeinden beeinflußt wurde; Binterim, Seydell, Beckers und Aldenhoven z. B. haben dies in hohem Maße vermocht.

Überhaupt hat es den Anschein, als ob die Agitation, soweit erkennbar, vornehmlich von einer kämpferisch gesinnten, Angehörige verschiedenster Schichten umfassenden Minderheit, gewissermaßen Keimzelle der späteren katholischen bzw. Zentrumspartei, betrieben worden ist, einer Art Kernzone, die sich auch von den Konzessionen des Staates eigentlich unbeeindruckt zeigte und eine konstante Opposition an den Tag legte (z. B. Koblenzer Kreis; der ultramontane Klerus in Köln, Aachen und Münster sowie die sich an diese anschließenden kirchenpolitisch

---

[94] Welch entgegengesetztes Verhalten sich sogar etwa innerhalb eines Kreises zeigen konnte, ergibt sich aus zwei aus dem Kreis Wipperfürth (Reg.-Bez. Köln) stammenden Berichten. Das Fazit des ersteren über die Gemeinde Olpe ist das einer gewissen Indifferenz der Bevölkerung: „Bei den Katholiken, deren hier neun auf einen Evangelischen kommen, hat die Entfernung des Herrn Erzbischofs gleich anfangs weniger Aufsehen erregt, als man bei ihren streng religiösen Gesinnungen erwarten konnte. Mit der Zeit ist diese wenige Teilnahme aber auch noch erkaltet, und ich habe mehrere meiner Verwalteten sagen hören: ‚Der Erzbischof hat es lang gut, der bekömmt dreimal so viel Gehalt, als unser König Steuern aus der ganzen Bürgermeisterei erhält'. Sie sehen alle mit Vertrauen dem Resultate der Unterhandlungen zwischen Berlin und Rom entgegen und hoffen so auf eine befriedigende Lösung der obschwebenden Differenzen, von denen übrigens, beiläufig gesagt, hier keiner genaue Kenntnis hat. — Ihr Wunsch um baldige Beendigung der kirchlichen Streitigkeiten hat auch bloß darin seinen Grund, daß sie andernfalls befürchten, es möchte der Abgang eines ihrer Geistlichen nicht leicht ohne Opfer von ihrer Seite zu ersetzen sein, da jetzt keine neuen Geistlichen in der Kölner Diözese geweihet werden und ein angestellter Geistlicher bei den geringen Einkünften hiesiger Stellen auch nicht hierher kommen dürfte. Dies ist die Summe aller Teilnahme der hiesigen Katholiken an den kirchlichen Wirren, und daß letztere hier keine unangenehme Wirkung äußern, ist Folge der Liebe zum Könige und dem Vaterlande, wovon meine Verwalteten beseelt sind und ihre Zuversicht, daß Se. Maj. ... nichts tue und wolle, was mit Recht die höchsten Interessen der Untertanen gefährden könne" (St. A. Düsseldorf, Landratsamt Wipperfürth 326, 1. März 1839). Demgegenüber heißt es über die Bürgermeisterei Kürten (ebd., 12. März 1839): „... Die allgemeine Volksstimme beklagt sich über die Gefangennehmung des Erzbischofes von Köln und spricht sich dahin aus, durch die belgische und holländische Angelegenheit werde dieser Punkt zum Nachteil unseres ... Königs berichtigt werden".

[95] Vgl. Qu. 188a; 188c; 188g.

[96] Vgl. oben S. 212 Anm. 84.

[97] Vgl. oben S. 168; 209.

aktiven Laien und vor allem der katholische Adel). Dagegen wurde die Masse der Bevölkerung von der Aufregung offensichtlich in recht unterschiedlichem Maße erfaßt. Das Verhalten dieser sich an die „Kernzone" anschließenden Bevölkerungsgruppen war allem Anschein nach in stärkerem Maße Stimmungsschwankungen unterworfen und reichte von Indifferenz bis zur Hysterie, von der gelegentlichen Teilnahme an Ausschreitungen bis zur begeisterten Begrüßung des Kronprinzen.

Wenn daher einer der prominentesten Streiter auf katholischer Seite, Joseph Görres, der Haltung der Bevölkerung im Kirchenkampf hohes Lob zollte [98] und sich in katholischen Kreisen die Auffassung von einer von der gesamten damaligen katholischen Bevölkerung der Rheinprovinz demonstrativ herausgekehrten Haltung des Widerstands bildete [99], so müssen gegenüber einer solchen Anschauung erhebliche Einwendungen gemacht werden. Am ehesten kann von einer relativ umfassenden Mißstimmung bzw. oppositionellen Haltung gegenüber dem Gouvernement noch von Ende 1837 bis Ende 1838 in Münster und Paderborn und im Herbst 1838 in der Rheinprovinz die Rede sein, während man sonst wohl nicht selten von einer „harmonischen Vereinigung der Meinungen und Überzeugungen der Gesamtheit des Volks" [100] in unterschiedlichem Maße entfernt war. Was unter diesem Aspekt die — selbstverständlich auch zu berücksichtigende — positive Haltung zum Staat betrifft, so schlug das Pendel der „öffentlichen Stimmung" wohl anläßlich der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. und seiner Konzessionen am stärksten in diese Richtung aus.

Möglicherweise hat die Reaktion gewisser Bevölkerungskreise zu der vielfach kritisierten schwankenden Haltung der preußischen Regierung beigetragen, die nach dem entschlossenen Vorgehen gegen den Erzbischof in der Folgezeit Inkonsequenz, Unsicherheit, Verwirrung und Hilflosigkeit an den Tag gelegt habe [101]. Weder schickte man sich an, den Prozeß gegen Droste-Vischering zu eröffnen, noch setzte man ihn in Freiheit; man ließ die Invektiven Roms über sich ergehen, ohne auch nur einmal mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu drohen. Offen-

---

[98] „Und dies Volk selber, es hat im Anfang, im Verlaufe und bis zum Ende sich preiswürdig und gut gehalten ... Und was hat man im Laufe der Begebenheit nicht alles aufgeboten, um diesen Volksinstinkt zu trüben und zu verwirren? ... Vergebene Mühe" (Görres, Kirche und Staat nach Ablauf der Cölner Irrung S. 20 f.).

[99] So sprach z. B. der Chefredakteur Dr. Cardauns in einer Rede auf der XXXIV. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Trier (1887) davon, daß die Reaktion auf die päpstliche Allokution vom 10. Dez. 1837 donnernder Jubel gewesen sei, wie man ihn seit Menschenaltern im katholischen Deutschland nicht mehr vernommen habe: „Der ganze, so lange verborgene Schatz der Liebe zur Kirche der Väter, der ganze nur eingeschlummerte, nicht erstorbene katholische Instinkt, auch die Abneigung gegen eine Regierung, die in 22 Jahren noch keine feste Wurzel gefaßt hatte und jetzt das Gefühl des Volkes an seiner empfindlichsten Stelle traf. — Das alles machte sich Luft in einer förmlichen Explosion; das ganze (!) Volk hat entschlossen Stellung genommen, der Adel, die Bürger und die Bauern. Da werden in Aachen die Winterfestlichkeiten abgesagt, das Volk strömt zu Tausenden (!) in die Kirche, um für den gefangenen Erzbischof zu beten; da bildet sich in Köln als erste katholische Gesellschaft der Clemens-August-Verein, der damals noch in geheimen Sitzungen tagen mußte und ein geheimes Archiv in dem großen Kamin des Bartmannschen Hauses auf dem Heumarkt besaß" (Verhandlungen der XXXIV. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Trier vom 28. August bis 1. September 1887. hrsg. von dem Lokalkomitee zu Trier, Trier 1887, S. 200).

[100] Vgl. oben S. 9.

[101] Brieden S. 685; Maurenbrecher S. 95; Qu. Nr. 131.

sichtlich war man weitgehend dem Immobilismus verfallen. Gewiß, es bekundeten sich Ansätze, um den Wünschen der katholischen Bevölkerung in stärkerem Maße gerecht zu werden (vgl. unten S. 474 f.). Aber im Grunde geschah doch, abgesehen von der Ansetzung des Prinzenbesuchs (1838) und der Kronprinzenreise (1839) sowie gelegentlichem von der Regierung geförderten, aber meist nicht überzeugendem Schrifttum, wenig Effektives, um der ultramontanen Propaganda das Wasser entscheidend abzugraben. So sind denn auch die sichtbaren Höhepunkte der Erregungsphasen, die für weite Teile der Bevölkerung, vielleicht sogar für „die Mehrzahl der die Öffentlichkeit ausmachenden Menschen“ [102] typisch gewesen zu sein scheinen, durchaus nicht als Reaktionen auf neue Provokationen der preußischen Staatsregierung anzusehen, sondern vielmehr zum Teil durch päpstliche Allokutionen eingeleitet worden [103] (Dezember—Januar 1837/38, Herbst 1838), zum Teil auch durch örtliche Verhältnisse mit bedingt (Koblenz, Kleve). Seit Anfang des Jahres 1839 konnte man indes den Eindruck gewinnen, als ob große Teile der Bevölkerung langsam das Interesse an den kirchlichen Auseinandersetzungen verlören (abgesehen von einigen linksrheinischen Distrikten des Regierungsbezirks Düsseldorf). Der Kronprinzenbesuch fiel offensichtlich in eine sich anbahnende Beruhigungsphase. Die Anwesenheit des populären Thronfolgers tat ein übriges. Bot sich äußerlich im Herbst 1839 gegenüber dem Vorjahr ein wesentlich ruhigeres Bild dar, so bekundete sich eine gewisse weiterschwelende Opposition jedoch in deutlichen Erfolgen ultramontaner Kandidaten bei den Landtagswahlen. Führten dann im Juni 1840 der Thronwechsel, die Spannungen mit Frankreich und die Konzessionen Friedrich Wilhelms IV. zu einem deutlich erkennbaren weiteren Stimmungsaufschwung im Sinne der Staatsführung, so erwies sich im Frühjahr und Sommer 1841 angesichts der sich verzögernden Einigung der preußischen Staatsregierung mit Rom, daß die ultramontane Opposition im Kern nach wie vor ungebrochen war und, vor allem in der Rheinprovinz, auch wieder einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung an sich zu ziehen vermochte.

3. Auswirkungen des Verhaltens der Bevölkerung auf die Maßnahmen der preußischen Staatsführung?

Die Reaktion von Bevölkerung und öffentlicher Meinung bzw. Volksstimmung ist, schon vom Dezember an, offenbar nicht ohne Eindruck auf die Provinzialadministration, den Berliner Hof und die preußische Staatsregierung geblieben. Die Berichte und Analysen über die „öffentliche Stimmung“ nahmen während dieser Krisenzeit erheblich an Umfang und Durchdringung der Materie zu und erfuhren für die verschiedensten Ministerien eine mehrfache Vervielfältigung. Daß sie mit Aufmerksamkeit gelesen wurden, unterliegt wohl keinem Zweifel. So trat auf Anordnung des Königs am 3. Dezember 1837 in Berlin eine Kommission zusammen, um „die bekanntgewordenen Desiderien der katholischen Bevölkerung“ zu er-

---

[102] Vgl. oben S. 9.

[103] Die Einflußnahme des Papstes ist also nicht gering anzuschlagen (vgl. auch Buchheim, Ultramontanismus und Demokratie S. 27).

örtern [104]. Dabei sprach sich vor allem der Innen- und Polizeiminister von Rochow dafür aus, den Wünschen und Beschwerden im Hinblick darauf, daß die „um sich greifende Verstimmung der Katholiken in den Rheinlanden und in Westfalen unter dem Einflusse ausländischer Aufwiegelungsversuche leicht gefährlich werden könnte“ [105], nach Möglichkeit gerecht zu werden [106]. Die Verhandlungen und Beratungen über die kirchliche Gesetzgebung in Preußen sollten sich indes über Jahre hinziehen [107]. Eine deutliche Konzession gegenüber den katholischen Forderungen zeigte sich allerdings bereits in einem Ministerialreskript Altensteins vom Februar 1838, das die durch die Berliner Konvention von 1834 erreichte Regelung insofern preisgab, als es künftighin den Geistlichen lediglich untersagt wurde, sich ein förmliches Versprechen der katholischen Kindeserziehung erteilen zu lassen; dagegen seien „bescheidene Erkundigungen über diesen Punkt dem katholischen Seelsorger nicht verboten“ [108]. Die Dezemberunruhen in Münster sollen auch Bunsen eingeschüchtert und ihn zeitweise zu einem zaghaften Auftreten in Rom veranlaßt haben [109]. In diesem Zusammenhang bemerkte auch Altenstein in einem Schreiben an Rochow vom 25. Juli 1838, die Volksstimmung sei bei dem Kampfe mit Rom, der noch lange fortdauern werde, „von großer Bedeutung“ [110]. Dem Gouvernement, so heißt es ebenfalls in einer Denkschrift Altensteins, Rochows und Werthers vom 10. November 1838 [111], müsse vor allem auch daran gelegen sein, „daß der Friede in der katholischen Kirche des Inlandes wiederhergestellt und eine Beruhigung der Gemüter herbeigeführt“ werde. Das „so gewährte Gute“ werde „sicher wirken, und zwar um so mehr, je weniger es den Anschein gewinnt, als werde damit ein Effekt beabsichtigt“.

Auch Karl Gutzkow, aufmerksamer Beobachter des Kölner Ereignisses und seiner Auswirkungen, glaubte wahrnehmen zu können, daß die preußische Staatsregierung offenbar die Notwendigkeit empfinde, „die Gemüter am Rheine zu schonen“; denn sonst würde sie schwerlich so viel Nachsicht gegen diejenigen bezeigen, „welche offenbar geistlich oder weltlich an der Lenkung der öffentlichen Stimmung beteiligt“ seien: „Der Fanatismus des platten Landes, dessen Bewohner in die Städte dringen, um ihre angehenden Heiligen zu schützen, läßt sich durch kein Mittel auf der Welt, und am wenigsten durch ein gewalttätiges, beruhigen. Es machte dem Ministerium Ehre, daß es das Außerordentliche des Momentes anerkennt und gegen die vielen ungesetzlichen Äußerungen, die fallen mögen, und die offenkundig gewordenen Tumulte mit nachgiebiger Schonung, namentlich nicht mit langwierigen Untersuchungen und schnöden Polizeimeistereien verfährt. Es wird noch mehr geschehen müssen; die Blätter werden vollkommene Freiheit erhalten, den Gegenstand nicht bloß zur Sprache, sondern auch zur Beurteilung zu bringen . . .“ [112]

---

[104] DZA Merseburg 2. 2. 1. Nr. 22752 Bl. 7—8 v.
[105] Ebd. Bl. 3.
[106] Ebd.
[107] Ausführlichere Darstellung in Teil 2.
[108] Brieden S. 685 f.
[109] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 87, Gesandtschaftsberichte aus Berlin Nr. 354, Ber. Wilckens vom 11. März 1838.
[110] DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A IV c 2 Nr. 1 vol. III.
[111] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 3 vol. 11.
[112] Die rote Mütze und die Kapuze S. 118 f.

Auch bei den Berufungen leitender Beamter wie Ruppenthal und Gerlach wird die Rücksichtnahme auf Popularitätsgewinn bei der rheinischen Bevölkerung deutlich erkennbar. Allerdings waren die Verhältnisse trotz aller unliebsamen Störungen und Vorfälle nicht derart zwingend gewesen — immerhin war die Funktionsfähigkeit der kirchlichen Verwaltung weitgehend erhalten geblieben —, um den in den Zustand eines ziemlichen Immobilismus verfallenen König zu einer entscheidenden Änderung in Grundsatzfragen zu bewegen. Gerade dieser Immobilismus, die vielkritisierte Lethargie, die damals die preußische Staatsführung charakterisierte, bedingte eine gewisse Gelassenheit gegenüber den Manifestationen der Volksstimmung, bewahrte vor einer Kurzschlußreaktion auch angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß, solange der Erzbischof nicht wieder aus der Haft entlassen und in sein Amt wiedereingesetzt war, die Stimmung in den katholischen Gebieten der Westprovinzen im Grunde „ungünstig" bleiben würde [113].

Der Nachfolger des senilen Friedrich Wilhelm III., der auf Beliebtheit bei seinen Untertanen bedachte Friedrich Wilhelm IV. aber war von vornherein entschlossen, alles, was an ihm lag, zu tun, um dem unseligen Hader zwischen dem Staate und der katholischen Kirche ein Ende zu machen [114]. Bei seiner in mancher Beziehung mittelalterlich-romantischen Staatsauffassung war Friedrich Wilhelm IV., in seiner versöhnlichen Haltung auch durch Berater wie Canitz [115] und Leopold von Gerlach wahrscheinlich bestärkt, eher in der Lage, für die Forderungen der katholischen Kirche Verständnis aufzubringen, wenn er auch den in den letzten Jahren erwachsenen Elan des Katholizismus nicht ohne Besorgnis sah [116].

Daß sein Vorhaben nicht nur im Hinblick auf die verfahrene Politik gegenüber den Katholiken, sondern auch wegen des Widerstandes protestantischer Kreise gegen die zur Beilegung des Kirchenstreites notwendigen Zugeständnisse keine leichte sein würde, blieb dabei einsichtigen Betrachtern nicht verborgen [117].

---

[113] So etwa die Auffassung des österreichischen Gesandten in Berlin in einem Bericht an Metternich vom 13. Sept. 1838 (Qu. Nr. 161).

[114] Reumont, Aus König Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen S. 116.

[115] Vgl. Canitz, Denkschriften, Bd. 1 S. 298—318.

[116] So äußerte er in einem am 21. Juni 1840 stattgefundenem Gespräch mit dem englischen Gesandten in Berlin, wie dieser berichtet, die Ansicht: „The friendship of England is necessary to me. England and Prussia are the two first Protestant countries of Europe, and the exigencies of the Catholic clergy are so preposterous and vexatious at this moment; it is important that England and Prussia should form a common bulwark in defence of Protestantism" (Public Record Office London F. O. 64/229, 3483, Ber. Lord Russells vom 21. 7. 1840).

[117] Hasenklever S. 118; Perthes S. 463. — Auch in späterer Zeit hat das Vorgehen Friedrich Wilhelms IV. von dieser Seite Kritik erfahren (Baudri: Der Erzbischof von Köln, Johannes Cardinal von Geissel und seine Zeit S. 27). Auch Varnhagen von Ense spricht in diesem Zusammenhang von der katholischen Angelegenheit, „die doch so schmachvoll erledigt worden" (Tagebücher Bd. 2 S. 12). Ebenso hat der Nationalliberale Heinrich von Treitschke die für ihn unverständliche Nachgiebigkeit getadelt: „Harmloser hatte noch nie ein Staat seine Souveränität dem römischen Stuhle preisgegeben" (Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert Teil 5 S. 298); Ähnlich Flathe S. 422 f. — Heftige Kritik übte noch Georg Kaufmann in seiner im Jahre 1900 erschienenen politischen Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert: „Während so der König die evangelische Kirche nur in Aufregung versetzte und in ihrer Entwicklung mehr störte als förderte, gab er der katholischen Kirche mit einer unbegreiflichen Leichtherzigkeit ein Recht der staatlichen Aufsicht nach dem anderen preis und innerhalb der katholischen Kirche die staatstreuen Gemäßigten dem streitbaren und fanatischen Ultramontanismus" (S. 286).

Andererseits gab es allerdings auch Stimmen in der Umgebung des Königs und in der mit dieser Frage befaßten Kommission, zu der der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Graf Stolberg, und der Fürstbischof von Breslau, Graf Sedlnitzky, hinzugezogen worden waren, welche nach der Erfolgslosigkeit der bisherigen Verhandlungen mit Rom empfahlen, „den Personen großmütige Milde" angedeihen zu lassen und „die Sachen vermittelnd auf den Status quo zurückzuführen, um von dieser Grundlage aus die Gemüter zu beruhigen und die erhobenen Streitfragen in den Hintergrund der Vergangenheit zurücktreten zu lassen" [118].

Der Tod Altensteins ermöglichte es dem König, das Kultusministerium mit einem durch die Kölner Vorgänge unbelasteten Mann [119], dem bisherigen Geheimen Legationsrat im Außenministerium, Eichhorn, zu besetzen, eine Wahl, die viel Beifall fand [120]. Ende des Jahres 1840 wurden dann weitere vom König gemachte Zugeständnisse bekannt, wie sie bisher kaum eine katholische Regierung gewagt hatte [121], die Freigabe des Schriftverkehrs der Bischöfe mit Rom [122] und — offenbar nach württembergischem Vorbild [123] wie auch nach Vorschlägen in der zeitgenössischen Publizistik [124] — die Errichtung einer katholischen Abteilung im Kultusministerium mit ausschließlich katholischem Personal und dem hochgeachteten bisherigen Staatssekretär Duesberg an der Spitze [125], von welcher man sich die besten

---

[118] Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand E 70 Verz. 31 Bü 5 Bl. 63. — Ähnlich hatte schon Leopold von Gerlach im Oktober 1838 geäußert: „Nach dem Abbrechen der Verhandlungen beendige man vollständig die Sache der gemischten Ehen, lasse den Clemens August frei und Dunin in Ruhe. Dies beruhigt die katholischen Untertanen mehr als alle Redensarten mit dem Papste" (Denkwürdigkeiten S. 76).

[119] Aus diesem Grunde soll der ebenfalls im Gespräch befindliche Oberpräsident v. Bodelschwingh unberücksichtigt geblieben sein (Jakob von Gerlach [Hrsg.]: Ernst Ludwig von Gerlach, Aufzeichnungen S. 269).

[120] Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1 Konv. 86 Fasz. 1840 Nr. 46, Ber. des Ministerresidenten Schaeffer von Bernstein, Berlin, 4. Aug. 1840.

[121] Perthes S. 463.

[122] Hierzu der Kommentar des Westfälischen Merkurs vom 26. Jan. 1841: „Preußen begibt sich hierdurch eines Rechtes, welches in allen europäischen Staaten, mit Ausnahme Belgiens, die Regierung unbestritten ausübt".

[123] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 89, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1840, Nr. 475, Ber. Wilckens v. Hohenau vom 5. Jan. 1840; Treitschke, Teil 5 S. 297. Schon in einem Brief vom 21. Nov. 1838 hatte der preußische Gesandte in Württemberg, von Rochow, die Bildung eines katholischen Kirchenrats im Kultusministerium, ähnlich wie in Württemberg, in Vorschlag gebracht (Briefe des ... Theodor Heinrich Rochus von Rochow, hrsg. von E. Kelchner u. K. Mendelssohn-Bartholdy S. 171). Auch der württembergische König hatte gegenüber Rochow diese Einrichtung wärmstens empfohlen: „Die Regierung, welche eine solche Behörde besitzt und dazu vorzugsweise die angesehensten und aufgeklärtesten Katholiken zu brauchen in ihrem Interesse findet, kann dadurch nur gewinnen. Sie erlangt einerseits dadurch bei ihren katholischen Untertanen, Geistlichen und Laien, für alle ihre Anforderungen ungleich mehr Vertrauen als außerdem, und andererseits kann sie von niemand besser beraten werden als von den Glaubensverwandten selbst" (DZA Merseburg Rep. 92 Altenstein A VI c 2 Nr. 1 vol. III Bl. 139—140).

[124] Irenäus S. 173 f., 185.

[125] Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel 12 A Neu Fb. 1 Nr. 141 Bd. 4 Bl. 1, Ber. des Ministerresidenten v. Röder vom 6. Jan. 1841; Hess. Staatsarchiv Marburg Bestand 9a Nr. 90, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1841, Nr. 542, Ber. Wilckens v. Hohenau vom 10. Jan. 1841. — Daneben war vom preußischen König die Zusage erteilt worden, in den Provinzialkollegien die Anstellung katholischer Räte für das Kirchen- und Schulwesen dort zu fördern, wo noch ein Mangel wahrgenommen werde (Friedberg, Die Grundlagen der preußischen Kirchenpolitik S. 34).

Auswirkungen für die Ausgleichung der katholischen Verhältnisse versprach [126]. Auch der in strengkirchlichen Kreisen sehr unbeliebte Bonner Universitätskurator Rehfues, seit längerer Zeit schon „den frommen Leuten ein Dorn im Auge" und daher auch an höchster Stelle in Ungnade [127], sollte dieser Welle zum Opfer fallen [128].

Wie erwartet, erwies sich das Echo auf diese Konzessionen, gegen die auch von den Liberalen offenbar keine nennenswerten Einwendungen erhoben worden sind [129], bei der Masse der Katholiken als recht günstig [130]. War hier das Bestreben nach Popularitätsgewinn bei der katholischen Bevölkerung unverkennbar [131] — dies kommt auch in der besonderen Auszeichnung, die der König den Vertretern des katholischen Adels und des Klerus bei der Huldigungsfeier in Berlin zuteil werden ließ, zum Ausdruck [132] —, so hat der König auch in der Folgezeit die Volksstimmung sorgfältig beobachtet. Wie der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Trauttmannsdorff, am 9. Mai 1841 an Metternich berichtete [133], warte der König ungeduldig darauf, daß die Verhandlungen in Rom zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht würden, damit er endlich seine schon vorbereitete Reise in die westlichen Provinzen antreten könne; offenbar befürchtete er vor einer die Katholiken zufriedenstellenden Lösung des Konflikts einen kühlen Empfang. Die auf dem Rheinischen Provinziallandtag erhobenen Forderungen in der erzbischöflichen Angelegenheit [134] sollen ihn dann sogar dazu bestimmt haben, die geplante Reise vorerst ganz zurückzustellen [135]. Zur gleichen Zeit meldete der Großherzoglich-hessische Ministerresident aus Berlin, daß man hier bitterlich über die deutschen Ultramontanen und ihren ungünstigen Einfluß auf Rom klage [136]. Die auf die sich lange hinziehende und heftige Debatte folgende Abstimmung des Rheinischen Provinziallandtags ist jedoch dann zur Zufriedenheit der Regierung aus-

---

[126] Hess. Staatsarchiv Marburg Bestand 9a Nr. 90, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1841, Nr. 542, Ber. Wilckens v. Hohenau vom 10. Jan. 1941; Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2619, Ber. des bayerischen Gesandten in Berlin vom 1. Febr. 1841.

[127] Heilig S. 30 f.

[128] Schäfer-Stein v. Kamienski S. 535 f.

[129] „Die Liberalen schalten wenig, weil ihre Lieblinge, die Rheinländer, zufrieden waren und die Sonne ja noch immer im Westen aufging; dem jungen Radikalismus endlich schienen alle kirchlichen Fragen lächerlich" (Treitschke, Teil 5 S. 302).

[130] Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2619, Ber. des bayerischen Gesandten in Berlin vom 31. Jan. 1841; vgl. ferner oben S. 295 ff.; 446.

[131] Maurenbrecher S. 102.

[132] „Sa Majesté a voulu gagner et influencer le clergé et la noblesse catholique dans les provinces du Rhin et de la Westphalie. Le plus grand nombre de grâces accordées a été pour eux, de même que les plus grands frais d'amabilité et de distinction" (Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2618, Ber. des bayer. Gesandten aus Berlin, 21. Okt. 1840).

[133] H. H. St. Wien, Gesandtschaft Berlin Kart. 90, Berichte 1841, I—IV.

[134] Vgl. oben S. 301 ff.

[135] St. A. Detmold D 72, Nachlaß Eschenburg Nr. 19, Ber. des Ministerresidenten v. Röder vom 22. Juni 1841 aus Berlin; Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel, Kgl. Hausarchiv Abt. Gmunden, Z 29 Nr. 96, Ber. des hannoverschen Gesandten aus Berlin vom 7. Juli 1841. — Letzterer sieht das Verhalten der nicht unbeträchtlichen oppositionellen Gruppe auf dem Rheinischen Provinziallandtag im Rahmen des allgemein in Europa und besonders in Deutschland rapide zunehmenden Oppositionsgeistes und bedauert den Mangel an Festigkeit auf Seiten der Souveräne, deren Streben nach Popularität sie an entschiedenen Gegenmaßnahmen hindere (ebd.).

[136] Hess. Staatsarchiv Darmstadt Abt. 1 Konv. 86 Fasz. 1841 Nr. 29, 26. Juni 1841.

gefallen („un rude échec pour l'Archevêque de Cologne“ [137]) und soll auf den Fortgang der Verhandlungen in Rom einen für den preußischen Standpunkt günstigen Einfluß ausgeübt haben [138].

Daß die preußische Regierung den „rückgängigen Bewegungen“, d. h. dem strengkirchlichen Katholizismus, gezwungenermaßen erhebliche Konzessionen habe machen müssen, spricht auch der Vortragende Rat im Kultusministerium, Gerd Eilers, in einer Denkschrift mit größtem Bedauern aus [139].

Zieht man ein Fazit aus diesen Vorgängen, so zeigt es sich, daß die „öffentliche Stimmung“ — und diese Auffassung steht offensichtlich auch hinter den konsequent durchgeführten Stimmungsberichten — als „möglicher Reibungswiderstand der Regierungs- und Verwaltungspraxis“ durchaus ins Gewicht fiel, daß man aber, ganz im modernen Sinne [140] wohl glaubte, sie nach Maßgabe der, wenn auch nach dem damaligen Stand naturgemäß nur rudimentären Meinungserforschung mit angemessenen Mitteln manipulieren zu können und daß sich Monarch, Staats- und Provinzialregierung keineswegs primär als Exekutivorgane der öffentlichen Meinung verstanden, vielmehr als „Herrschende“, bei denen Initiative und Entscheidungskompetenz lagen; freilich hat man die durch den Gewaltstreich gegen den Erzbischof ausgelösten Reaktionen in keiner Weise vorausgesehen und eine dementsprechende Strategie zur Beeinflussung der „öffentlichen Stimmung“, abgesehen von den Publikanda, nicht erarbeitet. Überhaupt hat man erst unter dem eine größere Sensibilität für die Volksstimmung bekundenden Friedrich Wilhelm IV. in Hinsicht einer Steuerung von Volksstimmung und öffentlicher Meinung eine deutliche Aktivität entwickelt, während, wie bereits betont, unter dem alten König der Staatsapparat sich einer gewissen Lethargie zu nähern schien.

4. Stärkung der strengkirchlichen Bewegung durch den Kirchenkampf

Nach vollzogenem Vergleich mit Rom konnte sich der König endgültig als Versöhner von Staat und Kirche feiern lassen [141]. War es ihm damit auch gelungen, für einige Jahre „den Wind aus den Segeln der ultramontanen Parteibildung“ zu nehmen [142], so war doch der Auftrieb, den die katholische Bewegung in den Jahren des Kampfes erfahren hatte [143], die Steigerung ihres Selbstgefühls [144], für die Zeit-

---

[137] Archives du Ministère des Affaires Etrangères Paris, Correspondance Diplomatique, Prusse 294, Ber. des französischen Gesandten, Berlin, 3. Juli 1841.

[138] Ebd.; Geh. Staatsarchiv, München, M A III 2619, v. Gunderode an den bayer. König, Berlin, 3. Aug. 1841.

[139] Vgl. Qu. Nr. 285.

[140] Vgl. J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, 4. Aufl. 1969, S. 264.

[141] Vgl. oben S. 307 ff.

[142] Hansen, Mevissen S. 235.

[143] Jakob von Gerlach [Hrsg.]: Ernst Ludwig von Gerlach, Aufzeichnungen S. 280. — Nicht unzutreffend bemerkt in diesem Zusammenhang ein Zeitgenosse: „Das große Ereignis des 20. Nov. hat in bezug auf die Katholiken vielfach gerade die entgegengesetzten Wirkungen hervorgebracht. Wie ein elektrischer Schlag ergriff es die Herzen. Eifer und Frömmigkeit fanden neuen, kräftigen Impuls; das erloschene Glaubensfeuer der Laueren wurde vielseitig wieder angefacht, und viele, die gleichgültig gegen Religion und Kirche oder ihr gar entfremdet geworden waren, wurden wieder zu ihren Altären, zu ihren Kanzeln zurückgeführt“ (Götz S. 49 f.). — Görres will sogar in Erfahrung gebracht haben, daß Friedrich Wilhelm III. in Teplitz Metternich gegenüber geäußert habe, „er sei zu falschen Schritten hingerissen worden, er habe in

genossen unverkennbar. Wallfahrten und Prozessionen erfuhren einen Zulauf wie selten zuvor [145]. Daß der orthodoxe Katholizismus äußerlich offensichtlich enorme Fortschritte gemacht hatte, fiel auch Venedey bei seinem Besuch in Köln im Oktober 1845 auf [146]. Auch das katholische Vereinsleben (Xaverius-, Borromäusverein) nahm einen unverkennbaren Aufschwung [147]. Bedeutung kommt in diesem Zusammenhange ferner der Tatsache zu, daß auch die gebildeten Schichten in zunehmendem Maße von der strengkirchlichen Bewegung erfaßt wurden [148] und damit die auch unmittelbar vor dem Kölner Ereignis immer noch bestehende latente Gefahr eines vor allem bildungs- und schichtenspezifisch bedingten Auseinanderstrebens des Katholizismus gebannt wurde, eine Entwicklung, deren Folgen von großer Tragweite geworden sind, leitete sie doch einen radikalen Bruch mit liberalen und ökumenischen Ansätzen ein, wie sie erst in unseren Tagen wieder sichtbar werden. Ebenso dürfte das Kölner Ereignis wesentlich dazu beigetragen haben, daß es mit dem Hermesianismus in der Folgezeit erheblich bergab ging [149], während gleichzeitig in die damals noch mit großem Einfluß auf weite Bevölkerungskreise verbundene Stellung des Geistlichen in stärkerem Maße Anhänger der ultramontanen Richtung eingerückt sein dürften.

Dazu, daß der in der Zeit des Kirchenkampfes erwachsene Elan nicht erlahmte [150], soll auch die wenig veränderte Haltung der alten Bürokratie mit ihrem ausgeprägten protestantischen Bewußtsein beigetragen haben, die den Bemühungen des Königs um eine angemessene paritätische Behandlung der katholischen Angelegenheiten wenig Unterstützung habe teilwerden lassen [151]. Es heißt, nach wie vor seien

---

seiner Eigenschaft als Protestant einen großen Fehler begangen; denn nie habe der Katholizismus in seinen Staaten solche Fortschritte gemacht wie seit der unglücklichen Kölner Geschichte" (Görres, Gesammelte Briefe S. 505 f.).

144 So soll Stolberg nach einer Bereisung der westpreußischen Domänen dem König gegenüber die Ansicht vertreten haben, die katholischen Polen träten hier höchst übermütig auf und äußerten unverblümt die Ansicht, heute müsse man katholisch sein, um bei Hofe etwas zu gelten. Ähnlich soll ein konvertierter Franziskanerpater bei einem Besuch süddeutscher Höfe verkündet haben, am Berliner Hofe könne die römische Kirche alles durchsetzen (Treitschke, Teil 5 S. 302 f.).

145 Loebell, Historische Briefe S. 380—382; ferner: oben S. 136; 266 f; 437 f.; Qu. Nr. 179.

146 Venedey, Vierzehn Tage Heimathluft S. 180 f.

147 Buchheim, Ultramontanismus und Demokratie S. 53; vgl. auch Qu. Nr. 286.

148 Allerdings zweifelte Venedey z. B. an einem echten Gesinnungswandel der „rein passiven" Katholiken. Die Anlehnung an die Orthodoxen erfolge allein aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen (Vierzehn Tage Heimathluft S. 188). Mag das auch für die ältere Generation in gewissem Maße zutreffen, so dürfte diese äußerliche Anlehnung jedoch dazu beigetragen haben, daß die jüngere Generation in weniger kritischer Distanz zur Orthodoxie und zum Ultramontanismus heranwuchs.

149 Kappen, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit S. 119.

150 Buchheim, Grundlagen und Anfänge des politischen Katholizismus S. 1234.

151 So heißt es auch in einem Bericht Trauttmannsdorffs aus Berlin vom 2. Dez. 1844: „Der König wollte die Katholiken in der Ausübung ihrer Religion ungekränkt wissen; auch haben sie nicht selten an der Person des Königs eine Stütze gefunden, deren sie früher auf dieser Höhe entbehrten; allein Behörden und Unterbeamte verfolgten gegen sie fortan ein System der Mißgunst, des Mißtrauens und der kleinlichen Beeinträchtigung. Für diese bleibt Jesuitismus, hierarchisches Übergreifen etc. der Popanz, gegen welchen sie in jeder Art ankämpfen, dem sie jeden Zollbreit streitig machen zu müssen glauben. Der äußere Friede zwischen Katholiken und Protestanten wurde indes aufrecht erhalten, bis vor kurzem der sogenannte Priester Ronge, der Mann des Tages ... seine Brandfackel in die deutsche Kirche schleuderte" (H. H. St. Wien Staatskanzlei Preußen, Korrespondenz Fasz. 217 Nr. 144).

Katholiken von maßgebenden Regierungsstellen ferngehalten worden, was von Liberalen wie Heinrich von Sybel, der die Effizienz von Hochschulen, Schulen und Verwaltung durch die mögliche Festsetzung eines starren Proporzes bedroht sah, allerdings bestritten worden ist [152]. Auch in der Dotation bestehender [153] und bei der Ausstattung neueingerichteter [154] Pfarren sollen in einzelnen Fällen die Protestanten weiterhin bevorzugt worden sein.

Demgegenüber stellte der Aachener Regierungspräsident Wedell jedoch fest, daß man von den alten Klagen über Ungerechtigkeit gegen die katholische und Bevorzugung der evangelischen Kirche immer mehr ablasse [155]. Auch nach den Worten des namhaften katholischen Theologen liberaler Richtung Franz Xaver Kraus hat sich die katholische Kirche nach 1840 „in keinem Lande Europas, selbst nicht in den katholischen Staaten, besser befunden als in Preußen“ [156].

Wie hellhörig man in weiten Kreisen gegen jegliche als Einengung kirchlicher Rechte erscheinende Reformversuche geworden war, zeigte sich auch 1843, als das Vorhaben der preußischen Staatsregierung, das Rheinische Recht umzugestalten, zu einer Welle heftiger Erregung unter der rheinischen Bevölkerung führte [157]. Besondere Bestürzung hatte dabei ein Kapitel über die Bestrafung der Geistlichen hervorgerufen. Den Kriminalgerichten sollte nämlich die Befugnis beigelegt werden, auf Amtsentsetzung gegen Geistliche zu erkennen. Nach den Worten eines Zeitgenossen handelte es sich bei diesen Auseinandersetzungen um nichts weniger als einen Nachklang der kaum seit Jahresfrist beendigten Kölner Wirren [158]. Offenbar hatte die preußische Staatsregierung jedoch die Lektion der vergangenen Kampfjahre noch nicht zur Genüge gelernt und die Reaktion der Bevölkerung wieder einmal unterschätzt, obwohl die Experten für das Rheinische Recht im Justizministerium wie z. B. Ruppenthal schon größtmögliche Rücksicht auf die rheinischen Verhältnisse genommen [159], aber offenbar die aus den Kampfjahren herrührende Überempfindlichkeit der rheinischen Katholiken in bezug auf ein Vorgehen staatlicher Organe gegen Geistliche unterschätzt hatten [160]. Dabei drohten

---

[152] Die politischen Parteien in der Rheinprovinz S. 26—28.

[153] So habe der protestantische Pfarrer in Heinsberg für die Pastoration der protestantischen Einwohner in Saeffeln und Wehr aus der Staatskasse jährlich 130 Tlr. erhalten; dabei hätten sich in Saeffeln nur 11 Protestanten befunden, während in Wehr nicht ein einziger gelebt habe (Rudolphi S. 124).

[154] So seien vor den fünfziger Jahren in Saarburg für 80 Protestanten und im Kreise Merzig für 100 Protestanten mit 7000 Tlr. aus Staatsmitteln protestantische Pfarreien errichtet worden (ebd.).

[155] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 1651 S. 721.

[156] Zitiert bei Wegener S. 69.

[157] Klein, Die Kölner Regierungspräsidenten S. 79 f. — Über den Eklat auf dem Festmahl des Provinziallandtags vgl. auch Küster S. 20—22.

[158] Schorn S. 173 f.

[159] Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 70 Verz. 31 Bü 6, Ber. v. Lindens aus Berlin vom 8. Juli 1843; Krüger S. 20.

[160] So berichtet z. B. Trauttmannsdorff, daß ihm von einem Berliner Geschäftsmann, der mit den Verhältnissen in der Rheinprovinz genau bekannt sei, als Hauptursache, warum der Entwurf des Strafgesetzbuches von den rheinischen Ständen auf so eklatante Art abgelehnt worden sei, geschildert worden sei, daß bei den auf Grund der vorhergegangenen Mißgriffe der Regierung in den kirchlichen Fragen in der Rheinprovinz vorherrschenden Tendenzen keine Bestimmung hätte anstößiger erscheinen können als die vorgesehene Überweisung der Geistlichkeit an die Ziviltribunale, und dieser Punkt allein, abgesehen von allen anderen beabsichtigten Modifikationen, sei

die stürmischen Demonstrationen vor allem aus dem Grunde für die Regierung gefährlich zu werden, weil die schon während der Kölner Wirren zu beobachtenden Ansätze eines Bündnisses von Ultramontanen und Liberalen bei dem diesmal im Vordergrunde stehenden Engagement für das Rheinische Recht zu einem engen Zusammenwirken der beiden Parteien geführt haben soll [161].

Aus diesen Erscheinungen hat man geschlossen, daß das „rheinische Volk" auch nach der Beilegung der Kölner Wirren „im Zustand der Erregung" geblieben sei [162]. Ebensowenig seien die in den Kampfjahren hervorgerufenen Ressentiments gegen den preußischen Staat in der Folgezeit gänzlich geschwunden [163]. Freilich dürfte dies auf weite Bevölkerungsteile nur mit Abstufungen zutreffen, sowohl in den labilen wie auch in den relativ indifferenten Zonen; vor allem im letzteren Bereich dürfte für die nicht selten weitgespannte Zielsetzung der kirchenkämpferisch gesinnten Ultramontanen [164] in normalen, ruhig verlaufenden Zeiten wenig aktive Unterstützung zu erwarten gewesen sein. Es kann jedoch nicht abgestritten werden, daß es zeitweise den Anschein hatte, als ob den Strengkirchlichen der Durchbruch zur Massenbewegung gelungen sei. So veranlaßte z. B. die Aufstellung einer Reliquie, des heiligen Rockes Christi in Trier, im Jahre 1844 Massenwallfahrten von unerhörtem Umfange, die zugleich als politische Demonstration für die Freiheit der Kirche aufgefaßt wurden [165]. Ähnlichen Charakter besaßen offenbar auch die Aachener Heiligtumsfahrten von 1839 und 1846 [166]. Ein auffallendes Echo fand auch die für den Staat in einer Reihe von Passagen provozierende Schrift Droste-Vischerings „Über den Frieden unter der Kirche und den Staaten" (1843), wurde sie doch nach den Worten des hessischen Ministerresidenten in Berlin, von Doernberg, „von einem weiten Publikum mit Begierde aufgenommen",

---

schon hinreichend gewesen, „die Ablehnung des Vorschlages mit großer Einstimmigkeit herbeizuführen" (H. H. St. Wien, Staatskanzlei Preußen, Korrespondenz Fasz. 216 Nr. 8 B Berlin, 23. Jänner 1844).

[161] Klein, Die Kölner Regierungspräsidenten S. 79 f.

[162] Buchheim, Ultramontanismus und Demokratie S. 53; Qu. Nr. 286. — Über die warme Teilnahme der katholischen Bevölkerung an dem Schicksal O'Connell's vgl. ebd.

[163] So blieb z. B. das bedrückende Erlebnis des Kölner Ereignisses für den Freiherrn Max v. Böselager zu Höllinghofen zeitlebens unvergeßlich und führte schließlich im Zusammenhang mit anderen Motiven dazu, im Jahre 1881 aus dem preußischen Untertanenverband auszuscheiden und nach England auszuwandern (Fr. von Klocke, Geschichte des Geschlechtes von Böselager [Mscr., im Besitze von Frau von Klocke, Münster] S. 40—44). Auch der Breslauer Domkapitular Franz Lorinser berichtet in seinen 1891 veröffentlichten Erinnerungen, daß durch das Kölner Ereignis, dessen Umstände auf seine eigene Gesinnung und seinen weiteren Lebensweg einen unverkennbaren Einfluß ausgeübt hätten, ein derartiger Grad von Mißtrauen unter den Katholiken gegen die preußische Regierung hervorgerufen worden sei, daß dieses Gefühl selbst nach den dazwischenliegenden Jahrzehnten noch keineswegs gänzlich geschwunden sei (Aus meinem Leben I S. 154, 158).

[164] Welche Anschauungen bei extremen Vertretern dieser Richtung vorgewaltet haben mögen, deutet ein Brief des zwar in Bayern lebenden, aber mit rheinischen Ultramontanen weiterhin in engem Kontakt stehenden Clemens Brentano an. So schreibt er im Mai 1840 an seinen Bruder Franz: „Es gewährt eine erschütternde Betrachtung, wenn wir auf keinem Thron eine Regierung sehen, die rein und ganz unbedingt ihr Volk katholisch führt"; dennoch erwarte er nach großem Elend „Sieg und Wiedergeburt der Kirche" (Gesammelte Werke Bd. 2 S. 389).

[165] Küster S. 59 f.; Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland S. 98; Flathe S. 432.

[166] Schiffers, Das katholische Aachen im Wandel der Jahrhunderte S. 88.

so daß die erste Auflage in Höhe von 5000 Exemplaren in kürzester Zeit vergriffen war [167]. Auch erreichte die durch die Rongeschen Auseinandersetzungen um den Hl. Rock zu Trier entfachte konfessionelle Aufregung im Frühjahr 1845 einen derartigen Grad, daß selbst die Verfassungserörterungen auf den preußischen Provinziallandtagen demgegenüber in den Hintergrund traten [168]. Danach scheinen sich indes die konfessionellen Spannungen wieder vermindert zu haben. Jedenfalls gelangt der Aachener Regierungspräsident Wedell in einem Bericht vom 30. September 1847 zu dem Ergebnis, in der „Geisteshaltung und Gesinnung der Geistlichkeit" gegenüber den „leidenschaftlichen Bewegungen der Vorjahre eine allmähliche Rückkehr zu ruhiger und gedeihlicher Besonnenheit wahrzunehmen" [169]. Insbesondere bessere sich die Stimmung gegen die Staatsregierung in erfreulicher Weise. Nur der jüngere Nachwuchs mache sich durch engherzige Übertreibung, Unduldsamkeit und Mißtrauen gegen das Gouvernement bemerkbar [170]. In politischen Fragen vertrete die katholische Geistlichkeit jedoch überwiegend und mitunter sehr entschieden das konservative Element. Auch zolle „ihr größerer Teil und mit ihr ein größerer Teil des Volkes ... dem bestimmtern Hervortreten der positiv christlichen Staatsmaximen unverhohlen ihre Anerkennung". Auf der anderen Seite klagte, z. B. in Westfalen, die protestantische Bürokratie über zunehmende Arroganz und Anmaßung des katholischen Klerus, dem die Staatsregierung nicht mit der gewünschten Festigkeit entgegentrete, der tun und lassen könne, was er wolle und der vor allem dahin strebe, das Schulwesen in seine Hand zu bekommen und dessen in den zwanziger und dreißiger Jahren unverkennbar sich entfaltenden liberalen Geist mittelalterliche Fesseln anzulegen [171], was nach der überspitzten Formulierung Heinrichs von Sybel dahin geführt haben soll, daß die Erziehung der Jugend völlig in die Hände der offenbar mehr und mehr der strengkirchlichen Bewegung zuzurechnenden Geistlichen gelangt sei („Hier wuchs die Generation auf, die heute auf Kommando der Pfarrer in geschlossenen Gliedern zur Wahlurne zieht.") [172].

Traten also gemäßigte und kirchenkämpferische Gesinnung unter der Bevölkerung regional und zeitlich in unterschiedlichen Graden hervor, so war doch nicht zu verkennen, daß der Zeitgeist gegenüber dem Zustand der zwanziger und frühen

---

[167] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 92, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1843 Nr. 57, 3. Juli 1843. — Demgegenüber bemerkte allerdings die Regierung Münster im Zeitungsbericht für Mai und Juni 1843, daß diese Schrift in ihrem Bereich „im allgemeinen wenig Anklang" gefunden habe (St. A. Münster, Oberpräsidium Nr. 352 vol. VII).

[168] Hess. Staatsarchiv Marburg, Bestand 9a Nr. 94, Gesandtschaftsberichte aus Berlin 1845 Nr. 9, Ber. Doernbergs aus Berlin vom 4. März 1845.

[169] St. A. Koblenz Abt. 403 Nr. 165[I] S. 720.

[170] Ebd.

[171] Vgl. Qu. Nr. 285. — Schlimmsten Befürchtungen im Hinblick auf die künftige Entwicklung in der katholischen Kirche gab auch ein Korrespondent in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 1. Juli 1841 Ausdruck: „Was jetzt im Katholizismus herrscht, was sich frei entwickeln darf, das ist der Ultramontanismus, der allen Staaten, namentlich den protestantischen feindselige, der kein Recht des Staates als nur nach der Interpretation und Beschränkung der Kirche anerkennt; der still für sich, im Innern jede protestantische Berechtigung leugnet ... Diesen Katholizismus lasse man nur einige Decennien sich frei entwickeln; man wird staunen über das, was sich heraus entwickelt".

[172] Klerikale Politik im 19. Jahrhundert S. 85.

dreißiger Jahre eine wesentliche Wandlung erfahren hatte. Nicht nur war zwischen den beiden Konfessionen ein erhebliches Auseinanderrücken festzustellen [173], auch auf den Rheinischen Provinziallandtagen z. B. entzündeten kirchenpolitische Streitfragen rasch die Leidenschaften in einem Maße, wie es vor 1837 nicht festzustellen gewesen war [174]. Vor allem der katholische Adel ließ es sich weiterhin angelegen sein, das Programm der ultrakatholischen Partei mit Nachdruck und Leidenschaft zu vertreten, so daß der Fürst Ludwig von Solms-Lich, der sich als Landtagsmarschall durch seine unparteiliche Haltung verdient gemacht hatte, aus Widerstreben gegen den sich erneut abzeichnenden konfessionellen Hader zum 13. Provinziallandtag (1858) selbst nicht mehr erschien, sondern den Rittergutsbesitzer von Müller aus Metternich als Vertreter entsandte. Dieser faßte die Lage in folgendem Urteil zusammen: „Die konfessionelle Spaltung, durch die katholischen Mitglieder des zweiten Standes hervorgerufen, ist mit jedem Jahre schroffer geworden, bis es dahin gekommen ist, daß wir Evangelische bei den letzten ritterschaftlichen Wahlen absichtlich, mit offener Angabe des Grundes, beseitigt wurden, so daß die Evangelischen des Rheinlandes nur noch durch einen Abgeordneten des zweiten Standes, dessen Mandat noch nicht abgelaufen, vertreten sind“ [175].

Schließlich soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß der neuerwachte Elan des Katholizismus im Jahre 1848 zu der Forderung völliger Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche vom Staat führte [176].

Zu den folgenreichsten Ergebnissen des Kirchenkampfes dürfte auch die Zerstörung des zu Beginn der dreißiger Jahre sich konstituierenden Bündnisses zwischen Vertretern der lutherischen Hochorthodoxie und konservativen Katholiken gehören [177]. Blieb der katholische Adel im Rheinland und in Westfalen etwa, wie es seiner Interessenslage entsprach, in gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Hinsicht auch weiterhin ein Verfechter konservativer Prinzipien [178], so war der Graben zu den protestantischen Konservativen doch schwer überbrückbar geworden und ließ das ultramontane Lager als den gebührenden Standort eines rechtgläubigen Katholiken erscheinen [179].

[173] So soll z. B. seitens ultramontaner Priester den Dienstboten im Beichtstuhl geraten worden sein, keiner protestantischen Familie zu dienen (vgl. Qu. Nr. 164). — Über andere Beispiele vgl. Loebell, Historische Briefe S. 381 f.; vgl. ferner oben S. 310 ff.; Qu. Nr. 285.

[174] Vgl. Croon S. 177 ff.

[175] Ebd. S. 170.

[176] Jedin S. 10 f.

[177] Schoeps, Preußen, Geschichte eines Staates S. 183. — Diese Wendung schildert auch A. Klein am Beispiel Werners v. Haxthausen mit bewegten Worten: „Kulturpolitisch befindet er sich bis 1837 durchaus im Lager der von gläubigen katholischen und protestantischen Männern vertretenen christlich-konservativen überkonfessionellen Einheitsfront; erst die Kölner Wirren und die Verteidigung des Kölner Erzbischofs durch die protestantischen Freunde erbringen das Ende der christlich-konservativen Solidarität und beschwören einen erneuten Kampf zwischen den beiden christlichen Kirchen herauf mit einer so wüsten Polemik, die der schärfsten Tonart des 16. Jahrhunderts entnommen ist und die — hoffentlich endgültig — zu überwinden wir ein ganzes Jahrhundert in Deutschland notwendig gehabt haben“ (in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 155/156, 1954, S. 183).

[178] Dies beleuchten z. B. einige im Nachlaß Ferdinands von Galen befindliche Denkschriften (Archiv Galen-Assen F 518; F 524).

[179] So beeilte sich z. B. der katholische Adel im Rheinland, dem Koadjutor Geissel seine Aufwartung zu machen und ihm seine Kooperation anzubieten (Pfülf, Cardinal von Geissel I S. 142 f.).

Noch Jahrzehnte später zeigte man sich in katholischen Kreisen der Bedeutung der stürmischen Jahre des Kölner Kirchenstreites für den Aufschwung der katholischen Bewegung durchaus bewußt. So bemerkte Ernst Ludwig von Gerlach 1871 in seinen Aufzeichnungen, daß preußische Katholiken noch immer, wenn sie die Fortschritte ihrer Kirche auf allen kirchlichen Gebieten rühmten, mit Vorliebe die erfolgreiche Verteidigung ihrer Rechte und Freiheiten gegen König Friedrich Wilhelm III. und seine Ratgeber hervorhöben [180]. Mit Nachdruck wies auch ein Redner (Cardauns) auf der XXXIV. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Trier (1887) auf die epochale Bedeutung des Kölner Kirchenkampfes für die Befreiung der Kirche aus bürokratischer Bevormundung hin:
„Geradezu abenteuerliche Dinge werden uns im einzelnen berichtet aus dieser Zeit der unfreien Kirche. Da erteilt eine königliche Kabinettsordre einem Weihbischof die Erlaubnis, in einer benachbarten Diözese zu firmen: da setzt eine Staatskommission den Prüfungstermin fest für den Eintritt in die Seminare, ein Frühmesser muß das landesherrliche Placet einholen; Kollekten für protestantische Kirchenbauten werden in katholischen Kirchen abgehalten, und protestantische Räte geruhen zu bestimmen, was eine katholische Kirchenfabrik ausgeben darf für Meßwein, Wachs und Hostien ... Noch wenige Jahre, und menschlicher Voraussicht nach muß die katholische Kirche Preußens geworden sein zu einem Verwaltungsressort wie so viele andere auch, und das wäre das Ende gewesen ... Und da ... hat Gott diesen Mann erweckt ... Wir müssen in dankbarster Liebe gedenken des erzbischöflichen Bekenners; denn auf seinen Schultern stehen wir, er hat den Grund gelegt, auf dem das stolze Gebäude sich erhob, das jetzt dem zweiten Sturm getrotzt hat“ [181].
Entbehren diese Worte der Rückschau aus wesentlich späterer Zeit nicht einer gewissen verklärenden Idealisierung, so dürften doch die zwei Jahrzehnte zuvor (1865) von einem Zeitgenossen damaligen Geschehens, Ferdinand von Galen, in seinen Aufzeichnungen niedergeschriebenen Bemerkungen über das Kölner Ereignis kaum an dessen welthistorischer Bedeutung vorbeigehen, wenn er bemerkt: „An ihm ist zuerst das katholische Bewußtsein zu neuem Leben erwacht und erstarkt, welches zwischen den Sümpfen des Indifferentismus nur noch in einzelnen Bächen machtlos rieselte, jetzt aber wieder in hellen fruchtbringenden Strömen sich über alle Teile der Erde ergießt“ [182].

5. Versuch einer Wertung der staatlichen Haltung in den kirchlichen Fragen

Als wesentlicher Maßstab für die Beurteilung jeder Regierung erscheint uns, inwieweit es ihr gelingt, das Vertrauen der von ihr regierten Bevölkerung zu erringen bzw. in welchem Maße sie den ihr zuteil gewordenen Kredit rechtfertigt. Ein solches Kriterium beinhaltet auch, daß sie ihre Maßnahmen weitgehend dem allgemeinen Interesse unterordnet und nicht einseitig Ziele verfolgt, die vornehmlich dem Vorteil einer Gruppe oder Klasse dienen und welche die innere Stabilität ver-

[180] Jakob von Gerlach [Hrsg.]: Ernst Ludwig von Gerlach, Aufzeichnungen S. 281.
[181] Verhandlungen der XXXIV. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands S. 196 f.
[182] Archiv Galen-Assen F 527, Mein Leben in der Religion.

mindern. Vielmehr gehört es zu einer eine langfristige politische Planung verfolgenden Regierung unabdingbar, die verschiedenartigen Interessen zu harmonisieren und vor allem Reibungsflächen zu vermindern, um schwerwiegenderen sozialen und politischen Konflikten, die zu einer Erschütterung des gesamten Staatswesens führen und die materielle Wohlfahrt der menschlichen Gesellschaft schwerstens beeinträchtigen könnten, nach Möglichkeit vorzubeugen.

Geht man von diesem fundamentalen Wertmaßstab aus, so ergibt sich im Zusammenhang mit den in dieser Art dargestellten Problemen die Frage, inwieweit die preußische Staatsführung in der Regelung des konfessionellen Zusammenlebens, insbesondere auch in der Gestaltung der Beziehungen des preußischen Staates zur katholischen Kirche, einer solchen Forderung Genüge getan hat.

Mit der Angliederung einer Reihe weitgehend katholischer Gebiete — die Annexion des Rheinlandes hatte sie allerdings durchaus nicht bewußt angestrebt — sah sich die preußische Staatsführung mit erheblichen Problemen konfrontiert. Von vornherein mußte die katholische Bevölkerung, insbesondere der Klerus, dem protestantischen König und seiner ebenfalls durchweg protestantischen Staatsregierung distanziert gegenüberstehen. Ebenso mußten die neuen Gebiete im preußischen Staatsverband aufgrund unterschiedlicher staatlicher Traditionen vorerst einen Fremdkörper bilden. Es ergab sich daher für den König und seine Minister die Aufgabe, sowohl die Neuerwerbungen dem Gesamtverband weitgehend zu integrieren als auch die Vorbehalte gegen einen protestantischen Monarchen abzubauen.

Bei einer konsequenten Verfolgung dieses Zieles waren folgende Wege unumgänglich:

1. Der König durfte seiner Kirche quasi nur als Privatmann angehören, nicht aber als ihr besonderer Protektor auftreten.
2. Der Staat durfte keine der beiden großen Kirchen bevorzugen, sondern mußte ihnen, insbesondere aber der katholischen Kirche, weitgehende Autonomie gewähren, oder um die Worte eines katholischen Zeitgenossen zu verwenden, man mußte den katholischen Untertanen den „bestimmten Willen zeigen, sie in ihrem Glauben zu schirmen und zu schützen" und „weder legislatorische Eingriffe noch Vexationen einzelner Behörden zu dulden" [183].
3. Bei der Einstellung von Beamten in den Staatsdienst mußte das Prinzip der Parität weitgehend Anwendung finden.

Diesen Postulaten hat die preußische Staatsführung in den Jahren nach der Besitzergreifung zum großen Teil nicht genügt:

ad 1. Der König machte aus seiner Abneigung gegen den Katholizismus kein Hehl und trat sichtbar als Protektor der evangelischen Kirche auf. Im Rheinland unterstützte er in auffälliger Weise evangelische Diasporagemeinden. Mit bemerkenswerter Zähigkeit hielt er auch an der obligatorischen Teilnahme katholischer Soldaten am evangelischen Militärgottesdienst fest. In der eigentlich — zumindest nach unserem heutigen Verständnis — die Kirchen selbst berührenden Mischehenfrage verhielt sich der Staat keineswegs neutral, sondern suchte vielmehr durch Verordnungen und schließlich durch hintergründige Taktik (Berliner Konvention)

[183] DZA Merseburg Rep. 77 Tit. 413 Nr. 2 vol. 1 Bl. 124.

den katholischen Standpunkt aufzuweichen, erregte dadurch aber Mißtrauen unter der katholischen Bevölkerung. Schließlich riskierte man in logischer Konsequenz dieses auf die Spitze getriebenen Engagements in dieser Frage sogar die der Tradition eines aufgeklärten Rechtsstaates zuwiderlaufende Inhaftierung der zwei ranghöchsten Kirchenfürsten in Preußen (Droste-Vischering, Dunin).

ad 2. Der Staat bevormundete die katholische Kirche weitgehend (Placet, Vermögensaufsicht, Einflußnahme auf Bischofswahlen) und führte damit z. B. in Münster einen ersten heftigen Konflikt (Vincke contra Droste-Vischering) herbei. Das aus der Tradition des preußischen Staates erwachsene Staatskirchentum erwies sich als ein Hemmnis für die Integration der neuerworbenen überwiegend katholischen Provinzen in den preußischen Staat. Freiwillig mochte man jedoch auf die dem Staat zugewachsene Machtfülle nicht verzichten, offensichtlich in der Auffassung, daß dies den Prozeß entschiedener Schwächung einleiten würde.

ad 3. Bei der Besetzung staatlicher Ämter wurde zumindest zeitweise nicht nach dem Prinzip der Parität gehandelt, sondern evangelischen Bewerbern der Vorzug gegeben, auch bemühte man sich nicht, eine allmählich in dieser Beziehung eingeleitete Änderung in der Öffentlichkeit hinreichend transparent zu machen. So ist es zu verstehen, daß noch 1838 ein rheinischer Publizist betonte: „... sind katholische und protestantische Untertanen der Regierung ganz gleich ..., dann gebe dieses die Regierung zu erkennen, behandle in legaler Weise Katholiken und Protestanten und ihre Anstalten nur nach dem Verhältnisse der Zahlen und Beiträge zu den Staatslasten, und es wird in der Rheinprovinz vergessen werden, daß ihr König nicht katholisch ist“ [184].

Mit der Einschleusung protestantischer Beamter aus altpreußischen Gebieten wurde auch das Mischehenproblem, das sonst noch gegebenenfalls auf sich hätte beruhen können, von größerer Bedeutung. Hinzu kam allerdings auch, daß infolge der von der preußischen Administration durchgesetzten Gewerbefreiheit und Freizügigkeit eine nicht unerhebliche Binnenwanderung bewirkt worden war; manche evangelischen Familien und Einzelpersonen hatten sich aus wirtschaftlichen Gründen in vormals exklusiv katholischen Gefilden niedergelassen. Von einem krisenhaften Ausmaß war dieses Problem jedoch noch weit entfernt. Statt die Entwicklung in der Praxis zunächst zu beobachten, erstrebte die preußische Staatsregierung indes von vornherein eine prinzipielle Regelung. Vielleicht stand hinter dieser Politik die Vorstellung, von Protestanten ein höheres Maß an Staatstreue erwarten zu dürfen und daher zweckmäßigerweise ihre zahlenmäßige Ausbreitung zu fördern. Daß eine schriftlich fixierte Abmachung mit der Kurie über das Breve Pius VIII. hinaus nicht zu erreichen war [185], ahnte man wohl, erkannte jedoch nicht, daß die Realisierung ihrer Vorstellungen wesentlich mehr Zeit, vielleicht über Generationen hinaus, benötigte. Vielmehr suchte sie mit Winkelzügen eine der Auffassung der betroffenen Katholiken keineswegs entsprechende Regelung durchzusetzen.

---

[184] Glossen zu den Erwägungen eines rheinischen Juristen S. 68.

[185] Dies war z. B. Metternich, wie er in einem Schreiben an Trauttmannsdorff am 22. Nov. 1838 ausführte, völlig klar: „Mittels des Breve Pius VIII. hat der preußische Staat alles das erreicht, was in Beziehung auf das katholisch kirchliche Verhältnis bei gemischten Ehen erreichbar ist; mehr als das Erreichbare wollen, gerät nie“ (Aus Metternichs nachgelassenen Papieren 6. Bd. 2. Teil IV S. 288).

Kennzeichnend für den Charakter dieser Politik ist es auch, daß man die schließlich mit dem Kölner Erzbischof 1834 erreichte Konvention nicht zu publizieren wagte. Wäre es nicht besser gewesen, die Dinge auf sich beruhen zu lassen? Schließlich war doch vorerst nur eine geringe Minderheit von Evangelischen von der Mischehenfrage überhaupt betroffen. Eine staatliche Intervention war sicherlich fehl am Platze, solange die Regierung nicht auf eine wesentliche Unterstützung der öffentlichen Meinung in den in Frage stehenden Provinzen rechnen konnte.

Mit der Pression auf Spiegel, dessen Plazierung auf den Kölner Erzbischofsstuhl sich wegen des ausgleichenden, versöhnenden Wirkens des konzilianten und gewandten Prälaten, in dem offensichtlich noch etwas von der irenischen Tradition des 18. Jahrhunderts fortlebte, als ein Glücksgriff erwiesen hatte, wirkte man der von ihm ausgehenden Beruhigungstendenz offenkundig entgegen, gab doch die ihm unter Vorspiegelung falscher Tatsachen abgerungene Regelung, welche zwar geheim behandelt wurde, von der jedoch manches durchsickerte, den Kritikern seines sich von den strengkirchlichen Extremisten distanzierenden Kurses nicht unerheblichen Auftrieb; denn Spiegels Konzessionen beinhalteten eine offenkundige Verletzung katholischer Interessen und waren somit geeignet, Kritik in weiteren Kreisen auszulösen.

Muß diese Kabinettspolitik als ein eklatanter Fehler bezeichnet werden, wie man überhaupt an der Feststellung nicht vorbeigehen kann, daß sich die preußische Staatsführung mit ihrem in weiten Bereichen den natürlichen Interessen der Katholiken zuwiderlaufenden Kurs zwar nicht das Aufkommen der strengkirchlichen Bewegung an sich, aber doch ihre Ausweitung auf eine umfassendere oppositionelle Strömung in nicht geringem Maße selbst zuzuschreiben hatte, so muß andererseits doch die Feststellung getroffen werden, daß man den Kreisen um Dietz, Seydell, Binterim, Nellessen und Laurent schon sehr weitgehende Zugeständnisse hätte machen müssen, um sie zu einem Verzicht auf weitere Agitationen gegen den Staat preußisch-protestantischen Charakters zu bewegen. Derartige Konzessionen hätten schon erheblich über die in obigen drei Punkten genannten Notwendigkeiten hinausgehen und eine nahezu völlige Preisgabe der staatlichen Schulaufsicht, auch im Bereich der Gymnasien, umfassen müssen.

Wäre ein solcher Schritt mit Rücksicht auf die protestantische Mehrheit im preußischen Staat und auf die Liberalen ebenso verfehlt gewesen, so hätte man jedoch mit einer konzilianteren Haltung in der Frage des Militärgottesdienstes und der Parität bei der Einstellung von Beamten in den Staatsdienst sowie mit einem vorsichtigeren Taktieren in der Mischehenfrage die ultramontanen Zirkel in einer weniger bedeutenden Minderheit halten können. So aber verfuhr man, als ob die Praxis des Staatskirchentums von dem sie stützenden oder ablehnenden Zeitgeist unabhängig sei [186].

---

[186] Hierauf verweist auch Hubert Becher in einer Miszelle (Stimmen der Zeit 151. Bd. 1952/53 S. 149): „Am Fall des Kölner Ereignisses kann es besonders deutlich werden, wie jede Idee und jede Macht ihr zeitlich gebundenes Gewand trägt. Es erscheint in den Gesetzen, den Verordnungen der Ministerien bis zu den Vorschriften der örtlichen Verwaltungs- und Polizeiorgane. Wenn sich aber im Fortschritt der Zeit die Verhältnisse ändern, die Aussprüche der Ideen klären, muß es notwendig zu einem Streitfall kommen, wenn die beharrenden Mächte sich nicht auf ihr inneres Wesen besinnen und die äußeren und äußerlichen Einrichtungen als ewige Norm verteidigen".

Hat das Vorbild der in Belgien errungenen Machtposition der katholischen Kirche wahrscheinlich auch den Zelotismus der rheinischen Ultramontanen noch mehr angespornt, so konnte doch die nicht wegzuleugnende Agitation verschiedener belgischer Kreise [187], von deren Wirken manches freilich in Dunkel gehüllt bleibt und über deren Anhängerschaft in weiteren Kreisen wenig genaue Angaben gemacht werden können, zum Teil doch nur infolge der von der preußischen Staatsführung begangenen Fehler in der rheinischen Bevölkerung Anklang finden. Doch auch so dürfte der effektive belgische Einfluß, wie es sich in der großen außenpolitischen Krise (1838/39) zeigen sollte, nicht besonders hoch anzuschlagen sein. Die auch in der Rheinprovinz seit den Freiheitskriegen bestehende und sich weiter entwickelnde nationale Strömung dürfte, neben wirtschaftlichen Momenten, dem vor allem entgegengewirkt haben. Die kirchliche Opposition bestand in der Rheinprovinz ohnehin schon; die belgische Propaganda dürfte diese lediglich verstärkt und ihr Rückhalt verliehen haben. Wenn von der preußischen Diplomatie tatsächlich die Ansicht propagiert worden sein sollte, wie es der belgische Resident aus Stockholm berichtete, daß die katholische Opposition in Preußen ein Werk der belgischen Presse und des Klerus dieses Landes sei [188], dann entsprach dies schwerlich den Tatsachen und wohl eher dem Bestreben, für innerpolitische Schwierigkeiten einen Sündenbock im Ausland zu finden, wozu ein Staat wie Belgien, von dem in den letzten Jahren wiederholt Unruhe in das europäische Staatensystem hineingetragen worden war, sich zweifellos anbot.

Den größten Fehler beging man in Berlin freilich mit der „Berufung" Droste-Vischerings zum Haupt der Kölner Erzdiözese. Wohl selten ist in der staatlichen Kirchenpolitik ein größerer Mißgriff getan worden; der hieran maßgeblich beteiligte Kronprinz, ein ausgesprochener Ästhet, bewies bereits in diesem Falle das Abhandensein des rechten Augenmaßes für die Wirklichkeit. Man ist heute noch erstaunt über die Unbedenklichkeit, mit der man einem ausgesprochenen kirchenkämpferischen Dogmatiker zu einer Position verhalf, die dringendst eines zur Versöhnung geeigneten mit diplomatischem Geschick ausgestatteten Mannes bedurft hätte. Hier hätte sich z. B. Hüsgen angeboten, dessen Verwaltung der Erzdiözese hohes Lob erfahren hat [189]. Vielleicht noch geeigneter wäre Hüsgens Nachfolger Iven gewesen, der sich als Generalvikar sowohl in strengkatholischen Kreisen als auch bei den liberalen Katholiken einen ausgezeichneten Ruf erwerben sollte [190]. Trotz Droste-Vischerings Individualismus, seiner offenkundigen Schroffheit und Ungeschicklichkeit setzte seine Berufung ein Signal, kumulierte sich nunmehr die

---

[187] Daß de Potter und seine angeblich wenig zahlreichen Anhänger von einer „fédération belgo-rhénane" geträumt hätten, gibt auch de Ridder zu (S. 154); versucht dieser auch jegliche Beteiligung des belgischen Klerus an der antipreußischen Publizistik oder geheimen Verbindungen mit den rheinischen Ultramontanen in Abrede zu stellen, so ist er jedoch offensichtlich nicht in der Lage, die von ihm angeführte Erklärung der preußischen Regierung gegenüber dem belgischen Gesandten vom 29. Jan. 1838, daß sie den belgischen Klerus im allgemeinen nicht verdächtige, daß jedoch unter ihm eine ultramontane Partei sich bestrebt zeige, im Zusammenwirken mit ähnlich gesinnten Kreisen in Rom, Bayern und Österreich dem preußischen Staat Schwierigkeiten zu bereiten (S. 164 f.), in letzter Beziehung zu widerlegen.

[188] de Ridder S. 162.

[189] Vgl. oben S. 205 f.

[190] Vgl. oben S. 306 Anm. 38.

bereits bestehende ultramontane Opposition mit der von Droste-Vischering in den Kampf gegen den Staat eingebrachten Amtsautorität zu einer nicht mehr zu übersehenden politischen Kraft.

Die geheime Konvention war unter diesen Umständen in dieser Form von der preußischen Staatsregierung schwerlich noch zu halten, zumal auch Rom nunmehr die Auseinandersetzung nicht mehr scheute. Um zu retten, was noch zu retten war, hätte es allerdings einer flexibleren Haltung bedurft, als sie die preußische Staatsführung an den Tag legte. Erst recht mußte sich massiver Druck auf Droste-Vischering als das ungeeignetste Mittel erweisen, da dies ganz und gar dazu angetan war, seinen Rückhalt in weiteren Kreisen der Bevölkerung zu befestigen. Der einzig gangbare Weg in dieser Situation wäre der gewesen, die Unterstützung aller derjenigen zu gewinnen, die zu einer rationalen Diskussion bereit sein mußten, in erster Linie Hermesianer unter dem Klerus und Angehörige des gebildeten Bürgertums unter den Laien. Mit der eindeutigen Entscheidung zur Gewaltanwendung aber rückte ein Bündnis mit diesen Gruppen in weite Ferne.

Daß Friedrich Wilhelm IV. aus den Fehlern der Vergangenheit die Konsequenzen zu ziehen vermochte, die vorerst zu einer Beilegung der kirchlichen Wirren hinreichten [191], beweist, daß der feinsinnige Ästhet auf kirchlichem Gebiete ein bemerkenswertes Einfühlungsvermögen in die Vorstellungswelt der gläubigen Katholiken besaß. Seine positive Beziehung zur katholischen Kirche entsprang allerdings nicht nur dem historischen Sachverhalt, daß Millionen Katholiken zum Staate Preußen gehörten, sondern darüber hinaus der christlichen Grundsubstanz, aus der heraus Friedrich Wilhelm IV. ein christlicher König sein wollte. Dieser Überlegung lag offenbar auch das sicherlich nicht ganz unberechtigte Gespür dafür zugrunde, nur im Bunde mit der Kirche das seit 1789 umgehende Gespenst der Revolution in Europa bannen zu können [192]. Dabei mußte es der erste Schritt sein, die katholische Kirche aus der Front der Opposition gegen den Staat herauszulösen, sie endgültig von einem Bündnis mit den Liberalen fernzuhalten.

Trotz des gegenüber der Haltung seines Vaters einschneidenden Kurswechsels war Friedrich Wilhelms IV. Bewußtsein für die Würde des Staats allerdings doch so stark ausgeprägt, daß er dessen Demütigung vermied, wie sie etwa eine triumphale Heimkehr Droste-Vischerings nach Köln dargestellt haben würde. Dafür, daß die Anfänge einer ultramontanen Parteibildung nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten, trägt nicht Friedrich Wilhelm IV. in erster Linie die Verantwortung. Der Elan dieser Bewegung hat offensichtlich seinen Ursprung in einer Zeit, in der es seinem Vorgänger aufgegeben war, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Daß die ultramontane Partei auch weiterhin eine rege Wirksamkeit entfalten konnte, hat im übrigen, abgesehen von einzelnen Mißgriffen wie der zu weitgehenden Reform des rheinischen Strafrechts sowie angeblich immer noch unzureichender paritätischer Berücksichtigung der Katholiken bei der Ämterbesetzung, nicht so sehr in schwerwiegenden Fehlern der Staatsführung ihren Ursprung als vielmehr in der Situation, daß vielen Katholiken offenbar immer noch das Gefühl Unbehagen bereitete, eine Minderheit im Staate zu bilden, und daß das Staats-

---

[191] Vgl. hierzu auch das Lob seines Zeitgenossen Metternich (Qu. Nr. 277).
[192] Vgl. hierzu auch Bußmann S. 716—718.

oberhaupt und die überwiegende Mehrzahl der Minister stets Protestanten sein würden. Der von Friedrich Wilhelm IV. aus konservativer Prinzipientreue vermiedene, von Bismarck indes nicht mehr gescheute „Bruderkrieg" gegen Österreich und das Ausscheiden dieser traditionellen Schutzmacht der katholischen Kirche in Deutschland aus dem Reich sollte in späterer Zeit dieses Bewußtsein weiter verstärken.